

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und



Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 27.

Dienstag, den 3. April 1894.

Jahrgang III.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.
" " mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr.
Einzelne Exemplare à 10 kr. im Redactionlocal im Rathhause.

Gemeinderath.

Stenographischer Bericht

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **28. März 1894** unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Raimund Gröbl und des Vice-Bürgermeisters Dr. Albert Richter.

Bürgermeister Dr. Gröbl: Die Versammlung ist beschlussfähig, die Sitzung eröffnet.

1. Die Herren Gem.-Räthe Haßfurthner, Luksch, Dr. Mittler, Stiaßny und Koske entschuldigen ihr Ausbleiben von der heutigen Sitzung.

2. Herr Gem.-Rath Dr. Linke ersucht um einen Urlaub von zwei Monaten. Die Herren sind mit Ertheilung desselben einverstanden. (Zustimmung.)

Herr Gem.-Rath Hawranek ersucht um einen Urlaub auf unbestimmte Zeit in Familienangelegenheiten. Die Herren sind mit der Ertheilung desurlaubes einverstanden? (Zustimmung.)

3. Die Gesellschaft der Musikfreunde hat den Gemeinderath zu dem am 2. April d. J. stattfindenden Conservatoriums-Concerte eingeladen. Die Karten hiezu können im Präsidialbureau für die Herren Gemeinderäthe behoben werden.

4. In der letzten Sitzung hat die Wahl eines Mitgliedes in das Schiedsgericht für Lagerhausfreitigkeiten stattgefunden. Gewählt wurde Herr Jonas Weil.

Als Mitglieder in die Baudputation wurden gewählt die Herren Eduard Kaiser, k. k. Oberbaurath, und Franz Roth, Architekt und Stadtbaumeister.

Als Mitglied in die Gewerbeeschul-Commission wurde gewählt Herr Ignaz Wessely.

5. Herr Gem.-Rath Dr. Klotzberg hat in der letzten Sitzung eine Interpellation, betreffend die Erledigung seines Antrages auf Überreichung einer Petition an die Regierung behufs Änderung einiger Bestimmungen des Gesetzentwurfes über den Verkehr mit Lebensmitteln und einigen Gebrauchsgegenständen gestellt. Ich beehre mich, in Beantwortung dieser Interpellation Folgendes mitzutheilen:

Der vom Herrn Gem.-Rathe Dr. Klotzberg und Genossen in der Gemeinderaths-Sitzung vom 7. März 1893 gestellte Antrag auf Überreichung einer Petition an die hohe Regierung behufs Änderung einiger Bestimmungen der Regierungsvorlage, betreffend den Verkehr mit Lebensmitteln und einigen Gebrauchsgegenständen, dessen Erledigung vom Herrn Gem.-Rathe Dr. Klotzberg nunmehr urgirt wird, wurde mit dem Stadtrathsbescheide vom 8. März 1893, Z. 1251, dem Magistrate zur Berichterstattung übermittelt. Hierüber wurde unter dem 13. März 1893 vom Magistrate berichtet, dass die beantragte Petition an die hohe Regierung verspätet und zwecklos sein würde, weil die Regierungsvorlage bereits auf die Tagesordnung der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 15. März 1893 gesetzt war. Dieser Magistratsbericht wurde mit dem Stadtraths-Beschlusse vom 21. September 1893, Z. 1502, zur Kenntnis genommen.

Thatsächlich wurden die Berathungen über diesen Gegenstand auf Grund des Berichtes des Strafgesetzausschusses in den Sitzungen des Abgeordnetenhauses vom 15., 16., 17., 21., 22. und 24. März 1893 durchgeführt und hiebei die Regierungsvorlage mit einigen Änderungen vom Abgeordnetenhause angenommen; dieselbe liegt nunmehr dem Herrenhause zur verfassungsmäßigen Behandlung vor. Es entspricht daher nicht den thatsächlichen Verhältnissen, wenn behauptet wird, dass der Gesetzentwurf vorläufig von der Regierung zurückgezogen wurde.

Ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen.

6. Herr Gem.-Rath Brauneiß hat einen Antrag auf Verleihung einer Auszeichnung eingebracht. Wenn der Herr Gemeinderath auf der Verlesung des Antrages besteht, so werde ich

mir erlauben, ihn in die vertrauliche Sitzung zu verweisen. Es genügt aber auch, wenn der Herr Gemeinderath diesen Antrag überreicht; er würde brevi manu dem Stadtrathe zur Erledigung zugewiesen werden. (Zustimmung.) Ist also der Herr Gemeinderath damit einverstanden? (Zustimmung.)

Ich bitte um die Mittheilung der Einläufe:

Schriftführer Gem.-Rath Mayer (liest):

7. Anfrage des Gem.-Rathes Dr. Lueger:

In Zeiten, wie es die jetzigen sind, ist es mehr denn je Pflicht einer so großen Verwaltung, als welche sich die der Gemeinde Wien darstellt, in der Behandlung der Arbeiter allen anderen Arbeitgebern mit gutem Beispiele voranzugehen, indem gerechten Wünschen der Arbeiter entsprochen und alles vermieden wird, was geeignet ist, provocierend zu wirken. Nur dann kann in Fällen, in welchen mit ungerechten oder unbilligen Forderungen hergetreten wird, auch mit der erforderlichen Entschiedenheit das Interesse der Gemeinde vertreten werden.

Schon voriges Jahr sind über die Behandlung der Arbeiter des städtischen Lagerhauses seitens des Herrn Verwalters Klagen laut geworden. Auf die Art und Weise, wie dieselben unterdrückt wurden, will ich nicht näher eingehen.

Heuer wurde im „Kikeriki“ ein Artikel veröffentlicht, in welchem die beinahe ungläubliche Behauptung aufgestellt wurde, daß den Arbeitern des Lagerhauses am Tage des Leichenbegängnisses des Bürgermeisters Herrn Dr. Prix nur der halbe Tagelohn ausbezahlt wurde, weil ein halber Tag freigegeben war.

Die Behauptung wurde bis jetzt nicht berichtigt.

Vor einigen Tagen wurde mir Folgendes mitgetheilt:

Vor ungefähr 3 Monaten verunglückte ein schon seit Jahren im Lagerhause angestellter Wochenarbeiter namens Horáček, indem er unter einem Stoß Säde verschüttet wurde. Der Unglückliche, welcher Familienvater ist, wurde in schwerverletztem Zustande in das Spital überführt. Dessen Frau kam nun nach einiger Zeit zu dem Verwalter, um ihn um einen kleinen Vorschuß zu bitten, da sie sonst den Zins nicht zahlen könne.

Der Verwalter wies sie mit der Motivierung ab, daß principiell kein Vorschuß gegeben würde.

Die Kameraden des Verunglückten erfuhren die Noth der armen Frau und wollten für sie eine Sammlung veranstalten. Dazu mußten sie, da jede Sammlung strenge verboten ist, die Bewilligung des Herrn Verwalters erbitten. Dieser aber wies die zwei Wochenarbeiter ab, und so konnte nur ein kleiner Betrag, der in einem Gasthause gesammelt wurde, der armen Frau zugeführt werden.

Wenn dies wahr ist, so läge darin eine Härte, welche nicht geeignet ist, die Sympathien der Arbeiter zu gewinnen.

Da meine erste Frage auf Veranstaltung von Erhebungen gerichtet sein wird, fühle ich mich verpflichtet, zu erklären, daß ich nur solchen Erhebungen Glauben schenken würde, welche von dem Magistrate ohne Intervention des Herrn Verwalters gepflogen werden.

Ich stelle hohin folgende Fragen:

1. Ist der Herr 1. Vice-Bürgermeister geneigt, Erhebungen über die in dieser Anfrage mitgetheilten Behauptungen zu pflegen und das Resultat derselben ethunlichst bekanntzugeben?

2. Welche Verfügungen gedenkt der Herr Vice-Bürgermeister für den Fall, als sich die Angaben bestätigen, behufs Verhinderung der Wiederholung solcher Vorfälle zu treffen?

Bürgermeister: Ich werde die Ehre haben, diese Interpellation in einer der nächsten Sitzungen zu beantworten; bis morgen ist dies mit Rücksicht auf die Kürze der Zeit nicht möglich.

Schriftführer Gem.-Rath Mayer (liest):

8. Anfrage des Gem.-Rathes Sauerborn:

Zum Leichenbegängnisse des verstorbenen Herrn Bürgermeisters Dr. Prix wurden nebst anderen auch sämtliche Beamte des städtischen Lagerhauses befohlen und mußte infolge dessen die Arbeit in demselben eingestellt werden.

Wie mir nun von betreffender Seite mitgetheilt wurde, soll den Arbeitern für diese unfreiwillige Unterbrechung der Arbeitsstunden ein entsprechender Abzug von ihrem Tagelohne gemacht worden sein.

Ein solcher Vorgang wäre aber der Haupt- und Residenzstadt Wien, welche die Leichenfeier ihres verstorbenen Bürgermeisters mit dem größten Pompe auf Gemeindefkosten veranstaltete, geradezu unwürdig.

Ich erlaube mir an den Herrn Bürgermeister die ergebene Anfrage:

Ist dem Herrn Bürgermeister bekannt, daß den Arbeitern des städtischen Lagerhauses ein Abzug von ihrem Tagelohne gemacht wurde?

Wenn nicht, ist der Herr Bürgermeister geneigt, sich darüber Bericht erstatten zu lassen und eventuell zu verfügen, daß den

Arbeitern der in Abzug gebrachte Lohn nachträglich ausbezahlt werde?

Bürgermeister: Wird in einer der nächsten Sitzungen beantwortet werden.

Schriftführer Gem.-Rath Mayer (liest):

9. Interpellation des Gem.-Rathes Brauneis:

Seit der Einverleibung der Bororte haben in allen Bezirken daselbst anfassige Bewohner um die Verleihung des Bürgerrechtes angefragt und auch viele derselben erhalten; daß aber nicht immer in gleicher Weise bei der Verleihung desselben vorgegangen wird, beweisen folgende zwei Fälle:

1. Herr Josef Groß, welcher schon 22 Jahre in Rudolfsheim wohnt, Besitzer von drei Häusern ist, 12 Jahre der Gemeindevertretung von Rudolfsheim angehört und daher gewiß in der Gemeinde Rudolfsheim schon das Bürgerrecht erhalten hätte, wurde abgewiesen.

2. Herr Franz Rök, Besitzer zweier Häuser, Knopffabrikant und beideter Schatzmeister, ist seit 24 Jahren in Fünfhans und Rudolfsheim wohnhaft, seit neun Jahren nach Fünfhans zuständig, war über drei Jahre Armenrath (laut Anerkennungsschreiben der Bezirksvertretung des XIV. Bezirkes), durch 18 Jahre Mitglied der Fachschul-Commission, 15 Jahre Ausschussmitglied der Drechsler-Genossenschaft, derselbe wurde auch abgewiesen.

Laut Stadtraths-Beschluß heißt es, daß das Bürgerrecht nur nach einer zurückgelegten Zuständigkeit und Steuerleistung von zehn Jahren ertheilt wird, jedoch, wenn sich der Gesuchsteller durch eine öffentliche Stellung Verdienste erworben hat, davon Umgang genommen werden kann.

Ich erlaube mir daher an den hochgeehrten Herrn Bürgermeister folgende Anfrage zu richten:

Wäre der Herr Bürgermeister nicht geneigt, über die beiden vorgenannten Fälle Erhebungen pflegen zu lassen, wo die Schuld liegt, daß die beiden Bewerber abgewiesen wurden?

Bürgermeister: Der Stadtrath hat diese Angelegenheiten im eigenen Wirkungskreise und in eigener Competenz erledigt. Es kann daher diese Anfrage nicht Gegenstand einer meritorischen Beantwortung hier sein. Ich bin aber bereit, dem Herrn Interpellanten, wenn er es wünscht, Auskünfte auf Grund der Acten zu geben.

Schriftführer Gem.-Rath Mayer (liest):

10. Antrag des Gem.-Rathes Sagner:

Der Gemeinderath der Stadt Wien wolle beschließen:

Es seien den städtischen Straßenaufsehern wasserdichte Regemäntel als Dienstkleider beizustellen und ihnen auch ein angemessenes Stiefelpauschale anzuweisen.

Bürgermeister: Wird der geschäftsordnungsmäßigen Vorberathung unterzogen.

Schriftführer Gem.-Rath Mayer (liest):

11. Antrag des Gem.-Rathes Sagner:

Nach den gegenwärtigen Vorschriften für die Abfuhr von Kehrriecht, Straßenstaub, Straßenloth, Erde, Schutt, Schotter und Schnee ist es den Contrahenten für die Fuhrwerksleistungen gestattet:

1. Trockenes durch Straßenäuberung gewonnenes Material (Kehrriecht und Straßenstaub) mittels Wagen mit einem Fassungsraum von 1-73 m³.

2. Erde, Schutt, Schotter und Straßenloth mittels Truhnenwagen von 1 m³ Fassungsraum.

3. Schnee mittels Wagen von einem Fassungsraum von 1-84 m³.

4. Hauskehrriecht mit Wagen alten Systems zu verführen.

5. Zur Straßenbespaltung die gewöhnlichen Wasserwagen mit Schleuder-sprizen zu verwenden.

Diese Vorschriften sind für eine gehörige Controle zu compliciert; auch entsprechen die für Truhnenwagen angegebenen Fassungsräume nicht der gewöhnlichen Größe solcher Wagen, welche bekanntlich fast ausnahmslos bei allen Fuhrwerksbestizern Wiens 48 Cubikfuß = 1-50 m³ fassen.

Der Gefertigte stellt daher den Antrag:

Der Magistrat wird angewiesen, rechtzeitig, d. i. bis zum 1. April 1894, zu welchem Termine auch der Bericht, betreffend die Straßenreinigung im I. Bezirke vorgelegt werden soll, vor Ablauf der gegenwärtig in Kraft stehenden Verträge, betreffend die Abfuhr von Straßenstaub, Kehrriecht, Koth, Erde, Schutt, Schotter und Schnee zc., eine neue Vorschrift auszuarbeiten, in welcher der Fassungsraum bei den Wagen:

ad 1 in allen Bezirken mit 2.00 m³
 „ 2 „ „ „ „ 1.50 m³
 „ 3 „ „ „ „ 2.00 m³ bestimmt und
 „ 4 zur Kehrichtabfuhr nur solche Wagen zugelassen
 werden, bei welchen die Staubentwicklung möglichst vermieden wird.

Ad 5 bei der Straßenbespitzung auf die eventuelle Einführung des in den meisten deutschen Städten in Anwendung stehenden Systems der Wasserwagen mit fixer Brause Bedacht genommen wird.

Gleichzeitig soll in dieser Vorschrift die Bestimmung aufgenommen werden, daß in sämtlichen Bezirken zur Schneeabfuhr auch schon im Jahre 1894/95 Wagen mit einem Fassungsraum von 4 und 6 m³ und Caps mit 1.00 m³ benützt werden dürfen, wogegen den Contrahenten selbstverständlich eine verhältnismäßig höhere Entlohnung zustehen soll.

Bürgermeister: Dieser Antrag wird ebenfalls der geschäftsordnungsmäßigen Vorberathung unterzogen.

12. Ich habe die Ehre, der Versammlung zur Kenntnis zu bringen, daß der Herr Vice-Präsident der hohen k. k. n.ö. Statthalterei, Baron Bourguignon, folgenden Erlaß an mich gerichtet hat (liest):

Seine k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 22. März 1894 die Wahl Euer Hochwohlgeboren zum Bürgermeister der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien allergnädigst zu bestätigen geruht.

Ich beehre mich, Euer Hochwohlgeboren von dieser Allerhöchsten Schlußfassung die Mittheilung zu machen.

Indem ich gleichzeitig das Präsidium des Wiener Magistrates entsprechend verständige, füge ich bei, daß im Sinne des § 25 des Wiener Gemeindestatutes vom 19. December 1890, L.-G.-Bl. Nr. 45, die Beerdigung Euer Hochwohlgeboren Samstag, den 31. März 1894, um 11^{1/2} Uhr vormittags stattfinden wird.

(Bravo! Bravo!)

Wien, 27. März 1894.

In Vertretung:
 Bourguignon.

Ich habe mir erlaubt, die Herren inzwischen schriftlich von diesem Erlaße zu verständigen, und bitte Sie, dem feierlichen Acte Samstag beizuwohnen.

Wir gehen zur Tagesordnung über. Zum Referate bitte ich Herrn Gem.-Rath Josef Müller.

13. Referent Gem.-Rath Josef Müller: Ich habe die Ehre, über den Act St.-N.-Z. 52 Bericht zu erstatten. Derselbe betrifft die Baulinienbestimmung für die verlängerte Pfarrhofgasse zwischen der Hauptstraße und der Hütteldorferstraße in Baumgarten, XIII. Bezirk.

Der Eigenthümer der Grundb.-Einl.-Z. 35, Cat.-Parc. 76/1, 76/2 und 77, einer Realität, welche sich von der Hauptstraße über die Schulgasse gegen die Hütteldorferstraße erstreckt, ist an die Gemeinde um Baulinienbestimmung herangetreten. Infolge dessen sind die Baulinienpläne der früheren Gemeinde requiriert worden und hat sich herausgestellt, daß für diese Strecke seitens des Ministeriums bereits eine Baulinie projectiert war, und zwar laut Erlasses der k. k. Bezirkshauptmannschaft Sechshaus vom 4. August 1873, Z. 21307.

Nachdem diese projectierte Baulinie allen Anforderungen entspricht, welche hier geltend gemacht werden können, so steht nichts entgegen, diese projectierte Linie definitiv zu bestätigen. Dieselbe verläuft, wie ich bereits gesagt habe, von der Hauptstraße bis gegen die Hütteldorferstraße und soll eine Breite von 11.38 m erhalten. Bezüglich des Niveaus ist zu bemerken, daß dasselbe in der Hütteldorferstraße, in der Hauptstraße und in der Schulgasse bereits gegeben ist und auch für die Zukunft als definitiv anzusehen

wäre, so daß die Verbindung dieses Niveaus von je zwei Straßen als das Niveau innerhalb dieser zwei Straßen zu gelten hat.

Bezüglich der Verbauungsart ist zu bemerken, daß laut Gemeinderaths-Beschlusses die Verbauung in dieser Gegend an der Hütteldorferstraße nach § 42 B.-O. bestimmt wurde.

In den bezüglichen Plänen ist die Fläche, welche nach § 42 B.-O. zu verbauen ist, roth lasirt, und es ist nicht ganz klar, wie weit dieselbe sich erstrecken soll. Der Stadtrath war nun der Meinung, daß man die Verbauung nach § 42 B.-O., also geschlossen mit dreistöckigen Häusern, soviel als möglich restringieren solle. Der bezügliche Beschluß geht daher dahin, die Verbauung nach § 42 B.-O. bloß längs der Hütteldorferstraße platzgreifen zu lassen, in der Schulgasse und gegen die Hauptstraße zu wird die Verbauungsart nach § 82 bestimmt. Es soll dort die Verbauung zwar in geschlossener Weise, jedoch mit niedrigeren Häusern stattfinden. Es sind aber auch in diesen Gassen keine Vorgärten projectiert und wird auch von der freistehenden Bauweise Umgang genommen werden, weil in dieser Gegend eine solche Bauweise bereits platzgegriffen hat. Aus diesen Gründen stellt der Stadtrath folgenden Antrag (liest):

„Es seien die Baulinien für die verlängerte Pfarrhofgasse in Baumgarten bei einer Straßenbreite von 11.38 m nach den Linien i f b k und l g c m zu bestimmen und festzusetzen, daß die Verbauungsart nach § 42 B.-O. nur längs der Hütteldorferstraße stattfinden darf.“

Ich bitte um die Annahme dieses Antrages.

Bürgermeister: Wünscht jemand das Wort? (Nach einer Pause:) Dies ist nicht der Fall. Ich erkläre den Antrag für angenommen.

Beschluß: Die Baulinien für die verlängerte Pfarrhofgasse in Baumgarten werden bei einer Straßenbreite von 11.38 m nach den Linien i f b k und l g c m bestimmt und festgesetzt, daß die Verbauungsart nach § 42 B.-O. nur längs der Hütteldorferstraße stattfinden darf.

14. Referent Gem.-Rath Witt. v. Neumann: Beilage Nr. 66. Der Act betrifft das Ansuchen des Eigenthümers eines Hauses im XIII. Bezirke, Auhofgasse und St. Weiterstraße, um Abänderung der ministeriell bestimmten Baulinie. Die Herren sehen auf dem Plane, daß seinerzeit vom Ministerium die Baulinie, bezeichnet mit den Buchstaben b c, für diese Realität bestimmt wurde. Die Realität selbst besteht aus zwei Parcellen, und zwar Nr. 236/1 und 237/1. Durch diese Baulinienbestimmung wird der Eigenthümer einerseits hart getroffen, andererseits ist diese Baulinie nicht normal auf die Auhofgasse, beziehungsweise St. Weiterstraße gezogen, und es muß daher das Ansuchen des Eigenthümers um Abänderung dieser Baulinie als berechtigt anerkannt werden. Der Stadtrath schlägt daher vor, die Baulinie in der Weise abzuändern, daß die Linie b' c' zu gelten habe, und es wird der Antrag gestellt (liest):

„Es sei die Baulinie für den Platz bei Dr.-Nr. 1 Auhofstraße in Hieging nach den Linien b b' c' c' zu bestimmen.“

Weiters wäre die freistehende Bauweise mit 4 m breiten Vorgärten gegen die St. Weiter- und Auhofstraße und die Freilassung eines unverbaubaren Zwischenraumes gegen die Nachbargrenze von 3 m festzusetzen.“

Ich bitte um die Annahme dieses Antrages.

Bürgermeister: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Der Antrag ist angenommen.

Beschluss: Die Baulinie für den Platz bei Dr.-Nr. 1 Auhofstraße in Hiebing wird nach den Linien b' c' e bestimmt.

Weiters wird die freistehende Bauweise mit 4 m breiten Vorgärten gegen die St. Weiter- und Auhofstraße und die Freilassung eines unverbaubaren Zwischenraumes gegen die Nachbargrenze von 3 m festgesetzt.

15. Referent Gem.-Rath Ritt. v. Neumann: Nr. 67. Es handelt sich um die Bestimmung der Baulinie für die Rüdigergasse im V. Bezirke, und zwar zwischen der Grüngasse und Hundsthurmerstraße. Für das andere Stück der Rüdigergasse ist bereits die Baulinienbestimmung erfolgt und wurde eine Breite von 11.38 m bestimmt. Es wird nun vorgeschlagen, die Bauflucht in gerader Linie zu verlängern, und zwar nach den im Plane ersichtlichen Buchstaben C D und A B bei einer Straßenbreite von 11.38 m. Auf der Seite der Häuser mit geraden Nummern trifft dann die Baulinie auch mit der heutigen Bauflucht zusammen. Auf der Seite der Häuser mit ungeraden Nummern wird daher bei der Hundsthurmerstraße um 1.38 m hineinzurücken sein.

Ich erlaube mir daher, folgenden Antrag zu empfehlen:

Es seien die Baulinien für die Rüdigergasse im V. Bezirke bei einer Straßenbreite von 11.38 m nach den Linien A B und C D zu bestimmen.

Bürgermeister: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Keine Einwendung? Der Antrag ist angenommen.

Beschluss: Die Baulinien für die Rüdigergasse im V. Bezirke werden bei einer Straßenbreite von 11.38 m nach den Linien A B und C D bestimmt.

16. Referent Gem.-Rath Dr. Vogler: Nr. 64 der Beilagen. Im XIII. Bezirke ist die Errichtung einer neuen Bürgerschule nothwendig, und es wird nunmehr auf Grund der gepflogenen Erhebungen ein Schulbauplatz in Anschlag gebracht, welcher zwischen Breitensee, Rudolfsheim und Penzing gelegen ist. Dieser Schulbauplatz erscheint aus dem Grunde zweckmäßig, weil, wenn dort eine Bürgerschule errichtet wird, der Zugang zu dieser Schule gleich leicht möglich ist den Kindern aus Breitensee, jenen aus Penzing und jenen aus Rudolfsheim. Es wurde von Seite der Wienerischen Erben diesfalls ein Offert überreicht, welches Offert auch von dem Magistrats-Referenten empfohlen und vom Stadtrathe acceptiert wurde.

Es muß jedoch bemerkt werden, daß im Magistrats-Gremium der Antrag gestellt wurde, einen Schulbauplatz für diese Schulrealität nicht zu erwerben, sondern dieselbe auf einem in der Ameisgasse gelegenen communalen Grunde zu erbauen.

Es wäre aber nicht zweckmäßig, in dieser Gegend die Schule zu erbauen, weil die Ameisgasse ganz abseits liegt in einem Gebietstheile, zu welchem der Zugang von Seite derjenigen Bezirkstheile, für welche diese Schule bestimmt, nicht leicht möglich ist. Aus diesem Grunde ist der Stadtrath von dem Magistrats-Gremial-Antrage abgegangen und hat den Antrag des Magistrats-Referenten acceptiert. Er hat sich auch in Unterhandlungen mit den Wienerischen Erben, beziehungsweise deren Vertreter eingelassen wegen Herabminderung des ursprünglich gestellten Angebotes, und ist es ihm auch gelungen, eine solche Ermäßigung zu erzielen.

Der betreffende Bauplatz, welcher zwischen der Neubergstraße, Reingasse und Gurkgasse im XIII. Bezirke in Penzing gelegen ist, soll ein Ausmaß von circa 2000 m² haben, und der herabgeminderte Preis stellt sich auf 6 fl. 50 kr. per Quadratmeter.

Es wird nunmehr von Seite des Stadtrathes der Antrag gestellt:

„Es sei der den Wienerischen Erben gehörige Grund zwischen der Neubergstraße, Reing- und Gurkgasse in Penzing, XIII. Bezirk, im Ausmaße von 2000.20 m² um den Preis von 6 fl. 50 kr. per Quadratmeter für den Bau einer Doppel-Bürgerschule anzukaufen.

Der Kaufschilling von 13.001 fl. 30 kr. ist in der Präliminarposition XII 12 y des Budgets pro 1894 zu bedecken.“

Ich bitte um die Genehmigung.

Gem.-Rath Mayer: Meine Herren! Ich möchte als Budget-Referent darauf hinweisen, daß sich auch die Budget-Commission eingehendst mit der Frage eines Schulbaues auf dem dortigen Plage beschäftigt hat und, entgegen dem Stadtraths-Antrage, welcher für diesen Schulbau den Betrag von 70.000 fl. eingestellt hat, aus Gründen, die ich in Kürze erörtern werde, nur den Betrag von 30.000 fl. beantragt. Wir werden heute hoffentlich darüber schlüssig werden. Wie ist nun die Budget-Commission in Kenntnis der dortigen Verhältnisse, die auch der Herr Referent hervorgehoben hat, gekommen, um hier diesen Vorschlag zu machen? Wenn die Schule auf dem der Gemeinde gehörigen Grunde in der Ameisgasse erbaut würde, so würden die von der Budget-Commission eingestellten 30.000 fl. als erste Baurate genügen. Müßte jedoch der Grund gekauft werden, so würde ein höherer Betrag erforderlich sein. Man ist nun von dem Gedanken ausgegangen, daß bei der bekannten Langwierigkeit der Verhandlungen in solchen Fällen, auch im ersten Falle vorläufig nur ein Betrag von 30.000 fl. nothwendig wäre. Ich erlaube mir daher an den Herrn Referenten die Frage zu stellen: Wenn dieser Kauf perfect wird und auch die Vorverhandlungen in kürzester Zeit abgeschlossen werden, wie weit werden die Vorarbeiten des Stadtbauamtes gediehen sein, und eventuell wird man heuer, nachdem für den Platzkauf 13.000 fl. beansprucht werden, mit dem Betrage von 30.000 fl. auskommen oder nicht?

Referent: Ich habe mir vorgenommen, gelegentlich der Budgetberathung den Antrag zu stellen, daß der von der Budget-Commission eingestellte Betrag von 30.000 fl. auf 60.000 fl. erhöht werde. Wenn der Platz angekauft wird, so ist vorderhand der Betrag von 13.000 fl. hierfür erforderlich. Es ist selbstverständlich, daß im heurigen Jahre mit dem Baue begonnen werden kann und soll. Wenn dies geschieht, ist noch ein weiterer Betrag von wenigstens 40.000 fl. als erste Baurate erforderlich und wird mit dem Betrage von 53.000 fl. das Auslangen gefunden werden können.

Bürgermeister: Es ist kein Gegen-Antrag gestellt worden. Wünscht noch jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Die Herren sind mit dem Referenten-Antrage einverstanden? — **Angenommen.**

Beschluss: Der den Wienerischen Erben gehörige Grund zwischen der Neubergstraße, Reing- und Gurkgasse in Penzing, XIII. Bezirk, im Ausmaße von 2000.20 m² wird um den Preis von 6 fl. 50 kr. per Quadratmeter für den Bau einer Doppel-Bürgerschule angekauft.

Der Kaufschilling von 13.001 fl. 30 kr. ist in der Präliminarposition XII 12 y des Budgets pro 1894 zu bedecken.

Bürgermeister: Es kommen nun einige 92er Stücke zur Verhandlung. Ich bitte den Herrn Gem.-Rath Wurm, zu referieren.

17. Referent Gem.-Rath Wurm: Zahl 1488. Der Antrag steht auf der Tagesordnung. Es handelt sich hier um den Verkauf eines Grundes zur Anlage eines Nisalites bei der Baustelle des Florian und der Anna König, XVI. Bezirk, Thaliastraße 3. Es soll bei diesem Neubau ein Nisalit mit einem Ausmaße der Grundfläche von 0.98 m² hergestellt werden. Die Ausladung des Nisalits soll 25 cm betragen. Als Einheitspreis per Quadratmeter wird der Betrag von 42 fl. vorgeschlagen. Der Antrag des Stadtrathes geht dahin (liest):

„Überlassung des zur Herstellung einer Nisalitanlage erforderlichen Grundes im Ausmaße von 0.98 m² um den Einheitspreis von 42 fl. per Quadratmeter.“

Ich bitte um die Annahme dieses Antrages.

Bürgermeister: Die Herren Schriftführer constatieren die Anwesenheit von 98 Herren Gemeinderäthen. Ich ersuche die Herren, welche mit dem Referenten-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) **Einstimmig angenommen.**

Beschluß: Der zur Herstellung einer Nisalitanlage beim Hause XVI, Thaliastraße 3, erforderliche Grund im Ausmaße von 0.98 m² wird an Florian und Anna König um den Einheitspreis von 42 fl. per Quadratmeter überlassen.

18. Referent Gem.-Rath Wurm: Zahl 1901, Beilage 68. Hier handelt es sich um ein neuerliches Offert der Firma Fellner & Helmer auf käufliche Überlassung der Baustellen I b und III in der Jacquingasse. Sie werden sich zu erinnern wissen, daß ich vor einiger Zeit die Ehre hatte, über den Verkauf dieser Baustellen zu referieren. Leider hat sich aber die Sache damals verzögert, so daß die Offerten nicht mehr im Worte waren und das Offert wieder zurückgezogen wurde. Nun stellen die Offerten neuerdings den gleichen Antrag. Es handelt sich um zwei Baugründe, welche in der Jacquingasse an der Stelle des ehemaligen Pferdemarktes gelegen sind, und ich mache die Herren aufmerksam, daß die Gemeinde durch ein Landesgesetz das Recht erwirkt hat, diese Baustellen um den Einheitspreis von 20 fl. per Quadratmeter zu verkaufen.

Es sind bis jetzt Baustellen verkauft worden: eine zunächst der Stadt gelegene um 48 fl., eine Eckbaustelle um 45 fl., eine Mittelbaustelle um 29 fl. und eine Eckbaustelle um 40 fl. per Quadratmeter.

Nun wird offeriert für eine Mittelbaustelle 48 fl. per Quadratmeter und für eine Eckbaustelle 55 fl. per Quadratmeter, also um 10 fl. mehr als der Preis, um den die gegenüberliegende Eckbaustelle verkauft wurde.

Die Kaufbedingungen sind dieselben, wie sie bei den früheren Verkäufen stattgefunden haben, und ich will nur kurz vorläufig skizzieren, daß ein Drittel eingezahlt wird innerhalb acht Tagen nach Verständigung der Offerten von der Annahme ihres Offertes, der Rest in vier gleichen am Jahrestage der Übergabe in den physischen Besitz fälligen Jahresraten gegen 5prozentige Verzinsung vom Fälligkeitstage der einzelnen Raten bis zur wirklichen Einzahlung. Der Antrag des Stadtrathes geht nun dahin:

„Die käufliche Überlassung der Baustelle I b, Theil der Einl.-Z. 479, im Ausmaße von 669.70 m² um den Einheitspreis

von 48 fl. per Quadratmeter und der Baustelle III, Einl.-Z. 2501, III. Bezirk (ehemalige Pferdemarkt-Realität in der Jacquingasse) im Ausmaße von 971.93 m² um den Einheitspreis von 55 fl. per Quadratmeter an die Firma Fellner & Helmer wird unter folgenden Bedingungen genehmigt:

a) Der Kaufschilling, welcher vorbehaltlich des Resultates der bei der Übergabe in den physischen Besitz der Käuferin stattfindenden gemeinschaftlichen Vermessung 85.601 fl. 75 kr. beträgt, ist in der Weise zu berichtigen, daß ein Drittel binnen acht Tagen nach Verständigung der Offertin von der Annahme des Offertes durch den Gemeinderath, der Rest in vier gleichen am Jahrestage der Übergabe in den physischen Besitz fälligen Jahresraten zu Händen der städtischen Hauptcassa bezahlt wird.

Der Kaufschillingsrest ist vom Fälligkeitstage der einzelnen Raten bis zur wirklichen Einzahlung derselben mit 5 Prozent halbjährig im nachhinein fälligen Zinsen zu verinteressieren.

b) Den Käufern bleibt jedoch das Recht gewahrt, den Kaufschilling, respective den jeweilig noch restierenden Theil, auch vor den obbezeichneten Fälligkeitsterminen ganz oder theilweise zu begleichen.

c) Als Sicherstellung des Kaufschillingsrestes sammt Nebengebühren ist auf den zu verkaufenden Baustellen, und zwar auf jeder derselben rückichtlich des hierauf entfallenden restlichen Kaufschillings das Pfandrecht zu Gunsten der Gemeinde Wien primo loco grundbücherlich einzuverleiben.

d) Die Bezahlung der Vertragskosten, der Kosten der grundbücherlichen Einverleibungen und Löschungen sowie der Vermögensübertragungsgebühren obliegt der Käuferin.

e) Zu dem Kaufpreise ist auch die Entschädigung für das alte Materiale der auf den fraglichen Baustellen befindlichen Requisitionshütte, welche die obgenannte Firma zu demolieren hat, enthalten.“

Ich bitte, die Anträge anzunehmen.

Bürgermeister: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Keine Einwendung? (Zustimmung.) Ich ersuche jene Herren, welche mit den Referenten-Anträgen einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) **Einstimmig angenommen.**

Beschluß: Der vorstehende Referenten-Antrag.

19. Referent Gem.-Rath Josef Müller: Ich habe die Ehre, über den Antrag St.-R.-Z. 1692 zu referieren. Derselbe betrifft eine Nisalitabtretung an Herrn Karl Aueried in der Kochgasse im VIII. Bezirke.

Die Realität des Herrn Aueried ist an der Ecke der Kochgasse und der Möllergasse gelegen und es soll in der Kochgasse ein Nisalit in einer Länge von 5.55 m und mit einem Vorsprunge von 15 cm, in der Möllergasse ein Nisalit in der Länge von 6.45 m mit einem Vorsprunge von ebenfalls 15 cm hergestellt werden. Die Fläche, welche beansprucht wird und von der Straße abzutreten ist, beträgt 1.845 m². Es soll diese Fläche mit einer gleichgroßen Grundfläche, welche von Seiten des Gesuchstellers an die Gemeinde abzutreten ist, compensiert werden. Der Antrag, den der Stadtrath unterbreitet, geht dahin:

„Compensation des zur Anlage zweier Nisalite erforderlichen Grundes im Ausmaße von 1.845 m² mit einer gleichgroßen Fläche des abzutretenden Grundes.“

Ich ersuche um die Annahme.

Bürgermeister: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Ich ersuche jene Herren, welche mit diesem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) *Ein stimmig angenommen.*

Beschluß: Die compensative Überlassung des zur Anlage zweier Nisalite beim Hause VIII., Kochgasse 9, erforderlichen Grundes im Ausmaße von 1.845 m² an Karl Aueried gegen eine gleichgroße Fläche des abzutretenden Grundes wird bewilligt.

20. Referent Gem.-Rath Josef Müller: Ich habe weiters zu berichten über den Stadtraths-Antrag Zahl 62. Derselbe betrifft einen Grundverkauf an Rudolf Argauer im XVIII. Bezirke. Dieser Grund resultiert aus einer Baulinienbestimmung, welche in einer Zwischengasse zwischen der Herrengasse und der Hauptstraße getroffen worden ist. In dieser Gasse war ein unregelmäßiger Platz vorhanden. Durch die Bestimmung der Baulinie ist nun ein Theil dieses Grundes frei geworden, welcher verkauft werden kann. Es ist das der im Plane mit a b c d bezeichnete Grund im Ausmaße von 129.15 m². Der Anrainer dieses Grundes, Herr Argauer, Besitzer des Hauses Nr. 73, ist an die Gemeinde um Ankauf dieses Grundes herantreten. Er hat anfangs den Betrag von 25 fl. für den Quadratmeter geboten. Nachdem dieser Betrag dem Stadtrathe zu gering erschien, wurde ein Comité gewählt, um Verhandlungen mit Herrn Argauer anzubahnen. Die Verhandlungen haben das Resultat ergeben, daß Herr Argauer erklärt hat, für diesen Grund von 129.15 m² den Betrag von 30 fl. per Quadratmeter zu geben. Weiters verpflichtet er sich, denjenigen Theil seiner Realität, welcher infolge Umbaues desselben an die Straße fällt, unentgeltlich, lastenfrei, im richtigen Niveau an die Gemeinde abzutreten. Das ist jener Theil, welcher mit den Buchstaben a e f g bezeichnet ist und welcher ein Ausmaß von 39.91 m² hat.

Wenn man diesen Grund, welcher jedenfalls von Seite der Gemeinde entschädigt werden müßte, mit nur 15 fl. berechnet, beträgt der Wert 598 fl. 65 kr. Der Preis des anzukaufenden Grundes im Ausmaße von 129.15 m², mit 30 fl. per Quadratmeter berechnet, beträgt 3874 fl. 50 kr., was zusammen 4473 fl. 15 kr. ausmacht.

Vertheilt man diesen Betrag auf die Einheit nach dem Areale des zu kaufenden Grundes per 129.15 m², so kommt auf den Quadratmeter Baugrund ein Preis von 34 fl. 70 kr., respective 124 fl. 92 kr., welcher Preis für diese Gegend gewiß ein sehr guter ist.

Die Verpflichtung der Abtretung dieses Grundes von seiner Realität soll als Reallast auf seiner Realität sichergestellt werden. Weiter verpflichtet sich Herr Argauer, die Kaufsumme per 3874 fl. 50 kr. sofort nach Perfectwerden des Kaufvertrages bar an die Gemeinde zu übertragen und die Vertragskosten, sowie die Übertragungs- und Einverleibungsgebühren zu tragen.

Das sind die Bedingungen, die im vorliegenden Antrage angezogen sind und im Übereinkommen vom 27. September 1893 enthalten sind. Aus diesen Gründen ist der Stadtrath der Ansicht, daß unter den mitgetheilten Bedingungen der Verkauf an Argauer abzuschließen ist.

Der Antrag lautet folgendermaßen (liest):

„Die Gemeinde Wien überläßt dem Gesuchsteller den im Plane mit den Buchstaben a b c d bezeichneten Theil der Parcellen Nr. 790 — öffentliches Gut — in Währing, XVIII. Bezirk, im Ausmaße von 129.15 m² um den Kaufpreis von 30 fl. per Quadrat-

meter, somit um den Gesamtpreis von 3874 fl. 50 kr. gegen dem in das Eigenthum, daß derselbe von der ihm in der Einl.-Z. 143 grundbüchlerlich zugeschriebenen Parcellen Nr. 171, Bauarea, den im Plane mit den Buchstaben a e f g bezeichneten Theil im Ausmaße von circa 40 m² der Gemeinde zu Straßenzwecken unentgeltlich und lastenfrei und unter den im Protokolle vom 27. Februar 1894 enthaltenen Modalitäten in das Eigenthum überträgt.

Der auf dem anzukaufenden Grundstücke befindliche Pumpbrunnen hat in das Eigenthum des Gesuchstellers überzugehen.“

Es befindet sich hier ein Punkt, welcher heute nicht mehr benützt wird, umsomehr, als gerade gegenüber ein Hydrant, welcher sich an die Hochquellenleitung anschließt, sich vorfindet. Ich ersuche um die Annahme dieses Antrages.

Gem.-Rath Jedlička: Meine Herren! Bei diesem Punkte muß ich mir etwas zu bemerken erlauben. Ich begreife nicht, daß man hier diese Zunge, die zwischen der Herrengasse und der Hauptstraße geht und wo Häuser daraufstehen, die keine Höfe haben, noch immer mehr einengt. Hier bei der Argaugergasse bricht sich diese Zunge zu Ungunsten der zwischen der Herrengasse und der Hauptstraße stehenden Häuser. Wenn die Häuser ausgebaut werden und man da immer noch mehr einengt, so kriegen sie keine Höfe. Die werden keine 15 Percent Hof bekommen. Wenn die Linie gerade bis zur Argaugergasse fortgesetzt wird, so könnte man an das Greifenastl hinaufgehen, und es wäre der Platz zwischen der Herrengasse und der Hauptstraße tiefer. Man brauchte von den Häusern nichts wegnehmen, und diejenigen, die dort bauen werden, könnten Höfe mit Licht und Luft bekommen. Aber auf diese Art ist es nicht möglich. Ich will nur zur Geltung bringen, daß man sich an den Plätzen, die mitten in der Straße liegen, verjündigt, während man die rechts von der Herrengasse schont. Diese Höfe haben tiefe Gründe mit 200 bis 300 m. Denen könnte man leichter wegnehmen als denjenigen, die so zusammengedrängt sind.

Gegen den Preis habe ich nichts. Wenn man schon darauf eingegangen ist, so finde ich ihn eher zu hoch als zu nieder. Also, ich will nur betont haben, daß man nicht immer an die Zunge zwischen der Herrengasse und der Hauptstraße drängen soll, sonst werden die Parcellen unverbaulich werden.

Bürgermeister: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet; die Debatte ist geschlossen. Der Referent hat das Schlußwort.

Referent: Ich erlaube mir diesbezüglich zu bemerken, daß die hier zur Geltung kommenden Baulinien schon lange Zeit von Seite des Ministeriums genehmigt sind (Gem.-Rath Jedlička: Ich weiß das!) Von diesen Baulinien ist auch unter der früheren Gemeinde schon Gebrauch gemacht worden. Es stehen bereits auf der rechten Seite Häuser in dieser Baulinie und es ist nicht möglich, irgendeine Änderung der Baulinie eintreten zu lassen. Ich finde die Bemerkung des geehrten Herrn Vorredners ganz richtig; die Insel zwischen der Herrengasse und der Hauptstraße ist sehr schmal, da brauchte man jeden Centimeter Grund. Nachdem aber die Verhältnisse einmal so liegen, läßt sich absolut nichts mehr ändern; die rechte Seite hätte allerdings eine kleine Hineinrückung vertragen. Heute aber kann man von den bereits bestimmten Baulinien nicht mehr abgehen.

Bürgermeister: Die Herren, welche mit dem Referenten-Antrage einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschlecht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) *Ein stimmig angenommen.*

Beschluß: Die Gemeinde Wien überläßt dem Gesuchsteller den im Plane mit den Buchstaben a b c d bezeichneten Theil der Parcellen Nr. 790 — öffentliches Gut — in Währing, XVIII. Bezirk, im Ausmaße von 129.15 m² um den Kaufpreis von 30 fl. per Quadratmeter, somit um den Gesamtpreis von 3874 fl. 50 kr. gegen den ins Eigenthum, daß derselbe von der ihm in der E. B. 143 grundbücherlich zugeschriebenen Parcellen Nr. 171, Bauarea, den im Plane mit den Buchstaben d e f g bezeichneten Theil im Ausmaße von circa 40 m² der Gemeinde zu Straßenzwecken unentgeltlich und lastenfrei und unter den im Protokolle vom 27. Februar 1894 enthaltenen Modalitäten ins Eigenthum überträgt. Der auf dem anzukaufenden Grundstücke befindliche Pumpbrunnen hat in das Eigenthum des Gesuchstellers überzugehen.

21. Referent Gem.-Rath Josef Müller: Ich habe weiters die Ehre, über den Stadtraths-Antrag B. 61 zu referieren. Derselbe betrifft die Überlassung eines Theiles des Linienwallgrundes in der Breitenfeldergasse im VIII. Bezirke an Paula Lang.

Dieser Gegenstand läuft eigentlich schon ziemlich lang. Es ist diesbezüglich ein Antrag von Seite des Herrn Gem.-Rathes Dr. L u e g e r gestellt worden, und zwar hat es sich darum gehandelt, daß man die Breitenfeldergasse bis zur Thelemangasse durchführt, das heißt, daß man eine Verbindung zwischen dem VIII. Bezirke und Hernals ermöglicht. Das Hindernis, welches der Durchführung entgegenstand, ist die Realität Einl. B. 888, Cat. Parc. 378. Diese Parcellen liegt mitten in der Straße, ist als Materialplatz verwendet und hindert, wie gesagt, die Verbindung der Thelemangasse mit der Breitenfeldergasse. Auf Grund des vorerwähnten Antrages ist ein Comité gewählt worden und dieses hat seinerzeit mit der Eigenthümerin — ich glaube es war eine Frau L u x — Verhandlungen um Überlassung dieses Grundes gepflogen. Die Eigenthümerin hat jedoch damals einen derart hohen Preis begehrt, daß der Stadtrath nicht darauf eingehen konnte. Während der Zeit hat eine Transaction stattgefunden. Es hat nämlich Frau L u x diesen Grund an Frau Paula Lang verkauft und tritt nun letztere an die Gemeinde heran, eine Transaction dahin zu treffen, daß ihr ein Theil des Linienwalles überlassen werde, und zwar zur Arrondierung ihrer an den Linienwall grenzenden Realität Einl. Nr. 76, Parc. 376 und 377, an der Ecke der Benno- und Breitenfeldergasse gegen dem, daß sie die Straßenverbindung zwischen der Theleman- und Breitenfeldergasse frei macht. Die ursprünglichen Anträge der Gesuchstellerin waren ebenfalls unannehmbar und wurde daher ein Comité damit betraut, Verhandlungen mit Frau Paula Lang zu pflegen. Diese Verhandlungen haben folgendes Resultat ergeben: Frau Paula Lang kauft von der Gemeinde den Theil des Linienwalles, welcher im Plane mit den Buchstaben a b c d umschrieben ist und ein Ausmaß von 275 m² hat, um ihre daranstoßende Baustelle gegen die verlängerte Blindengasse zu arrondieren, um den Betrag von 40 fl. per Quadratmeter.

Die Gemeinde bezahlt der Frau Lang denjenigen Grund, welcher aus der Cat. Parc. 378 nach Durchführung der halben Straße resultiert, mit 103 m² ebenfalls um 40 fl. per Quadratmeter.

Dieser halbe Straßengrund wird in einer separaten Grundbuchsbeilage der Gemeinde zugeschrieben und seinerzeit an die

Nachbarrealität, welche dermalen noch nicht parcelliert ist, verkauft werden, so daß die Gemeinde bei Verbauung dieser Nachbarrealität seinerzeit das Geld wieder herausbekommt. Weiters verpflichtet sich die Eigenthümerin der Einlage 76, den längs ihrer Realität gelegenen schmalen Theil im Ausmaße von 118 m² unentgeltlich in das öffentliche Gut zu übertragen, während die Gemeinde denjenigen Theil des Linienwallgrundes, welcher sich längs des von Frau Lang zu kaufenden Grundes hinzieht, ebenfalls in das öffentliche Gut überträgt. Die Eigenthümerin der Einlage 76 verpflichtet sich, auch den Theil, welcher zur Completierung der halben Straße noch nothwendig ist und welcher derzeit einem fremden Nachbar gehört — er ist im Plane mit den Buchstaben Z Q R S umschrieben — im Ausmaße von 158 □⁰ von demselben käuflich zu erwerben und ebenfalls in das öffentliche Gut zu übertragen, so daß die Durchführung der verlängerten Blindengasse ebenfalls ermöglicht wird.

Man muß diese Transactionen als ganzes auffassen und dann ergibt sich, daß die Eigenthümerin der Realität Einl. 76, nachdem sie den Grund mit 40 fl. per Quadratmeter kauft, 11.000 fl. zu bezahlen hat, wovon jedoch der Betrag für den Grund per 103 m², ebenfalls mit 40 fl. per Quadratmeter, also ein Gesamtbetrag von 4720 fl. in Abzug kommt, so daß nach 6880 fl. oder rund 7000 fl. von Frau Paula Lang an die Gemeinde zu zahlen sind. Sie verpflichtet sich, 1750 fl. sofort, den Restbetrag per 5250 fl. aber nach einem Jahre zu bezahlen und während dieser Zeit mit 4½ Percent zu verzinsen. Es soll auch auf dem Grunde per 275 m², welcher an Frau Paula Lang verkauft wird, der Restbetrag von 5250 fl. für die Gemeinde sichergestellt werden.

Diese Transaction ist eine derartige, welche den Bedürfnissen hier Rechnung trägt und endlich eine Verbindung des VIII. Bezirkes mit Hernals ermöglicht, so daß die Verbindung der Thelemangasse mit der Breitenfeldergasse herbeiführen wird.

Aus diesen Gründen erlaubt sich der Stadtrath, Ihnen den in Beilage 61 enthaltenen Antrag vorzulegen, welchen ich Sie bitte, anzunehmen.

Bürgermeister: Wünscht jemand das Wort? (Nach einer Pause:) Es ist nicht der Fall. Die Herren, welche mit dem Referenten-Antrage einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) **Ein stimmig angenommen.**

Beschluß: Die Gemeinde Wien überläßt der Paula Lang behufs Arrondierung ihrer Realität E. B. 76, VIII. Bezirk, einen Theil der Linienwall-Parcellen Nr. 404/3, E. B. 115, VIII. Bezirk, Figur a b c d a, im Ausmaße von circa 275 m² um den Einheitspreis von 40 fl., wogegen die Genannte der Gemeinde den mit den Buchstaben l m n o l umschriebenen Theil der Cat. Parc. Nr. 378, VIII. Bezirk, im Ausmaße von circa 103 m² gleichfalls um den Preis von 40 fl. per Quadratmeter lastenfrei und im richtigen Niveau abtritt und eine Aufzahlung von 7000 fl. leistet.

Diese Grundtransaction hat unter folgenden Modalitäten zu erfolgen:

a) Der obgenannte Pauschalbetrag per 7000 fl. ist in der Weise zu berichtigen, daß ein Betrag von 1750 fl. nach Genehmigung dieser Transaction durch den Gemeinderath, der Rest nach Ablauf eines Jahres

bezahlt und inzwischen mit $4\frac{1}{2}$ Percent Zinsen ver-
interessiert wird.

b) Sobald die Gemeinde in den grundbücherlichen Besitz der Linienwallgründe gelangt ist, wird als Sicher-
stellung des restlichen Betrages per 5250 fl. sammt
Nebengebühren das Pfandrecht zu Gunsten der Gemeinde
Wien primo loco auf dem an die Dfferentin zu über-
lassenden Grunde auf deren Kosten grundbücherlich
einverleibt.

c) Jeder Vertragstheil trägt die rückichtlich der
von ihm zu erwerbenden Grundflächen entfallenden
Vertragskosten und Übertragungsgebühren.

d) Paula Lang verpflichtet sich, den mit den
Buchstaben e l m e bezeichneten Theil der Cat.-Parc.
Nr. 378 im Ausmaße von circa 118 m², sowie den
von ihrer Realität C.-Z. 76, VIII. Bezirk, zur Benno-
und Breitenfeldergasse entfallenden Theil im Ausmaße
von circa 49.64 m², Figur e k i h g f e c, unentgeltlich,
im richtigen Niveau und lastenfrei an die Gemeinde
abzutreten.

Die Übergabe der Cat.-Parc. Nr. 378, C.-Z. 888,
VIII. Bezirk, in den physischen Besitz der Gemeinde
hat unmittelbar nach dem November-Auszichtermine
1894 stattzufinden.

e) Die Dfferentin nimmt zur Kenntnis, daß die
grundbücherliche Einverleibung ihres Eigenthumsrechtes
bezüglich des an sie zu überlassenden Theiles der Parc.
Nr. 404/3 erst nach erfolgter grundbücherlicher Über-
tragung der Linienwallgründe in das Eigenthum der
Gemeinde stattfinden kann, und daß die Abgrabung
des Linienwalles sowohl auf dem zu erwerbenden
Baugrunde als auch auf dem zur Straße fallenden
Theile der Parc. Nr. 404/3, Figur a q t p m e c d a,
im Ausmaße von circa 170 m², dessen grundbücherliche
Abschreibung und Aufnahme in das Verzeichnis für
das öffentliche Gut die Gemeinde veranlassen wird,
auf ihre Kosten zu bewerkstelligen ist.

22. Referent Gem.-Rath Matthies: Ich habe die Ehre,
zur Zahl 1535 zu referieren. Herr Baumeister Ludwig Z a t k a ist
eingeschritten um die Bewilligung zum Umbau des Hauses Breite-
gasse Nr. 28 im VII. Bezirke. Er beabsichtigt dort zwei Risalite
anzubringen, die 20 cm aus der Baulinie heranstreten. Der
erforderliche Grund beträgt im Gesamtausmaße 2.12 m². Nachdem
er aber einen kleinen Streifen von 0.83 m² abzutreten hat, so
wird beantragt, denselben zu compensieren, so daß er nur 1.29 m²
anzukaufen hat. Das Bauamt und der Magistrat beantragen,
75 fl. per Quadratmeter, d. i. für die 1.29 m² einen Betrag
von 96 fl. 75 fr., zu verlangen. Der Stadtrath hat sich diesem
Antrage angeschlossen und ich bitte um Ihre Zustimmung.

Bürgermeister: Keine Einwendung gegen den Antrag?
(Nach einer Pause:) E i n s t i m m i g a n g e n o m m e n.

Beschluß: Der zur Anlage zweier Risalite beim Hause VII. Be-
zirk, Breitengasse 28, ist nach Compensierung mit dem
abzutretenden Grunde per 0.83 m² mit einer Fläche
von 1.29 m² an Ludwig Z a t k a um den Preis von
75 fl. per Quadratmeter, d. i. um den Betrag von
96 fl. 75 fr. zu überlassen.

23. Referent Gem.-Rath Matthies: Ich habe ferner zu
berichten zur Zahl 1926. Herr Karl K ö n i g sucht an um Über-
lassung des zur Herstellung eines Thorportales bei dem Hause
III. Bezirk, Jacquingasse, erforderlichen Grundes. Es ist ein Grund
im Gesamtausmaße von 0.68 m² erforderlich, und es wird be-
antragt, den Quadratmeter mit 60 fl. zu berechnen; das gibt für
den gesammten Grund den Betrag von 40 fl. 80 fr. Der Stadt-
rath hat sich dem Antrage des Magistrates angeschlossen, und ich
bitte um Ihre Zustimmung.

Bürgermeister: Niemand dagegen? (Nach einer Pause:)
E i n s t i m m i g a n g e n o m m e n.

Beschluß: Der zur Herstellung eines Thorportales beim Hause
III. Bezirk, Jacquingasse, erforderliche Grund im Aus-
maße von 0.68 m² ist an Karl K ö n i g noe. Alex.
Friedmann um den Betrag von 40 fl. 80 fr. zu
überlassen.

24. Referent Gem.-Rath Dr. Vogler: Nr. 60 der Beilagen.
Bereits im vorigen Jahre haben Verhandlungen mit Herrn Ferdinand
K a l b wegen Überlassung der an seine Realität angrenzenden Par-
cellen des ehemaligen Linienamtsgebäudes an der Westbahnlinie statt-
gefunden. Es ist dies, wenn man zur Linie hinausgeht, an der
linken Seite der Westbahnstraße.

Die damaligen Verhandlungen haben zu einem Resultate
nicht geführt, weil Herr K a l b für den Quadratmeter nicht mehr
als 50 fl. geben wollte, und dieser Betrag dem Stadtrathe zu
gering erschien. Auch wurde der Minimalpreis, unter welchem
diese Realität nicht hintangegeben werden soll, vom Gemeinderathe
mit 60 fl. bestimmt, und das Landesgesetz wurde in diesem Sinne
erwirkt. Das Landesgesetz ist zwar noch nicht erschienen, jedoch
wurde das Ansuchen an den Landtag gestellt und der Landtag hat
auch im Sinne des Antrages des Gemeinderathes beschlossen; es
steht nur noch die kaiserliche Sanction aus. Nun hat Herr Ferd.
K a l b neuerlich den Antrag gestellt, den bezüglich Grund zu
erwerben, und die diesfalls gepflogenen Verhandlungen haben zu
dem Resultate geführt, daß derselbe nunmehr den Betrag von
65 fl. per Quadratmeter zu geben bereit ist, und daß er außerdem
bereit ist, einige Grundabtretungen vorzunehmen, welche die Herren
aus dem vorliegenden Plane und an der Hand des vorliegenden
gedruckten Antrages entnehmen werden. Der Plan ist dem vor-
liegenden lithographierten Antrage angeheftet. Aus diesem Plane
entnehmen die Herren, daß der dunkelschraffierte Theil in der
Westbahnstraße von Herrn K a l b erworben werden soll; ebenso soll
erworben werden ein Theil des Straßengrundes an der Westbahn-
straße, Ecke der Wimbergerstraße. Dagegen soll Herr Ferdinand
K a l b den etwas lichter schraffierten Grundtheil in der Wimberger-
straße abtreten, außerdem einen Grundtheil in der Kaiserstraße.
Ich werde mir nunmehr erlauben, die Anträge, die der Stadtrath
Ihnen empfiehlt, zu verlesen. Aus denselben ergibt sich auch der
Sachverhalt, beziehungsweise sind aus denselben die näheren
Grenzen der abzutretenden Grundstücke zu entnehmen. Der An-
trag lautet (liest):

„Die käufliche Überlassung eines Theiles der städtischen Rea-
lität Dr.-Nr. 47 Kaiserstraße, Dr.-Nr. 37 Westbahnstraße, Einl.-
Z. 1155, Cat.-Parc. 1309/1, 1319/2 und 1310, VII. Bezirk,
Figur a d e II I a, im Ausmaße von circa 945 m², und eines
Theiles der im öffentlichen Gute inliegenden Parcellen 1825,
VII. Bezirk, Figur I II b I, im Ausmaße von circa 12 m² an

Ferdinand und Leopoldine Kalb um den Einheitspreis von 65 fl. per Quadratmeter behufs Arrondierung der dem Genannten gehörigen Realität Dr.-Nr. 47 Kaiserstraße, Einl.-Z. 367, VII. Bezirk, wird vorbehaltlich der Genehmigung des Landtages genehmigt.

Diese Grundtransaktion wird unter folgenden Modalitäten abgeschlossen:

a) Von dem Kaufschillinge per circa 62.205 fl. ist ein Theilbetrag von 21.000 fl. bei der Übergabe des obgenannten Grundes in den physischen Besitz der Käufer, der Rest in zwei gleichen, vom Fälligkeitstage der ersten Rate laufenden Beträgen jährlich am Jahrestage der Übergabe zu Händen der städtischen Hauptcassa zu bezahlen und mittlerweile mit 5 Percent Zinsen vom Fälligkeitstage der ersten Rate bis zur Einzahlung der einzelnen Raten jährlich im vorhinein zu verinteressieren;

b) den Käufern bleibt jedoch das Recht gewahrt, den ganzen Kaufschilling, beziehungsweise den noch unberichtigten Rest auch ohne Einhaltung der angeführten Termine im vorhinein zu bezahlen, wobei denselben der entsprechende Theil der etwa schon einbezahlten Zinsen in Anrechnung gebracht werden wird;

c) als Sicherstellung für den Kaufschillingsrest sammt Nebengebühren ist auf dem an die Eheleute Kalb zu verkaufenden Baugrunde das Pfandrecht primo loco zu Gunsten der Gemeinde Wien einzuverleiben;

d) die Bezahlung der Kosten der Vertragsausfertigung, der grundbücherlichen Einverleibungen und Löschungen, sowie der Vermögensübertragungsgebühren obliegt den Käufern;

e) bei der physischen Besitzübergabe findet eine gemeinschaftliche Vermessung des fraglichen Grundes statt, und wird auf Grund der hiebei erhobenen Ausmaße die definitive Berechnung des Kaufschillings stattfinden.

f) die Käufer verpflichten sich, die von ihrer Realität, Einl.-Z. 367, VII. Bezirk, zur Kaiserstraße, respective zum Urbanvorplatzplatz entfallenden Grundstreifen, Figur d e f g d im Ausmaße von circa 37 m² und Figur a h i k l a im Ausmaße von circa 437 m² unentgeltlich und im richtigen Niveau, sowie lastenfrei an die Gemeinde abzutreten;

g) sollte die Abtretung der sub f erstgenannten Grundfläche nach stattgehabter Übergabe des zu verkaufenden Grundes nicht erfolgen können, so haben die Eheleute Kalb diese Verpflichtung der unentgeltlichen Abtretung auf ihre Kosten als Reallast auf ihrer Realität Einl.-Z. 367 grundbücherlich sicherzustellen;

h) die Gemeinde Wien verpflichtet sich, die im Plane mit den Buchstaben I e' b a l und II m n e d e II bezeichneten Theile der städtischen Realität Einl.-Z. 1155 und den mit den Buchstaben a' b' i a' bezeichneten Theil der Linienwallparcette 1306/1, Einl.-Z. 430, VII. Bezirk, per 40 m² als Straßengrund gegen dem zur grundbücherlichen Abschreibung bringen zu lassen, daß die Käufer diese Grundflächen, insoweit dies nicht schon der Fall sein sollte, in das richtige Niveau bringen."

Ich empfehle diese Anträge der Genehmigung.

Bürgermeister: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Ich ersuche jene Herren, welche mit den Referenten-Anträgen einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Ich bitte um die Gegenprobe (Nach einer Pause:) **Einstimmig angenommen.**

Beschluß: Der vorstehende Referenten-Antrag.

25. Referent Gem.-Rath Ritt. v. Neumann: Nr. 65.

Es ist der Eigenthümer des Grundstückes Einl.-Z. 1760 im IX. Bezirke, Lustlandgasse, um Ergänzung seines Grundes durch Erwerbung eines Theiles der Linienwallparcette, und zwar im Ausmaße von 80 m² eingeschritten. Die Bewertung für diesen Mittelgrund ist mit 22 fl. per Quadratmeter erfolgt. Diesen Preis von 22 fl. per Quadratmeter ist Herr Karl Rie ner auch bereit zu bezahlen und es ergibt sich daher unter Zugrundelegung des Ausmaßes von 80 m² ein Pauschalbetrag von 1760 fl. Es wird daher der Antrag gestellt (liest):

„Die käufliche Überlassung eines Theiles der Linienwallparcette 547/1, Einl.-Z. 52, IX. Bezirk, im Ausmaße von circa 80 m², Figur e d k i e, an Karl Rie ner zur Arrondierung der demselben gehörigen Baustelle Einl.-Z. 1760, IX. Bezirk, um den Pauschalbetrag von 1760 fl., wobei der Genannte die Vertragskosten und Übertragungsgebühren zu tragen hat, wird genehmigt.“

Ich bitte um die Annahme dieses Antrages.

Bürgermeister: Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Die Herren, welche mit dem Referenten-Antrage einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschicht.)

Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) Es ist niemand dagegen. **Einstimmig angenommen.**

Gem.-Rath Dr. Lueger: Die Herren sollen hereinkommen sonst sind nicht 92.

Bürgermeister: Vor der Berichterstattung ist die Anzahl von 98 Gemeinderäthen constatirt worden.

Beschluß: Die käufliche Überlassung eines Theiles der Linienwallparcette 547/1, Einl.-Z. 52, IX. Bezirk, im Ausmaße von circa 80 m², Figur e d k i e, an Karl Rie ner zur Arrondierung der demselben gehörigen Baustelle Einl.-Z. 1760, IX. Bezirk, um den Pauschalbetrag von 1760 fl., wobei der Genannte die Vertragskosten und Übertragungsgebühren zu tragen hat, wird genehmigt.

26. Referent Gem.-Rath v. Götz: Ich habe die Ehre, zur Zahl 1902, Beilage Nr. 63, zu referieren.

Es wurde von Herrn Rudolf Wiszko csil für die käufliche Überlassung der Baustelle 15 der Schlossparkrealität in Baumgarten, XIII. Bezirk, ein Pauschalbetrag von 900 fl. geboten. Das entspricht einem Preise von 2 fl. per Quadratmeter oder 7 fl. 20 kr. per Quadratklaster.

Nach dem im vorigen Jahre von Seite der Buchhaltung erstatteten Berichte beträgt der Selbstkostenpreis im Durchschnitte per Quadratmeter 1 fl. 46 kr., mit Hinzurechnung einer vierprocentigen Verzinsung würde das heute einen Preis von 1 fl. 52 kr. ergeben.

Im vorigen Jahre wurden sämtliche Baustellen dieser Cottageanlage draußen von Seite beedeter Schägleute geschätzt, und diese Baustelle wurde mit einem Betrage von 1 fl. 80 kr. per Quadratmeter oder 6 fl. 48 kr. per Quadratklaster eingeschätzt. Es entspricht demnach jedenfalls der hier angebotene Preis von 2 fl. den dortigen Verhältnissen und es wird infolge dessen von Seiten des Stadtrathes Folgendes beantragt (liest):

„Die käufliche Überlassung der Baustelle 15 der parcellirten Schlossparkrealität in Ober-Baumgarten Einl.-Z. 241, XIII. Bezirk, im Ausmaße von 448-67 m² an Rudolf Wiszko csil um den Pauschalpreis von 900 fl. wird unter den im Protokolle vom 1. Februar d. J. enthaltenen Zahlungsmodalitäten genehmigt.“

Hiebei wird bedungen, daß der Käufer sich den in der Vorschrift für den Verkauf der Baustellen der obgenannten Realität enthaltenen Bestimmungen unterwerfe und verpflichte, binnen drei Jahren vom Tage der Übergabe der fraglichen Baustelle in seinen physischen Besitz an die Verbauung derselben zu schreiten, welche letztere Verpflichtung als Reallast zu Gunsten der Gemeinde Wien auf der Baustelle 15 im Range nach der Eintragung des Pfandrechtes für den Kaufschillingsrest grundbücherlich sicherzustellen ist."

Ich bitte um die Annahme dieses Antrages.

Gem.-Rath Stehlik: Meine Herren! Als damals dieser Schlosspark gekauft worden ist, ist uns vorgesagt worden, daß dies ein so rentables Geschäft sei. Das muß man in Erwägung ziehen, wenn Sie jetzt den Quadratmeter um 2 fl. verkaufen wollen. Da ist also doch kein gutes Geschäft gemacht worden, und wenn Sie heute den Quadratmeter um 2 fl. verkaufen, so werden die anderen Gründe, die vielleicht weiterhin veräußert werden, auch nicht um mehr verkauft werden. Das muß so kommen, denn wenn man schon angefangen hat, so wird dann alles um denselben Preis abgegeben. Ich weise nur deshalb darauf hin, weil man uns damals vorgesagt hat, daß wir ein brillantes Geschäft machen. Man muß ja auch die Verzinsung, die uns das Capital trägt, in Betracht ziehen; wir haben eine schlechte Pachtrente, und wir müssen überhaupt froh sein, wenn wir einen Pächter bekommen, weil er ja ohnehin dort zugrunde geht.

Bürgermeister: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet.

Referent (zum Schlussworte): Ich möchte mir nur eine Bemerkung erlauben. Von Seite der vormaligen Gemeinde Baumgarten wurde eine Baustelle um den Preis per 1 fl. 46 kr. per Quadratmeter an die Commune Wien übergeben. Die Commune hat also einen Profit von nahezu 50 kr. per Quadratmeter. (Gem.-Rath Stehlik: Und die Zinsen?) Die Commune Wien hat ja keine Zinsen zu rechnen, nachdem wir das Capital gebracht haben, das Capital hat nicht die Commune Wien hergegeben. Wenn man andererseits berücksichtigt, daß Sie in Baumgarten im vorigen Jahr auf der Hauptstraße Baustellen um 2 fl. 50 kr. per Quadratmeter gekauft haben, so können Sie doch nicht für eine Baustelle, die, wie aus dem Plane ersichtlich ist, rückwärts in einer Sackgasse gelegen ist, eine Trapezform und nur 17 m Gassenfront hat, einen höheren Preis verlangen.

Bürgermeister: Die Herren, welche mit dem Referenten-Antrage einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) Es ist eine Stimme dagegen. 99 Gemeinderäthe sind anwesend, der Antrag ist also angenommen.

Beschluss: Die käufliche Überlassung der Baustelle 15 der parcellirten Schlossparkrealität in Ober-Baumgarten, Einl.-Z. 241, XIII. Bezirk, im Ausmaße von 448.67 m² an Rudolf Wiszoksil um den Pauschalpreis von 900 fl. wird unter den im Protokolle vom 1. Februar d. J. enthaltenen Zahlungsmodalitäten genehmigt.

Hiebei wird bedungen, daß der Käufer sich den in der Vorschrift für den Verkauf der Baustellen der obgenannten Realität enthaltenen Bestimmungen unterwerfe und verpflichte, binnen drei Jahren vom Tage der Übergabe der fraglichen Baustelle in seinen physischen Besitz an die Verbauung derselben zu schreiten, welche letztere Verpflichtung als Reallast zu Gunsten der Ge-

meinde Wien auf der Baustelle 15 im Range nach der Eintragung des Pfandrechtes für den Kaufschillingsrest grundbücherlich sicherzustellen ist.

27. Referent Gem.-Rath Dr. Sackenberg: Ich habe die Ehre, zur Zahl 1785 zu referieren. Herr Paul Obrist benützt zur Herstellung von zwei Nivaliten bei der Realität Einl.-Z. 235 in Gersthof, Ecke der Erndt- und Wallrießgasse, Grundstücke in einer Länge von 7 m, mit einem Vorsprunge von 10 cm um den Preis von 5 fl. 18 kr. (Rufe: Einverstanden! Einverstanden! und Heiterkeit.) Ich bitte um Überlassung dieses Grundstückes zum Zwecke der Nivalitherstellung. (Rufe: Abstimmen! Wir sind einverstanden!)

Bürgermeister: Keine Einwendung? Die Herren sehen, daß diese Gegenstände offenbar nicht ins Plenum des Gemeinderathes gehören und daß es wünschenswert wäre, das Statut in dieser Beziehung abzuändern. Es ist niemand gegen den Antrag. Derselbe ist also einstimmig angenommen.

Beschluss: Die Überlassung des zur Herstellung eines Nivalites beim Hause Einl.-Z. 235 in Gersthof, Ecke der Erndt- und Wallrießgasse, erforderlichen Grundes im Ausmaße von 1.40 m² um den Betrag von 5 fl. 18 kr. wird genehmigt.

28. Bürgermeister: Wir gelangen zur Fortsetzung der Berathung des Schulbauten-Präliminaries. Ich bitte die Herren Referenten, ihre Plätze einzunehmen. (Referent des Stadtrathes Gem.-Rath Boschan und Referent der Budget-Commission Gem.-Rath Mayer treten an den Referententisch.)

In der letzten Sitzung haben wir den IX. Bezirk erledigt. Wir kommen zum X. Bezirke.

Referent des Stadtrathes Gem.-Rath Boschan: Beim X. Bezirke wird beantragt (liest):

Herstellung eines Turnsaales in der im Seh'r'schen Stiftungshause X. Bezirk, Quellengasse Nr. 31, eingemieteten
Volkschule 500 fl.
Zubau zur Werkmeisterchule im X. Bezirke 15.000 fl.
Bau einer Doppel-Volkschule nächst der Triesterstraße im X. Bezirke vom Stadtrathe 90.000 fl.
von der Budget-Commission 60.000 fl.

Bei letzterer Post ist zu bemerken, daß der Platz, an welchem diese Schule erbaut werden soll, vorläufig noch nicht bestimmt ist, weil ein zweckmäßigerer Platz, als der ausgewählte, erst aufgefunden werden soll. Ich würde bitten, einstweilen bloß den Betrag zu genehmigen, die Auswahl des Platzes wird später noch Gegenstand der Beschlussfassung des Gemeinderathes sein.

Referent der Budget-Commission Gem.-Rath Mayer: Die Budget-Commission hat sich gleichfalls eingehend mit dieser Frage beschäftigt und sich die Debatte zu Gemüthe geführt, die geführt wurde, als man beantragt hatte, auf der Höhe der Triesterstraße einen Platz anzukaufen. Sie war von der Anschauung durchdrungen, die damals ein Vertreter des X. Bezirkes ganz unverhohlen zum Ausdruck brachte, daß jener Platz, der so exponiert ist, für den Bau einer Schule kaum geeignet sein dürfte und dies umsoweniger, als er eigentlich den Wünschen und Bedürfnissen des X. Bezirkes nicht entspricht. Die Herren, und namentlich jene, welche dem Bezirkschulrath angehören, wissen, daß seit der Einverleibung der Vororte ein großer Theil der Kinder des X. Bezirkes in die Schulen der Gemeinde Inzersdorf gehen müssen, und daß wir bedeutende Beträge an die Gemeinde Inzersdorf zu bezahlen haben. Außerdem drängt die Gemeinde

Inzersdorf beständig auf die endliche Erbauung passender Schulen, damit sie Raum für ihre Kinder in den eigenen Schulen gewinnt. Aus diesem Grunde hat die Budget Commission gemeint, daß es empfehlenswert wäre, einen anderen Platz zu suchen, und zwar näher den Ziegelöfen und näher an Inzersdorf, wo die Kinder nicht gar so weit haben und wo sie den Fährlichkeiten des strengen Winters und schlechten Wetters in der kälteren Jahreszeit nicht in solcher Weise ausgesetzt werden, wie beispielsweise dort auf dem Platze, wo die Schule ursprünglich zu bauen geplant war.

Man hat namentlich als sehr zweckmäßig die sogenannte Bezirksstraße angegeben, und zwar dort, wo sie abbiegt zum sogenannten Steinhof, wo auch Plätze zu bedeutend billigeren Preisen zu erwerben sind, als jener Platz, den wir bereits angekauft haben und der gewiß zu anderen Zwecken ganz gut zu verwerten sein wird. Denn gerade dort, wo der Gemeinderath den Platz angekauft hat, ist das Bedürfnis für einen Schulbau kein dringendes, denn während dort seit zwanzig Jahren Häuser gebaut werden, hat sich doch nur die Nothwendigkeit herausgestellt, bloß 13 Häuser zu bauen. Es beweist dies also, daß jener Raum für die Ansiedelung von neuen Häusern nicht sehr günstig ist. Weil nun solche Verhandlungen sich in die Länge ziehen und kaum mehr als eine erste Baurate nothwendig ist, beantragt Ihnen die Budget-Commission, es möge ein anderer Platz für die Erbauung einer solchen Schule, namentlich mit Rücksicht auf jene Kinder, die zur Gemeinde Inzersdorf gehören, gewählt und die Bezirksstraße vor allem ins Auge gefaßt werden, und aus dem Grunde ist nur die Einstellung des Betrages von 60.000 fl. heuer nöthig.

Ich bitte daher, diesem geringeren Betrage Ihre Zustimmung zu geben, mit Rücksicht auf die von mir dargestellten Verhältnisse.

Gem.-Rath Pollak: Ich war, als mir dieses Schulbau-Präliminare zugesendet wurde, ganz erstaunt über die Bemerkung: „Die Wahl des Platzes ist neuerlich in Erwägung zu ziehen.“ Ja, meine Herren, Sie selbst haben bereits einen Beschluß gefaßt; am 17. October haben Sie sich nach einer ziemlich lebhaften Debatte bewogen gefühlt, für den Kauf dieses Platzes, der Ihnen von zwei Seiten als der günstigste hingestellt worden ist, zu stimmen.

Der Platz ist heute bereits, wie mitgetheilt worden ist, angekauft worden, und jetzt stehen wir wieder genau dort, wo wir am 17. October waren; aber wir sind noch viel schlechter daran. Diese Verzögerung hier bringt es mit sich, daß ein ganzes Baujahr verloren geht; es wird das Schuljahr 1894/95 anbrechen und der Ortschulrath des Bezirkes wird für die Kinder keinen Platz haben. Jetzt, meine Herren, erlauben Sie mir doch die Frage: Welche Veranlassung liegt eigentlich vor, daß der Platz, der bereits als Schulbauplatz angekauft ist, jetzt wieder zu etwas anderem verwendet werden soll, daß man neuerdings auf die Suche nach einem passenden Schulbauplatze geht? Der Herr Commissions-Referent hat gemeint, der Platz sei zu exponiert. Der Herr Referent — ich glaube, es war Herr St.-R. Wurm — hat das letztemal ganz richtig bemerkt: die Schule muß dorthin gebaut werden, wo Kinder sind, aber nicht dorthin, wo keine sind.

Meine Herren, dort sind Kinder, und ich werde mir erlauben, Ihnen auseinanderzusetzen, wie viele. Aus den Ziegelwerken gehen circa 200, vielleicht auch mehr, 300 Kinder nach Inzersdorf und Altmannsdorf, und es bietet sich das für die Groß-Commune ganz gewiß nicht besonders ehrenvolle Schauspiel, daß sie bei Dorfgemeinden Betteln muß, daß ihre Kinder in die Dorfschule aufgenommen werden. Es ist einmal so: die „Ziegelschlagerbuben“,

wie sie mit einem landläufigen Ausdruck heißen, gehören jetzt nach Wien und die Gemeinde Wien muß dafür sorgen, daß auch die „Ziegelschlagerbuben“ eine Schule erhalten, die Ihnen erreichbar ist.

Nun meint der Herr Commissions-Referent, die Schule solle näher zum Ziegelwerke sein. Ja, meine Herren, Sie dürfen aber auch nicht vergessen, daß außer den Buben in den Ziegelwerken und in der Thonfabrik noch andere Kinder sich dort befinden. So z. B. gehen von den Bediensteten des Franz-Josef-Spitals circa 60 Kinder in die Schule in der Herzgasse und von den Kindern aus den Weber'schen Häusern — das scheint der Herr Collega Trambauer wahrscheinlich gar nicht zu wissen (Gem.-Rath Trambauer: O, sehr gut!) — müssen jetzt 31 in die Quellengasse gehen. Warum? Weil in der Herzgasse kein Platz mehr ist. Die Schule in der Herzgasse ist ringsum verbaut und infolge dessen überfüllt, und eigenthümlich ist auch noch, daß die Bürgerschule dort nach und nach die Volksschulclassen verdrängt, so daß zum Schlusse für die Volksschüler überhaupt kein Platz sein wird.

Es muß also in der Nähe dieser Häuser eine Schule gebaut werden, und da glaube ich, ist es doch am allerbesten, wenn wir einen Platz, den wir schon angekauft haben und der allen Anforderungen entspricht, behalten. Die Kinder aus den Ziegelwerken und von der Thonwarenfabrik haben, gut gerechnet, eine Viertelstunde zur Schule, wenn sie dort hinkommt, nicht weiter. Ja, meine Herren, ist das auch ein Weg? Außerdem müssen Sie bedenken, daß die Triesterstraße vollständig gepflastert ist. Ja, wenn Sie die Kinder, wie der Herr Commissions-Referent meint, in die Bezirksstraße hinüber beordern, so haben sie ganz gewiß nicht näher, und sie haben dann eine Straße zu gehen, die im Winter nicht in so gutem Zustande sein wird, als die gepflasterte Triesterstraße; das unterliegt doch keinem Zweifel. Dann geht es doch nicht an, lediglich für die Kinder aus den Ziegelwerken eine Schule zu bauen, das kann doch absolut nicht ihre Absicht sein, sondern die Absicht des Gemeinderathes geht nach meinem Dafürhalten dahin, eine Schule zu bauen, welche sowohl von den Kindern der Ziegelschläger, als auch von anderen Kindern, die dormalen sehr weit zur Schule haben, besucht werden kann, und dafür ist nach meiner Meinung und gewiß auch nach der Meinung mehrerer anderer Collegen gewiß hier der geeignetste Platz.

Der Herr Commissions-Referent hat auch ausgeführt, wenn schon 17 Jahre dort nichts gebaut wurde, so wird wahrscheinlich auch in Zukunft nichts gebaut werden.

Nun, dies ist doch nicht so ganz richtig. An der Triesterstraße wird gebaut, es stehen jetzt beiläufig zehn bis zwölf Häuser dort (Rufe: Dreizehn!), also dreizehn — eine Unglückszahl — nun es werden schon mehr werden. Von diesen Häusern besuchen circa 100 Kinder oder mehr die Schule in der Quellengasse, weil sie in der Schule in der Herzgasse keinen Platz finden. Wenn also dort eine Schule gebaut wird, wo es projectiert ist, so können Sie versichert sein, daß innerhalb fünf Jahren diese Schule von unten bis oben mit Schulkindern vollgepfropft sein wird, von welchen keines einen weiteren Schulweg zu machen hat als eine Viertelstunde.

Nun ist es richtig, wie Herr St.-R. Wurm letzthin ausgeführt hat: vor jedes Haus kann man keine Schule bauen, sondern die Schule muß dort gebaut werden, wo Kinder schon sind, oder wo sich in absehbarer Zeit Kinder einfinden werden, und gerade dort in der Nähe sind schon 500 bis 600 Kinder, die diese Schule, wenn sie fertig ist, bevölkern werden.

Das eine ist auch gewiß: Wenn einmal dort eine Schule sein wird, wird die Bauhätigkeit in dieser Gegend gewiß zunehmen, und selbstverständlich werden sich die Häuser zuerst in der Triesterstraße einfänden, denn sie ist eine Hauptverkehrsader. Man wird nicht in andere Gassen gehen, die vielleicht noch nicht einmal existieren. Es ist nämlich die Meinung ausgesprochen worden, daß der beste Platz in der Sonnleitnergasse wäre. Ja, meine Herren, erlauben Sie mir, daß ich Ihnen die Sonnleitnergasse etwas schildere.

Die Sonnleitnergasse ist die letzte Gasse, die von der Simmeringerstraße nach aufwärts links abzweigt. Daß das eine Gasse ist, erkennt man nur an dem einen Eckhaus und an einem Haus, welches so beiläufig 100 Schritte weit innerhalb in einem Feld steht. Von Gas oder sonst etwas keine Spur; sie ist nicht gepflastert, ich glaube, auch nicht einmal canalisiert. (Gem.-Rath *Trambauer*: Ja!) Das Canalloch habe ich nicht gesehen; ich habe mich genau umgesehen, aber gefunden habe ich keines. Es kann sein, daß sie canalisiert ist, jedenfalls ist die Straße nicht gepflastert, nicht einmal beschottert. Also, meine Herren, da will man eine Schule bauen. Weit und breit ist nichts mehr, aber auf der linken Seite habe: Sie etliche Schritte weiter die Schule in der Herzgasse. Wenn also in die Sonnleitnergasse eine Schule kommt, so bauen Sie dicht neben der einen Schule gleich wieder die andere Schule. Ich habe mir erlaubt, schon das letztemal auszuführen, daß es bei uns im X. Bezirke überhaupt ein Übel ist, daß zwei Schulen ganz nahe aneinander sind, dann lang, lang nichts mehr; daher kommen die großen Verschiebungen zu Beginn des Schuljahres, daher kommt es, daß die Kinder weiß Gott an wie vielen Schulen vorbeilaufen müssen, bis sie endlich ein Plätzchen gefunden haben, wo sie ihr müdes Haupt niederlegen können. (Heiterkeit.) Wie die Parteien zu Beginn des Schuljahres raisonnieren und lamentieren über die Schwierigkeit, die Ihnen gemacht wird, ihre Kinder in der nächstgelegenen Schule unterzubringen, davon haben Sie gar keinen Begriff, und ist es Thatsache: Kinder, die in der Herzgasse Nr. 25 wohnen, also im Hause daneben, sind ausgeschult worden wegen Platzmangels auf die Himbergerstraße Nr. 30. Daneben ist das Schulhaus, aber dort ist kein Platz; die Schule ist von oben bis unten voll. Die Kinder müssen an 4 bis 5 Schulen vorbeigehen, bis sie ein Plätzchen finden. Das kommt daher, wenn man eine Schule in nächster Nähe der anderen baut. Dem muß abgeholfen werden und es wird ganz gewiß abgeholfen, wenn Sie bei dem Plage bleiben.

Dann, meine Herren, ist noch etwas. In der Nähe dieses Schulbauplatzes, und das, glaube ich, ist auch zu bedenken, besitzt die Gemeinde bereits Gründe. Ja, meine Herren, was ist natürlicher, als daß, wenn dort die Schule gebaut wird, diese Gründe dann in kürzester Zeit verwertet werden, daß dann dort wirklich eine Bauhätigkeit entwickelt wird? Also, ich glaube, auch vom finanziellen Standpunkte ist es sehr zu empfehlen, daß diese Schule in dieser Gegend gebaut werde

Aber, meine Herren, insbesondere möchte ich Sie ersuchen, auf den Commissions-Antrag, der nach meiner vollen Überzeugung ganz und gar nicht gerechtfertigt ist, nicht einzugehen, sondern bei Ihrem ersten Beschlusse zu verbleiben, der voll und ganz richtig ist. Es kommt dann noch dazu, daß, wenn Sie den Schulbau wieder verzögern — und das geschieht, wenn Sie den Platz nicht annehmen und auf weitere Suche nach einem solchen gehen —

das Baujahr wieder verloren sein wird. Glauben Sie da nicht, daß Ihnen der czechische Schulverein wieder einen Strich durch die Rechnung machen wird, wie er es schon einmal gethan hat? Ich kann die Herren nur erinnern an die Zeit, wie der czechische Schulverein draußen entstanden ist, da war so ein ähnlicher Zustand, wie er jetzt besteht. Es haben die czechischen Kinder häufig keine Aufnahme gefunden; das war diesen Herren allsogleich recht; sie haben den Stier bei den Hörnern gepackt und ihre Schule hingebaut; sie besteht jetzt. Die Ziegelshlagerbuben stammen zumeist von czechischen Eltern ab. Wir müssen dafür sorgen, daß die Kinder in kürzester Zeit Unterkunft in einer Schule finden, sonst erleben wir vielleicht, daß wir eine zweite czechische Schule bekommen; das wollen die Herren gewiß nicht haben, und ich würde Sie daher dringend ersuchen: lassen Sie sich nicht herbei, den einmal gefaßten Beschlusse zu widerrufen. Sie können ganz beruhigt sein, der Beschlusse, den Sie am 17. October gefaßt haben, entspricht vollkommen den allseitigen Wünschen, den Wünschen des Ortschulrathes, er entspricht ferner den Wünschen des Bezirkschulrathes, und man sollte doch glauben, daß der löbliche Bezirkschulrath auch wissen muß, wo der beste Platz für die Schule ist. Er entspricht auch den Wünschen der Einwohner; man kann somit sagen: er entspricht allen Wünschen, nur vielleicht nicht dem Wunsche des einen oder des anderen Collegen. Das thut mir leid, aber darauf kann ich nicht eingehen. Ich fühle mich verpflichtet, Sie nochmals dringend zu bitten, bei dem Beschlusse vom 17. October zu verbleiben, und Sie können die Beruhigung mit nach Hause nehmen, daß Sie dann für den X. Bezirk etwas gethan haben, wofür Ihnen die Bevölkerung gewiß dankbar sein wird. (Bravo! rechts.)

Gem.-Rath *Trambauer*: Meine verehrten Herren! Ich werde Ihre Geduld nicht so lange in Anspruch nehmen, wie mein unmittelbarer Herr Borredner. Er hat im Eingange seiner Rede bemerkt, daß am 17. October nach einer heftigen Debatte der Antrag endlich angenommen wurde, daß die Schule bei der „Spinnerin am Kreuz“ gebaut werden soll. Ich erinnere mich nicht, daß eine heftige Debatte stattgefunden hat, es war bloß eine kleine Kreuzung zwischen mir und dem Herrn Collegen *Pollak*. (Rufe: *Silberer*!) Der Herr College *Silberer* hat die Sache vom sportlichen Standpunkte aufgefaßt (Heiterkeit) und hat gesagt, daß er die Kinder schon auf der Straße todt sieht. Mein unmittelbarer Herr Borredner hat gesagt: die Kinder müssen untergebracht werden.

Ich habe schon im Jahre 1891 auf die Kinder vom Ziegelofen hingewiesen. Damals war Herr St.-R. Dr. *Bogler* Referent. Ich habe darauf aufmerksam gemacht, daß diese Kinder in eine Communalsschule eingeschult werden müssen. Ich war gegen die neugemietete Schule in der Quallengasse. Der Herr Borredner sagt, es wird da eine Schule auf die andere gesetzt. Er hat aber doch dafür gesprochen und gestimmt, daß die Schule in der Quallengasse eingemietet wird. Er hat auch gesagt, die Kinder von der Thonfabrik haben nur eine Viertelstunde in diese Schule. Da hat er vollkommen recht, aber desto weiter haben die Kinder vom Ziegelwerke. Treten Sie an den Plan hin und sehen Sie, wo die Herzgasse ist und wo die „Spinnerin am Kreuz“ ist, wo die neue Schule hingebaut werden soll. Ich und der Bezirks-Ingenieur haben es im Cataster genau ausgemessen. Es sind 3 km Weg von der Triesterstraße, respective vom Spital, wo die meisten Arbeiterhäuser stehen, wo die meisten Kinder sind.

Wenn Sie annehmen, daß ein Mann, der gut auschreitet, zu einem Kilometer 12 Minuten braucht, so braucht er zu dem Wege 36 Minuten. Aber ein Kind mit 6, 7 Jahren geht nicht den Kilometer in 12 Minuten, es wird vielleicht 20 Minuten brauchen, und das Kind ist mithin eine volle Stunde unterwegs. Bedenken Sie, daß ein solches Kind den Weg viermal im Tage machen muß: es muß um 7 Uhr in der Frühe aus dem Hause gehen, kommt um 8 Uhr in die Schule; bis 10 oder 11 Uhr ist Schule, dann kommt es um 12 Uhr nach Hause. Um 1 Uhr muß es wieder weggehen, weil es um 2 Uhr in der Schule sein muß, und wenn der Unterricht bis 5 Uhr dauert, kommt das Kind im Winter um 6 Uhr abends nach Hause.

Was die Verbauung anbetrifft, so habe ich schon in der Budget-Commission erwähnt, daß im Jahre 1874 das erste Haus gebaut worden ist; nun sind 20 Jahre verflossen und es stehen heute 13 Häuser dort; davon enthält eines eine Milchwirtschaft und eines eine kleine Fabrik, und diejenigen Wohnhäuser, die dort stehen, sind zum größten Theile leer. Sie können sich davon überzeugen.

Wenn mein unmittelbarer Herr Vorredner gesagt hat, die Sonnleitnergasse habe nur ein einziges Haus, so muß ich Folgendes bemerken: Zwischen der Sonnleitnergasse und demjenigen Grunde, wohin die Schule gebaut werden muß, ist eine Fläche von vielleicht 120 Joch, die nicht verbaut ist; wenn Sie weiters bedenken, welche enormen Baugründe heute feilgeboten werden, die Linienwallgründe, die Kasernengründe — dann sollen 1263 Häuser wegen Straßenerweiterung demoliert werden, wann wird dann auf der Triesterstraße gebaut werden? An der rechten, respective an der Westseite von der Triesterstraße kann überhaupt nicht gebaut werden. Warum? Der eine Grund gehört der Südbahn, die nächsten Gründe sind das Communal-Krankenhaus und das kaiserliche Franz Josef-Spital. Und wissen Sie, meine Herren, vor kurzem haben Sie ein Referat gehabt, das Sie auch angenommen haben, daß das Inquisitionspital vergrößert, respective bis an die „Spinnerin am Kreuz“ erstreckt und dieser Bau ausschließlich nur für Infectionskrankheiten, Scharlach, Blattern, Masern, Diphtheritis, Flecktyphus u., verwendet wird. Und wenn Sie weiters bedenken, daß vis-à-vis von diesem Infectionspavillon in einer Entfernung von höchstens 100 m die Schule gebaut werden soll für die Kinder, die natürlich aus dem Ziegelofen und auch vom X. Bezirke kommen, so werden Sie doch zugeben, daß dorthin keine Schule gehört; das hat keinen Sinn. Ganz anders wäre es, wenn in der nächsten Nähe der Sonnleitnergasse, an deren Ende die Verbauung aufhört und wo man annehmen kann, es werde die Expansion stattfinden nach der Laxenburger- und Triesterstraße, endlich gebaut wird. Das ist richtig. Betrachten Sie nur den Plan genau, wo die Schule in der Herzgasse steht und wo die Schule gebaut werden soll an der Triesterstraße, und Sie werden zustimmen, daß dort unmittelbar keine Schule hingehört. Mein unmittelbarer Vorredner hat gesagt, die Kinder von der Thonfabrik u. sind sechzig an der Zahl. Wegen dieser sechzig kann man keine Schule bauen; die können in die Reinprechtsdorferstraße nach Magleinsdorf gehen, dort ist auch eine neue Schule, und sie gehen vielleicht 20 bis 25 Minuten auf der gepflasterten Straße.

Dann muß ich noch eine Bemerkung machen. Ich muß Ihnen den Grund an der Triesterstraße schildern. Nächst dem Bauplatz, wo die Schule hingebaut werden soll, ist ein Ziegelwerk, das

seinerzeit Kromes und Pez gehört und jetzt Eigenthum des Herrn Drasche ist. Dort ist der Grund in Gruben von einer Tiefe von mindestens 30 m ausgegraben, er ist also zum Verbauen nicht geeignet.

Gleich in der nächsten Nähe ist das Peter'sche Ziegelwerk, das auch ausgegraben, also nicht zum Verbauen geeignet ist. Gleich in nächster Nähe ist dann die Püringer'sche Sandstätte, die einen großen Grundcomplex hat; die Gemeinde kann den Eigenthümer nicht verhalten, daß er seine Gruben nicht ausnützt; er wird auch weiter Sand ausgraben und vielleicht nach 20 oder 30 Jahren kann dort gebaut werden. Weiter unten ist dann der evangelische Friedhof, und da werden Sie mir zugeben, daß es, wenn derselbe auch gesperrt werden wird, doch 15 bis 18 Jahre dauert, bis er rasiert werden wird. Also von einer Verbauung an dieser Stelle ist notorisch nicht die Rede und kann auch notorisch nicht die Rede sein.

Wenn darauf hingewiesen worden ist, daß eine Verzögerung eingetreten ist, so ist das ja richtig. Wäre man gleich im Jahre 1891, als ich darauf hingewiesen habe, daß für eine Unterkunft dieser Kinder vorgesorgt werden muß, darangegangen, so hätten die Kinder heute schon eine Schule. Nachdem dies aber bis heute nicht der Fall ist, so mußten die Kinder in der Inzersdorfer Schule eingeschult bleiben. Richtig aber hat der Herr Referent der Budget-Commission betont, daß für eine Schule für die Kinder aus dem Ziegelofen die allerbeste Lage an der Bezirksstraße wäre. Dort sind die Gründe sehr billig und die Ziegelöfen sind in der nächsten Nähe. Wenn Sie dort den Kindern eine Schule bauen, so kommt die Gemeinde ganz billig weg. Das, was aber der unmittelbare Herr Vorredner gesagt hat, ist nicht richtig, daß nämlich nur 200 Kinder in den Ziegelöfen sind; es sind vielmehr im Winter dort 500 Kinder und im Sommer weit über 500 Kinder. Andererseits ist noch etwas zu erwähnen.

Nicht alle Kinder, die aus dem Ziegelofen kommen, sind czechischer Zunge, es sind auch deutsche Kinder dabei. Nun bedenken Sie, welch schweres Material der Lehrer bekommen wird, wenn die Schule bei der „Spinnerin am Kreuz“ gebaut wird und der Lehrer bekommt Kinder rein deutscher Zunge und solche czechischer Zunge. Wie schwer wird der Lehrer mit einem solchen Material arbeiten! Wenn der Weg schlecht ist, werden die Kinder nicht kommen. Im Frühjahr und Herbst tritt manchmal durch acht Tage Regenwetter ein; die Kinder werden, weil sie schlechte Kleider haben, nicht kommen. Auch arme Eltern haben ihre Kinder lieb und werden sie nicht dem schlechten Wetter preisgeben, um sie in die Schule bei der „Spinnerin am Kreuz“ zu schicken. Ich habe Ihnen die Zustände der dortigen Gegend geschildert, Sie brauchen aber meinen Worten nicht zu glauben; ich habe nicht gesprochen, um Sie von der Richtigkeit dessen, was ich gesagt habe, zu überzeugen. Ich stelle den Antrag, der löbliche Gemeinderath beschließt, es sei eine Localaugenscheins-Commission zusammenzusetzen, bestehend aus Mitgliedern des Gemeinderathes, des Orts- und Bezirksschulrathes und der Bezirksvertretung. Diese Commission kostet Sie nichts und Sie können sich durch dieselbe gründlich von der Richtigkeit meiner Aussagen überzeugen.

Ich lege Ihnen aus Herz, für diese Localaugenscheins-Commission zu stimmen.

Bürgermeister: Was soll denn die Localaugenscheins-Commission machen?

Gem.-Rath Grambauer: Sie soll die Gegend besichtigen, um zu sehen, ob der Schulbau dort zweckmäßig ist.

Bürgermeister: Es sollen also neuerlich Erhebungen gepflogen werden?

Gem.-Rath Grambauer: Nein, sondern der Gemeinderath beschließt, eine Localaugenscheins-Commission zusammenzusetzen, die an Ort und Stelle die Gegend besichtigt.

Bürgermeister: Ich bitte um schriftliche Formulierung Ihres Antrages.

Gem.-Rath Wurm: Es ist nichts peinlicher, als wenn ein Beschluss, welcher nach reiflicher Erwägung und langen Debatten gefasst wurde, plötzlich wieder umgeworfen werden soll. Der Beschluss, die Schule an der Stelle zu bauen, wo der Stadtrath sie beantragt, war gestützt auf die Kundgebungen aller beteiligten Organe. Der Ortsschulrath, der Bezirksschulrath, wie auch der Bezirksschulinspector waren einstimmig dafür, dass der vorgeschlagene Platz am zweckmäßigsten situiert sei. Man hat damals darauf hingewiesen, dass, wenn die Schule an irgend einen anderen Platz gestellt würde, die Mehrzahl der Kinder noch viel weiter in die Schule zu gehen hätte. Die Schule liegt so ziemlich in der Mitte zwischen jenen Gegenden, wo die schulpflichtigen Kinder vorhanden sind, sie liegt nicht so entfernt von den Ziegelöfen und auch nicht von jenem Theile Favoritens, der in großer Entwicklung begriffen ist. Die Situation ist unmittelbar in nächster Nähe der Triesterstraße und der nächsten Parallelstraße. Die Schule soll auf einen nach allen Seiten freien Platz kommen, sie ist ideal situiert, mitten in einer Gartenanlage und unmittelbar angrenzend an das Wasserreservoir, welches gleichzeitig ein großes Lustreservoir bildet, weil es auf einem bepflanzten Hügel gelegen ist. Die sanitäre Lage ist also eine ausgezeichnete, die Zugänglichkeit ist keine schwierige. Wenn der Herr Borredner sagt, es mache nichts, wenn Kinder in einen ganz anderen Bezirk gehen, zum Beispiel von der Thonfabrik in den V. Bezirk, es mache jedoch etwas, wenn Kinder von den Ziegelwerken in diese Schule gehen sollen, so ist das nicht mit gleichem Maße gemessen, und ich muss annehmen, dass eine gewisse Voreingenommenheit gegen den Antrag, der wohl erwogen wurde, vorhanden ist.

Es ist doch auch sehr wertvoll, wenn ein Fachmann aus demselben Bezirke, der gewiss den Corporationen angehört hat, welche da mitberathen haben, sich in warmer Weise dafür ausspricht, dass dieser beantragte, nach langer, reiflicher Debatte angenommene Platz wirklich seinem Zwecke entspricht. Ich finde es daher wirklich bedauerlich, wenn diese Sache neuerlich verzögert werden sollte, nachdem sie höchst dringend ist und es geradezu der Gemeinde Wien unwürdig wäre, wenn Kinder in eine fremde, kleine Gemeinde länger eingeschult blieben.

Gem.-Rath Dr. Friedjung: Auch ich habe der Budget-Commission angehört und war nicht des Sinnes, in welchem der Beschluss gefasst wurde. Auch ich schliesse mich der Anschauung der Herren Collegen Pollak und Wurm an. Wir haben nach reiflicher Überlegung den Beschluss gefasst, dass wir eine Schule an der Triesterstraße bauen sollen. Im Bezirksschulrath ist die Sache zu wiederholtenmalen erwogen worden. Es ist nicht praktisch, wenn wir diesen Beschluss umstürzen. In der Budget-Commission ist es der hinreißenden Beredsamkeit des Herrn Gem.-Rathes Grambauer gelungen, die Herren umzustimmen. Der Referent für die Angelegenheit, Herr Dr. Daum, wie der Herr Magistratsrath Schmitt waren der Meinung, wir sollen an dem

bereits einmal gefassten Beschlusse vom 17. October v. J. festhalten.

Ich empfehle Ihnen daher, da ich auch der Minorität der Budget-Commission in diesem Falle angehört habe, bei dem alten Beschlusse zu bleiben und die Localaugenscheins-Commission, sowie jede andere Verzögerung abzuweisen, auf dass endlich diese höchst nothwendige Schule gebaut werde.

Gem.-Rath Rihaweg: Ich muss bedauern, dass gegen den Beschluss des Gemeinderathes vom 17. October v. J. jetzt neuerdings Einsprache erhoben wird.

Die Herren werden sich erinnern, in der betreffenden Sitzung vom 17. October v. J. wurde der Beschluss gefasst, den Platz anzukaufen. Es hat eine Commission stattgefunden. Der Ortsschulrath hat genaue Erhebungen gepflogen. Wenn Herr Gem.-Rath Grambauer neuerdings eine Commission will, so hiesse das die bereits stattgefundene Commission vor den Kopf stoßen.

Der Herr Colleague hat verschiedene Gründe angeführt, insbesondere sanitäre Rücksichten, weil sich das Kaiser Franz Josef-Spital in der Nähe befindet. Alle seine Bedenken sind doch vom damaligen Referenten, wie vom Herrn Collegen Pollak gründlich widerlegt worden. Ich begreife nicht, wie der Herr Colleague dazukommt, die Herren der Budget-Commission neuerlich zu harangüieren, um wieder für seinen Antrag, den er damals zurückgezogen hat, einzutreten. Ich fühle mich verpflichtet, als Mitglied des Ortsschulrathes im X. Bezirke — und die Herren werden zugeben, dass ich die Verhältnisse auch so ziemlich kenne, die übrigens vom Herrn Gem.-Rathe Pollak trefflich klargestellt wurden — zu betonen, dass es eine dringende Nothwendigkeit ist, dass diese Schule gebaut werde.

Die Entfernung von 3 km vom Ziegelwerke, die hier angegeben wurde, ist nicht richtig. Von der Thonwaren- und Terracotta-fabrik haben die Kinder eine Viertelstunde, nicht weiter. Von der Wienerberger Ziegelwerksfabrik sollen die Kinder eine halbe Stunde Weg haben. Das kommt in anderen Bezirken auch vor. Wie der Herr Gem.-Rath Pollak bemerkt hat, müssen Kinder aus der Nähe der Schule in der Herzgasse in die Himbergerstraße Nr. 34 gehen, weil in der erstgenannten Schule Raummangel herrscht. Eine halbe Stunde Weges ist da nicht gar so absonderlich. Übrigens ist die Triesterstraße bis Inzersdorf gepflastert.

Wie schon bemerkt, müssen hunderte von Kindern von der Thonwarenfabrik und dem Ziegelwerke nach Inzersdorf in die Schule gehen; es ist commissioniert und der Platz gutgeheissen worden, ich begreife nicht, wie man heute dazukommt, gegen einen einmal gefassten Beschluss neuerdings zu protestieren.

Ich erlaube mir daher, in dieser Beziehung den bestimmten Antrag zu stellen: „Es sei der Beschluss des Gemeinderathes vom 17. October 1893 bezüglich des Grundankaufes zum Zwecke der Erbauung einer Doppel-Volksschule in der Triesterstraße im X. Bezirke aufrecht zu erhalten; weiters sei die von Seite des Magistrates und des Stadtrathes pro 1894 beantragte Summe von 90.000 fl. zu vorerwähntem Zwecke beizubehalten.“

Ich möchte mir zu bemerken erlauben, es ist sehr bedauerlich, dass dadurch, dass diese Angelegenheit neuerlich in der Budget-Commission aufgetischt worden ist, die Summe von 990.000 fl., welche bereits vom Magistrate und Stadtrathe beantragt waren, um 30.000 fl. heruntergesetzt wurde.

Meine Herren! Wenn Sie die Güte haben, meinen Antrag anzunehmen, wird dieser Sache vorgebaut, und ich bitte Sie daher um Ihre Zustimmung.

Gem.-Rath Dr. Friedjung (zur Geschäftsordnung): Ich erlaube mir, Schluß der Debatte zu beantragen, nachdem noch eine Anzahl von Rednern vorgemerkt ist.

Bürgermeister: Es ist Schluß der Debatte beantragt; die Herren, welche für den Schluß der Debatte stimmen, wollen die Hand erheben. (Geschlecht.) **Angenommen.**

Das Wort haben noch die Herren Gem.-Räthe Pollak, Frauenberger, Trambauer und Sauerborn.

Ich möchte die Herren wirklich dringend bitten, sich recht kurz zu fassen. (Zustimmung.)

Gem.-Rath Pollak: Ich werde mich sehr kurz fassen. Ich hoffe, daß der löbliche Gemeinderath auf meine Ausführungen insofern eingeht, daß er den Antrag, den Herr Colleague Rifaweg gestellt hat, annimmt. Nur eines kann ich nicht verwinden und das ist der Antrag des Herrn Collegen Trambauer auf Einsetzung einer Localangenscheins-Commission. Meine Herren! Das geht ja nicht. Diese Commission hat bereits stattgefunden. Es waren Vertreter des Ortschaftsrathes, Bezirksausschusses, Bezirkschulrathes, ich glaube auch solche des Bauamtes und des Magistrates dabei. Die Herren haben ja den Platz angeschaut und wissen schon, wo er ist. Also, was soll diese neue Commission, und sie involviert nach meinem Dafürhalten nichts anderes, als ein Mißtrauen gegen die damalige Commission, und darauf kann doch der Gemeinderath nicht eingehen. Die übrigen Ausführungen des Herrn Gem.-Rathes Trambauer will ich in der Hoffnung, daß unseren Wünschen Rechnung getragen wird, unerörtert lassen.

Gem.-Rath Frauenberger: Meine Herren! Es ist wohl zweifellos, daß nach allem, was wir gehört haben, der Antrag der Budget-Commission nicht angenommen werden wird. Ich wüßte aber auch gar nicht, was mit der Annahme dieses Antrages erzielt werden sollte. Denn es wird hier einfach gesagt. Die Schule wird nicht auf diesem Plage gebaut, es soll ein anderer Platz erst ermittelt werden. Das hieße also die Sache ins Unendliche verzögern und schließlich würde heuer die Schule im X. Bezirke überhaupt nicht gebaut.

Nachdem aber dort eine Schule dringend nothwendig ist, schon mit Rücksicht auf die bestehende czechische Schule, darf der X. Bezirk in dieser Hinsicht nicht vernachlässigt werden und ich möchte mich, weil ich schon beim Worte bin, auf einen Antrag beziehen, der seit langer Zeit hier ruht, nämlich, daß im X. Bezirke ein Kindergarten errichtet werde. Dieser Antrag ist bis heute nicht erledigt! Meine Herren, im X. Bezirke soll dringend etwas geschehen, dadurch bringen wir die czechische Schule am allerbesten weg.

Nun liegt hier ein Streit unter Brüdern — möchte ich sagen — vor und ich bedauere, daß die Herren sich nicht früher geeinigt haben. Ich muß aber sagen, daß ich in dieser Richtung dem Fachmanne zustimmen muß, der selbst Leiter einer Schule ist, der so viele Jahre im X. Bezirke mit der Schuljugend zu thun hat und daher am allerbesten weiß, wo diese Schule hingehört. Ich glaube, die Platzfrage, die erörtert wurde, und daß der Platz an der Triesterstraße, wie Colleague Trambauer meint, nicht geeignet sei, wurde hinlänglich widerlegt. Ich bitte Sie daher schon als Mitglied des Bezirkschulrathes — und ich möchte Sie daran erinnern, daß der Ortschaftsrath und Bezirkschulrath sich in dieser Richtung ausgesprochen haben — auf diese wohlwogene Sache doch etwas Gewicht zu legen; es geht nicht an, wenn zufällig ein Antrag in der Commission unterstügt wird und die

Majorität der Anwesenden findet, einem solchen Antrage gleich stattzugeben. Ich bitte Sie also, bleiben Sie bei unserem schon einmal gefaßten Beschlusse vom 17. October v. J. und lehnen Sie den Antrag der Budget-Commission ab.

Gem.-Rath Trambauer: Ich muß erwähnen, wie der Platz ausgemittelt wurde. Man ist zuerst an den richtigen Ort gegangen und hat mit der Gesellschaft unterhandelt, weil man von der Überzeugung ausgegangen ist, daß dort die Schule am besten situiert ist, aber die Gesellschaft am Wienerberge ist der Gemeinde Wien nicht coulant entgegengekommen. Für den Platz hat sie, glaube ich, 10 fl. per Quadratmeter begehrt; dann ist von Seite des Magistrates um den Platz am Ziegelwerke verhandelt worden. Aber die Gesellschaft hat sich nicht herbeigelassen, außer wenn der Quadratmeter mit 10 fl. bezahlt wird. Darauf ist der Magistrat nicht eingegangen und auf diese Weise ist dann dieser Platz ausgemittelt worden, der an der äußersten Peripherie liegt; vielleicht ist in 20 Jahren noch kein Haus dort. Wenn die Gesellschaft einen Grund hergegeben hätte, so wäre dort keine Schule gebaut worden. Aber weil die Gesellschaft keinen Grund hergegeben hat, da sie so human ist gegen ihre Arbeiter, die ihr Millionen verdienen, so können jetzt diese Kinder einige Kilometer heraufgehen. Das ist das einzige.

Eines muß ich Ihnen aber sagen, weil es hier immer heißt, von allen möglichen Corporationen sei dieser Platz empfohlen worden. Ich habe auch in der Commission gesagt: Meine Herren! Wenn der Gem.-Rath Trost noch am Leben wäre, so wäre er auch Bezirkschulrath und er würde in seiner Urwüchsigkeit gesagt haben: „Meine Herren! So eine Dummheit können wir nicht machen, ganz gewiß nicht; den Plan können wir nicht annehmen, da haben die Kinder von oben und unten her zu weit.“ Im übrigen habe ich mich am 17. October ausgesprochen. Es ist mir ganz gleichgiltig. Bauen Sie die Schule, wohin Sie wollen, ich habe keine Kinder in die Schule zu führen. Aber die Zukunft wird lehren, daß die Schule nicht am richtigen Plage steht.

Gem.-Rath Sauerborn: Meine Herren! Ich habe mich kurz zu fassen. Der Gemeinderath hat am 17. October nach reiflicher Überlegung den Beschluß gefaßt, daß die Schule dorthin gebaut werden soll. Die Gründe, die damals maßgebend waren, sind auch heute maßgebend und es haben sich alle Körperschaften dafür ausgesprochen, daß die Schule dort am Platz ist. Der Herr Gem.-Rath Trambauer war der einzige in der betreffenden Sitzung, der opponiert hat. Er hat auch Anträge gestellt, welche er aber später zurückgezogen hat, und trotzdem ist es ihm gelungen, in der Budget-Commission wieder diese Sache zur Sprache zu bringen und die Commission in seinem Sinne zu beeinflussen. Mich wundert es überhaupt, daß die Budget-Commission darauf eingegangen ist; ich muß meine Verwunderung darüber aussprechen, und ich kann dem Herrn Collegen Trambauer nur sagen, er wird sich einen schlechten Dank im Bezirke damit erwerben. (Gem.-Rath Trambauer: Oho!) Ich kenne die Verhältnisse draußen ziemlich gut. Es ist das eigentlich nur ein Steckenpferd des Herrn Collegen; wenn eine Schule gebaut wird, dann macht er immer Opposition, das ist sein Steckenpferd

Gem.-Rath Trambauer (unterbrechend): Ich bitte, das leide ich nicht von Ihnen!

Bürgermeister: Aber Herr Gem.-Rath Trambauer, das ist ja keine Beleidigung; das ist durchaus keine Beleidigung!

Gem.-Rath Trambauer: Das werde ich mir verbieten!

Gem.-Rath Sauerborn: Und ich verbiete mir das von Ihnen!

Bürgermeister: Ich bitte, es ist kein Anlaß zu einer Aufregung!

Gem.-Rath Sauerborn (fortfahrend): Das kann man doch sagen . . . Ich bitte Sie, meine Herren, halten Sie den einmal gefassten Beschlus aufrecht, es ist der beste, den wir fassen können.

Referent des Stadtrathes (zum Schlußworte): Den Antrag, einen Localaugenschein vorzunehmen, halte ich für ganz und gar überflüssig. Die Angelegenheit ist nach meiner Meinung vollkommen spruchreif, wir können heute darüber schlüssig werden. Wichtig ist, daß mit dem Bau der Schule heuer noch begonnen wird, weil es nothwendig ist, daß die Kinder, von denen eine große Anzahl nach Inzersdorf eingeschult ist, aus dieser Schule heraus- und in unserer eigenen Schule untergebracht werden.

Die Anträge, welche vorliegen, sind die des Stadtrathes: 90.000 fl. für den Bau auf dem Plage, welchen wir für diesen Zweck bereits angekauft haben, zu verwenden; der Antrag der Budget-Commission geht dahin, eventuell sich um einen weiteren Platz umzusehen und infolge dessen einen Betrag von 60.000 fl. einzusetzen. Ich bitte, den Antrag des Stadtrathes, 90.000 fl. für diesen Zweck einzusetzen, geneigtest anzunehmen.

Referent der Budget-Commission: Ich werde Sie nur mit einigen Worten belästigen. Das Bedürfnis nach einer Schule im X. Bezirke, das gegenwärtig besteht, ist von allen Seiten anerkannt worden und als Referent der Budget-Commission muß ich die Anträge vertreten, die dort die Mehrheit erreicht haben, wenn ich auch selbst nicht dafür gestimmt habe und nicht damit sympathisiere. Nachdem Ihnen die Verhältnisse geschildert worden sind, ist es nun Aufgabe der Herren, zu beurtheilen, was das Bessere ist. Ich bitte also, darüber zu entscheiden.

Bürgermeister: Gegen die Post „Herstellung eines Turnsaales 500 fl.“ ist keine Einwendung. — *Angenommen.*

„Zubau zur Werkmeisterschule im X. Bezirke 15.000 fl.“ Keine Einwendung? — *Angenommen.*

„Bau einer Doppel-Volkschule nächst der Triesterstraße im X. Bezirke.“ Hier beantragt der Stadtrath die Einstellung von 90.000 fl., die Budget-Commission die Einstellung von nur 60.000 fl. und weiter, es sei die Wahl des Platzes neuerlich in Erwägung zu ziehen. Zu diesem Antrage stellt Gem.-Rath *Trambauer* den Zusatz-Antrag, es soll eine Localaugenscheins-Commission, bestehend aus Mitgliedern des Ortsschulrathes, Bezirksschulrathes, Gemeinderathes, Bezirksausschusses und den Schulinspectoren stattfinden.

Ich bringe zuerst die höhere Ziffer von 90.000 fl. zur Abstimmung. Die Herren, welche mit der Einstellung des Betrages von 90.000 fl. einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschicht.) *Angenommen.* Nichtsdestoweniger könnte nun ein Theil der Versammlung damit einverstanden sein, daß die Wahl des Platzes in Erwägung zu ziehen sei. Ich bitte also jene Herren, welche damit einverstanden sind, daß die Wahl des Platzes neuerlich in Erwägung zu ziehen sei, die Hand zu erheben. (Geschicht.) *Abgelehnt.*

Damit entfällt die Abstimmung über den Antrag *Trambauer*, daß eine Localaugenscheins-Commission stattzufinden habe. Mit der Annahme der Ziffer von 90.000 fl. und der Ablehnung des Antrages, die Wahl des Platzes neuerlich in Erwägung zu ziehen, sind die Anträge des Herrn Gem.-Rathes *Risaweg* erledigt;

es bleibt nämlich bei dem Beschlusse vom 17. October und ist der Betrag von 90.000 fl. eingestellt.

Referent des Stadtrathes: XI. Bezirk:
Ausbau, respective Zubau, in der Volks- und Bürgerschule für Knaben und Mädchen am Marktplage in Simmering,
XI. Bezirk 15.000 fl.
Bau einer neuen Volksschule in Kaiser-Ebersdorf,
XI. Bezirk 65.000 fl.
Beiden Beträgen hat die Budget-Commission zugestimmt. Ich bitte die geehrten Herren um die Annahme der Anträge.

Bürgermeister: Keine Einwendung? — *Angenommen.*

Referent des Stadtrathes: XII. Bezirk.
Erweiterung des Schulgebäudes in Hegendorf, XII. Bezirk 3.500 fl.
Zubau zur Schule in Gaudenzdorf, Schönbrunner Hauptstraße Nr. 39 und 41, im XII. Bezirke 2.000 fl.
Bau einer Doppel-Volks- und Bürgerschule an der Grenze von Altmannsdorf und Hegendorf,
XII. Bezirk 6.000 fl.
Hiezu liegt ein Antrag der Budget-Commission vor, welchen mein College vertreten wird.

Referent der Budget-Commission: Nachdem man gedacht hat, heuer mit dem Schulbaue in der Herthergasse fertig zu werden, dies jedoch nicht möglich ist, und die Schulverhältnisse, die ich voriges Jahr eingehend auf Grund der mir damals zur Verfügung gestandenen Ziffern geschildert habe, dort einen Schulbau dringend nothwendig machen, wird von Seite der competenten Organe in Antrag gebracht und von der Budget-Commission unterstützt, es möge in der Schule in der Schillergasse in Ober-Meidling ein Zubau für fünf Lehrzimmer und einen Turnsaal gemacht und hiefür der nöthige Betrag von 40.000 fl. eingestellt werden. Ich bitte, dem zuzustimmen. Diese Arbeit ist wahrscheinlich heuer noch auszuführen. Wir müssen ohnehin Lehrzimmer von der Bürgerschule in der Schönbrunnerstraße mittlerweile zu Hilfe nehmen, um die Kinder unterbringen zu können.

Gem.-Rath Büsch: Es sind hier 3500 fl. für die Erweiterung der Hegendorfer Schule eingestellt.

Ich weiß nicht, wofür diese 3500 fl. eigentlich eingestellt sind, nachdem die Hegendorfer Schule bereits fertig ist und 44.500 fl. feinerzeit genehmigt wurden. Wir haben diese Summe für den Zubau, den Aufbau eines Stockwerkes auf das andere Gebäude bewilligt, ich habe schon das damals viel zu hoch gefunden. Ich dachte, daß man mit 35.000 fl. einen solchen Bau ausführen könnte. Ich weiß nicht, sind diese 44.500 fl. verbaut worden und braucht man noch 3500 fl. zu diesem Baue? Oder soll für diese 3500 fl. etwas anderes hergestellt werden? Ich möchte den Herrn Referenten bitten, mir darüber Aufschluß zu geben. Die Hegendorfer Schule ist besucht, aber sie ist leider nicht, wie es bestimmt war, zur rechten Zeit fertiggestellt worden, sondern 1½ Monate später, und heute sieht der Garten so elend aus, daß man glaubt, hier sind Ziegeleien. Es war eine Baumschule vom Verschönerungsvereine die Bäume sind ausgegraben und anderswohin gesetzt worden, tiefe Gruben sind gemacht, die Löcher aber nicht zugebedt, worden, da liegen Ziegelstücke herum, und das sieht schenßlich aus. Die Leute, die dort wohnen, sagen: so arbeitet heute die Commune. Früher war ein wunderbarer Garten dort, ein Spielplatz und ein Turnplatz für die Kinder, und heute ist weder ein Spielplatz noch ein Turnplatz dort. Die Sache ist, wie ich vorhin gesagt habe, als ob dort Ziegel gewonnen würden. Ich möchte

das Präsidium dringendst darauf aufmerksam machen, hier etwas zu thun, damit Bäume gesetzt werden — in zwei bis drei Tagen ist das fertig; denn so kann das unmöglich bleiben, wie ich es gestern dort gesehen habe.

Weiters ist für die Inzersdorfer Schule ein Betrag von 2000 fl. eingestellt. Das ist derselbe Fall wie früher. Im vorigen Jahre ist die Schule gebaut worden mit einem Maximalbetrage von — wie der Herr Referent erwähnt hat — 20.000 fl. Heute stehen hier 2000 fl. eingestellt; ich weiß wieder nicht: Ist das eine Nachtragszahlung, oder soll für 2000 fl. wieder etwas gemacht werden? (Rufe: Restzahlung!)

Ich möchte hier bemerken, daß die Schule auch nicht am 1. September fertiggestellt wurde, sondern erst 18 oder 19 Tage nach der Zeit. Ich möchte bitten, daß, wenn solche Adaptierungen vorkommen, man die Arbeiten etwas früher vergibt, respective die Offertverhandlung früher ausschreibt, damit das zur Zeit fertig gemacht wird.

Ich habe damals eine Interpellation an den Herrn Bürgermeister gerichtet, ob er nicht die Schule sistieren würde, bis der Bau fertig wird. Nach vier Tagen ist eine Commission hingegangen, ich bin telegraphisch verständigt worden, daß nachmittags eine Commission stattfindet, ich habe von 1 bis 3 Uhr gewartet, und die Commission ist um 6 Uhr hingekommen. Am dritten Tage hat der Herr Bürgermeister meine Interpellation in der Weise beantwortet, daß es nicht nothwendig gewesen sei, seit dem 15. die Schule zu sistieren. Ich war damals nicht zugegen; allein diese Antwort war nicht im Einklange mit meiner Interpellation, die Beantwortung war unrichtig, weil selbst am Montag oder Dienstag, nachdem die Commission dort war, die Schule noch nicht fertig war. Die Lehrer sind zu mir gekommen und haben mir gesagt: Die Arbeiter entkleiden sich und betreten die Aborte, die für die Mädchen bestimmt sind, ganz in den Unterkleidern; das könne doch unmöglich angehen, und man könnte die Schule ganz gut auf drei Tage sistieren.

Es ist ferner eine Doppel-Volksschule für Altmannsdorf und Hegendorf mit 6000 fl. eingesetzt. Ich weiß nicht, wofür diese 6000 fl. sein sollen; will man dafür einen Grund kaufen, oder ist das eine Angabe für den Grund? Ich habe die Lehrer in Hegendorf befragt, die seinerzeit bei der Commissionierung waren; sie haben mir einige Gründe gezeigt und meinten, daß man diese für den Bau einer Doppel-Volksschule in Aussicht genommen habe; es ist das ein Grund ganz nahe am Eisenbahndamme und ein Grund in Altmannsdorf draußen, und ich möchte da wirklich sehr davor warnen, daß man da unvorsichtig vorgeht, weil man in dem unteren Theile dieser Gründe manchmal bei $\frac{1}{2}$ m auf Wasser stößt; wenn es regnet, sind oft die Keller voll Wasser und das Wasser läuft zum Thore hinaus. Ich möchte also nicht rathen, diese Gründe anzukaufen; denn dann haben wir wohl einen Grund, der aber nicht für die Schule geeignet ist; außerdem fährt dort die Bahn vorbei und das macht Lärm — mit einem Worte: der Platz paßt nicht für eine Schule. Besser wäre es gewesen, wenn die obere Schule, welche die gesündeste Lage hat, nach meiner Anregung gebaut worden wäre; man hätte mit dem Betrage von 72.000 fl., den ich damals beantragt habe, die Schule bauen sollen und man hätte dann für zehn Jahre eine ordentliche Schule. Jetzt ist aber ein Zubau zur Schule gemacht worden, und doch ist noch immer die dritte Classe ausgehult; dieselbe ist mitten im Orte in einem ganz feuchten Zimmer untergebracht, in

welchem früher Pfründner waren. Die Lehrer beklagen sich sehr, weil der Unterricht sehr behindert ist.

Hier ist also nicht in diesem Sinne vorgegangen worden, wie wir es gesagt haben, die wir die Verhältnisse kennen, sondern die Herren haben für den Antrag gestimmt, den leider Herr Colleague Schneiderhan vertreten hat, der besser den theureren Betrag für die Aufsehung eines zweiten Stockes auf die Turnhalle hätte vertreten sollen.

Ferner soll für einen Zubau der Schule in der Schillergasse in Ober-Meidling, wie der Herr Budget-Referent gesagt hat, der Betrag von 40.000 fl. eingestellt werden. Ich kann mich für diesen Zubau nicht erwärmen, obwohl ich ein Schulfreund bin und weiß, daß die Schulen überfüllt sind. Denn diese Schule liegt in dem dichtest bevölkerten Theile von Meidling. Nebenan ist das städtische Waisenhaus. Ich habe mir gestern die Sache angesehen. Wenn der Zubau ausgeführt würde, würde der Garten des Waisenhauses von zwei Seiten umsäumt, so daß die Waisenkinder, die in dem Garten Erholung suchen, dort gar keine Luft-circulation vorfinden würden. Der Garten, der rückwärts an die Schule anstößt, würde bedeutend verkleinert werden, und heute müssen wir froh sein, wenn wir Luft haben. Wenn der linke Nachbar, der ein Parterrehaus besitzt, auch hinaufbaut, so wird der Schulgarten so klein und eingedämmt, daß nur ein Luftzugang vom anstoßenden Nachbarn möglich wäre.

Wir haben genug Bauplätze in dem Bezirke, viele gehören der Commune, und man soll heute lieber einen Neubau für die Schule aufführen und ins Budget für diesen Neubau 50.000 fl. einstellen und diesen Zubau nicht machen.

Wir haben ja die Erfahrung in Gaudenzdorf gemacht, daß Adaptierungen zweimal vorgenommen wurden, und daß wir heute wieder nichts haben, obwohl viele tausend Gulden ausgegeben wurden. Es war das eben eine Flickerei. Jetzt soll die Bürgerschule von Gaudenzdorf nach Margarethen verlegt werden, und deshalb ist ein großer Neubau nothwendig. Die Gaudenzdorfer Kinder hätten viel zu weit hinaus, und dieser Bezirkstheil wäre also in dieser Richtung ganz verkürzt. Wir brauchen also dringend eine neue Schule. Wenn Sie den Zubau bewilligen, so wird in zwei Jahren der Raum wieder zu klein sein und Sie müssen dann zu einem Neubaue schreiten.

Ich beantrage daher, in das Präliminare 50.000 fl. für die Erwerbung eines neuen Schulbauplatzes einzustellen, und bitte Sie, meinen Antrag anzunehmen.

Ich spare und spreche heute so, wie ich früher gesprochen habe. Hätten Sie mir damals gefolgt, so hätten wir manche tausende von Gulden erspart, die heute hinausgeworfen sind. Stimmen Sie dem Neubaue zu, eine neue Schule genügt für mehrere Jahre, während, wenn ein Zubau um 40.000 fl. gemacht wird, in zwei Jahren der Raum wieder zu klein ist. Ich bitte Sie um Annahme meines Antrages.

Bürgermeister: Sie stellen also gegen den Antrag der Budget-Commission, für die Erweiterung der Schule in der Schillergasse in Ober-Meidling 40.000 fl. einzustellen, den Gegen-Antrag für den Neubau einer Schule 50.000 fl. einzustellen.

Gem.-Rath Dr. Gehmann: Es hat der Herr Colleague um Auskunft seitens des verehrten Referenten gebeten, und mich würde die Sache auch interessiren, denn das Präliminare ist in der That so angelegt, daß man absolut nicht klar ist, was eigentlich mit der Ansetzung der einzelnen Posten geschieht. Ich würde um gütige

Beantwortung der Fragen des Collegen Büsch bitten, wie denn eigentlich die einzelnen Posten zur Verwendung gelangen sollen.

Gem.-Rath Schneiderhan: Ich will vornehmlich zur Post 22 sprechen. Es ist an der Grenze zwischen Altmannsdorf und Hegendorf der Bau einer neuen Volks- und Bürgerschule geplant, weil die Schule in Altmannsdorf wirklich den Bedürfnissen nicht entspricht. Nun entwickelt sich Altmannsdorf gerade in unmittelbarer Nähe des Ortes Hegendorf, nämlich in der Nähe der Breitenfurterstraße und in der Fortsetzung der Breitenfurterstraße gegen die neue Linie hinaus.

Der natürlichste Platz, welcher sowohl Altmannsdorf als Hegendorf zu gebote steht, ist nun so ziemlich in der Nähe der Eisenbahn, dort, wo die Kinder sowohl von dem einen ehemaligen Orte als dem anderen gleichweit weg haben. Aber es sind 6000 fl. eingestellt. Ich habe schon im Stadtrathe darauf hingewiesen, daß das zu wenig ist für einen Bauplatz, der in Aussicht ist. Der Platz mißt circa 1000 \square und ist unter 10 fl. die Klafter nicht zu haben. Das sind also 10.000 fl. Ich möchte daher den Antrag stellen, die Summe um 4000 fl. zu erhöhen.

Ich möchte ferner bitten, daß von Seite des Präsidiums dahin gewirkt werde, daß der Kauf ehemöglichst perfect werde. Der Mann ist uns ja nicht lange im Worte, und die Baugründe werden draußen wie in anderen Gegenden von Tag zu Tag theurer. Es wird eine Preiserhöhung eintreten, wenn der Kauf nicht bald abgeschlossen wird.

Was die Bemerkung des Herrn Vorredners bezüglich eines Zubaues zur Schule in der Schillergasse betrifft, die nicht in Ober-Meidling, sondern in Unter-Meidling ist, so ist ein solcher dadurch gerechtfertigt, daß für zwei Schulen, für die ehemalige Knaben-Bürgerschule und für die Mädchenschule nur ein Turnsaal besteht. Es geht nicht weiter, daß sämtliche Classen in diesem einen Saal Turnunterricht genießen, weil verschiedene Störungen eintreten, wie es auch nicht in dem Belieben der die Schulordnung verfassenden Lehrer liegt, die Turnstunden ans Ende der Schulstunden zu verlegen. Der Bau eines Turnsaales ist also unbedingt nothwendig.

Nun sollen über den Turnsaal die unterzubringenden Lehrzimmer gebaut werden. Das ist natürlich. Das Dach müßte auf den Turnsaal so wie so d'rauskommen, es wäre das ein billiger Bau und wird vielleicht doch auf zwei Jahre den Bedürfnissen genügen. Ich möchte daher bitten, die Anträge, so wie sie von der Budget-Commission gestellt worden sind, bei Post 23 die 40.000 fl. zu genehmigen, bei Post 22 für den Schulbauplatz die Summe von 6000 fl. auf 10.000 fl. zu erhöhen, weil er unter diesem Betrage factisch nicht zu haben sein wird, und der Stadtrath in kürzester Zeit mit einem Antrage auf einen Zuschußcredit zu dieser Post kommen müßte.

Referent des Stadtrathes: Was die Zahlungen von 3500 fl. und 2000 fl. betrifft — Posten 20 und 21 — so sind das Restzahlungen. Die geehrten Herren finden das, wenn sie nicht bloß die Vorlage, welche ihnen wahrscheinlich zur Hand ist, einsehen, sondern wenn Sie das seit langer Zeit Ihnen zugesendete Budgetelaborat einsehen, wo diese Beträge ganz genau specificirt sind. Sie finden zu Post s — 3500 fl. — in der Anmerkung eine genaue Erklärung, ebenso in Betreff der nächsten Post per 2000 fl. die Aufklärung, daß das Restzahlungen von Beträgen sind, welche im vorigen Jahre eingestellt wurden.

Was die Erwerbung eines Baugrundes betrifft, so würde ich bitten, über 6000 fl. im Budget nicht hinauszugehen. Sollte es nicht möglich sein, damit das Auslangen zu finden, so müßte ein Betrag auf den Reservefond gehen. Ich glaube, es ist nicht gut, ohne daß man einen bestimmten Baugrund in Aussicht hat, einen zu großen Betrag einzusetzen.

Was den Antrag betrifft, die Position von 40.000 fl. zur Erweiterung der Schule in der Schillergasse in Meidling zu streichen, so ist es Sache meines Collegen, darüber zu sprechen.

Aber wenn die Herren die Sache ablehnen und einen Betrag für einen neuen Platz einsetzen, so würde ich bitten, nicht einen Betrag von 50.000 fl. — der für einen Schulplatz in Meidling zu hoch ist — sondern einen niedrigeren Betrag, etwa 10.000 oder 20.000 fl. einzusetzen. Zunächst bitte ich, den Antrag des Stadtrathes anzunehmen.

Referent der Budget-Commission: Vor allem anderen muß ich mich gegen die Ausführungen des Herrn Gem.-Rathes Büsch wenden, der es nicht acceptieren will, daß auf die Schule in der Schillergasse ein Aufbau, respective ein Zubau gemacht werde. Meine Herren, warum man gerade auf diesen Bau gekommen ist, ist selbstverständlich. Ich habe eingangs erörtert, daß die Schulverhältnisse in Meidling solche sind, daß man mit Beginn des nächsten Schuljahres dringend mehrere Lehrzimmer braucht.

Das ist nicht anders möglich, nachdem die Schule in der Herthergasse nicht fertig werden wird, als dadurch, daß die Gemeinde auch bei der Schule in der Schillergasse Erweiterungen vornimmt, und zwar wie Herr Colleague Schneiderhan bereits erörtert hat, wird ein Turnsaal erbaut, der dringend nothwendig ist, und man benützt dann den Raum oberhalb desselben, um fünf Lehrzimmer herzustellen. Das Bauamt verspricht, dies noch in einer Zeit machen zu können, daß zu Beginn der nächsten Schulperiode die Lehrzimmer bereits benützt werden können.

Ich habe weiters gesagt, daß man jetzt schon in der Bürgerschule in der Schönbrunnerstraße Lehrzimmer freimachen muß, welche dringend gebraucht werden.

Mit diesem Baue hat sich die Commission, welche aus Vertretern des Bezirksschulrathes, Ortsschulrathes, dem Bezirksschulinspector, Vertretern des Stadtphysikates und Magistrates bestand, einverstanden erklärt, schon im Interesse und mit Rücksicht auf die Nothwendigkeit und Dringlichkeit dieser Arbeit.

Wenn die Herren jetzt meinen, durch Einstellung eines Betrages von 50.000 fl. — sei er höher oder niedriger — für einen Bauplatz dem Zwecke näher zu kommen, so sind Sie im Irrthume, weil, bis die Verhandlungen wegen Erwerbung dieses Bauplatzes vollendet sind und bis das Haus gebaut ist, nahezu zwei Jahre vergehen und dem momentanen Bedürfnisse dadurch nicht Rechnung getragen und die Verlegenheiten, die im Bezirke heute schon bestehen, nicht behoben würden. Ich glaube also, das einzig Richtige ist, wenn Sie diesen Betrag bewilligen, was ja auch verhältnismäßig am billigsten kommt und am raschesten dem Bedürfnisse abhilft. Ich muß daher auf Grund der Erwägungen in der Commission, die sehr eingehend und gründlich waren, nochmals die Einstellung dieses Betrages beantragen.

Gem.-Rath Frauenberger: Mich interessiert hier auch eine Frage. Es heißt hier: Erweiterung der Schule in der Schillergasse in Ober-Meidling 40.000 fl. und da wurde vom Herrn Collegen Schneiderhan gesagt, daß er diesen Bau sehr billig finde.

Ja, meine Herren, ich war nun der Meinung, es werde hier etwas Großes aufgeführt, denn um 40.000 fl. kann man in Meidling schon etwas herstellen.

Ich kenne eine Menge Häuser in Meidling, die drei Stock hoch sind und nicht viel mehr als 40.000 fl. gekostet haben werden. Nun höre ich aber zu meiner großen Überraschung vom Herrn Referenten der Budget-Commission, was dort gebaut wird: ein Turnsaal wird eingedeckt und dann werden fünf Lehrzimmer gewonnen, und das kostet 40.000 fl.! Da muß ich doch recht sehr bitten, entweder hat das Bauamt da wieder einmal gehörig über die Schnur gehauen, so daß dann wieder die Hälfte erspart wird. Meine Herren, eine Stockwerks-Auffezugung auf eine solche Schule wie die in Meidling kann doch unmöglich 40.000 fl. kosten! Und wenn sie das kosten würde, dann wäre es wirklich ein Verbrechen, wenn man eine solche Stockwerks-Auffezugung vornehmen würde und damit nur fünf Lehrzimmer erzielt. Da wäre es doch viel gescheiter, wir geben noch 40.000 fl. dazu und gewinnen dadurch 18 Lehrzimmer oder noch mehr. Das wäre viel praktischer!

Ich möchte mir daher vor allem die Aufklärung darüber erbitten, da ich vielleicht falsch verstanden habe; denn wenn wir nur fünf Lehrzimmer und einen Turnsaal gewinnen, dann hätte ich nicht das Herz, für diesen Betrag zu stimmen, das muß ich sagen!

Referent der Budget-Commission: Ich will den Herrn Kollegen sofort darüber aufklären. Der Turnsaal, der gebaut werden soll, besteht noch nicht, sondern er wird im Parterre angebaut und umfaßt den Raum von zwei Lehrzimmern. Daran schließen sich Garderoben, die ungefähr drei Lehrzimmer umfassen und über diesen im 1. Stocke werden fünf Lehrzimmer etabliert, das ganze muß fundiert, es muß ein Dach gebaut werden. Außerdem hat das Bauamt bei allen Überschlüssen für Schulbauten auch die vollständige innere Einrichtung inbegriffen, und der Herr Collega weiß, daß diese durchschnittlich — wir haben die Erfahrung seit Jahren — circa 6- bis 7000 fl. per Lehrzimmer kostet. (Widerspruch.)

Der ganze Bau sammt Einrichtung kostet so viel; die Herren wissen, es handelt sich um einen vollständigen Bau vom Keller bis zum Dach hinauf.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Meine Herren! Ich habe im Stadtrathe für diese 40.000 fl. gestimmt, weil ich immer von der Überzeugung ausgehe, daß es nothwendig ist . . .

Referent des Stadtrathes: Es war nicht im Stadtrathe . . .

Gem.-Rath Dr. Lueger: Aber es ist darüber gesprochen worden, ich erinnere mich daran; ich muß aber sagen, daß, wenn die Auseinandersetzungen des Herrn Kollegen Büsch richtig sind, ich diesem Antrage nicht zustimmen kann.

Es müßte die Sache näher erwogen werden. Herr Collega Büsch hat erwähnt, daß speciell das Waisenhaus tangiert würde, daß ihm Licht und Luft genommen, respective larger zugemessen werden. Ich gestehe, daß der Gedanke des Herrn Kollegen Büsch, eine neue Schule zu bauen, richtig ist, und glaube, daß wir dem Antrage Büsch zustimmen sollen. Das ist meine Meinung. Wir könnten eventuell heute eine bestimmte Summe, z. B. 50.000 fl. festsetzen und bezüglich der Art und Weise der Verwendung dieser Summe bestimmen, daß die Angelegenheit an den Stadtrath zurückgeleitet werde. Ich stelle auch diesen Antrag.

Gem.-Rath Schneiderhan: Der Herr Budget-Referent hat schon die Aufklärung theilweise gegeben, warum eine Stockwerks-Auffezugung stattfinden soll. Herr Collega Frauenberger meinte,

ich hätte gesagt, der Bau ist billig. Ich habe nur gesagt, man baut billiger, wenn man auf einen ebenerdigen Tract ein Stockwerk aufsetzt, weil das Dach auch hinaufkommt, es würde also die Bedachung erspart. Was die Bedenken des Herrn Gem.-Rathes Büsch wegen Verkleinerung des Gartens anbetrifft, so ist ja der Garten ziemlich groß und es wird Licht und Luft nicht viel mehr wegnehmen, wenn man ein Stockwerk auf den Turnsaal aufsetzt. Die Zimmer werden ordentlich beleuchtet von Westen und von Osten, wo die Fenster zumeist hinausgehen. Der Haupttract steht nordwestlich. Die Beleuchtung auf der Straßenseite ist sehr gut, und selbst die hoffseitig gelegenen Zimmer sind ziemlich gut beleuchtet. Es sind die Gänge ganz hinausgebaut, das Stiegenhaus liegt ganz außerhalb des Hauses. Der Zubau kommt so weit weg, daß nicht Gefahr ist, daß die Beleuchtung schlecht werden kann und der Garten bleibt immerhin groß genug, denn es kommt der ganze Zubau senkrecht zur Baulinie in den Grund hinein. Es wird auch hinter dem Schulhaus so viel Grund sein, daß 10 bis 15 m — ich kann es jetzt momentan nicht sagen — hinter dem Zubau bleiben. Ich glaube also, es ist keine Gefahr und Sie helfen damit momentan ab; wenn Sie das Project, wie es vorliegt, annehmen, so wird dem Bedürfnis nach Lehrzimmern schon mit Beginn des Schuljahres 1894/95 abgeholfen sein, was, wenn Sie den Antrag Büsch annehmen, gewiß nicht der Fall sein wird.

Es ist zweifellos, daß bei der fortschreitenden Verbauung in Meidling es nicht länger als zwei Jahre dauern würde, daß wir wieder eine neue Schule brauchen. Wir aus den ehemaligen Gemeinden haben die Erfahrung, daß wir alle drei bis vier Jahre eine neue Schule bauen müssen. Zwei Jahre wurde jetzt bei uns keine gebaut. Heute kommt man mit dem Palliativmittel einer Stockwerks-Auffezugung, also es wird kaum länger als zwei Jahre dauern, so wird eine Schule in der Nähe der Bahn und der Dammstraße gebaut werden müssen. Dort hat auch die Gemeinde Plätze genug, Bürgerspitalgründe die schwere Menge. Es wird leicht sein, einen Platz zu erwerben. Es ist sogar dort in der Parcellierung ein freier Platz für eine Schule in Aussicht genommen. Ich glaube, es ist auch im Plane eingezeichnet. Ich kann mich aber nicht genau erinnern, ob er auch geeignet ist, ob er nicht zu nahe an der Bahn liegt, so daß das Geräusch von der Bahn her störend einwirken würde. Es sind dort genug Plätze zu finden. Ich bitte also, die Anträge der Budget-Commission anzunehmen, um einem dringenden Bedürfnisse abzuhelpen.

Gem.-Rath Dr. Friedjung: Alle Anträge, welche in der Budget-Commission durch Kollegen Dr. Daum und mich, die wir die Referenten über Schulbauten waren, gestellt wurden, sind in einer Weise entstanden, die Ihnen volle Beruhigung gewähren kann. Dr. Daum und ich sind Mitglieder des Bezirkschulrathes und haben in Folge dessen Gelegenheit, fortwährend mit den Bezirksschulinspectoren zu verkehren. Wir haben nun die Bauten in jedem einzelnen Bezirke mit denjenigen Schulinspectoren durchberathen, welche in dem betreffenden Bezirke thätig sind. Als wir nun zum XII. Bezirke kamen, haben wir die Bauten mit dem Inspector Suchomel eingehend besprochen, und Herr Inspector Suchomel hat uns erklärt, daß, wenn nicht heuer mit dem Baue begonnen wird, im Herbst eine große Noth an Classen eintreten werde. Er hat bei der Schöpfung von Neu-Wien den Bezirk mit einer größeren Anzahl von Spätclassen übernommen. Jetzt besteht gar keine Spätclassen mehr. Das Bedürfnis ist durch die Anzahl von Schulen, die gebaut wurden, befriedigt.

Es ist aber unbedingt nothwendig, diesen Bau durchzuführen, wenn nicht im Herbst fünf bis sechs Spätklassen abermals eingerichtet werden sollen.

Ich möchte die Herren daher warnen, die Sache abzulehnen und einer nochmaligen Berathung zuzuführen. Es ist alles gründlich genug überlegt worden. Wir werden auch eine Schule bauen müssen, welche Herr Gem.-Rath Büsch beantragt hat und wir werden auch dem Wunsche des Herrn Gem.-Rathes Dr. Lueger Rechnung tragen müssen. Zur raschen Behebung eines Nothstandes ist aber dieser Bau nothwendig. Es ist ein sachmännischer Rath, auf welchem die Anträge der Budget-Commission basieren.

Gem.-Rath Dr. Gekmann: Ich möchte zunächst nur zur Post 22 bemerken, daß bezüglich der Wahl des Places, der mit 6000 fl. eingestellt worden ist, noch keinerlei Verfügungen, bezw. Einleitungen getroffen wurden. Eoventuell würde ich mich da um Auskunft an den geehrten Herrn Referenten wenden. Jedenfalls aber möchte ich mir zu dieser Post den Antrag zu stellen erlauben, daß zur betreffenden Commission die Gemeinderäthe des Bezirkes eingeladen werden, weil da gewiß auch andere Interessen mit in Betracht zu ziehen sind, Fragen, die nicht allein von Seite der Schulbehörden gelöst werden können.

Ganz ähnlich ist es auch bezüglich der Post 23. Es hat der geehrte Herr Vorredner gemeint, es sei die Sache von Seite der Bezirksschulinspectoren in eingehendster Weise studiert und auf das Referat der Herren hin diese Einstellung gemacht worden. Nun handelt es sich da aber, wie gesagt, auch um die Interessen des Waisenhauses, das unmittelbar daneben steht, die zu wahren gar nicht die Sache der Bezirksschulinspectoren, wohl aber Sache des Gemeinderaths-Plenums ist. Es ist also gewiß immerhin wünschenswert, daß auch dieser Frage Rechnung getragen werde.

Wenn das aber richtig ist, was sowohl Herr St.-R. Schneiderhan als der unmittelbare Herr Vorredner gesagt haben, daß der Neubau einer Schule unbedingt in kürzester Zeit nothwendig wird, dann, glaube ich, ist der Antrag Büsch bezw. Lueger in der That der praktikablere. Es braucht ja die Sache nicht ein halbes Jahr herumzuwandern, sondern es kann ja die Entscheidung möglichst schnell getroffen werden. Aber das eine ist sicher: wenn wir eine neue Schule bauen, kommt das vielleicht auf 80.000 oder 100.000 fl. zu stehen, aber es wird dann wirklich etwas geschehen. Wir kriegen dann 18 Lehrzimmer, während es sich hier um fünf handelt. Ich muß aufrichtig gestehen, daß ich, obwohl ich voll und ganz das Bedürfnis nach Erweiterung der Schulräume anerkenne und unbedingt dafür bin, daß mit größter Beschleunigung der Classennoth abgeholfen werde — denn es ist ja ein schauerhaftes Lernen in überfüllten Classen — dennoch in diesem Falle aus dem Gesichtspunkte einer radicalen Abhilfe für den Antrag Büsch stimmen werde.

Gem.-Rath Wärtl: Als Mitglied der Budget-Commission muß ich nur bestätigen, was Herr Dr. Friedjung und Herr Dr. Daum in der Budget-Commission ausgeführt haben. Meine Herren, der Magistrat wie der Stadtrath haben Restzahlungen eingestellt, und zwar zusammen 5500 fl. Dann ist ein Betrag von 6000 fl. eingestellt worden zur Erwerbung eines Schulplaces in der Nähe von Hezendorf. Die Budget-Commission hat nun geglaubt, weil die Dringlichkeit nicht verkannt worden ist, daß es am besten und schnellsten gehen würde, wenn ein Zubau in der Schillergasse in Meidling stattfinden würde, und daß ein Betrag von 40.000 fl. hinlänglich wäre. Die Budget-Commission hat aber

auch nicht verkannt, daß damit nicht abgeholfen ist, sondern daß auch eine neue Schule, wie Herr College Schneiderhan bereits hingewiesen hat, im nächsten Jahre oder in zwei Jahren gebaut werden muß.

Wenn Sie den Antrag der Budget-Commission annehmen, wird also sofort in diesem Jahre Hilfe geschaffen. Nehmen Sie ihn nicht an und stellen den Betrag von 50.000 fl. zur Erwerbung eines Schulplaces und zur Erbauung einer Schule ein, so glaube ich, daß die Mitglieder der Budget-Commission sich nichts vergeben, wenn sie auch diesem Antrage zustimmen. Die Budget-Commission hat eben nur geglaubt, dem Übelstande rasch abzu- helfen, wenn sie den Zubau fördert, so daß dieser noch in diesem Jahre geschieht.

Die Budget-Commission hat es gut gemeint, um der Sache rasch und schnell abzu- helfen, aber ich glaube, wie gesagt, daß sich die Mitglieder der Budget-Commission nichts daraus machen dürfen, wenn sie einen noch höheren Betrag als 50.000 fl., d. i. also den Antrag Büsch, annehmen. Die Sache wird allerdings dadurch verzögert; in diesem Jahre kommen Sie dann nicht zum Baue. Die Herren wissen ja, wie die Geschäfte bei uns gehen; wie die Sachen vom Stadtbauamte zum Magistrate kommen, wie dort Erhebungen gepflogen, Pläne fertiggestellt und Berechnungen angestellt werden u. c.; in diesem Jahre kommen Sie also nicht zum Baue. Wenn Sie aber meinem Herrn Collegen, der den XII. Bezirk gut kennt, zustimmen, so vergeben Sie sich nichts; nur geht es schneller, wenn der Antrag der Budget-Commission angenommen würde.

Gem.-Rath Schmidt: Ich muß auch den Antrag des Herrn Budget-Referenten wärmstens unterstützen, und zwar aus dem einfachsten Grunde, weil die Beistellung von Lehrzimmern in der Schillergasse zur dringendsten Nothwendigkeit geworden ist. Es wurde auch infolge dessen im Monate Februar eine Commission abgehalten, um für das nächste Schuljahr nur einige Lehrzimmer zu bekommen, so auch durch die Adaptierung der Schulleiter- wohnung. Bei der Commission hat sich aber die Nothwendigkeit herausgestellt, daß ein zweiter Turnjaal für diese Mädchenschule erbaut werden muß, und da ist von Seite des Stadtbauamtes der Antrag gestellt worden, daß auf diesen Turnjaal ein zweites Stockwerk aufgesetzt werden soll, um auf diese Art wenigstens für zwei, drei Jahre der großen Noth bezüglich des Lehrzimmermangels abzu- helfen. Schon im verflossenen Jahre wollte man Spätklassen errichten; aber man hat durch Überfüllung einzelner Lehrzimmer diesen Übelständen abgeholfen. Wenn Sie diesen Nothbau nicht zum Beschlusse erheben, so müssen Sie unbedingt im nächsten Schuljahre 1894/95 wieder Spätklassen einrichten. Das gibt Bedenken, und ich bitte daher, den Antrag des Budget-Referenten anzunehmen.

Gem.-Rath Büsch: Ich werde die Herren nicht lange auf- halten. Es handelt sich hier hauptsächlich um einen Turnjaal; Zimmer für die Schulclassen werden sich immer finden; es könnte in der Noth ja die Directorswohnung verwendet werden, bis die neue Schule fertiggestellt ist; ich glaube gehört zu haben, daß Herr Schmidt ausziehen wird, da wäre also immer ein Ersatz für Schulräumlichkeiten geboten. Es bliebe also nur der Turnjaal. Ich meine es ja nur gut, daß die Kinder schneller und besser untergebracht werden. Aber ich weiß, es wird so fortgehen, wie es auch in Hezendorf der Fall war. Der Herr College Schneiderhan ist ja nicht consequent; früher sagte er, auf den

Turnsaal solle man eine Räumlichkeit aufbauen, damit Zimmer vorhanden sind. Was aber Hekendorf betrifft, so hat er gegen mich gesprochen. Ich wollte, daß man in Hekendorf auf den Turnsaal ein Stockwerk aufbaue, damit die Classen, die in feuchten Zimmern sich befinden, dort ordentlich untergebracht werden, und dabei hat er mich nicht unterstützt. Diese Schule hat zwei Stockwerke, und jetzt baut man einen Turnsaal unten und baut einen Stock hinauf. Wie schon vorhin erwähnt wurde, ist ein Seitentract gezogen, so daß das Waisenhaus fast gar keinen Luftraum bekommt, und wenn auf der linken Seite ein Haus aufgebaut wird, hat der Garten absolut gar keine Luft. Das ist der Grund, warum ich keinen Zubau will. Dieser Raum des Gartens soll erhalten werden, wir sollen hier etwas Grünes haben. Wird dieser Theil verbaut, so haben wir einen ganz kleinen Garten, und aus diesem Grunde wünsche ich, daß man nicht einen Zubau macht, sondern eine neue Schule. Man kann sich, wie der wienerische Ausdruck lautet, noch ein bis zwei Jahre mit den fünf Schulräumen fretten und hat dann eine ordentliche Schule. — Ich bitte, in diesem Sinne meinen Antrag zu unterstützen.

Referent des Stadtrathes (zum Schlußworte): Nachdem die Anträge des Stadtrathes von keiner Seite bekämpft wurden, habe ich keine Bemerkung zu machen.

Referent der Budget-Commission (zum Schlußworte): Ich werde mich recht kurz fassen. Ich muß aber wirklich sagen: Es hat mich überrascht, daß der Herr Vertreter des XII. Bezirkes so warm befürwortet, es möge dort nur ein Turnsaal gebaut und nicht zugleich ein Stockwerk auf den Turnsaal aufgesetzt werden. Durch die Erbauung des Turnsaales nehmen Sie den von Ihnen so hoch geschätzten Luftraum auch weg. Ich habe mich gerade bei dem Vertreter des Stadtbauamtes erkundigt, wie groß eigentlich dieser Luftraum ist, wenn der Zubau dort ausgeführt wird, und habe die fachmännische Antwort erhalten, daß der übrigbleibende Theil des Gartens sammt Schulplatz noch immer einen freien Raum von 300 □° repräsentiert. Ich glaube nicht, daß Sie viele Schulen haben, wo ein solcher Luftraum noch übrig bleibt, und glaube, daß die Ängstlichkeit ein bißchen zu groß ist. Wenn Sie aber Ihrem Schulbezirke wirklich das geben wollen, weissen er dringend bedarf, so müssen Sie unbedingt für diese 40.000 fl. stimmen, aus dem Grunde, weil Sie dann heuer zu Beginn des Schuljahres wirklich die nothwendigen Lehrzimmer haben, was in gar keinem anderen Falle möglich ist. Wenn man später einen Betrag für einen Platz und die erste Baurate einstellt, so wissen Sie — namentlich diejenigen Herren, welche dem Gemeinderathe länger angehören — doch aus Erfahrung, daß da vor zwei Jahren die Schule nicht bezogen werden kann. Wie wollen Sie also dem momentanen Bedürfnisse entsprechen?

Sie verkennen ganz die Wichtigkeit der Sache, die uns zu dieser Ausgabe zwingt; es wäre gewiß schön, wenn dieser Betrag erspart werden könnte. Wenn erst ein Platz erworben wird, so haben Sie lange noch keine Schule. Ich glaube: wer schnell gibt, gibt doppelt. Aus diesem Grunde bleibt nichts übrig, als im Interesse der Schule diese Adaptierung, diesen Zubau vorzunehmen. Ich bitte, für die Einstellung dieses Betrages zu stimmen.

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur Berichtigung): Ich will berichtigen, daß mein Antrag nicht dahin geht, daß der Antrag der Budget-Commission total abgelehnt werde, sondern ich will, daß die Art und Weise der Verwendung, wie sie von der Budget-

Commission, wie sie vom Herrn Collegen Büsch beantragt wird, dem Stadtrathe zur Entscheidung zugewiesen werde.

Gem.-Rath Frauenberger (zur persönlichen Bemerkung): Ich muß dem Herrn Referenten bemerken, daß ich nicht seiner Meinung bin, daß wir, wenn wir heute diese Summe bewilligen, im September oder October diesen Zubau zur Benützung fertig haben. Bezüglich des angeführten Sprichwortes „Wer schnell gibt, gibt doppelt“, bin ich seiner Meinung, weil ich glaube, daß es wirklich das Doppelte kosten wird, wenn wir auf seinen Antrag eingehen. (Lebhafte Heiterkeit.)

Referent der Budget-Commission: Ich will auf das gute Wortspiel des Herrn Gem.-Rathes Frauenberger nicht eingehen; aber nach den Aufklärungen des Herrn Vertreters des Stadtbauamtes wird die Schule im October fertiggestellt sein und dem Schulzwecke übergeben werden können. Das wollte ich richtigstellen.

Bürgermeister: Wir schreiten zur Abstimmung: „Erweiterung des Schulgebäudes in Hekendorf, 3500 fl.“ Keine Einwendung? — **Angenommen.**

„Zubau zur Schule in Gaudenzdorf-Schönbrunn, 2000 fl.“ Keine Einwendung? — **Angenommen.**

„Bau einer Doppel-Volks- und Bürgerschule an der Grenze von Altmannsdorf und Hekendorf.“ Antrag des Stadtrathes und der Budget-Commission: 6000 fl. Herr Gem.-Rath Schneiderhan beantragt, statt 6000 fl. 10.000 fl. einzustellen; die Herren, welche hiemit einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschicht.) **Angenommen.**

Zu Post 4 „Erweiterung der Schule in der Schillergasse in Ober-Meidling“ beantragt die Budget-Commission 40.000 fl. Der Stadtrath stellt diesfalls keinen Antrag. Gem.-Rath Büsch beantragt, statt dieser Post den Betrag von 50.000 fl. einzustellen für Erwerbung eines neuen Schulplatzes, beziehungsweise Errichtung einer neuen Schule.

Gem.-Rath Dr. Lueger beantragt, diese beiden Anträge, sowohl den Antrag der Budget-Commission als auch den Antrag Büsch, zur nochmaligen Vorberathung dem Stadtrathe zuzuweisen. Diesen formellen Antrag bringe ich zuerst zur Abstimmung. Ich ersuche die Herren, welche mit demselben einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) **Angenommen.**

Referent des Stadtrathes (liest):

XIII. Bezirk:

Bau einer Doppel-Volks- und Bürgerschule in Unter-	
St. Veit	70.000 fl.
Bau eines Schulgebäudes in Hütteldorf	60.000 „
Ausbau des Schulhauses in Ober-St. Veit	27.000 „
Erbauung einer Doppel-Bürgerschule an der Grenze der ehemaligen Gemeinden Penzing und Breitensee	70.000 „
Bau einer Volksschule in der Gegend der Rochusgasse in Penzing	15.000 „
Bau einer Doppel-Volksschule im Centrum der ehemaligen Ortschaften Lainz und Speising	10.000 „

Ich bitte um die Annahme.

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.)

Gem.-Rath Dr. Vogler: Zum Antrage auf Erbauung einer Doppel-Bürgerschule im XIII. Bezirke möchte ich eine Bemerkung machen. Es wurde heute vom Gemeinderathe der Beschluss gefasst, die Wienerische Realität in der Neuberg-

gasse anzukaufen um den Betrag von 13.000 fl. Es würde also noch zur Erbanung dieser Schule wenigstens als erste Baurate ein Betrag von 17.000 fl. verbleiben; das ist unbedingt zu wenig, und wenn Sie auch nicht auf den früheren Antrag des Stadtrathes zurückgehen wollen mit den 70.000 fl., so möchte ich doch glauben, daß diese Position auf 53.000 fl. zu erhöhen wäre. Wir haben dann 13.000 fl. für den Bauplatz und 40.000 fl. als erste Baurate. Ich hoffe, daß das genügen wird. Ich beantrage daher die Einstellung von 53.000 fl.

Referent der Budget-Commission: Ich habe schon zu Anfang der heutigen Sitzung darauf hingewiesen, warum die Budget-Commission 30.000 fl. eingestellt hat. Nach den Aufklärungen, die uns geworden sind, und nach der Zustimmung, die Sie dem Antrage des Dr. Vogler gegeben haben, bleibt nichts übrig, als in Anbetracht der Verhältnisse statt 30.000 fl. hier 53.000 fl. einzustellen.

Gem.-Rath v. Götz: Ich kann nur den Antrag des Herrn Dr. Vogler auf das wärmste befürworten. Ich möchte bemerken, daß im XIII. Bezirke 13 Volksschulen für 6000 Schulkinder bestehen, darunter eine einzige Bürgerschule, und daß jetzt ein Provisorium in Unter-St. Veit geschaffen ist. Es ist jedenfalls für die Bezirke Penzing und Breitensee nothwendig, daß schon heuer der Schulbau durchgeführt wird, weil hier 1933 Kinder die Volksschule besuchen, und gewiß eine große Anzahl Kinder die Bürgerschule besuchen wird.

Ich bitte demnach, den Antrag, in das Budget 53.000 fl. einzustellen, anzunehmen.

Gem.-Rath Brauneis: In den Beratungen der Budget-Commission hieß es, daß diese Bürgerschule heuer nicht mehr in Angriff genommen wird, und daß die Bewilligung zur Erwerbung eines Platzes erfolgen soll. Ich sehe aber die dringende Nothwendigkeit ein, daß, nachdem ich höre, daß die Schule heuer in Angriff genommen werden soll, der höhere Betrag, den Herr St.-R. Dr. Vogler beantragt hat, eingesetzt wird.

Ich bin sehr dafür, daß dieser Betrag angenommen wird.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Debatte ist geschlossen.

Referent der Budget-Commission: Ich habe schon meine Zustimmung zu dem Antrage des Herrn Gem.-Rathes Dr. Vogler ertheilt und habe daher nichts mehr beizufügen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Von sämmtlichen Anträgen ist bloß bei Post 27 ein Gegen-Antrag vom Herrn Gem.-Rathe Dr. Vogler gestellt worden, anstatt der 30.000 fl., welche die Budget-Commission beantragt, 53.000 fl. einzustellen.

Ich bringe diesen Antrag, welcher die höhere Ziffer enthält, zuerst zur Abstimmung und bitte jene Herren, welche Post 27 mit 53.000 fl. zu dem in der Vorlage ersichtlichen Zwecke einstellen wollen, die Hand zu erheben. (Geschickt.) Angenommen.

Die übrigen Posten sind nicht angefochten, ich erkläre dieselben für angenommen.

Referent des Stadtrathes: XIV. Bezirk.
Bau einer Doppel-Bürgerschule auf der Area des ehemaligen Sechshauser Bezirks-Spitals 110.000 fl.
Vergrößerung des Schulgebäudes in der Selzergasse (Kröllgasse) in Rudolfsheim 27.000 fl.
Mit beiden Posten ist die Budget-Commission einverstanden.
Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Gem.-Rath Böhrl: Hochverehrte Herren! Im XIV. Bezirke ist in den Schulen kein Platz mehr, es müssen heuer daselbst mehrere hundert Kinder ausgeschult und in andere Bezirke geschickt werden. Dieser Zustand kann nicht weiter aufrecht erhalten werden. Die Bevölkerung ist sehr stark, und die Schulen sind nicht mehr aufnahmefähig. Es ist daher nothwendig, eine neue Schule am Cardinal Rauscherplatz oder in unmittelbarer Nähe desselben zu erbauen.

Ich stelle daher den Antrag, es sei im XIV. Bezirke Rudolfsheim am Cardinal Rauscherplatz eine neue Volksschule mit Berücksichtigung aller modernen zweckmäßigen Einrichtungen ehestens zu erbauen, ferner sei daselbst ein Sommer-Turnplatz zu errichten.

Ich bitte um Ihre Zustimmung, daß dieser Antrag dem Stadtrathe zugewiesen werde.

Gem.-Rath Brauneis: Denselben Antrag, den Gem.-Rath Böhrl jetzt stellt, habe ich schon vor längerer Zeit gestellt, nachdem ich weiß, daß der Platz für diesen Schulbau schon angekauft ist. Da ich mir nun in der letzten Zeit die Gewissheit verschaffte, daß bis im nächsten Jahre für unsere Schulkinder keine Unterkunft mehr sein wird, schließe ich mich dem Antrage des Herrn Gem.-Rathes Böhrl an, zumal ich diesen Antrag ohnehin schon gestellt habe, und damit der Schulbau vielleicht noch heuer in Angriff genommen wird, würde ich beantragen, daß ein Betrag von etwa 40.000 fl. hiefür in das Budget eingestellt werde.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Debatte ist geschlossen. Die Herren Referenten haben das Schlußwort.

Referent des Stadtrathes: Gegen die Posten des Stadtrathes, welche auch die Budget-Commission acceptiert hat, ist keine Einwendung erhoben worden; gegen die Zuweisung des Antrages Böhrl an den Stadtrath habe ich selbstverständlich auch eine Einwendung nicht zu machen, dagegen bitte ich Sie, einen größeren Betrag nicht einzustellen, weil dies nicht nothwendig ist und unser Budget unnöthig belasten würde, nachdem wir ohnehin in diesem Jahre zum Baue nicht schreiten werden.

Referent der Budget-Commission: Ich habe nichts weiter zu bemerken und stimme den Ausführungen meines Collegen zu.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Posten, welche für den XIV. Bezirk beantragt werden, wurden nicht angefochten, ich erkläre dieselben für angenommen.

Der Antrag des Herrn Gem.-Rathes Böhrl lautet: „Es sei im XIV. Bezirke Rudolfsheim im Jahre 1894 am Cardinal Rauscherplatz eine neue Volksschule mit Berücksichtigung aller modernen zweckmäßigen Einrichtungen ehestens zu erbauen; ferner sei daselbst ein Sommer-Turnplatz zu errichten.“

Ich bringe diesen Antrag in der Richtung zur Abstimmung, ob die Herren damit einverstanden sind, daß derselbe dem Stadtrathe zugewiesen wird.

Diejenigen Herren, welche diesen Antrag zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung an den Stadtrath verweisen, bitte ich die Hand zu erheben. (Geschickt.) Angenommen.

Referent des Stadtrathes: XV. Bezirk. Bau einer neuen Volksschule in der Zinkgasse in Fünfhaus 55.000 fl., die Budget-Commission ist damit einverstanden und ich bitte um Ihre Zustimmung.

Gem.-Rath Bentnik: Sehr geehrte Herren! Diese projectierte Schule betrifft den Bezirkstheil oberhalb der Westbahn. Nun befindet sich im XV. Bezirke unterhalb der Westbahn eine

Doppel-Bürgerschule und was die Bevölkerungszahl und die Zahl der schulpflichtigen Kinder anbelangt, überragt der untere Theil weit den oberen. Diese Bürgerschule nun ist nur zum Theile ausgebaut und es ist eminent nothwendig, dass der Theil, der nicht ausgebaut wird, zur Ausbannung gelange, und daher stelle ich den Antrag:

„Es sei die Doppel-Bürgerschule im XV. Bezirke, Friedrichsplatz, auszubauen und bitte ich, dem zuzustimmen, dass dieser Antrag dem Stadtrathe zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen werde.“

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wünscht noch jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Die Debatte ist geschlossen. (Beide Referenten verzichten auf das Schlusswort.) Die Position selbst ist nicht angefochten, ich erkläre dieselbe für angenommen. Es kommt jetzt der Antrag **Beutnig:** Es sei die Doppel-Bürgerschule im XV. Bezirke am Friedrichsplatze auszubauen.

Ich bitte jene Herren, welche der Zuweisung dieses Antrages zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) **Angenommen.**

Referent des Stadtrathes (liest): XVI. Bezirk:

Bau einer Doppel-Volksschule in der Panikengasse in Ottakring	10.000 fl.
Aufsehung eines dritten Stockwerkes auf das Schulgebäude, Seitenberggasse Nr. 10	3.000 fl.
Bau eines zweiten Turnsaales für die Doppelschule in der Seitenberggasse (Milchplatz)	4.500 fl.
Erbauung zweier Turnsäle für die Schule in Ottakring, Hauptstraße Nr. 158 und Wagnergasse Nr. 27	1.700 fl.
Bau einer Doppel-Volksschule nächst dem Stillfriedplatze in Ottakring (Lorenz Mandlgasse)	60.000 fl.
Aufsehung eines Stockwerkes auf das Schulgebäude in der Neumayer- und Kirchstetterngasse in Neulerchenfeld	63.000 fl.
Bau einer Volks- und Bürgerschule in der Dornbacherstraße an der Grenze des XVI. und XVII. Bezirkes	15.000 fl.

Zu diesen Anträgen hat die Budget-Commission einige Abänderungen beschlossen, welche der Herr College beantragen wird.

Referent der Budget-Commission: Gegen Einstellung der Posten 33 bis 37 hat die Budget-Commission nichts einzuwenden. Anders verhält es sich mit den Posten 39, 40, und zwar war vom Magistrat und Stadtrathe ein Betrag von 63.000 fl. eingestellt für die Aufsehung eines Stockwerkes auf dem Schulgebäude in der Neumayer- und Kirchstetterngasse in Neulerchenfeld, XVI. Bezirk. Nach den Erhebungen, die von Seite des Stadtbauamtes gepflogen wurden, hat es sich herausgestellt, dass diese Stockwerks-Aufsehung aus technischen Gründen unausführbar ist, und zwar müsste die Schule dort eine ganz neue Stiege erhalten.

Weiters ist die Decke des ersten Stockwerkes eine so schlecht tragfähige, dass, um ein zweites Stockwerk aufsetzen zu können, man dort eine vollkommen neue Deckenconstruction aufstellen müsste.

Weiters müsse ein Turnsaal dort errichtet werden und würde dadurch der Hofraum zu klein; überdies entspräche die Lage dieser Schule gar nicht dem Bedürfnisse des Bezirkes. Aus all diesen Gründen beantragt Ihnen die Budget-Commission, die hier unter 39 l¹ eingestellten 63.000 fl. zu streichen, dagegen 60.000 fl. für den Bau einer Doppel-Volkss- und Bürgerschule am Yppenplatz als erste Baurate einzusetzen. Dieser Platz entspricht mehr

dem Bedürfnisse des Bezirkes und die Schule liegt dann dort, wo sie gebraucht wird.

Ich beantrage daher die Streichung der Post 39 l¹ mit 63.000 fl., dagegen die Einstellung des Betrages von 60.000 fl.

Was weiters die 15.000 fl. anbelangt zum Bau einer Volks- und Bürgerschule in der Dornbacherstraße an der Grenze des XVI. und XVII. Bezirkes, so beantragt gleichfalls die Budget-Commission, hiefür keinen Betrag einzustellen, aus dem einfachen Grunde, weil durch die Erbauung einer Doppelschule am Stillfriedplatz in der Lorenz Mandlgasse, die beinahe fertig ist, den Bedürfnissen der Bevölkerung jener Gegend vollkommen Rechnung getragen ist, und wenn auch anerkannt wird, dass die Schulbedürfnisse im XVI. Bezirke sehr dringend Schulbauten erheischen, so müssen Sie doch berücksichtigen, was im vergangenen Jahre an neuen Schulen gebaut wurde und was heuer im Budget beantragt ist.

Ich glaube daher, dass wir mit der Erwerbung des Bauplatzes noch warten sollen, umso mehr, als durch die Erbauung der neuen Schule in der Lorenz Mandlgasse und die Einstellung eines Betrages von 60.000 fl. den Bedürfnissen des Bezirkes Rechnung getragen ist. Ich bitte, dem Antrage der Budget-Commission zuzustimmen.

Gem.-Rath Makenauer: Ich habe mich zum Worte gemeldet, um gegen die Erbauung einer Schule am Yppenplatz zu sprechen. Der Stadtrath hat seinerzeit keinen Betrag dafür eingesetzt. Mittlerweile ist aber im Stadtrathe darüber referiert worden und es wurde der Beschluss gefasst, dem Gemeinderathe die Erbauung dieser Schule am Yppenplatz zu empfehlen. Ich habe bereits im Stadtrathe Veranlassung genommen, mich dagegen auszusprechen, und zwar deshalb, weil ich der Ansicht bin, dass die wenigen bestehenden freien Plätze nicht noch durch Schulbauten verdorben werden sollen. (Sehr richtig! links.) Die Parcellierungen, die in den Vorortbezirken vorgenommen wurden, sind ohnedies der großen Mehrzahl nach solche, dass auf die freien Plätze sehr wenig Rücksicht genommen wurde. Die wenigen freien Plätze, die da geschaffen wurden oder schon bestanden, soll man auch erhalten, und wo eine Gartenanlage noch nicht geschaffen wurde, soll sie geschaffen werden, auch sollen Kinderspielplätze geschaffen werden. Ein Drittel eines Platzes wieder für einen Schulbau in Anspruch zu nehmen, heißt: es kreißt der Berg und gebiert eine Maus. Man nimmt einen großen Anlauf, will große Plätze schaffen, dann zwick man wieder einen Theil davon ab und verbaut sie. Es ist mir da speciell das Beispiel des Einsiedlerplatzes in Margarethen gegenwärtig. Man hat den schönen Platz ganz verhandelt, indem man ein Volksbad hingestellt hat. Wenn ich den Platz heute ansehe, so habe ich das Gefühl, dass man eine Collecte veranstalten sollte, um das Volksbad von dort wieder wegzubringen. Dasselbe will man jetzt in verstärktem Maße mit dem Yppenplatz thun, man will den großen Platz wieder klein machen. Ich glaube, es gibt dort draußen in den Seitengassen noch genug kleine Häuser, wo man mit der Hand auf das Dach greifen kann, so dass man zu verhältnismäßig billigen Preisen Baustellen erwerben kann. Die Schule braucht nicht in einer Hauptstraße zu stehen, sie soll nicht in einer Hauptstraße stehen, weil das Wagengerassel dort immer störend ist. Der Fehler ist in Wien herinnen oftmals gemacht worden, dass man gerade in Hauptverkehrsstraßen, wie in der Hundsthurmerstraße u. dgl., Schulhäuser hingestellt hat, während man ein paar Schritte seitwärts einen ruhigen Platz hätte haben können.

So kann man auch da noch seitwärts ruhige Partien finden, die jetzt entweder unverbaut sind, oder wo, wie gesagt, niedrige, einstöckige oder ebenerdige Häuser stehen, die man zu verhältnismäßig billigem Preise bekommt.

Ich bin damit einverstanden, daß 60.000 fl. eingestellt werden, d. h. zur eventuellen Erwerbung des Bauplatzes, respective als erste Baurate. Ich will an der Ziffer nicht mäkeln, aber ich muß mich dagegen wenden, daß ein bestehender freier Platz, bloß um die paar Gulden für den Ankauf eines Schulbauplatzes zu ersparen, jetzt auf immerwährende Zeiten verdorben wird.

Ich stelle also den Antrag: Es sind 60.000 fl. für den Bau einer Schule zu bewilligen; über die Wahl des Bauplatzes hat der Stadtrath ein eigenes Referat zu erstatten.

Gem.-Rath Maresch: Meine sehr geehrten Herren! Im Präliminare für das Jahr 1894 sind für den projectierten Bau einer Doppel-Volks- und Bürgerschule auf dem Yppenplatz im XVI. Bezirke als erste Baurate 60.000 fl. eingestellt. Was meine Person anbelangt, so werde ich immer solche Referate, die einen Schulbau betreffen, mit besonderer Freude begrüßen. Es wurde aber von Seite der Mehrheit der Vertreter des XVI. Bezirkes, welche dem Gemeinderathe angehören, der größere Theil des Yppenplatzes für den Großmarkt ausersehen, denn es befindet sich in der Payergasse nur wenige Schritte vom projectierten Schulbauplatz ohnehin eine Schule. Der Yppenplatz ist fast vollkommen abgesperrt; auch ist dort schon die Großwage, und er ist in allem zum Großmarkte vollkommen geeignet. Ferner ist der Yppenplatz schon dadurch nach meiner Ansicht zum Großmarkte geeignet, weil an denselben mehrere todte Gassen, wie die Elisabethgasse, Payergasse, Laudongasse u. s. w. angrenzen, welche zum Aufstellen von Wägen u. vollkommen geeignet sind. Die Verlegung des Großmarktes an eine andere Stelle würde dem XVI. Bezirke bedeutenden Schaden zufügen. Derselbe hat auch nur am Yppenplatze dauernden Verbleib. Es ist auch schon ein Platz in der Nähe ausfindig gemacht worden, es wird dann später der Herr Bezirksvorsteher Helbling auf diese Sache kommen.

Ich erlaube mir daher folgenden Antrag zu stellen und erjuche, der löbliche Gemeinderath möge zustimmen:

1. Es sei von dem Bau einer Doppel-Volks- und Bürgerschule am Yppenplatze im XVI. Bezirke abzusehen und hiefür in der Nähe ein anderer geeigneter Platz ausfindig zu machen.
2. Der Yppenplatz soll für den Großmarkt, welcher weder auf der Thalia- noch auf der Koppstraße einen Verbleib haben kann, reserviert bleiben.
3. Eventuell sei der Beschluß betreffs der Schule am Yppenplatze — aus den von mir heute angeführten Gründen — an den Stadtrath zu leiten.

Referent der Budget-Commission: Um einer unnöthigen Debatte vorzubeugen, will ich die Herren über die Rechtsverhältnisse, wie sie diesbezüglich vorliegen, aufklären.

Als die feinerzeitige Gemeinde Ottakring den Yppenplatz vom Invalidenfonde käuflich erwarb, hat sie damit auch die Verbindlichkeit und die Verpflichtung übernommen, den größeren Theil — es geht ja doch die Straße durch und schneidet den Platz in zwei Theile — für Gartenzwecke als Platz zu erhalten, den kleineren Platz jedoch nur für Schulzwecke zu verwenden. Es ist daher ausgeschlossen, daß dieser Platz für Marktzwecke dauernd etabliert werde. Wenn heute dort noch zwölf Markthütten stehen, so sind die betreffenden Inhaber bereits mit dem Gedanken vertraut, daß

sie, wenn dort eine Schule erbaut wird, die doch nur einen verhältnismäßig ganz kleinen Theil einnehmen wird — einen ganz separaten Theil, der nach dem Berichte des Stadtbauamtes ungefähr 7 bis 800 \square mißt — wegziehen und der Schule Platz machen müssen. Ich glaube, so sehr es wünschenswert ist, daß man viel Luftraum schaffe, so wird doch durch die Erbauung der Schule dort so wenig weggenommen, daß trotz der Schule noch immer ein sehr großer Platz von mindestens 6000 \square übrig bleibt. Ich glaube also, daß es sich am besten empfehlen wird, den Antrag der Budget-Commission anzunehmen.

Gem.-Rath Kaufher: Bei der Durchsicht der uns im Schulbauten-Präliminare für 1894 vorgelegten Anträge mußten mir selbstverständlich jene Propositionen ins Auge fallen, welche mit den Postnummern 34, 39 und 42 markiert waren und die Aufsetzung eines dritten Stockwerkes auf bestehende Schulgebäude zum Gegenstande haben. Da solche Vorschläge zum erstenmale beim XVI. Bezirke auftreten, habe ich es als meine Pflicht erachtet, mich hier zum Worte zu melden, um meine Stellung zu dieser Frage klar zu kennzeichnen. Ich erfülle demnach nur meine Pflicht, wenn ich die Gelegenheit ergreife, zu dem betreffenden Antrage des Magistrates, Stadtrathes und der Budget-Commission im negativen Sinne zu sprechen. Wenn ich, meine Herren, boshast wäre und aggressiv vorgehen wollte, würde ich nunmehr meine Worte etwa folgendermaßen stilisieren:

Wenn die Herren das Schulbau-Präliminare gefälligst durchblättern wollten, wo finden Sie denn Stockwerks-Aufsetzungen beantragt?

Im XVI., XVII. und XVIII. Bezirke, und wenn ich auch durchaus nicht etwa eine Parallele zwischen den inneren und äußeren Bezirken ziehen will und wenn ich auch absolut nicht von einer stiefmütterlichen Behandlung der ehemaligen Vorortgemeinden sprechen will, muß doch dieser merkwürdige Zufall ganz besonders auffallen, und ich muß sagen, daß das gehörig zu denken gibt.

So würde ich sprechen, wenn ich, wie schon gesagt, irgendeiner Bosheit die Zügel schießen ließe. Da ich aber der Sache ganz ohne Voreingenommenheit gegenüberstehe, so will ich unumwunden eingestehen, daß, wie ich weiß, auch in den alten Bezirken dreistöckige Schulhäuser zur Genüge vorhanden sind. Allerdings ergibt sich daraus für mich durchaus nicht der Schluß, daß man das Übel, welches in den alten Bezirken bereits erbgewesen zu sein scheint, auch auf die neu einbezogenen Bezirke ausdehnen müsse. Gerade in den neuen Bezirken sollte man den Bau dritter Stockwerke auf die bestehenden Schulen einfach sistieren, weil diese Bezirke von einer durchaus armen Volksklasse bewohnt werden. Die Bezirke sind an und für sich arm, demzufolge sind die Kinder schwächlich; die Inclination derselben zu Lungenkrankheiten, besonders zu der berühmten Wiener Krankheit, ist in hohem Maße vorhanden. Ueberdies ist die Ernährung eine höchst mangelhafte u. dgl. Dinge.

Glaubt man vielleicht, die Schwächlichkeit der Kinder durch das täglich mehrmalige Ersteigen des dritten Stockwerkes zu beheben? Da regnet es einerseits Erlässe über Erlässe auf die Lehrkräfte herab, dieselben werden strengstens beauftragt, ihr besonders Augenmerk auf die sanitären Verhältnisse zu lenken, andererseits geht die Commune, vielleicht in Ausübung der sanitätspolizeilichen Objorge mit gutem Beispiele voran, setzt ein Stockwerk nach dem anderen auf die Schulgebäude hinauf und schafft auf diese Art wahre Schulkasernen, die trotz der rigorosesten prophylaktischen

Mafnahmen zu Brutstätten von Krankheiten, ja zu wirklichen Seuchenherden sich gestalten können. Endlich denke man doch nur an mögliche Unglücksfälle, Einstürze, Brände u. dgl. Ich wenigstens möchte die Verantwortung für das namenlose Unheil, das unter solchen Umständen eintreten müßte, gewiß nicht auf mein Gewissen nehmen.

Überhaupt verstehe ich die leitenden Principien nicht, auf welchen die Anträge, betreffend die Aufsehung dritter Stockwerke auf bereits bestehende Schulgebäude, fußen. Ich habe diesbezüglich Umfrage gehalten und zweierlei Gründe in Erfahrung gebracht. Von einer Seite hörte ich die Meinung aussprechen, daß dies zu dem Zwecke geschehe, um die Mehrkosten zu ersparen, welche die Anstellung eines Schulleiters in einer neuen Schule erfordern würde, gegenüber vielleicht einer einfachen Lehrkraft in der aufgestockten alten Schule. Ich muß sagen, daß schon der Gedanke an die Möglichkeit dieses Umstandes bei einem Budget, wie es die Stadt Wien aufweist, mir so absurd, so entwürdigend erschienen ist, daß ich desselben gewiß nicht einmal erwähnt hätte, wenn nicht dessen Bekanntgabe, obgleich als Curiosum, ein grelles Streiflicht auf die ganze Situation werfen würde.

Eine andere Quelle begründet die Errichtung der dritten Stockwerke mit dem Hinweise auf die geringeren Baukosten. Dem gegenüber muß ich nun derjenigen Fälle gedenken, die wir bereits erlebt haben, wonach die Commune Wien in der Lage gewesen ist, für eine Stockwerks-Aufsehung mehr bezahlen zu müssen, als die frühere autonome Gemeindevertretung für den Neubau von Schulen ausgelegt hatte. In dieser Beziehung verweise ich beispielsweise auf die Interpellation des Collegen Dr. Rader, welche sich mit der auch in unserem Präliminare enthaltenen Post 47 „Aufsehung eines Stockwerkes auf die Schule in Weinhaus, Köhlergasse 1,“ beschäftigt.

Um nun auf den XVI. Bezirk zurückzukommen, will ich zunächst einmal von der Post 34 gänzlich absehen und dieselbe außer allem weiteren Betracht lassen, da die eingesetzten 3000 fl. in mir die Vermuthung aufsteigen lassen, daß die Stockwerks-Aufsehung bereits eine vollzogene Thatfache ist; ich stehe also hier einem fait accompli gegenüber, meine Opposition käme post festum, und ich glaube, daß man mir zuliebe ein allzu hohes Schulhaus nicht köpfen wird. Aber nicht umsonst scheint mir der Liebe Mühe bei Post 39 zu sein, wo es sich um die Aufsehung eines Stockwerkes auf das Schulgebäude in der Neumayer- und Kirchstetterngasse im XVI. Bezirke handelt, für welche Post der Stadtrath 63.000 fl. einsetzt. Diese Summe finde ich riesig und ich bin überzeugt, daß früher, solange die Gemeinden autonom waren, mit dieser Summe nicht Stockwerks-Aufsehungen, sondern Neubauten aufgeführt worden sind. Die Budget-Commission scheint von diesem Bewußtsein durchdrungen gewesen zu sein, da sie dem Stadtraths-Antrage ihre Zustimmung entzogen und den Bau einer neuen Schule beantragte. Nur mit der Wahl des Platzes scheint sie kein Glück gehabt zu haben. Auf der einen Seite hat sie etwas Gutes geleistet und sofort im nächsten Augenblicke dieses Gute mit etwas Bösem wettgemacht. Sie hat nämlich für den Bau einer Doppel-Volks- und Bürgerschule auf dem Yppenplaz einen Theil dieses Platzes, das Luftreservoir für die angrenzenden Straßen, für sich erheischt. Für die Belassung des Yppenplatzes in seiner Gänze mich einzusetzen, ist nicht meine Aufgabe, das bleibt den Vertretern des XVI. Bezirkes überlassen.

Ich schließe mit der Bitte, die Majorität des Hauses möge meine Opposition gegen die dreistöckigen Schulgebäude billigen

und allen diesbezüglichen Anträgen des Stadtrathes und der Budget-Commission die Zustimmung verweigern. Ich bin überzeugt, die Schulkinder, die Lehrkräfte und die Eltern werden Ihnen dafür gewiß aufrichtigsten Dank sagen.

Gem.-Rath Dr. Vogler: Ich möchte zunächst sofort erklären, daß bei Post 39 die Aufsehung eines Stockwerkes meines Erachtens nicht möglich ist. Es liegt nämlich ein Referat vor, aus welchem hervorgeht, daß technische Schwierigkeiten — der Herr Referent der Budget-Commission hat das schon dargelegt — solcher Natur vorliegen, welche die Stockwerks-Aufsehung dort gar nicht gestatten. Infolge dessen entfällt diese Post eo ipso. Infolge dessen hat die Budget-Commission 60.000 fl. für Erbauung einer Schule auf den Yppenplaz beantragt. In dieser Beziehung glaube ich, daß die Bemerkungen des Herrn Collegen M a z e n a u e r etwas über das Ziel hinauschießen. Wenn man nämlich die Situation ansieht, findet man, daß der Yppenplaz aus einer größeren Gartenanlage besteht, welche nach dem vorliegenden Antrage intact bleiben soll, und aus einem, durch eine Gasse, nämlich die Yppengasse, abgegrenzten anderen Theile, welcher gegenwärtig zu Marktzwecken benützt, und zwar, wie ich vom Herrn Budget-Referenten höre, sogar widerrechtlich benützt wird, weil eine eigene Widmung besteht, daß dieser Plaz nur zu Schulzwecken benützt werden soll und darf.

Es war auch, soviel ich mich erinnere, seinerzeit von der autonomen Gemeinde Ottakring geplant, auf diesem Plaz eine Werkmeisterschule zu errichten. Bekanntlich hat die Gemeinde Ottakring dahin gestrebt, daß man in ihrem Bezirke die jetzt im X. Bezirke bestehende Werkmeisterschule errichte.

Dieser Plaz nun — ich bitte den Herrn Collegen M a z e n a u e r, sich aus dem Plane zu überzeugen — ist vollkommen für die Erbauung einer Schule geeignet, und es unterliegt meines Erachtens gar keinem Hindernisse, dort eine Schule hinzustellen. Ich bin ebenso wie der Herr Colleague für die Erhaltung jedes grünen Platzes in Wien und bin gegen die Verbauung irgendwelchen großen Platzes. Hier aber, muß ich sagen, handelt es sich gar nicht um einen Plaz, sondern um eine Bauparcelle, welche zwischen zwei Straßen gelegen ist. Übrigens habe ich gegen den vom Herrn Collegen M a z e n a u e r gestellten Antrag in formeller Beziehung keine Einwendung zu machen, weil dieser Antrag ja nicht präjudiciert; er beantragt nur, daß der Stadtrath die Sache überprüfen soll; überdies hat der Stadtrath noch gar keinen Antrag gestellt, daß die Schule am Yppenplaz gebaut werden soll. Es unterliegt also keinem Anstande, den Antrag des Herrn Collegen M a z e n a u e r anzunehmen. Aber jedenfalls bitte ich Sie, diese 60.000 fl. einzustellen; denn, wenn Sie den Antrag ganz ablehnen, so würde gar keine Schule gebaut, nicht der dritte Stock in der Neumayergasse und auch nicht die Schule am Yppenplaz. Die Verhältnisse sind aber gerade in diesem Bezirke sehr trübe.

Der letzte Herr Vorredner hat eine große Philippica gehalten, in welcher er auf die drei Stock hohen Schulen loszieht und ein Schreckensbild malte, wie es den armen Kindern ergeht, welche eine solche Schule besuchen müssen. Das ist doch, wie ich glaube, etwas zu sehr übertrieben. In einer Großstadt müssen die Kinder gewohnt sein, drei Stockwerke hinaufzusteigen, und man kann den Kindern und auch den Eltern derselben nicht zumuthen, daß sie immer nur ebener Erde, im ersten oder zweiten Stocke wohnen, sondern es wird manche Kinder geben, die im dritten Stocke oder noch höher wohnen müssen. Infolge dessen können sie auch eine

drei Stock hohe Schule, beziehungsweise den dritten Stock derselben, besuchen, und die Gesundheitsverhältnisse der Kinder werden durch dieses Stiegensteigen gewiß keine Gefahr laufen. (Rufe links: O ja! — Rufe rechts: O nein!) Aber ich bitte, meine Herren, die Kinder sind doch im jugendlichen Alter, sie springen herum, laufen u., und da soll man ihnen nicht zumuthen dürfen, drei Stock hoch zu steigen? Das geht denn doch zu weit.

Dann ist auch der Einwand erhoben worden, daß durch solche drei Stock hohe Schulen Schulkasernen geschaffen werden, welche sanitäre Übelstände mit sich bringen. Nun, Schulkasernen sind in einer Großstadt nicht zu vermeiden. Ich bin gewiß dafür, daß die Schulen in den excentrischen Bezirken mit ländlichem Charakter womöglich nicht drei Stock hoch gebaut werden, und die Verbauung nur bis zum zweiten Stocke reichen und mehr in die Breite gehen sollte, aber in den städtisch verbauten Theilen ist es doch nicht auszuschließen, daß dort, ebenso wie die Gebäude nebenan, auch das Schulhaus mit drei Stockwerken erbaut werde. Es handelt sich da nicht vielleicht darum, den Schulleiter zu ersparen, obwohl dieses Moment schließlich auch ins Gewicht fallen kann, auch nicht so sehr, die Baukosten zu ersparen, sondern darum, daß man den Grund entsprechend ausnützt, und daraus wollen Sie der Gemeinde einen Vorwurf machen?

Ich bin daher der Meinung, daß in den städtisch verbauten Theilen auch drei Stock hohe Schulen erbaut werden können, und ich bitte Sie also, den Antrag des Herrn Vorredners in dieser Richtung abzulehnen.

Gem.-Rath Gräf: Ich werde mich sehr kurz fassen, nachdem meine beiden Herren Vorredner schon ausführlich besprochen haben, was ich Ihnen mittheilen wollte. Es handelt sich hier um die Einstellung eines Betrages von 60.000 fl. für die Erbauung einer Volks- und Bürgerschule am Yppenplage. Ich empfehle Ihnen nur, die Anträge des Herrn Kollegen Mazonauer und Maresch anzunehmen und die 60.000 fl. im Budget zu belassen, aber von der Erbauung einer Schule am Yppenplage Umgang zu nehmen, und zwar aus den Gründen, die schon von meinem Herrn Vorredner angeführt wurden.

Nun komme ich aber zu einer anderen Angelegenheit. Ich möchte den Herrn Referenten der Budget-Commission auf etwas aufmerksam machen; er hat nämlich bezüglich der 15.000 fl., die für die eventuelle Erbauung einer Volks- und Bürgerschule an der Dornbacherstraße an der Grenze des XVI. und XVII. Bezirkes vom Magistrate und Stadtrathe beantragt werden, den Standpunkt der Commission damit gerechtfertigt, daß diese Schule eigentlich ganz unnütz wäre, und er hat unter anderem — vielleicht nur aus Irrthum — gesagt, daß die bereits fertige Schule in der Lorenz Mandlgasse geeignet wäre, den Raummangel zu beheben.

Da erlaube ich mir nun mitzutheilen, Herr Referent, daß bei dieser Schule noch nicht ein Spatenstich gemacht wurde. Man ist heute noch nicht über die Platzfrage einig und es wird sicher zwei Jahre dauern, bis diese Schule fertig ist.

Es dürften aber im heurigen Jahre schon so viel Spätklassen sich in der Schule in der Seitenberggasse ergeben, daß unbedingt im nächsten Jahre schon an die Erbauung eines weiteren Schulgebäudes gedacht werden muß; da möchte ich Sie bitten: Stimmen Sie dem Antrage des Magistrates und Stadtrathes zu bezüglich der Einstellung der 15.000 fl. für die Erbauung einer Schule an der Grenze des XVII. Bezirkes, weil wir dann wenigstens vor einer Überraschung bewahrt bleiben. Wenn das heute geschieht, so

können für den Betrag eventuell Schulbaupläge erworben werden, wir haben dann die ganze Angelegenheit ins Rollen gebracht und können im nächsten Jahre, wo es sich unbedingt als notwendig herausstellen dürfte, an die Erbauung eines neuen Schulgebäudes schreiten. Im übrigen bitte ich, die Anträge Mazonauer und Maresch anzunehmen. Ich bitte Sie aber auch, an dem Antrage des Stadtrathes bezüglich der 15.000 fl. festzuhalten.

Gem.-Rath Sebastian Grünbeck: Ich muß mich auch gegen die Erbauung einer Schule auf dem Yppenplage aussprechen. Verfallen Sie nicht in den Fehler, welchen vielleicht Ottakring als Gemeinde begehen wollte. Wenn auch die Gemeinde Ottakring einmal den Beschluß gefaßt hatte, eine Werkmeisterschule zu erbauen auf dem Yppenplage, so war das gewiß kein Kunststück. Sie war gewiß nicht so glücklich, im Geldsacke so herumwühlen zu können, wie vielleicht die Commune Wien es ist (Heiterkeit), und sie mußte einige 20- bis 30.000 fl. zahlen, um einen Platz zu kaufen. Aber, meine Herren, es ist absolut ein Fehler, und zwar ein großer Fehler, wenn man heute Plätze zu Schulzwecken oder zu welchem Zwecke immer wieder verbauen würde. Bezüglich eines anderen Bezirkes war erst neulich ein Referat; da geben Sie 400- bis 500.000 fl. aus, um einen Park zu schaffen. Wenn Ihnen ein Platz nicht angenehm ist, so machen Sie aus dem Platz einen Park. Das wird gewiß viel besser sein; gerade in den Vororten haben wir nicht viel Plätze. Sehen Sie sich in den Bezirken um! Es wäre gewiß ein Verbrechen, wenn Sie dorthin eine Schule bauen würden. Herr Dr. Vogler hat sich den Bezirk noch nicht gut angeschaut, höchstens bei Nacht, wenn er in irgendeiner Versammlung war. (Heiterkeit.) Er soll sich ihn einmal bei Tag anschauen und soll sehen, wie wenig Plätze in diesen Bezirken sind, dann wird er es nicht mehr wagen, aufzustehen und für einen Schulbau zu sprechen, durch den noch das Stückel Platz verbaut wird. Mir kommt das so vor, jedes grüne Plagerl, welches die Verkehrs-Commission nicht nimmt, will Herr Dr. Vogler wegnehmen. So scheint es mir wirklich zu sein.

Ich empfehle Ihnen den Antrag Mazonauer — es freut mich dies von ihm als politischen Gegner — und den Antrag Maresch, ich kann diesem Antrage nur zustimmen. (Gem.-Rath Mazonauer: Nur so weiter, dann alle Achtung!)

Gem.-Rath Frauenberger: Meine Herren! Die Ausführungen des Herrn Gem.-Rathes Kaufcher veranlassen mich zu einigen Bemerkungen. Es ist nicht richtig, wenn er sagt, daß nur für die neuen Bezirke Stockwerke aufgesetzt werden. (Gem.-Rath Kaufcher: Das habe ich nicht gesagt!) Ich erinnere daran, daß wir — es ist nicht lange her — auch im VII. Bezirke ein Stockwerk aufgesetzt haben (Gem.-Rath Kaufcher: Das habe ich auch gesagt!), und wenn er beansprucht, daß drei Stock hohe Schulen nicht mehr gebaut werden sollen, so ist das wirklich über das Ziel hinausgeschossen. (Gem.-Rath Kaufcher: Durchaus nicht!)

Ich glaube, daß er damit selbst in Lehrerkreisen in der Minorität bleiben würde, weil man doch der Gemeinde nicht zumuthen kann, sich in solche Auslagen zu stürzen. Er meinte weiter, es sei geradezu sanitätswidrig, wenn Kinder drei Stock hoch hinaufsteigen; da muß ich sagen, daß ich darin nichts sanitätswidriges erblicke. Besser wäre es freilich, wenn die Schulen bloß zwei Stock hoch sein könnten, aber das läßt sich in großen Städten nicht durchführen. (Gem.-Rath Dr. Lueger: Gehen Sie nach Paris!)

Aber bei diesem Referate ist mir etwas anderes ganz unverständlich und ich würde um Aufklärung bitten. Es wurde ursprünglich eine Stockwerks-Auffezung vorgeschlagen, für welche 65.000 fl. ausgegeben werden sollten, und jetzt erfahren wir, daß das nicht geht. Nun möchte ich doch bitten, mir zu sagen, woher denn dann dieser Antrag kommt? Hat denn das Stadtbauamt früher nicht gewußt, daß das dort nicht geht?

Ich möchte die anwesenden Vertreter des Bauamtes — den einen oder den anderen Herrn — bitten, uns das doch zu sagen, denn dieser Antrag mußte doch vom Bauamte vorgelegt worden sein, sonst käme er nicht hieher. Jetzt stellt es sich heraus: es geht nicht.

Bezüglich der Schule am Yppenplatz muß ich aufrichtig sagen, daß ich dem auch nicht zustimmen kann, daß man diesen schönen Platz in der Weise verwende, daß man dort eine Schule erbaut. Wir sind ja bemüht, überall, wo es geht, freie Plätze zu schaffen. Darum sollen wir die bestehenden nicht verkürzen. Ich bin also der Meinung, daß man von diesem Plage absehen soll, weil wir ja, wie schon Colleague Mackenauer ausgeführt hat, draußen Seitengassen genug haben, wo man eine solche Schule erbauen kann. Ich eile zum Schlusse und hoffe, daß ich die gewünschte Aufklärung erhalten werde, wie man zu diesem Antrage gekommen ist, nachdem sich jetzt herausstellt, daß die Durchführung gar nicht möglich ist.

Magistratsrath Schnitt: Im vorigen Jahre hat der Ortschulrath des XVI. Bezirkes selbst darauf hingewiesen, daß es, um den dringenden Schulbedürfnissen von Neulerchenfeld zu entsprechen, angezeigt erscheine, auf das Schulhaus in der Kirchstettern-Neumayergasse ein Stockwerk aufzusetzen.

Wir hatten keinen Grund, von vornherein dagegen aufzutreten, weil wir die Verhältnisse nicht genau kannten, und so ist über Vorschlag des Ortschulrathes im Einvernehmen mit dem Bezirkschulrath zunächst in Aussicht genommen worden, die Stockwerks-Auffezung für das Jahr 1894 ins Budget einzusetzen. In der Folge wurden die commissionellen Erhebungen gepflogen, an denen die technischen Organe theilgenommen haben. Dabei hat man sich überzeugt, daß die Ausführung auf sehr große Schwierigkeiten stoßen würde, ja daß damit den Bedürfnissen von Neulerchenfeld gar nicht einmal entsprochen würde, weil das Bedürfnis nach einer Schule nicht linkerseits, sondern rechterseits der Lerchenfelder Hauptstraße vorhanden ist, nämlich in der Gegend des Yppenplatzes. So ist man dazu gekommen, daß die Stockwerks-Auffezung fallen gelassen wurde und der Antrag austauchte, eine neue Schule zu bauen.

Gem.-Rath Dr. Friedjung: Es ist vom Herrn Gem.-Rathe Kausch die Frage aufgeworfen worden — freilich in ganz discreter Weise — ob nicht die Vororte gegenüber den alten Bezirken zu wenig berücksichtigt worden seien. Ich möchte dem Herrn Gem.-Rathe Kausch nur eine einzige Ziffer nennen. Es liegen die Schlußrechnungen über das Jahr 1893 uns noch nicht vor, aber ich habe mir diese Rechnungen, soweit sie die Schulbauten betreffen, ausheben lassen. Aus diesen Schlußrechnungen geht hervor, daß wir im Jahre 1893 1,040.000 fl. für Schulbauten ausgegeben haben; von diesen 1,040.000 fl. wurden 240.000 fl. für die alten zehn und 800.000 fl. für die neuen Bezirke verwendet. Das ist ja keineswegs ein Geschenk, sondern es war eine unbedingte Nothwendigkeit; aber daraus geht

hervor, daß die neuen Bezirke soviel berücksichtigt wurden, als möglich war.

Wir haben also, seitdem wir die neuen Bezirke einverleibt haben, um weit über eine Million Gulden Schulen in den neuen Bezirken gebaut. Die natürliche Folge dieser Neubauten war, daß der Spätunterricht, welchen die früher fehlenden Classen nothwendig gemacht haben, fast ganz aufgehört hat.

In den beiden Inspectionsbezirken, welche den XV., XVI., XVII. und XVIII. Bezirk umfassen, haben zur Zeit der Einverleibung der Vororte 68 Classen gefehlt; es waren demnach 68 Spätclassen nothwendig; in demselben Zimmer mußte zweimal Unterricht erteilt werden. In diesen vier Bezirken, welche zwei Schul-Inspectionsbezirke sind, ist jetzt eine einzige Spätclassen. (Oho-Rufe links. — Gem.-Rath Jedlicka: Kommen Sie zu uns nach Währing!) Ich constatire, daß die beiden Herren Bezirks-Schulinspectoren Eichler und Böckl mir diese Daten gegeben haben. Ich berufe mich auf diese beiden Herren und auf die Daten, welche mir bei der Berathung des Budgets mit diesen beiden Herren gegeben worden sind. Ich kann also nur constatiren, woher ich diese Daten habe.

Wir haben jedenfalls den dringendsten Bedürfnissen der Vororte genügt, und wir können froh sein mit dem Werke, das wir vollbracht haben.

Gem.-Rath Dr. Kupka: Ich spreche bezüglich der Schule am Yppenplatz. Es wurde von Herrn Dr. Vogler erwähnt, daß dieser Platz für eine Schule besonders geeignet sei. Das mag ja sein, es gibt aber in der nächsten Nähe auch Plätze, oder wenigstens, wie schon Herr Gem.-Rath Mackenauer ganz richtig ausgeführt hat, Häuser, welche geeignet wären, um eine Schule hinzubauen. Es ist ein Übel, daß man sich solche Plätze, wie dieser einer ist, zur Verbauung aus sucht.

Es wurde bemerkt, daß in Wien leider früher viel gesündigt und alles verbaut wurde, was verbaubar ist, man hat Lustreservoirs überhaupt nicht berücksichtigt. Hier ist eine gute Gelegenheit, bei der von Ihrer Seite selbst ein Antrag kommt, um Gotteswillen diesen Platz zu schonen.

Vom Herrn Budget-Referenten wird angeführt, es sei einmal ein Übereinkommen getroffen worden, daß dieser Platz für Schulzwecke erhalten werden muß. So viel ich glaube, war dies anfangs der Siebzigerjahre. Nun, meine Herren, bedenken Sie, was für Verhältnisse damals waren! Hat damals ein Mensch gehnt, daß Ottakring und Hernals sich in dieser Weise entwickeln werden?

Wo haben Sie dort Plätze? Es sind nur sehr wenige. Jetzt wird dieser Platz für Marktzwecke benützt, und ich wüßte nicht, wo man in Neulerchenfeld oder Ottakring einen Großmarkt hinpostieren sollte.

Sehen Sie sich den VIII. Bezirk an! Der hat überhaupt keinen Markt. Die Leute sind früher aus dem VIII. Bezirke auf diesen Markt hinausgegangen und waren froh, daß ein Markt dort besteht. Seitdem nun die Linienwälle beseitigt worden sind, ist es ihnen noch erwünschter. Nun wollen Sie den einen Großmarkt auch beseitigen und eine Schule dorthin bauen!

Die Tendenz, welche damals bei diesem Vertragsabschlusse obwaltete, war offenbar die, daß man dort einen Platz für öffentliche Zwecke erhalten soll. Man hat an den Markt offenbar nicht gedacht, denn sonst hätte man ihn sicher nicht ausgeschloffen, denn der Markt ist ebenso im öffentlichen Interesse, wie eine Schule im öffentlichen Interesse ist.

Ich kann mich daher nur vollständig den Ausführungen des Herrn Gem.-Rathes **Makzenauer** anschließen, und ersuche die Herren, daß Sie diesen Antrag annehmen.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich werde mich sehr kurz fassen, weil die Zeit schon sehr vorgeschritten ist. Bezüglich der Stockwerke bei den Schulgebäuden erkläre ich mich als einen Anhänger der zweistöckigen Schulgebäude und bin der Meinung, daß es sogar ein Glück wäre, wenn auch die Privathäuser nur zweistöckig wären; das wäre als ein großer Vorzug anzusehen und nicht die Zinskasernen, und wenn von einer Großstadt gesprochen wird, so weiß ich, daß in Paris die Schulen zweistöckig sind, und Paris ist gewiß noch etwas größer als Wien. Die Herren sollen also nicht mit Dingen kommen, die nicht richtig sind. Wenn irgendwo dreistöckige Schulgebäude errichtet werden müssen, so gebietet das vielleicht das eiserne Muß, aber wo andere Plätze zu finden sind, sollte man sich mit zwei Stockwerken vollständig begnügen. Das ist meine Anschauung in dieser Frage.

Meinen unmittelbaren Herrn Nachbarn muß ich noch berichtigen. Er hat gemeint, daß die Stadt Wien im Geldsack nur so wühlen kann.

Die Gemeinde Wien kann ebensowenig im Geldsack wühlen, als es die frühere Gemeinde Ottakring konnte, vielleicht geht es uns sogar noch viel schlechter, als es je der Gemeinde Ottakring gegangen ist. Also, die Sparfamkeit muß auch da ins Auge gefaßt werden.

Was die Spätklassen betrifft, so möchte ich dem Herrn Gem.-Rathe Dr. **Friedjung** den Rath geben, sich in Hinkunft bei anderen Personen zu erkundigen.

Die Herren Bezirksschulinspektoren haben ihm nicht die Wahrheit gesagt, weil meines Wissens mehr Spätklassen als eine in den Vororten vorhanden sind. (Gem.-Rath Dr. **Friedjung:** Im XVI., XVII. und XVIII. Bezirke!) Es ist übrigens über diese Frage bereits sehr viel gesprochen worden, ich erwähne aber nur Folgendes: Als die Angelegenheit im Stadtrathe berathen wurde — und sie wurde im Stadtrathe berathen, wenn auch kein Antrag hier gestellt wird — habe ich gemeint, man solle diese Angelegenheit dem Bezirksausschusse zur Äußerung zuweisen, weil ich immer von dem Grundsatz ausgehe, daß in solchen wirklich hervorragenden Angelegenheiten der Bezirksausschuss einvernommen werden soll. Damals hat es aber keinen Bezirksausschuss in Ottakring gegeben; er war aufgelöst, aber es hat geheißen, wenn die Sache im Gemeinderathe zur Sprache kommen wird, werden die Vertreter des Bezirkes ohnehin ihre Meinung über den **Yppenplatz** kundgeben. Nun, das ist geschehen, und ich hoffe, daß der Antrag bezüglich des **Yppenplatzes** einstimmig abgelehnt werden wird, so daß er als Platz erhalten bleibt. Ich glaube, es ist schon erwähnt worden, daß man den Vororten immer den Vorwurf gemacht hat, daß bezüglich der Parcellierungen und Verbauungen in rücksichtsloser Weise vorgegangen worden ist.

Meine Herren! Wenn wir den **Yppenplatz** verbauen, so begehen wir den nämlichen Fehler, den wir früher immer den Vororten zum Vorwurfe gemacht haben. Noch eines erwähne ich: Im V. Bezirke hat man zwei große Plätze verkleinert, den einen durch einen Schulhausbau, der anderen zum Baue eines Volksbades. Ich wünsche nicht, daß das gleiche in den anderen Bezirken geschieht, darum bitte ich um die einstimmige Ablehnung dieses Antrages bezüglich des **Yppenplatzes**.

Gem.-Rath Tagleicht (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage Schluß der Debatte.

Vize-Bürgermeister Dr. Richter: Es ist Schluß der Debatte beantragt. Ich bitte jene Herren, die damit einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) Schluß der Debatte ist angenommen.

Zum Worte vorgemerkt ist Herr Gem.-Rath **Gräf** als letzter Redner.

Gem.-Rath Gräf: Ich verzichte.

Referent des Stadtrathes (Schlußwort): Was die Anträge betrifft, so ist es selbstverständlich, daß Post 39 „Aufsetzung eines Stockwerkes auf das Schulgebäude in der Neumayer- und Kirchstetterngasse in Neulerchenfeld, XVI. Bezirk, 63.000 fl.“ fallen gelassen werden muß, nachdem diese Stockwerks-Aufsetzung nicht möglich ist.

Was die nächste Post betrifft, „Bau einer Doppel-Volks- und Bürgerschule am **Yppenplatz**“, so stimme ich dem Antrage **Makzenauer** zu und bitte Sie, diese 60.000 fl. einzustellen, jedoch den Ort, wo die Schule hingebaut werden soll, der späteren Beschlussfassung vorzubehalten.

Weiter bitte ich, die 15.000 fl., welche der Stadtrath für den Bau einer Volks- und Bürgerschule in der **Dornbacher Straße** an der Grenze des XVI. und XVII. Bezirkes eingestellt hat, zu beschließen, wenn wir auch im Augenblicke an den Schulbau für die allernächste Zeit nicht denken.

Ich glaube, daß später solche Baupläge theurer bezahlt werden müssen, und es liegt nichts daran, wenn wir 15.000 fl. ein Jahr früher auslegen. Was die dreistöckigen Schulen betrifft, so wird ja gewünscht, die Vororte auf dasselbe Niveau zu erheben wie die alten Bezirke. Wenn nun die alten Bezirke dreistöckige Schulen haben, warum sollen sie die Vororte nicht auch haben? (Heiterkeit.)

In allen unseren Schulen wird das Turnen sehr lebhaft betrieben. Nun bin ich der Meinung, daß, wenn die Kinder Bock springen und 10- bis 20mal die tiefe Kniebeuge machen, und das ihrer Gesundheit sehr zuträglich ist, ihre Glieder kräftigt und stärkt, es auch nicht schadet, wenn die Kinder in das dritte Stockwerk hinaufgehen. Das ist auch eine Art Turnübung.

Ich glaube also, daß diese Besorgnis für die Gesundheit der Kinder wohl etwas übertrieben ist, und bitte Sie um Annahme der Anträge des Stadtrathes.

Referent der Budget-Commission (zum Schlußworte): Der Antrag auf Streichung der 63.000 fl. und die Motivierung, die ich derselben unterlegt habe, hat Ihre Zustimmung gefunden.

Was den **Yppenplatz** anbelangt, so habe ich die Verhältnisse und auch die Rechtsverhältnisse dargelegt und kann mich nur darauf beziehen. Bei dieser Gelegenheit muß ich auf das reflectieren, was Herr **Collegge Kaufacher** erwähnt hat, daß man den Vorortgemeinden nicht mit derselben Liebenswürdigkeit entgegenkommt, die sie zu fordern ein Recht haben. Herr Gem.-Rath Dr. **Friedjung** hat bereits die Ziffern genannt, welche im abgelaufenen Jahre für Schulbauten bewilligt worden sind. Ich will nur die Ziffern für den XVI. Bezirk nennen. Nach dem Budget für 1893 wurden für Schulbauten im XVI. Bezirke 216.000 fl. bewilligt. Wenn Sie jetzt die Anträge der Budget-Commission annehmen, wobei 63.000 fl. und 15.000 fl. gestrichen werden, verbleibt noch immer für den XVI. Bezirk ein Betrag von 139.200 fl. Ich glaube daher nicht, daß man ein Recht hat, zu sagen, daß die Vororte oder speciell der XVI. Bezirk stiefmütterlich behandelt werden.

Was die Lorenz Mandlgasse anbelangt, ist es richtig, daß man mit dem Baue noch nicht begonnen hat. Das hat seinen Grund darin, daß der Platz, der ursprünglich für diese Schule bestimmt war, von der Gemeinde zwar erworben ist, daß man aber neuerdings in Verhandlungen eingetreten ist, um noch weiter drei Plätze zu diesem Zwecke zu erwerben. Diese Verhandlungen sind noch nicht zum Abschlusse gebracht. Das ist der Grund, warum man mit dem Baue noch nicht begonnen hat. Ich bitte um Annahme der Anträge der Budget-Commission.

Gem.-Rath Dr. Friedjung (zur thatsächlichen Berichtigung): Herr Dr. Lueger hat mir vorgehalten, daß in den Vororten sich eine größere Anzahl von Spätclassen befinden. Da nur diese Bezirke in Berathung kamen und ich nur die Ziffern für diese Bezirke augenblicklich vor mir hatte, habe ich gesagt, daß in den Bezirken XV, XVI, XVII und XVIII zusammengenommen sich eine Spätclassen befindet und ich halte diese Thatsache unbedingt aufrecht und jedenfalls sind mir die Herren Bezirkschulräthe, welche unaufhörlich von Schule zu Schule gehen, viel kompetenter wie irgendjemand sonst.

Was den Inspectionsbezirk betrifft, der die Bezirke XVII und XVIII umfaßt, so weiß ich — da ich mich um die Angelegenheiten dieser Bezirke im Bezirkschulrath ganz genau kümmerge — daß bei Einverleibung der Vororte in diesem Inspectionsbezirk 38 Classen gefehlt haben, respective 8 Spätclassen bestanden und in diesem Augenblicke keine einzige Spätclassen vorhanden ist. Das weiß ich.

Gem.-Rath Sebastian Grünbeck (zur thatsächlichen Berichtigung): Ich berichtige gegenüber den Ausführungen des Herrn Gem.-Rathes Dr. Friedjung in Betreff des Betrages, welcher für Schulbauten verwendet wurde, daß wir schon vor fünf Jahren 150.000 fl. für einen Schulhausbau eingestellt haben; wir sind jedoch aufgelöst worden und haben ihn erst voriges Jahr bekommen.

Gem.-Rath Gräf (zur thatsächlichen Berichtigung): Ich kann den Herrn Kollegen Dr. Friedjung auch nur dahin berichtigen, daß Spätclassen im XVI. Bezirke nur infolge der Einverleibung der Vororte mit Wien entstanden sind, weil ein Betrag von 150.000 fl. für zwei Schulen, darunter die in der Panikengasse, bestimmt war und nur durch die Einverleibung der Gemeinde zu Wien die Aufnahme des Darlehens gehindert wurde. Bezüglich der Spätclassen habe ich ihn dahin zu berichtigen, daß in Ottakring mehrere Spätclassen und überdies eine Anzahl überfüllter Lehrzimmer vorhanden sind.

Gem.-Rath Wihelsberger (zur thatsächlichen Berichtigung): Nachdem der XV. Bezirk unter denjenigen genannt wurde, wo Spätclassen sein sollen, berichtige ich thatsächlich, daß im XV. Bezirke gar niemals Spätclassen waren und auch gegenwärtig keine existieren.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich schreite zur Abstimmung. Ich bitte, die Vorlage zur Hand zu nehmen und mich zu kontrollieren.

Posten 33, 35, 36 und 37 sind nicht angefochten worden; ich enunciere daher, daß die Beträge von 10.000 fl., 4500 fl., 1700 fl. und 60.000 fl. genehmigt sind. Bei den Posten, wo es sich um Stockwerks-Auffsetzungen handelt, muß abgestimmt werden. Ich bringe nun zur Abstimmung die Post 34 „Auffsetzung eines dritten Stockwerkes auf das Schulgebäude im XVI. Bezirke, Seitenberggasse“. Antrag der Budget-Commission und des Stadt-

rathes, 3000 fl. (Rufe: Das ist schon fertig, das ist eine Restzahlung!) Ich ersuche die Herren, welche mit dieser Post einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) **Angenommen**.

Bei Post 38 ist kein Antrag.

Nun kommt die Post 39 „Auffsetzung eines Stockwerkes auf das Schulgebäude in der Neumayer- und Kirchstetterngasse in Neulerchenfeld“. Vom Stadtrathe sind 63.000 fl. beantragt. Ich ersuche die Herren, welche damit einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) **Minorität**. — **Abgelehnt**. (Referent des Stadtrathes: Das ist zurückgezogen!) Ich glaube nicht, daß ein Referent den Antrag zurückziehen kann!

Nun kommt die zweite Post „Bau einer Doppel-Volks- und Bürgerschule am Yppenplatz“. Hier liegt der Antrag **Mazenaue** vor, welcher lautet: „Für den Bau einer Doppel-Volks- und Bürgerschule werden 60.000 fl. gewidmet. Bezüglich der Wahl des Bauplatzes hat der Stadtrath eine neue Vorlage zu erstatten.“

Weiters liegt der Antrag **Marešch** vor:

„1. Es sei von dem Bau einer Doppel-Volks- und Bürgerschule am Yppenplatz im XVI. Bezirke abzusehen und hiefür in der Nähe ein anderer geeigneter Platz ausfindig zu machen.

2. Der Yppenplatz soll für den Großmarkt, welcher weder auf der Thalia- noch auf der Koppstraße einen Verbleib haben kann, reserviert bleiben.“

Ich bringe die Anträge **Mazenaue** und **Marešch** bezüglich der Zuweisung unter einem zur Abstimmung.

Gem.-Rath Dr. Vogler (zur Abstimmung): Der Antrag **Mazenaue** ist nicht dem Stadtrathe zuzuweisen, sondern über denselben sofort abzustimmen; der andere Antrag kann zugewiesen werden.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Der erste Theil des Antrages **Mazenaue** lautet:

„Für den Bau einer Doppel-Volks- und Bürgerschule werden 60.000 fl. gewidmet.“

Ich ersuche die Herren, welche zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) **Angenommen**.

Weiters: „Bezüglich der Wahl des Bauplatzes hat der Stadtrath eine neue Vorlage zu erstatten.“

Ich ersuche die Herren, welche damit einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) **Angenommen**.

Nun ersuche ich die Herren, welche den Antrag **Marešch** dem Stadtrathe zuweisen wollen, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) Derselbe ist dem Stadtrathe zugewiesen.

Nun kommt Post 40 „Bau einer Volks- und Bürgerschule in der Dornbacherstraße an der Grenze des XVI. und XVII. Bezirkes“.

Antrag des Stadtrathes 15.000 fl., aufgenommen vom Herrn Gem.-Rathe **Gräf**.

Ich bitte jene Herren, welche diesem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) **Angenommen**.

Referent des Stadtrathes (liest):

XVII. Bezirk.

Bau einer neuen Doppel-Volkschule in der Schmerlinggasse in Hernals, XVII. Bezirk 35.000 fl.

Auffsetzung eines Stockwerkes auf das Schulhaus in der Kirchengasse 37 in Hernals, XVII. Bezirk . 18.000 fl.

Herstellung eines zweiten Turnsaales in der Schule auf dem Petersplatze in Hernals, XVII. Bezirk . 2.000 fl.

Erweiterung des Turnsaales für die Schule in Hernald, Schulgasse 1, XVII. Bezirk	2.500 fl.
Erwerbung eines Platzes in der Gegend der Helbling- gasse oder Stifftgasse im XVII. Bezirke zum Baue einer Mädchen-Volks- und Bürgerschule	30.000 fl.

Referent der Budget-Commission: Meine Herren! Nur zu dem letzten Antrage stellt die Commission einen Abänderungs-Antrag, dahin gehend, es möge der Betrag von 15.000 fl. eingestellt werden, weil die Budget-Commission der Meinung war, daß ein Bauplatz um 30.000 fl. denn wohl ein bißchen zu theuer sein wird, und wurde namentlich die Blumen- und Josefigasse ins Auge gefaßt, weil in der Stifftgasse nur mehr ein einziger Platz zu verkaufen ist, welcher ja doch weit höher zu stehen käme. Aus diesen Gründen hat die Budget-Commission zur Erwerbung eines Bauplatzes in dieser Gegend 15.000 fl. eingefetzt.

Gem.-Rath Dr. Vogler: Ich möchte die Herren bitten, bezüglich der letzten Post 45 den Antrag des Stadtrathes anzunehmen, für 15.000 fl. ist in dieser Gegend ein entsprechender Bauplatz nicht zu haben.

Gem.-Rath Signer: In dem Präliminare für den XVII. Bezirk heißt es, zur Erwerbung eines Platzes in der Gegend der Helblinggasse oder Stifftgasse zum Baue einer Mädchen-Volks- und Bürgerschule wurden vom Magistrate und Stadtrathe 30.000 fl. und von der Budget-Commission 15.000 fl. eingefstellt In dieser Gegend ist aber um 15.000 oder 30.000 fl. kein Platz zu erwerben. Das kann ich bestätigen und, ich glaube, meine Collegen ebenfalls. Ich glaube auch, daß Sie dort einen Platz nicht unter 50- bis 60.000 fl. bekommen werden.

Diese Schule hätte schon um fünf Jahre früher dort erbaut werden sollen, jetzt sind aber die Plätze schon alle verkauft, und es ist nur mehr ein solcher Platz vorhanden. Um 15.000 fl. bekommen Sie aber heute selbst in der Josefigasse und Blumengasse keinen Platz, und dort wäre die Schule auch nicht zweckmäßig, weil sie einen Platz nur direct an der Grenze von Währing bekommen. Sie müssen aber den Platz dort wählen, wo noch keine Schule ist und viele Kinder sind, und diese sind dort vorhanden von der Ottakringerstraße zwischen der Hernalser Hauptstraße, Bergsteiggasse und Beronikagasse. Dort ist die Schule nothwendig.

Mithin erlaube ich mir zu beantragen, den Antrag des Magistrates und Stadtrathes mit 30.000 fl. anzunehmen, und ich würde ferner beantragen, statt 30.000 fl., 60.000 fl. einzustellen, denn wenn man den Betrag auch nicht für den Platz braucht, so könnte doch gleich die erste Baurate daraus bestritten werden, so daß der Bau noch heuer begonnen werden kann. Wir haben aber heute noch gar keinen Platz und wenn wir nur 30.000 fl. einstellen, wird der Bau im Jahre 1894 nicht einmal angefangen werden. In Hernald sind heute noch — ich kann das nicht genau sagen — zwei oder vier Spätclassen, ich glaube sogar vier Spätclassen, und wenn das so fortgeht und man den Herbst herandrücken läßt, wo die Schulen wieder beginnen, werden noch mehr Spätclassen dazukommen, weil sich die Kinder noch vermehren werden. Wir sind dort gesegnet mit Kindern (Heiterkeit), es ist guter Wein dort und gute Frankfurter, frische Luft, die Kinder gedeihen dort; es muß also etwas geschehen und ich erlaube mir daher den Antrag, statt 30.000 fl., 60.000 fl. einzustellen.

Gem.-Rath Kaufher: Meine Herren! Nach meinen früheren Ausführungen habe ich gewiß nicht nothwendig, gegen den uns unter Nr. 42 vorgelegten Antrag des Stadtrathes und der Budget-

Commission, welcher die Aufsetzung eines dritten Stockwerkes auf das Schulhaus in der Kirchengasse Nr. 37 in Hernald beinhaltet, neuerdings Stellung zu nehmen, und es wird genügen, auf meine Auseinandersetzungen bei dem XVI. Bezirke zu verweisen. Gestatten Sie mir aber, auf einzelne Ausführungen zu reflectieren, welche früher gegen mich geschleudert wurden, und zwar hat es zunächst Herrn Gem.-Rath Dr. Vogler beliebt, mir entgegenzuhalten, daß es in Wien, einer Großstadt, überhaupt nicht möglich sei, niedrigere als drei Stock hohe Schulhäuser zu bauen.

Dem gegenüber verweise ich auf die uns eben gewordenen Auskünfte seitens des Herrn Dr. Lueger, daß in Paris drei Stock hohe Schulgebäude absolut nicht existieren. Paris ist doch jedenfalls eine größere Großstadt als Wien. Herr College Frau enberger hat gesagt, daß ich über das Ziel hinausgeschossen habe, und meint, daß ich mit meiner Anschauung allein stünde. Dem gegenüber erlaube ich mir, ganz offen zu erklären, daß ich ein entschiedener Gegner jeder Stockwerks-Aufsetzung auf Schulgebäude bin, und füge gleichzeitig hinzu, daß ich mit dieser Erklärung der Überzeugung Ausdruck gebe, daß sämtliche Berufscollegen in dieser Beziehung an meiner Seite stehen. Interessant ist es, daß er mich in dieser Beziehung bekämpft, weil ich drei Stockwerke nicht haben will. Er selbst aber gesteht am Schlusse seiner Erwiderung, daß zwei Stockwerke besser sind als drei Stockwerke.

Herr Dr. Friedjung hat mir vorgehalten, daß ich gemeint hätte, für die Vororte geschehe zu wenig. Das habe ich absolut nicht gesagt.

Die Aussage des Herrn Dr. Friedjung ist einer Widerlegung auch in folgender Richtung bedürftig. Er rechnet mir vor, daß im vorigen Budget 200.000 fl. für die inneren Bezirke und 800.000 fl. für die äußeren Bezirke ausgegeben worden waren. Das mag richtig sein, aber daraus kann man gegen mich absolut kein Capital schlagen; denn die inneren Bezirke sind bereits abgeschlossene Bezirke, da kann die Bevölkerung keinesfalls in hohem Grade zuwachsen; die äußeren Bezirke sind offene, die Bevölkerung wächst zu, es müssen daher neue Schulen gebaut werden.

Übrigens darf man nicht immer damit kommen, daß die Vororte zu viel kosten. Ich verweise darauf, daß bei der Einverleibung der Vororte mit Wien die Cassageschäfte der autonomen Gemeinden sistiert worden sind. Man hat ihnen nicht erlaubt, frei über das Geld zu verfügen, und deshalb waren die einzelnen Schulen, die hätten errichtet werden sollen, im Rückstande geblieben. Das ist der Grund.

Wenn der Stadtraths-Referent Boschan das Hinaufsteigen ins dritte Stockwerk mit dem Turnen vergleicht, habe ich nichts dagegen einzuwenden.

Nun komme ich auf den XVII. Bezirk näher zu sprechen. Es ist mir recht wohl bekannt, daß die Aufsetzung des dritten Stockwerkes bei Post Nr. 42 von meinem Collegen Signer seinerzeit — ich glaube, es war am 18. April 1893 — beantragt worden ist. Mein Freund Signer wird mir wohl verzeihen, daß ich seinen Geschmack in dieser Beziehung nicht theilen kann und infolge conträrer Anschauung Einsprache gegen seinen Antrag erheben muß.

Ich habe die Nummer 32 des Amtsblattes aus dem Vorjahre vor mir, in welchem der volle Wortlaut des Antrages Signer enthalten ist, und es sei mir gestattet, wenige Punkte aus demselben herausstechen zu dürfen. Er sagt unter anderem, durch den Ausbau der Front in der Kirchengasse würden nun, da die beiden

Stiegenhäuser bereits vorhanden sind, auf eine einfache, billige und zweckmäßige Art neue Lehrzimmer gewonnen werden.

Nun, meine Herren, die Einfachheit, womit dem Mangel an Schulhäusern für Hernals abgeholfen werden soll, ist in der That rührend; über die Zweckmäßigkeit dieser Art der Abhilfe kann ich nach meinen früheren Ausführungen mit dem Antragsteller nicht rechten; in Betreff der Billigkeit ist es den Herren freigestellt, ihr Urtheil abzugeben, da um den Betrag von 18.000 fl. vier neue Lehrzimmer gewonnen werden sollen, sage: vier neue Lehrzimmer. Übrigens habe ich von anderer fachlicher Seite gehört, daß nur drei Lehrzimmer erhältlich sind, die nach dem Antrage Eigner nur einen Fassungsraum von 240 bis 280 Schüler besitzen sollen. Es ist klar, daß der Preis von 18.000 fl. für drei, im besten Falle für vier neue Lehrzimmer ein entschieden zu hoher ist; auf diese Idee des Herrn Collegen Eigner eingehen, hieße das Geld der Steuerträger zum Fenster hinauswerfen.

Schließlich behauptete er: „das äußere Ansehen dieses Schulgebäudes würde daher nur gewinnen, da sämtliche anreihende und gegenüber befindliche Gebäude gleichfalls drei Stockwerke enthalten“, eine ästhetische Extravaganz, welche Dr. Lueger gewiß mit der Censur „linealmensch“ saldieren würde.

Ich erlaube mir nun auf die Post 41 zurückzugreifen, „Bau einer Doppel-Volksschule in der Schmerlinggasse in Hernals“, wofür ein Betrag von 35.000 fl. eingesetzt erscheint. Diese Post ist mir ebenso wie eine spätere Post im XVIII. Bezirke mit 25.000 fl. ohne einen nachträglichen Commentar unverständlich, da beide Schulgebäude bereits vollendet dastehen und functionieren. (Rufe rechts: Das ist eine Nachtragszahlung!) Da muß ich mir die Frage gestatten, wie kommen diese Ansätze in das heurige Präliminare? Ist die Commune einen Theil der Baukosten schuldig geblieben? (Widerspruch und Zwischenrufe rechts.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte, den Herrn Redner nicht zu unterbrechen.

Gem.-Rath Kauscher (fortfahrend): Ich muß wirklich staunen, wenn die Commune Schulden gemacht haben sollte, nachdem ja, wie bekannt, aus dem letzten Jahresabschlusse der Betrag von 600.000 fl., der für Schulbauzwecke präliminirt war, nicht ganz aufgebraucht wurde und also gar nicht überschritten werden konnte. Die neue Schule in der Schmerlinggasse, für welche eine Nachtragszahlung von 35.000 fl. eingesetzt erscheint, ist aber heute bereits ziemlich gefüllt. So viel ich weiß, bestehen in Hernals gegenwärtig vier Spätclassen und zwei Wanderclassen, so daß also für das nächste Schuljahr unbedingt vorgesorgt werden muß. Es ist also ein Mangel an Schulhäusern vorhanden und diesem Übelstande sucht der Bezirksausschuß dadurch abzuwehren, daß er den Bau einer neuen Doppel-Volksschule für Knaben und Mädchen in der Helbling- und Stiftgasse in Antrag bringt. Dafür sind inclusive des Grundankaufes 21.000 fl. in Anschlag gebracht. Zu meiner Verwunderung besteht die Budget-Commission auf 15.000 fl. für die Grunderwerbung. Was mit den überzähligen Kindern in Hernals im nächsten Jahre geschieht, das sagt sie nicht. Meiner Ansicht nach ist es daher einfacher, billiger und zweckmäßiger, wenn man die 18.000 fl. unter Post 42 zur Post 45 dazuschlägt, um damit die Erbauung einer neuen Schule in der Helblinggasse oder Stiftgasse auf das kräftigste zu fördern. Ich erlaube mir daher den Antrag zu stellen:

Die sub Post Nr. 42 eingestellten 18.000 fl. sind zum Antrage Post Nr. 45 hinzuzufügen, der somit auf 33.000 fl., be-

ziehungsweise 45.000 fl. vergrößerte Betrag unter Nr. 45 ist auf 60.000 fl. zu erhöhen und als erste Baurate zur Erbauung einer Schule in der Gegend der Helblinggasse oder Stiftgasse noch im heurigen Jahre der Verwendung zuzuführen.

Gem.-Rath Purscht: Ich begrüße es mit Freude, daß von jener (rechten) Seite der Antrag gestellt worden ist, daß die 30.000 fl. für den Platz in der Stiftgasse verwendet werden sollen und von der Ansicht der Budget-Commission Umgang genommen wird. Denn, wie Collega Eigner erwähnt hat, ist selbst um 30.000 fl. dort kein Platz zu kaufen; es ist also wohl richtiger, wenn man wenigstens 30.000 fl. dafür bestimmt. Ich bitte also, diesen Antrag anzunehmen.

Bezirksvorsteher Helbling: Hochverehrte Herren! Erlauben Sie, daß ich als Vorsteher des Bezirkes und Ortschulrath in Betreff dieser Schule das Wort ergreife. Der vorgeschlagene Platz in der Stiftgasse ist vielleicht einer der besten, die man sich denken kann. Wir haben überall Umschau gehalten, und es ist richtig, daß die Plätze nahezu verschwinden. Dieser Platz gehört dem Stadtbaumeister Gschwandner. Der eine Theil des Platzes war sein Privatgarten und ist mit schönen alten Bäumen bepflanzt; der zweite ist der Materialplatz. Diese beiden Plätze haben ein Ausmaß von circa 2600 m². Es kann also da eine schöne große Doppelschule erbaut werden und rückwärts bleibt noch ein ganz schöner grüner Fleck mit schönen Bäumen. Diese Schule, die dort erbaut werden soll, ist nicht allein für den XVII. Bezirk, sondern schafft auch eine Abhilfe für den XVI. Bezirk, denn die Stiftgasse liegt zwischen der Hernals Hauptstraße und der Ottakringerstraße. Der Yppenplatz, wo eine Schule erbaut werden soll, liegt keine fünf Minuten weg. Wenn die Schule in diesem Ausmaße erbaut wird, ist für den XVI. und XVII. Bezirk Abhilfe geschaffen, denn die Kinder, die vom Yppenplatz sind, können dann durch eine ganz ruhige Gasse, die Helblinggasse, in die Stiftgasse in einem Zeitraume von fünf Minuten gelangen. Ich möchte bitten, daß dieser Platz angenommen wird. Herr Baumeister Gschwandner ist uns im Worte geblieben; der Preis, den er verlangt, ist nicht zu hoch gegriffen, wenn man die Quadratlast mit 67 fl. in Anrechnung bringt. Es ist kein Platz heute mehr dort zu haben, und wenn wir diesen Platz heute nicht bekommen, weiß ich nicht, wo wir uns hinwenden sollen. Ich bitte zu berücksichtigen, daß von der ehemaligen Hernalslinie bis auf den Petersplatz keine Schule besteht.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (unterbrechend): Ich bitte, Herr Bezirksvorsteher, es ist nicht angezeigt, auf die Sache näher einzugehen, nachdem es sich bloß um eine Budgetpost und um die Einstellung eines Betrages handelt. (Rufe links: Er muß sie begründen!)

Bezirksvorsteher Helbling (fortfahrend): Ich habe mir die Begründung erlaubt. Ich möchte bitten, dem Antrage des Stadtrathes zuzustimmen, daß mindestens ein Betrag von 30.000 fl. angenommen wird, damit wir den Platz erwerben können. Der Restbetrag wird ja ohnedies das nächste Jahr gutgeschrieben werden müssen.

Gem.-Rath Eigner: Ich habe nur noch einige Worte zu dem hinzuzufügen, was mein geehrter Herr Borredner Kauscher gesagt hat bezüglich der Stockwerks-Aufsetzung in Hernals, Kirchengasse Nr. 37, die ich beantragt habe. Alle neuen Schulen — wenn sie auch in der äußersten Peripherie gebaut werden — werden bereits alle dreistöckig gebaut. (Gem.-Rath Kauscher: Nicht wahr!) Es

wäre auch unklug, wenn sie nur zwei Stock hoch gebaut würden, weil auch alle anderen Häuser drei und vier Stock hoch gebaut werden und in den Wohnhäusern die Kinder ebenfalls im dritten und vierten Stock wohnen müssen (Gem.-Rath Kaujcher: Ist das ein Grund?), und immer jede Stockwerks-Aufsetzung mehr Kosten verursacht, als wenn man eine neue Schule gleich drei Stock hoch baut. Ich will Ihnen sagen, warum ich diesen Antrag gestellt habe. Diese Schule hätte gleich in der Kirchengasse bei ihrer Erbauung mit dem dritten Stockwerke ausgebaut werden sollen; das ist leider nicht geschehen, und wenn man sie ansieht, so muß man sagen, der hier gebaut hat, hat auch einen Fehler gemacht. Diese Schule ist ein Eckbau; sie steht an der Ecke der Kirchen- und Rößergasse. In der Rößergasse sind drei Fenster Gassenfront, in der Kirchengasse ist die Schule drei Stock hoch; in der Kirchengasse sind zwölf Fenster Gassenfront nur zwei Stock hoch gebaut, und der Seitentract, der in der Kirchengasse an das Rathhaus des XVII. Bezirkes anschließt, ist sammt drei Fenster Gassenfront in der Kirchengasse detto drei Stock hoch, und auch die beiden Stiegen sind drei Stock hoch aufgeführt. Der mittlere Theil in der Kirchengasse, der am schönsten gelegen ist, ist nur zwei Stock hoch. Ich weiß nicht, wie man einen solchen Bau hat veranlassen können.

Es wäre also unklug, wenn man das Dach nicht herunternehmen würde und nicht den dritten Stock aufsetzen würde; dann gewinnen sie gleich vier Lehrzimmer. Von dem Betrage von 18.000 fl., der hier eingestellt ist, dürfen Sie nicht erschrecken. Sie wissen ja ganz gut — und ich habe es schon oft erwähnt — daß dieser Voranschlag mit 18.000 fl. aus dem communalen alten Preistarif ist — der aus dem Jahre 1873 datiert und entnommen ist, wo die Ziegel 40 fl. gekostet haben und alles viel theurer gewesen ist. Sie werden ja auch noch die Percentnachlässe sehen.

Nun muß ich noch etwas erwähnen. Hier steht in Post 43: Herstellung eines zweiten Turnsaales in der Schule auf dem Petersplatz. Dort werden zwei Lehrzimmer umgeändert und wird ein Turnsaal gemacht. Wo wollen Sie die Kinder aus diesen zwei Lehrzimmern hingeben? Wollen Sie sie in eine Spätschule einschulen?

Weiters finden Sie Post 44: Erweiterung des Turnsaales für die Schule in Hernals, Schulgasse Nr. 1. Hier werden wieder zwei Lehrzimmer in einen Turnsaal umgeändert. Wo wollen Sie da die Kinder hingeben?

In der nächsten Nähe, 10, 15, 30 Schritt weit, ist die Schule in der Kirchengasse, welche nur zwei Stockwerke hat; da setzt man einen Stock darauf und erhält vier Lehrzimmer, in denen die Kinder sofort untergebracht werden können.

Ich trete auch dafür ein, daß eine neue Schule gebaut werde, aber für den Augenblick, um die ausgeschulten Kinder unterzubringen, soll das Stockwerk aufgesetzt werden. Zwei Theile dieser Schule haben schon drei Stockwerke, nur der mittlere Theil hat zwei Stockwerke. Jeder Private sucht seine Realität auszubauen und auch wir sollen es thun. Sie können mit gutem Gewissen zustimmen; ich verlange nichts Ungerechtes.

Auch würde ich bitten, den Ankauf des Platzes sobald als möglich zu beschließen. Wenn man nach meinem Antrage statt 30.000 fl. 60.000 fl. bewilligt, hätte man Geld für den Platz und auch einen kleinen Theil für die erste Baurate und könnte mit dem Baue beginnen.

Ich glaube, Sie sollten meinen Antrag annehmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Debatte ist geschlossen.

Referent des Stadtrathes (zum Schlussworte): Es ist hier wieder die Stockwerks-Aufsetzung bekämpft worden. Dem gegenüber ist zu bemerken, daß die Gemeinde Wien es nicht bestreiten kann, so kleine Schulen zu haben, weil jede Schule einen Schulkörper für sich bildet, einen Oberlehrer braucht, und die ganze Ökonomie der Schule ziemlich kostspielig ist.

Der weitere Antrag, für die Erwerbung des Schulbauplatzes 30.000 fl. einzustellen, ist nicht bekämpft worden, es wurde im Gegentheile eine noch höhere Summe beantragt. Ich möchte bitten, den Antrag des Stadtrathes, 30.000 fl. einzustellen, anzunehmen. Sollte es nothwendig sein, für einen solchen Platz etwas mehr auszugeben, so haben wir in unserem Reservefonde, beziehungsweise in dem Virement für diesen Platz hinreichende Deckung.

Was die Bemängelung der Restzahlungen betrifft, möchte ich dem betreffenden Herrn Redner bemerken, daß wir ja nicht ein Object im Budget haben, sondern daß alljährlich derjenige Betrag eingesetzt wird, welcher voraussichtlich in dem Jahre gebraucht wird. Nachdem nun regelmäßig ein 10procentiger Nachlaß von der Verdienstsumme übrig bleibt, muß der Betrag auf das nächste Budget übertragen werden. Daher finden die Herren in so vielen Posten kleine Beträge, welche lediglich Restzahlungen für bereits vollendete Bauten sind.

Referent der Budget-Commission (zum Schlussworte): Ich habe nur zu Post 45 eine kurze Bemerkung zu machen, in welcher Post die Budget-Commission 15.000 fl. eingestellt hat. Es wurde der Budget-Commission mitgetheilt, daß ein einziger Platz in der Helbling-, respective Stifzgasse zu haben sei, und es wurde der Preis genannt. Derselbe hat der Budget-Commission sehr hoch geschienen. Sie ist daher von diesem Platze abgegangen und hat beantragt, einen billigeren Platz in der Nähe zu suchen. Es wurde auch die Straße genannt, an welche jedoch der Gemeinderath nicht gebunden ist. Das ist der Grund, warum der niedrige Betrag eingestellt wurde. Es geschah dies nur mit Rücksicht auf die enorm hohe Forderung, welche dort gestellt wird. Ich bitte um die Annahme der Anträge der Budget-Commission.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wir schreiten zur Abstimmung. Es liegen folgende Anträge vor:

Bei Post 45 beantragt Gem.-Rath Eigner, für die Erwerbung eines Platzes in der angegebenen Gegend statt 30.000 fl. 60.000 fl. einzustellen.

Der Antrag des Gem.-Rathes Kaujcher lautet (liest): „Die sub Post Nr. 42 eingesetzten 18.000 fl. sind zum Antrage Post Nr. 45 hinzuzufügen. Der somit auf 33.000 fl., beziehungsweise auf 48.000 fl. vergrößerte Betrag unter Nr. 45 ist auf 60.000 fl. zu erhöhen und als erste Baurate zur Erbauung einer Schule in der Gegend der Helbling- oder Stifzgasse noch im heurigen Jahre der Verwendung zuzuführen.“

Ich bringe vorerst zur Abstimmung Post 41 „Bau einer neuen Doppel-Volksschule in der Schmerlinggasse in Hernals, XVII. Bezirk, 35.000 fl.“, Post 43 „Herstellung eines zweiten Turnsaales in der Schule auf dem Petersplatz in Hernals, XVII. Bezirk, 2000 fl.“ und Post 44 „Erweiterung des Turnsaales für die Schule in Hernals, Schulgasse Nr. 1, XVII. Bezirk, 2500 fl.“

Diese Posten wurden nicht angefochten und ich erkläre die drei Beträge per 35.000 fl., 2000 fl. und 2500 fl. für genehmigt.

Ich bringe nun zur Abstimmung Post 42. Für diese Post „Aufsetzung eines Stockwerkes auf das Schulhaus in der Kirchen-

gasse Nr. 37 in Hernals, XVII. Bezirk, werden übereinstimmend 18.000 fl. beantragt.

Ich ersuche jene Herren, welche diesen Betrag widmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) *Angenommen.*

Nun kommt Post 45 zur Erledigung, und zwar zunächst der Gegen-Antrag *Eigner*, anstatt 30.000 fl., respective 15.000 fl. den Betrag von 60.000 fl. zu bestimmen. Ich bitte die Herren, welche dem Antrage *Eigner*, 60.000 fl. für die Erwerbung des Platzes zu widmen, zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) *Abgelehnt.*

Nun kommt der Antrag *Kauscher* zur Abstimmung, welcher von der Erwerbung eines Bauplatzes absieht und für den Bau 60.000 fl. widmen will. Ich bitte die Herren, welche hiemit einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) *Abgelehnt.*

Nun kommt der Antrag des Stadtrathes auf Bewilligung von 30.000 fl. zur Abstimmung. Jene Herren, welche hiemit einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschicht.) *Angenommen.*

Bechluss:

X. Bezirk.

Herstellung eines Turnsaales in der im Sehr'schen Stiftungshause X. Bezirk, Quellengasse Nr. 31, eingemieteten Volksschule 500 fl.
Zubau zur Werkmeisterschule im X. Bezirke 15.000 fl.
Bau einer Doppel-Volksschule nächst der Triererstraße im X. Bezirke 90.000 fl.

XI. Bezirk.

Ausbau, respective Zubau, in der Volks- und Bürgerschule für Knaben und Mädchen am Marktplate in Simmering 15.000 fl.
Bau einer neuen Volksschule in Kaiser-Ebersdorf 65.000 fl.

XII. Bezirk.

Erweiterung des Schulgebäudes in Hegendorf 3.500 fl.
Zubau zur Schule in Gaudenzdorf, Schönbrunner Hauptstraße Nr. 39 und 41 2.000 fl.
Bau einer Doppel-Volks- und Bürgerschule an der Grenze von Altmannsdorf und Hegendorf 10.000 fl.

XIII. Bezirk.

Bau einer Doppel-Volks- und Bürgerschule in Unter-St. Veit 70.000 fl.
Bau eines Schulgebäudes in Hütteldorf 60.000 fl.
Ausbau des Schulhauses in Ober-St. Veit 27.000 fl.
Erbauung einer Doppel-Bürgerschule an der Grenze der ehemaligen Gemeinden Penzing und Breitensee 53.000 fl.
Bau einer Volksschule in der Gegend der Rochusgasse in Penzing 15.000 fl.
Bau einer Doppel-Volksschule im Centrum der ehemaligen Ortschaften Lainz und Speisung 10.000 fl.

XIV. Bezirk.

Bau einer Doppel-Bürgerschule auf der Area des ehemaligen Sechshauer Bezirksospitales . 110.000 fl.
Vergrößerung des Schulgebäudes in der Selzergasse (Kröllgasse) in Rudolfsheim 27.000 fl.

XV. Bezirk.

Bau einer neuen Schule in der Zinkgasse in Fünshaus 55.000 fl.

XVI. Bezirk.

Bau einer Doppel-Volksschule in der Panikengasse in Ottakring 10.000 fl.
Aufsetzung eines dritten Stockwerkes auf das Schulgebäude in der Seitenberggasse Nr. 10 3.000 fl.
Bau eines zweiten Turnsaales für die Doppelschule in der Seitenberggasse (Milchplatz) 4.500 fl.
Erbauung zweier Turnsäle für die Schule in Ottakring, Hauptstraße Nr. 158 und Wagnergasse Nr. 27 1.700 fl.
Bau einer Doppel-Volksschule nächst dem Stillsriedplate in Ottakring (Forenz Mandlgasse) 60.000 fl.
Bau einer Doppel-Volks- und Bürgerschule (bezüglich der Wahl des Bauplatzes hat der Stadtrath eine neue Vorlage zu erstatten) 60.000 fl.
Bau einer Volks- und Bürgerschule in der Dornbacherstraße an der Grenze des XVI. und XVII. Bezirkes 15.000 fl.

XVII. Bezirk.

Bau einer neuen Doppel-Volksschule in der Schmerlinggasse in Hernals 35.000 fl.
Aufsetzung eines Stockwerkes auf das Schulhaus in der Kirchengasse Nr. 37 in Hernals 18.000 fl.
Herstellung eines zweiten Turnsaales in der Schule auf dem Petersplate in Hernals 2.000 fl.
Erweiterung der Turnsaales für die Schule in Hernals, Schulgasse Nr. 1 2.500 fl.
Erwerbung eines Platzes in der Gegend der Helblinggasse oder Stifzgasse zum Baue einer Mädchen-Volks- und Bürgerschule 30.000 fl.

Referent des Stadtrathes (liest):

XVIII. Bezirk.

Bau einer neuen Volks- und Bürgerschule für Mädchen in der Anastasius Grüngasse in Währing 25.000 fl.
Aufsetzung eines Stockwerkes auf das Schulgebäude in Weinhaus, Köhlergasse Nr. 1 2.700 fl.
Erbauung eines zweiten Turnsaales für die Schule in der Schulgasse Nr. 19 in Währing 8.000 fl.
Herstellung eines Turnsaales für die Schule in Gersthof 7.000 fl.
Bau einer Volks- und Bürgerschule für Knaben in der Gegend der ehemaligen Zwangsarbeitsanstalt in Weinhaus 20.000 fl.
Diese letzte Post von 20.000 fl. ist von Seite der Budget-Commission gestrichen worden, welchen Abstrich mein Colleague motivieren wird.

Referent der Budget-Commission: Der Abstrich dieser Position ist dadurch begründet, dass die Verhandlungen, die in dieser Richtung mit dem Landesauschusse gepflogen worden sind, noch so im Embryo sind — möchte ich sagen — dass gar nicht darauf zu rechnen ist, dass ein Abschluss derselben heuer stattfinden

wird. Die neuesten Berichte, die ich darüber habe, bestätigen die Anschauung, welche die Budget-Commission veranlaßt hat, hiefür keinen Betrag einzustellen. Nachdem es doch nicht unsere Absicht ist, unnöthige Positionen einzustellen, von denen wir im vorhinein wissen, daß sie in dem Jahre nicht zur Verwendung kommen, beantrage ich namens der Budget-Commission die NichtEinstellung dieses Betrages.

Gem.-Rath Wünsch: Wenn ich mir erlaube, über die Verhältnisse des Schulbezirkes des XVIII. Bezirkes einiges zu sprechen, so muß ich zunächst den Ausführungen des Herrn Gem.-Rathes Dr. Friedjung bezüglich der Spätclassen entgegentreten. Allerdings bemerke ich, daß seine Daten wahrscheinlich älterer Herkunft sind als die meinigen, aber ich kann nur constatieren, daß wir heute in Währing bereits zwei Spätclassen zu verzeichnen haben. (Rufe links: Hört!) Ich muß ferner hervorheben, daß die erfahrungsmäßige Vermehrung der schulpflichtigen Kinder für das nächste Schuljahr ganz gewiß eine weitere Erweiterung der Spätclassen in den Volksschulen um mindestens zwei Classen erwarten läßt. Nachdem ferner von Seite der Volksschulen in Folge der ungeheuren Überfüllung eine gewisse Tendenz vorherrscht, so rasch wie möglich die Schüler an die Bürgerschulen abzugeben, läßt sich mit Sicherheit voraussehen, daß auch in den Bürgerschulen im künftigen Schuljahre wenigstens zwei Spätclassen werden errichtet werden müssen.

Hier haben Sie schon sechs Spätclassen, welche wir am Beginne des nächsten Schuljahres zu erwarten haben. Ferner muß ich constatieren, daß in der Mädchen-Bürgerschule in der Josefigasse zwei sonst an Bürgerschulen unerläßliche Räume, nämlich der Raum für den Industrieunterricht und der Raum für physikalischen Unterricht, abgehen, weil diese Räume für die Schulzwecke des normalen Unterrichtes verwendet werden mußten. Es sind das wieder zwei Schulzimmer, welche uns fehlen.

Nun, Sie werden aus diesen Darstellungen schon entnehmen, daß, trotzdem die Gemeinde große Opfer, die ich anerkenne, gebracht hat, um der ungeheuren Überfüllung der Schulen in Währing zu steuern, auch heute noch das Bedürfnis nach einer Erweiterung der Schulen vorliegt. Es steht das eben im engsten Zusammenhange mit der baulichen Entwicklung der Vororte selbst; Sie wissen ja, daß die Bauhätigkeit in Währing sehr rege ist und auch im heurigen Sommer haben wir eine große Bauhätigkeit zu erwarten.

Ich kann als Mitglied und Obmann der Budget-Commission nicht dem Antrage der Budget-Commission bezüglich Erwerbung eines Bauplatzes entgegentreten; ich möchte mir aber erlauben, einen Antrag zu stellen, welcher wenigstens für das künftige Schuljahr und auch für die nächsten Jahre ein Provisorium schafft, das eine Erleichterung bezüglich der Überfüllung gewährt. Ich glaube, es wäre hier das Augenmerk auf provisorische mietweise Erwerbung von Localitäten für Schulzwecke zu richten. Wir haben in Währing das sogenannte Feuerwehrhaus, welches schon einmal für Schulzwecke verwendet wurde. Bei Errichtung der Realschule waren dort vier Lehrzimmer untergebracht, und ohne wesentliche Kosten ließen sich in diesem der Gemeinde gehörigen Hause vier Schulzimmer einrichten. Weitere Localitäten würden vielleicht für das nächste Jahr leicht zu bekommen sein. Ein diesbezügliches Ansuchen seitens der Lehrerschaft an den Ortschulrath liegt bereits vor. Ich erlaube mir, dasselbe wärmstens zu unterstützen und stelle nun, um kurz zu sein, den Antrag: „Der Magistrat werde beauftragt, Erhebungen

zu pflegen, ob dem herrschenden Mangel an Schullocalitäten im XVIII. Bezirke nicht durch Abschließung geeigneter Mietverträge provisorisch abzuhelfen sei“.

Gem.-Rath Josef Müller: Es hat der Stadtrath in Würdigung der Nothwendigkeit für die Erwerbung eines Schulbauplatzes 20.000 fl. eingestellt. Die Budget-Commission hat das gestrichen, weil sie der Meinung war, daß die Zwangs-Arbeitsanstalt nicht parcelliert werde, daher ein Platz nicht reserviert sei, und zweitens, weil, wie gesagt wurde, Spätclassen in Währing noch nicht errichtet seien.

Nun, dieses zweite Moment ist schon widerlegt worden. Es sind bereits zwei Spätclassen in Währing vorhanden.

Es handelt sich auch nicht darum, daß eine Schule auf der Realität der Zwangs-Arbeitsanstalt erbaut werde, sondern nur in der Gegend derselben. Dort sind gewiß noch sehr viele Plätze vorhanden, wo eine solche Schule erbaut werden kann. Gerade in dieser Gegend, welche an den Grenzen von Weinhaus, Gerthof, Währing und Hernals liegt, wird in der nächsten Zeit eine große Parcellierung vor sich gehen und eine starke Verbauung stattfinden, und es ist daher unbedingt nothwendig, heuer schon Vorkehrung zu treffen, daß ein Bauplatz dort gekauft wird. Wenn Sie das heuer nicht machen, verzögern Sie die ganze Sache bis zum Jahre 1896 und Sie kommen dann absolut nicht auf, und würden die Gemeinde bezüglich des Schulbesuches in eine Zwangslage bringen.

Ich würde Sie daher ersuchen, den vom Stadtrathe eingezetzten Betrag von 20.000 fl. für Ankauf eines Platzes in der Gegend der ehemaligen Zwangs-Arbeitsanstalt anzunehmen.

Gem.-Rath Klausner: Ich erlaube mir, Ihre Aufmerksamkeit ebenfalls auf einige wenige Punkte zu lenken, welche mit dem Schulbauten-Präliminare auf das engste verknüpft sind, obwohl sie in unserer Vorlage nicht erscheinen. Zunächst will ich von der Mädchenschule in der Josefigasse sprechen. In diesem Gebäude war ehemals die Währinger Realschule untergebracht und als diese Mittelschule später ein eigenes palastähnliches Gebäude erhielt, pflanzte man die Bürgerschule dort hinein und wies ihr jene Räumlichkeiten zu, die ihr als Bürgerschule gebühren.

Als dann im Laufe der Jahre der Andrang der Schülerinnen riesig anwuchs, breitete sich selbstverständlich die Bürgerschule mit ihren vermehrten Classen immer mehr und mehr aus und ebenso auch die Mädchen-Volksschule, die man gleichfalls in demselben Gebäude untergebracht hatte.

Es wurde ein drittes Stockwerk aufgesetzt, um Platz zu schaffen, aber trotzdem genügte der erhaltene Raum durchaus nicht; man frettete sich fort und so kam es, daß man der Bürgerschule ein Lehrzimmer nach dem anderen nahm. Besserung der dortigen Verhältnisse erhoffte man durch Eröffnung der neuen Mädchen-Bürgerschule in der Anastasius Grüngasse.

Diese letztere Anstalt wurde thatsächlich im Jahre 1893 eröffnet. Eine Besserung der Verhältnisse in der alten Schule trat durchaus nicht ein. Es blieb alles beim alten. Während die Töchteranstalt in der Anastasius Grüngasse den möglichsten Comfort genießt, blieb die Mutteranstalt in der Josefigasse das Stiefkind, der Sündenbock in den Währinger Schulverhältnissen. Jeden, der die dortigen Verhältnisse genauer kennt, muß begreifliche Erregung erfassen und mir fehlt der parlamentarische Ausdruck, um die dort herrschenden miserablen Zustände zu charakterisieren.

Man denke nur eine Bürgerschule ohne Physikaal, eine Bürgerschule ohne Handarbeitszimmer, die Steinfliesen der Gänge losgelöst, daß die Mädchen darüber stolpern. Es geht nicht an, daß man eine Schule mit allem möglichen Luxus ausstattet, die andere Schule dagegen enterbt. Es geht durchaus nicht an, daß eine Schule eine theuere Art der Beheizung besitzt, die andere Schule aber trotz aller schriftlichen und mündlichen Petita die Röhre nicht erlangen kann, die zur Beheizung der Schulzimmer nothwendig sind. (Gem.-Rath Jedlička: Das ist Thatsache!) Es geht weiters nicht an, daß für eine Schule schon Kollkästen zur Aufbewahrung der Kleider bewilligt werden, während die andere nicht Nägel genug hat, um sie in die Wand zu schlagen, um die Kleidungsstücke darauf hängen zu können. Es geht endlich nicht an, eine Schule mit elektrischem Klingelwerk zu versehen und die andere Schule mit Glocken abzufertigen, die für den Mistbauer passen würden und deren Schall bis ins dritte Stockwerk hinauf nicht gehört wird. Solcher Luxus ist schön und gut, aber ich meine, daß es nothwendig wäre, zuerst den elementarsten Bedürfnissen einer Schule in Betreff der Platzbeschaffung zu befriedigen, ehe man daran geht, die entbehrliche Ausschmückung der Schulräume in Angriff zu nehmen.

Das Gebäude in der Josefigasse faßt 22 oder 23 Lehrzimmer und hat über 1200 Kinder und nur eine einzige Stiege, welche überdies ziemlich schmal und deren Stufen weit größer als die Normalhöhe sind. Was im Falle eines Elementarereignisses mit den Mädchen geschieht, weiß ich nicht.

Ich glaube, es wäre nur ein Gebot der Vorsicht, wenn man daselbst eine zweite Stiege mit einem zweiten Ausgange errichtet, was sich leicht bewerkstelligen ließe. Ich werde durch einen Antrag Gelegenheit geben, diese nothwendige Abhilfe zu treffen.

In zweiter Linie erwarte ich mit Bestimmtheit, daß Sie den Antrag auf Erbauung einer zweiten Schule in Währing in der Josefigasse, worauf im Voranschlage leider vergessen wurde, genehmigen. Sie ist durchaus nothwendig. Zwei Spätschulen existieren schon jetzt, wie Herr Colleague Wunsch richtig bemerkt hat. Zwei Classen gehen der Mädchen-Bürgerschule in Währing, Josefigasse, ab; sechs Classen werden mindestens mit Beginn des nächsten Schuljahres zuwachsen, so daß man heute bereits zehn Lehrzimmer als Bedarf ausrechnen kann. So viel ich weiß, wird auch seitens der Währinger Schulleiter eine entsprechende Action geplant behufs Einmietung einer provisorischen Schule mit zehn Schulclassen in der Gegend der Oberen Johannesgasse oder Wienerstraße in Währing. Dieser Absicht will ich mit meinem Antrage entgegenkommen.

Meine Anträge, welche ich einer entsprechenden Würdigung des Hauses unterbreite, lauten:

„1. In der Mädchen-Bürgerschule in der Josefigasse 21 in Währing ist eine zweite Stiege mit dem Ausgange in die Schulgasse herzustellen und sind die hiefür sich ergebenden Kosten im Schulbau-Präliminare pro 1894 einzusetzen.

2. Es sei ein geeigneter Platz für die Erbauung einer Schule in Währing, in der Gegend der oberen Johannesgasse oder Wienerstraße ausfindig zu machen, beziehungsweise zu erwerben und ein neues Schulgebäude darauf zu errichten. Bis zur Fertigstellung des Schulgebäudes ist einstweilen für die Einmietung einer zehn-classigen Schule vom Augusttermine an Vorsoorge zu treffen.“

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bedauere, wir sind nicht mehr beschlußfähig, wir müssen daher die Sitzung schließen. (Schluß der Sitzung um 10 Uhr abends.)

Stenographischer Bericht

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **29. März 1894** unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Raimund Gröbl und des Vice-Bürgermeisters Dr. Albert Richter.

Bürgermeister Dr. Gröbl: Die Versammlung ist beschlußfähig, die Sitzung eröffnet.

1. Die Herren Gem.-Räthe Ziegelwanger und Ritt. v. Neumann entschuldigen ihr Ausbleiben von der heutigen Sitzung. Ich bitte um die Mittheilung der Einkäufe:

Schriftführer Gem.-Rath Schrenkh (liest):

2. Antrag des Gem.-Rathes Dehm und Genossen:

Am 4. Jänner d. J. ist Oberbaurath Karl Freih. v. Hasenauer aus der Reihe der Lebenden geschieden.

Der Name des Verbliebenen ist mit der künstlerischen Ausgestaltung der herrlichen Bauten, welche das durch die Stadterweiterung gewonnene Gebiet unserer Residenz schmücken, auf das innigste verbunden.

Das Hofburgtheater, die Hofmuseen, der noch der Vollendung harrende Ausbau der neuen Hofburg und noch eine Anzahl hervorragender architektonischer Meisterwerke, mit welchen der schöpferische Geist des Verbliebenen unsere Vaterstadt schmückte, geben Zeugnis von der eminenten Begabung dieses der Mitwelt leider zu früh entrissenen Mannes.

Ich glaube der Zustimmung des wohlwollenden Gemeinderathes sicher zu sein, wenn ich annehme, daß die Gemeinde in diesem wie in so vielen ähnlichen Fällen Anlaß nimmt, den Manen des Verstorbenen gerecht zu werden, und erlaube ich mir daher den Antrag zu stellen:

Der wohlwollende Gemeinderath beschließe, zur Aufnahme der irdischen Überreste des verstorbenen Oberbaurathes Karl Freih. v. Hasenauer ein Ehrengrab auf dem Central-Friedhofe zu widmen.

Bürgermeister: Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenkh (liest):

3. Antrag des Gem.-Rathes v. Götz und Genossen:

Faßt der ganze XIII. Bezirk leidet bei den so lange andauernden Witterungsverhältnissen schon seit dem Herbste unter dem empfindlichsten Wassermangel. Faßt die sämtlichen Brunnen sind total ausgepumpt und die einmalige Zufuhr von Hochquellenwasser, welches überdies nur in den bescheidensten Quantitäten verabfolgt wird, genügt nur zur äußersten Noth zur Deckung des Genuß- und Kochbedarfes. Für Zwecke der Hausreinigung, für Wäschereinigung und Körperpflege kann bei größter Sparfamkeit der nöthige Bedarf nicht aufgebracht werden.

Nachdem wohl erst bis zum Herbste die Rohrleitung im XIII. Bezirke gelegt sein dürfte, um Hochquellenwasser direct abgeben zu können, bisher nur mittels sechs Wagen Trinkwasser zugeführt wird, stellen wir den Dringlichkeits-Antrag,

daß in diesem Bezirke die Trinkwasserzufuhr durch vier Wagen vermehrt werde und wegen der Befahrung des Rayons mit diesen vier Wägen der Bezirksvorsteher einzuvernehmen wäre.

Bürgermeister: Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung unterzogen.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenkh (liest):

4. Antrag des Gem.-Rathes Scheidl:

Der Neulerchenfeldbergürtel befindet sich noch immer in einem trostlosen Zustande, nachdem die wenigen Tagelöhner nicht imstande sind, die Straßenreinigung ordnungsmäßig durchzuführen.

Ich habe diesbezüglich bereits einen Antrag eingebracht, derselbe wurde jedoch bis nun vom Stadtrathe nicht in Behandlung gezogen, weshalb ich neuerlich den Antrag einbringe,

dass im XVI. Bezirke zwei Rehrmaschinen zur Reinigung des Gürtels beigelegt werden, damit die Bewohner dieses Bezirkes endlich von diesem Übelstande befreit werden.

Bürgermeister: Wird der geschäftsordnungsmässigen Behandlung unterzogen.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenkh (liest):

5. Antrag des Gem.-Rathes Sagner:

Nachdem es sich gezeigt, dass der Gemeinde Wien durch die Einführung der eigenen Regie bei der Straßensäuberung im I. Bezirke bedeutende finanzielle Vortheile erzielt werden, und es auf der Hand liegt, dass in derartigen Dingen die eigene Regie allen anderen Vergebungsarten vorzuziehen ist, so beantrage ich mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse des XVII. Bezirkes, welcher von einem besonderen, der Gemeinde Wien gehörigen Steinbruche mit Kiesel- und Schlägelschotter versorgt wird:

Es werde dieser Bezirk zu einem weiteren Versuche in dieser Richtung ausersuchen, derart, dass nach Ablauf der gegenwärtigen, auf die Fuhrwerksleistungen sich beziehenden Verträge die Gemeinde Wien, vorläufig wenigstens in diesem Bezirke, in die Lage komme, nicht allein die Tagelöhnerarbeiten, sondern auch sämtliche Fuhrwerksleistungen, mit Ausnahme des Schneefuhrwerkes, in eigener Regie zu besorgen. Der Magistrat werde beauftragt, unverzüglich die nöthigen Erhebungen einzuleiten und das detaillierte Elaborat rechtzeitig dem Gemeinderathe zur Beschlussfassung vorzulegen.

Bürgermeister: Wird der geschäftsordnungsmässigen Behandlung unterzogen werden.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenkh (liest):

6. Antrag des Gem.-Rathes Sagner:

Während die Gemeinde Wien am Ezelberge in Weidlingbach einen vorzüglichen Schotterbruch besitzt und daselbst vollkommen brauchbaren Schotter gewinnt, welcher an der Verbrauchsstelle im XVII. Bezirke auf circa 2 fl. 50 kr. per Cubikmeter zu stehen kommt, wobei nur 18 Arbeiter beschäftigt werden, welche mittels Handarbeit täglich nur circa 24 m³ Schotter erzeugen, muss die Commune in den anderen Bezirken Wiens ein viel schlechteres Schottermaterial um theueres Geld (3 fl. 50 kr. bis 4 fl.) kaufen. Nachdem der genannte Schotterbruch bei rationeller Anlage nicht allein den XVII. Bezirk, sondern auch die Nachbarbezirke hinlänglich mit gutem Kiesel- und Schlägelschotter versorgen könnte, so stelle ich den Antrag:

Der Magistrat werde beauftragt, ehestens ein Project über die Erweiterung des Schotterbruches am Ezelberge, die Einführung des maschinellen Betriebes und der eigenen Regie, wobei mittels einer 20pferdekräftigen Maschine täglich 50 bis 100 m³ Schotter gewonnen werden können, zur Beschlussfassung des Gemeinderathes vorzulegen und zu dem hierüber vorzunehmenden Localangenscheine den Antragsteller beizuziehen.

Bürgermeister: Geht zur geschäftsordnungsmässigen Behandlung.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenkh (liest):

7. Antrag des Gem.-Rathes Edelhofer:

In der Central-Großmarkthalle im III. Bezirke befindet sich zwar ein Telephon, welches aber nur zum amtlichen Gebrauche dient und von den Marktparteien nicht benützt werden kann. Nachdem nun die Nothwendigkeit eines öffentlichen, allen Marktparteien zugänglichen Telephons außer Zweifel steht, erlaube ich mir folgenden Antrag zu stellen:

Der löbliche Gemeinderath beschliesse, ehestens eine öffentliche, allen Marktparteien zugängliche Telephonstelle in der Central-Großmarkthalle zu errichten.

Bürgermeister: Zur geschäftsordnungsmässigen Behandlung.

8. Wir gehen über zur Tagesordnung, d. i. Fortsetzung der Berathung über das Schulbau-Präliminare. Wir sind beim XVIII. Bezirke stehen geblieben.

(Referent des Stadtrathes Gem.-Rath Boschan und Referent der Budget-Commission Gem.-Rath Mayer treten an den Referententisch.)

Ich möchte aber vorher auf eine Abstimmung zurückkommen, welche beim XII. Bezirke stattgefunden hat. Da wurden bei Post 23 „Erweiterung der Schule in der Schillergasse in Ober-Meidling (Zubau)“ von der Budget-Commission 40.000 fl. eingestellt. Herr Gem.-Rath Büsch hat den Antrag gestellt, es sollen für die Erweiterung eines neuen Bauplatzes und Ausführung einer neuen Schule 50.000 fl. eingestellt werden. Herr Gem.-Rath Dr. Pueger hat den Antrag gestellt, es solle ein Betrag von 50.000 fl. für Schulzwecke im XII. Bezirke eingestellt werden, es sollen aber sowohl der Antrag Büsch als auch der Antrag der Budget-Commission dem Stadtrathe zur nochmaligen Berathung zugewiesen werden.

Über diesen letzteren Antrag ist auch ausdrücklich abgestimmt worden, derselbe wurde auch angenommen, es ist aber nicht beschlossen worden, einen Betrag einzustellen, so dass also die Deckung für die Beschlussfassung des Stadtrathes fehlen würde. Ich werde also über den Betrag abstimmen lassen — Antrag Büsch 50.000 fl., Antrag der Budget-Commission 40.000 fl. — damit dann die Bedeckung für den zu fassenden Stadtraths-Beschluss vorhanden ist. Zuerst werde ich die höhere Ziffer nach dem Antrage Büsch zur Abstimmung bringen. Sollte diese Ziffer abgelehnt werden, dann würde ich die Ziffer von 40.000 fl. nach dem Antrage der Budget-Commission zur Abstimmung bringen.

Ich bitte also diejenigen Herren, die mit der Einstellung von 50.000 fl. nach dem Antrage Büsch einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich zähle 36 Stimmen; ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) Für den Antrag Büsch ergibt sich die Majorität; derselbe ist angenommen.

Es ist also bei dieser Post 23 ein Betrag von 50.000 fl. eingestellt, und der Stadtrath wird sich mit der Verwendung dieses Betrages nach der einen oder anderen Alternative zu beschäftigen haben.

Wir sind jetzt beim XVIII. Bezirke. Zum Worte gemeldet ist Herr Gem.-Rath Tomola.

Gem.-Rath Tomola: Vorerst betone ich, dass ich mit der Einstellung der Budgetposten für die Erbauung je eines Turnsaales in der Schulgasse 19 und in Gersthof gerne einverstanden bin. Beide Ausgaben sind nützlich und nothwendig. Ich möchte bloß zur Post „Schulgasse 19“ erwähnen, dass dieses Gebäude das älteste ist, welches seinerzeit der Gemeinde Währing eigen war. In demselben befinden sich einige äußerst ungünstig gelegene, ungesunde Lehrzimmer. Zu diesen Lehrzimmern gehört auch jenes ebenerdig gelegene, an welches, wie ich glaube, der Turnsaal angebaut werden soll. Dasselbe ist ungemein düster und dumpfig; wenn man hineingeht, so hat man ungefähr den Eindruck, als stünde man in einer Kerkerzelle. Ich möchte daher bitten, es möge in Erwägung gezogen werden, ob es nicht möglich wäre, dieses Lehrzimmer ganz außer Gebrauch zu setzen und entweder als Vorraum oder als Corridor, der zum Turnsaal führt, in Verwendung zu nehmen. Ich stelle keinen Antrag und bitte bloß dies in Erwägung ziehen zu wollen.

Warum ich mir aber hauptsächlich das Wort erbeten habe, das ist die Pauhe, welche man in Währing rücksichtlich der Erbauung neuer Schulhäuser an den Tag legt. Vieljährige Erfahrungen

lehren, daß wir von Schuljahr zu Schuljahr auf einen Zuwachs von 200 bis 250 und 300 Kinder zu rechnen haben.

Ich habe hier die feinerzeitigen Berichte des Ortschulrathes von Währing. Aus denselben erhellt, daß im Jahre 1870 die Zahl der Kinder 1211 betrug; im Jahre 1890, dem letzten Jahre der Gemeinde-Autonomie, betrug die Zahl 6860 und zu Beginn des Schuljahres 1893 wurden im ganzen 8226 Schulkinder in 149 Classen des Bezirkes unterrichtet. Da also mit Rücksichtnahme auf diesen Zuwachs in drei Jahren immer ein neues Schulhaus nothwendig war, hat sich die ehemalige Gemeinde Währing auch dieser Anforderung gefügt. Ich möchte betonen, daß im Verlaufe der Jahre 1870 bis 1890 von der Gemeinde Währing nicht weniger als sieben neue Schulgebäude errichtet worden sind, außerdem von der Gemeinde Weinhaus eines und von der Gemeinde Gersthof auch eines, macht zusammen neun Schulgebäude, was noch weit über den Durchschnitt von drei Jahren, den ich angegeben habe, steht. Und trotzdem — Herr Gem.-Rath Wunsch, der Finanz-Referent der ehemaligen Gemeinde Währing, weiß das am besten — wurden die Klagen über den Mangel an Localitäten nie zum Schweigen gebracht. Kaum glaubte man ein, zwei Jahre Ruhe zu haben, ertönten wieder neue Klagen, und es mußten Spätclassen in Betrieb gesetzt werden.

Es muß aber betont werden, daß niemals, ausgenommen ein einziges Jahr, nämlich 1885, wo in Währing die Bürgerschulen errichtet wurden, so viele Spätclassen im Betriebe waren, wie im vergangenen Schuljahre unter der Ägide der Großgemeinde Wien. Nicht weniger als zehn Spätclassen wurden in Betrieb gesetzt. Ich sage absichtlich, in Betrieb gesetzt, denn wer sich vorzustellen vermag, wie die armen Kinder vor- und nachmittags in Räume gepfercht werden, wo vor ihnen in der Frühe durch zwei Stunden und nachmittags im ganzen durch sechs Stunden Stieluft, Dunst, ja auch Stinkluft erzeugt worden ist, wer weiter erwägt, daß während des Nachmittagsunterrichtes im Winter Gasflammen angezündet werden müssen, wird zugeben, daß Spätclassen für die Gesundheit der Schüler von höchstem Nachtheile sind. (Sehr richtig! links.) Das Hinabsteigen in einen heißen Maschinenraum ist eine reine Wonne gegenüber solchen Pferchen und doch sagt man: Wien müsse jetzt für die Vororte so viele Schulhäuser erbauen, weil diese feinerzeit darin lässig gewesen sind. Von Währing trifft dies in diesem Falle nicht zu. Im Jahre 1890, als die Einverleibung vorgenommen worden ist, besaß Währing 110 Classen und 112 Unterrichtslocale, also zwei Locale mehr als Classen. Es ist dies gedruckt in dem Ausweise des feinerzeitigen Ortschulrathes zu lesen, und wenn man da sagt, der Vorwurf, den wir erheben, es seien zu wenig Schulen gebaut worden, sei „Sand in die Augen gestreut“, so ist das in diesem Falle ein zu gelinder Ausdruck, und man muß einen derberen, kräftigeren gebrauchen, das heißt „städtischen Wiener-Mauthausener Granitschotter den Leuten ins Gesicht geworfen“. Währing hat sein letztes Schulgebäude im Jahre 1888 gebaut. Es war dasselbe in der Cottagegasse Nr. 17 gelegen. Nach den von mir angeführten Daten mußte man mit der Nothwendigkeit rechnen, daß im Jahre 1890 oder 1891 ein neues Schulhaus gebaut werden müsse. Die Gemeinde Währing hat auch mit dieser Nothwendigkeit gerechnet. Alle Herren, welche Gemeinderäthe dieses Bezirkes waren, mit Ausnahme meiner Wenigkeit und meines Genossen Dr. Kader, welche wir der Gemeinde Währing als Gemeinderäthe nicht angehört haben, werden wissen und es mir bestätigen, daß damals schon die Er-

bauung eines Schulhauses in der Gegend der Zwangsarbeitsanstalt in Vorschlag gebracht und in ernstliche Erwägung gezogen worden ist.

Die Gemeinde Wien als Rechtsnachfolgerin und als Pflichtnachfolgerin der Gemeinde Währing hat aber lange Jahre gebraucht, bis sie zu dem Entschlusse gekommen ist, ein neues Schulgebäude zu errichten — endlich im Jahre 1893 ist dies geschehen — also vom Jahre 1888 an, wo in Währing das letzte Schulhaus gebaut worden ist, nach Ablauf von fünf Jahren. Während dieser Zeit wären für Währing nach der Zunahme der Schüler zwei Schulen nothwendig gewesen. Daher ist es auch gekommen, daß die Zahl der Spätclassen eine so große wurde. Dem Umstande ist es auch zuzuschreiben, daß wir heute trotz des hartnäckigen Leugnens des Herrn Dr. Friedjung in Währing zwei Spätclassen, die eine Klettenhofergasse Nr. 3 und eine zweite in der Mädchen-Volksschule in der Wienerstraße Nr. 66, haben. Dazu kommt noch der Umstand, daß die Localitäten einer Anstalt, nämlich der Knaben-Bürgerschule, welche in der Klettenhofergasse Nr. 3 untergebracht ist, nicht zu loben und nicht entsprechend sind. In diesem Gebäude ist die Bürgerschule schlecht und recht untergebracht. Keine Zeichensäle, keine Physiksäle, keine Lehrmittelzimmer, ein finsterner, dumpfiger Turnsaal, das sind so einige Inventarstücke dieser Anstalt.

Doch wurde der in Anbetracht dieser vielen Uebelstände von Seite des Stadtrathes gemachte schüchterne Versuch, indem er 20.000 fl. für die Erwerbung eines Bauplatzes in der Gegend der Zwangsarbeitsanstalt eingestellt hat, seitens der noch fürsorglichen Budget-Commission abgelehnt.

Ich möchte diesen Antrag neuerdings aufnehmen. Es hat dies gestern bereits Gem.-Rath Josef Müller gethan. Er hat ganz richtig erwähnt, daß der Platz nicht gerade im Gebiete der Zwangsarbeitsanstalt gewonnen werden muß, sondern daß man in der Umgebung derselben auch noch Plätze findet. Es hat auch Herr Gem.-Rath Wunsch den Vorschlag gemacht, man möge, da wir im nächsten Jahre mit einer großen Anzahl von Spätclassen zu rechnen haben werden, Schullocalitäten einmieten. Ich bin nicht gegen diesen Vorschlag, er wird vielleicht nothwendig sein, und ein Sperling in der Hand ist bekanntlich besser, als eine Taube auf dem Dache; aber dringend nothwendig ist es doch, heuer schon in das Budget die Post von 20.000 fl. einzustellen, denn, täuschen wir uns nicht, die Schule wird auch im nächsten Jahre noch nicht erbaut werden. Und selbst, wenn im nächsten Jahre der Bau in Angriff genommen werden wird, kann derselbe doch erst im Jahre 1896 bezogen werden, wo wir mit wenigstens 10 bis 12 Spätclassen zu rechnen haben.

Ich stelle also den Antrag, es sei der Betrag von 20.000 fl. für Erwerbung eines Platzes in der Gegend der ehemaligen Zwangsarbeitsanstalt in Weinhaus in das Budget einzustellen. Und weiterhin möchte ich den Antrag stellen, es seien die Pläne für eine Volks- und Bürgerschule baldigst vorzulegen.

Nun möchte ich noch von einer kleinen Zierde Wiens sprechen; das ist die Schule in Neustift a. W. Gegenwärtig ist dieselbe geperret; der Scharlach ist bei den Kindern zu Gaste. Es wundert mich nur, daß nicht noch viel ärgere Krankheiten dort herrschen.

Ich will Ihnen ein kleines Bild dieser Schule geben. Manche von Ihnen haben vielleicht schon den Roman „Nicholas Nickleby“ von Charles Dickens gelesen. Darin entwirft der große Erzähler ein schönes Bild der Knabenschule in Dotheboys-Hill. Diese Schule

mag noch so elend sein; in Neustift a. W. ist sie noch ärger. Die Lehrzimmer sind so niedrig, daß ein mittelgroßer Mann mit der Hand ganz gut die Decke erreichen kann. Früher wurden die Zimmer mit Kachelöfen geheizt, gegenwärtig, seit der Einverleibung mit Wien, oder eigentlich seit vier Jahren, erfolgt die Heizung durch Regulieröfen. Diese heizen allerdings besser; man muß sie loben, sie geben viel Wärme, soviel sogar, daß die Temperatur im Winter manchmal auf 25 bis 30 Grade steigt. Eine solche Temperatur mag gut für eine Trockenkammer, nie und nimmer aber für eine Schule sein. Darum muß ventiliert werden. Wie geschieht dies in Neustift a. W.? Nicht anders als durch Aufreißen der Fenster. Eine andere Manipulation ist unmöglich, und da ein solches Verfahren für die Kinder dort ebenso ungünstig ist, wie vielleicht in der Renngasse, kommt es, daß wir in Neustift a. W. fort und fort mit epidemischen Krankheiten zu kämpfen haben.

Dazu kommt noch ein zweiter Punkt. Wenn die Kinder ihre Nothdurft verrichten wollen, müssen sie das Schulgebäude ganz verlassen. Der Abort ist außerhalb der Schule und die Kinder müssen 50 bis 60 Schritte weit im Freien gehen. (Rufe links: Hört!) Im Winter, wenn in der Schule oft die Temperatur auf 20 bis 25 Grad steigt, müssen die Kinder in die freie Luft hinaus, wo wir in Neustift a. W. oft 10 Grad Kälte und noch mehr haben! Sie müssen zu einem Abort gehen, dessen Bretterwände fingerdicke Fugen haben, durch welche der Schnee und Regen leicht eindringt.

Ich werde mich um einen Photographen umsehen, damit er ein Bild dieser Schul-Idylle aufnehme und darunter die Worte schreibe: „Schulhaus der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.“ Diese Bilder will ich ausschicken nach den verschiedensten Gegenden mit der Bitte, mir womöglich ein Gegenstück aus der Heimat zu senden, vielleicht daß sich in den Urwäldern von Wyoming ein Gegenstück finden würde!

Meine Herren! Ich meine, es ist hohe Zeit, daß mit dem Gerümpel aufgeräumt wird, zumal wir bei dem Verlaufe des Gemeinde-Wirtschaftshauses in Neustift a. W. 14.500 fl. eingesteckt haben.

Ich bin der Meinung, wenn die Gemeinde Neustift a. W. noch bestände, wäre dieser Erlös zu nichts anderem als zur Erbauung einer Schule verwendet worden.

Wie ich erfahren habe, werden ohnehin Vorarbeiten zur Erbauung eines solchen Schulhauses gemacht, ich möchte aber den Antrag stellen, daß dieser Erlös von 14.500 fl. oder rund 15.000 fl. ins Budget eingesetzt werde behufs Erbauung einer Volksschule in Neustift am Walde; sollte aber dieser Antrag wider mein Erwarten nicht die Mehrheit finden, dann beantrage ich, die Erbauung einer Volksschule in Neustift a. W. ehe baldigst in Erwägung zu ziehen, und wären die Kosten dieses Baues in das nächste Budget einzusetzen. Ich bitte um Annahme dieses Antrages. (Beifall links.)

Gem.-Rath Dr. Vader: Meine Herren, nach den Ausführungen meines unmittelbaren Herrn Vorredners möchte ich mir nur gestatten, einige kleine Bemerkungen zu machen. Die eine betrifft den Betrag von 2500 fl., welcher für die Stockwerks-Auffezung auf die Schule in Weinhaus als Nachtrag für das Jahr 1894 überschrieben ist. Ich habe bereits im Vorjahre, als der Antrag gestellt wurde, einen Betrag von 25.000 fl. für diese Stockwerks-Auffezung zu präliminieren, interpelliert, wieso es kommt, daß für ein Haus, dessen Kosten sich nach dem finanziellen

Ausweise der früheren autonomen Gemeinde Weinhaus auf 23.755 fl. 75 kr. stellten, jetzt ein so hoher Betrag präliminirt wurde.

Es wurde mir damals von dem Vorsitzenden Herrn Vice-Bürgermeister Dr. Richter die Auskunft zutheil, es handle sich nicht nur um die Stockwerks-Auffezung, sondern auch um gewisse Adaptierungen, und in der Schlussbemerkung dieser Interpellations-Beantwortung hat Herr Vice-Bürgermeister Dr. Richter wörtlich gesagt: „Es kommt daher, daß bei der Vergebung das Ergebnis ein gegen den Voranschlag günstigeres ist.“ Nun finde ich aber, daß diese 25.000 fl. nicht nur nicht ausgereicht haben, sondern sogar ein Nachtragscredit von 2700 fl. kommt.

Die Herren werden gestatten, daß ich mich darüber mindestens sehr wundere.

Nun komme ich aber auf die Schule, welche in der Gegend der ehemaligen Zwangsarbeitsanstalt errichtet werden soll, und der Herr Vorsitzende möge so gütig sein, mir etwas größere Redefreiheit zu gestatten, weil ich einiges berühren muß, was nicht unmittelbar mit der vorliegenden Frage zusammenhängt. Ich war bereits vor drei Jahren in einer der ersten Sitzungen, denen ich im Gemeinderathe angewohnt habe — später waren die Herren der Majorität so gütig, mir einen Urlaub in der Dauer von zwei Jahren zu gewähren (Heiterkeit) — so frei, einen Antrag zu stellen, welcher auf einen Beschluß hinausläuft, der in der Landtagsession vom Jahre 1890 gefaßt wurde.

Damals hat nämlich der Landtag den Landesauschuß beauftragt, mit der Gemeinde Wien in Unterhandlungen zu treten bezüglich des Verkaufes des Areales der ehemaligen Zwangsarbeitsanstalt an die Gemeinde Wien. Damals war es um die Schaffung einer Parkanlage zu thun.

Ein Jahr später habe ich diesbezüglich einen ähnlichen Antrag gestellt. Was mit diesen Anträgen geschehen ist, weiß ich nicht, und mindestens zeigt es wenig Rücksicht für die Mitglieder des Gemeinderathes, wenn die geschäftsordnungsmäßige Behandlung der Anträge dahin hinausläuft, daß sie einfach — ich möchte sagen — in den Papierkorb geworfen werden. Es wäre ebenso gut, wenn man uns einen Papierkorb zur Verfügung stellte, wo wir unsere Anträge hineinlegen. (So ist es! links.)

Nun hat aber die ehemalige Gemeinde Währing schon den Beschluß gefaßt, auf dem Grunde des Areales der aufgelassenen Zwangsarbeitsanstalt eine Schule zu errichten. Diese Schule wäre sehr gut aus dem Grunde, weil sie frei wäre nach der westlichen Seite hin, zumal wenn sie in die Parkanlage hinein zu liegen käme, zu welcher Schule eben ein Theil der Area der Zwangsarbeitsanstalt zu verwenden wäre.

Nun kommt aber noch etwas anderes. Bei der Übernahme der Spitäler seitens des Staates hat das Land sich verpflichtet, die Area, auf welcher die derzeitige n.-ö. Landes-Gebär- und Findelanstalt steht, dem Staate zu überlassen. Es muß also dann die n.-ö. Landes-Gebär- und Findelanstalt irgendwo andershin gebracht werden. Der Landesauschuß hat Umschau gehalten und hat die ehemalige gottselige Zwangsarbeitsanstalt dazu ausersehen. Nun ich sehe ganz davon ab — das gehört vielleicht nicht hieher — daß diese Zwangsarbeitsanstalt, welche wie ein Keil in den XVIII. Bezirk eingetrieben ist, die Entwicklung des peripherischen Theiles desselben geradezu in einer exorbitanten Weise behindert.

Nun ist in der heurigen Landtagsession diese Angelegenheit neuerlich zur Sprache gekommen und das Land hat das Einsehen gehabt, daß mit Rücksicht auf gewisse Preise, das Areal der

ehemaligen Zwangsarbeitsanstalt zur Unterbringung der Landes-Gebär- und Findelanstalt nicht geeignet ist und, meine Herren, wenn eine Schule dort wirklich oder in der Nähe dieser Zwangsarbeitsanstalt hingebaut wird, so ist, glaube ich, die Landes-Gebär- und Findelanstalt mit ihren Insassen gewiss kein ganz geeignetes Anschauungsobject für die Kinder, welche in der Nähe dieser Zwangsarbeitsanstalt in einer Schule untergebracht sind.

Es hat daher über Antrag des Verwaltungsausschusses über den Bericht des n.ö. Landesauschusses, betreffend die Verwendung der Realität der aufgelassenen Zwangsarbeitsanstalt in Weinhaus, der Obmann desselben den Antrag gestellt: „Unter Kenntnissnahme der Mittheilungen über den gegenwärtigen Stand der Angelegenheit, welche im Berichte des n.ö. Landesauschusses enthalten sind, wird der n.ö. Landesauschuss beauftragt, die Verhandlungen wegen Verkaufes der Realität der ehemaligen Zwangsarbeitsanstalt in Weinhaus an die Gemeinde Wien oder wegen Umtausches derselben gegen der Gemeinde Wien gehörige Baugründe oder Realitäten fortzusetzen und in der nächsten Session darüber zu berichten, ob im Falle der Verlegung der Findelanstalt im Wege der ange-deuteten Transaction die anderweitige Unterbringung derselben möglich sein wird.“ Ich möchte mir nun erlauben, an den geehrten Herrn Referenten der Budget-Commission die Anfrage zu stellen, was in dieser Angelegenheit bereits geschehen ist und ob es nicht doch im großen und ganzen besser wäre, eine Schule auf dem Areal der ehemaligen Zwangsarbeitsanstalt und nicht in der Umgebung derselben zu erbauen. Ich würde auch bei dieser Gelegenheit meinen vor drei Jahren gestellten Antrag neuerdings wiederholen: „Es werde der Stadtrath von Seite des Gemeinderathes beauftragt, in dieser Angelegenheit möglichst bald mit dem Landesauschusse bezüglich des Ankaufes dieses Arealen“ in Unterhandlungen zu treten, und es kommt hiezu noch etwas anderes, was allerdings vielleicht nicht hieher gehört. Es ist nämlich — und diesbezüglich werde ich eine Bitte an den sehr geehrten Herrn Vorsitzenden mir zu richten gestatten — der XVIII. Bezirk wie alle ehemaligen Vororte in einer ganz bedeutenden Entwicklung begriffen; es wohnt im XVIII. Bezirke ein ganzes Heer von Beamten, Lehrern u. s. w., in den beiden Nachbarbezirken Döbling und Hernals sind schon seit Jahren Gymnasien. Es war die alte Gemeinde Döbling, die doch viel kleiner als die Gemeinde Währing war, imstande, ein Gymnasium zu errichten. Ein Gymnasium existiert auch in Hernals. In diesen beiden Gymnasien gibt es Parallellassen. Die Mittelschüler, die das Gymnasium besuchen, finden jetzt schon beinahe weder im Gymnasium in Döbling noch in dem in Hernals geeigneten Platz, und ich weiß Fälle, wo Kinder, welche in Gersthof wohnen, gezwungen sind, das Basagymnasium und andere Gymnasien aufzusuchen.

Es wird sich also im Laufe der Zeit die Nothwendigkeit der Errichtung eines Gymnasiums in Währing ergeben. Gerade für dieses Gymnasium wäre ein Theil des Arealen der Zwangsarbeitsanstalt aus sehr vielen Gründen außerordentlich günstig. Es würde ein Gymnasium errichtet werden können, das allen modernen Anforderungen vollständig entspricht. Ich möchte mir an den sehr geehrten Herrn Vorsitzenden die Bitte zu richten erlauben, kraft seines Einflusses, den er mit Rücksicht auf seine bedeutende Stellung besitzt, höheren Ortes dahin zu wirken, daß ehemöglichst auch in der Gemeinde Währing ein Gymnasium errichtet werde. Es wird dann auch von anderer Seite das Möglichste geschehen. (Beifall links.)

Bürgermeister: Die Debatte ist geschlossen.

Referent des Stadtrathes Gem.-Rath Boschan: Die Anträge des Stadtrathes weichen von denen der Budget-Commission nur in einer Post ab, d. i. in der Einstellung von 20.000 fl. für den Bau einer Doppel-Volks- und Bürgerschule für Knaben in der Gegend der ehemaligen Zwangsarbeitsanstalt von Weinhaus. Die Herren sehen schon aus dem Titel, daß die Erbauung dieser Schule von der Erwerbung der Zwangsarbeitsanstalt nicht abhängig ist, weil es nur heißt, in dieser Gegend soll sie gebaut werden. Wird diese Realität vom Lande erworben werden können, so kann die Schule dort erbaut werden, wo nicht, so muß sie in der Nähe gebaut werden. Jedenfalls würde ich aber bitten, die Einstellung dieser 20.000 fl. zu beschließen, weil, wie von mehreren Herren Rednern ausführlich dargethan wurde, eine Schule in der dortigen Gegend unbedingt nothwendig ist.

Dem letzten Herrn Sprecher möchte ich Folgendes erwidern: Er wundert sich darüber, daß ungeachtet der Einstellung von 25.000 fl. eine Nachtragszahlung von 2700 fl. für die Stockwerks-Auffegung in dieser Schule nothwendig ist. Da möchte ich bemerken, daß nur die Ausweise für das Jahr 1893 noch nicht zur Hand sind und es höchst wahrscheinlich ist, daß der Betrag von 25.000 fl., welcher präliminiert wurde, nicht ganz ausgegeben wurde, daß aber bei der Verfassung des Budgets darauf Rücksicht genommen werden mußte, daß ein Theil des Betrages — in der Regel nimmt man 10 Percent an — welchen die Contrahenten als Caution zurücklassen müssen, immer erst in das nächste Budget eingesetzt wird.

Das ist die Ursache der Einstellung dieser 2700 fl., womit noch gar nicht gesagt ist, daß der ursprüngliche Betrag überschritten worden ist. Im übrigen bitte ich um die Annahme der Anträge des Stadtrathes.

Referent der Budget-Commission Gem.-Rath Mayer: Ich habe dem, was der Herr College gesagt hat, nur wenig hinzuzufügen. College Rader würde das in der Anmerkung auf Seite 91 gefunden haben, wo genau steht, daß diese Restzahlung erst auf das heurige Jahr übertragen, wie auch der Kostenüberschlag genau ausgewiesen erscheint. Was die 20.000 fl. für die Erwerbung des Bauplatzes auf der heutigen Zwangsarbeitsanstalts-Realität betrifft, so unterliegt es gar keinem Zweifel, daß in der dortigen Gegend die dringende Nothwendigkeit besteht, eine Schule zu errichten.

Nachdem mich aber auch College Rader gefragt hat, wie es mit diesen Verhandlungen steht, kann ich nur auf das hinweisen, was uns von Seite des Stadtbauamtes und des Magistrates in der Budget-Commission über diesen Gegenstand — ich muß sagen — authentisch mitgetheilt worden ist, und zwar wurde uns gesagt, daß die Verhandlungen mit dem Landesauschusse noch so weit im Rückstande sind und bisher so wenig Greifbares bieten, daß unter gar keinen Umständen heuer schon auf einen Abschluß, noch viel weniger auf den Beginn eines Baues dort gerechnet werden kann. Die Realität ist auch so groß, daß erst eine Parcellierung vorgenommen werden muß. Daß die Schule in der Nähe dort nothwendig sein wird, darüber besteht, glaube ich, gar kein Zweifel. Mit Rücksicht darauf aber, daß heuer das Geschäft nicht wird perfect werden können, hat die Budget-Commission aus dem einzigen Grunde den Betrag hier nicht eingestellt, weil sie gesagt hat: wozu belasten wir unser Budget, das ohnehin schon so schwer belastet ist, wenn wir im vorhinein wissen, daß der Betrag nicht

zur Auszahlung kommt? Das ist der einzige Grund, weshalb der Betrag zur Streichung empfohlen wird.

Bürgermeister: Wir schreiten zur Abstimmung.
Bau einer neuen Volks- und Bürgerschule für Mädchen in der Anastasius Grünstraße in Währing, XVIII. Bezirk 25.000 fl.
Keine Einwendung? — **Angenommen.**

Aufsetzung eines Stockwerkes auf das Schulgebäude in Weinhaus, Köhlergasse Nr. 1, XVIII. Bezirk 2.700 fl.
Keine Einwendung? — **Angenommen.**

Erbauung eines zweiten Turnsaales für die Schule in der Schulgasse Nr. 19 in Währing, XVIII. Bezirk 8.000 fl.
Keine Einwendung? — **Angenommen.**

Herstellung eines Turnsaales für die Schule in Gerst-
hof, XVIII. Bezirk 7.000 fl.
Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) **Angenommen.**

Bau einer Volks- und Bürgerschule für Knaben in der Gegend der ehemaligen Zwangsarbeitsanstalt in Weinhaus, XVIII. Bezirk, nach dem Antrage des Stadtrathes 20.000 fl.

Dieser Antrag ist identisch mit dem Antrage der Herren Gem.-Räthe Tomola und Josef Müller, welche den Antrag des Stadtrathes auf Einstellung von 20.000 fl. unterstützt haben.

Die Herren, welche mit der Einstellung dieses Betrages einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Majorität. **Angenommen.**

Jetzt kommt der Antrag des Herrn Gem.-Rathes Wunsch:
„Der Magistrat wird beauftragt, Erhebungen zu pflegen, ob dem herrschenden Mangel an Schullocalitäten im XVIII. Bezirke nicht durch Abschließung geeigneter Mietverträge provisorisch abzu-
zuhelfen sei.“

Die Herren, welche mit der Zuweisung dieses Antrages an den Stadtrath einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Majorität. **Angenommen.**

Nun kommen die Anträge des Herrn Gem.-Rathes Rauscher:
„1. In der Mädchenschule Währing, Josefigasse 21, ist eine zweite Stiege mit dem Ausgange in die Schulgasse herzustellen und die sich hiefür ergebenden Kosten sind in das Schulbauten-Präliminare pro 1894 einzusetzen.“

Die Herren, welche mit der Zuweisung dieses Antrages an den Stadtrath einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Majorität. **Angenommen.**

„2. Es sei ein geeigneter Platz für die Erbauung einer Schule in Währing in der Gegend der oberen Johannesgasse und Wienerstraße ausfindig zu machen, beziehungsweise zu erwerben und ein neues Schulgebäude aufzurichten. Bis zur Fertigstellung des Schulgebäudes ist einstweilen für die Einmietung einer zehnclassigen Schule vom Augusttermine angefangen Vor-
sorge zu treffen.“

Ich bitte jene Herren, welche mit der Zuweisung dieses Antrages an den Stadtrath einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Majorität. **Angenommen.**

Ein zweiter Antrag des Herrn Gem.-Rathes Tomola:
„Für die Erbauung einer Volksschule in Neustift a. W. seien 15.000 fl. einzusetzen.“

Ich bitte jene Herren, welche mit der Zuweisung dieses Antrages an den Stadtrath einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Majorität. **Angenommen.**

Damit ist der Eventual-Antrag des Herrn Gem.-Rathes Tomola erledigt.

Wir kommen zum XIX. Bezirke.

Referent des Stadtrathes:

Bau einer Doppel-Bürgerschule in Heiligenstadt, Herrngasse 14 und 16, XIX. Bezirk 50.000 fl.

Erweiterung des Turnsaales im Schulhause in der Kreindlgasse in Ober-Döbling, XIX. Bezirk 4.000 fl.

Errichtung eines zweiten Turnsaales für die Doppel-Volksschule in Nußdorf im XIX. Bezirke 7.000 fl.

Bau einer neuen Volksschule in Kahlenbergerdorf im XIX. Bezirke 5.000 fl.

Ich bitte um die Annahme dieser Anträge, welche mit den Anträgen der Budget-Commission identisch sind.

Gem.-Rath Steiner: Meine Herren! Was die Einstellung von hohen Summen zur Erbauung von Schulen in den Budgets anbelangt, darüber will ich heute nicht sprechen, weil ich ja glaube, daß sich bei der Berathung des Budgets pro 1894 in der Generaldebatte darüber dazu die Gelegenheit ergeben wird. Meine Herren! Es ist hier gleich ein solcher Fall bei Post 51 „Bau einer Doppel-Bürgerschule in Heiligenstadt, Herrngasse Nr. 14 und 16“; da sind im Budget pro 1893 zur Erbauung dieser Schule 70.000 fl. eingestellt gewesen, und von diesen 70.000 fl. als erste Baurate sind nicht mehr als circa 20.000 fl. zum Ankaufe des Platzes verwendet worden, während die 50.000 fl. einfach entfallen sind. Nachdem der Bau dieser Doppel-Bürgerschule, welche auf dem hier gedachten Platze besonders günstig placiert ist, ein wirkliches Bedürfnis ist, so muß ich mir, obwohl der Betrag von 50.000 fl. als erste Baurate im Budget eingesetzt ist, doch an den Herrn Bürgermeister die Bitte erlauben, daß der Betrag auch thatsächlich verausgabt und mit dem Bau dieser Bürgerschule endlich begonnen wird, denn es müssen die Kinder von Heiligenstadt, Grinzing, Nußdorf, Kahlenbergerdorf u. s. w. bis nach Ober-Döbling in die Bürgerschule gehen. Der alte Ortsteil Heiligenstadt z. B. hat heute gar keine Verkehrsmittel; der Stellwagen, welcher schon seit Beginn des Jahrhunderts eingeführt war, ist durch die Concurrenz der Neuen Wiener Tramway, welche auch die Güte hat, im Winter bei schlechtem Wetter den Verkehr einzustellen, so daß die Kinder bei schlechter Witterung oft tagelang nicht in die Schule gehen können, verdrängt worden. Ich möchte also bitten, daß mit dem Baue dieser Schule thatsächlich begonnen wird.

Aber bei Post 54 „Bau einer neuen Volksschule in Kahlenbergerdorf“ muß ich einen Antrag auf Erhöhung der eingestellten Summe mir zu stellen erlauben. Ich habe, als das Project aufgetaucht ist, mich selbst in Kahlenbergerdorf umgesehen, wo die Schule am günstigsten erbaut werden könnte, und habe auch mit den verschiedenen Anrainern gesprochen. Es kommen, nachdem die Commissionen schon stattgefunden haben, nur drei Objecte in Betracht. Es ist dies die Realität des Vogt, welche aber zum Ankaufe einen Kostenbetrag von 30.000 fl. erfordert. Es sind weiters commissionell besichtigt worden das Haus des Sparvereines in Nußdorf, welches aber nicht besonders günstig wäre; es müßte der Pfarrgarten gekauft werden, welcher unbedingt den Betrag von 25.000 fl. erfordert; weiter käme in Betracht eine Realität, welche einer Dame namens Julia Leuschner gehört, welche Realität neben dem Asyl „Humanitas“ gelegen und nicht besonders zu empfehlen ist, weil sie im Überschwemmungsrauhon liegt.

Die Schulverhältnisse sind in Kahlenbergerdorf die denkbar traurigsten; zum Theile sind die Localitäten eingemietet, zum Theile herrschen so sanitätswidrige Zustände daselbst, daß man, wenn man sie als Privatwohnungen benützen würde, zweifellos von Seite der Behörde delogiert würde.

Der Bau einer Schule ist also dringend nothwendig und da das jedenfalls nur ein Irrthum ist, wenn es im Antrage heißt: „Bau einer neuen Volksschule“, während es zweifellos heißen soll: „Ankauf eines Bauplatzes für den Bau einer neuen Volksschule“, so erlaube ich mir den Antrag zu stellen, die Summe von 5000 fl. für den Ankauf eines Platzes für den Bau eines neuen Volksschulgebäudes in Kahlenbergerdorf im XIX. Bezirke auf 20.000 fl. zu erhöhen. Es geht nicht mit 5000 fl. Ich müßte annehmen, daß Sie nur den Betrag ins Budget eingesetzt haben, damit es scheine, es geschehe etwas für die Gemeinde Kahlenbergerdorf, welche von den vielen Versprechungen gar nichts erhalten hat und an den Wohlthaten einer Großstadt gar nicht participiert. Die Schule ist unbedingt nothwendig und sie soll auch thatsächlich erbaut werden. Die 5000 fl. sind illusorisch. Ich bitte Sie daher, den Antrag, den ich gestellt habe, anzunehmen.

Bürgermeister: Es ist niemand mehr gemeldet; die Debatte ist geschlossen.

Wünschen die Herren Referenten das Wort?
(Referent des Stadtrathes verzichtet.)

Referent der Budget-Commission: Ich möchte nur dem Herrn Collegen Steiner eine kurze Berichtigung geben.

Für uns ist zur Ausführung der Arbeiten nur der Reindruck, der die Beschlüsse des Gemeinderathes enthält, maßgebend, und ich muß nun richtigstellen, daß für den Bau einer zweiten Doppel-Bürgerschule im XIX. Bezirke nur der Betrag von 25.000 fl. eingestellt war zur Erwerbung eines Bauplatzes und, wie er sagt, ist auch der Betrag für diesen Zweck ausgegeben worden. Die heuer für denselben Zweck eingestellten 50.000 fl. umfassen die erste Baurate.

Bürgermeister: Gegen Post 51 „Bau einer Doppel-Bürgerschule in Heiligenstadt, Herrngasse Nr. 14 und 16, 50.000 fl.“ ist keine Einwendung erhoben worden. — **Angenommen.**

Gegen Post 52 „Erweiterung des Turnsaales im Schulhause in der Kreindlgasse in Ober-Döbling, 4000 fl.“ wurde keine Einwendung erhoben. — **Angenommen.**

Post 53 „Errichtung eines zweiten Turnsaales für die Doppel-Volksschule in Ruzsdorf, 7000 fl.“ wurde nicht beanständet. — **Angenommen.**

Bei Post 54 „Bau einer neuen Volksschule in Kahlenbergerdorf“ beantragen Stadtrath und Budget-Commission die Einstellung von 5000 fl.

Gem.-Rath Steiner beantragt die Erhöhung dieser Position auf 20.000 fl.

Die Herren, welche mit der Erhöhung dieser Post auf 20.000 fl. einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschicht. — Nach Auszählung:) Es sind 36 Herren dafür. Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) Der Antrag ist mit 36 gegen 30 Stimmen **angenommen.** (Beifall links.) Damit ist das Schul-Präliminare erledigt.

Beschluß: XII. Bezirk (Nachtrag):

Für Erweiterung einer bereits bestehenden, eventuell für die Errichtung einer neuen Schule. 50.000 fl.

XVIII. Bezirk:

Bau einer neuen Volks- und Bürgerschule für Mädchen in der Anastasius Grünstraße in Währing	25.000 fl.
Aufsetzung eines Stockwerkes auf das Schulgebäude in Weinhaus, Köhlergasse Nr. 1	2.700 fl.
Erbauung eines zweiten Turnsaales für die Schule in der Schulgasse Nr. 19 in Währing	8.000 fl.
Herstellung eines Turnsaales für die Schule in Gersthof	7.000 fl.
Bau einer Volks- und Bürgerschule für Knaben in der Gegend der ehemaligen Zwangsarbeitsanstalt in Weinhaus	20.000 fl.

XIX. Bezirk:

Bau einer Doppel-Bürgerschule in Heiligenstadt, Herrngasse Nr. 14 und 16	50.000 fl.
Erweiterung des Turnsaales im Schulhause in der Kreindlgasse in Ober-Döbling	4.000 fl.
Errichtung eines zweiten Turnsaales für die Doppel-Volksschule in Ruzsdorf	7.000 fl.
Bau einer neuen Volksschule in Kahlenbergerdorf	20.000 fl.

Bürgermeister: Ich möchte nun die Herren bitten, das Budget-Provisorium in Angriff zu nehmen; es steht nicht auf der Tagesordnung, weil es erst heute vormittags vom Stadtrathe erledigt worden ist. Da es aber unbedingt nothwendig ist, noch im Laufe dieses Monats den Gegenstand zu erledigen, so bitte ich, in die Berathung desselben einzugehen.

9. Referent Gem.-Rath Boschan: Es hat der Herr Vorsitzende bereits den Inhalt des Referates mitgetheilt. Der Gemeinderath hat laut beiliegenden Protokolls in der Plenarsitzung vom 28. December das Budget provisorisch bis Ende März 1894 bewilligt. Da nun voraussichtlich die Berathung des Hauptvoranschlages bis zu diesem Termine nicht abgeschlossen sein wird — heute kann ja das mit voller Gewissheit gesagt werden, daß es nicht möglich sein wird, in den zwei Tagen das Budget zu erledigen — so wird der Antrag gestellt: „Bis Ende April 1894, resp. bis zur gänzlichen Feststellung des Hauptvoranschlages pro 1894 durch den Gemeinderath sind die sich ergebenden Auslagen nach Erfordernis und nach Maßgabe der in dem vom Stadtrathe vorgelegten Hauptvoranschlage enthaltenen Positionen, insoweit aber einzelne Theile des Hauptvoranschlages schon vom Gemeinderathe beschlossen sind, nach Maßgabe der vom Gemeinderathe bereits festgestellten Positionen zu bestreiten.“

Das ist so zu verstehen, daß, insofern der Gemeinderath bereits Beschluß gefaßt hat, was, wie den Herren bekannt ist, bezüglich des Pflaster-, Canal- und Schulbauten-Präliminares der Fall ist, das zur Grundlage zu dienen hat; bezüglich der anderen Positionen, insoweit dieselben in der heutigen und morgigen Sitzung nicht festgestellt werden können, die Positionen, wie sie in dem Stadtraths-Antrage vorliegen, zur Grundlage dienen.

Nachdem es unbedingt nothwendig ist, die Geschäfte der Gemeinde nicht stocken zu lassen, die Möglichkeit aber nicht vorhanden ist, mit dem Vorschlage fertig zu werden, erlaube ich mir die Bitte zu stellen, diesen Antrag anzunehmen.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich beschränke mich auf folgende kurze Erklärung: Wir halten den Antrag des Stadtrathes, wie er

Ihnen vorgelegt wird, für einen dem Gesetze nicht entsprechenden. Wir halten den ganzen Vorgang daher für einen gesetzwidrigen und sind in unserem Gewissen verpflichtet, gegen den Antrag des Stadtrathes zu stimmen.

Bürgermeister: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Hat der Herr Referent noch eine Bemerkung zu machen? (Derjelbe verzichtet.) Ich bitte sohin um die Abstimmung. Diejenigen Herren, welche mit dem Antrage des Referenten auf Verlängerung des Provisoriums einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschicht.) **Angenommen.**

Beschluss: Bis Ende April 1894, respective bis zur gänzlichen Feststellung des Hauptvoranschlages pro 1894 durch den Gemeinderath sind die sich ergebenden Auslagen nach Erfordernis und nach Maßgabe der in dem vom Stadtrathe vorgelegten Hauptvoranschlage enthaltenen Positionen, insoweit aber einzelne Theile des Hauptvoranschlages schon vom Gemeinderathe beschlossen sind, nach Maßgabe der vom Gemeinderathe bereits festgestellten Positionen zu bestreiten.

10. Bürgermeister: Wir kommen nun zur Berathung des Hauptvoranschlages für das Jahr 1894.

(Referent des Stadtrathes Gem.-Rath **Boschan** und Referent der Budget-Commission Gem.-Rath **Mayer** treten an den Referententisch.)

Referent des Stadtrathes Gem.-Rath Boschan: Der Hauptvoranschlag für das Jahr 1894 ist im Stadtrathe in einer Anzahl von acht Sitzungen berathen worden, von denen die erste am 9. November, die letzte am 14. December v. J. stattgefunden hat. Am 14. December ist das Budget dem Gemeinderathe vorgelegt worden, also etwas später, als es eigentlich nach dem Statute sein sollte, was wohl damit zu entschuldigen ist, daß die Zusammenlegung der Rechnungen von den Vororten noch immer mit großen Schwierigkeiten verbunden ist. Am 9. November, also einige Tage nach dem Termine, an welchem das Budget hätte vorgelegt werden sollen, habe ich daselbe zur Hand bekommen. Es ist mit dem Aufwande allen möglichen Fleißes daran gearbeitet worden; ihn früher festzustellen, war nicht möglich. Der Gemeinderath hat dann beschlossen, eine Budget-Commission zu wählen. Diejem Beschlusse ist Rechnung getragen worden und die Budget-Commission hat in einer Anzahl von zwölf Sitzungen, wovon die erste am 7. Februar, die letzte am 8. März d. J. getagt hat, ebenfalls, und zwar mit außerordentlicher Gründlichkeit und Genauigkeit, diesen Voranschlag geprüft. Die Vorlagen, welche den Herren zur Hand sind, bestehen aus Folgendem: erstens aus dem Voranschlage selbst, dann aus einem Hefte erläuternder Bemerkungen und Specialausweise, dazu weiters die Anträge, welche der Stadtrath sich zu stellen erlaubt, die den Herren ebenfalls zur Zahl 231 zur Hand sind, und endlich die Berichte und Anträge der zur Vorberathung des Hauptvoranschlages eingesetzten Commission.

Was nun die Hauptziffern dieses Voranschlages betrifft, so sind die Herren ja in der Lage, dieselben aus dem Elaborate unter dem Titel „Bilanz und Bedeckung“ zu finden, und ich werde dieselben, soweit sie für uns interessant sind, kurz wiederholen.

Das Gesamt-Erfordernis, und zwar für alle Ausgaben der Gemeinde, beträgt 41,191.100 fl. Von diesem Betrage entfällt auf solche Auslagen, welche man nicht als currente bezeichnen kann, also Investitionen aller Art, zum größten Theile für die Ergänzung der Hochquellenleitung, ein Betrag von 9,881.060 fl.

Zieht man diesen Betrag ab, so bleibt für die reine currente Gebarung der Gemeinde ein Ausgaben-Etat von 31,310.040 fl. Das sind also unsere currenten Ausgaben.

Die eigenen Einnahmen der Gemeinde betragen 11,623.850 fl. Der Ertrag der städtischen Umlagen beträgt 19,776.020 fl. Wenn man diese beiden Beträge addiert und von der anderen Summe abzieht, so bleibt ein Betrag zu decken, welcher in einer Höhe von 6,753.470 fl. aus dem Wasserleitungsanlehen zu bedecken ist.

Diese Ziffer wird sich eventuell etwas verändern, insofern vom Gemeinderathe die Anträge der Budget-Commission, welche eine Änderung der Auslagen involvieren, genehmigt werden, weil angenommen wird, daß der Gesamtbetrag für die Hochquellenleitung aus diesem Anlehen zu bedecken kommt. Ein Restbetrag von 3,037.760 fl. ist aus den Cassabeständen zu bedecken.

Dabei ist zu bemerken, daß, wenn von den eigenen Einnahmen der Gemeinde per 11,623.850 fl. derjenige Betrag abgezogen wird, welcher auch nicht aus currenten Quellen stammt, — hauptsächlich der Erlös von Baustellen und dergleichen — der reine currente Dienst der Gemeinde mit einem Abgange von 783.530 fl. abschließt. Dieser Betrag vergrößert sich durch die Beschlüsse, welche der Gemeinderath bezüglich des eben beschlossenen Theiles des Budgets bereits gefaßt hat, um beiläufig 100.000 fl., kann sich aber möglicherweise durch Abstriche, welche vom Gemeinderathe vorgenommen werden, wieder vermindern. Im ganzen wird sich jedoch dieser Betrag wenig ändern. Die Bilanz stellt sich also nicht so günstig dar, wie es im früheren Jahre der Fall war. Es ist aber kein Grund, darüber besondere Besorgnis zu haben, weil im Verlaufe des Jahres 1894 Umstände eingetreten sind, welche speciell dieses Jahr besonders belasten.

Ich habe bereits in meinem Berichte erwähnt, daß der Spielplan für die Ziehungen der Communallose vom Jahre 1894 an ein etwas anderer geworden ist. Während nämlich in den früheren Jahren jährlich vier Ziehungen waren, werden vom Jahre 1894 an nur drei Ziehungen stattfinden. Nachdem aber die Gesamt-Annuität, die Gesamtsumme der zu ziehenden Lose die gleiche bleibt, entfallen ausnahmsweise auf das Jahr 1894 drei Raten in der bisherigen Höhe und eine Rate in größerem Ausmaße, so daß ausnahmsweise heuer ein Betrag von ungefähr 147.000 fl. mehr zur Rückzahlung gelangt.

Außerdem fallen voraussichtlich ins Jahr 1894 sehr bedeutende Grundentschädigungen im I. Bezirke für das Haus am Stock-im-Eisen, bei der Equitable, und die ebenfalls sehr bedeutende Grundentschädigung am Neuen Markt in der Umgebung des Schwarzberg-Palais.

Für diese beiden Beträge, von denen der erste in den nächsten Jahren gewiß nicht wieder kommt, und die sonstigen Grundentschädigungen ist heuer eine außerordentlich große Summe, 600.000 fl., ins Budget eingestellt, während im Vorjahre nur 200.000 fl. hiefür eingestellt waren, so daß diese beiden Beträge allein schon beinahe die Höhe des Deficites ausmachen.

Einen Blick in die Zukunft zu werfen und zu sagen, wie sich die Verhältnisse in Zukunft gestalten werden, ist natürlich bei dem Umstande, als die Assimilierung mit den Vororten noch immer nicht vollständig durchgeführt ist, als immer noch neue Organisationen kommen und neue Ansprüche an uns herantreten, eine sehr schwierige Sache; ich bin aber der Überzeugung, daß, wenn es möglich ist, unser currentes Budget in Ordnung zu halten, d. h. wenn der Gemeinderath wie bisher in weiser Sparsamkeit gebart,

ohne daß er es nothwendig hat zu zeigen, und namentlich wenn der Gemeinderath sich von allen denjenigen Auslagen, zu welchen die Gemeinde nicht verpflichtet ist, fernhält, daß es dann möglich sein wird, ohne Erhöhung der Umlagen allen berechtigten Wünschen der Bewohner nachzukommen. Nur dürfen Investitionen, welche verlangt werden: Schulbauten, Canalbauten u. s. w., nicht alle auf einmal verlangt werden, sondern es muß diesbezüglich eine Vertheilung auf einige Jahre stattfinden. Unsere Cassenbestände werden durch die Refundierung aus dem Wasseranlehen sich um einige Millionen stärken, und damit werden wir in der Lage sein, durch zwei, drei, vielleicht auch vier Jahre die nicht currenten Ausgaben aus den Cassenbeständen bestreiten zu können, und ich glaube mich der Hoffnung hingeben zu können, daß nach dem Erfolge der letzten neun Jahre, seit ich die Ehre habe, über das Budget zu referieren, die regelmäßige Steigerung der Einnahmen bei gleichbleibenden Sätzen hinreichen werde, um diejenigen Beträge zu bestreiten, um welche die Ausgaben im natürlichen Wege auch steigen, und welche noch dadurch vermehrt werden, daß die Auslagen für die Verzinsung des Wasseranlehens und die Verzinsung der Verkehrs-Commissionsarbeiten hinzutreten. Es ist also wie gesagt, die begründete Hoffnung vorhanden, und ich glaube mich nicht zu täuschen, daß, wenn der Gemeinderath nicht ganz exorbitante Ausgaben beschließt, er auf eine lange Reihe von Jahren hinaus eine Besorgnis wegen Erhöhung unserer Umlagen nicht hegen dürfe. (Zustimmung.)

Das Budget des heurigen Jahres zeichnet sich dadurch aus, ungewöhnlich hohe Beträge für außerordentliche Ausgaben, für Investitionen, welche also auch unseren Nachkommen zugute kommen, eingestellt worden sind. Es beträgt diese Summe nach dem Ausweise, die die Herren in Händen haben, nahezu zehn Millionen; wozu 1,200.000 fl. für Pflasterungen kommen und ein Betrag von beinahe 900.000 fl. für Grundeinkösungen, das macht 12 bis 13 Millionen, und soweit ich die Budgets der Gemeinde Wien zurückdenke, glaube ich, daß noch nie und in keinem Jahre so hohe Beträge für diese Zwecke eingestellt worden sind. Dazu kommt noch, daß auch die Arbeiten der Verkehrs-Commission in diesem Jahre einen größeren Umfang annehmen werden, an welchen ja die Gemeinde ebenfalls participiert, so daß durch die Stadt Wien Arbeit und Verdienst in einem sehr hohen Betrage geschaffen werden. Außerdem hat die Gemeinde auch dadurch, daß sie der Steuerbefreiung für gewisse Um- und Zubauten zugestimmt hat, die Möglichkeit gegeben, daß Umbauten in größerem Maße vorgenommen werden, was auch für eine Reihe von Jahren hinauswirkt.

Ich bitte nun die Herren, sich mit diesen wenigen Mittheilungen zu begnügen und in die Berathung einzugehen. Ich erlaube mir dabei die Bitte zu stellen, daß, nachdem das Budget in acht Sitzungen des Stadtrathes und 12 Sitzungen der Budget-Commission, also zusammen in 20 Sitzungen, welche jedesmal drei bis vier Stunden gedauert haben und wobei — ich muß es sagen — mit außerordentlicher Gründlichkeit gearbeitet worden, also in der Weise vorberathen worden ist, und bei dem Umstande, daß die genaue Durchberathung eines so großen Elaborates, welches aus vielen tausenden einzelnen Ziffern besteht, mit Erfolg ja nur in einer kleineren Versammlung gemacht werden kann, daß der geehrte Gemeinderath mit mir gleicher Meinung sein wird, daß es zweckmäßig sein wird, sich im Plenum nicht so sehr in die einzelnen kleinen Zahlen zu vertiefen, um die rasche Erledigung

dieses Voranschlages möglich zu machen. Ich bitte, meine Herren, in die Detailberathung einzugehen. (Beifall.)

Referent der Budget-Commission Gem.-Rath Mayer:

Meine Herren! Die Vereinigung der ehemals bestandenen Vorortgemeinden mit den alten Wiener Bezirken hat Verhältnisse geschaffen, die successive erst ihre volle Bedeutung erkennen lassen, und die, gestehen wir es offen, erst successive zur vollen Kenntnis kommen und sowohl die angegliederten Gebietstheile wie auch die Gemeinde Wien selbst vollständig unvorbereitet getroffen haben. Die weite Ausdehnung des neuen Gebietes, die Verschiedenheit der einzelnen Bezirke wie auch die gewiß berechtigten Forderungen nach möglichst rascher Einführung gleicher kommunaler Einrichtungen in administrativer und sanitärer Beziehung erheischen dringend die Inangriffnahme einzelner großer Arbeiten, wofür auch die Geldmittel zu beschaffen sein werden. Ich erwähne beispielsweise nur die Verkehrsanlagen, die Wienfluß-Regulierung und eine Anzahl solcher Arbeiten, die, wie auch die Verzinsung des Wasseranlehens, große Mittel in Anspruch nehmen werden, während auch gleichzeitig die currenten Arbeiten, Straßenpflasterungen u. s. w., in steter Zunahme begriffen sind und an die Leistungsfähigkeit der Gemeinde immer höhere Anforderungen stellen werden.

Aus dem von mir Gesagten resultiert naturgemäß die Frage, wie werden wir auch in der Zukunft in der Lage sein, diesen hohen Anforderungen gerecht zu werden, ohne auf das so sehr verpönte, uns allerdings aus dem Geetze zustehende Recht der Erhöhung der kommunalen Umlagen greifen zu müssen? Meine Herren, solche Mittel gibt es. Dieselben können aber wohl mit Erfolg nur dann angewendet werden, wenn das Streben nach Aufrechthaltung eines geordneten Haushaltes auf beiden Seiten des Hauses gleich ernst und aufrichtig ist, und wenn bei der Durchführung vor allem anderen die Gesamtverwaltung und weniger die eigenen Wahlbezirke und deren Bedürfnisse ins Auge gefaßt werden. Vor allem — glaube ich — empfiehlt sich weise Sparsamkeit, namentlich dort, wo uns sehr große Ausgaben zur Genehmigung vorgelegt werden. Wir müssen sie auf ihre Dringlichkeit und Nothwendigkeit prüfen, ohne jedoch dabei einen Verfall des Bestehenden eintreten zu lassen. Als ein zweites Mittel empfiehlt sich die Schaffung weiterer productiver Unternehmungen, dort, wo sie in den Rahmen der Geschäfte einer Gemeinde passen (Beifall links) und ohne unsere Mitbürger in irgendeiner Weise in ihrem Erwerbe schädigen.

Weiters empfiehlt es sich, solche schon bestehende Unternehmungen möglichst selbständig zu gestalten, mit allen möglichen modernen Mitteln auszurüsten und sie möglichst von jedem bureaukratischen Druck und Einfluß zu befreien.

Weiters ist es aber auch nothwendig, an die hohe Regierung mit dem Ansuchen um eine entsprechende Beitragsleistung zu den Geschäften des Staates heranzutreten, welche die Gemeinde — und sie machen fast mehr als 80 Percent der gesammten Agenden aus — im sogenannten übertragenen Wirkungskreise für den Staat besorgt, während beispielsweise Berlin und Paris in ausreichender Weise hiefür entschädigt werden. Als weiteres Mittel würde sich empfehlen die Vorschreibung der kommunalen Umlagen auch für alle jene Objecte — mögen es nun Häuser oder Unternehmungen des Staates sein — welche nicht administrativen Zwecken gewidmet, sondern die auf Gewinn berechnet sind und bei denen die Gemeinde bisher keine Umlagen, keine Entschädigung für ihre Mühen hatte.

Als letztes Mittel möchte ich die Convertierung der alten 10- und 25-Millionen-Anlehen erwähnen, die heute noch zu dem längst nicht mehr zeitgemäßen Zinsfuße von 5 von 100 verzinnt werden müssen. Wenn ich auch erst bei Gruppe IV „Gemeindefchuld“ eingehend über diesen Gegenstand berichten will — soweit es sich empfehlen wird, in öffentlicher Sitzung darüber zu sprechen — will ich doch heute erwähnen, daß bei genau angestellter Berechnung und voller Berücksichtigung aller von der Gemeinde übernommenen Verpflichtungen hiebei eine jährliche Entlastung von über 650.000 fl. zu erreichen wäre, allerdings unter der Voraussetzung, daß auch den Erfaß-Obligationen die gleiche Gebühren- und Steuerfreiheit gewährt würde, wie den alten Anlehen. Ich will nun kurz sein und hier erwähnen, daß sich außer den allgemeinen Betrachtungen die Budget-Commission, wie schon erwähnt wurde, in zwölf Sitzungen eingehend mit allen übrigen Positionen des Voranschlages beschäftigt und namentlich den großen Arbeiten ihre besondere Berücksichtigung gewidmet hat, und daß eine Serie von Anträgen Ihnen die Arbeiten, die da gemacht worden sind, vor Augen führen wird. Ich bitte Sie demnach gleichfalls, in die Specialberathung einzugehen.

Bürgermeister: Zur Besprechung des Budgets im allgemeinen hat das Wort Herr Gem.-Rath Dr. Lueger.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Das Charakteristische der heutigen Budget-Debatte ist wohl, daß sie in einen Zeitraum fällt, in welchem in der Gemeinde eine Art Interregnum herrscht. Es hat dies eine gute und eine schlechte Seite. Der Umstand hat seine schlechte Seite deswegen, weil auf Seite der Majorität eine Persönlichkeit mangelt, welche in der Lage wäre, das Actionsprogramm der Majorität für die Zukunft klarzulegen, die Haltung der Partei in den einzelnen Fragen in solcher Weise zu präcisieren, daß an dieselbe der Maßstab einer Kritik angelegt werden kann. Es ist nach den Ereignissen der letzten Zeit eine Art Windstille hier im Gemeinderathe eingetreten — nur weiß ich nicht, ob diese Windstille zu einem dauernden Frieden führen wird, oder ob sie nur die Stille vor dem kommenden Sturme bedeutet. Heute kennt man nur jene Verheerungen, welche die bisherige Wirtschaft in der Gemeinde in dem wirtschaftlichen und politischen Leben unserer Vaterstadt Wien angerichtet hat. Man kennt aber nicht die Zukunft, man kennt nicht insbesondere das Programm des neuen Mannes, der an die Spitze der Gemeindeverwaltung zu treten verpflichtet ist. Vielleicht weiß er es selbst in diesem Augenblicke noch nicht.

Die Sache hat aber auch ihre gute Seite, und zwar meiner Überzeugung nach deswegen, weil durch den Umstand, daß eine solche gewaltige Persönlichkeit, wie früher, uns derzeit nicht gegenübersteht, der ganzen Debatte die persönliche Spitze genommen wird, und weil vielleicht auch die Herren der Majorität zur Einsicht gelangen werden, daß es der Opposition bei ihrem Kampfe nicht bloß oder eigentlich gar nicht um den Kampf als solchen zu thun ist, sondern daß sie ausschließlich anstrebt, das Interesse und das Wohl der Gemeinde zu fördern und unsere Mitbürger vor solchen Maßregeln zu bewahren, welche nach unserer Anschauung ihnen schädlich sein können.

Meine Herren! Der Herr Referent des Stadtrathes ist ein unverbesserlicher Optimist, oder er stellt sich wenigstens als einen solchen dar. Vor nicht langer Zeit war er in der Lage, an den Gemeinderath heranzutreten, damit eine Anleihe von 2 Millionen Gulden bewilligt wird. Kurz darauf war er in der angenehmen Lage, an den Gemeinderath heranzutreten, damit ein Anlehen von

4 Millionen Gulden aufgenommen werde. Und trotzdem ist er, ich könnte sagen, frohen Muthes, förmlich gut aufgelegt und sagt: es geht ganz ausgezeichnet, wir werden drauskommen. Ich weiß, daß der Herr Referent, wenn man ihn um die Finanzlage der Stadt Wien befragt, sagt: sie ist eine ausgezeichnete. Er zählt dann gewöhnlich immer alle Neubauten auf, die Schulen, die Gemeindehäuser, die Straßen, die Canäle u. s. w. Er sagt: das Vermögen der Gemeinde Wien vermehre sich. Der Herr Referent übersieht, daß diese Vermögensvermehrung eine ganz eigenthümliche ist. Diese Vermögensvermehrung ist ein fressendes Capital. Je mehr Schulen, je mehr Gemeindehäuser, je mehr Versorgungshäuser, je mehr Straßen, je mehr Canäle, desto mehr Ausgaben für jedes Jahr. Er weist dann darauf hin, daß die Anlehen zurückgezahlt werden, daß die Schulden sich vermindern, und übersieht dabei, daß auch das nicht geeignet ist, uns in der jetzigen Zeit irgendetwas zu nützen, weil die jährliche Quote für jetzt und eine lange Reihe von Jahren sich gleichbleibt. Wenn man wissen will, wie eine Stadt steht, wie ihre Finanzen beschaffen sind, so muß man die ordentlichen Einnahmen mit den ordentlichen Ausgaben vergleichen. Ich will sogar die Rechnung der beiden Herren Referenten zur Grundlage nehmen, trotzdem die Anschauungen der Herren Referenten über die außerordentlichen Auslagen unrichtig sind. Ich bitte, mit mir z. B. die Verzeichnisse durchzugehen.

Da finden Sie im Verzeichnisse A die außerordentlichen oder nicht currenten Auslagen. Da heißt es: „Banliche und sonstige Herstellungen im neuen Rathhause.“ So lange ich im Wiener Gemeinderathe bin, und ich bin seit dem Jahre 1875 in der Körperschaft, ist noch kein Jahr verfloßen, in welchem nicht eine solche Post für das neue Rathhaus gefordert wurde. Wir alle wissen eigentlich noch nicht, wie viel das neue Rathhaus gekostet hat. An diesem Rathhause wird fortwährend gebaut, so lange es steht. So wie ein neuer Bürgermeister kommt, wird er neue Wünsche haben; der eine will eine neue Stiege, der zweite wird vielleicht etwas anderes Neues wollen, der dritte will die Abbaueung der einzelnen Gänge, der vierte will eine Änderung der Ventilation oder Beheizung, und so wird das fortgehen, solange dieses Haus überhaupt steht. Diese Post ist daher keine außerordentliche Ausgabe.

Was die Schulen betrifft, so sind die Ausgaben für dieselben auch keine außerordentlichen Auslagen. Es hat Ihnen ja College Tomola erwähnt, daß in Währing jedes zweite, sagen wir — wir sind sehr sparsam — jedes dritte Jahr eine neue Schule erbaut werden mußte. Nun, wenn die Bedürfnisse fortwährend wachsen, so ist doch dasjenige, was man zur Deckung dieser Bedürfnisse braucht, nicht eine außerordentliche Auslage, sondern eine ordentliche Auslage, und es ist noch kein Jahr vergangen, seitdem ich im Gemeinderathe bin, in welchem nicht Schulbauten zum Beschlusse gelangt und durchgeführt worden wären. Jetzt nach der Vereinigung der Vororte ist dies umso viel mehr der Fall. Die Bevölkerung wächst in den Vororten und es werden in den Vororten in den nächsten Jahren fortwährend immer neue Schulen gebaut werden müssen — nicht in den alten Bezirken, aber in den Vororten, weil die Bevölkerung in den Vororten insbesondere anwächst, während die Bevölkerung in den alten Bezirken, wenn die Verbauung in den inneren Bezirken vollständig durchgeführt ist, stationär bleibt und ein neuer Zuwachs nicht zu erwarten ist.

Es sind auch die sogenannten Canalanslagen nicht außerordentliche Auslagen im wahren Sinne des Wortes; sie werden

sich jedes Jahr erneuern und jedes Jahr wieder kommen. Es ist also nicht richtig, was die Herren Referenten sagen, aber ich will annehmen, es sei richtig, dann bleibt ja, wie der Referent des Stadtrathes bereits auseinandergesetzt hat, noch immer ein Deficit, und zwar nach dem Beschlusse des Stadtrathes von 783.000 fl. und nach dem Beschlusse der Commission von 800- und einigen 50.000 fl. Die Thätigkeit der Budget-Commission hat es daher zustande gebracht, daß das Deficit in den laufenden Ausgaben erhöht worden ist.

Ich weiß nun, daß im Budget Einnahmenposten vorkommen, welche absichtlich niedrig gehalten sind. Ich weiß es auch, daß in den Ausgaben Posten vorkommen, welche ich die Paradedposten nennen möchte; sie werden nämlich nie ausgegeben. Das erleichtert etwas die Situation der Gemeinde. Ich weiß auch, daß die Refundierung der drei Millionen für die Gemeinde zum Vortheile gereichen wird, aber schließlich wird doch nichts anderes übrigbleiben, als daran zu denken, wie denn das Deficit in einer anderen Weise gedeckt werden soll.

Was nun die Umlagen betrifft, so wird, wie der Herr Referent weiß, im nächsten Jahre eine Erhöhung der Landesumlagen, wie ich glaube, um 3 Kreuzer, eintreten. (Hört! Hört! links.) Meine Herren! Die Belastung der Steuerträger in Wien ist eine außerordentlich große, und ich bezweifle es, ob die Steuerträger Wiens eine weitere Belastung vertragen werden. Sie werden sich hüten, für eine Erhöhung der Umlagen zu stimmen, und auch wir werden uns hüten, für eine solche zu stimmen. Sie können es auch nicht recht. Denn Sie haben förmlich feierlich sich verpflichtet, daß eine Erhöhung der Zinskreuzer unter keiner Bedingung stattfinden darf. Der Herr Referent des Stadtrathes hat — ich erinnere ihn daran — erklärt: Wenn der Bierkreuzer bewilligt sein wird, ist die Gemeinde Wien aus allen Nöthen. (Zustimmung links; Widerspruch rechts.) Er hat es gesagt. Nun, seit dem Bierkreuzer ist schon manches erhöht worden, welches ebenfalls sehr wehe thut und welches gerade die arme Bevölkerung belastet. Und an eine Erhöhung der directen Umlagen kann gar nicht gedacht werden, an eine Erhöhung der indirecten noch viel weniger; es muß daher nach anderen Mitteln sich umgesehen werden.

Nun, es gibt meiner Überzeugung nach nur zwei, trotzdem der Herr Referent der Budget-Commission mehrere aufgeführt hat. Es gibt nur zwei Mittel; das eine Mittel heißt: Ersparungen, und das zweite Mittel heißt: Schaffung neuer Einnahmsquellen. Nun erlauben Sie mir, daß ich auf das Capitel Ersparungen zurückkomme.

In den Anträgen der Budget-Commission findet sich — und der Herr Referent der Budget-Commission hat es heute erwähnt — daß man an den Staat herantreten soll, er möge zu den Kosten des übertragenen Wirkungskreises etwas beitragen. Meine Herren, das ist recht schön und gut, ich werde Sie in diesen Bestrebungen kräftigst unterstützen. Der Herr Referent des Stadtrathes lächelt; ich glaube kaum, daß er das lächerlich finden kann. Wenn ich etwas erkläre, meine ich es ernst; aber er lächelt vielleicht über sich und seine Partei (Sehr gut! links), denn gelegentlich der Vereinigung der Vororte mit Wien habe ich getrachtet, daß von Seite des Staates die Kosten des übertragenen Wirkungskreises übernommen werden (Hört! links), und Ihre Führer, meine sehr verehrten Herren, waren es, welche diesen Antrag, diesen gerechten Antrag, zu Falle gebracht haben. (Hört! Hört! links. Rufe links:

Pfui!) Sie kommen immer erst fünf Jahre später auf irgend etwas. Es ist merkwürdig, vielleicht haben Sie es damals schon gewußt, aber damals hat es nicht in Ihren politischen Kram gepaßt, diese Forderung zu stellen. Damals waren Sie froh, daß die Vereinigung der Vororte mit Wien überhaupt zustande gekommen ist; damals haben Sie alles bewilligt, was der Staat in finanzieller Beziehung von der Gemeinde verlangt hat, Sie haben nicht bloß die Kosten des übertragenen Wirkungskreises, die wir schon damals für Altwien zu tragen gehabt haben, behalten, ja, Sie haben auch die Kosten des übertragenen Wirkungskreises für die neuen Bezirke dazu genommen; und Sie müssen doch sich selbst gestehen, daß es einen beinahe komischen Eindruck macht, wenn ein paar Jahre später die nämliche Partei, die damals so blindlings zugestimmt hat, diese Kosten zu übernehmen, weinend an den Staat mit der Forderung herantritt, er möge zu diesen Kosten etwas beitragen. Ich werde überall den Standpunkt vertreten, daß die Gemeinde Wien berechtigt ist, eine solche Forderung zu stellen, aber ich hoffe, daß auch andere Städte ihre Bestrebungen mit den unserigen vereinigen werden. Gewiß wird das geschehen! Aber Sie (rechts) müssen „pater peccavi“ sagen und gestehen, daß Sie damals bei der Frage der Vereinigung der Vororte mit Wien in diesem Punkte übereilt oder im Zustande der Unwissenheit oder zur Erreichung Ihrer politischen Zwecke anders gehandelt haben, als es Ihre Überzeugung war. (Wichtig! links; Widerspruch rechts.)

Nun, meine Herren, ein zweites Mittel, welches vorgeschlagen wird, ist die Convertierung. Die anderen Mittel, das wird der Herr Referent vielleicht selbst zugeben, sind nicht von solcher Bedeutung, daß man sie eingehend besprechen kann — die Convertierung unserer Anlehen. Meine Herren! Ich frage da den Herrn Referenten der Budget-Commission: Ist ihm etwas von der Thatsache bekannt, daß man in Oesterreich die Goldwährung einführen will? (Referent Gem.-Rath Mayer: Gewiß!) Ist ihm vielleicht auch etwas von der Thatsache bekannt, daß der Finanzminister Plener den Zinsfuß der Salinenscheine erhöht hat? (Referent Gem.-Rath Mayer: Ja!) Ist ihm vielleicht drittens etwas von der Thatsache bekannt, daß die Verkehrsanlagen-Commission für ihr Anlehen, welches eine dreifache Garantie besitzt, die des Staates, des Landes und der Stadt Wien, nur 96 fl. für 100 fl. bekommen hat? (Referent Gem.-Rath Boschan: Und $\frac{1}{2}$!) 96 für 100, nicht $98\frac{1}{2}$, weil $2\frac{1}{2}$ in einen Sack fallen, in dem zwar schon viele Millionen sind, welcher aber noch mehrere Millionen verträgt. (Beifall links.) Wir bekommen nur 96 fl., und nun bitte ich ihn auszurechnen den jetzigen Cours der Schuldpapiere der Gemeinde Wien und ihn mit diesem Course zu vergleichen, und dann möge er mir genau ausrechnen, welche Opfer an Capital eventuell gebracht werden müssen, um eine halbwegs leidliche Convertierung zustande zu bringen.

Ich fürchte sehr, Herr Referent, wir haben den Zeitpunkt verpaßt. Wenn Sie mir garantieren, daß keine Goldwährung zustande kommt, daß uns der Herr Finanzminister v. Plener die von ihm aufs tiefste verachteten Guldenzettel läßt; wenn Sie uns garantieren, daß er uns nicht mit diesem Danaergeschenke der Goldwährung beglücken wird, dann kann man an eine Convertierung denken; wenn aber bei uns die Goldwährung eingeführt wird, dann ist absolut an eine Convertierung nicht zu denken, denn wir dürfen das nie riskieren, daß wir an Stelle der jetzigen Papierschuld eine Goldschuld bekommen, und eine solche

Convertierung werde ich wenigstens nie unterstützen, weil sie die Interessen der Stadt auf das empfindlichste schädigen würde. (Lebhafter Beifall links.) Ist dem Herrn Referenten bekannt, daß von dem Goldanlehen der Stadt Wien in Oesterreich beinahe gar nichts vorhanden ist, daß das gesammte Goldanlehen der Stadt Wien — es besteht nämlich schon eines — im Auslande begeben ist? Ist der Herr Referent nicht mit mir der Überzeugung, daß es ein Unglück für ein Land und eine Stadt ist, wenn die Anlehen auswärts begeben werden? Ist der Herr Referent nicht der Meinung, daß es ein Glück wäre, wenn unser Anlehen zurückströmen würde, und daß es daher unsere Aufgabe ist, dafür zu sorgen, daß das Goldanlehen eingelöst und in ein Papieranlehen convertiert werde, damit es zurückgeht? Das wäre unsere Pflicht; diese Convertierung können Sie aber jetzt nicht durchsetzen, wenn der Herr Finanzminister Dr. Edler v. Plener uns die lieben Guldenzettel nimmt, uns dann auch die Fünfer und Fünziger nehmen wird und uns dann auf Gnade und Ungnade mit gebundenen Händen der österreichisch-ungarischen Bank und den übrigen Großcapitalisten überantwortet! Herr Referent, denken Sie reiflich darüber nach, bevor Sie in dieser Beziehung auch nur einen Schritt in jetziger Zeit machen!

Ich bin nicht verantwortlich und auch meine Partei nicht, für den jetzigen Stand des Geldmarktes; dafür sind jene Leute verantwortlich, welche — sagen wir, in Unwissenheit, sagen wir, weil sie eingenommen waren von Nebeln gewisser Vorurtheile — im Begriffe sind, Oesterreich ins Unglück zu stürzen! (Beifall und Händeklatschen links.)

Nun, es gibt aber schon noch andere Positionen, bei denen gespart werden kann, aber davon wird nichts gesprochen. Warum reden Sie denn nichts von der Position des Gehaltes des Bürgermeisters, der Vice-Bürgermeister und der Stadträthe? Warum reden Sie davon nichts? Glaubt der Herr Budget-Referent, daß ein Gehalt von 24.000 fl. entsprechend ist der Finanzlage der Stadt Wien, glauben Sie, daß ein Gehalt von 6000 fl. entsprechend ist, glauben Sie, daß die Stadträthe 3000 fl. wirklich beziehen müssen? Fällt Ihnen nicht ein, daß Sie darüber nachdenken können, ob nicht an Stelle so hoch bezahlter Functionäre etwas anderes und Besseres gesetzt werden kann? Warum nicht? Da soll mit dem Sparen begonnen werden, an uns selbst müssen wir beginnen, zu sparen. Wenn wir aber selbst 24.000 fl., 6000 fl. und 3000 fl. beziehen, dann ist das Wort „Sparbarkeit“ eine Lüge gegenüber der gesammten Bevölkerung. Ja, ich sage es Ihnen ganz offen: Sonst wird es wenig zum Sparen geben in den ordentlichen Auslagen. Die ordentlichen Auslagen werden sich vermehren, es kommen dazu die Zinsen der Anlehen, soweit wir daran betheilt sind, die Zinsen des Anlehens der Verkehrs-Commission, dazu kommen die Zinsen des Wasseranlehens. Es kommen dazu andere bedeutende Auslagen. Meine Herren das alles kommt dazu; das läßt sich nicht ändern.

Wenn Sie nachsehen, wie es in der Verwaltung aussieht, so werden Sie von nichts anderem als von Reorganisierung hören. Was bedeutet denn das Wort „Reorganisierung“ in Wien? Das Wort „Reorganisierung“ bedeutet: Erhöhung der Gehalte und Bezüge. So wird gesprochen von der Reorganisierung des Gartenpersonales, gleichbedeutend mit Erhöhung; Reorganisierung des Sanitätsdienstes, gleichbedeutend mit Erhöhung und Vermehrung. Reorganisierung der Feuerwehr! Unlängst haben wir es im Stadtrathe gehört: Wir wollen nicht — wie hat sich damals der Herr

Antragsteller ausgedrückt? — wir wollen nicht bruchstückweise vorgehen, wir wollen energischer reorganisieren. Was heißt das „energischer reorganisieren“? Das heißt, wir wollen die Löhnungen erhöhen; also überall mehr!

Sehen Sie auf das Pflaster von Wien! Das ist ja elend bestellt und wir geben viel zu wenig dafür aus. Ich begreife es, daß die Posten in der Budget-Commission zum Theile erhöht worden sind. Da mangelt es überall. Es mangelt in unseren Gartenanlagen. Wie schaut es zum Beispiele in unseren Gartenanlagen aus? Das ist ja unglaublich. (Widerspruch rechts.) Specieell in den Bezirken. Meine Herren, schauen sie sich gefälligst den Bacherplatz im V. Bezirke an! Es sind hier Herren, die das gewiß gesehen haben. Schauen Sie sich zum Beispiele den anderen Platz an; was hätte daraus geschaffen werden können! Ist das eine Pflege, wenn sie einen Sand aufstreuen, der — ich könnte sagen — die Kinder förmlich vergiftet? Wissen Sie, meine Herren, welcher Sand aufgestreut wird? Es wird jener Sand aufgestreut, der im vorigen Jahre zusammengerieben wurde und bei dem alle Bestandtheile dabei sind. Und da wollen Sie sagen, das ist eine gute Verwaltung? Nein, das ist keine gute Verwaltung. Da wird noch viel mehr ausgegeben werden müssen, als bisher ausgegeben worden ist.

Es geht nicht, meine Herren! Der Stadtrath ist nach meiner innersten Überzeugung eine unmögliche Körperschaft, wenigstens in seiner jetzigen Gestaltung.

Weiters bin ich — und auch da will ich durchaus nicht einzelne Personen beleidigen — seit jeher und werde es bleiben: ein Gegner der bezahlten, gewählten Stellen. (Beifall links.) Diese bezahlten, gewählten Stellen corrumpiren (Beifall links) überall, meine Herren, überall, merken Sie sich das, an allen Orten, und jede Partei, meine Herren, jede Partei, auch unsere, würde dadurch corrumpiert werden. (Beifall und Händeklatschen links.)

Ich habe mir die Überzeugung verschafft, daß jenes Mitglied des Stadtrathes, welches fleißig arbeitet, seine ganze Zeit dieser Thätigkeit zu widmen förmlich verpflichtet ist; der Betreffende muß, wenn er ein Geschäft hat, sein Geschäft vernachlässigen. Dadurch kommt er nach und nach in die Lage, daß er auf den Bezug von 3000 fl. angewiesen ist; denn, wenn einer sich sonst nichts verdienen kann, muß er von diesen 3000 fl. leben. Ich sage es nochmals, ich will niemand kränken, ich spreche in diesem Punkte wirklich aus meiner innersten Überzeugung, ich könnte sagen, im Interesse Aller. Er wird auf die 3000 fl. angewiesen, er wird dadurch — ich könnte sagen, ohne daß er es will — ein Diener entweder einer übermächtigen Persönlichkeit oder ein Diener einer übermächtigen Partei; er verliert seine Selbstständigkeit, er verliert die Kraft, dasjenige, was er wirklich fühlt, dann zum Ausdruck zu bringen, wenn er weiß, daß diese seine Meinung sich im Gegensatz mit jener der übermächtigen Persönlichkeit, mit jener der übermächtigen Partei befindet, er muß auf die Partei Rücksicht nehmen, er wird dadurch nicht zum Diener der Gesamtheit, was im Stadtrathe sein soll, er wird zum Diener einer Partei, und die ganze Verwaltung ist dann nicht eine Verwaltung im Interesse der Gesamtheit, sondern sie ist eine Verwaltung im Interesse einer einzelnen Partei, und es kommt die Clique zur Herrschaft, jene Herrschaft, welche am verhängnisvollsten und am schädlichsten für das Allgemeine ist. (Beifall und Händeklatschen links.)

Damit Sie sehen, dass ich nicht bloß über die Stadträthe so denke, so erkläre ich Ihnen, dasselbe denke ich auch von den Landesauschüssen, wo sie immer sind, und ich habe die volle Überzeugung gewonnen, dass die Verwaltung durch bezahlte, gewählte Männer keine gute ist; sie ist es nicht in Ungarn, sie ist es nicht in Oesterreich, sie kann es nicht sein. Darum bin ich nach wie vor der Meinung, dass es kein Unglück gewesen wäre, wenn man damals mir gefolgt hätte. Ich habe immer die Anschauung vertreten, dass gewisse Dinge ruhig dem Magistrate zur Durchführung hätten überantwortet werden können, schlechter als jetzt wäre es nicht geworden, und schneller als jetzt wäre es gewiss gegangen. Das haben Sie nicht gethan. Sie haben den Stadtrath geschaffen, um den Magistrat — ich könnte sagen — unmöglich zu machen oder auch zu einem Diener zu degradieren, und den Gemeinderath zu entlasten — und nun, meine Herren, frage ich Sie, ist der Gemeinderath entlastet? Antwort darauf: Nein! Und es ist das merkwürdigste, dass außerordentlich wichtige Angelegenheiten aus dem Stadtrathe oder — wie man sich früher ausgedrückt hat — ex Stadtrath erledigt werden, während wir manchmal mit verhältnismäßigen Kleinigkeiten zu thun haben.

Also es muß nach neuen Einnahmsquellen gesucht werden. Nun, meine Herren, es hat mich nichts mehr überrascht, als jener Theil der Rede des Herrn Berichterstatters der Budget-Commission, welcher sich mit neuen Einnahmsquellen befaßt hat. Ich hätte nur gewünscht, dass der geehrte Herr Referent vielleicht, so sagen wir, um zehn Jahre früher — ich weiß nicht, seit wann er dem Gemeinderathe angehört — dergleichen Anschauung nicht bloß gewesen wäre, sondern derselben auch in seiner Partei energischer Ausdruck gegeben hätte. (Sehr richtig! links.) Aber das ist nicht geschehen. Da fürchte ich sehr, die geehrten Herren werden zu den alten Sünden noch neue häufen, auf diesem Gebiete wenigstens.

Einer Ihrer Führer — es war ein sehr maßgebender Führer Ihrer Partei — der Herr Frauenberger (Heiterkeit) — hat einmal eine Rede gehalten, in welcher er den Gedanken vertreten hat, dass mit der englischen Gasgesellschaft ein neues Übereinkommen geschlossen werden soll. (Hört! Hört! links.) Sie erinnern sich vielleicht, dass ich einmal hier im Wiener Gemeinderathe gesagt habe, ich wette mit Ihnen, dass Sie mit der englischen Gasgesellschaft neuerdings einen Vertrag abschließen. Einer der Herren, ich glaube, es war Herr Herold, hat gesagt, das geschieht gewiss nicht. (Rufe links: Wagenauer!) Oder der Wagenauer, ja der Wagenauer. (Heiterkeit.) Meine Herren, es wird doch geschehen, passen Sie auf. Denn die Stimme des Herrn Frauenberger ist eine prophetische Stimme. (Lebhafte Heiterkeit.) Ich versichere Sie, er ist einer der wenigen Naturmenschen, die hier und da ausplaudern, was sie schon lange verschwiegen im Herzen tragen. (Lebhafte Heiterkeit.) Sie erlauben, dass ich vielleicht auch noch auf einen anderen Punkt zu sprechen komme, nämlich auf die Verwaltung.

Beide Herren Referenten werden mir zugeben, dass die Verwaltung der Stadt Wien eine außerordentlich theuere ist. Die Kosten derselben haben sich außerordentlich vermehrt. Da muß ich mich doch fragen, ist die Verwaltung gut? Darauf gibt es aber nur eine Antwort: nein, sie ist nicht gut. Solange ich nicht im Stadtrathe war, konnte mir der verstorbene Bürgermeister Dr. Prix in einer Beziehung denn doch, wie soll ich sagen — einen kleinen Schleier vor das Antlitz ziehen. Er hat nämlich gesagt, es wird schnell gearbeitet.

Meine Herren! Seitdem ich darin bin, weiß ich, daß der Stadtrath, das habe ich ja bereits einmal gesagt, vielleicht mit einer Ausnahme außerordentlich fleißig arbeitet (Rufe links: Noske!), daß er aber von der Arbeit förmlich erdrückt wird. Es wird daher auch nicht schnell in dem Sinne gearbeitet, daß alles schnell erledigt wird. Es muß vieles liegen bleiben. Es ist das gar nicht zu vermeiden, und wie die Herren sehen, mache ich ja daraus keinen Vorwurf, weil ich selbst dabei bin und die Unmöglichkeit erkenne, daß der Stadtrath alles bewältigt. Es wird aber auch nicht gründlich gearbeitet, nicht genau, das ist ja ganz erklärlich. Man ist, ich könnte sagen, in einem förmlichen Fieber, daß man fertig wird. Die Herren Vorsitzenden sagen: ich bitte Sie, nur schnell, nur schnell; und wenn einer sich zum Worte meldet, so kriegt er ein etwas zuwideres Gesicht — nicht ich, ich sage es, ich werde sehr anständig behandelt (Heiterkeit), es sind nur die Herren von der Majorität.

Auch wir, meine Herren, räkern uns herum, wir müssen jetzt Nachsitzen haben bis 9 Uhr — gestern bis $\frac{3}{4}$ 10 Uhr — und wir werden nicht fertig. Ja, meine Herren, das ist ja ein Beweis, daß die Geschichte nicht klappt. Das Budget wird zu spät vorgelegt, der Hauptrechnungs-Abschluss wird zu spät vorgelegt — alles kommt zu spät — jetzt, meine Herren, sind Sie vielleicht mit Ihrer Schuld, vielleicht ohne Ihre Schuld, aber das ist ganz gleich — in der Lage, täglich Gesetzeswidrigkeiten zu begehen. Denn die gesammte Verwaltung, wie sie jetzt geführt wird, ist eine Gesetzeswidrigkeit vom ersten bis zum letzten. Nach dem Statute muß das Budget vor dem Verwaltungsjahre erledigt sein, denn nur dann gibt es bedeckte und nicht bedeckte Posten; solange das Budget nicht erledigt ist, gibt es keine bedeckten Posten und Sie sehen — Ihre ganze Wirtschaft hat jetzt gar keine legale Grundlage, und wenn ich jetzt mit Ihnen herum-springen wollte, so könnte ich es jetzt in leichtester Weise thun — ich habe es nicht gethan. Trotzdem wir aber überbürdet sind, hat ja der Gemeinderath gar keinen Einfluss. Der Gemeinderath als Körperschaft ist ja eine reine Null, und Sie, meine Herren, von der Majorität — wenn es einen „Nullster“ gibt, Sie sind der „Nullster“. (Lebhafte Beifall links.) Nur hier und da hat der Herr Gem.-Rath Frauenberger eine gewisse Bedeutung, wenn er rebelliert — aber sonst, meine Herren, sind Sie noch viel weniger wert als wir. Der Magistrat hat ebenfalls keinen Einfluss, und während der Magistrat früher als Körperschaft geachtet war, als Körperschaft große Geltung besessen hat, hat er dieselbe total verloren. Er ist einfach der ergebene Diener des Stadtrathes und des Bürgermeisters. Es ist ja komisch, wenn man gewisse Referate liest, wie sich da durchgewunden wird. Es ist manchenmal bedauerlich und ich erinnere mich an einen nicht unwichtigen Fall, wo jemand gesagt hat, daß er gegen seine eigene Meinung etwas unterschrieben hat. Das Statut selbst ist lückenhaft und undeutlich in vielen Punkten. Das Ansehen der Gemeindeverwaltung gegenüber den Staatsbehörden ist gesunken. (Rufe rechts: Gegenüber der Bevölkerung!) Ja, Ihr Ansehen kann in der Bevölkerung gesunken sein, bezüglich meiner Partei erlauben Sie mir, das zu bezweifeln. Wir sind in der Gelegenheit, daß wir über Thun und Lassen unseren Wählern Rechenschaft ablegen. Was Ihre Parteikreise von uns halten, ist uns, ich sage es Ihnen offen, gleichgiltig, wir stehen auf dem Boden unserer Wähler und legen unseren Wählern Rechenschaft ab über das, was sie uns auftragen und was wir für gut halten. (Gem.-Rath Gregorig: Bei offenen Thüren!)

Ich habe heute von Offenheit gar nicht gesprochen, nicht von den geheimen Verhandlungen im Stadtrathe und von allen diesen Dingen.

Ich könnte davon auch manches erzählen. Aber, meine Herren, Sie sind ja nicht Schuld daran, Schuld daran ist der Landtag und Ihre Vertreter im Landtage, Ihre Majorität.

Die hat das Gesetz in einer Weise geschaffen, daß es eben so geworden ist, wie es sich derzeit darstellt. Unter solchen Verhältnissen sollte man glauben, daß auf allen Seiten die Erkenntnis plaggreifen würde, daß ein Zusammenwirken aller Kräfte nothwendig ist, um den total verfahrenen Karren der Gemeindeverwaltung ins richtige Geleise zu bringen. Leider ist wenig Aussicht dafür vorhanden.

Denn in den Blättern Ihrer Partei (Nuse links: Judenliberale!), der judenliberalen Partei, liest man von nichts anderem als von der Nothwendigkeit der Vernichtung und Unterdrückung unserer Partei, und in den Candidatenreden Ihrer Führer, die gerade jetzt gelegentlich der Neuwahl eines Abgeordneten in der inneren Stadt Wien gehalten werden, hört man keinen anderen Ausruf und kein anderes Schlagwort, als „Nieder mit den Antisemiten!“ (Heiterkeit links.) Ja, ich erkläre Ihnen: alle Antisemiten zusammengenommen, können bis jetzt noch nicht so viele Juden verzehrt haben, als Herr Roske in den wenigen Tagen seiner Candidatur Christen verzehrt hat. (Heiterkeit, Beifall und Händeklatschen links.) Es wird Ihnen zugerufen: „Nur ja nicht Frieden schließen, Kampf bis aufs Messer!“ Ich fürchte sehr, Sie haben bisher gefolgt; Sie werden vielleicht auch weiter folgen. (Gem.-Rath Frauenberger: Wer weiß?) Es soll mich freuen, wenn es nicht der Fall wäre, aber ich fürchte, daß selbst das Ansehen und die gewichtige Autorität des Herrn Frauenberger seine Partei in diesem Punkte nicht wird belehren können. Aber die Partei thäte gut, einem solchen Rathschlage zu folgen; denn ich glaube, daß sie Ursache hätte, unsere Rathschläge hie und da zu beherzigen.

Meine Herren! Es war einmal Gelegenheit, die Gasfrage im Sinne der Gemeinde-Interessen zu lösen.

Damals sind wir und auch ein Mann, der nicht mehr hier ist, mit allem Eifer für die Lösung im Sinne der Interessen der Gemeinde eingetreten.

Meine Herren! Sie waren es, die dagegen waren, Sie müssen sich heute gestehen, daß es ein Glück für Wien wäre, wenn wir bereits im Besitze der Gasanstalt wären, wenn die englische Gesellschaft draußen wäre. Fragen Sie wenigstens die neuen Mitglieder Ihrer Partei. Fragen Sie wenigstens die Hoteliers und alle jene Geschäftsleute, welche mit der englischen Gasgesellschaft zu thun haben, ob ich nicht Recht habe.

Meine Herren! Ich erinnere mich an den großen Tramway-Krieg. Der große Tramway-Krieg, den ich lange Zeit und — wie ich glaube — zum Heile der Gemeinde geführt habe, wurde durch einen Frieden beendet, den der damalige Vice-Bürgermeister geschlossen hat. Lesen Sie die damaligen Debatten und vergleichen Sie den Inhalt derselben mit den heutigen Zuständen und Sie werden finden, daß gerade ich es gewesen bin, der alle Mängel dieses Vertrages hervorgehoben hat, der auf die Zukunft hingewiesen hat, und Sie werden finden, daß die Führer ihrer Partei es gewesen sind, die eigensinnig und bloß, um nicht ein Jota daran ändern zu lassen, mir entgegengetreten sind und die Anträge zu Falle gebracht haben.

Meine Herren! Jetzt ist die Tramway mächtiger denn je, mächtiger als die Gemeinde, mächtiger als die Statthalterei, ich könnte sagen, mächtiger als das Ministerium. (Zustimmung links.) Die Tramway thut noch vielmehr das, was sie will, als sie es jemals gethan hat. Die Tramway ruiniert dabei alle jene Geschäftsleute, welche mit dem Fuhrwerke zu thun haben, sie ruiniert die Sattler, die Schmiede u. s. w., alles ohne Unterschied. Und dennoch herrscht sie. Sie ist Regentin, und wir alle müssen uns eine Behandlung gefallen lassen, wie sie der Bevölkerung einer Großstadt nicht würdig ist. Lesen Sie die damaligen Debatten und Sie werden finden, daß ich damals gut gerathen habe, und daß es ein Fehler war, daß man meinen Rathschlägen kein Gehör geschenkt hat. Ich erinnere mich an den letzten Tag der Debatte. Da hat man die Majorität so recht zusammengetrieben und da hat es geheißt, heute muß man fertig werden.

Es war Regen draußen — alles mögliche. Bis 10 Uhr haben Sie hier ausgedauert, weil man gewußt hat, daß ich allein Redner bin, man dachte: der muß müde werden und kann nicht weiter reden, und ich bin auch müde geworden. Aber das Resultat ihrer damaligen Anstrengungen war zu Gunsten der Tramway-Gesellschaft, zum Schaden der Gesamtbevölkerung.

Denken Sie auch an die Vereinigung der Vororte mit Wien; schlagen Sie die damaligen Debatten nach, ob ich nicht Wort für Wort vorausgesagt habe, wie die Gemeindeverwaltung beschaffen sein wird unter dem Stadtrathe und den sonstigen Cautelen, die geschaffen wurden. Lesen Sie nach, wie ich gesagt habe, welche neue Auslagen erwachen werden. Jetzt singt man das Lied, ich habe es schon damals gesungen — die Herren haben es nicht geglaubt.

Denken Sie auch an die Verkehrsanlagen! Meine Herren, der Gang der Ereignisse bei den Verkehrsanlagen ist für mich — ich muß es sagen — geradezu erhehend. Sie verhöhnen, lachen mich aus oder haben es wenigstens gethan, wenn ich davon gesprochen habe, daß die Localbahnen nicht an Private hintangegeben werden sollen. Schließlich ist es doch durchgegangen, daß dies nicht geschieht, sondern daß die Verkehrsanlagen-Commission die Localbahnen baut. Und heute lese ich in den Abendblättern, daß auch dasjenige erreicht wird, wofür ich immer gestritten habe: daß die unglückselige Hochbahn bei der Landstraße wegstommt und durch eine Tiefbahn ersetzt wird. Das ist meine Agitation, meine rastlose Agitation. (Beifall links, Widerspruch rechts.) Meine Herren, Sie können machen, was Sie wollen, Sie wissen nicht, was Agitation bedeutet, Sie wissen nicht, was es bedeutet, wenn in jedem Bezirke, in jeder Versammlung davon gesprochen wird, wenn man den betreffenden landesfürstlichen Commissär immer auffordert, er möge das ja berichten, wenn man immer wieder erklärt, daß es ein Verbrechen, eine Nichtswürdigkeit wäre, wenn so etwas geplant würde. Sie wissen nicht, daß ich den Muth habe, solche Worte zu sprechen und solche Aufforderungen an die Regierung zu richten; Sie wissen nicht, wie man eine bedeutende Agitation entfesseln kann, an der das ganze Volk theilnimmt, aber ich weiß es und bin stolz darauf und stolz auf die Siege, die unsere Agitation im Vorjahre errungen hat. (Lebhafter Beifall links.)

Ich erinnere Sie, meine Herren, wer hat denn die Frage der Straßen säuberung gelöst? Und zwar in der Weise gelöst, wie es jetzt geschehen ist? Wir, meine Herren! Freilich wird Gem.-Rath Frauenberger sagen: Er war damals unser Führer.

(Heiterkeit links.) Wir haben ihn damals als Sturmbock gebraucht, und sein Schädel hat sich als ein guter eiserner Schädel erwiesen! (Erneuerte Heiterkeit links.) Sehen Sie also, wir haben oft recht gehabt, und eine Partei, welche so oft recht hat, eine Partei, welche mit wahrhaft prophetischem Blicke alles das vorausgesehen und vorausgesagt hat, was seither eingetreten ist, eine solche Partei verdient mehr Beachtung, verdient jedenfalls nicht jene Behandlung, welche Sie (rechts) ihr bisher haben angedeihen lassen. (Sehr richtig! links.) Freilich werden Sie mir sagen — es ist das auch das alte Lied, welches ich in den verschiedenen Blättern lese: „Das ist eine Scandalspartei, da gibt es keinen Frieden“.

Ja gehen Sie gefälligst die verschiedenen Amtsblätter durch und Sie werden zur Überzeugung kommen, daß sogenannte Scandale nur immer eintreten, wenn wir Unrecht erleiden müßten. Wollen Sie keine Scandale, dann thun Sie kein Unrecht. So wie Sie recht handeln, wird es keinen Scandal im Saale geben. (Sehr richtig! links.)

Zwei Worte sind es, welche, wenn sie in die That übersezt werden, den Frieden in diesem Saale herbeiführen und eine sachliche Behandlung der Angelegenheiten ermöglichen. Das eine Wort lautet: „Umkehr“. Sie dürfen nicht die Traditionen fortführen, Herr Dr. Prix darf nicht Muster sein. Wir sind mit Herrn Dr. Prix fertig geworden und wir werden mit jedem fertig werden, welcher die Wege des Herrn Dr. Prix wandeln wird. Es möge daher auch der neue Herr Bürgermeister glauben oder nicht glauben, daß wir durch unsere Theilnahme an der Leichenfeier vielleicht bekannt hätten, daß wir uns jemals geirrt haben (Unruhe rechts; Gem.-Rath Frauenberger: Aber das gehört doch nicht hieher!) oder gefehlt haben. (Gem.-Rath Frauenberger: Lassen Sie den armen Prix in Ruhe! — Ruhe links: Ruhe! — Ruhe rechts: Wo ist der Vorsizende?)

Bürgermeister: Ich bitte, es wäre wünschenswert, wenn dieses Thema verlassen würde, denn, aufrichtig gesagt, es berührt peinlich.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Wenn Sie nicht wollen, daß ich spreche, werde ich einfach aufhören. Ich habe niemanden in irgendeiner Weise beleidigt, ich spreche in vollständig ruhiger, sachlicher Weise, wenn Sie das nicht hören wollen, so gehen Sie hinaus! Es wäre aber traurig, wenn sich der neue Herr Bürgermeister vom Herrn Gem.-Rathe Frauenberger commandieren ließe! Gewöhnen Sie sich doch Unabhängigkeit an! (Unruhe.)

Bürgermeister: Pardon, ich bitte. (Gem.-Rath Stehlik ruft dazwischen.) Herr Gem.-Rath Stehlik, Sie haben nicht das Wort. Ich muß den Herrn Redner, dem ich bis jetzt die größte Redefreiheit, ja die allergrößte Redefreiheit zutheil werden ließ, bitten, den Vorsizenden nicht in solcher Weise zu attackieren.

Ich habe bemerkt, daß es mich und, wie ich sehe, auch einen größeren Theil der Versammlung peinlich berührt, wenn von dem Leichenbegängnis des verstorbenen Bürgermeisters in Verbindung mit politischen Streitverhältnissen gesprochen wird. (Zustimmung rechts.) Ich habe deshalb den Wunsch ausgesprochen, der Herr Redner möge dieses Thema verlassen, das ist mein Recht, das ist meine Pflicht, und ich habe damit dem Herrn Redner in gar keiner Weise ein Unrecht zugefügt. (Beifall rechts.)

Gem.-Rath Dr. Lueger (fortfahrend): Wir haben ihm jene Ehre erwiesen, welche jeder christlich denkende Mann dem gefallenem tapferen Feinde erweist. Wir haben dies gethan trotz aller

hämischen Bemerkungen in gewissen Parteiblättern. Aber wir bleiben auf dem alten Boden, den wir seit jeher eingenommen haben und wenn nach der Tradition vorgegangen wird, und das wollte ich sagen, wenn nach der alten Tradition vorgegangen wird, wenn wir so behandelt werden in Zukunft, wie wir früher behandelt worden sind, dann wird auch der neue Bürgermeister eine festgeschlossene Opposition auf seinen Wegen finden. (Zustimmung links.)

Wir verlangen zweitens Gerechtigkeit. Ungerecht ist die jetzige Eintheilung der Wahlkörper; ungerecht ist die Vertheilung der Gemeinderäthe auf die einzelnen Bezirke; ungerecht ist die Art und Weise der Wahl des Stadtrathes; ungerecht ist die Stellung des Gemeinderathes. Es muß das alles geändert werden. Es muß das Haus der Gemeinde vom Fundament auf neu erbaut werden, damit an Stelle des Unrechtes endlich einmal Gerechtigkeit nicht gegenüber uns, sondern gegenüber dem Volke tritt. (Zustimmung links.)

Ungerecht ist auch die Art und Weise, wie wir bisher behandelt worden sind; wir sind ausgeschlossen vom Präsidium, man vergönnt uns nicht einmal eine Schriftführerstelle, die gewiß — die Herren Schriftführer werden verzeihen — nicht mit allzu großen Rechten ausgestattet ist, und Sie könnten doch einen Schriftführer von unserer Seite brauchen. Sehen wir doch, daß die Schriftführer Ihrer Partei (zur rechten Seite gewendet) sehr oft nicht richtig zu zählen in der Lage sind! (Heiterkeit links.) Wir sind ausgeschlossen vom Stadtrathe, und meine Wahl verdanke ich nicht Ihrer Partei; die verdanke ich nur einzelnen aus Ihrer Partei, welche mir ihre Stimme gegeben haben, denen ich dafür immer dankbar bin. Wir sind ausgeschlossen vom Bezirksschulrath, wir sind ausgeschlossen vom Landeschulrath, wir sind ausgeschlossen von der Verkehrsanlagen-Commission, in die ich ja vom niederösterreichischen Landtage entsendet worden bin.

Wir sind mit einem Worte ausgeschlossen von allen Verwaltungsgebieten. Ja, selbst wenn Sie uns einige Stellen in einer Commission gönnen, fügen Sie einem solchen Zugeständnis immer eine Erniedrigung bei. (Sehr richtig! links.) Die Budget-Commission besteht aus 30 Mitgliedern, uns hätten nach der Stärke zehn Stellen gebürt. Nein, man hat sie uns nicht gegeben, nur sieben, weil man drei Stellen vergeben mußte an die Abgefallenen der eigenen Partei.

Auch dann, wenn Sie geben, geschieht es in einer kränkenden Form, welche bei jeder Partei das Ehrgefühl auf das tiefste verlegt (Sehr richtig! links), und trotzdem sind wir nicht in factische Opposition gegangen. Wie oft, meine Herren, habe ich es zustande gebracht, daß einstimmige Beschlüsse hier in diesem Saale gefaßt worden sind! Immer ist das Interesse der Gesamtheit hochgehalten worden und wir haben manche Bedenken unterdrückt, wenn es sich darum gehandelt hat, einen einstimmigen Beschluß zu fassen. Darum rathe ich Ihnen zum Schlusse zur Umkehr und zur Gerechtigkeit. Sie sind die einzigen Mittel, welche den kranken Körper heilen können. Ihre Sache, meine Herren von drüben, wird es sein, zu entscheiden, ob Sie von diesen Mitteln Gebrauch machen wollen oder nicht. (Lebhafter, anhaltender Beifall und Händeklatschen links.)

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsiz.)

Gem.-Rath Dr. Stern: Sehr verehrte Herren! Ich werde dem Herrn Vorredner nicht auf das ganze Gebiet folgen, welches

er betreten hat; ich werde nicht eingehen auf Fragen, welche weit abliegen von dem, was uns gegenwärtig beschäftigt. Einige Bemerkungen kann ich jedoch nicht unterdrücken. Wenn der Herr Vorredner davon gesprochen hat, wie er und seine Partei sich in Fragen, welche den früheren Gemeinderath beschäftigt haben, z. B. in der Gasfrage, in der Tramwayfrage und in anderen Fragen verhalten haben, so möchte ich ihm darauf erwidern, daß, trotzdem mehrere Herren auf denselben Sigen sich befinden, welche die frühere Opposition eingenommen hat, die gegenwärtige Opposition doch eine ganz andere Partei ist als die frühere Opposition war, daß die Partei, welche früher diese Sitze eingenommen und welche sich in vielerlei Fragen gegenüber der Majorität in der Opposition befunden hatte, doch auch auf dieser (rechten) Seite in einzelnen von dem Herrn Vorredner angeregten Fragen Anhänger hatte.

Der Herr Vorredner hat wieder das alte Thema der Vereinigung der Vororte mit Wien berührt. Ich werde darauf nur zwei Worte erwidern. Ich halte diese Vereinigung unter allen Umständen für einen Vortheil sowohl für uns wie für die neu einverleibten Bezirke (Widerspruch links), für einen Vortheil für uns, weil es eine Thatsache ist, daß eine Stadt mit 800.000 Einwohnern unmöglich gedeihen kann, wenn sich an ihren Grenzen große Gemeinwesen mit 500.000 oder 600.000 Einwohnern entwickeln, die, vermöge Verschiedenartigkeit der Besteuerung, sich in ganz anderen, weit günstigeren Lebensverhältnissen befinden. Und wenn es noch in Frage gestellt wird, ob es auch für die neuen Bezirke ein Vortheil war, so möchte ich nur auf eines verweisen, was wir heute hier gehört haben, nämlich auf die Schilderung der Schulzustände in den Vororten, so beispielsweise auf die Schilderung, welche uns Herr Gem.-Rath Tomola von der Schule in Neustift am Walde gegeben hat, der Vorwürfe darüber erhebt, daß, wie er sagte, jetzt schon lange Jahre vergangen seien, ehe diese entsetzlichen Zustände Abhilfe gefunden haben. Das ist dasjenige, was ich in diesem Punkte entgegnen möchte.

Es hat der Herr Vorredner auf zwei Punkte verwiesen, welche von Seite des Herrn Stadtraths-Referenten und des Herrn Referenten der Budget-Commission hier zur Sprache gebracht wurden. Zunächst auf die Beitragsleistung zu den Kosten des übertragenen Wirkungskreises. Er hat darauf hingewiesen, daß er selbst seinerzeit — ich weiß nicht, ob hier im Gemeinderathe oder vielleicht im Landtage — davor gewarnt habe, daß die Gemeinde diese Kosten des übertragenen Wirkungskreises auch in den neuen Bezirken übernehme. Diese Kosten des übertragenen Wirkungskreises in den neuen Bezirken allein sind es nicht, welche mit allzu großem Schwergewichte in die Waagschale fallen, aber allerdings gibt gerade der übertragene Wirkungskreis, welchen wir übernommen haben, uns einen neuen Rechtstitel, an die Staatsverwaltung in einem Sinne heranzutreten, wie ich mir erlauben werde, ihn später zu entwickeln.

Es hat der Herr Vorredner auch von der Convertierung gesprochen und damit die Frage der Goldwährung in Verbindung gebracht. Nun, die Frage der Goldwährung werden wir im Gemeinderathe wahrhaftig nicht behandeln. (Sehr richtig! rechts.) Das ist eine Frage, welche von solcher Tragweite ist, daß wir im Gemeinderathe unmöglich dazu competent sein können (Widerspruch und Zwischenrufe links), uns in Discussionen über diese Frage einzulassen. Aber das eine ist sicher, darauf mache ich aufmerksam — und das hat ja bereits der Herr Vorredner berührt — daß thatsächlich eines der Anlehen, welche wir convertieren wollen, wenn wir es können — denn es kann sich immer nur um eine

freiwillige Convertierung handeln — ein Goldanleihen ist, und daß wir die Goldzahlungen thatsächlich noch ungefähr durch 10 bis 15 Jahre auf diese Goldanleihe ebenfalls zu bezahlen hätten. Thatsächlich sind die Frage der Goldwährung und die Frage der Möglichkeit einer freiwilligen Convertierung zwei Dinge, welche ich nach meinen Erfahrungen, nach meinen Kenntnissen in irgendeiner Beziehung zueinander zu bringen nicht imstande bin.

Es ist bereits gesagt worden, daß wir thatsächlich heute vor einem Fehlbetrage stehen, welcher von Seite des Stadtrathes mit 783.000 fl., von Seite der Budget-Commission mit 858.000 fl. beziffert wurde, und ich glaube, daß nach den Erhöhungen, die das Budget im Laufe der Plenardebatte erfahren hat, wir wahrscheinlich schon vor einem Abgange von über eine Million stehen. Es ist allerdings gesagt worden, daß wir nach Mitteln suchen müssen, um diesen Fehlbetrag zu decken, und es handelt sich ja eigentlich um einen Fehlbetrag von drei Millionen Gulden, welcher allerdings aus den Cassabeständen gedeckt wird und noch durch eine Reihe von Jahren aus denselben gedeckt werden kann. Ich habe mir erlaubt, in einem Referate, welches ja den Herren infolge eines Beschlusses der Budget-Commission im Drucke zugestellt wurde, meine Ideen hierüber zu entwickeln. Ich habe mir erlaubt, darauf hinzuweisen, in welcher Weise Wien mit Steuern überlastet ist, und in welcher Weise gerade nach dieser Richtung hin die Möglichkeit gefunden werden kann und gefunden werden muß, um für communale Steuern Raum zu schaffen. Und es scheint mir das durchaus nicht so weitab zu liegen von aller Möglichkeit, nachdem wir ja heute sehen, wie in anderen Staaten gerade die bezügliche Frage der Communalsteuern in eingehender Weise behandelt wird und wie sie in anderen Staaten zur Lösung gelangt, und wenn wir uns vor Augen halten, daß heute thatsächlich ein Steuerentwurf im Abgeordnetenhanse in Berathung gezogen wird, ein Steuerentwurf, bezüglich dessen wir allerdings rechtzeitig unsere Stimme erheben mögen.

Ich habe mir erlaubt, meine Ansichten im kurzen am Schlusse meines Referates dahin auszusprechen, daß es angezeigt erscheine, daß geeignete Schritte dahin unternommen werden mögen, daß die in Wien bestehenden staatlichen Erwerbsgeschäfte, insbesondere die als reine Erwerbsgeschäfte anzusehenden Regalien, sowie die Gebäude, in welchen dieselben ausgeübt werden, der communalen Besteuerung unterzogen werden, und daß die die Stadt Wien prägravierenden staatlichen Steuern, die 26 $\frac{2}{3}$ percentige Hauszinssteuer und die Verzehrungssteuer, in entsprechender Weise ermäßigt werden, damit in solcher Weise für communale Umlagen und für communale Steuern Raum geschaffen werde, wie dies ja in einem ganz anderen, viel weiteren Maße in anderen Staaten geschehen ist und noch geschieht. Es ist eine bekannte Thatsache, daß heute über ein Jahr, am 1. April 1895, in Preußen eine Steuerreform in Kraft tritt, wonach die Gebäudesteuer, Grundsteuer und auch die Gewerbesteuer aus dem Systeme der staatlichen Steuern ganz ausgeschieden werden und vollständig den communalen Verbänden, den Gemeinden zugewiesen werden.

Es ist bekannt, daß in Preußen und anderen Staaten die communale Einkommensteuer vollkommen losgelöst ist von der Verbindung mit der Staatssteuer, so daß die Befreiung von der staatlichen Steuer nicht schon die Befreiung von der communalen Steuer in sich schließt. Nach allen diesen Richtungen, glaube ich allerdings, wären Reformen anzustreben. Ich weiß recht wohl, daß solche Reformen nicht etwa erreicht werden von einem Monat zum

anderen, auch nicht von einem Jahre zum anderen, aber sie sind zu erreichen, deß bin ich überzeugt, sie sind zu erreichen, namentlich dann, wenn dem Staate gegenüber geltend gemacht wird, in welcher Weise die Gemeinde gerade durch die Geschäfte des übertragenen Wirkungsbereiches überlastet wird und in welcher Weise eine Entschädigung für den übertragenen Wirkungsbereich gefunden werden kann. In einem allerdings, da muß ich mit dem Herrn Vorredner übereinstimmen, darin, daß das Ansehen der Gemeindevertretung heute sich nicht auf der Höhe befindet, auf der sich das Ansehen der Gemeindevertretung der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien befinden sollte. Ich überlasse es dem Herrn Vorredner und überlasse es der ganzen Versammlung zu entscheiden, welches die Gründe sind, daß dies nicht der Fall ist, und in welcher Weise wir vorgehen haben, damit der Gemeinderath der Stadt Wien wieder jenes Ansehen gewinnt. Das sind die wenigen Bemerkungen, welche ich zur General-Debatte vorzubringen mir erlauben wollte, indem ich mir vorbehalte, zu einzelnen Capiteln des Voranschlags später das Wort zu ergreifen. (Bravo! Bravo! rechts.)

Gem.-Rath Dr. Kupka: Es ist keine leichte Aufgabe, nach einer so ausgezeichneten Rede, wie wir sie von dieser (linken) Seite gehört haben, noch besonders Neues vorzubringen. Constatieren muß ich, daß der Budget-Referent uns gesagt hat, daß der Hauptrechnungs-Abschluss keineswegs ein günstiger genannt werden kann. Der Herr Commissions-Referent hat erwähnt, daß ein Hauptgrund für diesen weniger günstigen Rechnungsabschluss die neuen Verhältnisse sind, welche durch die Vereinigung mit den Vororten geschaffen worden sind. Nun, dieses Argument könnte nur dann gelten, wenn die neuen Vororte wirklich mit einem Übermaß dessen gesegnet worden wären, was ihnen versprochen wurde. Das ist ja aber thatsächlich nicht der Fall. Die Vororte erhalten nur successive dasjenige, was sie brauchen und was sie wahrscheinlich auch bei den früheren Verwaltungen erhalten hätten.

Wenn ich nun diesen Hauptvoranschlag zur Hand nehme, so kann ich über eines gewiß nur erstaunt sein, und das ist eben die Ziffer, welche als frei verfügbares Vermögen der Gemeinde Wien angegeben wird. Es ist das die Summe von 370.023 fl. 66 kr. Wenn Sie die Einnahmen, respective die Ausgaben der Gemeinde, die über 40 Millionen ausmachen, in Betracht ziehen und dann auch die Bedeckung ins Auge fassen, werden Sie finden, daß eine Reserve, ein frei verfügbares Vermögen von 370.000 fl. vollständig ungenügend ist.

Das Budget der Stadt Wien ist so groß, wie das manchen Königreiches oder kleinerer Staaten und es ist eben mit Staaten, wie mit Gemeinden dann traurig bestellt, wenn ein frei verfügbares Vermögen überhaupt nicht vorhanden ist. Denn was sind die Consequenzen davon? Daß, wenn unvorhergesehene Ausgaben kommen, man für dieselben nur durch Schulden eine Deckung finden kann. Wenn ich die uns vorliegenden Hauptvoranschläge betrachte, also den Hauptvoranschlag der Buchhaltung, des Magistrates, des Stadtrathes, dann der Budget-Commission, so scheint mir, daß diejenige Aufstellung, welche der Magistrat gemacht hat, eigentlich die maßgebendste ist, denn wodurch wurde das Budget gebessert?

Das Budget wurde dadurch gebessert, daß man Ausgaben nicht gestrichen hat. Die Ausgaben, die da gestrichen worden sind, sind sehr nothwendige Ausgaben. Man hat das Budget dadurch reguliert, daß man sie hinauschiebt, aber wir entgehen ihnen doch nicht.

Im allgemeinen gesprochen, drängt sich mir die Überzeugung auf, daß die jetzige Gemeindeverwaltung keineswegs so gut ist, wie sie sein soll, daß sie gewiß keine Musterverwaltung ist.

Worin liegt das? Es kommt mir vor, daß es in den Principien liegt, nach welchen die Gemeinde Wien verwaltet wird. Es sind da Principien bezüglich der sachlichen Verwaltung, und es sind Principien in persönlicher Beziehung.

Ich werde mich gleich mit der sachlichen Verwaltung befassen. Eine rationelle Verwaltung kann es nicht genannt werden, wenn alle Ausgaben insbesondere aus Steuereinnahmen bestritten werden sollen. Allerdings sind hier nicht bloß Einnahmen aus Abgaben und Steuern, sondern es werden auch zu Hilfe genommen die Cassabestände und ein Anlehen.

Ich will ja zugeben, daß dieses Anlehen zur Deckung früherer Auslagen aufgenommen wurde, aber ich will es constatieren. Die Einnahmen aus dem beweglichen und unbeweglichen Vermögen, welche die Gemeinde hat, sind keine bedeutenden. Die Gemeinde Wien ist hauptsächlich auf die Abgaben und Steuern angewiesen. Wenn das der Staat thut, und wenn das das Land thut, und auch in dieser Weise wirtschaftet, so ist es eben auch nicht gut. Aber man sollte glauben, daß ein Gemeinwesen, welches doch Gelegenheit hat, sich außerordentliche Einnahmen zu schaffen, und welchem außerordentliche Ausgaben nicht entgehen können, dieselben bedecken muß, und daß ein Gemeinwesen, welches diese außerordentlichen Ausgaben nicht bloß aus den Steuern und Communalabgaben bedeckt hat, sich doch damit beschäftigen sollte, wie man hier ein Gleichgewicht herstellt.

Mir fällt ein Grundsatz ein, welchen ein berühmter Nationalökonom und Fachmann in der Finanzwissenschaft aufgestellt, der nämlich sagte: In einer ordentlichen Wirtschaft soll ein Sechstel des Einkommens für außerordentliche Ausgaben reserviert sein. Nun, das mag ja im Privatleben allenfalls gehen, und wenn man hier die Summe von 40 Millionen Gulden betrachtet und sich sagt, es solle ein Sechstel hievon für außerordentliche Ausgaben reserviert werden, so scheint mir, daß das sich wohl nach der Progression abschwächt und nicht gerade ein Sechstel nothwendig ist. Aber, meine Herren, wir haben für außergewöhnliche Fälle ein frei verfügbares Vermögen von bloß 370.000 fl.; denn, wenn wir auch drei Millionen Papiere haben nach der Refundierung der einen Million, so ist doch zu entnehmen, daß dieses Geld belastet ist mit den Einquartierungsgeldern, der Gabrielli-Stiftung und weiters mit 400.000 fl. für die Tramway. Also das ist eigentlich ein verpfändetes Vermögen, wenn auch nicht formell und gerichtlich, so doch moralisch.

Das ist wohl kein erfreuliches Resultat. Warum haben andere Städte oder Verwaltungen eine bessere Wirtschaft? Es hat ein Vorredner vor mir angeführt, daß in Paris und Berlin ganz andere Verhältnisse herrschen als bei uns. Es ist dort der Grundsatz, daß nicht für alle Ausgaben der Steuerfächer der Gemeindeglieder belastet werden muß, daß insbesondere der Realbesitz nicht in dieser schweren Weise belastet wird, wie heute bei uns. Man sorgt in diesen Städten auch für Einnahmen.

Ich will nicht wiederholen, was vorgebracht wurde. Es wurde auf das Beleuchtungswesen hingewiesen. Es ist wirklich ein deprimierendes Gefühl, wenn man bedenkt, wie viele Millionen nach England gehen. Man hat auf das öffentliche Verkehrswesen hingewiesen, auf die Tramway; man hat constatirt, wie glimpflich man mit der Tramway umgegangen ist, und nicht zum Nutzen

der Commune, sondern, ich möchte beinahe sagen, zum Schaden der Commune.

Es hat zwar den Anschein, als ob die Principien in mancher Richtung, wie sie heute aufrechtgehalten werden, sich gebessert hätten.

Wir haben bereits außerordentliche Einnahmen geschaffen, welche nicht mit der ordentlichen Verwaltung zusammenhängen. Ich erinnere hier z. B. an die Friedhofsverwaltung. Sehen Sie, das sind thatsächliche Einnahmen, durch welche niemand besonders bedrückt wird und welche der Commune Wien gewiß außerordentlich zugute kommen. Es wurde zwar hier in diesem Saale in früherer Zeit und auch jetzt noch der Grundsatz vertreten, daß eine Commune nicht dazu da sei, um zu thesaurieren, d. h. eine Commune soll keine Ersparungen machen, es sei nicht nothwendig, daß sie Capitalien sammelt, welche allenfalls für außerordentliche Fälle verwendet werden können. Nun, dieser Grundsatz hat bis zu einer gewissen Grenze keine Berechtigung.

Wie gut es ist, wenn thesauriert wird, sehen Sie z. B. an dem Stadterweiterungsfonde. Da wurde das Vermögen, welches dem Staate auf einmal zugefallen ist oder welches er sich — richtiger gesagt — genommen hat, nicht zu den laufenden Einnahmen der Staatsverwaltung geschlagen, sondern ein eigener Fond gegründet und was hat dieser Fond schon alles geleistet! Wie wäre es möglich gewesen, daß die Staatsverwaltung so prächtige Bauten ausgeführt hat, wie es durch diesen Fond geschehen ist, und womit bestreitet der Fond diese Auslagen? Nicht mit dem Capitale selbst, sondern mit den Interessen, und was wird er noch leisten können, wenn er überhaupt, wie ich hoffe, noch weiter bestehen wird!

Der Commune Wien bietet sich auch ein solcher Anlaß. Wir haben die Linienwallgründe übernommen. Wie schön wäre es, wenn die Commune sich entschließen würde, einen Linienwallfond zu gründen! Wäre es nicht wunderbar, wenn dadurch ein bedeutendes Capital geschaffen würde, das in die Cassen der Commune wandert, so daß die Commune imstande wäre, dieses Capital zu verzinsen und mit den Zinsen etwas zu leisten? Und das ist nicht allein bei diesem Fonde, sondern es gibt noch andere derlei Zwecke, wie ich schon angedeutet habe, z. B. bei der Friedhofsverwaltung, wodurch die Einnahmen der Commune erhöht werden könnten. (Hufe links: Assurance!) Nun, ich will diese alten Sachen hier nicht besprechen, aber es freut mich, daß einige Punkte, welche stets im Programme unserer Partei waren, nun vom Herrn Referenten gutgeheißen werden.

Wir sind bei den Abgaben und der Besteuerung unserer Gemeindemitglieder eigentlich nicht vollkommen gerecht, denn sehen Sie zum Beispiel die Bierumlage an; das ist eine ausgiebige Umlage, das ist richtig, aber ganz gerecht ist sie nicht, denn wir machen keinen Unterschied zwischen arm und reich. Der Arme muß soviel zahlen als der Reiche, aber mehr trinken als der Arme kann der Reiche auch nicht, wenigstens ein Normalmensch nicht.

Wem haben Sie also eigentlich mit dieser Umlage getroffen? Die große Menge des Volkes, die reicheren Classen sind dabei verschwunden, und so ist es mit allen derlei Umlagen. Warum entschließen Sie sich nicht, das Geld dort zu suchen, wo es ist? Warum entschließen Sie sich nicht, das mobile Capital besser heranzuziehen! Warum sträuben Sie sich stets gegen die Luxussteuer und haben sich immer dagegen gesträubt? Wenn die Sache auch nicht Willionen einträgt, etwas trägt sie doch ein, und wenn

mehrere solche Einnahmen zusammenfließen, so entsteht doch ein ganz nettes Bäcklein mit welchem man Durstige tränken kann.

Ich will gar nicht davon sprechen, daß durch die neuen Anlagen, zum Beispiele durch die Verkehrsanlagen, eine neue Belastung geschaffen werden wird. Oder mit welchen Mitteln werden Sie die Zahlungen leisten? Wieder aus den Steuergeldern. Ja, das führt zu weiteren Schulden, und wenn Sie sich einen Haushalt vorstellen, wo man außerordentliche Ausgaben macht und durch Schulden deckt, und sich vorstellen, daß diese Schulden aus den ordentlichen Einnahmen gezahlt werden, und wenn wieder außerordentliche Ausgaben kommen, neue Schulden gemacht werden müssen, so haben Sie ein Bild, wie es sich ungefähr in unserer Finanzverwaltung entwickelt.

Es wurde schon von Ersparungen gesprochen; Ersparungen sollen gemacht werden. Das ist wohl sehr rasch ausgesprochen, aber Herr Dr. Lueger hat Ihnen es schon gesagt, es ist füglich nicht viel, wo erspart werden kann.

Aber, meine Herren, ich glaube, daß es richtiger wäre, wenn man richtig verwalten würde. Ich habe mir vorgenommen, Ihnen einige Ziffern zu nennen, aus welchen Sie ersehen werden, daß das unmöglich eine ganz rationelle Wirtschaft genannt werden kann. Ich habe unter den Einnahmen gefunden: „Amtsblatt“, das trägt 2880 fl. Dagegen steht eine Ausgabe von 19.650 fl. Sie zahlen auf dieses lucrative Unternehmen also circa 17.000 fl. darauf. Ist das rationell oder nicht?

Ich habe eine Post gefunden: „Einnahmen aus den Steuer-executionen“ 83.450 fl. Und was kostet das, daß wir diese Einnahmen hereinbringen? Das kostet 222.780 fl. Damit wir die 83 fl. — ich lasse gleich tausende aus — hereinbringen, geben wir 222 fl. aus. Meine Herren, wenn das ein Privater thut, wird man sagen: der Mensch kann nicht wirtschaften? Es wäre gescheiter, wenn man den armen Teufeln die 83.000 fl. schenkt, als daß wir 222.780 fl. ausgeben müssen.

Eine andere bedenkliche Sache ist, daß die Schulrequisiten für die armen Kinder präliminirt sind mit 111.000 fl. (Gem.-Rath Gräf: Da wird viel gesündigt!) Ich will nicht darüber sprechen, ob viel hierin gesündigt wird; daß nicht besonders wirtschaftlich vorgegangen wird, ist bekannt.

Aber es ist verhältnismäßig eine zu große Steigerung gegen frühere Zeiten, nicht allein durch die Vereinigung der Vororte mit Wien hervorgerufen, sondern es spricht diese Ziffer von der fortschreitenden Verarmung der Bevölkerung. Es wird immer schlechter. Man muß also das Volk schonen. Wenn man es nicht schon, verarmt das Volk, und wir werden dazu kommen, daß sich die Versorgungs- und Armenhäuser immer mehr füllen, und was wir für diesen Zweck zahlen müssen, müssen wir aus den Einnahmen nehmen. Wir müssen den Versorgungsfond ergänzen, wenn derselbe nicht ausreichend ist.

Ich will da nicht weiter anschwärzen. Ich werde vielleicht noch Gelegenheit haben, bei der Special-Debatte auf einiges aufmerksam zu machen!

Nun will ich aber zu den Principien in sachlicher Beziehung kommen. Ich habe dem alten Gemeinderathe angehört und habe daher so ziemlich die Verwaltung des alten Gemeinderathes kennen gelernt. Ich muß sagen, daß durch das jetzige Gemeindestatut die Verwaltung gewiß keine bessere, und daß sie auch keine schnellere geworden ist.

Wenn Sie den Geist vergleichen, welcher in dem alten Statut geweht hat, und den Geist, welcher in dem neuen Statute weht, so werden Sie einen himmelhohen Unterschied finden. In einer Zeit, wo man von der Constitution keine Ahnung gehabt hat — es war in der Zeit des Absolutismus im Jahre 1850 — hat man der Gemeinde Wien das provisorische Statut gegeben. Und sehen Sie sich dieses Statut an! Es basiert darauf, dass die Gemeinde selbständig ihr Vermögen verwalte und dasjenige Organ, welches die Verwaltung vollständig in Händen gehabt hat, welches alles in Händen gehabt, war der Gemeinderath. Heute — Sie haben gehört, was der Gemeinderath bedeutet — muss der Gemeinderath das Geld hergeben, alles andere geht eigentlich den Gemeinderath nichts an, bis auf einige Pappalien — wir dürfen Leuten die Salvator-Medaille geben, wir dürfen Gnaden erweisen, aber Wichtiges oder überhaupt etwas, das von großer Bedeutung ist, kann ohne den Stadtrath nicht durchgeführt werden. Dieser Stadtrath ist ein Unglück. Wenn hier ein Antrag gebracht wird — und ich habe einen solchen Antrag einmal hier eingebracht, wo Bürger sich an den Gemeinderath um Abhilfe gewendet haben, weil sie belästigt werden durch den Rauch einer Fabrik, weil sie ihr Geld verlieren und die Wohnungen leer stehen — was geschieht damit?

Ich habe im vorigen Jahre eine Petition überreicht. Man hat nichts davon gehört. Ich habe die Petition urgirt. Es hat geheissen, die Sache ist beim Magistrate. Der Gemeinderath hat aber nichts davon erfahren, was eigentlich mit der Sache geschehen ist.

Ja, meine Herren, welches Vertrauen soll die Bevölkerung zu einer solchen Verwaltung haben, wenn sie mit berechtigten Wünschen an den Gemeinderath herantritt und darauf nicht einmal eine Antwort bekommt?

Das jetzige Statut hat einen anderen Geist als das alte Statut. Ich möchte sagen, das alte Statut war auf demokratischer Grundlage aufgebaut, der Gemeinderath als solcher hat gewisse Rechte gehabt, es hat aber auch jedes einzelne Mitglied Rechte gehabt, jedes einzelne Mitglied hat mitverwaltet und mitcontrolirt. Nichts mehr davon ist da. Das neue Statut ist nahezu absolutistisch. Das ist der große Unterschied zwischen dem alten und dem neuen Statute, welches in der Zeit des Liberalismus, der Zeit der größten Freiheiten geschaffen worden ist.

Nun zeigen sich die Folgen. Es wird von dem Gemeinderathe eine kaum nennenswerte Controle geübt. Wer soll sie ausüben? Der Stadtrath ist so überbürdet, dass ihm das nicht möglich ist. Sehen wir uns nur die Anstalten an, die sich außerhalb Wiens befinden. Welche Menge physischer Zeit erfordert es, um sich zu überzeugen, wie es dort zugeht. Das haben früher die Gemeinderäthe besorgt. Darum kommt es aber auch zu jenen Unzukömmlichkeiten, wie sie bei der Berathung des Rechnungsabschlusses zutage getreten sind. Es hat sich gezeigt, dass in einem Versorgungshause Materialien ganz unnütz herumliegen, dass ein Vermögen von 18.000 fl. ganz brach lag u. s. w. Das kommt daher, weil man die Sache nicht bewältigen kann. Jeder vernünftige Mensch muss mir zugeben, dass es viel besser gieng, wenn statt der 22 Stadträthe alle 138 Mitglieder des Gemeinderathes arbeiten würden, was dadurch möglich wäre, wenn, wie dies auch im Reichsrathe und Landtage üblich ist, die Vorberathungen in Ausschüssen stattfinden würden.

Es wäre möglich, dass, wie es im alten Gemeinderathe war, gewisse Sachen, die heute der Stadtrath im eigenen Wirkungskreise

erledigt, ohne den Gemeinderath zu fragen, von den Ausschüssen im eigenen Wirkungskreise erledigt werden könnten. Man müsste eine vernünftige Änderung des Statutes vornehmen, dann wäre es möglich, dass jedes Gemeinderathsmitglied mitverwalten könnte. Das wäre liberal, das wäre auf Grundlage des alten Statutes demokratisch. Wie es aber heute ist, ist es nicht liberal und nicht demokratisch.

Die Bagatellen, für welche man angeblich den Stadtrath geschaffen hat, sind keine Bagatellen. Die wichtigsten Sachen kommen zum Stadtrathe, und die wichtigsten Sachen werden uns vorgelegt, wenn sie der Stadtrath vorlegen will. So steht die Sache heute. Es wäre auch möglich gewesen, dass man nicht nur dem Magistrate, sondern auch den Bezirksausschüssen Agenden zugewiesen hätte. Diese Bezirksausschüsse haben heute eigentlich keine Bedeutung; sie sind namentlich der Regierung dann sehr wünschenswert, wenn sie Erhebungen über Steuern machen und Erhöhungen beantragen. Wenn aber die Bezirksausschüsse der Anschauung sind, dass der Mann ohnedies zu viel besteuert wird, so kümmert sich einfach die Steueradministration nicht darum.

Meine Herren! Wie die Verwaltung im einzelnen aussieht, diesbezüglich gestatten Sie mir doch ein kleines Beispiel anzuführen, und Sie werden entnehmen, dass das der Commune Wien geradezu unwürdig ist. Wie Ihnen bekannt ist, hat die Gemeinde Wien die Sicherstellungen vorzunehmen, wenn jemand stirbt, der keine Hinterbliebenen hat, oder die Hinterbliebenen nicht bekannt sind. Da kommt in der Regel eine Commission und versiegelt alles; dann kommt die Inventur, und dann wird vom Gerichte in der Regel ein Curator aufgestellt, und nun hat die Sache ihren Gang.

Nun hören Sie folgende interessante Angelegenheit. Es verstarb im VIII. Bezirke eine arme Frau. Über die Anzeige, dass dieselbe keine Hinterbliebenen habe oder solche nicht bekannt sind, kam die Commission und stellte die Fahrnisse sicher. Diese Habe bestand aus einem sogenannten Bett, dessen Zulage das Wort Bettzeug nicht verdient, aus einem defecten Tische, aus einem zerbrochenen Sessel und einem alten Ofen.

Für diese Sicherstellung wurde vom Magistrate eine Gebühr von 2 fl. 50 kr. aufgerechnet. Es fand sich zufälligerweise eine Barschaft von 12 fl., das wurde sofort abgezogen, und der Rest wurde bei der städtischen Hauptcassa deponiert. Nun kam eine zweite Commission; diese hat verfügt, dass die Transferierung dieser Sachen, nachdem das arme Weib irgendwo eine Schlafstelle oder eigentlich ein kleines Cabinet hatte und die Quartiergeberin daselbe weitervermieten wollte, erfolgt. Dafür wurden an Kosten weiter berechnet 4 fl. 70 kr., es sind also an Kosten bereits 7 fl. 20 kr. angewachsen.

Das Gericht, welches vom Magistrate verständigt worden ist, hat einen Curator bestellt, der Anträge stellen sollte, was damit zu geschehen habe.

Der betreffende Curator hat gesagt: „Ich muss doch wissen, was die ganze Geschichte wert ist, wenn ich sie verkaufen soll.“ Der Magistrat hatte in seinem Protokolle wohl angegeben, dass die Fahrnisse nahezu gar keinen Wert haben. Nun, wenn dieselben keinen Wert haben, so hätte man sie dort stehen lassen sollen, wo sie sind, oder hätte sie unterbringen oder auf eine Weise transferieren sollen, dass dies nicht 7 fl. 20 kr. kostet. Nun sind die Sachen richtig durch gerichtliche Inventur bewertet worden und diese hat ein Resultat von 50 kr. ergeben — der ganze Nachlass war 50 kr. wert. Sehen Sie, meine Herren, so verfährt man mit

dem Gelde der armen Leute; sie haben im ganzen 12 fl., und 7 fl. 20 kr. rechnet der Magistrat für nahezu wertlose Sachen auf! Da hat nun der Curator gesagt: „Die 50 kr. zahle ich lieber, bevor ich herumlaufe und mich darum bekümmere, wer die Sachen abkaufen will; das Polizeigefangenhause soll sie sich behalten.“ Man kann eben bei diesen Sicherstellungen seine Wunder sehen; die Art, wie hier administriert wird, ist ganz gewiß nicht die richtige.

Ich will hier anführen, daß vielleicht das einzige Gute in unserem Statute ist, daß man die magistratischen Bezirksämter geschaffen hat, daß man die Verwaltung decentralisiert hat, daß man also dem Steuerträger nicht zumuthet, daß er aus den entlegensten Ortschaften kommen muß, um Steuer zu zahlen, wie es sonst der Fall gewesen wäre, wenn die Centralisierung geblieben wäre, was namentlich für die Bewohner der Grenzen der alten Bezirke großen Zeitverlust in der Folge gehabt hätte — die Schaffung der Bezirksämter ist also ein Verdienst des neuen Statutes, aber es ist ihnen so viel aufgeladen worden, daß sie nicht imstande sind, ihr ganzes Material zu bewältigen; es geht ihnen so wie dem Stadtrathe. Und dazu noch die Art und Weise, wie man dort vorgeht. (Ruf: Schwerfällig!) Ja, schwerfällig — und schwerfällig ist die ganze Administration und nicht nur der Geschäftsgang der magistratischen Bezirksämter.

Weil ich schon bei dieser Sicherstellung bin, so sehen Sie sich einmal diese Manipulation an, sie ist geradezu unbegreiflich. Ein Beamter geht zur Sicherstellung, ein Protokoll wird aufgenommen, jetzt werden die Fahrnisse oder das Vermögen, das sich findet, getheilt, ein Theil geht in die städtische Hauptcassa, der andere geht in das Polizeigefangenhause. Man hat in den einzelnen Bezirken nicht einmal genügende Localitäten, um in loco, d. h. im Bezirke, solche Fahrnisse unterzubringen. Es werden also Fahrnisse vom Alsergrund, von der Josefstadt in den VI. Bezirk hinübergeführt, das ist ganz gewiß nicht rationell. Und dann erst die Wirtschaft, wenn man die Sachen wieder haben will! Das ist nicht so einfach. Da muß das Gericht dem magistratischen Bezirksamte einen Auftrag geben, und dieses weist, wenn es den Auftrag hat und man darum kommt, zuerst die städtische Hauptcassa an.

Wenn das magistratische Bezirksamt den Auftrag hat und man kommt darum, so weist das magistratische Bezirksamt die städtische Hauptcassa an, es muß wieder ein kurzer Bericht gemacht werden; der Beamte muß mit zur städtischen Hauptcassa gehen, da wird das Ding in drei bis vier Bücher eingetragen und endlich ist man so glücklich und bekommt das Stück. Bei Sachen geht der Beamte regelmäßig mit und übergibt die Sachen. Der Fehler liegt in der Zeitverschwendung und Vielschreiberei, in dem schlechten Betriebe der Geschäfte; die Vielschreiberei ist eine ungeheure nicht nur bei den magistratischen Bezirksämtern, sondern überall; man braucht dazu viele Leute und das kostet alles Geld. Wenn ein Privater seine Geschäfte in der Weise verwalten wollte wie die Gemeinde Wien, dann würde er einfach unmöglich sein.

Ich habe erwähnt, daß in den Principien, wie verwaltet wird, eigentlich der Schaden unserer Verwaltung liegt, und wenn man eine bessere Verwaltung haben will, muß man dasjenige acceptieren, was zur Reform der Verwaltung führt. (Bravo! Bravo! links.)

Gem.-Rath Dr. Scholz: Wenn man so viele Vorwürfe erlitten hat, wie sie der erste Herr Redner in der Budget-Debatte auf

uns geschleudert hat, gehört schon ein gewisser Muth dazu, um sich unter dieser Bürde noch zu rühren und es zu wagen, eine Meinung auszusprechen, welche dieser entgegengesetzt ist. Nichtsdestoweniger ist das aber eine Nothwendigkeit, damit es nicht den Anschein gewinne, als ob alle diese Vorwürfe berechtigt und begründet wären und wir nichts anderes zu thun hätten, als sie in Demuth auf unseren Schultern weiter zu schleppen.

Da ist nun das vielgebrauchte Gleichniß von dem Karren, der im Kothe steckt. Es ist das ein Ausdruck, der jedes Jahr hier gehört wird, so oft die Budget-Debatte vor sich geht, und merkwürdigerweise, dieser Karren, der seit 15 bis 20 Jahren im Kothe steckt, bewegt sich noch immer recht gut vorwärts. Entweder ist der Koth, in dem er steckt, sehr bequem, oder die Gewalt in diesem Karren ist so groß, daß er den Koth überwindet.

Eines ist mir erfreulich, nämlich daß diesmal nichts von dem Bankerotte gehört wurde, der in früheren Jahren ebenso zum Inventar der Opposition gehört hat wie der Karren. Der Bankerott ist also schon ins alle Eisen gewandert. Es ist doch nicht thunlich, 15, 16 und noch mehr Jahre hindurch immer den Bankerott für das nächste Jahr zu verkünden und er tritt niemals im nächsten Jahre ein. Er ist doch nicht mehr recht verwendbar. Das Mittel zieht nicht mehr. Also ist der Karren noch dasjenige, was vorhalten muß.

Sehen wir uns diesen Karren einmal näher an. (Ruf: Er ist schwerfällig!) Gewiß, ein Gemeinwesen mit 1½ Millionen Menschen und einem Budget von mehr als 30 Millionen ist nichts Leichtes. Das ist vollkommen richtig. Man hat seine großen Schwierigkeiten, eine solche Aufgabe zu bewältigen und dasjenige vorwärts zu bringen, was ein solches Gemeinwesen erfordert. Das ist kein Zweifel und wurde auch vom Führer der Opposition anerkannt, indem er erklärt hat, die Ausgaben wachsen stetig und das muß sein, es ist naturgemäß, weil auch die Bevölkerung stetig wächst und die Stadt stetig größer wird. Infolge dessen müssen auch die Ausgaben zunehmen. Er hat erwähnt, daß die Ausgaben für die Schulen nicht als außerordentliche zu betrachten sind, weil sie jedes Jahr wiederkehren. Das ist eine Sache, die man ganz ruhig hinnehmen könnte; denn es ist richtig, es werden alle Jahre neue Schulen gebraucht. Wir haben die Erfahrung, daß in einem Bezirke drei neue Schulen gebaut wurden und noch immer kein Platz war.

Auch früher wurden in allen Bezirken alle Jahre Schulen gebaut und wenn man geglaubt hat, man hat dann einige Jahre Ruhe, hat sich im nächsten Jahre wieder die Nothwendigkeit ergeben, neue Schulen zu bauen. Es ist also keine Frage, daß die Ausgaben in dieser Richtung fortwährend steigen werden. Es ist darauf hingewiesen worden, daß wir dieses Jahr so außerordentliche Ausgaben haben, die vielleicht hätten vermieden werden können. Das ist nun eine Frage. Auf der einen Seite ist immer großes Geschrei nach Arbeit, auf der anderen das große Geschrei: Immer vorwärts, vorwärts mit den verschiedenen Aufgaben, die die Stadt zu leisten hat. Und sobald es sich darum handelt, die Mittel zu beschaffen und die Summen zu bewilligen, welche diese Aufgaben erfordern, dann heißt es: ja das ist eine ungeheure Überschreitung des Budgets, das darf man nicht thun. Nun, wenn das eine gewollt wird, muß man auch das andere wollen.

Das ist keine Frage, es ist nothwendig, daß in dieser Richtung das Nothwendige geleistet wird, und zwar läßt sich das ganz gut machen. Unsere Aufgaben sind sehr groß. Wir werden sie in einem Jahre nicht bewältigen, aber wenn alle Jahre ge-

arbeitet wird, und ein Theil bewältigt wird, wird man auf den Punkt kommen, wo einmal die Gemeindegewirtschaft in ruhigere Bahnen einlenkt.

Die Herren dürfen nicht vergessen, daß, seitdem die freigewählte Gemeindevertretung besteht, seit dem Jahre 1861, wir uns fort und fort im Ausnahmezustande befinden. Damals ist die erste Stadterweiterung an uns herangetreten, der Ausbau der Ringstraße, die Canalisirung, die großartige Pflasterung, das alles ist zu leisten gewesen. Jetzt wären wir gerade mit diesen Arbeiten soweit auf gleich gewesen und hätten angefangen, in ein ruhigeres Fahrwasser zu kommen; jetzt kommt die zweite Stadterweiterung mit ebenso großen Ausgaben. Es ist natürlich, daß wir uns auch jetzt im Ausnahmezustande befinden; ich bin überzeugt, es wird wieder 10 bis 15 Jahre dauern, bis wir über diesen Knoten hinweggekommen sind und diesen Ausnahmezustand überwunden haben werden. Wir sind früher in der Lage gewesen, um den Aufgaben gerecht zu werden, Schulden zu machen, und der Herr Redner der Opposition hat es als ein großes Unglück bezeichnet, daß unser Goldanlehen in England, sich also im Auslande befindet, und er hat es als ein Unglück bezeichnet, daß wir heute unser Anlehen mit einem Course von 96 begeben.

Ich erlaube mir die Frage an ihn, ob er sich noch erinnert, zu welchem Course wir das 10-Millionen-Goldanlehen begeben haben. Ich weiß es nicht genau, es dürfte der Cours zwischen 60 und 70 gewesen sein. (Widerspruch seitens des Gem.-Rathes Dr. Lueger.) Das war aber ein 5percentiges Anlehen. Das war vor der Zeit, als ich in den Gemeinderath kam; ich habe es nicht so genau verfolgt. Daß dieses Anlehen im Auslande gemacht wurde, hat seinen Grund darin, daß wir damals im Inlande das Geld nicht bekommen haben. Wir mußten damals zu diesem theueren und schweren Auskunftsmitel greifen.

Es wurde gesagt: man soll Ersparungen machen. Meine Herren, was sind Ersparungen in der Gemeinde? Der erste Herr Redner hat als wirkliche, effective Ersparungen die angeführt, welche an den Gehältern des Bürgermeisters, des Vice-Bürgermeisters und der Stadträthe zu machen sind. Das sind herzlich geringe. Alle anderen Ersparungen, welche bei den öffentlichen Arbeiten zu machen wären, sind keine Ersparungen. Wir haben das Geld von den Bürgern der Stadt dazu bekommen, um jene Bedürfnisse zu befriedigen, welche sie selbst und die Einrichtungen der Stadt brauchen, und wir können nur sparen, indem wir solche nothwendige Einrichtungen nicht machen. Das ist dann aber keine Ersparnis, höchstens ein Aufschieben; allerdings wird in unserem Budget dermaßen reichlich vorgesorgt, daß wir nicht imstande sind, alle Sachen fertig zu machen, die für ein Jahr vorgesehen sind; andererseits kommen unvorhergesehene Ausgaben, welche einen Theil des Geldes verschlingen, das auf diese Weise geleistet wird.

Wenn ich mich nun zur Verwaltung wende, unterscheide ich bei der Verwaltung zweierlei, nämlich Gemeinderath und Magistrat. Überall wird geklagt über große Überbürdung. Das ist auch richtig. Wir haben jetzt gegenüber dem früheren Statute die Einrichtung des Stadtrathes. Diese wird bekämpft. Es ist die Frage, ob der Stadtrath wirklich eine so vollkommene Einrichtung ist, daß er unter allen Umständen beibehalten werden muß. Aber eines ist sicher: wenn wir ihn heute nicht hätten, wären wir mit unserer Verwaltung im Gemeinderathe längst ins Stocken gerathen. Denn wie heute die Debatten langwierig sind, wo wir heute zwei Stunden

brauchen, um eine Kleinigkeit, eine Lappalie zu erledigen, ist es naturgemäß, daß, wenn wir auch noch dasjenige, was der Stadtrath zu leisten hat, hier leisten müssen, wir in einem kolossalen Rückstande wären, in einem viel größeren, als wir uns jetzt befinden, wo wir heute am 29. März bei der General-Debatte über das Budget stehen! Ein zweiter Theil der Verwaltung ist der Magistrat. Nun, da wird geklagt, die Verwaltung des Magistrates sei langwierig, langweilig und sehr kostspielig. Warum aber? Der Grund liegt einfach bei den Herren auf dieser (linken) Seite des Hauses. (Oho-Rufe links). Ich bitte, es datiert das nicht von heute, sondern schon viel länger, und der Grund ist der Mangel an Vertrauen, welches dem Magistrate entgegengebracht wird (Ruf links: Von uns?), was dahin führt, daß über jede Kleinigkeit Buch und Controle geführt werden muß, daß jeder Magistrats-Beamte gewärtig sein muß, eines schönen Tages zur Rechenschaft gezogen zu werden und daher genöthigt ist, Belege für jede seiner Thaten zur Hand zu haben. Infolge dessen wird die Verwaltung um ein Drittel vermehrt, und zwar durch die überflüssige Controle. Hierzu kommt weiters, daß alles im Centrum gemacht wird. Wenn wir eine Erleichterung haben wollen, so müssen wir decentralisieren (Ruf links: Das ist ja so geschehen! — Rufe: Bezirksausschuß!), das habe ich auch schon lange gesagt und wiederhole es hier; sobald es möglich sein wird, den Bezirksausschuß einen Theil der Arbeiten zu überweisen, die wir hier haben, werden wir imstande sein, auch hier Erleichterungen zu schaffen. Ich komme nun auf einen Ausdruck zurück, der dem Herrn Budget-Referenten zugerufen wurde, er sei ein unverbesserlicher Optimist, und zwar deshalb, weil er immer versichert, daß sich die Finanzen in gutem Zustande befinden.

Die Herren von der Opposition behaupten immer, die Finanzen der Stadt befinden sich in einem elenden, erbärmlichen, schlechten Zustande, und merkwürdigerweise, die Ereignisse haben immer dem Herrn Budget-Referenten rechtgegeben. (Widerspruch links.) Infolge dessen hat er eine gewisse Berechtigung, Optimist zu sein und zu sagen, die Finanzen der Stadt befinden sich in gutem Zustande. Ich stehe nun auch auf diesem Standpunkte und sage, bei einigermassen vernünftiger Verwaltung ist ja die Finanzverwaltung der Stadt Wien gar nicht umzubringen. Wir haben nicht ein bestimmtes Quantum von Geld zur Verfügung, sondern wir haben ein dehnbares Quantum, welches sich zum Theile nach den Bedürfnissen richtet. Wir haben die Möglichkeit, wenn außerordentliche Bedürfnisse kommen, außerordentliche Auflagen auszusprechen; daß davon kein Gebrauch gemacht wird, hat seinen Grund darin, daß diese Nothwendigkeit noch nicht eingetreten ist, daß die gesteigerten Einnahmen durch die Vergrößerung und den vermehrten Reichtum der Stadt ausreichen, die vermehrten Bedürfnisse zu decken. Nehmen wir z. B. einen Kriegsfall, wo auf einmal ein großes Unglück auf uns einstrahlt; da würde man aber den Bürgern sagen müssen, es sei nothwendig, mehr herzugeben, und sie werden mehr hergeben und hergeben müssen. (Ironische Heiterkeit links; Rufe: Wenn Sie es haben!) Das ist ganz einfach. Das geht im Privatleben so und auch im öffentlichen Leben. Weil aber unser Budget auf diesem Systeme basiert, können wir eigentlich gar nicht zugrunde gehen; wir haben nur die Aufgabe, unsere Ausgaben so zu vertheilen, daß sie im Rahmen der Einnahmen bleiben, und das geschieht. Allerdings habe ich da auch einige Unzufriedenheit, und zwar hauptsächlich deshalb, weil unser Budget nicht eingehalten wird.

Der Gemeinderath treibt da geradezu, nach meiner Meinung, einen Unfug mit seinem Ausgaben-Bewilligungsrechte. Das Budget wird mühsam berathen und fertiggestellt, und wenn es mühsam berathen, fertiggestellt und beschlossen ist, so kommt am folgenden Tage schon ein Antrag auf eine neue Ausgabe, die bewilligt wird, obwohl sie im Budget nicht vorgesehen ist.

Wenn wir es dahin brächten, daß wir uns die Selbstbeschränkung auferlegen würden, das Budget auch einzuhalten, wie es beschlossen ist, würde unsere Wirtschaft noch ganz anders dastehen und wir könnten dann ganz anders auftreten, als es jetzt der Fall ist. Diese Möglichkeit ist vorhanden. Ich weise darauf hin. Ich will übrigens die Herren nicht viel mit meiner Rede langweilen; es nützt ja doch nichts. Es werden noch andere Herren sprechen, und unsere Zeit ist kostbar. Aber auf eines muß ich zurückkommen und das sind die Worte, welche der Herr Führer der Opposition gebraucht hat in Bezug auf unsere Partei. Er hat gewünscht „Friede“ und hat dann ein Wort gesprochen, welches allerdings der Boden ist, auf dem der Friede zu finden ist, und zwar „im Interesse und Wohle der Stadt Wien“.

Das ist wohl der Boden, wo ein Friede möglich ist. Wenn aber der Herr Führer der Opposition uns sagt „Umkehr“, ja so frage ich doch gefälligst, weshalb sollen wir umkehren, welche Gründe bestehen dazu für uns?

Wir haben bisher das Interesse der Stadt nach bestem Wissen und Gewissen mit einem gewissen Erfolge vertreten. Allerdings nehmen die Herren der Opposition diesen Erfolg für sich in Anspruch und sie können das mit großer Bequemlichkeit thun, weil es ihnen ja ganz leicht ist, die unangemessensten Anträge zu stellen, in der sichersten Überzeugung, daß diese Anträge nicht angenommen werden; denn wenn sie selbst die Majorität wären, könnten sie diese Anträge nicht ausführen.

Für uns ist daher zur Umkehr durchaus kein Grund vorhanden. Wohl aber könnte man fragen, ob nicht die Herren von dieser (linken) Seite Grund zur Umkehr hätten. Wenn man eine Thätigkeit nach ihrem Erfolge bewertet, so erkläre ich, daß die Meinung, daß dort Umkehr nothwendig wäre, sehr begründet ist. Der Herr Führer der Opposition war Führer vor 15 und so viel Jahren und ist es auch heute noch. Er hat also in diesen 15 Jahren im Gemeinderathe — genau genommen — gar keine Fortschritte gemacht. Er ist gar nicht avanciert. Wenn es naturgemäß gegangen wäre, wie es jeder Opposition, die richtig geführt ist, zukommt und endlich zutheil wird, so rückt die Opposition an die Stelle der Majorität und an ihre Stelle tritt eine neue Opposition. Das ist im politischen Leben immer der Fall. Wenn nun die Führung der Opposition eine verständige, kluge gewesen wäre, so wäre es sehr wahrscheinlich, daß der Herr Führer der Opposition heute an jener Stelle säße, an der er gerne sitzen würde. Naturgemäß wäre er auch heute auf diesem Platze, wenn der Gang der Dinge eingehalten worden wäre. So hat er sich aber durch die Form seiner Opposition den Weg selbst verrammelt und verlegt, und da muß ich sagen, sind wir viel eher berechtigt zu sagen: „Dir thäte Umkehr noth.“ (Dr. Püeger: Da würde ich ja Bürgermeister!) Gewiß, das wären Sie auch, Herr Führer der Opposition. Der Führer der Opposition war der Erste nach dem seligen Bürgermeister Dr. P r i x, und naturgemäß hätte er ihm auf seinen Weg folgen müssen.

Nun ist uns der Vorwurf gemacht worden, wir weisen alle Anträge zurück. Ich habe immer geschwiegen und nicht viel ge-

sprochen (Rufe: Oho!), ich erkläre aber, daß dieser Vorwurf ungerechtfertigt ist. Es ist eine Reihe von Anträgen, die Sie gestellt haben, angenommen worden, wenn sie zum Nutzen der Stadt waren. Sie sind ungehört angenommen worden, von woher sie auch gekommen sind. Nicht alles aber, was die Herren als Solches ansehen, ist gut für die Stadt. Das ist der Unterschied, und da müssen wir uns die Freiheit unseres Urtheiles wahren und müssen uns auch das Recht vindicieren, darüber abzusprechen, ob etwas, was beantragt wird, gut ist oder nicht.

Ich muß sagen, da herrscht eine verhältnismäßig große Objectivität auf unserer Seite, aber eine viel geringere auf Ihrer (linken) Seite.

Meine Herren! Ich schließe meine allgemeinen Betrachtungen mit dem Wunsche, daß wir fortfahren mögen auf dem bisherigen Wege. Bisher hat die Majorität des Gemeinderathes die Geschäfte der Stadt Wien in tüchtiger und ordentlicher Weise geführt, es ist viel geschaffen worden, es ist nichts verschwendet worden, und das Bestreben, die Dinge zu bessern, ist bei uns, wenn nicht in höherem Maße, doch ebenso vorhanden wie bei Ihnen. Wenn wir von Ihrer Seite Unterstützung finden, wenn wir zur Einigkeit gelangen, dann werden sich die Geschäfte gewiß in noch viel zweckmäßigerer und rascherer Weise abwickeln. Ich habe keine Furcht, daß wir bankerott werden, ich habe keine Furcht, daß unser Karren im Kothe stecken bleiben wird. (Bravo! Bravo! rechts.)

Gem.-Rath Sebastian Grünbeck: Nach diesen Ausführungen haben wir eigentlich wieder Stoff genug zum Sprechen. Zunächst will ich mich mit dem geehrten Herrn Dr. Stern befassen. Er hat gesagt, daß die frühere Opposition verschwunden ist. Ja, meine Herren, es fehlt vielleicht nur ein Mann und das ist nach Ihrer Anschauung Dr. Mandl. Dr. Mandl hat sich viele Verdienste erworben. Aber Ihnen war er auch nicht recht. Sie haben seinerzeit über Dr. Mandl noch mehr geschimpft, als heute über Dr. Püeger. Er hat gesehen, es kann so nicht weitergehen, darum hat er sich dem Dr. Püeger angeschlossen, und hätte Dr. Püeger es durchgejagt — leider waren sie zu schwach — die Majorität im Gemeinderathe zu erhalten, so wäre heute eine ganz andere Wirtschaft. Darüber können Sie beruhigt sein. (Gem.-Rath Dr. Püeger: Da war der Übereifer schuld.) Man gibt den Vororten die Schuld. Diese kosten viel Geld, sagen Sie, weil sie fort und fort Schulen brauchen. Das können Sie aber nicht von allen Vororten sagen. Wir haben Paläste gebaut, bevor wir Wiener waren. (Widerpruch rechts.) Wir haben Amtshäuser gebaut, wo Sie sich heute breit machen können (Gelächter rechts), schauen Sie nach Hernals, nach Fünfhaus. So etwas bauen Sie gar nicht mehr, und wenn Sie bauen, bauen Sie um ein Drittel theurer, denn bekanntlich baut der Wiener Magistrat, respective das Wiener Bauamt theurer. Auf diese Weise hätten wir nicht gebaut. Also, mit diesem Schlagworte hören Sie einmal auf, daß die Vororte schuld sind. Vergessen Sie denn ganz, daß wir gegen die Einbeziehung waren? Daß Sie gerade bei dieser Einbeziehung, die Sie uns auf den Hals geworfen haben, diejenigen waren, die sich gebeugt haben und vor der Regierung gekrochen sind und sich zu allen möglichen Verpflichtungen hergegeben haben. Sie hätten sich gegen den übertragenen Wirkungskreis wehren können, aber Sie haben alles mit in den Kauf genommen, weil Sie gesehen haben, daß in den einzelnen Gemeinden noch ein Fond da ist, und daß Sie die große Masse besteuern können. Ich will diese Besteuerung ja gar nicht besprechen.

Sie wissen es ja selbst, aber Sie schlagen sich nicht reumüthig an die Brust, wie es sich gehört, sondern Sie sind in der Öffentlichkeit noch immer stolz, daß Sie die Bevölkerung und tausende von Geschäftsleuten zugrunde gerichtet haben. Gehen Sie hinaus und sprechen Sie von der Einbeziehung, ich sage Ihnen: nicht drei oder vier werden es wagen zu sagen, die Einbeziehung ist gut.

Sie sagen, ja, die Vororte verlangen jetzt plötzlich viel. Ich habe gestern betont, wir haben ein Schulhaus schon im Jahre 1889 mit 150.000 fl. zu bauen beschloffen. Wir haben aber nicht ganz nach dem Wunsche der Gemeinde Wien und Sr. Excellenz des Herrn Statthalters gehandelt und uns mit dem vorgelegten Memorandum nicht ganz einverstanden erklärt und haben gesagt, die Einbeziehung ist eine rein fiskalische Maßnahme von Seiten des Staates und der Gemeinde, was sie auch thatsächlich ist. Darauf wurden wir aufgelöst. Wir mußten vier Jahre warten, bis man uns eine Schule gegeben hat. War das nicht schon damals ein Bedürfnis? Wir hätten selbst die Schule und auch eine zweite gebaut, wir brauchten dazu nicht erst einbezogen zu sein. Ohne die Zinskreuzer zu erhöhen, ohne der Bevölkerung den Bierkreuzer aufzuerlegen, ohne Todtenbeschau-Gebühren u. dgl., ohne all das hätten wir zwei Schulhäuser statt eines. Das kann ich ruhig sagen. Ich war neun Jahre in der Verwaltung, aber so herumgeschlagen wurde nicht, so ihener wurde nicht gebaut, und die Bevölkerung hat sich ganz gut befunden.

Vergessen Sie nicht, daß wir Vororte an Verzehrungssteuer für Wien mindestens zwei Millionen jährlich hereinschicken, daß wir dem Staatschatze drei Millionen zufließen, und weil ich bei der Verzehrungssteuer bin, so will ich erklären, daß ich stolz darauf bin, ein berüchtigter Agitator gegen die Einbeziehung gewesen zu sein, weil ich gewußt habe, was kommen wird. Viele haben mir nicht geglaubt, aber heute sehen Sie es ein; wir haben gebeten, es soll bei der Einbeziehung — und das wäre im Interesse von ganz Wien gewesen — der Mehrertrag der Verzehrungssteuer zur Herabsetzung des Tarifes verwendet werden. Das hat man nicht ins Gesetz hineingenommen, weil der damalige Finanzminister genau wußte, daß dies dem Staate mindestens drei Millionen kosten würde. Damals hat man es also nicht gethan, und heute kommt der Abgeordnete Dr. Max Menger und sagt: „Die Verzehrungssteuer in ganz Wien beträgt bedeutend mehr, als es vorher der Fall war; ich beantrage, daß dieser Mehrertrag zur Herabsetzung der Tarife verwendet wird.“

Sehen Sie, meine Herren, in welcher Überhastung dieses Gesetz geschaffen worden ist. Ja, Wien wäre frei von dem eisernen Gürtel — und sehen wir nur den Erfolg an. Die Bewohner der inneren Bezirke leben nicht billiger, sie spüren nichts, und die in den äußeren Bezirken, die ärmsten Arbeiterfamilien müssen 60 fl. mehr zahlen. Höheren Lohn, höheren Verdienst haben sie seitdem nicht — die Folge davon ist, daß sie es vom Essen, Trinken, Gewand und vom Quartier absparen, daß zwei, drei Familien zusammenziehen müssen. Also auf diese Errungenschaft dürfen Sie nicht stolz sein, Herr Dr. Scholz. Diese Errungenschaft hat das Volk zu tragen, und es liegt etwas darin — ich will es nicht aussprechen — was man im gewöhnlichen Leben nicht gerne hat. Aber bezüglich dieses Capitels seien Sie ruhig. Sie sagen immer, die Vororte kosten viel Geld; auch der Herr Gem.-Rath Dr. Bogler liebt das zu sagen; aber Sie haben uns ja dazu ver-

holfen; Sie haben uns ja in diese Zwangslage gebracht, die uns nur Verderben bringt.

Ich bin kein Finanzmann, meine Herren, ich bin nur ein kleiner Geschäftsmann, aber das leuchtet mir auch ein, was unser Herr Führer gesagt hat, daß die Goldwährung, wenn sie eingeführt wird, nur ein Unglück ist. Herr Dr. Suesß, Neuwirth und noch andere Abgeordnete wollten ja dagegen sprechen, aber sie durften es nicht — und warum? — aus Partezwecken! Die Leute waren nicht für die Einführung der Goldwährung, weil sie selbst darin ein Unglück erblickt haben. Und nun sollen wir es wagen, wir, die Gemeinde?

Freilich hat ein geehrter Herr Vorredner gesagt: „Die Goldwährung, da können wir nichts reden“; ich weiß es, da dictieren andere Größen, Rothschild und Consorten. Vielleicht wäre es jedoch besser für den Staat, wenn wir das hier ausgemacht hätten, vielleicht hätte nicht jeder den Muth gehabt, gegen das Volk zu stimmen, wo es doch auf der Hand liegt, daß das Volk dabei unbedingt zu kurz kommt. Wollen wir uns also in diese Convertierungen nicht einlassen, lassen wir dieselben ruhig beiseite liegen, es ist viel besser.

Im allgemeinen wird viel präliminiert, aber es wird immer bedeutend weniger ausgeführt und weniger gegeben. Schöne Ziffern, viel Versprechen, so wie es auch der Bräutigam mit der Braut macht, und kaum sind sechs Wochen, die Flitterwochen (Heiterkeit) vorüber, so wird schon wieder geknaufert, und es wird so manches abgezwickelt, was er ihr während oder vor den Flitterwochen zugestanden hat. So ist es auch hier. Gerade so wie die Braut enttäuscht wird, so sind auch wir enttäuscht. Es mag auch manchen inneren Bezirk geben, der ebenfalls enttäuscht wird, aber die alten Bezirke haben schon einen großen Theil von den Errungenschaften, und sie werden noch immer mehr kriegen wie die heißhungerigen Vororte.

Ich möchte also wünschen, daß das Präliminare auch wirklich ausgeführt wird, aber wir wissen ja alle, daß das ein alter Kunstkniff ist; es wird nicht alles so ausgeführt, wie es auf dem Papiere steht. Das Papier ist ja geduldig. Sie sagen: Eine wunderbare Finanzlage. Aber sehen Sie: da haben wir vier Millionen, dann zwei Millionen und die bewußte Million, macht sieben Millionen.

Auf eines muß ich noch zu sprechen kommen. In dem Überprüfungsausschusse, dem ich auch anzugehören die Ehre hatte, bin ich darauf gekommen, daß wir einen Einquartierungsfond mit der Ziffer von 1,300.000 fl. haben. Wir in den Vororten sind gewohnt, daß, wenn man von einem Fonde spricht, auch wirklich etwas da ist. Wenn ein Geschäftsmann, der ein Geschäft anfängt, sagt, er habe einen Fond von 1000 fl., so denke ich mir: der Mann hat 1000 fl. Fond, wenn auch in Waren — gut, er weist den Fond in Waren aus.

Ich war auch in diesem Falle so naiv und stelle die Frage: Wie ist es mit dem Fond, ist er auch da? Ah, heißt es, das ist buchhalterisch. (Heiterkeit.) Warum reden Sie nicht die Wahrheit und sagen, Sie haben einen Fond? Das ist ja nicht wahr. Was machen Sie im Falle einer Kriegsgefahr, da muß ja der Einquartierungsfond seine Sachen leisten. Der Fond steht nur im Buche, in Wirklichkeit ist er, wie die Wiener sagen, „verkitscht“, auch nach dem Zugeständnisse des Referenten, das ist mir genügend. Was machen wir im Falle einer Kriegsgefahr? Wenn dann eine Einquartierung kommt, müssen wir den Hausherren, die 20 Jahre

zu dem Fond gezahlt haben, sagen: „Ihr müßt die Soldaten nehmen, denn der Fond ist verknopft.“ So ist es nun in Wirklichkeit.

Wir in Hernals, in einem dieser Vororte, den die Commune angeblich herausreißen muß, weil er im Dreck stecken soll, wir, die eigentlich froh sein müssen, daß die Gemeinde Wien sie in die Arme genommen hat und als Kinder betrachtet, wir in Hernals, sage ich, haben durch Jahren einen Cinquartierungsfond von 53.000 fl. gesammelt, die liegen hier in Papieren. Das heißt, ich weiß nicht, liegen sie noch da? (Lebhafte Heiterkeit.) Wir haben sie hereingeschickt, das kann ich sagen, wir haben die 53.000 fl. dem Vice-Bürgermeister Dr. V o r s c h k e — Gott laß ihn selig ruhen! — übergeben.

Er war sehr erfreut, ich sehe ihn noch heute mit der Tasche fortgehen. (Lebhafte Heiterkeit.) Sehen Sie diesen Cinquartierungsfond an. Wäre etwas ausgebrochen, das hätte der Fond machen können, aber Sie können nichts machen. Bekanntlich ist, wenn Kriegsgefahr, auch die Gemeinde in Nothen. Der Gemeinde werden die Steuergelder nicht so eingehen, wie in einem normalen gesunden Jahre. Was machen Sie dann? Den Leuten Soldaten schicken. Dafür sind Sie um 1.300.000 fl. mehr schuldig. Es wundert mich nur, daß der Hausherrenverein sich noch nicht gemeldet hat. Das ist eine Incorrectheit, wie ich sie noch nie gesehen habe.

Etwas anderes, was die Gemeinde sehr stark belastet, sind die Commissionsgebühren. Schauen Sie sich im allgemeinen die vielen Commissionen an, die für die Gemeinde gemacht werden. Da weiß ich einen Fall — der selige Dr. P r i x hat ihn wenigstens mir zuliebe abgestellt. Es sind da in Dornbach eressene Rechte wegen eines einfachen Wasserlaufes; der ist nicht canalisiert, die Leute haben den Lauf meist selbst hergestellt, das besteht seit 30, 35 Jahren. Ich habe mir gedacht, die Sache wird protokollarisch geführt, man ladet die Leute vor und verpflichtet sie, wenn canalisiert wird, müssen sie eventuell die Einmündungsgebühr zahlen. Das ist selbstverständlich, wenn die Commune den Canal baut. Wissen Sie, was man sagt? Du Besitzer wirst aufgefordert, vier Plan-Parieu einzuschicken, ein Gesuch, eine Commission wird gemacht mit 15 fl. und du mußt auf dein Recht ohnedies verzichten. Sehen Sie, so ist es, die ewige Vielschreiberei, die vielen Commissionen. Ich glaube, die Ziffer wird Sie interessieren, daß wir, die Gemeinde allein, im vorigen Jahre 245.000 fl. für Commissionen ausgegeben haben. Dann glaube ich schon, daß dieser Karren stecken bleibt. Es muß ein bißchen gespart, die Vielschreiberei abgeschafft und die Sache einfach, kaufmännisch richtig betrieben werden, nicht daß ein Act durch zehn Stellen geht, daß 15 Unterschriften bei einer Rechnung sein müssen, wo der Unterschreibende nicht weiß, was darauf steht; aber formgerecht ist es, 15 Unterschriften müssen sein. So ist es auch mit der Auszahlung der Rechnungen. Wenn man einen Contrahenten fragt: Willst Du mit der Commune arbeiten? sagt er, laß mich mit der Commune aus, da muß man ja drei Vierteljahre warten, bis man die Rechnungen zurück- und sein Geld kriegt. Das sind keine geordneten Verhältnisse, es muß eine Besserung eintreten; es wäre gut, wenn das, was hier gesprochen wird, notiert und die Beschwerden berücksichtigt würden. Da könnte man den Frieden schaffen, die Bevölkerung sich allmählich zu Freunden machen, indem man eine ordentliche Verwaltung schafft.

So ist es auch mit dem Capitel „Versorgungshaus“. Der Landesauschuß hat die Verpflegung in eigene Regie genommen und man hat gesehen, daß er dabei wunderbar gut fährt. Sehen

Sie ins Versorgungshaus im IX. Bezirke! Die armen Leute haben nichts zu essen und die Traiteure werden reich dabei. In diesem Jahre sind zwei Selbstmorde von ganz rüstigen Leuten vorgekommen. Warum? Wahrscheinlich wegen Nahrungsorgen. (Gem.-Rath Frauenberger: Aber gehn's!) Ich bitte, sich nur darum zu kümmern; Sie mögen in ganz guten Verhältnissen sein, aber es ist nicht jeder reich gestorben. Schauen Sie sich die Verhältnisse an. Es wäre ganz gut, wenn die Gemeinde, statt daß wir dem Pächter 1000 fl. geben, die Sache in eigene Regie nehmen und ein paar Köchinnen dorthin stellen würde; da würden die armen Leute für ihre paar Kreuzer wenigstens etwas kriegen. Also nicht schöne Reden halten; bedenken Sie wenigstens, daß sich die armen Leute, die schon verurtheilt sind, dorthin zu kommen, satt essen können. Sehen Sie, das habe ich auch von einem Bekannten erfahren; er ist im November beim Bezirksamte um Aufnahme in die Versorgung eingeschritten und heute ist er noch nicht aufgenommen! So müssen die armen Leute herumwandern, und dann wundert man sich, wenn das Capitel „Verbrechen“ so groß ist. Ich weiß nicht, ob wir nicht auch daran theilhaben, weil wir die Leute so schlecht versorgen und so lange warten lassen, bis man sie endlich dorthin bringt, wo sie ihre paar Tage noch erleben können. Hier wäre die eigene Regie gut. Sehen Sie, der Traiteur weiß ganz genau, wer bei ihm isst. Vor 12 Uhr darf niemand hinaus, außer er hat die Erlaubnis; erst nach 12 Uhr, wenn abg gespeist ist, darf er fortgehen, damit nicht etwa ein armer Teufel seine 10 bis 12 kr. in der Nachbarschaft verzehrt. Da wäre also die eigene Regie am Plage. (Rufe rechts: Das wollen wir ja, Dr. L u e g e r ist dagegen! — Gem.-Rath Dr. L u e g e r: Darüber werden wir schon reden!) Ich bitte, er hat auch nicht in allem recht. Gäbe es also gemeinderäthliche Commissionen, so würden die wohl von Zeit zu Zeit Nachschau halten.

Wir als Gemeinderäthe sind aber nichts, höchstens daß die Diener zu uns sagen: Guten Tag, Herr Gemeinderath! Dann ist unsere Herrlichkeit vorbei. Selbstverständlich ist alles der Stadtrath. Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind also die Hauptsache. Wenn Sie uns auch oft sagen: „Ihr bösen Antisemiten“, wenn Sie aber so fortfahren, so weiß ich nicht, ob nicht ein großer Theil der Juden sagen wird: „die Antisemiten sind uns noch lieber, sie sind wenigstens wirtschaftlicher, wenigstens kommt auf den armen Juden auch ein bißchen mehr!“ (Gem.-Rath Dr. L u e g e r: Das sagen Sie jetzt schon!) Vor ganz kurzer Zeit hat man auch geschrien: die freiwilligen Feuerwehren hinaus! Nun, ich bitte Sie, daß Ihnen das ja nicht einfällt! Die Zeit ist zwar schon vorüber, es war nur so, wie eben einen manchmal etwas anwandelt, jetzt ist es schon besser geworden. Man hat damals gesagt, alle freiwilligen Feuerwehren auflösen, eigene Abtheilungen bilden! Da kämen dann sechs Mann in einen Bezirk, wo jetzt 60 bis 100 Mann sind, und was hätte das der Commune mehr gekostet? Gewiß 200.000 fl. So geben wir vielleicht 20.000 fl. für Subventionen aus. Das ist auch zu erwägen. Ich glaube aber, dieses Gespenst ist jetzt bereits verschwunden.

Meine Herren, ich kann leider nicht allen geehrten Collegen recht thun, aber ich glaube, das kann gar niemand, auch nicht die Herren von der Majorität. Schauen Sie, Herr Gem.-Rath Dr. S c h o l z hat uns gesagt, es sei eine Katastrophe über Wien gekommen, nämlich die Einbeziehung der Vororte. Im Jahre 1861 war die Stadterweiterung und jetzt war wieder die große Stadterweiterung. Ja, diese Einbeziehung ist mit solcher Hast betrieben

worden, wahrscheinlich wie die vom Jahre 1861; damals mußte die Commune die ganzen Straßen und Canäle und alles mögliche bauen, und der riesige Fond, der Stadterweiterungsfond, der hat alles eingeheimst und jetzt baut er langsam mit seinen Millionen hier und da ein Haus, aber ich bin auch froh, daß er da ist, denn wenn wir das gewesen wären, wären die 20 Millionen auch nicht mehr da! Es ist also gut, daß da Vorsorge getroffen wurde.

Es ist auch nicht ganz richtig, wie ein Redner gesagt hat, es sei gut, wenn die Engländer und Berliner unsere Communallose haben. Ich glaube, es wäre viel besser, wenn dieselben hier wären, weil dann die Interessen auch hier verzehrt würden, und wenn wir schon mehr Zinsen bezahlen müssen, ist es immer besser, wenn sie hier verzehrt werden.

Auch das neue Anlehen werden Sie wieder weggeben. Die Verkehrscommission hat Eile gehabt, das ihre weiterzugeben. Wir sind auch Theilnehmer an diesem Anlehen, selbstverständlich mit einem gewissen Percentfage. Warum hat man es nicht so gemacht, wie es in anderen Städten geschieht, daß man eine öffentliche Einzeichnung veranlaßt hat? Warum ist man nicht an das Volk herantreten und hat gesagt, da hast du ein Papier zum Nominalwerte von so und so viel, zu dem und dem Course? Nein, man muß den Großcapitalisten den Banken lassen, damit diese den Gewinn haben. So wird es wahrscheinlich auch die Commune machen, wenn sie in die Lage kommen wird, ihr Anlehen aufzunehmen. Nicht einzelne werden den Nutzen von 1 oder 2 fl. haben, nein, Rothschild und Consorten und die großen Banken. Ich weiß nicht, ob man das immer so wird verantworten können.

Also, meine Herren, in Zukunft sparen Sie — aber sparen Sie am richtigen Plage. Das nenne ich nicht Sparen, wenn vielleicht dem einen oder anderen Bezirke das, was ihm noththut, was ihm im allgemeinen Verkehre fehlt, entzogen wird. Das ist eine Sparbarkeit am unrichtigen Plage; das ist eigentlich eine Unterbindung des ganzen. Meine Herren, was nun die Verwaltung anbetrifft — ja, die Verwaltung haben wir nicht so eingerichtet — die haben Sie eingerichtet.

Sie haben sich den Stadtrath geschaffen, Sie haben sich eigentlich alles geschaffen; früher haben die Commissionen ihren Wirkungskreis gehabt, die früheren Bezirksausschüsse den erweiterten Wirkungskreis, der Magistrat seinen Wirkungskreis.

Wir haben den Magistrat nicht heruntergesetzt. Es ist unrichtig, was Herr College Dr. Scholz sagt. Sie haben den Magistrat herabgesetzt; Sie haben ihn zu Ihrem Diener gemacht. Der Stadtrath ist über den Magistrat, der Stadtrath über alle Commissionen, kurz und gut ist die allein seligmachende Herrlichkeit.

Uns kann man nicht vorwerfen oder unseren Führern die Schuld geben, daß der Magistrat in eine Stellung gelangt ist, in die er eigentlich nicht gehört. Ich bitte, uns mit solchen Sachen absolut nicht zu kommen, besonders nicht Herr Dr. Scholz. Da ist er auf die unrichtige Adresse gekommen; das hätten Sie (zu Dr. Scholz gewendet) vielmehr zu Ihren Parteigenossen sagen sollen.

Was den Frieden anbelangt, so sind wir selbstverständlich für denselben, aber einen Frieden gibt es nur, wenn beide Theile in der Sache einig sind. Einen Frieden aber kann es auch nicht geben, der uns entwürdigt, und wahrlich, wer die ersten eineinhalb Jahre im Gemeinderathe bis zu unserer Abstinenz mitgemacht hat, muß sagen, daß die Behandlung, die uns zutheil geworden ist, eine unerwartete war. Selbst die Zigeuner, die von Stadt zu

Stadt ziehen, werden anders behandelt, als wir in dieser Zeit behandelt worden sind. (Dr. Lueger: Wie Hunde!) Der geringste Zusatz-Antrag, wenn es sich z. B. bei einer Subvention um die Erhöhung von 10 fl. gehandelt hat, wurde zu einer Parteifrage gemacht und abgelehnt. So sind wir zu dem scharfen Extrem gekommen, bei dem wir heute sind. Die Schuld liegt also auf der anderen Seite. Von der ersten Minute haben Sie sich so gegen uns benommen — und gestehen Sie es mir zu, wenn wir die Friedenspalme nun in die Hand nehmen und Ihnen den Frieden bieten, dann müssen Sie uns doch erwidern, daß wir nobel sind, nobel auf eine solche Behandlung, wie Sie sie uns haben angedeihen lassen. Sie hätten so etwas vielleicht selbst nicht erwartet.

Nun, meine Herren, ich will Sie nicht länger aufhalten, aber das eine muß ich wiederholen, trachten Sie zu sparen am rechten Orte; nehmen Sie nicht immer die Vororte in den Mund, als würden diese die Gemeinde zugrunde richten. Wir sind jetzt dazu da, um mit Ihnen mitzuarbeiten, und stellen Sie sich auf den Standpunkt der Wahrheit und des Rechtes, so werden Sie sehen, daß wir immer für Recht und Wahrheit eintreten. (Beifall links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Frauenberger hat das Wort. (Lebhafte Schlußrufe.)

Gem.-Rath Dr. Lueger: Wenn wir von 5 bis 9 Uhr sitzen, ist es doch genug. Das ist ja schon Thierquälerei. (Heiterkeit.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Da die Versammlung den Schluß der Sitzung wünscht, so stimme ich wohl zu. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung 9 Uhr abends.)

Allgemeine Nachrichten.

(Beerdigung des Bürgermeisters.) Samstag den 31. März 1894, um 11 $\frac{1}{2}$ Uhr vormittags, fand im Gemeinderaths-Sitzungs-saale durch den Statthalter von Niederösterreich, Excellenz Grafen Riekmanssegg, die Beerdigung des Bürgermeisters Dr. Raimund Gröbl statt.

Der Statthalter Graf Riekmanssegg leitete den feierlichen Act mit nachstehender Rede ein:

„Hochgeehrte Herren! Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 22. März 1894 die Wahl des bisherigen zweiten Vice-Bürgermeisters Herrn Dr. Raimund Gröbl zum Bürgermeister der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien allergnädigst zu bestätigen geruht.

Bevor ich zur Beerdigung des neugewählten Herrn Bürgermeisters schreite, drängt es mich, seines Herrn Vorgängers zu gedenken, der inmitten rastlosen Schaffens, in der Vollkraft seiner Jahre von einem tödtlichen Leiden so plötzlich dahingerafft wurde.

Von warmer Liebe zu seiner Vaterstadt befeelt und getragen von dem ernstesten Bestreben, das von ihm für gut Erkannte mit zielbewußtester Energie zu verwirklichen, hat Bürgermeister Dr. Priz in einem wichtigen Abschnitte der Geschichte Wiens an der Entwicklung der Residenzstadt in hervorragendem Maße werththätig theilgenommen und hiedurch als erster Bürgermeister des erweiterten Wien seinem Namen ein bleibendes Andenken gesichert. (Beifall.)

Bei der am 14. März d. J. stattgehabten Wahl hat sich die überwiegende Mehrheit des Gemeinderathes dahin geeinigt, Sie, hochgeehrter Herr Bürgermeister, als Nachfolger des Dr. Priz zur obersten Leitung der Gemeindegeschäfte zu berufen.

Empfangen Sie zunächst meinen aufrichtigen Glückwunsch zu der Allerhöchsten Bestätigung dieser Wahl, sowie zu der auszeichnenden Vertrauenskundgebung, welche Ihnen durch diese Wahl zu Theil wurde.

Als gebürtiger Wiener und immer in Wien ansässig, hatten Sie von jeher reichlich Gelegenheit, sich mit den Bedürfnissen der hauptstädtischen Bevölkerung eingehend vertraut zu machen.

Seit 1880 dem Wiener Gemeinderathe angehörend, waren Sie dadurch in der Lage, sich in allen Zweigen der Gemeindeverwaltung ausgebreitete Kenntnisse zu erwerben, welche im Vereine mit Ihrem gediegenen Fachwissen und Ihren reichen sonstigen Erfahrungen Sie als die zunächst berufene Persönlichkeit erscheinen ließen, in der Vorgeschichte der Vereinigung der Vororte mit Wien, und zwar von deren Anbeginn eine hervorragende Rolle zu spielen. (Beifall.) Ganz besonders werde ich Ihnen für die sehr wertvollen Informationen und Rathschläge, welche Sie mir seinerzeit stets so bereitwillig zu geben die Güte hatten, immer zu lebhaftem Danke verpflichtet bleiben. (Beifall.)

Mit dem Beginne der Wirksamkeit des neuen Gemeinde-statutes zum zweiten Vice-Bürgermeister berufen, nahmen Sie sehr wesentlichen Antheil an der durchgreifenden Umgestaltung aller Institutionen der Gemeinde, sowie an der Einleitung jener großen Reformen, deren Vollendung Ihnen nunmehr als dem Oberhaupte der Gemeinde in erster Linie obliegen wird.

Ihr bisheriges Wirken in der Gemeinde und als langjähriger Vertreter derselben im n.-ö. Landeschulrath bietet die Gewähr, daß Sie in Ihrer neuen Stellung mit aller Hingebung bestrebt sein werden, Ihr ganzes Können für das Wohl der Gemeinde einzusetzen und deren Interessen mit gleicher Wärme und Aufopferung wie bisher zu fördern und Ihre bekannte schulfreundliche Gesinnung als nunmehriger Vorsitzender des Wiener Bezirksschulrathes erfolgreichst zu bethätigen. (Beifall.)

Die Bewältigung der vielen und wie ich nicht verkenne, schweren Aufgaben, welche seitens der Gemeinde einer gedeihlichen Lösung harren, wird dadurch wesentlich erleichtert, daß Ihnen als erster Vice-Bürgermeister ein im Dienste der Gemeinde erprobter Mann von eminenter Arbeitskraft treu zur Seite steht. (Beifall.)

Das Ihrer Wahl zugrunde liegende Stimmenverhältnis läßt einen Zweifel darüber nicht aufkommen, daß Ihnen auch die Unterstützung der überwiegenden Mehrheit im Gemeinderathe sicher ist, und kann der volle, nachhaltige und die gesammte Bevölkerung befriedigende Erfolg der communalen Thätigkeit nicht ausbleiben, wenn bei den Verhandlungen und Berathungen im Gemeinderathe endlich den Anschauungen immer weiterer Kreise der Bevölkerung Rechnung getragen wird, daß es sich hier nicht um die Austragung politischer oder gar persönlicher Kämpfe handeln dürfe (Beifall), sondern nur um die keine fruchtlosen Debatten mehr vertragende Verwaltung unserer Reichshauptstadt! (Beifall.)

Möge es Ihnen gelingen, diesen Geist der Mäßigung und ruhigen sachlichen Erwägung, welchen pflegen zu wollen Sie in Ihrer Ansprache am Tage der Wahl als Ihre besondere Aufgabe bezeichneten, in diesem Saale einzubürgern.

Reicher Dank und volle Anerkennung aller wahren Freunde dieser Stadt und ihrer besten Bürger ist Ihnen dann sicher! (Beifall.)

Daß die Gemeinde in allen sie berührenden Fragen auf die wohlwollende Unterstützung der Regierung rechnen kann, und daß speciell ich stets bereit bin, die Interessen Wiens im Rahmen

meines Wirkungskreises zu fördern, habe ich bereits wiederholt an dieser Stelle ausgesprochen und durch Thaten bewiesen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Es erübrigt mir nun noch, Sie hochgeehrter Herr Bürgermeister, zu bitten, mir auch in Ihrer neuen Stellung das bisherige Entgegenkommen zu bewahren und gleich mir darauf hinzuwirken, daß die Beziehungen zwischen Gemeinde und Staatsverwaltung in deren beiderseitigem Interesse sich immer fester und inniger gestalten.

Im Sinne des § 25 des Wiener Gemeinde-statutes lade ich Sie ein, den vorgeschriebenen Diensteid in meine Hände abzulegen.

Herr Statthaltereirath Freiherr v. Rutschera wird die Eidesformel verlesen und erjuche ich, die Schlussworte derselben mit zum Schwure erhobener Rechte wiederholen zu wollen."

Statthaltereirath Freiherr v. Rutschera verliest hierauf nachstehende Eidesformel:

"Sie werden einen Eid zu Gott dem Allmächtigen schwören und bei Ihrer Ehre und Treue geloben, Seiner Majestät dem allerdurchlauchtigsten Fürsten und Herrn Franz Josef I., von Gottes Gnaden Kaiser von Oesterreich, König von Böhmen u. u. und apostolischer König von Ungarn, und nach Allerhöchstdemselben den aus dessen Stamm und Geblüte nachfolgenden Erben treu und gehorsam zu sein, die Staatsgrundgesetze unverbrüchlich zu beobachten und das Ihnen anvertraute Amt des Bürgermeisters der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien treu und redlich nach Ihrem besten Wissen und Gewissen zu verwalten, sowie die Ihnen in der Eigenschaft des Bürgermeisters nach dem Gesetze vom 19. December 1890, l.-G.-Bl. Nr. 45, und nach den Gesetzen überhaupt obliegenden Pflichten nach ihrem vollen Umfange genau und gewissenhaft zu erfüllen."

Statthalter Graf Kiehm ansegg: Ich bitte, die folgenden Worte zu wiederholen:

"Was mir soeben vorgelesen worden und ich wohl und deutlich verstanden habe, demselben soll und will ich getreu und fleißig nachkommen: So wahr mir Gott helfe!"

Bürgermeister Dr. Gröbl (mit zum Schwur erhobener Rechten): "Was mir soeben vorgelesen worden und ich wohl und deutlich verstanden habe, demselben soll und will ich getreu und fleißig nachkommen: So wahr mir Gott helfe!"

Nach Ablegung dieses Eides ergriff Bürgermeister Dr. Gröbl das Wort zu folgender Rede:

Vor allem bitte ich Eure Excellenz, meinen ehrfurchtsvollen Dank Seiner Majestät dem Kaiser für die Bestätigung meiner Wahl zum Bürgermeister der Stadt Wien zur Kenntnis zu bringen.

Eurer Excellenz danke ich innigst für die freundlichen und aufmunternden Worte, mit welchen Sie heute den feierlichen Act eingeleitet haben.

Ihr lebhaftes Interesse für unser Gemeinwesen läßt mich mit voller Zuversicht hoffen, daß Eure Excellenz auch in Zukunft den Angelegenheiten der Stadt eine wohlwollende Fürsorge zuwenden werden.

Die Gemeinde wird eine kräftige Unterstützung seitens der hohen Regierung schon aus dem Grunde erwarten dürfen, weil alles, was für die Metropole des österreichischen Staates geschieht, zum Vortheile des Reiches ist (Beifall), dessen Glanz sich in der Residenzstadt spiegeln soll.

Die freigewählte Bürgerschaft Wiens wird sich dieser historischen Aufgabe stets bewußt sein, wie sie auch jederzeit eingedenk sein wird, daß Wien den Mittelpunkt deutscher Cultur und Sitte in unserem Vaterlande bildet. (Beifall.)

Mitten im vollen Schaffen und erfüllt von Plänen für die Ausgestaltung des Werkes, das unter seiner Leitung begonnen wurde, ist mein verdienstvoller Vorgänger Dr. Johann N. Prix in das Reich der Ruhe eingezogen. Was er begonnen, will ich fortsetzen und ausführen, im Sinne der bestehenden Gesetze, im Geiste des wahren Fortschrittes und im Gefühle der Liebe zu meiner Vaterstadt. (Beifall.)

Streng unparteiisch werde ich die Verhandlungen im Gemeinderathe leiten, von dem innigsten Wunsche erfüllt, ein einträchtiges Zusammenwirken zu ermöglichen. (Beifall.)

Ich werde in der Organisation des decentralisierten Verwaltungsdienstes, die sich vollkommen bewährt, keine principielle Veränderung anstreben und bin überzeugt, daß die städtischen Beamten mit gleichem Fleiße und eben derselben Hingebung wie bisher ihre Pflichten erfüllen werden. In Würdigung dessen soll das von meinem Vorgänger begonnene Werk einer zeitgemäßen Regulierung der Bezüge der Beamten und Diener schon in nächster Zeit abgeschlossen werden, zu welchem Zwecke es nothwendig sein wird, die Pensionsvorschrift der Beamten und Diener einer Revision zu unterziehen und in den Bezügen der Witwen und Waisen jene Verbesserung eintreten zu lassen, die den veränderten Zeitverhältnissen angemessen ist. (Beifall.)

Die mit der Neugestaltung Wiens verbundenen Arbeiten haben einen erfreulichen Fortschritt genommen. Die Wienthallinie ist in ein einheitliches Reg. einbezogen, sämtliche Arbeiten stellen ein Ganzes dar und werden für Rechnung der Verkehrs-Commission ausgeführt, wodurch allen Zufälligkeiten vorgebeugt und die Vollendung des großen Werkes endgiltig gesichert ist. (Beifall.)

In allen Zweigen der Verwaltung, auf dem Gebiete der öffentlichen Gesundheitspflege, der Approvisionierung, der öffentlichen Sicherheit, der Schule und in vielen anderen Theilen des öffentlichen Lebens muß theils Neues geschaffen, theils das Bestehende ergänzt oder verbessert werden.

Eine der wichtigsten Aufgaben zunächst ist die Durchführung der Wasserversorgung. Um in dieser Hinsicht allen gerechten Anforderungen entsprechen zu können, werden gegenwärtig die Erhebungen und Studien fortgesetzt. Neben der Erweiterung der Hochquellenleitung und der Dienstbarmachung neuer Quellen wird in Zukunft auch auf die Herstellung einer Nutzwasserleitung Bedacht zu nehmen sein, die sowohl durch die Menge als durch die Güte ihres Erträgnisses den strengsten Anforderungen entsprechen soll.

Die veränderten Verhältnisse machen eine Organisation unseres Marktwesens zur unbedingten Nothwendigkeit. Hierbei wird die künftige Gestaltung des localen Verkehrswesens von Einfluß sein.

Um die Bedürfnisse des Handels und Verkehrs zu fördern, werden wir an die Erweiterung des städtischen Lagerhauses schreiten müssen, es steht aber zu hoffen, daß die Gemeinde bei der Durchführung dieses Unternehmens eine kräftige Unterstützung seitens der Regierung finden werde, die ihr Interesse an der Ausgestaltung des Lagerhauses und insbesondere an der Errichtung eines öffentlichen Umschlagplatzes am Donauufer wiederholt betont hat. (Beifall.)

Im Interesse der öffentlichen Sicherheit werden wir unser Feuerwehrewesen weiter ausbilden müssen, doch können wir nur durch das einträchtige Zusammenwirken der freiwilligen Feuerwehren und der städtischen Berufsfeuerwehr zum Ziele gelangen. Ich werde daher auf das gute Einvernehmen dieser Körperschaften großen Wert legen. (Beifall.)

Meine volle Aufmerksamkeit werde ich auch der Übernahme der Stadtbekleuchtung in eigene Regie widmen und nichts versäumen, was dazu beitragen könnte, daß sie der Gemeinde zu dem erhofften Vortheile gereiche. (Lebhafter Beifall.) Mit großem Eifer werden die Projecte, welche den Offertverhandlungen zur Grundlage dienen sollen, ausgearbeitet, und ich hoffe, die Schätzung der alten Werke soweit vorwärts zu bringen, daß, wenn nicht unerwartete Ereignisse eintreten, der Gemeinderath noch im Laufe des Sommers endgiltige Beschlüsse wird fassen können.

Auch auf dem wichtigen Gebiete der Armenpflege sind Neuerungen unumgänglich nothwendig, und es wird mein Bestreben sein, sie im Geiste der Zeit und den Anforderungen der Humanität entsprechend durchzuführen. Ich zähle hiebei auf die Mitwirkung der Wiener Bürger, die auf diesem Gebiete als Armenräthe ihren Gemein Sinn vielfach erprobt haben. In gleichem Maße wie für die materiellen Interessen der Bevölkerung werde ich allen Angelegenheiten des geistigen Lebens die vollste Würdigung angedeihen lassen. Was mir zunächst am Herzen liegt, ist die Förderung alles dessen, was zum Nutzen der Schule ist, der die Gemeinde schon in den ältesten Zeiten die vollste Aufmerksamkeit gewidmet hat. Mein Bestreben wird es auch sein, eine genaue Kompetenzabgrenzung zwischen den Schulbehörden und der Gemeinde zu erzielen und eine Vereinfachung bei Besetzung von Lehrstellen anzubahnen; auch erachte ich es für meine Pflicht, die Interessen der männlichen Lehrpersonen bei Erlangung leitender Stellen an unseren Schulen zu wahren. (Beifall.)

In Würdigung, daß der gewerbliche Unterricht die Grundlage eines kräftigen Gewerbestandes ist, werde ich jederzeit bereit sein, an der Ausbildung dieses Schulzweiges mitzuwirken. (Beifall.)

Ich bin mir bewußt, daß mein guter Wille zur That nur durch die Mitwirkung aller berufenen Factoren verwirklicht werden kann.

Ich zähle daher auf die Unterstützung meiner Collegen im Gemeinderathe und Stadtrathe, ich vertraue auf die hingebungsvolle Thätigkeit der Herren Bezirksvorsteher und Bezirksausschüsse und auf den bewährten Eifer der Herren Bezirks- und Ortschulräthe, sowie ich auch von der erprobten Thätigkeit der Herren Genossenschaftsvorsteher erwarte, daß sie als Vertreter eines social wichtigen Standes das Interesse ihrer Mitbürger stets bewahren werden. (Beifall.)

Meine sehr geehrten Herren! Welcher Meinung im politischen und socialen Leben jeder einzelne von uns auch sein mag, in einem stimmen wir sicher alle überein: in der Liebe zu unserer Stadt, deren Wohl wir alle anstreben. (Beifall.)

Lassen Sie uns in diesem Streben stets einig sein und mit vereinten Kräften wirken zum Heile unserer Mitbürger, eingedenk des Wahlspruches unseres gütigen Kaisers, der so vielfache Beweise von Liebe zu seiner Vaterstadt gegeben hat. (Lebhafter Beifall.)

Unter Kaiser Franz Josef I. ist die Autonomie der Gemeinde Wien wieder verwirklicht worden, unter seiner Regierung ist ein neues und großes Wien entstanden. Stets bereit, dem angestammten

Gefühle zu unserem Allerhöchsten Kaiserhause Ausdruck zu geben, wollen wir in diesem feierlichen Augenblicke aus vollem Herzen rufen: Seine Majestät Kaiser Franz Josef I. lebe hoch! (Die Versammlung bringt ein dreifaches begeistertes Hoch aus.)

* * *

(Commission für Verkehrsanlagen in Wien, 31. März 1894.)

In der abgelaufenen Woche hat die Anzahl der bei der Ausführung der Wiener Verkehrsanlagen verwendeten Arbeiter 1445 betragen; hievon waren 776 beim Baue der Sammelcanäle links und rechts des Donaucanales, 669 an der Gürtel- und Vorortelinie der Stadtbahn beschäftigt; hier standen 64, beim Bau der Sammelcanäle 30 Fuhrwerke, an der Gürtellinie überdies auch noch drei Dampfmaschinen in Verwendung.

* * *

(Musterstatut für Losvereine.) Von Seite der k. k. n.ö. Statthalterei wurde ein Musterstatut für Losvereine nebst einer Belehrung ausgearbeitet und aufgelegt.

Einzelne Exemplare dieses Statutes sind um den Preis von je drei Kreuzern bei dem Buchdrucker Karl Krapfenbauer in Wistelbach erhältlich.

Die „Belehrung“ enthält nachstehende Hauptbestimmungen:

Das Gesuch um Genehmigung der Statuten eines Losvereines nach dem Vereinsgesetze vom 26. November 1852, R. G. Bl. Nr. 253, ist mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehen.

Demselben sind fünf mit je 15 kr.-Stempel versehene Statuten-Exemplare beizuschließen, je zwei Exemplare sind geschrieben vorzulegen; für die drei übrigen ist das gedruckte Musterstatut zu benötigen.

Für das mit der Genehmigungsclausel zu versehenes geschriebene Statuten-Exemplar ist für den ersten Bogen 1 fl.-Stempel, für jeden weiteren Bogen ein 50 kr.-Stempel dem Gesuche beizuschließen. Die beiden geschriebenen Statuten-Exemplare dürfen keinerlei Correctur enthalten.

Wenn der Proponent im Wiener Polizei-Rayon wohnt, ist das Gesuch bei der Wiener Polizei-Direction, sonst bei der k. k. Bezirkshauptmannschaft, respective beim Stadtrathe einzureichen.

Zu § 1. Im § 1 der Statuten ist nur der Ort des Vereinssitzes anzugeben. Die Wahl des Vereinslocales ist freigestellt.

Jeder Losverein muß einen Namen führen; der Gebrauch des gleichen Namens für zwei oder mehrere Vereine desselben politischen Bezirkes ist zu vermeiden.

Zu § 3. Es bleibt den Proponenten überlassen, die Wahl der Lose der Generalversammlung oder der Vereinsleitung zu überlassen.

Zu § 7. Der Schlusssatz ist zur Bestimmung über den Einzahlungsort, die Einzahlungstermine und die Höhe des Mitgliederbeitrages den Proponenten überlassen.

Zu § 10. In diesen Paragraph ist eine Bestimmung darüber aufzunehmen, ob die Mitglieder in der Vereinsversammlung in allen Fällen nur eine Stimme haben oder ob mit dem Besitze mehrerer Antheile auch mehrere, respective wie viele Stimmen in der Generalversammlung verbunden sind.

Zu § 15. Vor erfolgter behördlicher Genehmigung der Vereinsstatuten darf keine Vereinsthätigkeit entwickelt werden.

* * *

Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Hernals.

März 1894.

Stand der Einlagen am 28. Februar 1894 5,447.768 fl. 25 kr.

Einlagen 406.188 fl. 93 kr. von 1920 Parteien
Rückgezahlt 354.044 „ 30 „ an 1395 „

Stand der Einlagen am 31. März 1894 5,499.912 fl. 88 kr.
Stand der Hypothekar-Darlehen 3,647.278 fl. 71 kr.

* * *

Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Währing.

März 1894.

Einlagen 328.184 fl. 31 kr. von 1637 Parteien
Rückgezahlt 265.668 „ 69 „ an 1433 „

Das Gesamt-Interessenten-Guthaben beträgt mit 31. März 1894. 6,453.519 fl. 99 kr.

* * *

Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Döbling.

März 1894.

Eingelegt wurden von 539 Parteien 90.229 fl. 44 kr.
Behoben wurden von 355 Parteien 97.088 fl. 95 kr.

Es ergibt sich daher ein Minus von 6.859 fl. 51 kr.
Abgerechnet vom Stande vom 28. Februar 1894 per 1,451.698 fl. 36 kr.

verbleibt mit Ende März 1894 bei 3495 offenen Conti ein Stand der Einlagen von 1,444.838 fl. 85 kr.
Stand der Hypothekar-Darlehen 785.154 fl. — kr.

* * *

80. Ziehung des Prämien-Anlehens der Stadt Wien vom Jahre 1874.

Verzeichniß der am 2. April 1894 gezogenen Serien und Gewinnnummern des Prämien-Anlehens der Stadt Wien vom Jahre 1874 per 30 Millionen Gulden und der auf dieselben gefallenen Treffer.

Gezogene Serien: **34, 265, 529, 809, 1303, 1376, 1565, 1609, 1993, 2124, 2293, 2516, 2656.**

Serie 34, Nr. 21, Gewinn 250 fl.; Serie 34, Nr. 22, Gewinn 1000 fl.; Serie 34, Nr. 79, Gewinn 20.000 fl.; Serie 265, Nr. 18, Gewinn 250 fl.; Serie 265, Nr. 42, Gewinn 250 fl.; Serie 265, Nr. 93, Gewinn 1000 fl.; Serie 809, Nr. 6, Gewinn 250 fl.; Serie 809, Nr. 7, Gewinn 250 fl.; Serie 809, Nr. 49, Gewinn 250 fl.; Serie 1303, Nr. 50, Gewinn 1000 fl.; Serie 1376, Nr. 86, Gewinn 250 fl.; Serie 1376, Nr. 93, Gewinn 250 fl.; Serie 1565, Nr. 53, Gewinn 1000 fl.; Serie 1609, Nr. 23, Gewinn 5000 fl.; Serie 1993, Nr. 39, Gewinn 250 fl.; Serie 1993, Nr. 57, Gewinn 200.000 fl.; Serie 1993, Nr. 98, Gewinn 250 fl.; Serie 1993, Nr. 99, Gewinn 1000 fl.; Serie 2293, Nr. 70, Gewinn 250 fl.; Serie 2293, Nr. 84, Gewinn 250 fl.

Die übrigen 1280 Antheilscheine, welche in den gezogenen Serien enthalten sind, gewinnen à 140 fl.

Die Auszahlung der planmäßigen Gewinne erfolgt vom 2. Juli 1894 ab durch die Cassa der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Die nächste Ziehung findet am 2. Juli 1894 statt.

Verzeichniß jener gezogenen Serien des Communal-Anlehens vom Jahre 1874, von welchen bisher noch nicht sämmtliche Lose zur Einlösung beigebracht worden sind: 9 13 31 32 41 47 63 64 66 68 79 81 83 85 99 105 113 122 126 127 129 135 144 145 156 173 175 188 195 204 226 227 238 245 248 250 254 258 261 268 288 292 295 297 302 324 327 329 330 346 358 363 369 372 395 398 399 407 425 432 437 446 447 448 454 461 463 473 478 484 491 516 524 533 548 554 559 562 571 575 578 579 597 603 608 624 627 629 649 650 651 656 660 670 681 688 690 694 698 702 710 732 733 742 747 752 754 767 804 805 815 826 831 835 837 844 869 870 875 901 925 952 956 963 965 977 978 984 986 988 996 998 1003 1006 1007 1010 1029 1034 1043 1051 1063 1074 1076 1077 1089 1094 1110 1111 1114 1121 1124 1125 1148 1149 1157 1163 1183 1222 1237 1258 1263 1291 1304 1310 1321 1323 1325 1341 1345 1351 1352 1353 1363 1364 1375 1383 1387 1392 1418 1424 1447 1449 1450 1469 1473 1479

1484	1498	1508	1520	1536	1557	1558	1562	1595	1597	1606	1608	1611
1612	1613	1622	1624	1632	1636	1637	1657	1672	1674	1677	1682	1685
1697	1698	1709	1710	1713	1722	1739	1740	1742	1750	1751	1757	1760
1766	1788	1797	1798	1834	1841	1843	1848	1851	1878	1880	1881	1890
1906	1909	1914	1928	1934	1950	1957	1961	1964	1965	1973	1982	1991
1994	2001	2011	2014	2031	2041	2043	2047	2068	2071	2082	2104	2110
2111	2115	2120	2128	2130	2144	2152	2160	2164	2181	2190	2195	2202
2207	2213	2222	2228	2229	2232	2235	2236	2239	2246	2247	2266	2268
2300	2309	2317	2319	2320	2324	2331	2335	2345	2346	2349	2356	2363
2369	2377	2379	2388	2389	2413	2439	2452	2460	2463	2483	2487	2493
2497	2508	2510	2535	2547	2562	2566	2573	2576	2580	2600	2602	2612
2617	2621	2622	2631	2640	2660	2666	2669	2670	2672	2682	2689	2697
2698	2705	2707	2709	2720	2721	2725	2727	2732	2735	2737	2760	2768
2770	2774	2781	2790	2815	2822	2833	2839	2840	2849	2861	2878	2880
2893	2904	2910	2925	2945	2953	2980	2982	2991	2994	3000		

* * *

(Stempelbehandlung der Quittungen der Religionslehrer über Wegentschädigungen.) Die Quittungen der Religionslehrer über die ihnen auf Grund des § 3 des Gesetzes vom 17. Juni 1888, R.-G.-Bl. 99, zukommenden Wegentschädigungen sind gemäß T.-P. 48 e des Gebührengesetzes vom 9. Februar 1850 unbedingt gebührenfrei. (Fin.-Min.-Erlaß vom 24. Februar 1894, Z. 900.)

* * *

(Vorschriften über den Transport explosiver Gegenstände.) Bei der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien ist eine Zusammenstellung der sämtlichen Vorschriften, betreffend den Transport explosiver und denselben ähnlicher Gegenstände auf den österreichischen Eisenbahnen, als 104. Heft der von der k. k. Hof- und Staatsdruckerei veranstalteten Herausgabe der österreichischen Gesetze und Verordnungen erschienen und ist dieses Heft bei der genannten Hof- und Staatsdruckerei zum Preise von 70 kr. zu erhalten.

Approvisionnement.

Der tägliche Fleischmarkt.

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 25. März bis 31. März 1894.

1. Fleischsendungen:

a) Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch . . .	186.566 kg	(Davon aus Nieder-Österreich — 142.134; aus Ober-Österreich — 2820; aus Mähren — 11.700; aus Böhmen — 32; aus Galizien — 14.292; aus Ungarn — 12.678; aus der Bukowina 2910; aus Croatien —; aus Steiermark —; aus Tirol —; aus Salzburg —; aus Bosnien —; aus Siebenbürgen — kg)
Kalbfleisch . . .	37.219 "	(Davon aus Nieder-Österreich — 2846; aus Ober-Österreich 30; aus Mähren 289; aus Galizien — 33.544; aus Ungarn — 481; aus der Bukowina — 9; aus Böhmen — 20 kg)
Schafffleisch . . .	512 "	(Davon aus Nieder-Österreich 277; aus Ober-Österreich —; aus Galizien — 192; aus Ungarn — 28; aus der Bukowina — 6; aus Mähren — 9 kg)
Schweinefleisch . . .	30.987 "	(Davon aus Nieder-Österreich — 25.545; aus Ober-Österreich —; aus Böhmen — 510; aus Mähren — 849; aus Galizien — 1141; aus Ungarn — 2942; aus der Bukowina —; aus Croatien —; aus Steiermark —; aus Bosnien — kg)

Rälber	1663 Stück	(Davon aus Nieder-Österreich — 118; aus Ober-Österreich — 4; aus Mähren 50; aus Böhmen 1; aus Galizien — 1435; aus Ungarn — 55; aus der Bukowina —; aus Kärnten —; aus Tirol —; aus Schlessien — St.)
Schafe	142 "	(Davon aus Nieder-Österreich — 139; aus Ober-Österreich —; aus Mähren —; aus Galizien — 3; aus der Bukowina —; aus Ungarn — St.)
Schweine	521 "	(Davon aus Nieder-Österreich — 66; aus Ober-Österreich —; aus Mähren — 13; aus Galizien — 442; aus Ungarn —; aus der Bukowina —; aus Croatien —; aus Kärnten — St.)
Lämmer	513 "	(Davon aus Nieder-Österreich — 280; aus Ober-Österreich —; aus Galizien — 10; aus Ungarn — 212; aus Mähren — 11; aus Böhmen — St.)

b) Für den Approvisionierungsverein.

Rindfleisch . . .	11.542 kg	Rälber	39 Stück
Kalbfleisch . . .	11 "	Schafe	15 "
Schafffleisch . . .	— "	Schweine	— "
Schweinefleisch . .	680 "	Lämmer	50 "

2. Preisbewegung:

Rindfleisch	} Siedfleisch	von 26 bis 70 fr. per Kg.	
		Roastbraten u. Rieden " 50 " 86 " " "	
extrem	"	—	" " " "
Kalbfleisch	"	26	" 62 " " "
Schafffleisch	"	36	" 52 " " "
Schweinefleisch	"	48	" 70 " " "
Rälber	"	30	" 62 " " "
Schafe	"	28	" 46 " " "
Schweine	"	46	" 64 " " "
Lämmer	"	2	" 4½ fl. " St.

Die Zufuhr an Fleischwaren war im Vergleiche zu jener der Vorwoche bedeutend geringer, der Verkehr die ganze Woche hindurch äußerst matt, so daß größere Partien Ware unverkauft blieben. Rindfleisch, Schafffleisch und Schweinefleisch, dann Schafe und Schweine konnten knapp die vorwöchentlichen Preise behaupten, während Kalbfleisch und Rälber einen Preisrückgang von 6 bis 8 fr. per Kilo erlitten.

* * *

Pferdemarkt vom 30. März 1894.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 557 Pferde.
 Preis: für Gebrauchspferde 95—480 fl. per Stück
 " " Schlachtpferde 16—50 " " "
 Der Markt war sehr lebhaft.

* * *

Schlachtviehmarkt vom 2. April 1894.

1. Antrieb.

Mastrvieh 3649, Weidevieh —, Beinvieh 744,
 Summa . 4393

Davon — nach Racen:

Ungarische Thiere . . .	1971
Galizische " . . .	668
Deutsche " . . .	1721
Büffel " . . .	33

Davon — nach Gattungen:

Ochsen	3304
Stiere	406
Rühe	683

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 kg Lebendgewicht mit Percentabzug:

Ungar. Schlachtthiere von 49 bis 62 fl.	Diese Preise ermäßigen sich um den beim Handel vereinbarten Percentabzug (auf dem heutigen Markte 37 bis 47 %), welchen der Verkäufer dem Käufer als Entschädigung:
(extrem 63 ")	
Galiz. Schlachtthiere 49 " 60 "	
(extrem 61 " 62 ")	
Deutsche Schlachtthiere 49 " 66 "	
(extrem 67 ")	
Weidevieh " " " "	
Stiere " " " "	
Rühe " " " "	
Büffel " " " "	
Beinvieh " " " "	

a) für den Gewichtsverlust infolge der Schlachtung;
b) für die minderwertigen Stoffe, wie: Haut, Horn, Blut, Unschlitt etc.;
c) für die wertlosen Stoffe, wie: Magen- und Darminhalt etc., zugest..

b) Preis per 100 kg Lebendgewicht ohne Percentabzug:

Ochsen	von 18 bis 32 (41) fl.
Stiere	" 23 " 32 "
Rühe	" 20 " 32 "
Büffel	" 21 " 25 "
Beinvieh	" " " "
Weidevieh	" " " "

c) Preis per Stück:

Beinvieh von 29 bis 79 fl.

Nach dem Modus auf Schlachtgewicht wurde nichts gehandelt.

Unverkauft blieben:

Ochsen	17 Stück
Beinvieh	7 "

Gegen den letzten Montagmarkt wurden um 732 Stück Schlachtthiere mehr aufgetrieben. Die Kauflust war infolge des größeren Auftriebes sehr flau und sind daher die Preise durchschnittlich um 1 fl. per 100 kg gefallen.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 31. März 1894.

a) Getreide.

Weizen (Qualitätsgewicht per 1 hl 76—81 kg)	von 7 fl. 55 fr. bis 8 fl. 20 fr.
Roggen (" " " 70—75 ")	" 6 " 10 " " 6 " 45 "
Gerste	" 5 " 80 " " 9 " 40 "
Mais	" 5 " 45 " " 6 " 10 "
Hafer	" 7 " 35 " " 8 " 40 "

b) Mahlproducte.

Griech	von 12 fl. 80 fr. bis 14 fl. 50 fr.
Weizenmehl	" 5 " 80 " " 14 " 50 "
Roggenmehl	" 6 " 10 " " 11 " 50 "
Weizenkleie	" 4 " 25 " " 4 " 50 "
Roggenkleie	" 4 " 70 " " 4 " 55 "

Städtisches Lagerhaus.

Vom 22. März bis 29. März 1894.

Waren eingelagert	34.984 Meter-Centner
" ausgelagert	26.958 "

Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf 12.388 Meter-Centner

Lagerstand vom 29. März 1894:	330.764 Meter-Centner, und zwar:
50.502 Meter-Centner Weizen,	58.081 Meter-Centner Roggen,
75.204 " Gerste,	65.590 " Hafer,
9.314 " Mais,	9.838 " Dsaaten,
17.470 " Mehl u. Kleie,	3.493 " Wein,
8.800 " Zucker,	943 Hektoliter à 100% Spiritus.

Der Asscuranzwert dieser Waren stellt sich auf 3,403.400 fl. öst. Währ.

* * *

Vom 1. bis 31. März 1894.

Waren eingelagert	151.009 Meter-Centner
" ausgelagert	165.585 "

Der Lagerstand betrug am 31. März 330.844 Meter-Centner im Asscuranzwerte von 3,382.230 fl. gegen 242.058 Meter-Centner im Werte von 2,355.830 fl. in der gleichen Zeit des Vorjahres; darunter waren:

51.155 Meter-Centner Weizen	gegen	62.111
58.530 " Roggen	"	23.283
73.174 " Gerste	"	35.609
65.907 " Hafer	"	18.729
10.538 " Mais	"	32.986
9.837 " Dsaaten	"	3.928
17.403 " Mehl und Kleie	"	11.005
3.357 " Wein	"	7.088
8.797 " Zucker	"	3.140 und
941 Hektoliter à 100% Spiritus	"	5.958 im Vorjahre.

Die durchschnittliche Tagesbewegung während des Monats März bezifferte sich auf 12.177 Meter-Centner; es wurden 28 Lager Scheine ausgegeben und bei 10 Lager Scheine im Versicherungswerte von 25.350 fl. — fr. eine Lombardierung von 14.265 " — " in die Lagerbücher vorgemerkt.

* * *

(Gebärungs-Answeis für das Jahr 1893.) Der Director des städtischen Lagerhauses, Ed. Straßer, legt dem Gemeinderathe den Bericht über die Geschäftsthätigkeit und Gebärung im Jahre 1893 vor. Das Reinerträgnis belief sich auf 53.909 fl. 49 fr. oder 6-80 Percent des Anlagewertes gegen 70.528 fl. 38 fr. oder 9-02 Percent im Vorjahre und 40.279 fl. 96 fr. oder 5-69 Percent nach dem Durchschnitte von 1876 bis 1891. Der Bericht bezeichnet das abgelaufene Jahr als das bewegteste, welches das Lagerhaus bisher mitgemacht. Der Geschäftsverkehr übertraf selbst das sehr lebhafte Vorjahr und erreichte die größte Ausdehnung seit dem Bestande des Unternehmens; er zeigt eine äußerst sprunghafte Bewegung. Die Zuzüge mittels Bahn und Schiff nahmen zu manchen Zeiten, insbesondere im Herbst, so sehr überhand, daß ihre Bewältigung und Unterbringung Schwierigkeiten und Verzögerungen verursachte und beträchtliche Warenmengen zurückgewiesen werden mußten. Von dem Gesamtumsatze mit 4.400.710 Metercentner (gegen 4.160.040 im Vorjahre) entfallen 2,223.304 Metercentner (gegen 2,041.130 in 1892) auf die Einlagerungen und 2,177.406 Metercentner (gegen 2,118.910 in 1892) auf die Auslagerungen; die Tagesbewegung, die sich im Jahresmittel auf 14.669 Metercentner (gegen 13.867 in 1892) belief, stieg im September auf 20.378 und im October auf 21.920 Metercentner an — Ziffern, wie sie in solcher Höhe und solcher Dauer bisher noch niemals beobachtet wurden. An dem Umsatze ist der Bahnverkehr mit 58 Percent, der Schiffsverkehr mit 24 Percent und das Straßenfuhrwerk mit 18 Percent theilhaftig. Das Getreide

umfassende 96.44 Percent, sonstige Waren 3.56 Percent der umgesetzten Menge (gegen 94.37 und 5.63 Percent in 1892). Der durchschnittliche Versicherungswert der Waren zu Ende 1893 berechnet sich mit 9 fl. 53 kr. für den Metercentner (gegen 8 fl. 95 kr. im Vorjahre). Der Belehnungsumsatz zeigt einen Rückgang: von 276 ausgeschriebenen Lagerscheinen (gegen 364 in 1892) wurden 59 mit einer Belehnungssumme von 200.474 fl. 33 kr. zur Vormerkung in die Lagerbücher vorgewiesen (gegen 124 mit 419.563 fl. 54 kr. in 1892).

Communications-Angelegenheiten.

(Wagenverkehr auf der Schönbrunn-Laxenburger Allee-Hofstraße.)

1. Beladene und leere Ziegelwägen dürfen auf der Schönbrunn-Laxenburger Allee-Hofstraße nur in der Zeit vom frühesten Morgen bis 10 Uhr vormittags und auch dann nur in dem Falle verkehren, wenn die betreffenden Fuhrleute mit von der k. u. k. Schloßhauptmannschaft Schönbrunn ausgefertigten Certificaten versehen sind.

2. Vom Verkehre in der genannten Hof-Allee sind unbedingt ausgeschlossen:

- a) Stein- und Kohlenwägen;
- b) Eismägen;
- c) breitgeladene Geflügelwägen;
- d) der Viehtrieb jeder Art.

3. Die Bestimmung des § 21 der Straßen-Polizei-Ordnung vom 10. October 1875 (R.-G.-Bl. Nr. 62), wonach alle Fuhrwerke ohne Unterschied links in der Fahrbahn zu bleiben, links auszuweichen, rechts vorzufahren und den vorfahrenden und entgegenkommenden Wägen ohne Weigerung Platz zu machen haben, ist mit der größten Genauigkeit zu beobachten.

4. Die Nichtbefolgung vorstehender Anordnungen wird von der k. k. Bezirkshauptmannschaft Döbling Umgebung gemäß der Ministerial-Verordnung vom 30. September 1857 (R.-G.-Bl. Nr. 198) mit Geldstrafen bis 100 fl. oder mit Arrest bis zu 14 Tagen strengstens geahndet.

Sicherheits-Angelegenheiten.

(Verwahrung maulkorbloser Hunde.) Der k. k. oberste Gerichts- und Cassationshof hat am 20. October 1893 zur Z. 8650 über die von der k. k. Staatsanwaltschaft erhobene Nichtigkeitsbeschwerde gegen das Urtheil des k. k. Kreisgerichtes in Korneuburg vom 15. Juni 1893, Z. 4311, womit N. N. von der wider ihn erhobenen Anklage wegen Vergehen nach § 35 des Gesetzes vom 29. Februar 1880 (R.-G.-Bl. Nr. 35) und Artikel I des Gesetzes vom 24. Mai 1882 (R.-G.-Bl. Nr. 51) freigesprochen und vom Erfasse der Kosten des Strafverfahrens losgezählt wurde, in öffentlicher Verhandlung zu Recht erkannt:

Der Nichtigkeitsbeschwerde der k. k. Staatsanwaltschaft wird Folge gegeben, das Urtheil des k. k. Kreisgerichtes in Korneuburg vom 15. Juni 1893, Z. 4311, als nichtig aufgehoben und in der Sache selbst erkannt:

N. N. ist schuldig, er habe am 26. April 1893 der von der k. k. Polizei-Direction in Wien mit der Kundmachung vom 25. April 1889 auf Grund des Gesetzes vom 29. Februar 1880 (R.-G.-Bl. Nr. 35) erlassenen Anordnung, wonach alle Hunde,

sobald sie den Verchluß der Wohnung verlassen, mit einem zweckentsprechenden sicheren Maulkorbe versehen sein oder an der Leine geführt werden müssen, dadurch, daß er seinen Hund im Hofe seines Hauses maulkorblos und frei herumlaufen ließ, wodurch eine körperliche Beschädigung eines Mannes erfolgte, zuwidergehandelt und hiedurch das Vergehen nach § 35 des Gesetzes vom 29. Februar 1880 (R.-G.-Bl. Nr. 35) und Artikel I des Gesetzes vom 24. Mai 1882 (R.-G.-Bl. Nr. 51) begangen und werde hiefür in Gemäßheit letzterer Gesetzesbestimmung zu einer Geldstrafe im Betrage von 15 fl., im Uneinbringlichkeitsfalle zu drei Tagen Arrest, sowie auf Grund des § 369 Strafproceßordnung zum Erfasse der Kosten des Strafverfahrens in erster Instanz verurtheilt.

Sanitäts-Angelegenheiten.

Besuch der städt. Volksbäder im März 1894.

		männliche Personen	weibliche Personen
II. Bez., Treustraße 60	— 3323, davon	2843	480
(Eröffnet August 1892.)			
III. Bez., Apostelgasse 18	— 5528, „	4953	575
(Eröffnet August 1891.)			
IV. Bez., Klagbaumgasse 4	— 2881, „	2560	321
(Eröffnet Juni 1893.)			
V. Bez., Einsiedlerplatz	— 8259, „	7328	931
(Eröffnet August 1890.)			
VI. Bez., Eßterházygasse 2	— 5706, „	4733	973
(Eröffnet August 1892.)			
VII. Bez., Mondscheingasse 9	— 6329, „	5180	1149
(Eröffnet December 1887.)			
VIII. Bez., Florianigasse 30	— 4939, „	4115	824
(Eröffnet August 1892.)			
IX. Bez., Wiesengasse 17	— 4017, „	3388	629
(Eröffnet August 1892.)			
X. Bez., Erlachplatz	— 6994, „	6297	697
(Eröffnet August 1890.)			

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

vom 29. März bis 2. April 1894:

Für Neubauten:

- II. Bezirk: Haus, Bäuerlegasse, Grundb.-Einf. 3387, von Wenzel Schulz, Maurermeister (2121).
- III. Bezirk: Haus, Fetteskofengasse 3, von Emil Breßler, I., Marc-Aurelstraße 8, nomine Alfred Freih. v. Liebig (2081).
- „ „ Haus, Fasangasse 22, von Emil Breßler, I., Marc-Aurelstraße 8, nomine Alfred Freih. v. Liebig (2081).
- „ „ Haus, Erdbergmaiss, Grundb.-Einf. 1996, Mitterweg, von Rudolf und Anna Krenn, Bauführer L. Wismann (2108).
- V. Bezirk: Haus, Siebenbrunnengasse, Grundb.-Einf. 2020, von Ad. Jäger, Bauführer Th. Bauer (2110).
- „ „ Haus, Siebenbrunnengasse, Grundb.-Einf. 2021, von Ad. Jäger, Bauführer Th. Bauer (2112).
- IX. Bezirk: Haus, Lactiergasse, Grundb.-Einf. 3387, von Wenzel Schulz, Maurermeister (2121).

XIV. Bezirk: Zwei Stock hohes Wohnhaus, Rudolfsheim, Lerchenstraße 3, von Franz Mayer, ebenda, Bauführer A. Hanzwiedl, VIII., Stodagasse 11 (9074).

Für Umbauten:

XVII. Bezirk: Haus, Hernals, Hauptstraße 88, von Franz Hawlicek, ebenda, Bauführer Karl Haas (11111).

Für Zubauten:

II. Bezirk: Engerthstraße 199, von der Internationalen Electricitäts-Gesellschaft, Bauführer M. Schumacher (2071).

IX. Bezirk: Hoftract, Porzellangasse 5, von Emil Friedrich, Bauführer F. Wihmann (2088).

XIV. Bezirk: Abort, Rudolfsheim, Prinz Carlgasse 12, von Josef Kugler, ebenda, Bauführer Karl Brunner, Stadtbaumeister, XIV., Wehrgasse 10 (9135).

Für Adaptierungen:

I. Bezirk: Teinfaltstraße 11, von der Wiener Baugesellschaft nomine F. Jennel (2126).

" " Singerstraße 14, von F. Schmidt, Bauführer W. Klingenberg, Baumeister (2065).

III. Bezirk: Barichgasse 28, von Betti v. Fabrici, Bauführer G. Kleibl (2135).

" " Landstraße, Hauptstraße 137, von Josef Nord, Bauführer F. Schmalzhofer (2141).

IV. Bezirk: Schaumburgergasse 8, von Jakob Zieser, Maurermeister (2058).

V. Bezirk: Hundstürmerstraße 7, von Julius Halla, Baumeister (2047).

VI. Bezirk: Webgasse 28, von Moriz Miller, Bauführer M. & J. Sturany (2057).

" " Canalgasse 4, von Alexander Hofmann, Bauführer E. Schütz (2080).

" " Gumpendorferstraße 88 b, von Ch. M. Cabos & M. Schweinburg, Bauführer S. J. Lederer (2096).

IX. Bezirk: Müllnergasse 23, von Robert Stransky nomine Pensionsfond der Sicherheitswache, Bauführer J. Hecht (2105).

X. Bezirk: Dittlengasse 9, von Alexander Albrecht, Bauführer Laitl (11470).

XV. Bezirk: Umänderung eines Fensters in einen Gassenladen, Fünfhäus, Landgasse 6, von Heinr. Stagl, Haidmannsgasse 4, Bauführer derselbe (8167).

XIX. Bezirk: Unter-Sievering, Rasgraben 25, von Heinrich Moßbauer, ebenda, Bauführer Leopold Kettinger (6116).

Für diverse (geringere) Bauten:

II. Bezirk: Schupfe, Dresdnerstraße 113, von Matthias Gayer, Bauführer Martin Neubauer (2045).

" " Canal, Obere Donaustraße 67 und 67 a, von Ferd. Dehm & F. Dibrich, Bauführer dieselben (2097).

" " Pavillon- und Tribünenanstellung, Kronprinz Rudolfsstr. 82, von den Wiener Radfahrern, Bauführer G. Geßwein (2114).

X. Bezirk: Karmarschgasse, Ede Buchengasse 123, von Eduard Theurer, Bauführer Zeitlinger (11321).

XIV. Bezirk: Herstellung einer Schupfe, Sechshaus, Wehrgasse 12, von Johanna Rany, ebenda, Bauführer Karl Brunner, Stadtbaumeister, XIV., Wehrgasse 10 (9134).

" " Abtragung einer Scheibemauer, Rudolfsheim, Pereirag. 15, von Heinr. Czerny, ebenda, Bauführer Kraus & Schick, Architekten und Stadtbaumeister, XII., Ruckergasse 24 (9139).

Gesuche um Parzellierung wurden überreicht:

IX. Bezirk: Lazarethgasse 23, von Simon Doppelmayr (2138).

XVII. Bezirk: Hernals, Hauptstraße 78 bis 80, von Johann und Franz Albertini (2104).

Gesuche um Bekanntschaft der Baulinie wurden überreicht:

II. Bezirk: Bäuerlegasse, Grundb.-Einkl. 3387, von Wenzel Schütz, Maurermeister (2124).

III. Bezirk: Erdbergermais, Grundb.-Einkl. 1969, von Franz Bösel Dietrichgasse 35 (2059).

" " Dietrichgasse 18, von Franz Bösel, Dietrichgasse 35 (2060).

V. Bezirk: Mahleinsdorferstraße 32, von Amalia Glig (2119).

VIII. Bezirk: Piaristengasse 36, von Martin Hasfurthner, Piaristengasse 34 (2077).

" " Bennogasse, Grund.-Einkl. 115, von Lang, VIII., Piaristengasse 41 (2139).

X. Bezirk: Einkl.-B. 2284, Absberggasse, von Jul. Frankl (11503).

" " Hasengasse 25, von Paul und Marie Huber (11547).

XV. Bezirk: Fünfhäus, Rosinagasse 21, von S. Rosenthals Erben (8074).

XVII. Bezirk: Dornbach, Pointeng. 31, von Ant. und Ther. Schatzinger (10807).

Gewerbebeanmeldungen vom 24. März 1894.

(Fortsetzung.)

Aittermojer Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Rudolfsheim, Braunhirschgasse 39.

Churacek Karl — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Kirchengasse 36.

Schneider Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Blutgasse 9.

Storpil Wilhelm — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Hauptstraße 60 b.

Erpšovský Antonie — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Karlsgasse 47.

de Nowalowski Casimir Thelesphore Melchior — Verschleiß von feinem Gemüse und Naturblumen — I., Zedlitzgasse.

Kasper Leopold, Mandelblüh Wilhelm — Gürtler — VII., Zieglerg. 51.

Bied Ignaz — Handelsagentie — I., Vorlaufstraße 5.

Ribbel Johann Heinrich — Handelsagentie — I., Wallnerstraße 1 a.

Patrizander Karoline — Kaffeechank — XVIII., Währing, Johannesgasse 20.

Schubart Anna — Kaffeechank — I., Schultergasse 6.

Hente Robert — Kleinfuhrwerk — XII., Weidling, Wertheimsteing. 7.

Klicta Franz — Kürschner — VII., Reusfistgasse 24.

Rebes Josef — Metallläger — XVII., Hernals, Hauptstraße 125.

Pauty Pauline — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XVIII., Währing, Goldschmidtgasse 4.

Schäber Francisca — Naturblumenhandel — XVII., Hernals, Ottakringerstraße 44.

Durst Johanna — Obst- und Grünwarenhandel — I., Zedlitzgasse.

Haiden Josef — Obst- und Gemüsehandel im Umherziehen — XII., Weidling, Neuwallgasse 16.

Mixard Leopoldine — Obst-, Blumen- und Grünwarenhandel im Umherziehen — XVII., Hernals, Mitterberggasse 43.

Kovats Georg — Pfadler — I., Annagasse 8.

Spengler Anna Hedwig Natalie — Pfadlerin — I., Tuchlauben 28.

Rosnar Antonie — Selchwaren-Verschleiß — X., Larenburgerstraße 44.

Pecsi Josef — Selchwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Gürtelstraße 21.

Rubin Othas Beer — Stadträger — III., Löwengasse 31 a.

Heinrich Bruno — Tinte- und Leim-Verschleiß — I., Dorotheergasse 7.

Erpat Josef — Tischler — XVIII., Währing, Marktgasse 39.

Roth Josefina — Trödlgerwerbe (Nachtbetrieb) — X., Quallengasse 60.

Rafel Anna — Victualien-Verschleiß — VII., Burggasse 58.

Schmats Marie — Victualien- und Fischhandel — XVI., Reulerchenfeld, Brunnengasse, Markt.

* * *

Gewerbebeanmeldungen vom 27. März 1894.

Kirsch Anna — Betrieb einer Cantine — II., Trabrennpfad.

Herzog Josef — Betrieb einer mechanischen Schießstätte — II., f. f. Prater 148.

Scholz Adolf — Drechsler — XII., Unter-Weidling, Schönbrunner-Hauptstraße 122/124.

Filipski Josef — Einspanner — XII., Gaudenzdorf, Gärtnergasse 6.

Pfecher Josef — Errichtung eines Depositoriums — IV., Mühlgasse, Ede der Schitaneberggasse.

Erste Wiener Productiv-Genossenschaft der Feilhauer (v. G. m. b. H.) — Feilhauergewerbe — XII., Weidling, Wilhelmstraße 54.

Schäffer Josef — Fleischnhauer — II., Wittelsbachstraße 2.

Spiger Rösy — Fleisch-Verschleiß — II., Zägerstraße 5.

Souczek Johann — Fleckputzerei auf chemischem Wege — II., Schiffamts-gasse 4.

Fröhlich Anna — Fragnergewerbe — III., Hohlweggasse 13.

Hubalek Franz — Gastwirt — IX., Auserstraße 33.

Zorn Leopold — Gastwirt — II., Obere Augartenstraße 70.

Wenning Leonhard — Gebäck- und Brothandel im Umherziehen — III., Adams-gasse 15.

Böfel Karl — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Rauscherstraße 1.

Grubler Cäcilie — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Brigittaplatz 23.

Zordan Theresse — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Ottakring, Lange-gasse 30.

Klaus Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Brigittenerlände 4.

Kopold Regine — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Untere Augarten-straße 13.

Roth Georg — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Rudolfsheim, Rudolfsstraße 10.

Turinsky Johann — Gift-Verschleiß — IX., Garnisonsgasse 1.

Ohner Heinrich — Häuseradministration — IV., Hauptstraße 49.

Pider Rudolf, Weiser Jfidor — Holzhandel — II., Obere Donaustraße, Holzplatz 2.

Edelhofer Pauline — Kleidermacherin — II., Blumauer-gasse 24.

- Souzel Johann — Kleidermacher — II., Schiffamtstraße 4.
 Spitzer David — Kleinfuhrwerk — II., Wallensteinstraße 35.
 Bed Sophie — Kuchenbäckwaren-Verschleiß — II., Auf der Haide,
 Markt.
 Klimkiewicz Emilie — Kunstblumen-Verschleiß — IV., Paulanergasse 1.
 Baier Bert — Laugenstein-Erzeugung — IX., Pechensteinstraße 63.
 Kroch Hermine — Modistin — II., Stephaniestraße 7.
 Geister Heinrich — Milchmeier — XII., Gaudenzdorf, Krongasse 6.
 Moulit Johann — Milch-Verschleiß — II., Schreigasse 13.
 Bauer Karoline Henriette — Naturblumenhandel — IX., Rufsborfer-
 straße 30.
 Machula Agnes — Obst-, Blumen-, Grünzeug-, Eier- und Butterhandel
 im Umherziehen — II., Dresdnerstraße 15.
 Gelsdorfer Julius — Photographengewerbe — IX., Porzellangasse 45.
 Czervinski Ladislaus — Privilegium auf eine Papiergattung „Cigarren-
 Emplastron“ zur unbemerkbaren Ausbesserung beschädigter Cigarren — IV.,
 Kettenbrückengasse 8.
 Dedert Wilhelm, Homolka Eduard — Ausübung eines Privilegiums —
 IV., Favoritenstraße 34.
 Wlček Franz — Schuhmacher — IX., Rögergasse 21.
 Augusty Friedrich — Sonn- und Regenschirm-Verschleiß — IX.,
 Währingerstraße 14.
 Haller Johann — Strohhut-Verschleiß — II., Laborstraße 6.
 Schwarz Berthold — Tapezierer — II., Gr. Spertgasse 3.
 Bach Theodor — Tischler — XII., Hegendorf, Schönbrunnerstraße 12.
 Sunstinger Anna — Weißnäherin — XII., Unt.-Weidling, Ruckerg. 6.
 Karpfen Adolf — Zeitungs-Verschleiß — IV., Margarethenstraße 39.

* * *

Gewerbebeanmeldungen vom 28. März 1894.

- Göhl Max, Dr. — Advocat — IX., Universitätsstraße 4.
 Hrusa Adalbert — Anstreicher — XIV., Rudolfsheim, Märzstraße 50.
 Schwarz Anton — Baumeister — I., Freyung 7.
 Reisz Josef — Besteller auf dem Central-Viehmarkte — IX., Säulen-
 gasse 15.
 Dvorak Juliana — Cravattenmacherin — XVIII., Währing, Annag. 52.
 Eugert Josef — Fahrräder- und Maschinenbestandtheile-Commissions-
 Verschleiß — I., Schottenring 26.
 Porges Julius — Fahrräder- und Maschinenbestandtheile-Commissions-
 Verschleiß — I., Schottenring 26.
 Pachnit Marie — Feinputzerei — III., Kölblgasse 14.
 Frank Johanna — Fleisch-Verschleiß — IX., Müllnergasse 16.
 Andel Johann — Gastwirt — IX., Althangasse 7.
 Grömling Karoline — Gastwirtin — XVII., Hernals, Mitterbergg. 9.
 Rauegger Johann — Gastwirt — XVIII., Währing, Anastasius Grün-
 gasse 12.
 Starkmuth Mayer — Gemischtwarenhandel — VI., Mariaböserstr. 72.
 Birkl Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Leiter-
 mayergasse 21.
 Fiebinger Gisela — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Heggasse 36.
 Habel Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Ziegelofengasse 5.
 Fiesberger Karoline — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing,
 Johannesgasse 13.
 Hochmuth Georg — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Streichergasse 10.
 Hofer Alois — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Strohgasse 2.
 Jakob Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Fürsten-
 gasse 20.
 Odelt Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Langegasse 24.
 Stadler Bernhard — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Geologengasse 1.
 Ulrich Marie Pauline — Gemischtwaren-Verschleiß — XV., Fünfhäus,
 Schönbrunnerstraße 48.
 Rajicel Willibald — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals,
 Zimmermannsgasse 2.
 Reisch Elisabeth — Geschirt-Verschleiß — XVII., Hernals, Stiftg. 106.
 Eganek Johann — Grünwarenhandel — XIX., Heiligenstadt, Silber-
 gasse 15.
 Schirnhofner Ferdinand — Häuseradministration — IV., Favoritenstr. 2.
 Berger Kurt — Fabrikmäßige Hutformen- und Hutmacherartikel-Er-
 zeugung — VIII., Josefstädterstraße 83.
 Hermandinger Michael — Kaffeesieder — XIII., Penzing, Marktgasse 55.
 Schmid Bertha — Kaffeesiederin — I., Magistratsstraße 12.
 Ladentrog Michael — Kaffeeschant — VIII., Kochgasse 36.
 Friedmann Ignaz — Kleidermacher — V., Wildemanngasse 1 a.
 Knoch Marie — Kleidermacher — XIV., Rudolfsheim, Schönbrunner-
 straße 50.
 Gafshüttner Marie Anna — Kleinfuhrwerk — XVIII., Währing,
 Fürstengasse 5.
 Rüberle Daniel — Milchmeiergewerbe — XIII., Unter-St. Veit, Kircheng. 9.
 Gblhofer Michael — Milch- und Gebäck-Verschleiß — IX., Pechstg. 5.
 Ladner Marie — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XVIII., Währing,
 Alsbachstraße 20.
 Wante Aloisia — Modistin — IV., Hauptstraße 45.
 Powolny Anna — Naturblumenhandel im Umherziehen — V., Gieß-
 aufgasse 23.

- Schweilenka Barbara — Naturblumen- und Kränze-Verschleiß — I.,
 Freyung.
 Kralovic Marie — Obst-, Gemüse- und Blumenhandel im Umherziehen —
 XVIII., Währing, Wienerstraße 24.
 Pöfster Anna — Pferdefleisch-Verschleiß — XVII., Hernals, Mitterbergg. 1.
 Bathiany Josef — Photograph — XVI., Neulerchenfeld, Haberlgasse 49.
 Färber Theresia — Privatkostgehung — IX., Pramergasse 3.
 Hansl Johann — Schlosser — XI., Kaiser-Ebersdorf 367.
 Pollatschek Anna — Schuhwaren-Verschleiß — IX., Porzellangasse 12.
 Groß Wilhelm — Tischler — XIV., Rudolfsheim, Goldschlagstraße 35.
 Leifer Marie — Verkauf dreiflügeliger Bögel — XV., Fünfhäus, Neubau-
 gürtel, Markt.
 Knabl Franz — Vertilgung von Insecten in Wohnungen mittels einer
 giftfreien Tinctur und eines giftfreien Pulvers — VIII., Josefstädterstr. 21.
 Großel Adalbert — Vicualienhandel — XVIII., Währing, Josefig. 5.
 Laška Cäcilie — Vicualien-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Brunnen-
 gasse, Markt.
 Valenti Emilie Anna — Marktvicualienhandel — VII., Markthalle,
 Zelle 17.
 Bauer Gisela — Wäscheputzerei — VIII., Lerchengasse 15.
 Endelweber Leopoldine — Wäscherin — XIX., Unter-Siebring, Wein-
 berggasse 4.
 Häusler Albine — Zuckerbäckwaren-Verschleiß — XIV., Rudolfsheim,
 Schönbrunnerstraße 76.
 Epstein Emma — Zuckerbäckwaren- und Canditen-Verschleiß — XVII.,
 Hernals, Alsbachstraße 45.

* * *

Gewerbebeanmeldungen vom 29. März 1894.

- Börich Karl — Agentie in Fettwaren und Kunstdünger — XV., Fünf-
 haus, Braungasse 10.
 Buch Ludovica — Dienstvermittlung für Diensthöten männlichen oder
 weiblichen Geschlechtes gewöhnlicher Kategorie — I., Graben 15.
 Weißlich Josef Wendel — Edelstein-Verschleiß — I., Hotel Metropole.
 Heißch Ludwig — Erzeugung und Verschleiß eines Mundwassers und
 Zahnpulvers — I., Goldschmiedgasse 4.
 Herz Julius, Dr. — Erzeugung und Verschleiß eines Mundwassers und
 Zahnpulvers — I., Graben 31.
 Rezhya Georg — Fleisch- und Selchwaren-Verschleiß — XVI., Otta-
 kring, Hauptstraße 47.
 Burgstaller Magdalena — Friseur — VIII., Alferstraße 33.
 Anjezdly Benzel — Gastwirt — I., Himmelfortgasse 21.
 Fröhlich Gustav — Gastwirt — I., Rohlmesser 7.
 Reinisch Benzel — Gastwirt — I., Singerstraße 11.
 Seidel Alois — Gastwirt — I., Griechengasse 3.
 Ulrich Franz — Gastwirt — I., Schönlaterngasse 4.
 Benesch Theresia — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Josefstädterstr. 59.
 Grimmer Marie Elif. — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Kofschitzky-
 gasse 1.
 Safar Tomáš — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Schöffelg. 8.
 Wärrner Bertha — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Lichtenslg. 5.
 Müller David — Geschäftsbesorgung gegen Provision — I., Franz
 Josefs-Quai 41.
 Herrreicher Ruscha — Holzhandel — I., Maximilianstraße 13.
 Belz Anna — Milch-Verschleiß — II., Untere Argantenstraße 113.
 Schütz Marie — Obst- und Naturblumenhandel im Umherziehen —
 XVI., Ottakring, Pottenlofergasse 1213.
 Kopp Karl, Ritt. v. — Spirituosen-Kleinverschleiß — I., Lichtenteg 3.
 Feiner Salomon — Stadträger — II., Novaragasse 49.
 Steiner Hermann, Nagy Eugen — Thee-Commissionshandel — I., Lob-
 kowitzplatz 3.
 Benzl Johann — Verabreichung von Speisen — III., Kölblgasse 9.
 Rosenzweig Josef — Vermittlungsbureau für Namhaftmachung von Be-
 zugs- und Abgabquellen für Erzeugnisse der Industrie, Landwirtschaft und
 sonstige Rohproducte durch Bekanntgabe von Adressen — I., Grünangergasse 1.
 Minar Katharina — Vicualienhandel im Umherziehen — XV., Fünf-
 haus, Victoriagasse 3.
 Szeliga Francisca — Vicualien-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld,
 Lerchenfelderstraße 37.
 Bernhard Johann — Weinschant — XVI., Ottakring, Wilhelminenstr. 50.

* * *

Gewerbebeanmeldungen vom 30. März 1894.

- Kornfeind Peter — Anstreicher — III., Hauptstraße 21.
 Thiem Otto — Ballettschule — IV., Paulliggasse 24.
 Lihotsky Gustav — Betrieb eines technischen Bureaus für Werkzeug- und
 Specialmaschinenbau — VI., Damböckgasse 10.
 Leibl Karl — Bildhauer — V., Doppelgasse 5.
 Stier Amalie — Brantweinschant — XIV., Hauptstraße 87.
 Pinner Marie — Brennmaterialhandel — V., Einsiedlergasse 9.
 Fröschel Laura — Cravattennäherin — VI., Stumpfergasse 51.
 Malek Emma — Erzeugung photographischer und zintographischer Bedarfs-
 artikel — III., Erdbergstraße 15.
 Koutal Rudolf — Etuimacher — V., Franzensgasse 20.

Geyer Franz — Ziaier — XIV., Schmelzgasse 9.
 Glowack Leopoldine — Ziaiergewerbe — XVIII., Martinsstraße 56.
 Poulh Anton — Ziaier — XVIII., Martinsstraße 58.
 Steindl Rudolf — Ziaier — XVIII., Währing, Wienerstraße 74.
 Marschal Martin — Fleisch-Verkehr — XIV., Goldschlagstraße 51.
 Staniek Julie — Friseurgewerbe — XIII., Baumgarten, Hauptstr. 22.
 Jezek Johann — Gastwirt — VI., Bürgerhospitalgasse 13.
 Foidl Johann — Gastwirt — VII., Märchtplatz 1.
 Refner Johann — Gastwirt — IX., Röggergasse 11.
 Ehrenstein Rosalie — Gemischtwaren-Verkehr — VI., Bürgerhospitalgasse 19.
 Friedmann Alois — Gemischtwaren-Verkehr — X., Columbusg. 24.
 Schneidinger Anton — Gemischtwaren-Verkehr — V., Schloßg. 26.
 Hirt Adolf — Handelsagentie — IV., Fleischmanngasse 5.
 (Das Weitere folgt.)

Inhalt:

Gemeinderath:
 Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 28. März 1894.
 Inhalt:
 Mittheilungen des Vorsitzenden:
 1. Entschuldigung der Gem.-Räthe Haffsurther, Luffsch, Dr. Mittler, Stiaßny und Roske wegen Fernbleibens . . . 703
 2. Beurkundung der Gem.-Räthe Dr. Linke und Hawranek . . . 703
 3. Einladung des Gemeinderathes seitens der Gesellschaft der Musikfreunde zu einem Conservatoriums-Concerte . . . 703
 4. Ergebnis der Wahl von Mitgliedern des Gemeinderathes in das Schiedsgericht für Lagerhausstreitigkeiten, in die Baudeputation und in die Gewerbe-Commission . . . 703
 5. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Dr. Klotzberg, betreffend Erledigung seines Antrages auf Überreichung einer Petition an die Regierung behufs Änderung einiger Bestimmungen des Gefegentwurfes über den Verkehr mit Lebensmitteln und einigen Gebrauchsgegenständen . . . 703
 6. Zuweisung eines vom Gem.-Rathe Brauneiß gestellten Antrages auf Verleihung einer Auszeichnung für jemanden an den Stadtrath . . . 703
 12. Erlaß der Statthaltereie, betreffend die seitens Sr. Majestät des Kaisers erfolgte Bestätigung der Wahl des Vice-Bürgermeisters Dr. Gröbl zum Bürgermeister und die Festsetzung des Tages dessen Beerdigung . . . 705
 Interpellationen:
 7. Gem.-Rath Dr. Pneger, betreffend die Arbeiter des städtischen Lagerhauses . . . 704
 8. Gem.-Rath Sauerborn, betreffend dieselbe Angelegenheit . . . 704
 9. Gem.-Rath Brauneiß, betreffend die Nichtverleihung des Bürgerrechtes seitens des Stadtrathes an Josef Groß und Franz Röt . . . 704
 Anträge:
 10. Gem.-Rath Eigner, betreffend die Zuweisung von Regemänteln und Stiefelpauschalien an die städtischen Straßenaufsicher . . . 704
 11. Derselbe, betreffend die Einführung verschiedener auf das Gemeindefuhrwerk bezughabender Neuerungen . . . 704
 12. Siehe unter Mittheilungen des Vorsitzenden.
 Referate:
 13. Gem.-Rath Josef Müller, betreffend die Baulinienbestimmung für die verlängerte Pfarrhofgasse zwischen der Haupt- und der Hütteldorferstraße in Baumgarten, XIII. Bezirk . . . 705
 14. Gem.-Rath Witt. v. Neumann, betreffend die Abänderung der Baulinie für den Platz bei Dr.-Nr. 1, Anhofstraße in Hiezing, XIII. Bezirk . . . 705
 15. Derselbe, betreffend die Baulinienbestimmung für die Rüdigergasse im V. Bezirke . . . 706
 16. Gem.-Rath Dr. Vogler, betreffend den Ankauf eines Schulbaugrundes zwischen Neubergerstraße, Reini- und Gurtgasse in Penzing, XIII. Bezirk . . . 706
 17. Gem.-Rath Wurm, betreffend die käufliche Überlassung des zu einer Risikalanlage beim Bau XVI., Thaliastraße 3, erforderlichen Grundes an F. und A. König . . . 707
 18. Derselbe, betreffend den Verkauf der Baustellen Ib und III in der Jacquingasse, III. Bezirk, an Fekner & Helmer . . . 707
 19. Gem.-Rath Jos. Müller, betreffend die compensative Überlassung von zu Risikalanlagen beim Baue VIII., Kochgasse 9, erforderlichen Grundtheilen an Karl Untied . . . 707
 20. Derselbe, betreffend den Verkauf eines Theiles der öffentlichen Gutsparcelle 790 in Währing, XVIII. Bezirk, an Rudolf Argauer . . . 708

Seite
 21. Derselbe, betreffend den Verkauf eines Theiles des Linienwallgrundes in der Breitenfeldergasse, VIII. Bezirk, an Paula Lang . . . 709
 22. Gem.-Rath Matthies, betreffend die käufliche, respective compensative Überlassung von zu Risikalanlagen beim Baue VII., Breitegasse 28, erforderlichen Grundtheilen an Ludwig Zayla . . . 710
 23. Derselbe, betreffend die käufliche Überlassung des zu einer Thorportalanlage beim Baue III., Jacquingasse, erforderlichen Grundes an Karl König nee. Alex. Friedmann . . . 710
 24. Gem.-Rath Dr. Vogler, betreffend den Verkauf eines Theiles der Westbahnlinienamts-Realität, Einl.-Z. 1155, VII. Bezirk, an Ferd. Kalb . . . 710
 25. Gem.-Rath Witt. v. Neumann, betreffend den Verkauf eines Theiles der Linienwallparcelle 547/I, Einl.-Z. 52 IX. Bezirk, an Karl Riener . . . 711
 26. Gem.-Rath v. Göb, betreffend den Verkauf der Baustelle 15 der Schloßparkrealität in Baumgarten, XIII. Bezirk . . . 711
 27. Gem.-Rath Dr. Hadenberg, betreffend käufliche Überlassung eines zur Risikalanlage beim Baue, Einl.-Z. 235, Ecke der Erndt- und Wallrießgasse in Gersthof, XVIII. Bezirk, erforderlichen Grundes . . . 712
 28. Gem.-Räthe Boschan und Mayer, betreffend das Schulbau-Präliminare pro 1894 (Bezirke IX bis XVIII) . . . 712
 Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 29. März 1894.
 Inhalt:
 Mittheilungen des Vorsitzenden:
 1. Entschuldigung der Gem.-Räthe Ziegelwanger und Witt. v. Neumann wegen Fernbleibens . . . 737
 Anträge:
 2. Gem.-Rath Dehm, betreffend die Widmung eines Ehrengrabes für Karl Freih. v. Hasenauer . . . 737
 3. Gem.-Rath v. Göb, betreffend die Vermehrung der Trintwasserwägen für den XIII. Bezirk . . . 737
 4. Gem.-Rath Scheidl, betreffend eine bessere Reinigung des Neulerchenfeldergürtels . . . 737
 5. Gem.-Rath Eigner, betreffend die Beforgung sämtlicher Straßenreinigungsarbeiten im XVII. Bezirke in eigener Regie . . . 738
 6. Derselbe, betreffend eine intensivere Ausnützung des Schotterbruches am Erelberge . . . 738
 7. Gem.-Rath Edlhofer, betreffend die Errichtung einer den Marktparteien zugänglichen Telephonstelle in der Großmarkthalle . . . 738
 Referate:
 8. Gem.-Räthe Boschan und Mayer, betreffend das Schulbau-Präliminare pro 1894 (Bezirke XII, XVIII und XIX) . . . 738
 9. Gem.-Rath Boschan, betreffend die Verlängerung des Budget-Präliminarius . . . 743
 10. Gem.-Räthe Boschan und Mayer, betreffend den Hauptvoranschlag der Stadt Wien pro 1894 (General-Debatte) . . . 744
 Allgemeine Nachrichten:
 Beerdigung des Bürgermeisters . . . 761
 Commission für Verkehrsanlagen in Wien . . . 764
 Musterstatut für Postvereine . . . 764
 Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Hernals . . . 764
 Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Währing . . . 764
 Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Döbling . . . 764
 80. Ziehung des Prämien-Anlehens der Stadt Wien vom Jahre 1874 . . . 764
 Stempelbehandlung der Quittungen der Religionslehrer über Wegent-schädigungen . . . 765
 Vorschriften über den Transport explosiver Gegenstände . . . 765
 Approximierung:
 Täglicher Fleischmarkt vom 25. bis 31. März 1894 . . . 765
 Pferdemarkt vom 30. März 1894 . . . 765
 Schlachtviehmarkt vom 2. April 1894 . . . 765
 Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 31. März 1894 . . . 766
 Städtisches Lagerhaus . . . 766
 Gebärungs-Ausweis für das Jahr 1893 . . . 766
 Communications-Angelegenheiten:
 Wagenverkehr auf der Schönbrunn-Laxenburger Allee-Hofstraße . . . 767
 Sicherheits-Angelegenheiten:
 Verwahrung manuskriptloser Hunde . . . 767
 Sanitäts-Angelegenheiten:
 Besuch der städtischen Volksbäder im März 1894 . . . 767
 Baubewegung:
 Gesuche um Baubewilligungen vom 29. März bis 2. April 1894 . . . 767
 Gewerbeanmeldungen . . . 768
 Kundmachungen.

Offert-Ausschreibungen *)

1894.

Tag und Stunde	Ort (Bureau)	Gegenstand
der Offertverhandlung		
10. April 10 Uhr	Departement VII, Stiege 7, (Mag.-Rath Stadler)	M.-Z. 155333 ex 1893. Vergebung der Lieferung von 4710 m Wassertuch (Drill), weiß, 76 cm breit, von 520 m Wassertuch (Drill), weiß, 116 cm breit, von 1800 m Gradl, blau und roth gestreift, 76 cm breit, und von 860 m Gradl, ebenfalls blau und roth gestreift, jedoch 116 cm breit, zur Anfertigung der Badewäsche für das städtische Volksbad im XIV. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 2257 fl. 40 kr.; dann wegen Vergebung der Arbeiten behufs Herstellung dieser Badewäsche, bestehend aus: 3000 Stück Trockentüchern, 3000 Stück Männer-schürzen, 800 Stück Frauenmänteln, 600 Stück Mädchenmänteln, 800 Stück Frauenschürzen und 600 Stück Mädchen-schürzen im veranschlagten Kostenbetrage von 260 fl. 3-3
11. April 10 Uhr	Departement V (Mag.-Rath Linsbauer)	Vergebung der Erd- und Baumeisterarbeiten für den Neubau eines Haupt-Urathscanales aus Beton in der Antonsgasse in Breitensee im XIII. Bezirke im Kostenbetrage von 2561 fl. 3 kr. und 200 fl. Pauschale. 3-3
12. April 10 Uhr	detto	M.-Z. 33532, V. Erdbarbeiten für die Abtragung des Pinienwalles an der linken Straßenseite bei der ehemaligen Favoritenlinie im IV. Bezirke mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 1800 fl. 2-3
13. April 10 Uhr	detto	Z. 41400, V. Vergebung der Erd- und Baumeisterarbeiten für den Neubau eines Haupt-Urathscanales aus Beton in der Gürtelstraße von der Hohlweggasse bis zur Kleistgasse im III. Bezirke im Kostenbetrage von 3691 fl. 16 kr. und 400 fl. Pauschale. 2-3

Tag und Stunde	Ort (Bureau)	Gegenstand
der Offertverhandlung		
14. April 10 Uhr	Departement V (Mag.-Rath Linsbauer)	Z. 41399. Vergebung der Erd- und Baumeisterarbeiten für den Neubau eines Haupt-Urathscanales aus Beton in der verlängerten Webgasse im VI. Bezirke im Kostenbetrage von 2850 fl. 59 kr. und 500 fl. Pauschale. 1-3
16. April 10 Uhr	detto	Z. 152939, V. Erd- und Pflasterungsarbeiten für die Neupflasterung der Sandwirthgasse zwischen der Marchetti- und Thurnburggasse im VI. Bezirke mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 2159 fl. 20 kr. und 200 fl. Pauschale. 1-3

*) Pläne, Kostenanschläge etc. können im Stadtbauamte während der Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der Bedingnisse sind bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. erhältlich.

Offerenten haben ein Exemplar der bezüglichen Bedingnisse mit dem dem Projecte beiliegenden Original-Bedingnissen genau in Übereinstimmung zu bringen, eventuell zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr. Stempelmarte versehen, als Offert versiegelt zu übergeben.

Dem Offerte ist ein Badium von 5 Percent der Kostenanschlags-summe anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf später einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlungen, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämtlichen Offerenten behält sich die Gemeinde vor.

Ad Prot.-Nr. 201991 ex 1893.

V.

Kundmachung.

(Offertauschreibung.)

Wegen Vergebung der Lieferung:

- des für den XII. Bezirk pro 1894 bis inclusive 1896 erforderlichen ordinären Rundschotters und des groben Rundrieselschotters,
- des für den XIII., XIV., XV. Bezirk und für die II. Section des XVI. Bezirkes pro 1894 bis inclusive 1896 erforderlichen Gebirgsschlagelschotters und Gebirgsrieselschotters, und

c) des für die I. Section des XIX. Bezirkes pro 1894 allein erforderlichen Donau-Rund- oder Grubenschlägel- und Nieselschotters wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am 10. April d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes **Linsbauer**, im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die bezüglichlichen vom Stadtrathe mit dem Beschlusse vom 16. Jänner 1894, Z. 131, genehmigten Bedingungen sammt dem Plane über die Sectionseinteilung und dem Verzeichnisse über den approximativen jährlichen Schotterbedarf im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichlichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar, respective die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Badium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 23. März 1894. 3—3

M.-D.-Z. 397.

Currende

für die sämtlichen städtischen Diener der II. Bezugsclasse (Amtsdiener, Schuldiener, Mahnboten, Executionisten), Schlachtbrücken-aufseher, Hausaufseher und Portiere in den Schlachthäusern, Aufseher am Pferdemarkte im V. Bezirke, Aufseher am Centralmarkte im V. Bezirke, Portier in der Großmarkthalle, Zeugwart im historischen Museum, Hausaufseher im Rathhause, Aufseher in den Versorgungshäusern in Wien und Mauerbach und Aufseher im Mhl- und Werkhause.

In Ausführung des Stadtraths-Beschlusses vom 30. März 1894 wird hiemit neuerlich verlautbart, daß im Status der städt. Diener 11 Stellen in der I. Bezugsclasse mit den systemisirten Bezügen zur Besetzung gelangen.

Diejenigen von den städtischen Dienern der II. Bezugsclasse, welche sich um eine dieser Stellen bewerben wollen, haben ihre diesbezüglichen Kompetenzgesuche längstens bis inclusive 8. April 1894 im magistratischen Einreichungs-Protokolle zu überreichen.

Auf später einlangende Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Siebei wird bemerkt, daß jene städtischen Diener, welche sich anlässlich der am 13. December 1893, M.-D.-Z. 1339/93, erfolgten Verlautbarung bereits in Kompetenz gesetzt haben, kein neuerliches Kompetenzgesuch einzubringen haben.

Wien, am 31. März 1894.

Der Magistrats-Vice-Director:

Tschau.

G.-Z. 30843.

X.

Kundmachung.

(Lehrstelle.)

Auf Grund des Beschlusses des Wiener Stadtrathes vom 21. März 1894, Z. 1786, kommt vom Beginne des Schuljahres 1894/95 am Leopoldstädter Communal-Real- und Ober-gymnasium in Wien eine definitive Lehrstelle für Freihandzeichnen zur Besetzung.

Mit dieser Lehrstelle sind die für definitive Lehrpersonen an Staatsmittelschulen geltenden Bezüge, nämlich ein jährlicher Gehalt von 1200 fl., fünf Quinquennalzulagen à 200 fl. und eine Activitätszulage von 500 fl. verbunden.

Die Verleihung dieser Lehrstelle ist auch an die Bedingung geknüpft, daß sich die Competenten rücksichtlich der Lehrverpflichtung (des Ausmaßes von wöchentlich zu ertheilenden Lehrstunden u. s. w.) in Gemäßheit des Gemeinderaths-Beschlusses vom 3. Juli 1883, Z. 2907, den für das Lehrpersonale an den k. k. Staats-Mittelschulen geltenden gesetzlichen Bestimmungen und zufolge Gemeinderaths-Beschlusses vom 9. October 1888, Z. 455, der für die communalen Beamten und Diener bestehenden Dienst-Pragmatik unterwerfen, daher sich insbesondere auch an andere communale Mittelschulen Wiens versetzen lassen und zweitens sich reversmäßig verpflichten, den Communaldienst niemals während der Dauer eines Schuljahres zu verlassen und gelegentlich der seinerzeitigen Übernahme in den Staatsdienst die Dienst- und Carenztaxen zu entrichten.

Bewerber um diese Stelle haben ihre vollständig, insbesondere auch mit dem Nachweise der österreichischen Staatsbürgerschaft und mit dem staatsgiltigen Lehrbefähigungszeugnisse, sowie den Verwendungszugnissen instruierten, an den Wiener Stadtrath gerichteten Gesuche bis längstens 15. Mai 1894 beim Magistrate der Stadt Wien zu überreichen.

Auf verspätet eingelangte oder nicht gehörig belegte Gesuche kann keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 27. März 1894.

1—3

Z. 38044.

XI.

Kundmachung.

(Heine-Geldern-Stiftung.)

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekanntgemacht, daß am 1. Juli 1894 die Interessen der **Gustav Freiherr von Heine-Geldern'schen** Stiftung per 350 fl. ö. W. in Beträgen von 25 bis 50 fl. ö. W. zur Vertheilung gelangen werden.

Auf eine Unterstützung aus dieser Stiftung haben Anspruch Witwen von Gewerbsleuten und krüppelhafte Waisen, ohne Unterschied der Confession, welche der Stadt Wien angehören, und dieses, sowie ihre Armut legal nachweisen können.

Der Stiftungsgenuß kann, höchst würdige Fälle ausgenommen, in zwei aufeinanderfolgenden Jahren nicht an eine und dieselbe Person verliehen werden.

Witwen, welche um eine Unterstützung aus dieser Stiftung einschreiten, haben ihren Gesuchen ein legales Armutzeugnis, den Tauf-, respective Geburtschein, den Trauungschein, den Todtenchein des Mannes, das ihr Heimatrecht in Wien nachweisende Document, endlich eine Bestätigung, daß der Gatte ein Gewerbe betrieben hat, beizulegen.

Waisen haben dem Gesuche den Tauf-, beziehungsweise Geburtschein, den Impfszettel, den Todtenchein des Vaters oder der Eltern, ein legales Armutzeugnis, ein armenärztliches Zeugnis über ihre Krüppelhaftigkeit und den Nachweis des Heimatrechtes in Wien anzuschließen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind längstens bis 10. April 1894 im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 9. März 1894. 3—3

M.-Z. 48798.

Statthaltereiz.-Z. 15005 ex 1894.

Kundmachung.

(Besetzung eines Griener'schen Stiftungsplatzes.)

Ein Georg Franz v. Griener'scher Stiftungsplatz in einer Militär-Unterrealschule ist mit Beginn des Schuljahres 1894/95 zu vergeben.

Zur Erlangung dieses Stiftungsplatzes sind nur wenig bemittelte niederösterreichische Landesfinder ohne Unterschied des Standes, und unter diesen vorzüglich die Anverwandten des Stifters Georg Franz v. Griener, gewesenen Hofkammerkanzlisten, berufen.

Außerdem ist die Aufnahme noch an folgende Bedingungen geknüpft:

1. Die körperliche Eignung.
2. Ein befriedigendes sittliches Verhalten.
3. Für den I. Jahrgang einer Militär-Unterrealschule das erreichte 10. und nicht überschrittene 12. Lebensjahr; für den III. Jahrgang einer solchen das erreichte 12. und nicht überschrittene 14. Lebensjahr.

Das Alter wird mit 1. September berechnet.

4. Für den Eintritt in den I. Jahrgang der Militär-Unterrealschulen die Nachweisung der befriedigenden Frequentierung der 4. oder 5. Classe einer Volks- oder Bürgerschule und für den Eintritt in den III. Jahrgang die Nachweisung der befriedigenden Frequentierung der 2. Classe einer Realschule, eines Gymnasiums, Realgymnasiums oder der den letzteren entsprechenden Classen der Bürgerschule.

Die Aspiranten haben ihre diesfälligen Gesuche bis längstens 1. Mai 1894 bei der k. k. n.-ö. Statthaltereiz. zu überreichen und denselben folgende Belege beizuschließen:

- a) den Tauf- oder Geburtschein,
- b) das Impfzeugnis,
- c) den Heimatschein,
- d) das Mittellofigkeitszeugnis,

e) das Zeugnis eines graduierten activen Arztes des k. und k. Heeres, der Kriegsmarine oder der beiden Landwehren über die körperliche Eignung sowohl für die Militärerziehung, als für künftige Kriegsdienste,

f) das Schulzeugnis des letzten Semesters und
g) insofern ein Vorzugsrecht aus dem Titel der Verwandtschaft mit dem Stifter geltend gemacht wird, die diesen Rechtstitel begründenden legalen Documente.

Von der k. k. n.-ö. Statthaltereiz.

Wien, am 13. März 1894.

1—1

Z. 25136

X.

Kundmachung.

(Anton Schey'sche Künstler-Stiftung.)

Vom 1. November 1894 angefangen gelangen zwei Anton Schey'sche Künstler-Stipendien jährlicher je dreihundertfünfzehn Gulden (315 fl.) ö. W. an talentierte Schüler der allgemeinen Malerschule oder Specialschule für historische Malerei, Landschaftsmalerei oder Thiermalerei an der k. k. Akademie der bildenden Künste in Wien zur Verleihung.

Der Genuß eines dieser Stipendien erstreckt sich in der Regel auf Studiendauer und erlischt außer mit dem Ablaufe der normalen Studiendauer nur mit dem etwa früher eintretenden Abgange von der genannten Hochschule.

Der Stipendiengenuß kann jedoch für den Fall besonders günstiger Studienerfolge über Ansuchen des Stifflings noch um ein oder zwei Jahre behufs weiterer künstlerischer Ausbildung an einer öffentlichen oder Privat-Malerschule des In- oder Auslandes verlängert werden.

Bewerber um eines dieser Stipendien haben mit einem Armut- oder Mittellofigkeitszeugnisse, sowie mit einem Sittenzeugnisse und den Nachweisen ihrer bisherigen Studienerfolge und mit Kunstproben belegten Gesuche bis längstens 2. Mai 1894 bei dem Professorencollegium der k. k. Akademie der bildenden Künste in Wien einzureichen.

Nur die mit einem legalen Armutzeugnisse versehenen Gesuche sind stempelfrei.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 15. März 1894.

1—3

Z. 38048.

XII.

Kundmachung.

(Wasner'sche Armenstiftung.)

Von dem Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekanntgemacht, daß am 26. Juli 1894 die Interessen der Josef und Anna Wasner'schen Stiftung für vier ohne ihr Verschulden zugrunde gegangene, arme Gewerbsleute ohne Unterschied der Confession, im Betrage von 420 fl. ö. W. zur Vertheilung gelangen werden.

Dem Stadtrathe der Stadt Wien steht das Vertheilungsrecht zu und ist es der Wunsch des seligen Stifters, daß jedes Jahr zwei verarmte Gewerbsleute aus der Leopoldstadt zu berücksichtigen sind.

Bewerber haben ihren Gesuchen den Tauf- respective Geburtschein, eventuell den Trauungschein, die Tauf- oder Geburtscheine der Kinder, den Gewerbeschein, respective den Erwerbsteuerschein, den Heimatschein, endlich ein legales Armutszeugnis, in welchem das Moment, daß Gesuchsteller ohne sein Verschulden zugrunde gegangen ist, durch das Armeninstitut und für den Fall, daß derselbe einer Genossenschaft angehört, durch die Genossenschafts-Vorstellung ausdrücklich hervorgehoben wird, beizulegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind längstens bis 11. April 1894 im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 9. März 1894.

3—3

G. Z. 41586

I.

Kundmachung.

(Ernest Nödl-Stiftung.)

Von dem Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekanntgemacht, daß aus der Ernest Nödl-Stiftung die aufgelaufenen Zinsen von 21 fl. ö. W. der Widmung des Stifters entsprechend an eine in der Nödlgasse im XVI. Wiener Gemeindebezirke wohnhafte arme Familie verliehen werden.

Diejenigen, welche sich um diese Stiftung bewerben, haben das mit dem Meldzettel, eventuell mit dem Steuerbogen, sowie mit dem Nachweise ihrer Armut instruierte schriftliche Ansuchen bis längstens 10. April 1894 im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 12. März 1894.

2—3

Z. 38047.

XI.

Kundmachung.

(Armenstiftung.)

Von dem Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekanntgemacht, daß die Interessen der Johann Stettner'schen Stiftung im Betrage von 80 fl. 61 kr. an fünf Gastgeberswitwen in Wien, die kränklich und ohne ihr Verschulden verarmt sind, zur Vertheilung gelangen werden.

Bewerberinnen um eine Betheilung aus dieser Stiftung haben ihren Gesuchen den Tauf- (Geburts-), Trauungs- und Heimatschein, die Tauf- (Geburts-) Zeugnisse der Kinder, den Todtenschein des Gatten, den Rathschlag über die erfolgte Wirtskoncessionszurücklegung, ein ärztliches Parere über ihre Kränklichkeit, sowie ein legales Armutszeugnis, in welchem der Umstand, daß sie ohne ihr Verschulden verarmt sind, bestätigt erscheint, beizulegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind längstens bis 10. April 1894 im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 9. März 1894.

3—3

Z. 38046.

XII.

Kundmachung.

(Armenstiftung.)

Von dem Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekanntgemacht, daß im Monate Juli 1894 die halbjährigen Interessen der Baron Moriz Wodianer'schen Stiftung im Betrage von 1004 fl. zur Vertheilung gelangen werden.

Anspruch auf eine Unterstützung aus dieser Stiftung haben ohne ihr Verschulden verarmte Gewerbs- und Handelsleute ohne Rücksicht auf die Concession oder Heimatsberechtigung; dieselben müssen jedoch in Wien wohnhaft sein. Diejenigen, welche für eine Familie zu sorgen haben und nicht kinderlose Witwen, die ein Gewerbe betreiben, haben unter gleichen Verhältnissen den Vorzug.

Bewerber um diese Stiftung haben ihren Gesuchen den Tauf-, respective Geburtschein, den Trauungschein und die Tauf-, respective Geburtszettel der Kinder, ferner den Gewerbeschein oder das Concessionsdecret, den Erwerbsteuerschein und ein legales Mittellosigkeitszeugnis, Witwen aber noch außerdem den Todtenschein des Gatten beizulegen. Die in solcher Weise belegten Gesuche sind längstens bis 10. April 1894 im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 9. März 1894.

3—3

Zur coulanten Besorgung aller
im Cursblatte notirten
Effecten und Valuten
bestens empfohlen:

Wechselstube des Bankhauses
SCHELHAMMER & SCHATTERA

WIEN, I.,
Kärntnerstrasse
Nr. 20.

Amtsblatt

der k. k.



Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 28.

Freitag, den 6. April 1894.

Jahrgang III.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.
" " mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. |
Einzelne Exemplare à 10 kr. im Redactionölocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Sitzungen des Gemeinderathes.

Dienstag, den 10. April 1894, 5 Uhr nachmittags.

Freitag, den 13. April 1894, 5 Uhr nachmittags.

Stenographischer Bericht

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **30. März 1894** unter dem Vorzuge des Bürgermeisters Dr. Raimund Gröbl und des Vice-Bürgermeisters Dr. Albert Richter.

Bürgermeister Dr. Gröbl: Die Versammlung ist beschlussfähig, die Sitzung eröffnet.

1. Ich habe die Ehre, eine Interpellation des Herrn Gem.-Rathes Dr. Lueger zu beantworten, welche sich auf die Vorgänge im Lagerhause bezog und folgende Fragen enthält (liest): „1. Ist der Herr Vice-Bürgermeister geneigt, Erhebungen über die in dieser Anfrage mitgetheilten Behauptungen zu pflegen und das Resultat derselben ehestmöglichst bekanntzugeben? 2. Welche Verfügungen gedenkt der Herr Vice-Bürgermeister für den Fall, als sich die Angaben bestätigen, behufs Verhinderung der Wiederholung solcher Vorkommnisse zu treffen?“

In der gleichen Angelegenheit hat Herr Gem.-Rath Sauerborn eine Anfrage gestellt, welche lautet (liest): „Ist dem Herrn Bürgermeister bekannt, dass den Arbeitern des städtischen Lagerhauses ein Abzug von ihrem Taglohne gemacht wurde, und wenn nicht, ist der Herr Bürgermeister geneigt, sich darüber Bericht erstatten zu lassen und eventuell zu verfügen, dass den Arbeitern der in Abzug gebrachte Lohn nachträglich ausgezahlt werde?“

Ich habe die Ehre, darauf Folgendes mitzutheilen:

Es wird auf Grund der vom Magistrate im städtischen Lagerhause gepflogenen Erhebung Folgendes berichtet (liest):

„Aus Anlass des Leichenbegängnisses des Herrn Bürgermeisters Dr. Prix am 28. Februar d. J. hat die Lagerhaus-Verwaltung verfügt, dass an diesem Tage die Kanzleien und Magazine des städtischen Lagerhauses um 11½ Uhr vormittags geschlossen wurden.

Die für diesen Tag aufgenommenen Arbeiter wurden daher nur einen halben Tag beschäftigt.

Wiewohl nun in der für das städtische Lagerhaus geltigen Arbeitsordnung und in den diesfälligen Lohnbestimmungen festgesetzt ist, dass Taglöhne nur für die thatsächliche Arbeitszeit nach ganzen, halben und viertel Arbeitstagen berechnet werden, und dass der Taglohn für den halben Arbeitstag 60 kr. beträgt, hat die Lagerhaus-Verwaltung nach der eingesehenen Tagesliste vom 28. Februar d. J. an die beschäftigt gewesenen 279 Tagelöhner je 1 fl. ausbezahlt (Rufe rechts: Nun also!), also per Mann um 40 kr. mehr, als diese Arbeiter anzusprechen hatten. Übrigens hat der Lagerhaus-Director erst kürzlich den Beweis dafür geliefert, dass er bestrebt ist, die Lage der Lagerhaus-Arbeiter nach Thunlichkeit zu verbessern, indem er die Einführung getroffen hat, dass die bisher festgesetzten Lohnsätze vom 1. April 1894 an für eine tägliche achsstündige Arbeitszeit zu gelten haben, und dass demnach den Arbeitern in den Sommermonaten, d. i. vom 1. April bis 1. October, wo die Arbeitszeit 9 Stunden beträgt, eine Überstunde vergütet und den jugendlichen Arbeitern und Frauen mit 10 kr., den Tagelöhnern mit 15 kr. und den Wochenarbeitern mit 20 kr. für den Arbeitstag ausbezahlt wird.

Was den Wochenarbeiter Max Horaczek betrifft, so wurde erhoben, dass derselbe am 23. December v. J. durch auf ihn gefallene Säcke verletzt wurde, worauf er theils im Spital, theils in häuslicher Pflege sich befand.

Horaczek ist seit 12. März d. J. wieder im städtischen Lagerhause als Wochenarbeiter thätig.

Horaczek gab an, daß er während seiner Krankheit seine Frau zu dem Lagerhaus-Beamten Bach er geschickt habe, um einen Vorschuss von 10 fl. zu erbitten.

Bacher hat jedoch die Frau abgewiesen, und zwar wie erhoben wurde, ohne vorher den Lagerhaus-Director zu befragen.

Der Lagerhaus-Director hatte sonach von der Bewerbung des Horaczek um einen Vorschuss keine Kenntnis.

Später wendeten sich die Wochenarbeiter Kamela und Salz bauer an den Lagerhaus-Director um die Erlaubnis, für Horaczek eine Sammlung unter den Arbeitern veranstalten zu dürfen.

Der Lagerhaus-Director bedeutete ihnen nach Aussage Kamelas, sie mögen keine Sammlung veranstalten, er werde dem Horaczek das, was sie im Wege einer Sammlung zusammenbringen können, als Vorschuss geben.

Horaczek hat dann auch von der Lagerhaus-Verwaltung einen Vorschuss von 10 fl. erhalten.

Schließlich wird bemerkt, daß Horaczek während seiner Krankheit von der Bezirkskrankencassa täglich 1 fl. 2 kr. und außerdem anlässlich des erlittenen Unfalles vom „Vereine von Industriellen zur Versicherung gegen körperliche Unfälle“ eine Entschädigung von 180 fl. erhalten hat. (Mufe rechts: Hört! — Gem.-Rath Dr. Lueger: Das ändert aber nichts an der Lage. Es ist alles wahr, was ich gesagt habe!)

Es war unthunlich, bei den vom Magistrate in dieser Angelegenheit gepflogenen Erhebungen die Intervention des Lagerhaus-Directors zu umgehen, da sonst die Disciplin unter den Lagerhaus-Arbeitern gelockert würde.“

Nach dem Vorangegangenen bin ich nicht in der Lage, dem Lagerhaus-Verwalter einen Vorwurf zu machen. (Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich schon!)

Ich bitte um Mittheilung des Einlaufes:

Schriftführer Gem.-Rath Mayer (liest):

2. Anfrage des Gem.-Rathes Dr. Lueger:

Infolge der Entlassung eines Arbeiters, welcher offenbar ein Vertrauensmann der Gasarbeiter ist, haben diese die Arbeit eingestellt. Die Absicht der englischen Gasgesellschaft, durch welche sie zu ihrem Willfüracte verleitet wurde, ist eine durchsichtige und das Vorgehen der Arbeiter ist daher leicht erklärlich.

Es muß nun als geradezu frivol bezeichnet werden, wegen eines einzigen Arbeiters über eine Stadt, wie Wien, eine Gefahr heraufzubeschwören, deren Folgen gar nicht abzusehen sind.

In diesem Falle wäre nun den Behörden Gelegenheit gegeben, der englischen Gasgesellschaft zu zeigen, daß das von ihr beliebte Vorgehen in Oesterreich nicht geduldet wird.

Nun liest man aber nur von Vorkehrungen gegen die Arbeiter, hingegen nichts von Vorkehrungen gegen die englische Gasgesellschaft.

Es wird vielmehr die letztere in den offenbar von ihr subventionierten Blättern als ein unschuldiges Opfer hingestellt, der Strike als vis major bezeichnet u. s. w., so daß gar mancher Leser geneigt sein könnte, die österreichischen Arbeiter als ungerechte Ausbeuter der „armen“ englischen Gesellschaft zu betrachten.

Wir stellen nun folgende Frage:

Durch welche Mittel gedenkt der Herr Bürgermeister die englische Gasgesellschaft zur Einhaltung ihrer Verpflichtungen zu zwingen?

Bürgermeister: Mir ist vorläufig nicht bekannt, daß die englische Gesellschaft ihren vertragsmäßigen Verpflichtungen gegenüber der Gemeinde Wien nicht nachgekommen wäre. Sobald mir ein Bericht zukommen sollte, daß eine Verletzung der Vertragspflichten seitens der englischen Gesellschaft stattgefunden hat (Gem.-Rath Stroba ch: Dann ist es zu spät!), werde ich auf Grund des Vertrages vorgehen. (Gem.-Rath Stroba ch: Dann ist es zu spät!)

Schriftführer Gem.-Rath Mayer (liest):

3. Interpellation des Gem.-Rathes Bärtl:

Durch das anhaltende schöne Wetter entwickeln sich allereorts solche Staubmassen, und nicht nur auf den Straßen, auch in den Gärten, Anlagen und namentlich im Stadtpark und Reservergarten; es ist fast nicht zum Gehen vor lauter Staubmassen.

Wenn schon die Bespritzungs-Contrahenten vor dem 1. April nicht verhalten werden können, zu bespritzen, so sollte man glauben, daß das Bespritzungs-personale der Commune Wien auf der Ringstraße und in den Gartenanlagen sofort dazu verhalten werde.

Es ist dringend geboten, daß sofort darangegangen werden muß.

Gefertigter erlaubt sich das dringende Ersuchen an den Herrn Bürgermeister,

ob er geneigt ist, sowohl auf der Ringstraße als auch in den Gartenanlagen das Nöthige sofort zur Bespritzung zu veranlassen?

Bürgermeister: Es ist die Verfügung getroffen, daß in den nächsten Tagen einige Hydranten zur Straßenbespritzung bereit stehen.

Schriftführer Gem.-Rath Mayer (liest):

4. Interpellation des Gem.-Rathes Köhrl:

Die Neue Wiener Tramway-Gesellschaft hat vor einem Monate bei dem löblichen Magistrate um die Bewilligung zur Verlegung ihres Schienenstranges aus der engen Plankengasse in die Illmannstraße des XIV. Bezirkes ange-sucht.

Bis heute ist der obgenannten Gesellschaft eine Entscheidung nicht zugekommen.

Ich erlaube mir daher an den geehrten Herrn Bürgermeister folgende Anfrage zu stellen:

Was ist mit diesem Ansuchen geschehen, und wann gedenkt der Herr Bürgermeister diese Angelegenheit in Verhandlung zu bringen?

Bürgermeister: Ich werde über den erwähnten Gegenstand Erhebungen pflegen und sohin berichten.

Schriftführer Gem.-Rath Mayer (liest):

5. Interpellation des Gem.-Rathes Gräf:

Die Kanzlei- und Hilfsbeamten (Diurnisten) des Bezirksamtes für den XVI. Bezirk sind seit 7. Februar d. J. aus Anlaß eines nicht durch sie verschuldeten großen Acten-Rückstandes gleich den Conceptisbeamten, mit Ausnahme zweier dem Concepte wohl zugetheilten, aber dem Kanzleistatus angehöriger Beamten, verpflichtet worden, jeden zweiten Tag von 8 bis 12 und von 2 bis 7 Uhr, also durch 9½ Stunden Dienste zu leisten, und zwar bis zur vollständigen Aufarbeitung des durch 2¼ Jahre angehäuften Rückstandes — ohne jedwede Vergütung.

Im § 33 der Dienstpragmatik für die städtischen Beamten und Diener heißt es zwar: „Die städtischen Beamten haben die vorgeschriebenen Amtsstunden genau einzuhalten und wenn es der Dienst erfordert, zeitweilig auch länger zu arbeiten.“

Nachdem nun die Kanzlei- und Hilfsbeamten dieses Bezirksamtes schon im Vorjahre über ein Vierteljahr nachmittags ohne Entgelt Dienste geleistet haben, jetzt aber dieser Nachmittagsdienst in Permanenz, für unabsehbare Zeit wegen Rückstände, welche durchaus nicht von diesen Beamten herrühren, erklärt wird, so kann diese permanente Nachmittagsdienstleistung durchaus nicht mit jener im § 33 der Dienstpragmatik als zeitweilig bezeichneten identifiziert werden und wäre daher diese Mehrarbeit mindestens mit der Zuweisung eines Kostgelbes oder anderweitig separat zu honorieren.

Seit dem Bestande des magistratischen Bezirksamtes für den XVI. Bezirk sind diese Beamten durch mehrere Nachmittage in jeder Woche freiwillig ins Amt gekommen oder haben zu Hause ämtliche Arbeiten verrichtet.

Der erwähnten Dienstpragmatik sind jedoch nur die Beamten und Diener unterworfen, nicht aber die Hilfsbeamten, denen bei ihrer Aufnahme noch besonders betont wurde, daß sie, nachdem täglich nur sechs Amtsstunden seien, auch eine Nebenbeschäftigung versehen könnten.

Bei dem Umstande, als diese Kanzlei- und Hilfsbeamten durch die vorstehend geschilderte Heranziehung zur Dienstleistung in den Nachmittagsstunden in erhöhtem Maße in Anspruch genommen werden, sind dieselben auch pecuniär dadurch geschädigt, daß dieselben infolge ihrer vom Amte weit gelegenen Wohnorte gezwungen sind, den Mittagstisch nicht zu Hause, sondern in vom Amte nahe gelegenen Gasthäusern einzunehmen, wodurch denselben Geldauslagen erwachsen, die sie auf die Dauer von ihrem Einkommen nicht bestreiten können.

Ich stelle daher an den Herrn Bürgermeister die Anfrage,

ob derselbe geneigt sei, ehestens zu veranlassen, daß den Kanzlei- und Hilfsbeamten bei dem magistratischen Bezirksamte für den XVI. Bezirk für ihre außergewöhnliche Dienstleistung in

den Nachmittagsstunden das denselben gebührende Kostgeld von täglich 84 kr. auf die Dauer ihrer nothwendigen Verwendung angewiesen und auf diese Weise dem Gebote der Gerechtigkeit entsprochen werde, und ob derselbe ferner geneigt wäre, dem für länger unhaltbaren Zustande der Überbürdung der Beamten an diesem Bezirksamte durch entsprechende Vermehrung des Personales abzuhelpfen?

Bürgermeister: Wird in der nächsten Sitzung beantwortet werden.

Schriftführer Gem.-Rath Mayer (liest):

6. Interpellation des Gem.-Rathes Sagner:

Gegenwärtig werden im XVII. Bezirke auf dem sogenannten Mitterberge die Wasserleitungsrohre gelegt. Seit dem Beginne der Arbeiten sind nun bereits 14 Tage verstrichen, und in vielen Gassen sind die Cunetten bis heute noch offen, ohne gelegte Röhren, so daß viele Gassen- und Straßenkreuzungen, dann Übergänge, Zufahrten und Zugänge zu den Häusern, Geschäften und zu Material- und Zimmerplätzen völlig abgeperrt sind. Die Verzögerung der Arbeiten wird dann weiters um so fühlbarer, als für die Sicherheit in nicht entsprechender Weise gesorgt ist. Es werden die ausgehobenen Rohrgräben weder der Länge nach, noch an den Straßenkreuzungen mit Balken oder Geländern abgeseucht, die Straßenübergänge und Überfahrten rechtzeitig abgeperrt, noch sind dieselben genügend beleuchtet, so daß es am verflochtenen Dienstag den 27. März abends geschehen konnte, daß einige Menschen und Fuhrwerke, d. i. Pferde und Wagen, an der Kreuzung der Leopoldgasse und Weinhauserstraße über die ungeschützten Rohrgräben daselbst stürzten und die Wagen stecken blieben. Mit Hilfe der nächsten Bewohner gelang es, Pferde und Wagen wieder zu retten; ich selbst überzeugte mich von der Wahrheit des bedauerlichen Vorfalles und schickte um einen Wachmann, der die Situation in Augenschein nahm und einen für diese Arbeiten bestimmten Wächter erst aufsuchen lassen mußte, welcher letzterer dann erst die Abscheidung und Beleuchtung besorgte.

Sind dem Herrn Bürgermeister die scandaloßen Zustände bei der Legung der Wasserleitungsrohre im XVII. Bezirke bekannt? Wenn nicht, so ersuche ich dringend, Folgendes zu veranlassen: (Vgl. den Antrag sub 7.)

Bürgermeister: Wird in der nächsten Sitzung beantwortet werden.

Schriftführer Gem.-Rath Mayer (liest):

7. Antrag des Gem.-Rathes Sagner unter Bezugnahme auf die früher verlesene Interpellation:

1. Daß die Unternehmer, die Herren Stadtbaumeister Daxlmüller und Kauz und die beiden Subunternehmer Götz und Santinella verpflichtet werden, sämtliche im XVII. Bezirke ausgegrabenen Straßen, Gassen, Plätze, dann sämtliche Übergänge und Straßenkreuzungen nach den gesetzlichen Vorschriften abzusperren und abzusperrern und bei Nacht gut beleuchten zu lassen, sowie daß der von ihnen angestellte Wächter veranlaßt werde, seinen Controldienst die ganze Nacht zu versehen.

2. Daß so viele Montoure und Maurer angestellt werden, daß die Rohrlegung und die Vermauerung der Canäle, sowie die Herstellung der Einsteigschächte für die Wasserwechsel und Luftventile in den ausgehobenen Cunetten rechtzeitig vollendet werden, um die Zuschüttung nicht zu verzögern.

3. Daß bei der Zuschüttung der Cunetten mindestens so viele Arbeiter stoßen, als einschaulen, um etwaige nachfolgende Senkungen zu vermeiden.

4. Und daß bei jeder vollendeten Cunette jede Straßen- oder Gassenfläche von dem ausgehobenen Erdmaterial sehr gut gereinigt werde, um vor Staub und Koth bei Regenwetter geschützt zu sein, und um dadurch vorzubeugen, daß die Commune nicht selbst auf ihre Kosten von ihren eigenen Straßenkehrern die Reinigung und die Verführung des Schuttes vorzunehmen hat.

Bürgermeister: Wird geschäftsordnungsmäßig vorberathen werden.

Schriftführer Gem.-Rath Mayer (liest):

8. Antrag des Gem.-Rathes Steiner:

Voransichtlich wird im kommenden Frühjahr die Einwölbung und die Verlegung des Arbesbaches in die Sieveringer Hauptstraße in der Strecke von der Grinzingerstraße in Ober-Döbling bis zum Zusammentreffen mit dem Arbesbache beim Hause Nr. 81 Hauptstraße in Unter-Sievering durchgeführt werden.

Da selbstverständlich dieser Bachcanal in die Straßenachse zu liegen kommt, die heutigen Grundgrenzen gegen die Straße, sowie das Trottoir stellenweise ziemlich weit in den ministeriell genehmigten Straßenzug vorrücken, ist einerseits die Regulierung dieser Straße von Haus Nr. 2 bis Nr. 38 nächst der Grinzingerstraße in Sievering eine Vorbedingung, die noch vor dem Baubeginne erfüllt werden muß, um nicht bei der Durchführung dieses Canalbaues auf Schwierigkeiten zu stoßen und die Passage womöglich zu erhalten, andererseits ist aber auch bei dem Umstande, als diese einzige Verkehrsstraße während der Bauzeit dieses Canales für den Verkehr abgeperrt werden muß, Rücksicht darauf zu nehmen, daß der Verkehr anderweitig bewerkstelligt werden kann, was aber nur durch die Grinzingerstraße möglich ist, welche in dem heutigen Zustande für größeren Verkehr vollständig ausgeschlossen ist.

Es ist daher dringend notwendig, daß sowohl die Sieveringer Hauptstraße als auch die Grinzingerstraße, welche die einzige nächste Verbindungsstraße der angrenzenden Bezirksteile Sievering, Grinzing, Heiligenstadt, Rusdorf ist, reguliert und chauföemäßig angelegt wird.

Nachdem die Regulierung der Weinberggasse infolge übermäßiger Grundentschädigungs-Ansprüche seitens der Grundbesitzer undurchführbar erscheint, hiefür aber bereits ein Betrag von 16.000 fl. in das Budget pro 1894 eingestelltes worden ist, so erlaube ich mir den Antrag zu stellen:

Es sei für den Fall, als die Regulierung der Weinberggasse nicht zustande kommt, der hiefür in das Budget pro 1894 eingestellte Betrag zur Regulierung des oberwähnten Theiles der Sieveringer Hauptstraße und der Grinzingerstraße zu verwenden.

Bürgermeister: Geht zur geschäftsordnungsmäßigen Vorberathung.

Schriftführer Gem.-Rath Mayer (liest):

9. Antrag des Gem.-Rathes Rauscher und Genossen:

In den letzten Jahren haben sich in Wien sogenannte Leichenbestattungs-Unternehmungen gebildet, die zur Zeit derartig ausgestattet sind, daß man sie als förmliche „private Entfettungs-Curanstalten“ der trauernden Bevölkerung bezeichnen könnte. Sie bekämpfen sich zwar, was die Concurrenz anbelangt, gegenseitig auf jede mögliche Art, sind jedoch in einem Punkte vollkommen einig, in dem Punkte nämlich, aus der Trauer und dem Unglücke einer Familie sich selbst Nutzen und Vortheil zu verschaffen.

Diese Unternehmungen haben in der Regel ihre Agenten in einzelnen Pfarren installiert, welche zunächst die Aufgabe haben, sich um die eingetretenen Sterbefälle zu bekümmern und die Anordnungen der Begräbnisse zu treffen. Zur schärferen Beleuchtung der Agentenwirtschaft sei erwähnt, daß diejenige Person, die einem dieser Agenten einen Sterbefall zuerst zur Anzeige bringt, von demselben ein Honorar von 100, von 50, von 20 fl., mindestens aber einen „Findexlohn“ von 10 fl., je nach den Verhältnissen der Partei, in welcher der Sterbefall vorgekommen ist, erhält.

Auf diese und auf andere Art suchen die Agenten einander den Vortheil abzugewinnen. So geschah es in einem Falle, daß einer dieser Agenten, nachdem ihm um Mitternacht von einem Sterbefalle durch die Hausmeisterin berichtet wurde, vor dem Trauerhause in einem Ziafer übernachtete, um seinen Collegen von den Concurrenz-Gesellschaften zuvorzukommen und als erster vorgelassen zu werden. Ähnliche und ärgere Fälle, wo aus dem Tode des Nebenmenschlichen Geschäft gemacht wird, wiederholen sich täglich, und jedermann wird und muß — ohne Rücksichtnahme auf Parteigehörigkeit — zugeben, daß derlei Vorkommnisse die Leidtragenden höchst peinlich berühren, ihre Gefühle der Pietät in größtlicher Weise verletzen und sowohl in ethischer wie in moralischer Beziehung im höchsten Grade schädlich auf die Allgemeinheit einwirken müssen!

In Wien bestehen derzeit zwei größere und mehrere kleinere Leichenbestattungs-Unternehmungen; einige haben ihren Wohnsitz in den inneren zehn Bezirken, andere befinden sich außerhalb der früher zurecht bestandenen Scheidemauren, genannt Linienwälle.

Selbstverständlich berechnen die ersteren ihre Tarife bedeutend höher als die letzteren, aber beider Preise sind unbefreitbar als enorm hoch anzusehen!

Was die Einrichtung der Leichenbestattungs-Unternehmungen anbelangt, will ich erwähnen, daß dieselben die einzelnen Leichenbegängnisse nach Classen eintheilen, und zwar:

A. In eine Prachtclassen, die zumeist ohne für normierten Preis, nach Uebereinkommen mit den Parteien, berechnet wird (sic!) und

B. in weitere, mehr oder minder zahlreiche Classen, die sehr eigenthümlich berechnet werden, ein Umstand, der dieselben in Schatten zu stellen hauptsächlich geeignet ist.

Ohne jede Specification des Betrages für Post „Classen“ wird, quasi für den Accord selbst, als feststehender Fundamentaltbetrag, zu welchem extra die Preise für jede Art der Leistung für jedes beigestellte Stück in Detail hinzugeschlagen werden, eine Summe angelegt, die vor allem anderen zu bezahlen ist. Als Beispiel entnehme ich einige Proben dem „Preiscourant“ einer größeren Unternehmung der Inneren Stadt.

Dieselben berechnet laut Beilage A:

Für die Prachtclasse complet	2400 fl.
" " große I. Classe mit 1/2 Prachtsarg	775 "
" " I. Classe B mit Engelsarg	525 "
" " I. " A ohne	415 "
" " II. "	250 "
" " III. "	150 "
" " IV. "	115 "
" " V. "	60 "
" " VI. " gefahren	35 "
" " VI. " getragen	30 "

Das sind die Preise ohne Aufbahrung!
 Kommt nun die Aufbahrung hinzu, so wird ganz anders gerechnet. Da stellt sich der Betrag verhältnismäßig bedeutend höher.
 Für die Prachtclasse bleibt der Betrag von 2400 fl. der gleiche, ob mit oder ohne Aufbahrung.

Für die große I. Classe mit 1/2 Prachtsarg werden	850 fl.
" " I. Classe B mit Engelsarg	600 "
" " I. " A ohne "	500 "
" " II. "	300 "
" " III. "	180 "
" " IV. "	130 "
und " " V. "	70 "

berechnet.
 Bei der VI. Classe scheint es überhaupt keine Aufbahrung zu geben.
 Daß ein gewisser Betrag, der natürlich specificiert sein mußte, als Fundamentbetrag für die Abnützung des Leichenwagens, der Trägeruniformen und dergleichen normiert sein könnte, wäre ja wohl selbstverständlich! Nicht begreiflich ist jedoch die jetzige Höhe dieses fixen Betrages, welcher nahe an die Grenze des Erlaubten streift und einer Volksausbeutung so ähnlich sieht wie ein Ei dem anderen, da in 1 bis 2 Stunden die benötigten Utensilien nie so sehr abgenützt werden können, um die angegebenen unerhörten Preise zu rechtfertigen. Einen Beweis zu diesen Angaben liefern die durchwegs sehr gut situirten Wiener Leichenbestattungs-Unternehmungen; denn der Reingewinn aus diesen Unternehmungen stellt sich auf 100 und mehr Percent, so daß eine derartige Ausfugung der vom Unglücke betroffenen Familien, insbesondere der mittleren und unteren Volkschichte gegenüber nie und nimmer und unter keinen Umständen in den Umfang des Begriffes „bürgerlicher Gewinn“ eingereicht werden kann.

Wie schon früher bemerkt wurde, kommen zu den angegebenen Fundamentaltbeträgen die Detailkosten. Wie diese beschaffen sein können, ersieht man deutlich aus der Beilage B. Daraus wird es klar, daß der fixe Betrag nicht für Verhütung und Abnützung der Gegenstände normiert ist, sondern sich eigentlich als Reingewinn der Unternehmungen darstellt. Wir finden da natürlich an erster Stelle, daß die Classe mit oder ohne Aufbahrung in Gulden und Kreuzern zu bezahlen ist! Wir finden ferner außer der bereits bezahlten Aufbahrung, daß in den Details der Sarg, der Einsatz, das Leichenkleid und unter anderem wieder eine „Einbettung“ zu begleichen ist!!

Wir finden endlich, daß die Parteien außer all diesen beglichenen Kosten noch die Beträge für das Bahrtuch, für die Paramente nach Classen, die nicht mit den kirchlichen Paramenten verwechselt werden dürfen, da die letzteren nie „blau“ oder „roth“ sein können, dann selbst diesen Paramenten wieder für Paramente in Form von Spalieren für den Leichenwagen, für die Trauerlutscher und schließlich noch — zum drittenmale — für das Aufbahren zu leisten haben!!!
 Solche Verhältnisse bestehen in Wien!

Um sich eine Vorstellung zu bilden, wie hoch eine „mindere Leiche“ unter diesen Umständen kommen kann, werden fünf Conceptione für Rechnungen eines bereits verstorbenen Agenten in der Beilage sub C, D, E, F, G angegeschlossen. Da werden

für eine Leiche V. Classe	172 fl. 15 kr.
" " " VI. "	91 " 20 "
" " " II. "	411 " — "
" " " III. "	282 " 70 "
" " " VI. "	134 " 73 "

berechnet; und würde man die Rechnungen bei den Parteien selbst einsehen, möchte man in diesem Falle wahrscheinlich eine noch bedeutendere Summe finden, da der Agent jedenfalls für sich eine Provision einrechnet.

Aus diesem schwachen Bilde ist für jedermann wenigstens eine Ahnung der Wirklichkeit möglich, wozu bei manchen natürlich noch die Erfahrung hinzutreten wird. Diese Verhältnisse können nur in einer Großstadt vorkommen, wo der einzelne nicht in der Lage ist, sich alles Nothwendige zu beschaffen.

Es ist daher in erster Richtung Pflicht der Gemeinde, einen Modus zu treffen, wie solche Verhältnisse sanirt werden könnten, einerseits um die Bevölkerung vor einer derartigen Ausfugung zu behüten, andererseits um zu vermeiden, daß bestimmte Stände in ein schiefes Licht gerathen, da im Volke der Glaube herrscht, daß sich die Kosten der „Wiener Leichenbegängnisse“ in der Hauptsache auf das Grab und auf — die Kirche vertheilen. Zum Schluß werde noch betont, daß die citirte Unternehmung nicht die theuerste ist.

Es wird daher der Antrag gestellt:

Es sei das Leichenbestattungsweisen Wiens in die communale Verwaltung zu übernehmen,

1. entweder derart, daß die Concessionen der bestehenden Unternehmungen abgelöst werden,

2. oder derart, daß von Seite der Gemeinde eine Concurrenz-Unternehmung ins Leben gerufen werde, welche der Bevölkerung in gleich pietätvoller wie humaner Weise an der Seite steht, damit dieselbe nicht gezwungen sei, sich auf Gnade oder Ungnade in die Hände einiger unternehmender Leute oder Gesellschaften zu geben.

Zu diesem Zwecke wäre nothwendig:

- a) Das Einvernehmen mit dem fürsterzbischöflichen Ordinariate (eventuell mit dem Vorsteher der anderen Confectionen) wegen Ermittlung der Taxen für Kirche und Geistlichkeit, und
- b) die Anschaffung der erforderlichen Gegenstände.

Bürgermeister: Wird der geschäftsordnungsmäßigen Vorberathung unterzogen.

Schriftführer Gem.-Rath Mayer (liest):

10. Antrag des Gem.-Rathes Purscht:

Infolge der Einverleibung der Vorortegemeinden in die Commune Wien sind die ehemaligen k. k. Bezirkshauptmannschaften Sechshaus, Hernals und Währing aufgelassen worden und an deren Stelle ist der Magistrat als Gewerbebehörde zc. getreten.

Es fungieren seit dieser Zeit in diesen ehemaligen Vororten auch städt. Beamte, welche sich den ihnen bekannten Vorschriften oder ertheilten Instruktionen gemäß benehmen.

Diese Vorschriften sind nun entweder Reichs- oder Landesgesetze, Ministerial-Berordnungen, Statthaltereie-Erlässe oder aber auch Magistrats-Decrete aus älterer und neuerer Zeit.

Was nun die ersteren anbelangt, müssen sie ordnungsmäßig verlautbart und den betreffenden Bewohnern bekannt sein.

Die magistratischen Kundmachungen und Decrete aber aus der Zeit vor der Einverleibung her sind den Bewohnern der Vororte respective der neuen Bezirke bisher nicht mitgetheilt worden und auch nicht bekannt, trotzdem aber wird von den Gewerben, insbesondere den handeltreibenden, von den Amtsorganen verlangt, daß sie sich denselben entsprechend benehmen sollen, und werden, wo dies nicht geschieht, die Anzeigen erstatet und die Betreffenden wegen Nichtbefolgung solcher Kundmachungen oder Decrete auch bestraft.

Mit Rücksicht darauf nun, daß viele solche magistratische Kundmachungen oder Decrete in Kraft bestehen, welche wohl in der früheren Gemeinde Wien, nicht aber auch in gleicher Weise von den ehemaligen k. k. Bezirkshauptmannschaften erlassen sind und verlautbart wurden und die Bewohner der ehemaligen Vororte somit davon nicht Kenntnis haben können, trotzdem aber jetzt darnach handeln sollen und bei Uebertretung derselben auch angezeigt und bestraft werden, b e a n t r a g t der Gefertigte:

Der löbliche Gemeinderath wolle beschließen, es sei der Magistrat zu beauftragen, alle die älteren, gegenwärtig noch in Kraft bestehenden magistratischen Kundmachungen, Decrete und Erlässe, welche von den erwähnten k. k. Bezirkshauptmannschaften in gleicher Weise nicht erlassen sind, zu sammeln und in geeigneter Weise zu verlautbaren.

Bürgermeister: Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung unterzogen werden.

11. Wir kommen zur Tagesordnung, nämlich zur Fortsetzung der Berathung über den Hauptvoranschlag pro 1894.

(Die Referenten Gem.-Räthe Boschan und Mayer treten an den Referententisch.)

Das Wort hat Herr Gem.-Rath Frauenberger.

Gem.-Rath Frauenberger: Meine geehrten Herren! Auch ich beklage die späte Vorlage des Budgets, weil dadurch der praktische Wert dieser hochwichtigen Berathung unteugbar verloren geht. Allein eine Reihe mißlicher und trauriger Umstände lassen die diesmalige Verzögerung der Vorlage einigermaßen entschuldigen. Ich würde aber die dringende Bitte an das Präsidium richten, uns in Hinkunft diese wichtigste Vorlage der Gemeinde rechtzeitig zugehen zu lassen, damit der Gemeinderath auch in die Lage versetzt ist, sein Recht wirklich ausüben zu können.

Ich beklage ferner das vorhandene Deficit im runden Betrage von 800.000 fl., welches unter allen Umständen wird beseitigt werden müssen. Die Frage, wie dieses Deficit zu beseitigen ist,

ist wohl eine sehr schwierige und wurde von keinem der Redner, welche vor mir gesprochen haben, auch gelöst. Es konnte nicht angegeben werden, in welcher Weise das Deficit verschwinden soll. An eine Erhöhung der Einnahmen, meine geehrten Herren, durch die Umlagen ist gewiß nicht zu denken. Im Gegentheile, ein jeder von uns weiß es aus eigener Erfahrung, ein jeder von uns weiß es, daß die größte Zahl unserer Mitbürger und namentlich die Kleingewerbetreibenden unter der schweren Last der Steuern seufzen, und daß man daher besorgt sein muß, ihnen entgegenzukommen, sie zu entlasten. Aber auch der große Besitz ist heute über alle Maßen besteuert, und viele Geschäfte sind dadurch geradezu fraglich in ihrem Gewinne.

Dazu kommt noch die allgemeine Geschäftslosigkeit, welche leider in Wien schon durch so viele Jahre anhält. Durch die gegenseitig verbitterten Verhältnisse in der Gesellschaft ist unstreitig — das kann offen ausgesprochen werden — der Geschäftsgeist, der Unternehmungsgeist gelähmt. Es hat eine gewisse Muthlosigkeit plaggegriffen, unter der wir alle leiden, die Großen wie die Kleinen, und die Kleinen umsomehr, weil die einen solchen wirtschaftlichen Schlag noch umso tiefer empfinden.

In Wien ist es leider — es muß das tief beklagt werden — zur Mode geworden, jedes gesellschaftliche Unternehmen, welches hier sich etablieren will, schon von vornherein — möchte ich sagen — zu unterbinden.

Ich erinnere Sie, meine verehrten Herren, daran, daß wir vor einigen Jahren hier ein Unternehmen besprochen und auch richtig begraben haben: das war die Druckluft-Unternehmung. Meine Herren, wir haben dieses Unternehmen damals unmöglich gemacht, und wenn Sie heute nach Deutschland gehen, so finden Sie in allen größeren Städten die Druckluft eingeführt zum Wohle sehr vieler Kleingewerbetreibender und zum Wohle der ganzen Bevölkerung einer solchen Stadt. Nur wir haben einen Beschluß gefaßt, so zwischen Thür und Angel, auf Grund eines Antrages, der von dem Führer der Opposition ausgieng, daß damit das Unternehmen begraben war. Denn wenn wir einem Unternehmen solche Bedingungen stellen, wie sie gestellt wurden, so kann es sich hier nicht etablieren, da muß uns eine solche Gesellschaft verlassen. (Rufe rechts: Sehr richtig!) Meine Herren! Schon die Etablierung eines solchen Unternehmens ist ein Vortheil, bringt Geld zu uns; schon die Anlage eines solchen Unternehmens bedingt große Ausgaben, welche der Allgemeinheit zugute kommen. Und nun frage ich Sie, meine Herren: Wenn der kleine Drechsler und alle diese Leute die Druckluft geliefert bekommen, je nachdem sie sie brauchen, ja selbst die Näherin für ihre Maschine, so werden dadurch gerade die kleinen Unternehmungen wieder concurrenzfähiger gemacht. Es ist das ein Mittel zur Hebung der Kleingewerbetreibenden, und es muß daher auf das tiefste beklagt werden, daß wir damals jenen unglücklichen Beschluß gefaßt haben. Es hätten dabei gewiß auch viele Leute Arbeit und Verdienst gefunden — das kann nicht geleugnet werden. Und, meine Herren, ich erinnere Sie daran, daß wir wirklich verpflichtet sind, solchen Unternehmungen, soweit es möglich ist, unter die Arme zu greifen, sie zu unterstützen.

Ist Ihnen, meine Herren, der Name Fogerty noch erinnerlich? Wäre es vielleicht für Wien ein Unglück gewesen, wenn der damals schon die Stadtbahn gebaut hätte? (Gelächter links.) Da würden wir heute schon fahren. (Rufe links: Ja, es wäre ein Unglück gewesen!) Es wäre gewiß kein Unglück gewesen. Aber man

hat gefürchtet, daß da wieder jemand etwas dabei verdient, und wir haben es also unmöglich gemacht. Wenn wir aber solche Unternehmungen unterstützen, so kommt das auch der Stadt Wien zugute. Wir hätten uns gar nicht darum zu kümmern gebraucht, ob Fogerty das Geld hat oder nicht, es wäre seine Sache gewesen, das Geld zu beschaffen, und er würde es auch beschafft haben. In Wien herrscht ein solcher Brotneid, daß man niemandem etwas verdienen lassen will. (Gelächter links.) Wenn irgendwo eine Gesellschaft auftritt und etwas unternehmen will, so sind gleich eine Menge Leute da, die in der Gesellschaft einen Juden sehen und dann sagen sie: „der ist auch dabei, der reiche Mann, der ohnedies so viel hat. Da sind wir dagegen“.

Meine Herren, die armen Leute können solche Dinge nicht schaffen. Dazu braucht man Geld, und darum müssen wir solche Gesellschaften haben, die das Geld beschaffen. (Gelächter links.) Wenn Sie auch dazu lachen, ich sage Ihnen, auf diese Weise wird es in Wien nicht besser.

Und nun kam die Umgestaltung, respective die Vergrößerung Wiens. Dabei komme ich sofort auf die gestrige Rede des Finanzmannes Grünbeck zu sprechen.

Meine Herren! Wir sind eifrig bestrebt, den Vororten, den neuen Bezirken zu geben, was wir ihnen versprochen haben: Schulen, Straßen, Canäle, Wasser, aber das kostet alles Geld. Wir haben den Bierkreuzer, der auch gestern wieder erwähnt worden ist, nicht eingesteckt, sondern er wurde zu vielem Nützlichen für unsere neuen Bezirke verwendet; er wurde zur Erhöhung der Beamten- und Lehrergehälter u. s. w. verwendet, was ja auch eine dringende Nothwendigkeit war und vielen, wenn nicht der ganzen Bevölkerung zugute kommt. Denn wenn der Beamte mehr verdient, so kann er auch mehr ausgeben; die Herren sind ja gewöhnlich nicht auf Rosen gebettet, daß sie das Geld in den Kasten legen, sondern das Geld wird wieder ausgegeben. Es wurde die Administration vielfach verbessert, das kann nicht geleugnet werden, und das kostet alles Geld. Für uns, meine Herren, gibt es keine neuen Bezirke mehr, sondern wir sehen nur 19 gleichberechtigte Bezirke von Wien, und wir werden daher für die neuen Bezirke ebenso sorgen, als es unsere Pflicht ist, für die alten Bezirke zu sorgen. (Widerspruch und Zwischenrufe links.) — Ich möchte recht sehr bitten, Sie werden sich ja erinnern, daß gestern niemand von Ihrer Seite unterbrochen wurde (Widerspruch links), und ich erwarte dasselbe von Ihnen. — Nur müssen die Herren etwas Geduld haben, auf einmal wird kein Haus gebaut, langsam muß es gehen, und mit der Zeit wird alles kommen. Die Herren, welche so über die Einbeziehung der Vororte klagen, verwechseln immer die Verzehrungssteuerfrage mit der Einbeziehung. Meine Herren! Es ist Ihnen bekannt, daß circa 900.000 Menschen in den alten Bezirken Wiens schon lange die Verzehrungssteuer getragen haben; circa 600.000 Menschen, welche in den angebauten Bezirken wohnen, haben diese Verzehrungssteuer nicht getragen. Nun glauben Sie ja nicht, meine Herren, daß es unser sehnlichster Wunsch gewesen ist, auch die 600.000 Menschen in den Vororten mit diesem Segen der Verzehrungssteuer zu beglücken! O nein! Wir hätten es Ihnen ja gegönnt, daß Sie keine Verzehrungssteuer bezahlen. Da müssen Sie mit dem Finanzminister sprechen; der hat gerechnet, 900.000 Menschen zahlen mir das, 600.000 Menschen werden also so viel bezahlen, und so wurde die Verzehrungssteuerlinie hinausgerückt. Wenn also auch die Einbeziehung nicht stattgefunden hätte, so wären die Herrschaften einfach draußen gewesen

und hätten die Verzehrungssteuer unter allen Umständen bezahlen müssen.

Und nun kommt dasjenige, was die Commune gethan hat. Sie hat gesagt, wenn Ihr schon die Verzehrungssteuer bezahlen müßt, dann werden wir Euch einbeziehen, und das ist in diesem Falle noch ein Glück für die Vororte. (Gelächter links.) Ja, meine Herren, wenn Sie die Verzehrungssteuer ohnedies hätten bezahlen müssen, ist denn das dann nicht ein Glück, daß sie wenigstens zu Wien gehören (Gelächter links), damit etwas geschaffen wird? (Gem.-Rath Steiner: Lassen Sie uns noch einmal hinaus!) Das ist mir ganz unverständlich, wie es den Herren trotzdem lieber wäre, wenn der Linienvall bestände, daß Sie also lieber die Verzehrungssteuer bezahlen, wenn sie nur nicht nach Wien gehören. Dann würden Sie auch heute noch kein Wasser haben. (Gelächter links und Rufe: Wir haben heute noch keines! — Gem.-Rath Gregorig: Was erzählt er da für Geschichten?) Wenn der Herr Gem.-Rath Gregorig sagt, daß ich Geschichten erzähle, so möge er, wenn er sie nicht hören will, hinausgehen — das wurde gestern auch von einem Redner gesagt; aber wenn ich spreche, dann bitte ich um einige Aufmerksamkeit (Gem.-Rath Gregorig: Gewiß!), es wird kein so großer Unsinn sein (Gelächter links), daß Sie nicht auch etwas davon profitieren. (Heiterkeit rechts.) Meine Herren, wir sind also nicht für die Verzehrungssteuer; es war überhaupt von jeher unser Bestreben, daß die Verzehrungssteuer aufgehoben oder auf das ganze Land vertheilt werde, oder aber, wenn sie schon eingehoben wird, wenigstens der Stadt Wien zugute komme. Wir sind keine begeisterten Anhänger der Verzehrungssteuer, die der Staat einsteckt; das dürfen die Herren nicht glauben. (Gem.-Rath Dr. Lueger: Ja, das steht heute schon im „Szepter“ drinnen!) Ich lese ihn alle Tage, nur heute bin ich nicht dazu gekommen. (Heiterkeit.)

Meine Herren! Daß bei einer solchen großen Umwälzung, wie ja die Einbeziehung der Vororte eine ist, viele Schaden leiden, das ist ja ganz begreiflich, und namentlich die Wirte, Fleischhauer und Fleischseller haben gewiß einen bedeutenden Nachtheil erlitten; das ist richtig. Aber es gibt bei einer solchen Maßregel auch eine Menge Leute, welche davon Nutzen ziehen. (Gem.-Rath Gregorig: Die Tramway zum Beispiel!)

Sie können nicht in Abrede stellen, daß der Wert des Realbesitzes seit dieser Zeit gestiegen ist, daß Grund und Boden in den neuen Bezirken heute viel mehr wert sind wie früher. (Rufe rechts: Ganz richtig! — Widerspruch links.) Das können Sie nicht in Abrede stellen, da können Sie sagen, was Sie wollen.

Mein Vorredner Gem.-Rath Grünbeck hat gestern gesagt, die Vororte haben früher draußen Paläste gebaut und wir machen uns jetzt breit. Ich frage Sie, was das eigentlich heißen soll? Paläste haben Sie gebaut, in denen wir uns breit machen. Gut. Ich nehme das als Redensart hin. Aber sagen Sie mir, meine Herren, wer wird denn die Schulden zahlen für diese Paläste, die gebaut worden sind? Wer zahlt sie denn? Jedenfalls die Gemeinde Wien.

Meine Herren! Es wurde auch behauptet, tausende von Geschäftsleuten haben wir durch die Einbeziehung der Vororte zugrunde gerichtet. Es ist natürlich ganz gleichgiltig, ob man sagt: tausend oder hunderttausend, oder ob man sagt: zweihundert. Das ist so ziemlich egal, ausgesprochen muß das und das werden. Daß aber eine solche Bemerkung mindestens sehr übertrieben ist, das, glaube ich, wird jedermann hier in diesem Saale bestätigen.

Jeder Mehrbetrag der Verzehrungssteuer solle zur Herabsetzung der Tarife verwendet werden. Das ist sehr schön. Ich bin gleich dafür. Aber da müssen Sie mit dem Finanzminister reden, namentlich mit dem früheren Finanzminister hätte man reden sollen, und wir haben ja einen Abgeordneten, ja sogar zwei hier, die für Wien eintreten sollen. Ja, warum haben denn die Herren mit dem früheren Finanzminister nicht gesprochen? Wir können da nichts machen.

Und nun komme ich zur Budgetrede des Führers der Opposition.

Ich habe diese Rede genau angehört, der Führer der Opposition wird mir das bestätigen. Ich habe auch schon viele Reden von ihm gehört, aber wenn ich Ihnen sagen soll, welchen Eindruck seine Rede auf mich gemacht hat, so muß ich in kurzen Worten aussprechen — und ich weiß nicht, ob mir der Führer der Opposition sehr unrecht gibt — diese gestrige Rede war nicht eine seiner glänzendsten, seiner zündenden, sie war nicht auf der Höhe der Situation. (Gelächter links.) Er hat uns sehr viel gesagt, er hat sehr lange gesprochen, aber wo hat er denn die Ziffern gelassen und die Beweise? Ziffern sprechen; mit dem Kritisieren ist es auch nicht genug; es ist nicht genug gethan für einen Führer der Opposition, wenn er nur kritisiert, er muß auch sagen, wo der Fehler steckt, und wie und auf welche Art man diesen Fehler verbessern könnte. Ich habe das Recht dazu, das heute dem Führer der Opposition zu sagen — ich habe es in den früheren Debatten nicht gethan — weil er an der Verwaltung der Stadt Wien einen großen Antheil nimmt; er ist Stadtrath, warum stellt er dort nicht Reform-Anträge, warum stellt er dort sein Licht unter den Scheffel? Warum sagt er nicht: Meine Herren, ich rathe Euch, das thun wir jetzt, ich stelle die und die Anträge, und wenn dann diese Anträge vom bösen Stadtrathe auch nicht angenommen werden, wird es die Bevölkerung wenigstens lesen und sagen: Das wäre gut, warum nimmt man das nicht an? Er hat auch von der Convertierung gesprochen. Da mag er in vielen Dingen recht haben, aber ich habe erwartet, daß er uns sagen wird, wie er in dieser Frage vorzugehen gedenkt, wie man vielleicht im Abgeordnetenhanse etwas thun wird u. s. f. Indessen ist er von der Convertierung gleich auf den Sand und in den Mist, der in den Gärten herumliegt, gekommen, also von dieser lichten Höhe gleich in den Staub herabgesunken, um nur uns unsere schlechte Wirtschaft zu beweisen.

Ja, meine Herren, wir können die Gärten nicht auskehren, so wenig als Sie. Wir haben genug zu thun. Ich weiß es nicht, welche Gärten er gemeint hat. Die Gärten, welche ich in Wien besuche, habe ich immer so anständig gefunden, daß ich meine Freude daran gehabt habe, und die Fremden, welche nach Wien kommen, sind über Wien entzückt. Welche Gärten also der Führer der Opposition meint, das weiß ich nicht.

Ferner hat er gesagt: Ja, der Stadtraths-Referent, der sagt immer, es ist alles gut, und dabei nehmen wir dann zwei Millionen Gulden auf und dann nehmen wir vier Millionen auf; und dabei ist alles gut; der boshafte Finanzreferent sagt uns da etwas ganz anderes, als es eigentlich ist. Ja, sehen Sie, diese Bemerkung ist aber vollständig unrichtig, vollständig, Herr Führer der Opposition!

Die zwei Millionen — erstes Anlehen — das war eine schwebende Schuld à conto des 35-Millionen-Kronen-Anlehens, weil wir Geld gebraucht haben zur Beschaffung des Wassers und

für andere wichtige, dringende Auslagen, und weil dieses 35-Millionen-Kronen-Anlehen nicht so rasch zustande kommen konnte. Sollte der Führer der Opposition nicht wissen, daß wir diese zwei Millionen Gulden schon zurückgezahlt haben und heute gar nichts mehr schuldig sind? Weiß das der Führer der Opposition, dann hätte er das gar nicht erwähnen oder sagen sollen: Die Gemeinde Wien hat das schon wieder zurückgezahlt. Dann die vier Millionen Gulden! Ja, von diesen vier Millionen, welche auch à conto dieses 35-Millionen-Kronen-Anlehens — das ja jetzt perfect wird — aufgenommen wurden, ist noch gar kein Gebrauch gemacht, es ist kein Kreuzer davon ausgegeben worden; es ist nur für eventuelle Fälle, damit Geld da ist, wenn es gebraucht wird. Ich glaube, das hätte der Führer der Opposition auch wissen und auch erwähnen sollen.

Herr Dr. Lueger hat uns aber gesagt, wo gespart werden soll, und da erinnere ich Sie, daß wir ein Budget von über 30 Millionen Gulden haben. Er hat uns gesagt, wo gespart werden soll: 1. Beim Bürgermeister; 24.000 fl. ist zu viel, vielleicht 22.000 fl., vielleicht! (Gem.-Rath Dr. Lueger: 10.000 fl. ist genug!) Vice-Bürgermeister — zu viel! Die Stadträthe! Ja, wenn es mir als Stadtrath zu viel wäre, und ich der Dr. Lueger bin, gebe ich das der Armencaffa des V. Bezirkes, der mich in den Reichsrath entsendet hat! (Heiterkeit.)

Meine Herren! Das sind bei einem Budget von 30 Millionen (Rufe: 40 Millionen!) keine Beträge. Wer so spricht, kann das unmöglich ernst meinen. Ich will dem Herrn Führer der Opposition gewiß nicht nahe treten, aber ich habe gedacht, er macht da wieder einen Wit! (Rufe links: Sehr gut!) Gem.-Rath Dr. Lueger beklagt es ferner, daß das Rathhaus alljährlich eine Summe kostet. Ja, meine Herren, das geht nicht anders, bei einem Hause und namentlich bei einem so großen Baue, und der Führer der Opposition, der ja in der judenreinen Stadt Baden selbst eine Villa besitzt, wird auch alle Jahre in den Saal greifen und manches in seine Villa hineinstecken müssen; es geht nicht anders, das müssen sich die Hausherren gefallen lassen!

Vom Bankerott der Gemeinde hat der Herr Führer der Opposition diesmal nicht gesprochen; erstens wäre das nicht schön gewesen von ihm, weil er ja im Stadtrathe ist, und wir ja ein gewisses Vertrauen zum Stadtrathe haben, daß er uns von einer solchen Katastrophe wenigstens früher unterrichtet, und dann hat ihn eine gewisse Klugheit geleitet, die man ja dem Führer der Opposition nicht absprechen kann. (Rufe links: Also doch!) Er hat sich gedacht, wenn ich vielleicht doch in das Präsidium hineinrutsche (Heiterkeit links), so wäre das sehr unangenehm, wenn ich mich auf den Stuhl des Vice-Bürgermeisters setzen würde im Angesichte eines Bankerottes der Gemeinde! Er ist also dieser Frage ziemlich aus dem Wege gegangen. (Rufe links: Das war schwach!) Ja, es ist zwar sehr schwach, was ich gesagt habe, aber ich will ja schwach sprechen, ich will Sie (links) nicht reizen, denn Sie wissen ja doch, meine Herren, daß wir uns hier an einem Orte befinden, der besonderen Anstand erfordert. (Heiterkeit links; Rufe links: Er hat wenigstens eine gute Lehre daraus gezogen!) Ich glaube zwar, daß der Anstand, der hier erforderlich ist, derselbe ist, der überhaupt im Umgange unter Gebildeten vorgeschrieben ist, und das übrige, der besondere Anstand, wird durch die Geschäftsordnung des Hauses geregelt. Ich will darüber nichts weiter sagen.

Auch über die Juden hat der Herr Führer der Opposition diesmal sehr mäßig gesprochen, und es wird ihm Sonntag auch der Dank hiefür nicht ausbleiben. (Heiterkeit links. — Rufe: Montag! — Gem.-Rath Dr. Lueger: Wir wollen Frieden schließen!) Ja, meine Herren, wir sind sehr gerne bereit, wir wollen ja keinen Krieg, aber daß wir uns wehren, das werden Sie uns auch fernerhin zugestehen. (Rufe links: Lange wird es nicht mehr dauern!) Meine Herren! In den letzten Zügen sind wir noch nicht. Was heißt denn Frieden schließen? Frieden schließen heißt, den Führer der Opposition zum Vice-Bürgermeister machen. (Gem.-Rath Dr. Lueger: Ah, das ist nicht wahr! — Rufe links: So billig sind wir nicht!)

Meine Herren! Hören Sie mich an. Wenn es uns gelingen würde, den Antisemitismus in Wien auszumerzen (Heiterkeit links), so würden wir um diesen Preis den Dr. Lueger zum Vice-Bürgermeister machen. (Heiterkeit links.) Wir würden um diesen Preis, unseren Mitbürgern zuliebe, damit wieder Friede und Eintracht und Ordnung in unserem lieben Wien herrscht, dieses Opfer bringen. Ja, sieht denn der Führer der Opposition nicht schon seinen Nachfolger in der Führerschaft an seiner Seite? (Heiterkeit.) Sieht er ihn denn nicht!? Wenn heute Dr. Lueger Vice-Bürgermeister ist, so ist ja schon ein anderer Führer da, der ihm vielleicht noch unter Umständen gefährlich werden kann. Was hätten wir dabei gewonnen? (Gelächter links.)

Und wie würde es dem Führer der Opposition im Präsidium ergehen? Da würde wahrscheinlich der, welcher nach ihm die Führerschaft antritt, sagen: das war auch kein verlässlicher Mann! Jetzt sitzt er oben und handelt ganz anders. (Gem.-Rath Strobach: Wir handeln überhaupt nicht! — Heiterkeit links.)

Es ist rührend, geradezu rührend, daß sich die Herren gestern sogar an die armen Juden, an die armen Juden erinnert haben. Sehen Sie, meine Herren, das ist schön, denn die armen Juden sind es, die durch den Antisemitismus auf das allertiefste geschädigt werden. Der reiche Jude macht sich aus Ihrem Antisemitismus gar nichts. Es gibt noch sehr viele schöne Plätze auf dieser Erde, wo man recht ruhig sitzen und seine Freuden erleben kann. Man braucht Wien nicht. Aber wenn wir aus Wien die reichen Leute vertreiben, wenn wir es ihnen unmöglich machen, sich hier niederzulassen, hier zu bauen, hier ihr Geld zu verzehren, hier Luxus zu treiben, dann kann es nicht besser werden. (Gem.-Rath Jedlička macht einen Zwischenruf.)

Bürgermeister: Aber, Herr Gem.-Rath Jedlička, es ist doch nicht nothwendig, daß Sie immer so drein schreien.

Gem.-Rath Jedlička: Er soll nicht lauter so dummes Zeug reden . . .

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Jedlička, ich bitte um Ruhe.

Gem.-Rath Frauenberger (fortfahrend): Ich werde schon warten, bis der Herr College Jedlička ausgesprochen hat. (Gelächter links.)

Meine Herren! Der reiche Jude zieht sich unter solchen Verhältnissen zurück (Sehr richtig!) und treibt auch keinen Luxus. Aber auch die reichen Christen ziehen sich zurück, denn es ist nicht jedem gegeben, mit Fingern auf sich zeigen zu lassen, noch dazu in der heutigen Zeit, wo man ja jedem, der vermögend ist, nachrechnet, von woher er das Vermögen eigentlich hat. Das ist ein Unglück, das soll es nicht geben, jeder soll leben und der Reiche soll nach Kräften ausgeben und im Luxus unterstützt werden. Von

mir aus kann einer mit acht Pferden fahren — um so besser — drei Bediente sollen droben sitzen — um so besser: da lebt jeder von seinem Herrn und mit ihm.

Meine Herren! Zwei Worte hat uns der Führer der Opposition gestern zugerufen: Umkehr und Gerechtigkeit; dann wird der Friede hergestellt sein; das heißt nichts anderes, als die Macht, die wir jetzt haben, unterthänigst der Opposition zu Füßen zu legen. Meine Herren! Wir sind hier noch in der Majorität und auch uns entsendete hieher das Volk, auf das Sie sich immer berufen. (Ruf links: Das auserwählte!) Trachten Sie, daß Sie in die Majorität kommen, trachten Sie, daß Sie die Mehrzahl der Wähler hinter sich haben (Rufe links: Die haben wir ja hinter uns!), ja, aber trachten Sie, daß Sie in die Majorität kommen, dann werden wir uns bescheiden zurückziehen und Sie bei Ihrer Arbeit bewundern. Vielleicht würden dann manchen von Ihnen die Augen aufgehen, aber auch manchen in der Bevölkerung. Man sollte Sie bei der Arbeit sehen, das sollte sein, das wäre das einzige Mittel, daß man zur Einsicht kommt. Meine Herren, wir haben keine Umkehr nöthig, wir haben uns ja nicht verirrt, wir sind auf dem richtigen Wege: wir wollen das Beste, das Allerbeste, und ich gebe zu, daß auch Sie das Beste wollen. Wir wenden aber andere Mittel an als Sie. Die Mittel, die wir anwenden, sind jedoch doch noch besser, als die Ihrigen. Der Führer der Opposition hat gestern auch erwähnt, überall ist die Opposition ausgeschlossen, vom Bezirkschulrath, vom Landeschulrath, vom Stadtrath — verlassen, wie der Stein auf der Straßen, so ist die Opposition. Wir sind aber doch nicht daran schuld, daß Sie nicht in der Majorität sind. Keine Majorität geht gegen die Minorität so vor, daß sie sich vor ihr verkriecht und die Minorität herrschen läßt.

Wir sollen umkehren. Das ist uns sehr schwer (Rufe links: Das glauben wir!), denn wir wechseln nicht gerne unsere Gesinnung. Wir sind mit unserer Gesinnung alt geworden und wir wollen mit unseren Principien sterben. (Lebhafte Beifall rechts.) Gestern hat uns der Führer der Opposition etwas Neues gesagt, was mich in hohem Grade interessiert hat. Er hat gesagt: er ist ein Gegner aller bezahlten Wahlstellen. Ja, meine Herren, wie stimmt denn das mit den Thatsachen überein? Der Führer der Opposition hat ja lauter bezahlte Stellen: er ist Reichsraths-Abgeordneter, er ist Landtags-Abgeordneter, beide Stellen werden bezahlt. Er ist Stadtrath, wird bezahlt! Ich bin ja dem Führer der Opposition gewiß nicht um diese Stellen neidig, aber er darf nicht sagen, daß er diese Stellen haßt, wenn er sie alle bekleidet, und noch dazu mit einigen Schwierigkeiten bekleidet, mit Schwierigkeiten, die wir bei unserer Partei, von einem Vertreter dieser (rechten) Seite gar nicht dulden würden. Er ist Reichsraths-Abgeordneter und Stadtrath; beide, Reichsrath und Stadtrath, haben ihre Sitzungen vormittags: wie wird es denn der Führer der Opposition machen, daß er da und dort sein wird? (Widerspruch links und Rufe links: Wo ist der Moskwa?) Ich überlasse ihm das. (Gem.-Rath Dr. G e s m a n n: Der leistet mehr, als Ihre ganzen Herren von der Linken!) Aber, lieber Herr Dr. G e s m a n n, warum nimmt denn der Führer der Opposition, wenn er schon unbezahlte Stellen haben will, nicht auch eine Armenrathsstelle an? (Widerspruch links und Rufe links: Die ganze Rede ist eine Frozzelei!)

Es ist auch gestern von dem Führer der Opposition etwas aufgeschnitten worden, Sie entschuldigen diesen Ausdruck. Er nannte

seine Partei eine Partei mit prophetischem Blick. Das, muß ich sagen, wird der Welt neu sein. Eine Partei mit prophetischem Blick! Warum — das weiß ich eigentlich nicht.

Wenn Sie schon solche Worte gebrauchen, so müssen Sie ja doch sagen: Wir bestehen jetzt so und so lange. Machen Sie einmal eine General-Inventur, machen Sie die Bilanz und legen Sie vor, was Sie alles schon geleistet haben! Wenn man aber sagt, eine Partei mit prophetischen Blicken, und dann nicht sagen kann, was geleistet worden ist, so ist das dann doch etwas zu viel gesagt. Meine Herren! Dr. Lueger dient jetzt schon unter vier Bürgermeister, er ist eigentlich in diesem Saale schon ein Veteran und da verlange ich von ihm, zumal er auch Führer der Opposition ist, daß er seine Ausdrücke wohl abwägt und daß nicht solche Irrthümer unterlaufen. Er hat alle seine Bürgermeister mit gleicher Liebe behandelt und auch dem neuen Bürgermeister schon gesagt, was ihm bevorsteht, er kann wählen, Liebe oder Haß. Ich weiß nicht, was der neue Bürgermeister wählen wird, beneiden werde ich ihn nicht um das, was ihm bevorsteht! Es ist jetzt windstill. So hat der Führer der Opposition gesagt. Die Ruhe vor dem Sturme! Er hat uns auch angedeutet, was wir zu thun haben, wenn die Ruhe eintreten soll, und hat uns auch gesagt, was geschehen wird — nämlich der Sturm wird kommen — wenn wir das nicht thun, was er angedeutet hat. Wir sollen umkehren, er hat eine große Sehnsucht nach uns, denn er sieht, wenn wir auch umkehren und mit ihm gehen würden, dann könnte es nicht gehen! Das kommt mir gerade so vor, als wenn einer einen Brief aus Amerika schreibt, der hat es dort schlecht getroffen und ladet jetzt andere ein, daß sie auch hinkommen. Wir haben gar keine Veranlassung umzukehren oder nach Amerika mit dem Führer der Opposition zu gehen; uns gefällt es in unserem lieben Oesterreich noch recht gut! (Gem.-Rath Dr. Lueger: Nach Amerika gehen ja nur Ihre Parteigenossen! — Heiterkeit links.) Meine Herren! Endlich sollten Sie doch einmal, vor allen aber der Herr Führer der Opposition darauf sehen, daß das Programm der antisemitischen Partei gedruckt werde. Lassen Sie es drucken und vertheilen Sie es unter uns; vielleicht gefällt es uns. Aber wir kennen ja Ihr Programm nicht; was wir so vom Hörensagen wissen, das ist uns ja viel zu wenig! (Rufe links: Sie haben es ja von uns abgeschrieben!)

Dann hat der Herr Führer der Opposition gestern auch seine eigenen Verdienste etwas — glaube ich — zu sehr in den Vordergrund gestellt. Es hat auf mich den Eindruck gemacht, daß es viel besser gewesen wäre, wenn das einer von unserer Seite von ihm gesagt hätte, nicht daß er es selbst von sich gesagt hatte. Er hat gesagt, daß jetzt die Verkehrs-Commission die Stadtbahn baut, das ist sein ureigenstes Werk. Ja, es ist sein Werk und das Werk einer Menge anderer Herren, und ich glaube, der gegenwärtige Minister hat auch etwas dazu gethan.

Ich erinnere Sie daran, daß unsere Mitglieder in der Enquête das zu allererst verlangt haben, daß wir schon im ersten Stadium der Berathung gesagt haben, die Verkehrs-Commission solle die Stadtbahn bauen, das wäre das geschickteste. Aber wir haben damals keine wohlwollende Regierung gehabt, es war nicht durchzusetzen. Gott sei Dank, ist es jetzt perfect geworden, und da wird also der Führer der Opposition es mir nicht übelnehmen, wenn ich ihn bitte, von den großen Verdiensten, die er gestern für sich in Anspruch genommen hat, vielleicht auch unseren Ministern ein kleines Verdienst zukommen zu lassen, überhaupt auch unserer

Partei (Gem.-Rath Dr. Lueger: Der Partei gewiß nicht!) und — wenn es mir gestattet ist, will ich noch das eine Wort in dieser Richtung aussprechen — auch dem verstorbenen Bürgermeister Dr. Priz.

Die Stadtbahn wird vor dem Invalidenhause als Tiefbahn geführt; wieder das ureigenste Verdienst des Führers der Opposition. Ich berufe mich diesfalls auf das, was ich bereits gesagt habe.

Es wird, meine Herren, noch so weit kommen, daß der Führer der Opposition aufsteht und uns sagt, „daß die Kasernenfrage in Wien so rasch gelöst worden ist, das ist mein Verdienst“. (Gem.-Rath Dr. Lueger: Ihres gewiß nicht!) Wir müssen darauf gefaßt sein. Damit er es nicht thut, komme ich heute darauf zu sprechen und sage, daß er in der Kasernenfrage meines Wissens kein Verdienst hat. (Gem.-Rath Dr. Lueger: Sie aber auch nicht!) Ich behaupte das auch nicht von mir. (Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich auch nicht!)

Meine Herren, solange Ihre Partei besteht, solange der Führer der Opposition Ihr Obmann ist, nennen Sie mir — ich bitte die nachfolgenden Redner darum — eine That, welche Sie ausgeführt haben und worauf Sie hinweisen können: „Das haben wir geschaffen zum Wohle der Stadt Wien und zum Wohle unserer Mitbürger.“ Und wenn Sie mir eine solche That nennen können, dann sage ich: Sie haben auch etwas gethan. Solange Sie mir aber das nicht nennen können, dann sage ich: Alles, was für die Stadt Wien geschaffen wurde — und es wurde viel geschaffen in den letzten Jahren — das ist geschaffen worden durch unsere Partei.

Weil wir die Führenden in dieser Richtung sind, weil wir auch die Verantwortung zu tragen haben für alles, was geschieht, so müssen wir auch beanspruchen, daß wir als diejenigen anerkannt werden, die etwas geleistet haben. Meine Herren! Ich möchte Ihnen das Wort zurufen: Machen Sie Kehrt! Kehren Sie um, es wird vielleicht für die Wiener Bevölkerung, für die Stadt Wien von großem Nutzen sein, wenn wir allen Zank und Hader beiseite lassen und wenn wir, wenigstens in diesem Saale, nur von dem einen Gedanken getragen sind, daß ein jeder sein ganzes Können, sein ganzes Wissen und seine ganze Kraft einsetzt für das Wohl der Stadt Wien und seiner Mitbürger. Und nun empfehle ich Ihnen das Eingehen in die Special-Debatte. (Beifall rechts.)

Gem.-Rath Steiner: Meine sehr geehrten Herren! Es wird uns Mitgliedern der Opposition zu wiederholtenmalen der Vorwurf gemacht, daß wir zum Fenster hinausreden, und ich glaube, es wird uns, trotz der Wichtigkeit dieser Debatte, dieser Vorwurf wieder gemacht werden. Aber, meine sehr geehrten Kollegen der Majorität, wir haben Ihnen zu wiederholtenmalen versichert, daß wir einen derartigen Vorwurf immer als eine hohe Anerkennung ansehen, weil wir der Meinung sind, daß unser Mund der Mund unserer Wähler ist, welche das Recht haben, zu wissen, ob wir ihrem Willen und ihren Aufträgen hier nachkommen, ohne sich hiebei in das caudini'sche Joch engherziger Coterie-Beschlüsse einzuwängen zu lassen.

Meine Herren! Es freut mich heute umsomehr, bei dieser Gelegenheit das Wort ergreifen zu können, weil es möglich ist, im Wiener Gemeinderathe frei zu sprechen, ohne von der Tortur, die Sie durch Schaffung dieser reactionären Geschäftsordnung herbeigeführt haben, von Seite des Vorsitzenden belästigt zu werden.

Es ist ja, meine Herren, die Bewilligung des Budgets geradezu das Entgegenbringen des Vertrauens zum gegenwärtigen Wirtschafts-

system und nachdem unser Vertrauen ein negatives ist, erkläre ich gleich jetzt, nicht so wie Herr Colleague Frauenberger, daß ich gegen das Eingehen in die Special-Debatte stimmen werde.

Meine Herren, es wurde uns gestern vom Herrn Collegen Dr. Stern der Vorwurf gemacht, daß die gegenwärtige Opposition mit der früheren Opposition nicht zu vergleichen sei. Ich, meine Herren, beschäftige mich gegenwärtig mit dem Studium der Gas-Debatte aus dem Jahre 1885 und ich würde den Herrn Collegen Dr. Stern bitten, dieselbe zu lesen, damit er sieht, welche Opposition damals geführt worden ist, und wie man dort einem Manne zugefegt und ihn, wie Herrn Dr. Lueger, verleumdet hat, welcher gewiß nur das Beste wollte und die Interessen der Stadt Wien vertreten hat.

Weiters wurde gesagt, daß wir in den Versammlungen und auch hier die Verrohung der Sitten herbeiführen. Nun, meine Herren, habe ich heute einen Bericht über eine gestern stattgefundene Wählerversammlung im I. Bezirke gelesen. Wenn man liest, was dort geleistet wurde, so glaubt man nicht im vornehmsten Wahlbezirke Oesterreichs sich zu befinden, nicht in der City! So geht es in keiner antiliberalen Versammlung zu.

Meine Herren, der Herr Colleague Frauenberger wirft uns vor, daß wir nichts Bestimmtes sagen und anführen. Meine Herren, werden bei uns nicht immer wirtschaftliche Reformen hier und in den Versammlungen besprochen? Und was haben Ihre Führer gestern gesagt?! Dr. Kopp hat erklärt, wenn er gesund gewesen wäre, wäre er energisch gegen die Schaffung des Ratengesetzes zu Felde gezogen. (Hört! links.) Herr Professor Sues hat sich à la Noske mit dem Antisemitenfressen befaßt (Heiterkeit links), nicht mit wirtschaftlichen Reformen, er hat sich mit dem dicken Bauche des Collegen Gregorig befaßt, die große goldene Kette des Collegen Gregorig citiert, und da ist mir eingefallen, daß ein Mitglied der liberalen Partei sofort erkannt hat, daß diese Kette echt ist. (Lebhafte Beifall und Heiterkeit links.) Das liegt im Sinne der liberalen Partei.

Meine Herren, der Herr Abgeordnete Wraabek hat nichts von wirtschaftlichen Reformen gesprochen, sondern gesagt, wenn Sie sich im I. Bezirke weiter raufen, hört er auf, sich immer „Judenknecht“ schimpfen zu lassen. Herr Wraabek soll machen, was er will, nur soll er um Gotteswillen nicht der antiliberalen Partei zustoßen, sonst sind wir noch discreditirt . . .

Bürgermeister (unterbrechend): Darf ich bitten, das sind Ausfälle gegen außerhalb der Versammlung stehende Persönlichkeiten; ich bitte, dieselben zu unterlassen.

Gem.-Rath Steiner (fortfahrend): . . . Es hat weiters Herr Gem.-Rath Dr. Scholz, auf dessen Rede bei der Gasfrage im Jahre 1885 ich einmal später kommen werde, gestern der Meinung Ausdruck gegeben, daß eigentlich Herr Dr. Lueger, der doch schon nahezu 20 Jahre in der Opposition steht und immer Führer der Opposition ist, bis jetzt noch nicht avanciert sei. Ja, meine Herren, warum denn? Sie werden ganz gut wissen, daß es vor der Einverleibung der Vororte nur noch einer kurzen Spanne Zeit bedurft hätte und Sie wären in die Minorität gekommen. (Widerspruch rechts.) Sie haben diese Wahlgeometrie geschaffen, die Komödie mit der Wahlgeometrie aufgeführt, Sie haben dieses Statut geschaffen, wo es auch nur eine Frage kurzer Zeit sein wird, daß Herr Dr. Lueger Bürgermeister wird.

Weiters kann ich Herrn Dr. Scholz versichern, daß kein zweiter Vertreter in Oesterreich sich einer solchen Popularität und

Verehrung, nicht nur bei der Bevölkerung der Stadt Wien, sondern auch auf dem flachen Lande und in der Provinz erfreut, wie Dr. Lueger. (Beifall links.) Dies möge Herr Dr. Scholz zur Kenntnis nehmen. Meine Herren, es hat heute Herr Gem.-Rath Frauenberger so manches citiert, was wir schon in den Morgenblättern gelesen haben; ich will daher nicht weiter darauf eingehen. Er hat aber erklärt, daß wir uns von Reid leiten lassen den großen Capitalisten und Unternehmungen gegenüber. Ja, Herr Collega Frauenberger, uns ist es eben unangenehm, daß die Tramway-Gesellschaft immer mehr verdient. Es stellt sich zum Beispiele heraus, daß die Tramway bei diesen 7- und 10-Kreuzerarten jetzt einen Reingewinn von 1¼ Kreuzer per Karte hat. Sehen Sie, wir sind der Tramway neidig, daß sie jährlich 120.000 fl. mehr verdient, und dabei laufen wir Gefahr, daß durch die schlechte Bezahlung der Bediensteten jede Stunde ein Strike ausbrechen kann. Sehen Sie, wir sind neidisch, Herr Collega Frauenberger, daß jährlich 6 bis 7 Millionen Gulden mit der englischen Gasgesellschaft nach England gehen, weil wir glauben, daß, wenn das Gas in städtische Regie genommen würde, die 6 bis 7 Millionen das Deficit vermindern könnten. Der Herr Collega Frauenberger hat weiters bemerkt, Herr Dr. Lueger dürfe darauf nicht stolz sein, daß er das Project Fogerty unmöglich gemacht hat. Ich glaube vielmehr, das war einer der größten Erfolge des Dr. Lueger, und ein Erfolg, der ausschließlich dem Dr. Lueger zuzuschreiben ist, ist auch, daß die Localbahnlilien der Stadtbahn von der Verkehrs-Commission gebaut werden.

Nun möchte ich mir aber erlauben, auf das Budget überzugehen. Meine Herren, was Sie gelegentlich der Einverleibung der Vororte mit Wien versprochen haben, ist schon sehr oft ventilirt worden. Aber was Sie bei der Wahl im I. Wahlkörper im Vorjahre versprochen haben, darüber möchte ich mir heute einige Worte erlauben. Es wurde unter anderem in meinem Wahlbezirke, das wurde mir heute mitgetheilt, eine Versammlung abgehalten, in der Herr St.-R. Müller erklärte: „Meine Herren, längstens in zwei Jahren bekommen Sie bis an die äußersten Grenzen des Bezirkes das Wasser.“

Meine Herren, die zwei Jahre dürften bald abgelaufen sein, Wasser aber haben wir keines, und warum, weil Sie draußen die Druckzone nicht haben. Aber versprechen darf man nicht etwas, was man nicht halten kann!

Wir waren es, die unmittelbar vor der Wahl des I. Wahlkörpers gefragt haben, ob an eine Zinskreuzererhöhung gedacht sei? Und heißen Sie das vielleicht Offenheit und Wahrheit, wenn man acht Tage nach der Wahl des I. Wahlkörpers mit einem 35-Millionen-Kronenanlehen kommt? Ja, hätten Sie das vor der Wahl gesagt! Was hätten dann die Hausherrn gesagt? Sonst wird alles früher in der Presse ventilirt, vierzehn Tage bis drei Wochen früher, aber das hat man weislich im Interesse der Partei verschwiegen!

Man hat weiters, um das Deficit zu decken, sofort erklärt, diese drei Millionen zu refundieren, nämlich für die Auslagen, welche für die Erweiterung der Hochquellenleitung in den Jahren 1888 und 1889 gemacht wurden. Ja, meine Herren, wie kommen die Vororte dazu, Schulden zu bezahlen, die im Jahre 1888 gemacht wurden? Sehen Sie, das ist nicht ein Vorthail der Einverleibung gewesen, wir participieren auch an den Lasten!

Es wurde weiters vom Herrn Gem.-Rath Frauenberger bemerkt, daß die Budget-Zusammenstellung und Rechnungsabschlüsse nicht rechtzeitig erfolgen. Ja, meine Herren, es ist richtig, ich habe schon einmal nach § 50 des Gesetzes vom 19. December 1890, betreffend die Vereinigung mehrerer Gemeinden und Gemeintheile mit Wien, hierüber interpellirt und man sagte mir damals, es sei dies absolut unmöglich. Es ist und bleibt das aber eine Gesetzesverletzung, und ich bin überzeugt, daß die Vorlage des Rechnungsabschlusses pro 1893 auch heuer nicht rechtzeitig erfolgen wird; warum? weil man zu stark überhäuft ist. Die Buchhaltung wird auch heuer mit der Zusammenstellung nicht rechtzeitig fertig sein. Ich bin neugierig, wie der Herr Bürgermeister dies rechtfertigen wird. Ich erkläre nun heute schon, daß dies eine Verletzung des § 50 des Statutes ist.

Herr Gem.-Rath Frauenberger hat bemerkt, wie man das Deficit verschwinden machen kann. Nun, meine Herren, gestatten Sie mir, auseinanderzusetzen, wie man überhaupt das Budget bei uns behandelt. Ich befaße mich auch drei Jahre damit, und in drei Jahren — ich sage es offen — kann man noch nicht einen solchen Einblick gewinnen und fattelfest sein. Aber das eine weiß ich schon, daß in das Budget hohe Summen eingesetzt werden, die man dann nicht verausgabte. Ich werde Ihnen sofort beweisen, wie man das Deficit verschwinden macht.

Es wurde in dem Rechnungsabschlusse vom Jahre 1892 nachgewiesen, daß angeblich ein günstigeres Resultat im Betrage von 600.000 fl. erfolgt ist. Nun, meine Herren, wie ist das möglich? Im Jahre 1892 wurden allein um 600.000 fl. Schulen nicht gebaut, und wenn Herr Dr. Lueger Bürgermeister gewesen wäre — ich habe das schon einmal erwähnt — wie wäre da auf die volksverdummende Partei von Seite Ihrer Presse losgeschlagen worden! Weiter, meine Herren, bezüglich der Straßen wurde schon zu wiederholtenmalen, auch von dem gegenwärtigen Herrn Budget-Referenten, erklärt, daß die Erhaltung der Straßen, insbesondere in den Vororten, kolossale Summen erfordert. Ich kann nur das eine sagen, meine Herren, daß die Straßen in meinem Bezirke schlechter sind als in einem walachischen Dorfe, und daß sie die Bezeichnung Straßen nicht mehr verdienen, und da sagen Sie: „Ein günstiger Rechnungsabschluss bezüglich der Straßen!“ Freilich — ich habe das aus der Buchhaltung — es ist ein Mindererfordernis von 312.388 fl. 39 kr. Das ist ein Mindererfordernis, aber die Straßen sind schlecht und es kann so nicht vorwärts gehen, und wenn der Herr Collega Frauenberger bemerkt hat, daß er keinen Unterschied zwischen den neuen und alten Bezirken kennt, dann erlaube ich mir auch den Rechnungsabschluss pro 1892 zu citieren, in welchem enthalten ist, daß für den I. Bezirk 180.000 fl. präliminirt waren und 185.000 fl. ausgegeben worden sind... (Rufe links: Hört!)... ich habe dagegen nichts einzuwenden — aber daß man für den XIX. Bezirk 38.000 fl. präliminirt und 9900 fl. ausgibt — meine Herren, das ist doch keine gleichmäßige Behandlung der Bezirke! (Zustimmung links.)

Wenn man bei einer Interpellation vom Herrn Vorsitzenden dann erfährt: ja es waren zu wenig Pflastersteine da, es war die Zeit schon vorgeschritten, so ist das keine Entschuldigung. Ja, meine Herren, im I. Bezirke war die Zeit auch vorgeschritten. Dann hätte man die Pflastersteine gleichmäßig vertheilen und nicht wie im Jahre 1892 im Sommer — Herr Collega Scheidl ist nicht hier — den halben Graben aufreißen und neu macadamisieren sollen, wo derselbe noch in ganz gutem Zustande war.

Wir haben uns beide davon persönlich überzeugt. So ist es bezüglich des Pflasters, und bezüglich des Schotterers haben Sie es auch weit gebracht. Ich habe gestern mit Bezirksausschüssen gesprochen, welche mir erklärt haben: Es ist uns äußerst peinlich, diesen Schotter übernehmen zu müssen, weil wir überzeugt sind, daß der Schotter nicht qualitätsmäßig ist, und alle sagen, das Bauamt und die Bezirksausschüsse, wir müssen ihn übernehmen, weil wir sonst gar keinen bekommen. Sie haben uns im Winter Schotter bewilligt; da haben sie am nächsten Tage darauf 32 Fuhren geführt; 28 sind nicht übernommen und zurückgewiesen worden, weil sie nicht qualitätsmäßig waren. So haben wir wieder keinen Schotter gehabt und so stehen wir noch heute auf diesem Standpunkte. Und warum ist dies? Weil gar keine Aussicht auf eine Besserung vorhanden ist, indem gar keine Aussicht stattfindet, und ich bedauere nur, daß Herr Dr. Klobberg den sehr richtigen Antrag, den er gestellt hat bezüglich der Einführung von Wegmeistern, sofort über eine Erwidernung des Herrn Vice-Bürgermeisters Dr. Richter, wie ich im Amtsblatte gelesen habe, zurückgezogen hat. Es gibt nichts anderes, als Wegmeister anzustellen, wie sie beim Lande und Staate sind. Es gibt sonst nichts anderes. Aber sie müssen definitiv angestellt werden. Man muß sie bezahlen, damit sie eine Ambition besitzen. Heute sind sie nur Tagelöhner, denen es ganz alleseins ist, wie die Sache geht. Das muß geschehen, und wenn der Herr Vice-Bürgermeister Dr. Richter erklärt, daß die alten Einräumer der Bezirks-Straßenausschüsse übernommen worden sind, welche die Stelle von Wegmeistern versehen, so ist Herr Vice-Bürgermeister Dr. Richter unrichtig informiert. Ich habe heute mit den Leuten gesprochen. Diese haben auch einen kolossalen Vortheil von der Einverleibung!

Die Straßeneinräumer des Bezirksausschusses Klosterneuburg hatten vor der Einverleibung 35 fl. und 10 fl. Stiefelpauschale und nach der Einverleibung haben sie 30 fl. und gar kein Stiefelpauschale. (Hört! links.) So, meine Herren, sehen die Einräumer aus.

Wie ist es mit der Straßenpflege? Ich habe im Winter einmal darüber gesprochen, daß zu viele Tagelöhner sind. Ich habe mir mittlerweile die Namen derselben hektographieren lassen. Jetzt sind im Bezirke 114. Wo früher 1, 2 waren, sind jetzt 10 bis 12. Ich habe speciell angeführt, daß in Grinzing 6 sind. Seitdem ich angeführt habe, daß früher 2 waren und jetzt 6 sind, sind den ganzen Winter hindurch 11. Die wissen gar nicht, was sie anfangen sollen. Das macht aber böses Blut. So ist es jedoch nicht bloß in meinem Bezirke. Ich habe mich auch um die anderen Bezirke umgesehen. Es ist überall so, und dadurch wird das Budget namhaft belastet. Ich kann Ihnen versichern, daß in meinem Bezirke gewiß täglich 40 fl. an Taglohn erspart werden können.

Noch einiges über den günstigen Rechnungsabschluss, der so ins Treffen geführt worden ist!

Es hat mich interessiert zu erfahren, wie viel Gründe wir seit der Einverleibung schon verkauft haben. Da bin ich darauf gekommen, daß im Jahre 1891 Gründe um 1.065.958 fl. 25 kr. verkauft worden sind. Das Geld ist verschwunden. Im Jahre 1892 wurde bei dem günstigen Rechnungsabschlusse um 623.277 fl. 63 1/2 kr. liegendes Gut veräußert. Man wird mir vielleicht sagen, die Commune habe auch Gründe gekauft. O ja, aber nur um einen Betrag von 205.383 fl. Die 400.000 fl. meine Herren Budget-Referenten, sind offenbar auf Nimmerwiedersehen verschwunden. Aber ein günstiger Rechnungsabschluss ist da, aus dem ersichtlich

ist, was alles budgetiert und was uns verblieben ist, aus dem ersichtlich ist, was wir an liegendem Gute verkauft haben. Im Jahre 1893 haben wir endlich um 310.076 fl. 71 kr. Gründe verkauft, zusammen um den Betrag von 1.999.312 fl. 59 1/2 kr., nahezu zwei Millionen Gulden. Und was, meine Herren, ist alles noch nicht ausgeführt?

Bei der Berathung des Schulpräliminaries hat der Herr Referent der Budget-Commission vorsichtigerweise erklärt, daß im XVI. Bezirke zur Erbauung von Schulen ein Betrag von 216.000 fl. bewilligt worden ist; aber er hat nicht gesagt, wie viel davon verbraucht worden ist. Ich habe mich auch aus dem Amtsblatte überzeugt, daß er bei der Debatte über das Pflaster so genau gewußt hat, wie viel in den Vororten verpflastert worden ist. Ich habe mich heute erkundigt und erfahren, daß es noch nicht möglich ist, einen Rechnungsabschluss bekanntzugeben, weil nicht einmal die Rechnungen der betreffenden städtischen Contractanten zum größten Theile beglichen sind; die Sache läßt sich also heute noch gar nicht constatieren, und wir werden ja nächstes Jahr — und hoffentlich leben wir da noch, Herr Budget-Referent, und vielleicht sind wir noch beide hier — beim Rechnungsabschlusse sehen, wie viel von den 62.000 fl., welche für den XIX. Bezirk präliminiert waren, ausgegeben worden ist.

Jetzt komme ich aber zur Führung der Geschäfte durch das geehrte Präsidium. Ich habe mir im Laufe des Sommers erlaubt, einen Antrag bezüglich der Erbauung der Localbahnlinien, von nahezu 60 Mitgliedern des Gemeinderathes unterschrieben, dem Präsidium zu überantworten, worin ich beantragte, es möge mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der Krauß'schen Angelegenheit eine außerordentliche Sitzung einberufen werden. Diese Sitzung ist nicht einberufen worden, mithin ist die Geschäftsordnung im § 3 verletzt worden, nach welchem der Herr Bürgermeister, oder im Verhinderungsfalle desselben der zunächst berufene Vice-Bürgermeister verpflichtet ist, die Sitzung einzuberufen. Ich will nicht davon sprechen, wie oft hier die Anträge auf dem Pulte liegen, wenn wir hieher kommen, weil es immer heißt: es geschehe dies alles im Interesse der Stadt Wien, es habe sich dies oder jenes nicht früher berathen lassen, und so verschiedenes andere.

Bezüglich der Gasfrage wurde am 15. September 1893 ein von mir gestellter Antrag vom geehrten Plenum angenommen, wonach das Präsidium verpflichtet wird, Berichte über das Fortschreiten der Erbauung der städtischen Gaswerke vorzulegen. Meine Herren! Was ist geschehen? Erst über ein Drängen der Opposition — es war ungefähr am 19. oder 20. November — ist hier ein Bericht erstattet worden, welcher bis heute noch nicht abgeschlossen ist. Meine Herren, das ist eine eclatante Gesetzesverletzung, und ich erkläre auch heute schon, daß man sich in Zukunft, wenn wieder so etwas vorkommen sollte, einfach an die vorgesetzte Behörde wenden wird, weil es im § 65 heißt: „Der Bürgermeister ist verpflichtet, jeden gültigen Beschluß des Gemeinderathes in der von demselben angegebenen Art in Vollzug zu setzen.“ Warum eine Geheimniskrämerei in der Gasfrage eigentlich herrscht, weiß ich nicht. Der Herr Vice-Bürgermeister hat vor einigen Tagen, wie im Amtsblatte ersichtlich war, im Stadtrathe darüber berichtet. Mein Antrag lautet ja dahin, daß dem Plenum berichtet werden solle. Es ist das einfach eine Hintanzückung, gegen die ich mich als Gemeinderath entschieden verwahren muß. Ist es denn ein Geheimnis, zu sagen: wir bauen in Heiligenstadt und in Simmering ein Gaswerk? Ist denn das ein Geheimnis? Nein!

Sie arbeiten ja unten an den Plänen, ich habe mich davon überzeugt; ich bin aber selbst der Meinung, daß das nicht so schnell fertig werden wird und daß wir wieder den Engländern an den Krügen geliefert werden. (Rufe links: Sehr richtig!) Und wir sehen jetzt, daß, wenn nicht die eigene Regie eingeführt wird, es einmal möglich ist, daß wir in Wien plötzlich ganz im Finstern sind, was Ihnen auch der gegenwärtige Strike der Gasarbeiter beweist. (Rufe rechts: Das können sie ja bei uns auch! — Gem.-Rath Dr. Lueger: Wir werden nicht so gewissenlos sein! — Gem.-Rath Stehlik: Wir werden die Leute bezahlen!)

Man gibt sich oft Mühe, sammelt sich das Materiale bei der Stellung von Anträgen und Einbringung von Interpellationen. Man will Übelständen abhelfen, man überantwortet die Interpellationen oder den Antrag dem Präsidium. Beim Antrage heißt es dann: „Zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung an den Stadtrath.“ Die Interpellation wird dann in der Regel zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung in den betreffenden Bezirk hinausgegeben.

Nun, Herr Bürgermeister, wird wohl niemand glauben, daß der betreffende Beamte, welcher vielleicht allein an dem Übelstande schuld ist, sich selbst verurtheilen wird (Heiterkeit links), und so ist es oft vorgekommen, daß nur unrichtige Antworten gegeben worden sind; man meldet sich zum Worte, und nach dieser freihitlichen und fortschrittlichen Geschäftsordnung gibt es bei Interpellationen keine Debatte; man muß sich ganz ruhig von dem jeweiligen Vorsitzenden, der die Interpellation beantwortet, die Unwahrheit gefallen lassen.

Bürgermeister (unterbrechend): Ich bitte, soll das ein Vorwurf sein oder nicht? Die Interpellationen werden auf Grund amtlicher Erhebungen beantwortet (Gem.-Rath Steiner: Das sage ich ja!) und die Beantwortungen werden dann auf Grund dieser Erhebungen zur Kenntnis der Versammlung gebracht. (Gem.-Rath Steiner: Die sind ja nicht richtig! — Gem.-Rath Gregorig: Die Schuldigen werden gefragt und ihre Antwort wird mitgeteilt, genau wie im Landtage!) Meine Herren, darüber läßt sich ja streiten, was richtig ist; aber sicher ist, daß auf Grund von amtlichen Erhebungen die Interpellationen beantwortet werden.

Gem.-Rath Steiner (fortfahrend): Aber auch Anträge, welche oft im Laufe der Debatte gestellt werden und hier die Zustimmung des Plenums finden, werden dem Magistrate übermittelt; z. B. der Antrag bezüglich der Reorganisation der Feuerwehr, wo der Herr College Wünsch mit Recht erklärt hat, es wäre wünschenswert, wenn schon gelegentlich der Budgetberathung ein Elaborat hier wäre. Es ist aber nichts davon sichtbar. Wie viele Anträge sind bezüglich der Reorganisation des Marktwesens schon gelegentlich der Berathung des Budgets im Jahre 1892 gestellt worden! Und, meine Herren, was ist von Seite des Magistrates geschehen? Ich habe hier ein Circular in der Hand gehabt, worin den Viehtreibern anbefohlen wird, daß die Stricke rein sein müssen, wo den Sauerkräutlern gesagt wird, daß sie nur mit Gabeln das Kraut nehmen dürfen und es abwägen müssen. Sonst ist vom Magistrate seit zwei Jahren nichts geschehen, und gewiß bedarf das Marktwesen einer Reorganisation. Man kümmert sich um den Zwischenhandel nicht mehr, man sieht ruhig zu, wie Ringe in Bezug auf Unschlitt und Häute geschlossen werden. Da mag Herr College Tagleich in Verbindung mit Kleeber sagen, was er will, das Fleischaugewerbe geht

zugrunde, ein Gewerbe, welches Jahrhunderte lang geblüht hat, und das Fleisch wird theurer. In der Special-Debatte werden wir eingehend darauf zurückkommen, was man eigentlich mit der Decentralisation des täglichen Fleischmarktes will.

Aber, meine Herren, gegenüber all den Vortheilen, von welchen Sie bis jetzt gesprochen haben, die angeblich im Interesse der Vororte sind, gestatten Sie mir, Verhältnisse anzuführen, wie sie, Gott sei Dank — ich habe mich erkundigt — in anderen Bezirken nicht so crass sind, wie in meinem Bezirke. Ich glaube, wenn ich das vorgebracht habe, wird doch vielleicht der Herr Bürgermeister geneigt sein, den Betreffenden zu maßregeln.

Das Marktcommissariat im XIX. Bezirke scheint zu gar nichts anderem da zu sein, als die Bevölkerung anzuzeigen. Und wie verkehrt der gegenwärtige Chef des Marktcommissariats mit den Steuerträgern! Derselbe kommt um 1/2 1 Uhr nachts zu einer Dame, die 70 Jahre alt ist, sie privatisiert gegenwärtig, Frau Friedel, Bäckermeisterin in der Döblinger Hauptstraße — eine feine Dame — inspiciert die Werkstätte und besteht darauf, daß die Dame um 1/2 1 Uhr nachts die Cassa öffnet und ihm den Taufschein des betreffenden Lehrlings zeigt. (Rufe links: Unerhört!)

Der betreffende Leiter des Marktcommissariates geht zu einem Gemischtwaren-Verschleißer, Rosak, Ober-Döbling, Grinzingerstraße und sagt: „Wenn Sie mit mir sprechen, nehmen Sie den Hut vom Kopfe und geben Sie die Pfeife aus dem Munde.“

Der betreffende Amtsleiter geht zu einem Kaufmanne namens Kapf, Nußdorf, findet dort kleine Kalender, wie man sie auf dem Lande in den Geschäften hat, und zeigt den Mann an wegen Übertretung des Pressgesetzes. Ja, das sind Zustände!

Eine weitere Anzeige soll erfolgt sein, weil bei uns, wo Weinkultur ist, die Greißler Schrot zum Flaschenwaschen haben. Der Betreffende soll angezeigt worden sein wegen Übertretung des Waffenpatentes. (Rufe links: Unerhört!) So geht man vor. Ich kann Ihnen versichern, das macht böses Blut.

Gem.-Rath Kreindl wird es bestätigen, daß der Bezirksauschuß Langruber im XIX. Bezirke, ein hochanständiger Mann und Zuckerbäcker, wegen § 431 „Vergehen gegen die Sicherheit des Lebens“ angezeigt wurde. Zum Glück wurde er freigesprochen, weil der Marktcommissär vergessen hat, die Cafferolle zu confiscieren, sonst wäre er verurtheilt worden. Das Geschäft ist hochanständig. Eine Wirtin am Währingerispiz wurde zu acht Tagen verurtheilt, weil man gesagt hat, sie habe das letzte Bier nachgefüllt, was in diesem Gasthause — ich habe mich selbst überzeugt — nicht denkbar ist, weil die Gasanstalt und die Heim'sche Fabrik in der Nähe sind und ein großer Absatz stattfindet. So geht man bei uns vor, und es geht nicht nur den Geschäftsleuten, sondern auch den Wirtschaftsbesitzern so. Der betreffende Herr Chef des Marktcommissariates kommt wo hinein und sagt: „Sie, öffnen Sie Ihren Keller.“

Ich habe hier interpelliert, und da hat es geheißt, er sei hiezu nach dem Kunstweingesetze berechtigt.

Gut! Nach dem Kunstweingesetze muß er endlich den Wein nehmen und ihn chemisch untersuchen; wozu braucht er aber zu wissen, wie viel Klasten Grund man hat. Er fragt aber, wie viel Grund Weingarten man hat, und verlangt, in den Keller geführt zu werden. Er könnte auch verlangen, daß man die Kastenladen aufmacht, damit er sieht, wie viele Kreuzer man noch hat. Das sind Zustände, die böses Blut machen, und Gem.-Rath Frauenberger kann versichert sein, wenn so fortgefahren wird, erringen

wir heute die Majorität in einer Genossenschaft, ein anderesmal im Bezirksausschusse und vielleicht, Gott sei Dank, das nächste mal im Gemeinderathe. Es wird schon vorwärts gehen. Sie sorgen bestens selbst dafür.

Einen Fall muß ich noch zur Sprache bringen. Er confisciert bei einem Mehlmesser an der Rußdorferlinie, Richter, einen Sack Schwämme. Gut, sie sind giftverdächtig. Er relationiert sofort an den XIII. Bezirk, weil der betreffende Händler dort wohnt. Es kommen zwei Marktcommissäre, die, wie ich erkläre, auch nicht sehr höflich sein sollen, und confiscieren noch einen Sack Schwämme, scheinbar giftverdächtig. In Hernals hat der Marktcommissär dieselben Schwämme in der Anger'schen Mehlhandlung als ausgezeichnet erklärt, und Familien haben diese Schwämme gegessen. Das ist stark. Der betreffende Händler ist deswegen vom magistratischen Bezirksamte des XIII. Bezirkes gestraft worden, weil die Schwämme scheinbar giftverdächtig sind. „Scheinbar“ verurtheilt man aber niemanden; denn ebenjogut könnte man glauben, daß scheinbar kein Mitglied der Majorität Stadtrath werden will und kein liberaler Reichsraths-Abgeordneter Verwaltungsrath oder Hofrath.

Ich halte die Urtheile für ungerecht, es soll gleich vorgegangen werden. Ist das zu confiscieren, dann muß es confisciert werden. Der Marktcommissär soll rücksichtslos bei Lebensmittel-fälschungen sein, aber vor Chicanen gegenüber den Steuerträgern müssen wir uns doch schützen. Es wird in der Special-Debatte auch ein Fall vorgebracht werden, wo ein Geschäftsmann, der 60 Jahre am Plage ist, zu acht Tagen Arrest verurtheilt wurde; diesen Fall hat Herr College Pürsch übernommen.

Bürgermeister (unterbrechend): Das sind Verurtheilungen seitens der Behörden und Gerichte; die sind nicht Gegenstand der Verhandlungen hier. Wenn eine Partei sich dadurch beschwert erachtet. . .

Gem.-Rath Steiner: Ich führe ja nur an, daß die Betroffenen verurtheilt worden sind; das Recht muß mir doch zustehen, im Interesse meiner Wähler zu sprechen, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister: Da muß ich um Entschuldigung bitten! Die Behörde untersteht als solche nicht dem Gemeinderathe. Ich muß das zurückweisen. Wenn Sie sich beschwert erachten, so bitte ich, bei dem Vorgesetzten des betreffenden Beamten die Beschwerde zu überreichen. Es geht nicht an, die Action der Behörde in dieser Weise zu kritisieren, weil das Ansehen derselben vor der Öffentlichkeit herabgesetzt wird. (Widerspruch links.)

Gem.-Rath Steiner: Die Marktcommissäre sind untergeordnete Organe des Magistrates, und es muß mir doch gestattet sein, im Laufe der General-Debatte Übelstände zu besprechen, welche beseitigt werden müssen.

Bürgermeister: Insoweit Ihnen das Recht zusteht. Aber die behördlichen Entscheidungen des Magistrates sind nicht Gegenstand der Debatte.

Gem.-Rath Steiner (fortfahrend): Es wundert mich nur, daß nicht gleich der Vorwurf von Verdächtigungen und Verleumdungen gemacht wurde. Ich habe zu diesem Zwecke Namen angeführt, damit die Untersuchung eingeleitet werden kann. Und, Herr Bürgermeister, es ist kein Geheimnis, daß der Bezirksausschuß in seiner vorletzten Sitzung eine Note an den Amtsleiter des XIX. Bezirkes geschickt hat, welche von sämtlichen Bezirks-

auschüssen unterschrieben ist und worin gebeten wird, die Thätigkeit dieses Marktcommissärs etwas genauer zu beobachten.

Meine Herren! Es wurde weiter gesagt, daß eine Erhöhung der Gebühren seit der Einverleibung überhaupt nicht stattgefunden hat. Ich will gar nicht sprechen von den vielen Commissionsgebühren. Aber eines, sehen Sie, die Bolletten der Brantweinschenker sind, ohne daß man jemand gefragt hat — es ist mir nicht erinnerlich, daß darüber eine Berathung im Landtage oder hier stattgefunden hat — um 100 Percent erhöht worden.

Demjenigen, der eine 10 fl.-Bollette gehabt hat und am 31. December 1891 bei dem Schalter des Steueramtes erschienen ist, ist erklärt worden, daß er jetzt 20 fl. bezahlen muß mit Rücksicht auf die Einverleibung, weil es jetzt nach der Einwohnerzahl geht. Das ist gewiß eine entschiedene Belastung!

Meine Herren, früher konnte man einfrieden, wie man wollte, jetzt, wenn man ein Gitter setzt, muß man 50 bis 80 kr. per laufenden Meter bezahlen. Das haben wir nicht gehabt. Als Verlassenschaftsgebühren, sogenannte fromme Gebühren, Versorgungsfond, Krankenhausfond, sind circa 2 Percent zu leisten, das haben wir nicht gehabt. Der Communalzuschlag bei Realgebühren, das haben wir alles nicht gehabt. Man darf nicht sagen — ich müßte wieder kritisieren — welchen Chicanen wir überdies dabei ausgesetzt sind. Dann kommt ein Auftrag nach dem anderen, dies und das soll geschehen. Ja, wenn Sie dem betreffenden Wirtschaftsbesitzer das Geld mitschicken, wird es durchgeführt, sonst kann er es nicht leisten.

Man muß sich endlich gewöhnen, die wirtschaftlichen Verhältnisse der Bevölkerung verschieden zu beurtheilen. Das muß geschehen und es muß der Magistrat in seinen Verordnungen, die er hinausgibt, die Verhältnisse an der Peripherie berücksichtigen und die in der inneren Stadt. So wie bisher, geht das nicht.

Der Herr College Frauenberger meinte zum Schlusse, er sei alt geworden und sein Programm sei immer das gleiche und er halte es hoch. Gestatten Sie mir, dies zu bezweifeln. Ich erinnere mich, daß die liberale Partei, als sie noch in der Minorität war, den Egoismus der Clericalen bei jeder Gelegenheit hervorhob, und ich erinnere mich auch an die scharfe Opposition, welche den Polen gemacht wurde, wie es immer geheißt hat, sie wollen die erste Geige spielen. Ich erinnere mich jetzt aber auch, daß seit sehr kurzer Zeit mit denselben feinerzeit bekämpften Clericalen die Liberalen Arm in Arm gegangen sind! Die Principientreue des Herrn Gem.-Rathes Frauenberger, wenn er sich noch der liberalen Partei anschließt, scheint also nicht so groß zu sein! (Gem.-Rath Dr. Mittler ruft dazwischen.) Das ist alles wahr, Herr Dr. Mittler, da können Sie klopfen, wie Sie wollen! Jetzt haben Sie die Waffen der liberalen Partei, in der einen Hand den Rosenkranz, in der anderen den Talmud, und so führen Sie die Bevölkerung am Narrenseile. (Unruhe.) . . .

Bürgermeister: Ich muß den Herrn Redner zur Ordnung rufen. Derlei Beschuldigungen, daß eine politische Partei die Bevölkerung am Narrenseile führe, muß ich zurückweisen. (Gem.-Rath Jedlička ruft dazwischen.)

Herr Gem.-Rath Jedlička, mäßigen Sie sich!

Gem.-Rath Steiner: Meine Herren! Bange machen gilt nicht mehr, und wenn Herr Gem.-Rath Frauenberger uns zuruft, lehren Sie um, so sage ich nein, das thuen wir nicht. Wir werden rücksichtslos fortkämpfen, bis sich das Angeficht dieses Saales verändert, bis endlich hier und in den anderen Vertretungskörpern Leute sitzen, welche das Gesetz zum Schutze der

ehrlichen Arbeit handhaben. (Bravo! links.) Wir werden kämpfen, bis Vertreter gewählt sind, welche deutsche Sitte und christliche Moral vertheidigen, damit es im Interesse der Bevölkerung und des lieben Vaterlandes endlich einmal besser wird. (Beifall und Händeklatschen links.)

Gem.-Rath Winkler: Meine Herren! Ich werde mich streng an das Budget halten. Ich bin einer derjenigen, welcher nach wie vor an den Finanzen der Stadt Wien nicht verzweifelt, wenn ich sie auch nicht rosig finde, und zwar aus dem Grunde nicht, weil die Umlagen in einer Höhe eingehoben werden, daß eine Steigerung absolut unmöglich ist. (Beifall.)

Wie Sie wissen, meine Herren, habe ich im Vorjahre anläßlich der Budget-Debatte den Antrag gestellt, der auch vom löblichen Gemeinderathe angenommen wurde, daß ein Arbeitsprogramm geschaffen werden solle. Was mit diesem Antrage geschehen ist, weiß ich nicht; Thatsache ist, daß ein solches Arbeitsprogramm nicht vorliegt; würde aber ein solches vorliegen, so könnten wir auf Grund desselben heute ein Finanzprogramm ausarbeiten. Es ist merkwürdig, und ich sehe gar keinen vernünftigen Grund, warum die maßgebenden Persönlichkeiten nicht geneigt sind, auf diesen Vorschlag einzugehen. Wenn ich z. B. ein Haus oder einen Grund besitze und dieses Haus vergrößere, das Nachbarhaus dazu kaufe, mit der ausgesprochenen Absicht, diese beiden Gebäude zu vereinigen, so ist es doch selbstverständlich, daß ich mir vor allem einen Überschlag machen lasse, um zu erfahren, was denn eigentlich diese Vereinigung kostet, und auf Grund dieses Kostenvoranschlages werde ich dann die nöthigen Maßnahmen treffen.

Bei uns ist das im großen und ganzen dasselbe. Wir haben einen Anlauf genommen, wir vereinigen die Vororte mit Wien, und zwar mit der ausgesprochenen Absicht, diese Vororte anzugliedern, großstädtisch einzurichten und ihnen alle jene Behelfe und Segnungen der Großstadt zukommen zu lassen, welche nothwendig sind, damit sie in den Rahmen einer Großstadt passen.

Nun wäre doch die erste Frage gewesen, daß wir wenigstens unter uns wissen sollten, was das eigentlich kostet, welche Arbeiten unbedingt nothwendig sind, und auf Grund dieses Kostenvoranschlages könnten wir dann die Bedeckung besorgen. Aber anstatt auf diese Weise vorzugehen, lassen wir die Ereignisse an uns herantreten; wenn jetzt dort ein Canal zusammenstürzt, so bauen wir einen neuen, weil er gebaut werden muß. Mit einem Worte, wir gehen ganz systemlos vor; dabei haben wir das Unangenehme, daß wir sehr viel Geld ausgeben, und die Vorortevertreter und auch die Vorortebewohner immer der Meinung sind, daß sie stiefmütterlich behandelt werden, während uns die Sache eine Menge Geld kostet.

Meine Herren! Ganz anders wäre es, wenn ein Programm vorliegen würde, und wenn wir wüßten, wir brauchen für die Vororte für Pflasterungen soviel, für Canalisirungen soviel, für Schulbauten soviel, für Beleuchtungs- und Sanitätszwecke u. s. w. soviel. Das macht zusammen soviel. Auf Grundlage dieses Programmes könnte man dann für die Bedeckung sorgen, und zwar geht meine Meinung dahin, daß diese Bedeckung in der Form einer Anleihe beschafft werde; denn es kann doch nicht verlangt werden, daß die alten Bezirke dafür aufkommen, daß die neuen Bezirke großstädtisch eingerichtet werden, nachdem diese Bezirke, wie sie autonom waren, nicht in der Lage gewesen sind, allen Wünschen der Bevölkerung entsprechen zu können. Das sind außerordentliche Verhältnisse. Diese außerordentlichen Verhältnisse machen ganz außerordentliche Ausgaben, und diese außerordentlichen Ausgaben

sollen wieder in außerordentlicher Weise bedeckt werden. Das ist ganz natürlich.

Meine Herren! Sie haben bei dem Pflaster-Präliminare z. B. für die alten Bezirke, wenn Sie dabei die 200.000 fl., die für unvorhergesehene Fälle berechnet sind, halbieren, einen Betrag von 286.000 fl. genehmigt und für die neuen Bezirke einen solchen von 763.000 fl.

Nun, meine Herren, das kann man keine currenten Auslagen nennen. Ich bitte einmal, warum soll denn z. B. die Einwölbung des Alsbaches, die Einwölbung des Krottenbaches u. s. w. aus den currenten Mitteln gedeckt werden? Das sind keine currenten Auslagen.

Das sind ganz außerordentliche Ausgaben, denn wenn Sie das als currente Ausgaben behandeln, so müßten Sie schließlich dazu kommen, daß der Sammelcanal auch eine currente Ausgabe ist. Denn die Sammelcanäle sind auch nichts anderes als der natürliche Abschluss eines bereits bestehenden Netzes. Aber es fällt niemandem ein, auch dem Herrn Budget-Referenten nicht, daß der Sammelcanal eine currente Ausgabe ist. Das sind ganz außerordentliche Fälle, für die sich nur einmalige Ausgaben ergeben. Die Erhaltung dieser Auslagen, das ist eine currente Auslage. Daß das eine außerordentliche Ausgabe ist, geht auch daraus hervor, weil beispielsweise zur Einwölbung des Krottenbaches das Land 60.000 fl. gespendet hat. Daraus geht schon der außerordentliche Charakter der Auslage hervor. Und bezüglich des Alsbaches, glaube ich, soll man ebenfalls an den Landtag um einen Beitrag herantreten.

Ja, meine Herren, wenn wir das als currente Auslage betrachten, so thut das Land ganz unrecht, wenn es uns dazu einen Beitrag leistet, denn solche Beitragsleistungen werden nicht für currente Ausgaben, sondern nur für ganz außerordentliche Ausgaben vom Lande geleistet. Und so wie es bei den Canalbauten ist, so ist es auch bei der Pflasterung und bei allen diesen Sachen. Wenn wir ein solches Arbeitsprogramm vor uns liegen hätten, so könnten wir die Auslagen auf zehn Jahre oder meinetwegen auf einen x-beliebigen Zeitraum vertheilen. Wir könnten genau bestimmen, zuerst wird das Nothwendigste gemacht, dann kommt das, dann das u. s. w.

Ich bin weit entfernt davon, zu behaupten, daß das alles auf einmal geschehen soll. Aber wissen soll man, welche Summe ungefähr nothwendig ist, um das alles leisten zu können. Denn, daß dann noch immer neue Ausgaben dazukommen werden, ist selbstverständlich. Wenn es jedoch in dieser Art weitergeht, dann wird es wirklich so kommen, wie der Herr Budget-Referent gestern gesagt hat, daß wir noch zwei, drei Jahre mit Hilfe der Cassenbestände, des Reservefondes u. s. w. werden fortarbeiten können — eine Erhöhung der Umlagen ist absolut ausgeschlossen — daß aber, wenn dann irgendein Elementarereignis oder etwas Ähnliches eintritt, wir wahrhaftig nicht wissen werden, was geschehen soll, daß wir dann vor einem großen Fragezeichen stehen. Ich glaube daher, es wäre viel praktischer und zweckmäßiger, wenn wir nicht alles auf die currenten Ausgaben schreiben würden, sondern wenn wir diese ganz außerordentlichen Ausgaben, die die Vereinigung der Vororte mit sich bringt, im Wege eines Anlehens decken würden.

Nachdem der Antrag vom vorigen Jahre noch aufrecht besteht, so werde ich keinen neuen Antrag stellen, ich möchte aber das geehrte Präsidium und unseren neuen Herrn Bürgermeister bitten,

er möge der Sache seine Aufmerksamkeit schenken. Ich glaube, der Antrag verdient es gewiss, studiert zu werden. (Beifall rechts.)

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.)

Gem.-Rath Graf: Meine sehr geehrten Herren! Es ist uns von verschiedenen Rednern Ihrer Partei der Vorwurf gemacht worden, daß wir uns in der General-Debatte über das Budget eigentlich mit nichts weniger als mit dem Budget beschäftigen. Insbesondere waren es die Herren Gem.-Räthe Dr. Scholz und Frauenberger, die diesen Vorwurf in besonders kräftiger Weise zum Ausdruck gebracht haben.

Es hat der Herr Gem.-Rath Dr. Scholz unter anderem den Vorwurf zurückzuweisen versucht, daß der communale Karren sozusagen im Sumpfe stecke; er hat gesagt, das sei nicht wahr, es seien alle Einrichtungen der Großcommune Wien und insbesondere alles dasjenige, was die führende Partei im Wiener Gemeinderathe beschliesse, danach angethan, das Interesse der Commune bestens zu fördern. Besonders rühmlich wurde nach dieser Richtung die Decentralisation und die Reorganisation im allgemeinen hervorgehoben. Gestatten Sie mir, da einige Beschwerden vorzubringen und zu bitten, daß das wesentlichste zur Beseitigung dieser Übelstände veranlaßt werde. Es ist höchst sonderbar, daß man bei der Decentralisation und der Einführung der magistratischen Bezirksämter jetzt schon, nach kurzer Zeit, die Wahrnehmung gemacht hat, daß in jedem einzelnen Bezirksamte anders amtiert, daß Verordnungen, von denen man voraussetzen sollte, daß sie von der Centrale aus allen Bezirksämtern gleichmäßig zukommen, anders zur Ausführung kommen. Ich will mir erlauben, auf concrete Fälle in dieser Richtung hinzuweisen.

Es hat vor noch nicht langer Zeit auf Grund einer Anzeige eines Polizeiorganes eine Strafverhandlung bei Gerichte gegen einen Gastwirt wegen Überfüllung seines Locales bei einer Versammlung stattgefunden, und die Folge davon war eine Note an den Wiener Magistrat, den Fassungsraum dieser zu Versammlungen geeigneten Localitäten durch eine Commission feststellen zu lassen. Es ist das mithin eine Amtshandlung im übertragenen Wirkungskreise, die eben durch die Organe der Commune durchzuführen ist. Bei uns, meine Herren, im XVI. Bezirke sind solche Commissionen durchgeführt worden und von keinem Besitzer eines der größeren Locale wurde eine Commissionsgebühr abverlangt. Wie ist das nun im XVII. Bezirke, meine Herren? Dieser ist doch auch ein Bezirk, der zur Großcommune Wien einverleibt ist, der auch ein magistratisches Bezirksamt hat; nun hören Sie, wie man gegen die Besitzer solcher großen Localitäten dort vorgegangen ist. Die Besitzer dieser Localitäten haben eines Tages eine Vorladung zum magistratischen Bezirksamte bekommen, worin man sie aufgefordert hat, unter Mitbringung eines 50 kr.-Stempels an einem bestimmten Tage zu erscheinen. Dort wurde ihnen nahegelegt, daß sie ein Protokoll unterschreiben sollten, worin sie um eine commissionelle Besichtigung ihrer Localitäten wegen Bestimmung des Fassungsraumes ansuchen. Diese Commissionen haben stattgefunden, und jene Gastwirte, die ihr Geschäft zufälligerweise im XVII. Bezirke betreiben, mußten für die vorgenommene Commission eine Gebühr von 10 fl., beziehungsweise 17 fl. zahlen. Nun erklären Sie mir, meine Herren, wie sich das rechtfertigt. Entweder hat das magistratische Bezirksamt des XVI. Bezirkes unrecht gehabt oder das magistratische Bezirksamt des XVII. Bezirkes hat unrecht gehabt. Es ist das jedenfalls ein Fehler in der Decentralisation, insofern

als die Instructionen, die von der Centrale an die Bezirksämter hinausgegeben werden, nicht in der richtigen Weise interpretiert werden.

Es ließe sich noch auf so vieles andere hinweisen, und ich werde mir auch gelegentlich der Special-Debatte erlauben, einige solche Fälle anzuführen. Nun, meine Herren, ist uns der Vorwurf gemacht worden, daß wir nicht Vorschläge machen, wie es denn möglich wäre, Ersparungen zu erzielen, daß wir nicht Vorschläge machen, die dahin führen, das Deficit, gegen das ja von allen Rednern dieser (rechten) Seite angekämpft wird, beseitigen zu helfen. Nun gestatten Sie mir, meine Herren, nach dieser Richtung einiges vorzubringen. Gewiss — und das wird von keinem der Herren abgeleugnet werden können — ist eine rationelle Behandlung der Geschäfte das geeignetste Mittel, das Deficit zu bannen, und ich gebe ja recht gerne zu, daß der Verwaltungsapparat so groß ist, daß nicht alles nach dem Schnürl gehen kann, es nicht so leicht, alles zu übersehen. Wenn aber die Vertreter der einzelnen Bezirke auf Übelstände aufmerksam machen, so sollte man doch voraussetzen, daß von Seite des Präsidiums sowohl als auch von anderen dazu berufenen Factoren den bezüglichlichen Anträgen Rechnung getragen werde.

Es ist von einem geehrten Vorredner auf jener (rechten) Seite des Hauses uns Vertretern der ehemaligen Vororte der Vorwurf gemacht worden, wir seien gegen die Stadt Wien undankbar, und als ich mir kürzlich einmal die Bemerkung erlaubte, daß der XVI. Bezirk eigentlich stiefmütterlich behandelt werde, so sind diese meine ganz gewiss berechtigten Ausführungen auf Widerspruch auf Ihrer Seite gestoßen. Meine Herren, auch nach der Richtung könnte ich heute mit einer Reihe von Daten dienen, aber ich spare sie mir für die Special-Debatte auf. Nur erlauben Sie mir, auf einen besonders wichtigen Fall, nämlich die Straßenpflege, hinzuweisen.

Meine Herren, es ist eigenthümlich, daß bei uns, in der großen Gemeinde Wien, vieles und vieles zum Schaden der Gemeinde geradezu verkehrt angepackt wird. Ich gebe recht gerne zu, und ich habe es bereits erwähnt, daß ja der Apparat ein sehr großer ist und daß so manches übersehen werden kann. Aber wenn Sie heute bei uns draußen im XVI. Bezirke — und ich muß mich da dem Collegen Steiner anschließen — unsere nicht gepflasterten Straßen anschauen, so wird es Ihnen annäherungsweise so vorkommen, wie auf einem ungarischen Dorfe und nicht in einem Bezirke der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien. Ich gebe Ihnen zu: die Straßenreinigung — und ich erkenne das dankend an — ist in den letzten Jahren eine bedeutend bessere im Bezirke geworden, die Straßenpflege jedoch ist eine bedeutend schlechtere. Sie können heute den ganzen Bezirk durchkreuzen und durchqueren und Sie werden jetzt in der so vorgerückten Zeit in den Straßen nicht eine Schotterfigur finden. Die Folge davon wird sein, daß der so bedeutende Betrag, welcher ins Budget eingestellt ist, bei dem Umstande, als der Schotter viel zu spät geliefert wird, zum großen Theile zum Fenster hinausgeworfen ist.

Ganz ähnlich verhält es sich mit der Pflege der öffentlichen Parkanlagen. Man geizt, für sie einen Wächter anzustellen, der vielleicht einige Wochen hindurch um den kargen Wochenlohn von 6 bis 7 fl. die öffentlichen Anlagen überwacht. Die Verwüstungen aber, die in solchen Parkanlagen dadurch angerichtet werden, daß sie unbewacht sind, gehen in hunderte und hunderte von Gulden.

Es ist das eine Unwirtschaft, die gewiß getadelt werden muß. Es hat mich peinlich berührt, die Anlagen vor der Altlerchenfelder Kirche anzusehen. Wenn Sie dort einige Wochen hindurch im Frühjahr eine Person gehabt hätten, welche die Anlagen dort bewacht hätte, ich weiß nicht, ob Sie nicht mehr als tausend Gulden erspart hätten. Schauen Sie die Anlagen jetzt an! Die Gefträuche sind niedergetreten, das ganze Rasenparterre ist vernichtet, die Umzäunung ist niedrigerissen u. s. w., und anfangs Februar war die Anlage noch in ganz gutem Zustande. Ganz ähnlich verhält es sich mit dem Ausbessern der gepflasterten Straßen. Es wird da so lange zugewartet, bis diese kleinen sogenannten Schlaglöcher sich zu großen Vertiefungen verbreitert haben, daß vielleicht statt 1 m 10, 15, 20 m gepflastert werden müssen, und es ist eine bekannte Thatsache, daß speciell bei Umpflasterungen der Straßen sehr viel Geld unnütz ausgegeben wird.

Nun komme ich auf einen Übelstand zu sprechen und ich will in dieser Angelegenheit gleich einen Vergleich ziehen zwischen den inneren und äußeren Bezirken. Die Sache betrifft die Straßenbespritzung. Ein altes Sprichwort sagt: „Vom Märzstaub ist das Roth einen Ducaten wert“, und es scheint die löbliche Commune Wien sich heute dieses Sprichwort, das für den Ökonomen eine große Bedeutung haben kann, vor Augen zu halten. Es ist gewiß nicht großstädtisch, daß man in Wien erst zu einem gewissen Zeitpunkte mit der Straßenbespritzung beginnt. Jetzt staubt es schon seit 14 Tagen entsetzlich, aber gespritzt wird absolut nicht. Ich bitte sehr, wie wird es denn später sein? (Gem.-Rath Dr. Lerch! Es ist kein Wasser da!) Es muß einfach Vorseeung getroffen werden, damit Wasser da ist, denn die Lungen der Wiener vertragen den Märzstaub ebensowenig und vielleicht noch weniger als den Aprilstaub. Wo aber Wasser ist, wird auch in einer Weise umgegangen, daß es geradezu an Krähwinkel erinnert. Ich habe die Gelegenheit gehabt, mir die Bespritzung des Judenplatzes anzusehen. Auf den Judenplatz münden einige sehr schmale Gassen, die Currentgasse, die Drahtgasse u. s. f., dort steht ein Hydrant, und man sollte glauben, daß die hiezu berufenen Organe wenigstens auf den Gedanken kommen: ein ganz einfacher Schlauchwagen zum Hydranten postiert und ein Mann dazu, wären in der Lage, den Judenplatz und die anstoßenden Gassen sehr leicht zu bespritzen. Aber das geschieht nicht, meine Herren. Zu diesem Hydranten muß ein Wasserwagen fahren. Der Wasserwagen wird vom Hydranten gefüllt und fährt dann in diesen engen Gassen herum, sperrt einen halben Tag den Verkehr ab, und das nennt man Bespritzung der Straßen und Plätze in den inneren Bezirken! Und dieselbe Wahrnehmung, die ich hier gemacht habe, habe ich schon in anderen Bezirksteilen gemacht. Wenn auch auf diesem Gebiete rationell gewirtschaftet würde, so könnte manches erspart werden. Wenn da und dort in verschiedenen Capiteln des Rechnungsabchlusses gespart und rationeller gewirtschaftet würde, so könnte das Budget der Stadt Wien gewiß um ein Bedeutendes herabgemindert werden.

Ich habe nur einiges über die Geschäftsführung der Commune selbst noch zu sagen. Es ist von anderen Herren Vorrednern bereits ausgeführt worden, daß die einbezogenen Bezirke und die Bewohner derselben mit einer gewissen Härte behandelt werden. Zu dieser Härte kommt aber auch noch, daß man gewisse Agenden sehr unpraktisch ansaßt und dadurch der Stadt Wien sehr bedeutende Auslagen verursacht, sie eventuell auch in eine Unannehmlichkeit bringt.

Meine Herren, es ist bei uns so usuell, daß einem Bau-

Gebühren aufgetragen wird, unbekümmert darum, ob in der Gasse, wo das Haus erbaut werden soll, sich ein Canal befindet oder nicht. Nach meinem Dafürhalten ist das sehr unpraktisch und auch unökonomisch, und ich werde Ihnen an einem Beispiele nachweisen, daß meine Ansicht darüber richtig ist.

Wie Ihnen bekannt sein dürfte, baut die General-Direction der Tabakregie bei uns im XVI. Bezirke eine Tabak- und Cigarrenfabrik. Diese Fabrik hat vier sehr bedeutende Gassenfronten, und es wurde vor der Baubewilligung dem Finanzärar die Bezahlung einer Canaleinmündungs-Gebür von weit über 5000 fl. aufgetragen. Nun befindet sich aber nur in der Lerchenfelderstraße ein Canal, und es wurde die Canaleinmündungs-Gebür für sämtliche vier Gassenfronten des Fabrikgebäudes eingehoben, also auch für die Römergasse, Huttengasse und Gablenzgasse. In einigen Tagen dürften Sie im Bauamte die Bescheerung haben, daß die Tabakregie mit dem Ansuchen an Sie herantritt, mit Rücksicht darauf, daß Sie die Canaleinmündungs-Gebür bereits verlangt haben, auch die Einmündung des Niederschlagswassers — nachdem der Dachstuhl jetzt aufgestellt worden ist — nach allen vier Gassenfronten zu ermöglichen. Was werden Sie thun? Werden Sie einen Canal herstellen in der Gablenz-, Römer- und Pettenkofergasse, der 40- bis 50.000 fl. kostet? Vorderhand ist noch kein Haus dort. So schafft sich die Commune Wien durch Bestimmungen in der Bauordnung, die gewiß nicht auf alle Fälle Anwendung finden, selbst unangenehme Situationen, über die sie, ich weiß nicht wie, hinauskommen wird. Aber ganz dasselbe findet auch bei anderen Bauwerbern statt, und ich muß offen gestehen: Ich kann nicht begreifen, wie man sich etwas, das man vorderhand gar nicht hat, bezahlen lassen kann. Ich wäre der Meinung, daß noch immer Zeit genug wäre, die Canaleinmündungs-Gebür bei dem Benützungscensens zu verlangen, und Sie würden in diesem Falle zu einer Ausgabe von 30- bis 40.000 fl. gewiß nicht gedrängt werden, wenn in anderer Weise vorgegangen würde. Ich meine dies in Bezug auf die Tabakregie.

Nun, meine Herren, muß ich mir erlauben, noch einen Vorwurf zurückzuweisen. Es hat nämlich Herr Gem.-Rath Frauenberger unter anderem ausgeführt, daß eigentlich die Stadt Wien keinen Vortheil aus der Einverleibung der Vororte mit Wien ziehe, und daß es eigentlich gut sei, daß die Einverleibung stattgefunden habe, indem uns ja die Einbeziehung in den Verzehrungssteuer-Rayon nicht ausgeblieben wäre. Ich gebe das sehr gerne zu. Ich bin ja auch ein eigentlicher Gegner der Einverleibung der Vororte mit Wien nicht und erkläre Ihnen offen, daß ich ganz gut weiß, daß wir durch die einfache Einbeziehung in den Verzehrungssteuer-Rayon sehr bedeutende Lasten zu tragen gehabt hätten, aber das eine werden Sie mir doch nicht ableugnen können, daß wir auch einen 100procentigen und einen 30procentigen Zuschlag zu tragen haben, und daß ferner — ich werde Ihnen dies für den XVI. und XVII. Bezirk an der Hand von Belegen nachweisen — die Großcommune Wien eigentlich in unseren Bezirken gewiß nicht mehr, wenn nicht bedeutend weniger, geschaffen hat, als die autonomen Gemeinden unter diesen Umständen zu schaffen in der Lage gewesen wären.

Es ist von einem Herrn Redner jener Seite (rechts) hervorgehoben worden, daß die Commune Wien für Erbauung von Schulen in den Vororten sehr bedeutende Opfer bringt, und es ist, wenn ich mich recht erinnere, gesagt worden, daß beiläufig 800.000 fl. für Schulen verwendet worden sind. Nun, meine Herren, in unserem Bezirke — ich habe das schon kürzlich ausgeführt und muß es

heute neuerdings betonen — ist seit drei Jahren, seitdem wir einbezogen sind, nicht mehr geschehen, als daß die eine Schule in der Panikengasse fertiggestellt und ein drittes Stockwerk auf die Schule in der Seitenberggasse aufgesetzt wurde, das sind Bauten, die schon im Jahre 1889 von der bestandenene Gemeinde Ottakring in Aussicht genommen waren!

Ganz ähnlich, meine Herren, verhält es sich mit den Pflasterungen. Es ist im XVI. Bezirke, in den zwei großen Gemeinden Ottakring und Neulerchenfeld, innerhalb drei Jahren nur ein Betrag von 42.000 fl. für Neupflasterungen ausgegeben worden, und ich erlaube mir, dem gegenüber zu constatieren, daß der Bezirks-Straßenausschuß allein in früherer Zeit in beiden Gemeinden jährlich um weit über 50.000 fl. gepflastert hat, ohne dasjenige, was durch die Gemeinden geschehen ist.

Aus allen dem ergibt sich, daß wir eigentlich nicht immer die Ermahnungen zur Dankbarkeit von den Herren Rednern jener Seite (rechts) entgegenzunehmen haben; wir werden dies erst dann thun, wenn wir die Überzeugung gewinnen, daß zwischen den einbezogenen neuen Wienern und alten Wienern in der Beziehung ein Unterschied nicht gemacht werde. Wenn wir sehen werden, daß mit Rücksicht auf die sehr bedeutenden Lasten, welche die jetzt einbezogenen Vororte zu tragen haben, auch die Stadt Wien, respective der Gemeinderath den berechtigten Wünschen entgegenkommt, dann, meine Herren, werden wir es sehr gerne — aber auch gewiß sehr gerne — anerkennen, und jene Opposition, die wir heute berechtigterweise gegen die Majorität des Wiener Gemeinderathes führen, aufgeben. Früher aber werden Sie uns schon erlauben, daß wir den Standpunkt, den wir bis jetzt vertreten haben, beibehalten. Es ist unter anderem auch von Herrn Dr. Scholz gesagt worden, die Vorortbevölkerung ist undankbar und anerkenne eigentlich die Bestrebungen des Wiener Gemeinderathes nicht!

Meine Herren! In der letzten Zeit erst hat es sich so recht eclatant gezeigt, ob denn die Bevölkerung der Vororte im großen und ganzen zufrieden ist! Es sind von zwei Herren Doctoren, Mitgliedern des Wiener Gemeinderathes, allerdings nicht Doctores medicinae, in der Richtung Impfsversuche gemacht worden. Es waren dies die Herren Dr. Bogler und der jetzige Herr Bürgermeister Dr. Gröbl. Vor einigen Wochen haben sie in unserem Bezirke draußen in einer Versammlung gesprochen. Die Patienten, die sich dort eingefunden haben, waren nicht sehr zahlreich, und die Pymphie, die verwendet worden ist, hat ihre Dienste versagt, hat nicht gewirkt, und nun sagen Sie mir, wer ist denn bei uns zufrieden und gewiß nicht mit Recht unzufrieden? Die Bezirksausschuwahlen in unserem Bezirke waren der eclatanteste Beweis, daß der kleine Gewerbsmann nicht zufrieden ist. Der Beamte im 2. Wahlkörper hat sich auch zu Gunsten unserer Partei entschieden, er ist gewiß nicht zufrieden. Vielleicht die Lehrer? Sie sind vielleicht die einzigen. (Auf: O nein, auch nicht!) Und die vielleicht nicht alle, sondern nur jene, die durch die Einverleibung der Vororte bedeutende Vortheile erzielt haben. Aber selbst der sogenannte Wahlkörper des Besitzes hat sich auch in unserem Bezirke gegen die Majorität des Wiener Gemeinderathes entschieden.

Warum? Gewiß ist es nicht Animosität gegen die Personen gewesen; es war einfach nur ein Protest gegen die Partei. Meine Herren, wenn wirklich die Verhältnisse in den Vororten so rosig wären, so müßten ja naturgemäß auch bei den Wahlen in allen Bezirken die Männer Ihrer Parteirichtung gewählt werden. Daß das nicht geschehen ist, beweist nur klar und deutlich, daß die

Bevölkerung der einbezogenen Vorortebezirke gewiß alle Ursache hat, mit dem bisherigen Verhalten der Partei, mit der Zuwendung all der sogenannten Wohlthaten für die Bezirke nicht zufrieden zu sein.

Ich erlaube mir auch mit den von Ihnen kritisierten Worten unseres sehr verehrten Führers zu schließen; Umkehr und Gerechtigkeit.

Meine Herren! Umkehr und Gerechtigkeit für die berechtigten Wünsche der Bevölkerung der ehemaligen Vororte! (Lebhafte Beifall links.)

Gem.-Rath Dr. Mechansky (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage Schluß der Debatte. (Links: Hört!)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es ist Schluß der Debatte beantragt; ich bitte jene Herren, welche zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht; nach einer Pause:) Der Antrag ist angenommen.

Zum Worte sind noch vorgemerkt die Herren Gem.-Räthe Dr. Bogler, Wessely, Dr. Stern, Dr. Geßmann, Herrdegen, Schneeweiß, Dr. Hackenberg, Gregorig, Dr. Mechansky, Tischler, Lang, Jedlička, Frauenberger, Eigner, der Herr Bürgermeister, Raufcher, Bärtl, Steiner, Dr. Lueger und Becker.

Gem.-Rath Dr. Bogler: Einer der gestrigen Herren Redner hat mich direct apostrophirt, und aus diesem Anlasse habe ich mich zum Worte gemeldet und benütze die sich mir darbietende Gelegenheit, um auch auf einiges zu antworten, was gestern der erste Herr Redner und Führer der Opposition vorgebracht hat. Ich werde auf die große Budgetrede des Herrn Dr. Lueger nicht Wort für Wort antworten, umsomehr, als ich annehmen kann, daß dies heute schon in entsprechender Weise geschehen ist. Ich war leider verhindert, der ersten heute hier gehaltenen Rede anzuwohnen. Als ich aber gestern die Rede des Herrn Führers hörte — mein alter Colleague Dr. Lueger möge mir verzeihen — so hat sich mir der Gedanke aufgedrängt, daß das alles nur alter Kohl war, der uns in neuer Aufwärmung vorgefetzt wurde. Vor allem anderen hat er „von der Gas“ gesprochen, um mich hier eines populären Wortes zu bedienen, denn man drückt sich so aus, wenn man unser Verhältnis zur Gasgesellschaft besprechen will. Es ist da sowohl von ihm wie von Dr. Kupka die wiederholt erwähnte und ebenso oft widerlegte Unrichtigkeit vorgebracht worden, als ob es im Jahre 1886 einfach in unserem Belieben gelegen gewesen wäre, die Engländer aus Wien hinauszubringen, die Gaswerke selbst in eigene Regie zu übernehmen. Dr. Lueger ist doch bei allen diesen Verhandlungen schon damals im Gemeinderathe anwesend gewesen, er kennt ja die ganze Gasfrage so genau, er hat sie so eingehend studirt, daß er gewiß wissen muß, daß das nicht richtig gewesen ist. Die Gründe, welche uns damals bestimmt haben, von der Kündigung nicht Gebrauch zu machen, lagen ja gerade darin, daß wir endlich einmal mit dieser Gesellschaft fertig werden wollten, und wir konnten nur fertig werden, wenn wir den Gasvertrag ablaufen ließen, beziehungsweise den Vertrag bis Ende 1899 bestehen ließen. Die Hindernisse, — sowohl juridischer wie technischer Natur — welche damals der Kündigung entgegenstanden, alle wieder aufzuführen, hieße auch meinerseits einen alten Kohl wieder aufwärmen. Ich will also auf dieses Gebiet nicht weiter eingehen und nur die Thatsache constatieren, daß neuerdings wieder die unrichtige Behauptung hier vorgebracht worden ist, als ob es in unserem Belieben gewesen

wäre, im Jahre 1886 einfach die Gaswerke in eigene Regie zu übernehmen.

Es ist dann ebenso von der Tramway gesprochen worden, und es wurde auch wieder daran vergessen, welche Gründe uns bestimmt haben, auf die Verlängerung des Vertrages mit der Tramway-Gesellschaft unter neuen für die Gemeinde günstigeren Bedingungen einzugehen. Da ist vor allem daran zu erinnern, daß die staatliche Concession der Wiener Tramway-Gesellschaft bis zum Jahre 1925 gelaufen ist, und daß wir wahrscheinlich nicht in der Lage waren, vor diesem Jahre die Tramway-Gesellschaft aus unseren Straßen herauszubringen. Es ist weiter zu bemerken, daß wir neue Linien bekommen haben, die wir sonst gewiß nicht bekommen hätten. Heute fahren wir auf diesen Linien, sonst würden wir wahrscheinlich nicht auf ihnen fahren, wenn wir nicht das Nachtragsübereinkommen geschlossen hätten. Endlich haben wir eine Million Gulden bar auf die Hand bekommen. Alle diese Momente werden jetzt verschwiegen und es wird als ein leichtes Ding hingestellt, als ob wir es nur nöthig gehabt hätten, mit der Tramway-Gesellschaft ein anderes, ich weiß nicht welches, Übereinkommen zu schließen, um in den Besitz der Tramwaylinien und des Erträgnisses derselben zu kommen. Ich erwähne dies nur ganz kurz, um festzustellen, daß diese hochberühmten Einnahmsquellen, auf welche bei jeder Gelegenheit und auch heute verwiesen wurde, der Gemeinde heute nicht zugebote gestanden wären, auch wenn alles so eingetreten wäre, wie es sich die Herren vielleicht gedacht hätten. Diese Einnahmsquellen werden einmal unseren Nachkommen gewiß gute Dienste leisten, wir bereiten die Verstadtklichung dieser Anstalten vor und thun gut daran. Aber es war nicht in unserem Machtbereiche, diese Verstadtklichung in früheren Jahren selbst vorzunehmen.

Herr Dr. Lueger hat dann in eingehender Weise über das neue Statut und den Stadtrath gesprochen, er hat die Wirksamkeit des Stadtrathes dargelegt, und ich muß sagen, daß aus seinen Worten ja eigentlich eine ganz großartige Anerkennung für den Stadtrath herausgeklungen ist. Seit Herr Dr. Lueger dem Stadtrathe angehört, hat er sich überzeugt, daß in diesem Stadtrathe, in dieser so viel verlästerten Körperschaft ganz außerordentlich gearbeitet wird, und Herr Dr. Lueger kann nicht umhin — so viel Gerechtigkeitsgefühl hat er noch — anzuerkennen, daß fleißig und emsig in dieser Körperschaft gearbeitet wird. Es ist ihm nur der eine Punkt der Befoldung nicht recht. Nun glaube ich, ist es ein gewisser logischer Widerspruch, einerseits zu sagen: „ja, der Stadtrath ist mit Arbeit derart überlastet, daß man es niemand zumuthen kann, dieses Amt zu übernehmen, wenn er nicht seine Geschäfte vernachlässigen will“; andererseits aber zu sagen: „er muß es trotzdem unentgeltlich thun“. Und dieses logischen Widerspruches macht sich Herr Dr. Lueger schuldig. Allerdings kommt er dann dazu, zu sagen, ja wir brauchen überhaupt den Stadtrath nicht und wir könnten das auch auf andere Weise bewältigen, aber ich habe vergebens in seiner Rede nach irgendeinem concreten Vorschlage in dieser Beziehung gesucht. Er hat nur eines ganz oberflächlich angedeutet, indem er sagte, man hätte dem Magistrat eine Reihe von Agenden übertragen können, durch welche der Gemeinderath hätte entlastet werden können.

Nun bitte ich Sie, meine geehrten Herren, sich Folgendes vor Augen zu halten. Wenn Sie das alte System, wie es auch in der Rede des Herrn Gem.-Rathes Kupka empfohlen worden ist, nach der Einverleibung der Vororte mit Wien hätten beibehalten

wollen, was wäre dann geschehen? Schon im alten Gemeinderathe, der nur die Vertretung der zehn Wiener Bezirke repräsentierte, hat sich Sitzung an Sitzung gereiht. Wir haben über 100 öffentliche und eine ganze Reihe vertrauliche Gemeinderaths-Sitzungen gehabt. (Rufe links: Die haben wir jetzt auch!) Wir haben dann Sections-Sitzungen gehabt; die Herren wissen, daß wir zehn Sectionen hatten und fast jede dieser Sectionen hat in der Woche eine Sitzung abgehalten. Wir haben ferner eine Reihe von Commissionen und Comités gehabt und auch diese haben Sitzungen abgehalten. Die Gemeinderäthe haben bei öffentlichen Verhandlungen und bei Local-Commissionen interveniert. Wenn Sie sich nun die damalige Thätigkeit des Wiener Gemeinderathes vor Augen halten, die ja schon damals für die einzelnen Gemeinderäthe erdrückend war und die dahin geführt hat, daß man wiederholt im alten Gemeinderathe gesagt hat, so geht es eigentlich nicht weiter, denn das ist ja eine ganz enorme Last, die auf den einzelnen Gemeinderäthen lastet. Wenn Sie sich das alles vor Augen halten und bedenken, daß sich diese Arbeiten durch die Einverleibung der Vororte verdoppelt hätten — denn diese Verdoppelung ist ja nur die natürliche Folge der Einverleibung von neuen ausgedehnten Bezirken, die eine ganze Reihe von neuen Arbeiten mit sich gebracht hat — so bitte ich nur zu berechnen, wohin das gekommen wäre! Wie hätten Sie die Geschäfte führen können, wenn Sie, nachdem Sie im früheren Gemeinderathe wöchentlich zwei Sitzungen gehabt haben, dann vier Sitzungen hätten halten müssen; wenn jede der Sectionen, die eine Sitzung wöchentlich gehabt hat, zwei hätte halten müssen? Wenn Sie dann weiter bedenken, daß jeder Gemeinderath in drei, vier Sectionen eingeschrieben war — ganz abgesehen von den verschiedenen Commissionen — so werden Sie doch eingestehen, daß dies ein Verwaltungsapparat gewesen wäre, mit dem man im großen neuen Wien nicht hätte auskommen können. Der Stadtrath ist ja übrigens eine in ganz Oesterreich anerkannte Körperschaft und in allen größeren Städten findet man diese Institution. Es ist ja keine Neuheit gewesen, und die Erfolge des Stadtrathes in Wien, wie sie sich nach dem dreijährigen Bestande des Stadtrathes ergeben haben, weisen doch darauf hin, daß man mit der Einführung dieser Institution auch in unserer Stadt meines Erachtens einen Fehlgriff nicht gemacht hat. (Gelächter links.)

Die Herren lachen darüber! Aber ich möchte nur wissen, wie Sie die Verwaltung dieser Großstadt regeln wollen. (Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich habe es gesagt!) Ich bitte, doch praktische, concrete Vorschläge zu machen. Mit der Übertragung sämmtlicher Agenden an den Magistrat ist doch noch nichts gewonnen. Den Magistrat bilden die ernannten Beamten, und wenn Sie die ganze communale Wirtschaft diesen überlassen wollen, dann hört sich die Gemeinde-Autonomie einfach auf. Wenn Sie aber Wert auf die Gemeinde-Autonomie legen, dann müssen Sie auch die Gemeindeverwaltung in die Hand einer Körperschaft legen, welche aus Wählern der Gemeinde selbst gewählt worden ist. Und das ist in erster Linie der Gemeinderath, in zweiter Linie, weil der Gemeinderath selbst für diese große Verwaltung nicht fähig ist, der Stadtrath. (Widerspruch und Gelächter links.) Ich bitte, meine Herren, es ist selbstverständlich, daß das Wort „fähig“ in dem Sinne gebraucht worden ist, daß eine Körperschaft von 138 Mitgliedern sich nicht mit allen Details der Gemeindeverwaltung befassen kann.

Nun noch ein Wort über die Entlohnung der Stadträthe. Herr Dr. Lueger hat gemeint, daß diese Entlohnung ein Princip

sei, welches er entschieden perhorresciert, nicht nur beim Stadtrathe, sondern auch beim Landesausschusse, überhaupt ist er dagegen, daß ein gewählter Vertreter irgendeine Entlohnung beziehe. Herr Dr. Püeger hat früher der demokratischen Partei angehört, und es ist ein demokratisches Princip, daß zu den gewählten Stellen jedem der Zutritt möglich sein soll. Herr Dr. Püeger hat andererseits gestern in seiner Rede selbst erklärt, daß jeder, der ein Geschäft hat, eigentlich ein Stadtraths-Mandat gar nicht haben kann, weil er nicht in der Lage ist, dasselbe auszuüben, ohne sein Geschäft in empfindlichster Weise zu vernachlässigen. Was folgt also daraus? Wenn Sie den Stadtrath nicht entlohnen wollen und andererseits die Arbeitslast des einzelnen Stadtrathes bedenken, so folgt daraus, daß Sie zu Stadträthen nur solche Mitglieder des Gemeinderathes wählen können, welche ein Vermögen besitzen, von dessen Renten sie leben können. (Zustimmung rechts.) Dadurch kommen Sie aber zu einer ganz aristokratischen Verwaltung in der Gemeindevertretung (Gem.-Rath Jedlička: Ist denn jeder, der reich ist, ein Aristokrat?), und das, glaube ich, kann gewiß nicht der Wunsch sein.

Der Herr Gem.-Rath Dr. Püeger hat dann auch die Bemerkung gemacht, daß diese Entlohnung des Stadtrathes zur Corruption führt, indem man schließlich bei diesen 3000 fl. in einer solchen Weise hängt, daß man mit der Verleugnung seines eigenen besseren Ichs und mit Verleugnung seiner eigenen Gesinnungen lieber sich an dieses Mandat klammert, sich unterjocht, einerseits einem willensstarken Manne, wie er gesagt hat, andererseits einer willensstarken kräftigen Partei u. s. w. Ich möchte mir dagegen nur die Bemerkung erlauben, daß es meines Erachtens gegenüber dieser Corruption, die von ihm so sehr gefürchtet wird, ein sehr gutes Mittel gibt, und das ist das Mittel, ein charaktervoller Mann zu sein. (Beifall rechts.)

Herr Dr. Püeger hat erklärt, er könnte über den Stadtrath auch noch manches andere sagen, er hat uns aber eigentlich diesmal über den Stadtrath nichts Besonderes ausgeplaudert. Was er uns sonst über den Stadtrath einmal in einer anderen Rede gesagt hat, ist einfach dahin gegangen, daß einer der Herren Stadträthe sich das Vergnügen macht, in einem Büchelschen gewisse Gedanken splitter oder Redebäumen aufzuzeichnen, die ja in jeder parlamentarischen Körperschaft, überall dort, wo gesprochen wird, hie und da vorkommen. Das ist im alten Gemeinderathe und auch im neuen geschehen und geschieht auch im Stadtrathe. Wenn man dem Stadtrathe weiter nichts vorwerfen kann, als daß hie und da Redebäumen gezeichnet werden, welche vielleicht den Humor herausfordern und vielleicht zum Lachen reizen, so ist das, glaube ich, das beste Zeichen für die Wirksamkeit des Stadtrathes. Ich mache dabei aufmerksam, daß es der Führer der Opposition war, der an der Wirksamkeit dieser Körperschaft, des Stadtrathes, nichts anderes anzusetzen weiß, als daß einer der Collegen solche Redebäumen aufzeichnet.

Herr Dr. Püeger hat dann die Stellung unserer Partei zur Opposition besprochen.

Nun, meine geehrten Herren, er hat gesagt: Wir — nämlich Sie, die Herren von der Opposition — haben keine Stellen im Präsidium, man hat Ihnen keine Stellen im Stadtrathe eingeräumt u. s. f. Gestatten Sie mir, da nur einige Worte zu erwidern.

Was das Präsidium betrifft, so glaube ich, ist es ein richtiges Verwaltungsprincip, wenn man daran festhält, daß die Verwaltung, welche von dem Präsidium geleitet wird, eine einheitliche sein soll,

und wenn dieses Princip richtig ist, dann folgt auch daraus, daß die Stellen im Präsidium in der Hand einer Partei sein sollen. (Widerspruch links.) Ich bitte, das Präsidium muß deshalb nicht ein parteiisches Präsidium sein. Das ist richtig. Aber die Partei verwaltet ja und die Partei ist verantwortlich für die Verwaltung, und in Folge dessen ist es, glaube ich, vollkommen logisch richtig, daß man in dieser Richtung das Verlangen der Opposition abgewiesen hat. — Was die Stellen im Stadtrathe betrifft, so wissen ja die Herren, daß auch im Kreise unseres Parteiverbandes wiederholt Anregungen gegeben wurden und dies sogar vom verstorbenen Bürgermeister wiederholt unterstützt worden ist, Ihnen, meine Herren, Stellen im Stadtrathe einzuräumen. Allerdings haben Sie immer mehr verlangt, als man Ihnen geboten hat. Sie wollten nur die Verwaltung an sich reißen, wenigstens successive an sich reißen, und das geht wieder nicht vom Standpunkte der Majoritätspartei.

Gegen das Princip, daß einige von Ihnen im Stadtrathe sitzen, um dort eine gewisse Controle auszuüben — und eine solche Controle kann durch sehr wenige Mitglieder Ihrer Partei geübt werden — gegen dieses Princip, glaube ich, ist nichts einzuwenden. Nun haben Sie es ja durchgesetzt. Herr Dr. Püeger — mit der Art und Weise seiner Wahl bin ich allerdings nicht einverstanden — sitzt darinnen, und daß er darin sitzt, ist eigentlich eine Erscheinung, welche wir nicht beklagen können; denn er weiß jetzt wenigstens, daß dort ordentlich gewirtschaftet wird. Er kann am Stadtrathe nichts aussetzen und muß seinen Parteigenossen selbst sagen: der Stadtrath arbeitet, wie er nur arbeiten kann. Als Controlor ist ja auch Dr. Püeger eine solche Kraft Ihrer Partei, daß er mehrere solcher Stellen vollkommen ersetzt.

Darüber können Sie beruhigt sein. Er erfüllt auch seine Pflicht im Stadtrathe. (Gem.-Rath Schneeweiß macht Zwischenrufe.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Schneeweiß, bezähmen Sie doch Ihren Kampfes-eifer. Sie können sich ja zum Worte melden und berichtigen; aber die fortwährenden Unterbrechungen stören außerordentlich. Sie werden auch nie unterbrochen, wenn Sie sprechen.

Gem.-Rath Dr. Vogler (fortfahrend): Er erfüllt auch seine Pflicht im Stadtrathe vollkommen, soweit es seine anderen Mandate gestatten. Er ist in der Lage, Ihnen ganz genauen Bericht über die Thätigkeit des Stadtrathes geben zu können.

Ich mache aber noch auf eines aufmerksam. So oft in dieser Richtung irgendein Entgegenkommen in unserem Parteiverbande sich gezeigt hat, ist es immer das Verhalten ihrer Partei gewesen, welches wieder die Sehnsucht darnach, zu einem Frieden zu gelangen, zurückgeschraubt hat; immer hat sich ein Ereignis ergeben, entweder hier im Gemeinderathe oder außerhalb desselben, wo Ihre Partei in solcher Weise gegen unsere Partei oder gegen einzelne aus derselben aufgetreten ist, daß man sich hat sagen müssen: das ist doch arg, mit diesen Herren freundschaftlich auszukommen, ist wirklich schwer. Sehen Sie, meine Herren, man muß bei aller politischen Gegnerschaft, wenn man auch nicht derselben Meinung ist, wie der Gegner, doch voraussetzen, daß der Gegner auch ein ehrlicher Mensch ist. An dieser Voraussetzung lassen Sie es häufig fehlen; daher kommen die großen Zwistigkeiten. (Zustimmung rechts.) Wenn daher von Umkehr und Gerechtigkeit gesprochen worden ist, so möchte ich doch bitten, die Umkehr zu-

nächst bei sich selbst einkehren zu lassen. Ich möchte Ihnen statt des Wortes „Umkehr“ — „Einkehr“ zuzurufen.

Was die Gerechtigkeit betrifft, kommt die dann von selbst; unsere Partei ist immer gerecht gewesen (Gelächter links), gerecht gegenüber allen denen, die Gerechtigkeit verdient haben. (Lebhafter Widerspruch und Zwischenrufe links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wozu die Aufregung? (Zur Linken:) Ich muß bitten, Sie haben die merkwürdigsten Anschauungen über Redefreiheit, wenn einer von Ihren politischen Gegnern spricht. Lassen Sie ihn doch ausreden. (Rufe links: Er soll die Wahrheit reden!) Ich bitte, es hat kein Mitglied der Versammlung das Recht, vorzuschreiben, wie zu reden ist; das muß jedem überlassen bleiben. (Gem.-Rath Jedlička: Ich bitte, das auch uns zu gewähren!) Wenn jemand mit der Rede nicht einverstanden ist, so muß er sich eben entfernen. Ich bitte, den Herrn Redner ruhig ausreden zu lassen.

Gem.-Rath Dr. Vogler: Es ist ungeheuer schwer, es allen recht zu machen. Es ist ein altes Sprichwort, daß man es leider nie allen Menschen recht machen kann, und ich verlange auch gar nicht, daß ich es Ihnen recht machen soll. Schauen Sie, da ist heute Herr Gem.-Rath Gräß gekommen und hat sich beklagt, daß Herr Bürgermeister Dr. Gröbl und ich in eine Wählerversammlung in seinen Bezirk hinausgegangen sind. Ja, meine Herren, gehen denn nicht auch Sie in Wählerversammlungen in alle Bezirke Wiens, und uns wollen Sie das verbieten? (Rufe links: Verbieten nicht!) Gestern hat es Herrn Gem.-Rath Grünbeck gefallen, zu sagen, Dr. Vogler hat mitgeholfen, auf die Vororte loszuschlagen. Ich weiß nicht, womit er diese Behauptung begründen will. Ich habe einfach im vorigen Jahre und vielleicht schon vor zwei Jahren den Nachweis geführt, daß speciell aus der Einverleibung der Vororte — ich bitte da wohl zu unterscheiden, Sie vermengen nämlich immer die Ausdehnung des Verzehrungssteuergbietes mit der Einverleibung — den Vororten keine finanzielle Mehrbelastung erwachsen ist. Diesen Beweis habe ich angetreten und meine Angaben sind nicht widerlegt worden, weil sie eben unwiderleglich sind. Er hat dann gesagt, jede Arbeiterfamilie zahlt heute 60 fl. Verzehrungssteuer. Nun, ich glaube wohl annehmen zu können, daß er da wieder die staatliche Verzehrungssteuer mit hineingemengt hat, weil die Herren das immer thun. Aber auch das dürfte falsch sein. Denn, wenn ich nur die communale Verzehrungssteuer per Kopf berechne, so macht sie zwischen 2 fl. 60 kr. und höchstens 3 fl. aus. Und wenn Sie nun das in die 60 fl. dividieren, so müßte der betreffende Arbeiter eine Familie von 18 bis 20 Köpfen haben! Das kann also gewiß nicht stimmen. Er hat sich übrigens auch in anderen Ziffern geirrt, indem er gemeint hat, die Vororte tragen jährlich zwei Millionen an Umlagen ein. Die Vororte haben schon vor der Einverleibung dreieinhalb Millionen an Communalumlagen gezahlt und dürften daher heute auch nicht weniger zahlen.

Weiters hat er gesagt, ja, die Paläste in den neuen Bezirken haben wir Ihnen hergestellt, in denen Sie sich jetzt breit machen, er hat aber dabei den Umstand vergessen, daß diese Paläste auf Schulden gebaut wurden und daß wir, die Commune Wien, diese Schulden bezahlen müssen.

Es wäre der Nachweis sehr leicht anzutreten, daß der alten Gemeinde Wien durch die Einverleibung der Vororte große Lasten erwachsen sind, daß sie z. B. für Pflasterungen, Canalisirungen,

Erbauung neuer Schulen schon bisher viel geleistet hat und daß ihr jedenfalls noch mehr Lasten bevorstehen.

Wir nehmen nun diese Lasten gerne auf uns und wollen heute von einer Unterscheidung zwischen neuen und alten Bezirken gar nichts mehr reden; aber kommen Sie dann doch auch nicht immer mit solchen nichtsagenden Vorwürfen. Da möchte ich Sie auch bitten, wenn Sie wieder in Ihre Wählerkreise hinausgehen, sich doch immer mehr an die Wahrheit zu halten und nicht, wie das geschehen ist, den Wählern irgendetwas vorzumachen, was dem Sachverhalte nicht entspricht. (Unruhe links.) Ich bitte, meine sehr geehrten Herren, es hat z. B. die Debatte über das Schulbauten-Budget zutage gefördert, wie manche Herren ihre Informationen oberflächlich nehmen. Ich möchte nur erinnern an eine Rede des Herrn Gem.-Rathes Raupacher, aus der hervorgeht, daß er nicht einmal über die Frage, was Restzahlungen sind, sich klar geworden ist. Wenn in der Weise in Wählerversammlungen gesprochen wird, wie es Herr Gem.-Rath Raupacher im Gemeinderathe gethan hat, so ist es begreiflich, daß die Wähler eine ganz irrige Anschauung darüber bekommen, wie hier vorgegangen wird. (Sehr richtig und Beifall rechts; Widerspruch links.)

Ich komme, sehr geehrte Herren, zum Schlusse. Ich constatire nochmals, daß neue bedeutende Vorwürfe gegen unsere Partei selbst seitens des sehr gewichtigen Führers der Opposition nicht vorgebracht werden konnten. Ich constatire, daß die Wirksamkeit des Stadtrathes von ihm nicht angefochten werden konnte, daß er im Gegentheile zugeben mußte, daß der Stadtrath vollkommen richtig und gut functioniert. Ich constatire daraus die Thatsache, daß die Gemeindeverwaltung, soweit dieselbe in den Händen unserer Partei gelegen ist, gut und richtig geführt wird. Damit schliesse ich. (Beifall und Händeklatschen rechts; Gelächter links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wir müssen die Verhandlung abbrechen; die Fortsetzung derselben findet in der nächsten Sitzung statt. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung um 1/49 Uhr abends.)

Stadtrath.

Sitzungen des Stadtrathes.

Dienstag, den 10. April 1894.

Mittwoch, den 11. April 1894.

Donnerstag, den 12. April 1894.

Freitag, den 13. April 1894.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 28. März 1894.

Vorsitzende: Bürgermeister Dr. Gröbl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Anwesende: Dr. v. Billig, Dr. Huber,
Boschan, Dr. Federer,
v. Götz, Dr. Püeger,
Dr. Hackenberg, Matthies,

Magenauer,	Dr. Stenzl,
Müller,	Baugoin,
v. Neumann,	Dr. Vogler,
Rückauf,	Wizelsberger,
Schlechter,	Wurm.
Schneiderhan,	

Entschuldigt: St.-R. Koske.

Experten: Magistratsrath Dr. Sauer, Baurath Haberkorn.

Schriftführer: Magistrats-Concipist H. Pfeiffer.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter eröffnet die Sitzung.

(1955.) **St.-R. Baugoin** referiert über die Herstellung eines Vorrathes an Grästen am Heiligenstädter Friedhofe und beantragt:

1. auf dem Heiligenstädter Friedhofe vier Doppelgrüste auf der oberen Terrasse und drei einfache Grüste an der Umfriedungsmauer mit einem Kostenaufwande von circa 2555 fl. herstellen zu lassen;

2. für die hiefür erforderlichen Steinmearbeiten eine beschränkte Offertverhandlung auszuschreiben, zu welcher die Firmen Hauser, Sommer & Weninger, sowie Wasserburger einzuladen sind; die übrigen Arbeiten aber im currenten Wege durch die städtischen Contrahenten zu veranlassen;

3. die hinter den beantragten einfachen Grästen nothwendige Einfriedungsmauer in der Länge von 9 m mit einem Kostenbetrage von 702 fl. 63 kr. durch den städtischen Contrahenten herstellen zu lassen.

Die Gesamtauslage per 3257 fl. 63 kr. ist budgetmäßig bedeckt. (Angenommen.)

(1937.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Ludovica Fromm, Markt-Obercommissärs-Waise, um Erhöhung der Gnadengabe und beantragt, derselben vom 9. Februar 1894 an auf die Dauer von weiteren drei Jahren, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung, anstatt der bisherigen Gnadengabe von 100 fl. eine Gnadengabe von 120 fl. zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(1811, 1968, 2035.) **Derselbe** referiert über die Uneinbringlichkeit von Beerdigungskosten nach 12 Parteien aus dem XVII. Bezirke per 56 fl. 35 kr., nach 60 Parteien aus dem XVI. Bezirke per 94 fl. und nach 17 Parteien aus dem I. Bezirke per 61 fl. 5 kr. und beantragt die Abschreibung. (Angenommen.)

(1516, 2017.) **St.-R. Dr. Lueger** referiert in Betreff der Absperrung der Wegparzellen 324/5 und 324/6 in Gersthof, Schöffelgasse, durch Heinrich und Rosalia Hohl, beziehungsweise Ansuchen der letzteren um Grundabschreibung Einl.-Z. 248 in Gersthof, und beantragt:

1. von einer Besitzstörungsklage Abstand zu nehmen;

2. es werde den Eheleuten Hohl mit Rücksicht auf die von ihnen thatsächlich durchgeführte Parcellierung nach §§ 3 und 10 der Wiener Bauordnung der Auftrag erteilt, binnen vier Wochen die unentgeltliche und lastenfreie Abschreibung des zur Eröffnung der Schöffelgasse in derselben Breite längs der Parc. 324/5 und 314/3 entfallenden Grundflächen Cat.-Parc. 324/6 und 314/4 per 102.6 m² zu veranlassen und das vorgeschriebene Niveau auf diesen Parzellen herzustellen.

St.-R. Müller beantragt, es sei wegen Erwerbung des in die Straße fallenden Grundes schleunigst zu verhandeln.

Der Antrag des St.-R. Müller wird angenommen.

Zu das Comité werden gewählt die St.-R. Dr. Lueger, Dr. v. Billing und Müller.

(3953, 8298, 9165, 9383 ex 1893.) **St.-R. Witt. v. Neumann** referiert über die Feststellung des Baulinienplanes für die Area der Franz Josefskaserne und beantragt:

1. Die Baulinienbestimmung für die Franz Josefskaserne-Realität hat unter Zugrundelegung des Projectes Otto Wagners (General-Regulierungsplan) zu erfolgen.

Hiebei sind folgende Bestimmungen einzuhalten:

a) Die Dominikanerbausteigasse ist mit einer Breite von 22 m auszuführen, wobei die dermalige Bauflucht des Postgebäudes auch als zukünftige Baulinie zu gelten hat.

b) Die Diagonalstraßen I und II sind mit einer Breite von 18 m, die Straßen III und IV mit 16 m, die Mittelstraße V mit 30 m Breite durchzuführen.

Die Baublöcke A und B können durch Querstraßen von je 16 m Breite getheilt werden.

Hinsichtlich der Lage und Richtung derselben ist die Zustimmung der Gemeinde zu erwirken.

c) Die Baublöcke B und C sind gegen den Aspernbrückenplatz durch Mittelrisalitbauten zu einer einheitlich wirkenden Fronte zu verbinden. Für den Verkehr in der Richtung der Diagonalstraße II ist durch Anlage entsprechender Thorwege vorzuzorgen.

2. Das Stadtbauamt wird beauftragt, die Planoorlage für den Gemeinderath auszuarbeiten.

Die St.-R. Dr. Lueger und Wurm beantragen, die Baulinien des anstoßenden Stadttheiles sind derart in Aussicht zu nehmen, daß die ehemalige Universitäts-Bibliothek erhalten bleibe und daß der Anschluß der alten Straßen, Barbara-, Prediger- und Bibergasse, in entsprechender Weise statfinde.

Referenten-Antrag 1, a, b, c, d, angenommen; desgleichen der Referenten-Antrag sub 2 mit dem Zusätze: „ehestens dem Stadtrathe vorzulegen“.

Der Antrag des St.-R. Dr. Lueger wird angenommen; das Wort „Bibergasse“ hat jedoch zu entfallen.

(2165.) **St.-R. Schneiderhan** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis für die Straßenbespritzung in den ehemaligen Gemeinden Hernals und Neuwaldegg im XVII. Bezirke bis Ende 1894 und beantragt die Genehmigung des Bestbotes des Johann Rousseau (10.450 fl. Jahrespauschale und 8 fl. per Tagfuhr).

(Angenommen.)

(Bürgermeister Dr. Gröbl übernimmt den Vorsiß.)

(2028.) **St.-R. v. Göß** referiert über das Ansuchen des Vereines der Gärtner und Gartenfreunde in Hiezing um Widmung eines Ehrenpreises für die im April 1894 zu veranstaltende Ausstellung und beantragt, einen Ehrenpreis von 10 Ducaten sammt Etui zu widmen und die diesfälligen Auslagen auf den Reservefond zu weisen.

(Angenommen.)

(2003.) **St.-R. Wurm** referiert über das Ansuchen des D. Zifferer und Ernst v. Gotthelf um Baubewilligung IV. Bezirk, Karolinenplatz 1, und beantragt die Bestätigung des Bauconsenses gegen dem, daß der zur Risalit- und Thorportalanlage erforderliche Grund per 2.36 m² mit einer gleichgroßen Fläche des zur Verbreiterung der Belvederegasse abzutretenden Grundes compensiert werde.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsiß.)

(2046.) **Derselbe** referiert über den Statthaltereierlaß vom 12. März 1894, Z. 10391, betreffend die Baubewilligung für den

Dampffornstein der Tabakfabrik im XVI. Bezirke, und beantragt die Kenntnissnahme im Sinne des § 106 der Wiener Bauordnung.

(Angenommen.)

(2001.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Rudolf Ed. Cuny de Pierron um Schätzung des von der Realität Einl.-Z. 1599 II. Bezirk, Rothen-Stern-gasse, zu Straßenzwecken abzutretenden Grundes und beantragt, dasselbe abzuweisen. (Angenommen.)

(2016.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Gustav Schweinburg um Baulinienbestimmung für Nr. 7 Stern-gasse, I. Bezirk, und beantragt die Baulinienbestimmung für die Häuser Nr. 2 und 4 Marc-Aurelstraße bei einer Straßenbreite von 18 m nach der Linie r p und für die Häuser Nr. 5 und 7 in der Stern-gasse bei einer Straßenbreite von 14 m nach der Linie p₁.

St.-R. Müller beantragt, daß die Baulinie für die ganze Straße bestimmt und für dieselbe um die 18jährige Steuerfreiheit ange-sucht werde.

Der Referenten-Antrag wird angenommen.

Der Antrag des St.-R. Müller abgelehnt.

(An den Gemeinderath.)

(2008.) **St.-R. Dr. Suber** referiert über das Ansuchen des Josef Heller und Comp. um Grundtrennung Einl.-Z. 1188 und 1847 III. Bezirk, Obere Weißgerberstraße und Pfefferhofgasse, und beantragt die Genehmigung der Grundtrennung im Sinne des Bau-amtsberichtes vom 7. März 1894, D.-Z. 570. (Angenommen.)

(2006.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Firma Holz-mann & Comp. um Abtheilung der Realität Einl.-Z. 911, IV. Be-zirk, und beantragt die Genehmigung der Grundabtheilung im Sinne der vorgelegten Pläne unter der Bedingung, daß der gelbblaste Grund nach dem vorgelegten Plane per 447.71 m² als Straßengrund abgeschrieben werde. (Angenommen.)

(1935.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Josef und der Theresia Brager um Löschung der Reallast auf Einl.-Z. 478, III. Bezirk, und beantragt die Ausfertigung der Löschungserklärung bezüglich der auf obiger Realität zu Gunsten der Gemeinde Wien haftenden Reallast auf Kosten der Gesuchsteller. (Angenommen.)

(1810.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Wiener Bau-gesellschaft und des Wiener Bankvereines um Grundab- und Zu-schreibung Einl.-Z. 725 und 726 in Penzing, XIII. Bezirk, und beantragt, die Bewilligung zur Abtrennung des im vorgelegten Plane roth tingierten mit den Buchstaben P i e T G umschriebenen Grundes im Ausmaße von 43.66 m² von den Parzellen 704/5, 797/5 und 718/5 der Grundb.-Einl. Z. 726 Penzing und zur Zuschreibung dieses Grundes zur Grundb.-Einl. Z. 725 Penzing unter nachfolgen-den Bedingungen zu erteilen:

1. Es werde gleichzeitig mit dieser grundbücherlichen Zu- und Abschreibung der restliche Grund der unter einem zu cassierenden Ein-lage Z. 726 in das Verzeichnis für das öffentliche Gut eingetragen und kosten- und lastenfrei im richtigen Niveau an die Gemeinde Wien übergeben.

2. Es werde von der Wiener Baugesellschaft und dem Wiener Bankvereine als Eigentümer des Grundes Einl.-Z. 723 Penzing (projectierter freier Platz) die Verpflichtung übernommen, den von diesem Grunde zur Verbreiterung der fortzusetzenden Sechshäuser Haupt-straße auf 18.96 m entfallenden Theil, bezeichnet im vorgelegten Plane mit den Buchstaben a b c f d a (Bleistift), ferner den mit den Buchstaben d f e d (Bleistift) bezeichneten Theil der Einl.-Z. 723 auf jeweiliges Verlangen der Gemeinde Wien als Straßengrund abzuschreiben und

kosten- und lastenfrei, sowie im richtigen Niveau an die Gemeinde Wien zu übergeben.

3. Es werde zur Sicherstellung der Erfüllung dieser Bedingungen ein intabulationsfähiger Revers seitens der Eigentümer ausgestellt.

(Angenommen.)

(1814.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Dr. Adolf und der Elementine Friedrich um Grundtrennung Einl.-Z. 171 in Fünfhaus, Rosinagasse, und beantragt die Genehmigung des Ansuchens.

(Angenommen.)

(2047.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Julius Frankl um Grundab- und -Zuschreibung Einl.-Z. 2575 Ottakring und be-antragt die Genehmigung der Grundab- und -Zuschreibung.

(Angenommen.)

(2051.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Emanuel Karisch um grundbücherliche Löschung Einl.-Z. 1481 bis 1488 und 1490 im V. Bezirke und beantragt die Ausstellung der vorliegenden Löschungserklärung bezüglich der auf den Häusern Conscr.-Nr.-Einl.-Z. 1481 bis 1488 und 1490 im V. Bezirke haftenden Reallast wegen Straßengrundübergabe und Niveausherstellung auf Kosten des Gesuchstellers. (Angenommen.)

(1898.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Lehrerswitwe Anna Frmler um Fortbezug der Gnadengabe und beantragt, der-selben die ihr seinerzeit bewilligte Gnadengabe jährlicher 180 fl. vom 1. Mai 1894 an auf weitere drei Jahre oder bis zu dem Tage einer etwa früher erlangten anderweitigen Versorgung aus den eigenen Geldern zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(1961.) **Derselbe** referiert über die Wahl des Cassiers und des Rechnungsführers des Armenrathes des III. Bezirkes und beantragt, die Wahl des Thaler Wilhelm zum Cassier und des Tract zum Rechnungsführer zu bestätigen.

(Angenommen.)

(1945.) **Derselbe** referiert über Ergänzungswahlen in den Armen-rath des II. Bezirkes und beantragt, die Wahl des Binge Alexander, Strohhutfabrikanten, Karmelitergasse 5 (Functionsdauer bis Ende 1894), des Theumann Jakob, Hausbesitzer, Circusgasse 38, und des Walek Rudolf, Tapezierer, Kaiser Josefstraße 35 (Functionsdauer der letzteren bis Ende 1896), zu bestätigen. (Angenommen.)

(1997.) **Derselbe** referiert über die Ausstellung einer Freilassungs-erklärung hinsichtlich der mit einer Servitut belasteten Parc. 2288/2, 2289/3 in Wiener-Neustadt zu Gunsten der Hochquellenleitung und beantragt, die verlangte Servitutsfreilassung bezüglich der Parc. 2288/2 und 2289/3 zu bewilligen. (Angenommen.)

(1787.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Schuldiener-switwe Josefa Purkl um Anweisung der Pension und beantragt, derselben vom 1. Februar 1894 angefangen unter gleichzeitiger Ein-stellung des Pensionsbezuges ihres Gatten die normalmäßige Witwen-pension per 220 fl. zuzuerkennen und die städtische Hauptcassa anzu-weisen, der Genannten diese Pension in monatlichen, am zweiten eines jeden Monates fälligen Anticipativraten gegen vorschristsmäßig ge-stempelte Quittung, welche vom Pfarramte in Bezug auf das Leben und den Witwenstand vidirt ist, auszubehalten. (Angenommen.)

(2132.) **St.-R. Dr. v. Billing** referiert über die Eingabe der k. k. Polizeidirection wegen Herstellung von Ventilationen in den Inquisitionszellen und Schubarresten der staatlichen Abtheilung des städtischen Polizeige-fangenhauses und beantragt, den Act an den Magistrat mit dem Bemerkten zurückzuleiten, daß der Stadtrath erst dann über den vorliegenden Antrag schlüssig werden kann, wenn die Frage der

angeforderten Zahlung eines Mietzinses für die vom Staate benützten Ubcationen im Polizeigefangenhause erledigt sein wird.

(Angenommen.)

(1980.) **Derselbe** referiert über den Bericht der Direction des Leopoldstädter Communal-Real- und Obergymnasiums über die definitive Wiederbesetzung von zwei Lehrstellen für Philologen und beantragt die Ausschreibung des Concurfes für zwei Lehrstellen nach Antrag der Gymnasialdirection auf Grund der für Staatsmittelschul-Lehrstellen geltenden Modalitäten.

(Angenommen.)

(1954.) **Derselbe** referiert über den Statthaltereierlasse vom 1. März 1894, Z. 15412, puncto Refundierung der anlässlich der Überschwemmungsgefahr 1893 vorschufsweise bestrittenen Gebüren für die als Schiffahrer verwendeten Sicherheitswachleute aus der Landeshauptcassa und beantragt, die Rückvergütung der mit dem vorliegenden Statthaltereierlasse angesprochenen Schiffahrergebüren, soweit dieselben zufolge Stadtraths-Beschlusses vom 9. März 1892, Z. 2198, von der Gemeinde zu tragen sind, also im Betrage von 3343 fl. 80 kr. an die k. k. n.-ö. Landeshauptcassa zu genehmigen und die Erhöhung der im Budgetentwurfe pro 1894 mit 1290 fl. unter Rubrik XXI 6 angelegten Ausgabs-Post „Vergütung der von der k. k. Statthaltereie und der Polizeidirection vorschufsweise bestrittenen Auslagen“ auf den Betrag von rund 3550 fl. zu erwirken.

(Angenommen.)

(2034.) **St.-R. Mahenauer** referiert über das Project für den Betoncanalbau I., Neuer Markt und Schwangasse, und beantragt die Genehmigung des vorliegenden Projectes für den Neubau eines Haupt-Urathscanales aus Beton in der Schwangasse und am Neuen Markte im I. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 2649 fl. 80 kr.

(Angenommen.)

(2091.) **Derselbe** referiert über den Mineralwassertarif für den Cursalon pro 1894 und beantragt, den von Marie M a i e r, Pächterin des Cursalons, vorgelegten Mineralwassertarif pro 1894 zu genehmigen.

(Angenommen.)

(2052.) **Derselbe** referiert über die Verpachtung von zwei Grundstücken in Mannswörth und beantragt, die von der Forstverwaltung Mannswörth vorgelegten zwei Pachtprotokolle, betreffend die Verpachtung der Abtheilung I der Bergwiese Cat.-Parc. 2346 in Mannswörth per 1 Joch 1088 □^o für die Zeit vom 1. November 1893 bis 31. October 1899 um den Jahrespachtzins von 28 fl. an Josef Schwarzäugl, Gastwirt in Mannswörth Nr. 9, weiters der Abtheilung II der Amtshauswiese Cat.-Parc. 2325 in Mannswörth per 1 Joch 192 □^o für die Zeit vom 1. November 1893 bis 31. October 1899 um den Jahrespachtzins von 16 fl. an Karl Schwarzäugl, Hausbesitzer in Mannswörth Nr. 85, unter den in diesen Protokollen enthaltenen Bedingungen zu genehmigen.

(Angenommen.)

(2101.) **Derselbe** referiert über die Entnahme des zur Vertheilung an Arme zu verwendenden Brennholzes aus den Forstbeständen des Fondsgutes Spitz a. d. Donau und beantragt:

1. Es seien behufs Vertheilung an Arme rund 800 Raummeter hartes Brennholz jedoch ohne Stöcke in derselben Weise wie das für den eigenen städtischen Haushalt benötigte Holz aus den Beständen des Fondsgutes Spitz a. d. Donau auf den städtischen Holzlagerplatz in Wien verfrachten zu lassen, daselbst aufzustellen und es sei deren Bewertung rücksichtlich Einschätzung in der bisher üblichen Weise vorzunehmen;

2. das Marktamt sei zu ermächtigen, das Schneiden und Verkleinern dieses Brennholzes auf dem städtischen Holzlagerplatze gegen Bezahlung des üblichen Taglohnes per Raummeter zu veranlassen und

mit der Ausfolgung des zu vertheilenden Holzes an die betreffenden Parteien zu betrauen;

3. die Kosten für dieses Brennholz seien zunächst, wie bisher, aus den fraglichen Stiftungsinteressen und Spenden zu bestreiten, der unbedeckt bleibende Restbetrag jedoch dem allgemeinen Versorgungsfonde zu entnehmen; die Ausfolgung der Holzanzweisungen hat in der bisherigen Weise zu geschehen;

4. das Marktamt hat nach erfolgter Vertheilung über die erwachsenen Gesamtkosten zu berichten und sich gleichzeitig auch darüber zu äußern, wie hoch sich die Gesamtkosten für das gleiche Holzquantum im Falle des Ankaufes bei hiesigen Holzhändlern gestellt haben würden.

(Angenommen.)

(2053.) **Derselbe** referiert über die Zurückziehung des Kaufoffertes des Leopold Seiler bezüglich der Bürgerhospitalfonds-Parcelle Conscr.-Nr. 80 in Simmering und beantragt, diese Anzeige zur Kenntnis zu nehmen. Diese Parcelle wird an den Pächter der Parzellen 802 und 803 Franz Humerecker auf die Dauer von sechs Jahren vom 1. November 1893 um den Pachtzins von 30 fl. weiter verpachtet.

(Angenommen.)

(2072.) **St.-R. Müller** referiert über das Offertverhandlungsergebnis wegen Vergebung der Arbeiten für die Linienwallabgrabung im XVIII. Bezirke und beantragt die Annahme des Bestbotes der Firma Zizka, Weiß & Comp. gegen den angebotenen Nachlass von 26.5 Percent gleich einer Ersparung von 710 fl. 92 kr.

(Angenommen.)

(1994.) **Derselbe** referiert über die Bewilligung von Gleichgeldern anlässlich des Schulbaues in Unter-St. Veit, Aufhoffstraße Nr. 27, und beantragt die Auszahlung von Gleichgeldern in der herkömmlichen Weise im adjustierten Betrage von 445 fl. 90 kr.

(Angenommen.)

(Schluss der Sitzung.)

Allgemeine Nachrichten.

Approvisionnement.

Vorstenviehmarkt vom 3. und 5. April 1894.

1. Antrieb

auf dem freien Markte:

Jungschweine	3285 Stück
Fettschweine	7662 „

Summa . 10947 Stück

Angekauft wurden:

für Wien	7537 Stück
für das Land	1532 „
unverkauft blieben	1878 „

2. Preisbewegung:

Jungschweine von 34 bis 43 kr.	} per Kg. Lebendgewicht.
Fettschweine „ 35 „ 46 „	

Der Geschäftsverkehr war für Jungschweine lebhaft und stiegen deren Preise um 2 kr. per Kilogramm; Fettschweine, schwach gefragt, büßten dagegen 1 kr. per Kilogramm ein.

* * *

Pferdemarkt vom 3. April 1894.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 475 Pferde,
— Wägen.

Preis: für Gebrauchspferde 90—600 fl. per Stück,
„ Schlachtpferde 20—60 „ „ „

Der Markt war sehr lebhaft.

* * *

Stechviehmarkt vom 5. April 1894.**1. Auftrieb:**

Kälber Waidner 3937, Kälber lebend 47, Lämmer
Waidner 5318, Lämmer lebend 402, Schafe Waidner 299,
Schafe lebend 8105, Schweine Waidner 1349, Schweine
lebende junge —, Schweine fette —.

2. Preisbewegung:

Kälber Waidner	per Kg. von 34 (—) bis 54 (56) fr.
Kälber lebend	„ „ 34 (—) „ 44 (—) „
Lämmer Waidner	per Paar von 2 bis 10 (—) fl.
Lämmer lebend	„ „ 4 „ 9 „
Schafe Waidner	Kg. von 24 (—) bis 40 (—) fr.
Schafe lebend	„ Paar von 10 bis 26 fl.
Schafe lebend	Kg. von 23 (—) bis 32 (—) „
Schweine Waidner	„ „ 42 „ 52 „
Schweine lebend junge	„ „ — „ — „
Schweine lebend fette	„ „ — „ — „

Auf dem Jungviehmarke wurden um 780 Stück Kälber mehr
zugeführt.

Bei dem wieder verstärkten Angebote konnten sich die letzt-
wöchentlichen Preise nur schwer behaupten.

Auf dem Schafmarke wurden um 2482 Stück Schafe mehr
aufgetrieben. Die Kauflust war infolge größerer Ankäufe für Paris
trotz des höheren Auftriebes gut und ist daher kein Preisfall ein-
getreten.

Auf dem Schlachtviehmarke wurden am 5. April 1894
49 Stück Mast- und 149 Stück Beinvieh aufgetrieben.

Bei lebhafter Nachfrage wurde die vorhandene Ware rasch
abgesetzt. Die Preise waren gegen den Hauptmarkt um $\frac{1}{2}$ bis 1 fl.
höher.

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der
Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. —
Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäfts-
nummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

vom 2. April bis 5. April 1894:

Für Neubauten:

- II. Bezirk: Haus, Kleine Schiffgasse, Grundb.-Einkl. 3915, von Albert
Dub, Bauführer A. Goldenberg (2210).
V. Bezirk: Schulhaus, Herthergasse, Ecke der Steinbauergasse, Grundb.-
Einkl. 204, von der Stadt Wien, Bauführer A.
Sallatmeyer (2164).
X. Bezirk: Hafengasse, Conser.-Z. 518, von Paul Huber, Bauführer
Kielmayer (12190).
„ „ Bürgerplatz, Einkl.-Z. 2489, von Marie Keim, Bauführer
Zeitlinger (12232).
„ „ XXXIX Ober-Laa, Laerwald, von Kron Krug, Bauführer
Marura, Zimmermeister (12302).

XI. Bezirk: Ebenerdiges Wohnhaus sammt Schupfe, Simmering, Fuchs-
röhre, Parc. 1700 und 1701, von Johann und Anna
Hahn, XI., Döblerhofgasse 15, Bauführer Karl Reich-
stätter, Maurermeister, III., Erdbergermais Nr. 2626
(4950).

„ „ Zwei Stockwerke hohes Wohnhaus, Simmering, Haupt-
straße 27 und 29, Einkl.-Z. 239 und 240, Parc. 222 und
223, von Karl Paul, XI., Hauptstraße 29, Bauführer
Johann Schneider, Baumeister, XI. (5074).

XIV. Bezirk: Drei Stock hohes Wohnhaus, Rudolfsheim, Stättermayer-
gasse 18, von Josef und Marie Rocar, XIV., Stätter-
mayergasse 20, Bauführer Franz Brantner, Stadtbaui-
meister, XIV., Schweglerstraße 33 (9336).

XVII. Bezirk: Neunwaldegg, Hauptstraße 48, von Michael und Anna Böhm,
Bauführer? (11338).

Für Zubauten:

XIII. Bezirk: Hoftract, Baumgarten, Bahngasse 15, von Josef Czermak,
Bauführer? (8655).

„ „ Zweistöckiger, linksseitiger Fabrikszubau, Unter-St. Veit,
Auhofstraße 28, Dr.-Nr. 95, von Giuseppe Bossi Nach-
folger, Bauführer Kopp (9544).

XIV. Bezirk: Aborte, Rudolfsheim, Marktstraße 13, von F. Franz Steiner,
XIII., Schmidgasse 19, Bauführer Ed. Schwarzer,
Stadtbaumeister, XIV., Schmeltgasse 2 (9400).

„ „ Hoftract, Rudolfsheim, von Ferdinand und Anna Sucka,
XV., Pflerleingasse 4, Bauführer Heinrich Staub, Stadt-
baumeister, XIII., Poststraße 40 (9753).

XVI. Bezirk: Ottakring, Langgasse 8, von Johann Schufinsky, XIV.,
Gemeindegasse 1, Bauführer Thomas Hofer (15762).

Für Adaptierungen:

I. Bezirk: Ebendorferstraße 3, von Rosa Wirth, Bauführer C. Zeller
(2150).

„ „ Tuchlauben 7, von Friedrich Nottthast, Baumeister (2161).
„ „ Universitätsstraße 6, von L. Bergmann & Comp.,
Bauführer J. Schnetterer (2170).

„ „ Griechengasse 4, von der Actien-Gesellschaft
Steyrer mül, Bauführer Jg. Drápala (2220).

II. Bezirk: Antonsgasse 3, von Eduard Springer, Bauführer M.
Kaiser (2190).

„ „ Obere Donaufstraße 59, von Johann Nowak, Maurermeister
(2201).

IV. Bezirk: Große Neugasse 32, von Franz Steinhäuser, Bauführer
F. Haschel (2217).

„ „ Feugasse 78, von Theodor Neumann, Bauführer C.
Holzmann (2219).

VI. Bezirk: Eisvogelgasse 4, von Friederike Leirig, Bauführer? (2154).

X. Bezirk: Richardgasse 12, von Basilus Lipp, Bauführer Julius
Hall (12120).

„ „ Wienerfeldgasse 3, von Josef und Marie Mader, Bau-
führer Wettsch (12189).

„ „ Simbergerstraße 7a, von ?, Bauführer Joh. Schweißer
(12227).

„ „ Leebgasse 59, von Franz Hübner, Bauführer Johann
Schweißer (12272).

„ „ Canongasse 14/16, von Schmidt & Comp., Bauführer
Hable (12337).

XII. Bezirk: Hefendorf, Hauptstraße 22, Herzgasse 2, von Margaretha
Schneider, Bauführer Jos. Schaufler (9434).

XIII. Bezirk: Hiebing, Hauptstraße 1, von Anna Arnold, Bauführer
Kopf (8884).

XVI. Bezirk: Ottakring, Hauptstraße 75, von Wenzel Regal, ebenda,
Bauführer Thomas Mann (15463).

„ „ Neulerchenfeld, Burggasse 6, von Josef und Cäcilie Reiner,
ebenda, Bauführer Vincenz Haschel (15483).

„ „ Ottakring, Wichtelgasse 15, von Therese Kober, Bauführer
Josef Pollak (15532).

„ „ Neulerchenfeld, Reinhartgasse 6, von Josef Malcik, ebenda,
Bauführer Vincenz Haschel (15764).

„ „ Ottakring, Abelegasse 17, von Adolf Heider, ebenda, Bau-
führer Karl Lang (15986).

XVII. Bezirk: Hernals, Ottakringersstraße 72, von Celestin Michel, ebenda,
Bauführer Anton Dittel (11468).

Für diverse (geringere) Bauten:

II. Bezirk: Lichthof-Eindeckung, Dammstraße 39, von Kalban & Damasch
Bauführer A. Schlesiak (2198).

„ „ Canal, Ladorstraße 79, von Johann Nowak, Maurer-
meister (2201).

XI. Bezirk: Vergrößerung einer Küche, Kaiser-Ebersdorf, Feldgasse 138,
von Johann Haindl, ebenda, Bauführer Franz
Rubens, Maurermeister, Mannswörth (4949).

„ „ Reconstruction des Einfahrtsthores, Simmering, Haupt-
straße 134, von Leopold Gärtner, XI., Simmering,
Hugogasse 3, Bauführer Anton Heindl, Baumeister,
XI., Simmering (4900).

- XII. Bezirk: Seitentract-Aufstellung, Gaudenzdorf, Plantengasse 21, von Ant. Herrgeseil, Bauführer Wenzel Voit (9750).
 " " Rauchfang-Aufbau, Unter-Meidling, Wilhelmstraße 46, von Jos. Einhof, Bauführer Joh. Lauscher (9733).
 " " Planken-Aufstellung, Hegendorf, Hauptstraße 5, von Josef Schausler, Bauführer derselbe (9683).
 " " Gruftherstellung, Altmannsdorfer Friedhof, von Leopold Zierer, Bauführer Michael Borak (9681).
 " " Abort- und Düngergruben-Herstellung, Gaudenzdorf, Sackgasse 12, von Marie Krall, Bauführer Wenzel Voit (9217).
 XIII. Bezirk: Hauscanal, Penzing, Bahngasse 49, von Vincenz Wilhelm, Bauführer Ziegelwanger (9521).
 " " Abort und Sentgrube, Baumgarten, Hauptstraße 37, von Walburga Krug, Bauführer Alber (9523).
 XIV. Bezirk: Rudolfsheim, Märzstraße 38, von Franz Wicha, ebenda, Bauführer Eduard Horn, Stadtmaurermeister, XIII., Hütteldorferstraße 11 (9736).
 XV. Bezirk: Aus einem Kellerfenster eine Einwurfsöffnung, Fünfhans, Pelzgasse 1, von Francisca Kötter, ebenda, Bauführer Heinrich Stagl, XV., Haidmannsgasse 4 (8260).
 XVI. Bezirk: Ottakring, Effingergasse 26, von Leopold Glaser, ebenda, Bauführer Ferdinand Scholz (15846).
 " " Schupfen, Ottakring, Wilhelminenstraße 88, von Adalbert und Theresia Koloúenik, ebenda, Bauführer Franz Lehninger (15761).
 " " Neulerchenfeld, Brunnengasse 57, von Josef Mareschek, ebenda, Bauführer Josef Balda (15987).
 " " Stall, Ottakring, Fetzgasse 10, von Josef Wegl, Bauführer Karl Lang (15041).

Stockwerks-Aufsetzungen:

- III. Bezirk: Stammgasse 2, von Philipp Röder, Wienstraße 15, Bauführer M. Gasselseder (2188).
 XIII. Bezirk: Ziegelofen-Gebäude, Breitensee, Wienerstraße 2, von Felicitas Rosenthal, Bauführer ? (8140).

Gesuche um Bekanntgabe der Baulinie wurden überreicht:

- II. Bezirk: Schwarzingerstraße 5, von Heinrich Staudigl, Malzgasse 5 (2186).
 III. Bezirk: Erdbergstraße 132, von Josef Schwender noe. A. Jakoubek'sche Erben (2171).
 " " Erdbergstraße 138, von Johann Kubatscher (2178).
 " " Gürtelstraße, Grundb.-Einkl. 2740, von Heinrich Weiner & J. Steiner, Staudingergasse 9 (2215).
 V. Bezirk: Griesgasse, Grundb.-Einkl. 334, von Josef Reichert (2230).
 VII. Bezirk: Burggasse 36, von Georg Kleibl & Paul Schedfla, Wildemanngasse 9 (2181).
 " " Lerchenfelderstraße 83, Badhausgasse 6, von Theresia und Robert Wittner (2184).
 IX. Bezirk: Nußdorferstraße 73, von Josef Kell, XIX., Hauptstraße 1 (2169).
 " " Nußdorferstraße 19, von der Dicastrial-Gebäude-Direction (2212).
 " " Sechschimmelgasse, Grundb.-Einkl. 1512, von P. Zimmermann (2236).
 X. Bezirk: Canongasse 16, von Rudolf Schmidt & Comp. (11908).
 XIII. Bezirk: Parcelle 269, 272, Einlage 172, Unter-St. Veit, Hauptstraße 15, von Joh. Friedrich Geißl (8249).
 " " Parcelle 497/1, 498, Einlage 194, Hütteldorf, von Lorenz und Josef Bösch (8801).
 " " Parcelle 336/46, Einlage 319, Lainz, von Friedrich Freiherrn v. Skul (8973).
 " " Parcelle 2, Ober-St. Veit, Vogner- und Bischofsgasse, vom Erzbischof Wien (8601).
 " " Parcelle 223-24, 320, 214, 219, Breitensee, von Dr. Felicitas Desterreicher (9124).
 XIV. Bezirk: Rudolfsheim, Lerchengasse 3, von Franz Mayer, ebenda (9735).
 XVI. Bezirk: Neulerchenfeld, Herbststraße 45, von Ferdinand Meißner (14815).
 XVIII. Bezirk: Währing, Antonigasse 76, von Ludwig Willersdorfer (10755).
 " " Währing, Neugasse, Einl.-Z. 1789, von Josef Rossi (10781).
 " " Währing, Ferstelgasse, Einl.-Z. 1787, von Josef Rossi (10782).
 " " Währing, Neugasse, Einl.-Z. 1788, von Josef Rossi (10783).

Demolierungsanzeigen wurden überreicht:

- XI. Bezirk: Simmering, Theresiengasse 34, Conscr.-Nr. 130, von Josef und Eva Sedlacker, XI., Simmering, Hauptstraße 52, Bauführer Ferd. Kaindl, Baumeister, XI., Simmering (5019).

Gewerbebeanmeldungen vom 30. März 1894.

(Fortsetzung.)

- Knap Josef — Holz- und Kohlen-Verschleiß — XIV., Sechshäuser Gürtel 5.
 Kofka Johann — Holz- und Kohlen-Verschleiß — XVIII., Währing, Blumengasse 12.
 Smolčić Paul — Hutmacher — XVIII., Währing, Wienerstraße 84.
 Mička Matthias — Klaviertischler — V., Grüngasse 23.
 Grbel Anton — Kleidermacher — VI., Webgasse 22.
 Paslo Eduard — Kleidermacher — VI., Magdalenenstraße 76.
 Sundt Marie — Kleidermacherin — III., Salfianergasse 15.
 Goldsand Marcus — Kleider-Commissionshandel — IV., Favoritenstraße 27.
 Gsllag Rosa — Krügen- und Manschettenputzerei — X., Duelleng. 57.
 Pirr Johann — Kürschner — V., Wildenmanngasse 1 b.
 Picha Johann — Kunststein-Erzeugung — V., Maglensdorferstraße 8.
 Dietrich Marie — Mechanische Stickerie — XVIII., Währing, Gürtelstraße 72.
 Kolbenberger Rudolf — Metallwarenfabrik — V., Mittersteig 16.
 Bradl Johann — Milchmeiergewerbe — XIII., Breitensee, Mazingergasse 7.
 Schäffer Marie — Milchmeiergewerbe — XIII., Unter-St. Veit, Zwerggasse 10.
 Pfeiffer Ida — Milch-, Gebäck-, Canditen-, Eier- und Butter-Verschleiß — VI., Gumpendorferstraße 116.
 Schumann Helene — Modistin — VI., Millergasse 31.
 Lammer Ferdinand — Musikalienhandel — XV., Schönbrunnerstr. 14.
 Schröder Marie — Obst-Verschleiß — XVI., Wilhelminenstraße 61.
 Blazek Josef — Obst- und Grünwarenhandel — XVIII., Währing, Kirchengasse, Markt.
 Böbinger Francisca, Haag Karoline — Pfaidler — IV., Margarethenstraße 26.
 Mistolczyk Josef — Pfaidler — VI., Mariahilferstraße 53.
 Forkert Josef — Photographiegewerbe — VI., Canalgasse 5.
 Hanal Anna — Schmuckfedern- und Kunstblumen-Verschleiß — VII., Burggasse 48.
 Bielic Martin — Schuhmacher — XV., Zinkgasse 15.
 Novak Karl — Schuhmacher — XIV., Fischergasse 20.
 Wareska Johann — Schuhmacher — XVIII., Währing, Abt Karlg. 5.
 Ambroschitz Johann — Schuhobertheil-Erzeugung — X., Erlachgasse 23.
 Dalleschitzky Friedrich — Stadtlohnfuhrwerk — V., Fochyngasse 3.
 Fabits Josef — Tischler — X., Inzersdorferstraße 38.
 Deutsch Jakob — Tuchreste- und Abfällehandel — XVIII., Währing, Zimmermannsgasse 15.
 Thala Josef — Uhrmacher — III., Hauptstraße 68.
 Kammhuber Aloisia — Victualienhandel — VII., Markthalle.
 Rabous Kofalia — Victualienhandel — VI., Markthalle.
 Pleischko Anna — Victualien-Verschleiß im Umherziehen — X., Simmeringerstraße 178.
 Kofelecky Anna — Wäscheputzerin — X., Columbusgasse 64.
 Braun Antonie — Zeitungs-Verschleiß — IX., Türkenstraße 8.
 Steiner Ignaz — Zuckerbäcker — VI., Gumpendorferstraße 111.
 Webl Wilhelm — Zuckerbäcker — XIII., Hietzing, Hauptstraße 1.

* * *

Gewerbebeanmeldungen vom 31. März 1894.

- Brauner Josef — Cigarrenspitzen- und Cigarettenhülfsen-Erzeugung — XVI., Ottakring, Mittergasse 6.
 Krishaber Jakob, Singer Adolf, Rann Friedrich — Commissionswarenhandel — I., Eßlinggasse 9.
 Mendl Heinrich, Mendl Fritz — Commissionswarenhandel — I., Schottenring 32.
 Plank Rudolf, Edler v. — Commissionswarenhandel — I., Giselastr. 6.
 Radl Franz — Einspänner — XIV., Rudolfsheim, Hauptstraße 82.
 Budin Ludwig — Fiaker — XI., Simmering, Ravelinstraße 256.
 Markones Alois — Fiaker — XIII., Penzing, Poststraße 54.
 Freund Helene — Fleisch-Verschleiß — XIV., Rudolfsheim, Märzstr. 57.
 Benz Marie — Galvanisierergewerbe — I., Fleischmarkt 8.
 Egert Matthias — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Große Neugasse 3.
 Weimann Karl — Graveur- und Emailleurarbeiten-Erzeugung — VI., Paimgrubengasse 9.
 Deutschland Theodor, Schlesinger Max — Handel mit Damen- und Kinderkleidern — I., Rothenthurmstraße 31.
 Lewicki Emil — Honigbäckerei, Mohn- und Nußbengel-Erzeugung — VIII., Stolzthalergasse 24.
 Remeček Anna — Kleidermacherin — IV., Fleischmannngasse 7.
 Stock Marie — Kunstblumen-Erzeugung — XVIII., Währing, Maynollogasse 11.
 Chotil Anna — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XVIII., Währing, Marktplatz 3.
 Glaz Marie — Pfaidlerin — XVI., Neulerchenfeld, Gürtel 31.
 Grünwald Jakob, Schlesinger Leopold — Pferdehandel — XIX., Heiligenstadt, Barawitzlagasse 10.

Weinberger Richard — Pferdehändler — XVI., Ottakring, Pypengasse 4.
 Czaba Antonie — Schreibisch-Verschleiß — V., Fockygasse 31.
 Dörner Karl — Schuhmacher — VI., Stumpergasse 42.
 Steffa Bartholomäus — Schuhmacher — XIV., Rudolfsheim, Schellingergasse 16.
 Toisl Josefine — Seifen-, Kerzen-, Parfumeriewaren-, Toiletteartikel- und Petroleum-Verschleiß — III., Ungargasse 24.
 Bednar Wenzel — Spiegelbelegerei — VIII., Pfeilgasse 1.
 Rosenfeld Marcus — Thee- und Spirituosenhandel — VI., Windmühlg. 7.
 Roffet Julie — Verabreichung von Speisen, Ausschank von Bier, Wein, Obstwein und Haltung erlaubter Spiele — III., Schlachthausgasse 4.
 Czajka Karl — Victualien-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Brunnen-gasse, Markt.
 Hausner Franz — Victualien-Verschleiß — VI., Millergasse 21.
 Ruß Elisabeth — Victualien-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Lieb-hartsgasse 2.
 Hacon Josefa — Victualien- und Geflügelhandel im Umherziehen — XIII., Penzing, Flachgasse 7.
 Eizinger Theresia — Webergewerbe — VI., Millergasse 21.

* * *

Gewerbebeanmeldungen vom 2. April 1894.

Barbach Moses Berl — Anstreicher — II., Restroygasse 8.
 Hacl Marie — Bierchank — XV., Fünfhaus, Victoriagasse 13.
 Kolar Barbara — Blumenhandel im Umherziehen — III., Baumg. 45.
 Bliem Josefa — Brunnenmachergewerbe — XIX., Ober-Döbling, Perchengasse 5.
 Handl Karl — Buchbinder — VII., Schottenfeldgasse 43.
 Lauer Herich — Commissionswaren-Verschleiß — I., Gonzagagasse 23.
 Schwab Anton — Dachbeder — II., Mühlfeldgasse 5.
 Fleischner Christine — Dienstvermittlung für männliche und weibliche Dienftboten gewöhnlicher Kategorie — VII., Schottenfeldgasse 6.
 Beyer Johann — Emailmaler — VII., Burggasse 71.
 Birkl Anton — Einspänner Nr. 99 — XV., Fünfhaus, Fünfhausg. 2.
 Mayr Francisca — Einspännergewerbe Nr. 84 — XV., Fünfhaus, Sperrgasse 15.
 Müller Adolf Josef, Dr. — Erzeugung und Verschleiß eines Mund-wassers und Zahnpulvers — I., Neuer Markt 1.
 Wöchner Johann — Fialer Nr. 318 — XII., Meidling, Ehrenfeldg. 17.
 Jäger Ire — Fleisch-Verschleiß — III., Großmarthalle.
 Kronmich Karl — Fragner — VIII., Strozsigasse 22.
 Nicolay Adolf — Gastwirt — IX., Porzellangasse 24 b.
 Unterberger Alois — Gastwirt — IX., Spitalgasse 21.
 Widnytzky Konrad — Gastwirt — IX., Simondentgasse 2.
 Baum Matthias — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Burggasse 24.
 Lamm Jfidor — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Novaragasse 26.
 Sagl Francisca — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Eifengasse 36.
 Wiesner Bertha — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Fuchsthalerg. 7.
 Wolkmuth Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Schulaterng. 3.
 Bauer Josef, Szigeti David, Kleemann Julius — Handel mit fertigen neuen Damenkleidungsstücken — I., Franz Josefs-Quai 1.
 Engel Alexander — Herausgeber der „Osterreichischen Feuilleton-Correspondenz“ — II., Rembrandtstraße 32.
 Bliem Josefa — Canalräumergewerbe — XIX., Ober-Döbling, Perchengasse 5.
 Friedmann Cäcilie — Kleidermacherin — II., Antonsgasse 1.
 Hedwig Hermine — Kleidermacherin — I., Tiefer Graben 22.
 Kohl Sophie — Kleidermacherin — VIII., Schlüsselgasse 20.
 Stejskal Matthias — Kleidermacher — III., Rennweg 70.
 Swatosch Karl — Kleidermacher — II., Bäuerlegasse 8.
 Fischhaber Albert — Kostgeber — VIII., Lerchenfelderstraße 156.
 Rittberg Cornel Alfons, Graf — Milch-Verschleiß — II., Mühlfeldg. 10.
 Beznák László — Musiker — IX., Aferstraße 30.
 Dabell Theodor — Musiker — VII., Mariahifserstraße 44.
 Blüh Moriz — Pfaidler — I., Rabenplatz 2.
 Schnitt Pauline — Pfaidlerin — VIII., Albertplatz 4.
 Zipper Hermann — Pfaidler — I., Rabenplatz 2.
 Jellinek Jfidor — Pferdehandelsagentie — II., Fraterstraße 22.
 Kempen von Fichtenkamm Jeanette — Privat-Arbeitschule — XII., Meidling, Ferdinandsgasse 3.
 Hauf Anton — Schlosser — XII., Meidling, Rosenhügelstraße 22.
 Rista Anton — Schlosser — XI., Simmering, Michelstraße 21.
 Thiel Francisca — Schnittwarenhandel — V., Grüngasse 29.
 Endlich Wilhelm — Schuhmacher — VI., Bürgerhospitalgasse 9.
 Glüntner Josef — Schuhmacher — XI., Simmering, Rinnböckstraße 34.
 Raufch Marie — Schuhmachergewerbe — XV., Fünfhaus, Fünfhausg. 5.
 Gerstenberg Emma — Schweißblätter-Erzeugung — VII., Schottenfeld-gasse 25.

Schreglmann Michael — Selchwaren-Verschleiß — II., Rotunde, Aus-stellungsraum.
 Benz Magdalena — Selchwaren-Verschleiß — IX., Schlagergasse 10.
 Graf Marie — Spirituosenhandel — X., Raaberbahngasse 20.
 Kroker Johanna — Tröblergewerbe — IX., Wiener Tröblerhalle, Zelle 118.
 Gabriel Johann — Uhrmacher (Nichtbetrieb) — IX., Porzellangasse 38.
 Heide, Antonie von der — Uhren-Verschleiß — II., Karmelitergasse 8.
 Kemrha Elisabeth — Verschleiß von optischen Waren — X., Simberger-straße 7.
 Goller Elise — Victualienhandel — XII., Meidling, Lainerstraße 78.
 Stein Pauline — Victualien-Verschleiß — II., Darwingasse 8.
 Wojtech Franz — Victualien-Verschleiß — IV., Phorusshalle.
 Schörner Franz — Wäschergewerbe — III., Ungargasse 52.
 Schrader Anna — Wäschepuzerin — II., Klosterneuburgerstraße 24.
 Muth Josef — Weinschanker — XIX., Nußdorf, Kahlenbergerstraße 30.
 Haagen Josefa — Weisnäherin — II., Lichtenauergasse 9.
 Kaiser Hermine — Weisnäherin — IX., Mosergasse 9.
 Körner Ernestine — Zeitungs-Verschleiß — XII., Meidling, Schön-brunner Hauptstraße 116.
 Benzl Anton, Kral Franz — Zimmermannsgewerbe — II., Marchfeld-straße 5.
 Erste Arbeiter-Productiv-Genossenschaft der Schuhmacher in Wien, regi-strierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung — Erzeugung und Verschleiß aller in das Schuhmachergewerbe einschlagenden Artikel — VII., Westbahnstr. 30.

Inhalt:

Gemeinderath:	Seite
Sitzungen des Gemeinderathes	771
Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 30. März 1894.	
Inhalt:	
Mittheilungen des Vorsitzenden:	
1. Beantwortung der Interpellationen der Gem.-Räthe Dr. Lueger und Sauerborn, betreffend die Arbeiter des städtischen Lagerhauses	771
Interpellationen:	
2. Gem.-Rath Dr. Lueger, betreffend die Einhaltung der Ver-pflichtungen seitens der englischen Gasgesellschaft	772
3. Gem.-Rath B ä r t l, betreffend die sofortige Besprigung der Ring-straße und der öffentlichen Gartenanlagen	772
4. Gem.-Rath R ö h r l, betreffend die Erledigung des Gesuches der Neuen Wiener Tramway-Gesellschaft um Bewilligung der Geleise-verlegung aus der Plantengasse in die Ullmannstraße im XIV. Bezirke	772
5. Gem.-Rath G r ä f, betreffend die außerordentliche Verwendung des Kanzlei- und Hilfsbeamtenpersonales im magistratischen Be-zirksamte für den XVI. Bezirk, respective die Vermehrung des Personales daselbst	772
6. Gem.-Rath E i g n e r, betreffend die Behebung von Übelständen anlässlich der Legung der Wasserleitungsröhre im XVII. Bezirke	773
Anträge:	
7. Gem.-Rath E i g n e r, betreffend dieselbe Angelegenheit	773
8. Gem.-Rath S t e i n e r, betreffend die eventuelle Regulierung der Sieberinger Hauptstraße und der Grinzingerstraße anlässlich der Arbesbad-Einwölbung	773
9. Gem.-Rath R a u s c h e r, betreffend die Übernahme des Leichen-befattungswesens in die communale Verwaltung	773
10. Gem.-Rath F u r s c h t, betreffend die Sammlung und Publicirung sämtlicher den Einwohnern der neuen Bezirke noch nicht ver-lautbarten Kundmachungen und Erlässe des Magistrates	774
Referat:	
11. Gem.-Räthe B o s c h a n und M a y e r, betreffend den Haupt-voranschlag der Gemeinde Wien pro 1894 (Fortsetzung der Ge-neral-Debatte)	774
Stadtrath:	
Sitzungen des Stadtrathes	790
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 28. März 1894	790
Allgemeine Nachrichten:	
Approvisionierung:	
Vorstehermarkt vom 3. April 1894	793
Pferdemarkt vom 3. und 5. April 1894	794
Stechviehmarkt vom 5. April 1894	794
Baubewegung:	
Gesuche um Baubewilligungen vom 2. bis 5. April 1894	794
Gewerbebeanmeldungen	795
Kundmachungen.	

Herausgeber: Die Gemeinde Wien. Verantwortlicher Redacteur: Dr. Friedrich Edler v. Radler, Secretär des Wiener Magistrates.

Papier aus der k. k. priv. Pittener Papierfabrik. — J. B. Wallishausser's k. und k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Haasenstein & Vogler (Otto Waack), Wien, I., Wallfischgasse 10.

Offert-Ausschreibungen *)

1894.

Tag und Stunde	Ort (Bureau)	Gegenstand
der Offertverhandlung		
12. April 10 Uhr	Departement V (Mag.-Rath Linsbauer)	M. Z. 33532, V. Erdarbeiten für die Abtragung des Linienwalles an der linken Straßenseite bei der ehemaligen Favoritenlinie im IV. Bezirke mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 1800 fl. 3—3
13. April 10 Uhr	detto	Z. 41400, V. Vergebung der Erd- und Baumeister- arbeiten für den Neubau eines Haupt- Unrathscanales aus Beton in der Gürtelstraße von der Hohlweggasse bis zur Kleistgasse im III. Bezirke im Kostenbetrage von 3691 fl. 16 kr. und 400 fl. Pauschale. 3—3
14. April 10 Uhr	detto	Z. 41399. Vergebung der Erd- und Baumeister- arbeiten für den Neubau eines Haupt- Unrathscanales aus Beton in der ver- längerten Webgasse im VI. Bezirke im Kostenbetrage von 2850 fl. 59 kr. und 500 fl. Pauschale. 2—3
16. April 10 Uhr	detto	Z. 152939, V. Erd- und Pflasterarbeiten für die Neupflasterung der Sandwirthgasse zwischen der Marchetti- und Thurmberg- gasse im VI. Bezirke mit dem veran- schlagten Kostenbetrage von 2159 fl. 20 kr. und 200 fl. Pauschale. 2—3
17. April 10 Uhr	detto	M. Z. 162196. Vergebung der Erd- und Baumeister- arbeiten für den Neubau eines Haupt- Unrathscanales aus Beton in der Neuen Gasse nächst der Johannesgasse und den Umbau eines Theiles des Haupt-Un- rathscanales in der Johannesgasse im XII. Bezirke im veranschlagten Kosten- betrage von 3085 fl. 14 kr. und 400 fl. Pauschale. 1—3

Tag und Stunde	Ort (Bureau)	Gegenstand
der Offertverhandlung		
18. April 10 Uhr	Departement V (Mag.-Rath Linsbauer)	M. Z. 32805. Vergebung der Erd- und Baumeister- arbeiten für den Neubau eines Haupt- Unrathscanales aus Beton in der Schwangasse und am Neuen Markt im I. Bezirke im veranschlagten Kosten- betrage von 1962 fl. 74 kr. und 500 fl. Pauschale. 1—3

*) Pläne, Kostenanschläge etc. können im Stadtbauamte während der Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der Bedingnisse sind bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. erhältlich.

Differenten haben ein Exemplar der bezüglichen Bedingnisse mit den dem Projecte beiliegenden Original-Bedingnissen genau in Übereinstimmung zu bringen, eventuell zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu übergeben.

Dem Offerte ist ein Badium von 5 Percent der Kostenanschlagssumme anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf später einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlungen, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämtlichen Differenten behält sich die Gemeinde vor.

G. Z. 35902.

Concursauschreibung.

(Erledigte Lehrstellen.)

Auf Grund des Beschlusses des Wiener Stadtrathes vom 28. März 1894, Z. 1980, kommen vom Beginne des Schuljahres 1894/95 am Leopoldstädter Communal-Real- und Obergymnasium in Wien eine definitive Lehrstelle für classische Philologie und eine definitive Lehrstelle für Deutsch als Hauptfach und classische Philologie als Nebenfach zur Besetzung.

Mit jeder dieser Lehrstellen sind die für definitive Lehrpersonen an Staatsmittelschulen in Wien normierten Bezüge, nämlich ein jährlicher Gehalt von 1200 fl., fünf Quinquennalzulagen à 200 fl. und eine Activitätszulage von 500 fl. verbunden.

Die Verleihung dieser Lehrstellen ist auch an die Bedingung geknüpft, daß sich die Competenten rücksichtlich der Lehrverpflichtung des Ausmaßes an wöchentlich zu ertheilenden Lehrstunden u. s. f. in Gemäßheit des Gemeinderaths-Beschlusses vom 3. Juli 1883, Z. 2907, den für das Lehrpersonale an den k. k. Staatsmittelschulen geltenden gesetzlichen Bestimmungen und zufolge Gemeinderaths-Beschlusses vom 9. October 1888, Z. 455, der für die communalen Beamten und Diener bestehenden Dienstpragmatik unterwerfen, daher sich insbesondere auch an andere communale

Mittelschulen Wiens versehen lassen und weiters sich reversmäßig verpflichten, den Communaldienst niemals während der Dauer eines Schuljahres zu verlassen und gelegentlich der seinerzeitigen Übernahme in den Staatsdienst die Dienst- und Carenztaxe zu entrichten.

Bewerber um diese Stellen haben ihre vollständig, insbesondere auch mit dem Nachweise der österreichischen Staatsbürgerschaft und mit den staatsgiltigen Lehrbefähigungs-Zeugnissen, sowie den Verwendungszugnissen instruierten, an den Wiener Stadtrath gerichteten Gesuche bis längstens 20. Mai 1894 beim Magistrate der Stadt Wien zu überreichen.

Auf verspätet eingelangte oder nicht gehörig belegte Gesuche kann keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 30. März 1894. 1—3

Prot.-Nr. 53329 ex 1894.

IV.

Kundmachung.

(Offertanschreibung.)

Wegen Vergebung der Demolierung der städtischen Häuser Dr.-Nr. 98 und 100 Erdbergstraße, III. Bezirk, wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am Montag den 16. April d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp, im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Bedingungen im Stadtbauamte ebendasselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenen Offerte ist das vorgeschriebene Badium per 200 fl. anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 3. März 1894. 1—2

3. 59590
XI.

Currende.

Infolge Pensionierung des Verwalters der städtischen Versorgungsanstalt in Wien, Herrn Theodor Knobloch, ist eine Versorgungshaus-Verwalterstelle in der VIII. Rangklasse in Erledigung gekommen und soll deren Besetzung demnächst erfolgen.

Sollte diese Stelle durch Beförderung eines Verwalters der IX. Rangklasse zur Besetzung gelangen, so wird dadurch eine Versorgungshaus-Verwalterstelle in der IX. Rangklasse, und falls auch dieser Dienstposten im Beförderungswege besetzt werden sollte, eine Officialstelle in der X. Rangklasse I., rücksichtlich II. Kategorie, eventuell auch eine Accessistenstelle der XI. Rangklasse erledigt.

Weiters ist derzeit noch eine Officialstelle der X. Rangklasse II. Kategorie im städtischen Versorgungshause am Alserbach erledigt, welche unter einem zur Besetzung gelangen wird.

Mit allen diesen Dienstposten sind die systemisierten Bezüge der vorerwähnten Rangklasse VIII bis inclusive XI und der Genuss einer Naturalwohnung im Anstaltsgebäude verbunden.

Die Herren Bewerber um diese Stellen wollen ihre mit den erforderlichen Beilagen im Sinne der §§ 7 und 8 der Dienstpragmatik für die städtischen Beamten versehenen Gesuche bis längstens 15. April 1894 im Einreichungsprotokolle des Magistrates umso gewisser zu überreichen, als auf später einlangende Gesuche keine Rücksicht genommen werden wird.

Wien, am 30. März 1894.

Der Magistrats-Vice-Director:

Tschau.

1—2

3. 58702.
III.

Currende

für die städtischen Beamten.

In der Wasserheilanstalt in Kaltenleutgeben ist für die drei Curperioden im Jahre 1894, nämlich:

vom 1. Mai bis 15. Juni

„ 16. Juni „ 31. Juli

„ 1. August „ 15. September

an je einen curbedürftigen städtischen Beamten ein Freiplatz in der Weise zu vergeben, dass der Betreffende unentgeltlich Wohnung, Kost, Bäder und ärztliche Behandlung erhält.

Gesuche um Verleihung eines dieser Freiplätze, welche zugleich auch das Ansuchen um Ertheilung des erforderlichen Urlaubes zu enthalten haben, sind mit dem Nachweise über die Curbedürftigkeit bis längstens 15. April 1894 im Einreichungsprotokolle des Magistrates zu überreichen.

Wien, am 31. März 1894.

Der Magistrats-Director:

Krenn.

1—3

Zur coulanten Besorgung aller
im Cursblatte notirten
Effecten und Valuten
bestens empfohlen:

Wechselstube des Bankhauses
SCHELHAMMER & SCHATTERA

WIEN, I.,
Kärntnerstrasse
Nr. 20.

Amtsblatt

der k. k.



Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 29.

Dienstag, den 10. April 1894.

Jahrgang III.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.
" " mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr.
Einzelnugemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Stenographischer Bericht

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 3. April 1894 unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Raimund Gröbl und des Vice-Bürgermeisters Dr. Albert Richter.

Bürgermeister Dr. Gröbl: Die Versammlung ist beschlussfähig, die Sitzung eröffnet.

1. Die Herren Gem.-Räthe v. Götz, Dolainski und Gierster haben ihr Ausbleiben von der heutigen Sitzung entschuldigt.

2. Von Seite des hohen n.-ö. Landesauschusses ist folgende Zuschrift eingelangt (liest):

„Der n.-ö. Landtag hat in seiner Sitzung vom 23. Jänner 1894 auf den Bericht und Antrag des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über den Bericht des n.-ö. Landesauschusses, betreffend den Protest von 37 Mitgliedern des Wiener Gemeinderathes gegen den Beschluss desselben vom 3. November 1893, womit zur Veräußerung von unbeweglichem Gemeindevermögen die nachträgliche Genehmigung erteilt wurde, nachstehenden Beschluss gefasst:

„Der Beschluss des Wiener Gemeinderathes vom 3. November 1893, mit welchem derselbe zu dem vom Herrn Bürgermeister angeordneten Verlaufe von Wertpapieren im Nominalwerte von 908.584 fl. 76 kr. die nachträgliche Zustimmung erteilt hat, wird genehmigt.“

Euer Wohlwollgeboren werden hievon unter Rückschluss der Beilagen in die Kenntniss gesetzt.

Wien, am 15. März 1894.

Der n.-ö. Landesauschuss.“

3. Herr Gem.-Rath Böhrl hat in der letzten Sitzung interpelliert: „Die Neue Wiener Tramway-Gesellschaft hat vor sieben Monaten beim löblichen Magistrate um die Bewilligung zur Verlegung ihres Schienenstranges aus der engen Plankengasse in die Allmannstraße des XIV. Bezirkes angeführt. Bis heute ist der obgenannten Gesellschaft eine Entscheidung nicht zugekommen“ und die Anfrage gestellt: „Was ist mit diesem Ansuchen geschehen und wann gedenkt der Herr Bürgermeister diese Angelegenheit in Verhandlung zu bringen.“

Ich habe die Ehre, darauf Folgendes zu bemerken: Der bezügliche Bauamtsbericht über das in Rede stehende Ansuchen der Neuen Wiener Tramway-Gesellschaft wurde am 24. Jänner d. J. erstattet und es wird in dieser Angelegenheit noch im Laufe der nächsten Woche dem Stadtrathe, beziehungsweise dem löblichen Gemeinderathe der Magistratsbericht vorgelegt werden. Ich bitte, dies zur Kenntnis zu nehmen.

4. Herr Gem.-Rath Eigner hat eine Interpellation wegen Übelständen, welche sich bei den Rohrlegungen im XVII. Bezirke ergeben haben, eingebracht.

Ich habe die Ehre, darauf Folgendes zu bemerken: Bei diesen am 12. März d. J. begonnenen Herstellungen wurde, um die zahlreichen sich meldenden Arbeiter nach Möglichkeit beschäftigen zu können, sofort eine größere Anzahl derselben zu den Grabarbeiten aufgenommen und zeigte sich bereits nach Verlauf einer Woche, dass die Verwendung geschulter Rohrleger eine zu geringe war, um bei Legung der Rohre mit den Aufgrabungen gleichen Schritt zu halten und waren desgleichen zur Durchbrechung von Canälen und Herstellung der nöthigen Wechsellästen die genügende Anzahl von Maurern insbesondere in der Osterwoche nicht erhältlich.

Es wurde daher dem Erstherr dieser Arbeiten vom Stadtbauamte bereits der strenge Auftrag erteilt, alles anzubieten, um nunmehr die Rohrlegungsarbeiten mit dem Fortschritte der Grabarbeiten im Sinne der Bedingungen in Einklang zu bringen und dadurch auch jene Übelstände zu vermeiden, welche bei lange offen

stehenden Kohrgräben in Bezug auf die Abschränkung und Beleuchtung eines zu sehr ausgedehnten Arbeitsplatzes eintreten.

Nach der Zusicherung der Bauunternehmung wird alles aufgebieten, um die gerügten Übelstände, soweit dieselben noch bestehen, vollends zu beheben.

Ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen.

5. Herr Gem.-Rath Graf hat interpelliert wegen Einhaltung der vorgeschriebenen Amtsstunden, dann wegen Honorierung der Kanzlei- und Hilfsbeamten (Diurnisten) des Bezirksamtes für den XVI. Bezirk und hat dann die Anfrage gestellt: „Ist der Herr Bürgermeister geneigt, ehestens zu veranlassen, dass den Kanzlei- und Hilfsbeamten bei dem magistratischen Bezirksamte für den XVI. Bezirk für ihre außergewöhnliche Dienstleistung in den Nachmittagsstunden das denselben gebührende Kostgeld von täglich 84 kr. auf die Dauer ihrer notwendigen Verwendung angewiesen und auf diese Weise dem Gebote der Gerechtigkeit entsprochen werde; und ist derselbe ferner geneigt, dem für länger unhaltbaren Zustande der Überbürdung der Beamten an diesem Bezirksamte durch entsprechende Vermehrung des Personales abzuwehren?“

Ich habe die Ehre, hierüber Folgendes zu berichten:

Über die von dem Herrn Gem.-Rathe Ferdinand Graf eingebrachte Interpellation über die Heranziehung der Kanzlei- und Hilfsbeamten des magistratischen Bezirksamtes für den XVI. Bezirk zur Aufarbeitung von Rückständen in den Nachmittagsstunden wird Nachstehendes berichtet:

Nach den gepflogenen Erhebungen ist es richtig, dass die Kanzleibeamten und sieben Diurnisten des Bezirksamtes für den XVI. Bezirk seitens der Amtsleitung verhalten wurden, behufs Aufarbeitung von Rückständen in der Woche dreimal in den Nachmittagsstunden von 2 bis 7 Uhr das Amt zu frequentieren.

Es hat sich nämlich die Nothwendigkeit der Einführung des Nachmittagsdienstes in Berücksichtigung des Umstandes ergeben, dass dieses Bezirksamte infolge Überbürdung mit Agenden, gleichwie bei mehreren anderen magistratischen Bezirksämtern, und insbesondere mit Rücksicht auf die große Bevölkerungsanzahl dieses Bezirkes infolge nicht genügender Dotierung mit Arbeitskräften in Rückstände gerathen ist, ein Umstand, auf den die Magistratsdirection bereits vor mehr als einem Jahre auf Grund der gepflogenen Erhebungen aufmerksam wurde, und der sie bestimmte, so weit es die beschränkten räumlichen Verhältnisse dieses Bezirksamtes erlaubten, seit diesem Zeitpunkte successive neue Arbeitskräfte behufs Aufarbeitung der Rückstände zuzuweisen.

Nachdem aber auch nach erfolgter Zuweisung neuer Arbeitskräfte, deren Abgang bei den Ämtern, welchen sie entnommen wurden, gleichfalls das Anwachsen von Rückständen im Gefolge haben kann, noch immer eine große Anzahl von Acten der Erledigung harret, sah sich die Amtsleitung über Weisung der Magistratsdirection veranlasst, den Nachmittagsdienst einzuführen.

Was nun die Leistung des Nachmittagsdienstes seitens der Diurnisten anbelangt, so muss allerdings zugegeben werden, dass im gegebenen Falle eine über das Maß der gewöhnlichen Leistung hinausgehende Verpflichtung vorliegt, jedoch steht dieser Fall nicht vereinzelt da, da sich auch bei den übrigen Bezirksämtern und in der Centrale zu gewissen Zeiten die Nothwendigkeit ergibt, dass die Diurnisten in den Nachmittagsstunden Dienst leisten; es geht daher nicht an, bezüglich dieser Diurnisten eine Ausnahme zu machen und denselben Kostgelder anzuweisen, weil sonst alle anderen Diurnisten, die gleichfalls in den Nachmittagsstunden

Dienst leisten müssen, mit dem gleichen Ansuchen um Anweisung des Kostgeldes herantreten würden.

Da aber in der That die Dienstleistung der dem Bezirksamte für den XVI. Bezirk zugewiesenen Diurnisten eine sehr angestrenzte ist, und dieselben nunmehr die Nachmittagsfrequenz anhaltend versehen müssen, so wäre denselben nach Aufarbeitung der Rückstände, welche circa nach Ablauf von 2 bis 3 Monaten zu gewärtigen ist, eine Remuneration in Aussicht zu stellen.

Was den Nachmittagsdienst der Kanzleibeamten betrifft, so liegt es in ihrer, im § 33 der Dienstpragmatik begründeten Verpflichtung, so lange zu arbeiten, als es nothwendig ist, um den dienstlichen Anforderungen zu entsprechen, und es trifft diese Mehrleistung auch bei den Kanzleibeamten der übrigen magistratischen Bezirksämter und der Centrale zu.

Was schließlich die Überbürdung des Bezirksamtes für den XVI. Bezirk betrifft, so ist die Überbürdung nicht nur dieses Bezirksamtes, sondern auch der übrigen Bezirksämter eine notorische Thatsache und hat die Magistratsdirection nach Maßgabe der verfügbaren Kräfte ohnedies der Vermehrung der Arbeitskräfte in diesem Bezirksamte Rechnung getragen.

Ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen.

Ich ersuche um Mittheilung der Einläufe:

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

6. Interpellation des Gem.-Rathes Herold:

Was gedenkt der Herr Bürgermeister zu veranlassen, um dem lebensgefährlichen Radfahren Einhalt zu gebieten, welches insbesondere in letzter Zeit die Sicherheit des Publicums im höchsten Grade gefährdet?

Bürgermeister: Ich werde mich mit der Sicherheitsbehörde ins Einvernehmen setzen und sohin die Interpellation beantworten.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

7. Interpellation des Gem.-Rathes Dr. Friedjung:

Im Verlaufe des Streites der Gasarbeiter ist die Gasgesellschaft in die Unmöglichkeit verlegt worden, die übernommenen Verpflichtungen einzuhalten und es ist auch durch die Verschlechterung der Beleuchtung in den Geschäftsfocalen, sowie durch den Stillstand von Gasmotoren zahlreichen Gewerbetreibenden empfindlicher Schaden zugefügt worden.

Beweise hiefür können durch das Zeugnis von hunderten von schwer Geschädigten herbeigebracht werden.

Unter diesen Umständen ist es Sache der Gemeinde Wien, die Gasgesellschaft zur genauen Einhaltung ihrer Verpflichtungen zu veranlassen.

Die Gemeinde ist dies nicht nur den Bürgern der Stadt schuldig, sie muss ihr Recht auch deshalb wahren, weil die Gemeindevertretung sich sonst dem Verdachte aussetzen würde, dass sie in dem Streite zwischen Capital und Arbeit durch ihr, der Gasgesellschaft willkommenes Stillschweigen Partei gegen die Arbeiter ergreifen wolle. Das mindeste aber, was die Arbeiter von der Gemeinde zu erwarten berechtigt sind, ist volle Unparteilichkeit.

In dem bestehenden Gegensatz haben die öffentlichen Gewalten über den Parteien zu stehen; sie üben gegen die capitalistischen Unternehmungen sträfliche Nachgiebigkeit, wenn sie dieselben während des Streites ihrer Verpflichtungen entheben.

Deshalb stellt der Gefertigte nachstehende Interpellation:

Was gedenkt der Herr Bürgermeister zu thun, um die Gasgesellschaft zu veranlassen, unter allen Umständen die Beleuchtung der Stadt genau nach den feststehenden Normen durchzuführen und die Schädigung der Gewerbetreibenden, welche bereits eingetreten ist, gutzumachen und für die Zukunft zu verhindern?

Bürgermeister: Es ist eine zweite Interpellation im gleichen Sinne vorhanden.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

8. Anfrage des Gem.-Rathes Dr. Lueger:

Es ist mir mitgetheilt worden, dass die öffentlichen Gasflammen nicht die vertragsmäßige Stärke haben, und dass auch die im Gasvertrage vorgeschriebenen Messungen nicht vorgenommen werden.

Da in diesem Vorgehen eine ganz ungehörige Conivenz gegenüber der englischen Gasgesellschaft zu Ungunsten der stinkenden Arbeiter gelegen wäre, so frage ich:

1. Welchen Consum haben die zur öffentlichen Beleuchtung dienenden Gasflammen während des Strikes gezeigt?

2. Sind die der Gemeinde nach dem Gasvertrage zustehenden Messungen über die Beschaffenheit des Gases, über den Druck u. während des Strikes vorgenommen worden, und welches Resultat haben dieselben ergeben?

Bürgermeister: Ich werde über die angeregten Behauptungen Erhebungen pflegen und sohin diese Interpellationen beantworten, sobald es möglich ist.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

9. Interpellation des Gem.-Rathes Schuß:

Geehrter Herr Bürgermeister!

Mehr als drei Jahre sind seit der Vereinigung der Vororte mit Wien verlossen; der große Aufschwung aber in der baulichen Entwicklung, welche von dieser Vereinigung erhofft und von Regierungs- und Vertretungskörpern der Bevölkerung in Aussicht gestellt wurde, ist leider nicht in Erfüllung gegangen.

Die Gemeinde Wien, welche sich ebenso wie bei der ersten Stadterweiterung zu den größten Opfern und Ausgaben, welche man nur einer Stadt und ihrer Bevölkerung zumuthen kann, genöthigt sah, um die Realisierung des großen Werkes nicht zu hindern, sieht sich in der Erfüllung ihrer Hoffnungen unendlich getäuscht.

Die von der Gemeinde Wien gehegte Hoffnung, es werde durch die gewissen Bauten gewährte 18jährige Steuerfreiheit die Bauhätigkeit gehoben und Handel und Wandel geschaffen werden, ist, wie die circa 10.000 leerstehenden Wohnungen beweisen, auch nicht verwirklicht worden.

Andererseits ist nicht zu verkennen, dass die Erwerbs- und Arbeitslosigkeit in der Bevölkerung in einer Weise zugenommen haben, dass sie, wenn nicht durch Schaffung genügender öffentlicher Arbeiten rechtzeitig Abhilfe bewirkt wird, eine Gefahr für die Stadt werden können.

Die Stadt Wien, welche durch die theilweise Decentralisierung der öffentlichen Verwaltung, in Folge deren sie viele große Institute verliert, großen Schaden genommen hat und nicht mehr wie einst den Vereinigungspunkt der Aristokratie und den ausschließlichen Mittelpunkt des Reiches bildet, bedarf eines neuen, kräftigen Impulses, um bei seiner Entwicklung nicht stehen zu bleiben.

Muss es nicht schmerzlich berühren, wenn der Stadt Wien, wie es nach der Meldung der Journale von hoher Seite geschehen sein soll, der Vorwurf gemacht wird, dass sie in ihrer Entwicklung nicht gleichen Schritt mit einer jüngeren Residenzstadt halte, ja im Gegentheile von ihr noch überflügelt werde.

Nachdem nun die Stadt Wien sich sowohl, was die zur Pflege der öffentlichen Gesundheit erforderlichen Einrichtungen, wie Wasserleitung, Canalisation, Gartenanlagen, als auch was ihre Schulen und Humanitätsanstalten betrifft, in einer Weise entwickelt hat, dass sie keiner anderen Stadt nachsteht, könnte derselben ein neuer, kräftiger Impuls nur dadurch gegeben und die Bauhätigkeit nur dadurch in entsprechender Weise gehoben werden, dass die einheitliche und planmäßige Regulierung der Inneren Stadt und der in dieselben führenden Hauptstraßen schleunigst und durchgreifend in Angriff genommen wird.

Dass diese Regulierung ehestens durchgeführt werde, dazu hat die Stadt Wien auch ein gutes Recht.

Durch die Munificenz weiland Kaiser Josef II. wurden zufolge der Allerhöchsten Entschliessungen desselben vom 3. und 21. März, sowie vom 6. October 1771 die aus 108 Joch bestehenden Glacis- und Fortificationsgründe der Gemeinde Wien ins Eigenthum übertragen.

Leider ist es der Gemeinde Wien nicht gelungen, dieses Eigenthumsrecht zu wahren, und wird man es sonach begreiflich finden, wenn Wien bei dem Entgange solcher Capitalien nicht mehr gleichen Schritt mit einer Residenz jüngsten Datums halten konnte, an deren Verschönerung und Entwicklung nicht nur das Land selbst, sondern auch die Provinz und die höchsten Kreise mit den größten Opfern sich betheiligen.

Wie dem übrigens auch sei, so viel ist sicher, dass die Regulierung der Inneren Stadt schon durch das Allerhöchste Handschreiben an Freiherrn v. Bach vom 20. December 1857 als eine der Hauptaufgaben des damals aus den eigentlich der Commune Wien gehörigen Glacis- und Fortificationsgründen geschaffenen Stadterweiterungsfondes bestimmt und angeordnet wurde.

Es heißt nämlich in diesem Allerhöchsten Handschreiben:

I. Es ist Mein Wille, dass die Erweiterung der Inneren Stadt mit Rücksicht auf die entsprechende Verbindung derselben mit den Vorstädten ehestmöglichst in Angriff genommen und hiebei auch auf die Verschönerung und Regulierung Meiner Residenz und Reichshauptstadt Bedacht genommen werde.

II. Fand sich Se. Majestät huldvollst gewogen, dass die der Gemeinde Wien eigenthümlich zugehörigen Glacis- und Fortificationsgründe zur Bildung eines Fonds benützt werden, dessen Erlös dazu zu dienen hat, die dem Staatsapparate erwachsenden Auslagen, insbesondere aber die Kosten zur Herstellung öffentlicher Gebäude, sowie der notwendigen Militäranstalten zu bestreiten. Nicht minder ist auf die Errichtung von Markthallen und deren entsprechende Vertheilung Bedacht zu nehmen u. s. w., und endlich:

Es ist die Regulierung der Inneren Stadt im Auge zu behalten.

Aus diesem Allerhöchsten Handschreiben geht hervor, dass ebenso wie bei der Kasernenfrage, welche erst kürzlich der Lösung zugeführt wurde, so auch die Regulierung der Inneren Stadt und die Erbauung von Markthallen auf Kosten des Stadterweiterungsfondes als in deren Programm gelegen durchzuführen sind.

Die Stadt Wien hat also ein Recht, dass der Fond, welcher aus ihrem Eigenthum geschaffen wurde, zu den Aufgaben, zu welchen er bestimmt ist, und zu diesen gehört eben, wie gezeigt, auch die Regulierung der Inneren Stadt und die Erbauung der Markthallen, verwendet werde.

Wenn man nun erwägt, in welchem langsamen Tempo die Arbeiten durchgeführt werden, und dass an die eigentliche Regulierung der Inneren Stadt gar nicht gegangen wird, dieselbe vielmehr nur von Fall zu Fall aus Anlass einzelner Neubauten stattfindet, was gewöhnlich mit bedeutenden Kosten für die Stadt Wien verbunden ist, wenn man sonach erwägt, dass durch dieses ziellose Vorgehen die Stadt Wien und die steuertragende Bevölkerung empfindlich geschädigt werden, so wird man es begreiflich finden, wenn sich der Bevölkerung hierüber eine Missstimmung bemächtigt.

Nachdem nun die Stadtvertretung in erster Linie berufen ist, für die Interessen der Stadt und ihrer Bevölkerung einzutreten und Mittel zu schaffen, um der zunehmenden Erwerbs- und Arbeitslosigkeit zu steuern, nachdem die Regulierung der Inneren Stadt das geeignete Mittel bilden würde, um neue Arbeit zu schaffen und die Entwicklung der Stadt in mächtiger Weise zu fördern, nachdem es weiters auch den Allerhöchsten Intentionen entsprechen würde, die Regulierung der Inneren Stadt in Angriff zu nehmen und die Durchführung auch durch die bereits in kürzester Zeit zu gewärtigende definitive Feststellung des General-Regulierungsplanes bedeutend erleichtert ist, so erlaube ich mir an den geehrten Herrn Bürgermeister die ergebene Anfrage:

Ist derselbe geneigt:

I. Mit dem betreffenden Ministerium und dem Stadterweiterungsfonde in Unterhandlungen zu treten und bei diesen Factoren dahin zu wirken, dass die Regulierung der Inneren Stadt endlich einmal begonnen und durchgeführt werde?

II. Dahin zu wirken, dass die in dem oben bezogenen Allerhöchsten Handschreiben erwähnten Markthallen durch den Stadterweiterungsfond gebaut werden?

III. Falls die bei dem Stadterweiterungsfonde und dem Ministerium zu unternehmenden Schritte vergeblich bleiben sollten, die Bitte dem Allerhöchsten Throne zu unterbreiten?

IV Dem Gemeinderathe hierüber Bericht zu erstatten?

Bürgermeister: Nach den gestellten Anfragen ist es begreiflicherweise nicht möglich, diese Interpellation in einer der nächsten Sitzungen zu beantworten, weil ja Verhandlungen vorhergehen müssen.

Ich werde aber dem Gegenstande meine Aufmerksamkeit zuwenden und sobald es mir möglich ist, auf denselben zurückkommen und die Fragen beantworten.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

10. Anfrage des Gem.-Rathes Dr. Lueger:

Im städtischen Versorgungshause in Liesing verzieht der hochwürdige Herr Dr. Frecechtel die Seelsorge. Derselben gebürt aus dem Religionsfonde eine jährliche Congrua von 525 fl., welche demselben aber, trotzdem bereits 2 1/2 Jahre, sage zweieinhalb Jahre, verstrichen sind, noch nicht angewiesen ist. Der 74jährige Greis befindet sich trotz der Unterstützung seitens der Gemeinde in großer Nothlage, und es muss die Verschleppung dieser Angelegenheit seitens der hohen Staatsbehörden als unverantwortlich bezeichnet werden.

Ich stelle daher die Frage:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, die endliche Erledigung dieser Angelegenheit zu betreiben?

Bürgermeister: Die Angelegenheit gehört zwar nicht unmittelbar in den communalen Wirkungskreis, ich werde aber über den Gegenstand Erhebungen pflegen und dann die Interpellation beantworten.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

11. Antrag des Gem.-Rathes Karl Johann Müller:

Die Bepflanzung der Ringstraße kostet der Gemeinde mit jedem Jahre mehr Geld, welche aber trotz der neuen Methoden, als Cunnettes, Rasenbelag u. c., keinen Erfolg aufweist, im Gegentheile, man könnte sagen, immer schlechter wird. Die Wurzeln der Bäume sterben ab, nachdem durch den festgetretenen Boden zu denselben keine Luft und auch kein Wasser bringen kann. Die Be-

wässerung am Stamme ist schlecht, weil an dem einen Punkte zu viel Wasser ist, das Gießen auf dem Rasenbelag zum Theile abfließt, aber im ganzen auch zu wenig ist, nachdem dadurch nur der Rasen selbst, die Wurzeln des Baumes aber keine Nahrung bekommen. Die Folge davon ist der zeitliche Laubfall, das Krankwerden und Absterben des Baumes nach ganz kurzer Zeit; dass dies richtig ist, kann man an den Bäumen nächst dem Reitswege sehen, wo bedeutend weniger abgestorben sind. Auch dürfte der Schnitt der Bäume nicht der richtige sein.

Es stellen die Gefertigten den Antrag:

Der Herr Stadtgärtner und der Gärtnergehilfe, welche die Pflanzung und Pflege der Alleeebäume an der Ringstraße, Laistenstraße etc. zu besorgen haben, seien aufzufordern, unverweilt Bericht zu erstatten über die Ursachen der so massenhaft in den Alleen absterbenden Bäume, auch der jüngst gepflanzten, und ferner seien von diesen beiden Personen Vorschläge dem Gemeinderathe zu machen, wie denselben vorgebeugt werden kann.

Bürgermeister: Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung unterzogen.

Auf unserer dringenden Tagesordnung stehen zwei Gegenstände, welche vor der Fortsetzung der Debatte über den Hauptvoranschlag pro 1894 erledigt werden müssen. Ich ersuche Herrn Gem.-Rath Dr. Stenzl zum Referate.

12. Referent Gem.-Rath Dr. Stenzl: Ich habe die Ehre, zu referieren zur Zahl 2185. Es betrifft das einen Antrag, betreffend die Beteilung der Gemeinde Wien an der Ausstellung in Antwerpen, und zwar handelt es sich um einen Zuschusscredit. Der bisherig bewilligte Credit von 1000 fl. wird verbraucht zur Herstellung von Plänen und zur Ausstattung derselben. Es ist nun noch ein Betrag von 300 fl. erforderlich, und es wird daher der Gemeinderath gebeten, zur Rubrik LII/19 einen Zuschusscredit in der Höhe von 300 fl. behufs Beteiligung der Gemeinde Wien an der Ausstellung in Antwerpen im Jahre 1894 zu gewähren. Ich bitte um Genehmigung dieses Antrages.

Bürgermeister: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. — Angenommen.

Beschluss: Behufs Beteiligung der Gemeinde Wien an der Ausstellung in Antwerpen im Jahre 1894 wird ein Zuschusscredit von 300 fl. zur Rubrik LII 19 bewilligt.

13. Referent Gem.-Rath Wurm: Zahl 2016, Beilage Nr. 72. Es handelt sich um die Baulinienbestimmung für die Sternstraße Nr. 7 und infolge dessen für einen Theil der Marc Aurelstraße und Sternstraße, weil das genannte Haus ein Eckhaus zwischen diesen beiden Gassen bildet. In der Marc Aurelstraße und Sternstraße sind die Baulinien bereits bestimmt, und zwar nach einem großen Plane, worin die ganzen Straßenzüge in Aussicht genommen sind. Vorläufig ist es jedoch nicht zweckmäßig, mehr zu bestimmen, von diesen bereits in Aussicht genommenen Baulinien, als unumgänglich nothwendig ist. In der Marc Aurelstraße ist die Baulinie auf Seite der ungeraden Nummern bereits bestimmt, es ist daher nothwendig, für die geraden Nummern der Straße zwischen dem Hohen Markte und der Sternstraße die Baulinie ebenfalls festzusetzen, und zwar wird beantragt, die Baulinie nach den Buchstaben r p mit einer Breite von 18 m von der gegenüberliegenden Häuserfront festzusetzen.

Bezüglich der Sternstraße ist die Baulinie bereits bestimmt in dem Theile von der Marc Aurelstraße bis zur Fischerstiege und in dem Theile gegen die Judengasse für Haus Nr. 4. Es wird beantragt, gegenwärtig für den dem Hause Nr. 4 gegenüberliegenden Theil, nämlich für die Häuser Nr. 5 und 7, die Baulinien ebenfalls festzusetzen, und zwar in der Strecke p l' in einer Ent-

fernung von 14 m von der gegenüberliegenden Häuserfront. Der Antrag des Stadtrathes geht daher dahin (liest):

„Es seien die Baulinien für die Häuser Nr. 2 und 4 Marc Aurelstraße bei einer Straßenbreite von 18 m nach der Linie r p und für die Häuser Nr. 5 und 7 Sternstraße bei einer Straßenbreite von 14 m nach der Linie p l' zu bestimmen.“

Ich bitte, diesen Antrag anzunehmen.

Bürgermeister: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Der Antrag ist angenommen.

Beschluss: Die Baulinien für die Häuser 2 und 4 Marc Aurelstraße werden bei einer Straßenbreite von 18 m nach der Linie r p und für die Häuser 5 und 7 Sternstraße bei einer Straßenbreite von 14 m nach der Linie p l' bestimmt.

14. Bürgermeister: Wir kommen nun zur Fortsetzung der Debatte über den Hauptvoranschlag der Stadt Wien pro 1894.

(Referent des Stadtrathes Gem.-Rath B o s c h a n und Referent der Budget-Commission Gem.-Rath M a y e r treten an den Referententisch.)

Das Wort hat Herr Gem.-Rath Vincenz Wessely.

Gem.-Rath Vincenz Wessely: Geehrte Herren! Die Berathung über den Hauptvoranschlag gibt den einzelnen Gemeinderäthen die einzige Gelegenheit, die gemachten Erfahrungen und gesammelten Bemerkungen über die verschiedenen Mängel in der Verwaltung zu besprechen; sonst findet sich im ganzen Jahre für den Gemeinderath keine Gelegenheit, seiner Pflicht im Sinne des Versprechens, welches er den Wählern gegeben hat, nachzukommen. Mit den Antragstellungen und Interpellationen nützt man der Wählerschaft sehr wenig. Die Anträge insbesondere werden, ob sie von dieser oder jener Seite gestellt werden, ganz einfach an den Stadtrath gewiesen. Wenn sie schriftlich eingebracht oder wenn sie bei Gelegenheit einer Debatte über irgendeinen Gegenstand gestellt werden, immer heißt es: „Es geht an den Stadtrath.“ Dabei wird nicht einmal der Antragsteller zu den Beratungen im Stadtrathe eingeladen, um seine Anträge zu motivieren und vielleicht doch die Verwirklichung seiner gesunden Idee zu Gunsten der Bevölkerung durchzusetzen. Kurz, die ganze Thätigkeit des Gemeinderathes ist gleich Null, und nur hier bei Besprechung des Hauptvoranschlages kann man vielleicht doch irgendwelche Anregungen für künftige Zeiten geben. Ich habe mir diese Gelegenheit nicht entschlüpfen lassen und mir das Wort erbeten mit dem Vorsage, rein sachlich über den Hauptvoranschlag zu sprechen, kann aber mit dem besten Willen meinem Vorsage nicht ganz treu bleiben.

Es hat in der Freitag-Sitzung zwei Herren beliebt, Reden zu halten, die geradezu herausfordernd waren. Ich kann nicht widerstehen, ich muß einige Bemerkungen daran knüpfen. Beide Herren befassten sich meistens mit der Rede unseres Führers, des Herrn Dr. Lueger. Unser Führer hat nicht ad personam gesprochen. Nein, er hat für die Partei, für die Opposition gesprochen, denn er hat uns im Club seine skizzierte Rede bekanntgegeben und mit unserer Zustimmung hat er hier gesprochen. Und was war die Antwort? Sie haben die Ihnen zum Frieden dargebotene Hand schnöde zurückgewiesen.

Einer der Redner, Herr St.-R. Dr. Vogler, ist sogar so weit gegangen, zu sagen: „Umkehr müssen Sie halten und Gerechtigkeit brauchen wir nicht zu üben, unsere Partei war immer gerecht.“ Das ist ein Ausspruch, der mir so vorkommt, als ob Herr St.-R. Dr. Vogler die ganze Welt zum Narren halten

wollte. (So ist es! links.) Dieser Ausspruch war für jeden von uns ein so derber Faustschlag ins Gesicht, wie man ihn gar nicht schildern kann. Wenn von Ihrer Seite von Gerechtigkeit uns gegenüber gesprochen wird, dann dürfen Sie sich nicht wundern, wenn jeder, auch der gemäßigteste, in Harnisch gebracht wird. Mit solchen Reden schließt man keinen Frieden, damit machen Sie sich den gemäßigtesten Opponenten zum erbittertesten Gegner. Sie sprechen von Gerechtigkeit. Ich will nicht davon sprechen, wie Sie die Mandate unter sich vertheilen. Aber einen Fall will ich Ihnen von Ihrer Gerechtigkeit erzählen. Mein Vordermann, Herr College Bärkl, war 16 Jahre Mitglied des Curatoriums der Franz Josef-Stiftung. Er hat mitgeholfen, das Statut zu verfassen. Bei der letzten Wahl vor zwei Jahren haben Sie den Mann hinausgeworfen. (So ist es! links.) Ist das Gerechtigkeit? Was hat der Mann verbrochen? Ist er seiner Pflicht nicht nachgekommen? Ist er vielleicht einer der saumseligen Gemeinderäthe? Kommt er seiner Pflicht nicht nach? Der Mann ist 27 Jahre im Gemeinderathe, ist im Gemeinderathe alt geworden, und Sie haben ihm diese Kränkung angethan. (Rufe: Er macht sich nichts daraus!) Er ist gekränkt worden, und es kränkt ihn heute noch, und das nennen Sie Gerechtigkeit. Das ist der Beweis, daß das, was behauptet wurde, leicht zu widerlegen ist.

Herrn Gem.-Rath Frauenberger haben Sie selbst nicht ernst genommen. Derselbe hat sich zuerst mit der Rede unseres Führers Dr. Lueger befaßt. Er sagte, der will Vice-Bürgermeister werden! Nun, meine Herren, für die Stadt Wien wäre es ja kein Unglück, ob es aber für unsere Partei, für den Club, von Vortheil wäre, das will ich sogar bezweifeln.

Herr Gem.-Rath Frauenberger machte uns den Vorwurf, daß wir nie mit Vorschlägen herantreten, auf welche Art wir das Deficit eigentlich decken könnten. Nun, das ist längst und oft von uns gesagt worden, daß man der Gemeinde Einnahmen schaffen soll, welche das Deficit nicht so anschwellen lassen. Es sind genug Vorschläge von uns gemacht worden, aber wir sind immer mit unseren Ansichten ignoriert worden.

Er sagte, wir haben auch keine Erfolge unserer Thätigkeit hier aufzuweisen. Meine Herren! Das ist der alte Kohl, den er aufgewärmt hat, den hören wir immer! Nun, meine Herren, das ist ja ganz einleuchtend, wenn Sie uns von den meisten Arbeiten ausschließen, können wir nicht vieles leisten. Aber trotzdem sind wir in der Lage, nachzuweisen, daß die Opposition schon sehr viel geleistet hat.

Ich will nur darauf hinweisen, daß es das Verdienst der Opposition ist, daß der tägliche Fleischmarkt errichtet wurde. Derselbe ist gewiß eine Wohlthat für die Wiener Bevölkerung, das ist unstrittig. Wenn er auch angefeindet und verschiedenes bemängelt wird, so bleibt es doch unbestritten, daß der tägliche Fleischmarkt für Wien eine Wohlthat ist. Hätten wir den täglichen Fleischmarkt nicht, so hätten die Wiener schon längst das Kilo Rindfleisch um einen Gulden bezahlen müssen. Der tägliche Fleischmarkt hat dies bis jetzt verhütet. Dies verdanken wir aber der VIII. Section, in welcher die Majorität der Mitglieder der Opposition angehörte. Wenn auch nicht immer die Opposition die Majorität in der VIII. Section gehabt hat, so ist es aber doch nachweisbar, daß die Mitglieder der Opposition die fleißigsten waren, die Herren der liberalen Partei waren in der Section nur selten anwesend, und es war der Obmann der Section ein Mitglied der Opposition. Man hat nun seinerzeit daran gearbeitet, den

täglichen Fleischmarkt zu decentralisieren. Auch in der neuesten Zeit ist diese Idee wieder aufgetaucht, man wird solange keine Ruhe geben, bis dieses Institut vielleicht doch ruiniert ist. Ich hatte seinerzeit auch ein Referat zu erstatten, welches diese Frage zu behandeln hatte. Schon damals hat man geplant, den täglichen Fleischmarkt zu decentralisieren. Der Gemeinderath hat aber nach dem Antrage der VIII. Section diesen Antrag abgelehnt, es ist also die Decentralisation nicht durchgeführt worden.

Der verstorbene Herr Bürgermeister — Gott lasse ihn ruhen! — war sehr erbost über diesen gefaßten Beschluß des Gemeinderathes und hat sich vorgenommen, es doch durchzusetzen, den täglichen Fleischmarkt zu decentralisieren. Meine Herren! Ich bilde mir gerade darauf etwas ein, daß ich es war, welcher den verstorbenen Bürgermeister davon abgebracht hat. Ich habe mit ihm privatim gesprochen, ich habe ihm auseinandergesetzt, wie sich die Sache verhält, und er ist von der Idee abgekommen. Er ist gestorben und es ist nicht dazu gekommen, daß der Fleischmarkt decentralisiert worden ist. Ich bitte, sich auch für die Folge daran zu halten. Wenn dieses Institut sich erhalten soll, so darf es nicht decentralisiert werden. Sobald es decentralisiert wird, werden die Fleischpreise nicht verbilligt, sondern vertheuert. Die Nachfrage wird eine größere, weil die Waren, die dort sind, in andere Bezirke verschleppt und die noch dort verbleibenden Waren vertheuert werden. Es wäre ein Unglück, wenn Sie dem Antrage folgen würden, daß der tägliche Fleischmarkt decentralisiert wird.

Weiters haben wir, die Opposition, die Einhebung der Marktgebühren in eigene Regie aufzuweisen. Meine Herren! Es war uns, daß die Einhebung der Marktgebühren pachtweise vergeben wurde. Die VIII. Section hat es durchgesetzt, daß der Gemeinderath beschlossen hat, die Einhebung der Marktgebühren in eigene Regie zu übernehmen. Im ersten Jahre hat die Gemeinde dadurch über 40.000 fl. rein gewonnen. Das war auch eine That der Opposition.

Weiters haben wir die eigene Regie in der Gräberaus schmückung an Central-Friedhöfen durchgesetzt. Der Herr St.-R. Baugoin lacht — aber es ist doch wahr, und ich erinnere Sie nur daran, wie uns der St.-R. Noske die ganze Ziergärtner-Genossenschaft auf den Hals gebunden hat. Die Ziergärtner und Blumenhändler waren dagegen, daß die eigene Regie durchgeführt werde, und wir haben es doch durchgesetzt, daß sie durchgeführt wurde. Wenn wir es auch nicht allein durchgesetzt haben, so haben wir doch wesentlich dazu beigetragen, daß mit Hilfe unserer Partei dieselbe zustande gekommen ist.

Ich will noch das eine erwähnen, daß die Fouragebeistellung am Central-Viehmarkte auch durch uns durchgesetzt wurde; auch dadurch haben wir kolossale Einnahmen erzielt.

Meine Herren! Es ist traurig, wenn man den Schwächeren in der Art behandelt, wie Sie es gethan haben. Herr Dr. Lueger hat, wie ich schon gesagt habe, als Führer der Opposition Ihnen die Hand zum Frieden geboten, und wenn Sie dem Herrn Dr. Bogler beistimmen und so vorgehen, wie er sich geäußert hat, daß Sie die Empfindung haben, Sie brauchten keine Gerechtigkeit zu üben, Sie hätten dieselbe geübt und Sie brauchten keine Umkehr zu halten — dann, meine Herren, ist es ja wirklich der Fall, daß Sie uns den Fehdehandschuh entgegenwerfen, und wenn Sie glauben, daß wir ihn aufnehmen sollen und müssen, so werden wir es thun. Das wollte ich den zwei Herren gesagt haben.

Nun gehe ich auf die eigentliche Frage über: auf den Hauptvoranschlag. Wer sich von den Herren der Mühe unterzogen hat, den Hauptvoranschlag zu studieren, und auch die Gruppe VII durchgegangen ist, der wird finden, daß in der Approvisionierungsfrage und im Marktwesen eigentlich gar nichts geschehen sollte. Wer die Gruppe durchgegangen ist, muß zu der Meinung kommen, daß unsere Approvisionierungsfrage und das Marktwesen in der größten Ordnung sind, und dennoch, meine Herren, stelle ich die Behauptung auf, daß dieselben im desolatesten Zustande sind und daß es die höchste Zeit ist, daß man etwas Neues schafft. Denn ich möchte sagen, das Marktwesen und die Approvisionierungsfrage sind so verworren, daß eine Reorganisation gar nicht denkbar ist. Es muß etwas ganz Neues geschaffen werden. Ich bin mir wohl bewußt, daß ich mich wieder einer Gefahr aussetze, wenn ich diese Frage behandle, denn es sind schon andere Männer da gewesen als ich, Fachmänner, Capacitäten, welche, wenn sie diese Frage berührt haben, selbst von ihren Freunden, die sie am meisten geehrt haben, im Stiche gelassen wurden. Es ist eine sehr heikle Sache, wenn ein Fachmann über die Approvisionierung spricht, und ich erinnere mich noch immer daran, daß mir einmal von dem heutigen Herrn Vorsitzenden Vice-Bürgermeister Dr. Richter zugerufen wurde: „Sie haben gar keinen Dunst von der Approvisionierung!“

Aber, meine Herren, selbst im Bewußtsein dieser Gefahr, im Stiche gelassen zu werden, will ich es doch probieren, etwas vorzubringen. Es ist während der ganzen Debatte auf diese Gruppe wenig oder gar nicht hingewiesen worden und doch ist sie, wie ich schon vorhin gesagt habe, sehr reformbedürftig. Unser Marktwesen spottet einfach jeder Beschreibung. Wir haben eine Marktordnung, welche aber nur auf dem Papiere steht, durchgeführt wird sie nicht. Ich weiß nicht, ob unser ehemaliger Obmann unserer Approvisionierungssection selbst etwas von der Marktordnung weiß, die ich da habe.

Sie ist irgendwo verborgen, aber niemand weiß davon. Man ist in der Approvisionierungsfrage noch immer der irrigen Anschauung gewesen, daß durch die Hebung der Concurrenz im Handel die Lebensmittel billiger werden. Meine Herren, das ist doch eine gefehlte Anschauung; wenn Sie in der Lage sein werden, Concurrenz in den Producten zu schaffen, dann wird das etwas anderes sein: sobald aber der Markt immer dieselbe Zufuhr oder weniger hat und immer mehr Händler sich einstellen, so vermehren Sie die Nachfrage nach der Ware, und die Ware wird theurer. Man hört allgemein, daß die Lebensmittel in Wien so theuer werden. Was ist die Ursache dieser ungeheuren, schrankenlosen Concurrenz? Das unbegrenzte Gewerbeverleihen an Leute, welche sich ein paar hundert Gulden erspart haben, welche wegen der schlechten Geschäftsverhältnisse das Gewerbe, welches sie bis dahin ausgeübt haben, aufgeben müssen, und nun glauben, sich retten zu können, wenn sie sich auf irgendein Approvisionierungsgewerbe werfen; sie stecken ihre paar hundert Gulden hinein, in ein paar Wochen sind sie damit fertig und gehen weg wie die Dirne vom Tanz. Ich könnte nachweisen, daß es Genossenschaften gibt, wo in einem Jahre 1000 bis 1200 Anmeldungen und ebensoviel Zurücklegungen von Gewerben vorkommen. Es wäre aber ein Irrthum, zu glauben, daß diejenigen Mitglieder, welche ihr Geschäft zurücklegen, sich so viel erworben haben, daß sie sich zur Ruhe setzen können. Nein, meine Herren, das sind lauter Bettler, durch die unbeschränkte Concurrenz und die Freizügigkeit im

Handel ist nichts erreicht worden, die Lebensmittel sind nicht billiger geworden, aber Bettler wurden groß gezogen; das ist das Resultat! Die Marktzustände sind schrecklich, meine Herren, wenn Sie die Gebräuche kennen, die am Markte herrschen, so würden Sie staunen! Es gibt Leute, welche glauben, ein ererbtes Recht zu haben, und sich vom Markte nicht wegbringen lassen. Sie gerieren sich als Großhändler, sind aber eigentlich nichts als Zwischenhändler. Sie kaufen die Waren in Wien und verkaufen sie wieder, und dadurch werden die Lebensmittel theurer. Die Marktcommissäre sind nicht in der Lage, diesen Unfug zu überwachen, weil sie mit anderen Agenden überhäuft sind. Sie haben in den Bezirken verschiedene Erhebungen zu pflegen, und wenn eine Partei auf dem Markte einen Commissär braucht, so ist er nicht da. Ich verweise Sie z. B. auf den Kärnthnerthormarkt; dort sind drei Herren bestellt, wenn man aber einen braucht, findet man ihn nicht, weil zwei Herren im Bezirke zu thun haben und der dritte irgendwo eine Erhebung hat oder nachschauen muß. Solche Zustände passen nicht für die Neuzeit. Ich würde Sie also bitten, die Rathschläge des jetzigen Marktleiters genau zu prüfen. Er hat sehr wichtige und gute Vorschläge gemacht, wie man diesen Übelständen im Marktwesen abhelfen kann, damit Sie nicht wieder solche Sünden begehen, wie seinerzeit, als die Großmarkthalle gebaut wurde und man den Großmarkt belassen hat, wodurch man sich selbst eine Concurrenz schuf.

Das war ein großer Fehler, meine Herren, die offenen Märkte passen nicht für Wien, und ich bin ganz einverstanden, daß Hallen erbaut werden; aber geregelte Zustände müssen eingeführt werden, und der Unfug, der auf den offenen Märkten herrscht, muß beseitigt werden. Wer sich mit dieser Frage befaßt, wie Herr Colledge Herr degen, den ich auf manches aufmerksam gemacht habe, muß mir beistimmen, daß vieles, was ich gesagt habe, wirklich wahr ist, und wenn Sie den ehemaligen Obmann der VIII. Section fragen, so wird er Ihnen sagen, daß diese Zustände wirklich nicht haltbar sind. Wenn Sie die Lebensmittelfrage nicht lösen, so werden Sie sehen, wie die Preise der Lebensmittel steigen werden und Wien dadurch zuschaden kommen wird.

Ich würde Sie daher bitten, in Zukunft dem Approvisionierungswesen eine größere Aufmerksamkeit zuzuwenden, als es bis jetzt geschehen ist, und die Vorschläge, welche nicht nur von unserer Partei (links), sondern auch von Ihrer Seite (rechts) gemacht wurden, anzunehmen. Selbst Herr St.-R. Boschan hat wiederholt gesagt, die jetzigen Zustände sind nicht ganz passend, es ist viel zu ändern. Wenn schon nach dem neuen Statute es nicht erlaubt ist, Commissionen zu bilden, so werden doch irgendwelche Corporationen eingeführt werden müssen, welche sich aus dem Gemeinderathe recrutieren, um gewisse Institute und Anstalten der Gemeinde zu überwachen; denn es ist ein Ding der Unmöglichkeit, daß der Stadtrath, welcher aus 22 Herren besteht, alle diese Obliegenheiten erfüllt, welche die Verwaltung der Stadt Wien fordert. Wenn auch Herr St.-R. Dr. Vogler sagt, ganz leicht kommt ihm die Sache vor — ja, leicht wird sie vielleicht genommen, aber es wird dann auch nicht gründlich gearbeitet. Wenn Sie der Gemeinde keinen Schaden zufügen wollen, müssen Sie einmal darangehen, das bestehende Statut zu ändern.

Ich schließe damit, meine Herren, um die Debatte nicht länger hinauszuziehen, würde Sie aber bitten, das, was ich hier in Anregung gebracht habe, zu beherzigen und für die Folge dem

Markt- und Approvisionierungsweisen Ihre Aufmerksamkeit mehr zu schenken. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen links.)

(Während vorstehender Rede hat Vice-Bürgermeister Dr. Richter den Vorsiz übernommen.)

Bürgermeister: Verehrte Herren! Die Opposition hat in einer der früheren Sitzungen bedauert, daß bei der Durchführung der diesjährigen Budget-Debatte jene gewaltige Persönlichkeit fehlt, welche in der Lage wäre, das Actionsprogramm der Majorität zu entwickeln. Es ist eine mir nicht neue Erscheinung, daß die Opposition dann von Theilnahme für Persönlichkeiten erfüllt ist, wenn diese Persönlichkeiten fort sind, zu den überwundenen Standpunkten gehören.

Ich könnte eine Reihe von hervorragenden Persönlichkeiten anführen, welche während der Zeit ihrer Geschäftsführung mit allem Zugrimm angefeindet worden sind, welche aber dann, nachdem sie freiwillig oder nicht freiwillig die Geschäftsführung aufgegeben haben, als die hervorragendsten, als die gewaltigsten Männer der Gemeindeverwaltung gepriesen worden sind.

Es ist das, wie ich bemerkt habe, ein charakteristischer Zug der Opposition; ich spreche von der Opposition im allgemeinen, weil der letzte Herr Vorredner gesagt hat, die Opposition ist mit dem, was ihr Führer angeführt hat, vollkommen solidarisch, die Rede, die er gehalten hat, hat die Billigung der gesammten Partei gefunden. Ich glaube selbst, daß es besser ist, wenn jede persönliche Spitze in der Debatte unterbleibt, und ich werde daher immer von der Opposition, soweit es möglich ist, im allgemeinen sprechen.

Wenn zwei Schachspieler lange Jahre mit einander spielen, so weiß jeder, der gewisse Gewohnheiten, eine gewisse Methode in jedem Spiele hat, was für einen Zug der andere voraussichtlich machen wird. Ein Zug der Opposition ist es, daß sie die Männer, welchen sie das Leben sauer gemacht hat, dann, wenn sie weg sind, preist, aber eben erst nachträglich.

Die Opposition hat hinzugefügt: Die gegenwärtige Situation hat auch etwas Gutes. Es fehlt die persönliche Spitze; es fehlt die Persönlichkeit, die unmittelbar angegriffen werden soll, und das bringt eine gewisse Stille, einen gewissen Waffenstillstand. Die Opposition hat in ihrer Toga die Lose geschüttelt und die Wahl angeboten, die Losung: Krieg oder Frieden. Wenn ich mir erlauben darf, darauf zu antworten, so erkläre ich: Ich wünsche sehnlichst den Frieden. (Lebhafter Beifall rechts.) Ich wünsche sehnlichst den Frieden im Interesse unserer Mitbürger (Rufe links: Wir auch!), im Interesse der gesammten Bevölkerung, im Interesse der Gemeindeverwaltung.

Denn es ist ja gar kein Zweifel darüber möglich, daß, wenn wir uns hier streiten und wenn die Geschäfte leiden, die Mitbürger die Kosten des Krieges bezahlen. (Sehr richtig! rechts.) Also, ich wiederhole, sehnlichst und aufrichtigst wünsche ich den Frieden, und was an mir liegt, will ich thun, um den Frieden herzustellen und zu befestigen. Aber, meine Herren, zum Frieden zwischen zwei Parteien gehören zwei. Und wenn der eine nicht will, so kommt es zum Kriege. Da hat nun heute der Herr Vorredner von Isthin sehr übel genommen, daß er gesagt hat, es werde ja ohnedies Gerechtigkeit geübt. Meine Herren! Wollen wir diese Frage heute nicht entscheiden, wollen wir die Übung der Gerechtigkeit der Zukunft überlassen; in der Voraussetzung, daß Friede ist, wird die Gerechtigkeit auch sofort erscheinen. Der Krieg aber ruft manchmal gewisse

Maßregeln hervor, die unvermeidlich sind, und da frage ich Sie, meine verehrten Herren von der Opposition: Was war das für eine Zeit, die wir in den letzten vier, fünf Jahren, also bevor noch das neue Statut in Wirksamkeit getreten ist, durchlebt haben? Ich frage Sie selbst: Haben Sie nicht viel gethan, was ein einträchtiges, gemeinsames Wirken unmöglich gemacht hat. Ich erinnere da an viele Scenen, die in diesem Saale vorgefallen sind, an viele Scenen in dem Hause und an viele Kämpfe außer dem Hause, die mit einer Leidenschaft sondergleichen geführt worden sind, an Scenen, die Eindrücke hervorrufen, die ein einträchtiges Zusammengehen erschweren, ja unmöglich machen. Es ist, meine Herren, in Ihre Hand gegeben, sich auf eine gemeinsame Basis mit der Majorität zu stellen, wenn Sie sich bemühen, hier jenen Ton anzuschlagen, der nothwendig ist zwischen Collegien, zwischen Abgesandten ein und derselben Bevölkerung. Dann, zweifle ich nicht, wird allerseits jener verständliche Ton eintreten, der nothwendig ist, um sich gegenseitig Zugeständnisse zu machen, um sich gegenseitig in die Arbeit zu theilen. (Beifall rechts.)

Das ist ja ganz natürlich. Wenn die Opposition den Krieg haben will, und wenn sie dies zum Ausdruck bringt durch Vorkommnisse, wie wir sie gehabt haben — ich erinnere da insbesondere an erschütternde Scenen des letzten halben Jahres, ich erinnere an die Abstinenz, die vorher stattgefunden hat (Rufe links: Wer hat sie hervorgerufen?) — was soll die Majorität anderes thun? Sie muß den Krieg aufnehmen, sie muß nur dafür sorgen, daß das Recht auf ihrer Seite ist, daß sie sagen kann: nicht ich habe den Krieg begonnen, sondern die Gegner. Aber, meine Herren, wollen wir darüber den Schleier der Vergessenheit breiten, wollen wir versuchen, von nun an auf ein gemeinsames Gebiet der Arbeit uns zu stellen, gemeinsam zu wirken im Interesse unserer Mitbürger, unserer Wähler, und warten wir ab, wer von uns nun zuerst den Frieden bricht. (Rufe links: Dr. Vogler! — Heiterkeit.)

Die Opposition hat dann an unserem Budget Kritik geübt und hat von Ersparungen gesprochen. Die Opposition hat gesagt: „Ja, viel wird sich nicht ersparen lassen; wenn man da in dem Budget herumsieht und sucht, wo eigentlich etwas zu ersparen sein wird, so wird man eigentlich nur eine einzige Post finden. Das ist: die Functionszulagen des Bürgermeisters, der Vice-Bürgermeister und der Stadträthe.“ Nun, meine Herren, ich möchte mich jetzt mit der Höhe der Functionszulagen nicht beschäftigen. Es kommt die Special-Debatte, dann wird vielleicht ohnedies Gelegenheit dazu sein. Aber das eine sage ich: wenn eine so heftig kämpfende nachsichtslose Opposition an einem so kolossalen Budget, wie es das der Gemeinde Wien ist, nichts anderes findet, als eine einzige Post, die im ganzen nicht mehr als 100.000 fl. ausmacht, während das ganze Budget ein so kolossales Millionen-Budget ist, dann ist dies, glaube ich, das glänzendste Zeugnis, das einem Budget und einer Partei, die das Budget aufstellt und durchführt, ausgestellt werden kann. (Beifall rechts.) Denn, meine Herren, wenn es richtig ist, daß an dem ganzen Budget nicht mehr erspart werden kann, als bloß an dieser Post, dann ist die Wirtschaft der Majorität, welche verantwortlich ist, eine geradezu musterhafte und glänzende. (Bravo! rechts.)

Die Opposition hat dann ein wiederholt gehörtes Wort ausgesprochen. Sie hat gesagt, die Majorität ist nicht dazu zu bringen, gewinnbringende Unternehmungen ins Leben zu rufen. Oft wurden diese Unternehmungen von uns angeregt; die Majorität geht nicht darauf ein. Es wurde unter anderem auch wieder die Gasfrage

gestreift. Im Jahre 1885 wäre Gelegenheit gewesen, diese Frage zu lösen, durch Annahme der Anträge des Dr. Mandl. Er wurde zweimal genannt. Meine Herren, es ist eine eigenthümliche Erscheinung, daß Dr. Mandl so oft von der Opposition genannt wird. Die Opposition nennt sich eine antisemitische. Sie hat sich von Dr. Mandl getrennt, nicht er von ihr, sondern sie von ihm. Die Opposition weiß das, die Ereignisse sind ja nicht so alt, uns dürften alle diese Details in genauer Erinnerung sein. Also, nicht Dr. Mandl hat sich von seiner Partei getrennt, sondern seine Partei von ihm. Ich erinnere mich da an eine Versammlung, wo Dr. Mandl geklagt hat, daß er von seinen Freunden verlassen worden sei, und daß er nun im Kampfe allein stehe; und nicht wir haben ihn zu Falle gebracht (Gem.-Rath Dr. Lueger: Nein, Sie haben ihn gewählt!), sondern seine eigene Partei. Wenn also Dr. Mandl nicht mehr wirkt, machen Sie das nicht uns zum Vorwurfe, sondern denjenigen, welche ihn zu Falle gebracht haben.

Nichtsdestoweniger gebe ich ja zu, wir waren Gegner von ihm, weil er in der Art und Weise der Behandlung der öffentlichen Angelegenheiten nicht jenes Maß von Objectivität beobachtet hat, welches nothwendig ist.

Nun die Gasfrage. Jetzt wird in der Gasfrage gearbeitet mit jeder nur möglichen Energie. Ich habe vor einigen Tagen die Ehre gehabt, darauf hinzuweisen, daß man an der Ausarbeitung der Projecte thätig ist, daß man auf Grund dieser Projecte Kostenvoranschläge und Ausschreibungen machen wird, und zwar alles mit thunlichster Beschleunigung, daß die Schätzung im Zuge ist, eine Schätzung, die kolossal compliciert ist, eine Arbeit, von der man nicht begreift, daß seinerzeit bestimmt worden ist, daß sie in Einem Jahre durchgeführt werden soll.

Es gibt viele Fachmänner, welche sagen, diese Schätzung durchzuführen ist nicht leichter, als ein neues Project für die Anlagen, wie sie in Wien sind, durchzuführen. Aber, meine Herren, indem wir die Arbeit für die Entscheidung, die der Gemeinderath in dieser Frage treffen soll, wobei er ganz freie Hand haben soll, ohne jede Einschränkung von irgendeiner Seite und ohne Zwang vorbereiten, um sie dem Gemeinderathe vorzulegen, kann ich mich — und das spreche ich öffentlich aus — einer großen Beforgnis nicht erwehren, der Beforgnis, daß, wenn der Gasbetrieb in eigene Regie übernommen wird, er aufhören wird, ein lohnender zu sein (Sehr richtig! rechts, Widerspruch links), und zwar warum? Sehen Sie, meine Herren! Wir haben ja ein großartiges Geschäft in eigener Regie, und das ist die Wasserversorgung. Die Wasserversorgung, die Abgabe von Hochquellenwasser an die einzelnen Realitätenbesitzer ist für jeden Realitätenbesitzer ein ganz kolossaler Vortheil. Wenn man sich erinnert, wie die Verhältnisse vor so und so vielen Jahren in Wien waren, was da der Hausherr und jede einzelne Partei für Schwierigkeiten und Widrigkeiten gehabt haben, um sich mit Wasser zu versorgen, so muß man sagen, es ist der Segen, den die Hochquellen jedem einzelnen spenden, geradezu ein unvergleichlicher. Es gibt nichts, was an Vortheilhaftigkeit und Ersprießlichkeit diesem Segen gleichzustellen wäre. Und weiter muß man anerkennen, daß das, was das Wasser dem einzelnen kostet, sehr wenig ist, daß es den einzelnen nicht drückt und daß es ihn nicht drücken würde, wenn die Wassergebühren mäßig erhöht würden. Wir haben uns bemüht, die Wassergebühren nicht zu erhöhen. Die Möglichkeit sollte geschaffen werden, bei der Berathung des Landesgesetzes diese Gebühren um ein Mäßiges zu erhöhen. Es war aber

doch immer dem Gemeinderathe für die Zukunft vorbehalten, ob er diese Erhöhung eintreten lassen wolle oder nicht. Wir wollten nur nicht mit den Wassergebühren auf den sogenannten Civilrechtsweg gewiesen werden und warten, ob uns der einzelne Chifaneur eine Gebühr bezahlt oder nicht. Es ist ja mit Vergnügen anzuerkennen, daß der allergrößte Theil der Realitätenbesitzer in loyaler Weise diese Gebühren bezahlt; aber ein gewisser Percentsatz zahlt die Gebühren nicht und denen gegenüber sind wir auf den Civilrechtsweg gewiesen!

Meine Herren! Wir waren nicht einmal imstande durchzusetzen, daß ein Gesetz geschaffen werde, daß die politische Execution dafür gewährt werde, geschweige denn durchzusetzen, daß wir ein Erträgnis vielleicht einmal in Zukunft bekommen, nicht, daß die Gemeinde Wien einen Gewinn hat, wie man ihn sich heute bei der Gasgesellschaft vorstellt, sondern daß wir dasjenige bekommen, was die Leitung der Gemeinde kostet. (Gem.-Rath Herold: Aber andere Städte haben doch Gewinn!) Ja, andere Städte haben einen Profit davon (Gem.-Rath Herold: Berlin!), jawohl, aber wir sind nicht in der Lage — das ist das Traurige — (Gem.-Rath Seiler: Wenigstens haben wir dann gutes Gas!) bei dieser Gelegenheit einen Ertrag zu haben. Sehen Sie, das ist das Fatale, und wenn Sie das beim Gas so machen wie beim Wasser, dann, fürchte ich, wird die Zeit kommen, wo das Gas nicht nur nichts trägt, sondern gerade so passiv ist, wie die Wasserleitung. (Widerspruch links.) Wenn Sie „nein“ sagen, dann sage ich Ihnen darauf, das befriedigt mich ja außerordentlich; wenn Sie sagen, das wird nicht geschehen, so beruhigt mich das außerordentlich und mit umsomehr Zuversicht wollen wir an die Fortführung der Gasarbeiten schreiten. (Beifall rechts.)

Die Opposition hat nun in früheren Sitzungen so wie heute die Gestaltungen in einzelnen Verwaltungszweigen, welche ihr vortheilhaft erscheinen, als ihr Verdienst in Anspruch genommen, während dagegen, was ihr nicht paßt, Sache der Majorität ist. Meine Herren! Entweder oder! Entweder entscheidet die Majorität, dann ist alles Gute, was geschehen ist, eine Leistung der Majorität, oder aber, sie ist nicht verantwortlich, dann kann sie auch für keine unangenehme Gestaltung irgendeiner Sache verantwortlich gemacht werden.

Die Opposition hat mit großer Genugthuung darauf hingewiesen, daß es ihr gelungen ist, und zwar einer einzelnen Person gelungen ist, es dahin zu bringen, daß die Wienthallinie in das Gesetz aufgenommen wird, daß sie auch auf Kosten der Verkehrscommission gemacht wird, und so fort.

Meine Herren, wie oft sollen wir darüber noch sprechen, wie oft? Wie oft wurde schon hier im Hause und anderwärts auseinandergesetzt, daß der verstorbene Bürgermeister Dr. Pritz in erster Linie und die Herren alle — alle, das gebe ich zu — dafür waren, daß der Gemeinderath sich geneigt gezeigt hat, Opfer zu bringen für den Fall, als das geschieht.

Meine Herren! Wie kann man da den Subjectivismus — Subjectivismus möchte ich es nennen, nicht Egoismus, ich will alle persönlichen Spitzen vermeiden — wie kann man, sage ich, den Subjectivismus so weit treiben, daß man, weil in einer Sache ein Erfolg erzielt wurde, sagt: Nicht wir alle, nicht der Gemeinderath, ich allein habe diesen Erfolg erzielt. (Zustimmung rechts. — Widerspruch links.)

Noch großartiger ist dasjenige, was die Opposition geleistet hat, sagen wir an Subjectivismus, nicht an Egoismus, in Bezug

auf die Tieflegung der Verbindungsbahn auf der Landstraße. Ich weiß nicht genau, wie lange die Verbindungsbahn besteht. Es muß aber schon sehr lange sein, denn ich war ein kleiner Bub, wie die Mauer bei der Landstraße errichtet worden ist. Seit der Zeit schimpft ganz Wien, die Landstraße hat unzählige Petitionen überreicht. So oft die Brückenübergänge ausgebeffert worden sind, ist petitioniert worden, man soll die Lager, die Träger aus anderem Material und dünner machen, um die Durchfahrt etwas zu erhöhen, um die vorhandenen Mulden zu beseitigen, und so fort.

Kurz, seit 40 Jahren ist das die stete Klage von ganz Wien, vom ganzen III. Bezirke und unzähligen Leuten. Endlich machen sich die betreffenden Fachmänner der Generalinspektion aus Anlaß der Herstellung der Stadtbahn daran, dort an der Stelle bei dem Stücke vom Reitssteig beim Kindergarten hinüber bis zum Zollamte und Quai zu untersuchen, was man da machen könnte. Und richtig, es gelingt, eine Idee wird ausfindig gemacht, nach welcher es sich als bedeutend vortheilhafter herausstellt, diese Trace tiefer zu legen. Man erspart sich das Aufsteigen der Linie, die von der Wienböschung zum Reitssteig heraufkommt, und man erspart das Hinuntersteigen der Linie vom Zollamte zum Donaucanale. Die Generalinspektion kommt auf diese Idee durch die decennienlangen Klagen der Landstraße, der ganzen Stadt; es kommt auch vielleicht dazu, daß bei den Verhandlungen im Gemeinderathe und in der Verkehrs-Commission wieder darauf hingewiesen wurde, was das für ein Schaden ist, daß der ganze III. Bezirk dadurch geradezu beeinträchtigt ist und niemals ein eleganteres Aussehen bekommen kann, wie zum Beispiele die Wieden und andere Bezirke, die nicht in dieser Weise blockiert sind.

Das wird bekannt, eine Notiz erscheint — wer ist schuld daran, wer hat den Erfolg zu verzeichnen? Ich! Ich! Die Opposition hat ausdrücklich erklärt: Wer hat denn das Verdienst? (Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich!) So ist es. (Lebhafte Heiterkeit. — Gem.-Rath Dr. Geshmann: Das ist eine Frechheit!)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Dr. Geshmann, ich ersuche Sie, sich zu mäßigen. Herr Gem.-Rath Steiner, Sie haben nicht das Wort. Es geht nicht an, so in die Versammlung hineinzuschreiben; das werden Sie wohl selbst zugeben, wenn Sie ruhiger geworden sind. Ich bitte, meine Herren, wenn Herren von dieser (linken) Seite sprechen, so finden Sie eine musterhafte Stille. Das kann man hier nicht behaupten. (Widerspruch links.) Ich bitte um Ruhe.

Bürgermeister (fortfahrend): Schauen Sie, meine Herren, ich bleibe ja bei den Thatfachen, und daß ich mich nicht geirrt und nicht falsch citiert habe, hat der betreffende Herr Redner selbst zugegeben und es bestätigt. (Zustimmung.) Das ist ja keine Herausforderung (Gem.-Rath Dr. Lueger: Gewiß nicht!) und deswegen ist auch keine Aufregung am Plage. Warum führe ich das aber an? Weil ich sage: so lange die Opposition diesen Subjectivismus betreibt, kann es nicht besser werden. Es kann sich nicht immer darum handeln, vor der Bevölkerung zu zeigen, ich habe das geleistet, das ist mein Verdienst. Nein, meine Herren, das Wirken muß bescheiden sein. Es handelt sich darum, für die Bevölkerung, für unsere Mitbürger Vorthelle zu erlangen, wer das gethan hat, das ist ja Nebensache, Hauptsache ist der Vortheil, der Gewinn für die Bürgerschaft (Zustimmung rechts), und, meine Herren, darum dürfen wir nicht immer schlaun herumblicken und uns fragen, was wird die Wählerschaft heute sagen zu diesem Antrage, zu dieser Äußerung oder zu unserer Haltung. Nein, meine

Herren, da kommen wir nicht zu einer gemeinsamen Arbeit, sondern nur dann, wenn wir das „Ich“, das eigene Subject, schön aus dem Spiele lassen, wenn wir nur das Interesse der Stadt im Auge haben und uns gemeinsam bemühen, den Vortheil der Stadt zu erzielen. (Lebhafte Beifall rechts.) Also, meine Herren, statt des Subjectivismus den Objectivismus in der Opposition! Dann wird es gehen, dann wird der Friede gesichert sein! (Lebhafte Beifall rechts.) Meine Herren, noch ein paar Worte und zwar auch nicht neue Worte: Dasjenige aber, was die Opposition angeführt hat, ist auch nicht neu. Es ist merkwürdig, mit einer gewissen Ungeniiertheit sind alte Unrichtigkeiten wieder aufs Tapet gekommen, und zwar in einer etwas verstärkten und vermehrten Auflage, ja, einer der Herren Redner hat gesagt, die Vereinigung mit den Vororten ist durchgeführt worden wegen der Fonde, die in den Vororten vorhanden waren. Wir waren nahe am Bankerotte und haben uns nicht anders zu helfen gewußt! Wir haben gewußt, in den Vororten sind eine Masse Fonde und um diese Fonde zu bekommen, haben wir die Vororte beschwindelt! (Stürmische Heiterkeit rechts.)

Es ist wirklich mit einer außerordentlichen Anschaulichkeit geschildert worden, der verstorbene Vice-Bürgermeister Dr. Borjschke ist citiert worden, wie er mit der Tasche hinausgegangen ist und die Fonde fortgetragen hat. (Erneuerte Heiterkeit rechts.) Meine Herren! Es ist bei dieser Frage eigentlich nicht zu scherzen, ich will auch bei dieser Frage nicht scherzen, denn sie ist sehr ernst.

Es wird uns immer vorgeworfen, daß wir die Vororte so gewissermaßen von oben herab ansehen, daß wir ihnen Vorwürfe machen, daß wir despectierlich von ihnen sprechen. — Nein, meine Herren, ich sage Ihnen ganz offen, die Vororte haben Großes geleistet, sie haben mit verhältnismäßig geringen Mitteln, mit einem geringen Aufwande oft eine vortreffliche Verwaltung gehabt, sie haben für ihre Mittel, die eben durch die Verhältnisse gegeben waren, Außerordentliches geleistet auf dem Gebiete der Straßenpflege, der Canalisation, der Schule! Aber, meine Herren, natürlich waren sie immer am Rande ihrer Mittel, aus dem einfachen Grunde, weil die Vororte, begünstigt durch die Verzehrungssteuer, sich außerordentlich schnell entwickelt haben, weil die Anforderungen an sie kolossale waren, zu einer Zeit, wo ihnen aus den neuangeführten Bauten noch gar kein Erträgnis zugeführt wurde, wenigstens nicht ein Erträgnis, welches im Verhältnisse zu den Investitionen gestanden wäre, die sie auf einmal machen mußten. Die Investitionen müssen erst amortisiert werden, in 10, 20 bis 30 Jahren. Sie mußten großen Bedürfnissen entsprechen und neue Investitionen machen, kein Wunder also, wenn die eine oder andere Anstalt mit Hypotheken belastet war, und wenn überhaupt nicht die Mittel vorhanden waren, um allen Bedürfnissen so zu genügen, wie eine große alte Stadt mit Fonden zu thun in der Lage ist.

Also, meine Herren, allen Respect, alle Achtung vor den Vorortegemeinden. Ich habe gar nichts darüber zu sagen, aber richtig ist, meine Herren, daß der Bestand der Vorortegemeinden gefährdet gewesen wäre in dem Augenblicke, wo die neue Gestaltung der Verzehrungssteuer eingetreten ist und wo die Vororte nicht mehr den großen Vortheil gehabt haben, den sie vor der Reform der Verzehrungssteuer gehabt haben, der darin bestand, daß sie fast gar keine Verzehrungssteuer gezahlt haben, während die alte Stadt hochbesteuert war, und deshalb war die Reform der Verzehrungssteuer unvermeidlich; deswegen haben die Vorstädtebezirke fort und fort geklagt, daß sie nicht mehr bestehen können, daß

kein Wirt, kein Fleischhauer, kein Fleischselcher bestehen kann, weil sie die Concurrenz mit den Vorortgeschäften nicht mehr aushalten können. (Zustimmung rechts.) Das war der Grund, der die alte Stadt immer veranlaßt hat, diese Reform anzustreben, und das Resultat dieser Bestrebungen ist bekannt. Dafs ein günstigeres nicht zu erzielen war, das wissen die Herren, denn es ist eine bekannte Thatsache, dafs die Vertreter der Gemeinde Wien im Finanzministerium erklärt haben: auf diese Linienverzehrungssteuer gehen wir nicht ein, dann bleibt es beim Alten, und die Vertreter der Gemeinde sind fortgegangen und erst neuerlichen Verhandlungen ist es gelungen, einen einfachen Tarif zu erzielen, kurz eine Reform herbeizuführen. Also, wir wollen doch heute, wo wir mit den Vororten vereinigt sind, uns nicht darüber den Kopf zerbrechen — das ist nicht zart, nicht feinsüßlich — wer dem anderen nachgelaufen ist, ob wir mit unserer Liebe den Vororten nachgelaufen sind, wobei man uns vorwirft, dafs wir eine Geldheirat machen wollten, dafs wir es auf die Fonde derselben abgesehen haben, oder ob die Vororte uns nachgelaufen sind, was auch niemand, der Takt hat, behaupten wird.

Das war der naturgemäße Gang der Dinge, wie es jeder Einsichtsvolle längst vorhergesehen hat.

So ist also die Wahrheit, so ist die Richtigkeit und solche Märchen von der Jagd nach den Fonden, glaube ich, sollte man aufgeben; das ist zu crass, das geht über dasjenige, was man bieten darf, doch hinaus. (Gem.-Rath Grünbeck: Cinquartierungsfond!) . . . Der Cinquartierungsfond ist vorhanden, der Herr Berichterstatter wird die Herren beruhigen . . . Nun, meine Herren, ein Wort noch über das, was die Opposition über den Stadtrath gesagt hat.

Als Mitglied des Stadtrathes und als Bürgermeister fühle ich mich verpflichtet, hier öffentlich für den Stadtrath einzutreten und dasjenige zurückzuweisen, was über den Stadtrath und gegen den Stadtrath gesagt worden ist. Der Redner der Opposition, der ja studiert hat, der viele Jahre auf seine Studien verwendet, dann eine Reihe von Jahren einer Praxis sich gewidmet hat, die ihm keine Früchte getragen hat, der sollte Arbeit und Wissen schätzen. Es wäre unbillig, wenn man jemandem zumuthen würde, dafs er sein Wissen und seine Arbeit nicht schätzt und nicht dafür den Lohn verlangt, der nothwendig ist, damit er leben kann, so wie wir es jeder in unserem Verhältnisse halten müssen. Meine Herren! Die Opposition selbst hat bei der Berathung des Statutes gesagt, ein Stadtrath ohne Entlohnung ist ein Unsinn, der ist unmöglich, das geht nicht, und das ist auch ganz richtig. Jedem, der eine große Arbeit auf sich nimmt, die ihn nahezu ganz erfüllt, die ihn zwingt, sein ganzes Geschäft zu reducieren, auf eine Masse von Arbeit in seiner Kanzlei oder in seinem Geschäfte zu verzichten, jedem, der sich auch sonst in seinem Erwerbe eine gewisse Reserve auferlegen muß, damit er nicht in Verdacht kommt zc. — muß dafür etwas geboten werden, sonst richtet man den Betreffenden zugrunde, und, meine Herren, keine Corruption ist es, wenn man einem solchen Manne, der sich im Dienste der Gemeinde geopfert, der leistet, der sich bemüht, der sich aufregt, keine Corruption ist es, wenn man diesem Manne eine entsprechende Gegenleistung anbietet, sondern eine Corruption wäre es nach meiner Ansicht, wenn man ihm zumuthet, sich in dem Dienste der Gemeinde einfach zu ruinieren, bis er in den Stand kommt, zu sagen: jetzt bin ich verschuldet, jetzt kann ich nicht weiter, jetzt bitte ich die Gemeinde um ein Almosen, ich bin einfach ein Bettler geworden.

Das soll man niemandem zumuthen, und es ist ein Unrecht, wenn jemand, der den Wert der Arbeit zu würdigen weiß, zu würdigen wissen muß, und der selbst ausgesprochen hat, dafs ein Stadtrath ohne Entlohnung nicht bestehen kann, heute der Majorität wieder die Prügel unter die Füße wirft und sagt: Der einzelne, der Mitglied des Stadtrathes wird, muß corumpiert werden, wenn man ihm eine Entlohnung gibt.

Meine Herren! Mit dem gleichen Rechte, in gleichem Maße könnte man von den Reichsraths-Abgeordneten, von den Landtags-Abgeordneten, von den Beamten selbst es sagen. Warum sichern Sie dem Beamten zu, dafs er unabsehbar ist, dafs ihm dasjenige, was Sie ihm geben, immer zufließen wird? Damit er mit Liebe und Eifer seinem Berufe sich widme. Das sollte man also gleichfalls aufgeben. Wenn man einmal schon die richtige Anschauung ausgesprochen hat, sollte man nicht, um lediglich Opposition zu treiben, plötzlich die entgegengesetzte Behauptung aufstellen.

Nun, meine Herren, über die Leistungen des Stadtrathes will ich mich sehr kurz fassen. (Rufe links: Die sind großartig!) Ja, der Stadtrath hat Großartiges geleistet, Großartiges, meine Herren, und wenn in einer so großen Verwaltung, wie die der Stadt Wien es ist, Übelstände bestehen, die ich gar nicht leugne, so beweist dies gar nichts. In jeder Wirtschaft, ob sie groß oder klein ist, bestehen Übelstände, und in einer so großen Wirtschaft, wie es die communale Verwaltung von Wien ist, bestehen auch Übelstände. Und niemals, auch wenn die Götter vom Himmel steigen und die Verwaltung in die Hand nehmen, werden sie es dahin bringen, dafs gar keine Übelstände bestehen. Das gibt es nicht, man darf nur mit einem menschlichen Maßstabe rechnen. Wenn Sie das thun, wenn Sie objectiv und ruhig prüfen, werden Sie finden, dafs die Verwaltung Wiens eine gute ist und nicht eine schlechte, wie behauptet wird.

Wenn gesagt worden ist, die Verwaltung von Wien wird immer theurer, so ist das kein Vorwurf. Wenn die Bevölkerung einer Stadt sich fort und fort vermehrt, wenn die Agenden einer Stadt geradezu mit unglaublicher Schnelligkeit sich vermehren und erweitern, so sage ich: Das ist kein Unglück, das ist ein Beweis, dafs diese Stadt lebenskräftig ist, dafs sie sich entwickelt, dafs sie aufblüht, dafs die Verwaltung täglich größer wird, und es ist dann kein Wunder, dafs diese Verwaltung auch täglich mehr kostet. Das ist kein Übelstand. Traurig wäre das Gegentheil, traurig wäre es, wenn die Agenden geringer würden und wir in der Lage wären, unsere Beamten zu reducieren.

Noch fühle ich mich verpflichtet, einige Worte vom Magistrat zu sprechen. Es wurde gesagt: Der Magistrat werde herabgedrückt. Das ist eine Behauptung, die nicht richtig ist, beweislos hingestellt und nicht richtig. Verändert hat sich der Magistrat, seine Beschaffenheit ist eine ganz andere; natürlich, was für einen Magistrat haben wir früher gehabt? Einen Central-Magistrat, ein geschlossenes Ganzes, einen geschlossenen Körper, und es ist begreiflich, dafs da im Gremium des Magistrates ein gewisser Schwerpunkt der ganzen Behörde gelegen ist. Jetzt, wo wir 18 Bezirksämter haben, wo die Verwaltung eine decentralisierte ist, wo in den einzelnen Bezirken verwaltet wird, der einzelne Beamte, der einzelne Chef allein verantwortlich ist für die Entscheidung des Amtes, da tritt natürlich die Bedeutung des Gremiums in den Hintergrund. Das ist aber kein Nachtheil für die Behörde, sie verwaltet und entscheidet schneller und ihre Leistungsfähigkeit ist gestiegen.

Meine Herren! Ich habe eigentlich nichts mehr zu sagen. Ich schließe, indem ich, wie es andere gethan haben, sage: Wenn der Redner der Opposition, welcher von Umkehr und Gerechtigkeit gesprochen hat, in sich geht und das, was er uns gesagt hat, auch auf sich anwendet, und sich auf den Standpunkt stellt, daß die Gebote, die er verkündet, nicht nur auf dieser (rechten) Seite zu handhaben sein sollen, sondern auch für die andere, wenn die Opposition sich erinnern und vor sich vorüberziehen lassen möchte dasjenige, was an unnöthigen Aufregungen und Feindseligkeiten im Laufe der letzten Jahre vor sich gegangen ist, dann wird — die Opposition finden, daß bei ihr die Umkehr dringend notwendig ist, und wenn sie sich dieses gerechte Urtheil bildet und sich von richtigen Erwägungen leiten läßt, dann, meine Herren, wird das eintreten, was wir alle anstreben, gemeinsames Arbeiten im Interesse unserer Mitbürger, dann wird Ruhe und Frieden herrschen, und in diesem Sinne, meine verehrten Herren, bitte ich Sie, gehen Sie in die Detailberatungen unseres Budgets ein, beweisen Sie schon bei dieser Gelegenheit, daß es uns allen in gleicher Weise darum zu thun ist, das Beste zu finden im Interesse unserer Mitbürger. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen rechts.)

Gem.-Rath Geißler (zur Geschäftsordnung): Nachdem die General-Debatte bereits vier Sitzungen in Anspruch genommen hat und wir doch endlich in die Special-Debatte eingehen müssen, erlaube ich mir Sie zu bitten, meinen Antrag auf Wahl von Generalrednern anzunehmen.

Vize-Bürgermeister Dr. Richter: Es wird der Antrag auf Wahl von Generalrednern gestellt. Ich bitte jene Herren, welche diesen Antrag annehmen, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) **Angenommen.**

Ich bitte also einerseits die Herren Dr. Geßmann, Schneeweiß, Gregorig, Tischler, Fedlička, Eigner, Kauscher, Bärthl, Steiner, Dr. Lueger und Becker und andererseits die Herren Dr. Stern, Herrdegen, Dr. Hackenberg, Dr. Nechansky, Lang und Frauenberger je einen Generalredner zu wählen. (Nach einer Pause:) Zum Generalredner pro wurde der Herr Gem.-Rath Dr. Nechansky und zum Generalredner contra der Herr Gem.-Rath Dr. Geßmann gewählt.

Gem.-Rath Dr. Nechansky (Generalredner pro): Meine Herren! So verlockend es auch ist, nach dem Stande der gegenwärtigen Dinge sofort in eine Polemik hineinzuspringen, so gestatten Sie mir doch, daß ich im Anfange vom Budget rede. Das Budget des heurigen Verwaltungsjahres hat — das läßt sich nicht leugnen — ein ernstes Gesicht, und muß auch uns veranlassen, ein ernstes Gesicht zu machen. Die Bedürfnisse der Commune sind auf eine Höhe gestiegen, wie vorher nie. Und wenn auch der Herr Budget-Referent damit die Sache in ein besseres Licht zu rücken sucht, daß er die Ausgaben in currente und in nichtcurrente geschieden hat, so vermag uns dieser Versuch nicht vollständig zu beruhigen. Ich stimme da mit Dr. Lueger überein, daß die Abtheilung der Ausgaben in currente und in nichtcurrente eine nicht vollkommen zutreffende ist. Nicht vollkommen zutreffend, sage ich, wenn auch manche Ausgabe unter den sogenannten nichtcurrenten enthalten ist, welche allerdings als eine zu betrachten ist, die sich wahrscheinlich, vielleicht sicher, in künftigen Jahren nicht wiederholen dürfte. Meines Erachtens kann sich bei einem Budget nur ein Unterschied machen lassen zwischen Auslagen, welche aus den

gewöhnlichen Einnahmen zu bestreiten sind, und Ausgaben, welche aus Anlehen zu bestreiten sind. Ein anderer Unterschied kann uns über den Verbrauch der Commune keine Klarheit verschaffen. Wir müssen bei den meisten Auslagen, welche in dem Verzeichnisse angeführt sind, erklären, daß sie sich mit aller Wahrscheinlichkeit, wenn auch nicht in dieser Höhe, so doch in einer anderen Höhe, aber mit irgendeinem Betrage wiederholen werden.

Gruppieren wir uns einmal das Budget und die Ausgaben desselben nach anderen Gesichtspunkten! Betrachten wir es von einem anderen Standpunkte, betrachten wir es von dem Standpunkte, welche Auslagen eine Einschränkung nicht erfahren, und welche Ausgaben variabel sein können. Von diesem Standpunkte betrachtet, habe ich mir die einzelnen Posten in folgende Abtheilungen zusammengestellt. Da sind zunächst alle jene Ausgaben der Commune, welche gleichsam auf Verträgen beruhen, das sind die Gehalte, die Pensionen, die Gemeindefchuld, Beleuchtung, Steuern — Ziffern, an denen sich nach unten nichts rütteln läßt, und wo nur zur erwarten ist, daß sich im Laufe der Zeiten noch eine Erhöhung ergeben wird. Diese Posten machen approximativ mehr als 16 Millionen Gulden aus; das ist also eine Gruppe und Summe von Ausgaben, bezüglich welcher wir sicher erwarten können, daß wir nicht einen Gulden ersparen werden — im Gegentheile, wir hören schon jetzt, daß Reformen in Aussicht genommen und begehrt werden in Bezug auf die Pensionen, in Bezug auf die Vermehrung von Beamten — alles Einrichtungen, welche mit Sicherheit nur erwarten lassen, daß diese Gruppe von Ausgaben sich erhöhen, nicht aber vermindern wird. Die zweite Gruppe ist „Armenwesen“ 3,200.000 fl. Ich glaube nicht, daß bei dieser Post irgend jemand erwarten wird, daß sich etwas ersparen läßt. Nun haben wir eine Gruppe „Sachliche Bedürfnisse“ 4,400.000 fl. Da ließe sich allerdings etwas ersparen. Aber sehen Sie, meine Herren, die einzelnen Posten, aus welchen sich diese Generalsumme von 4,400.000 fl. zusammensetzt, sind im Stadtrathe, im Magistrate oder — um historisch richtig zu beginnen — im Magistrate, im Stadtrathe, in der Budget-Commission geprüft worden, und es hat sich nicht die Möglichkeit ergeben, auch nur einen nennenswerten Abstrich zu machen. Nichtsdestoweniger will ich aber nicht leugnen, daß diese Gruppe „Sachliche Bedürfnisse“ vielleicht in der einen oder der anderen Richtung ein Ersparnis erzielen ließen.

Dann haben wir eine vierte Gruppe „Bauten im allgemeinen, Straßenpflege, Straßenverbreiterung, Canäle“; das was man unter öffentliche Arbeiten zusammenfaßt, mit Ausnahme der Schulbauten, da haben Sie 8,100.000 fl. Auch das ist eine variable Post, auch da kann man sich Einschränkungen auferlegen. Ich muß sagen, das ist eigentlich die einzige Gruppe von Auslagen, in welcher wir uns eine Einschränkung auferlegen können. Aber was ist die Folge davon? Die Klage der Bewohner. Gerade in dieser Post sehen wir, daß kein Theil dieses Gemeinderathes, keine Partei genug thun kann, und daß, wenn irgendeiner einmal einen Antrag stellt, diese und jene Post zu streichen, darüber meistens alle entsetzt sind. Also auch diese Post läßt nicht viel Einschränkungen erwarten.

Wenn wir alle diese Posten zusammenziehen, haben wir 31,800.000 fl., und das ist auch das normale Budget der Stadt Wien. Das aufzubringen, das zu brauchen, müssen wir in den nächsten Jahren gefaßt sein. Rechnen Sie zu dieser Summe noch die 7,100.000 fl., welche für die Wasserleitung auszugeben sind, also aus Anlehensgeldern, rechnen Sie die 2,100.000 fl. durch-

laufender Werte, so bekommen Sie die 41 Millionen, welche das Budget bilden.

Ich sage also resumierend: mit Ausnahme dieser 4,400.000 fl. und mit Ausnahme der 8,100.000 fl. läßt sich unter den Ausgaben der Commune keine Gruppe finden, in welcher eine Ersparnis möglich wäre.

Der Herr Wortführer der Opposition hat in seiner Rede einen Satz ausgesprochen, der mich eigentlich gewundert hat; ich habe nach den einleitenden Worten, die er gesprochen hat, etwas anderes erwartet; aber sei es denn. Er ist zum Ausspruche des Gedankens gekommen: unter diesen Umständen sind nur zwei Wege möglich: entweder Ersparungen zu machen oder neue Einnahmequellen zu finden. Ich habe mich deswegen über diesen Ausspruch gewundert, weil das so natürlich ist und weil sich etwas anderes gar nicht sagen läßt, und habe mich gewundert, daß der Wortführer der Opposition in dem Falle so wenig originell war. Natürlich: entweder muß man an den einzelnen Posten sparen oder man muß neue Einnahmequellen eröffnen. Es handelt sich nur darum, welcher Art diese Einnahmequellen und welcher Art diese Ersparungen sind. Bezüglich der letzteren habe ich schon im allgemeinen meine Meinung bei Aufzählung der einzelnen Posten auszusprechen mir erlaubt. Die einzige Post, welche auch der Wortführer der Opposition als Ersparungspost anführt, ist schon erwähnt worden. Ich will auf diesen Gegenstand also nicht zurückkommen. Mit den 100.000 fl. würden wir dem Budget der Stadt Wien nicht in entsprechender und radicaler Weise aufhelfen.

Wo soll nun gespart werden? Da muß ich auf etwas kommen, was mich bei meinen Beobachtungen immer sehr gestört, ja mir gewissermaßen wehe gethan hat. Ich sehe nämlich, daß alle Ausgaben oder wenigstens ein großer Theil davon vom politischen Standpunkte beurtheilt werden. Wenn jemals einer aufsteht und sagt: „im Interesse der Allgemeinheit, die jeder einzelne zu vertreten hat, bin ich dafür, daß diese Post gestrichen wird“, so ist es nicht möglich, dies durchzusetzen. Das ist auf beiden Seiten, aber insbesondere auf Seite der Opposition, welche sich manchmal in dieser Weise bei den Wählern beliebt machen will. Wenn also wirklich ein wirtschaftlicher Standpunkt eingenommen werden soll, so muß man den Muth haben, gewisse Streichungen vorzunehmen; man muß den Muth haben, zu den Wählern hinaus zu gehen und zu sagen, meine Lieben, das geht unter den jetzigen Verhältnissen nicht, das kann nicht gemacht werden! Wir müssen diesen Einfluß auf unsere Wähler haben, und wenn wir ihn nicht haben, so ist das eine bedauerliche Gestaltung der Dinge, und diese sollte nicht gefördert werden, sondern es sollte das vereinte Wirken beider Parteien sein, daß wir diesen Einfluß auf unsere Wähler gewinnen, weil schließlich und leglich eine ordentliche finanzielle Wirtschaft die Hauptsache ist, und jede Partei verpflichtet ist, eine solche herbeizuführen. Nun kommt die Vermehrung der Einnahmen. Es wird da immer auf Erwerbsunternehmungen hingewiesen. Ich habe in diesem Saale schon wiederholt erklärt und sage es auch heute, ich bin kein Schwärmer für Erwerbsunternehmungen vom Staate oder der Stadt, und bin auch überzeugt, daß man im Laufe der Zeit dahin kommen wird, die jetzige Richtung zu verlassen. (Nuse links: Im Gegentheil!) Es hat sich auch jetzt schon im Betriebe von Staat und Stadt mancher Übelstand ergeben, welcher vielleicht leichter zu beseitigen wäre, über welchen man wenigstens reden könnte, wenn nicht der Leiter des Betriebes, diese mächtige Person, der Staat wäre.

Sehen Sie, bei der Tramway spricht man von Überfüllung — (Gem.-Rath Grünbeck: Bringen Sie sie weg!) Herr College Grünbeck kann ja auch vielleicht dieses Kunststück machen, ich habe nie gesagt, daß ich sie wegbringen werde, Sie brauchen mich also nicht zu verspotten — ich constatire nur, daß über die Überfüllung der Tramway geklagt wird, und ich constatire auch, daß in mancher Richtung die Tramway nicht das richtige thut, um der Überfüllung abzuhelpen, aber auch die Bevölkerung thut nicht immer das richtige. Diese Überfüllung haben Sie aber zum Beispiele auch auf den Staatsbahnen in gewissen Richtungen (Nuse links: Das ist auch ein Scandal!), und da redet man nichts! Im heurigen Sommer habe ich sie bei meinen öfteren Fahrten auf der Westbahn kennen gelernt, noch dazu im Schnellzuge, wo man einen höheren Tarif zahlen muß; man ist zu acht in einem Coupé zusammengepfercht an den heißesten Tagen, und oft hat man sogar keinen Platz und muß auf dem Corridor bleiben, und dafür muß man die Karte noch theurer zahlen! Im Personenzuge ist vielleicht mehr Platz, aber man fährt langsamer. Ich bitte Sie nun, wer redet gegen die Staatsbahnen? Man hat eben das Gefühl, daß man einer mächtigen Person gegenübersteht, bei der alles Reden nichts nützt. Über die Tramway-Gesellschaft, über die Gasgesellschaft wird in der ganzen Stadt geschimpft und geredet, wenn etwas geschieht, was nicht in der Ordnung ist, und durch das viele Schimpfen wird doch vielleicht manches gebessert. Wie ist es aber bei der Stadt! Haben wir hier nicht schwere Angriffe gegen die Wasserverwaltung der Commune gehört? Und doch hat die Bevölkerung auch das Gefühl, daß gegen den Betrieb der Commune nichts zu machen ist. Sind nicht Klagen gegen die Preise am Central-Friedhofe laut geworden? Und doch, was kann man gegen die Commune machen? Auch die Verwaltung der Monopole ist keine so glänzende. Schauen Sie, wenn ein Privater solche Cigarretten machen würde wie die Regie in Oesterreich, so würde im ganzen Lande geschimpft werden, es würde der Sanitätsrath angerufen werden. Denn sanitätswidrig ist das Papier, das verwendet wird; es verursacht jedem, der raucht, einen Rachentarrh. Ich spüre es an mir selber (Heiterkeit). Ich habe daher auch das Rauchen dieser Cigarretten aufgegeben; ich darf sie gar nicht rauchen. Wenn der Tabak um denselben Preis einmal Mist, Stroh ist, einmal allerdings wieder gut, da redet niemand darüber. Der Staat darf sich das erlauben, er hat das Monopol, das müssen wir uns alle gefallen lassen; aber wenn das eine Privatgesellschaft thut, da redet das ganze Land, die ganze Stadt davon. Dieser Beobachtung mit einer Gruppe von anderen Beobachtungen hat mich eigentlich nie zu einem besonderen Freunde dessen gemacht, daß der Staat oder die Stadt sich in Unternehmungen einlassen soll. Vielmehr wäre mir daran gelegen, daß wir mit Consequenz uns ein Ziel stecken und dasselbe verfolgen, und das ist die Abänderung des Zuschlags-systemes. Das ist ein System, welches für die jetzige Zeit nicht mehr passend ist. (Sehr richtig! rechts.) Das ist aus dem vorigen Jahrhundert herübergeholt, wo die Commune ganz andere Bedürfnisse zu befriedigen gehabt hat, als jetzt. Schauen Sie, ich habe einmal in einem Büchlein gelesen — der Herr Budgetreferent hat im Anfange seines Referates oder beim Rechnungsabschlusse auch eine ähnliche interessante retrospective Betrachtung gemacht — daß im Jahre 1848, also vor noch nicht gar so langer Zeit, das Schulbudget 34.000 fl. ausgemacht hat, während es jetzt 7,000.000 fl. ausmacht, und noch immer ist das System der Zuschläge damals

so wie jetzt. Es ist das also nicht mehr der rechte Rahmen. Es fesselt uns das insbesondere in einer Richtung; wir können die Steuern oder Abgaben, die communalen Abgaben, nicht nach den Verhältnissen der einzelnen Gesellschaftsklassen vertheilen, wir sind gezwungen, sie immer dem Hausbesitze aufzulasten, auch nach einer alten historischen Entwicklung, während doch der Hausbesitz keine Belastung mehr verträgt. An uns werden aber immer mehr Anforderungen gestellt, es sollen immer mehr Bedürfnisse befriedigt, alles sollen wir klipp und klar machen, auch in den Vororten mit der größten Raschheit alles, was bisher gefehlt hat, durchführen, wir sollen pflastern, wir sollen beleuchten, und wenn nicht gleich gepflastert und nicht gleich die Straßen in Ordnung gebracht werden, dann heißt es, dort ist es, wie in einem walachischen Dorfe. Ja, 40 Jahre konnte es wie in einem walachischen Dorfe sein, aber seit der Vereinigung mit Wien sollen gleich Boulevards erstehen. Das geht eben nicht. Diese Dinge müssen eben so genommen werden und sich so entwickeln, wie es die Natur der Dinge verlangt.

Es ist also meiner Meinung nach anzustreben, daß das System der communalen Steuern abgeändert werde; und wenn das auch noch viele Jahre dauern wird — darüber täusche ich mich gar nicht — einmal wird doch die Zeit kommen, wo das alle einsehen werden, wo die Regierungsgewalt auch das einsehen wird, wo eben das Nothwendige und Unabänderliche auch durchgeführt wird werden müssen.

Es ist ja sehr viel durchgesetzt und erreicht worden, was man einstmals als undurchführbar angesehen hat.

Nach dieser sachlichen Erörterung kann ich mir nicht versagen, auch auf die Besprechung jener Fragen kurz einzugehen, welche von dem Herrn Wortführer der Opposition aufgeworfen worden sind. Es ist theilweise schon vom Herrn Collegen Dr. Bogler, theilweise in umfassender Weise soeben vom Herrn Bürgermeister darauf geantwortet worden. Ich will mich nur auf eine Schattierung gleichsam beschränken und nur nach einer gewissen Richtung eine Antwort geben. Der Wortführer der Opposition hat von einer Windstille gesprochen, allerdings dabei gethan, als wenn er der Aeolus wäre, welcher die Winde in die Höhle einsperren oder sie daraus streifen lassen kann, ganz nach seinem Belieben. Er hat es auch so gemacht, wie es Aeolus dem Odysseus gethan hat, er hat einen Sack mit den eingesperrten bösen Winden übergeben und es von der Behandlung dieses Sackes abhängig gemacht, welche Haltung die Opposition in Zukunft einnehmen wird. Wer mich genau in meiner Individualität kennt, wird mich gewiß als einen friedliebenden Menschen bezeichnen. Allerdings bin ich auch ein Mensch, der die Waffen dann zieht und Krieg führt, wenn er es für nothwendig oder für seine Pflicht erachtet. Daß ich den Wunsch mit der gewiß überwiegenden Mehrheit aller Parteigenossen habe, daß wir in friedliche Verhältnisse kommen, das sollte wenigstens niemand bezweifeln. Aber ich frage die Herren und ich frage den Wortführer der Opposition: Hält er einen solchen Friedensschluß überhaupt für möglich? Hält er ihn in dem gegebenen Augenblicke für möglich? Hält er es für möglich, daß zwei Parteien, welche gegeneinander so gehetzt sind, welche in eine so verbitterte Stimmung gekommen sind, in einer Minute sagen: „So, jetzt sind wir wieder gut“? Das ist nicht möglich.

Da müssen eben Dinge vorausgehen und da müssen die Suppositionen geschaffen werden, welche ein friedliches Zusammenarbeiten möglich machen. Den Geist der Mäßigung, welcher die

erste Supposition ist, nach Möglichkeit zu ziehen und zu halten, wird unser aufrichtiges Bestreben sein. Aber wir verlangen, daß auch Sie, durch eine entsprechende Zeit mindestens, diesen Geist der Mäßigung ebenfalls bethätigen. Solange Sie das nicht thun, ist eigentlich von einem Friedensschlusse nicht die Rede. (Beifall rechts.) Der Herr Wortführer der Opposition hat von Umkehr gesprochen. Ich habe in dem Augenblicke die Empfindung gehabt, daß dies ein ganz unrichtiges Wort, ein unrichtiges Bild gewesen ist. Wir sind nicht in dem Verhältnisse, als ob wir auf einem falschen Wege gegenüber der Opposition marschierten, sondern wir sind die Belagerten und Sie sind die Belagerer. Sie sind diejenigen, welche unsere Position stürmen und wirklich nach dem Buche des Festungskrieges stürmen, übertragen auf das politische Leben. Sie graben Ihre Laufgräben, machen Ihre Minen, schießen Ihre Breschen, machen Ihre Sturmäufe, alles, wie es im Festungskriege geschieht. (Rufe links: Das ist nicht nothwendig!) Heben Sie also diese Belagerung auf! (Gelächter und Rufe links: Na freilich!) Und da wollen Sie Frieden? Das ist eine Antwort, die mir sehr willkommen ist, weil sie über die Situation vollkommene Klarheit gibt. Heben Sie die Belagerung auf, lassen Sie uns gemeinsam zuerst in der Morgensonne oder in der Frühlingsluft auf den Wällen spazieren gehen, lassen Sie uns Menschen sein, welche sich nicht in der ärgsten Verbitterung gegenüberstehen, und der Friede wird sich von selbst ergeben. Was bekomme ich zur Antwort? Allgemeines Kopfschütteln, höhnisches Lächeln, welches mich in diesem Augenblicke eigentlich am meisten verlegt. Unter diesen Umständen, muß man sagen, ist der Friede leider nicht möglich. Es kann auch der Herr Wortführer der Opposition — und ich sage absichtlich: der Herr Wortführer und nicht der Herr Führer der Opposition — keinen solchen Friedensantrag machen, weil ich der Anschauung bin, daß er nicht mehr die Macht hat, einen solchen Friedensantrag zu machen. Der Herr Wortführer der Opposition wird von den radicalen Elementen gedrängt, und wenn er das selbst nicht gesehen hat, so sage ich ihm heute, er wird von den radicalen Elementen gedrängt, und er sage mir ins Gesicht, ob er einen freien Willen hat, ob er das machen kann, was seiner Gesinnung und seinem Willen entspricht. (Widerspruch links.) Meine Herren! Es ist das der ganz natürliche Lauf der Dinge. Jeder Volksführer, jeder Demagog muß immer von den radicalen Elementen gedrängt werden; das ist in der einen Zeit sein Ruhm, es ist aber auch der Anfang seines Verderbens.

Es ist möglich, ich leugne das gar nicht, daß die Herren in diesem Saale die Majorität gewinnen können. Das eine prophezeie ich Ihnen aber auch in voller Ruhe. Sobald Sie die Majorität gewonnen haben, ist es der Anfang von Ihrem Ende; dann wird an uns die Reihe kommen, Sie zu bekämpfen, und ich glaube, wir werden viel früher mit Ihnen fertig werden, als Sie mit uns fertig geworden sind.

Übrigens fällt mir jetzt auch dieses Wort ein, welches der Wortführer der Opposition ausgesprochen hat: „Wenn Sie nicht Frieden schließen, so werden wir mit dem neuen Bürgermeister auch fertig werden.“ Das können Sie thun, wir werden uns dagegen wehren, so gut es in unseren Kräften steht. Aber ich sage Ihnen, er wird auch mit sich selbst fertig werden, es wird auch die Partei mit sich selbst fertig werden nach dieser selben Methode, nach der Sie mit jedem Bürgermeister fertig werden wollen; Sie werden fertig werden, und wir werden seinerzeit unsere bescheidene Mithilfe anbieten, daß dieses Fertigwerden umso rascher vor sich

geht. Über die zukünftige Entwicklung der Dinge mag sich Herr Dr. Lueger keiner Täuschung hingeben, er möge sich an diese bescheidene Prophezeiung, die ich heute gemacht habe, an die Kassandrarolle, die ich heute gespielt habe, in einigen Jahren erinnern. Wir werden es beide erleben. Vielleicht werde ich dann das Vergnügen haben, ihm Opposition in solcher Weise zu machen. In solcher Weise werde ich sie allerdings nicht machen. (Sehr gut! rechts. — Zwischenruf des Gem.-Rathes Dr. Lueger.) Auf diesen Zwischenruf antworte ich nicht, insbesondere antworte ich einem Stadtrathe nicht darauf.

Nun ist auch das Wort „Gerechtigkeit“ ausgesprochen worden. Gerechtigkeit, das ist ja gewiss ein Ziel, das jeder Mensch, der Edles anstrebt, zu erreichen trachten muss. Es ist auch bei jedem Volke die Gerechtigkeit als die Blüte der königlichen Thätigkeit betrachtet worden und der weiseste und ausgezeichnetste Mann zum Richter und Kriegsführer erwählt worden, eine Machtsfülle, aus welcher die alte Königsmacht eigentlich bestanden hat. Aber zur Gerechtigkeit gehört eben Leidenschaftslosigkeit und ich sage ganz offen, zur Gerechtigkeit taugen beide politische Parteien nicht. Der gegenseitige Anspruch auf Gerechtigkeit wird gewöhnlich nur ein frommer Wunsch bleiben. Sie sehen, dass dies unter anderen kriegsführenden Parteien ebenso ist. Jede der kriegsführenden Parteien klagt die andere an, einen ungerechten Angriff gemacht zu haben. So ist es auch bei uns. Sie sagen, wir seien gegen Sie ungerecht, wir sagen, Sie wären gegen uns ungerecht. Wir haben wahrscheinlich beide recht; den dritten objectiven Richter haben wir noch nicht gefunden. Wir werden ihn erst in der Zukunft, in der Geschichte finden. Aber Gerechtigkeit kann nur der verlangen, der auch Gerechtigkeit übt. Liebe ist der Liebe Preis und Gerechtigkeit ist der Gerechtigkeit Preis, und unter politischen Parteien wird es schwer möglich sein, sich so weit und so hoch aufzuschwingen, dass man gegenseitig wirklich gerecht ist; also stellen wir nur keine zu hohen, über unsere Kräfte gehende Anforderungen, und so komme ich auf den Gedanken zurück, den ich bereits ausgesprochen habe und den ich nochmals aussprechen will, um damit zu schließen. Schaffen Sie die Vorbedingung zu einem Frieden.

Ich glaube darauf hinweisen zu können, dass Sie sich nicht beschweren können, es wäre in der Zeit, wo die Herren wirklich eine gemäßigte Haltung gezeigt haben — und das ist in dem Verlaufe der letzten Wochen geschehen — von uns irgendeine Provocation erfolgt. (Rufe: „Ah! Ah!“ „Dr. Vogler!“) Ich bitte, es ist der Verlauf der Sitzungen mit Ausnahme von einzelnen Spritzern, solchen Funken-spritzern (Rufe: Aha!) ein ganz entsprechender gewesen. Es ist ja auch wieder nicht nothwendig, dass man in diesem Saale immerwährend wie die steifen Senatoren sitzt. Etwas Temperament ist ja bei den politischen Verhandlungen ganz gut. Darüber beschwert man sich ja auch nicht. Aber über die Schnur soll man nicht hauen.

In diesem Punkte gibt es eine Grenze, und die Grenze muss man einhalten. Man muss vor allem den Gegner achten, und das ist ein Wort, das ich Ihnen zurufen muss. Wir achten Sie viel mehr, als Sie uns. (Widerpruch links.) Sie sprechen von uns immer so, als wenn wir eigentlich dem Volke das Geld aus dem Sacke stehlen wollen, als ob uns nur unlautere Motive bewegen würden.

Wenn von der Gasgesellschaft gesprochen wird, so wird natürlich immer von Bestechung gesprochen werden, uns natürlich gleich immer die schwärzesten Motive unterschoben. Glauben Sie vielleicht, wir haben kein Ehrgefühl im Leibe? Glauben Sie vielleicht,

dass uns solche Betrachtungen der Persönlichkeit, solche Beurtheilungen der Handlungsweise gleichgiltig sein können? Dagegen wehren wir uns und werden uns dagegen immer wehren. Wenn der Mann auf seine Ehre nichts hält, so ist er überhaupt nichts wert. Ich lasse mir auf meine Ehre keinen Angriff gefallen. (Rufe links: Wir auch nicht!) Gewiss nicht. Ich werde Ihnen das auch nicht zumuthen, und Sie haben von mir noch keinen Angriff auf Ihre Ehre gehört. Schließlich kann ich ja immer nur von mir reden, und ich bin nur dafür verantwortlich, was ich gemacht habe. Ich habe in meinen Reden noch niemandes Ehre angegriffen; ich habe noch nie die Feder eingetaucht, um in der Zeitung jemandes Ehre zu beschmutzen. (Widerpruch links.)

Ich bitte, ich bin nur für das verantwortlich, was ich gemacht habe; ich mache aber auch nur den verantwortlich, der irgendetwas gethan hat. Die Verantwortung dafür, was irgend jemand anderer oder die Zeitung gemacht hat, trage ich nicht; ich mache auch Sie nicht verantwortlich für das, was in Ihren Blättern steht. Bei Ihnen ist das aber ganz verkehrt. Sie machen immer jeden einzelnen von uns dafür verantwortlich, was in unserer Presse oder in der sogenannten „juden-liberalen“ Presse steht; dafür ist doch jeder einzelne von uns nicht verantwortlich. Ich mache Sie auch nicht verantwortlich dafür, was in Ihrer Presse steht; nur wenn Sie das ausdrücklich loben, dann ist es eben eine Handlung von Ihnen. Ich kann nur immer die Handlung des einzelnen meiner Beurtheilung unterziehen. Übrigens lassen wir das, lassen wir diese Polemik; sie führt zu nichts. Das eine kann ich Ihnen jedenfalls zurufen: Lassen Sie den Geist der Mäßigung walten, dann werden wir von selbst, wie in einem chemischen Prozesse, auch zu einem friedlichen Zusammenarbeiten gelangen; lassen Sie den Geist der Mäßigung nicht walten, dann wird uns nichts übrigbleiben, als nach wie vor abzuwehren — und das werden wir mit der Energie und mit der Thatkraft thun, welche jedes Mannes allein würdig ist. Ehrenvoll besiegt zu werden, ist keine Schande, zu capitulieren, gehört vor das Kriegsgericht. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen rechts.)

Gem.-Rath Dr. Gehmann (Generalredner contra): Gestatten Sie mir, bevor ich auf die Ausführungen der anderen Herren Redner repliciere, mich in Kürze mit der Rede des Herrn Bürgermeisters zu befassen, der ja gewissermaßen als Träger Ihres Programmes heute gesprochen hat. Zunächst muss ich richtigstellen, dass wir dann, wenn irgendeine Person aus dem gegnerischen Lager von der Oberfläche des politischen Lebens verschwindet, ihn — wie der Herr Bürgermeister sich auszudrücken beliebte — stets loben, seine guten Eigenschaften in den Himmel erheben, währenddem wir angeblich, so lange der betreffende Mann im Kampfe steht, gegen alles das blind sein sollen. Ich glaube, gerade die Rede des Herrn Dr. Lueger mit Bezug auf den verstorbenen Bürgermeister Dr. Prix hat genau bewiesen, wie weit wir auf diesem Gebiete gehen und wie consequent bis ins letzte Detail wir uns verhalten. Dr. Lueger hat mit Recht bemerkt, dass wir dem Manne die letzte Ehre erwiesen haben, wie es sich für Christen gebürt, dass wir aber nie und nimmer dasjenige als ungeschehen betrachten können, was auf dem Gebiete der städtischen Verwaltung auch unter seiner Mitwirkung und vielleicht auf seine Initiative hin gesündigt worden ist.

Meine Herren! Es hat der Herr Bürgermeister Dr. Gröbl in seinen einleitenden Worten seine Friedensliebe betont, allein schon kurz darauf ist er sich in Ausführungen ergangen, die eigentlich

diese Friedensliebe nicht zum Ausdrucke bringen konnten, die viel eher als eine gewisse, wenn auch zurückgehaltene Neigung zum Gegentheile zu betrachten sind. Er hat gemeint, daß wir von dieser (linken) Seite schon seit einer Reihe von Jahren vor der Schaffung des neuen Statutes in der entschiedensten Weise hier heftige, persönliche Kämpfe provociert hätten. Ich habe darauf nur das eine zu erwidern: Wir haben gekämpft auch vor der Schaffung des neuen Statutes; aber wofür haben wir gekämpft?

Wir haben dafür gekämpft, daß die Interessen, die uns anvertraut worden sind, die Interessen der Bevölkerung, der Wählerschaft gewahrt werden gegenüber Ausdehnungen von capitalistischer Seite, für die einzutreten Sie sich stets für verpflichtet erachtet haben. Und in der Hinsicht haben wir gewiß nur unsere Pflicht gethan und wir werden dieser Pflicht jederzeit nachkommen. Aber, meine Herren, es ist eine nicht sehr loyale Entstellung der factischen Verhältnisse, wenn der Herr Bürgermeister auch heute wiederum in seiner Rede die Sache so darstellte, als ob nur von unserer Seite bei jeder Gelegenheit die Streitart ausgegraben worden wäre, als ob wir ganz allein Friedensstörer, als ob wir die schlimmen Buben wären, die bei jeder Gelegenheit die Ordnung stören. Ich weiß ja, welcher Tendenz dergleichen Äußerungen entquillen, ich weiß ja, was damit bezweckt ist. Man will eine an gewissen höheren Orten bestehende falsche Auffassung, die durch falsche Informationen absichtlich herbeigeführt wird, bei jeder Gelegenheit stärken.

Wir werden aber trotzdem thun, was wir als unsere Pflicht erachten und werden Opposition machen, wenn wir in der Sache und um der Sache willen uns dazu verpflichtet erachten.

Meine Herren, es hat der Herr Bürgermeister auch gemeint, daß ja bei so vielen Anlässen die Majorität der Minorität Gerechtigkeit habe widerfahren lassen. Ich muß gestehen, ich habe von der Gerechtigkeit weder im alten Gemeinderathe noch auch seit der Neuschaffung desselben bisher irgend etwas bemerkt. Es hat mein Colleague Wessely ganz richtig betont, daß selbst bei solchen Angelegenheiten, wo es sich nur um Pappalien gehandelt hat, wo kaum nennenswerte Interessen in Frage gekommen sind, Sie nur aus Lust, um uns zu verletzen und Ihre Superiorität und Allmacht zu zeigen, uns zurückgesetzt haben. Es wäre eine traurige Opposition, die das ruhig einstecken und dabei von Höflichkeit und Friedensliebe überfließen würde.

Es hat der Herr Bürgermeister betont, daß die Wirtschaft der Majorität musterhaft sei, daß wir an dem Budget gar nichts auszusparen hätten als die 100.000 fl. für die Functionsgebühren des Präsidiums und Stadtrathes. Meine Herren, auch das ist nicht richtig; unser Führer Herr Dr. Püeger hat darauf hingewiesen, daß er sich jetzt nicht mit den einzelnen Details befassen will, und daß wir das Schwergewicht der Berathung über die Detail-Ziffern in die Special-Debatte verlegen werden. Dort, meine Herren, werden wir schon Gelegenheit finden und sie gewiß auch ergreifen, dasjenige, was uns an dem Budget besserungsbedürftig erscheint, entsprechend vorzubringen. Aber das eine ist richtig, und da stimme ich mit dem Herrn Bürgermeister vollständig überein, daß es kaum möglich sein wird, große Ersparungen zu erzielen, weil die Anforderungen, die an das Gemeinwesen gestellt werden, sich naturgemäß immer steigern. Der einzige Ausweg, den es da gibt, ist von unserer Seite schon wiederholt angedeutet worden. Natürlich! Das ist für Sie alter Kohl! Es bleibt aber nichts anderes übrig: entweder neue Steuern,

nachdem bedeutende Ersparungen nicht möglich sind, oder neue Einnahmequellen, und von neuen Einnahmequellen wollen Sie nichts wissen. Sie werden also natürlich früher oder später zur zweiten Eventualität greifen müssen, gegen die wir uns aber im Interesse der Bevölkerung mit aller Entschiedenheit verwahren.

Es hat der Herr Bürgermeister gemeint, daß wir es dem Herrn Dr. Mandl gerade so gemacht hätten wie anderen, daß wir jetzt bedauert hätten, daß er nicht mehr hier ist und daß wir Schuld daran waren, wenn er nicht mehr im Gemeinderathe ist.

Nun, Herr Bürgermeister Dr. Gröbl, der ja diese Verhältnisse ganz genau kennt, der jede Phase dieses Kampfes aus allernächster Nähe zu beobachten Gelegenheit hatte, der ja selbst in alle diese Kämpfe beständig eingegriffen und in denselben die hervorragendste Rolle gespielt hat, weiß recht gut, daß Herr Dr. Mandl nicht so sehr perhorrescirt wurde, weil er uns aus antisemitischer Rücksicht unannehmbar erschien, sondern vielmehr deshalb, weil er sich in grober Verkennung der realen Verhältnisse eingebildet hat, er könne aus Ihren Reihen (rechts) irgendeinen Mitkämpfer für ein social-reformatorisches Programm auf dem Gebiete der Gemeinde gewinnen. Das war ein grober Irrthum, und darum hat er geglaubt, er müsse gegen uns intriguiert und mit Ihnen zusammengehen, und darum hat er Beziehungen zu Ihnen gesucht, und darum ist er gefallen (Unruhe und Widerspruch rechts), weil wir diese Intriguen nicht dulden, nicht zusehen konnten, wie auf diese Weise wir selbst umgebracht würden! (Erneuerte Unruhe rechts.) Das, meine Herren, ist historische Wahrheit, und wenn es vielleicht wahr wäre, daß Sie gar nichts gegen Herrn Dr. Mandl gehabt haben, warum haben Sie sich denn vor einem Jahre, bei der Wahl in Mariahilf, mit Hand und Fuß gegen ihn gewehrt, gegen ihn alles Mögliche in Scene gesetzt? (Sehr richtig! links.) Sehen Sie, meine Herren, das ist der beste Beweis, daß es sich bei Ihnen nicht um bestimmte politische Grundsätze gehandelt hat, daß selbst der Antisemitismus, beziehungsweise der Kampf gegen ihn, für Sie vielfach nur ein Deckmantel dafür war, die Interessen des Großcapitales in jeder Richtung zu wahren und dieser Rücksicht alles andere unterzuordnen! (Beifall links, Widerspruch rechts.)

Herr Bürgermeister Dr. Gröbl hat auch die Gasfrage erwähnt und gemeint, daß in dieser Hinsicht von unserer Seite immer die alten Klagen laut werden, obwohl keine Berechtigung dazu vorhanden sei. Nun, meine Herren, es ist eigentlich traurig, wenn nach allen Erfahrungen, die wir in der Gasfrage gemacht haben, es überhaupt noch als offene Frage erscheint, in welcher Weise man in dieser Angelegenheit Stellung nehmen muß; und wie sehr wir berechtigt sind, das allergrößte Mißtrauen gegen Sie in dieser Hinsicht zu hegen, das geht aus der Rede des Herrn Gem.-Rathes Frauenberger hervor, der, wie Herr Dr. Püeger ganz richtig bemerkt hat, aus Ihrem Herzen, aus Ihrem Innersten heraus gesprochen hat — vielleicht ein wenig zu früh — es war Ihnen vielleicht unangenehm — obwohl die Dechargen, die dann in einzelnen Blättern Ihrer Partei erfolgt sind, eigentlich den Schluß zulassen, daß man sogar jetzt schon den Zeitpunkt für gekommen erachtet, wiederum in die alten Bahnen einzulenken.

Meine Herren! Es hat der Herr Bürgermeister Dr. Gröbl davor gewarnt, in der Gasfrage eine ähnliche Haltung einzunehmen, wie in der Frage der Wasserversorgung. Er hat gemeint, es wird uns in der Gasfrage ebenso ergehen wie bei der Wasserversorgung, in welcher die Gemeinde gewissermaßen passiv sei. Er

hat gemeint, dasjenige, was die Majorität bei der Bestimmung der Wassergebühren angestrebt habe, sei etwas so Unschuldiges, sei etwas so Selbstverständliches, daß man eine Opposition dagegen gar nicht begreifen könne, daß man sie als den Ausdruck einer factiöfen Stimmung ansehen müsse. Das ist absolut nicht richtig. Es hat ganz mit Recht der unmittelbare Vorredner Herr Dr. Nechansky darauf hingewiesen, daß die Belastung der Hausbesitzer heute eine geradezu kolossale ist, und, meine Herren, obwohl Sie das erkennen, obwohl Sie das durch den Mund Ihrer eigenen Leute aussprechen lassen, wollen Sie uns zumuthen, daß wir ruhig zusehen, wie Sie zu dieser ungeheuren Last noch jedesmal neue Lasten hinzufügen; und gegen was haben wir uns gewehrt? Gegen Ungerechtigkeiten, nicht so sehr gegen die Bewertung des Wassers, sondern vor allem gegen die Ungerechtigkeit, die in der Art und Weise der Einhebung gelegen ist, und die, wie gesagt, nur zu schweren Mehrbelastungen und Mehrforderungen für die Hausbesitzer führt.

Es hat der Herr Bürgermeister, der ja so sehr den Subjectivismus unseres Führers getadelt hat, in der decidirtesten Weise für die Majorität allein in Anspruch genommen, das Verdienst für alles Gute und Schöne, was für die Stadt Wien und ihre Verwaltung geschehen ist.

Nun, es ist das merkwürdig. Ich erinnere an ein altes Sprichwort von dem Splitter und dem Balken, aber ganz abgesehen davon, es ist ja richtig, daß manches — leider kann man nicht sagen, viel — aber manches Gute geschaffen wurde durch ein Zusammenwirken von Majorität und Minorität.

Aber, meine Herren, bei der allermildesten Auffassung, die man da haben kann — nehmen Sie es mir nicht übel, wenn nur ich der Meinung bin, daß, wenigstens in den meisten dieser Fälle, die Besorgnis vor den Leuten draußen, nur der mitunter unwiderstehliche, von den Massen ausgeübte Zwang dahin geführt hat, daß all diese Beschlüsse zustande gekommen sind, und daß, wenn dieser Zwang nicht vorhanden gewesen wäre, auch diese Dinge nicht zustande gekommen wären.

Es hat beispielsweise der Herr Bürgermeister Dr. Gröbl gemeint, die Geschichte mit der zu schaffenden Stadtbahn, beziehungsweise der Verbindungsbahn bezüglich der Strecke auf der Landstraße sei ja eine so selbstverständliche; wie er noch ein kleines Kind war, hätten damals schon die Leute darüber geschimpft. Gut, das bestreiten wir nicht; aber wo waren denn die Herren, die es so lange schon gewünscht haben, damals, als es sich darum gehandelt hat, zu dieser Frage bezüglich der neu zu schaffenden Stadtbahn Stellung zu nehmen?

Und ist das nicht ein ungeheurer Verstoß — um mich eines parlamentarischen Ausdruckes zu bedienen — wenn man, obwohl man das gewünscht hat, dieser Verhandlung der Stadt, dieser schweren Schädigung derselben zugestimmt hat. Ist es nicht eine entschiedene Entstellung der Wahrheit, wenn der Herr Bürgermeister die Sache so hinstellen sich bemüht, als ob das alles von Ihnen ausgegangen wäre? War nicht Herr Dr. Lueger in allen Körperschaften derjenige, der im Gegensatz und im Kampfe mit Ihnen auf diese Unzulänglichkeiten der Stadtbahn-Trace hingewiesen hat? War er es nicht in einer ganzen Reihe von Körperschaften, der geradezu allein gestanden ist damals, als er diese Anschauung vertreten hat, diese Anschauung, die Sie heute so selbstverständlich finden? Ja, warum haben Sie das nicht früher so selbstverständlich und natürlich gefunden, als Krauß & Comp. noch dictiert haben?

Ich glaube, wenn diese Einsicht wirklich so einfach und selbstverständlich ist, hätten Sie sie schon damals haben sollen und müssen.

Es hat der Herr Bürgermeister sich auch gewissermaßen darüber moquiert, daß wir der Wählerschaft das Recht zusprechen, sich über die verschiedenen Pläne und Maßnahmen in der Verwaltung zu äußern, und daß wir in gewissermaßen slavischer Weise — und das hat auch der unmittelbare Herr Vorredner zum Ausdrucke gebracht — uns an diese Äußerungen, an die Wünsche unserer Mandanten halten. Ich finde vielmehr unsere Auffassung für etwas ganz Selbstverständliches, das ist der wirkliche Parlamentarismus; denn sich wählen lassen und dann das Gegentheil von dem thun, was die Wähler wollen, das ist eine merkwürdige Auffassung von den Pflichten eines Mandatars, eine Auffassung, für die wir wenigstens uns nicht erwärmen können.

Es hat der verehrte Herr Bürgermeister Dr. Gröbl auch gemeint, daß das Urtheil des Herrn Dr. Lueger über den Stadtrath durchaus nicht zutreffend sei. Ich kann nur das eine constatieren, daß eigentlich nach dem Wortlaute der Ausführungen des Herrn Bürgermeisters sich eine gewisse Übereinstimmung mit den Anschauungen des Herrn Dr. Lueger über den Stadtrath herausstellt. Herr Dr. Lueger hat durchaus nicht behauptet, daß der Stadtrath in seiner Function, wie er sie jetzt erfüllen muß, eine ungezahlte Stelle sein soll. Er hat im Gegentheile betont, daß es nothwendig, daß es selbstverständlich sei, daß für diese Art der Function eine Entlohnung stattfinden muß; aber er hat sich gegen das ganze Institut als solches gewendet und da hat er Recht gehabt. Es ist nicht nur eine Mehrbelastung der Steuerträger, sondern bedeutet auch eine Verschlechterung des gesammten Verwaltungsapparates, und wer die Verhältnisse im alten Gemeinderathe gekannt hat und die heutigen kennt, der muß sagen, daß nicht eine Verbesserung stattgefunden, sondern daß die Verhältnisse sich ungeheuer verschlechtert haben. Wie oft haben wir aus Ihrer eigenen Mitte Klagen über die Unhaltbarkeit der Zustände im Stadtrathe gehört, und wie lange wird es denn dauern, so wird trotz alles aufopfernden Fleißes seitens aller 25 Stadträthe der Mechanismus stillstehen und nicht mehr functionieren, einfach deshalb, weil er lebensunfähig ist; und dagegen hat sich Herr Dr. Lueger und mit Recht gewendet, sowie dagegen, daß überhaupt Gewählte in dieser Weise bezahlt werden. Die Analogie mit dem Mandate des Abgeordneten stimmt in dem Falle nicht, die Sache ist eine ganz andere. Denn der Stadtrath, der da gewählt wird, ist in der That nichts anderes als ein gewählter Beamter; es ist nicht die zeitweise Verschöpfung irgendeiner Function, sondern eine dauernde Beamtung, die das ganze Jahr hindurch geht und eigentlich die ganze Arbeitskraft des Mannes consumiert. Und das ist gewiß nicht wünschenswert, weil Sie dadurch so viele Kräfte, die sehr gerne unentgeltlich arbeiten würden und nach ihrer Wahl arbeiten könnten, die früher schon sehr Tüchtiges und Ausgezeichnetes in der Gemeindeverwaltung geleistet haben, an der Arbeit hindern. Sie sagen ja immer, daß die Periode der Stadtverwaltung unter Felder und darnach eine glänzende war; warum hat man das mit dem damaligen Statut leisten können? Das ist gewiß ein Beweis, daß es dieser Änderungen unseres Statutes nicht bedurft hätte, um eine ganz genügende, entsprechende städtische Verwaltung herbeizuführen.

Und nun erlauben Sie mir, auf die Ausführungen mehrerer anderer Herren Vorredner zu kommen. Ich kann nur das eine mit Vergnügen constatieren, daß, obwohl in einer Reihe Ihrer Organe

die Rede des Herrn Dr. Lueger als schal, als nichtsfugend u. s. w. bezeichnet wurde, jeder der Redner der Majorität ausnahmslos sich mit den Ausführungen des Herrn Dr. Lueger befaßt hat. (Ruf: So ist es! links.) Meine Herren! Wenn wirklich in diese Budget-Debatte, im Gegensatz zu anderen — ich habe ja ihrer schon genug mitgemacht — ein gewisser großer Zug hineingekommen ist, so kann ich wirklich sagen: Es ist das ausschließliche Verdienst Dr. Luegers, der diese größeren Gesichtspunkte in die Debatte hineingebracht hat. Aber die Rede Dr. Luegers war auch charakteristisch durch den Ton der Veröhnlichkeit und des Entgegenkommens in einem Ausmaße, daß — ich sage es ganz offen — ich mich selbst darüber gewundert habe, und, meine Herren, was war die Antwort auf diese wirklich entgegenkommenden Ausführungen, doppelt anerkennenswert, weil sie ja nach so vielfachen Provocationen, nach so vielfachen Ungerechtigkeiten und Verletzungen gegenüber dieser (linken) Seite erfolgt sind? Meine Herren! Hier wurde die Antwort in abgedämpfter Tone gegeben. In Ihrer Presse — wollen Sie nicht, meine Herren, die Zusammengehörigkeit mit ihrer Presse leugnen, sie besteht, indem Ihre Presse commandiert und die Herren der Presse gehoramen (Widerspruch rechts) — in dieser Presse ist die Antwort ganz anders erfolgt, da hat man Dr. Lueger einen bornierten Vorstadtpolitiker genannt und ihn als einen schalen Hohlkopf hinzustellen versucht. Wundert es Sie dann, wenn wir von der frechen Anmaßung der Judenpresse sprechen? Finden Sie es nicht begreiflich, wenn in so grober Weise der Wahrheit ins Gesicht geschlagen wird, daß man eine solche Gegnerschaft nicht mit Handschuhen anfasset? Meine Herren! Es ist aber gerade nach den Ausführungen des letzten Herrn Redners, des Führers des Fortschrittsclubs, eigentlich ziemlich zweifellos, daß Ihnen mit der Veröhnung nicht viel gedient scheint. Es hat ja Herr Dr. Nechansky ziemlich deutlich ausgesprochen, daß von einem Frieden nicht die Rede sein könne, daß ein solcher vollkommen ausgeschlossen sei, und es stimmt da vollständig mit dem überein, was Ihre Presse, die ja in Ihrer Partei ein so kolossales Übergewicht und eine so ausschlaggebende Bedeutung gewonnen hat, bei jeder Gelegenheit zum Ausdruck bringt. Da ist mit den furchtbarsten Drohungen vor einer Coalition in der Gemeinde gewarnt worden. Dr. Gröbl darf kein Coalitions-Bürgermeister sein. Wehe ihm, wenn er es wagt, auch nur daran zu denken! Sehen Sie, meine Herren, dann heißt es, wir sind die Friedensförderer, da macht man uns den Vorwurf, daß wir bei jeder Gelegenheit Spectakel machen und zu raufen beginnen. Diejenigen, die leider bestimmend auf unsere ganze öffentliche Entwicklung und auf die Entwicklung Ihrer Partei eingreifen, wollen keine Annäherung; warum? Einfach, weil ihre Geschäfte dadurch alteriert würden, weil den einzigen Zwecken, die jene verfolgen, durch eine solche Ausöhnung oder Abschwächung der Gegensätze absolut nicht gedient wäre.

Meine Herren! Es hat auch ein Redner von jener Seite, Herr Dr. Stern, der Zeit erwähnt, wo auf diesen Bänken, beziehungsweise in einem anderen Saale eine andere Opposition gesessen ist, und er hat bei dieser Gelegenheit gemeint, mit der alten Opposition wäre zu reden gewesen, mit Euch aber können wir nichts anfangen, da gibt's keinen Ausgleich, da gibt's kein Pactieren. Ich habe die Zeiten jener Opposition — denn ich bin so ziemlich eines der ältesten Mitglieder in diesem Saale — mitgemacht und weiß, wie man uns damals entgegengekommen ist, wo von Anti-

semitismus und dergleichen noch keine Rede war. In der rücksichtslosten Weise ist man sowohl von Ihrer Seite als von Seite Ihrer Presse gegen uns aufgetreten, in der verwerflichsten Weise ist von dieser Presse das Familienleben, die Existenz eines jeden einzelnen angegriffen worden. Wir müßten auf den Kopf gefallen sein, wenn wir die Waffen, die Sie selbst, beziehungsweise Ihre Presse uns in die Hand gedrückt haben, nicht mit aller Schärfe handhaben wollten. Wir werden sie handhaben, und wir werden sie mit aller Schärfe handhaben, und werden den Kampf so lange fortführen, bis wir jene Clique niedergerungen haben, die bisher in der rücksichtslosten Weise die Ausbeutung und Unterdrückung aller arbeitenden Stände betrieben hat.

Meine Herren! Es hat Herr Dr. Stern sich gewissermaßen lustig darüber gemacht, daß Herr Dr. Lueger, im Zusammenhange mit der Gemeindeverwaltung, über die Valutaregulierung gesprochen hat, und ein anderer Redner, ich glaube aus dem VII. Bezirke, hat gleichfalls an dieser angeblichen Thorheit sein Mütchen gekühlt. Haben denn die Herren noch nichts davon gehört, daß die sogenannte Valutaregulierung auch einen Einfluß nimmt auf den Zinsfuß, und liegt es nicht so nahe, daß, wenn man von der Conversion des städtischen Anlehens spricht, auf dieses Moment naturgemäß ein jeder stoßen muß? Und, meine Herren, glauben Sie denn, daß sich auf diesen Punkt der Einfluß dieser Maßregel beschränken wird? Die ganze Gemeindeverwaltung wird gewiß genau so durch diese Währungs-Action verwirrt werden, wie die communalen Finanzen so vieler italienischen Städte an den Abgrund des Bankerotts gebracht worden sind, die heute fast in der Unmöglichkeit sind, weiterhin zu verwalten. Das war zwar nicht das alleinige, aber mit eines der Hauptmotive für die verzweifelte Finanzlage so vieler italienischen Städte, und, meine Herren, die Gemeindeverwaltung erfüllt ihre Pflicht nicht, auch nicht vom Standpunkte der eigenen Interessen, der Verwaltung der ihr anvertrauten Gemeinde, wenn sie zu einer solchen Frage nicht Stellung nimmt.

Die Anregung, welche sowohl von Seite des Herrn Dr. Nechansky als auch von Seite des Herrn Dr. Stern bezüglich der Schaffung neuer Steuern gegeben wurden, muthen mich sonderbar an. Von neuen Einnahmen wollen die Herren nichts wissen. Neue Steuern müssen es sein, und Herr Dr. Stern hat gemeint, man möge sich nur an das Abgeordnetenhaus wenden, man möge da seinen Einfluß geltend machen, um eine solche Steuerreform auch auf dem communalen Gebiete herbeizuführen. Meine Herren! Ein komisches Verlangen! Wer die Phafen, die die Steuerreform, welche ja gegenwärtig dem Abgeordnetenhause vorliegt, bis jetzt schon durchgemacht hat, sich vor Augen hält, wer sich klar darüber ist, daß das ganze nichts ist und sein wird als eine Phantasie, als eine Utopie, an deren Realisierung drinnen selbst niemand glaubt — denn es ist heute von einer Steuerreform kaum mehr die Rede, sondern man sucht nur das Abgeordnetenhaus möglichst schnell nach Hause zu schicken, um möglichst bequem regieren zu können — den muß es doch sonderbar anmuthen, wenn man hier mit so naiven Wünschen kommt. Aber nichts steht Ihnen im Wege, daß Sie in dieser Richtung vorgehen. Sie, respective Ihre Partei ist ja jetzt der wichtigste Factor in der Coalition. Ihre bedeutendste, ihre größte Capacität ist ja Finanzminister. Thuen Sie, was nothwendig ist, und wir werden Ihnen mit Vergnügen dann folgen. Wir warten nur darauf. In diesem Falle wird es doch Ihre Sache sein, die Initiative zu ergreifen.

Meine Herren! Es haben sowohl der Herr Bürgermeister als auch andere Redner und insbesondere der Herr College Frauenberger sich über die angebliche Unbescheidenheit des Herrn Dr. Lueger aufgehalten, mit der er sich eine Reihe von Verdiensten vindiciert. Es ist ganz merkwürdig; Sie haben jetzt einen liberalen Finanzminister, zu dem Sie ja in allernächster Beziehung stehen und sehen, Sie — in einer der Fragen, in denen der Staat direct und in ziemlich ausgiebiger Weise auf die Finanzlage der Stadt Wien hat Einfluß nehmen können und sollen, in der Frage der Befreiung von der Einkommensteuer für das neue Anlehen, mußte Herr Dr. Lueger — und Herr Dr. Lueger ganz allein — die Initiative ergreifen, und er hat es in der letzten Stunde zuwege gebracht, was Sie, die große liberale Partei mit Ihrem liberalen Finanzminister mindestens vergessen haben. Aber schlecht genug, wenn Sie so etwas übersehen und der Führer der Opposition das Geschäft besorgen muß. (Widerspruch rechts.) Ich bitte, das ist wahr, denn Herr Dr. Lueger hat ausschließlich und allein die Initiative ergriffen. Er ist zum Bürgermeister und zum Professor Suesß gegangen und hat in dieser Richtung die Initiative ergriffen. Von ihm ist der erste Anstoß ausgegangen und wenn er diesen Anstoß nicht gegeben hätte, so wäre das Anlehensgesetz in der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses vor Ostern sang- und klanglos angenommen worden. Meine Herren! Ich will auf weitere Details nicht eingehen; die Straßenreinigung im I. Bezirke — ist die vielleicht auch ein Verdienst der Herren?

Dr. Lueger strebt nach den Äußerungen des Herrn Gem.-Rathes Frauenberger angeblich um jeden Preis nach der Vice-Bürgermeister-Stelle.

Meine Herren! Dergleichen Äußerungen bedeuten nicht viel. Ich weiß ja, Sie werden es auf die Probe nicht ankommen lassen, und wissen Sie, warum? Weil Sie viel zu viele Leute im eigenen Lager haben, denen es ganz höllisch darum zu thun ist, diesen fetten Bissen zu bekommen. (Zustimmung links.) Darüber sind wir ja ganz unbesorgt. Es liegt uns auch gar nichts daran, Gott sei vor! Ich kann Sie versichern, wir sind vorläufig mit der Entwicklung der Dinge ganz einverstanden. Wenn aber Herr Gem.-Rath Frauenberger meint, daß hinter Dr. Lueger schon derjenige stünde, der ihn vom Präsidium herunterzupfen wollte, so möchte ich den Herrn Collegen Frauenberger doch bitten, sich lieber an eine andere Adresse, die ihm näher ist, zu wenden; da werden vielleicht in kurzer Zeit ähnliche Verhältnisse eintreten. Wir werden ruhig zusehen. Aber es ist nicht gut, wenn man in einem gläsernen Hause wohnt, so mit Steinen herumzuwerfen.

Meine Herren! Es wird uns der Vorwurf gemacht, daß wir immer und immer alten Kohl aufwärmen; ich habe das schon bei der Schaffung neuer Einnahmsquellen betont, ich will nicht auf andere Dinge eingehen, aber nehmen Sie beispielsweise die Frage der städtischen Affecuranz. Ist das Verhalten in dieser Angelegenheit nicht ein — ich weiß nicht, welchen parlamentarischen Ausdruck ich gebrauchen soll — so unerhörtes, so betrübendes für den Geist, der hier herrscht, und für die Vertretung der Interessen, die hier eigentlich erfolgen sollte, daß man es einem nicht übelnehmen kann, wenn man einen ganz merkwürdigen Einfluß als ausschlaggebend in diesen Dingen bezeichnet. Da ist darüber berathen worden, heute sind, glaube ich, noch zehn Redner bei der Geschichte vorgemerkt, zwei Jahre steht das auf der Tagesordnung — natürlich, mit so etwas kann man warten, das gehört unter den Tisch, in den Papierkorb; marsch hinweg damit!

Meine Herren! Wenn da auch von Seite eines Redners an Dr. Lueger die Forderung gestellt wurde, er solle das Stadtraths-Mandat, beziehungsweise das Honorar dafür nicht annehmen, so ist das — verzeihen Sie mir — geradezu lächerlich. Schauen Sie, wer wird denn das thun? Hätte das einen Sinn und eine Vernunft? (Ruf links: Der Frauenberger thät' es schon! — Heiterkeit.) Aber die Institution als solche bekämpfen, das hat einen Sinn, weil damit zugleich das Motiv der Corruption und zugleich auch eine schwere Schädigung der Verwaltung beseitigt wird.

Und nun erlauben Sie mir nur noch wenige Worte über die Frage der Vereinigung der Vororte zu sprechen, umso mehr, als ich an dieser Stelle als Vertreter eines derselben gewählt bin. Meine Herren! Es wird das der dunkelste Punkt in der ganzen Communalverwaltung, in der Geschichte unserer Gemeinde in der letzten Zeit sein, und ich sage es im voraus: durch diese Maßregel, mit der Sie sich retten wollten, gehen Sie gewiß zugrunde. Sie haben vielleicht die Entscheidung gegen Sie für einige Zeit hinausgeschoben, ausbleiben wird sie nicht! Gehen Sie hinaus in die Bezirke, fragen Sie ihre eigenen Herren, die aus den Bezirken hieher entsendet sind, über die Stimmung, die da herrscht, lassen Sie sich Rechenschaft geben über die tiefgehende Verbitterung in den Kreisen der Gesamtbevölkerung, nicht bloß in den Kreisen der kleinen Leute, von denen Sie glauben, daß wir sie am Gängelbände führen, sondern in denen der Bestbemittelten, im I. Wahlkörper, und ich sage Ihnen, gerade die Tage der Herren, die aus dem I. Wahlkörper gewählt sind, sind gezählt, in allen Vorortbezirken, weil auch in diesen Kreisen das Gefühl der furchtbaren Schädigung besteht, die ohne Ausnahme diesen Bezirken zugesügt wurde. Da heißt es ihrerseits bei jeder Gelegenheit: Wir sind ja nicht schuld, da ist das böse Finanzärar, der schlimme Dunajewski schuld. Meine Herren, erinnern Sie sich nicht, oder wollen Sie sich nicht erinnern, daß gerade der heutige Bürgermeister in Verbindung mit einem Herrn Linienamtsvertreter Benda alle die Maßnahmen für die Hinausrückung der Verzehrungssteuerlinie auf das genaueste durchberathen und vorbereitet hat, daß man gerade von derselben Seite in der hervorragendsten Weise nicht nur bei Vereinigung der Vororte mit Wien, sondern auch bei Schaffung der neuen Verzehrungssteuerlinien mitthätig war und alle Modalitäten derselben festgestellt hat? (Rufe rechts: Was hätte man machen sollen?) Das eine hätte man machen sollen, sich der Hinausschiebung absolut zu widersetzen, und sie wäre gewiß nicht gelungen, wenn Sie nicht eingestimmt hätten. Aber Ihnen war es um ganz etwas anderes zu thun. Sie haben gesehen, von Jahr zu Jahr wird Ihre Zahl hier geringer, Sie verlieren ein Mandat um das andere und da hat es sich darum gehandelt, um jeden Preis ein neues Statut zu schaffen, um durch Verschiebung der Wähler, Abänderung der Wahlkörper und durch Schaffung einer neuen Anzahl und einer neuen Vertheilung der Mandate für Sie die Herrschaft sichern.

Wenn Sie gewußt hätten, daß das alte Statut gültig bleibt auch bei der Einverleibung der Vororte, will ich mir den Kopf abschneiden lassen, daß keiner der Herren dafür eingestanden wäre! Da hätten Sie es sich curios überlegt, mitzuthun! Wie weit aber diese Schädigung geht, das können Ihnen Herren aus Ihrer eigenen Partei erzählen. Fragen Sie die Leute, z. B. einzelne Wirthe! Ein College, der vorher 70 fl. monatlich zahlte, zahlt jetzt jährlich 15.000 fl. an Verzehrungssteuer, und die Gemeinde Ottakring, die früher 80.000 fl. an Verzehrungssteuer und 5 Percent an Gemeindeforschlägen gezahlt hat, zahlt heute nahezu eine Million

an Verzehrungssteuer und 30 Percent an Gemeindezuschlägen! (Hört! links.) Und dabei ist noch — das läßt sich ja nicht leugnen — die Verwaltung nicht besser geworden, denn sonst würden diese endlosen Klagen darüber nicht auftauchen. Die Straßen sind schlechter wie früher, die Beleuchtung ist schlecht, es ist ganz zweifellos, daß auch ein Sinken des Realwertes in den Vororten eintreten und sich in kurzer Zeit außerordentlich schwer geltend machen wird. Ebenso zweifellos ist es, daß durch die geringe Vernunft, mit der bei der Einverleibung vorgegangen wurde, z. B. alle landwirtschaftlichen Gewerbe in unerhörter Weise geschädigt worden sind, und noch dazu durch einen ganz verfehlten Verwaltungsmechanismus und zu weit getriebenen bureaukratischen Geist den Leuten die unerhörtesten Lasten aufgebürdet wurden. Dieses Commissionsunwesen erbittert die Leute bis zum Excess, weil sie neben der wirtschaftlichen Schädigung, die ihnen widerfahren ist, auch noch allen feindlichen Chicanen und Mehrauslagen einer zu bureaukratischen Verwaltung bei jeder Gelegenheit ausgegesetzt sind.

Ich möchte zum Schlusse noch auf die Ausführungen des Herrn Clubobmannes von jener (rechten) Seite zu sprechen kommen. Er hat gemeint, es sei eigentlich eine geringe Weisheit des Herrn Dr. Lueger, wenn er nichts anderes aussprechen könne, als entweder sparen oder neue Einnahmequellen schaffen!

Nun, meine Herren, es scheint das nur so, daß das so selbstverständlich ist, Sie haben aber den glänzendsten Beweis geliefert, daß dies gerade bei Ihnen nicht selbstverständlich ist, denn Sie haben einen dritten Ausweg gesucht und der lautet: Vorläufig Schulden machen, solange es geht, und dann natürlich werden die Consequenzen schon eintreten, nämlich die Steuererhöhung! (Richtig! links.)

Man hat uns hier gewissermaßen den Vorwurf gemacht, daß wir plötzlich so leichtfertig bei der Budgetierung werden, daß wir von Streichungen absolut nichts wissen wollen! Meine Herren, es ist ganz merkwürdig, sonst macht man uns immer den entgegengesetzten Vorwurf, sonst heißt es, wir wollen alles unterdrücken, wir wollen, daß nichts geschaffen werde; jetzt plötzlich werden wir als Verschwender hingestellt! Was wir fordern, ist dasjenige, was unbedingt für eine geordnete Gemeindeverwaltung nothwendig ist, Sie wollen aber selbst daran sparen, um andere Maßnahmen treffen zu können, die Ihnen aus dem Gesichtspunkte des Parteigeistes und des Cliques-Interesses entsprechend erscheinen! Mich hat es sonderbar angemuthet, daß der Herr Colleague, der ja in jüngeren Jahren steht, der mit mir auf der Schulbank gesessen ist, so merkwürdige social-politische Entdeckungen macht. Er findet, daß die Ära der Verstaatlichung und der Verstädtlichung bereits anfangs, hinter uns zu sein — fürwahr, eine merkwürdige Entdeckung, wenn man sich in der wirtschaftlichen Welt umblickt und die Vorgänge in derselben einigermaßen beobachtet! — Auch das werden Sie nicht erleben, daß, wenn wirklich wir je an die Herrschaft gekommen sein sollten und Sie die Opposition gegen uns führen, daß Sie dann je wieder an unsere Stelle kommen. Ich will ja nicht leugnen, daß, wenn wir vielleicht einmal zur Majorität geworden sind, andere kommen werden, die uns diese Majorität streitig machen werden. Sie aber, meine Herren, werden es nie und nimmer sein! Der Kampf mit Ihnen mag zwar noch lange dauern, schwierig und vielleicht für einzelne aufreibend sein, aber um den schließlichen Ausgang ist nicht zu fürchten, denn die Dinge sprechen so laut in dieser Richtung, daß ich glaube, es ist gerade bei einem solchen Anlasse nicht

angezeigt, wenn von Ihrer Seite ein so hoher Ton beliebt wird, wenn Sie sich so auf den Cothurn stellen, wenn Sie mit einer gewissen Herablassung von der Opposition sprechen.

Meine Herren, wir haben ja den redlichen Willen gehabt und haben diesen Willen auch heute noch, durch ein sachliches Zusammenarbeiten die Interessen der Bevölkerung und der Gemeinde zu wahren, wenn es uns möglich gemacht wird. Wird dies nicht eintreten, so sind wir nicht schuld daran. Die Rede Dr. Luegers hat den glänzendsten Beweis dafür geliefert, was in der Richtung von uns zu erwarten steht. Wünschen Sie aber den Kampf — und gerade nach den heutigen Äußerungen scheint etwas anderes ausgeschlossen — dann werden wir den Kampf aufnehmen. Wir werden aber damit auch vor der Öffentlichkeit den Beweis liefern, daß nicht wir es sind, die in persönlicher oder in rein parteiischer Weise vorgehen, sondern daß wir nur vom Gesichtspunkte der Vertretung der Interessen des Volkes hier gehandelt haben und daß dieser Gesichtspunkt auch bei allem unseren künftigen Handeln ausschließlich maßgebend sein wird. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich muß den Herrn Redner daran erinnern, daß die Angelegenheit der städtischen Assurance durch Beschluß des Gemeinderathes erledigt wurde. Ich lade den Herrn Redner ein, die betreffenden Debatten nachzusehen, und ich zweifle nicht, daß er dann seinen Irrthum hier richtigstellen wird. Die Sache ist längst erledigt. (Gem.-Rath Steiner: Wer hintertreibt's aber im Landtage?)

Die Herren Berichterstatter erhalten in der nächsten Sitzung das Wort. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung um 1/4 9 Uhr abends.)

Stenographischer Bericht

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **5. April 1894** unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Raimund Gröbl und des Vice-Bürgermeisters Dr. Albert Richter.

Bürgermeister Dr. Gröbl: Die Versammlung ist beschlußfähig, die Sitzung eröffnet.

1. Die Herren Gem.-Räthe Erndt, Kirchmayer und Dr. Mittler entschuldigen ihr Ausbleiben von der heutigen und morgigen Plenarsitzung.

2. Die Herren Gem.-Räthe Stiaßny, Markl und Vaugoin entschuldigen ihr Ausbleiben von der heutigen Sitzung.

3. Herr Gem.-Rath Hawranek ersucht um einen Urlaub von drei Monaten. Die Versammlung ist damit einverstanden?

Der Urlaub ist erteilt.

4. Herr Gem.-Rath Steiner ist geschäftlich verhindert, der heutigen Sitzung beizuwohnen.

5. Herr Gem.-Rath Noske hat folgendes Schreiben an das Präsidium gerichtet (liest):

„Löbliches Präsidium!

Das Mandat als Reichsraths-Abgeordneter, welches mir am 2. d. M. durch das Vertrauen meiner Mitbürger verliehen wurde, legt mir Pflichten auf, deren Erfüllung sich sowohl mit Rücksicht auf ihren erheblichen Umfang als auch in Bezug auf die Zeit-

einteilung mit der ordnungsmäßigen Ausübung der einem Stadtrathe obliegenden Thätigkeit nicht vereinbaren läßt, wie jeder Kenner der einschlägigen Verhältnisse zugeben muß.

Ich würde daher eine arge Pflichtverletzung begehen, wenn ich diese beiden Mandate cumulieren wollte, und ich lege somit — ein meinen Wählern gegebenes Versprechen einlösend — meine Stelle als Stadtrath nieder.

Ich danke dem hochgeehrten Gemeinderathe für das Vertrauen, welches er mir durch die Wahl in den Stadtrath seinerzeit erwiesen hat, und ich bitte, meiner Thätigkeit in dieser Körperschaft eine freundliche Erinnerung zu bewahren." (Gem.-Rath Gregorig: Was hat die Stunde seiner Thätigkeit gekostet?)

Bürgermeister: Das muß ich bitten sich selbst auszurechnen. Ich glaube, die Versammlung wird einverstanden sein, wenn wir dem Herrn Kollegen Noske für seine eifrige Dienstleistung im Stadtrathe den Dank aussprechen. (Zustimmung rechts. — Gelächter links.)

6. Frau Anna Prix, Witwe des verstorbenen Bürgermeisters Dr. Prix, hat einen Theil der sehr wertvollen Bibliothek ihres verstorbenen Gatten der Stadtbibliothek gewidmet. (Beifall.)

Der Spenderin wird der Dank ausgesprochen.

7. Herr Gem.-Rath Dr. Lueger hat eine Interpellation wegen der Congrualbezüge des hochwürdigen Herrn Dr. Precechtöl, Seelsorger im Liesinger Armenhause, eingebracht.

„Dr. Rupert Precechtöl, der seit 10. October 1891 als Hausseelsorger in der städtischen Versorgungsanstalt in Liesing fungiert, für diese Function eine Remuneration jährlicher 200 fl. bezieht und auch im Genusse einer Naturalwohnung steht, hat hieramts am 29. März 1892 ein Gesuch um Gewährung eines monatlichen Beitrages aus dem Religionsfonde zu seinem Lebensunterhalte eingebracht.

Dieses Gesuch wurde mit dem hierämtlichen Berichte vom 24. Juni 1892, Z. 62341, der hohen k. k. n.-ö. Statthalterei mit der Bitte vorgelegt, diesem Priester zu seinem Unterhalte aus dem Religionsfonde einen Gehalt jährlicher 525 fl. zu gewähren, wie dies auch bei den Hausgeistlichen an den städtischen Versorgungsanstalten am Alserbache in Wien, in Ybbs, Mauerbach und St. Andrä der Fall ist.

Ebenso wurde das unterm 10. Juni 1893 zur Zahl 92684 vom Wittsteller eingebrachte Gesuch, mit welchem er die Erledigung seines Ansuchens urgiert hat, mit dem Indorfatberichte vom 16. Juni 1893, Z. 92684, an die hohe k. k. n.-ö. Statthalterei geleitet und wurden weiters in dieser Angelegenheit am 24. October 1893 von hier aus in dieser Angelegenheit sowohl bei der hohen k. k. n.-ö. Statthalterei als auch beim fürsterzbischöflichen Ordinariate im kurzen Wege Erhebungen gepflogen, nach welchen von Seite des hohen k. k. Cultusministeriums eingehende Erhebungen aufgetragen worden sind, ob und aus welchem Rechtstitel dem Wittsteller die Congrua jährlicher 525 fl. aus dem Religionsfonde gewährt werden kann.

Diese Erhebungen sind nach der bei der hohen k. k. n.-ö. Statthalterei heute eingeholten Information noch immer anhängig, dürften jedoch in Bälde beendet sein.“

Ich bitte, dies zur Kenntnis zu nehmen.

Ich ersuche um Mittheilung der Einläufe.

Schriftführer Gem.-Rath Mayer (liest):

8. Anfrage des Gem.-Rathes Sauerborn:

Wie die heutigen Blätter berichten, hat in einer gestern stattgefundenen Arbeiterversammlung ein Gasarbeiter öffentlich berichtet, daß durch die Verwendung von ungeschulten Arbeitern in den Gaswerken die Gefahr einer Explosion eine sehr große sei. Begreiflicherweise hat diese die Bevölkerung, besonders aber die Anrainer der Gaswerke in die größte Aufregung versetzt.

Ferner wurde in dieser Versammlung behauptet, daß die Gasgesellschaft officiell ihren Arbeitern mitgetheilt hat, die Arbeiter sollten sich mit ihren Lohnprüfungen gedulden, bis die Gemeinde Wien die Beleuchtung in eigene Regie übernehmen werde, dann aber mit allem Nachdrucke eine Lohnerhöhung verlangen.

Wenn dieses wahr ist, so zeigt es deutlich, was die Stadt Wien von dieser Gesellschaft zu erwarten hat.

Thatsache ist, daß auch heute noch viele Gewerbetreibende ihre Gasmotoren nicht in Betrieb setzen können.

Da es doch nicht angeht, daß eine fremde Gesellschaft unter den Augen der Behörden in eigenwilliger Weise die mehr als eine Million zählende Bevölkerung nach Belieben beängstigen und beunruhigen darf, so erlaube ich mir an den Herrn Bürgermeister die Anfrage:

1. Ist der Herr Bürgermeister geneigt, neuerdings das Vorgehen der englischen Gasgesellschaft genau untersuchen zu lassen?

2. Ist der Herr Bürgermeister geneigt, seinen ganzen Einfluß und seine ganze Macht, welche ihm seine Stellung als Bürgermeister der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt verleiht, aufzubieten, damit die englische Gasgesellschaft endlich dazu verhalten werde, sich mit ihren erprobten Arbeitern auszugleichen und ihrer Verpflichtung gegen die Stadt Wien voll und ganz nachzukommen?

Bürgermeister: Ich habe die Ehre, hierauf Folgendes zu bemerken.

Genaue Untersuchungen über die Vertragserfüllung der englischen Gasgesellschaft sind durchgeführt worden, und ich werde die Ehre haben, voraussichtlich schon morgen in Beantwortung zweier Interpellationen, welche an mich gerichtet worden sind, das Resultat dieser Erhebungen vorzulegen.

Was die zweite Frage betrifft, so es ist klar, daß ich nicht in der Lage bin, auf irgendeinen der beiden Streittheile einen bestimmten Einfluß zu nehmen. Ich kann aber mittheilen, daß die Gasarbeiter heute nachmittags durch die Vermittlung eines Reichsraths-Abgeordneten mich um meine Intervention bei der Gasgesellschaft ersucht haben. Ich habe geglaubt, daß ich, ohne meiner Stellung irgendwie zu vergeben, diesem Ansuchen Folge leisten soll, in Folge dessen Verhandlungen stattgefunden haben. Ich kann im Augenblicke noch nicht beurtheilen, ob diese Verhandlungen zu einem entsprechend befriedigenden Resultate geführt haben.

Ich schließe jedoch meine Bemerkungen mit dem entschiedenen Wunsche, daß beide Streittheile nach Kräften sich heute nach der Richtung bemühen mögen, diesem gewiss die ganze Stadt peinlich berührenden Strike ein Ende zu machen.

Ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen.

9. Ein Herr Gemeinderath hat in der letzten Sitzung die Behauptung aufgestellt, daß der Gemeinderath, beziehungsweise die competenten Organe mit der Errichtung einer Versicherungsanstalt nicht Ernst machen. Ich sehe mich dem gegenüber gezwungen, der Versammlung Folgendes bekanntzugeben:

Zu Ausführung eines Beschlusses des Wiener Gemeinderathes vom 21. März 1893 hat Bürgermeister Dr. Prix namens der Gemeinde Wien unter dem 21. Juni 1893 an Se. Excellenz Eduard Grafen Taffe eine Petition des Inhaltes gerichtet, es möge der Gemeinde Wien die Bewilligung zur Errichtung einer städtischen Brandschaden-Versicherungsanstalt mit dem Rechte der Zwangsversicherung ertheilt werden. Nachdem bisher über diese

Petition eine Erledigung nicht erfolgt ist, so wurde am 20. Februar 1894 neuerlich die Bitte gestellt, Se. Durchlaucht möge eine Entscheidung in der angeführten Angelegenheit hochgeneigtest veranlassen. Die Angelegenheit ist also bei der competenten Behörde anhängig, und die Gemeinde ist jetzt nicht in der Lage, in dieser Sache irgend etwas weiter zu thun, sondern ist gezwungen, die angeführte Erledigung abzuwarten. Ich bitte, dies zur Kenntnis zu nehmen.

Wir gelangen zur Tagesordnung.

10. Referent Gem.-Rath Mahenauer: Zahl 1981. Es betrifft dies das Ansuchen des Bezirksvorstehers von Hernals wegen Verpflanzung einer Anzahl von Alleebäumen aus Anlaß der Einwölbung des Alsbaches. In der Strecke vom Hernals Friedhofe bis zum Gasthause „zur Waldschnepe“ in Dornbach werden 74 Alleebäume zu verpflanzen sein. Es wird dies einen Kostenaufwand von 600 fl. erfordern, welcher nicht mehr bedeckt ist, und es handelt sich darum, daß der geehrte Gemeinderath diesen Zuschusscredit in der Höhe von 600 fl. zur Präliminarposition XXIV 2 a bewillige und außerdem genehmige, daß die nicht mehr verpflanzbaren Bäume zu 1 fl. das Stück veräußert werden dürfen. Ich bitte um die Zustimmung zu diesen Anträgen.

Bürgermeister: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. — **A n g e n o m m e n.**

Beschluß: Behufs Verpflanzung von 74 Alleebäumen in der Strecke vom Hernals Friedhofe bis zum Gasthause „zur Waldschnepe“ in Dornbach wird zur Rubrik XXIV 2 a ein Zuschusscredit von 600 fl. bewilligt.

11. Referent Gem.-Rath Schneiderhan: Ich habe die Ehre, zur Zahl 2143 über die Anstellung von einem Aufseher für die Schöpfwerke in Altmannsdorf und Hegendorf zu berichten. Es sind dort bei den Brunnen Maschinen, sogenannte Gasmaschinen, angebracht und es ist nothwendig, zum Betriebe dieser Maschinen ein Personale zu bestellen.

Es wird beantragt, vom 1. April bis 15. October, das ist für die Bespritzungsperiode einen Aufseher, respective einen Maschinenisten zu bestellen mit einem Taglohne von 1 fl. 50 kr. und für das Erfordernis in der Höhe von 297 fl. einen Zuschusscredit zur Rubrik XXII 6 b zu bewilligen.

Bürgermeister: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall, der Antrag ist **a n g e n o m m e n.**

Beschluß: 1. Zur Bedienung und Beaufsichtigung der Schöpfwerke in Hegendorf und Altmannsdorf wird für die Dauer der Bespritzungsperiode, das ist vom 1. April bis 15. October jeden Jahres, ein Aufseher mit einem Taglohne von 1 fl. 50 kr. bestellt, ohne daß demselben bei zeitweiser Nothwendigkeit von Überstunden über die normale Arbeitszeit hinaus ein Anspruch auf separate Entlohnung zustünde;

2. zur Deckung der hiedurch pro 1894 entstehenden Auslage wird ein Zuschusscredit zur Rubrik XXII 6 b des Budgets in der Höhe von 297 fl. bewilligt.

12. Referent Gem.-Rath Schneiderhan: Zahl 2144 betrifft einen gleichen Gegenstand; es handelt sich um die Bestellung eines Aufsichtspersonales für die Schöpfwerke in Penzing, Baumgarten und Hütteldorf. In Penzing und Hütteldorf sind Maschinenpumpenwerke und es ist auch hier nothwendig, ein Betriebs-

personale zu bestellen. Es wird daher beantragt, für jedes einzelne dieser Schöpfwerke einen Aufseher mit demselben Taglohne von 1 fl. 50 kr. zu bestellen. Für das Schöpfwerk in Baumgarten soll ein Aufseher der Abladestation für Senkgrubeninhalt, die im Delta der Bahn in der nächsten Nähe sich befindet, gegen monatliche Entlohnung von 15 fl. für die Bespritzungsperiode bestellt werden. Dafür wird ein Zuschusscredit von 807 fl. für das Jahr 1894 nothwendig. Ich bitte um die Annahme auch dieser Anträge.

Gem.-Rath Weitmann: Ich möchte mir an den Herrn Referenten nur die Anfrage erlauben, ob der betreffende Aufseher sonst nichts anderweitiges zu thun hat, als diese Motoren zu bedienen?

Referent: An Regentagen, wenn er an den Schöpfwerken nichts zu thun hat, wird er anderweitig verwendet. An Tagen, wo aufgespritzt wird, ist es selbstverständlich, daß er seine ganze Zeit dem Schöpfwerke widmen muß, vornehmlich in Penzing. Wie die Herren wissen, ist ja der XIII. Bezirk außerordentlich ausgedehnt, und das Schöpfwerk, welches hauptsächlich das Wasser für die Bespritzungszwecke liefern muß, ist eben das an der Kaiser Franz Josef-Brücke unmittelbar am Endpunkte der Tramwaystrecke. Dieser Aufseher hat also absolut nicht Zeit, sich mit anderem zu befassen, während der in Hütteldorf allerdings auch zu anderen Arbeiten verwendet werden wird.

Gem.-Rath Weitmann: Es ist mir eben als Besitzer von Motoren bekannt, daß bei Gasmotoren wenig Bedienung beansprucht wird. Der Mann hat nichts zu thun, denn der Motor geht selbst, wenn er nur zu gewissen Zeiten eingölt wird. Wenn der Motor reguliert ist, wenn die nöthige Speisung mit Gas vorhanden ist, so hat der Mann — wie gesagt — bei dem Motor den ganzen Tag über nichts zu thun. Er ölt den Motor nur in der Früh und dann bei Tag — das ist sein ganzes Thun und Lassen. Wenn der Mann anderweitig nichts zu thun hat, so finde ich es eigentlich unpraktisch, für den Motor allein einen Bediener anzustellen. Ich glaube, man könnte ihm auch eine anderweitige Verwendung bieten, die er nebst der Bedienung des Motors sehr leicht besorgen könnte. Ich finde diesen Betrag für diese geringe Leistung zu hoch. Ich will zwar nicht sagen, daß der betreffende Arbeiter weniger haben soll als 1 fl. 50 kr., aber er soll mindestens auch entsprechend verwendet werden, und da finde ich, wie mir der Herr Referent die Erklärung gegeben hat, die entsprechende Verwendung nicht, weil er beim Motor den ganzen Tag keine Stunde verjäumt.

Bürgermeister: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet; der Herr Referent hat das Schlusswort.

Referent (zum Schlussworte): Ich habe schon früher erwähnt, daß dort, wo der Mann nicht bei einer Maschine vollständig ausgenützt wird, wie es in Hegendorf und Altmannsdorf der Fall ist, wo der Contrahent von einem Bezirkstheile in den anderen aufspritzen geht, ein Mann für beide Motoren bestellt wird. Allerdings im XIII. Bezirke, da ist es nicht möglich; der Mann hat wirklich mechanisch nichts dabei zu thun; aber er muß da sein, um die Maschine zu beaufsichtigen, welche sich selbst zu überlassen ganz unmöglich ist; die Maschine ist gerade in Penzing ziemlich groß, sie hat, wenn ich nicht irre, vier Pferdekkräfte.

Bürgermeister: Ein Gegen-Antrag wurde nicht gestellt; die Herren sind mit dem Referenten-Antrage einverstanden. Ich erkläre denselben für **a n g e n o m m e n.**

Beschluss: 1. Zur Bedienung der Schöpfwerke in Penzing und Hütteldorf und zur Beaufsichtigung derselben wird vom 1. April d. J. an für die Dauer der Bespritzungs-saison eines jeden Jahres je ein Aufseher mit dem Taglohne von 1 fl. 50 kr. unter einer der Gemeinde unbefristet, dem Aufseher gegen Einhaltung einer vier-zehntägigen Frist zustehenden Kündigung bestellt, ohne dass hiebei für die normale Arbeitszeit überschreitende Überstunden eine separate Entlohnung geleistet wird.

2. Die Bedienung und Beaufsichtigung des Schöpfwerkes in Baumgarten wird dem jeweiligen Aufseher der Abladestation für Senkgrubeneinhalt gegen eine monatliche Entlohnung von 15 fl. für die Dauer jeder Bespritzungs-saison übertragen.

3. Zur Bedeckung der durch diese Beschlüsse pro 1894 erwachsenden Auslage von 807 fl. wird ein Zuschusscredit in gleicher Höhe zur Rubrik XXII 6 b des Budgets bewilligt.

Bürgermeister: Ich bitte nunmehr Herrn Vice-Bürgermeister Dr. Richter, an Stelle des gewesenen St.-R. Noske zu referieren.

13. Referent Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Angelegenheit betrifft Reparaturen im Hütteldorfer Bade. Die Sache ist sehr dringend, die Pächterin hat bereits die Erledigung des Ansuchens urgiert. Sie hat sich in einer Eingabe an den Gemeinderath gewendet und hat verschiedene Übelstände bekanntgegeben, welche den ordnungsmäßigen Betrieb des Bades theils erschweren, theils zeitweise unmöglich machen.

Die erste Beschwerde richtet sich gegen die Unzulänglichkeit des Abflussgerinnes bei der Entleerung des Bades. Es wird darauf verwiesen, dass wegen zu geringer Dimension der Abflussrohre zur Ablassung und Wiedereinfüllung des Bades eine Zeit von 36 Stunden erforderlich ist, und dass dadurch gerade in der Hauptbadezeit eine Störung des Betriebes auch zum Nachtheile des Publicums erfolgt.

Das Stadtbauamt, welches sich über die einzelnen Punkte in einem umfassenden Berichte geäußert hat, gibt diesen Mangel zu und erklärt, dass durch Einlegung weiterer Rohre diesem Übelstande abgeholfen werden könnte.

In der Beschwerde wird weiters angeführt, es sei die Einbringung von Wechsellinien bei allen Einläufen des Wassers erforderlich. Diesfalls äußert sich nun das Bauamt negativ, indem es erklärt, dass die angebrachten Schieber, welche viel leichter zu handhaben sind, dem Zwecke vollkommen entsprechen, und dass auch auf diese Weise der Zu- und Abfluss geregelt werden könne. Diesfalls wird also eine Ablehnung beantragt.

Weiters beschwert sich die Pächterin darüber, dass das Wasser nicht die genügende Qualität besitz; es führt nämlich sehr viel Schlamm mit sich. Das Bauamt erklärt, dass diese Beschwerde wohl berechtigt, der Grund aber der sei, dass das Wasser des Wienflusses mit pflanzlichen Bestandtheilen außerordentlich geschwängert ist. Man will versuchen, durch Einbringung eines Schlammkastens, welcher die festen Bestandtheile aufnimmt, dem Übelstande abzuweichen, soweit es möglich sei. Eine vollständige Klärung des Wassers kann selbstverständlich nur im Bassin erfolgen. Natürlich findet dann eine Verschlemmung des Bassins statt.

Dann verlangt die Pächterin die Verbesserung des Holzgerinnes; sie gibt an, dasselbe sei schadhaft und undicht und dadurch

erfolge eine Störung im Zuflusse des Bades. Es wird nun diesfalls darauf verwiesen, dass nach den Vertragsbestimmungen die Instandhaltung des Holzgerinnes Sache der Pächterin sei; dass die Schäden übrigens höchst geringfügige seien und durch eine halbwegs entsprechende Aufsicht sich vor Schäden in Zukunft vorbeugen ließe. Es wird diesfalls beantragt, auf das Begehren nicht einzugehen.

Weiters richtet sich eine Beschwerde dagegen, dass die Oberflächen der Schlammauslässe zu klein sind. Das wird zugegeben und eine Abhilfe dieses Beschwerdepunktes beantragt.

Endlich wird in der Beschwerde darauf verwiesen, dass der Beton der Waschküche nicht vollständig ordnungsmäßig hergestellt sei und dadurch die Reinhaltung der Waschküche verhindert werde. Diese Beschwerde wird als richtig erklärt, gleichzeitig aber angegeben, dass der Contrahent für die Baumeisterarbeiten verhalten worden ist, diesen Schaden kostenlos zu beseitigen, so dass in diesem Punkte der Beschwerde bereits entsprochen wurde.

Endlich wurde darauf gewiesen, dass die Decke der Waschküche undicht sei, und dass es bei schlechtem Wetter hineinregnet. Es wird diesfalls bemerkt, dass es sich nur um ganz geringfügige Schäden handelt, deren Beseitigung auch Sache der Pächterin sei. Würde man den Hof eindecken, so würde es wiederum an Licht fehlen, und es könnte der Betrieb nicht stattfinden. Weiters ist noch eine Beschwerde bezüglich des Klinkerpfisters erhoben worden. Es wird gesagt, dass ein Theil dieses Pfisters schadhaft und dass es nothwendig sei, dasselbe ordnungsmäßig herzustellen. In diesem Punkte wird beantragt, der Beschwerde zu entsprechen und das Pflaster ausbessern zu lassen.

Der letzte und wichtigste Beschwerdepunkt richtet sich gegen die Beschaffenheit der Hölzer im Wannenbadtracte und in der Halle. Diese Hölzer sind zum größten Theile abgefaut. Das Bauamt äußert sich, dass die Holzconstruction erneuert werden müsse, nachdem die Bestandtheile größtentheils vermodert sind, und dass es sich schon aus Sicherheitsrückichten empfehle, dem abzuweichen. Es wird gesagt, nachdem die Vorderwand des Wannenbadtractes bereits eine Bretterverschalung erhalten hat, lässt sich der Umfang des Schadens derzeit nicht genau erheben, sondern nur schätzungsweise angeben.

Es wird nun über alle diese Arbeiten ein Kostenanschlag vorgelegt, wonach ein Betrag von 2008 fl. erforderlich ist. Derselbe ist nicht bedeckt und wird deshalb beantragt, für diese Herstellungen, welche zur Genehmigung beantragt werden, den Betrag von 2008 fl. 37 kr. zu bewilligen.

Ich erlaube mir um Annahme dieses Antrages zu bitten. Die rasche Ausführung dieser Arbeiten wird dann sofort verfügt werden, so dass mit Beginn der schönen Jahreszeit bereits die Arbeiten ausgeführt sind und der Betrieb des Bades anstandslos erfolgen kann.

Bürgermeister: Wünscht jemand das Wort? (Nach einer Pause.) Dies ist nicht der Fall. Ich erkläre die Referenten-Anträge für angenommen.

Beschluss: Für Herstellungen an dem städtischen Bade in Hütteldorf, XIII. Bezirk, wird ein Betrag von 2008 fl. 37 kr. bewilligt.

14. Bürgermeister: Wir kommen zur Fortsetzung der Budget-Debatte; ich ersuche die Herren Referenten, ihre Plätze einzunehmen.

(Die Herren Gem.-Räthe Boschan und Mayer treten an den Referententisch.)

Die General-Debatte ist geschlossen, die Herren Referenten haben das Schlusswort.

Referent des Stadtrathes Gem.-Rath Boschan: Meine sehr geehrten Herren! Alle Jahre bei der General-Debatte über den Hauptvoranschlag kann man die Beobachtung machen, dass weniger über finanzielle Angelegenheiten als über politische Angelegenheiten gesprochen wird, was bei dem Umstande, als wir ja eigentlich keine politische, sondern eine administrative Körperschaft sind, sich dahin äußert, dass beide Parteien sich gegenseitig gewisse Liebeshwürdigkeiten sagen. Im heurigen Jahre hat sich nun ein angenehmer Unterschied gegen früher gezeigt, indem von beiden Seiten die Friedensfreundlichkeit und Liebe zur Sachlichkeit betont wurde, und man kann nur wünschen, dass das auch zur Wirklichkeit werde. Denn die Bevölkerung von Wien sehnt sich wirklich darnach, aus der Rathsstube einmal etwas anderes zu hören, als was in letzterer Zeit meist von derselben hinausgedrungen ist. Hoffen wir das, aber verhehlen dürfen wir uns nicht, dass man hier eigentlich sagen kann, die Botschaft höre ich wohl, allein mir fehlt der Glaube! (Gem.-Rath Gregorig: Mir auch!) Was die Rede des ersten Herrn Sprechers, des Führers der Opposition, betrifft, so muss ich Folgendes sagen: er hat mich als einen unverbesserlichen Optimisten hingestellt.

Nicht zum erstenmale trifft mich dieser Vorwurf; ich möchte ihn eigentlich keinen Vorwurf nennen, es ist unter Umständen vielleicht auch eine gute Eigenschaft. Also von meiner Person sehe ich ab; weil aber dieser Vorwurf alle Jahre anlässlich der Budget-Debatte gemacht wird, so bitte ich die Herren, mir etwas Gehör zu schenken, damit ich denselben ein wenig widerlegen kann.

Das erstemal, meine Herren, ist mir dieser Vorwurf vor ungefähr acht Jahren gemacht worden, von Seite eines Herrn Collegen, dessen Geist in den letzten Sitzungen über den Wassern geschwebt hat.

Es war der frühere Parteigenosse des Führers der Opposition, Herr Dr. Mandl, der mir gleich bei den ersten Referaten gesagt hat, er bewundere mich, dass ich überhaupt so rosig in dieser Geschichte sehen kann. Er hat gemeint, zwei oder drei Jahre werde die Gemeinde vielleicht noch so wirtschaften können, dann müsse nothwendigerweise der finanzielle Zusammenbruch erfolgen. Nun, viele Herren, welche hier anwesend sind, waren dazumal noch nicht im Gemeinderathe und kennen also nicht die Situation, in welcher man sich dazumal befunden hat, und ich muss daher dieselbe ein kleinwenig schildern. Die alten Anlehensgelder waren vollständig aufgezehrt und es hat sich herausgestellt, dass der Bau dieses Rathshauses einige Millionen mehr gekostet hat, als man ursprünglich für denselben in Aussicht genommen hat. Von Seite der Buchhaltung und von Seite des Magistrates wurde zwei- oder dreimal die Erhöhung der Zinskreuzer als unbedingt nothwendig in Antrag gebracht und einmal sogar hat die Finanz-Section diesen Antrag im Plenum gestellt, und mein Vorfahre im Referat, der frühere Herr Gem.-Rath Borkenau, war schon am Referententische mit dem Antrage, ein Anlehen von 5 Millionen Gulden aufzunehmen. Der Gemeinderath hat die Erhöhung der Zinskreuzer abgelehnt — sie wäre ein Sedan für die Partei gewesen — ebenso wurde das Anlehen abgelehnt, und in dieser Situation habe ich das Budget übernommen und dazumal, gerade so wie heute, ohne jede Überschwänglichkeit, aber doch nach meiner Überzeugung, mit voller Sicherheit gesagt: man könne auch ohne Zinskreuzer-Erhöhung und ohne ein Anlehen noch weiterkommen; es sei beides nicht noth-

wendig. Das hat mir eben von Seite des vorgenannten früheren Herrn Collegen diesen Vorwurf eingetragen. Seit dieser Zeit bin ich vom Optimisten zum unverbesserlichen Optimisten avanciert, und sehen Sie, meine Herren, was ist in dieser Zwischenzeit geschehen? In diesen acht, jetzt sind es neun Jahre, sind 10 bis 12 Millionen Gulden von unseren Schulden aus den laufenden Einnahmen zurückbezahlt worden, ohne dass wir einen Kreuzer neue Schulden gemacht hätten, und weiter sind 12 oder 15 Millionen Gulden neu auf Investitionen ausgegeben worden, auch ohne dass wir einen Kreuzer Schulden gemacht hätten.

Seit drei Jahren ist die Einverleibung der Vororte zur Thatsache geworden. In dieser Zeit hat eine enorme Vermehrung der Beamten und eine Erhöhung der Gehalte derselben, sowie auch der Lehrer stattgefunden; und bei alldem sind wir heute, nachdem wir von dem neuen Anlehen, welches für einen ganz besonderen Zweck aufgenommen werden soll, auch noch nicht einen Kreuzer bekommen haben, wohl aber schon 4 bis 5 Millionen Gulden für Wasserleitungszwecke ausgegeben haben, in der Lage, dass wir von dem schwebenden Credite von 2 Millionen Gulden, welchen der Gemeinderath bewilligt hat, nur einen kleinen Betrag von 400.000 fl. in Anspruch genommen haben, mehr nicht.

In dieser Zeit wurde allerdings aus den Activen der Gemeinde etwas veräußert, also verschiedene Einnahmen gemacht, welche auch nicht zum ordentlichen Haushalte gehört haben; das ist die eine Million, welche wir von der Tramway für die Verlängerung des Vertrages bekommen haben, das ist der Betrag von 700.000 fl. als Erlös für das alte Rathhaus und das ist die eine Million, welche aus dem Reservefonde im vorigen Jahre durch den Herrn Bürgermeister verkauft wurde; also diese 2.7 Millionen und die 400.000 fl. bilden eigentlich das Gegengewicht gegen nahezu 25 Millionen Gulden, welche in dieser Zeit aus den currenten Einnahmen für Schuldentilgung und Investitionen bestritten werden konnten.

Da ist doch wohl die Frage nicht zweifelhaft, wer der richtigere Beurtheiler der Finanzlage gewesen ist, Ihr ergebener Referent oder der Vertreter der Opposition, welcher offenbar ein dunkles Colorit braucht, um die Situation in der Farbe darzustellen, wie es ihm eben wünschenswert erscheint.

Es ist weiters aus dem Umstande, dass die Gemeinde eine schwebende Schuld von 2 Millionen Gulden und weiters die Ermächtigung zur Aufnahme einer schwebenden Schuld von 4 Millionen Gulden beschlossen hat, auf die schlechte Finanzlage der Gemeinde geschlossen worden.

Nun, meine Herren! Es ist ja bekannt, dass die Erwirkung dieses schwebenden Credites von 4 Millionen Gulden gewissermaßen nur ein Act der Vorsicht war.

Wenn nämlich die Erledigung über den schwebenden Wasser-Entschädigungsprocess früher kommt, beziehungsweise rechtskräftig wird, als wir in der Lage sind, über den Erlös aus dem neuen Anlehen verfügen zu können, ist die Gemeinde möglicherweise in die schwierige Lage versetzt, Beträge von 2 bis 3 Millionen an die Interessenten und den Herrn Grafen Hoyos hinauszubehalten und ist nicht in der Lage, an den Landtag um einen Credit heranzutreten, weil der Landtag jetzt nicht versammelt ist. Nachdem nun, wie ich höre, in den letzten Wochen die Entscheidung des Ackerbauministeriums herabgelangt ist, und wir heute noch nicht wissen, ob der Recurs dagegen ergriffen werden wird, kann unter Umständen in einigen Wochen ein Betrag von einigen Millionen fällig sein. Es ist daher gewiss nur ein Act sehr zu

billigender Vorsicht gewesen, wenn der Gemeinderath dazumal vom Landtage, als er versammelt war, die Ermächtigung sich hat geben lassen, um im Falle des Bedarfes das Geld zur Verfügung zu haben.

Weiters wurde mir der Vorwurf gemacht, den ich mehr als ein Lob betrachten wuß, gewisse Einnahmen absichtlich niedriger eingestellt zu haben. Einnahmen absichtlich niedriger einstellen, kann auch umschrieben werden mit „vorsichtig budgetieren“, und das nehme ich allerdings für mich in Anspruch.

Regelmäßige Umlagen, regelmäßige Einnahmen werden in der Regel so eingestellt, daß der Erfolg ein besserer ist, als die Voraussicht. Nachdem aber auch, was den Herren ebenfalls bekannt ist, die Ausgaben in vieler Rücksicht überschritten werden, ist es nur gut, wenn diesbezüglich eine kleine Reserve existiert. (Beifall rechts.)

Es ist auf etwas hingewiesen worden, was uns direct eigentlich nichts angeht, auf die Begebung des Verkehrs-Commissions-Anlehens. Dabei hat sich der Herr Collega einen kleinen Irrthum zuschulden kommen lassen. Der Cours war nämlich nicht 96 — wie er sagte — sondern 96 $\frac{1}{2}$.

Das ist wohl kein wesentlicher Unterschied, aber dabei sind sehr wesentlich günstige Bedingungen, daß nämlich das Geld nur nach Maßgabe des wirklichen Bedarfes von der Bank gezahlt werden kann, während die Intercalar-Zinsen, beziehungsweise die Fructificierung der einstweilen nicht verwendeten Gelder zum vollen Zinsfuß geschehen muß. Das ist also ein bedeutender Vortheil. Übrigens ist das eine Sache, die uns direct nichts angeht.

In Verbindung damit ist die Frage der Convertierung unserer Anlehen gestreift und gesagt worden, daß durch die Einführung der Goldwährung die Convertierung erschwert oder unmöglich gemacht worden wäre, aus dem Grunde, weil, wenn man jetzt unsere in Papieren ausgegebenen Obligationen in solche, welche auf Kronenwährung lauten, convertiert, man statt Papiergeld Gold, allerdings nach dem Werte der Relation zu zahlen hätte. Es vergißt aber der geehrte Herr Vorredner, daß wir in dieser Lage ohnehin schon sind. Durch das Gesetz über die Einführung der Goldwährung sind heute schon 100 fl. — 200 Kronen; es ist ganz gleichgiltig, ob auf der Obligation 100 fl. steht oder 200 Kronen, der Besitzer muß, wenn seinerzeit die Barzahlungen aufgenommen werden, das Geld in jener Währung zahlen, welche in Österreich allgemein sein wird.

Es ist auch gesagt worden, daß durch die Einführung der Goldwährung sich der Zinsfuß erhöhen und man aus diesem Grunde die Convertierung schwerer durchführen könnte. Das ist auch nicht richtig, im Gegentheile; man erhofft sich in späterer Zeit, wenn unser Verkehr mit dem Auslande, in welchem doch das Geld viel billiger ist als bei uns, ein nicht mehr durch Cours-schwankungen erschwerter ist, wir auch hier jedenfalls kein theureres Geld bekommen werden als jetzt.

Dann ist darauf hingewiesen worden, daß die Vororte uns alle ihre disponiblen Fonde übergeben haben, und es ist sehr anschaulich dargestellt worden, wie der nunmehr in Gott ruhende Vice-Bürgermeister Dr. Borschke in der großen Tasche die Fonds der Vororte hereingetragen hat. Es ist aber nicht gesagt worden, daß wir beiläufig 13 Millionen an Schulden der Vororte übernommen haben, welche allerdings der verstorbene Herr Vice-Bürgermeister Dr. Borschke nicht in der Tasche mit herein-

getragen hat (Heiterkeit rechts), sondern die wir so übernehmen mußten.

Etwas ganz Interessantes haben wir von dem geehrten Herrn Collega Dr. Geymann gehört. Er hat uns nämlich gesagt, was eigentlich der Beweggrund war, weshalb die Vororte einverleibt worden sind. Es sei dies geschehen, um die Ausschreitungen der Großcapitalisten wirksamer fördern zu können. Jetzt wissen wir's. Ich war der Meinung, die Vororte seien aus dem Grunde einverleibt worden, weil es eine ganz natürliche Sache ist, daß, wenn eine große Anzahl von Gemeinden, die alle die gleichen Interessen haben, um eine Stadt gruppiert sind, es sich von selbst versteht, daß diese in dem richtigen Augenblicke in eine Gemeinde zusammengelegt werden, und ich war der Meinung, daß dies auch in Ausführung eines von Allerhöchster Seite ausgesprochenen Wunsches geschehen ist. Statt dessen hören wir, was mich ganz überrascht hat, denn ich war ja auch von Anfang an dabei, daß wir das alles bloß gethan haben, um den Großcapitalisten es zu erleichtern, Ausschreitungen zu machen.

Endlich, meine Herren, ist auf eine Ersparnis hingewiesen worden, welche dadurch erzielt werden kann, daß die Gebühren des Bürgermeisters, der Vice-Bürgermeister und der Stadträthe herabgesetzt werden. Das ist ein Schema, das uns gleich zu Beginn der Special-Debatte beschäftigen wird, weil diese Post zu den ersten im Budget gehört. Ich glaube, wenn ich schon jetzt über die Sache spreche, so wird die spätere Debatte vielleicht etwas abgekürzt werden. Was den Bürgermeister betrifft, so ist es selbstverständlich, daß, da er die Stadt Wien repräsentieren muß, ihm auch das nöthige Geld zur Verfügung gestellt werden muß. Was die Vice-Bürgermeister betrifft, so sind dieselben wirklich so angestrengt, daß ihnen kaum ein freier Tag bleibt. Wir werden übermorgen wieder einen Vice-Bürgermeister wählen und auch dieser wird die goldene Kette tragen müssen, d. h. er wird angefettet sein und drei Jahre schweres Präsidium erleiden müssen. (Heiterkeit.) 6000 fl. sind für diese Leistungen nach meiner Meinung nicht zu viel. Ich muß sagen, ich beneide niemanden darum. Was die Stadträthe anlangt, so weiß ja Dr. Lueger am besten, daß wir auch durch vier Tage in der Woche von 10 bis 2 Uhr hier im Hause consigniert sind, außerdem die Plenarsitzungen, die wir wie die anderen Herren mitmachen müssen, daß wir noch viele Hauspensen mitbekommen und daß wir oft bis in die tiefe Nacht hinein arbeiten müssen, um mit den Referaten am anderen Tage für den Stadtrath gerüstet zu sein.

Es ist hiebei auch zu erwägen, daß ein Mann, der ein solches Amt übernimmt, wenn er nicht Privatier ist und von seinen Renten lebt — und wir wollen nicht bloß solche Leute haben, welche das thun können, sondern Leute, welche im vollen Geschäftsleben stehen — nothwendigerweise, um seine eigene Arbeitskraft im Geschäfte zu ersetzen, sich eine Ersatzkraft beschaffen muß, welche er auch zu entlohnen hat. Außerdem weiß man, daß des Herrn Auge mehr sieht wie ein anderes, und ich bin überzeugt, daß die meisten Herren viel versäumen und daher von dieser Gebühr selbst wohl keinen Vortheil haben, sondern in Wirklichkeit dabei einbüßen.

Endlich ist gesagt worden, daß wir uns, nachdem wir weder disponible Gelder haben, noch die Umlagen, namentlich die Zins-kreuzer, erhöhen wollen, einstweilen mit Schuldenmachen behelfen. Das Schuldenmachen reducirt sich, wie die Herren recht gut wissen, auf eine Anleihe, welche vom Gemeinderathe beschlossen worden ist,

im Betrage von 35 Millionen Kronen, also $17\frac{1}{2}$ Millionen Gulden, zu einem ganz genau umschriebenen Zwecke, und zwei Posten von schwebenden Schulden, welche aber aus diesem Anlehen zurückgezahlt werden müssen, also nicht als separate Anlehen zu betrachten sind. Nachdem ausdrücklich bestimmt ist, daß der Erlös dieses Anlehens nur dem gewiß von uns allen als so nothwendig erkannten Zwecke der Wasserleitung zugeführt werde, so kann man doch gewiß nicht sagen, daß die Gemeinde leichtsinnig Schulden macht, sich in Schulden stürzt; das ist so eine Redensart.

Von Seite des Herrn Gem.-Rathes Dr. Kupka ist beklagt worden, daß wir eine so kleine Reserve haben. Das ist richtig; das kommt daher, weil wir à conto des Anlehens, welches wir aus Umständen, die ja den Herren auch bekannt sind, bisher noch immer nicht realisieren können, daß wir das einstweilen aus unseren mobilen Mitteln für die Wasserleitung vorgehoffen haben. Unsere Mittel sind allerdings in ziemlich bedenklicher Weise zusammengeschmolzen, würden aber, sobald das Anlehen flüssig wird, wieder ersetzt werden.

Nun komme ich zu sprechen auf die angeregte Frage des Einquartierungsfondes. Da hat der Herr College Grünbeck die Meinung geäußert, dieser Fond existiere nicht. Die Sache bezüglich dieses Fonds verhält sich so.

Die Überschüsse der Einquartierungsgelder sind durch eine lange Reihe von Jahren immer in unseren Cassavorräthen verrechnet gewesen. Der Cassavorrath der Gemeinde hat in früheren Jahren fünf, sechs bis sieben Millionen Gulden ausgemacht und bei Beurtheilung der Verfügbarkeit dieses Cassavorrathes wurden immer gewisse Posten abgezogen, welche diesem Cassenvorrathe als Deckung gedient haben. Darunter haben sich auch die Überschüsse der Einquartierungsgelder befunden, welche in früheren Jahren beiläufig eine Million betragen und jetzt auf circa 1,390.000 fl. angewachsen sind. Nachdem wir Geld gebraucht haben und so große disponible Barfonds nicht halten konnten, nachdem es auch bei der, Gott sei Dank, so friedlichen Gestaltung der Dinge nicht nothwendig ist, daß dieser Fond aus Bargeld oder Cassenscheinen bestehe, ist mit Bewilligung des Gemeinderathes vor einer Reihe von Jahren die Verschiebung gemacht worden, daß die Werte unseres sogenannten eisernen Reservefonds, also des frei verfügbaren Vermögens der Gemeinde, welches beiläufig drei Millionen Gulden ausgemacht hat, zur Deckung gewisser Beträge angewiesen worden sind, welche früher auf den Cassen gelastet haben. Wenn die Herren in dem Voranschlage Seite 491 aufschlagen, so werden Sie finden, daß von den disponiblen Wertpapieren der Betrag für diese Einquartierungsgelder, sowie der Betrag von 400.000 fl., welchen wir seinerzeit von der Tramway bekommen haben und welcher Betrag unter gewissen Voraussetzungen an dieselbe wieder hinausgezahlt werden muß, sowie ein weiterer Betrag von 100.000 fl., welcher seinerzeit von Gabrielli für einen Monumentalbrunnen gewidmet wurde, auf diesem Reservefonde lasten.

Wenn also die Herren sagen würden, unser sogenannter Reservefond ist nicht mehr frei, es ist nichts mehr verfügbar als der kleine Betrag von 400.000 fl., dann hätten die Herren vollkommen recht. Unser Einquartierungsfond, die 400.000 fl., Tramwaygelder und die 100.000 fl. des Gabrielli-Fondes existieren vollständig, und wenn es den Herren angenehm ist, so können Sie jetzt gleich den Fond herausbringen lassen, auf den Tisch legen und nachzählen, daß alles vollständig da ist (Gem.-Rath Gregorig:

Probieren Sie es einmal!), oder Sie können in die Cassa hinuntergehen und dort nachsehen.

Herr Gem.-Rath Winkler hat die Meinung ausgesprochen, daß es zweckmäßig wäre, wenn man eine Art Arbeitsprogramm, also ein Finanzprogramm, für die nicht currenten Ausgaben für eine Reihe von Jahren feststellen würde. Das ist schon lange in früherer Zeit im Gemeinderathe auch geschehen und es wird vielleicht auch wieder geschehen müssen. Der gegenwärtige Augenblick scheint mir aber dafür noch nicht der richtige zu sein, weil die Aufstellung eines so außerordentlichen Arbeitsprogrammes zur unbedingten Voraussetzung hat, daß das normale currente Budget vollkommen in Ordnung und im Geleise ist. Das ist meiner Meinung nach noch nicht ganz der Fall und es werden wohl noch ein, zwei Jahre vorübergehen müssen, damit die verschiedenen Voranschläge, welche früher in den Vororten gemacht worden sind, und der unserige eine solche Stabilität erlangen, daß man mit voller Sicherheit wird sagen können: das brauchen wir für die currenten Auslagen und so viel bleibt uns für die außerordentlichen Ausgaben übrig, und ein gewisser Betrag muß im Wege einer Finanzoperation beschafft werden. Ich begrüße diesen Gedanken als einen richtigen, und ich glaube, daß er sich vielleicht nach einem Jahre vollkommen gut zur Ausführung eignen wird.

Ich bin nun am Schlusse; Sie werden mir nicht zumuthen, daß ich auf alle die vielen Anfragen, die hier gestellt worden sind, antworte.

Ich würde bitten, Vertrauen zu haben in die Kraft unserer finanziellen Lage. Sie sehen, daß unsere Steuereingänge seit Jahren eine stetige ruhige Steigung beobachten lassen, es ist anzunehmen, daß, wenn nun die Geschäftsthätigkeit, namentlich die Bauhätigkeit, sich etwas hebt, auch diese Eingänge in ihrem Wachsthum fortschreiten werden. Ich bitte, auch Vertrauen zu haben in diejenigen Personen, welche mit der Leitung der Geschäfte betraut sind, und zuletzt Vertrauen in den Referenten. Endlich will ich, weil ja das allen anderen Rednern so geschehen ist, auch auf die zwei Schlagworte zurückkommen, welche von Seite des Führers der Opposition gebraucht worden sind: Umkehr und Gerechtigkeit. Was die Umkehr betrifft, ist schon von Seite eines Collegen dieser (rechten) Seite gesagt worden, daß wir herüber nicht umkehren, und es ist die Einladung gegeben worden, daß die geehrten Herren das besorgen sollen. Was die Gerechtigkeit betrifft, so muß ich doch den Herren dieser (linken) Seite sagen, daß ich mir etwas weniger gerechtes, etwas ungerechteres als den ganzen Begriff des Antisemitismus, welcher doch die Grundlage Ihrer Partei eigentlich bildet, gar nicht vorstellen kann. (Gem.-Rath Gregorig: Gehen S' baden!) Das ist die Ungerechtigkeit im höchsten Grade. (Widerspruch links.) Wenn also die Herren sich darüber beklagen, daß sie bei Wahlen in den Stadtrath, in den Bezirksrath u. dgl. nicht berücksichtigt worden sind, dann müssen Sie eben an Ihre eigene Brust klopfen. Bei diesen Behörden werden Personalfragen der heikelsten Art erledigt und es ist eine unbedingte vollkommene Objectivität dringendst nothwendig. Wenn wir es nun haben erleben müssen — die Herren werden verzeihen, wenn ich das sage, ich bin gewohnt, sehr frank zu sprechen — daß bei Referaten über Grundverkäufe ein Name, welcher jüdisch klingt, plötzlich den Anlaß gibt, das Referat zu bekämpfen, während das bei anderen nicht der Fall ist, so dürfen Sie sich darüber nicht beklagen, wenn vielleicht die Vermuthung naheliegt, daß auch bei anderen Verleihungen und Besetzungen ein solcher Maßstab angelegt werden würde. Ich würde

also die Herren einladen, mit dieser Ihrer Ungerechtigkeit aufzuhören. Ich bin überzeugt, dass dann die Gerechtigkeit von der anderen Seite nicht ausbleiben wird. Ich bitte, in die Special-Debatte einzugehen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen rechts.)

Referent der Budget-Commission Gem.-Rath Mayer (Schlußwort): Nachdem der Herr Budgetreferent des Stadtrathes schon eingehend eine Anzahl von Fragen beantwortet hat, die das allgemeine Budget betreffen, so liegt mir als Referent der Budget-Commission vor allem ob, jene Fragen zu beantworten, die speciell die Arbeit der Budget-Commission berühren. Da war es namentlich Herr Dr. Lueger, der sich in einer Reihe von Fragen direct an mich gewendet und von mir eine Antwort gewünscht hat, namentlich in Bezug auf vier Fragen, betreffend die Goldvaluta-Einführung und die Convertierung. Ich will der Sache nicht aus dem Wege gehen, sondern sie möglichst kurz erläutern. Die erste Frage hat gelautet: „Ob mir bekannt ist, dass man in Oesterreich die Goldwährung einführen wolle.“ Diese Frage hat so lange die Gemüther bewegt, das Hin und Her wurde in allen Zeitungen, in allen öffentlichen Verhandlungen, Versammlungen u. so oft besprochen, dass sie, wie ich glaube, Jedermann bekannt ist, und selbst jenen, die sich mit Finanzwissenschaft nicht gar besonders eingehend beschäftigen, aufgefallen sein muß, dass man in Oesterreich endlich jenem Zustande zustrebt, in dem sich unsere finanziell gut gestellten Nachbarländer seit einer Reihe von Jahren befinden und sich dabei wohl befinden. Allen jenen Herren — ich glaube, es wird kaum eine Ausnahme in diesem Saale zu machen sein — die sich durch längere oder kürzere Zeit im Auslande bewegt haben, werden es gewiß schmerzlich empfunden haben, dass sie schon beim Ankaufe jenes Geldes, das sie im Auslande verwenden wollten, ein so bedeutendes Subagio — ich erinnere an die Zeiten, wo wir 59 Percent Agio bezahlen mußten — aufbezahlen mußten, um mit den anderen Nationen erst gleich zu stehen; diese Aufzahlung bedeutete einen reinen Verlust an Nationalvermögen. Durch diesen Umstand haben auch unsere wirtschaftlichen Verhältnisse eine schwere Einbuße erlitten und in vielen Beziehungen wurde dadurch unser Ansehen geschädigt. Was dieses so außerordentlich große Disagio betrifft, von dem gesprochen wurde, so muß ich dies auch ein bißchen richtigstellen. Wenn Sie den heutigen Napoleon-Cours mit 9-90 berechnen und, um nicht einseitig zu sein, den Cours des englischen Sovereigns mit 12-43 daneben stellen, so bekommen Sie als Durchschnittscours 123-95. Wenn Sie davon die Relation von 119 $\frac{3}{4}$ abziehen — und das müssen Sie thun — so bekommen Sie eigentlich nur ein Disagio von 4-2 Percent, und es ist zu erwarten, dass bei den heutigen friedlichen Verhältnissen, bei der politischen und nationalökonomischen Auseinanderjerkung mit Deutschland und Rußland bereits in kürzester Zeit dieses Disagio, wenn nicht ganz verschwinden, so doch bedeutend sinken wird. Ich glaube also, man braucht über dieses Goldagio nicht so furchtbar zu erschrecken. Gold ist aber natürlich die Grundlage, auf welcher ein Volk stehen soll, wenn es finanziell, politisch und ökonomisch Fortschritte machen will.

Die zweite Frage lautete: „Ob mir bekannt sei, dass der jetzige Herr Finanzminister eine Erhöhung des Zinsfußes der Salinenscheine vornehmen will.“ Auch dies ist mir bekannt, und ich habe diesbezüglich mir die allerletzten Nachrichten von der Staatsschulden-Controls-Commission verschafft, und da habe ich gefunden, dass heute mehr als 70 Millionen Salinenscheine im Umlaufe existieren. Dabei muß ich gleich richtigstellen, was Herr Dr. Lueger gesagt

hat. Es ist nicht richtig, dass durchwegs eine gleiche Erhöhung von $\frac{1}{2}$ Percent stattfinden soll. Die alten Salinenscheine, die neu prolongiert werden, behalten ihre frühere Verzinsung; nur die Verzinsung der neuen wird geändert, so dass dann drei verschiedene Kategorien zu 2, 3 und $3\frac{1}{2}$ Percent existieren werden. Wenn nun der Herr Finanzminister sich veranlaßt sieht, trotz der allgemeinen weichenden Tendenz der Verzinsung eine Zinserhöhung vorzunehmen, so möchte ich das einfach damit in Einklang bringen, dass er dabei schon an die Einführung der Goldwährung denkt und bei dem Fluctuieren dieser großen Beträge, die in Salinenscheinen angelegt sind — und nur solche Beträge sind darin angelegt — ist anzunehmen, dass er diese Capitalien in Salinenscheinen binden will, damit er nicht durch Rückzahlung solcher Salinenscheine Gold flüssig machen und weitere 70 Millionen dem Verkehre zur Verfügung stellen muß. Ich glaube, das ist eine sehr weise Voraussicht und gewiß im Interesse der allgemeinen Wirtschaft.

Die dritte Frage war: „Zu welchem Course sollen wir convertieren?“ Ja, meine Herren, den Cours genau auszurechnen, ist wohl nach dem heutigen Stande möglich, ich glaube aber, es wäre dies nicht recht zulässig. Ich will daher nur kurz erwähnen, „convertieren“ ist ein Wort, das sehr rasch gesagt ist; convertieren kann man aber auf verschiedene Art, und als ein Muster einer Convertierung gilt heute noch die Art und Weise, wie die französische Regierung im Jahre 1883 ihr großes Anlehen convertiert hat.

Ich habe mir die bezüglichen Daten verschafft und werde mir erlauben, dieselben den Herren kurz vorzutragen.

Durch den unglücklichen Krieg, den Frankreich im Jahre 1870/71 geführt hat, war es veranlaßt, eine Schuldenlast von 7 Milliarden zu übernehmen. Es hat daher ein Anlehen aufgelegt, das mit 5 Percent verzinst und mit $82\frac{1}{2}$ emittiert wurde. Es haben sich jedoch die Verhältnisse in solcher Weise gebessert, dass die französische Regierung schon im Jahre 1883 gesagt hat, ich kann und will diese Zinsen nicht bezahlen. Die Rente, welche mit $82\frac{1}{2}$ Percent ausgegeben worden war, ist bis zum Jahre 1883 auf einen Cours von 118 gestiegen und in Folge dessen hat sich diese 5percentige Rente im Jahre 1883 für den Käufer nur mehr mit $4\frac{1}{4}$ Percent verzinst.

Die französische Regierung hat also gesagt: ich zahle nicht mehr 5 Percent, und hat folgende Proclamation herausgegeben: „Ich convertiere in folgender Weise: Ich bezahle in Zukunft nur $4\frac{1}{2}$ Franken für 100 Franken Rente und jenen Gläubigern, welche auf diese Convertierung nicht eingehen, gebe ich für 5 Franken Rente 100 Franken Capital.“ Was war die Folge davon? Von diesen 7 Milliarden hat man innerhalb acht Tage alles convertiert. Alle Gläubiger haben $4\frac{1}{2}$ percentige Rente genommen und nur ein Betrag von 95.340 Francs wurde in Capital verlangt. Das die, die Geld bekamen, ein schlechtes Geschäft gemacht haben, kann man sich heute leicht ausrechnen. Das ist die eine Art der Convertierung. Die zweite Convertierung ist eine einfache Zinsreducierung.

Ich glaube, die Gemeinde Wien wird solche Gewaltmaßregeln nicht machen. Ich will über die Sache nicht eingehender sprechen. Ich will den Herren nur Folgendes nach dem heutigen Course bekanntgeben. Convertiert können von Communal-Anlehen nur zwei werden, und zwar das 25-Millionen-Anlehen in Papier, auf welches heute noch ein Betrag von 17.023.000 fl. aushaftet und welches, da die Papiere heute auf 107-8 stehen, sich also genau

nach dem heutigen Course mit 4·63 Percent verzinst, also mit $4\frac{5}{8}$ Percent. Man müßte, wollte man voll convertieren und ein 4percentiges Anlehen emittieren, den Gläubigern der Stadt Wien für diese $\frac{5}{8}$ Percent ein Capital aufzählen.

Wie steht es mit dem Goldanlehen? Von dem Anlehen per 10 Millionen haften heute nur mehr 7,285.000 fl. aus; der heutige Cours ist $131\frac{1}{4}$. Es verzinst sich also bei 5 fl. für 100 fl. Gold zum jetzigen Course der Napoleonsd'or mit 4·7 Percent in Papier. Das Gold hat dabei nichts zu thun, weil man heute bei einem Course von $131\frac{1}{4}$ für 5 fl. Gold 6 fl. 18 kr. in Papier bekommt, also 4·7 Percent. Auch hier es müßten wie bei anderen Capitalzuschüssen $\frac{7}{10}$ aufgezahlt werden.

Das ist die dritte Frage.

Nun fragt Herr College Dr. P u e g e r noch weiter, ob ich weiß, daß unser Goldanlehen größtentheils im Auslande ist, und er meint, daß es Schwierigkeiten haben wird im Vergleiche mit dem neuen Verkehrsanlehen, für welches eine dreifache Garantie besteht?

Ich kann den Herren nur sagen, daß von den ursprünglichen 65 Millionen, die die Stadt Wien aufgenommen hat, heute nur mehr 44,438.000 fl. ausstehen, so daß also seit der Zeit, als diese Anlehen begeben wurden, 20,562.000 fl. zurückgezahlt worden sind.

Bei solcher Rückzahlungsweise, in so verhältnismäßig kurzer Zeit, bedarf es wohl keiner außerordentlichen Bürgschaft; die Gemeinde Wien hat selbst gezeigt, in welcher glänzender Weise sie ihren eingegangenen Verpflichtungen nachkommen konnte. Wenn der Gemeinde in der ganzen Welt Geld zur Verfügung steht, so ist das eine doppelte Empfehlung, und wenn die reichen Länder: England, Frankreich und Holland, die Geld ausborgen — wie der Herr College richtig gesagt hat — wenn trotzdem die Wiener Communalanlehen in diesen reichen Goldländern placiert sind, so spricht dies sehr zu Gunsten der außerordentlichen Bonität unserer Papiere.

Damit habe ich wohl eine schwere Anklage widerlegt, welche der Herr College vorgebracht hat, indem er von wirtschaftlicher Verheerung gesprochen hat. Was ich bezüglich der Rückzahlung gesagt habe, bildet wohl eine Ergänzung zu dem, was Herr College B o s c h a n schon darüber gesagt hat, und die Herren werden daraus finden, daß in der Sache jedenfalls keine Verheerung stattgefunden hat, sondern daß im Gegentheile die Verhältnisse bei uns — was die Finanzwirtschaft der Gemeinde betrifft — sich wesentlich gebessert haben.

Nun hat Herr Dr. P u e g e r noch die Frage an mich gerichtet, warum ich mein Finanzprogramm, das ich hier entworfen habe, nicht schon vor zehn Jahren meinen Parteigenossen preisgegeben habe. Man hätte schon damals auf die verschiedenen Anträge eingehen und beispielsweise an den Staat herantreten sollen wegen einer Entschädigungsleistung für die Beforgung der Geschäfte des übertragenen Wirkungskreises durch die Gemeinde. Ich will nur darauf kurz erwidern, daß ich vor zehn Jahren noch nicht die Ehre hatte, dieser Körperschaft anzugehören, sondern erst seit acht Jahren diese Ehre habe. (Ruf links: Das war ein Glück!) Ob dies ein Glück war, weiß ich nicht, ich habe vorläufig wenigstens nichts zum Schaden der Gemeinde verbrochen. Ich glaube, die Bemerkung war mindestens überflüssig! (Gem.-Rath Gregorig: Man kann reden, was man will!) Das ist nicht wahr.

Es wurde wörtlich gesagt: er begreife es gar nicht, wie es komme, es sei etwas ganz Neues, daß diese Entschädigungsansprüche in das Eigenthum der Majorität übergegangen sind. Ich will, um nicht etwas zu sagen, was nicht bewiesen werden kann, mir nur erlauben, Folgendes, nachdem es wahrscheinlich dem Herrn Kollegen Dr. P u e g e r entgangen ist, der Versammlung bekanntzugeben. Schon in der Vorrede zu den Verwaltungsberichten der Stadt Wien für die Jahre 1871 und 1873 schrieb der damalige Bürgermeister Dr. F e l d e r eingehend über die Verhältnisse der Gemeinde, über die schwere Belastung, die sie durch die Beforgung der Geschäfte für den Staat erfährt, und beantragte, es möge eine Entschädigung dafür gefordert werden. Ein zweiter Antrag wurde am 10. December 1873 von dem damaligen Gem.-Rathe von G a s s e n b a u e r gestellt, der auf der äußersten Linken sich befunden hat und der sich gleichfalls mit diesem Gegenstande beschäftigte. Ein dritter solcher Antrag von dem damaligen Gem.-Rathe Dr. S t ö g e r, am 4. Juni 1875 eingebracht, urgierte neuerlich diese Forderung.

In weiterer dringlicher Weise betonte der damalige Bürgermeister U h l in dem Vorworte zu dem Verwaltungsberichte der Stadt Wien vom Jahre 1884, wie schwer die Lasten sind, welche die Gemeinde dadurch tragen muß, und wie nöthig es ist, daß der Staat sich endlich dazu entschließe, eine solche Entschädigung zu leisten, theilweise für die Zeit, theilweise für den Mehraufwand an Beamtengehalten und Arbeitskräften.

Um aber auf die letzte Zeit zurückzukommen, muß ich noch besonders den Antrag erwähnen, der am 24. März 1888 zur Zahl 1319 von dem heutigen 1. Vice-Bürgermeister Dr. R i c h t e r eingebracht wurde und der dahin lautet (liest):

„In Erwägung, daß die Gemeinde nach § 71 — natürlich des alten Statutes — die Einhebung und Abfuhr der directen Steuern und alle hierauf bezugnehmenden Amtshandlungen zu besorgen hat, in Erwägung, daß der Gemeinde nicht auferlegt wurde, diese Einhebung und Abfuhr der directen Steuern unentgeltlich zu besorgen, in weiterer Erwägung endlich, daß aus dem Statute hervorgeht, daß diese Beforgung eine unentgeltliche nicht sein kann, stellen wir den Antrag, der Gemeinderath beschließe, mit der hohen Regierung wegen angemessener Entschädigung der nach § 71 des Statutes der Gemeinde obliegenden und von ihr bisher gemachten Leistungen in Verhandlung zu treten.“

Ich überlasse es nun der geehrten Versammlung selbst, ob wir, die Majorität, erst jetzt auf den Gedanken gekommen sind, eine Entschädigung für die Geschäfte des übertragenen Wirkungskreises zu verlangen, oder ob dies bisher nur von Seite der Opposition geschehen ist. Zudem ich die Antwort Ihnen selbst überlasse, schließe ich und bitte gleichfalls, in die Special-Debatte einzugehen. (Beifall rechts.)

Bürgermeister (zur thatsächlichen Berichtigung): Ich möchte kurz Folgendes berichtigen. Es hat ein Herr Redner in der vorvorigen Sitzung gesagt, daß das Präsidium vergessen habe, um die Einkommensteuerfreiheit für das 35 Millionen Kronen-Anlehen anzusuchen, beziehungsweise sie zu erwirken und dieser Sache nachzugehen. Ich erlaube mir dem gegenüber zu bemerken, daß Bürgermeister Dr. P r i x über diese Angelegenheit persönlich mit dem Herrn Finanzminister verhandelt hat. Das Resultat der Verhandlung war die Vorlage, welche die h. Regierung im Abgeordneten-hause eingebracht hat. Die Regierung ist auf das Ansuchen der Gemeinde Wien allerdings nicht eingegangen, aber es ist nicht

richtig, daß von Seite des Präsidiums vergessen wurde, diese Frage in Anregung zu bringen. Es ist auch nicht vergessen worden, der Sache nachzugehen und dieselbe der Regierung zur möglichsten Berücksichtigung zu empfehlen.

Gem.-Rath Gregorik (zur thatsächlichen Berichtigung): Ich berichtige die Äußerung des Herrn Stadtraths-Referenten, der uns zur Umkehr gerathen hat, bezüglich der Grundverkäufe dahin, daß es nicht richtig ist, daß von Seite der Opposition bloß gegen zwei Juden gesprochen wurde, sondern ich habe in verschiedenen anderen Fällen das Wort ergriffen und mich gegen Sätze, die aufgestellt wurden, aufgehalten. Es handelte sich dann um die gesetzwidrigen Grundverkäufe, welche durch den Stadtrath vorgenommen worden sind. Nur bei einem einzigen Falle bin ich allein gegen die Opposition gestanden, weil sie bona fide gehandelt und nicht gewußt hat, daß es sich um einen gesetzwidrigen Grundverkauf handelt. Tags darauf bin ich aufmerksam gemacht worden und habe mein Veto eingelegt. (Gem.-Rath Dr. Klobberg: Das waren Antisemiten!) Das ist mir alleseins, ob sie Antisemiten sind, das kümmert mich nicht. Es hat geheißen, daß die Herren meine Kunden sind. Das genügt nicht, daß man bei mir drei Hemden machen läßt und ich dann das Maul halten soll. Meine Kundschaften kümmern mich hier im Gemeinderathe nicht.

Ich möchte den Herrn Referenten darauf aufmerksam machen, daß schon vor drei Jahren die Majorität gesagt hat, sie kann uns keine Mandate im Stadtrathe und Präsidium ertheilen, weil wir gegen andersgläubige Mitglieder nicht gleichmäßig vorgehen. Haben wir schon vor drei Jahren Gründe verkauft? Das sind leere Ausreden. Der Herr Referent hat darum unrecht gehabt.

Ich erwidere ihm noch etwas. Wenn wir finden, daß der Auswurf eines eingewanderten Volkes unserem arischen Volke schädlich wird, und wir unser Volk gegen das eingewanderte Volk schützen, so thun wir das, was das freieste Land, was Nordamerika mit seiner Chinesenbill gethan hat, wir erfüllen eine Pflicht. Wenn nun Juden, die besseren Juden mit den schlechteren Juden zusammengehen und uns beschimpfen, so finden wir das begreiflich; jene Christen aber, die den Juden geholfen haben, das christliche Volk zu berauben (Unruhe rechts), jene Christen . . . (Erneuerte Unruhe rechts. Gem.-Rath Frauenberger: Das gehört nicht hierher!)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Zunächst muß ich den Herrn Redner daran erinnern, daß er das Wort zur Berichtigung verlangt hat. Das, was er nun ausführt, geht über den Rahmen einer Berichtigung weit hinaus. Das wird er selbst zugeben. Außerdem muß ich ihn ersuchen, Ausfälle, wie die von ihm jetzt gebrauchten, zu unterlassen. Es geht nicht an, in dieser Weise zu sprechen. Ich möchte bitten, sich auf die thatsächliche Berichtigung zu beschränken.

Gem.-Rath Gregorik (fortfahrend): Ich berichtige die Behauptung, daß wir anderen unrecht thun, dahin, daß ich die erstgenannten Christen und jene Christen, die um ihres Vortheiles willen die Juden in ihrem Treiben gegen die christliche Bevölkerung unterstützen, als das erbärmlichste Gefindel auf Gottes Erdboden bezeichne. (Widerspruch und Lärm rechts.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Das Wort hat der Herr Gem.-Rath Dr. Lueger.

Gem.-Rath Dr. Rehaksky: Ich möchte doch solchen Ausdrücken gegenüber bitten, daß . . . (Rufe links: Hat er denn das Wort? — Niedersehen!)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich habe Herrn Gem.-Rath Dr. Lueger zur Berichtigung aufgerufen.

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur Berichtigung): Ich werde nur wenige Berichtigungen vorbringen. Bezüglich der Behauptungen, welche Gem.-Rath Frauenberger aufgestellt hat, bemerke ich zuerst, daß es unrichtig ist, daß ich das sogenannte Druckluftunternehmen zu Falle gebracht habe. Bezüglich der Fogertybahn bemerke ich, daß es nicht richtig ist, daß es mir zur Unehre gereicht, im Gegentheile, es gereicht mir zur Ehre, das Zustandekommen der Fogertybahn vereitelt zu haben, weil ich das Zustandekommen dieser Bahn für Wien als ein Unglück angesehen hätte, da das Zustandekommen dieser Bahn den Sieg der höchsten Corruption bedeutet hätte. Gem.-Rath Frauenberger hat weiters die Behauptung aufgestellt, daß ich im Stadtrathe mein Licht unter den Scheffel stelle. Dem gegenüber bemerke ich, daß ich mir wenigstens bewußt bin, daß ich im Stadtrathe in völlig objectiver Weise an den Arbeiten mitwirke, und ersuche ich den Herrn Gem.-Rath Frauenberger, sich bei seinen Parteigenossen zu erkundigen, ob ich im Stadtrathe mein Licht unter den Scheffel stelle oder nicht.

Herr Gem.-Rath Frauenberger hat weiters behauptet, daß ich die Gärten nicht genannt habe, welche schlecht gepflegt sind. Ich habe in meiner Rede ausdrücklich gesagt, daß die Gärten in den Vorstadtbezirken schlecht gepflegt sind. Diese Behauptung ist vollständig richtig. Herr Gem.-Rath Frauenberger wird sie nicht entkräften können. Von den weiteren Behauptungen des Herrn Gem.-Rathes Frauenberger berichtige ich Folgendes: Es ist nicht wahr, daß die Stadt Baden judenrein ist, es ist aber auch nicht wahr, daß ich in der Stadt Baden, ob sie nun judenrein ist oder nicht, eine Villa besitze. Ich glaube übrigens, daß dieses Thema mit dem Budget und mit dem Hauptvoranschlage der Stadt Wien nicht im geringsten Zusammenhange steht und daß es dem Herrn Gem.-Rathe Frauenberger gar nichts angeht, ob ich eine Villa in der judenreinen oder judenvollen Stadt Baden besitze oder nicht. (Heiterkeit.)

Ich will, wie gesagt, nur thatsächlich berichtigen, und werde daher die Frage — „nennen Sie mir nur eine That“ — ruhig übergehen. Bezüglich des Herrn Collegen Dr. Vogler ist bereits berichtet worden, daß es nicht richtig ist, daß Sie, meine Herren, oder Ihre Partei gegen uns immer gerecht vorgegangen sind; ich constatire vielmehr, daß die geehrte Gegenpartei uns gegenüber beinahe immer mit wenigen Ausnahmen ungerecht vorgegangen ist. (Sehr richtig! links.) Nun weiß ich nicht, ob ich auch thatsächlich berichtigen soll, was Herr Gem.-Rath Dr. Vogler bezüglich des Gemeinderathes gesagt hat.

Er hat nämlich die Behauptung aufgestellt, weil der Gemeinderath unfähig ist, arbeitet der Stadtrath. Die Berichtigung dieser Behauptung überlasse ich den geehrten Herren der Majorität. (Heiterkeit links.)

Bezüglich der Behauptung des Herrn Bürgermeisters Dr. Gröbl muß ich ebenfalls einige Bemerkungen vorbringen. Er hat nämlich erwähnt, daß die Opposition sich von Dr. Mandl getrennt hat. Es ist zwar auf diesen Punkt bereits eingegangen worden, aber ich constatire dem gegenüber Folgendes: Herr Dr. Mandl ließ sich bei seiner letzten Candidatur für den Gemeinderath von der Gegenpartei als Candidat aufstellen, und erst dann ist er von unserer Partei im III. Bezirke fallen gelassen worden. Die Herren im III. Bezirke haben immer zwei Gruppen, nämlich

den officiellen Bürgerverein und dann das Anhängsel, das ist der sogenannte demokratische Verein, in welchem der berühmte Bürgerschullehrer Bauer seine Thätigkeit entfaltet. Dieses Anhängsel hat den Dr. Mandl als Gemeinderaths-Candidaten aufgestellt und Sie, meine Herren, haben ihn unterstützt, speciell der jetzige Bürgermeister Dr. Gröbl.

Ich bedauere, ihm das sagen zu müssen, und erkläre, daß nur wegen seiner Unterstützung damals Dr. Mandl von unserer Partei fallen gelassen wurde.

Ich würde daher dem Herrn Bürgermeister Dr. Gröbl rathen, diese Erinnerungen lieber überhaupt gehen zu lassen, ich kenne mich in der Coullissengeschichte des III. Bezirkes vielleicht ebensogut aus wie der Herr Bürgermeister Dr. Gröbl, und ich glaube, wir thun beide gut daran, da über so manches zu schweigen. (Heiterkeit.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte, Herr Gemeinderath, diese Berichtigung möglichst abzukürzen. (Widerspruch links.)

Gem.-Rath Dr. Lueger (fortfahrend): Ja, wenn zehn Redner gegen mich reden, so werde ich doch ein paar berichtigen dürfen. (Heiterkeit links.) Es hat weiters der Herr Bürgermeister Dr. Gröbl die Behauptung aufgestellt, daß ich bezüglich der Verkehrsanlagen eigentlich kein Verdienst hätte. Dem gegenüber constatiere ich Folgendes: Ich bin derjenige gewesen, der hier im Wiener Gemeinderathe den Antrag gestellt hat, daß die Concession für beide Localbahnlinien von der Stadt Wien erworben werden soll. Ich war derjenige, der diese Idee auch im Landtage — da ist sie allgemein acceptiert worden — sowie auch im Reichsrathe, und zwar mit aller Entschiedenheit gegenüber den Parteigenossen des Herrn Dr. Gröbl vertreten hat. Ich war derjenige, der beinahe in jeder oder doch in vielen Sitzungen der Verkehrsanlagen-Commission, so oft sich in denselben die Gelegenheit ergeben hat, darüber zu sprechen, darüber auch gesprochen hat. Ich habe in allen Wählerversammlungen, die ich abgehalten habe, mit aller Macht dafür agitiert, daß die Concession nicht an die Firma Krauß & Comp. vergeben werde (Sehr richtig! links), sondern daß die Bahnen von der Verkehrsanlagen-Commission gebaut werden. Wenn der Herr Bürgermeister Dr. Gröbl in der Lage ist, mir eine Persönlichkeit zu nennen, welche in gleicher Weise ununterbrochen und constant und ohne irgend jemals nachzulassen, so dafür agitiert hat wie ich, dann werde ich sagen, ich habe unrecht; und wenn er es nicht imstande ist, so möge er doch die Güte haben, anzuerkennen, daß ich mir doch kleine Verdienste in dieser Frage erworben habe.

Nun komme ich auf die Behauptung des Herrn Bürgermeisters Dr. Gröbl bezüglich der Verbindungsbahn. Es dreht sich bei der Tieflegung der Bahn, respective bei der Legung der Bahn in den Untergrund nicht bloß um die bisher bestehende Verbindungsbahn, sondern um die neu zu errichtende Wienthallinie, und ich constatiere nun thatsächlich gegenüber der Behauptung des Herrn Bürgermeisters Dr. Gröbl Folgendes:

Ich war derjenige, der hier im Wiener Gemeinderathe gegen diese Linie längs des Heumarktes und längs des Parkes entschieden gesprochen hat. (Zustimmung links.) Ich appelliere an meine Gegner von drüben, sie mögen sagen, ob das nicht richtig ist. Ich war derjenige, der hierüber im Landtage gesprochen hat. Ich war derjenige, der hierüber im Reichsrathe gesprochen hat. Ich war derjenige, der in allen Sitzungen der Verkehrsanlagen-Com-

mission — die Herren Collegen in dieser Commission werden mir darin rechtgeben müssen — über dieses Project in der rücksichtslosesten Weise gesprochen hat. Ich war auch derjenige, der bei den letzten Verhandlungen im Reichsrathe über diesen Punkt gesprochen hat. Ich habe endlich in allen Wählerversammlungen über diese — ich möchte sagen — grausame Verschandlung der Stadt Wien gesprochen und ununterbrochen agitiert. (Beifall links.) Wenn der Herr Bürgermeister Dr. Gröbl in der Lage ist, eine Persönlichkeit zu nennen, welche in gleicher Weise so gewirkt hat, wie ich, dann werde ich zurücktreten und sofort anerkennen, der Betreffende hat mehr Verdienst. Wenn er es aber nicht imstande ist, dann möge er das Wort „ich“, welches ich gesprochen habe, nicht als Subjectivismus auslegen. Ich bin gerade so gut berechtigt, von dem, was ich gethan habe, zu sprechen, wie die geehrten Herren von der Majorität das zu thun das Recht haben. (Beifall links.) Ich verARGE Ihnen nicht, daß Sie Ihr Verdienst hervorheben; überlassen Sie es aber auch mir, dasjenige zu sagen, was mit der Wahrheit vollständig übereinstimmt.

Nun erlauben Sie mir noch, Herr Vorsitzender, zwei kleine persönliche Bemerkungen, die ich in den Rahmen einer thatsächlichen Berichtigung nicht einfügen kann; die eine persönliche Bemerkung betrifft meine Stellung zum Stadtrathe.

Es ist meine Rede von mehrfachen Seiten so ausgelegt worden, als ob ich einen Angriff gegen die Mitglieder des Stadtrathes gerichtet hätte. Im Gegentheile. Ich habe die Mitglieder des Stadtrathes, und zwar diejenigen, welche jetzt dem Stadtrathe angehören, ausnahmslos gelobt (Gem.-Rath Gregorig: Bis auf Noske!), ich habe den Stadträthen in der Beziehung sogar das beste Zeugnis ausgestellt, das man überhaupt nur den Mitgliedern einer Corporation ausstellen kann. Ich habe ihren Fleiß und ihre Thätigkeit hervorgehoben. Angegriffen habe ich die ganze Corporation, und darin haben mir die Herren rechtgegeben, speciell der Herr Referent. Ich wollte diese meine Stellung gegenüber dem Stadtrathe vollständig präcisieren, speciell wegen der Bemerkungen des Herrn Gem.-Rathes Dr. Vogler, die mir gegenüber, ich muß es sagen, so unberechtigt gewesen sind, wir irgend etwas. Das ist die eine persönliche Bemerkung.

Die zweite persönliche Bemerkung möchte ich machen wegen einer Äußerung des Gem.-Rathes Frauenberger, die im höchsten Grade verlegend war. Ich nehme es ihm nicht übel, weil er ja vielleicht im Kampfe hier im Gemeinderathe das Gefühl dafür verloren hat, daß man selbst dem Gegner nicht so unedle Motive unterschieben darf, wie er es thut. Wenn ich auf Kosten meiner politischen Anschauungen und meiner politischen Überzeugungen, meiner wirtschaftlichen Anschauungen und meiner wirtschaftlichen Überzeugungen hätte Vice-Bürgermeister werden wollen, so hätte ich den Herrn Gem.-Rath Frauenberger nie dazu gebraucht, und ich wäre längst nicht nur Vice-Bürgermeister, sondern vielleicht Bürgermeister. Fragen Sie die älteren Herren Collegen, fragen Sie Herrn Dr. Gröbl, was ihm der verstorbene Gem.-Rath Khunn gesagt hat; ich wäre es geworden, wenn ich es, wie gesagt, auf Kosten meiner Überzeugungen hätte werden wollen. Ich rechne die Äußerung des Gem.-Rathes Frauenberger, daß mich die Majorität eventuell zum Vice-Bürgermeister dann wählen würde, wenn sie gewiß wäre, dadurch den sogenannten Dämon Antisemitismus zu erschlagen, der Majorität nicht an. Denn, wenn wirklich die Majorität so wäre, daß sie derartige Stellen nach politischen und anderen Gründen vergibt an Leute,

die gewissenlos genug sind, gefinnungslos zu sein, so wäre die Majorität wirklich nicht würdig, die Majorität des Wiener Gemeinderathes zu sein.

Diese Bemerkungen habe ich geglaubt hier vorbringen zu müssen, weil ich der Meinung bin, daß gerade die Art und Weise, wie von Seite der Opposition in dieser Debatte vorgegangen worden ist, derartige persönliche Angriffe seitens des Herrn Gem.-Rathes Frauenberger und vielleicht auch seitens des Herrn Bürgermeisters Dr. Gröbl gewiß nicht verdient. (Beifall links.)

Gem.-Rath Dr. Gehmann (zur Berichtigung): Ich be-richtige nur kurz gegenüber dem Herrn Referenten und St.-R. Boschan, daß ich nicht gesagt habe, die Vereinigung der Vororte sei deshalb erfolgt, um die Interessen des Capitalismus durch die Majorität wahren zu lassen, sondern daß ich ausdrücklich hervorgehoben habe, das neue Statut habe deshalb in Kraft treten müssen, weil die Herren genau gefühlt haben, daß der Zeitpunkt nahe sei, indem sie die Majorität verlieren müssen. Ebenso ist es unrichtig, was Herr Bürgermeister Dr. Gröbl heute hervorgehoben hat. Ich habe nicht gesagt, daß der Herr Bürgermeister und das Präsidium auf die Geschichte mit der Einkommensteuer vergessen haben, sondern ich habe gesagt: es ist nur dem Herrn Dr. Lueger und seinem Einschreiten in letzter Minute zu danken, daß die Sache nicht so angenommen wurde, und zwar zum Schaden der Stadt Wien, wie die betreffende Vorlage seitens der Regierung im Abgeordnetenhaus eingebracht wurde. Diese Thatsache steht absolut aufrecht und kann von niemandem geleugnet werden. (So ist es! links.)

Bürgermeister (zur Berichtigung): Der frühere Herr Vorredner aus dem III. Bezirke hat auf meine Bemerkungen hinsichtlich des Herrn Dr. Mandl gesagt, es sei gewissermaßen besser, wenn wir beide von diesem Gegenstande nicht weiter sprechen. Dem gegenüber muß ich erklären, daß ich für meine Person mich durchaus nicht zu genieren habe, über den Kampf mit dieser Persönlichkeit zu sprechen. Ich habe auch von diesem Gegenstande zu sprechen nicht begonnen, sondern der Herr Vorredner und ein anderer Herr Colleague; und diese Bemerkungen waren für mich der Anlaß, mich gleichfalls mit dieser Angelegenheit zu befassen. Ich muß aber die Behauptung berichtigen, daß die Bürgerpartei des III. Bezirkes Herrn Dr. Mandl als Candidaten aufgestellt habe, und verweise diesbezüglich auf das officielle Organ dieser Partei, das ausdrücklich erklärt hat, daß ein Zusammengehen mit Herrn Dr. Mandl für die Bürgerpartei ausgeschlossen erscheine. Herr Dr. Mandl soll darauf seinen Parteigenossen erklärt haben, es freue ihn diese offene Stellungnahme der Partei.

Weiters berichtige ich die Bemerkung des Herrn Vorredners aus dem III. Bezirke, er sei derjenige, welcher die Frage wegen Concessionierung der Wienthallinie angeregt habe. Ich muß dem gegenüber neuerdings berichtigen, daß der Herr Bürgermeister Dr. Prix, die sämtlichen Delegierten der Gemeinde Wien und der Gemeinderath selbst in der früher schon skizzierten Weise Stellung zur Wienthallinie genommen haben, daß der Gemeinderath sich bereit erklärte, selbst Opfer zu bringen für den Fall, als diese Linie nicht durch Krauß & Comp., sondern durch die Verkehrs-Commission ausgeführt wird, und nach meiner Meinung ist es die entschiedene Stellungnahme der führenden Persönlichkeit und insbesondere des Gemeinderathes gewesen, welche diese von der Gemeinde gewünschte Änderung herbeigeführt hat. Was ferner die Führung der Wienthallinie als Hoch- oder Tiefbahn betrifft, so ist

— glaube ich — das Entscheidende die Frage: Ist die Verbindungsbahn vor dem Stubenthor, beziehungsweise vor dem Invalidenhaus eine Hochbahn oder nicht? Dem gegenüber constatire ich, daß es richtig ist, was ich gesagt habe, daß seit 40 Jahren der Zustand dieser Bahn beklagt wird, daß unzählige Petitionen überreicht wurden, daß auch der Gemeinderath hiezu wiederholt Stellung genommen und sich beschwert hat, daß diese Hochbahn noch immer bestehe, daß diese Linie nur als Tiefbahn geführt werden solle, und daß damit auch gesagt wurde, daß die Linie, die von Heiligenstadt auf den Quai kommt, gleichfalls als Tiefbahn geführt werden solle.

Was die Schlussbemerkungen des Herrn Vorredners aus dem III. Bezirke betrifft, so glaube ich verstanden zu haben, daß er die Angriffe nicht verdiene, die ich gegen ihn gerichtet habe. Wenn die Herren sich an das erinnern, was ich gesagt habe, so wird auch der feinfühligste Zuhörer zugestehen müssen, daß ich nicht den geringsten Angriff gegen den Herrn Vorredner gerichtet habe; im Gegentheil, ich habe keinen Anstand genommen, anzuerkennen, daß er mit Mäßigung gesprochen hat, und ich habe mich gleichfalls bemüht, in höchst maßvoller Weise zu sprechen und jeden persönlichen Angriff zu vermeiden. Ich habe mich aber veranlaßt gesehen zu sagen, es solle der Subjectivismus, der Hinweis auf das liebe „Ich“, vermieden werden. Es soll nicht darüber gestritten werden, wer ein Verdienst in dieser Sache habe, weil ich der Meinung bin, daß wir dann viel besser auskommen, und dieser Meinung bin ich auch noch heute. (Beifall rechts.)

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur Berichtigung): Bezüglich der Concession für die beiden Localbahnlinien bemerke ich gegenüber den Ausführungen des Herrn Bürgermeisters Dr. Gröbl kurz nur Folgendes: Es ist Thatsache, daß ich derjenige gewesen bin, der hier im Plenum des Wiener Gemeinderathes den Antrag gestellt hat, es solle die Stadt Wien selbst die Concession für diese beiden Linien erwerben. Dieser Antrag ist nach langen Kämpfen von unserer Partei und unter Beitritt einiger Mitglieder der Majorität mit knapper Majorität angenommen worden. Wer hat da Recht? Darüber liegen ja die Protokolle vor. Dies ist daher ganz zweifellos. Bezüglich der Landstraßerbahn, der Wienthallinie und des Niveaus derselben verweise ich darauf, daß ich derjenige gewesen bin — ich verweise abermals auf die Protokolle — der immer gesagt hat: „Ja, warum geht man da in die Höhe? Wozu ist die ganze Geschichte?“ Das habe ich immer gesagt, ich habe gegen die betreffenden Pläne gestimmt, Sie aber, meine Herren (rechts), haben immer für die Hochbahn gestimmt. Also, Sie können doch nicht sagen, daß Sie das Verdienst haben, die Hochbahn weggeschafft zu haben; das kann nur ich weggebracht haben, weil ich immer dagegen war. (So ist es! links.)

Gem.-Rath Weitmann (zur Berichtigung): Es hat dem Herrn Referenten des Stadtrathes beliebt, uns zu beschuldigen, daß wir bei jedem Anlasse, bei Grundverkäufen, wo ein jüdischer Name vorkommt, gegen das Referat Stellung nehmen und opponieren. Das ist nicht richtig. Ich berufe mich diesbezüglich auf die Protokolle. Wenn der Preis ein entsprechender ist, haben wir sehr oft, ohne ein Wort Einsprache zu erheben, für den Referenten-Antrag gestimmt, selbst wenn die Gründe an einen Juden verkauft wurden. Das ist also eine thatsächliche Unwahrheit. Nur dann, wenn wir den Preis zu niedrig fanden, mußten wir — das gebietet unsere Aufgabe, wenn wir die Interessen der Bevölkerung vertreten wollen — dagegen Stellung nehmen. Nur bei einer beabsichtigten

Verhinderung der Gründe an einen Juden haben wir opponiert. (So ist es! links.)

Gem.-Rath Dr. Vogler (zur Berichtigung): Gegenüber Herrn Dr. Lueger möchte ich nur berichten, daß ich nicht gesagt habe, daß der Gemeinderath unfähig ist — das stenographische Protokoll weist dies aus. (Widerspruch links.) Herr Dr. Lueger hat meine diesfallige Ausführung vollkommen entstellt wiedergegeben.

Gem.-Rath Wurm (zur Berichtigung): Ich muß eine Äußerung des Herrn Vertreters aus dem III. Bezirke richtigstellen. Ich bin weit davon entfernt, die Verdienste des Herrn Dr. Lueger beschränken zu wollen. Er ist mit aller Energie für die Tieferlegung der Bahn in der Nähe des Hauptzollamtes eingetreten; er ist mit aller Energie dafür eingetreten, daß die Bahn nicht von einem Concessionär ausgeführt werde. Aber ich muß richtigstellen, daß alle Vertreter der Gemeinde, welche die Ehre hatten, der Enquête anzugehören, wo diese Fragen berathen wurden, bevor sie noch in den Gemeinderath gekommen sind, mit aller Energie dafür eingetreten sind, daß die Bahn nicht einem Concessionär übertragen, sondern daß auch diese Localbahnlinie von der Commission gebaut werde.

Ferner berichte ich, daß alle Vertreter der Gemeinde Wien dafür eingetreten sind, daß die Bahn in der Nähe des Hauptzollamtes tiefer gelegt werde; nur die Vertreter der Regierung sind dagegen mit aller Entschiedenheit aufgetreten, weil das größere Kosten verursacht.

Also es ist nicht richtig, daß von unserer Seite in diesen Fragen nichts gethan wurde. Es ist allerdings richtig, daß alle diese Sachen auf einmal nicht zu erreichen waren, und Herr Dr. Lueger hat gewiß auch dabei mitgewirkt; aber wir haben auch das Unserige gethan. (Zustimmung rechts.)

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur Berichtigung): Meine Herren! Als der Herr Collega Dr. Vogler seine Rede hielt, habe ich mir eigens den Satz stenographiert. Er hat gesagt — nach meinem Stenogramm — „Weil der Gemeinderath unfähig ist, so arbeitet der Stadtrath.“ (So ist es! links.) Es mag vielleicht ein Irrthum insofern obwalten, als Herr Gem.-Rath Dr. Vogler bekanntermaßen keine starke Stimme besitzt, sondern nur einen starken Bart hat, der seine Stimme noch mehr verschleiert. (Lebhafte Heiterkeit.) Aber daß er das, was ich citiert habe, gesagt hat, ist ganz zweifellos.

Gegenüber dem Herrn Kollegen Wurm bemerke ich nochmals dasselbe. Hier im Gemeinderathe ist von Ihrer Seite (rechts) immer für die Hochbahn eingetreten worden. Was kann ich dafür, daß Sie immer, solange es noch im Stillen geht, für etwas Gutes sind, dann aber, wenn Sie mit der Sache in die Öffentlichkeit treten, auf einmal für etwas sind, was Sie selbst früher als schlecht erkannt haben?

Sie haben früher dafür gestimmt, da nützt Ihnen jetzt nichts. Wenn wir alle zusammengewirkt hätten, so wären wir mit der Sache vielleicht früher fertig geworden.

Gem.-Rath Jedlička (zur Berichtigung): Ich muß mich auch dagegen verwahren, daß uns Herr St.-R. Boschan vorwirft, wir hätten nur aus dem Grunde, weil wir Antisemiten sind, gegen den Verkauf von Gründen Stellung genommen, wenn vielleicht der Name eines Juden genannt wurde.

Ich erlaube mir an ihn die Frage zu stellen: Muß man da ein Antisemit sein, wenn man dagegen Stellung nimmt, daß man

Gründe des Bürgerspitalsfondes bei der Hundsthurmerlinie, welche per Kaster mindestens 50 fl. wert sind, um 15 fl. verkaufen will? Weiß Herr St.-R. Boschan, der Finanzminister der Commune Wien, daß dadurch die Gemeinde um 94.000 fl. geschädigt worden wäre? Dazu braucht man nicht Antisemit zu sein, um gegen solche Pläne Stellung zu nehmen. Man braucht nur rechtlich zu denken und zu wünschen, daß mit den Geldern, welche den Armen gewidmet sind, auch ordentlich gewirtschaftet werde, damit man nicht die Leute auf das Trockene setzen und Ihnen 36 statt 46 kr. täglich bezahlen muß.

Wenn der Antrag des damaligen Referenten Dr. Hackenberg angenommen worden wäre, so würde der Bürgerspitalsfond um 94.000 fl. ärmer geworden sein. Diese 94.000 fl. geben für 21 Bürger, welche im Bürgerspitale sind, den Betrag von 36 kr. täglich für ewige Zeiten. Man braucht kein Antisemit zu sein, um sich dagegen zu wehren, daß man Gründe in solcher Weise verschleudert. Aus keinem anderen Grunde sind wir gegen eine solche Verschleuderung aufgetreten. (So ist es! links.)

Gem.-Rath Dr. Vogler (zur Berichtigung): Ich habe nunmehr das stenographische Protokoll in einem Abzuge zur Hand und erlaube mir Folgendes zu bemerken:

Ich habe ausgeführt, daß die Gemeinde-Autonomie in der Hand zunächst des Gemeinderathes, dann des Stadtrathes liege, und habe gesagt (liest): „Das ist in erster Linie der Gemeinderath, in zweiter Linie ist es, weil der Gemeinderath selbst für diese große Verwaltung nicht fähig ist, der Stadtrath.“ (Rufe links: Nun also! Das ist ja dasselbe!) Ich bitte, meine Herren, es ist selbstverständlich, daß das Wort „fähig“ in dem Sinne gebraucht worden ist, daß eine Körperschaft von 133 Mitgliedern sich nicht mit allen Details der Gemeindeverwaltung befassen kann. (Zustimmung und Rufe rechts: Man muß eben auch die Fortsetzung hören!) Das habe ich gesagt, und das Wort „unfähig“ habe ich überhaupt nicht gebraucht. (Rufe links: „Nicht fähig!“)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich glaube, daß die Berichtigungen nunmehr geschlossen sind. Die Fortsetzung der Berathung erfolgt in der nächsten Sitzung. Die öffentliche Sitzung ist geschlossen, es folgt eine vertrauliche.

(Schluß der öffentlichen Sitzung um 7 Uhr abends.)

Beschluss-Protokoll

der vertraulichen Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien

vom 5. April 1894.

Vorsitz: Bürgermeister Dr. Gröbl.

1. Gem.-Rath Wihelsberger beantragt die Verleihung der goldenen Salvator-Medaille an den Männergesang-Verein „Frohinn“ in Fünfhaus, und zwar mit dem Rechte, diese Medaille am Vereinsbanner tragen zu dürfen. (Angenommen.)

2. Gem.-Rath Dr. Vogler beantragt die Verleihung der goldenen Salvator-Medaille an den Armenrath Anton Baumann und ebenso an den Armenrath Franz Szasz.

(Angenommen.)

3. Gem.-Rath Witt. v. Neumann erstattet den Schlußbericht des Preisgerichtes über die Prämierung der eingelangten

Projecte für den General-Regulierungsplan und stellt folgende Anträge:

1. Den Mitgliedern und Ersatzmännern des Preisgerichtes, Herren:

Architekt Heinrich Adam,
Architekt und Stadtbaumeister Ferdinand Dehm,
Ingenieur Raimund v. Götz,
Stadtbaumeister Johann Schwandner,
k. k. Baurath Franz Mitt. v. Neumann,
Ingenieur Georg Rosenstingl,
k. k. Baurath Moiss Wurm,

vom Gemeinderathe
delegiert;

Baudirector Franz Berger, k. k. Oberbaurath;
Magistratsrath Dr. Franz Sauer;
städtischen Baurath Haberkorn;

k. k. Hofrath Franz Mitt. v. Gruber,
k. k. Baurath Alexander Edl. v. Wielemans,
Ingenieur Paul Klunzinger,

vom Osterreichischen
Ingenieur- und
Architekten-Bereine
delegiert;

k. k. Professor Julius Deininger,
Architekt Franz Roth,
k. k. Baurath Otto Thienemann,

von der
Künstlergenossenschaft
delegiert;

k. k. Hofrath Friedrich Mitt. v. Bischoff,
k. k. Baurath Anton Millemoth,

von der k. k. General-
Direction der österr.
Staatsbahnen
delegiert;

k. k. Baurath Siegmund Taussig,
Oberingenieur Alexander Kmosko v. Bernicze,

von der Bauleitung der
Donauregulierungs-
Commission delegiert;

werde für ihre Mitwirkung bei Prüfung der Projecte, betreffend den General-Regulierungsplan der Dank des Gemeinderathes ausgesprochen.

2. Nachfolgenden Mitgliedern und Ersatzmännern des Preisgerichtes werde ein Ehrengeschenk von je 1000 Kronen in Gold gewidmet:

a) den Delegierten des Osterreichischen Ingenieur- und Architekten-Bereines:

k. k. Hofrath Franz Mitt. v. Gruber,
k. k. Baurath Alexander Edl. v. Wielemans,
Ingenieur Paul Klunzinger;

b) den Delegierten der Künstlergenossenschaft:

k. k. Professor Julius Deininger,
Architekt Franz Roth,
k. k. Baurath Otto Thienemann;

c) den Delegierten der k. k. General-Direction der Staatsbahnen:

k. k. Hofrath Friedrich Mitt. v. Bischoff,
k. k. Baurath Anton Millemoth;

d) den Delegierten der Bauleitung der Donauregulierungs-Commission:

k. k. Baurath Siegmund Taussig,
Oberingenieur Alexander Kmosko v. Bernicze.

3. Dem Oberingenieur Pia und dem Magistrats-Commissär Appel werde eine Remuneration, und zwar dem ersteren im Betrage von 200 fl., dem letzteren im Betrage von 150 fl. bewilligt.

4. Die Projecte Nr. 2 mit dem Kennworte „Prinz Eugen“ und Nr. 6 mit dem Kennworte „Ehret die alten Meisterwerke“ wären um den Betrag von je 600 fl. ö. W. käuflich zu erwerben. (Angenommen.)

4. Gem.-Rath Rückauf beantragt die Verleihung der großen goldenen Salvator-Medaille an den gewesenen Obmann des Hernalser Ortsschulrathes Friedrich Grüner.

(Angenommen.)

5. Gem.-Rath Dr. Huber beantragt den Fortbezug der Gnadengabe von jährlich 180 fl. für drei Jahre an die Lehrerswitwe Anna Frmler.

(Angenommen.)

6. Derselbe beantragt, dem pensionierten Bürgerschullehrer Franz Krejcirik neben seiner normalmäßigen Pension noch eine Gnadengabe von jährlich 66 fl. 67 kr. für drei Jahre zu gewähren.

(Angenommen.)

7. Gem.-Rath Dr. v. Billing beantragt die gnadeweise Abfertigung mit 468 fl. an die Straßenaufseherwitwe Christine Bunz.

(Angenommen.)

8. Derselbe beantragt die Pensionierung des Religionsprofessors des Leopoldstädter Communal-, Real- und Obergymnasiums Anton Brendler.

(Angenommen.)

9. Gem.-Rath Mahenauer beantragt den Fortbezug der Gnadengabe von jährlich 100 fl. für die Criminalgerichtsraths-Waise Josefa Herrmann für drei Jahre.

(Angenommen.)

(Schluss der Sitzung.)

Stadtrath.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 29. März 1894.

Vorsitzende: Bürgermeister Dr. Grühl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Anwesende: Dr. v. Billing,	v. Neumann,
Bojchan,	Roske,
v. Götz,	Rückauf,
Dr. Hackenberg,	Schlechter,
Dr. Huber,	Schneiderhan,
Kreindl,	Dr. Stenzl,
Dr. Lederer,	Baugoin.
Dr. Lueger,	Dr. Vogler,
Matthies,	Wigelsberger,
Mahenauer,	Wurm.
Müller,	

Experte: Baudirector Berger.

Schriftführer: Magistrats-Concipist Dr. Weiser.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter eröffnet die Sitzung und macht nachstehende Mittheilung:

Seitens des Ottakringer Kirchenbauvereines ist in Aussicht genommen, ein Kirchenbaucomité zu constituieren. Es ist daher nothwendig, daß die Gemeinde Wien einen Vertreter in dieses Comité delegiere.

St.-R. Dr. v. Billing regt an, es dem Präsidium zu überlassen, eine Persönlichkeit hiefür zu nominieren; dieselbe wäre jedoch aus den Gemeinderäthen des XVI. Bezirkes zu entnehmen.

Diese Anregung wird genehmigend zur Kenntnis genommen.

(1516 und 2017.) **St.-R. Dr. Lueger** referiert über die Eingabe der Eheleute Heinrich und Rosalia Hohl puncto Grundabschreibung für Einl.-Z. 248 in Gersthof behufs Eröffnung der Schöffelgasse, bezw. über die Absperrung der Wegparzellen 324/5 und 324/6 in Gersthof, Schöffelgasse, durch die Genannten.

Referent beantragt, die in dem Protokolle vom 29. März 1894 von Seite des Herrn Heinrich Hohl in seinem Namen und im Namen seiner Ehegattin Rosalia Hohl gestellten Angebote anzunehmen.

Die zur Durchführung der Schöffelgasse erforderliche, von der Einlage-Z. 702 abzutretende Grundfläche ist in das Verzeichnis des öffentlichen Gutes aufzunehmen.

Die Durchführung der Angelegenheit hat schleunigst zu geschehen. (Angenommen.)

(2040.) **St.-R. Boschan** referiert über die Verlängerung des Budgetprovisoriums und beantragt, bis Ende April 1894, respective bis zur gänzlichen Feststellung des Hauptvoranschlages pro 1894 durch den Gemeinderath seien die sich ergebenden Auslagen nach Erfordernis und nach Maßgabe der in dem vom Stadtrathe vorgelegten Hauptvoranschlage enthaltenen Positionen, insoweit aber einzelne Theile des Hauptvoranschlages schon vom Gemeinderathe beschlossen sind, nach Maßgabe der vom Gemeinderathe bereits festgestellten Positionen zu bestreiten. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(2041.) **Derselbe** referiert über die Verlängerung des zwischen der Gemeinde Wien und der n.-ö. Escompte-Gesellschaft bis zum 30. April d. J. abgeschlossenen Übereinkommens, betreffend die schwebende Contocorrentschuld per zwei Millionen Gulden, und beantragt, dieses Übereinkommen bis zum 31. Juli d. J., d. i. um drei Monate, zu verlängern. (Angenommen.)

(1577.) **St.-R. Schlechter** referiert über die vom Stadtanwalte vorgelegte Rechnung sowie über den Bericht desselben, betreffend die Durchführung der Erwerbung von Grundstücken für Pumpstationen und Reservoirs behufs Versorgung der neuen Bezirke mit Hochquellenwasser, und beantragt die Kenntnissnahme im Sinne der Äußerung der städtischen Buchhaltung. (Angenommen.)

(1987.) **Derselbe** referiert über die Anträge puncto Abänderung der Abgabe von Hochquellenwasser für das k. u. k. Lustschloß Hezendorf und beantragt, vom 15. April 1894 angefangen an das k. u. k. Lustschloß Hezendorf, statt des bisher zugestandenen Quantum von 39.6 hl Überschusswasser in der Zeit vom 15. April bis 1. October jeden Jahres unentgeltlich 15 hl Hochquellenwasser pro Tag gegen dem zuzugestehen und abzugeben, daß das k. u. k. Hofärar für den eventuellen Wassermehrverbrauch, d. i. für die eventuelle Mehrverbrauchsgebühr nach den allgemeinen Bestimmungen für die Wasserabgabe aufzukommen hat. (Angenommen.)

(2022.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Franz Mader um Zustimmung zu dem Baue einer Villa nächst dem Hochquellenwasserleitungscanale, resp. Parallelwege in Payerbach und beantragt, die Zustimmung der Gemeinde Wien zur Ertheilung des Bauconsenses unter den namens der Gemeinde Wien protokollarisch gestellten Bedingungen zu ertheilen. (Angenommen.)

(1888.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Francisca Kronawetter um Zustimmung zu der Vauführung auf Parcellen Nr. 920/2 in Pottschach und beantragt, die Zustimmung hiezu zu ertheilen.

St.-R. Dr. Lederer beantragt, den Act an den Magistrat zu dem Behufe zurückzuleiten, daß über die Sicherheitsmaßregeln, welche bei anderen öffentlichen Fahrwegen, die über die Hochquellenwasserleitung

führen, getroffen wurden, Bericht erstattet und ein Profil vorgelegt werde.

Antrag Dr. Lederer angenommen.

(1817.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Josef Karl Lautner um Zustimmung zu baulichen Herstellungen in Pottschach Nr. 105 und beantragt, diese Zustimmung zu ertheilen, da der Bau 7 m von der Trace der Hochquellenleitung entfernt und das Niveau tiefer ist als die Sohle des Aquäduces. (Angenommen.)

(1819.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Julius und Josef Herrmann um Überlassung des Überfallwassers des Auslaufbrunnens an der Ecke der Hauptstraße und St. Veiterstraße in Baumgarten und beantragt, diese Überlassung unter den vom Magistrate stipulierten Bedingungen zu genehmigen. (Angenommen.)

(1677.) **Derselbe** referiert über das Project für den Canalbau in der verlängerten Weggasse im VI. Bezirke und beantragt die Genehmigung dieses Projectes mit dem Kostenbetrage von 3689 fl. 76 kr. (Angenommen.)

(1960.) **Derselbe** referiert über die Reparatur des Brunnens im kleinen Hofe der Getreidemarktkaserne, VI., Nahlgasse 1, und beantragt, diese Reparatur mit dem Kostenbetrage von 80 fl. zu genehmigen, und die Kosten auf den Reservofond zu verweisen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(1965.) **Derselbe** referiert über das Project für die Umpflasterung der Sandwirthgasse zwischen der Marchetti- und Thurburggasse im VI. Bezirke mit alten bei Umpflasterung der Stumpergasse gewonnenen Würfeln und beantragt, dieses Project mit dem Kostenbetrage von 2509 fl. 20 kr. zu genehmigen. (Angenommen.)

(1816.) **Derselbe** referiert über den Pachtvertrag mit dem Stifte Heiligenkreuz bezüglich mehrerer Wasserleitungs-Parzellen in Gumpoldskirchen und beantragt die Genehmigung dieses Vertrages.

(Angenommen.)

(2000.) **Derselbe** referiert über die Aufstellung eines Auslaufbrunnens oberhalb der Weinhauser Pfarrkirche und beantragt, den diesbezüglich vom Magistrate erstatteten Bericht zur Kenntnis zu nehmen und die Aufstellung eines Auslaufbrunnens abzulehnen.

St.-R. Müller beantragt, den Brunnen in der Nähe der Kreuzung der Gersthoferstraße und Herrengasse mit dem Kostenbetrage von 200 bis 250 fl. aufzustellen.

Antrag Müller abgelehnt.

Referenten-Antrag angenommen.

Nach der im späteren Verlaufe der Sitzung über Antrag des St.-R. Müller erfolgten Wiederaufnahme der Debatte über diesen Gegenstand wird der oberwähnte Antrag Müller angenommen.

(1378.) **St.-R. Dr. Lederer** referiert über den Verleihungsvorschlag für zwei Universitäts-Fubelfeier-Stipendien und beantragt, das Stipendium für die medicinische Facultät dem Mediciner Ludwig Hofbauer zu verleihen. (Angenommen.)

Weiters beantragt Referent, das Stipendium für die rechts- und staatswissenschaftliche Facultät dem Juristen Johann Fastenbauer zu verleihen.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, das Stipendium dem Juristen Augustin Leder zu verleihen.

Antrag Dr. Lueger abgelehnt.

Referenten-Antrag angenommen.

(1860.) **Derselbe** referiert über die Anschaffung von 5000 Fruchtsäcken für das städtische Lagerhaus und beantragt, die durch die Lagerhausverwaltung zu veranlassende Anschaffung von ungefähr 3000 Stück Zweimeßen- und ungefähr 2000 Stück Hundertkilo-

Fruchtsäcken aus Jute bei der Ersten österreichischen Jute-Spinnerei und Weberei in Wien zum Preise von 39¼ kr., beziehungsweise 45¼ kr., für das Stück abzüglich 2 Percent Sconto genehmigen und hiefür einen aus der Lagerhauscassa zu bestreitenden und auf Säckelconto zu verrechnenden Credit von 2055 fl. zu bewilligen.

(Angenommen.)

(1737.) **Derselbe** referiert über den Stiftbrief-Entwurf, betreffend die Dr. Frix'sche Stipendienstiftung für bedürftige und würdige Mittelschüler und beantragt die Genehmigung des vorgelegten Entwurfes.

(Angenommen.)

(1906.) **Derselbe** referiert über die Annahme der Franz Maier'schen Ehrenpreisstiftung für ein Schulmädchen der III. Classe an der Bürgerschule III., Rochusgasse 16, und beantragt, diese Stiftung in die Verwahrung und Verwaltung der Gemeinde Wien unter Überlassung der Personierung an den Lehrkörper der genannten Bürgerschule zu übernehmen.

(Angenommen.)

(1648.) **Derselbe** referiert über den Ankauf eines Aquarelles von Weiz, darstellend eine Gegend im k. k. Prater, und beantragt, den Ankauf dieses Bildes um den Betrag von 120 fl. zu genehmigen.

(Angenommen.)

(1896.) **Derselbe** referiert über die Verwendung der im Studienjahre 1893/94 nicht zur Personierung gelangten Interessen der Moriz Goldberger'schen Stiftung für Candidaten der Doctorwürde und beantragt zu genehmigen, daß die städtische Hauptcassa den Auftrag erhalte, von den für das Studienjahr 1893/94 wegen Mangel an Bewerbern nicht zur Personierung gelangten Interessen der Moriz Goldberger'schen Stiftung per 218 fl. 40 kr. unter gleichzeitiger Benützung eines entsprechenden Theiles der vorhandenen Spareinlage per 132 fl. 2 kr. gemeinsame, 4-2percentige Notenrente im Nominalwerte von 300 fl. mit Mai-November-Coupon anzukaufen, mit dem Stiftungscapitale zusammenschreiben und auf die städtische Hauptcassa noe. der „Goldberger'schen Stiftung“ vinculieren zu lassen, wodurch sich die Ausschreibung von vier Stipendien im Betrage von je 60 fl. pro 1894/95 ermöglicht.

(Angenommen.)

(1439.) **Derselbe** referiert über die Kostenüberschreitung für die Herstellung der Gartenanlage auf dem ehemaligen Friedhofe in Hernals im XVII. Gemeindebezirke und beantragt, zu diesem Zwecke unter Genehmigung dieser Kostenüberschreitung einen Credit in der Höhe derselben, d. i. per 143 fl. 45 kr., zu bewilligen, welcher auf den Reservefond pro 1894 zu verweisen wäre.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(1784.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Genossenschaft der bildenden Künstler um weitere Subventionierung und beantragt die Bewilligung einer Subvention jährlicher 1000 fl. auch für die Jahre 1894, 1895 und 1896 und unter den bisherigen Bedingungen.

St.-R. Noske beantragt, diese Subvention neuerlich auf die Dauer von fünf Jahren zu bewilligen.

Dieser Antrag, welchem sich Referent anschließt, wird angenommen.

(An den Gemeinderath.)

St.-R. Dr. Vogler referiert über nachträgliche Präsentationen von Lehrpersonen und beantragt, die Nachbenannten neuerdings zu präsentieren:

(1413.) Ferdinand Höllinger als Lehrer mit der Rechtswirkfamkeit vom 1. Juli 1869.

(Angenommen.)

(1329.) Moriz Fried als definitiven Unterlehrer mit der Rechtswirkfamkeit vom 1. August 1881.

(Angenommen.)

(1330.) Ignaz Blau als Lehrer mit der Rechtswirkfamkeit vom 1. November 1874.

(Angenommen.)

(1328.) Ottomar Schropp als Lehrer mit der Rechtswirkfamkeit vom 1. Jänner 1872.

(Angenommen.)

(1463.) **Derselbe** referiert über die Ausfertigung des Decretes an die provisorische Unterlehrerin Marie Schwarz als definitive Unterlehrerin an der Mädchen-Volksschule IX., Biriotgasse 8, und beantragt, nunmehr die Ausstellung des Decretes im Sinne des Erlasses des k. k. n.-ö. Landes Schulrathes vom 15. Februar 1894, Z. 1098, anzuordnen.

(Angenommen.)

(1331.) **Derselbe** referiert über die Versetzung des Lehrers Anton Kirchl und beantragt, zu der aus Dienstesrückichten vorgenommenen Versetzung des Lehrers an der allgemeinen Volksschule für Knaben II., Gerhardusgasse 7, Anton Kirchl, an die allgemeine Volksschule für Knaben II., Blumauergasse 21, die Zustimmung zu erteilen.

(Angenommen.)

(Bürgermeister Dr. Gröbl übernimmt den Vorsitz.)

(587 und 1713.) **Derselbe** referiert über den Ankauf der Realitäten Dr.-Nr. 18 und 20 Zollergasse im VII. Bezirke zu Schulbauzwecken und beantragt, das diesbezügliche Anbot der Eigenthümer wegen zu hoher Preisforderungen abzulehnen.

(Angenommen.)

(2150.) **Derselbe** referiert über die Eingabe des Vorstandes des XVII. Bezirkes, betreffend die weitere Benützung des Turnsaales der Schule XVII., Hernals, Kirchengasse 37, seitens des Armeninstitutes des XVII. Bezirkes zur Pfründenauszahlung und beantragt, dieses Ansuchen im Hinblick auf die Note des Bezirks Schulrathes und die Äußerung des Stadtphysikates insofern abzulehnen, als der Herr Bezirksvorsteher beauftragt wird, die Auszahlung der Pfründen im Turnsaale der genannten Schule längstens mit 12. Mai 1894 einzustellen und bis dahin ein anderes geeignetes Locale für die Pfründenauszahlung ausfindig zu machen.

(Angenommen.)

(2076.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Professors am Leopoldstädter Communal-Real- und Obergymnasium Dr. Egid von Filek um Gewährung eines Urlaubes bis Ende des Schuljahres 1893/94 und beantragt die Besuchsgewährung.

(Angenommen.)

(1859.) **Derselbe** referiert über die vom k. k. n.-ö. Landes Schulrath genehmigte Trennung der 2. Classe der Volksschule für Knaben und Mädchen II., Vorgartenstraße, und beantragt die Kenntnisaahme.

(Angenommen.)

(1531.) **Derselbe** referiert über Zuerkennung einer höheren Remuneration für den Professor an der Wobener Communal-Oberrealschule August Schubert anlässlich Ertheilung des Unterrichtes in Kalligraphie und beantragt, dem Genannten die Remuneration für die von ihm im Schuljahre 1893/94 erteilten vierwöchentlichen Kalligraphiestunden mit 60 fl. pro Stunde, somit im ganzen mit 240 fl. zu bewilligen.

(Angenommen.)

(1697.) **Derselbe** referiert über den Erlaß des k. k. n.-ö. Landes Schulrathes vom 19. Jänner 1894, Z. 451, in Betreff des Zuwartens mit der Verlautbarung von Concursauschreibungen erledigter Lehrstellen an Mädchenschulen einschließlich der Leiterstelle bis auf weitere Weisung und beantragt die Kenntnisaahme.

(Angenommen.)

(2236.) **St.-R. Schneiderhan** referiert über das neuerliche Offertverhandlungs-Ergebnis puncto Sicherstellung der Straßenbesprikung im XVI. Bezirke und beantragt, den Fuhrwerksbesitzern Leopold Spitz und Josef Andre die Besorgung der Straßenbesprikung im XVI. Bezirke, Ottakring, auf Grund der mit dem

Stadtraths-Beschlüsse vom 20. März 1894, Z. 1979, genehmigten Bedingungen für das Jahr 1894 und zwar zu nachfolgenden Preisen:

- a) für eine ganze Tagfuhr 7 fl. 85 kr.;
- b) für eine halbe Tagfuhr 4 fl.;
- als Entschädigung für zeitweise nicht verwendete Spritzwagen:
- c) für einen ganzen Tag 4 fl.;
- d) für einen halben Tag 3 fl.;

wobei in den Preisen für Tagfahrten auch die Beistellung des erforderlichen Arbeitspersonales inbegriffen ist, zu übertragen.

(Angenommen.)

(2143.) **Derselbe** referiert über die Bestellung eines Aufsehers für die Schöpfwerke in Altmannsdorf und Heggendorf und beantragt:

1. Zur Bedienung und Beaufsichtigung der Schöpfwerke in Heggendorf und Altmannsdorf wäre für die Dauer der Bespritzungs-saison, d. i. vom 1. April bis 15. October jeden Jahres, ein Auf-seher mit einem Taglohne von 1 fl. 50 kr. zu bestellen, ohne dass demselben bei zeitweiser Nothwendigkeit von Überstunden über die normale Arbeitszeit hinaus ein Anspruch auf separate Entlohnung zustünde;

2. zur Deckung der hiedurch pro 1894 entstehenden Auslage wäre ein Zuschusscredit zur Rubrik XXII 6b des Budgets in der Höhe von 297 fl. zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(2146.) **Derselbe** referiert über Anträge puncto weiterer Leistung des Gemeindefuhrwerkes im XVIII. Bezirke und beantragt:

Der Eintritt der Firma L. Schwarz & C. Zakošteležky an Stelle des Karl Zakošteležky und der Eintritt des Johann Dpawšky an Stelle des Augustin Dpawšky in den ad M. Z. 187310 ex 1892 abgeschlossenen Vertrag hinsichtlich der Leistung des Gemeindefuhrwerkes im XVIII. Bezirke bis inclusive 30. Juni 1897 sei zu genehmigen.

(Angenommen.)

(1938.) **Derselbe** referiert über die Einbeziehung der Steiner-gasse und der Strecke von der Meißelgasse bis zur Hütteldorferstraße im XIV. Bezirke in die Straßenbespritzung und beantragt, die Be-spritzung dieser Gasse abzulehnen.

(Angenommen.)

(1943.) **Derselbe** referiert über die Zahlung einer Entschädigung seitens der Contrahenten für die Straßenbespritzung im XII. Bezirke, Karl Sennighi, und beantragt, das vorliegende Offert des Karl Sennighi, wonach derselbe bereit ist, für die Benützung der Schöpf-werke in Altmannsdorf und Heggendorf zu Zwecken der Straßen-bespritzung während der restlichen Dauer seines Vertrages ein-für allemal einen Betrag von 150 fl. an die Gemeinde zu entrichten, anzunehmen.

(Angenommen.)

(1999.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Victor Ladner, Pächters des städtischen Gasthauses Hütteldorf, Hauptstraße 75 im XIII. Bezirke, um Einräumung des Vorkaufrechtes bezüglich des Hauses und beantragt die Ablehnung.

(Angenommen.)

(2025.) **Derselbe** referiert über Ansuchen aus dem VII. Bezirke um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Ertheilung der Zusicherung an:

- Kreisker Josef, Kaffeeschanker;
- Tieck Franz, Kutscher;
- Stanzel Emil, Kaufmann;
- Nagy Ludwig, Med.-Dr., praktischer Arzt;
- Eberth Friedrich, Commis.

(Angenommen.)

(2162.) **St.-R. Mahenauer** referiert über das Ansuchen des Julius Edel um Bestimmung der Schadloshaltung für die Grund-abtretung beim Umbau des Hauses I., Kärnthnerstraße 11, und be-

antragt die Wahl eines Comités behufs Verhandlungen mit dem Gesuchsteller.

(Angenommen.)

(2190.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Josef Magoy, k. k. Control-Inspector der Sicherheitswache, aus dem I. Bezirke um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Ver-leihung der Zuständigkeit an den Genannten.

(Angenommen.)

(1826, 2063, 2113.) **Derselbe** referiert über Ansuchen um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband aus dem I. Bezirke und beantragt:

- a) die Verleihung der Zuständigkeit an:
Nesch Eduard, Beamter der priv. österr.-ung. Staatsseisenbahn-Gesellschaft;
- Wenzel Francisca, Bedienerin;
- Bäumel, auch Bäuml Eduard, Disponent;
- Engel Francisca, Bedienerin;
- Urban Anton, Hausbesorger;
- Eitelberg Abraham Josef, Dr., Arzt;
- Maurer Wenzel, Portier;
- Zesewitz Karl, Schuhmachermeister;
- Kavan Franz, Tischlergehilfe und Hausbesorger;
- Bassehes Leon, Firma-Gesellschafter;
- Rögel Ferdinand, Diener der österr.-ung. Bank;
- Röglner Josef, Diener;
- Ebstein Eheskias, auch Jakob, Conditor;
- Parzer Martin, Bureaudiener;
- Jungbauer Franz, Schneidermeister;
- Krötl (Grötl) Franz Xaver, Kutscher und Hausbesitzer;
- Hoeningner Karl, Betriebsdirector der süddeutschen Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft;

Wochian Josef Veit, Geschäftsdiener; (Angenommen.)

b) die Ertheilung der Zusicherung an:

- Mocsari, früher Schlesinger Bernhard, Kaufmann;
- Meizer Franz, Bedienter;
- Nathorff Adolf Eugen, Commissionshändler;
- Berger Bernhard, Geschäftsdiener;
- Nathe Salomon Siegfried, Fabrikant und Handelsgesellschafter;
- Weide Mathilde, Gemischtwaren-Verschleißerin;
- Lothringer Paul Siegmund, Handelsgesellschafter;
- Postmann Michael, Gastwirt;
- Deutsch Josef, Kaufmann;
- Skrivan Johann, Hutmacher und Modist;
- Zerlentis Seraphin Anton, Archimandrit;
- Stocker Marie, Confectionärin.

(Angenommen.)

(2185.) **St.-R. Dr. Stenzl** referiert über neuerliche Anträge in Betreff der Betheiligung der Gemeinde Wien an der Ausstellung in Antwerpen im Jahre 1894 und beantragt:

Die in der Auswahl der Ausstellungsobjecte für die diesjährige Ausstellung in Antwerpen vom Bauamte getroffene Änderung wird nachträglich genehmigend zur Kenntnis genommen.

Die Vertretung der Gemeinde Wien bei der Ausstellung wird dem Ausstellungs-Repräsentanten Gustav Hartberger um das be-dungene Honorar von 300 fl. übertragen.

Unter einem wird zur Rubrik LII 19 „Betheiligung der Ge-meinde Wien an der Ausstellung in Antwerpen 1894“ ein Zuschuss-credit von 300 fl. bewilligt.

(Angenommen; puncto Zuschusscredit an den Gemeinderath.)

(2106.) **St.-R. Kreindl** referiert über die Tiefenerlegung des Brunnenschachtes des Schöpfwerkes in Heiligenstadt, Grinzingerstraße Nr. 24, für Straßenbesprikungszwecke und beantragt:

1. Es wäre die Tiefenerlegung des bezeichneten Brunnenschachtes im veranschlagten Kostenbetrage von 1170 fl. zu genehmigen.

2. Die Ausführung der hiezu erforderlichen Arbeiten und Lieferungen wäre dem Brunnenmeister Rudolf Schwöbskirchler unter Annahme seines bezüglichen Offertes mit einem Nachlasse von 10 Percent von dem Einheitspreise für tarifmäßige Arbeiten, sonst zu den Einheitspreisen des Kostenanschlages, zu übertragen.

3. Zur Deckung dieser Anstalt wäre ein Zuschusscredit zur Rubrik XXII 6 c des Budgets in der Höhe des oberwähnten Erfordernisses zu bewilligen.

(Angenommen; puncto Zuschusscredit an den Gemeinderath.)

(2073.) **Derselbe** referiert über die Verbesserung der Beleuchtung der Zufahrt zum Dampfschiff-Landungsplatze in Rufsberg und beantragt, zu diesem Zwecke die Aufstellung von zwei an den Ecken der Widerlager der beiden Bahndurchlässe der Kaiser Franz Josephs-Bahn in Kilometer 3-984 und Kilometer 4-2801 anzubringenden ganznächtigen Gasflammen mit dem budgetmäßig bedeckten jährlichen Kostenaufwande von 74 fl. 62 kr. zu bewilligen und die Ausstellung des von der k. k. Eisenbahn-Betriebsdirektion verlangten Reverses nach dem beiliegenden Entwurfe inclusive des Recognitionzinses per zusammen 1 fl. jährlich zu genehmigen. (Angenommen.)

(2160.) **St.-R. Ritt. v. Neumann** referiert über das Ansuchen des Karl Hörandner um Bauconsens für ein auf den Baustellen Einl.-Z. 81 und 115 Bannogasse, VIII. Bezirk, zu erbauendes Wohnhaus und beantragt, den Magistrats-Antrag auf Ertheilung der Baubewilligung zu bestätigen. (Angenommen.)

(2044.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Franz Lang um Baubewilligung für VIII. Bezirk, Kochgasse 13, und beantragt, die Baubewilligung zu bestätigen.

Der zur Anlage zweier Risalite mit einem Vorsprunge von 0-07 m und einer Länge von 4 m, beziehungsweise 4-20 m erforderliche Grund im Ausmaße von 0-57 m², sowie der in die Bauarea einzubeziehende Straßengrund per 1-25 m² nach Abzug des zur Straße entfallenden Grundes per 0-49 m², d. i. die Fläche von 1-33 m², wäre vom Gesuchsteller um den Pauschalbetrag von 80 fl. (60 fl. per Quadratmeter) einzulösen.

(Angenommen; puncto Grundeinlösung an den Gemeinderath.)

(1887.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Julius Schneider um käufliche Überlassung eines Theiles der Linienwall-parcelle 1696/2 im VII. Bezirke und beantragt die grundbücherliche Abschreibung des in die Payerlgasse in Neulerchenfeld, XVI. Bezirk, fallenden Theiles der Linienwallparcelle 1696/2, Einl.-Z. 431, VII. Bezirk, Figur a b c d a im Ausmaße von 265-168 m² werde unter der Bedingung bewilligt, daß der Eigenthümer der Baustelle Einl.-Z. 774 Neulerchenfeld, XVI. Bezirk, Julius Schneider als Entschädigung hiefür einen Pauschalbetrag von 3200 fl. ö. W. an die Gemeinde leistet. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(1890.) **Derselbe** referiert über den neuerlichen Bericht betreffend die Vergebung der Demolierung des Hauses III. Bezirk, Wällischgasse 41, und beantragt: Das Offert des Matthias Reif auf Übernahme der Demolierung des städtischen Hauses Dr.-Nr. 41 Wällischgasse, III. Bezirk, gegen eine von der Gemeinde zu leistende Anzahlung per 250 fl. wird abgelehnt und der Magistrat beauftragt,

mit einigen vom Stadtbauamte namhaft zu machenden Baumeistern wegen Übernahme der besagten Demolierung im kurzen Wege zu verhandeln. (Angenommen.)

(2045.) **Derselbe** referiert über den neuerlichen Bericht, betreffend das Ansuchen der Karoline Farolim um Grundentschädigung VII. Bezirk, Mariahilferstraße 76, und beantragt, der Magistrat möge die Partei vorladen und dieselbe veranlassen, eine Erklärung abzugeben, mit welchem Antrage sich dieselbe zufriedengestellt erachte. (Angenommen.)

(1907.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Josef Kaiser um käufliche Überlassung des städtischen Grundes Cat.-Parc. 425, Einl.-Z. 94, V. Bezirk, Mauthausgasse, und beantragt, dem Gesuchsteller zu bedeuten, daß in Verkaufsverhandlungen nur dann eingetreten werden könne, wenn eine entsprechende Ergänzung der Baustellen durch Nachbargründe gesichert sei. (Angenommen.)

(2189.) **Vice-Bürgermeister Dr. Richter** referiert über das Erkenntnis der Berghauptmannschaft Wien Z. 624, betreffend die Verleihung eines Grubenfeldes auf der Waldparcette 316 in Frigglist an Vincenz Pichler noc. des Fürsten Schwarzenberg und beantragt die Kenntnisaahme. (Angenommen.)

(1185.) **Derselbe** referiert über den Besetzungsvorschlag für eine erledigte Feuerwehr-Inspectorstelle.

(Baudirector Berger fungiert als Experte.)

Referent beantragt, diese Stelle dem Gustav Seeliger provisorisch zu verleihen. (Angenommen.)

Der Vorsitzende theilt mit, daß in das Comité puncto Verhandlungen über das Offert Blamm auf käufliche Überlassung der Cat.-Parc. 228/7, Einl.-Z. 806 in Fünfhans, die St.-R. Müller, Witzelsberger und Dr. Huber, und in das Comité wegen Grundentschädigung bei dem Hause I. Bezirk, Ecke der Kärnthnerstraße und Weisburggasse, die St.-R. Magenauer, Wurm und Dr. v. Billing gewählt wurden. (Zur Kenntniss.)

(Schluss der Sitzung.)

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 30. März 1894.

Vorsitzende: Bürgermeister Dr. Gröbl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Anwesende:	Dr. v. Billing,	Müller,
	Bojchan,	v. Neumann,
	v. Gök,	Notke,
	Dr. Hackenberg,	Schlechter,
	Dr. Huber,	Schneiderhan,
	Kreindl,	Dr. Stenzl,
	Dr. Lederer,	Baugoin,
	Dr. Lueger,	Dr. Bogler,
	Matthies,	Witzelsberger,
	Magenauer,	Wurm.

Entschuldigt: St.-R. Rückauf.

Experte: Magistrats-Vice-Director Tachau.

Schriftführer: Magistrats-Concipist Dr. Bibl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter eröffnet die Sitzung.

(2283.) Antrag des St.-R. Magenauer und Genossen:

Die Stadt Wien wolle aus Anlaß des am 23. bis 25. April in Wien stattfindenden österreichischen Gastwirtetages ihrer Sympathie

für die Vertreter dieses wichtigen Gewerbezweiges durch einen an einem der obigen Tage zu veranstaltenden Empfang und Begrüßung in den Festräumen des Rathhauses Ausdruck geben.

(Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung unterzogen.)

(2284.) Interpellation des St.-R. v. Götz, betreffend die Erstattung des Referates über die Reorganisierung des Sanitätsdienstes.

In Beantwortung der Interpellation erklärt der Vorsitzende, daß die bezügliche Vorlage vom Magistrate bereits eingelangt ist und das Referat demnächst im Stadtrathe zur Berathung gelangen wird.

(Zur Kenntniß.)

(2144.) St.-R. Schneiderhan referiert über die Bestellung des Aufsichtspersonales für die Schöpfwerke in Penzing, Baumgarten und Hütteldorf und beantragt:

1. Zur Bedienung der Schöpfwerke in Penzing und Hütteldorf und zur Beaufsichtigung derselben wäre vom 1. April d. J. an für die Dauer der Bespritzungsaison eines jeden Jahres je ein Aufseher mit dem Taglohne von 1 fl. 50 kr. unter einer der Gemeinde unbefristet, dem Aufseher gegen Einhaltung einer vierzehntägigen Frist zustehenden Kündigung zu bestellen, ohne daß hiebei für die normale Arbeitszeit überschreitende Überstunden eine separate Entlohnung geleistet wird.

2. Die Bedienung und Beaufsichtigung des Schöpfwerkes in Baumgarten wäre dem jeweiligen Aufseher der Abladestation für Senkgrubeninhalt gegen eine monatliche Entlohnung von 15 fl. für die Dauer jeder Bespritzungsaison zu übertragen.

3. Zur Bedeckung der durch diese Beschlüsse pro 1894 erwachsenden Auslage von 807 fl. wäre ein Zuschußcredit in gleicher Höhe zur Rubrik XXII 6 b des Budgets zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(2139.) Derselbe referiert über das Project für den Neubau eines Haupt-Abwasserkanals in der neuen Gasse nächst der Johannesgasse im XII. Bezirke, sowie für den Umbau eines Theiles des Canales in der Johannesgasse und beantragt die Genehmigung des vorgelegten Projectes mit dem veranschlagten Kostenverhältnisse von 3962 fl. 35 kr. (Auf Rubrik XXVII 1 b bedekt.)

(Angenommen.)

(2141.) Derselbe referiert über das Ansuchen des Johann und der Karoline Adamek um Entschädigung für den von der Cat.-Parc. 495/1 Penzing, Pfarrgasse, abzutretenden Straßengrund per 31.61 m² und beantragt, die Schadloshaltung mit 2 fl. per Quadratmeter zu bestimmen.

(Angenommen.)

(1823.) St.-R. v. Götz referiert über das Verhandlungsergebnis, betreffend das Ansuchen des Michael und der Anna Böhm um Schätzung des von ihrer Realität Dr.-Nr. 49 Hauptstraße in Neuwaldegg abzutretenden Grundstückes und beantragt, das laut Protokoll vom 30. März d. J. mit den Genannten geschlossene Übereinkommen auf Überlassung des zur Straßenverbreiterung und seinerzeitigen Platzherstellung abzutretenden Grundstückes per zusammen circa 392.93 m² um den Pauschalpreis von 2000 fl., sowie die Verpachtung eines Grundstückes (Figur a b i k a des Planes) um den jährlichen Pachtzuschlag von 36 fl. und gegen halbjährige Kündigung zu genehmigen.

(Angenommen.)

(605.) St.-R. Dr. Lueger referiert über das Ansuchen der Rosa Wirth und der Louise Seyerl um Grundab- und -Zuschreibung bei Einl.-Z. 799 des XIV. Bezirkes, Rudolfsheim, und beantragt, zu genehmigen, daß von der in obbezeichneter Grundbuch-

Einlage liegenden Parcellen 382 die im Plane mit c g f (roth) e umschriebene Fläche abgetrennt und der in derselben Grundbuch-Einlage liegenden Parcellen 381 zugeschrieben werde. (Angenommen.)

(1821.) Derselbe referiert über das Gesuch des Moriz Jaeger & Comp. um Vergütung des angeblich infolge eines Rohrgebrechens der Hochquellenleitung im Hause Nr. 2 Barnabitingasse entstandenen Schadens per 700 fl. und beantragt, dieses Gesuch mit der Begründung abzuweisen, daß weder die Eigenschaft des Gesuchstellers als Miteigenthümer des Hauses VI., Barnabitingasse 2, noch die als Bevollmächtigten anderer Miteigenthümer dieses Hauses, noch irgendeine andere Behauptung des Gesuches glaubwürdig dargethan ist.

Über Anregung des St.-R. Dr. Huber ergänzt Referent seinen Antrag durch folgenden Zusatz: . . . „daß aber selbst dann, wenn die gedachten Behauptungen richtig wären, eine Verpflichtung der Gemeinde Wien zum Schadenersatz nicht vorhanden ist.“

Modificirter Referenten-Antrag angenommen.

(276.) Derselbe referiert über die Systemisirung des Betriebspersonales für das städtische Volksbad im XIV. Bezirke und beantragt:

A. 1. Die Beaufsichtigung und Leitung der in Rede stehenden Badeanstalt wäre einem Beamten des Stadtbauamtes zu übertragen, welcher für die hieraus sich ergebende Mühewaltung eine Jahresremuneration von 50 fl. zu beziehen hätte, welche Remuneration laut Gemeinderaths-Beschlusses vom 19. August 1892, Z. 4707, auch den Aufsichtsorganen der übrigen städtischen Volksbäder zugestimmt worden ist;

2. für den unmittelbaren Betrieb werden ein Bademeister mit dem Bezuge von monatlich 60 fl. ö. W. und dem Naturalquartier in dem Anstaltsgebäude, ferner

3. zwei Badediener mit dem Taglohne von 1 fl. 15 kr. und

4. zwei Badedienerrinnen mit dem Taglohne von 1 fl. bestellt; außerdem wird

5. eine Reserve von 800 fl. pro Betriebsjahr zur Bestreitung solcher Auslagen ausgeworfen, welche sich durch die etwa nothwendig werdende Aufnahme von Hilfskräften bei dem Betriebe ergeben.

B. Die Bestellung und Entlassung dieses Personales erfolgt nach den Bestimmungen des obcitirten Gemeinderaths-Beschlusses, welcher auch rücksichtlich der übrigen Obliegenheiten und Pflichten des Betriebspersonales zu gelten hat.

C. Bei Eröffnung des Betriebes ist das Kostenverhältnis pro 1894 behufs Veranlassung der Bedeckung vorzulegen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(1456.) Derselbe referiert über das Ergebnis der mit Eduard Hauser gepflogenen Verhandlung, betreffend die Verpflichtung des Genannten, der Gemeinde aus dem Steinbruche in Grinzing 50 Haufen Schlägelschotter zu liefern, und beantragt, den diesbezüglichen Bericht des magistratischen Bezirksamtes für den XIX. Bezirk genehmigend zur Kenntniß zu nehmen. (Angenommen.)

(1446.) Derselbe referiert über das Ansuchen des Dr. Josef Benisch noc. Franz Burkhards Söhne um Ausstellung einer Wasserleitungs-Servitutlöschungserklärung bezüglich der Parcellen Nr. 153/3, 153/4, 154/6 und 158/2 in Putzmannsdorf, Gerichtsbezirk Gloggnitz, und beantragt die Genehmigung nach dem Magistrats-Antrage. (Angenommen.)

(1443.) Derselbe referiert über die Wichtigstellung des Grundbuchstandes bezüglich der Wegparcelle 4239/2, II. Bezirk, Schweden-gasse, und beantragt, das Eigenthumsrecht des Stiftes Klosterneuburg an dieser Wegparcelle anzuerkennen und den Magistrat zur Abgabe

einer diesbezüglichen Erklärung vor Gericht zu ermächtigen. Die Nichtigstellung des Grundbuches hat auf Kosten des Stiftes Klosterneuburg zu erfolgen. (Angenommen.)

(1888.) **St.-R. Dr. v. Billing** referiert über den Besetzungsvorschlag für elf erledigte Dienerstellen der I. Bezugsklasse.

(Bürgermeister Dr. Gröbl übernimmt den Vorsitz.)

Über Antrag des St.-R. Dr. Lueger, welchem sich Referent accommodiert, wird die Zurückweisung des Actes behufs allgemeiner Verlautbarung an alle kompetenzberechtigten Diener beschlossen.

(2164.) **Derselbe** referiert über den Bericht des Stadtanwaltes, betreffend den Abschluss von Vergleichen mit dem Religions-Fondsgute Wiener-Neustadt und mit der Gutsinhabung Ebenfurth anlässlich der außerordentlichen Wasserentnahme aus dem Schwarzaflusse, respective den Quellen oberhalb des Kaiserbrunnens und beantragt die Genehmigung der vorgeschlagenen Vergleiche im Sinne des Magistrats-Antrages. (Angenommen.)

(203 und 204 Pr.) **Bürgermeister Dr. Gröbl** referiert über die Zuschrift der Imperial-Continental-Gas-Association vom 30. März 1894, Z. 2048, und über den Statthaltereierlass vom 29. März 1894, Z. 2211, betreffend der Strife der Gasarbeiter und beantragt die Kenntnissnahme. (Angenommen.)

(2090.) **St.-R. Dr. Vogler** referiert über das Ansuchen der Professorswitwe Johanna Elminger um Anweisung der Pension und der Erziehungsbeiträge für ihre drei minderjährigen Kinder und beantragt, der Genannten vom 1. März 1894 angefangen unter gleichzeitiger Einstellung der Activitätsbezüge ihres Gatten die normalmäßige Witwenpension per 600 fl. jährlich und für jedes ihrer Kinder: Karl Alois, geboren 2. Juli 1876, Otto, geboren 22. August 1878, und Hermine, geboren 25. September 1881, einen Erziehungsbeitrag von 100 fl., zusammen 300 fl. jährlich, letzterer bis zur jeweiligen Erreichung des Normalalters der Kinder oder bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung zuerkennen und diese Bezüge der Witwe in der vorgeschriebenen Weise flüssig zu machen. (Angenommen.)

(2089.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Bürgerschullehrers-Witwe Natalie Jäger um Verleihung der Witwenpension, eines Erziehungsbeitrages für ihre minderjährige Tochter, sowie der entsprechenden Quartiergeldquote und beantragt, der Genannten die normalmäßige Witwenpension per 500 fl. jährlich auf die Dauer des Witwenstandes, dann eines Erziehungsbeitrages für ihre am 23. April 1880 geborene Tochter Claudine jährlicher 120 fl. mit Rücksicht auf die beabsichtigte Ausbildung dieser Tochter für das Lehrfach bis zur Vollendung des 20. Lebensjahres oder bis zum Tage einer etwa früher erlangten Versorgung aus der Wiener Lehrerpensionscassa gegen seinerzeitige Abrechnung mit der n.-ö. Landes-Lehrerpensionscassa und endlich das Quartiergeld für das Quartal Mai bis August 1894 aus den eigenen Geldern anzuweisen. (Angenommen.)

(2200.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Vereines „Bürgerschule“ um Überlassung des Festsaales der städtischen Bürgerschule I., Jedlitzgasse 9, für die am 1. April d. J. um 6 Uhr abends stattfindende Versammlung von Bürgerschullehrern und beantragt, diesem Ansuchen unter den mit dem Stadtraths-Beschlusse vom 10. September 1891, Z. 1517, festgesetzten Bedingungen Folge zu geben. (Angenommen.)

(2054.) **Vice-Bürgermeister Dr. Richter** referiert über Besetzungen im Conceptstatus. Es werden die Concepts-Praktikanten

Dr. Franz Fattinger und Josef Kränzl zu Concipisten in der X. Rangklasse, 2. Kategorie, ernannt.

(1039.) **Derselbe** referiert über die Besetzung der durch die Pensionierung des Schlachthaus-Verwalters Julius Schreiber in Erledigung gekommenen Stellen und beantragt die Verleihung:

1. der in Erledigung gekommenen Stelle des Verwalters im Gumpendorfer Schlachthause an den Thierarzt Albin Rößel; Referenten-Antrag angenommen;
2. der erledigten Thierarztstelle V in der X. Rangklasse, 1. Kategorie, an den Thierarzt Julius Lauritz;
3. der erledigten Thierarztstelle in der X. Rangklasse, 2. Kategorie, an den thierärztlichen Assistenten August Ortner;
4. der erledigten thierärztlichen Assistentenstelle in der XI. Rangklasse an den thierärztlichen Praktikanten Karl von Massow.

(Angenommen.)

(1055.) **Derselbe** referiert über Besetzungen im Kanzleistatus. Es werden ernannt:

1. Zu Adjuncten IX. Rangklasse: Michael Grunes und Georg Zapf.
 2. Zu Officialen X. Rangklasse, 1. Kategorie: Josef Schießl und Paul Neumayer.
 3. Zu Officialen X. Rangklasse, 2. Kategorie: Eduard Strnadl, Karl Stoik und Hermann Palme.
- (Schluss der Sitzung.)

Allgemeine Nachrichten.

(Commission für Verkehrsanlagen in Wien am 7. April 1894.) Die Anzahl der bei der Ausführung der Wiener Verkehrsanlagen verwendeten Arbeiter hat in der abgelaufenen Woche 1796 betragen; hievon waren 1010 beim Bau der Sammelcanäle am rechten und linken Donaucanalufer, 786 an der Gürtel- und Vorortelinie der Stadtbahn beschäftigt; hier standen 64 Fuhrwerke und 3 Dampfmaschinen, bei den Sammelcanälen 51 Fuhrwerke in Verwendung.

* * *

Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Rudolfsheim.

März 1894.

Eingelegt 514.562 fl. 99 kr. von 2414 Parteien (auf Sparcassa-Bücheln).

Rückgezahlt 466.499 fl. 95 kr. an 1920 Parteien.

Im abgelaufenen I. Quartale 1894:

Eingelegt: 1,668.734 fl. 74 kr. von 8988 Parteien.

Rückgezahlt: 1,294.875 fl. 31 kr. an 5909 Parteien.

Stand vom 31. März 1894:

Gesamteinlagen auf 20.205 Conti	11,586.736 fl. 84 kr.
Hypothekar-Darlehen	8,386.818 " 57 "
Cassa-Revirement im I. Quartale 1894	5,023.827 " 15 "

* * *

(Trottoirbesprechung.) Der Wiener Magistrat hat unterm 22. März 1894, Z. 49087/XIV, Nachstehendes kundgemacht:

Auf Grund des § 93 des Gemeindestatutes für die k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 19. December 1890, L.-G.-Bl. Nr. 45, werden die Eigenthümer, Administratoren oder

Bejorger der Häuser, der Baugründe oder sonstigen Plätze sowohl in der Inneren Stadt als auch in den übrigen Gemeindebezirken, in den Bezirken XI, XII, XIII, XIV, XV, XVI, XVII, XVIII und XIX, nur innerhalb der verbauten geschlossenen Bezirksteile verpflichtet, die Fußwege in der ganzen Ausdehnung ihrer Realität, und zwar ohne Unterschied, ob dieselben gepflastert oder ungepflastert sind, in der Zeit vom 15. April bis 15. October bei trockener Witterung täglich zweimal, und zwar vormittags zwischen 7 und 8 Uhr, nachmittags zwischen 2 und 3 Uhr bespritzen, bei nasser Witterung aber vom Rothe reinigen zu lassen. Von dieser Verfügung sind auch die Fußwege vor den öffentlichen Gebäuden nicht ausgenommen. Das Reinigen (Rehren) der Trottoirs und Fußwege ist bei trockener Witterung erst nach dem Bespritzen dieser Wege vorzunehmen.

In solchen engen Gassen, in denen keine abgegrenzten Fußwege bestehen, ist längs der betreffenden Realität ein Flächenraum in der Breite von mindestens 1.25 m zu bespritzen, beziehungsweise zu reinigen.

In jenen Theilen des X. bis inclusive XIX. Bezirkes, in welchen dem Eigenthümer der Realität das zur Bespritzung erforderliche Wasser nicht zur Verfügung steht, kann der Herr Bezirksamtsleiter nach Bedarf von der Verpflichtung zur Bespritzung der Fußwege entheben.

Die Nichtbefolgung der Anordnung im ersten und zweiten Absätze dieser Kundmachung wird vom Magistrate nach § 93 des Gemeindestatutes mit einer Geldstrafe bis zum Betrage von 200 fl. oder mit einer Arreststrafe bis zu 14 Tagen geahndet.

Schulnachrichten.

Bezirksschulrath der Stadt Wien.

Sitzung vom 28. März 1894.

Über Aufforderung des k. k. n.-ö. Landes Schulrathes, eine gutachtliche Äußerung über den von einem Bezirksschulrath gestellten Antrag:

„Die Vorführung von Kindern, welche die Schule vernachlässigen, durch Organe der Gemeinde zu veranlassen“ abzugeben, beschließt der Bezirksschulrath, sich gegen diesen Antrag auszusprechen.

In Betreff der Organisierung der Schulen im neuen Schulgebäude XV., Fünfhaus, Zintgasse, und der Systemisierung des Lehrerstatus an diesen und an mehreren Schulen im XV. Bezirk wird Beschluss gefasst.

Ferner wird beschlossen, den Modus der Schülerconscription zum Gegenstande einer besonderen Berathung zu machen, und es werden in Bezug auf die schleunige Durchführung der Schulversäumnisstrafen Beschlüsse gefasst.

Approvisionnement.

Der tägliche Fleischmarkt.

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 1. April bis 7. April 1894.

1. Fleischsendungen:

a) Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch . . . 215.669 kg (Davon aus Nieder-Osterreich — 156.181; aus Ober-Osterreich — 1899; aus Mähren

		— 7734; aus Böhmen — —; aus Galizien — 38.031; aus Ungarn — 10.474; aus der Bukowina 1350; aus Croatien — —; aus Steiermark — —; aus Tirol — —; aus Salzburg — —; aus Bosnien — —; aus Siebenbürgen — — kg)
Kalbfleisch . . .	44 667 kg	(Davon aus Nieder-Osterreich — 1903; aus Ober-Osterreich — —; aus Mähren 174; aus Galizien — 42.376; aus Ungarn — 214; aus der Bukowina — —; aus Böhmen — — kg)
Schafffleisch . . .	722 "	(Davon aus Nieder-Osterreich 118; aus Ober-Osterreich — —; aus Galizien — 515; aus Ungarn — 83; aus der Bukowina — 6; aus Mähren — — kg)
Schweinfleisch . . .	31.214 "	(Davon aus Nieder-Osterreich — 19.475; aus Ober-Osterreich — —; aus Böhmen — 222; aus Mähren — 1054; aus Galizien — 5391; aus Ungarn — 5072; aus der Bukowina — —; aus Croatien — —; aus Steiermark — —; aus Bosnien — — kg)
Kälber	1747 Stück	(Davon aus Nieder-Osterreich — 88; aus Ober-Osterreich — 83; aus Mähren 64; aus Böhmen — —; aus Galizien — 1476; aus Ungarn — 116; aus der Bukowina — —; aus Kärnten — —; aus Tirol — —; aus Schlesien — — St.)
Schafe	102 "	(Davon aus Nieder-Osterreich — 99; aus Ober-Osterreich — —; aus Mähren — 1; aus Galizien — 2; aus der Bukowina — —; aus Ungarn — St.)
Schweine	683 "	(Davon aus Nieder-Osterreich — 61; aus Ober-Osterreich — —; aus Mähren — 19; aus Galizien — 601; aus Ungarn — 2; aus der Bukowina — —; aus Croatien — —; aus Kärnten — — St.)
Lämmer	885 "	(Davon aus Nieder-Osterreich — 511; aus Ober-Osterreich — 2; aus Galizien — 5; aus Ungarn — 298; aus Mähren — 69; aus Böhmen — St.)

b) Für den Approvisionierungsverein.

Rindfleisch . . .	10.694 kg	Kälber	59 Stück
Kalbfleisch . . .	641 "	Schafe	11 "
Schafffleisch . . .	— "	Schweine	1 "
Schweinfleisch . . .	1086 "	Lämmer	217 "

2. Preisbewegung:

Rindfleisch	{	Siedfleisch	von 26 bis 68 fr. per Kg.
		Rostbraten u. Rieden	50 " 86 " " "
extrem		" — " — " " "	
Kalbfleisch		" 26 " 60 " " "	
Schafffleisch		" 36 " 52 " " "	
Schweinfleisch		" 48 " 70 " " "	
Kälber		" 30 " 56 " " "	
Schafe		" 30 " 40 " " "	
Schweine		" 46 " 64 " " "	
Lämmer		" 2 " 5 fl. " St.	

Bei fast gleichen Zufuhren an Fleischwaren wie in der Vorwoche war die Nachfrage die ganze Woche hindurch eine ziemlich lebhaft, allein trotzdem wurde nur Rindfleisch, und zwar in den besseren Qualitäten um 2 fr., in den minderen hingegen um 4 bis 6 fr. per kg besser bezahlt, während alle übrigen Fleischwaren zu den vorwöchentlichen Preisen zu haben waren.

* * *

Pferdemarkt vom 6. April 1894.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 504 Pferde.
 Preis: für Gebrauchspferde 80—440 fl. per Stück.
 " " Schlachtpferde 20—70 " " "
 Der Markt war sehr lebhaft.
 * * *

Schlachtviehmarkt vom 9. April 1894.

1. Auftrieb.

Mastvieh 3714, Weidevieh —, Beinvieh 844,
 Summa . 4558.

Davon — nach Racen:

Ungarische Thiere . . .	1977
Galizische " . . .	645
Deutsche " . . .	1880
Büffel " . . .	56

Davon — nach Gattungen:

Ochsen	3635
Stiere	433
Rühe	490

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 kg Lebendgewicht mit Percentabzug:

Ungar. Schlachtthiere von 51 bis 63 fl.	Diese Preise ermäßigen sich um den beim Handel vereinbarten Percentabzug (auf dem heutigen Markte 36 1/2 bis 46 %), welchen der Verkäufer dem Käufer als Entschädigung: a) für den Gewichtsverlust infolge der Schlachtung; b) für die minderwertigen Stoffe, wie: Haut, Horn, Blut, Unschlitt etc.; c) für die wertlosen Stoffe, wie: Magen- und Darminhalt etc., zugesteht.
(extrem 64 ")	
Galiz. Schlachtthiere . . . 52 " 60 "	
(extrem 61 " 63 ")	
Deutsche Schlachtthiere " 52 " 67 "	
(extrem — " — ")	
Weidevieh " " " "	
Stiere " " " "	
Rühe " " " "	
Beinvieh " " " "	

b) Preis per 100 kg Lebendgewicht ohne Percentabzug:

Ochsen	von 22 bis 33 (—) fl.
Stiere	" 25 " 35 "
Rühe	" 23 " 32 "
Büffel	" 21 " 27 "
Beinvieh	" 16 " 20 "
Weidevieh	" — " — "

c) Preis per Stück:

Beinvieh von 17 bis 86 fl.

Nach dem Modus auf Schlachtgewicht wurde nichts gehandelt.

Unverkauft blieben:

Ochsen	9 Stück
Beinvieh	3 "

Gegen den letzten Montagmarkt wurden um 165 Schlachtthiere mehr aufgetrieben. Die Kauflust war infolge des schwächeren Auftriebes von Prima-Ware in dieser Gattung lebhafter und sind die Preise desselben um 1 fl. per 100 kg gestiegen. In den übrigen Sorten ist bei ruhiger Nachfrage nur eine partielle Preissteigerung von 1/2 bis 1 fl. per 100 kg zu verzeichnen.
 * * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 7. April 1894.

a) Getreide.

Weizen (Qualitätsgewicht per 1 hl 76—81 kg) von 7 fl. 60 fr. bis 8 fl. 25 fr.
Roggen (" " " " 70—75 ") " 6 " 10 " " 6 " 45 "
Gerste " 5 " 80 " " 9 " 40 "
Mais " 5 " 55 " " 6 " 20 "
Hafer " 7 " 30 " " 8 " 25 "

b) Mahlproducte.

Grieff von 12 fl. 60 fr. bis 14 fl. 40 fr.
Weizenmehl " 5 " 80 " " 14 " 40 "
Roggenmehl " 6 " 30 " " 11 " 50 "
Weizenkleie " 4 " 25 " " 4 " 50 "
Roggenkleie " 4 " 70 " " 4 " 75 "

* * *

Bierpreise im Monate März 1894.

En gros.

Abzug, Wiener I.	10 bis 11 1/2°	fl. 8.75 bis fl. 9.60
" böhmisches, oberösterr. II.	9 " 10°	" 8.50 " " 8.75
Lager, Wiener	12 " 13°	" 13.— " " 14.—
Märzen, Wiener (Export)	13 " 14 1/2°	" 14.— " " 15.—
Böhmisches nach Pilsner Art	11 " 12°	" 15.— " " 16.50
Pilsner	11 " 12°	" 17.— " " 17.80
Bayerisches (importiert)	— " —	" —.— " " —.—

(Diese Preise verstehen sich franco Zustellung, incl. Verzehrungssteuer, netto Cassa, ohne jeden Sconto.)

En détail.

Abzug	12 bis 14 fr. per Liter	über die Gasse,
"	12 " 16 " " "	im Locale,
Lager und Märzen	18 " 24 " " "	über die Gasse,
" " " " " " " " " "	20 " 30 " " "	im Locale,
Böhmisches (Pilsner)	26 " 32 " " "	
Bayerisches (importiert)	— " — " " "	

Flaschenbier-Preise.

Abzug in Flaschen zu 1/2 Liter	per Liter 11 bis 14 fr.
Lager " " " " " " " " " "	" 18 " 24 "
Pilsner " " " " " " " " " "	" 24 " 30 "

Städtisches Lagerhaus.

Vom 29. März bis 5. April 1894.

Waren eingelagert 38.857 Meter-Centner
 " ausgelagert 43.808 " "
 Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf
 13.777 Meter-Centner.

Lagerstand vom 5. April 1894:	325.812 Meter-Centner, und zwar:
57.184 Meter-Centner Weizen,	56.501 Meter-Centner Roggen,
66.296 " Gerste,	66.513 " Hafer,
9.463 " Mais,	9.338 " Ölsaaten,
17.073 " Mehl u. Kleie,	3.184 " Wein,
8.786 " Zucker,	943 Hektoliter à 100% Spiritus.

Der Assuranzwert dieser Waren stellt sich auf 3,340.110 fl. öst. Währ.

Gewerbe-Angelegenheiten.

(Genossenschaft der Gemischtwaren-Verschleißer.) Bei der am 29. März 1894 unter Intervention des Genossenschafts-Commissärs Magistratsrathes Dr. Kronawetter vorgenommenen Wahl wurde

Herr Johann Fabst, VII., Hermannsgasse 2, zum Vorsteher, und Herr Josef Hollaus, X., Simmeringerstraße 131, zum Vorsteher-Stellvertreter gewählt.

* * *

(Genossenschaft der Claviermacher und Orgelbauer.) Bei der am 4. April 1894 unter Intervention des Genossenschafts-Commissärs Ferdinand Vogner vorgenommenen Wahl wurde Herr Karl Rutschera, wohnhaft: VII., Zieglergasse 27, zum Vorsteher, und Herr Josef Baumbach, wohnhaft: V., Ramperdorfergasse 9, zum Vorsteher-Stellvertreter der Genossenschaft der Claviermacher und Orgelbauer gewählt.

* * *

(Genossenschaft der Plattierer.) Bei der am 8. April d. J. unter Intervention des Genossenschafts-Commissärs Herrn Magistrats-Secretärs Kienast stattgefundenen Genossenschafts-Versammlung der Plattierer wurden gewählt: in die Gehilfen-Krankencassa als Vorstandsmitglied Herr Karl Faber, als Ersatzmann Herr Josef Benedikt; in den Überwachungs-Ausschuss der Gehilfen-Krankencassa Herr Franz Pawlas als Mitglied, Herr Johann Praszak als Ersatzmann; in den Revisions-Ausschuss der Lehrlings-Krankencassa die Herren: Anton Kropf, Victor Krunert und Josef Wagner als Mitglieder; in den scheidungsgerichtlichen Ausschuss die Herren: Franz Rutschera und Johann Reiter als Mitglieder, Herr Franz Triska als Ersatzmann; als Delegierte zur Gehilfen-Versammlung die Herren: Josef Muzik und Heinrich Viehauser.

* * *

Ausweis über das Lehrlingsstellen-Nachweiseamt des Wiener Magistrates.

Vom 1. bis 30. März 1894:

Meisteranmeldungen	30
Lehrlingsanmeldungen	18
Vermittlungen	4

Seit dem Bestande des Lehrlingsstellen-Nachweiseamtes (d. i. seit 2. Mai 1888):

Meisteranmeldungen	4610
Lehrlingsanmeldungen	5110
Vermittlungen	2368

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

vom 5. April bis 9. April 1894:

Für Neubauten:

- V. Bezirk: Haus, Högelmüllergasse, Baustelle IV, von S. Steiner, Wallgasse 41, Bauführer J. Tischler (2268).
- " " Haus, Siebenbrunnengasse 25, von Adolf Jäger, XVIII., Gürtelstraße 49, Bauführer Th. Bauer (2271).

- VII. Bezirk: Haus, Westbahnstraße 5, von Valentin und Marie Zgler, Zieglergasse 33, Bauführer M. & J. Sturan (2248).
- " " Haus, Westbahnstraße 36, von Eduard Müller, Bauführer G. Alber (2287).
- " " Haus, Kaiserstraße 60, von Heinrich Eschebeck, Bauführer G. Kowarik (2270).
- XII. Bezirk: Hausbau, Einl.-Z. 1299 Unter-Meidling, Schönbrunnerstraße und Meidlinger Hauptstraße, von Lorenz Waldmann, II., Novaragasse 38, Bauführer Rebigier (9789).
- " " Hausbau, Einl.-Z. 1298, Unter-Meidling, Schönbrunnerstraße und Meidlinger Hauptstraße, von Lorenz Waldmann, II., Novaragasse 38, Bauführer Rebigier (9790).
- XIX. Bezirk: Behnhaus, Ober-Döbling, Parkstraße, Einl.-Z. 992, von Karl Ritter v. Borkovskij, XVIII., Feldgasse 35, Bauführer Victor Fiala (6536).

Für Umbauten:

- XI. Bezirk: Simmering, Feldgasse 3 und 5, Grundb.-Einl. 257 u. 258, von Anton Vogelsinger und Friedrich Pastrée, Feldgasse 6 und 8, Bauführer Johann Scheider, Baumeister, XI. (5200).

Für Zubauten:

- III. Bezirk: Hofquertact, Erdbergstraße 152, von Karl und Amalie Novak, Erdbergstraße 13, Bauführer F. Frosch (2249).
- XI. Bezirk: Simmering, Braunhuberggasse 14, Conscr.-Nr. 532, Einl.-Z. 1308, von Josef Sellinger, ebenda, Bauführer Anton Heindl, XI. (5146).
- " " Simmering, Gärtnergasse, Conscr.-Nr. 586, von Ferdinand Papesch, ebenda, Bauführer Leopold Wisman, Maurermeister, III., Erdberg (5170).
- XIX. Bezirk: Ober-Döbling, Ferdinandsgasse 5, von Bertha Satori und Dr. Calligaris, Bauführer Adolf Zwörina (6358).
- " " Unter-Sievering, Weinberggasse 14, von Leopold Constantin, ebenda, Bauführer E. Spieß (6442).

Für Adaptierungen:

- I. Bezirk: Sternngasse 3, von Dr. Benedict Gsell, I., Grashofgasse 3, Bauführer M. Gassfelder (2276).
- III. Bezirk: Rennweg 76, von Karl Rank, Bauführer F. Daxelmüller & Raub (2310).
- IV. Bezirk: Trappelgasse 6, von Karl Goldband, Siebenbrunnengasse 23, Bauführer E. Schütz (2255).
- VI. Bezirk: Gumpendorferstraße 144, von Moriz Latas, Bauführer Engelbert Schrammel (2246).
- VII. Bezirk: Perchensfelderstraße 87, von Alois Scorpi, Perchensfelderstraße 88, Bauführer Gottfried Alber (2256).
- IX. Bezirk: Hebragasse 5, von Rosa Kaposi, Bauführer ? (2305).
- XII. Bezirk: Unter-Meidling, Johannesgasse 9, von Giradelli und Stern, Bauführer Ferdinand Kellner (10129).
- XV. Bezirk: Fünfhaus, Clementinengasse 22, von Fr. Lang, ebenda, Bauführer Arnold Frieß, Turnergasse 22 (8699).
- XVII. Bezirk: Hernals, Schwandnergasse 6, von Emanuel Kallberg, Schwandnergasse 14, Bauführer Niederösterreichischer Bauverein (11730).
- " " Dornbach, Grundb.-Einl. 26, Cat.-Parc. 983, von Johann und Johanna Herzog, ebenda, Bauführer Theodor Weninger (11765).
- " " Dornbach, Heuberggasse 9, von Max Kropf, ebenda, Bauführer Rud. Reichelt (11811).
- " " Dornbach, Büchleindorferstraße 2, von Joh. Steinmey, Stadtbaumeister, XVII., Hauptstraße 115, Bauführer derselbe (12030).
- XIX. Bezirk: Ober-Döbling, Ferdinandsgasse 5, von Bertha Satori und Dr. Calligaris, Bauführer Zwörina (6358).
- " " Grinzing, Kahlenbergstraße 12, von Professor Dr. Julius Hohenegg, ebenda, Bauführer E. Spieß (6622).

Für diverse (geringere) Bauten:

- II. Bezirk: Veranda, Kagraner Reichstraße, Grundb.-Einl. 3799, von Jg. und Jac. Ruffner, XVI., Hauptstraße 73, Bauführer Jos. Reinhart (2281).
- IV. Bezirk: Atelier-Berggrößerung, Favoritenstraße 50, von Franz Hodura, Bauführer J. Hable (2242).
- " " Rohrcanal, Starhembergstraße 27, von Gebrüder Andrea, Rainergasse 3, Bauführer ? (2243).
- V. Bezirk: Hofmaner, Ramperdorfergasse 19, von Ignaz Schromm, Bauführer R. Wisman (2311).
- XII. Bezirk: Photographisches Atelier, Unter-Meidling, Ferdinandsgasse 13, von Johann Schopper, Bauführer Joh. Neuwirth (10019).
- XV. Bezirk: Aufsetzung eines Rauchfanges auf einen ebenerdigen Seitentract, Fünfhaus, Rosinagasse 16, von F. G. Wöhrli, ebenda, Bauführer Franz Simlinger, Stadtbaumeister, XVIII., Kirchengasse 2 (8865).
- XIX. Bezirk: Glashaus, Ober-Döbling, Kreindlgasse 9, von Karl Redlich, ebenda, Bauführer Karl Stigler (6479).

Stadtwerk-Aufforderungen:

- XI. Bezirk: Simmering, Brauhausgasse, Grundb.-Einf. 211, Conser.-Nr. 222, von Theodor und Georg Reichl, Dorfstraße 40, Bauführer Anton Kurz, Baumeister, XI. (5247).

Gesuche um Parcellierung wurden überreicht:

- VII. Bezirk: Westbahnstraße 5, von Valentin und Marie Zgler, Zieglergasse 33 (2247).

Gesuche um Bekanntgabe der Baulinie wurden überreicht:

- II. Bezirk: Wolfsaugasse, Grundb.-Einf. 2200, Ecke der Brigittenau-lande, von Jakob Wollner, XVI., Blumberggasse 24 (2244).
- III. Bezirk: Landstraße-Hauptstraße 118, an Leopoldine Reinwald, Hörlgasse 15 (2269).
- V. Bezirk: Högelmüllergasse, Baustelle III, von St. Steiner, Wallgasse 41 (2266).
- " " Högelmüllergasse, Baustelle IV, von St. Steiner, Wallgasse 41 (2267).
- VI. Bezirk: Bürgerhospitalgasse 29, von Dr. Karl Frisch auf, k. k. Notar, noe. Barbara Lesl (2309).
- XII. Bezirk: Einf.-Z. 1298—99, Unter-Meidling, Schönbrunnerstraße und Meidlinger Hauptstraße, von Lorenz Waldmann, II., Novaragasse 38 (9788).
- " " Einf.-Z. 1292 Unter-Meidling, Schönbrunnerstraße und Millergasse, Ecke, von Baronin Somariethe (9852).
- " " Unter-Meidling, Ferdinandsgasse 13, von Joh. Schopper (10020).
- XVII. Bezirk: Hernal's, Hauptstraße 39, von Georg Gschwandner (11732).
- XIX. Bezirk: Einf.-Z. 145, Parzelle 333/2, Dr.-Nr. 48, Unter-Döbling, Silberstraße, von Rudolf Oberzeller (6584).

Demolierungsanzeigen wurden überreicht:

- III. Bezirk: Fasangasse 22, von Johann Kernast, Baumeister (2314).
- XII. Bezirk: Unter-Meidling, Meidlinger Hauptstraße 27, von Lorenz Waldmann, II., Novaragasse 38, Demolierender Rebigier (3787).
- XV. Bezirk: Abtragung einer Gasthaus-Beranda, Fünfhäus, Neubaugürtel 15, von R. Horak, Demolierender Simon Ewerckel, Zimmermeister, XIV., Kröllgasse 31 (8698).

Bauconsense wurden erteilt:

vom 1. März bis 31. März 1894:

a) Für Neubauten:

- II. Bezirk: Haus, Wallensteinstraße, Grundb.-Einf. 4326 und 4328, an Michael Stirling, Bauführer Th. Bauer.
- " " Haus, Wasnergasse, Grundb.-Einf. 2514, an Josef Dreisiebner, Bauführer Th. Bauer.
- " " Haus, Bellegardegasse und Schiffmühlengasse, Grundb.-Einf. 126, an Anton Heppich, Bauführer J. Breinöfl.
- " " Haus, Othmargasse, Grundb.-Einf. 1238, Baustellen I und II, an Michael und Antonia Kolleger, Bauführer C. Kopschnit.
- " " Haus, Kremserstraße, Grundb.-Einf. 3687, an Victor Karl Reithauer, Bauführer R. Reichelt.
- " " Haus, Jägerstraße, Grundb.-Einf. 745, an Mendel Hamburg, Bauführer J. Dolezal.
- " " Haus, Trenstraße, Grundb.-Einf. 4270, an Siegmund Salter, Bauführer A. Brunner.
- " " Haus, Trenstraße, Grundb.-Einf. 4271, an Siegmund Salter, Bauführer A. Brunner.
- " " Stallbau, Donauregulierungsgrund, Grundb.-Einf. 3569, an Anna Janz, Bauführer A. Honus.
- III. Bezirk: Haus, Streichergasse, Grundb.-Einf. 2788, an Adolf Seidler, Bauführer B. Gettwert.
- " " Haus, Gürtelstraße, Grundb.-Einf. 2726, an Alfred Wünsch, Bauführer Roth, Civil-Ingenieur.
- " " Haus, Erdbergstraße 126, an Theresie Grashofer, Bauführer F. Gutmann.
- " " Haus, Kleistgasse, Grundb.-Einf. 2692, an Victor Capet durch J. Hörandner, Bauführer J. Freitag.
- " " Haus, Schitaneberggasse 4, an Siegmund Weiß, Bauführer Ed. Schweinburg, Baumeister.
- V. Bezirk: Haus, Rampersdorfstraße, Grundb.-Einf. 2009, an Anton Brunner, Maurermeister.
- " " Haus, Rampersdorfstraße, Grundb.-Einf. 2010, an Anton Brunner, Maurermeister.

- V. Bezirk: Haus, Rampersdorfstraße, Grundb.-Einf. 2008, an Anton Brunner, Maurermeister.

- " " Haus, Kriehberggasse 27, an Karl Eppstein und Consorten durch Wilhelm Stiaßny, k. k. Baurath, Bauführer C. Mayer.

- VI. Bezirk: Haus, Webgasse, Grundb.-Einf. 1205, an Peregrin Zimmerrmann, Bauführer derselbe.

- " " Haus, Webgasse, Grundb.-Einf. 1204, an Peregrin Zimmerrmann, Bauführer derselbe.

- VII. Bezirk: Haus, Neufußgasse 72, an Josef Hörandner, Bauführer Josef Matschinger.

- " " Haus, Blindengasse 1a, an Heinrich und Kath. Wagner, Bauführer H. Wagner.

- VIII. Bezirk: Haus, Blindengasse, Ecke der Akerstraße, an Karl Hörandner, Bauführer Wenzel Schulz.

- IX. Bezirk: Haus, Glasergasse, Grundb.-Einf. 1545, an Karl Suchy, Bauführer Wenzel Schulz.

- " " Haus, Neue Gasse auf der Brühlbad-Realität, an Marie Jostal, Bauführer M. Jostal.

- " " Haus, Althausplatz, Grundb.-Einf. 1305, an Max Schweinburg, Bauführer J. Schwabron.

- " " Haus, Dreihadengasse, Grundb.-Einf. 1597, an den Wiener Krippen-Berein durch H. Löblich, Bauführer F. Dehm & F. Olbricht.

- " " Haus, Röggergasse 1B, an Bernhard Erndt, Bauführer A. Zwerina.

- " " Haus, Röggergasse 1A, an Bernhard Erndt, Bauführer A. Zwerina.

- " " Haus, Röggergasse 1, an Bernhard Erndt, Bauführer A. Zwerina.

- " " Haus, Lazarethgasse, Grundb.-Einf. 346, Baustelle VIII, an B. Kligenberg, Baumeister.

- " " Haus, Altmüllergasse 4, an Josef Maret, Baumeister, noe. Franz Riedl.

- XII. Bezirk: Wohnhaus, Unter-Meidling, Einf.-Z. 1057, Ferdinandsgasse, an Martin und Justine Schimathowisch, Bauführer Otto Etmayer.

- " " Villa, einstöckig, Hieting, Lainzerstraße 35, an Robert Geitler, Bauführer Fellner & Helmer.

- " " Villa, ebenerdig, Lainz, Wambadergasse 326/23, an Josefine Mayer, Bauführer Franz Peydl.

- " " Parterre-Haus, Speising, Maierhofgasse zwischen 12 und 14, an Johann Weilgony, Bauführer derselbe.

- " " Haus, einstöckig sammt Hoftract, Breitensee, Antonsgasse Einf.-Z. 60, 61, an Ludwig Bayla, Bauführer derselbe.

- XIV. Bezirk: Wohnhaus, Rudolfsheim, Märzstraße 36, an Heinrich Sartsch, Bauführer Josef Seichert.

- " " Wohnhaus, Rudolfsheim, Selzergasse 17, an die Eheleute Böhm, Bauführer Matth. Millik.

- XVI. Bezirk: Haus, Ottakring, Schubertgasse, Parc.-Nr. 2853, Einf.-Z. 2658, an Josef Schweiger, VII., Meditaristengasse 6, Bauführer Franz Haslinger.

- " " Haus, Ottakring, Lerchenfelderstraße 52, an Johann und Aloisia Ruzicka, Lerchenfelderstraße 39, Bauführer Wenzel Schulz.

- " " Haus, Ottakring, Gablenzgasse, Cat.-Parc. 2846, Einf.-Z. 2762, an Josef Moushit, Hafnerstraße 35, Bauführer Thomas Hoffer.

- " " Haus, Neulerchenfeld, Herbststraße 43, an Ferd. Meißner, Payerlgasse 17, Bauführer Theodor Weninger.

- " " Haus, Ottakring, Lerchenfelderstraße, Cat.-Parc. 2484, Einf.-Z. 794, an Johann und Aloisia Ruzicka, Lerchenfelderstraße 39, Bauführer Wenzel Schulz.

- " " Neulerchenfeld, Haberlgasse, Cat.-Parc. 208, Einf.-Z. 594, an Franz Korneherr, Payerlgasse 23, Bauführer Ferd. Meißner.

- XVII. Bezirk: Hernal's, Uniongasse, Parc. 547/8, Einf.-Z. 1276, an Johann Nicoladoni, Bauführer Matth. Millik.

- " " Dornbach, Ottakringerstraße, Parc. 1149/10 und 1150/10, Einf.-Z. 784, an Karl und Hans Lorenz, Bauführer Wenzel Gabauer.

- " " Dornbach, Ottakringerstraße, Parc. 1149/9 und 1150/9, Einf.-Z. 785, an Karl und Hans Lorenz, Bauführer Wenzel Gabauer.

- XVIII. Bezirk: Wohnhaus, Währing, Döblingerstraße 43, an Marie und Josef Beer-Thomayer, ebenda, Bauführer Johann Dolezal.

- XIX. Bezirk: Wohnhaus sammt Stallgebäude und Wagenremise, Heiligenstadt, Grundb.-Einf. 263, 264, Ecke der Barawitzka- und Döblingergasse, an Jakob und Cäcilie Grünwald, Bauführer Alois Salatmeyer.

b) Für Umbauten:

- II. Bezirk: Haus, Comödiengasse 6, an Jakob Egg, Bauführer Ad. Goldenberg.
- " " Haus, Pichtenauerstraße 5, an Josef Keck, Bauführer L. Ritter.

- III. Bezirk: Haus, Apostelgasse 24, an Ferd. Schindler, Bauführer derselbe.
 " " Haus, Pfefferhofgasse 1a, an Johann Heller & Comp., Bauführer J. Fiedler.
 " " Haus, Pfefferhofgasse 1, Weisgärberstraße 6 bis 8, an Joh. Heller & Comp., Bauführer J. Fiedler.
 " " Haus, Erdbergstraße 148, an Wendelin Kühnel, Bauführer A. v. Bergmüller.
 " " Haus, Erdbergstraße 150, an Wendelin Kühnel, Bauführer A. v. Bergmüller.
 IV. Bezirk: Haus, Schleifmühlgasse, Grundb.-Einkl. 720, an Karl Duidenus, Baumeister.
 " " Haus, Schleifmühlgasse 2, an Holzmann & Comp., Bauführer C. Holzmann.
 " " Haus, Wiedener Hauptstraße 18, an Holzmann & Comp., Bauführer C. Holzmann.
 V. Bezirk: Haus, Rüdigergasse 10, an Franz Högnner, Bauführer L. Ritter.
 " " Haus, Griesgasse 29, an Emma Berkowitz, Bauführer Jul. Berkowitz.
 VI. Bezirk: Haus, Windmühlgasse 6, an Vincenz Graf Thurn, Bauführer M. Kaiser.
 " " Haus, Strohmayergasse 13, an Jos. Müller, Maurermeister.
 " " Haus, Eßterhazgasse 22, an Moriz v. Kuffner, Wst. und Karl Kuffner, Bauführer Franz Bod.
 VII. Bezirk: Haus, Kaiserstraße 83, an C. A. Münchenmayer & Comp., Bauführer Stagl & Brodhag.
 " " Haus, Neustiftgasse 123, an Siegmund Popper, Bauführer B. Gertwert.
 " " Haus, Breitegasse 28, an Ludwig Jatzka, Baumeister.
 " " Haus, Halbasse 1, an Georg Flor, Bauführer F. Wagner.
 VIII. Bezirk: Haus, Bennogasse 25, an Paula Lang, Bauführer A. Lang.
 " " Haus, Josefsbaderstraße 27, an Karl Duidenus, Baumeister.
 " " Haus, Kochgasse 9, an Karl Anteried, Bauführer J. Spilla.
 IX. Bezirk: Haus, Mariannengasse, Ecke der Lazarethgasse, Grundb.-Einkl. 481, an Josef Höbrandner, Bauführer J. Cv. Adler.
 " " Haus, Kapellengasse 3, an Alexander und Aloisia Müller, Bauführer J. Köhl.
 XI. Bezirk: Haus, Simmering, Theresienngasse Dr.-Nr. 34, C.-Nr. 90, Einl.-Z. 123, an Josef und Eva Sedlaczek, Bauführer Ferd. Kaindl.
 XII. Bezirk: Gaubenzdorf, Schönbrunner Hauptstraße 61, an Karl und Marie del Fabro, Bauführer Wenzel Voit.
 " " Unter-Meidling, Wilhelmstraße 10, an Karl Dangler, Bauführer Josef Hartl.
 " " Wohn- und Geschäftshaus, Altmannsdorf, Breitenfurterstraße 64, Vincenz und Nathalie Brodik, Bauführer Albert Schid und Hans Kraus.
 XVII. Bezirk: Hernals, Weinhauserstraße 1, an Rudolf Höbrandner, Bauführer Georg Kowarik.
 " " Hernals, Hauptstraße Dr.-Nr. 73, an J. und M. Dorner, Bauführer Josef Grünbeck.
 XVIII. Bezirk: Fabrikgebäude, Gersthof, Feldgasse 42, an Heinrich Hub, Gersthof, Bergsteiggasse 48, Bauführer Martin Keller.
 " " Wohnhaus, Weinhaus, Johannesgasse 11, an Leo und Charlotte Steiner, ebenda, Bauführer Alexander Jungwirth.

c) Für Zubauten:

- II. Bezirk: Hoftract, Brigittaplatz 6, an Jakob Grundner, Bauführer J. Baldia.
 III. Bezirk: Dietrichgasse 12, an Josef Voigt & Comp., Bauführer M. Kaiser.
 " " Strohgasse 31, an Josef Zirm, Bauführer J. Öhrner.
 " " Schlachthausgasse 15, an Johann Schödl, Bauführer J. Gutmann.
 " " Werkstätte, Löwengasse 45/47, an Alfred und Franz Schuttlerörth, Bauführer W. Schimichek.
 IV. Bezirk: Goldeggasse 27, an Victor, Alfred und Theodor Schmid, Bauführer Frauenfeld & Berghof.
 " " Magazin, Belvederegasse 40, an Ludwig Hatschel, Bauführer Frauenfeld & Berghof.
 V. Bezirk: Werkstätte, Embelgasse, Grundb.-Einkl. 1605 und 1608, an Hans Füglistner, Bauführer R. Reichelt.
 " " Hoftract, Lustgasse 3, an Karl Polzer, Bauführer C. Stöger.
 " " Seitentract, Hundstürmerstraße 27, an Johann Anderle, Bauführer Josef Schneider.
 VII. Bezirk: Stall und Remise, Halbasse 6, an Leopold und Emilie Fajhob, Bauführer F. Meduna.
 " " Hoftract, Kaiserstraße 91, an Ignaz und Ernst Deutsch, Bauführer H. J. Federer.

- X. Bezirk: Laimäckergasse 9, an Josef und Marie Felinet, Bauführer W. Paatl.
 " " Rudlichgasse, Schrankenberggasse, Ecke, an die Allgemeine österr. Transport-Gesellschaft, Bauführer Josef Wurts.
 XI. Bezirk: Simmering, Feldgasse 19/21, an Julius Pastre, III., Metternichgasse 10, Bauführer Anton Heindl.
 " " Waschküche und Stiege, Simmering, Hauptstraße 28, an Josef Richter und Consorten, XIX., Kirchengasse 3, Bauführer Anton Kurz.
 " " Simmering, Theresienngasse 44, an Jakob und Anna Firit, ebenda, Bauführer Anton Kurz.
 XII. Bezirk: Hoftract, Hengsdorf, Hauptstraße 66, an Theresia Trawnitschek, Bauführer Wenzel Voit.
 XIV. Bezirk: Rudolfsheim, Stättermayergasse 32, an die Eheleute Sedlak, Bauführer Franz Brantner.
 " " Abort, Rudolfsheim, Hollergasse 6, an Anna Schrader, Bauführer Ignaz Fraßl.
 " " Seitentract, Sechshaus, Ullmannstraße 13, an die Eheleute Platuschka, Bauführer Otto Ettmayer.
 XVI. Bezirk: Neulerchenfeld, Hauptstraße 7, an Julius Dirnböck, ebenda, Bauführer Josef Baldia.
 " " Ottatring, Hofergasse 29, an Johann Frank, ebenda, Bauführer Laurenz Prigel.
 " " Ottatring, Wagnergasse 54, an Josef Wolfs Erben, ebenda, Bauführer Ferd. L. Baldia.
 " " Ottatring, Hubergasse 14, an Johanna Meidel, Bauführer Johann Meidel.
 XVII. Bezirk: Hernals, Rosensteingasse 110, an Fr. Kriwanek, Bauführer J. Kaindl.
 " " Palfygasse 8, an Jakob Ulrich, Bauführer Karl Haas.
 XVIII. Bezirk: Fabriktract, Währing, Andreasgasse 18, an Josef Auer, ebenda, Bauführer Leopold Scherer.
 " " Währing, Dittesgasse 4, an Helene Gerebenyi, ebenda, Bauführer Victor Fiala.
 " " Stalltract, Währing, Herrngasse 90, an Josef Stergar, ebenda, Bauführer Adalbert Profsch.
 " " Waschküche, Währing, Gärtelstraße 31, an Anton Lux, ebenda, Bauführer Franz Keindl.
 " " Offener Schuppen, Währing, Weinberggasse 40, an Ferdinand Schuch, ebenda, Bauführer ?
 " " Offener Schuppen, Währing, Antonigasse 39, an Magdalena Walter, ebenda, Bauführer ?
 " " Magazinengebäude, Gersthof, Kleingasse 8, an Ignaz Hermann, Gersthof, Hauptstraße 89, Bauführer Paul Dbrist.
 XIX. Bezirk: Ebenerdige Schmiede und Fußbeschlagbrücke, Heiligenstadt, Barawitzlagasse 29, an Joh. Pfefferl, Bauführer Karl Höllertjun.
 " " Ebenerdiger Pferdestall, Heiligenstadt, Rußdorferstraße 64, an Joh. Weinzinger sen., Bauführer Franz Mayer.
 " " Stalltract, Unter-Döbling, Langegasse 14, an Franz Haselberger, Bauführer Ad. Bruckner.

d) Für Adaptierungen:

- I. Bezirk: Tuchlauben 24, an Frauenfeld & Berghof, Baumeister.
 " " Rosenngasse 5, an Rudroff & Hübschmann, Baumeister.
 " " Lobkowitzplatz, an Karl Morawetz, Bauführer Franz Profsch.
 " " Rothenthurmstraße 31, an Theodor Deutschland, Bauführer R. Jäger.
 " " Graben 16, an Dr. Hermann R. v. Feistmantel, Bauführer R. Breuer.
 " " Wipplingerstraße 16, an Gustav Ritt. v. Leon, Bauführer W. Klingenberg.
 " " Graben 17, an H. J. Glaser, Baumeister.
 II. Bezirk: Klosterneuburgerstraße 28, an Johann Kreuzer, Maurermeister.
 " " Webergasse 21, an Anton Wiesinger, Bauführer J. Bernert.
 " " Rothen-Sternngasse 16, an Jos. Wöglner, Maurermeister.
 " " Rothen-Sternngasse 31, an Edmund Hofmann, Bauführer R. Käsemacher.
 " " Glodengasse 15, an Jonas Fränkel, Bauführer A. Schlesat.
 " " Mühlfeldgasse 15, an Ed. Ritt. v. Löhr, Bauführer Frauenfeld & Berghof.
 " " Praterstraße 54, an Heinrich Öhrner, Baumeister.
 " " Ruppengasse 2, an Josef Kneifel, Bauführer W. Lischka.
 " " Laborstraße 18, an Ant. Ehlers, k. k. Notar, Bauführer J. Reinhardt.
 " " Novaragasse 42, an Josef Bruckner & Söhne, Bauführer Franz Weese.
 " " Wittelsbachstraße 3, an Ferdinand Birke, Bauführer J. Spilla.

- II. Bezirk: Kleine Spertlgasse 10 (Gemeindehaus), an die Stadt Wien, Bauführer F. Daxlmüller.
- III. Bezirk: Löwengasse 36 bis 38, an Franz und Alfred Schuttlerworth, Bauführer W. Schlimmkef.
- " " Landstraße, Hauptstraße 83, an Hermann Engel, Bauführer C. Reichstätter.
- " " Landstraße, Hauptstraße 122, an Anna Heldorff, Bauführer A. Großbied.
- " " Hetsgasse 22, an A. Hudroff & Hübschmann, Baumeister.
- " " Seidlgasse 1, an Franz Ferenda, Maurermeister.
- " " Hohlweggasse 5, an die Wiener Baugesellschaft.
- IV. Bezirk: Lambrechtsgasse 15, an Dr. Paul N. v. Duniecki, Bauführer J. Spilka.
- " " Hengasse 16, an Franz Graf Kuenberg durch Dr. Jul. Hecht, Bauführer F. List.
- " " Garbergasse 20, an St. Kostrik, Bauführer Adolf Langer.
- " " Schmalzhofgasse 26, an Georg Schubert, Bauführer M. Daxlmayer.
- " " Schöffergasse 10, an A. Fiedler, Bauführer F. Dhrner.
- " " Favoritenstraße 46, an Franz Schibich, Bauführer C. Holzmann.
- " " Wiedner Hauptstraße 41, an Ludwig Schoderböck, Baumeister.
- " " Wiedner Hauptstraße 22, an Josef Tischler, Baumeister.
- V. Bezirk: Hundstürmerstraße 46, an Michael Fleischmann, Bauführer Ed. Schäch.
- " " Kettenbrückenstraße 1, an Alfred v. Lindheim, Bauführer F. Witzmann.
- " " Pilgramgasse 13, an Anton Heinz, Bauführer J. Halla.
- " " Nagleinsdorferstraße 41, an Roman Faber, Bauführer Josef Hecht.
- VI. Bezirk: Stumpergasse 58, an Ad. Ritter, Bauführer W. Lischka.
- " " Wallgasse 25, an Marie Bellada, Bauführer F. Dehm & F. Olbricht.
- " " Mollardgasse 79, an Gotthard Riepper, Bauführer Joh. Kunz.
- " " Stumpergasse 16, an Eduard Zellinek, Bauführer Ed. Schneider.
- VII. Bezirk: Mariahilferstraße 46, an Oskar Laske, Baumeister.
- " " Seidengasse 33, an August Denk, Bauführer A. Schumacher.
- " " Breitegasse 10, an Karl Schweighofer, Bauführer M. Wawrinek.
- " " Siebensterngasse 36, an Kath. Stolz, Bauführer M. & J. Sturany.
- " " Breitegasse 4, an Richard Baron Drasche-Wartinberg, Bauführer E. Schneider.
- " " Lindengasse 7, an J. M. Köpf, Maurermeister, Bauführer derselbe.
- " " Dreilaufgasse 4, an Joh. Feichtinger, Maurermeister, Bauführer derselbe.
- VIII. Bezirk: Josefstädterstraße 5, an Josef Parzer, Bauführer F. Prokesch.
- " " Strozsigasse 12, an Franz Königer und Antonia Kölbl, Bauführer Anton Kurz.
- IX. Bezirk: Schlagergasse 2, an Valentin Bosphardt, Bauführer Ferd. Höfer.
- " " Garnisonsgasse 7, an Emil Mitt. v. Förster, k. k. Bau- rath, no. Arnold Fröhlich.
- " " Florianigasse 64, an Fr. Guschlbauer, Bauführer Joh. Freitag.
- " " Mariannengasse 36a, an Marie Wagner, Bauführer F. List.
- X. Bezirk: Rinslgasse 4 (Inzersdorf, Stadt) an Franz und Johanna Janja, Bauführer Tassner.
- " " Quellengasse 55, an Franz und Amalie Blasjak, Bau- führer J. Chalusch.
- " " Quellengasse 112, an Adolf Schluck, Bauführer Adolf Maier.
- XI. Bezirk: Simmering, Dorfgasse 75, an Anton Pfister, ebenda, Bauführer Anton Heindl.
- " " Simmering, Feldgasse 19, an Julius Pastroc, III., Wettermichgasse 10, Bauführer Anton Heindl.
- " " Simmering, Feldgasse 4, an Karl Löw, ebenda, Bauführer Anton Heindl.
- " " Simmering, Hauptstraße 147, an Franz Bäder, ebenda, Bauführer Leopold Brager.
- " " Simmering, Hauptstraße 28, an Josef Micher und Con- jorten, XIX., Kirchengasse 3, Bauführer Anton Kurz.
- " " Simmering, Hirschengasse 20, an Michael Pfaffstetter, ebenda, Bauführer Ferd. Kaindl.
- XII. Bezirk: Hegendorf, Hauptstraße 45, an Magdalena Ebmacher, Bauführer Josef Schausler.
- XIII. Bezirk: Hütteldorf, Hauptstraße 7, an Theresie von Schwuppe, Bauführer Franz Höfer.
- XIII. Bezirk: Breitensee, Steinbruchstraße 1, an Pauline Siller, Bau- führer Josef Pögl.
- " " Penzing, Tegetthoffstraße 19, an Thomas Weidlich, Bau- führer ?
- " " Unter-St. Veit, Fleischgasse 9, an Siegm. Fleisch & Cie. Bauführer Josef Köpf.
- " " Ober-St. Veit, Neustiftgasse 14, an Jakob Ritzler, Bau- führer Anton Trilljam.
- " " Unter-St. Veit, Kirchengasse 27, an Ignaz Schadan, Bau- führer Josef Köpf.
- " " Speising, Hauptstraße 56, an Jgn. Schoder, Bauführer ?
- " " Lainz, Hauptstraße 25, an Anna Daferna, Bauführer ?
- " " Lainz, Hauptstraße 27, an Anna Meichart, Bauführer ?
- " " Hading, Aubhofstraße 15, an Johann Bauer, Bauführer ?
- " " Penzing, Hiesingerstraße 17, an Seraphine Neumann, Bauführer ?
- " " Hiesing, Hauptstraße 1, an Anna Arnolds Erben, Bauführer Josef Köpf.
- " " Penzing, Hiesingerstr. 10, an Rozicka-Bauer, Bau- führer Johann Lauscher.
- " " Hading, Aubhofstraße 54, an Wenzel Köp, Bauführer Jgn. Schausler.
- " " Hütteldorf, Hauptstraße 57, an Johann Herbert, Bau- führer Ignaz Schausler.
- " " Hütteldorf, Hauptstraße 52, an Hermann Polliger, Bau- führer Ignaz Schausler.
- " " Hütteldorf, Feldgasse 5, an Josef Ribler, Bauführer Jgn. Schausler.
- XIV. Bezirk: Rudolfsheim, Daberggasse 3, an die Ehel. Korn, Bauführer Edm. Schwarzer.
- " " Rustengasse 4, an Schwarzmayer, Bauführer Edm. Schwarzer.
- XV. Bezirk: Fünfhäus, Herklotzgasse 30, an J. Laugs Erben, Bau- führer Jgn. Fraßl.
- " " Fünfhäus, Karmeliterhofgasse 11, an Janni Kugel, Bau- führer M. Draxelmayer.
- " " Fünfhäus, Märzstraße 31, an J. Schlamper, Bauführer ?
- " " Fünfhäus, Lichtgasse 10, an Johann Magla, Bauführer Friedrich Sonnenberg.
- " " Fünfhäus, Glädgasse 3, 5, an Ed. Schneider, Bau- führer derselbe.
- " " Fünfhäus, Fünfhäusgasse 2, an Anton Birke, Bauführer Otto Ettmayer.
- " " Ottakring, Hyrtlgasse 6, an Wilhelmine Lamp, Eisner- straße 19, Bauführer Thomas Mann.
- " " Neulerchenfeld, Gaullachergasse 35, an Eduard Riemer, XV., Burggasse 7, Bauführer Matthias Millik.
- " " Ottakring, Hauptstraße 57, an Falik, ebenda, Bauführer Johann Schobesberger.
- " " Neulerchenfeld, Burggasse 8, an Josef Reimer, ebenda, Bauführer Vincenz Häscher.
- " " Ottakring, Riemergasse 12, an J. Wolfs Erben durch Charlotte Schroller, XVI., Wilhelminenstraße 71, Bauführer Ferd. L. Balda.
- " " Ottakring, Sailerergasse 18, an S. Koiteler, Bauführer Johann Schobesberger.
- " " Neulerchenfeld, Nöbelgasse 7, an Gebr. Granadia, ebenda, Bauführer Josef Bauer.
- XVII. Bezirk: Dornbach, Paschgasse 9, an Franz Schreivogl, Bau- führer Th. Weninger.
- " " Hernals, Leopoldigasse 54, an Karl Tauschel, Bauführer ?
- " " Hernals, Weinhauerstraße 1, an Franz Albertini, Bau- führer A. Honus.
- " " Hernals, Stiflgasse 106, an Josef Reich, Bauführer ?
- " " Dornbach, Promenadegasse 71, an Heinrich und Franz Glaser, Bauführer ?
- " " Dornbach, Bergsteiggasse 36, an Marie Kral, Bauführer W. Gabauer.
- " " Dornbach, Hauptstraße 78, an Appolonia Dehring, Bauführer Johann Steinmek.
- " " Dornbach, Hauptstraße 193, an Franz Entlicher, Bau- führer H. & F. Glaser.
- " " Dornbach, Augasse 3, an Otto Fraenkel, Bauführer ?
- " " Hernals, Mitterberggasse 19, an Samuel Heit, Bauführer Rudolf Herrmann.
- " " Dornbach, Hauptstraße 139, an Anna Griesmüller, Bauführer ?
- XIX. Bezirk: Rusdorf, Kahlenbergerstraße 7, an Franz Grabel, Bau- führer Karl Höllers jun.
- " " Unter-Döbling, Hohe Warte 19, an Dr. Friedrich Mall- mann, Bauführer Franz Prokesch.
- " " Heiligenstadt, Hohe Warte 46, an Cäcilie Goldschmidt, Bauführer J. M. Köpf.

e) Für diverse (geringere) Bauten:

- II. Bezirk: Totalitäten-Gebäude, k. k. Prater, Trabrennplatz, an der Trabrennverein, Bauführer J. Sterreicher.

- II. Bezirk: Wächterhaus, Burghardigasse Baustelle 26, an Jof. Kalas, Maurermeister.
- " " Canal, Obere Donaustraße 105, an Scholler & Comp., Bauführer Johann Kernast.
- " " Canal, Obere Donaustraße 107, an Scholler & Comp., Bauführer Johann Kernast.
- " " Canal, Ob. Donaustr. 101 bis 103, an Scholler & Comp., Bauführer Johann Kernast.
- " " Veranda, Paterhütte 92, an Sebastian Kauchinger, Bauführer J. Kapetter.
- " " Veranda, Praterhütte 4 (I. Kaffeehaus), an Ludwig und Katharina Teufel, Bauführer F. Kreuzer.
- " " Veranda, Praterhütte 77, an Josefine Kirbes, Bauführer D. Bönißch.
- " " Wächterhaus, Parc. 3170, Donau-Regulierungsgrund, an Adolf Tichy, Baumeister.
- " " Hofeindeckung, Innstraße 5, an Leo Weiß, Bauführer Franz Dejort.
- " " Schupfe, Praterhütte 133, an Josef Benesch, Bauführer Martin Neubauer.
- III. Bezirk: Schupfe, Paulusplatz 6, an Leopold Gewitsch, Bauführer L. Wismann.
- " " Wohnhütte, Erdbergermais, Grundb.-Einkl. 2039, an Karl Becha, Bauführer C. Reichstätter.
- " " Wächterhütte u. Schupfe, Erdbergerlande Grundb.-Einkl. 2064, an Alois Rudroff und Theodor Hübschmann, Baumeister.
- " " Atelier, Radekystraße 12, an Arnold Wasservogel, Bauführer J. Schubert.
- " " Waschküche, Keimergasse 16, an Joh. Berger, Bauführer C. Stigler.
- " " Schupfe, Untere Weißgerberstraße 11, an L. Kaisers Söhne, Bauführer H. Ditt.
- " " Schupfe, Erdbergerstraße 10, an Heinrich Rotter, Bauführer R. Jäger.
- " " Gartenhaus, Marzergasse 13, an die Soffienbad-Actiengesellschaft, Bauführer J. Großbied.
- IV. Bezirk: Abort, Mühlgasse 1, an Stanislaus Weinwurm, Bauführer Jof. Spilka.
- V. Bezirk: Abort, Schloßgasse 19, an Barbara Kastner, Bauführer J. Seidl & Klee.
- " " Magazin, Reiprechtsdorferstraße 55a, an Josef Karel, Bauführer J. Seidl & Klee.
- VI. Bezirk: Lichthofmauer, Gumpendorferstraße 20, an G. H. Mautner v. Marthof, Bauführer J. Sedlaczek.
- VII. Bezirk: Abort, Neustiftgasse 18, an Karl Kriß, Bauführer Schlaf & Parthila.
- " " Rohrcanal, Florianigasse 54, an Ludwig Schmitt, Bauführer Kupta & Orgelmeister.
- IX. Bezirk: Stiege und Abort, D'Orfagasse, an den Vorschuss- und Creditverein Baden, Bauführer Joh. Pecival.
- X. Bezirk: Buchengasse 58, an Josef Schönberg, Bauführer Stadler.
- " " Rudlichgasse 25, an Marie Braun, Bauführer Schweitzer.
- " " Himbergerstraße 101/103, an Adolf Henn, Bauführer Zeitlinger.
- " " Duellengasse 133, an Franz Hirschhofer, Bauführer Franz Schmidt.
- " " Sempergasse 13, an Bruno Hermann Everth, Bauführer Kordan.
- " " Gellertgasse 14, an Ignaz Peter, Bauführer Stadler.
- " " Brunnenwegstraße 4, an Adolf Kohl, Bauführer Hable.
- " " Hansengasse 1, an Elisabeth Pränner, Bauführer Heinrich Reiter.
- " " Buchengasse 123, an Eduard Theurer, Bauführer Zeitlinger.
- XI. Bezirk: Jauchensammelgrube, Simmering, Dorfstraße 57, an Theresia Bauer, ebenda, Bauführer Johann Schneider.
- " " Hauscanal, Simmering, Hauptstr. 57, an Gustav Chaudoir & Comp., Bauführer Anton Kurz.
- " " Düngrergrube, Simmering, Hauptstraße Parcellen 368/1 und 368/2, 1797 und 1798 Blumengasse, an Karl Paul, XI., Hauptstraße 29, Bauführer Johann Schneider.
- " " Senkgrube, Kaiser-Ebersdorf, Dorfstraße 169, an Ferdinand Fortner, ebenda, Bauführer Joh. Schneider.
- XII. Bezirk: Abort und Senkgrube, Altmannsdorf, Hauptstraße 8, an Georg Kurz, Bauführer Josef Schanfler.
- " " Stechkammer und Cisterne, Unter-Meidling, Erlgasse 22, an Josef Kuder, Bauführer Ferd. Kellner.
- " " Geschirrkammer und Futtermagazin, Unter-Meidling, Bonygasse 42, an Josef Kuder, Bauführer Ferd. Kellner.
- " " Bedeckte Regelfbahn, Unter-Meidling, Radekygasse 11/13, an Josef Kuder, Bauführer Ferd. Kellner.
- " " Kohlendepot, Unter-Meidling, Meidlinger Schlachthaus, XII., Breitgasse 21, an die Commune Wien, Bauführer Wenzel Voit.

- XII. Bezirk: Trennungsmauer, Unter-Meidling, Johannesgasse 7/9, an Girardelli & Stern, Bauführer Ferd. Kellner.
- XIII. Bezirk: Gartenfalou, Penzing, Parlgasse 56, an Josef Strnad, Bauführer Ferd. Frühlings.
- " " Dampffessel-Aufstellung, Breitensee, Hütteldorferstraße 66, an Levy & Cie., Bauführer J. Leidenfron.
- " " Veranda I. Stock, Unter-St. Veit, Malfattgasse 1, an Jos. Bertagnoli, Bauführer Adalbert Witajek.
- " " Grukstapelle, Hietzing, Friedhof, an Friedrich Suesß, Bauführer Georg Niemann.
- " " Fabriks-Brunnen, Unter-St. Veit, Fleischgasse 9, an S. Fleisch & Cie., Bauführer Joh. Zenz.
- " " Canal 2c., Penzing, Leybergasse 9, an Johann Grazer, Bauführer Karl Ziegelwanger.
- " " Canal 2c., Penzing, Leybergasse 7, an Johann Grazer, Bauführer Karl Ziegelwanger.
- " " Veranda, Ober-St. Veit, Einsiedeleisgasse 43, an Adolf Hoffmann, Bauführer Joh. Sterreicher.
- " " Düngrergrube, Unter-St. Veit, Kirchengasse 26, an Georg Mauthner v. Marthof, Bauführer Josef Koppf.
- " " Einfriedungsmauer mit Gitter, Ober-St. Veit, Anhofstr. 2, an Johann Reitter, Bauführer Adolf Langer.
- " " Schanfenster ausbrechen 2c., Hietzing, Hegenborferstraße 1, an Anton Klaar, Bauführer Josef Koppf.
- " " Zwei ungedeckte Regelfbahnen im Hofe, Penzing, Poststr. 135, an Alois Engl, Bauführer ?
- " " Eisernes Gitter auf gemauertem Sockel, Lainz, Wambachergasse Confr.-Nr. 131, an Baron Stal, Bauführer Franz Peydl.
- " " Canal, Penzing, Mayrgasse 10, an Hermine Lekisch, Bauführer Franz Abel.
- XVI. Bezirk: Dttakring, Degengasse 94, an Josef und Constantin Kasberger, ebenda, Bauführer Franz Ferenda.
- " " Neulerchenfeld, Gauklachergasse 36, an F. Schellenberger durch Heinrich Kaufal, Maurermeister, Bauführer derselbe.
- " " Dttakring, Annagasse 1, an Theresia Heinzl, VIII., Albertgasse 8, Bauführer Thomas Mann.
- XVII. Bezirk: Einfriedungsmauer, Dornbach, Promenadegasse 63/65, an Clara Baiersdorf v. Erdös, Bauführer Rudolf Herrmann.
- XIX. Bezirk: Verkaufshütte, Heiligenstadt, Hohe Warte, vor dem Hause Dr.-Nr. 6, an Anna Piotrowski v. Trojan, Bauführer Ad. Micheroli.
- " " Hölzerne Veranda, Ober-Döbling, Allee-gasse 38, an Johanna Friedl, Bauführer Ad. Micheroli.
- " " Hölzerner Vorbau, Ober-Döbling, Grinzingerstraße 7, an Johann Zaf, Bauführer Leopold Reitingner.
- " " Hölzerne Kohlenschupfe, Nußdorf, Gärtnergasse Grundb.-Einkl. 614, an Ed. Hasenörl & Comp., Bauführer Gust. Hönig.
- " " Erkerbau, Ober-Döbling, Stephaniegasse 11, an Franz Ritt v. Hanke, Bauführer Victor Ziala.
- " " Provisorische hölzerne Schupfe, Grinzing, Cat.-Parc. 581, Grundb.-Einkl. 595 nächst der Johannesgasse, an Franz und Theresie Gump, Bauführer Gustav Hönig.
- " " Kesselaufstellung, Nußdorf, Färbergasse 5, an Josef Hachhofers Erben, Bauführer Karl Höllerl jun.
- " " Hölzerne Schupfe, Ober-Sievering, Hauptstraße 25, an Ed. Wilhelm, Bauführer Joh. Sterreicher.
- " " Hölzerne Schupfe, Unter-Sievering, Hauptstraße 147, an Josef Nowotny, Bauführer Ed. Spieß.
- " " Photographen-Atelier, Unter-Döbling, Hohe Warte 19, an Dr. Friedr. Mallmann, Bauführer Franz Profesch.
- " " Hölzerner Anbau für Gasmotor, Nußdorf, Gärtnergasse 13, an Anton und Theresie Rudolf, Bauführer Gustav Hönig.
- " " Einfriedungsmauer, Nußdorf, Färbergasse 9, an Bachosen & Medinger, Bauführer Karl Höllerl jun.
- " " Wohnzimmer-Aufbau, Grinzing, Berggasse 33, an Marie Pecival, Bauführer Joh. Pecival.

f) Stockwerks-Aufstellungen:

- X. Bezirk: Siccardsburggasse 44, an Eduard Wagner, Bauführer Schweitzer.
- XIII. Bezirk: Hoftract, erster Stock aufgesetzt, Hietzing, Hauptstraße 5, an Ignaz Bauer, Bauführer Josef Koppf.
- " " Erster Stock aufgesetzt, Hacking, Anhofstraße 14, an Josef Zeitlinger, Bauführer Wilhelm Klingenberg.
- XVI. Bezirk: Dttakring, Gablengasse, Parc.-Nr. 2845, Einkl.-Z. 2769, an Josef Menschik, Hasnerstraße 35, Bauführer Thomas Hofner.

g) Parcellierungen wurden erteilt:

- II. Bezirk: Erdbergstraße 148—150, an Wendelin Kühnel.
- V. Bezirk: Embelgasse, Grundb.-Einkl. 1605 und 1608, an Hans Füglistner.

VI. Bezirk: Gumpendorferstraße 122 bis 124, an Josef Huber, k. k.

Notar, nomine Josef Rohrböck.

IX. Bezirk: Pramergasse 25, an Leonhard Erndt.

b) Baulinien wurden bestimmt:

VII. Bezirk: Für die Breitegasse.

XI. Bezirk: Simmering, für die Feldgasse.

XIII. Bezirk: Breitensee, für die Hauptstraße.

„ „ Ober-St. Veit, für die Fischhofgasse.

Gewerbebeanmeldungen vom 3. April 1894.

Dreiling Franz — Bäcker — XII., Meidling, Rosaliagasse 3.
Sommer Ludwig — Bäcker — XIII., Penzing, Poststraße 23.
Burof Johann — Bildhauer — XII., Meidling, Schulgasse 21.
Klement Karl — Fiaker — III., Hagenmüllergasse 8.
Schable Franz — Flaschenbierhandel — X., Schröttergasse 34.
Wollet Anton — Gastwirt — XVIII., Währing, Schulgasse 8.
Kraak Francisca — Gastgewerbe mit der Berechtigung zur Verabreichung von Speisen — II., Scholzgasse 16.
Kern Elisabeth — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Antonigasse 29.
Ludak Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Meidling, Hirscheng. 1.
Mejnek Theresie — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Dresdnerstraße 70.
Podlesak Katharina — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Davidgasse 20.
Schalle Karl — Gemischtwaren-Verschleiß — XV., Fünfhaus, Fünfhausgasse 19.
Jakel Franz — Glaser — V., Kettenbrückengasse 11.
Krudner Marie — Marktverantw. — XIV., Rudolfsheim, Marktgasse 37.
Lubowsky Barbara — Maschinistikerin — XV., Fünfhaus, Turnerg. 19.
Sommer Ludwig — Mehl- und Grieß-Verschleiß — XIII., Penzing, Poststraße 23.
Chlapeska Katharina — Obst- und Grünzeughandel im Umherziehen — II., Wallensteinstraße 65.
Falb Anna — Obst- und Grünwarenhandel — XVIII., Währing, Gemeindegasse 1.
Kuzacek Karl — Optiker — X., Lazenburgerstraße 67.
Blaha Leopoldine — Pfäblerin — V., Hundstürmerstraße 100.
Stowasser Johann — Pretiosenhandel — V., Reiprechtsdorferstraße 49.
Bogner Lorenz Stephan — Reid- und Vogelband und Waschehandel im Umherziehen — X., Eugengasse 36.
Garreiß Julius — Kiemer — III., Fasangasse 19.
Pavela Josef — Schuhmacher — XII., Meidling, Heinrichsgasse 15.
Barth Josef — Selchwaren-Verschleiß — V., Schwarzborngasse 4.
Fuchs Augustin — Victualienhandel — XII., Meidling, Jakobstraße 20.
Slamicka Marie — Victualien- und Zuckerwaren-Verschleiß — XII., Am Fuchsenfeld.
Seyff Friedrich — Wäscheputzer — V., Wimmergasse 3.

* * *

Gewerbebeanmeldungen vom 4. April 1894.

Sachsel Josef — Commissionwarenhandel — I., Annagasse 4.
Sigal Georg Josef — Drechsler — V., Wehrgasse 7.
Meisner Marie — Einpännergewerbe — IV., Rainergasse 23.
Wallner Friedrich — Eisenhandel — IV., Wienstraße 3.
Stiafny Stephan — Fleischhauer — VII., Neustiftgasse 36.
Weichsmüller Barbara — Gastwirtin — XVI., Ottakring, Hauptstr. 248.
Čerf Wilhelm, Čerf Siegfried — Gemischtwarenhandel — I., Postg. 1.
Delasbe Aloisia — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Lerchenfeldergürtel 45.
Gottfried Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XV., Fünfhaus, Felberstraße 2.
Heidenreich Andreas — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Sechshaus, Steingasse 8.
Zellinek Bernhard — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Lerchenfelderstraße 20.
Schmidt Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Kaiserstraße 11.
Stöller Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Rudolfsb., Stättermayergasse 9.
Ullmann Katharina — Handschuhmachergewerbe — I., Kosowratring 14.
Baumgartner Marie — Herausgabe der Druckschrift „Journal für Sparcassen“ — I., Walfischgasse 8.
Groner Josef — Kaffeekauf — VIII., Lerchenfelderstraße 110.
Fisel Oswald — Kleinfuhrwerk — XVI., Ottakring, Brestelg. 12.
Buchwald Bernhard — Ledergalanteriewaren-Erzeugung — VII., Linden-gasse 16.
Cohen Moriz J. — Manufacturwaren-Handelsagentie — I., Postg. 18.
Hipp Johann — Maschinenfabrik — XVI., Neulerchenfeld, Grundstein-gasse 21.
Nagel Johanna — Milch-Verschleiß — XIV., Rudolfsheim, Hugelgasse 16.
Eugert Marie — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XVI., Ottakring, Laubongasse 17.

Krumey Marie — Milch-, Gebäck- und Canditen-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Koppstraße 38.

Jurasek Amalie — Modistin — VII., Neubaugasse 36.

Kallivoda Marie — Obst- und Grünwaren-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Lerchenfelderstr. 54.

Deutsch Adolf — Pferdewärter — V., Pferdemarkt.

Rotter Franz — Photograph — XVI., Neulerchenfeld, Gauflacherg. 33.

Mayer Josef — Pretiosen-Verschleiß — XIV., Rudolfsheim, Hugelg. 16.

Bavrovsky Josef — Schuhmacher — XVI., Neulerchenfeld, Neumayr-gasse 15.

Pollatschek Marie — Spirituosen-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Burggasse 42.

Schweiner Rosalia — Spirituosen-Verschleiß — XVI., Ottakring, Seeböck-gasse 23.

Neurath Sidonie — Erzeugung von Spirituosen und Verschleiß von Thee, Wein und Spirituosen — I., Wipplingerstraße 30.

Kornmehl Marcus — Steppdecken-Erzeugung — XVI., Ottakring, Payergasse 4.

Ruzicka Katharina — Marktviactalienhandel — IV., Kärnthnerthormarkt.

Köhl Johann — Weinschank und Verabreichung von kalten Speisen — VIII., Josefstädterstraße 37.

* * *

Gewerbebeanmeldungen vom 5. April 1894.

Grössl Franz — Baucantine — VIII., Laubongasse 23.
Wacher Franz — Baumeister — V., Obere Amtshausgasse 19.
Spira Jakob Marcus — Brautwein- und Theeschank — XIV., Rudolfs-heim, Braumhirschengasse 34.
Reitinger Elisabeth — Einpännergewerbe — XVII., Hernals, Uniong. 5.
Zorn Adolf Clemens — Feigen- und Kaffeebrenner — X., Planeteng. 3.
Böhm Franz — Fiaker — XVII., Hernals, Helblinggasse 5.
Roch Theresie — Fiakergewerbe Nr. 499 — XVII., Hernals, Rosen-tinggasse 52.
Roch Theresie — Fiakergewerbe Nr. 427 — XVII., Hernals, Rosen-tinggasse 48.
Anst Anna — Flaschenbierhandel — XVII., Hernals, Stifftgasse 61.
Steffan Anton — Fleischselcher — XVII., Hernals, Antonigasse 29.
Bartosek Franz — Fleisch-Verschleiß — X., Erlachgasse 68.
Janekhy Anton — Friseur — X., Himbergerstraße 95.
Helmreich Franz — Gastwirt — V., Siebenbrunnengasse 43.
Steisgal Josefina — Gastwirtin — XI., Simmering, Geißelberggasse 11.
Janedl Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Gürtel 94.
Suppert Eduard recte Elias — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Hasengasse 16.
Preßl Emilie — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Berg-tinggasse 56.
Reichl Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Reisknerstraße 16.
Trepper Amand — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Siebenbrunneng. 41.
Bahr Alfred — Handschuhmacher — XVII., Hernals, Hauptstraße 36.
Bobiwinsky Heinrich — Industriemaler — VII., Hermannsgasse 9.
Bezstarosta Eduard — Kleidermacher — XVII., Hernals, Hauptstraße 2 a.
Kudlata Wenzel — Kleidermacher — X., Waldgasse 35.
Luma August — Kleidermacher — V., Kettenbrückengasse 7.
Tomajsek Francisca — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XVII., Hernals, Leopoldigasse 1.
Förster Barbara — Naturblumenhandel — XIII., Hietzing, Am Platz 6.
Rusil Josefa — Obst-, Gebäck- und Canditen-Verschleiß — XVIII., Währing, Antonigasse neben dem Fürstengarten.
Szoloviz Johann — Obst- und Grünwarenhandel im Umherziehen — XVIII., Währing, Czermalgasse 7.
Widichsel Elisabeth — Pfäblerin — XVII., Hernals, Karls-gasse 40.
Schaffer Adolf — Sammeln von Pränumeranten auf Druckwerke — XVII., Hernals, Frauengasse 19.
Taglieber Leopoldine — Schnittwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Dornersplatz 1.
Kuban Josef — Schuhmacher — III., Kitzbiedergasse 7.
Buresch Marie — Selchwaren-Verschleiß — III., Apostelgasse 15.
Hoffenreich Johann — Selchwaren-Verschleiß — III., Fasangasse 5.
Waber Ludwig — Selchwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Schulgasse 16.
Kastl Karl — Tischler — III., Fetzgasse 3 a.
Reif Alexander — Tischler — XVII., Hernals, Kirchengasse 11.
Böhm Siegmund — Übernahme von Wäsche und Kleidern zur Putzerei — VII., Neustiftgasse 85.
Bahr Alfred — Wäscheputzerei — XVII., Hauptstraße 36.
Gebhardt Barbara — Wäscheputzerin — V., Matzleinsdorferstraße 51.
Slavicek Josef — Zimmermaler — XVIII., Währing, Hauptstraße 16.

* * *

Gewerbebeanmeldungen vom 6. April 1894.

Schmitt Josef — Agentur „Vertrieb österreichisch-ungarischer und deutscher Erzeugnisse“ — XVIII., Währing, Döblingerstraße 14.
Frühbauer Wenzel — Bäcker — IX., Sechschimmelgasse 10.
Bordereux Anton — Fiaker — X., Schaumbergerstraße 15.

Mahler Leopold — Formstecher — XIII., Penzing, Rochusgasse 23.
 Erbulky Helene — Friseurgewerbe — IX., Kolingasse 3.
 Lehner Franz — Galvaniseur — XV., Zintgasse 1.
 Bayer Marie — Gast- und Schankgewerbe — XV., Fünfhaus,
 Rosinagasse 7.
 Grimm August — Gast- und Schankgewerbe — XV., Fünfhaus,
 Glückgasse 6.
 Bohorsky Franz — Gast- und Schankgewerbe — XV., Fünfhaus,
 Zwölfergasse 23.
 Belada Marie — Gastwirtin — VI., Wallgasse 25.
 Berger Josef — Gastwirt — VI., Millergasse 39.
 Maier Barbara — Gemischtwarenhandel — XVIII., Währing, Neug. 1.
 Weis David, Weis Karl — Gemischtwarenhandel — X., Wielandtg. 16.
 Deutsch Siegmund — Gemischtwaren-Verschleiß — XIX., Ruzsdorf,
 Hauptstraße 47.
 Hübl Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XIII., Penzing, Sieben-
 eichengasse 16.
 Kalin Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing,
 Martinsstraße 12.
 Stary Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XIII., Breitensee,
 Rudolfsgasse 5.
 Peterka Johann — Gold- und Silbergalanteriewaren-Verschleiß —
 VII., Neubaugasse 47.
 Ehrenberger Johann — Holz- und Kohlen-Verschleiß — XV., Fünfhaus,
 Palmgasse 3.
 Bajsch Isidor — Kaffeesieder — II., Obere Donaustraße 81.
 Feiler Francisca — Kaffeesiederin — IX., Brunnlgasse 3.
 Hiedl Johann — Kaffeesieder — X., Himbergerstraße 15.
 Reiger Matthias — Kaffeesieder — IX., Servitengasse 16.
 Gaesinger Anna — Kaffeeschank — XIV., Rudolfshaus, Huglgasse 20.
 Redl Franz — Kaffeeschank — VIII., Lerchenfelderstraße 70.
 Böse Johann — Rappen-Verschleiß — IX., Währingerstraße 16.
 Helmbach Johanna — Kleidermacherin — VI., Amerlingstraße 4.
 Goschel Andreas — Kleinfuhrwerk — III., Wällischgasse 77.
 Franzeneder Moiss, Frits Josef — Lichtpausenanstalt — XVIII., Währing,
 Lustkandlgasse 45.
 Gattringer Ferdinand — Manufacturzeichner — XIII., Penzing,
 Hollergasse 43.
 Friedrich Bertha — Milchmeiergewerbe — XVIII., Währing, Neug. 36.
 Boufel Julie Helene — Modistin — XVIII., Währing, Goldschmidtg. 12.
 Weigl Anna — Modistin — VI., Brückengasse 14.
 Wittigilberger Francisca — Obst- und Blumenhandel im Umherziehen —
 XIII., Breitensee, Reindlgasse 65.
 Cozzarini Luigi — Papierhandel — IX., Mariannengasse 30.
 Brunn Francisca — Peitschenstöcke-Erzeugung und -Verschleiß —
 XIV., Rudolfshaus, Morizgasse 7.
 Müller Franz — Pfaidler — VI., Mittelgasse 3.
 Kocian Francisca — Pferdefleischhansocherei — X., Puchsbauergasse 40.
 Rouland Tiburga — Schmuckfedern-Erzeugung — VI., Amerlingstr. 17.
 Kapf Josef — Schul- und Gebetbücher-Verschleiß — XIX., Ruzsdorf,
 Herrergasse 17.
 Knoll Heinrich — Selchwaren-Verschleiß — IX., Markthalle.
 Pischinger Anton — Selchwaren-Verschleiß — XVIII., Währing,
 Wienerstraße 47.
 Janisch recte Berger Magdalena — Sodawasser-Verschleiß — XIV.,
 Rudolfshaus, Siegmundsgasse 6.
 Prjately Johann — Sodawasserhansocherei — IX., Schlickplatz.
 Kaparel Therese — Spirituosenhandel — X., Semmelberggasse 45.
 Webl Wilhelm — Verabreichung von Kaffee und Chocolate — XIII.,
 Hieking, Hauptstraße 1.
 Kriskste Josefa — Victualienhandel — III., Eriebelgasse 9.
 Lehrer Marie — Victualienhandel — XI., Simmering, Marktplatz.
 Schöbl Barbara — Victualienhandel — XVIII., Währing, Theresieng. 14.
 Rieglueg Marie — Zuckerbäckereiwaren-Verschleiß — IX., Biriotgasse 2.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 7. April 1894.

Kranz Josef, Dr. — Advocat — I., Kohlmeßergasse 3.
 Kris Adolf, Dr. — Advocat — I., Schottenring 33.
 Mendelsohn Moses, Dr. — Advocat — I., Sternengasse 6 a.
 Preßburger Richard, Dr. — Advocat — I., Hoher Markt 8.
 Reichart August, Dr. — Advocat — I., Burgring 9.
 Schiefer Adolf, Dr. — Advocat — I., Marc Aurelstraße 12.
 Ravland Karl William — Agentur- und Commissionsgeschäft — I.,
 Bäckerstraße 12.
 Bucinić Emilio — Antiquitätenhandel — I., Franz Josefs-Quai,
 Hotel Garni.
 Kopetschny Karl — Baumeister — X., Gellertgasse 28.
 Laufer Ernestine — Brantwein- und Theeschank — XV., Fünfhaus,
 Märzstraße 26.
 Kopstein Julius — Commissionswaren-Verschleiß — I., Neuthorg. 13.
 Gerassy Leon, Gerassy Salomon — Commissions- und Exportgeschäft —
 I., Grashofgasse 14.
 Zdenek Josef — Dachdecker mit Dachpappe und Holzcement — II.,
 Wenzelgasse 7.

Weisenfeld Joachim Heinrich — Damenhüte- und Sonnenschirm-
 Verschleiß — Hauptstraße 96 a.
 Spotta Anton — Drechsler — VIII., Lerchenfelderstraße 122.
 Kermisch Salomon — Eier- und Geflügelhandel — II., Rotten-Stern-
 gasse 24.
 Kohn Friedrich — Erzeugung neuerartiger Behälter zur Ausgabe dick-
 flüssiger Substanzen — XVIII., Währing, Gürtelstraße 105.
 Lang Leopold m., Lang Marie m. — Fratergewerbe — III., Wällisch-
 gasse 18.
 Dschina Johann — Friseur — II., Rembrandtstraße 14.
 Ugartovic Metod — Friseur — XVIII., Währing, Schulgasse 3.
 Zimburg Adalbert — Friseur — XVI., Neulerchenfeld, Herbststr. 15.
 Denk Johann — Gast- und Schankgewerbe — XII., Meidling, Schul-
 gasse 10.
 Pitschauer Anton — Gast- und Schankgewerbe — II., Dresdnerstr. 60.
 Neudorfer Paul — Gast- und Schankgewerbe — XV., Fünfhaus,
 Neubaugürtel 24.
 Kullermann Johann — Gastwirt — VIII., Florianigasse 25.
 Maier Franz — Gastwirt — V., Griesgasse 38.
 Reiser Michael — Gastwirt — VIII., Lerchenfelderstraße 142.
 Bauer Anton — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Novaragasse 8.
 Beischl Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Grohngasse 12.
 Blüthler Laura — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Zugbadgasse 14.
 Hanoufel Wenzel — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Wolfgangg. 12.
 Hauser Katharina — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld,
 Lerchenfelderstraße 78.
 Hengl Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Bäckerstraße 20.
 Heupel Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Praterstraße 47.
 Lahner Lorenz — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld,
 Gauflachergasse 59.
 Ranzhauser Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Mathildenplatz 3.
 Regner Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Springergasse 30.
 Neuter Eduard — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld,
 Gürtelstraße 35.
 Zeiner Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Ottakring, Ver-
 tholigasse 3.
 Wurst Hedwig — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Karmelitergasse 1.
 Schiffler David — Geschäftsbesorgung — I., Stephansplatz.
 Trostler Bernhard — Geschäftsbesorgung — I., Singerstraße 2.
 Wessely Antonie — Gratulationskarten-Verschleiß — V., Zentagasse 14.
 Brauner David — Handelsagentie mit Rohproducten — II., Theresien-
 gasse 10.
 Straßer Michael, Gerbel Josef — Handel mit Börseffecten — I.,
 Schottenbastei 16.
 Schlesinger David, Wolf Arthur — Handschuhwarenhandel — I., Franz
 Josefs-Quai 1 a.
 Baumgartner Marie — Herausgabe der periodischen Druckschrift „Conlisse“
 — I., Wällischgasse 8.
 Brömer-Elmershausen Ernst — Herausgabe der Druckschrift „Brömer's
 Nachrichten“ — I., Opernring 8.
 Kleinberg Ludwig — Herausgabe der periodischen Druckschrift „Wiedenski
 Przeglad Finansowy“ — I., Bartensteingasse 16.
 Lindenberger Jacques — Herausgabe der Druckschrift „Europ. Courier“ —
 I., Regensburgerhof 1.
 Daniel Rosa — Juwelen-Verschleiß — II., Große Schiffgasse 30.
 Edenberger Anna — Kleidermacherin — I., Kohlmeßergasse 3.
 Galler Laura — Kleidermacherin — II., Obere Donaustraße 20.
 Kay Rosa — Kleidermacherin — II., Obere Donaustraße 53.
 Rauba Marie — Kleidermacherin — XVIII., Währing, Gürtelstraße 65.
 Nevojad Josef — Kleidermacher — XIV., Rudolfshaus, Goldschlagstr. 57.
 Weiß Bertha — Kleidermacherin — II., Pazmanitengasse 7.
 Hauser Anna — Kleinfuhrwerk — V., Diehlgasse 21.
 Rotarides Johann Heinrich — Küchengeräthhandel — XVI., Ottakring,
 Yppenplatz 8.
 Medina Isak Abraham — Nieder-Erzeugung — II., Tandelmarkt 17.
 Thummer Kaspar — Milchmeier — XVI., Fröbelgasse 9.
 Kauf Anna — Milch-Verschleiß — I., Hoher Markt.
 Hoffmann Anna — Milch-, Gebäck- und Canditen-Verschleiß — XVII.,
 Annagasse 18.
 Woposchall Marie — Modistin — V., Griesgasse 43.
 Zelniczel Josef — Möbel-Verschleiß — I., Naglergasse 21.
 Hauszka Elisabeth — Musikergewerbe — II., Nordbahnstraße 4.
 Ulrich Marie — Musikergewerbe — XVII., Kirchengasse 55.
 Desfré Franco Emile Napoleon — Naturblumenhandel — I., Himmel-
 pfortgasse 5.
 Schießl Pauline — Obst-, Grünzeug-, Blumen-, Butter- und Eierhandel
 im Umherziehen — II., Große Mohrergasse 13.
 Kleba Rosa — Papier-, Kurz- und Galanteriewaren-Verschleiß — IV.,
 Favoritenstraße 39.
 Hosh Marie Leopoldine — Pfaidlerin — II., Laborstraße 20.
 Robath Leopoldine — Pfaidlerin — I., Operngasse 12.
 Rosenzweig Pauline — Pfaidlerin — II., Klosterneuburgerstraße 22.
 Steiner Anna — Pfaidlerin — II., Malzgasse 14.
 Steinger Marie — Pfaidlerin — XVII., Kirchengasse 40.
 Salzinger Anna — Pferdefleisch- und Selchwaren-Verschleiß — XVI.,
 Wilhelminenstraße 3.
 Wasservogel Arnold — Photograph — III., Radetzkystraße 12.

Schubert Katharina — Privat-Lehranstalt für Maßnehmen, Schnittzeichnen und Kleidermachen — IV., Danhausergasse 9.
 Siefenbacher Marie — Ratenvertiger — XII., Unter-Meidling, Waltergasse 9.
 Planer Siegmund — Schafwolle- und Thierhaare-Commissions-Verschleiß — II., Große Mohrengasse 27.
 Brych Josef — Schuhmacher — IV., Lambrechtgasse 8.
 Kamauf Josef — Schuhmacher — XIV., Hauptstraße 58.
 Jellinek August — Schuhwische und Lederfarbe-Erzeugung — II., Ranschersstraße 27.
 Packeifer Eduard — Spirituosenhandel — X., Wielandplatz 10.
 Schnürmacher Karl — Spirituosenhandel — II., Prager Reichsstr. 2.
 Schönfeld Moriz — Trödler — XV., Märzstraße 36.
 Deutsch Martin — Victualienhandel — IV., Kärnthnerthormarkt.
 Mihaly Francisca — Victualienhandel — II., Volkertplatz.
 Hasnegger Marie — Victualien-Verschleiß — VIII., Josefstädterstr. 23.
 Kegelmann Johann — Victualien-Verschleiß — V., Reimprechtsdorferstraße 42.
 Lebeda Marie — Wäscheputzerin — II., Darwingasse 6.
 Paß Leopold — Zuckerbäckerwaren- und Canditen-Verschleiß — XVI., Kirchstettergasse 52.
 Kaar Marie — Zuckerverwaren-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Gürtel 31.

Inhalt:

Seite

Gemeinderath:
 Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 3. April 1894.
 Inhalt:
 Mittheilungen des Vorsitzenden:
 1. Entschuldigung der Gem.-Räthe v. Götz, Dolainski und Gierster wegen Fernbleibens 797
 2. Zuschrift des n.-ö. Landesauschusses, enthaltend die Entscheidung des Landtages über den von 37 Mitgliedern des Gemeinderathes eingebrachten Protest gegen den Beschluss desselben vom 3. November 1893, betreffend die nachträgliche Genehmigung zur Veräußerung von Wertpapieren 797
 3. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Rührl, betreffend die Erledigung des Gesuches der Neuen Wiener Tramway-Gesellschaft um Bewilligung der Geseiseverlegung aus der Planengasse in die Ullmannstraße im XIV. Bezirke 797
 4. Desgleichen jener des Gem.-Rathes Eigner, betreffend die Behebung von Uebelständen anlässlich der Legung der Wasserleitungsrohre im XVII. Bezirke 797
 5. Desgleichen jener des Gem.-Rathes Gräß, betreffend die außerordentliche Verwendung des Kanzlei- und Hilfsbeamtenpersonales im magistratischen Bezirksamte für den XVI. Bezirk, respective die Vermehrung des Personales daselbst 798
Interpellationen:
 6. Gem.-Rath Herold, betreffend Maßnahmen gegen das die Sicherheit des Publicums gefährdende Radfahren 798
 7. Gem.-Rath Dr. Friedjung, betreffend die Erfüllung der Vertragspflichten seitens der Gasgesellschaft 798
 8. Gem.-Rath Dr. Lueger, betreffend dieselbe Angelegenheit 798
 9. Gem.-Rath Schuh, betreffend die Heranziehung des Stadterweiterungsfondes zur Regulierung der Inneren Stadt und zur Errichtung von Markthallen 799
 10. Gem.-Rath Dr. Lueger, betreffend die Flüssigmachung der Congrua an den Seelsorger der städt. Versorgungsanstalt in Riefing 799
Antrag:
 11. Gem.-Rath R. J. Müller, betreffend die Hintanhaltung des abnormalen Absterbens der Alleebäume an der Ringstraße, Lastenstraße etc. 799
Referate:
 12. Gem.-Rath Dr. Stenzl, betreffend die Bewilligung eines Zuschusscredits anlässlich der Vetheiligung der Stadt Wien an der Ausstellung in Antwerpen im Jahre 1894 800
 13. Gem.-Rath Wurm, betreffend die Baulinienbestimmung für die Sternengasse und Marc Aurelstraße im I. Bezirke 800
 14. Gem.-Räthe Boschan und Mayer, betreffend den Hauptvoranschlag der Gemeinde Wien pro 1894 (Fortsetzung der General-Debatte) 800
 Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 5. April 1894.
 Inhalt:
 Mittheilungen des Vorsitzenden:
 1. Entschuldigung der Gem.-Räthe Erndt, Kirchmayer und Dr. Mittler wegen Fernbleibens 815

2. Desgleichen der Gem.-Räthe Stiaßny, Markl und Vaugoin 815
 3. Beurlaubung des Gem.-Rathes Jawranek 815
 4. Entschuldigung des Gem.-Rathes Steiner wegen Fernbleibens 815
 5. Berichtsleistung des Gem.-Rathes Noske auf sein Mandat als Stadtrath 815
 6. Spende der Frau Anna Prix für die Stadtbibliothek 816
 7. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Dr. Lueger, betreffend die Flüssigmachung der Congrua an den Seelsorger der städt. Versorgungsanstalt in Riefing 816
Interpellation:
 8. Gem.-Rath Sauerborn, betreffend den Gasarbeiterstreik . . . 816
 9. Befanntgabe des Standes der Angelegenheit, betreffend die Errichtung einer städtischen Brandschaden-Versicherungsanstalt . . . 816
Referate:
 10. Gem.-Rath Mayenauer, betreffend die Verletzung von Alleebäumen anlässlich der Alsbachleinwölbung (Zuschusscredit) . . . 817
 11. Gem.-Rath Schneiderhan, betreffend die Bestellung eines Ansehers für die Schöpferwerke in Altamansdorf und Hengendorf 817
 12. Derselbe, betreffend die Bestellung des Aufsichtspersonales für die Schöpferwerke in Penzing, Baumgarten und Hütteldorf . . . 817
 13. Vice-Bürgermeister Dr. Richter, betreffend Herstellungen an dem städtischen Bade in Hütteldorf 818
 14. Gem.-Räthe Boschan und Mayer, betreffend den Hauptvoranschlag der Stadt Wien pro 1894 (Schluss der General-Debatte) 818
Beschluss-Protokoll der vertraulichen Sitzung des Gemeinderathes vom 5. April 1894.
 Inhalt:
 1. Gem.-Rath Witzelsberger, betreffend Verleihung der goldenen Salvator-Medaille an den Männergesangverein „Frohstimm“ . . . 827
 2. Gem.-Rath Dr. Vogler, betreffend Verleihung der goldenen Salvator-Medaille an die Armenräthe A. Baumann und F. Szasz 827
 3. Gem.-Rath Mitt. v. Neumann, betreffend die Prämüierung der Projecte für den General-Regulierungsplan 827
 4. Gem.-Rath Rüdau, betreffend Verleihung der großen goldenen Salvator-Medaille an F. Grüner 828
 5. Gem.-Rath Dr. Huber, betreffend Fortbezug der Gnadengabe für Anna Frmler 828
 6. Derselbe, betreffend Gnadengabe für F. Krejciril 828
 7. Gem.-Rath Dr. v. Billung, betreffend gnadenweise Abfertigung an C. Bunz 828
 8. Derselbe, betreffend die Pensionierung des Religionsprofessors A. Brendler 828
 9. Gem.-Rath Mayenauer, betreffend Fortbezug der Gnadengabe für Josefa Herrman 828
Stadtrath:
 Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 29. März 1894 828
 Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 30. März 1894 832
Allgemeine Nachrichten:
 Commission für Verkehrsanlagen in Wien 834
 Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Rudolfsheim 834
 Trottoirbespritzung 834
Schulnachrichten:
 Bezirksschulrath der Stadt Wien 835
Approvisionnement:
 Täglicher Fleischmarkt vom 1. bis 7. April 1894 835
 Pferdemarkt vom 6. April 1894 836
 Schlachtviehmarkt vom 9. April 1894 836
 Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 7. April 1894 836
 Bierpreise im Monate März 1894 836
 Städtisches Lagerhaus 836
Gewerbe-Angelegenheiten:
 Genossenschaft der Gemischtwaren-Verschleißer 836
 Genossenschaft der Claviermacher und Orgelbauer 837
 Genossenschaft der Plattierer 837
 Ausweis über das Lehrtlingsstellen-Nachweiseamt des Wiener Magistrates 837
Baubewegung:
 Gesuche um Baubewilligungen vom 5. bis 9. April 1894 837
 Ertheilte Bauconsense vom 1. bis 31. März 1894 838
 Gewerbeanmeldungen 842
Kundmachungen.
 Beilage: Mittheilungen des statistischen Departements des Wiener Magistrates pro Februar 1894.

Offert-Ausschreibungen *)

1894.

Tag und Stunde	Ort (Bureau)	Gegenstand
der Offertverhandlung		
14. April 10 Uhr	Departement V (Mag.-Rath Linsbauer)	Z. 41399. Vergebung der Erd- und Baumeister- arbeiten für den Neubau eines Haupt- Unrathscanales aus Beton in der ver- längerten Webgasse im VI. Bezirke im Kostenbetrage von 2850 fl. 59 kr. und 500 fl. Pauschale. 3—3
16. April 10 Uhr	detto	Z. 152939, V. Erd- und Pflasterungsarbeiten für die Neupflasterung der Sandwirthgasse zwischen der Marchetti- und Thurnburg- gasse im VI. Bezirke mit dem veran- schlagten Kostenbetrage von 2159 fl. 20 kr. und 200 fl. Pauschale. 3—3
17. April 10 Uhr	detto	M.-Z. 162196. Vergebung der Erd- und Baumeister- arbeiten für den Neubau eines Haupt- Unrathscanales aus Beton in der Neuen Gasse nächst der Johannesgasse und den Umbau eines Theiles des Haupt-Un- rathscanales in der Johannesgasse im XII. Bezirke im veranschlagten Kosten- betrage von 3085 fl. 14 kr. und 400 fl. Pauschale. 2—3
18. April 10 Uhr	detto	M.-Z. 32805. Vergebung der Erd- und Baumeister- arbeiten für den Neubau eines Haupt- Unrathscanales aus Beton in der Schwangasse und am Neuen Markt im I. Bezirke im veranschlagten Kosten- betrage von 1962 fl. 74 kr. und 500 fl. Pauschale. 2—3
19. April 10 Uhr	detto	Vergebung der Erd- und Baumeister- arbeiten für den Umbau des Haupt- Unrathscanales aus Beton in der Erd- bergstraße im III. Bezirke von Nr. 72 bis 76 im veranschlagten Kostenbetrage von 1845 fl. 68 kr. und 200 fl. Pau- schale. 1—3

Tag und Stunde	Ort (Bureau)	Gegenstand
der Offertverhandlung		
20. April 10 Uhr	Departement V (Mag.-Rath Linsbauer)	Vergebung der Erd- und Baumeister- arbeiten für den Neubau eines Haupt- Unrathscanales in der Gürtelstraße nächst der Belvederelinie und die Herstellung eines Wasserlaufcanales in der neu zu eröffnenden Strecke der Gürtelstraße im III. Bezirke im Kostenbetrage von 3477 fl. 70 kr. und 400 fl. Pauschale, beziehungsweise von 1105 fl. 11 kr. 1—3
21. April 10 Uhr	detto	Vergebung der Erd- und Baumeister- arbeiten für den Neubau eines Haupt- Unrathscanales in der Clusiusgasse im IX. Bez. im Kostenbetrage von 1591 fl. 9 kr. und 300 fl. Pauschale. 1—3

*) Pläne, Kostenanschläge u. können im Stadtbauamte während der Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der Bedingungen sind bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. erhältlich.

Offerenten haben ein Exemplar der bezüglichen Bedingungen mit den dem Projecte beiliegenden Original-Bedingnissen genau in Übereinstimmung zu bringen, eventuell zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu übergeben.

Dem Offerte ist ein Badium von 5 Percent der Kostenanschlagssumme anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf später einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlungen, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämtlichen Offerenten behält sich die Gemeinde vor.

Prot.-Nr. 40845.

Ref.-Nr. 522 ex 1894. IV.

Kundmachung.

(Offertanschreibung.)

Wegen der Sicherstellung der Lieferung von 83 Stück Sitzbänken nach dem Muster der Ringstraßenbänke für die städt. Gartenanlagen in den einzelnen Gemeindebezirken von Wien wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am Samstag den 21. April d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp, im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Bedingungen im obigen Bureau während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versiehenden Offerte ist das vorgeschriebene Badium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 7. April 1894.

1—2

Prot.-Nr. 53329 ex 1894.

IV.

Kundmachung.

(Offertanschreibung.)

Wegen Vergebung der Demolierung der städtischen Häuser Dr.-Nr. 98 und 100 Erdbergstraße, III. Bezirk, wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am Montag den 16. April d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp, im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Bedingungen im Stadtbauamte ebendasselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versiehenden Offerte ist das vorgeschriebene Badium per 200 fl. anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 3. März 1894.

2—2

Prot.-Nr. 61971 ex 1894.

838. IV.

Kundmachung.

(Licitation.)

Wegen Veräußerung von verschiedenen alten, seitens der Gemeinde nicht mehr verwendbaren Gegenständen, insbesondere von Schmiede- und Gusseisen, Weißblech, Kupfer, Zink, Messing, Metall, Woll- und Leinenstrazzen, Leder-, Gummi- und Hanfzeug, Seilen, eisernen und kupfernen Kesseln, Feuersprizen und Wasserwägen, verschiedenen Karren, Krankentragen, Beleuchtungs-Gegen-

ständen, Baumaterialien u. s. w. u. s. w., wird am Dienstag den 24. April 1894, um 9 Uhr vormittags, im städtischen Material-Depot im IX. Bezirk, Kossauerlande 23, eine öffentliche Versteigerung abgehalten werden.

Kauflustige werden hiezu mit dem Bemerken eingeladen, daß die zur Veräußerung gelangenden Gegenstände täglich von 8 bis 2 Uhr im oben bezeichneten Depot besichtigt werden können und daß die erstandenen Gegenstände sogleich bar bezahlt und binnen längstens drei Tagen, vom Erstehungstage gerechnet, aus dem Depot abgeholt werden müssen, da über diese Zeit hinaus für die Richtigkeit des Gewichtes und für den unveränderten Zustand der erstandenen Objecte keine weitere Haftung übernommen wird.

Nach Ablauf von acht Tagen würde ein Lagerzins von einem halben Percent der Erstehungssumme für jeden angefangenen Tag eingehoben werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, den 7. April 1894.

1—3

3. 56529.

XVII.

Kundmachung.

(Licitation.)

Am 8., 9. und 10. Mai 1894, eventuell auch an den folgenden Tagen werden Pretiosen, Taschen- und Pendeluhren, Spiegel, Bilder, Möbel, Nähmaschinen, feuerfeste Cassen, Spengler-, Tashner- und Schuhwaaren, Operngläser, Kleider und Kleiderstoffe, Claviere, Bücher, Geschäftseinrichtungen u. s. w. im Wege der öffentlichen Versteigerung an den Meistbietenden gegen bare Bezahlung hintangegeben werden.

Kauflustige wollen sich an den genannten Tagen im Rathhause, VI. Hof, Parterre, einfinden.

Die Auktionsstunden sind von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 4. April 1894.

1—3

G.-3. 30843.

X.

Kundmachung.

(Lehrstelle.)

Auf Grund des Beschlusses des Wiener Stadtrathes vom 21. März 1894, Z. 1786, kommt vom Beginne des Schuljahres 1894/95 am Leopoldstädter Communal-Real- und Ober-Gymnasium in Wien eine definitive Lehrstelle für Freihandzeichnen zur Besetzung.

Mit dieser Lehrstelle sind die für definitive Lehrpersonen an Staatsmittelschulen geltenden Bezüge, nämlich ein jährlicher Gehalt von 1200 fl., fünf Quinquennalzulagen à 200 fl. und eine Activitätszulage von 500 fl. verbunden.

Die Verleihung dieser Lehrstelle ist auch an die Bedingung geknüpft, daß sich die Competenten rücksichtlich der Lehrverpflichtung (des Ausmaßes von wöchentlich zu ertheilenden Lehrstunden u. s. w.) in Gemäßheit des Gemeinderaths-Beschlusses vom 3. Juli 1883, Z. 2907, den für das Lehrpersonale an den k. k. Staats-Mittelschulen geltenden gesetzlichen Bestimmungen und zufolge Gemeinderaths-Beschlusses vom 9. October 1888, Z. 455, der für die communalen Beamten und Diener bestehenden Dienstpragmatik unterwerfen, daher sich insbesondere auch an andere communale Mittelschulen Wiens versetzen lassen, und zweitens sich reversmäßig verpflichten, den Communaldienst niemals während der Dauer eines Schuljahres zu verlassen und gelegentlich der seinerzeitigen Übernahme in den Staatsdienst die Dienst- und Carentaxen zu entrichten.

Bewerber um diese Stelle haben ihre vollständig, insbesondere auch mit dem Nachweise der österreichischen Staatsbürgerschaft und mit dem staatsgiltigen Lehrbefähigungszeugnisse, sowie den Verwendungszugnissen instruierten, an den Wiener Stadtrath gerichteter Gesuche bis längstens 15. Mai 1894 beim Magistrate der Stadt Wien zu überreichen.

Auf verspätet eingelangte oder nicht gehörig belegte Gesuche kann keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 27. März 1894. 1—3

Z. 59590

XI.

Currende.

Infolge Pensionierung des Verwalters der städtischen Versorgungsanstalt in Wien, Herrn Theodor Knobloch, ist eine Versorgungshaus-Verwalterstelle in der VIII. Rangklasse in Erledigung gekommen und soll deren Besetzung demnächst erfolgen.

Sollte diese Stelle durch Beförderung eines Verwalters der IX. Rangklasse zur Besetzung gelangen, so wird dadurch eine Versorgungshaus-Verwalterstelle in der IX. Rangklasse, und falls auch dieser Dienstposten im Beförderungswege besetzt werden sollte, eine Officialstelle in der X. Rangklasse I., rücksichtlich II. Kategorie, eventuell auch eine Accessistenstelle der XI. Rangklasse erledigt.

Weiters ist derzeit noch eine Officialstelle der X. Rangklasse II.-Kategorie im städtischen Versorgungshause am Alserbach erledigt, welche unter einem zur Besetzung gelangen wird.

Mit allen diesen Dienstposten sind die systemisierten Bezüge der vorerwähnten Rangklasse VIII bis inclusive XI und der Genuß einer Naturalwohnung im Anstaltsgebäude verbunden.

Die Herren Bewerber um diese Stellen wollen ihre mit den erforderlichen Beilagen im Sinne der §§ 7 und 8 der Dienstpragmatik für die städtischen Beamten versehenen Gesuche bis längstens 15. April 1894 im Einreichungsprotokolle des Magistrates umso gewisser überreichen, als auf später einlangende Gesuche keine Rücksicht genommen werden wird.

Wien, am 30. März 1894.

Der Magistrate-Vice-Director:

Tschau.

2—2

M. D. Z. 434.

Currende

für die Herren Magistrats-Secretäre, Magistrats-Commissäre, Magistrats-Concipisten 1. und 2. Kategorie und Concepts-Praktikanten.

Infolge des Ablebens des Herrn Magistratsrathes Eduard Wierer gelangen im Status der Conceptsbeamten

1 Magistratsrathsstelle in der VII. Rangklasse,

1 Magistrats-Secretärstelle in der VIII. Rangklasse,

1 Magistrats-Commissärstelle in der IX. Rangklasse,

1 Magistrats-Concipistenstelle in der X. Rangklasse, 1. Kategorie,

1 Magistrats-Concipistenstelle in der X. Rangklasse, 2. Kategorie,

sämmtliche Stellen mit den systemisierten Bezügen zur Besetzung.

Diejenigen von den Herren Conceptsbeamten, welche sich um eine dieser Stellen bewerben wollen, haben ihre diesbezüglichen Kompetenzgesuche längstens bis inclusive 18. April 1894 im magistratischen Einreichungs-Protokolle zu überreichen.

Auf später einlangende Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Wien, am 7. April 1894.

Der Magistrate-Vice-Director:

Tschau.

1—2

Z. 58702.

III.

Currende

für die städtischen Beamten.

Zu der Wasserheilanstalt in Kaltenleutgeben ist für die drei Curperioden im Jahre 1894, nämlich:

vom 1. Mai bis 15. Juni

„ 16. Juni „ 31. Juli

„ 1. August „ 15. September

an je einen curbedürftigen städtischen Beamten ein Freiplatz in der Weise zu vergeben, daß der Betreffende unentgeltlich Wohnung, Kost, Bäder und ärztliche Behandlung erhält.

Gesuche um Verleihung eines dieser Freiplätze, welche zugleich auch das Ansuchen um Ertheilung des erforderlichen Urlaubes zu enthalten haben, sind mit dem Nachweise über die Curbedürftigkeit bis längstens 15. April 1894 im Einreichungsprotokolle des Magistrates zu überreichen.

Wien, am 31. März 1894.

Der Magistrate-Director:

Krenn.

2—3

3. 38043.

XII.

Kundmachung.

(Rothschild'sche Waisenstiftung.)

Bei der Freiherr Anselm v. Rothschild'schen Waisenstiftung für die k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien sind 42 Unterstützungsbeträge von je 100 (Einhundert) Gulden ö. W. an solche Waisen christlicher Religion zu vergeben, die in Wien heimatberechtigt sind und von würdigen und armen Personen abstammen.

In Gemäßheit der stiftbrieflichen Bestimmungen sind von den zu betheiligenden Waisen in erster Reihe solche zu bedenken, deren Väter entweder verarmte und nothleidende Kaufleute und Handelsgenossen oder aber auch Künstler, d. h. Maler, Bildhauer, oder endlich Kunstgewerbe ausübende Handwerker waren. Andere Waisen, bei welchen diese speciellen Vorbedingungen nicht eintreffen, können dann unter übrigens gleichen Umständen in zweiter Reihe berücksichtigt werden.

Die mit einem solchen Stiftungsgenüsse zu betheiligenden Waisen dürfen nicht weniger als sechs Jahre alt sein und sollen zur Zeit ihrer Bewerbung das 18. Lebensjahr nicht überschritten haben.

Die im schulpflichtigen Alter Stehenden müssen die Schule besuchen, tadellose Sitten und mindestens einen guten Fortgang in den Lehrgegenständen ausweisen.

Stiftlinge, die in ihrem 15. oder 16. Lebensjahre in den Genuß dieser Stiftung gelangen, können den Unterstützungsbetrag per 100 fl. bei ausgezeichnete Verwendung und sehr gutem Fortgange in ihren Ausbildungsstudien durch längstens drei aufeinander folgende Jahre ohne Unterbrechung beziehen, während die übrigen Bewerber den Stiftungsgenuss per 100 fl. in der Regel nur für ein Jahr erhalten.

Gesuche um eine solche Unterstützung müssen mit dem Zuständigkeitsausweise, einem legalen Armutzeugnisse, dem Nachweise der Verwaisung, dem Taufschneide, eventuell mit den Schulzeugnissen des zu Betheiligenden und bei Geltendmachung des erwähnten Vorzugsrechtes mit den erforderlichen Nachweisungen über dasselbe belegt sein und längstens bis einschließlich 15. Mai d. J. im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates überreicht werden; auf später einlangende Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 28. März 1894.

2—3

3. 25137.

X.

Kundmachung.

(Anton Schey'sche Studien-Stiftung.)

Vom 1. November 1894 angefangen gelangen zehn Anton Schey'sche Stipendien im Betrage von je zweihundertvierundneunzig Gulden (294 fl.) ö. W. jährlich an arme, fleißige Studenten ohne Unterschied der Confession zur Vergebung, und zwar werden je zwei an Hörer der juridischen, medicinischen und philosophischen

Facultät an der k. k. Universität in Wien, je eines an einen Hörer der k. k. technischen Hochschule in Wien und an einen Hörer der k. k. Hochschule für Bodencultur in Wien und zwei an Hörer der juridischen Facultät an der k. k. Universität in Graz verliehen werden.

Der Genuß eines Stipendiums erstreckt sich in der Regel auf die ganze Studiendauer an der betreffenden Facultät, beziehungsweise Hochschule und erlischt außer mit dem Ablaufe der normalen Studiendauer nur mit dem etwa früher eintretenden Abgange von der betreffenden Hochschule. Für den Fall, als der Stiftling den Doctorgrad anstrebt, kann der Stipendiengenuß über Ansuchen noch um ein Jahr verlängert werden.

Bewerber um eines dieser Stipendien haben ihre Gesuche mit einem Mittellosigkeits- oder Armutzeugnisse, einem Sittenzeugnisse und dem Nachweise ihrer Studienerfolge, insbesondere aus dem zuletzt absolvierten Studienjahre zu belegen und bis längstens 2. Mai 1894 bei dem betreffenden Professoren-Collegium einzubringen.

Nur die mit einem legalen Armutzeugnisse versehenen Gesuche sind stempelfrei.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 15. März 1894.

3—3

3. 25136

X.

Kundmachung.

(Anton Schey'sche Künstler-Stiftung.)

Vom 1. November 1894 angefangen gelangen zwei Anton Schey'sche Künstler-Stipendien jährlicher je dreihundertfünfundzehn Gulden (315 fl.) ö. W. an talentierte Schüler der allgemeinen Malerschule oder Specialschule für historische Malerei, Landschaftsmalerei oder Thiermalerei an der k. k. Akademie der bildenden Künste in Wien zur Verleihung.

Der Genuß eines dieser Stipendien erstreckt sich in der Regel auf Studiendauer und erlischt außer mit dem Ablaufe der normalen Studiendauer nur mit dem etwa früher eintretenden Abgange von der genannten Hochschule.

Der Stipendiengenuß kann jedoch für den Fall besonders günstiger Studienerfolge über Ansuchen des Stiftlings noch um ein oder zwei Jahre behufs weiterer künstlerischer Ausbildung an einer öffentlichen oder Privat-Malerschule des In- oder Auslandes verlängert werden.

Bewerber um eines dieser Stipendien haben mit einem Armut- oder Mittellosigkeitszeugnisse, sowie mit einem Sittenzeugnisse und den Nachweisen ihrer bisherigen Studienerfolge und mit Kunstproben belegten Gesuche bis längstens 2. Mai 1894 bei dem Professoren-Collegium der k. k. Akademie der bildenden Künste in Wien einzureichen.

Nur die mit einem legalen Armutzeugnisse versehenen Gesuche sind stempelfrei.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 15. März 1894.

3—3

Zur coulantesten Besorgung aller
im Cursblatte notirten
Effecten und Valuten
bestens empfohlen:

Wechselstube des Bankhauses
SCHELHAMMER & SCHATTERA

WIEN, I.,
Kärntnerstrasse
Nr. 20.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und  Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 30.

Freitag, den 13. April 1894.

Jahrgang III.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.
" " mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr.
Einzelneemplare à 10 kr. im Redactionölocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Sitzungen des Gemeinderathes.

Dienstag, den 17. April 1894, 5 Uhr nachmittags.

Freitag, den 20. April 1894, 5 Uhr nachmittags.

Stenographischer Bericht

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **6. April 1894** unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Raimund Gröbl und des Vice-Bürgermeisters Dr. Albert Richter.

Bürgermeister Dr. Gröbl: Die Versammlung ist beschlussfähig, die Sitzung eröffnet.

1. Meine Herren! Unser österreichisches Vaterland hat einen schweren Verlust erlitten. (Die Versammlung erhebt sich.) Mit Franz Schmeykal ist eine der edelsten Gestalten, ein treuer Patriot, der Führer der Deutschen in Böhmen, zu den Todten hinabgesunken. Die Reinheit seines Charakters, der Adel seines Wesens haben im Augenblicke seines Todes alle Meinungsverschiedenheiten überwunden. Beweis dessen die Hochachtung, mit welcher alle Parteien in Böhmen an der Bahre von dem Wirken des edlen Todten sprachen.

Der Gemeinderath wird wohl einverstanden sein, wenn ich Anlaß nehme, um dem Gefühle allgemeiner Theilnahme in geeigneter Weise Ausdruck zu geben. (Beifall.)

2. Herr Gem.-Rath Dr. Stenzl entschuldigt sein Ausbleiben von der heutigen Plenarsitzung, ebenso Herr Gem.-Rath Josef Müller und Herr Gem.-Rath Ziegelwanger wegen geschäftlicher Angelegenheiten.

3. Ich habe die Ehre, die Interpellation der Herren Gem.-Räthe Dr. Friedjung und Dr. Lueger in Folgendem zu beantworten:

Sofort nach Beginn des Strikes der Gasarbeiter hat das Stadtbauamt täglich Erhebungen über den Gasdruck und die Lichtstärke vorgenommen und liegt nun ein Bericht dieses Amtes vor. Nach dem Gasvertrage § 14 ist ein Druck von 15 mm Wassersäule während der Dauer der öffentlichen Beleuchtung und von nicht unter 10 mm bei Tag, und nach § 16 des Vertrages ist die Leuchtkraft des Gases mit einem Minimum von 14 englischen Normal-Spermacetkerzen für 14 l Gas pro Stunde vorgeschrieben.

Durch die Erhebungen hat sich ergeben, dass vom 29. März an eine Reducierung des Gasdruckes bemerkbar war (Gem.-Rath Dr. Friedjung: Hört!), welcher am 31. März, dem Tage des geringsten Druckes, während der Zeit der öffentlichen Beleuchtung nur im IX. Bezirke um durchschnittlich 3 mm geringer als der vertragsmäßige war.

Auch während des Tageszeit sank der Druck nur im IX. Bezirke am 31. März um durchschnittlich 2 mm unter das Minimum. In den übrigen Bezirken ist der Gasdruck unter das vertragsmäßige Minimum nicht gesunken. (Gem.-Rath Gregor: Aber ja!) — Ich spreche auf Grund der Erhebungen des Bauamtes. Wenn die Herren in der Lage sind, andere Angaben zu machen, werde ich dieselben zum Gegenstande von Erhebungen machen. — Rückichtlich der Lichtstärke wurde kein Mangel gegenüber dem Vertrage bei der öffentlichen Beleuchtung constatirt. Wenn bei Privaten Gasmotoren zeitweise außer Betrieb gekommen sein sollen, so erklärt sich das nach Ansicht des Bauamtes dadurch, dass bei der Anlage und Construction derselben auf den in der Regel bestehenden größeren Gasdruck gerechnet wird, als im Vertrage vorgeschrieben ist. Ebenso ist es nach Angabe des Bauamtes eine Thatsache, dass die Installation in Privathäusern oft infolge sparsam gewählter Rohrcaliber nur bei sehr hohem, im Vertrage nicht geforderten

Druck entsprechend functioniere und daß daher Mängel eintreten, wenn der Überdruck zeitweise sinkt.

Im Falle begründeter Beschwerden wird der Magistrat nach § 32 des Gasvertrages unbeschadet der Verpflichtung der Gasgesellschaft zum Schadenersatz und der vertragsmäßigen Rechte der Gemeinde gegen die Gasgesellschaft vorgehen.

Ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen.

Ich bitte um Mittheilung des Einlaufes.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenkh (liest):

4. Interpellation der Gem.-Räthe Fuchs und Böhrl:

Die Dampftramway im XII. und XIII. Bezirke Wiens hat ihre Geleise in der Mitte der Jakobsgasse, Hiegingerstraße, Lainzer und Speisinger Hauptstraße. Die Erfahrung hat bewiesen, daß das Befahren dieser sehr engen Straßenzüge mit Locomotiven äußerst gefährlich und unzulässig ist, weil Menschen überführt, Pferde scheu geworden und die größten Unglücksfälle vorgekommen sind und noch vorkommen werden.

Es ist sonach dringend geboten, gegen diesen Eisenbahnbetrieb an maßgebender Stelle einzuschreiten, um die Verlegung der Geleise aus diesen engen Straßen zu erwirken, um weitere Unglücksfälle zu verhindern.

Ich stelle aus diesen Gründen folgende Interpellation:

Ist der Herr Bürgermeister bereit, an maßgebender Stelle dahin zu wirken, daß die Tramway-Gesellschaft vormals Krauß & Comp. beauftragt werde, ihre Geleise aus der Jakobsgasse an die Wien und aus der Hieginger, Lainzer und Speisinger Hauptstraße, abseits von diesen mit Wagen stark befahrenen Straßenzügen ehestens zu verlegen, damit Unglücksfälle für die Zukunft vermieden werden?

Bürgermeister: Ich werde die Ehre haben, diese Interpellation in der nächsten Sitzung zu beantworten.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenkh (liest):

5. Interpellation des Gem.-Rathes Silberer:

Nach den übereinstimmenden Berichten der Tagesblätter vom 3. April d. J. hat am 2. d. M. ein wegen Bettelns verhafteter, ganz erwerbsunfähiger, armer Krüppel vor dem Richter ausgesagt, daß ihm eine städtische Armenpfründe von 7 fl. monatlich aus Strafe dafür entzogen wurde, weil er seine Übersiedlung in einen anderen Vorstadttheil nicht angemeldet habe.

Demzufolge erlaube ich mir folgende Fragen:

1. Ist es in irgendeiner gesetzlichen Bestimmung begründet, daß ein solcher armer Teufel für eine einfache Unterlassung so furchtbar hart, durch vollständige Entziehung seiner letzten Substanzmittel für immerwährende Zeit bestraft werde? Findet der Herr Bürgermeister ein solches Vorgehen für zulässig und human?

2. Ist der Herr Bürgermeister geneigt, dafür zu sorgen, daß der betreffende arme Mann seine Pfründe sofort wieder erhalte und ihm dieselbe auch für die Zeit ausbezahlt werde, während welcher dieselbe sistiert war?

Bürgermeister: Ich werde darüber sofort Erhebungen pflegen, diese Interpellation in der nächsten Sitzung beantworten und, wenn nothwendig, bis dahin eine Verfügung treffen. (Gem.-Rath Gregorig: Das sollte schon längst geschehen sein!) Ich bitte, doch nicht in einemfort zu unterbrechen.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenkh (liest):

6. Antrag des Gem.-Rathes Brauneiß:

Auf der Märzstraße im XV. Bezirke sind bis zur Grenze des XIV. Bezirkes (Bouthongasse) die Gaslaternen vermehrt worden. Da nun auf der Märzstraße der Verkehr ein sehr lebhafter ist und auch die Dampftramway daselbst verkehrt, so ist es dringend am Plage, daß die Gaslaternen vermehrt werden.

Auch der Cardinal Rauscherplatz erfreut sich einer egyptischen Finsternis. Ich stelle daher den Antrag:

Der löbliche Gemeinderath beschließe, daß die Beleuchtung durch Vermehrung der Gasflammen in der Märzstraße und am Cardinal Rauscherplatz im XIV. Bezirke ehestens durchgeführt werde.

Bürgermeister: Geht zur geschäftsordnungsmäßigen Vorberathung.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenkh (liest):

7. Antrag des Gem.-Rathes Brauneiß:

In den neu einbezogenen Bezirken sind noch viele unverbaute Gründe, welche ganz brach liegen. Es wurde erst kürzlich eine Interpellation, respective Antrag wegen der immensen Staubentwicklung eingebracht. Diesem Uebelstande wäre ganz leicht abzuhelfen, wenn die Besitzer von solchen Plätzen verhalten würden, dieselben im Frühjahr mit Gras, Klee oder sonstigen Pflanzen zu bebauen; es würde dadurch die Staubentwicklung beinahe ganz aufhören. Was nützt denn da die Straßenbespizung, wenn aus der Umgebung durch den Wind und Sturm ganze Staubwolken in die Straßen und Plätze hineingetrieben werden.

Ich erlaube mir demnach, den Antrag zu stellen:

Der löbliche Gemeinderath beschließe, daß im Verordnungswege der Auftrag gegeben wird, daß die Besitzer von offenen Plätzen, welche brachliegen und sonst keine Verwendung haben, verhalten werden, dieselben mit Gras, Klee oder anderen Pflanzen zu bebauen.

Bürgermeister: Zur geschäftsordnungsmäßigen Vorberathung.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenkh (liest):

8. Antrag des Gem.-Rathes Rauscher:

Bei der Berathung über das Straßen-Präliminare für das laufende Jahr wurde in der Gemeinderaths-Sitzung vom 15. März 1894 der Antrag des Stadtrathes auf Einstellung einer Post von 10.000 fl. zur Herrichtung der Erzherzog Franz Karlstraße im XVII. Bezirke abgelehnt, beziehungsweise der Antrag der Budget-Commission auf Verweigerung dieses Betrages vom Plenum des Gemeinderathes angenommen.

Es ist zweifellos, daß die Erhaltung der Erzherzog Franz Karlstraße, welche Eigenthum des Stiftes Schotten ist, auch dem Eigenthümer dieser Straße obliegt; ebenso zweifellos ist es aber auch, daß sich jener Theil der genannten Straße, welcher sich von der sogenannten Taserl-Eiche bis zur eisernen Brücke über den Halterbach erstreckt, in einem unagbar elenden Zustande befindet. Die Großcommune Wien kann und darf es in ihrem Interesse nicht dulden, daß eine Straße in ihrem Weichbilde gelegen ist, welche als eine der beliebtesten Promenaden der Wiener angesehen werden muß, welche während der schönen Jahreszeit nicht nur von tausenden Spaziergängern, sondern auch von tausenden Equipagen hoher und höchster Herrschaften benützt wird, in einem desolaten, in einem wahrhaft trostlosen Zustande noch fernerhin belassen werde.

Wenngleich in erster Linie das Stift Schotten als Eigenthümerin der Straße für den miserablen Zustand derselben verantwortlich ist, so wird wohl nicht geleugnet werden wollen, daß trotzdem ein gut Theil des Odiums von der Bevölkerung, in Unkenntnis der bestehenden Besitzverhältnisse, auf die Verwaltung der Gemeinde Wien, speciell auf die Verwaltung des XVII. Wiener Bezirkes, überwältigt werden wird.

Da sich aber die Verhandlungen mit dem Grundeigenthümer, nämlich mit dem Stifte Schotten, mögen sie in einem noch so eindringlichen Tone gehalten sein, in bedeutende Länge ziehen können und voraussichtlich auch ziehen werden, da weiter die Herstellung der Straße durch den Schottenwald in einen praktikablen Zustand für die Communalverwaltung Wiens im Interesse des XIII., des XVI. und besonders des XVII. Bezirkes gewissermaßen eine *conditio sine qua non* ist; da endlich in der bereits erwähnten Sitzung vom 15. März d. J. das Plenum des Gemeinderathes einen Betrag von 10.000 fl. als zu hoch erkannt hat, wird der Antrag gestellt:

Es werde, unbeschadet der Einleitung energischer Verhandlungen mit dem Schottenstifte zum Zwecke einer ausgiebigen Beitragsleistung, dem Vorsteher des XVII. Bezirkes ein Betrag von 3000 fl. mit der Verpflichtung angewiesen, die Strecke von der Taserl-Eiche bis zum Halterbache der Erzherzog Franz Karlstraße im Schottenwalde in eigener Regie gegen seinerzeitige Rechnungslegung halbwegs fahrbar herzustellen.

Bürgermeister: Zur geschäftsordnungsmäßigen Vorberathung. Wir kommen zur Tagesordnung. Zum Referate ersuche in den Herrn Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

9. Referent Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich habe die Ehre, Bericht zu erstatten über die Vorlage, betreffend die Entscheidung des Ackerbauministeriums in der Wassereinsleitungs-Angelegenheit. Diese Entscheidung liegt den Herren vor und ich kann mich daher in meinen Ausführungen etwas kürzer fassen. Ich erlaube mir, aufmerksam zu machen, daß es zwei Hauptangelegen-

heiten waren, um welche es sich beim wasserrechtlichen Verfahren gehandelt hat. In erster Linie waren es die Ansprüche der sogenannten Flasselbesitzer, das sind Besitzer von Ausleitungen aus dem Kehrbacke behufs Bewässerung der angrenzenden Grundstücke.

Das zweite waren die Ansprüche, welche von den Wasserwerksbesitzern am Wiener-Neustädter Canale gegen die Gemeinde Wien bei der wasserrechtlichen Verhandlung geltend gemacht wurden. In diesen beiden Richtungen hat die erste Instanz den Standpunkt der Gemeinde getheilt und erklärt, die Entschädigung an die Flasselberechtigten sei nicht in Geld zu leisten, sondern dadurch, daß die Ausleitungen so reguliert werden, daß ungeachtet der Wasserentnahme immer genug Wasser aus den Ausleitungen auf die Grundstücke komme, so daß eine Beeinträchtigung in der Bewässerung nicht eintritt. Die Herren werden sich noch aus früheren Zeiten erinnern, daß die Ansprüche der sogenannten Flasselbesitzer mit über 100.000 fl. beziffert worden sind. Es ist daher für die Gemeinde von größter Wichtigkeit gewesen, diesfalls eine andere Art der Entschädigung festgestellt zu sehen, und es ist also thatsächlich erkannt worden, daß die Flasselbesitzer dadurch zu entschädigen sind, daß die Regulierung der Ausleitungs-Vorkehrungen erfolge. Die zweite Instanz hat diesen Standpunkt getheilt und es ist über Recurs der Wasserberechtigten diese Entscheidung bestätigt worden. Es ist in dieser Richtung der Standpunkt der Gemeinde zur Geltung gebracht und die Entscheidung ist rechtskräftig dahin ausgesprochen worden, daß durch entsprechende Regulierungen die Entschädigung der Ansprüche der Flasselbesitzer erfolge. Es ist auch bereits das Project von der Gemeinde innerhalb der bekanntgegebenen Frist, das ist bis Ende 1892, eingebracht worden und über dieses Project wurde das Erkenntnis der Bezirkshauptmannschaft vom 31. October 1893 gefällt. Gegen dieses Erkenntnis wurde der Recurs eingebracht. Es ist daher die Frage der Regulierung selbst bis heute noch nicht rechtskräftig entschieden. Aufmerksam zu machen ist, daß in der zweiten Instanz, sowie in dem Erkenntnis der ersten Instanz bezüglich dieser Regulierung ausdrücklich Folgendes gesagt wird:

„Der Gemeinde Wien wird aufgetragen, vor Beginn der projectierten Wasserentnahme sämtliche Wasserausleitungen der bewässerungsberechtigten Parteien aus dem Kehrbacke auf eigene Kosten der Regulierung zu unterziehen.“

Die zweite Frage ist die Frage der Legitimation der Werksbesitzer am Wiener-Neustädter Canale. Es wurde in erster Instanz dahin entschieden, daß diesen Werksbesitzern direct eine Legitimation zur Stellung von Entschädigungsansprüchen wider die Gemeinde Wien nicht zustehet. Die zweite Instanz hat, diese Entscheidung abändernd, den Werksbesitzern die Legitimation zuerkannt und hat diesfalls ausgesprochen:

Es haben diese Werksbesitzer die Legitimation, und es werde anerkannt, daß die Gemeinde Wien verpflichtet sei, nach § 34 des Gesetzes für jede Beeinträchtigung des vorbezeichneten Benützungsgrechtes den Berechtigten vollen Ersatz zu leisten.

Den Betrag der Entschädigung wird die Bezirkshauptmannschaft nach Rechtskraft der Entschädigung nach § 35 des Gesetzes entsprechend festzustellen haben, sobald vorerst im Sinne des früher bezogenen Artikels 2 des Einführungsgesetzes zum Wasserrechtsgesetze der Umfang jeder einzelnen in Betracht kommenden Berechtigung rechtskräftig festgestellt sein wird, und wenn ich nun annehme, daß ungefähr 33 oder 34 solcher Triebwerke im Wiener-Neustädter Canale bestehen, und wenn nach der Entscheidung für jedes einzelne Werk der Umfang der Berechtigung festzustellen gewesen wäre, so ist

daraus zu ermessen, wie lange Zeit die definitive Erledigung dieser Concession noch in Anspruch genommen hätte. Es ist in dieser Hinsicht dem Verlangen der Gemeinde Rechnung getragen und anerkannt worden, daß diesen Werksbesitzern eine Legitimation, an den Verhandlungen sich zu betheiligen, nicht besitze.

Das ist ausgesprochen in Punkt d der Entscheidung, wo gesagt wird, es wird diese Entscheidung, nämlich jene der Statthalterei, behoben und ausgesprochen, daß die Werksbesitzer am Wiener-Neustädter Canale nicht legitimiert sind, von der Gemeinde Wien einen Schadenersatz anlässlich der projectierten Wasserentnahme zu verlangen, daß daher ihre bei der Verhandlung erhobenen diesfälligen Einwendungen zurückgewiesen werden.

Weiters ist ein Theil der Entscheidung, welcher sub c) formuliert ist. Derselbe bezieht sich auf die austro-belgische Schifffahrts-Gesellschaft in ihrer Eigenschaft als Eigenthümerin des Wiener-Neustädter Schifffahrts-Canales. Diesfalls ist der Gesellschaft die künftige Geltendmachung allfälliger Schadenersatz-Ansprüche vorbehalten. Die Gemeinde Wien hat diesen Vorbehalt in einer gewissen Richtung angefochten; es ist jedoch nach den Ausführungen der Ämter und nach den Bemerkungen des Stadtanwaltes die Entscheidung eine solche, daß die Gemeinde sich damit beruhigen und ohne Gefahr für ihre Interessen auf die Führung eines außerordentlichen Rechtszuges zur Einbringung einer Beschwerde verzichten kann.

Außer diesen wichtigen Entscheidungspunkten sind noch minder wichtige. Dazu zählt in erster Linie die Entscheidung, welche sich bezieht auf einen Entschädigungsanspruch, welcher für das Religionsfondsgut Wiener-Neustadt wegen Beeinträchtigung der Fischerei in der Fische gestellt worden ist. Dieser Anspruch wurde in erster Instanz abgewiesen, in zweiter Instanz wurde eine Entschädigung von 700 fl. zugesprochen. Hier wird in dritter Instanz diese Entschädigung von 1186 fl. festgesetzt. Die Differenz ist keine wesentliche und die Angelegenheit selbst keine so bedeutende, daß sich deshalb die Ergreifung einer Beschwerde empfiehlt, wobei noch zu berücksichtigen kommt, daß, wenn eine der Parteien mit der ausgesprochenen Ziffer nicht zufriedengestellt ist, sie das Recht hat, im ordentlichen Rechtswege selbst die Entschädigungsziffer feststellen zu lassen. Es könnte also hier eine Beschwerde nur wegen der Frage, daß überhaupt auf eine Entschädigung erkannt wurde ergriffen werden. Diesfalls empfiehlt sich eine solche Beschwerde nicht.

Ein weiterer nebenächlicher Punkt ist endlich der sub a) der Entscheidung berührte. Dieser Punkt hat folgende Bedeutung. Es wurden von mehreren Gemeinden, welche ihre Grundstücke längs des Kehrbackes haben, das sind die Gemeinden Peisching, Breitenau und Schwarza am Steinfeld, Ansprüche gestellt sowohl für die Grundstücke der Gemeinden als auch für die der Gemeindeglieder und endlich für die Wasseranlagen für die Gemeindeglieder. Für die letzteren hat auch die Gemeinde Loipersbach Ansprüche angemeldet.

Nun hat aber der Ausweis der Legitimation gefehlt. Die Ansprüche, respective die betreffenden Erklärungen, sind von den Gemeindevorständen vertreten worden, und es hat nun die zweite Instanz erkannt, diese Gemeindevorstände hätten keine Legitimation, für die Mitglieder der Gemeinden einzutreten, wenn sie nicht besonders ermächtigt erscheinen. Diesfalls wurde also das Begehren einfach zurückgestellt und nicht weiter berücksichtigt.

Die dritte Instanz hat nun erkannt, daß auf diese Erklärungen Rücksicht zu nehmen sei, sofern die Gemeinde selbst als Grund-

eigenthümerin theilhaftig erscheine, und daß im übrigen Erhebungen zu pflegen seien. Diese Erhebungen laufen nebenbei; es ist dies für die Herren von keinem besonderen Interesse, das wäre auch kein Punkt für eine Beschwerde.

Endlich ist noch eine kleine formelle Änderung, welche über den Recurs der Gemeinde Wien aufgenommen wurde. Diese bezieht sich lediglich auf die Einschaltung einiger Worte bei der Entscheidung, welche sich auf die Ausführung der Parteien bezieht, mit welchen der Vergleich beschlossen wurde. Es ist nämlich im Punkte 7 der Statthaltereien-Entscheidung gesagt worden: „Für das Rechtsverhältnis zwischen der Gemeinde Wien einerseits, der Reichskriegsverwaltung, insbesondere als Eigenthümerin der Militär-Akademie und als Wasserbezugsberechtigte vom Wiener-Neustädter Canal, dann dem Staatsärar und dem Krankenhausfonde andererseits ist der zwischen der Gemeinde und der k. k. Finanzprocuratur in Wien abgeschlossene Vergleich maßgebend.“ Hier wurde nun erkannt, es sei nach den Worten „in Wien“ einzuschalten: „beziehungsweise den theilhaftigen Centralstellen“, weil nämlich einzelne Vergleiche mit den Centralstellen direct und nicht unter Vertretung der Finanzprocuratur abgeholfen worden sind.

Das ist im wesentlichen der Inhalt der Entscheidung, womit die Concession zur Ableitung von 36.400 m³ Wasser der Gemeinde Wien ertheilt worden ist. Ich erlaube mir daher auf Grund der Äußerungen des Magistrates und des Stadtanwaltes den Antrag zu stellen, es werde gegen diese Entscheidung die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof nicht ergriffen, und bitte um Ihre Zustimmung.

Gem.-Rath Dr. Gehmann: Ich möchte nur zur formellen Behandlung einige Worte sprechen. Es ist uns heute die Entscheidung des Ackerbauministeriums gerade unmittelbar vor Beginn der Sitzung vorgelegt worden. Das Referat ist außerordentlich ausführlich und gewiß auch nicht leicht aufzufassen, so daß ein Urtheil darüber, um was es sich eigentlich handelt, nur schwer in einer so verwickelten Sache zu fällen ist.

Ich möchte mir nun die Bitte erlauben, daß in Zukunft, wenn derlei gedruckte Vorlagen kommen, dieselben doch gütigst wenigstens 24 Stunden vor der Behandlung des Gegenstandes den Mitgliedern des Gemeinderathes zugestellt würden, weil ja sonst die ganze Geschichte gar keinen Wert hat. Es ist dies eine Vorlage, die zehn eng gedruckte Seiten hat und von der kein einziger der Herren sagen kann, er habe sie mit Verständnis durchgelesen. Da ist es in der That schade um das Geld, das solche Druckfachen kosten.

Bürgermeister: Ich kann den Herren versichern, daß dem Präsidium sehr angenehm ist, wenn es in der Lage ist, diese Vorlagen sobald als möglich zu machen. Ich anerkenne auch, daß diese Vorlage verhältnismäßig spät kommt. Die Herren werden aber zugeben, es handelt sich um eine sehr ausführliche Entscheidung, um sehr viele einzelne Details. Die Entscheidung ist allerdings am 15. Jänner erflossen, aber erst Ende Februar zugestellt worden; dann ist diese Entscheidung zur Bearbeitung an den Magistrat und Stadtanwalt gegangen. Es fanden Conferenzen und Besprechungen darüber statt, ob und in welchen Punkten dem Ansuchen der Gemeinde Rechnung getragen wurde, in welchen Punkten nicht und inwieweit Anlaß zu einer Beschwerde vorhanden sei. Der Act dürfte ungefähr acht Tage hier sein. Er ist vor einigen Tagen im Stadtrathe zur Vorlage gelangt, dann gedruckt worden, damit jeder der Herren in der Lage sei, den Wortlaut

der Entscheidung zu kennen. Es war nicht möglich, die Sache früher zum Referate zu bringen. Ich kann aber nochmals versichern, daß ich mich in jedem einzelnen Falle bemühen werde, die Vorlage sobald als möglich zu machen.

Gem.-Rath Gregorig: Wenn auf unserer Seite ein Wort mehr gesprochen wird, so werden wir unterbrochen und auf die Geschäftsordnung verwiesen. Von Seite des Präsidiums aber wird die Geschäftsordnung auf den Kopf gestellt, wenn es dem Präsidium angenehm ist. § 25 der Geschäftsordnung sagt: „Die Tagesordnung ist den Mitgliedern des Gemeinderathes mit der Einladung zur Sitzung bekannt zu geben.“ Ist das hier geschehen? Nein! Die Tagesordnung liegt jetzt auf dem Tische, wie wir herkommen. Erster Verstoß gegen die Geschäftsordnung. Zweiter Verstoß: Die Vorlage soll auch für die einzelnen Mitglieder gleich beiliegen. Diese liegt auch erst hier vor, wieder gegen die Geschäftsordnung. Der Herr Bürgermeister hat bei seiner Antrittsrede versprochen, er werde objectiv vorgehen. Wenn der geehrte Herr Bürgermeister in Zukunft auch so vorgehen wird, können wir uns gratulieren. Bei uns heißt es immer, wir stören, wir machen alle Hindernisse, wir hindern die Arbeit im Gemeinderathe. Und da liegt uns ein Referat vor über einen Gegenstand, der im Februar an den Gemeinderath gelangt ist; nach so langer Zeit kriegen wir plötzlich die Tagesordnung und die Vorlage, alles auf einmal hierher. Ich constatire, daß die Opposition nicht schuld daran ist, sondern die eigenthümliche Wirtschaft des Präsidiums. Ich beantrage die Absetzung dieses Referates von der Tagesordnung, weil der Vorgang gegen die Geschäftsordnung ist.

Bürgermeister: Ich bitte, diesen Ausdruck „eigenthümliche Wirtschaft“ muß ich zurückweisen. Es war nicht früher als am 4. d. M. möglich, über den Act im Stadtrathe zu referieren. Heute ist der 6. Es ist sofort, nachdem das Referat im Stadtrathe erledigt war, der Act in Druck gelegt worden, es ist eine Nachtarbeit durchgeführt worden, damit der Gemeinderath noch in den Besitz dieser Vorlage komme.

Ich muß also schon bitten, es wird so schnell als möglich verhandelt. Es war nicht früher möglich den Gegenstand auf die Tagesordnung zu setzen. Nun ist es nothwendig, heute Beschluß zu fassen, damit wir wissen, sollen wir an den Verwaltungsgerichtshof gehen oder nicht. In einem solchen Falle muß ich bitten, daß der Gemeinderath auf den Gegenstand eingeht.

Es ist der Antrag gestellt worden, die Sache von der Tagesordnung abzusetzen. (Zum Gem.-Rathe Gregorig:) Halten Sie den Antrag aufrecht? (Gem.-Rath Gregorig: Ja, vollkommen!) Der Herr Referent hat das Wort zu dem Antrage auf Absetzung von der Tagesordnung. Über diesen Antrag kann nur der Herr Referent das Wort ergreifen.

Referent: Ich erlaube mir, darauf aufmerksam zu machen, daß der Termin zur Einbringung der Beschwerde der 10. April ist. Nun haben wir heute den 6. April. Ich glaube nicht, daß bei Annahme des Vertagungs-Antrages der Gemeinderath in die Lage kommen wird, von seinem Rechte, sich zu entscheiden, Gebrauch zu machen.

Ich muß noch Folgendes bemerken: Diese Entscheidung ist in einer Reihe von Sitzungen des Magistrats-Referenten, des Bauamts-Referenten, des Stadtanwaltes und meiner Wenigkeit berathen worden. Denn es ist nicht leicht, sich in diesem Wüste von einzelnen Thatfachen zurechtzufinden, wenn eine gewisse Zeit verstrichen ist. Es mußte diese ganze Verhandlung reassumiert

und jede Entscheidung durchgegangen werden. Nun wissen die Herren, daß wir in den letzten Wochen außerordentlich viel zu thun hatten, und so hat sich die Vorlage verzögert.

An den Stadtrath dürfte die Vorlage vor sechs oder sieben Tagen — genau weiß ich es nicht — gelangt sein. Nun war es auch nicht möglich, in der Stadtraths-Sitzung zu referieren, obwohl ich mich wiederholt gemeldet hatte. Der Stadtrath war mit anderen dringenden Sachen außerordentlich überhäuft, und sofort nach der Erledigung ist die Drucklegung veranlaßt worden.

Gem.-Rath Gregorig: Ich bitte um das Wort zur Geschäftsordnung.

Bürgermeister: Jetzt muß abgestimmt werden. Es ist der Antrag auf Vertagung gestellt worden. Die Herren, welche mit der Vertagung einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Nach einer Pause:) Es ist die Minorität. Abgelehnt.

Gem.-Rath Gregorig (zur Geschäftsordnung): Wenn es hier im Saale ein Recht, ein Gesetz gibt, so dürfen wir über den Gegenstand nicht verhandeln. Der Vorgang ist vollkommen geschäftsordnungswidrig; wenn sich die Herren Zeit genommen hätten, so hätte das geschehen können. Selbst der Herr Referent hat sich nicht ausgekannt, er ist stecken geblieben; wenn dieser stecken geblieben ist, wie soll sich ein anderer auskennen? Ich protestiere gegen diesen Vorgang; der Gegenstand muß abgesetzt werden.

Bürgermeister: Erlauben Sie mir, am 10. d. M. ist der Termin zur Überreichung der Beschwerde zu Ende. (Rufe links: Das ist nicht unsere Schuld!) Ich wäre gezwungen, die Beschwerde vorsichtsweise beim Verwaltungsgerichtshofe anzumelden; ich müßte die Beschwerde einbringen, damit die Frist nicht versäumt wird. Ich glaube, die Sache ist vollkommen in Ordnung; die betreffenden competenten Organe, welche überhaupt in der Lage sind, sich zu informieren, haben sich eingehend damit beschäftigt, und es wird der Antrag gestellt, die Beschwerde nicht zu ergreifen.

Gem.-Rath Dr. Gschmann (zur Geschäftsordnung): Meine verehrten Herren! Es charakterisiert dies nur die Art und Weise, wie der Gemeinderath seitens des verehrlichen Präsidiums behandelt wird. Es wurde sowohl von Seite des verehrten Herrn Bürgermeisters, wie von Seite des Herrn Vice-Bürgermeisters gesagt: es haben sich Stadtbauamt, Magistrat, Vice-Bürgermeister und Stadtrath mit der Sache beschäftigt — Ihr vom Gemeinderathe braucht von der Geschichte nichts Näheres zu wissen; wenn wir es gesagt haben, so stimmt es, Ihr seid nur da, um Ja oder Nein zu sagen, im übrigen kümmert Euch die Geschichte nichts. Das ist die Art und Weise, wie das Plenum des Gemeinderathes respectirt und der Wert der Abstimmung dieser Körperschaft hier vor aller Welt documentirt wird. Gegen ein solches Vorgehen, das sich ja nicht nur in einem Falle, sondern in hundert Fällen wiederholt, muß entschieden von unserer Seite protestirt werden, wenn wir nicht alle Selbstachtung verlieren sollen.

Bürgermeister: Ich muß den Herrn Vorredner bitten, mir nicht das Wort im Munde umzulehren. Ich habe früher die Mittheilung gemacht, um auseinanderzusetzen, daß einige Zeit verstrichen ist vom Tage der Zustellung bis heute, damit Magistrat, Bauamt, Stadtanwalt und Referent sich eingehend mit der Sache beschäftigen. (Ruf links: Der Referent ist stecken geblieben!) Er ist nicht stecken geblieben, ich weise diesen Ausdruck zurück. (Rufe rechts: Abstimmen lassen!)

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur Geschäftsordnung): Meine Herren, in früheren Zeiten, solange Dr. Prix Bürgermeister gewesen ist, ist über derlei Referate überhaupt nicht im Wiener Gemeinderathe referirt worden, denn Bürgermeister Dr. Prix war der Anschauung, daß, wenn der Stadtrath die Ergreifung der Beschwerde abgelehnt hat, die Sache den Gemeinderath gar nichts kümmert. Insofern ist ein Schritt zum Besseren geschehen, daß wir überhaupt gefragt werden. Aber das eine muß auch ich sagen — Sie entschuldigen das schon — es hätte wohl etwas anders vorgegangen werden können. Diese Entscheidung hätte, unbeschadet der Studien, die über dieselbe gepflogen worden sind, sofort in Druck gelegt und an die Mitglieder des Gemeinderathes zugesandt werden können. Die Entscheidung ist ja kein Geheimnis. Die Entscheidung ist allen unseren Gegnern zu gleicher Zeit zugestellt worden. Es wäre daher jedenfalls möglich gewesen, uns von dieser Entscheidung rechtzeitig in Kenntniß zu setzen. Sie selbst von der Majorität müssen zugeben, daß Sie heute nur im Vertrauen auf den Stadtrath, den Magistrat und den Stadtanwalt stimmen, daß Sie sich aber nicht aus eigener Überzeugung ein Urtheil bilden können. Wenn Sie den Geheitesten unter Ihnen fragen, ob er aus eigener Überzeugung weiß, wie er zu stimmen hat, so wird er mit Nein antworten müssen. Das ist die unangenehme Situation, in der wir uns befinden. Ich bemerke schließlich Folgendes: Es hätte gar nichts geschadet, wenn die Sache heute von der Tagesordnung abgesetzt und in der nächsten Sitzung berathen worden wäre; auch nichts, wenn die Beschwerde überreicht worden wäre. Ich hätte das gethan. Denn nicht die Majorität des Wiener Gemeinderathes hat die Geschäftsordnung zu handhaben, sondern der Vorsitzende. Die Majorität des Wiener Gemeinderathes ist gar nicht in der Lage, einen geschäftsordnungswidrigen Beschluss zu fassen, respective der Vorsitzende hat einen solchen Beschluss nicht zu beachten. Wenn auf die Geschäftsordnung verwiesen wird, hat er nicht die Majorität zu fragen, ob er die Geschäftsordnung verletzen darf oder nicht, sondern er muß nach dem Buchstaben und dem Geiste der Geschäftsordnung entscheiden. Es wäre also klüger gewesen — ich weiß nicht, warum der Bürgermeister es nicht that, wozu er ja verpflichtet ist — zu verfügen, daß diese Angelegenheit in der nächsten Dienstag-Sitzung berathen würde. Das würde ich den Herren empfehlen. Wenn Sie es nicht thun, so halte ich das für einen Beweis, daß es auch unter dem neuen Regime ähnlich, wenn auch nicht so arg zugeht, wie unter dem früheren des Dr. Prix.

Gem.-Rath Kaufser (zur Geschäftsordnung): Ich habe mich nur zum Worte gemeldet, um die Thatsache zu constatieren, daß wir momentan über eine Entscheidung des Ackerbauministeriums ein Urtheil fällen sollen, über eine Beilage, welche zehn enge bedruckte Seiten umfaßt. Es ist nicht möglich, daß wir uns, um mit dem Herrn Referenten zu sprechen, in diesem Wust von zehn Seiten auskennen. Was sollten wir thun? Sollten wir dem Herrn Referenten zuhören oder inzwischen die Vorlage lesen? In sachlicher Hinsicht habe ich selbstverständlich nicht ein Wort zu bemerken, aber die Bitte möchte ich mir an das Präsidium erlauben, in die Harmonie der Friedensschalmei, die vorgetragen worden ist, auch einen Ton einschalten zu wollen, welcher auf die Klappe der rechtzeitigen Information erklingt. Es gilt das nicht nur für die Beilage 79, es handelt sich auch um andere Beilagen. Beilage Nr. 75 haben wir ebenfalls erst um 5 Uhr hier vorgefunden. Beilage 78 hat der Diener in diesem Augenblicke ausgetragen.

Die Beilagen 76 und 77 haben wir gar nicht bekommen. Wie sollen wir darüber entscheiden? Ich möchte daher den Herrn Bürgermeister bitten, daß in dieser Beziehung Wandel geschaffen werde.

Bürgermeister: Ich kann nur noch einmal erklären, daß ich nach Thunlichkeit bestrebt bin, die Vorlagen rechtzeitig zu machen. Am nächsten Dienstag ist der 10. April, das ist der Tag, an welchem die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof überreicht werden muß. Sollte die Versammlung wünschen und diesfalls ein Antrag gestellt werden, daß doch in das Meritum nicht eingegangen werde, muß ich die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof überreichen, obwohl der Stadtrath und die anderen competenten Organe beantragen, von einer solchen Beschwerde abzusehen.

Gem.-Rath Dr. Stern: Meine geehrten Herren, die Sache ist die einfachste von der Welt; ich habe jetzt, wie ich in den Saal trat, das Referat bekommen und es gelesen, und wenn Sie nur die erste Spalte der zweiten Seite nachlesen bis zum Worte „Gründe“, so wissen Sie alles, was darin steht. Ich werde es Ihnen auch gleich sagen:

Erstens wird die Entschädigung, welche der k. k. Forst- und Domänen-direction no. des Religionsfondsgutes Wr.-Neustadt zukommt, von 700 fl. auf 1186 fl. erhöht. Sollen wir wegen dieser 486 fl. die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof ergreifen? Nein! Das hat Ihnen der Herr Referent auch erklärt und darüber werden wir wohl alle so ziemlich einig sein. Ein zweiter Punkt ist folgender: Es haben, wie aus Punkt a zu ersehen ist, mehrere Gemeindevorstände den Recurs ergriffen, und zwar erstens namens ihrer Gemeinden, und zweitens namens der Grundbesitzer; darüber ist nun von der Statthaltereie und in Übereinstimmung mit ihr vom Ministerium entschieden worden, die Gemeindevorstände seien nicht berechtigt, namens der Grundbesitzer einen Recurs zu ergreifen, und werden daher abgewiesen. Sollen wir dagegen an den Verwaltungsgerichtshof gehen? Nein! Das ist doch klar, weil uns dabei rechtgegeben wurde. Ein dritter Punkt ist folgender: Es haben die Gemeindevorstände namens der Gemeinden Recurs ergriffen; das ist von der Statthaltereie übersehen worden, und darüber trägt das Ministerium der Statthaltereie nochmals die Entscheidung auf. Dagegen können wir gar keinen Recurs ergreifen, und im übrigen wurde der Beschwerde der Gemeinde Wien vollinhaltlich stattgegeben.

Die Abänderungen, die geschehen sind, sind nur zu Gunsten der Gemeinde Wien geschehen. So steht die Sache und das läßt sich ersehen, wenn Sie einfach die erste Spalte der zweiten Seite nachlesen.

Nach diesen Ausführungen, die ganz klar sind, kann nach meiner innersten Überzeugung kein anderer Antrag angenommen werden, als derjenige, den Ihnen der Herr Referent stellt, nämlich, daß seitens der Gemeinde auf eine Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof verzichtet wird. Alles dasjenige, was wegen Verzögerung und Verschleppung gesagt wurde, kann immer und in allen jenen Fällen gesagt werden, wo wir an eine Frist gebunden sind, wie hier, wo die Frist allerdings 60 Tage beträgt, wo aber große Vorarbeiten des Magistrates, Bauamtes, Stadtanwaltes u. vorausgehen müssen, damit uns ein begründetes Referat vorgelegt werden kann.

Ich möchte Sie daher bitten, alle anderen Anträge, die gestellt sind oder eventuell noch gestellt werden, abzulehnen und einfach

den Referenten-Antrag anzunehmen, der nach allem, was vorliegt, vollkommen begründet ist.

Referent: Ich möchte nur etwas nachholen, was die Entschädigung der Flasselbesitzer betrifft. Nachdem die Recurse derselben abgewiesen wurden, so ist in der Sentenz darüber nichts Näheres gesagt; in den Gründen wird einfach angegeben, daß sich diese Beschwerdeführer insbesondere durch Punkt 5 der Consensbedingungen der ersten Instanz beschwert erachten, womit die von Ihnen gestellten Ansprüche auf ziffermäßig bestimmte Entschädigungsbeträge für die aus der Verringerung des bisher aus dem Rehrbache zur Bewässerung von Grundstücken bezogenen Wassers resultierenden Entwertung der Culturen abgewiesen wurden. Darauf bezieht sich dasjenige, was ich erklärt habe.

Die erste Instanz bestimmt, daß eine Entschädigung in Geld nicht gerechtfertigt sei; es wäre im großen und ganzen durch die Wasserausleitungen ein Wasserüberschuß für die Berechtigten vorhanden und es lasse sich die Regelung in der Weise einrichten, daß jeder dasjenige bekommt, was ihm gebührt, daß aber alle zusammen nicht einen Überschuß bekommen, weil sie ihn nicht zu beanspruchen berechtigt sind. Darauf bezieht sich dasjenige, was im Eingange der Gründe gesagt ist. Im übrigen glaube ich die wichtigsten Punkte hervorgehoben zu haben; die Frage der Legitimation der Werksbesitzer ist die Hauptsache, das andere ist minder wichtig.

Ich muß mir nur noch eine Bemerkung gestatten, daß es nicht gut möglich ist, in einer solchen Frage zu berathen, wenn man das Stück zur Drucklegung weggeben muß. Auch müßten diese Commissionsberathungen erfolgen und dieselben waren wirklich sehr langdauernd, weil man mit einer großen Anzahl von einzelnen Thatsachen zu thun hat. Erst dann war der Act abgeschlossen und erst dann konnte er vom Magistrats-Referenten bearbeitet werden.

Ich bitte, in dem Sinne des Antrages zu entscheiden und eine Beschwerde nicht zu ergreifen.

Gem.-Rath Rauscher (zur Berichtigung): Herr College Dr. Stern hat gesagt, daß er das Referat durchgelesen habe. Nun erkläre ich, daß dies ein Ding der Unmöglichkeit ist. Bei aller Anerkennung der geistigen Capacität des Herrn Dr. Stern berichtige ich ihn daher thatsächlich, daß er das Referat nicht durchgelesen hat, weil er es einfach nicht hat durchlesen können. Im übrigen gratuliere ich ihm, daß er auf den Hervorruf unseres Führers Dr. Lueger als der geschickteste der Majorität zu antworten sich berufen erachtet hat.

Bürgermeister: Ich bitte, das ist ja keine Berichtigung. (Dr. Lueger verzichtet auf das Wort.)

Wir schreiten zur Abstimmung. Die Herren, welche mit dem Referenten-Antrage einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) Majorität. Angenommen. (Gem.-Rath Gregorig: Schöne Geschäftsordnung!)

Aber ich bitte, § 25 lautet: „Die Tagesordnung ist den Mitgliedern des Gemeinderathes mit der Einladung zur Sitzung bekanntzugeben. Ebenso sind denselben die zur Verhandlung gelangenden Anträge der Berichterstatter nach Thunlichkeit mitzutheilen.“

Gem.-Rath Gregorig (zur Geschäftsordnung): Ich bitte, § 25 sagt, die Tagesordnung ist den Mitgliedern des Gemeinderathes mit der Einladung zur Sitzung bekanntzugeben. Die Einladung zur Sitzung haben wir vor einigen Tagen erhalten und heute erst liegt die Tagesordnung am Tische.

Bürgermeister: Es handelt sich hier um einen Gegenstand, der absolut dringend war, und der Antrag ist nach Thunlichkeit mitgetheilt worden.

Gem.-Rath Gregorig: Das war geschäftsordnungswidrig. (Unruhe.)

Bürgermeister: Damit ist der Gegenstand erledigt.

Beschluss: Die Entscheidung des k. k. Ackerbauministeriums vom 3. October 1893, Z. 5498, betreffend die Bewilligung zur Ableitung von täglichen 36.400 m³ Wasser aus dem Quellengebiet oberhalb des Kaiserbrunnens, intimirt durch die k. k. Bezirkshauptmannschaft Neunkirchen mit Erledigung ddo. 15. Jänner 1894, Z. 30260, wird zur Kenntnis genommen und die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof gegen dieselbe nicht ergriffen.

10. Referent Gem.-Rath Pitt. v. Neumann: Beilage Nr. 70. Der Eigenthümer des Grundes im XVI. Bezirke, und zwar in der Peyerlgasse gelegen, sucht um Baubewilligung an.

Der betreffende Grundeigenthümer hat bereits bei der Parcelirung den Grund abgetreten, der hier im Plane weiß eingezeichnet erscheint. Den Grund, welcher schraffirt erscheint und mit den Buchstaben a b c und d bezeichnet ist, und der zur Straßeneröffnung nothwendig ist, muß derselbe zur halben Straßenbreite erwerben.

Dieser Grund mißt 265 m² und es wurde eine Schätzung vom Bauamte vorgenommen und ein Preis von 12 fl. per Quadratmeter bestimmt. Es wird nun beantragt, diesen Grund im Ausmaße von 265 m² um den Pauschalbetrag von 3200 fl., d. i. um 12 fl. 7 kr. per Quadratmeter, grundbücherlich abzuschreiben und in das öffentliche Gut einzulegen. Ich bitte um die Genehmigung dieses Antrages. Der Antrag selbst lautet folgendermaßen (liest):

„Die grundbücherliche Abschreibung des in die Peyerlgasse in Neulerchenfeld, XVI. Bezirk, fallenden Theiles der Linienwallparcelle 1696/2, Einl.-Z. 431 VII. Bezirk, Figur a b c d a, im Ausmaße von 265·168 m² wird unter der Bedingung bewilligt, daß der Eigenthümer der Baustelle Einl.-Z. 774 Neulerchenfeld, XVI. Bezirk, Julius Schneider als Entschädigung hiefür einen Pauschalbetrag von 3200 fl. an die Gemeinde leistet.“

Bürgermeister: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Die Herren Schriftführer constatieren die Anwesenheit von mehr als 92 Gemeinderäthen. Ich bitte jene Herren, die mit dem Referenten-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) **Einstimmig angenommen.**

Beschluss: Die grundbücherliche Abschreibung des in die Peyerlgasse in Neulerchenfeld, XVI. Bezirk, fallenden Theiles der Linienwallparcelle 1696/2, Einl.-Z. 431 VII. Bezirk, Figur a b c d a, im Ausmaße von 265·168 m² wird unter der Bedingung bewilligt, daß der Eigenthümer der Baustelle Einl.-Z. 774 Neulerchenfeld, XVI. Bezirk, Julius Schneider als Entschädigung hiefür einen Pauschalbetrag von 3200 fl. an die Gemeinde leistet.

11. Referent Gem.-Rath Pitt. v. Neumann: Beilage Zahl 2044 handelt über die Grundeinköpfung bei dem Baue eines Hauses im VIII. Bezirke, Kochgasse Nr. 13. Der betreffende

Eigenthümer muß Grund erwerben und einen Theil vom Grunde abtreten. Die Differenz zu Gunsten der Gemeinde, die Erwerbung von Straßengrund, beläuft sich auf 1·33 m²; es wird nun beantragt, hiefür einen Pauschalbetrag von 80 fl., das ist also circa 60 fl. per Quadratmeter, zu verlangen. Ich erlaube mir daher folgenden Antrag zur Annahme zu empfehlen (liest):

„Der zur Anlage zweier Risalite erforderliche Grund im Ausmaße von 0·57 m², sowie der in die Bauarea einzubeziehende Straßengrund per 1·25 m² ist nach Abzug des zur Straße entfallenden Grundes per 0·49 m² mit einer Fläche von 1·33 m² um den Pauschalbetrag von 80 fl., d. i. circa 60 fl. per Quadratmeter, einzulösen.“

Bürgermeister: Keine Einwendung? Ich bitte die Herren, welche mit dem Referenten-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) **Einstimmig angenommen.**

Beschluss: Der zur Anlage zweier Risalite beim Hause VIII. Bezirk, Kochgasse 13, erforderliche Grund im Ausmaße von 0·57 m², sowie der in die Bauarea einzubeziehende Straßengrund per 1·25 m² ist nach Abzug des zur Straße entfallenden Grundes per 0·49 m² mit einer Fläche von 1·33 m² um den Pauschalbetrag von 80 fl., d. i. circa 60 fl. per Quadratmeter, einzulösen.

Bürgermeister: Ich bitte, es ist noch ein sehr dringendes Stück auf der Tagesordnung, ein Referat des Herrn Gem.-Rathes Wigelsberger. Es ist dies der letzte Gegenstand auf der Tagesordnung. Da handelt es sich um den Verkauf von Risaliten im Ausmaße von 1·575 m². Es warten 100 Arbeiter auf den Beginn des Baues. Die Versammlung ist wohl damit einverstanden, daß das Referat erstattet wird.

12. Referent Gem.-Rath Wigelsberger: Zahl 2330 betrifft das Ansuchen des J. Pattak um Baubewilligung Einl.-Z. 869 XIV. Bezirk, Holohergasse, Ecke des Cardinal Kaufschuplages. Dieser Pattak baut dort ein drei Stock hohes Haus, und er braucht zu drei Risaliten 1·572 m² Grund. Bei der Commission wurde der Preis dieses Grundstückes mit 30 fl. per Quadratmeter festgestellt, das macht zusammen 47 fl. 25 kr. aus. Es wird beantragt, den Verkauf dieses Grundes an Pattak um diesen Preis zu bewilligen.

Bürgermeister: Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Die Herren, welche mit dem Referenten-Antrage einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) **Einstimmig angenommen.**

Beschluss: Der zur Anlage dreier Risalite beim Hause XIV. Bezirk, Holohergasse Einl.-Z. 869, erforderliche Grund im Ausmaße von 1·572 m² wird um den Betrag von 47 fl. 25 kr. an J. Pattak käuflich überlassen.

Bürgermeister: Es ist noch ein ebenso dringendes Stück vom Herrn Gem.-Rathe Wurm. Es handelt sich auch um Risalite. Die Versammlung ist einverstanden? (Zustimmung.)

13. Referent Gem.-Rath Wurm: Zahl 2003. Der Antrag steht auf der Tagesordnung. Es handelt sich hier um einen Bau des D. Zifferer und Ernst v. Gotthilf. Es kommen bei diesem Baue Risalite vor, ein Risalit in der Belvederegasse, einer am Karolinenplatz, ferner ein Thorportale. Alle diese Vorprünge

haben eine Ausladung von 15 cm, und es wird beantragt, daß die für die Risalite in Anspruch genommene Fläche mit einer gleichgroßen Fläche des abzutretenden Straßengrundes zu compensieren wäre.

Bürgermeister: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Ich bitte die Herren, welche dem Referenten-Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Nach einer Pause:) Einstimmig angenommen.

Beschluß: Der zur Risalitherstellung beim Hause IV. Bezirk, Karolinenplatz 1, erforderliche Grund im Ausmaße von 2.36 m² ist an D. Zifferer und Ernst v. Gotthilf gegen eine gleichgroße Fläche des abzutretenden Straßengrundes im Compensationswege zu überlassen.

14. Referent Gem.-Rath Wurm: Zahl 2172. Bei dem vorliegenden Baugesuche kommt ebenfalls eine Risalitanlage vor und ein Vorsprung in einer abgestumpften Ecke. Im ganzen wird hier etwas über 12 m² in Anspruch genommen und als Einheitspreis wurden 50 fl. vorgeschlagen, somit als Gesamtpreis eine Summe von 605 fl. Ich bitte, unter diesen Bedingungen die Fläche für die Risalite zur Verfügung zu stellen.

Bürgermeister: Niemand ist dagegen? (Nach einer Pause:) Der Antrag ist bei Anwesenheit von mehr als 92 Gemeinderäthen einstimmig angenommen.

Beschluß: Der zur Errichtung eines Borbaues und zweier Risalite beim Hause XVII. Bezirk, Hernals, Hauptstraße 78/80, erforderliche Grund im Ausmaße von 12.1 m² wird um den Einheitspreis von 50 fl. per Quadratmeter, d. i. um den Betrag von 605 fl., käuflich überlassen.

15. Referent Gem.-Rath Matthies: Ich habe die Ehre, zur Zahl 2069 zu referieren. Es handelt sich um ein Gesuch des Herrn Anton Groß um eine Baubewilligung im XIV. Bezirke, Goldschlagstraße und Suezgasse.

Der Antrag lautet auf Überlassung des zur Anlage dreier Risalite erforderlichen Grundes per 1.78 m² um den Preis von 10 fl. per Quadratmeter, das ist um den Betrag von 17 fl. 80 kr.

Bürgermeister: Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluß: Der zur Anlage dreier Risalite beim Hause XIV. Bezirk, Goldschlagstraße, Suezgasse Einl. B. 1322, 1323 erforderliche Grund im Ausmaße von 1.78 m² wird um den Preis von 10 fl. per Quadratmeter, d. i. um den Betrag von 17 fl. 80 kr., an Anton Groß käuflich überlassen.

Bürgermeister: Zur Fortsetzung der Budget-Debatte bitte ich die Herren Referenten, den Platz einzunehmen. (Referent des Stadtrathes Gem.-Rath Boschan und Referent der Budget-Commission Gem.-Rath Mayer treten an den Referententisch.)

16. Referent des Stadtrathes Gem.-Rath Boschan: Meine Herren! Wir gelangen nun, nachdem die General-Debatte glücklich vorüber ist, zum Beginn der Special-Debatte.

Die erste Post in der Special-Debatte, I. Gemeindevertretung, betrifft die Functionsgebühr des Herrn Bürgermeisters; diesbezüglich ist Folgendes zu bemerken: Bei Verfassung dieses Budgets war der frühere Herr Bürgermeister noch am Leben und es wurde daher dieser Betrag kraft des seinerzeit vom Gemeinderathe über diese

Functionsgebühr gefassten Beschlusses eingesetzt. Nachdem nun nach unserem Statute bei dem Amtsantritte eines neuen Bürgermeisters jedesmal für dessen Functionsdauer von Seite des Gemeinderathes ein neuer Beschluss gefasst werden muß, so glaube ich, daß es am zweckmäßigsten ist, diese Post derzeit nicht in Berathung zu ziehen, sondern offen zu lassen, weil in aller kürzester Zeit, jedenfalls noch vor Beendigung der Budgetberathung, diesbezüglich ein Antrag an den Gemeinderath kommt und dadurch eine doppelte Debatte über diese Angelegenheit vermieden wird.

Bürgermeister: Die Versammlung ist einverstanden, daß diese Post einstweilen in suspenso bleibe? (Zustimmung.)

Referent des Stadtrathes: Post 2, Functionsgebühren der Vice-Bürgermeister 12.000 fl.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich bitte, die Abstimmung zu veranlassen.

Bürgermeister: Ich bitte jene Herren, welche mit der Post „Functionsgebühren der Vice-Bürgermeister“ einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Es ist die Majorität. — Angenommen.

Referent des Stadtrathes: Post 3, Functionsgebühren der Stadträthe 66.000 fl.

Referent der Budget-Commission Gem.-Rath Mayer: Hierzu hat die Budget-Commission einen meritorischen Antrag zu stellen. Die Herren werden sich erinnern, daß vor ganz kurzer Zeit sich hierüber eine Meinungsverschiedenheit gebildet hat. Um diese Meinungsverschiedenheit für alle Zukunft wegzuräumen, wurde folgender Antrag, der die Sache für künftige Zeiten präcisieren soll, und für den ich um Ihre Zustimmung bitte, gestellt (liest): „Die Stadträthe haben für Abordnungen innerhalb des Gemeindegebietes von Wien weder auf den Bezug von Diäten noch auf die Vergütung von Wagensgeldern Anspruch. Bei Besorgung von Gemeinde-Angelegenheiten außerhalb des Gemeindegebietes von Wien stehen jedoch denselben die im Gesetze vom 19. December 1890, L.-G.-Bl. Nr. 44, für die Gemeinderathsmitglieder (im § 23) vorgesehenen Bezüge unbeschadet ihrer Functionsgebühren zu.“ Ich glaube, die Herren werden dem alle zustimmen.

Bürgermeister: Ich ersuche die Herren, welche mit Post 3 einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Angenommen.

Ich bitte nun jene Herren, welche mit dem Antrage der Budget-Commission einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Angenommen.

Referent des Stadtrathes (liest):

Kubrik II. Bezirksauschüsse:

Post 1. Functionsgebühren der Bezirksvorsteher . . . 28.500 fl.
„ 2. Wahlauslagen für die Bezirksauschüsse . . . 1.850 „

Gem.-Rath Grambauer: Ich habe mir in Betreff der Anfertigung der Wählerlisten das Wort erbeten. Der Herr Bürgermeister hat unlängst in einer Sitzung selbst erklärt, daß die Wählerlisten noch nie seit der Vereinigung der Vororte mit Wien so schlecht waren wie jetzt. Wie kommt das? Das kommt daher, weil die Wähler die Wählerlisten nicht rechtzeitig im Druck zugeschickt bekommen. Das war früher nicht der Fall, daß die Wählerlisten gar so schlecht waren als jetzt. Früher wurden die Wählerlisten rechtzeitig zugeschickt und die Reclamationsfrist hat längere Zeit gedauert. Nach dem gegenwärtigen Statut liegen die Wählerlisten in den Gemeindehäusern auf und dauern die Reclamationen acht Tage. Wenn Sie bedenken, daß in jedem Bezirk

6000 bis 8000 Wähler sind, so muß man zugeben, daß es eine Unmöglichkeit ist, daß jeder einzelne Wähler ins Gemeindehaus geht und sieht, ob er in der Wählerliste ist oder ob er in den richtigen Wahlkörper eingetheilt ist. Es können sich doch nicht 6000 Wähler in acht Tagen im Gemeindehause einfinden, um die Listen durchzusehen. Ich möchte daher den Antrag stellen, daß die Wählerlisten in Druck gelegt und den Wählern mindestens vier Wochen vor der Wahl zugestellt werden, damit jeder in der Lage ist, nachzusehen, ob er in dem richtigen Wahlkörper und überhaupt in der Wählerliste erscheint. Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

Bürgermeister: Gegen Rubrik II, Post 1 und 2 ist eine Einwendung nicht erhoben worden; sie sind angenommen. Ich ersuche die Herren, welche mit der Zuweisung des Antrages Trambauer an den Stadtrath einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Es ist die Majorität.

Referent des Stadtrathes (liest):

Rubrik III. Einnahmen. „Allgemeine Verwaltung in persönlicher Beziehung.“

Post 1. Pauschalvergütung für die Administration des Johannesspital- und Großarmenhaus-Stiftungsfondes 1.460 fl.

Post 2. Pauschalvergütung für die Administration des Bürgerhospitalfondes 20.000 „

Post 3. Pauschalvergütung für die Administration der Wiener Diensthoten-Krankencassa 8.000 „

Post 4. Einhebungspercente von den Spectakelgeldern 740 „

Post 6. Rückersatz von an Beamte und Diener gegebenen Befoldungsvorschüssen 55.000 „

Bürgermeister: Keine Einwendung. Die Posten sind angenommen.

Referent des Stadtrathes (liest):

Rubrik III. Ausgaben. „Allgemeine Verwaltung in persönlicher Beziehung.“

A. Befoldungen und äquiparierende Bezüge der Beamten und Diener, zusammen 1.919.380 fl.

Die Details sind in den einzelnen Ansätzen enthalten. (Gem.-Rath Dr. Lueger: Man sollte doch einzeln referieren; es handelt sich doch um Pöhnungen und besondere Zulagen!)

Gem.-Rath Trambauer: In der Budget-Commission wurde in Betreff der allgemeinen Verwaltung die Frage aufgeworfen, warum die Verwaltung so riesige Summen in Anspruch nimmt. Es ist ganz richtig, wenn man viele Beamte hat, so kostet die Verwaltung sehr viel. Seit der Einverleibung der Vororte haben wir über 1500 Beamte. Aber der Referent der Budget-Commission hat in der letzten Sitzung bemerkt, daß in Betreff des übertragenen Wirkungskreises wiederholt, ich glaube schon seit dem Jahre 1874, Anträge gestellt worden sind, daß der Staat der Gemeinde einen Theil der Kosten des übertragenen Wirkungskreises entschädigen sollte.

Nun, sehen Sie, meine Herren, wie die Einverleibung der Vororte vor sich gegangen ist, war der richtige Moment, wo der Bürgermeister sich hätte mit Sr. Excellenz dem Herrn Statthalter darüber ins Einvernehmen setzen sollen, auf welche Weise die Gemeinde Wien die Geschäfte des Staates im übertragenen Wirkungskreise übernimmt. Es ist leider nicht geschehen, und der Gemeinde Wien sind Lasten aufgebürdet worden, die jährlich vielleicht mehr als 300.000 fl. ausmachen. Ich habe das in der Budget-Commission erwähnt; es war auch die Sprache davon, daß die Einhebung der Militärtaxe der Gemeinde Wien eine fürchterliche Summe kostet; ich habe bemerkt, daß die Einhebung der Militär-

taxe sehr leicht geschehen könnte. Wie bekannt, müssen die Gewerbetreibenden und Fabrikanten für das Eingehen der Kranken- und Unfallversicherungsbeiträge haften. Die Gelder der Krankencassa werden durch einen Diener incassiert; der betreffende Gewerbetreibende muß Zahlung leisten. Die Unfallversicherungs-Anstalt macht sich's noch bequemer; sie schickt am 15. Jänner und 15. Juli Blankette aus, die Gewerbetreibenden und Fabrikanten müssen dieselben ausfüllen und mittelst Post-Erlagschein den Betrag erlegen.

Ich habe in der Budget-Commission erwähnt, daß dies auch bei der Militärtaxe eingerichtet werden könnte. So wie derjenige, der in der Armee dienen muß, einen Militärpaß als Ausweis hat, könnte demjenigen, der nicht beim Militär ist und militärtaxpflichtig ist, ganz gut in sein Arbeitsbuch geschrieben werden, was ihm als Militärtaxe bemessen ist. Der betreffende Arbeitgeber müßte sofort bei Eintritt eines solchen Arbeiters mit ihm verhandeln, auf welche Art die Militärtaxe gezahlt werden soll, und wenn der Betrag beisammen ist, würde er an das magistratische Bezirksamt abgeführt, und die Sache wäre abgeschlossen. Die Gemeinde Wien würde auf diese Weise um eine enorme Arbeit entlastet werden. Man hat mir zugestimmt, aber wider alles Erwarten ist am nächsten Tage ein ganz conträrer Bericht in den liberalen Tagesblättern gestanden. Ich und mein Freund Jedlička sind da auf das fürchterlichste abgefanzelt worden als arbeiterfeindliche Individuen. Wenn es nur in diesen Blättern geblieben wäre, so hätte ich nichts dagegen. Was liegt mir an diesen Leuten oben. (Bürgermeister gibt das Glockenzeichen.)

Ich bitte, Herr Bürgermeister, daß muß gesagt werden; ich werde noch auf etwas weiteres kommen.

Bürgermeister (unterbrechend): Ich bitte doch, solche Personen, welche in diesem Saale anwesend und an der Verhandlung nicht theilnehmen, in Ruhe zu lassen und nicht anzugreifen.

Gem.-Rath Trambauer (fortfahrend): Ein Mitglied Ihrer Partei hat den traurigen Muth gehabt, mich und meinen Freund Jedlička zu denuncieren. Denn ein Magistratsbeamter läßt sich zu so etwas nicht herbei; der denunciirt einen Gemeinderath nicht. (Auf: Wer war das?) Das weiß ich nicht. Die Herren Gem.-Räthe Dr. Klotzberg und Dr. Friedjung haben, als ich das erwähnte, gesagt: Sie haben ja selbst den Antrag gestellt, daß die Verhandlung öffentlich sein soll. Ja! Öffentlich soll sie sein, aber denuncieren braucht man nicht.

Bürgermeister: Ist das ein Vorwurf gegen diese beiden Herren? (Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Was wollen Sie damit gesagt haben?)

Gem.-Rath Trambauer: Daß Sie mich apostrophirt haben, weil ich den Antrag gestellt habe, daß öffentlich berathen werden soll. (Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Das ist Ihr Princip, zu verdächtigen!)

Die socialdemokratische Arbeiter-Zeitung hat die Sache aufgenommen und mich und meinen Freund auf die unerhörteste Weise abgefanzelt. Ich bin vor 14 Tagen ins Rathhaus gegangen und wie Sie wissen, haben wir im X. Bezirke einen großen Überfluß an Socialdemokraten. Jetzt wird in mehreren Fabriken gestrikt oder ist gestrikt worden. Ich gehe durch eine Gasse des X. Bezirkes, da kommt ein Trupp vacirender Arbeiter, respective Striker, da sagt einer, da geht ein menschenfreundlicher Gemeinderath, der jeden hinauswerfen will. Der eine meinte, es wird doch die Krüppelsteuer nicht bezahlt. Nun, das wäre noch hinzunehmen. Da bleibt nichts hängen. Aber dieser Tage ist die Arbeit von

einer Fabrik aufgenommen worden und da mußte, weil der Andrang groß war, die Polizei ihre ganze Macht aufbieten, um die Ruhe aufrecht zu erhalten. Ich war am selben Tage gegen Abend im Rathhause und mein Sohn und überhaupt meine Leute haben sich bemüßigt gesehen, das Geschäft zu schließen, weil man Drohungen gegen mich ausgestoßen hat; und das kommt von der Denunciation! (Unruhe rechts.) Ihr Wortführer, Herr Dr. Nechansky, hat in seiner Generalrede gar gesagt, wir sind Demagogen. Nun, ich habe das Wort Demagogen zuerst im Jahre 1848 gehört und weiß, daß Demagoge ein Volksaufwiegler ist. Nun frage ich Sie aber, wiegeln wir das Volk auf oder Sie? (Unruhe rechts. — Gem.-Rath Frauenberger: Was geht das uns an?)

Bürgermeister: Ich bitte, Herr Redner, bei der Sache zu bleiben. Ich weiß überhaupt nicht, zu welchem Gegenstand Sie sprechen. Ich müßte Ihnen sonst das Wort entziehen. (Gem.-Rath Trambauer: Ich spreche zur allgemeinen Verwaltung!) Bis jetzt haben Sie gesprochen über die Budget-Commission und über Sachen, die außerhalb des Hauses, im Prater oder im X. Bezirke passiert sind. Jetzt sprechen Sie vom Demagogenthum, ich bitte Sie, bei Rubrik III zu bleiben und zur Sache zu sprechen.

Gem.-Rath Trambauer: Ich spreche von der allgemeinen Verwaltung.

Gem.-Rath Dr. Klokberg: Ich bitte, Pauschalverdächtigungen nicht zu dulden!

Gem.-Rath Trambauer: Ich verdächtige niemanden. Ich spreche nur darüber, daß ich denunciert wurde und da habe ich recht.

Bürgermeister: Das haben Sie heute schon gesagt, und ich kann das nicht als einen Vorwurf gegen jemanden betrachten, der dem Gemeinderath angehört, weil Sie bis jetzt keinen Namen genannt haben, oder nennen konnten. Ich bitte Sie nochmals, zur Rubrik III zu sprechen.

Gem.-Rath Trambauer: Ich kann den Herrn nicht nennen.

Bürgermeister: Ich auch nicht. Ich bitte, zur Sache zu sprechen.

Gem.-Rath Trambauer: Der Herr ist in die Redactionen der liberalen Blätter gegangen. Er soll sich selbst melden. Der Herr Gem.-Rath Wunsch war so freundlich und hat mir zugesichert, er würde die Sache berichtigen lassen. Nun ist wirklich eine Berichtigung in der Zeitung gestanden. Man hat mir die „Neue Freie Presse“ gezeigt, — aber die Berichtigung war so, wie der Wiener sagt, wasch' mir den Pelz und mach' ihn nicht naß. (Heiterkeit und Unruhe rechts.)

Bürgermeister: Wir sind jetzt nicht bei den Berichtigungen, Herr Gem.-Rath Trambauer, ich ermahne Sie jetzt zum letztenmale; wenn Sie nicht zur Sache sprechen, also zu einer Post der Rubrik III, müßte ich Ihnen das Wort entziehen.

Gem.-Rath Trambauer (fortfahrend): Damit die Gemeinde also weniger Auslagen hat, stelle ich den Antrag, der Magistrat werde beauftragt, Vorkehrung zu treffen, und zu untersuchen, auf welche Weise die Militärtaxe eingehoben wird, damit der Gemeinde Wien weniger Unkosten erwachsen, nämlich in dem Sinne, wie die Krankencassa- und Unfallversicherungs-Beiträge eingehoben werden. Ich bitte Sie um Annahme dieses Antrages. (Beifall links.)

Gem.-Rath Wunsch: Ich sehe mich verpflichtet, einige Worte zur Richtigstellung des Vorganges zu bemerken. Es ist richtig, daß die Collegen Trambauer und Jedlička in dieser An-

gelegenheit gesprochen und auch Anträge gestellt haben. Es ist auch richtig, daß in den Zeitungen eine Notiz über die erste Sitzung der Budget-Commission erschien, welche — ich gebe zu — eine etwas entstellte Darstellung der Anträge enthält. In der zweiten Sitzung hat nun Herr College Trambauer das Ersuchen gestellt, es möge der Wortlaut der von ihm gestellten Anträge richtiggestellt werden. Wir haben dies auch veranlaßt, und es sind von da an officielle Berichte über die Budgetberathungen erschienen und es wurde bei diesem Anlasse der Wortlaut der Anträge der beiden Herren aus dem Protokolle festgestellt.

Ich glaube, mehr konnte die Budget-Commission und der Vorsitzende nicht veranlassen, und es ist in dieser Hinsicht correct vorgegangen worden.

Gem.-Rath Gregorig: Der Commission wurde kein Vorwurf gemacht, sondern der Judenpresse.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Meine Herren, ich werde wohl für die Zuweisung des Antrages Trambauer an den Stadtrath stimmen, aber ich bemerke gleich, daß ich für die Idee, daß die Geschäftsleute mit der Einhebung der Militärtaxe betraut werden sollen, nicht schwärme. Wie kommen die Geschäftsleute dazu, daß sie die Steuerexcutoren und Steuereinheber in dieser höchst odiosen Angelegenheit sind? Das ist meine Meinung.

Andererseits verkenne ich aber nicht, daß Herr Gem.-Rath Trambauer von einem ganz richtigen Gefühle geleitet wird, nämlich von dem Gefühle, daß die Einhebungskosten für die Militärtaxe ganz außerordentlich bedeutende sind; daß die Einhebungskosten, wenn ich nicht irre, beinahe soviel ausmachen, wie die Einnahmen, wenn sie diese nicht sogar übersteigen. (Zustimmung.) Es muß in dieser Beziehung etwas geschehen und ich möchte sagen: am vernünftigsten wäre es, wenn die Gemeinde Wien in der Lage wäre, mit dem Militär-Arvar, ich möchte sagen, einen Pauschalbetrag abzuschließen und man zahlt lieber ein paar tausend Gulden, um diese ganze höchst odiose Angelegenheit weg zu haben, denn was unter dieser Militärtaxe die Bezirksausschüsse und Organe leiden, wie die einzelnen Leute maltrahiert werden, das ist geradezu unglaublich. Ich würde also glauben, daß Herr Gem.-Rath Trambauer die Güte haben soll, seinen Antrag dahin abzuändern, daß der Magistrat angewiesen wird, positive Anträge in der Richtung zu stellen, daß endlich die Ordnung dieser Angelegenheit in solcher Weise erfolge, daß die Gemeinde Wien nicht so sehr mit Auslagen belastet werde. Ob es so oder so geschieht, das wollen wir heute nicht entscheiden. Ich bin nur der Meinung, daß, wenn wir das den Geschäftsleuten auflegen, sehr viele Geschäftsleute die Militärtaxe wieder aus eigenem werden zahlen müssen, weil sie sich schämen, den betreffenden Betrag ihren Arbeitern in Abzug zu bringen. Nun vertragen aber die Leute ohnedies nicht mehr an Auslagen. Ich glaube also, daß von dieser Idee abzugehen wäre; wenn der Antrag so modificiert wird, werde ich für die Zuweisung desselben an den Stadtrath stimmen.

Gem.-Rath Frauenberger: Wenn eine Petition zeitgemäß und am Platze ist, u. zw. eine Petition an die k. Regierung wegen Steuernachlaß, so wäre es wohl eine Petition, betreffend die Militärtaxe. Die Militärtaxe trifft mitunter die allerärmsten Menschen. Es muß ein Mann 1 fl. Militärtaxe bezahlen und er sieht den Gulden oftmals nicht, er bringt ihn nicht zusammen; er wird molestiert von allen Seiten. Nun ist dieses Geschäft auch der Gemeinde übertragen worden, die Gemeinde muß die Militärtaxe einheben, und die Einhebungskosten machen mehr aus, als die

ganze Steuer abwirft. Das ist ja ein Unding. Ich habe schon vor einigen Jahren hier darüber gesprochen und habe gesagt, es wäre das Vernünftigste, wenn die Gemeinde Wien die Militärtaxe in dem Umfange, als sie eben eingehoben wird, einfach bezahlen würde.

Nun geht aber das wieder nicht, aus gewissen Gründen nicht; die Gemeinde Wien kann doch für die reichen Leute nicht auch bezahlen. Von den armen Leuten ist ja dieser Gulden oft gar nicht hereinzubringen.

Nun, meine Herren, abgesehen davon, daß das der Gemeinde soviel kostet, stellen Sie sich die Mühe vor, die den Bezirksausschüssen damit aufgehalst wird. Der Bezirksausschuß muß den betreffenden Mann auffuchen, und wo sucht er ihn auf? Wo er wohnt. — Inzwischen ist er aber ausgezogen — er sucht ihn also, wo er arbeitet — jetzt arbeitet er aber wo anders. Er muß ihm förmlich nachlaufen, und wenn er ihn eruiert hat, dann hat er den Gulden nicht.

Es ist das eine ganz unvernünftige Steuer, die wirklich der Staat mit großem Unrechte einhebt. Ich möchte auch wissen, warum der Staat von diesen armen Leuten eine solche Steuer einhebt; das ist gewiß in hohem Grade ungerecht, und wenn eine Steuer aufgehoben werden soll, so ist es diese Steuer, weil sie sovielen arme Teufel trifft. Ich würde daher bitten, meine Herren, daß wir diesen Gegenstand zum Anlasse einer Petition nehmen, welche wir an die Regierung richten, damit diese Militärtaxe, für welche die Einhebungskosten so enorme sind, aufgehoben werde. Ich bitte, diesen meinen Antrag dem Stadtrathe zur Berathung zuzuweisen.

Gem.-Rath Weitmann: Meine Herren! Ich bin der Ansicht, daß der Geschäftsmann ohnehin mit ganz überflüssigen Arbeiten überlastet ist. Der Geschäftsmann hat dafür zu sorgen, daß die Krankencassengebühren der Genossenschaften sowie jene der Bezirkskrankencassen richtig einlaufen. Er hat dafür zu garantieren, daß das alles richtig einläuft. Wenn er es von dem betreffenden Arbeiter nicht einhebt, so muß er es aus eigenem bezahlen. Der Geschäftsmann hat ein Drittel dazu beizutragen. Ebenso ist es mit der Unfallversicherungsgebür. Auch diese wird dem Geschäftsmann aufgebürdet und es hätte nach dem Gesetze der Arbeiter 10 Percent beizutragen.

Ich bin aber der Ansicht, daß es nicht 10 Percent von Geschäftsleuten gibt, die dem Arbeiter diese 10 Percent auch wirklich abziehen. Ich thue es nicht; ich habe in meinem Leben noch keinen Kreuzer für die Unfallversicherung dem Arbeiter abgezogen, und ich glaube, daß meinem Beispiele auch viele andere gefolgt sein werden. Es werden nur wenige sein — vielleicht die größeren Fabriken — die dem Arbeiter die 10 Percent für die Unfallversicherungsgebür abziehen.

Also, meine Herren, halben wir uns doch nicht selbst auch die Last auf, daß für die Krüppelsteuer von Seiten der Geschäftsleute gesorgt werden muß. Was wird das Facit sein? Daß schließlich wieder der betreffende Arbeitgeber das Opfer sein wird. Legen wir uns nicht noch mehr Lasten auf, als wir ohnehin haben, denn, meine Herren, mit derartigen Sporteln und Lasten sind wir ja überbürdet. Die Krüppelsteuer trägt wirklich nicht das, was sie Kosten verursacht, aber — möge man was immer für einen Modus finden — dagegen möchte ich mich verwahren, daß man das auch dem Geschäftsmann aufhalst. (Bravo! links.)

Gem.-Rath Stehlik: Meine Herren! Ich möchte mich auch dagegen aussprechen, daß nach dem Antrage des Herrn Gem.-Rathes Traubauer die Krüppelsteuer von dem betreffenden Meister ein-

gehoben werden soll. Warum? Der Meister hat ohnedies genug zu leisten, und meistens kommen solche Fälle vor, wo er dem Arbeiter das schenken muß. Weiters muß ich mich gegen den Herrn Gem.-Rath Frauenberger aussprechen, der gesagt hat, man soll gar nichts einheben. Wenn bloß diese Guldensteuer bestünde, würde ich auch Ja sagen, aber man muß sagen, es sind viele andere Leute, die mehr verdienen, die durchrutschen, weil sie zu schwach sind oder einen Fehler haben und die wirklich zahlen können; die kämen bei der Geschichte gut heraus.

Diese zwei Anträge sind, glaube ich, nicht durchzuführen, und ich glaube, daß, was Herr Gem.-Rath Frauenberger von der Einhebung durch den Bezirksausschuß gesagt hat, nicht richtig ist. Das hebt ja heute der Bezirksausschuß nicht ein. Ich kenne den Bezirksausschuß, ich war länger als vielleicht Sie alle Bezirksausschuß.

Bürgermeister (unterbrechend): Ich bitte, Herr Gemeinderath...

Gem.-Rath Stehlik (fortfahrend): Aber ich bitte, ich muß doch widerlegen, Herr Bürgermeister, wenn man uns Unwahrheiten sagt! Mich werden Sie nicht das Geschäft lehren! (Lebhafte Heiterkeit.)

Bürgermeister (unterbrechend): Aber ich bitte, doch zur Sache zu sprechen.

Gem.-Rath Stehlik (fortfahrend): Ich war länger Bezirksausschuß als die Herren. Die Einhebung wird also nicht durch den Bezirksausschuß, sondern vom Magistrate vorgenommen. Das ist auch wieder ein großer Fehler, denn jetzt macht das Kosten; damals haben wir sie nicht gehabt. Es war auch ungerecht für den Bezirksausschuß; ich bin oft in eine Werkstätte gekommen, der Geselle ist aufgestanden und davongerannt. Jetzt kostet es der Gemeinde Geld. Herr Frauenberger ist immer gleich in der Höhe. (Zu Gem.-Rath Frauenberger gewendet:) Pflauschen Sie nicht immer so unnütze Sachen.

Ich will, daß das eine und das andere nicht angenommen wird.

Gem.-Rath Wunsch: Ich glaube, die Frage, ob diese Steuer einzuhoben ist oder nicht, gehört wohl nicht in die Competenz des Gemeinderathes, ganz gewiß aber nicht zum Gegenstande der Berathung des heurigen Budgets. Ich möchte aber nur auf eines hinweisen. Der Antrag, den Herr Collegen Traubauer gestellt hat, daß der Arbeitgeber die Steuer einheben soll, ist, wenn Sie die Sache genau betrachten und die Arbeitsverhältnisse berücksichtigen, einfach factisch undurchführbar. Es wäre das sehr gut möglich, wenn das Arbeitspersonale ein ständiges wäre. Bei vielen Industrien wechselt aber das Arbeitspersonale außerordentlich, und es gibt Arbeiter, die so unstät sind, daß sie in einem Jahre fünf- bis sechsmal den Ort wechseln. Welcher Arbeitgeber soll nun für diese Einhebung verantwortlich gemacht werden? Das kann man vielleicht sehr gut einführen, wenn ein bestimmter Stock von Arbeitern das ganze Jahr in einem Hause anwesend ist. Wenn aber der Arbeiter nur fünf bis sechs Tage da ist und dann wieder anderswohin geht und fünf- bis sechsmal im Jahre den Ort wechselt, so ist es außerordentlich schwierig, den Arbeitgeber dafür verantwortlich zu machen. Sie sehen also, es ist praktisch gar nicht durchführbar. Ich würde mich aber dem Antrage des Herrn Dr. Ueeger anschließen, daß überhaupt der Magistrat beauftragt werde, den Vorschlag zu erstatten, inwieweit die Vereinfachung der Einhebung möglich wäre.

Bürgermeister: Die Debatte ist geschlossen. (Die Referenten verzichten auf das Wort.) Gegen die Posten in Rubrik III 1 bis 14½ ist keine Einwendung erhoben worden. Dieselben sind angenommen.

Herr Gem.-Rath Trambauer hat sich der von Herrn Dr. Lueger beantragten Formulierung seines Antrages angeschlossen. Sein Antrag ist jetzt dem Sinne nach, glaube ich, identisch. Herr Gem.-Rath Trambauer beantragt nämlich, der Magistrat sei zu beauftragen, positive Anträge wegen thunlichster Entlastung bei der Einhebung der Militärtaxe zu stellen. Ich ersuche jene Herren, welche mit der Zuweisung dieses Antrages an den Stadtrath einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschickt.) Angenommen.

Herr Gem.-Rath Frauenberger hat den weiteren Antrag gestellt

Gem.-Rath Frauenberger: Ich ziehe nunmehr meinen Antrag zurück, nachdem dieser Antrag angenommen ist.

Referent des Stadtrathes (liest):

B. Sonstige Bezüge.

Post 15. Zeitliche Aushilfen für active Beamte und Diener
12.000 fl.

Post 16. Belohnungen für außergewöhnliche Dienstleistungen und zwar:

- | | |
|--|-----------|
| a) Neujahrs-Gratificationen | 5.390 fl. |
| b) Remunerationen für Übersetzungen aus fremden Sprachen | 7.760 fl. |
| c) Remunerationen an die zu den freiwillig abgehaltenen Citationen entsendeten Magistrats-Commissäre | 200 fl. |

Gem.-Rath Trambauer: Unter 16 b ist eine Post mit 7760 fl. für die Übersetzung von Schriftstücken eingestellt. Vielleicht kann der Herr Referent oder einer der Herren vom Magistrate uns Auskunft darüber geben, welche Herren diese Übersetzungen vornehmen und wie viele Herren dafür bestimmt sind. Mir ist bekannt, daß Blankette vorhanden sind, in denen nur einige Worte ausgefüllt werden, die zu übersetzen sind und für jede separate Übersetzung bekommt der betreffende Beamte ein Honorar. Ist das richtig? Wer bezieht diese 7760 fl.?

Bürgermeister: Dieser Betrag vertheilt sich auf eine größere Anzahl von Herren, welche die Übersetzungen anfertigen. Meines Wissens sind es städtische Beamte, welche diesen Betrag beziehen.

Referent des Stadtrathes: Wie mir mitgetheilt wird, sind es 10 bis 12 Herren Beamte; sie bekommen per Bogen 40 fr.

Gem.-Rath Trambauer: Mir ist gesagt worden, daß dieser Betrag sich auf 2 bis 3 Beamte im Maximum erstreckt und es dürfte wahr sein. Kann der Herr Ober-Buchhalter nicht Auskunft geben?

Bürgermeister: Es steht Ihnen selbstverständlich das Recht zu, diese Anfrage in der Plenarversammlung zu stellen, aber diese Behelfe können Ihnen außerhalb der Sitzung alle zur Verfügung gestellt werden. Wenn Sie einen diesbezüglichen Wunsch aussprechen, wird Ihnen alles zur Verfügung gestellt werden.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Meine Herren! Wenn der jetzige Herr Bürgermeister das, was er jetzt gesagt hat, halten wird, so wird er in vielen Richtungen die Debatte verkürzen. Eine Debatte wird dann vielleicht gar nicht stattfinden. Ich weiß aber, daß Herr Collega Steiner sich mir gegenüber beschwert hat, daß ihm die Einsicht in Acten von Seite des damaligen Herrn Vice-Bürgermeisters oder ich weiß nicht von wem verweigert wurde.

Meine Herren! Entweder — oder! Wenn der Herr Bürgermeister die Güte haben wird, uns — selbstverständlich gegen Anmeldung bei ihm — die Einsicht der Acten zu gestatten, dann wird manches, was hier gesprochen wird, nicht gesprochen werden. Aber ich bitte endlich einmal um eine definitive Erklärung, wie sich die Sache verhält. Ich bin der Meinung, daß wir berechtigt sind, alle Acten einzusehen, welche den Wirkungsbereich des Gemeinderathes betreffen. Selbstverständlich muß man es dem Bürgermeister melden, damit er in der Lage ist, die betreffenden Aufträge zu ertheilen. Man darf sich mit den einzelnen Beamten ohneweiters nicht ins Einvernehmen setzen, und wenn der Herr Bürgermeister an dem Standpunkte festhält, daß er uns die Erlaubnis ertheilt, die Acten einzusehen, dann wird sich vieles leichter arbeiten lassen, als es bisher geschehen ist.

Bürgermeister: Ich habe meinen Standpunkt wiederholt gekennzeichnet. Ich werde dann, wenn ich sehe, daß nicht ein Mißbrauch oder ein Mißverständnis zu erwarten ist, in der constantesten Weise die Erlaubnis ertheilen. Der Fall Steiner hat aber gezeigt, wohin es führt, wenn nicht eine Controle in zweckmäßiger Weise geübt wird. Ich nehme an, daß damals Gem.-Rath Steiner optima fide vorgegangen ist. (Rufe links: Natürlich! Gewiß!) Sie werden mir aber zugeben, daß das, was er hier gesagt hat, geeignet war, eine Menge von Leuten in unangenehmer Weise zu berühren. (Gem.-Rath Dr. Gessmann: Das ist ganz gleich!) Bitte, das ist nicht ganz gleich. In der communalen Verwaltung und Vertretung ist das auch von Wert. (Gem.-Rath Gregor: Die Buchung ist auch nichts wert!) Wenn es sich um derartige Ausweise, wie hier, nämlich darüber, wer das Honorar für die Übersetzungen bezogen hat, handelt, da gibt es kein Geheimnis. Das kann jeder erfahren, und wenn diesfalls ein Ansuchen an mich gestellt wird, so werde ich anordnen, daß die betreffenden Beamten die Ausweise vorlegen. Was die Gebühren betrifft, so gilt hier der Gemeinderaths-Beschluß vom 26. Jänner 1888, wo es heißt: „Dem Translator ist für jede Übersetzung eines Actes aus der böhmischen, italienischen, polnischen und ungarischen Sprache eine Gebühr von 30 fr., aus der croatischen Sprache von 50 fr. zu bezahlen. Ist der betreffende Act länger als ein Bogen, so entfällt für die weiteren Bogen eine Gebühr von 30 fr. respective 50 fr. Diese Gebühr hat bis auf weiteres in Geltung zu bleiben.“

Ich anerkenne, daß Herr Gem.-Rath Trambauer das Recht hat, diese Anfrage zu stellen. Es hält uns dies aber nur sehr stark auf und wir könnten so mit der Berathung monatelang brauchen. Wenn sich Herr Gem.-Rath Trambauer für die Sache interessiert und zu mir kommt, so werde ich veranlassen, daß ihm die Auskunft ertheilt werde.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich glaube, daß die Frage von außerordentlicher Wichtigkeit ist, inwiefern die Acteneinsicht gestattet werden kann oder nicht. Ich bin nämlich nicht der Meinung, daß der Bürgermeister das discretionäre Recht hat, die Einsicht zu verweigern. Damals hat Gem.-Rath Steiner mit Erlaubnis des Präsidiums die Einsicht der Acten durchgeführt und hier nur dasjenige angeführt, was er von dem Beamten erfahren hat. Wenn der Beamte sich irrt, so ist nicht der betreffende Gemeinderath daran schuld, sondern der betreffende Beamte. Ich weiß aber einen Fall, Herr Bürgermeister, daß einem Mitgliede des Gemeinderathes die Einsicht der Acten verweigert wurde. Das ist der Fall des Gem.-Rathes Ströbäck. Gem.-Rath Ströbäck bemüht sich, die Übelstände welche im V. Bezirke durch eine Fabrik ver-

ursacht werden, zu beseitigen und hat um die Einsicht der diesbezüglichen Acten gebeten; diese Einsichtnahme wurde nicht zugelassen. (Hört! links.)

Bürgermeister: Gewiss nicht, das ist ganz richtig, weil das ein Act des übertragenen Wirkungskreises war. Es wurde dem Herrn Gemeinderathe mitgetheilt, daß eine Reihe von Erhebungen gepflogen worden sind, daß Verfügungen und Entscheidungen vorgekommen sind; ich bin aber nicht berechtigt, Acten des übertragenen Wirkungskreises einem Gemeinderathe zur Verfügung zu stellen. Deswegen wurde die Einsichtnahme verweigert.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Das ist eine andere Frage, ob das übertragener Wirkungskreis ist oder nicht. Die Beseitigung localer Übelstände ist nicht übertragener, sondern eigener Wirkungskreis und wenn eine solche Anstalt in irgendeinem Bezirke ist, so muß es dem Gemeinderathe gestattet sein, sich zu erkundigen, wie die Sache steht. Wenn es zum Beispiel in der Straße, wo ich wohne, furchtbar stinkt und ich weiß es stinkt wegen eines Hauses oder einer Fabrik, so muß es mir als Gemeinderath gestattet sein, die Acten, welche den Gegenstand betreffen, zu lesen, damit ich weiß, welche Schritte zu veranlassen sind, um mich selbst und die Nachbarschaft von solchen Dingen zu befreien; das ist zweifellos richtig.

Ich bin der Meinung, man sollte in der Beziehung weniger ängstlich sein; man sollte es wirklich den Mitgliedern des Gemeinderathes möglich machen, durch Studium der Acten dazu beizutragen, daß Übelstände in Wien beseitigt werden.

Wenn der Herr Bürgermeister in der Weise vorgehen würde, so wird vieles erspart werden. Ich sage es noch einmal. Wenn Sie uns aber immer auf die Auskünfte verweisen, welche wir hier bekommen, während uns die Einsicht in die Acten nicht gestattet wird, dann ist es natürlich, daß bei jeder Gelegenheit gefragt wird und unnütze Debatten entstehen.

Bürgermeister: Ich erwidere nochmals. Erstens, habe ich kein Geheimnis zu bewahren, die communale Verwaltung überhaupt auch nicht. Aber es kann unter Umständen auch ein Mißbrauch gemacht werden. Nehmen wir an, es ist ein Strafact da, wonach jemand vernommen und bestraft wurde. Sie werden mir doch zugeben, daß es nicht angeht, den Act zur Verfügung zu stellen. Es ist aber auch in diesem Falle, soweit es für die betreffende Persönlichkeit von Interesse ist, Auskunft auf Grund des Actes in der Regel erteilt worden. Übrigens steht dieser Gegenstand gegenwärtig nicht auf der Tagesordnung.

Gem.-Rath Strobach: Ich bitte ums Wort!

Bürgermeister: Zu welcher Post?

Gem.-Rath Strobach: Zu dieser Angelegenheit.

Bürgermeister: Diese Angelegenheit ist vorläufig erledigt. Ich bitte, einen Antrag über das Controlsrecht der einzelnen Gemeinderathe einzubringen. Jetzt sind wir bei der Budgetberatung

Gem.-Rath Tomola: Zur Post 16 d werde ich mir erlauben, eine ganz kurze Erklärung abzugeben. Ich werde gegen diese Post stimmen, weil ich der Ansicht bin, daß die Einsetzung derselben durchaus nicht geeignet ist, den deutschen Charakter der Stadt Wien zu wahren. Ich bin der Meinung, daß die Herren aus Böhmen und der Polakei aufzuklären sind, mit der deutschen Reichshaupt- und Residenzstadt Wien in deutscher Sprache zu verkehren.

Bürgermeister: Wünscht noch jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Die Debatte ist geschlossen.

Referent des Stadtrathes: Es wäre sehr wünschenswert, wenn solche Detailanfragen, wenn sie von Mitgliedern der Budget-Commission ausgehen, in dieser letzteren gestellt worden wären. Wir haben zwölf Sitzungen gehabt, deren jede drei Stunden gedauert hat; da hätte man solches leicht erledigen können. Allerdings kann es einem Mitgliede der Budget-Commission auch später einfallen, etwas zu wünschen. Da würde ich bitten, daß diese Herren Collegen die Güte haben mögen, mir oder den Herren von der Buchhaltung früher davon zu sagen; dann werden wir uns vorbereiten.

Was die Bemerkung des Herrn Gem.-Rathes Tomola betrifft, so geht das nicht gut, was er will. Wir bekommen Zuschriften auch aus anderen, fremdsprachigen Ländern in Bezug auf Zuständigkeits- und Armen-Angelegenheiten, auf Vergütung von Verpflegungsgebühren und dergleichen, welche Zuschriften in fremden Sprachen gehalten sind. Wir müssen dieselben übersetzen lassen. Ich bitte daher, diese Post unverändert anzunehmen.

Bürgermeister: Wird separate Abstimmung gewünscht?

Gem.-Rath Strobach: Wir wollen wissen, wer die 7000 fl. bekommt, ob ein oder zwei Beamte.

Bürgermeister: Es ist ja der Ausweis jetzt nicht hier. Wer interessiert sich dafür? Herr Gem.-Rath Trambauer? (Rufe links: Alle!)

Gem.-Rath Trambauer: Ich bitte, bis zur nächsten Sitzung Sorge zu tragen, daß das dem Plenum bekanntgegeben werde.

Bürgermeister: Die Versammlung ist damit einverstanden. Gegen die Posten selbst ist eine Einwendung nicht erhoben worden, ich erkläre dieselben für angenommen.

Referent des Stadtrathes (liest):

Remuneration für die Verfassung des statistischen Jahrbuches und des Verwaltungsberichtes 2.470 fl.

Zu Post 16 f hat der Stadtrath einen Abstrich beantragt. Anstatt 4800 fl. werden 2400 fl. eingestellt. Ich bitte um die Annahme.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Diese Remunerationen sind eingesezt für die Verfassung des statistischen Jahrbuches, sowie für die Verfassung eines Verwaltungsberichtes. Ich bin der Meinung, für die Verfassung des statistischen Jahrbuches sollte eigentlich eine Remuneration gar nicht bezahlt werden, weil das eine amtliche Obliegenheit des betreffenden Departements ist, und was amtliche Obliegenheit ist, sollte nicht besonders remuneriert werden.

Ich spreche aber insbesondere zum Verwaltungsberichte. Er soll umfassen die Jahre 1889 bis 1893. Das sind fünf Jahre. Der Verwaltungsbericht sollte nach unserem alten Statute alljährlich erstattet werden oder alle drei Jahre, ich weiß es nicht. Wie es jetzt ist, weiß ich auch, aufrichtig gesagt, momentan nicht. Das eine weiß ich aber, daß, wenn dieser Verwaltungsbericht erstattet wird, es nothwendig wäre, eine besondere Vorlage zu machen. Ich bin der Meinung, zuerst soll man den Verwaltungsbericht machen. Das wird eine der schwersten Arbeiten sein. Entweder — oder. Es wird entweder gründlich entlohnt werden müssen oder gar nicht. Jedenfalls ist es gar nicht sicher, ob dieser Verwaltungsbericht heuer noch erstattet wird; und ich bin der Meinung, wir sollten die Beamten jetzt gar nicht damit plagen. Wir sind mit so vielen Dingen im Rückstande, und die Beamten, welche den Bericht zu machen haben, sind ohnehin vollauf beschäftigt. Wenn wir schon fünf Jahre darauf warten, so können wir auch noch ein Jahr warten. Wir sind so überlastet und die Beamten eben-

falls, daß es wirklich nicht nothwendig ist, ihnen auch noch eine solche Arbeit aufzubürden. Ich bitte, sich also damit zu begnügen, wenn Sie den Betrag für das statistische Jahrbuch einstellen — meinerwegen, obwohl ich auch dafür nicht schwärme — also 970 fl. Ich erwähne noch, daß, wenn das darin steht der Stadtrath die Remuneration ertheilt, wenn es aber nicht darin steht, die Sache an den Gemeinderath gehen muß; und das Plenum des Gemeinderathes soll von einer solchen Remuneration erfahren.

Gem.-Rath Koske: Ich möchte nur gegenüber den letzten Worten des Herrn Vorredners die Bemerkung machen, daß ich der Anschauung bin, daß das statistische Jahrbuch einer der wertvollsten Behelfe ist, den wir in der Gemeindeverwaltung haben und daß ich lebhaft bedauern müßte, wenn dieses Jahrbuch nicht mehr erschiene. (Rufe links: Es wurde gar nichts dagegen gesagt!) Ich bitte, der Herr Vorredner hat gesagt, er legt auf dieses Jahrbuch keinen Wert. (Gem.-Rath Dr. Lueger: Nein! Auf den Verwaltungsbericht!) Der Herr Vorredner hat sich vielleicht versprochen, aber er hat vom statistischen Jahrbuche gesprochen. (Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich habe ausdrücklich gesagt, die 970 fl. für das statistische Jahrbuch sollen bleiben, die 1500 fl. für den Verwaltungsbericht sollen aber gestrichen werden!) Der Herr Vorredner hat gesagt: Die 970 fl. sollen meinerwegen bleiben, und dann hat er ungefähr beigelegt, obwohl ich auch auf das statistische Jahrbuch keinen Wert lege. (Gem.-Rath Dr. Lueger: Ah, nein!) Nur dagegen mußte ich mich aussprechen.

Referent des Stadtrathes: Meine Herren! Diese Verwaltungsberichte sind auch ein sehr interessantes Material; sie werden ja von vielen fremden Gemeinden und Personen mit großem Interesse gelesen, und ich glaube, daß ein so kleiner Betrag für diesen gewiß wünschenswerten Zweck nicht gestrichen werden sollte, und daß daher diese Post ungeändert belassen werden soll.

Referent der Budget-Commission: Ich muß den Antrag meines Collegen auch befürworten. Es ist ohnehin zu bedauern, daß seit fünf Jahren ein solcher Bericht nicht erschienen ist, sonst erschien er alle drei Jahre. Nachdem wir aber die Zeit her so mit Arbeiten überhäuft waren, ist das wohl zu entschuldigen; ich bitte Sie also, den Betrag doch einzustellen.

Bürgermeister: Ich bitte um die Abstimmung. Die Herren, welche mit der Einstellung von 970 fl. für das statistische Jahrbuch einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschicht.) **Angenommen.**

Die Herren, welche mit der Einstellung von 1500 fl. für den Verwaltungsbericht einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschicht.) **Angenommen.**

Das war Post 16 d.

Gegen die Posten e und f wurde keine Einwendung erhoben, diese Posten sind daher **angenommen.**

Referent des Stadtrathes (liest):

Post 17. Besoldungsvorschüsse an Beamte und Diener . 55.000 fl.

Bürgermeister: **Angenommen.**

Referent des Stadtrathes: Wir gelangen nun zu Rubrik IV

„Allgemeine Verwaltung in sachlicher Beziehung“, Seite 10 (liest):

Post 1. Augenscheinsteuern 81.890 fl.

Post 2. Politische Kanzleisteuern 40.310 fl.

Post 3. Pränumeration für Todtenverzeichnisse 370 fl.

Post 4. Steuern für die Erprobung hydraulischer Bindemittel 740 fl.

Nun kommen verschiedene kleinere Gebühren (liest):

Gebühren für die Prüfung und Inspicierung von Gasrohrleitungen und Beleuchtungsanlagen 1150 fl.

Beiträge für die Benützung von Amtlocalitäten durch

Private 800 fl.

Erlös für Editionen des statistischen Departements, für

Preistarife und sonstige Drucksorten 1150 fl.

Garderobegebühren aus dem Besuche des historischen Mu-

seums und Erlös für Kataloge nur 200 fl.

gegen den Betrag von 980 fl., welcher eingestellt war, weil der Stadtrath beschlossen hat, die Eintrittsgebühren aufzuheben, und diesen Betrag von 200 fl. bloß als Erlös für Garderobe u. dgl. einzustellen.

Bürgermeister (nach einer Pause): Keine Einwendung? die Posten sind **angenommen.**

Referent des Stadtrathes (liest):

Einnahmen aus der Herausgabe des „Amtsblattes der k. k. Reichshaupt und Residenzstadt Wien“ 2880 fl.

Dazu kommen die Anträge: „Die Eintritts- und Garderobegebühren aus dem Besuche des historischen Museums sind aufzuheben“, und zu Post 10: „Der Magistrat habe darüber Vorschläge zu erstatten, auf welche Weise eine weitere Verbreitung des Amtsblattes der Stadt Wien herbeizuführen sei; hiebei sei auch in Erwägung zu ziehen, daß das Amtsblatt zu jeder Zeit oder wenigstens vom 1. oder 15. jeden Monats angefangen vierteljährig, und zwar in jedem magistratischen Bezirksamte abonniert werden könne.“ Post 11. Beitrag der Staatsverwaltung zu den Kosten der Übernahme und Zustellung von gerichtlichen Wohnungsaufkündigungen durch die städtischen Organe 4000 fl.

Post 12. Verschiedene Rückvergütungen 2570 fl.

Referent der Budget-Commission: Nachdem Herr Colleague Boschan einen Antrag zu Post 10 bereits vorgebracht hat — es ist ein Antrag der Budget-Commission — so habe ich nur noch einen Antrag zu Post 11 zu stellen: „Der Herr Bürgermeister wird ersucht zu veranlassen, daß das Referat wegen Vergütung der Kosten der Geschäfte im übertragenen Wirkungskreise ehestens erstattet werde.“

Gem.-Rath Dr. Lueger (zu den Einnahmen): Ich werde nur ein paar Worte sprechen, ich habe nämlich öffentlich die Bitte an den Herrn Bürgermeister vorzubringen, daß die Augenschein-vornahmen soviel als möglich vermindert werden mögen. Wenn man Mitglied des Stadtrathes ist, so erfährt man, daß mit diesen Augenschein-vornahmen doch hie und da Mißbrauch getrieben wird, welcher sehr zu Ungunsten der Partei ausfällt. Ich möchte daher öffentlich bitten — damit alle Gemeinderäthe Gelegenheit haben es zu hören — daß die Augenschein-vornahmen soviel als möglich herabgemindert und die Verwendung der Beamten soviel als möglich eingeschränkt werde.

Bürgermeister: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet. Die Versammlung ist mit sämtlichen Positionen und der Zuweisung der dazu gestellten Anträge an den Stadtrath einverstanden? (Zustimmung.) **Angenommen.**

Referent des Stadtrathes (liest):

Rubrik IV. Ausgaben. „Allgemeine Verwaltung in sachlicher Beziehung.“

A. Ordentliche Ausgaben.

Post 1. Zinse für Amtlocalitäten:

a) Effective Zinse 4.560 fl.

b) Durchgeführte Zinse 389.880 fl.

Gem.-Rath Dr. Geshmann (zu Post 1 b): In aller Kürze möchte ich nur bitten, beziehungsweise den Antrag stellen, daß die durchgeführten Zinswerte in Zukunft überhaupt im Budget verschwinden. Das ist eigentlich nichts als eine buchmäßige Augen- auswischerei. Was heißt das? Wir bewerten es als Einnahmen und Ausgaben. Die Sache hat so gut wie gar keinen Wert.

Bürgermeister: Es ist das eine außerordentlich complicierte Geschichte.

Die Herren, welche einverstanden sind, daß der Antrag des Herrn Dr. Geshmann dem Stadtrathe zugewiesen werde, bitte ich, die Hand zu erheben. Es ist die Minorität. (Widerspruch links.) Es werden Zweifel laut; ich bitte also die Herren, welche mit der Zuweisung des Antrages Dr. Geshmann an den Stadtrath einverstanden sind, sich zu erheben. (Geschlecht.) Es ist die Majorität. Angenommen. (Rufe links: No also!) Meine Herren! Nur nicht solche Bemerkungen; Sie werden doch zugeben, daß früher nicht so viele Herren die Hand erhoben haben, als jetzt aufgestanden sind; ich bitte also: nur loyal!

Referent des Stadtrathes (liest):

Post 2. Reparatur und Erneuerung der Amtseinrichtung:

- a) Reparatur, Nachschaffung und Neuanschaffung von Möbeln und Einrichtungsgegenständen für die Amtlocalitäten im Rathhause im I. Bezirke 3.000 fl.
- b) Reparatur, Nachschaffung und Neuanschaffung von Möbeln und Einrichtungsgegenständen für auswärtige Amtlocalitäten 7.650 fl.
- c) Restaurierung der schadhaften Fahnen im historischen Museum 1.000 fl.

Post 3. Beheizung der Amtlocalitäten:

- a) Effective Ausgaben 56.700 fl.
- b) Durchgeführter Zinswert 300 fl.

Post 4. Beleuchtung der Amtlocalitäten:

- a) Effective Ausgaben 57.690 fl.
- b) Durchgeführte Zinswerte 180 fl.

Post 5. Reinigung der Amtlocalitäten:

- a) Effective Ausgaben 52.010 fl.
- b) Durchgeführte Zinswerte 320 fl.

Post 6. Pauschalien für Schreibrequisiten 12.760 fl.

Post 7. Schreib- und Druckpapiere 49.000 fl.

Post 8. Buchdrucker- und kalligraphische Arbeiten 60.000 fl.

Post 9. Betrieb der lithographischen Presse 9.000 fl.

Bürgermeister: Gegen die Ansätze in Post 1 bis 9 ist keine Einwendung erhoben worden, ich erkläre dieselben für angenommen.

Referent des Stadtrathes (liest):

Post 10. Buchbinderarbeiten 30.000 fl.

Referent der Budget-Commission: Zur Post 10 habe ich schon im vergangenen Jahre einen Antrag gestellt, den ich jetzt erneuere. Derselbe lautet: „Der Magistrat wird beauftragt, die Veranlassung zu treffen, daß den kleineren Geschäftsleuten (Buchbindern) die Möglichkeit gegeben werde, sich über im Offertwege zu vergebende Communalarbeiten entsprechend und ohne zu großen Zeitverlust zu informieren“.

Gem.-Rath A. J. Müller: Meine Herren! In den Schulen der einzelnen Bezirke werden die alten Bücher, die von den Schül- k Kindern zurückgegeben werden, eingebunden, und da hat man — speciell im II. Bezirke war dies der Fall — diese Arbeit dem kleinen Geschäftsmanne weggenommen und gesagt, der Contrahent,

der immer die größeren Arbeiten hat, muß auch das übernehmen. Ich will keinen Namen nennen; der Mann ist gekommen und hat gebeten, man möge ihm die Arbeit, die er schon seit zwei Jahren habe, lassen. Er ist ein kleiner Geschäftsmanne und nun nimmt man ihm noch diese Arbeit weg.

Ich würde beantragen, daß dergleichen Arbeiten, wie speciell das Einbinden der zerrissenen Bücher, die den armen Kindern gegeben werden, von kleinen Geschäftsleuten besorgt werden. Solche Arbeiten gehören nicht in das Materiale, das den Groß-Contrahenten in den einzelnen Bezirken zugewiesen ist; in jedem Bezirke gibt es ja solche kleine Geschäftsleute, die das machen können, und zwar um denselben Preis wie die anderen.

Der Herr College Schlechter, der Vorsteher der Buchbinder- genossenschaft, wird mir sicherlich rechtgeben. Ich beantrage also, daß diese Arbeiten, welche in den großen Vergebungsarbeiten nicht enthalten sind, in den einzelnen Bezirken von den kleinen Geschäfts- leuten gemacht werden.

Bürgermeister: Gegen Post 10 ist eine Einwendung nicht erhoben worden, dieselbe ist angenommen.

Der Antrag der Budget-Commission ebenso auch die Anregung des Herrn Gem.-Rathes Karl Müller gehen an den Stadtrath. Die Herren werden damit einverstanden sein. (Zustimmung.)

Referent des Stadtrathes (liest):

Post 11. Zeichnungsrequisiten, Vermessung und Mappierung 17.100 fl.

Die Budget-Commission beantragt eine Erhöhung.

Referent der Budget-Commission: Die Budget-Commission beantragt hier eine Erhöhung um den Betrag von 1060 fl. mit Rücksicht auf den Gemeinderaths-Beschluß vom 12. December 1893, womit eine Vermehrung des Standes und eine Erhöhung der Bezüge der stabilen Ausmesser und Ausmessergehilfen des Stadt- bauamtes vom Gemeinderathe bereits bewilligt und wofür von der Buchhaltung ein Betrag von 1060 fl. als Mehrkosten berechnet wird.

Bürgermeister: Die Herren, welche mit der höheren Ziffer per 18.160 fl. statt 17.100 fl. einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) Majorität. Angenommen.

Referent des Stadtrathes (liest):

Post 12. Gesetz-, Hilfsbücher und Schematismen 6000 fl.

Post 13. Dotation für die städtische Bibliothek 5000 fl.

Bürgermeister: Gegen Post 12 und 13 ist keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Referent des Stadtrathes (liest):

Post 14. Dotation für das historische Museum 6000 fl.

Gem.-Rath Dr. Scholz: Ich erlaube mir, die Aufmerksamkeit der geehrten Herren bei dieser Gelegenheit auf einen Theil unserer Sammlung zu richten, welcher durch eine Erbschaft in sehr schöner Weise dotiert worden ist, d. i. unsere Münzensammlung.

Die Stadt Wien hat in ihrem Museum nach meiner Meinung die Aufgabe, eine Sammlung von Münzen anzulegen, welche das österreichische Münzwesen vom Anbeginne bis Ende repräsentiert. Eine solche Sammlung ist derzeit meines Wissens in öffentlichen Anstalten nicht vorhanden. Das k. k. Hofmuseum hat eine außer- ordentlich großartige und schöne Sammlung, allein gerade in dieser Richtung ist so gut wie nichts vorgekehrt. Das sind mehr oder weniger Kleinigkeiten, welche dort keine Beachtung gefunden und keinen Wert haben.

Nachdem nun im Münzwesen eigentlich die ganze Volkswirt- schaft eines Volkes für eine gegebene Zeit ausgedrückt ist, ist es

von Wichtigkeit, daß wenigstens an einer Stelle eine vollständige Sammlung des österreichischen Münzwesens angelegt ist. Durch die Sammlung Spöttl haben wir selten schöne und theuere Stücke bekommen, so daß, was nachzuschaffen ist, eigentlich zu verhältnismäßig billigem Preise erhältlich ist. Jetzt ist noch eine Zeit, wo in dieser Beziehung etwas gemacht werden kann; je weiter wir uns aber von der Zeit entfernen, wo mit der Einschmelzung des Silbers begonnen wurde, desto schwieriger wird es sein, unsere Sammlungen zu ergänzen.

Ich erlaube mir daher, den Antrag zu stellen: Es werde aus dieser Dotation ein Betrag von 500 fl. zu Händen des Herrn Archivdirectors gestellt, mit der Aufgabe, für Münzankäufe zu sorgen.

Bei diesen Ankäufen ist es nicht zulässig, erst den langen Weg durch den Magistrat u. s. w. zu nehmen. Man muß sich auf den Herrn Archivdirector verlassen.

Ich bitte also, diesen Antrag anzunehmen und den Archivdirector zu beauftragen, in diesem Sinne für den Ausbau unserer städtischen Münzsammlung vorzusorgen.

Gem.-Rath Dr. Gehmann: Eigentlich ist der Antrag des unmittelbaren Herrn Vorsprechers ganz überflüssig, denn es steht ohnehin der Verwaltung des Museums frei, von den 6000 fl. den oder den Betrag zu diesem Zwecke zu nehmen. Aber dagegen muß ich mich schon aussprechen, daß wir gewissermaßen eine Filiale oder eine Art Ablager des Münzcabinetes bilden. Der verehrte Herr Collega darf sich nicht einbilden, daß wir sämtliche österreichische Münzen mit 500 fl. erwerben können. Es bedeutet das — er möge mir verzeihen — eine sehr geringe Kenntnis der bezüglichen Verhältnisse. Es hat auch keinen Zweck für uns, sämtliche österreichischen Münzen anzuschaffen. Das werden Sie mir zugeben. Es hätte eine Bedeutung, Wiener Münzen anzuschaffen. Das geschieht aber ohnehin seit jeher, und zwar nach Wahl des Directors des Museums, dem es freisteht, diese Dinge zu betreiben. Aber hier im Rathhause eine Sammlung sämtlicher österreichischer Münzen herstellen zu wollen, das ist, ich weiß nicht was, aber — er möge mir verzeihen — etwas Praktisches, um ein recht mildes Wort zu wählen, ist es nicht, weil es, wie gesagt, mit diesen Mitteln ganz unmöglich ist.

Ich werde gegen den Antrag stimmen, und bitte auch, gegen die Zuweisung des Antrages zu stimmen, weil er vollständig zwecklos ist und die Gefahr in sich birgt, daß wir uns auf dieses Gebiet begeben und nach und nach Mehrforderungen entstehen, für die wir factisch kein Geld haben.

Gem.-Rath Dr. Scholz: Der Herr Vorredner hat mich vollständig mißverstanden. Es ist eine höchst sonderbare Zumuthung, mir, als Numismatiker, unterzuschreiben, daß man um 500 fl. alle österreichischen Münzen ankaufen kann. Mein Antrag geht dahin, 500 fl. zur Disposition zu halten, weil ich der Meinung bin, daß wir in einem Jahre mehr Geld zum Ankaufe der Münzen kaum ausgeben können. Nächstes Jahr wieder, und so nach und nach. Man zahlt unter Umständen für ein einziges Stück — und wir haben solche Stücke — vielmehr als 500 fl. Aber man kann nicht alles auf einmal kaufen. Der Antrag soll dazu dienen, nach und nach die Sache zu vervollständigen.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Wenn man weiß, wie die Ergänzung der historischen Museen beschafft wird, so begreift man nicht, wie ein solcher Antrag gestellt werden kann. Wenn z. B. ein Bild gekauft wird, so wird im Stadtrathe referiert und der

Stadtrath beschließt darüber. Aber ich sehe gar nicht ein, warum man beschließen soll, daß 500 fl. der Director ganz allein und bloß für Münzen haben soll. Findet sich eine interessante Münze, so wird sie gekauft; findet sich ein interessantes Bild, so wird es gekauft. Aber zu sagen: 500 fl. müssen für Münzen ausgegeben werden, das brauche nicht in den Magistrat und Stadtrath zu kommen, diesen Betrag verwalte der Director allein, das ist nicht nothwendig. Daß dieser Antrag gestellt worden ist, ist eben ein Beweis, daß jene Kollegen, welche es von früher vergessen haben, in neuerer Zeit nicht mehr lernen wollen, wie eigentlich der Geschäftsgang ist. Wenn sie den Geschäftsgang kennen würden, würde ein solcher Antrag nicht gestellt werden. Wenn man eine interessante Münze findet, kann man sie sofort kaufen.

Referent des Stadtrathes (zum Schlussworte): Ich möchte nur bitten, einer Beschränkung auf einen bestimmten Betrag oder einer Theilung des Betrages nicht zuzustimmen. Die 6000 fl. sind ein Pauschale, es werden dafür Münzen, kleine Sculpturen, Bilder u. dgl. gekauft und die Freiheit darüber muß ja dem Stadtrathe und den betreffenden Beamten gegeben werden.

Referent der Budget-Commission: Ich bin derselben Anschauung.

Bürgermeister: Gegen die Post „Dotation für das historische Museum“ 6000 fl. ist keine Einwendung erhoben worden. — **Angenommen.**

Herr Gem.-Rath Scholz hat den Antrag gestellt, den Betrag von 500 fl. dem Herrn Bibliotheks-Director zum Ankaufe von Münzen zum Zwecke der Ergänzung der bestehenden Sammlung zur Verfügung zu stellen. Die Herren, welche mit der Zuweisung dieses Antrages an den Stadtrath einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschicht.) **Abgelehnt.**

Referent des Stadtrathes: Post 15, Zeitungs-Pränumerationen 3210 fl.

Referent der Budget-Commission: Zu dieser Post habe ich im Namen der Budget-Commission den Antrag zu stellen, es sei die „Ostdeutsche Rundschau“ und zwar in einem Exemplare zu pränumerieren. Den Preis kann ich nicht angeben. (Gem.-Rath Frauenberger: Was fällt Euch denn ein! — Großer Lärm links.)

Bürgermeister: Wozu denn so leidenschaftlich? Das ist doch nicht nothwendig. (Gem.-Rath Kauscher: Das geht nicht an, daß der commandiert!)

Gem.-Rath Brauneis: Nachdem so ziemlich die meisten Blätter abonniert sind, erlaube ich mir den Antrag zu stellen, daß auch die „Reichspost“ und der „Volkfreund“ abonniert werden.

Bürgermeister: Der Herr Gem.-Rath Gregorig hat das Wort. (Gem.-Rath Gregorig: Ich mag den Frauenberger nicht mehr ärgern. Ich danke!) (Heiterkeit.)

Gem.-Rath Grambauer: Ich wollte auch den Antrag stellen, daß ein Exemplar der „Reichspost“ abonniert werde. In Post 52 ist ein Betrag von 1200 fl. für Zeitungs-Pränumeration für die Bezirksvorsteher eingestellt. Ich glaube, diese Post könnte gestrichen werden. Jeder von uns muß, wenn er eine Zeitung lesen will, abonnieren. Wenn ein Bezirksvorsteher eine Zeitung lesen will, soll er sie sich auch kaufen. Ich stelle den Antrag, den Betrag von 1200 fl. in Post 52 zu streichen.

Gem.-Rath Kauscher: Ich erlaube mir, mich gegen den Antrag Grambauer zu wenden; ich glaube, die Bezirksvorsteher haben ebenso das Interesse und das Verlangen Zeitungen zu lesen,

wie alle anderen Sterblichen, und ich sehe nicht ein, warum man den geringen Betrag nicht einstellen soll.

Bezüglich des Antrages Brauneiß erlaube ich mir eine Anfrage an den geehrten Referenten. Es ist früher der Antrag gestellt worden, es sei ein entsprechender Betrag für das Abonnement der „Reichspost“ und des „Volksfreund“ einzustellen. Soweit ich mich erinnere, ist im Vorjahre der gleiche Antrag bezüglich des „Volksfreund“ von Hochwürden Latjcha gestellt und fast einstimmig angenommen worden. Der Gemeinderath hat also ausgesprochen, daß der „Volksfreund“ abonniert werde. Nun weiß ich aber, daß diesem Antrage nicht entsprochen worden ist; es liegt kein Exemplar des „Volksfreund“ auf, und ich möchte mir die Anfrage erlauben, wie es das kommt, daß dieser Beschluß des Gemeinderathes in Vergessenheit gerathen ist?

Bürgermeister: Wünscht noch jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Die Debatte ist geschlossen.

Referent des Stadtrathes (Schlußwort): Im Budget ist für den „Österreichischen Volksfreund“ ein Betrag von 4 fl. 50 kr. eingestellt; es hat also keinen Anstand, das Blatt zu abonnieren. Für den Fall, als die Anträge angenommen werden, die „Reichspost“ und den „Volksfreund“ zu abonnieren, würde die Position von 50 fl. für noch im Laufe des Jahres neu hinzugekommene Pränumerationen heranzuziehen sein. Ich glaube, die Herren würden gut thun, diese Post von 3210 fl. für Zeitungs-Pränumerationen zu belassen. Es müssen sich die Bezirksvorsteher doch auch informieren, was in der Welt vorgeht. Warum sollen sie die verschiedenen Zeitungen aus eigener Tasche bezahlen. Ich bitte um unveränderte Annahme dieser Position.

Bürgermeister: Der „Volksfreund“ ist bereits abonniert; der Betrag hierfür ist in Ausgabe gestellt. Es wird also der Antrag offenbar zurückgezogen. (Zustimmung.)

Nun kommt der Antrag hinsichtlich der „Reichspost“ (Rufe links: Und „Ostdeutsche Rundschau“!) Wer hat diesen Antrag gestellt? (Rufe: Die Budget-Commission!) Ich ersuche die Herren, welche damit einverstanden sind, daß die „Reichspost“ abonniert werde, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) Minorität. **Abgelehnt.**

Ersuche die Herren, welche damit einverstanden, daß die „Ostdeutsche Rundschau“ abonniert werde, die Hand zu erheben. Minorität. — **Abgelehnt.**

Im übrigen erscheint die Post angenommen. Ich bitte, fortzufahren.

Referent des Stadtrathes (liest):

Post 16. Zeitungseinschaltungen	1.300 fl.
Post 17. Herausgabe des Amtsblattes der k. k. Reichshaupt und Residenzstadt Wien	19.650 fl.
Post 18 Diäten, Commissionsgebühren, Kostgelder, Wagen- und Reiseauslagen in eigenen Angelegenheiten: Wagenauslagen, Commissionsgebühren, Reisekosten und Diäten städtischer Functionäre	50.000 fl.

Gem.-Rath Weitmann: Meine Herren! Es ist hier im Gemeinderathe schon öfter beklagt und betont worden, daß häufig ganz unnütze Commissionen abgehalten werden. Es ist dies eine Thatsache, die nicht geleugnet werden kann. Zum Beispiel, wenn einer ein Portal anbringen will, muß ein Plan eingereicht und eine

Commission inscenirt werden. Das ist nach meiner Ansicht gewiß nicht nothwendig. Man möge der betreffenden Tischlergenossenschaft ein Regulativ hinausgeben: so weit darf der Sockel vom Portal vorspringen, und derjenige, der wider das Gesetz handelt, kann ja bestraft werden. Es würde das genügen, wenn der Betreffende die Anzeige machen muß, sobald das Portal fertiggestellt ist, und wenn dann ein Diener einfach Nachmessungen machen würde. Dann wäre eine Commission überflüssig. Nach Fertigstellung des Portales könnte berichtet werden, daß es fertig ist, und dann geht der Beamte hin und besichtigt, ob das Portal nicht gesetzwidrig angebracht ist.

Die Commissionsgebühren und Planeinreichungen könnten erspart werden, und weil der Herr Bürgermeister bei seiner Beidigung das Versprechen gemacht hat, er werde in der Verwaltung vieles verbessern und vereinfachen, so bemerke ich, daß er hier Gelegenheit hätte, auf diesem Gebiete erstens Ersparungen im Communalhaushalte einzuführen, und zweitens dürfte er sich viele Geschäftsleute, die das als eine Chicane betrachten, was es auch ist, zu Dank verpflichten.

Ebenso ist es mit der Anbringung von Gaslampen, denn selbst da werden Schwierigkeiten bereitet. Gaslampen können nie schädlich wirken. Diese sollen in einer gesetzlich bestimmten Höhe angebracht werden. Was braucht man da Commissionen? Die sind ganz und gar überflüssig. Hier könnte ebenfalls eine Anzeige über die beabsichtigte Anbringung und dann über die Fertigstellung gemacht und dann die Messungen vorgenommen werden. Es ist eine reine Chicane und unnötige Ausgabe für die Geschäftsleute, daß da ebenfalls Commissionen sein müssen. Und die Beamten entzieht man dem eigentlichen Berufe.

Ebenso stelle ich mir die Commissionen als höchst überflüssig vor bei Aufstellung von Gasmotoren und kleinen Dampfmaschinen. Es ist allbekannt, daß die Gasmotoren seit 25 oder 26 Jahren hier in Verwendung sind; der Gasmotor ist eine der unschuldigsten Maschinen; es ist noch nie etwas passiert. Er ist ebensowenig gefährlich wie ein Gasmesser. Ein Gasmesser kann ebenso explodieren, wie ein Gasmotor. Da müßten Sie bei Aufstellung eines jeden Gasmessers Commissionen abhalten. Dabei kommen aber noch die Chicanen in Betracht, weil die Anrainer eingeladen werden, selbst wenn nur ein Motor von einer halben Pferdekraft aufgestellt wird, und man gibt dadurch den Anrainern geradezu Gelegenheit zu hoshafte Chicanen. Wenn man einen derartigen Gasmotor betrachtet, so ist er das reinsten Spinnrad, und ich finde es lächerlich, daß Vertreter des Stadtphysikates, der Polizei, des Bezirksausschusses, Ingenieure des Stadtbauamtes, kurz eine Commission von 5 bis 6 Herren kommt wegen eines solchen Spinnrades! Finden Sie das nicht lächerlich? Da möchte ich doch den Herrn Bürgermeister bitten, reorganisierend eingzugreifen. Ebenso ist es bei den kleinen Dampfmaschinen zu 1, 2, 3 Pferdekraften, die sind gewiß ungefährlich, weil die Dampfspannung so minimal ist, daß gar nichts geschehen kann. Ich wiederhole aber, man gibt nur den Anrainern Gelegenheit zu hoshafte Chicanen gegen den betreffenden Geschäftsmann. Greifen Sie also reorganisierend ein, verschonen Sie die betreffenden Geschäftsleute mit derartigen unnützen Auslagen und Chicanen, und wenn der Herr Bürgermeister hier von seinem Rechte Gebrauch macht und diese Commissionen möglichst hintanhält und reorganisierend einwirkt, werden ihm die Geschäftsleute gewiß zum Danke verpflichtet sein.

Bürgermeister: Ein Referat hierüber liegt schon vor. Wenn keine Einwendung erhoben wird, bezeichne ich die Post als angenommen.

Ich bitte fortzufahren.

Referent des Stadtrathes (liest):

Gebühren von Beamten fremder Behörden	830 fl.
Schätzungs- und Sachverständigengebühren	300 fl.
Instandhaltung der Galawagen und Pferdegeschirre	520 fl.
Actenzustellungsdienst von der Centrale in die Bezirksämter und umgekehrt	1.960 fl.
Tramway-Permanenzkarten	720 fl.
Zulagen des Aufsichtspersonales im historischen Museum an den Einlasttagen	1.600 fl.
Behrungsbeträge und Kostgelber	5.160 fl.

Gem.-Rath Dr. Gehmann: Ich möchte mir die Anfrage erlauben, für wem diese Tramway-Permanenzkarten mit 720 fl. eingestellt sind!

Referent des Stadtrathes: Das steht in der Anmerkung. Ich bitte nur zu lesen.

Referent der Budget-Commission: Es ist das seinerzeit vom Gemeinderathe beschlossen worden. (Rufe links: Vom Stadtrathe!)

Gem.-Rath Trambauer: Bei dieser Post sind die Kostgelber für die Saaldiener mit 390 fl. eingestellt. Wenn Sie nun bedenken, daß sieben Saaldiener sind, die beinahe täglich Dienst haben, und zwar manchmal bei langen Sitzungen bis spät in die Nacht, so sollte man ihnen doch etwas mehr geben als 50 fl. per Mann. Ich möchte daher bitten, daß der Stadtrath in Erwägung zieht, ob nicht diese Position, respective Remuneration für die Saaldiener etwas aufgebeffert werden könnte.

Bürgermeister: Die Herren sind mit der Zuweisung dieses Antrages an den Stadtrath einverstanden? (Zustimmung.)

Referent des Stadtrathes (liest):

Post 19. Commissionsgebühren bei Augenscheinsvornahmen	29.280 fl.
Post 20. Commissionsgebühren für Prüfung und Inspicierung von Gasrohrleitungen und Beleuchtungsanlagen	460 fl.

Die nächste Post 21 „Verschiedene Amtserfordernisse“ war mit 27.020 fl. eingestellt. Auf Grund eines Stadtraths-Beschlusses ist jedoch die Specificierung dieser Post genehmigt worden und ich lese daher die einzelnen Beträge vor. (Liest:)

1. Auf Abonnementsgebühren für telephonische Verbindungen 3.530 fl.
 2. für Postporto 2.400 fl.
 3. für Lieferung und Reparatur von Stampiglien, Siegelpressen, Durchschlagmaschinen und Stempel 3.400 fl.
 4. für Reinigung, Reparatur und Nachschaffung der Amtswäsche 2.500 fl.
 5. für Anschaffung von Kanzleirequisiten 5.250 fl.
 6. Regieauslagen für die Probierstation für hydraulische Bindemittel 740 fl.
 - und 7. auf Auslagen für sonstige unterschiedliche Amtserfordernisse, diverse Professionistenarbeiten, Lieferung verschiedener Bedarfsartikel, Erhaltung der Telegraphenleitungen, dann an Botenlöhningen zusammen 9.200 fl.
- Zu „Verschiedene Amtserfordernisse“ und zwar „Abonnementsgebühren für telephonische Verbindungen“ wurde bereits vom Stadt-

rathe im eigenen Wirkungskreise beschlossen: „Es sei mit der Wiener Telegraphen-Gesellschaft zum Zwecke der Ermäßigung und Pauschalierung der Telephongebühren in Verbindung zu treten.“

Post 22. Bauliche und sonstige Herstellungen im neuen Rathshaus 25.000 fl.

Referent der Budget-Commission: Als Post 23 wird erjucht, zum Ankauf von Kunstwerken der III. internationalen Kunstausstellung in Wien in diesem Jahre für die städtischen Sammlungen, den Betrag von 10.000 fl. einzustellen. Die Herren erinnern sich, daß der Gemeinderath am 9. Februar 1894 diese Ausgabe beschlossen hat; es handelt sich also nur darum, diesen Betrag ordnungsmäßig zu budgetieren.

Bürgermeister: Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Es sind hienach sämmtliche Posten in IV, über welche nicht schon abgestimmt worden ist, nunmehr angenommen.

Damit ist Rubrik IV der Ausgaben erledigt.

Referent des Stadtrathes (liest):

Rubrik V. „Verbindlichkeiten aus administrativen Titeln.“

Pensionen der Beamten und Diener, Witwenpensionen, Erziehungsbeiträge zc. — ich glaube nicht die einzelnen Posten und Beträge lesen zu müssen — in der Hauptsumme 425.990 fl. Ich bitte um die Annahme.

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Referent des Stadtrathes (liest): Einnahmen.

Rubrik VI. „Etagen und Strafgebühren.“

Post 1. Bürgerrechtsverleihungsetagen	7.500 fl.
Post 2. Zuständigkeitsverleihungsetagen	95.000 fl.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich habe im Stadtrathe zu wiederholtenmalen gebeten, man möge die Gepflogenheiten des Stadtrathes bei Verleihung des Bürgerrechtes endlich einmal veröffentlichen. Es ist nämlich Gepflogenheit des Stadtrathes, daß das Bürgerrecht nur verliehen werden darf, wenn jemand bereits zehn Jahre in Wien zuständig ist und überdies zehn Jahre in Wien Steuer zahlte, d. h., sein Geschäft betreibt. Nur dann wird das Bürgerrecht verliehen. Ausnahmen finden nur statt bei solchen Personen, welche sich um die öffentlichen Interessen, um die Gesamtheit, sei es als Armenräthe, Ortschulräthe u. s. w. Verdienste erworben habe. Das dringt aber nicht in die Öffentlichkeit, und so kommt es, daß fast in jeder Stadtraths-Sitzung, wenn über Bürgerrechts-Verleihungen referiert wird, vielleicht die Hälfte, manchmal ist es gewiß die Hälfte der Bewerber, abgewiesen werden muß, und zwar „dermalen“ abgewiesen werden muß, weil die betreffenden Erfordernisse nicht vorhanden sind. Ich würde daher an die Zeitungen ohne Unterschied der Parteistellung die Bitte richten, daß sie veröffentlichen mögen, daß das Bürgerrecht nur verliehen wird, wenn die betreffenden Personen zehn Jahre nach Wien zuständig sind und überdies schon zehn Jahre ein Geschäft betreiben. Ausnahmen sind nur bei Ortschulräthen, Armenräthen, Bezirksausschüssen u. dergl. zulässig. Sonst wird jeder erbarmungslos abgewiesen.

Es soll das veröffentlicht werden, damit die armen Teufel die 2 fl. und andere Kosten ersparen, welche ihnen die Verfassung ihres Gesuches macht.

Das wollte ich hier öffentlich vorbringen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wünscht noch jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Die Posten sind angenommen.

Referent des Stadtrathes: Ausgabe-Rubrik VII „Rechtsgeschäfte“.

Post 1. Vertretung der Gemeinde in Rechtsfachen . . 11.870 fl.
Post 2. Stempel- und sonstige Gebühren 4.300 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Damit ist die Gruppe I erledigt.

Beschluss: Die Gruppe I wird nach den übereinstimmenden Anträgen des Stadtrathes- und Budget-Commissions-Referenten in sämtlichen sieben Rubriken genehmigt und die Ausgabe-Post 11 der Rubrik IV nach dem Antrage des Commissions-Referenten mit 18.160 fl. festgesetzt.

— Die Stadträthe haben für Abordnungen innerhalb des Gemeindegebietes von Wien weder auf den Bezug von Diäten noch auf die Vergütung von Wagengeldern Anspruch. Bei Besorgung von Gemeinde-Angelegenheiten außerhalb des Gemeindegebietes von Wien stehen jedoch denselben die im Gesetze vom 19. December 1890, L.-G.-Bl. Nr. 44, für die Gemeinderathsmitglieder (im § 23) vorgesehenen Bezüge unbeschadet ihrer Functionsgebühren zu.

— Die Eintrittsgelder für das historische Museum werden aufgehoben.

— Der Magistrat hat darüber Vorschläge zu erstatten, auf welche Weise eine weitere Verbreitung des Amtsblattes der Stadt Wien herbeizuführen sei; hiebei ist auch in Erwägung zu ziehen, daß das Amtsblatt zu jeder Zeit oder wenigstens vom 1. oder 15. jeden Monats angefangen vierteljährig, und zwar in jedem magistratischen Bezirksamte abonniert werden könne.

— Der Magistrat wird beauftragt, die Veranlassung zu treffen, daß den kleineren Geschäftslenten (Buchbindern) die Möglichkeit gegeben werde, sich über im Offertwege zu vergebende Communalarbeiten entsprechend und ohne zu großen Zeitverlust zu informieren.

— Der Bürgermeister wird ersucht, zu veranlassen, daß das Referat wegen Vergütung der Kosten der Geschäfte des übertragenen Wirkungskreises ehestens erstattet werde.

Referent des Stadtrathes: Gruppe II „Steuerwesen“.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich beantrage Schluss der Sitzung. (Rufe links: Schluss der Sitzung!)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Meine Herren! Diese Gruppe ist ja sehr bald erledigt. Beim Steuerwesen ist nicht viel zu debattieren. Ich bitte um etwas Geduld.

Referent des Stadtrathes (liest):

Rubrik VIII. Einnahmen. „Zinskreuzer und Zuschläge zu den directen Steuern.“

Die Beträge kommen unter dem Titel Bedeckung vor. Budgetiert werden nur:

Post 6. Verzugszinsen von den Zinskreuzern und den Zuschlägen zu den directen Steuern 28.520 fl.
Post 7. Gemeindegebühren-Pauschalien 1.370 fl.

Referent der Budget-Commission: Zu dieser Rubrik habe ich zwei Anträge namens der Budget-Commission zu stellen, und zwar im allgemeinen zu den Zinskreuzern, dahin gehend, es sei eine gesetzliche Regelung der Zinskreuzer anzustreben. Die Motive hiezu sind so allgemein bekannt, daß ich glaube, sie nicht lange erörtern zu müssen.

Zu Post 7 (liest):

„Der Magistrat habe die Gemeindegebühren-Pauschalien einer eingehenden Prüfung zu unterziehen, über deren Natur und Einbringlichkeit Bericht zu erstatten und eine textliche Ergänzung in der Anmerkung zur Einnahme-Rubrik VIII 7 im Voranschlage zu geben.“

Ich bitte, dem zuzustimmen, das wird im nächsten Jahre ein weiterer Behelf sein.

Gem.-Rath Dr. Lueger: So viel ich weiß, haben wir die Einnahmepost bewilligt. Die gehört also in die Bedeckung und hat hier nichts zu thun. Was den Antrag der Budget-Commission betrifft, so würde ich bitten — es ist eigentlich nicht mehr möglich, die Sache heute zu behandeln — daß uns der Herr Referent bekanntgeben möge, in welchem Sinne die Budget-Commission es versteht, daß eine gesetzliche Regelung der Zinskreuzer anzustreben sei. Das ist offenbar die große Frage der Einhebung der Zinskreuzer. (Referent Mayer: Ja!) Das kann man doch nicht im Handumdrehen, um $\frac{3}{4}$ zwischen Thür und Angel machen. Es sei zwar richtig, daß der Antrag dem Stadtrathe zugewiesen wird. Aber der Stadtrath muß wissen, wie die Sache aufzufassen ist, und welche Anschauung die Majorität des Gemeinderathes über diese Angelegenheit hat. Das ist von außerordentlicher Bedeutung. Denn eine Änderung der Einhebung ist nicht bloß für das Erträgnis des Zinskreuzers von außerordentlicher Bedeutung, sondern auch für die Kosten! Also das müssen wir doch alles näher kennen. Entweder beschließt der Gemeinderath gar nichts — à la bonheur — aber, wenn der Gemeinderath über eine so wichtige Angelegenheit etwas beschließt, so kann er das doch nicht thun, wenn hier — wenn es hoch geht — nur etwa 40 Personen anwesend sind; das ist doch nicht möglich.

Es heißt ferner, der Magistrat habe die Gemeindegebühren-Pauschalien einer eingehenden Prüfung zu unterziehen; dem könnte man noch zustimmen, aber bezüglich der anderen Angelegenheit muß doch gesagt werden, wie das die Budget-Commission versteht, und wir müssen doch Gelegenheit haben, auch darüber zu sprechen. Ich beantrage daher, daß über diesen Gegenstand heute nicht abgestimmt werde. Ich habe nichts dagegen, das Sie über die Posten abstimmen, aber über diesen Antrag dürfen Sie heute nicht abstimmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (nach Auszählung der Versammlung): Wir sind nicht mehr beschlußfähig; die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss der Sitzung 7 Uhr 50 Minuten abends.)

Stenographischer Bericht

über die **außerordentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **7. April 1894** unter dem Voritze des Bürgermeisters Dr. Raimund Gröbl.

Bürgermeister Dr. Gröbl: Die Versammlung ist beschlussfähig. Die Sitzung eröffnet.

Zunächst habe ich die Ehre, der Versammlung als Vertreter der hohen Regierung den Herrn k. k. Statthaltereirath Baron Rutschera vorzustellen. (Die Versammlung erhebt sich.)

Gegenstand der heutigen Tagesordnung ist die Wahl des II. Vice-Bürgermeisters der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Beurlaubt sind die Herren Gem.-Räthe Winkler, Dr. Linke und Hawranek. (Rufe links: Hawranek ist da, er kommt gleich!) Das thut nichts zur Sache; wenn er nicht anwesend wäre, so wäre sein Ausbleiben durch den Urlaub entschuldigt. Es steht ihm aber natürlich frei, den Sitzungen beizuwohnen. Ich constatire nur, dass er beurlaubt ist.

Als Schriftführer fungieren die Herren Gem.-Räthe Schrenckh und Dehm, als Scrutatoren die Herren Gem.-Räthe Dr. Zimmermann und Mayer. (Rufe links: Von uns keiner? — Ist das Gerechtigkeit?) Ich bitte, nunmehr mit dem Namensaufrufe zu beginnen.

(Über Namensaufruf des Schriftführers Gem.-Rath Dehm geben folgende Herren Gemeinderäthe die Stimmzettel ab: Adam, Altenberg, v. Bachofen, Bärthl, Becker, Bentnig, Dr. v. Billing, Boschan, Brauneis, Büsch, Dr. Daum, Dehm, Dobeš, Dolainski, Dürbek, Edlhofer, Eigner, Erndt, Frauenberger, Dr. Friedjung, Frosch, Fuchs, Gangusch, Geitler, Gerhardus, Dr. Gschmann, Geyer, Gfornner, Gierster, Glasauer, v. Göy, Ritt. v. Goldschmidt, Gräf, Gregorig, Bürgermeister Dr. Gröbl, Grünbeck Josef, Grünbeck Sebastian, Dr. Hackenberg, Haßfurther, Hawranek, Herold, Herrdegen, Hipp, Hörmann, Dr. Huber, Jedlicka, Kaiser, Kareis, Kaspar, Kirchmayer, Dr. Klobberg, Koch, Kraetschmer, Kreindl, Dr. Kupka, Lang, Latscha, Lechner, Dr. Lederer, Dr. Lerch, Dr. Lueger, Lufsch, Marešch, Markl, Matthies, Magenauer, Mayer, Dr. Mittler, Müller Josef, Müller Karl Johann, Dr. Nechauský, Ritt. v. Neumann, Noske, Pollak, Dr. Prosch, Purscht, Dr. Rader, Raufcher, Reichert, Vice-Bürgermeister Dr. Richter, Rišaweg, Röhrl, Rosenstingl, Rückauf, Sauerborn, Scheidl, Schenzel, Schieferl, Schlechter, Schlögl, Schmidt, Schneeweiß, Schneiderhan, Schoderböck, Dr. Scholz, Schrenckh, Schuh, Seidler, Seiler, Sieget, Silberer, Simon, Stehlik, Steiner, Dr. Stenzl, Dr. Stern, Stiašny, Strobach, v. Stummer, Tagleicht, Taubler, Tischler, Tomola, Trambauer, Dr. Uhl, Vaugoin, Villicus, Dr. Vogler, Waegner, Weitmann, Wessely Ignaz, Wessely Vincenz, Wimberger, Winter, Winter, Wigelsberger, Wünsch, Wurm, Ziegelwanger, Dr. Zimmermann, Zweig. —

(Nach Abgabe der Stimmzettel:)

Ich unterbreche die Sitzung bis $\frac{1}{2}$ 11 Uhr.

(Nach Wiederaufnahme der Sitzung um $\frac{1}{2}$ 11 Uhr:)

Nachdem es $\frac{1}{2}$ 11 Uhr ist, wird mit dem Scrutinium begonnen.

Wir schreiten zum Scrutinium. Herr Gem.-Rath Mayer wird die Stimmzettel verlesen. (Schriftführer Gem.-Rath Mayer liest die Namen von den ihm seitens des Bürgermeisters überreichten Stimmzettel ab. Nach Vornahme des Scrutiniums:) Das Resultat des Scrutiniums ist folgendes:

Es wurden 131 Stimmzettel abgegeben. Die absolute Majorität beträgt demnach 66. Es erhielten:

Gem.-Rath Magenauer 70 Stimmen;

Gem.-Rath Dr. Lueger 44;

Leer waren 7 Stimmzettel — die sind ungültig;

Gem.-Rath Boschan erhielt 4 Stimmen;

Gem.-Rath Dr. Vogler 5 Stimmen;

Gem.-Rath Dr. Hackenberg 1 Stimme.

Herr Gem.-Rath Magenauer ist daher zum zweiten Vice-Bürgermeister der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien gewählt. (Beifall rechts. — Unruhe links. — Vice-Bürgermeister Magenauer besteigt die Tribüne des Präsidiums.)

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich bitte ums Wort zur Geschäftsordnung.

Bürgermeister: Bitte, später! — (Zum zweiten Vice-Bürgermeister gewendet:) Verehrter Herr College! Die auf Sie gefallene Wahl zum zweiten Vice-Bürgermeister der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien ist ein ehrender Ausdruck des Vertrauens des Gemeinderathes. Durch diese Wahl übernehmen Sie ein schweres, verantwortungsvolles Amt; ich bin überzeugt, Sie werden dieses Amt in der Weise führen, dass Sie es als Ihre Pflicht ansehen werden, den Bürgermeister und den ersten Vice-Bürgermeister mit allen Kräften zu unterstützen und ihnen treu zur Seite zu stehen. Denn nur dann, wenn alle Mitglieder des Präsidiums treu und einig zusammenstehen, ist der Bürgermeister und das Präsidium überhaupt in der Lage, seine große Verantwortung zu tragen, welche ihm obliegt. Ich beglückwünsche Sie zu der auf Sie gefallenen Wahl und hoffe, dass das Präsidium, wie bisher, einig und geschlossen, in der Lage sein wird, die große Aufgabe zu erfüllen, welche ihm obliegt.

Vice-Bürgermeister Magenauer: Meine sehr geehrten Herren Collegen! Empfangen Sie meinen verbindlichsten und tiefgefühltesten Dank für die soeben vollzogene Wahl. Indem Sie mich in das Präsidium des Gemeinderathes berufen, lassen Sie mir eine ganz besondere Auszeichnung zutheil werden, eine der größten, die einem Bürger werden kann. (Unruhe links; Bürgermeister gibt das Glockenzeichen.) Seit 24 Jahren habe ich die Ehre, Mitglied des Gemeinderathes zu sein; wenn Sie, meine sehr geehrten Herren, mich nach dieser langen Zeit meines öffentlichen Wirkens zu diesem hohen Ehrenamt berufen, so darf ich wohl annehmen, dass die Grundsätze, nach welchen ich bisher gehandelt habe, auch die Ihrigen sind und ich darf diese Wahl als eine Aufforderung betrachten, in demselben Geiste weiter thätig zu sein. Ich kenne die Schwierigkeiten meines Amtes sehr wohl; Schwierigkeiten, welche um so größer sind, als ich als einfacher schlichter Bürger nur mit bescheidener Kraft in dasselbe eintreten kann. Ich muß daher um Ihre Nachsicht und Ihr Wohlwollen bei Beurtheilung meiner Leistungen bitten.

Ich will es an Eifer und gutem Willen umsoweniger fehlen lassen, als, wie Ihnen bekannt, mich keine privaten geschäftlichen Berufspflichten an der Ausübung der mir übertragenen Auf-

gabe hindern, meine Zeit und Kraft voll und ganz dem öffentlichen Dienste zu widmen, zum Wohle meiner Vaterstadt, die ich als treuer Sohn lieben werde bis an mein Lebensende und der ich dienen will, so lange Ihr Vertrauen und meine Kräfte es gestatten. (Beifall rechts.)

Geehrte Herren Collegen! Deutscher Geist (lebhaftes Gelächter links), deutscher Fleiß haben Wien verjüngt (anhaltendes Gelächter links — der Bürgermeister gibt das Glockenzeichen), verschönert und vergrößert. Ein Krauß von Städten ist um die alte Stadt entstanden, die verschiedenen größeren und kleineren Gemeindegewesen wurden miteinander verschmolzen. Die Aufgaben der heutigen Gemeindeverwaltung ist eine riesige, unser Budget übertrifft dasjenige manchen Königreiches; großes ist in den letzten Jahren geschehen. (Gelächter links.) Vieles wurde begonnen, viel ist noch zu thun, um die neuen Brüder den alten gleichzustellen. (Unruhe links, Bürgermeister gibt das Glockenzeichen.) Der Herr Bürgermeister hat in seiner Antrittsrede betont, daß er bestrebt sein werde, das unter dem hochverdienten Bürgermeister Dr. Prix begonnene Werk in dessen Geiste fortzusetzen. (Lebhafte Unruhe links, Bürgermeister gibt das Glockenzeichen.) Ich betrachte es als meine Aufgabe, ihn und den ersten Herrn Vice-Bürgermeister hiebei, sowie bei Führung des schwierigen und verantwortungsvollen Amtes überhaupt thatkräftigst zu unterstützen; sowie er, rechne ich hiebei auf die bewährte hingebungsvolle Mitwirkung des Magistrates und der sonstigen Beamten der Gemeinde, die auch meinerseits des vollsten Entgegenkommens versichert sein können. Falls ich berufen sein werde, Ihre Berathungen zu leiten, werde ich mich bemühen, ohne jede Voreingenommenheit (Gelächter links) für die eine oder andere Seite des Hauses (Gelächter links, Bürgermeister gibt das Glockenzeichen) möglichst objectiv meines Amtes zu walten. Jede Provocation soll vermieden werden (Unruhe links), damit eine ruhige und sachliche Berathung zu Nutz und Frommen der Bewohner unserer schönen Vaterstadt ermöglicht werde. Das walte Gott! (Lebhafte Beifall rechts, anhaltende Unruhe und Gelächter links.)

Bürgermeister: Ich ersuche nun den Herrn Statthalter Rath Baron Rutschera, die Beeidigung vorzunehmen. (Die Versammlung erhebt sich.)

Statthalter Rath Baron Rutschera: Hochgeehrte Herren! Im Auftrage Seiner Excellenz bin ich heute hier erschienen, um dem neugewählten zweiten Vice-Bürgermeister der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, dessen Wahl sich eben vollzogen hat, im Sinne der Bestimmungen des § 26 des Gesetzes vom 19. December 1890 den vorgeschriebenen Diensteid abzunehmen.

Durch den vorgenommenen Wahlact erscheint Herr Mazenauer zum zweiten Vice-Bürgermeister der Stadt Wien gewählt und hat derselbe erklärt, die auf ihn gefallene Wahl anzunehmen.

Sie, hochgeehrter Herr zweiter Vice-Bürgermeister, den ich hiemit im Namen Seiner Excellenz des Herrn Statthalters begrüße und welchem ich dessen Glückwünsche zu der auf Sie gefallenen ehrenden Wahl ausspreche, treten nunmehr an die Stelle jenes Functionärs in der Gemeindeverwaltung, welcher heute, besetzt von dem Wunsche, unter dem Zeichen des Friedens die Verwaltung des Gemeindegewesens zu leiten, an der Spitze der Gemeinde Wien steht.

Sie werden im Präsidium des Gemeinderathes nunmehr neben zwei Männern zu wirken berufen sein, die in gemeinsamer Arbeit dem Wohle der Gemeinde und der Bevölkerung zu dienen mit Erfolg bestrebt waren, und die gewiß mit Freuden die Unter-

stützung begrüßen werden, die Sie denselben zu gewähren berufen sind. Gestatten Sie mir zum Schlusse noch die Bitte, der Staatsverwaltung im Vereine mit dem hochgeehrten Herrn Bürgermeister und Ihrem Herrn Collegen dem ersten Herrn Vice-Bürgermeister, in den Angelegenheiten des übertragenen Wirkungskreises der Gemeinde und der politischen Behörde erster Instanz die kräftigste Unterstützung angedeihen zu lassen. Sonach lade ich den zweiten Herrn Vice-Bürgermeister zur Eidesleistung ein und ersuche um die Verlesung der Eidesformel.

(Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh verliest die Eidesformel, worauf Vice-Bürgermeister Mazenauer den Eid mit den Worten ablegt:

„Was mir soeben vorgehalten wurde und ich wohl und deutlich verstanden habe, dem soll und will ich getreu und fleißig nachkommen, so wahr mir Gott helfe!“)

Bürgermeister: Es erübrigt mir noch, dem Herrn Statthalter Rath Baron Rutschera den Dank für seine Intervention auszusprechen (Beifall), und erkläre ich die Sitzung für geschlossen.

(Schluß der Sitzung 11 Uhr vormittags.)

Stenographischer Bericht

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **10. April 1894** unter dem Vorsitze des Vice-Bürgermeisters Dr. Albert Richter.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Versammlung ist beschlußfähig, die Sitzung eröffnet.

1. Ich habe die Ehre, mitzutheilen, daß der Herr Bürgermeister sein Ausbleiben von der heutigen Sitzung entschuldigt. Er ist dienstlich verhindert, an der Sitzung theilzunehmen.

2. Die Herren Gem.-Räthe Schneiderhan und Dr. Mittler sind wegen Unwohlseins verhindert, der Sitzung anzuwohnen. Dem Herrn Gem.-Rathe Dolainski, welcher infolge einer Verletzung am Fuße das Bett hüten muß, wurde ein Urlaub von acht Tagen ertheilt.

3. Ich habe die Ehre, bekanntzugeben, daß am 16. April die Militärarztbemessungs-Commissionen zusammentreten werden, und daß es daher nothwendig ist, noch im Laufe dieser Woche die Wahl der vom Gemeinderathe zu entsendenden Mitglieder vorzunehmen. Für die Vornahme dieser Wahl ist die am Freitag dieser Woche stattfindende Sitzung in Aussicht genommen, und ist die Verfügung getroffen worden, daß das Tableau über alle jene Persönlichkeiten, welche sich bereit erklärt haben, eine solche auf sie fallende Wahl anzunehmen, und welche von den Bezirksvorstehern in Vorschlag gebracht worden sind, an die geehrten Mitglieder des Gemeinderathes rechtzeitig zugesendet wird, so daß am nächsten Freitag die Wahl vor sich gehen kann.

4. Herr Notar Dr. Alexander Jörg übersendet in Vertretung der Erben nach Fräulein Anna Steindl einen Betrag von 40 fl. zur Vertheilung unter die Armen.

Die Versammlung spricht den Dank aus.

5. Die Wechselstuben-Actiengesellschaft „Mercur“ übersendet mit Schreiben vom 10. April einen Betrag von 2000 fl., welchen der Gewinner des Haupttreffers der Communallose vom Jahre 1874

für die würdigsten Armen der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien zur sofortigen Vertheilung gewidmet hat. Derselbe wünscht, daß sein Name nicht genannt werde.

Die Versammlung spricht den Dank aus.

6. Herr Josef Urban, Bürgerschuldirektor und Leiter der Lehrcurse für erziehlische Knabenhandarbeit im XVI. Bezirke, Grundsteingasse, widmet sein Werk „Erziehlische Knabenhandarbeit“ der Bibliothek der Stadt Wien und ersucht, es möge dieses Werk in die Bibliothek aufgenommen werden.

Die Versammlung spricht den Dank aus.

Es wird kein Anstand gegen die Aufnahme erhoben.

7. In der letzten Sitzung hat Herr Gem.-Rath Silberer unter Beziehung auf eine Zeitungsnotiz, die sich auf einen erwerbsunfähigen Krüppel bezog, die Anfragen gestellt:

„1. Ist es in einer gesetzlichen Bestimmung begründet, daß ein Armer für eine einfache Unterlassung so hart durch Entziehung seiner letzten Subsistenzmittel für immerwährende Zeit bestraft werde? Findet der Herr Bürgermeister ein solches Vorgehen für zulässig und human?“

2. Ist der Herr Bürgermeister geneigt, dafür zu sorgen, daß der betreffende arme Mann seine Pfründe sofort wieder erhalte, und ihm dieselbe auch für die Zeit ausbezahlt werde, während welcher dieselbe sistiert war?“

Ich habe die Ehre, auf Grund des Berichtes des magistratischen Armen-Referenten Folgendes zu erwidern:

Dem im Jahre 1864 geborenen, nach Wien zuständigen Julius Hopp wurde vom Magistrate in Folge seiner constatirten Erwerbsunfähigkeit (demselben ist der linke Oberschenkel amputirt), bereits im Jahre 1889 eine Pfründe monatlicher 7 fl. verliehen, welche der Genannte längere Zeit beim Armeninstitute des XVIII. Bezirkes, als in diesem Bezirke wohnhaft, behob. Im December vorigen Jahres erschien Hopp mit seinem Pfründenbüchel beim Armeninstitute des X. Bezirkes behufs Behebung seiner Pfründe, doch konnte die Auszahlung im Sinne des § 89 der Vorschrift über die Armenpflege bei diesem Armeninstitute nicht erfolgen, weshalb demselben bedeutet wurde, die Vorschreibung seiner Übersiedlung von dem XVIII. in den X. Bezirk durch Beibringung eines Übersiedlungszettels zu veranlassen. Hopp brachte jedoch den verlangten Nachweis nicht bei, erschien überhaupt weiterhin nicht mehr beim Armeninstitute des X. Bezirkes, welches daher in dieser Angelegenheit auch nichts mehr veranlassen konnte, zumal der Wohnort des Hopp gar nicht bekannt war. Daß demselben die Pfründe entzogen worden sei, ist unrichtig, und ebenso unrichtig ist die Behauptung, daß ihm die Auszahlung der bisher unbehobenen Pfründenbeträge verweigert worden sei, und es trägt einzig und allein Hopp selbst Schuld daran, daß die Auszahlung nicht beim competenten Armeninstitute erfolgen kann.

Der magistratische Referent hat übrigens bereits vor Einbringung dieser Interpellation auf Grund mehrerer Berichte in den Tagesblättern die polizeiliche Ausforschung Hopp's veranlaßt und die Auszahlung der bereits fälligen, sowie der künftig fällig werdenden Pfründenbeträge beim Armeninstitute des X. Bezirkes verfügt.

Beigefügt wird noch, daß Julius Hopp sich vom December 1888 bis Mai 1889 im städtischen Versorgungshause in Mauerbach befand, daß demselben auch in der letzteren Zeit wiederholt die neuerliche Aufnahme in die Versorgungsanstalt angetragen, von

ihm jedoch jedesmal abgelehnt wurde, augenscheinlich deshalb, um außerhalb des Versorgungshauses durch seine Gebrechen das öffentliche Mitleid zu erregen und sich auf diesem Wege Unterstützungen zu verschaffen. Im Armendepartement wird Julius Hopp seit 1886 alljährlich mehrmals mit momentanen Aushilfen unterstützt.

8. Die Herren Gem.-Räthe Köhrl und Fuchs haben in einer Interpellation unter Hinweis auf die Führung der Tracen der Dampftramway im XII. und XIII. Bezirke durch die verschiedenen Straßen die Anfrage gestellt:

„Ist der Herr Bürgermeister bereit, an maßgebender Stelle hinzuwirken, daß die Dampftramway-Gesellschaft vormals Krauß & Comp. beauftragt werde, ihre Geleise aus der Jakobsgasse an die Wien und aus der Hiezing-, Rainzer- und Speisfinger-Hauptstraße abseits von diesen mit Wagen stark befahrenen Straßenzügen ehestens zu verlegen, damit Unglücksfälle für die Zukunft vermieden werden?“

Ich erlaube mir, darauf zu erwidern, daß anlässlich des Baues der Wienthallinie der Stadtbahn die Strecke der dormaligen Dampf-Tramway von Wien, Schönbrunner Linie bis Hiezing vollständig umgebaut wird. Die weitere Strecke von Hiezing nach Mauer soll von der Straße auf einen eigenen Bahngrund verlegt werden. Die bezüglichlichen Projecte sind jedoch noch nicht vorgelegt und befindet sich die ganze Angelegenheit noch im Stadium der Vorarbeiten und Studien. Es läßt sich auch jetzt noch nicht bestimmen, wann diese Verlegung thatsächlich erfolgen wird.

9. Es ist vom n.-ö. Landesauschusse eine Zuschrift eingelangt, worin unter Hinweis auf den vom hohen Landtage in der Sitzung vom 9. Jänner 1894 gefassten Beschlusse der Gemeinde Wien für die stets bewiesene schulfreundliche Opferwilligkeit der Dank und die Anerkennung des Landtages ausgesprochen wird.

Wird zur Kenntniss genommen.

10. Weiters ist eingelangt eine Eingabe der Genossenschaft der Leichenbestattungsunternehmer; dieselbe bezieht sich auf den Wortlaut eines vom Herrn Gem.-Rathe Kauscher eingebrachten Antrages. Die Verlesung der Eingabe ist nicht thunlich, weil sie viel zu weitläufig abgefaßt ist. Ich werde jedoch veranlassen, daß diese Eingabe den Acten über den Antrag Kauscher angeschlossen wird, so daß seinerzeit dem Gemeinderathe davon Mittheilung gemacht werden kann.

Ich bitte, die Einläufe zu verlesen.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm verliest nachstehende Einläufe:

11. Anfrage des Gem.-Rathes Edlhofer:

Die Erbauung eines Pferdebeschlachthauses für die neu einbezogenen Bezirke ist in sanitärer Hinsicht von eminenter Wichtigkeit, heute umso mehr, als infolge der schlechten Erwerbsverhältnisse das Gewerbe der Pferdebeschlächter immer mehr an Umfang gewinnt.

Das Referat betreffs die Erbauung eines Pferdebeschlachthauses wurde nach langwierigen Verhandlungen im Stadtrathe endlich am 19. Mai 1893 auf die Tagesordnung des Gemeinderathes gesetzt, ohne daß bis heute darüber verhandelt worden wäre.

Demnach gestatte ich mir an den geehrten Herrn Bürgermeister folgende Anfrage zu richten:

1. Ist dem Herrn Bürgermeister die Ursache der Verschleppung dieses Referates bekannt?

2. Wann gedenkt der Herr Bürgermeister über diese Angelegenheit referieren zu lassen?

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wird in der nächsten Sitzung beantwortet werden.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

12. Anfrage des Gem.-Rathes Latschka:

Allgemein sind im heurigen Frühjahr die Klagen über die Staubplage. Besonderen Grund zur Klage haben die Geschäftsleute in der Trödlerhalle im IX. Bezirke, weil die Straßen um die Trödlerhalle, in denen ein starker Verkehr herrscht, nur einmal des Tages, und zwar nachmittags 2 Uhr bespritzt werden.

Der Unterzeichnete erlaubt sich daher die Anfrage zu stellen:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, den betreffenden Organen den Auftrag zu ertheilen und das Nöthige zu veranlassen, daß die Straßen bei der Trödlerhalle im IX. Bezirke täglich zweimal mit Wasser bespritzt werden?

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich glaube, es ist den Intentionen des Herrn Interpellanten besser entsprochen, wenn diese Interpellation als Antrag behandelt wird? (Nach einer Pause:) Der Herr Interpellant ist nicht anwesend. Es handelt sich um eine Verfügung wegen der Straßenbespritzung. Ich möchte nun die Anordnung treffen, daß dem Wunsche, soweit es nach dem Contracte möglich ist, entsprochen wird. (Zustimmung.) Damit wäre die Sache erledigt.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

13. Interpellation des Gem.-Rathes Gräf:

Am 1. April d. J. haben die in Wien bestehenden Eiswerks-Unternehmungen, und zwar:

1. die „Wiener Eiswerke“, I., Petersplatz 1;
2. die „Wiener Krystall-Eisfabrik“, I., Seilerstätte 20;
3. die „Osterr. Eiswerke“ I., Lobkowitzplatz 1,

ohne vorhergehende Verständigung ihrer Kunden, zu welchen fast sämtliche Fleischhauer, Seicher, Zuckerbäcker, Apotheker, Kaufleute und Gastwirte Wiens gehören, den Eispreis per Meter-Centner von 1 fl. auf 1 fl. 40 kr., also um 40 Percent erhöht.

Wenn Eis auch kein directes Genussmittel ist, kann man es doch mindestens vom hygienischen Standpunkte als höchst wichtigen Bedarfsartikel für Gesundheitszwecke bezeichnen und dürfte in diesem Falle der Erwägung wert sein, ob es von Seite der Behörde geduldet werden darf oder gestattet werden kann, daß der Preis des Eises, welches für alle Schichten der Bevölkerung zum factischen Bedürfnis geworden ist, nach Belieben erhöht werden kann, ohne daß den Consumenten das Recht zusteht, gegen ein so willkürliches Vorgehen Einsprache zu erheben.

In Erwägung dieser Verhältnisse, wie im Hinblick darauf, daß durch den für die Eisgewinnung besonders günstigen Winter 1893/94 die exorbitante Preissteigerung des Eises durch die genannten drei Eiswerke — insbesondere aber jenem der „Wiener Krystall-Eisfabrik“ — für welche die Witterungsverhältnisse überhaupt nicht maßgebend sind, weil sie das Eis auf künstlichem Wege erzeugen, jeder thatsächlichen Begründung entbehrt, sohin vollständig ungerechtfertigt erscheint;

in weiterer Erwägung des Umstandes, daß durch die gleichzeitige, an einem Tage erfolgte Preiserhöhung sämtlicher vorbezeichneten Eis-Unternehmungen zu dem gleichen Percentsatz klar zutage gefördert wurde, daß sich hier ein Eis-Ring gebildet hat und hiedurch eine dauernde, in keiner Weise zu rechtfertigende Schädigung der Consumenten geschaffen wurde;

in endlicher Erwägung der Thatsache, daß seitens der genannten Unternehmungen jene Abnehmer, welche wegen Bezug billigeren Eises sich anderweitig umzusehen versuchten, förmlich boycottiert werden, stellt der Gefertigte an den geehrten Herrn Bürgermeister die Anfrage,

ob derselbe geneigt ist, durch den Magistrat ungefäumt die erforderlichen Erhebungen pflegen und rücksichtlich der ganz ungerechtfertigten Preiserhöhung des Eises im Sinne des § 2 des Coalitionsgesetzes die Amtshandlung einleiten zu lassen?

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wird in der nächsten Sitzung beantwortet werden.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

14. Antrag des Gem.-Rathes Büsch:

Mehrere Vorortegemeinden hatten ihr Gemeindegewapp, welches die Entstehung der Gemeinde veranschaulicht, in ihren Beratungszimmern angebracht. Seit der Einverleibung dieser Vorortegemeinden vermisse ich nun diese Wappen und Gründungszeichen gänzlich, unter anderen das Bild des Gründers von Gaudenzdorf, Gaudenz Edler v. Dunkler, seinerzeit Probst des Stiftes von Klosterneuburg, welches in dem SitzungsSaale des Gemeindehauses von Gaudenzdorf die Wand zierte.

Damit diese Zeichen in würdiger Erinnerung für die Nachkommenschaft erhalten bleiben, erlaube ich mir den Antrag zu stellen:

Der Gemeinderath beschliesse, daß sämtliche Wappen und Gründungszeichen der früheren Vorortegemeinden, die nach Wien einbezogen wurden, gesammelt, wo keine vorhanden sind, neu angefertigt werden, sodann in dem SitzungsSaale des Bezirkes, welchem dieselben einverleibt wurden, anzubringen sind.

Dasselbe sei auch in den alten Bezirken vorzunehmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

15. Antrag des Gem.-Rathes Tomola:

In der am 6. April d. J. stattgefundenen Sitzung des Wiener Gemeinderathes wurde der Bezug folgender Blätter abgelehnt:

„Österreichische Rundschau“	Jahrespreis 18 fl.
„Reichspost“	15 fl.
Zusammen . . . 33 fl.	

Anfangs waren viele Mitglieder des Gemeinderathes geneigt, Parteilichkeit als Motiv dieses Beschlusses anzunehmen; doch haben sich die Gefertigten bald überzeugt, daß dem nicht so ist, daß vielmehr das edle Streben nach Ersparungen einzig und allein bei diesem Beschlusse maßgebend war. Um dem Scheine zu entgehen, als ob die Gefertigten und ihre übrigen Genossen weniger hausälterisch mit dem Gelde der Steuerträger zu wirtschaften die Absicht hätten, beantragen wir eine weitere Reihe von Ersparungen in folgender Weise:

Es sei der Bezug folgender, dormalen im Lesezimmer aufliegender Zeitungen einzustellen:

„Wiener Tagblatt“	Jahrespreis 20 fl. — kr.
„Neues Wiener Tagblatt“	20 „ — „
„Deutsche Zeitung“	21 „ 60 „
„Extrablatt“	21 „ — „
„Österreichische Volkszeitung“	15 „ 60 „
„Neue freie Presse“	25 „ 20 „
„Bombe“	8 „ — „
„Floh“	8 „ — „
„Humoristische Blätter“	8 „ — „

Zusammen . . 147 fl. 40 kr.

Sollte die löbliche Absicht bestehen, den so ersparten Betrag nationalen oder wohlthätigen Zwecken zu widmen, so erlauben wir uns den Vorschlag, zu gleichen Theilen die Hamerling-Stiftung und den christlich-socialen Arbeiterbund berücksichtigen zu wollen. (Beifall links.)

16. Antrag des Gem.-Rathes Tomola:

Wie im Vorjahre so hat auch heuer der Bezirksausschuß des XVIII. Bezirkes, Währing, in seiner Sitzung am 16. März d. J. einstimmig beschloffen, der Stadtrath sei zu ersuchen, die Wiederaufstellung der Sitzbänke in den Cottageanlagen in Währing während der Sommermonate zu veranlassen.

Indem ich auf diesen Beschluß hinweise, erlaube ich mir zu bemerken, daß, seitdem der ehemalige Kinderpark dem Baue der Verkehrsanlagen zum Opfer gefallen ist, der ganze Bezirk Währing in seinem dichtbewohnten städtischen Theile kein schattiges Ruheplätzchen mehr hat, daß die Bänke auf der Gürtelstraße kaum in Betracht kommen, da sie infolge des Baues der Stadtbahn außer Staub und Lärm keine Annehmlichkeiten bieten, und daß auch die vier beim Schöpfwerke in der Johannesgasse aufgestellten Bänke höchstens der lieben Straßenjugend zugute kommen.

Ich stelle darum auch in diesem Jahre wieder den Antrag:

Es seien in den Straßen der Cottageanlagen in Währing während der Sommermonate Sitzbänke aufzustellen.

Um Unzukömmlichkeiten zu verhindern, sei das Polizeicommissariat zu ersuchen, während der Abendstunden die Rayonposten daselbst zu vermehren.

17. Antrag des Gem.-Rathes Siger:

Im IX. Bezirke ist die Vollendung des Neubaus an dem Zusammenlaufe der Alferstraße und Kinderhospitalgasse in einigen Monaten zu erwarten. Da nun der Platz vor diesem neuerbauten Hause als Standplatz für die Einspänner in Zukunft zu klein sein wird, und da ferner die Alferstraße für den unvergleichlich großen Verkehr sich als zu schmal erweist, denn in dieser Straße verkehren von der ersten Morgenstunde an bis in die Nacht hinein außer der Tramway und den Stellwagen sämtliche leichte und schwere Fuhrwerke, die von der Stadt, Ringstraße, Lastenstraße, Schlüsselgasse und Spitalgasse kommen, so stelle ich den Antrag:

Die bisher unbenützten Streifen zwischen Kinnfal und Trottoir an der ungeraden Seite von der Schlüsselgasse an bis zur Kochgasse, dann von dem Bassin bis zur Feldgasse zu Straßenzwecken zu verwenden.

18. Antrag des Gem.-Rathes Signer:

Seit vier Monaten wurde in allen Bezirken Wiens die Entleerung der Armenbüchsen nicht vorgenommen, und zwar aus dem Grunde, weil die Herren Armenräthe sich durch die gegenseitige Controle ihrerseits und der Hausbesorger andererseits verletzt fühlen.

Da nun seither dieser für die Armen Wiens wohl sehr bedauernde Zustand nicht beseitigt wurde, so stelle ich den Antrag:

Der Magistrat hat diese Angelegenheit als sehr dringend zu behandeln und sofort die Entscheidung zu fällen, durch wen jetzt und zukünftig die Entleerung der schon überfüllten Armenbüchsen zu geschehen habe. Die Controle soll eine gegenseitige sein, und es sind hiezu Controlbücher mit abtrennbaren Coupons einzuführen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Anträge werden der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung unterzogen werden.

Wir schreiten zur Tagesordnung.

19. Ich bitte die Herren Collegen **B o s c h a n** und **M a y e r**, ihre Plätze am Referententische einzunehmen.

In der letzten Sitzung wurde die Berathung bei dem von der Commission gestellten Antrage zur Einnahms-Rubrik VIII/1 abgebrochen. Ich ertheile dem Referenten des Stadtrathes Herrn **B o s c h a n** das Wort.

Referent des Stadtrathes Gem.-Rath Boschan: Der Antrag geht dahin, es sei eine gesetzliche Regelung der Zinskreuzer anzustreben. Darunter kann wohl meiner Ansicht nach nicht die Einhebung der Zinskreuzer verstanden werden, weil ja dies nach dem Gemeindestatute, und zwar bis zum Ausmaße von 15 fr. inclusive Schulkreuzer bewilligt ist, sondern es kann sich eventuell nur um eine veränderte Art der Einhebung handeln. Meiner Meinung nach hat die Budget-Commission sehr viele und nützliche Anträge gestellt. Was aber mit diesem Antrage eigentlich bezweckt werden soll, ist mir nicht gut ersichtlich. Seit einer langen Reihe von Jahren werden die Zinskreuzer bekanntlich immer zugleich mit den landesfürstlichen Steuern und anderen Abgaben durch die Hausherren eingehoben. Die Hausherren haben sich daran gewöhnt und es würde ganz außerordentliche Auslagen und die Aufstellung eines großen Beamten- und Executionspersonales erfordern, wenn man von dieser bisher durch ein Menschenalter geübten Form abgehen und die Zins- und Schulkreuzer direct bei den Parteien einheben würde.

Das würde Mehrauslagen von mehreren hunderttausend Gulden ausmachen und wahrscheinlich auch einen Mindereingang herbeiführen, weil ja bei denjenigen Personen, welche arm sind, eventuell die Zinskreuzer als uneinbringlich abgeschrieben würden, während unter der Nothwendigkeit, eine Wohnung zu besitzen, dieser Betrag bezahlt wird. Ich glaube daher, daß aus dieser Angelegenheit zunächst nichts weiter resultieren wird, als daß der Magistrat mit einem sehr langen Exposé wird kommen müssen, dessen Schluß dahin lauten wird, es solle alles beim alten bleiben. Ich bin der Meinung, daß wir bei der Budget-Debatte mit dieser sehr weittragenden Angelegenheit uns nicht übermäßig aufhalten sollen.

Am liebsten würde es mir sein, wenn der Antrag abgelehnt würde, weil ich der festen Überzeugung bin, daß etwas Ersprießliches nicht herauskommt. Sollte dies aber nicht der Fall sein, so würde ich die Herren bitten, den Antrag dem Stadtrathe zuzuweisen.

Gem.-Rath Strobach: Ich kann mich der Ansicht des geehrten Herrn Stadtraths-Referenten nicht anschließen. Die Gelegenheit der Zinskreuzer ist eine so wichtige und dringende, daß dazu endlich einmal in ganz entschiedener Weise Stellung genommen werden muß, damit diese Frage nicht wieder auf die lange Bank verschoben werde. Nachdem die Wahlen aus dem ersten Wahlkörper vorüber sind, so erscheint das als eine schlechte Maßnahme; auch die Wahlen aus dem zweiten Wahlkörper werden kommen, und der Dank wird nicht ausbleiben. Wie ihnen allen bekannt sein dürfte, hat der Verwaltungsgerichtshof im Februar 1892 die Entscheidung gefällt, daß die Zins- und Schulkreuzer nicht als eine Hauszinssteuer, sondern nur als eine die Mietparteien betreffende, nach dem Mietzins bemessene Gemeindeumlage sich darstellen, mithin nicht die rechtliche Natur einer von der Realität selbst zu entrichtenden Abgabe besitzen. Diese Entscheidung hat seinerzeit großes und berechtigtes Aufsehen gemacht und große Erregung hervorgerufen, weil man mit Recht befürchtete, daß ein großer Theil der Parteien die Zins- und Schulkreuzer zu bezahlen in Zukunft verweigern werde. Gott sei Dank, ist es nicht so schlimm ausgefallen, als man befürchtet hat, aber es ist trotzdem immerhin in einzelnen Fällen vorgekommen.

Am 16. December 1892 hat in der Volkshalle des Rathhauses eine große, allgemeine Hausherrenversammlung stattgefunden. In dieser wurde eine Resolution dahin gehend beschloffen, daß die Commune die Zinskreuzer endlich, wie es in anderen Städten ist, selbst und direct einheben soll.

Ich war damals Referent und habe mir nicht verhehlt, daß für die Gemeinde große Schwierigkeiten damit verbunden und daß es nicht gerecht wäre, so etwas Knall und Fall zu veranlassen. Ich habe daher damals den Antrag gestellt: Die Hausbesitzer sollen jene Zinskreuzer, welche sie fernerhin einzassieren, auch in Zukunft einzassieren und abführen, dagegen die nicht erhaltenen auch nicht bezahlen.

In der Resolution wurde zum Ausdruck gebracht, daß man hoffe, daß die technische Durchführung dieser Angelegenheit bis 1894 vollendet sein dürfte.

Diese Resolution wurde dem seither verstorbenen damaligen Bürgermeister Dr. Johann Nep. P r i x überreicht, und die Herren werden sich alle noch sehr gut erinnern, welche Wendung die Sache genommen hat, ich will das weiter nicht ausführen, ich glaube, das hat keine Bedeutung. Ich möchte nur fragen: Was ist in diesem Falle geschehen? Gar nichts ist geschehen? Über die berechtigten Forderungen und Wünsche der Hausbesitzer ist man zur Tagesordnung übergegangen, sie existieren einfach nicht. Wenn ein so ungerechter Fall vorliegt, wie hier, so ist es geradezu unglücklich, daß man nicht so viel Gerechtigkeitsgefühl hat, diese wirklich drückende und ungerechte Abgabe endlich einmal den Hausbesitzern abzunehmen.

Ich war damals bei der zweiten Deputation und war auf der Suche nach dem angeblichen Gesetze, nach welchem diese Zinskreuzer eingehoben werden. Dieses Gesetz ist nicht einmal ein Gesetz, und ich habe den Herrn Magistratsdirector **K r e n n** darauf aufmerksam gemacht, daß in den Kundmachungen, wie sie heute an die Hausbesitzer hinausgegeben werden, eigentlich ein großer Nonsens zum Vorschein kommt. Es heißt dort im Punkte 8 (liest): „ $4\frac{3}{4}$ Zinskreuzer von jedem Gulden des Mietzinses“, und im Punkte 9: „ $4\frac{1}{2}$ fr. von jedem Gulden des Mietzinses als Umlage für Volksschulzwecke.“ Auf Grund der Verordnung der hohen

Regierung vom 27. October 1785 sind die Hausinhaber bei eigener Haftung verpflichtet, diese Umlagen von den Mietparteien einzuhoben und nebst ihren eigenen Abgaben an die städtischen Steuercaffen abzuführen.

Ich habe also da den Herrn Magistrats-Referenten darauf aufmerksam gemacht, daß das ein Unsinn ist, denn im Jahre 1785 wurden noch keine Schulkreuzer eingehoben. Wenn man also schon auf ein angebliches Gesetz hinweist, so mußte man doch nicht einen solchen Unsinn hineinnehmen, und ich würde beantragen, daß dies im nächsten Jahre geändert würde. Daß aber diese Abgabe keine rechtliche Abgabe ist, geht aus einer „Nachricht“ hervor, welche folgendermaßen lautet (liest):

„Nachricht.

Hiermit wird allen Hausinhabern, Sequestern und Administratoren auf denen dem Stadtmagistrat unterstehenden Vorstadtgründen aufgetragen, daß dieselben infolge der unterm 14. und prä. 27. October dieß Jahres herabgelangten hohen Regierungsverordnung bey Einhebung des Hauszinses zugleich auch von jedem Einwohner, den vermög höchster Entschliessung vom 5. Juny 1779 zu entrichten habenden Zinskreuzer von jedem Gulden (wovon nur allein die wahre Arme, die sich selbst zu ernähren nicht vermögen, befreuet sind) bey eigener Dafürhaltung einfordern, und dann nebst denen selbst von jeden Steuergulden zu bezahlen habenden 2 Kreuzern zur Bestreitung der Gemeindeerfordernissen zu Händen des Grundgerichtes also gewis abführen, oder aber, die dießfällige renitirende Einwohner dem Grundrichter zur weiteren Fürkehrung anzeigen solle, als im Unterlassungsfall ein oder des anderen zur Hereinbringung dießfälliger Rückständen die Zinssequestration ohne weiteren verhänget werden würde.“

Daraus, meine Herren, sehen Sie, daß dieses angebliche Gesetz gar kein Gesetz ist, sondern eine gleiche Verordnung, wie sie heute der Magistrat herausgibt, und daß auf Grund eines angeblichen Gesetzes durch eine Reihe von Jahren Zinskreuzer in ganz unberechtigter Weise eingehoben wurden. Nun, meine Herren, wundert es mich sehr, daß gerade Sie, die sich ja immer die Fortschrittsparthei nennen, an einem Gesetze, das bereits 109 Jahre alt ist, festhalten. Wenn Sie fortschrittlich und freiheitlich gesinnt sind, warum sind Sie es nicht auch gegen die Hausbesitzer? Meine Herren! Die Gerechtigkeit muß gegenüber allen Classen der Bevölkerung gewahrt werden, nicht nur gegenüber dem einen oder anderen, wenn es diesem zum Vortheile gereicht.

Ich möchte Sie dann noch ferner bitten, daß Sie meinen Antrag unterstützen; das ist ja auch nothwendig, denn in der Sache liegt ja eine solche Ungerechtigkeit vor, wie sie im ganzen öffentlichen Leben nicht vorkommt. Wenn ich heute meinem Advocaten ein Incaffo übergebe, sagen wir zum Beispiel auf 1000 fl., und der Advocat kann nur 800 fl. eintreiben, so werde ich ihm nicht sagen, Sie müssen mir die 200 auch geben, die Sie nicht incassiert haben, und wenn ich das thäte, so würde man mich ohne weiteres für verrückt erklären. Was dem Privaten nicht gestattet ist, das darf der Commune umsonsten gestattet sein. Man sagt immer, der Staat soll vorausgehen. Das ist schön gesagt. Wir können aber doch auf den Staat keinen Einfluß nehmen. Was ich hier verlange, kann der Gemeinderath ohneweiteres beschließen, denn es ist gewis nichts Unrechtes. Daß es aber auch nichts Außerordentliches ist, was wir verlangen, geht daraus hervor, daß in den Statuten der meisten Städte dießbezügliche Bestimmungen

enthalten sind. So enthält zum Beispiel das Statut der Stadt Graz vom 22. December 1869 folgenden Passus:

„Parteien, welche die Bezahlung der Zinskreuzer verweigern, sind von dem Hausbesitzer oder dessen Stellvertreter 14 Tage nach Ablauf eines jeden Vierteljahres oder im Falle der Wohnungskündigung wenigstens 14 Tage vor dem Ausziehtermine dem Magistrate unter genauer Angabe des Rückstandes mittels ungestempelter Einlage oder mündlich am Rathhause, 3. Stock, Amtszimmer Nr. 3, anzuzeigen, widrigens derlei Zinskreuzer-Rückstände von den dafür haftungspflichtigen Hausbesitzern eingebracht werden würden.

Magistrat Graz, am 22. December 1869.“

Was in Graz möglich ist, wird auch in Wien möglich sein, und wenn man einen bezahlten Cassier nicht für das verantwortlich machen kann, was er nicht bekommt, so kann man auch den Hausherrn, der unentgeltlich den Cassier für den Staat und das Land macht, nicht verhalten, einen Betrag, den er nicht bekommen hat, aus seiner Tasche zu bezahlen. Ich glaube, es bedurfte in dieser Hinsicht nur einer Anregung. Sie werden gewis so gerecht sein, einzusehen, daß das endlich einmal abgestellt werden muß, und deshalb erlaube ich mir einen Antrag zu stellen, welcher lautet:

„Der Magistrat wird beauftragt, solche Modalitäten vorzuschlagen, durch welche es ermöglicht wird, daß die Hausbesitzer jene Zinskreuzer, welche sie von den Parteien nicht erhalten, auch nicht zu bezahlen verhalten werden.“

Ich würde Sie bitten, diesen Antrag zu unterstützen und anzunehmen.

Ferner würde ich bitten, daß das nicht auf die lange Bank geschoben wird wie andere Anträge, zum Beispiele mein Antrag wegen der Parkanlagen, worüber ich noch sprechen werde. Das hat keinen Sinn und Zweck. Darum bitte ich, den Antrag anzunehmen. (Beifall links.)

Gen.-Rath Dr. Stern: Obwohl ich Mitglied der Budget-Commission war, muß ich doch sagen, daß ich einen praktischen Erfolg aus dem Antrage, welchen sie sub Gruppe II stellt, es sei die gesetzliche Regelung der Zinskreuzer anzustreben, nicht erblicken kann. Es ist ganz richtig, was vom Herrn Borredner gesagt wurde, daß eine große Unbilligkeit darin läge, daß der Hauseigenthümer die Zinskreuzer von einem Zinse zu bezahlen hat, welchen er gar nicht bekommen hat. Daß das ein Unrecht, eine Unbilligkeit ist, darüber kann gar kein Zweifel bestehen; aber diese Unbilligkeit liegt nicht allein darin, daß er die Zinskreuzer, sondern auch darin, daß er die staatliche Steuer, wie z. B. die 26 $\frac{2}{3}$ percentige Hauszinssteuer, von einem Zinse bezahlen muß, den er nicht bekommt, und daß er den 20percentigen Landeszuschlag zur 26 $\frac{2}{3}$ percentigen Hauszinssteuer auch von einem Zinse, den er nicht bekommt, bezahlen muß. Das ist alles viel härter und trifft den Hauseigenthümer viel intensiver, wie ihn die Bezahlung der Zinskreuzer allein trifft. Nicht nur die Hausbesitzervereine, sondern jeder recht und billig Denkende muß es anstreben, daß von einem Einkommen, welches man nachweisbar nicht bezieht, auch keine Steuer zu entrichten ist, daß man von einem Zinse, den man nachweisbar nicht bezieht, weder dem Staate, noch dem Lande, noch der Commune irgendeine Steuer zu entrichten habe.

Ich glaube, es ist schon in dieser Richtung einmal an den Reichsrath oder an die Regierung eine Petition gerichtet worden, und wenn die Gemeinde in dieser Richtung thätig sein will, wenn

diesbezüglich von Seite des Vorredners oder von sonst irgendeiner Seite beantragt werden sollte, daß eine solche Petition neuerlich eingebracht werde, werden wir damit ganz einverstanden sein, aber herauschälen und sagen: nur der Commune brauchst Du nichts zu zahlen, dem Staate, dem Lande mußt Du die Steuer zahlen — das ist ein Standpunkt, der mir nicht der richtige zu sein scheint. Dabei bitte ich Sie, Folgendes in Betracht zu ziehen: Wir haben in unserer Steuerverwaltung keinen Wohnungscataster; wir bekommen in unserem städtischen Steueramte nur die Zinsbögen, welche von den Steueradministrationen hieher geliefert werden, und darin ist nur die Gesamtsumme der Hauszinse enthalten. Ein eigener Wohnungscataster existiert nicht für die hunderttausende Wohnungen, die in Wien vorhanden sind.

Wenn also der Antrag, wie er von Seite des Herrn Vorredners gestellt wurde, etwa angenommen werden sollte, so müßte die Gemeinde vor allem einen Wohnungscataster anfertigen, und ich frage Sie, was die Anfertigung und Erhaltung eines solchen Wohnungscatasters kosten würde. Die Kosten hiefür würden natürlich auf uns fallen.

Wir scheint also, daß auf den Antrag der Budget-Commission, deren Mitglied ich selbst zu sein die Ehre hatte, irgendein besonderes Gewicht nicht zu legen sei, und den Antrag des Herrn Vorredners möchte ich schon in gar keiner Weise befürworten.

Ich weiß nicht, ob es mir gestattet ist, nachdem dies die erste Nummer zur Rubrik VIII ist, gleich auch die folgenden Nummern der Rubrik VIII unter einem zu besprechen. Es würde dies vielleicht zur Abkürzung der Debatte dienen, da ich über die Zuschlüsse zu den Steuern zu sprechen beabsichtige. Wenn mir dies gestattet ist und ich gleich fortfahren darf. . .

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (unterbrechend): Ich bitte zu warten, bis die betreffenden Titel zur Verhandlung kommen.

Gem.-Rath Dr. Stern: Dann schließe ich hiemit und werde mir erlauben, später zu den übrigen einzelnen Punkten der Rubrik VIII das Wort zu ergreifen.

Gem.-Rath Stehlik: Wenn Sie die Rede des Herrn Gem.-Rathes Dr. Stern gehört haben, so werden Sie auch gehört haben, daß es sich bei den Hausherren nach seiner Ansicht nur um wenige Kreuzer handelte. Ja wohin sollen wir wegen dieser einigen Kreuzer, die ein Hauptcontingent im Budget stellen, denn gehen als hieher? Daß sich der Hausbesitzerverein dagegen verwahrt, finde ich vollkommen recht. Wir in Wien haben die höchsten Steuern am Continent, und nicht nur wir bezahlen diese Steuern, sondern auch unsere Parteien, weil sie mit ihnen verrechnet werden. Wo sollen wir also um einen kleinen Nachlaß einkommen? Hier ist der Platz. Was ist das für ein Schriftstück gewesen, ich war damals auch bei der ehrenhaften Deputation — nichts als ein gewöhnlicher Präsidialerlaß, und auf den geben wir nichts mehr. Eine solche Sache muß hinausgeworfen werden, die gehört nicht herein. Wir müssen auf den Grund kommen. Mit Kleinem fängt man an; dann werden wir auch schon die landesfürstliche Steuer treffen.

Unser Präsidium, glaube ich, wäre dazu berufen, daß es sich der Wiener Hausbesitzer annimmt. Nicht wir sind dazu berufen, daß wir alles aufstieren. Die hier sitzen, sollten alles mögliche thun, um die Hausbesitzer zu schützen. Da hat es sich um den ersten Wahlkörper gehandelt, das haben Sie vorübergehen lassen, das hat böses Blut gemacht in der Wählerschaft und speciell bei den Hausbesitzern. Bei der zukünftigen Wahl haben wir wieder den

zweiten Wahlkörper. Da haben Sie auch unendlich viel Hausbesitzer, und ebenso im dritten Wahlkörper. Das ist ein Malheur, das jeden trifft. Hausbesitzer sind in allen drei Wahlkörpern. Wo sollen wir denn unsere Wünsche anbringen als hier? Es ist nothwendig, daß das zur Sprache gebracht und nicht darüber hinweg gegliedert wird, wie es neuerlich geschehen ist. Das ist ein sehr heikler Punkt und bei dem bleiben wir fest. Die Hausbesitzer sind klug geworden und thun sich zusammen, um gegen die ungerechten Forderungen, die man — ich möchte sagen — durch ein Jahrhundert gegen die Bevölkerung geltend gemacht, Stellung zu nehmen.

Meine Herren! Ich verfolge die Geschichte sehr eifrig. Wir müssen das für die Hausbesitzer thun. Mit diesen Leuten ist sehr glimpflich umgegangen worden, d. h. man hat ihnen den Bart gekrazt, als es sich um die Wahlen handelte. Jetzt sehen sie aber, daß hier ihre Interessen am schlechtesten vertreten werden, und zwar gerade von Ihrer Seite (rechts). Sie sind das Malheur, daß die Hausbesitzer so gedrückt werden; Herr Gem.-Rath Dr. Stern hat in einer Debatte von den Hausbesitzervereinen gesprochen. Ja, meine Herren, wir sind ein großer Factor im Staate. Sie müssen mit uns rechnen, und wenn Sie einmal die Zinskreuzer nicht mehr bekommen, dann werden Sie sparsam sein und mit der Verschwendung einhalten müssen, und dies wird nicht nur den Hausbesitzern, sondern der ganzen Bevölkerung zugute kommen. Wir müssen das anregen und wir werden nie ruhen, wenn über diesen Punkt gesprochen wird, sondern Einspruch erheben im Interesse der Hausbesitzer und auch der Parteien; denn, wenn heute die Hausbesitzer die Steuern vorgeschrieben bekommen, wie repartieren Sie denn dieselben? Natürlich auf die Parteien, und unsere Parteien sind ohnehin gedrückt genug. Also „entweder — oder“, zeigen Sie Ihren Muth, ob Sie die Zinskreuzer erhöhen wollen! Sie haben es beim Wasser thun wollen, und man hat gesagt, das kostet nicht viel; nehmen Sie aber 30.000 Häuser, so kostet das ein kolossales Vermögen. Das ist keine Kleinigkeit. Man will immer schweigend darüber hinweggehen, aber wir werden immer unsere Stimme erheben im Interesse unserer Mietparteien.

Gem.-Rath Dr. Daum: Meine Herren! Der Antrag, welchen die Budget-Commission gestellt und angenommen hat, wurde über meine Veranlassung gestellt, zwar nicht in dem Sinne, wie er hier von einigen Herren vertreten, ja überboten wurde, sondern in einem ganz anderen wichtigeren Sinne, wie wir ihn nämlich als Vertreter der Gemeindeverwaltung aufzufassen haben.

Es handelt sich darum, der Gemeinde eine Einnahme von 8 Millionen zu sichern. Diese 8 Millionen sind zur Hälfte eine Schulumlage, welche wir nach dem Gesetze zu bestreiten und auf den Mietzins umzulegen haben, und zur Hälfte sind es die Zinskreuzer, also eine Umlage für Gemeindezwecke. Diese 8 Millionen können wir absolut nicht entbehren; es ist aber ganz richtig, wie von anderer Seite gesagt wurde, daß eine eigentliche gesetzliche Regelung der Zinskreuzer wegen der ungeheuren Bedeutung, welche diese Umlage nicht nur für Wien, sondern für die meisten größeren Städte Oesterreichs hat, dringend nothwendig ist, sowohl im Interesse der Hausbesitzer als im allgemeinen Interesse der Gemeinde selbst. Es ist dem Gemeinderathe vor vielen Jahren anlässlich ähnlicher Divergenzen, wie es die heutigen sind, ein Referat vorgelegt worden, welches vom Rathe Kronawetter ausgearbeitet worden war, ein sehr interessantes historisches Elaborat, aus welchem zu ersehen ist, daß die Zinskreuzer auf eine An-

ordnung Kaiser Leopold I. zurückzuführen sind, welche die sogenannte Schanzumlage einführt. Als damals nämlich die Linienwälle errichtet und die bedeutenden Kosten repartiert werden sollten, geschah dies in der Weise, daß sie auf den Mietzins umgelegt und von den Hausherren eingehoben wurden. Die einzelnen Verordnungen sind in ihrer Gänze nicht bekannt, und das ganze beruht vielmehr auf einem Gewohnheitsrechte.

Heute sind wir und die anderen größeren Städte nicht in der Lage, die Zinskreuzer unmittelbar von den Mietparteien einzuheben, denn sie werden auf Grundlage der einzelnen Mietzinse eingehoben, welche der Gemeindeverwaltung gar nicht bekannt sind.

Die Staatsverwaltung gibt an den Magistrat nur ein Verzeichnis des gesammten steuerpflichtigen Mietzinses, welcher in einem Hause zu entrichten ist. Aus dem ist nicht zu entnehmen, wie viel auf diese oder jene Wohnung entfällt; es ist auch nicht zu entnehmen, welche Wohnung leer gestanden ist u. s. w. Es ist das ein Pauschalverfahren. Dieses Pauschalverfahren hat sich, solange die Zinskreuzer bestehen, nicht nur bei uns, sondern auch in allen anderen Städten als ein nothwendiges Übel herausgestellt, und ich gebe zu, daß es ein nothwendiges Übel ist. Dieses nothwendige Übel bedarf aber einer gesetzlichen Regelung. Bei dieser gesetzlichen Regelung wird sich das Interesse der Hauseigentümer wahren lassen; es wird aber in allererster Linie das Interesse der Stadt Wien zu wahren sein, und eine solche gesetzliche Regelung kann nur von Seite der Regierung selbst erfolgen, da es sich nicht um eine Angelegenheit der Stadt Wien allein, sondern um eine Angelegenheit sämmtlicher Städte der österreichischen Monarchie handelt. Ich bitte also, diesen Antrag der Budget-Commission, welcher nur dahin zielt, daß einmal die Initiative zur gesetzlichen Regelung dieser Angelegenheit ergriffen werde, diesen Antrag der Budget-Commission annehmen zu wollen.

Gem.-Rath Strobach: Ich möchte mir nur erlauben, auf die Ausführungen des ersten Redners von Ihrer Seite (rechts) eine kleine Erwiderung zu geben. Der Herr Colleague aus dem II. Bezirke sagt, man müsse wieder eine Petition an den Reichsrath richten. Meine Herren! Das ist eine sehr billige Geschichte; das ist gerade so wie der Hinweis auf die Ewigkeit, der auch sehr billig ist. Mit dem können Sie uns nicht kommen. Das hat gar keine Bedeutung und gar keinen Wert. Der Herr Colleague aus dem II. Bezirke sagt ferner: wenn etwas geschehen soll, so muß der Staat vorangehen; wenn der Mantel fällt, fällt auch der Herzog nach. Das ist auch ganz unrichtig. Wir können den Reichsrath nicht zwingen, wir können nichts thun in der Weise, daß er in der Sache vorgehen muß. Aber wir können das in eigener Machtvollkommenheit thun, was ich hier beantrage, und dann meine Herren, dann kann etwas geschehen. Aber wenn Sie nur immer sagen: die Regierung muß vorausgehen, dann können wir noch lange warten, obwohl Sie auch etwas thun könnten, nachdem Sie jetzt Herrn Finanzminister P l e n e r im Ministerium haben. Aber ich weiß nicht, warum Sie da nichts thun.

Durch die Segnungen der Vereinigung der Vororte mit Wien haben Sie eine große Masse Hausbesitzer, die jetzt zu Wien gehören und meistens sehr kleine Hausbesitzer sind, und den Zins, bitte einmal zu hören, 50-Kreuzerweise einsammeln müssen, so weit gebracht, daß diese geradezu zugrunde gehen durch die Leerstellungen, die jetzt vorkommen. Der Staat nimmt die Hauszinssteuer mit 26 $\frac{2}{3}$ Percent und dann kommt noch die Commune.

Herr Dr. Stern sagt aber: weil der Staat das nimmt, muß das die Commune auch thun. Also weil der Staat schon die Hausbesitzer in rücksichtsloser Weise ausbeutet, muß dann noch die Commune kommen und ihnen erst den rechten Fußtritt geben und den Hausbesitzer auch noch ausbeuten. (Beifall links.) Das ist eine schöne Logik! Es ist wirklich sehr traurig, daß es im Wiener Gemeinderathe Vertreter des I. Wahlkörpers gibt, die Derartiges sprechen (Beifall links), und die Verhältnisse im Hausbesitz wären nie so traurige und erbärmliche geworden, wenn wir nicht so elende Vertreter gehabt hätten, wie Herr Dr. Stern einer ist. (Lebhafter Widerspruch rechts — Zustimmung links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte, Herr Gemeinderath! Ein solcher Ausfall ist gewiß nicht gerechtfertigt und ist der Form nach entschieden unparlamentarisch. Ich bitte, sich zu mäßigen; es geht nicht an, daß ein Mitglied der Versammlung gegen ein anderes in dieser Weise auftritt.

Gem.-Rath Strobach (fortfahrend): Ich kläre das in folgender Weise auf. Herr Dr. Stern wurde aus dem I. Wahlkörper, also zumeist von Hausbesitzern gewählt, und ich muß sagen, daß diese Wahl der Hausbesitzer in der Leopoldstadt eine unglückliche ist, und das wollte ich damit ausdrücken, weiter gar nichts. Wenn wir immer Vertreter gehabt hätten, die auch für den Hausbesitz eingetreten wären, so wären wir nicht auf 46 Percent Belastung hinaufgekommen. Also ich will damit nichts weiter gesagt haben, und ich verwahre mich entschieden dagegen, daß mir untershoben werde, daß ich nicht das, sondern etwas anderes hätte sagen wollen. Ich wollte nur sagen, daß Herr Dr. Stern nicht der richtige Vertreter des Hausbesitzes ist.

Bezüglich des letzten Herrn Redners Dr. Daum möchte ich nur bemerken, daß mir der Antrag der Budget-Commission etwas verdächtig vorkommt. Bis heute haben wir auf die Zinskreuzer nicht das Executionsrecht, das soll im gesetzgebungsmäßigen Wege angestrebt werden. Ich glaube deshalb, der Antrag ist nicht so ausgezeichnet, wie Herr Dr. Daum ihn hingestellt hat.

Ich möchte nochmals bitten: Lassen Sie sich von Herrn Dr. Stern nicht in der Weise irreführen (Widerspruch rechts), thun Sie endlich auch einmal etwas und hören Sie auf die gewiß berechtigten Wünsche der Hausbesitzer! (Beifall links.)

Gem.-Rath Purscht: Der Herr Vertreter aus dem II. Bezirke Gem.-Rath Dr. Stern war ausdrücklich für die gesetzliche Regelung der Zinskreuzerfrage. Er hat auch anerkannt, daß es unbillig und unrecht ist, wenn man etwas besteuert, was man gar nicht bekommt. Er hat aber die Interessen der Hausherren auf diese Weise nicht vertreten, weil er sogleich wieder erwähnt hat, man solle den Antrag Strobach nicht annehmen. Wenn die Vertreter der Hausherren die Interessen derselben in dieser Weise vertreten, dann sind die Wähler jedenfalls sehr zu bedauern. Er sagte, es solle der Staat vorangehen. Der Staat solle mit dem Beispiele vorangehen, dann werde die Commune folgen und die Zinskreuzer nachlassen.

Nun, meine Herren, ich wünschte, daß die Vertreter hier dafür wären, daß wir vorangehen. (So ist es! links.) Ich bin überzeugt, daß der Staat dann dem guten Beispiele gewiß folgen wird. Denn diesem Unrechte muß einmal gesteuert werden, daß wir für etwas bezahlen, was wir nicht bekommen. Wir sind draußen wirklich das Ausbeutungsobject einerseits der Parteien, die so indolent sind und den Zins nicht bezahlen; andererseits müssen wir der Commune die Abgaben vergüten. Wir leiden auch

in vielen anderen Hinsichten sehr stark, woran die Herren in den alten Bezirken vielleicht nicht so viel leiden. Wir haben kolossal viel Leerstellungen. Unsere Objecte verinteressieren sich gewiß nicht so wie herinnen. Wir bekommen, wie schon Collega Strobach erwähnt hat, die Zinsen 50-Kreuzerweise, das ist bei den inneren Bezirken wahrscheinlich nicht der Fall. Wenn man Vertreter der Hausherren ist, so soll man nicht in der Weise sprechen, wie es Herr Dr. Stern gethan hat. Man soll ihr Interesse so vertreten, wie man es seinen Wählern versprochen hat. Ich kann nicht meinen, daß Herr Dr. Stern in einer Hausherren-Versammlung erklärt hat, daß er die Interessen der Hausherren in dieser Art und Weise vertreten wird. Man soll hier nicht anderes reden, als man draußen spricht.

Es ist, wie Herr Dr. Daum erwähnt hat, ein Gewohnheitsrecht. Damit ist eigentlich vollständig gesagt, daß die Commune eigentlich nicht das Recht hat, diese Eincassierungen vorzunehmen, und daß nur die directe Eincassierung von den Parteien zu verlangen ist. Ich ersuche Sie daher, den Antrag Strobach anzunehmen. (Bravo! Bravo! links.)

Gem.-Rath Dr. Stern: Vor allem will ich den beiden Herren Vorrednern gegenüber bemerken, daß ich die Ehre habe, dem Vorstande eines Hausherrenvereines in dem Bezirke, den ich zu vertreten habe, anzugehören. Nichtsdestoweniger aber habe ich sowohl im Vorstande als auch jederzeit es öffentlich ausgesprochen, daß ich hier im Gemeinderathe Vertreter der sämmtlichen Bewohner Wiens (Beifall rechts) und nicht Vertreter eines einzelnen Standes bin (Beifall rechts), und daß ich ein einzelnes Standesinteresse nur insoweit vertrete, als es mit dem öffentlichen Interesse, mit dem Interesse, welches wir alle zu vertreten haben, im Einklange ist. (Lebhafter Beifall rechts.) Wenn von Seite des unmittelbaren Herrn Vorredners gesagt wurde, daß ich einmal in einer Versammlung eines Hausherrenvereines oder sonstwo öffentlich mich anders ausgesprochen hätte, so ist dies nicht richtig. Ich kann alle meine Collegen aus dem II. Bezirke, die hier sitzen, als Zeugen anrufen, daß ich in der Wählerversammlung, als es sich um meine Wahl handelte, öffentlich erklärt habe, daß ich den Standpunkt der Hausherren in der Frage der Zinskreuzer nicht theile, daß ich den Standpunkt der Hausherren in der Wassergebührenfrage nicht theile, und daß ich nicht in der Lage bin, in dem Sinne, wie es hier geltendgemacht wurde, zu wirken. (Sehr richtig! rechts.)

Nun aber will ich auf die Sache selbst kommen. Es handelt sich hier um etwas ganz anderes als dasjenige, was die Herren hier eigentlich sagen. Es handelt sich hier eigentlich um die praktische Seite der Frage. Ich wiederhole Ihnen: Wir haben in unserem städtischen Steueramte keinen Wohnungs-Cataster; wir wissen, daß das ganze Haus 1000 oder 2000 fl., 5000 oder 10.000 fl. trägt, das Steueramt weiß aber nicht, aus welchen einzelnen Zinsen sich dieser Gesamtzins des Hauses zusammensetzt. Wenn also heute jemand zum städtischen Steueramte kommt und sagt: Mir ist ein Zins von 300 fl. nicht eingegangen, so hat das städtische Steueramt gar keine Belege, gar keinen Beweis dafür, daß in dem Hause, dessen Gesamtzins 5000 fl. beträgt, auch eine Wohnung mit dem Zinse von 300 fl. vermietet ist.

Was muß also geschehen, wenn wir in der Weise vorgehen wollen, wie es von Seite des ersten Herrn Redners beantragt wurde? Wir müssen hier im städtischen Steueramte einen vollständigen Wohnungs-Cataster anlegen, und die Anlegung eines

solchen Wohnungs-Catasters kostet eine ganz bedeutende Summe; ich weiß nicht, ob mit mehreren hunderttausend Gulden der Aufwand hierfür gedeckt ist; allein nicht nur um die Anlegung eines solchen Catasters handelt es sich, sondern um die fortwährende Evidenzhaltung desselben, und gerade das, was der unmittelbare Herr Vorredner gesagt hat, daß nämlich die Wohnungen wöchentlich oder monatlich gewechselt oder daß die Zinsen wöchentlich oder monatlich gezahlt werden, zeigt die Schwierigkeiten, welche mit der Evidenzhaltung eines solchen Wohnungs-Catasters beim städtischen Steueramte verbunden wären. Was würde sich daraus ergeben? Eine Belastung der Gemeinde mit vielleicht einer Million Gulden oder jedenfalls mit vielen hunderttausenden von Gulden, eine Belastung, welche zu berechnen ich und vielleicht auch sämmtliche Herren hier in diesem Augenblicke außer Stande sind. Wen wird diese Mehrbelastung treffen? Die Hauseigenthümer oder auch die anderen Bewohner Wiens! Und wir würden außerdem das Ausgabe-Budget der Gemeinde Wien mit vielen hunderttausenden von Gulden neu belasten. Das können wir nicht machen, und deshalb kann die Regelung dieser Frage nur unter einem mit der Regelung der Frage der staatlichen Steuer erfolgen. In dem Augenblicke, in welchem von der k. k. Steueradministration dem Hauseigenthümer bekanntgegeben wird: da ist ein Zins von 300 fl., der nicht eingegangen ist, da kommt die Staatssteuer in Abschreibung, weiß sofort das Gemeindesteuernamt, es muß der Zins- und Schulkreuzer ebenfalls in Abschreibung kommen. So ist die Sache, deshalb hängt die Abschreibung des Zins- und Schulkreuzers von dem nicht einbringlichen Zinse zusammen mit der Abschreibung der Staatssteuer von dem nicht einbringlichen Zinse. Wenn wir es anders machen, wenn wir es so machen, wie es von Seite des Herren Redners der linken Seite beantragt worden ist, werden wir den Communaläckel mit einer ganz bedeutenden Auslage belasten. Das zu thun, liegt wahrhaft nicht in unserem Interesse, nicht im Interesse der Hauseigenthümer, nicht im gemeinsamen Interesse. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen rechts.)

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich hätte mich nicht zum Worte gemeldet, wenn nicht der unmittelbare Herr Vorredner wieder eine seiner sehr beliebten Phrasen losgelassen hätte; er hat sich auf den Vertreter der Gesamtbevölkerung Wiens im Gegensatz zu jenen hinausgespielt, welche hier auf dieser (linken) Seite sitzen und, wie er meint, ein unberechtigtes Interesse der Hausbesitzer vertreten. Der Herr Vorredner hat meiner Überzeugung nach absolut nicht das Recht, sich als Vertreter der Gesamtbevölkerung auszuspielen (Beifall links), und speciell die Herren von jener (rechten) Seite drüben sollten es sich sehr überlegen, bevor sie sich als Vertreter der Gesamtbevölkerung ausspielen, weil sie ja nur von einzelnen Cliquen, von einzelnen Classen gewählt worden sind. (Zustimmung links. — Widerspruch rechts.)

Ihr ganzes Treiben während der Vereinigung der Vororte mit Wien beweist, daß Sie gar kein Herz und gar keinen Sinn für die Interessen der Gesamtbevölkerung Wiens besitzen. (Beifall links. — Widerspruch rechts.) Erlauben Sie mir, daß ich auf diese specielle Frage nur mit wenigen Worten eingehe.

Der unmittelbare Herr Vorredner, der Vertreter — wie er meint — der Gesamtbevölkerung, hat es selbst anerkannt, daß es ungerecht ist, wenn man den Hausherren etwas bezahlen läßt, was er von den Parteien nicht erhält, und ich glaube, es gibt keinen einzigen unter Ihnen, der diesen Grundsatz nicht sofort als einen absolut richtigen unterschreiben würde, es müßte schon einer

von jenen verbohrtten Hausherrenfeinden sein, welche hie und da herumlaufen und welche glauben, daß jeder Hausherr zu dem Zwecke da ist, damit er von den öffentlichen Organen möglichst geschunden werden kann.

Wenn es absolut gerecht ist, daß der Hausherr dasjenige, was er von den Parteien nicht bekommt, auch nicht zu bezahlen braucht, dann ist es gewiß eine Forderung der Gesamtheit, daß diese Gerechtigkeit auch den Hausherren gegenüber geübt wird. Es hat der Herr Colleague *Strobach* bloß den Antrag gestellt, der Magistrat soll darüber nachdenken, er soll Vorschläge machen, wie diese berechtigte Forderung der Hausherren erfüllt werden soll. Herr Colleague *Strobach* hat nicht verlangt, daß der Hausherr nicht weiter die Zinskreuzer einzuscassieren soll, er hat nicht ein Verlangen gestellt, welches so gedeutet werden könnte, als ob das Interesse der Gesamtheit verletzt werden würde, sondern er hat ausschließlich das beantragt, was von jedem von Ihnen, der nur halbwegs ein Gerechtigkeitsgefühl besitzt, als absolut gerecht anerkannt werden muß, und daher, glaube ich, sollten Sie dem Antrage *Strobach* zustimmen. Wenn gesagt wird, der Staat, der angeblich die großen Stiefel an hat, soll vorangehen, so verweise ich darauf, daß Colleague *Strobach* vollständig recht hat, wenn er sagt, daraus, weil der Staat unrecht thut, folgt nicht, daß auch die Gemeinde Wien unrecht thun muß. Die Zinskreuzer sind mit den staatlichen Steuern nicht im geringsten zu vergleichen, und wenn Herr Gem.-Rath *Stern* darauf hinweist, daß wir angeblich einen Wohnungs-Cataster nicht besitzen, so bin ich der festen Überzeugung, daß die Steueradministrationen sofort dem Magistrat die Zinsfassionen ausfolgen würden, wenn es sich um die Feststellung des betreffenden Sachverhaltes handeln würde. Das sind leere Ausreden, daß es nicht möglich sei. Es muß möglich sein Gerechtigkeit zu üben, und Gerechtigkeit liegt im Interesse der Hausherren und auch im Interesse des kleinsten und ärmsten Einwohners der Stadt Wien.

Gem.-Rath Steiner: Ich hätte mich auch nicht zum Worte gemeldet, wenn ich nicht auf eine ungerechtfertigte Einhebung von Zinskreuzern von Seite des Staates und der Commune aufmerksam machen müßte. Es werden bei uns für Sommerwohnungen, die nur vier Monate bewohnt werden, die Zinskreuzer sammt staatlichen Zuschlägen für das ganze Jahr eingehoben. Wenn Sie das Gesamtinteresse der Bevölkerung so im Auge haben, möchte ich bitten, sich auch an der Peripherie der Stadt umzusehen. Es ist gewiß eine Ungerechtigkeit, wenn bei uns für 12 Monate die Zinskreuzer sammt Zuschlägen eingehoben werden, während die Wohnungen nur vier Monate benützt werden. Ich werde mir erlauben, in einer der nächsten Sitzungen einen diesbezüglichen Antrag einzubringen, und bitte das Präsidium, ihn ehemöglichst der geschäftsmäßigen Behandlung zuzuführen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es ist niemand mehr gemeldet; die Debatte ist geschlossen.

Referent der Budget-Commission: Herr Dr. *Daum* hat schon auseinandergesetzt, welches die Beweggründe waren, weshalb die Budget-Commission einen solchen Antrag stellt. Hier handelt es sich vor allem darum, die Interessen der Gemeinde mit den Klagen der Hausherren möglichst in Einklang zu bringen. Ich will gleich einige Bemerkungen richtigstellen.

Einer der Herren hat gemeint, es müssen zwei Zahlungs-extracte herausgegeben werden, um den Hausherrn nicht dazu zu bringen, das zahlen zu müssen, was er nicht einhebt. Ich will nur

darauf aufmerksam machen, daß bis zum Jahre 1849 zwei solche Extracte hinausgegeben wurden, einer über die Steuerkreuzer, nämlich jene Leistung, die der Hausherr, von dem eingenommenen Zinse berechnet, vom Steuergulden als Staatssteuer zu bezahlen hatte, und ein zweiter zur Einhebung der Zinskreuzer von den Parteien.

Weiter wurde erwähnt, es solle die Initiative zu einem solchen Schritte ergriffen werden. Ich will auf Grund authentischer Nachrichten berichten, daß schon am 21. October 1879 auf Grund eines Vorkommnisses im Bezirke Währing, wo eine obergerichtliche Entscheidung erlossen ist, vom damaligen Reichsrathsabgeordneten Dr. *Kopp* ein Antrag im hohen Abgeordnetenhaus eingebracht wurde. Dieser Antrag wurde einem Ausschusse zugewiesen und ist dem Plenum befürwortend vorgelegt worden, ist jedoch weiter nicht in Behandlung gekommen.

Die Sache schwebt, oder besser gesagt, sie dürfte ad acta gelegt worden sein. Wie diese Zinskreuzer entstanden sind, ist eine lange Geschichte, ich müßte zu weit ausholen und sagen, daß in den Jahren 1704, 1707, 1714 nur einzelne Steuern erhoben worden sind und immer nur für ein Jahr. Erst von 1779 an ist zur Deckung der Gemeindeauslagen eine dauernde, feststehende Steuer einzuheben gewesen. Immer jedoch wurde der Standpunkt festgehalten, daß der Hausherr nur für die Eintreibung der Zinse haftet insofern, als er dem Staate seine Parteien und den Zins, den sie zu bezahlen haben, bekanntzugeben hat; er muß sie zur Zinszahlung auffordern, er war aber früher nicht verpflichtet, für die nicht gezahlten Zinse zu haften.

Diese verschiedenen Divergenzen auszugleichen, die Verhältnisse einmal klarzustellen — nachdem nicht immer im Gesetzeswege, sondern auch durch Magistrats-Erlässe und Allerhöchste Entschliessungen diesbezügliche Bestimmungen getroffen wurden — ist dringend notwendig; diese seit Jahren anhängige Frage muß endlich einmal geregelt werden. Das ist der Grund, warum man sich zur Feststellung der verworrenen Verhältnisse an das hohe Abgeordnetenhaus, respective an den Landtag wenden soll. Daß man dabei den berechtigten Wünschen der Hausherren volle Rechnung tragen soll, ist selbstverständlich, und ich glaube, es wird hier im Hause niemand sein, der wünscht, daß jemandem, ob er ein Hausherr ist oder nicht, unrecht geschehe. Darum kann unbedingt diesen Anträgen zugestimmt werden.

Der Magistrat hat sich eingehend damit beschäftigt — es ist ein Referat des Abgeordneten Dr. *Kronawette* erwähnt worden, welches vollkommen ausgearbeitet ist; es befindet sich ein Gesetzesentwurf aus jüngster Zeit in Vorbereitung, der beinahe fertig ist und nur der Zustimmung des Gemeinderathes bedarf, um eingebracht zu werden. Die Herren sehen also, daß von Seite des Präsidiums alles vorbereitet wird, um den Wünschen der Hausherren zu entsprechen.

Ich glaube, daß die Herren aus diesem Grunde den Anträgen zustimmen können.

Referent des Stadtrathes: Ich bin der Meinung, daß wir die Frage heute in merito nicht entscheiden werden, und ich würde bitten, den Antrag dem Stadtrathe, eventuell dem Magistrat zuzuweisen. Die Einhebung der Zins- und Schulkreuzer durch den Hausherrn kann in eine gewisse Analogie mit den indirecten Steuern gebracht werden. Ebenso wenig man einem Braumeister, der das Bier auf Credit verkauft, im Falle er sein Geld nicht bekommt, die Steuern zurückgibt (Widerspruch links) — es hat

das eine gewisse Ähnlichkeit — oder dem Spiritushändler — wobei die Steuer nochmals soviel ausmacht, als der eigentliche Wert der Ware ist — im Falle er bei der Kundschaft verliert, sein Geld zurückgibt, ebensowenig geht es an, daß man auf die einfache Mittheilung des Hausherrn hin, er bringe den Zins nicht ein, ihm die Zinskreuzer nachläßt. Da müßte man erst untersuchen, ob der Hausherr bei der Vermietung mit der erforderlichen Vorsicht vorgegangen ist und ob er alle Mittel angewendet hat, um den Zins hereinzubringen. Das halte ich für so unmöglich, daß man darauf nicht eingehen kann. Ich bitte, die Sache dem Stadtrathe zuzuweisen, der wird sich den Kopf schon darüber und, wie ich glaube, erfolglos zerbrechen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wir schreiten zur Abstimmung. Es liegt vor: ein Antrag der Budget-Commission, „es sei die gesetzliche Regelung der Zinskreuzer anzustreben“, weiters ein Antrag des Herrn Gem.-Rathes Strobach, „der Magistrat werde beauftragt, solche Modalitäten vorzuschlagen, durch welche es ermöglicht ist, daß die Hausbesitzer jene Zinskreuzer, welche sie von den Parteien nicht erhalten haben, auch nicht zu bezahlen haben“. Ich bringe beide Anträge unter einem in der Form zur Abstimmung, daß ich frage, ob die Versammlung einverstanden ist, daß diese Anträge zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen werden. Ich bitte die Herren, welche zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Die Zuweisung ist angenommen.

Nun kommen die Anträge zur Rubrik VIII 7 „Gemeindegabepauschalien“. Wünscht jemand das Wort? Es ist nicht der Fall. Es ist ein Antrag der Budget-Commission vorliegend. Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Ich bitte jene Herren, welche den Antrag zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung vorsehen, die Hand zu erheben. Die Zuweisung ist angenommen.

Gem.-Rath Jedlicka: Über die Punkte 4, 5 und 6 war noch nicht gesprochen. (Rufe: Sind schon erledigt!)

Referent des Stadtrathes: Seite 42, Rubrik IX. Hier ist ein Betrag nicht ausgesetzt, weil er bereits unter dem Titel „Bedeckung“ vom Gemeinderathe genehmigt wurde. Hiezu hat jedoch der Stadtrath folgenden Beschluß gefaßt: „Es habe der Magistrat ein Referat darüber vorzulegen, ob nicht eine Ermäßigung der Wiener Linien-Verzehrungssteuer für sämtliche Tarifposten einzutreten hätte.“

Gem.-Rath Dr. Stern: Meine Herren, dieser Tage wurde vom Finanzministerium das Einkommen bekanntgegeben, welches aus der Wiener Linien-Verzehrungssteuer im Jahre 1892 resultiert hat. Nach den amtlichen Ziffern betrug die Summe 6,861.000 fl., hiezu kommt noch die Linien-Verzehrungssteuer für das innerhalb Wiens erzeugte Bier mit 1,281.000 fl., es beträgt daher die Gesamteinnahme des Staates im Jahre 1892 an Linien-Verzehrungssteuern von der Gemeinde Wien 8,143.000 fl. Hiezu kommen noch 687.000 fl. als Nachversteuerung, so daß nach den amtlichen Ausweisen, welche das Finanzministerium dem Abgeordnetenhaus vorgelegt hat, 8,830.000 fl. oder nahezu 9 Millionen aus dieser Einnahme resultieren! Wir von unserem Standpunkte können nach diesem Resultate den Antrag, welcher hier vom Stadtrathe gestellt wird, nur aufs wärmste begrüßen. Ich habe mir aber das Wort gerade bei diesem Titel erbeten, weil hier noch eine zweite Verzehrungssteuer in Frage kommt, die allerdings nicht ein Zuschlag zur staatlichen Verzehrungssteuer ist, sondern eine selbständige communale Verzehrungssteuer, nämlich die communale Abgabe für gebrannte geistige Flüssigkeiten, die Spritsteuer.

Da möchte ich die Aufmerksamkeit der Versammlung darauf lenken, daß nach den neuesten Mittheilungen, welche im Abgeordnetenhaus von Sr. Excellenz dem Herrn Finanzminister gemacht wurden, eine Monopolisierung des Brantweinhandels beabsichtigt wird, wodurch das Erträgnis dieser selbständigen kommunalen Steuer möglicherweise bedroht sein könnte. Das ist das eine, was ich mir zu bemerken erlauben wollte.

Nach den Ausweisen des Finanzministeriums leistet die Gemeinde Wien — und ich bitte, sich diese Ziffern ein wenig vor Augen zu halten — nicht weniger als 66·9 Percent, also über zwei Drittel der Verzehrungssteuer, welche von sämtlichen geschlossenen Städten Oesterreichs geleistet wird. An der 26 $\frac{2}{3}$ percentigen Hauszinssteuer participiert die Gemeinde Wien ebenfalls mit zwei Dritteln der in ganz Oesterreich dieser Steuer unterworfenen Summen, mit 84 Millionen von 126·5 Millionen, und Sie mögen schon aus diesen beiden Daten entnehmen, mit welcher großen staatlichen Belastung die Gemeinde Wien bedacht ist.

Nun habe ich mir erlaubt, einen diesbezüglichen Bericht zu erstatten, welcher von Seite der Budget-Commission in Druck gelegt und Ihnen auch mitgetheilt wurde. Ich möchte nicht und habe nicht beabsichtigt, hiemit eine bloße Stilübung zu machen, welche im Archive dieses Hauses hinterlegt werden kann. Ich glaube vielmehr, daß wir in den von mir angedeuteten Richtungen thätig zu sein alle Ursache haben. Unser ganzes Steuerbudget ist bei der Verzehrungssteuer, wie Sie es hier sehen, ebenso wie bei den anderen Steuern einfach ein Zuschlagsystem, insofern, daß unsere kommunalen Steuern davon abhängig sind, daß eine staatliche Steuer erhoben wird.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (unterbrechend): Ich bitte die Herren der Versammlung um Ihre Aufmerksamkeit. Die Posten 1 und 2 sind bereits vom Gemeinderathe, als er die Bedeckung bewilligte, beschlossen und damit erledigt worden. Der Antrag 3 ist vom Stadtrathe beschlossen, und die Zuweisung an den Magistrat verfügt worden. Es fehlt also eigentlich das Substrat für alles das, was der Herr Redner eben ausführt. Ich bitte, zu welcher Gruppe wünschen der Herr Redner zu sprechen?

Gem.-Rath Dr. Stern: Ich spreche zu dem Punkte „Zuschläge zur Verzehrungssteuer“.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Das ist vom Gemeinderathe schon beschlossen worden, als die Bedeckung bewilligt wurde, damals war es am Plage, darüber zu sprechen, und es kann niemand dafür verantwortlich gemacht werden, wenn damals nicht das Wort ergriffen wurde, heute ist die Sache schon bewilligt; das ist ein Beschluß des Gemeinderathes. Ich bitte, sich das vor Augen zu halten; die Debatte wird ja ohnehin außerordentliche Dimensionen annehmen, es ist daher nicht nothwendig, Dinge, die schon erledigt sind, nochmals zu besprechen. Ich glaube, das wäre auch nicht zulässig.

Gem.-Rath Dr. Stern: Wenn der Herr Präsident meint, daß überhaupt das Steuer-Capitel in seinen Einnahmenposten vollständig erledigt ist, dann habe ich allerdings nichts weiter dazu zu sprechen.

Gem.-Rath Graf: Ich mache mich auf den Widerspruch des Herrn Dr. Stern und des Herrn Referenten des Stadtrathes bezüglich des Antrages, den ich stellen will, allerdings gefaßt; ich muß mir aber doch einige Worte erlauben.

Es ist schon bei Rubrik VIII darauf hingewiesen worden, daß es gewiß unmoralisch ist, sich etwas bezahlen zu lassen, was man

nicht bekommen hat; und der Antrag, den ich mir zu stellen erlaube, ist ganz ähnlichen Sinnes.

Es ist Ihnen ja bekannt, meine Herren, daß die Corporationen der Gastwirte, Fleischhauer und Selcher wiederholt an die Regierung sich gewendet haben wegen Rückvergütung der Verzehrungssteuer für solche Nahrungsmittel, z. B. Vieh, die dem Consum durch Confiscation entzogen worden sind, und man sollte glauben, daß in einem Rechtsstaate, der besonders viel auf Moral hält, solchen Gesuchen augenblicklich willfahren werde. Dem ist aber nicht so. Es hat der Proceß, der sich kürzlich vor dem Bezirksgerichte bezüglich finziger Schweine abgespielt hat, ein eigenthümliches Licht auf die ganze Steuergebarung geworfen, und ich habe mich außerordentlich gewundert, daß keiner der Vertheidiger der Angeklagten in diesem Falle auf das Unmoralische des Staates hingewiesen und auch den Staat in gewisser Richtung als Mitschuldigen bezeichnet hat, insofern, als der Staat Anlaß geboten hat, daß die Leute zu mankeln gesucht haben, um einen Ausweg zu haben, daß sie nicht so sehr zuschaden kommen.

Wenn dem Geschäftsmann Schweine confisciert werden, so hat er eine Unmasse Laufereien, bis er zu seinem guten Gelde kommt, abgesehen davon, daß er mit dem Händler Streitigkeiten wegen der Gewichtsdimensionen hat u. s. w. Von einer Restitution war, wie gesagt, bisher keine Rede, und meine Ansicht geht dahin, daß, nachdem der Betrag ein nicht sehr großer sein dürfte, den die Commune Wien in diesem Falle verliert, wenigstens diese eine Restitution eintreten lassen soll. Vielleicht hat es ein Gutes, wenn wir dem Staate mit gutem Beispiele vorangehen würden, und ich werde mir daher zu Rubrik IX, Post 1, einen Antrag zu stellen erlauben. Ich beantrage, die 30procentigen Zuschläge zur staatlichen Verzehrungssteuer von den dem Consum durch Confiscation entzogenen Nahrungsmitteln gegen Vorweisung des Vertilgungs-Certificates bei der städtischen Hauptcassa rückzuvergüten. Nach dem Ausweise des Veterinäramtes beträgt die Confiscation von Schweinen, Kälbern und sonstigen dem Genuß nicht zugeführten Nahrungsmitteln 1500 Stück, und es dürfte vielleicht hoch gegriffen sein, wenn ich annehme, daß der ganze Betrag, der rückvergütet werden soll, die Summe von 1000 fl. ausmacht. Diese sollte man wirklich schon dem Zwecke opfern, und vielleicht findet sich dann der Staat bewogen, auch nach dieser Richtung vorzugehen. Ich weiß, es sind im Marktdepartement ähnliche Verhandlungen im Zuge, und ich habe vor einigen Monaten in der Angelegenheit als Sachverständiger mein Votum abgegeben. Man sollte aber glauben, daß bei dem Umstande, als dies ja ungerechtfertigt ist, der Staat sich nicht für etwas eine Consumsteuer bezahlen läßt, was nicht consumiert wird. Es wundert mich daher außerordentlich, daß die Angelegenheit noch nicht erledigt ist.

Ich begrüße mit Freuden den Antrag des Stadtrathes bezüglich Herabsetzung der Verzehrungssteuern auf verschiedene Artikel aus dem Titel der Mehreingänge; das ist gewiß sehr löblich und im Interesse der Consumtions-Gewerbetreibenden sowohl als der gesammten Bevölkerung wünschenswert.

Ich möchte mir aber noch auf einen Umstand aufmerksam zu machen erlauben, der eigentlich das geschäftliche Leben der Stadt Wien nach einer gewissen Richtung unterbindet. Wir haben eine Anzahl von Fleischhauern, die bekanntlich sehr gute Ochsen schlagen und die dann das Fleisch hinausführen in die Sommerfrischen, Curorte u. s. w. Ähnlich verhält es sich mit den renommierten Weinfirmen. Es könnte freilich eingewendet werden, daß

bezüglich der letzteren die sogenannten Freilager existieren. Wer aber weiß, welche Unannehmlichkeiten und Kosten mit den Freilagern verbunden sind, wird sich der Ansicht nicht verschließen können, daß es im Interesse des Handelsverkehrs zu den eminentesten Aufgaben der Stadt Wien gehört, bei der Regierung endlich dahin zu wirken, daß eine Rückvergütung der Steuerfäge bei Artikeln wie Bier, Wein, Fleisch u. s. w. erfolge, die über die Verzehrungssteuerlinie ausgeführt werden können. Ich empfehle diese meine Anregung auch der gütigen Erwägung des geehrten Präsidiums. Im übrigen bitte ich, meinen Antrag, den ich bereits zur Kenntnis gebracht habe, zu unterstützen, respective der Zuweisung desselben an den Stadtrath zuzustimmen.

Gem.-Rath Steiner: Ich werde Sie bei diesem Punkte nicht lange aufhalten, aber es ist zu wiederholtenmalen von Sr. Excellenz dem Herrn Statthalter von Niederösterreich im Landtage speciell vor kurzer Zeit hier erwähnt worden, daß er immer die Interessen der Stadt Wien im Auge habe und die Interessen der Bevölkerung Wiens fördere. Ich erlaubte mir im Laufe der General-Debatte darauf hinzuweisen, daß von denjenigen Brantweinschenkern, welche die Bollette gelöst haben, als sie am 31. December zum Schalter kamen, eine 100procentige Erhöhung der Abgabe gefordert wurde. Nun weiß ich nicht, wie das gekommen ist. Meines Wissens ist weder der Landtag noch der Reichsrath gefragt worden — zu uns gehört die Sache nicht. Nachdem Sr. Excellenz Chef der Finanz-Landesbehörde ist, muß man ihn dafür verantwortlich machen, mit welchem Rechte diese Gebühr eingehoben wird. Man wird nicht behaupten können, daß durch die Einverleibung die Leute mehr Geschäfte machen, auch nicht durch die Verkehrsanlagen. Man sagt: in Folge der Einverleibung der Vororte wird mit Rücksicht auf die Einwohnerzahl eingehoben. Nachdem die Leute kein größeres Einkommen und keinen besseren Geschäftsgang haben, ist es ungerecht, eine derartige Steuer, ohne die gesegneten Körperschaften zu fragen, einzuhoben. Es könnte ja den Finanz-Landesbehörden einfallen, eine Steuer wieder um 100 Percent zu erhöhen, ohne jemand zu fragen.

Die Ausführungen des Herrn Gem.-Rathes Graf sind vollkommen richtig. Die Vororte hatten früher Zuschläge von 5 bis 10 Percent zur Verzehrungssteuer, jetzt betragen diese 30 Percent. Ich möchte die Herren bitten, wenn sie in die Vororte hinauskommen, die größeren Selcher zu fragen. Durch die hohe Verzehrungssteuer ist das Geschäft der Leute so unterbunden — ich habe mit einigen gesprochen — daß der Export vollkommen lahmgelegt worden ist. Da sagt man immer, es habe keine Steuererhöhung stattgefunden. Bei diesem Punkte und beim nächstfolgenden: „Zuschläge zu den Staatsgebühren anlässlich von Besitzveränderungen in Realitäten“ hat sie stattgefunden — das haben wir früher nicht gehabt. Darum möchte ich bitten, in Zukunft vorsichtiger zu sein, wenn von einer Persönlichkeit wie von Sr. Excellenz dem Herrn Statthalter die Erklärung abgegeben wird, daß eine Erhöhung der Gebühren nicht stattgefunden habe. Es haben Steuererhöhungen stattgefunden, und zwar wie in dem erscitirten Falle sogar um 100 Percent. (Sehr richtig! links.)

Gem.-Rath Sebastian Grünbeck: Über dieses Capitel kann man nicht oft genug sprechen. Es nützt nichts, es ist eine Steigerung des Tarifes, und wer sich an die damaligen Verhandlungen im Reichsrathe erinnern kann, wird wissen, daß die hohe Regierung selbst gesagt hat, sie wolle absolut davon keinen Nutzen ziehen, sie wolle nur das haben, was sie in den alten Bezirken

einnahm. Jetzt wäre es an der Zeit, daß die hohe Regierung, da sie circa 3 Millionen mehr an Verzehrungssteuer einnimmt, darangeht, die Tarife herabzusetzen, die für Wien ein Unglück sind.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (unterbrechend): Ich habe bereits Herrn Dr. Stern darauf aufmerksam gemacht, daß das, was der Herr Redner berührt, in dem vom Stadtrathe gefassten Beschlusse schon enthalten ist. Die übrigen Posten sind schon erledigt. Ich bitte also, sich möglichst zu beschränken.

Gem.-Rath Sebastian Grünbeck (fortfahrend): Das war nur die Einleitung. Ich will nur eines erwähnen. Bei der Bedeckung heißt es: Ihr könnt ja ohnedies bei den Ausgaben reden; wenn man jetzt spricht, so heißt es: Ihr hättet ja bei der Bedeckung sprechen können. Jetzt weiß ich nicht, wann soll man reden?

Ich glaube, daß das nicht oft genug gesagt werden kann. Wien wird von Seite der hohen Regierung in dieser Richtung gewiß ausgebeutet, und auf diese Weise treiben Sie, je höher der Tariffatz ist, das bishen Industrie, das bei uns herinnen ist, ganz hinaus.

Das muß endlich anders werden. Ich will nur sagen, daß der Antrag des Stadtrathes zu wenig scharf ist; der Magistrat wird gefragt, ob es möglich ist, eine Petition vorzulegen, daß die Tarife herabgesetzt werden. Der Magistrat werde aufgefordert, heranzutreten, und der Gemeinderath sollte sich zu einer Petition an die hohe Regierung entschließen: Du, Regierung, nimmst jetzt 3 Millionen mehr ein, du, Regierung, bist verpflichtet, da du früher gesagt hast, daß du keinen Mehrgewinn haben willst, die Tarife für Wien herabzusetzen. Für Wien wird das nur besser sein. Mir kommt das nur, aufrichtig gesagt, zu milde vor, und das ist wieder so etwas, was wie alle anderen Anträge im Papierkorbe verschwinden wird und wovon man nichts hören wird. Der Magistrat wird lange darüber nachdenken und sagen: „man kann ja!“ Ich hätte das in viel schärferer Weise und bestimmter Form gewünscht, denn die Verzehrungssteuer ist ein wahres Ausbeutungsobject für die ganze Bevölkerung.

Referent des Stadtrathes: Der Herr Vorsitzende hat schon mitgetheilt, daß die Posten angenommen und der Antrag des Stadtrathes bereits erledigt ist. Der Magistrat hat diesen Auftrag erhalten, und wenn der geehrte Herr Collega, der unmittelbar vor mir gesprochen hat, gemeint hat, man solle das mit einer etwas schärferen Betonung machen, so erinnere ich mich an den Brief, den ein Sohn einmal an seinen Vater schrieb: „Lieber Vater, schicke mir Geld“, und der, als er keine Antwort erhielt, dies noch einmal, und zwar mit einer etwas stärkeren Betonung schrieb. Ich glaube, das wird den Magistrat zu keinem anderen Referate bringen, wenn wir ihn nun beauftragen oder auffordern, oder — wie es da heißt — anweisen, das zu thun. Der Antrag ist bereits im Sinne der geehrten Herren erledigt; der Magistrat wird sich auch mit der Angelegenheit beschäftigen.

Referent der Budget-Commission: Ich habe nichts weiter dazu zu bemerken.

Referent des Stadtrathes: Bevor wir nun weitergehen, habe ich noch den Ausweis vorzulegen, welcher in der letzten Sitzung verlangt wurde, über die im Jahre 1892 zur Auszahlung gelangten Remunerationen für Übersetzungen aus fremden Sprachen. Der Betrag war 7759 fl. 70 kr. Davon sind für Übersetzungen der ungarischen Sprache 5389 fl. 50 kr., der böhmischen und polnischen 1290 fl. 60 kr., der italienischen 296 fl. 10 kr., für die croatische Sprache 683 fl. 50 kr. und für die englische und

französische Sprache 100 fl. Die Beträge und Tarife beruhen alle auf Beschlüssen des Gemeinderathes. Ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen.

Wir gelangen nun auf Seite 44 des Hauptvoranschlages zu den Einnahmen.

Rubrik IX „Zuschlag zu den Staatsgebühren anlässlich von Besitzveränderungen in Realitäten“:

Zuschlag zu den von Fall zu Fall bemessenen Staatsgebühren 170.940 fl.

Zuschlag zum Gebühren-Äquivalente vom unbeweglichen Vermögen 28.430 fl.

Rubrik X „Gemeindeauflagen auf den Besitz von Hunden“ 126.570 fl.

Gem.-Rath Steiner: Ich habe mir gelegentlich der Budget-Debatte im Jahre 1892 erlaubt, auf die Einhebung der Hundesteuer hinzuweisen, insbesondere, daß diese Einhebung äußerst compliciert ist und in den ländlichen Gebietstheilen ganz ungerecht vorgegangen wird, wo Wachhunde verwendet werden. Es wurde mir auf eine damals eingebrachte Interpellation von Seite des Herrn Vorsitzenden erklärt, daß die Leute ohnehin berücksichtigt werden, wenn sie um einen Nachlass von der Hundesteuer ansuchen. Das ist richtig. Aber der Betreffende muß jedesmal ein Gesuch einreichen und das wiederholt sich von Jahr zu Jahr. Nicht jeder kann sich jedoch das Gesuch selbst schreiben, er muß dafür einen Gulden oder mehr bezahlen. Wenn ihm nun zwei Gulden nachgelassen werden, so wird nicht nur der Magistrat, sondern auch der Bezirksausschuß und der Marktcommissär und ich weiß nicht, wer noch diese Erhebungen pflegen muß, belästigt. Ich glaube, es wäre besser, wenn der Magistrat beauftragt würde, eine gewisse Verordnung hinauszugeben. Die äußeren Gebietsheile werden nicht so schnell verbaut werden. Ich kann Sie versichern, daß ich selbst schon eine ganze Anzahl von solchen Gesuchen gemacht habe, weil, wie gesagt, nicht jeder sich ein derartiges Gesuch machen kann. Bei Jagdhunden kann die Steuer bleiben, auch bei reichen Villenbesitzern. Aber es gibt isoliert liegende Gehöfte. Solchen Leuten wird es gewiß schwer, wenn sie für Hunde, welche sie zur Bewachung ihres Lebens haben müssen, noch vier Gulden zahlen müssen. Nachdem mir seinerzeit vom Vorsitzenden erklärt wurde, daß gewiß ein Nachlass, wenn derselbe beansprucht wird, gewährt wird, erlaube ich mir den Antrag einzubringen:

„Der Magistrat wird beauftragt, Vorschläge bezüglich der Einhebung der Hundesteuer mit Rücksicht auf die ländlichen Bezirksheile ehestmöglichst zu erstatten.“

Ich bitte Sie, diesen Antrag zu unterstützen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Debatte ist geschlossen.

Referent des Stadtrathes: Ich habe gegen die Zuweisung dieses Antrages an den Stadtrath nicht das geringste einzuwenden.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Steiner stellt folgenden Antrag: (Wiederholt denselben.) Ich ersuche diese Herren, welche diesen Antrag dem Stadtrathe zuweisen wollen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Die Zuweisung an den Stadtrath ist beschlossen.

Referent des Stadtrathes: Die weitere Post ist Musikimpost 15.780 fl.

Gem.-Rath Sebastian Grünbeck: Wir sind da bei einem Capitel angelangt, welches aus vormärzlicher Zeit stammt und den heutigen Verhältnissen gewiß nicht mehr entspricht. Die

Musikimpostgebür ist eine zu arge Belastung der Besitzer von Etablissements; Wirte und Weinschenker zahlen 15, 20 bis 200 fl. jährlich Impostgebür. Die Vergnügungsorte führen einen schweren Kampf um ihre Existenz, und man sollte dieselben, die doch einen Anziehungspunkt bilden, nicht in so starker Weise belasten. Voriges Jahr wurde der Antrag des gewesenen St.-R. Noske, die Musikimpostgebür aufzuheben, dem Stadtrath zugewiesen. Der Stadtrath glaubte jedoch auf diese 15.000 fl. nicht verzichten zu können. Wenn schon die Impostgebür nicht ganz aufgehoben wird, so sollte man doch endlich den Besitzern von Vergnügungsorten diese schwere Last vom Halse schaffen. Stalehner zahlt 200 fl. Musikimpostgebür; fragen Sie ihn, mit welchen Opfern er das zahlt. (Gem.-Rath Dr. Uhl: Das ist doch nicht viel!) Ich bitte Sie, das ist ein pauschalierter Betrag, ist er nicht hoch genug? Wenn einer an Staatssteuer um 10 fl. hinaufgeht, so schimpft er, und wenn die Commune Wien an Musikimpostgebür 200 fl. jährlich einhebt, so ist das gewiß eine ungerechte Belastung seitens der Commune, wo ohnedies jeder Geschäftsmann gedrückt ist und sich kaum erhalten kann.

Schauen Sie uns an, wie wir jetzt ausschauen mit dem Zonentarife! Wien ist an Sonntagen ohnedies ganz leer. Gehen Sie heute in die größten Vergnügungsorte, jetzt schon — um diese Zeit — werden Sie kaum die Hälfte der Leute finden, als im Winter. Wo soll da einer die Regie decken können? Ich will Sie, meine Herren, nicht lange aufhalten, denn es ist noch eine Masse zu erledigen. Ich erlaube mir daher den Antrag zu stellen, daß die Musikimpostgebür von Wirten, Weinschenkern und Vergnügungsort-Besitzern nicht mehr eingehoben werde. Ich bitte Sie, endlich einmal zuzustimmen und diese ungerechte Besteuerung aufzugeben. Kommen Sie wenigstens diesen Leuten entgegen, die dem Publicum ein Vergnügen bieten, und binden Sie ihnen nicht die Hände. (Beifall links.)

Referent des Stadtrathes: Diese Musikimpostgebür ist allerdings eine Auflage aus längst vergangener Zeit, und ich hätte gar nichts dagegen, wenn man sie vielleicht einmal ganz aufheben könnte. Es ist auch im Stadtrath über diese Angelegenheit gesprochen worden. Nun hängt aber die Sache ein wenig mit der Regelung des Armenwesens, beziehungsweise mit den Einnahmen für einen Armenverbandsfond zusammen. Im niederösterreichischen Landtage ist der Beschluß gefaßt worden, eine ähnliche Einnahme zu erzielen von öffentlichen Lustbarkeiten, Schaustellungen und dergleichen, und die Einnahme daraus wird dem niederösterreichischen Armenverbande zugewiesen. Nachdem wir nun darangehen, das Armenwesen auch zu regulieren und diesbezüglich vielleicht irgendwelche Anträge kommen, so war der Stadtrath der Meinung, nicht mit der vorliegenden Aufhebung dieser Musikimpostgebür vorzugehen. Ich würde also bitten, dieselbe für das heurige Jahr noch zu belassen, und wenn die Regelung des Armenwesens, die Einführung des Elberfelder Systems, kommt, so wird diese Angelegenheit auch zur Besprechung gelangen und ich glaube, es wird dann möglich sein, von dieser Post gänzlich abzusehen.

Gem.-Rath Grambauer: Meine verehrten Herren! Der vorlezte Herr Vorredner hat Ihnen schon bemerkt, daß die Musikimpostgebür schwer auf den Wirten lastet; er hat bemerkt, daß der Stalehner, der ein großes Etablissement hat, 200 fl. bezahlen muß. Der Mann ist beinahe nicht in der Lage, das hereinzubringen. Nun ist aber der Stalehner in einem Bezirke, wo ein gangbarer Weg, ordentliche Straßen hinführen und die Leute

auch bei schlechtem Wetter hinausgehen können, wo also doch immerhin eine Einnahme erzielt wird. Ich möchte Ihnen aber einen Fall betreffs eines Wirtes erzählen, der, wenn es regnet, nicht in der Lage ist, einen Gast zu haben, weil zu diesem Etablissement gar kein Weg führt.

Es betrifft dies den Laaerberg. Dieser ist allerdings an Sonntagen stark besucht. Wenn aber eine Wolke am Firmament steht, traut sich niemand hinaus, weil gar kein Weg da ist. Nun, es wäre endlich nicht zu verlangen, daß eine Straße hergestellt werde — die Wirte müssen sich damit abfinden; aber eine Ungerechtigkeit ist es, daß man durch die Einverleibung der Vororte nach Wien die Leute geradezu auszieht. Ich werde Ihnen einen Fall bekanntgeben; da sind ämtliche Documente. Dieser Wirt von Ober-Laa hat vor Einverleibung der Vororte nach Wien eine Musikimpostgebür von 35 fl., sage fünfundreißig Gulden gezahlt. Es betrifft dies das Haus Nr. 215 in Ober-Laa. Wie die Einverleibung der Vororte stattgefunden hat, hat das magistratische Bezirksamt für nothwendig gefunden, diesem Manne die Musikimpost auf 80 fl. zu erhöhen (Hört! links), und zwar im Jahre 1892. Ich glaube, von 35 fl. auf 80 fl. ist ein schöner Sprung. Nun hält es aber das magistratische Bezirksamt für den X. Bezirk für nothwendig, ihm für das Jahr 1894 150 fl. vorzuschreiben (Hört! links), 150 fl. Wenn die Musikimpost im ganzen 15.780 fl. abwirft, so zahlt der Mann gerade den hundertsten Theil. Das ist doch unerhört, wie man den Mann so hinauftreiben kann! Auch die Erwerbsteuer — es gehört dies zwar nicht hieher, sondern ist Sache der löblichen k. k. Steuer-Administrationen — ist zu hoch. Der Mann hat früher die 10 fl.-Quote gezahlt, jetzt muß der arme Teufel 21 fl. bezahlen! Ich möchte den Herrn Bürgermeister also bitten, darauf hinzuwirken, daß das magistratische Bezirksamt im X. Bezirke nicht gar so unerhört willkürlich bei der Bemessung der Musikimpost vorgehe. Hier habe ich die ämtlichen Documente. Es sind zwei magistratische Rathschläge und eine Bestätigung von der Gemeinde Ober-Laa, daß der Mann früher 35 fl. an Musikimpost gezahlt hat.

Gem.-Rath Graf: Meine sehr geehrten Herren! Man kommt immer noch auf etwas Interessanteres. In der General-Debatte habe ich darauf hingewiesen, daß in den verschiedenen Bezirken verschieden amtiert wird, und einige Herren haben nach ihrem Kopfschütteln meinen Worten nicht recht Glauben beigemessen. Heute hören wir, daß die Heurigenchenker im XVII., XVIII. und XIX. Bezirke Musikimpost bezahlen müssen. Bei uns, im XVI. Bezirke, wird sie aber nicht eingefordert, und zwar gewiß mit Recht, weil nach der Kundmachung für Concerte überhaupt die Musikimpost nicht zu zahlen ist; sie ist nur zu bezahlen von Tanzunterhaltungen, die entgeltlich oder unentgeltlich von Privaten oder Gastwirten veranstaltet werden. Das ist aber ganz neu, daß man auch für Concerte beim Heurigenchenker die Gebür bezahlen muß. Ich habe die Kundmachung in der Genossenschafts-Kanzlei gelesen, und ich werde den Herren Collegen gerne nachweisen, daß für Concerte keine Gebür bezahlt werden muß.

Im übrigen schließe ich mich den Ausführungen des unmitttelbaren Herrn Vorredners an. Es ist jetzt ganz anders als früher. Früher ist bei den öffentlichen Unterhaltungen viel mehr verdient worden. Die verschiedenen Vereine und Corporationen, welche Bälle veranstalteten, haben diese Gebür aus eigener Tasche bezahlt. Heute aber, infolge der großen Concurrrenz, müssen die Etablissementsbesitzer den Veranaltern von Festlichkeiten alle mög-

lichen Concessionen machen; sie müssen die Lizenz, die Musikimpost, die Verpflegung der Musiker, das Einlassen des Saales zc. selbst bezahlen, und die Erwerbsverhältnisse sind heute in Wien nicht so günstig, daß man bei jeder solchen Veranstaltung auf eine große Lösung rechnen kann.

Von diesem Gesichtspunkte aus bin ich dafür, daß von der Musikimpostgebühr, insbesondere in solchen Fällen, wo die Gebühr vom Wirte bezahlt werden muß, der ohnehin mit Steuern genügend belastet ist, wenn möglich, Abstand genommen werde, und daß der Magistrat in dieser Richtung Vorschläge mache.

Bezüglich meiner ersten Ausführungen bitte ich aber das geehrte Präsidium, Veranlassung zu nehmen, die magistratischen Bezirksämter in geeigneter Weise auf das nicht ganz correcte Vorgehen aufmerksam zu machen. Ich habe den Herrn Rath Pohl gebeten, mir eine solche Kundmachung zu verschaffen, und ich werde vielleicht später noch darauf zurückkommen. Für Concerte ist die Musikimpostgebühr nicht zu bezahlen und Sie haben aus den Ausführungen der Herren Collegen Steiner und Grünbeck gehört, daß bei den Heurigenchenkern im XVII. und XIX. Bezirke für Concerte die Gebühr eingehoben wird.

Auf diese Incorrectheit möchte ich also aufmerksam machen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Debatte ist geschlossen. Die Herren Referenten haben das Schlusswort.

Referent des Stadtrathes: Ich habe nichts weiter zu bemerken.

Referent der Budget-Commission: Ich habe ebenfalls nichts zu bemerken.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es ist vom Herrn Gem.-Rathe Grünbeck der Antrag gestellt worden, daß die Musikimpostgebühr von Wirten, Weinschenkern, Vergnügungs-Etablissementsbesitzern zc. nicht mehr eingehoben werde. Diejenigen Herren, welche mit der Zuweisung dieses Antrages an den Stadtrath einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschicht.) **A n g e n o m m e n.**

Nun bitte ich mir zu gestatten, ein Übersehen gutzumachen.

Ich habe bei der Post Verzehrungssteuer übersehen, den Antrag Gräf zur Abstimmung zu bringen, welcher lautet:

Es wird beantragt, die 30percentigen Zuschläge zur staatlichen Verzehrungssteuer von den dem Consume durch Confiscation entzogenen Nahrungsmitteln gegen Vorweisung des Verteilungscertificates von der städtischen Hauptcassa rückzuerbüßen.

Jene Herren, welche der Zuweisung dieses Antrages zustimmen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschicht; nach einer Pause:) Die Zuweisung ist angenommen.

Referent des Stadtrathes: XI. Steuerexecution:
Steuerexecutions-Gebühren 83.450 fl.

Gem.-Rath Jedlička: Gestatten Sie mir, daß ich mich auch bei dieser Gelegenheit über die Erwerbsteuerverhältnisse hier ein wenig ausspreche. Ich wollte schon vorhin sprechen, habe aber den Herrn Referenten nicht verstanden, bei welcher Post wir sind. Rückfichtlich der Steuern ist es bei uns draußen in den ehemaligen Vororten geradezu gräßlich

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (unterbrechend): Ich bitte die Herren, platzzunehmen.

Gem.-Rath Jedlička (fortfahrend): Die Finanzorgane gehen von der Ansicht aus, daß die Leute, nachdem sie heute zu Wien gehören, auch so leistungsfähig sind, wie jene in den inneren Bezirken.

Das ist aber nicht der Fall, denn derjenige, welcher sich noch herinnen erhalten kann, zieht nicht hinaus und wer draußen sein Heim aufgeschlagen hat, kann nicht das leisten, was die Geschäftsleute herinnen leisten. Man geht gegenwärtig bei der Steuerbemessung in folgender Weise vor.

Wird von jemandem angegeben, daß er nur einen Gehilfen hat, so bezahlt er $5\frac{1}{4}$ fl. Steuer; hat er aber zwei oder drei Gehilfen, so muß er schon $10\frac{1}{2}$ fl. Steuer bezahlen. Hat er aber vorübergehend, vielleicht für 14 Tage oder drei Wochen eine größere Arbeit, zu welcher er vier bis fünf Gehilfen beschäftigt, dann muß er — es nützt ihm da kein Herrgott — gleich 21 fl. Steuer entrichten. Ich kenne einen Gewerbetreibenden in unserem Bezirke, der hat vor einiger Zeit wegen einer größeren Arbeit mehr Arbeiter aufgenommen; ihm wurde gleich die Steuer auf 31 fl. 50 kr. erhöht, und die zahlt er noch heute, obwohl der Zins, den er zahlt, in keinem Verhältnis zur Steuerleistung steht. Er hat damals, als er die Arbeit auszuführen hatte, seine Wohnung ausgeräumt und die Gehilfen hineingestellt; nach vier bis sechs Wochen war er mit der Arbeit fertig und hat die Arbeitsstätte wieder zur Wohnung gemacht und weil er gerade von der Behörde hierüber einvernommen wurde, wurden ihm 31 fl. 50 kr. auferlegt. Ist das nicht eine Ungerechtigkeit? Es kann für die Zukunft nicht so fortgehen. Wir haben eine Menge Leute, die für Confectionäre arbeiten. Sie verdienen nichts. Sie verdienen nicht so viel, als sie ihren Sitzgesellen zahlen müssen. Wenn die Saison da ist und jemand nimmt für ein paar Wochen Sitzgesellen zur Aushilfe auf oder er beschäftigt sechs bis sieben Mädel, so werden ihm sofort 21 fl. Steuer auferlegt. Er ist nicht imstande, das zu leisten. Da können Sie transferieren und executieren wie viel Sie wollen, von dem bekommen Sie nichts. Sie können höchstens einen Spiegel oder eine Pendeluhr pfänden, die Sie um 50 kr. per Stück verkaufen können. Sonst bekommt man nichts von ihm. Dann gibt es kleine Schuhmacher, die sich als Sitzgesellen fortbringen. Diese wurden von neidigen Berufsgenossen kürzlich angezeigt; man hat ihnen den Steuerbogen in die Hand gedrückt und sie sollen nun $5\frac{1}{4}$ fl. Steuer zahlen. Ein solcher Schuhmacher arbeitet allein am Fensterbrett; wie soll er das leisten?

Dann muß ich auch den Herrn Bürgermeister auf die Execution aufmerksam machen. Er kann es mir glauben, ich kenne die Verhältnisse von früher, wie die kaiserliche Steuerbehörde uns die Steuern abverlangt hat, und ich kenne die jetzigen Verhältnisse. Früher ist man nicht so rücksichtslos mit uns vorgegangen, wie jetzt. Ich weiß nicht, ist es Chicane oder Muthwillen, oder ein boshaftes Vorgehen von den Executions-Organen? So kam ein Steuerexecutor zu einem Manne, der eine Strafe zu zahlen hatte. Er gieng ins Gastzimmer, wo viele Leute waren und riß ihm aus der Cassa das Geld. Ist das ein Vorgehen? Kann das Amtsorgan nicht in die Wohnung hinaufgehen? Ich glaube, das war nicht am Plage.

Ein zweiter Fall. Man nahm einer Wäscherin aus ihrem Gebetbuche das Geld! . . .

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (unterbrechend): Ich bitte, meine Herren, Ihre Plätze einzunehmen. Es ist nicht möglich, eine Debatte zu führen, wenn sich Separatconventikel bilden und dort so laute Debatten geführt werden. (Sehr richtig! links und Ruße links: Das ist die Wahlmacherei!) Ich bitte, fortzufahren.

Gem.-Rath Jedlička (fortfahrend): Bei einer Wäscherin, die sich ein paar Gulden für den Zins ins Gebetbüchel zusammen-

gelegt hat, damit sie für den Mai den Zins hat, wurde eine General-Visitation vorgenommen und alles umgedreht und natürlich nichts gefunden bis auf das armselige Gebetbüchel, aus dem man die paar Gulden herausgebeutelt hat. Damit wird der Staat nicht gerettet. Ich kenne Familien, die für Börsengeschäfte hunderte von Gulden an Steuer schuldig geblieben sind. Die Leute haben elegante Wohnungen, mehrere Pöden. Freilich gehört infolge von Notariatsacten jedes Schnupftuch und jedes Paar Socken der Frau. Die Leute bezahlen nichts. Dieser armen Frau nimmt man das Gebetbüchel weg. Das ist ein rücksichtsloses Vorgehen, welches man verdammen muß. Ich bitte den Herrn Bürgermeister, den Auftrag zu geben, daß die Organe doch menschlich vorgehen. Wenn etwas an Steuern zu holen ist, so soll es hereingebracht werden. Jeder vernünftige Mensch wird einsehen, daß ohne Steuer kein Staat bestehen kann. Aber auf solche Weise vorzugehen, ist nicht nothwendig.

Gem.-Rath Weitmann: Wenn man sich die Summe von 83.450 fl. ansieht, muß man wirklich erschrecken. Diese Summe spricht deutlich genug davon, wie die Verhältnisse in Wien sind, und es ist größtentheils der Ungerechtigkeit und der ungleichen Vertheilung der Steuern zuzuschreiben, daß wir hier eine so enorme Summe vor uns haben. Richtig ist, was der Herr Vorredner erwähnt hat, daß die Steuerexecutoren mit einer Rücksichtslosigkeit ohnegleichen vorgehen und ihre Machtvollkommenheit überschreiten. Ich werde den Herrn Bürgermeister auf einen Fall aufmerksam machen, der sich in meinem Bezirke ereignet hat. Einem Steuerträger sagte der Steuerexecutor: „Sie sind einen Rückstand schuldig. Wollen Sie zahlen?“ — „Ja, ich will zahlen, aber innerhalb 14 Tagen.“

Daraufhin packt ihm der andere die Uhr und reißt sie mit der Kette weg, so daß das Knopfloch zerrissen wurde. Der Mann ist mit Thränen im Auge zu mir gekommen und hat sich beklagt. Es würde doch gut thun, wenn man die Organe auf die Nothwendigkeit der Mäßigung aufmerksam machen würde; denn durch ein solches Vorgehen werden die Steuerträger nicht besser, sondern renitent. Die Leute zahlen ja, wenn sie können; die Behörden haben gesetzliche Mittel in der Hand, ein solches Vorgehen ist aber verwerflich und soll nicht geduldet werden.

Früher ist doch der Execution mindestens eine Mahnung vorangegangen, und das war recht gut. Man soll nicht, wenn die Zeiten schlechter werden, mit schärferen Mitteln zur Eintreibung der Steuern kommen. Die Zeiten sind bedeutend schlechter geworden, die Steuerbehörden aber verschärfen die Mittel. Wenn man wenigstens 14 Tage vor der Execution eine Mahnung vorangehen läßt, so wird der Mann alles mögliche aufbieten. Warum soll man gleich mit der ersten Einforderung den Mann in Unkosten stürzen? Diese 83.450 fl. sind ja das Geld der Ärmsten.

Derjenige, der zahlen kann, zahlt schon. Wenn die Steuerbehörde die Wahrnehmung macht, daß eine Bosheit vorliegt, so soll sie mit aller Energie vorgehen; aber gegen die Allerärmsten soll Rücksicht geübt werden, und ich erlaube mir den Antrag zu stellen, es möge wieder, bevor die Executions-Bollette eingelegt wird, eine Mahnung erfolgen. Meine Herren! Sie kommen damit nur den Ärmsten entgegen, und ich bitte Sie um Annahme meines Antrages.

Gem.-Rath Sebastian Grünbeck: Meine Herren! Ich kann mir diese Maßregeln nicht anders erklären als damit, daß wahrscheinlich die Instructionen, die die Steuerexecutoren bekommen, sehr scharf sind, denn der Nagel an der Wand zittert, wo ein

Steuerexecutor einmal hingehet. Es wird oft in einer Weise vorgegangen, die doch zu arg ist. Früher, als wir das Glück hatten, keine Groß-Wiener zu sein, hatte man ein halbes Jahr Zeit, die Steuern zu zahlen, man hat dann höchstens seine Verzugszinsen gezahlt und damit basta. Wenn man jetzt 14 Tage oder 3 Wochen zögert, kommt schon der Executor und schreibt die paar Sachen auf, die man hat. So wird mit den Groß-Wiener Steuerträgern vorgegangen. Natürlich, es muß überall Ordnung sein, und der Ordnung zuliebe geht man in solcher Weise mit uns um! Der Mann kann vielleicht gerade momentan nicht zahlen, während er in vier, fünf, sechs Wochen vielleicht doch dazukommen könnte. Im Monate Jänner und Februar, wo keine Saison ist, wo er kein Geschäft macht, kann er nicht zahlen. Die Sachen werden aufgeschrieben, der Mann wird gepfändet und muß alles aufbieten, damit die Sachen nicht noch transferiert werden. Das sind die Zustände in Groß-Wien, und wenn ich sage, daß die Schaffung von Groß-Wien keine Segnungen für die Bewohner gebracht hat, so sagt man: Das ist nicht wahr, ich bin ein Pügner!

Oder nehmen Sie einen anderen Fall! Es kommt zum Beispiele ein Contrahent der Commune Wien, der sich sein Geld von der Commune abholen will, am ersten oder zweiten des Monats zur Cassa, und da wird ihm, obwohl die Erwerbsteuernquote erst am fünfzehnten fällig ist, sofort diese Steuer abgezogen. Mit welchem Rechte thut man das? Ich habe schon manchem Geschäftsmanne gesagt: Laßt euch die Steuer nicht abziehen; sie ist erst am fünfzehnten fällig, am ersten seid Ihr Sie doch noch nicht schuldig! So geht man oft mit armen Geschäftsleuten um. So war auch zum Beispiele ein schlichter Uhrmacher mit 80 fl. rückständig und weil er zufällig von der Commune mehrere Arbeiten bekam, so hat man ihm sofort die Steuer abgezogen und es auf diese Weise dahin gebracht, daß der Mann nichts schuldig ist. Ob aber seine Kinder etwas zu essen gehabt haben oder nicht, ob sie gedarrt haben oder nicht, danach hat man nicht gefragt. Ich glaube also, man soll auf der einen Seite nicht allzu scharf, auf der anderen Seite etwas milder vorgehen, wenn auch der Herr Referent statt 83.000 fl. nur 70.000 fl. oder überhaupt weniger durch die Executionen hereinbringt, dann ist das gewiß gut angewendet. Es ist besser, als daß man viele Leute unglücklich macht. Ich möchte bitten, daß die hinausgegebene Instruction nicht gar zu scharf ist und man nicht dem Einzelnen sein Letztes wegnimmt.

Referent des Stadtrathes: Was die Klagen über die Höhe der Steuerbemessung, namentlich der Erwerbsteuer betrifft, so mögen dieselben in sehr viel Fällen begründet sein. Wir, von Seite der Gemeinde, haben auf die Bemessung fast gar keinen Einfluß, sondern die k. k. Steueradministration. Einfluß haben wir nur insofern, als von Seite der Bezirksausschüsse Gutachten abgegeben werden. Das sind Organe, denen es obliegt, nach bestem Wissen und Gewissen die Höhe des Einkommens oder den Wert des Gewerbes zu taxieren. Was die Ziffer von 83.000 fl. für Steuer-executionsgebühren betrifft, so ist dieselbe allerdings bedeutend. Aber, meine Herren, da erinnere ich daran, daß die meisten Personen nach einer bekannten Übung erst dann ihre Steuer bezahlen, wenn sie mit der Execution bedroht werden, und zwar nicht bloß Leute, welche nicht in der Lage sind, die Steuer zu bezahlen, sondern auch diejenigen, die wirklich Geld in der Cassa haben. Das ist leider so. Diese Übung hat sich dadurch herausgestellt, daß man in der irrthümlichen Meinung befangen ist, daß man, wenn man die Steuer pünktlich bezahlt, in den Verdacht eines wohlhabenden

Mannes kommen kann und infolge dessen mit der Steuer hinaufgeschraubt wird.

Einer der Herren Vorredner hat einige crasse Fälle über zu rigoroses Vorgehen von Steuerexekutoren zur Kenntnis gebracht. Ich glaube, daß es angezeigt ist, wenn solche Fälle zu unserer Kenntnis kommen, dieselben dem Herrn Bürgermeister mitzutheilen, welcher dann den Mann zur Rede stellen und eventuell Verfügungen gegen solche Übertretungen treffen kann. Gegen die Höhe der Post wurde keine Einwendung erhoben, ich bitte, dieselbe zu genehmigen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Post selbst ist nicht angefochten. Ich erkläre dieselbe für angenommen. Die Anregung des Herrn Gem.-Rathes Weimann, es seien Mahnungen an die Steuerpflichtigen vor Einlegung der Executionsbollette zu verfügen, wird dem Herrn Bürgermeister zugestellt, um danach eine Verfügung zu erlassen. Zur Abstimmung eignet sich dieser Antrag nicht.

Referent des Stadtrathes:

Post 2. Sequestrationsgebühren 4340 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? —
A n g e n o m m e n .

Referent des Stadtrathes: Damit sind die Einnahmen aus dieser Post erledigt.

Nun kommen wir zu den Ausgaben, Seite 41, Rubrik VIII, Post 1, Bezüge der Beamten des Steueramtes . . . 238.320 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? —
A n g e n o m m e n .

Referent des Stadtrathes: Rubrik IX, Post 3. Zuschläge zur landesfürstlichen Verzehrungssteuer. Ein Betrag von 200 fl. zur Anschaffung von Messapparaten.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? —
A n g e n o m m e n .

Referent des Stadtrathes: Rubrik X, Post 1. Anschaffung von Hundesteuermarken 720 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? —
A n g e n o m m e n .

Referent des Stadtrathes: Rubrik XI, Steuerexecution, Post 1. Bezüge des Personales des Executionsamtes . 222.780 fl.

Gem.-Rath Stehlik: Diese Post springt so in die Augen, daß man wirklich daran ordentlich haften bleibt. 83.000 fl. werden eingetrieben und 222.000 fl. betragen die Ausgaben. Das steht doch in keinem Verhältnisse. Man sieht, welche Zeit und Kosten die Eintreibung verursacht und wie viele Steuereintreiber Sie brauchen. Das ist eine Härte und man braucht beinahe für jeden Menschen einen Steuerexecutor. Das ist nicht in Ordnung, man solle daher darüber sprechen. Diese zwei Posten passen nicht zusammen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Debatte ist geschlossen.

Referent des Stadtrathes (zum Schlußworte): Wir haben doch nicht das Personal des Executionsamtes, bloß um die Gebühren für die Execution einzuhoben. Mit diesem Betrage werden sämtliche Steuern im Betrage von vielen Millionen eingehoben, und der Betrag von 83.000 fl. ist ein theilweiser Rückerlass derjenigen Auslagen, welche für das Executionsamt bezahlt werden müssen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Post selbst ist nicht angefochten; ich erkläre dieselbe für angenommen.

Referent des Stadtrathes (liest): Post 2. Auslagen für die Durchführung der Steuersequestration 2490 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? —
A n g e n o m m e n .

Damit ist Gruppe II erledigt.

Referent des Stadtrathes (liest):

Gruppe III, Gemeindevermögen, Seite 50.

Rubrik XII, Unbewegliches Vermögen.

A. Ordentliche Einnahmen.

Post 1. Mietzinse von Häusern:

a) Effective Zinse sammt Nebengebühren 283.810 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? —
A n g e n o m m e n .

Referent des Stadtrathes (liest):

b) Durchgeführte Zinswerte 1.589.140 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? —
A n g e n o m m e n .

Referent des Stadtrathes (liest):

Post 2. Pachtschillinge für städtische Gründe . . 102.320 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? —
A n g e n o m m e n .

Referent des Stadtrathes (liest):

Post 3. Ertrag aus den städtischen Steinbrüchen 175.780 fl.

Das ist der Brutto-Ertrag. Die Auslagen kommen später bei den Ausgaben.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? —
A n g e n o m m e n .

Referent des Stadtrathes (liest):

Post 4. Ertrag der Gemeindewälder 1730 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? —
A n g e n o m m e n .

Referent des Stadtrathes (liest):

Sonstige Einnahmen (Rückvergütungen von Steuern zc. aus Anlaß von Häuserankäufen, Erlös für Gras, Rasenziegel, Heu, Sand u. s. w.) 1900 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Keine Einwendung, die Post ist angenommen.

Referent des Stadtrathes: Wir kommen zu der Ausgabe für das unbewegliche Vermögen.

Post 1. Landesfürstl. Grundsteuer sammt Zuschlägen 11.810 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? —
A n g e n o m m e n .

Referent des Stadtrathes (liest):

Post 2. Landesfürstliche Hauszinssteuer und 5percentige Steuer hauszinssteuerfreier Gebäude sammt Zuschlägen . . . 80.480 fl.

Post 3. Gebühren-Äquivalent 20.570 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? —
B e i d e P o s t e n s i n d a n g e n o m m e n .

Referent des Stadtrathes (liest):

Post 4. Erhaltung und Reparatur der Realitäten:

a) der reinen Zinshäuser 30.000 fl.

Referent der Budget-Commission: Meine Herren! Die Budget-Commission hat den Betrag, welchen der Magistrat eingestellt, 34.530 fl., aus dem Grunde wieder acceptiert, weil uns die vorliegenden Rechnungen gezeigt haben, daß ein größerer Betrag als 30.000 fl. nothwendig sein wird. Allerdings könnte durch Nachtrags- oder Zuschußcredite der fehlende Betrag ergänzt werden. Ich glaube aber, daß man, wenn von vornherein die

Ziffern bekannt sind, bei dem richtigen Betrage bleiben sollte. Ich bitte daher, 34.530 fl. wieder einzustellen.

Referent des Stadtrathes: Meine Herren! Dieser Posten, welcher eigentlich im Zusammenhange mit der nächsten Post zu besprechen kommt, nämlich „Erhaltung der Amts- und Anstaltsgebäude, der Schulhäuser und der gemischten Häuser“, ist der variabelste in unserem Budget und ist derjenige, bei welchem bei sorgfamer Behandlung am meisten gespart werden kann. Es war daher der Stadtrath der Meinung, daß, selbst auf die Gefahr hin, daß man mit diesem Betrage nicht auskommen wird, der Magistrat also um einen Zuschußcredit ansuchen wird, doch diese Post nicht höher einzustellen wäre, als beantragt wird.

Es wird dies ein Ansporn sein, an solchen Ausgaben etwas zu ersparen, weil, wenn ein Gesuch um Zuschußcredit kommt, diese Ausgaben gerechtfertigt werden müssen, man daher eher Gelegenheit hat zu beurtheilen, ob nicht zu viel ausgegeben worden ist.

Ich würde daher in diesem Falle wie in den folgenden Fällen bitten, die verminderten Posten, wie sie der Stadtrath beantragt, anzunehmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wir schreiten zur Abstimmung. Es ist bei der Post „Erhaltung und Reparatur der reinen Zinshäuser“ vom Stadtrathe der Betrag von 30.000 fl. beantragt; die Commission beantragt den vom Magistrate eingesetzten Betrag von 34.530 fl. Ich bringe die höhere Ziffer der Commission mit 34.530 fl. zuerst zur Abstimmung und bitte die Herren, welche mit dieser Ziffer einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) 20 Stimmen dafür. Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) Die höhere Ziffer ist angenommen.

Die Versammlung wird einverstanden sein, wenn alle diese Posten, nämlich: „Erhaltung und Reparatur der Amts- und Anstaltsgebäude, Schulhäuser, gemischten Gebäude“, nacheinander vorgelesen und unter einem besprochen werden, damit die Versammlung sieht, um welche Posten es sich handelt. (Zustimmung.)

Referent des Stadtrathes (liest):

- b) Erhaltung und Reparatur der Amts- und Anstaltsgebäude 50.000 fl.
- c) Erhaltung und Reparatur der Schulhäuser . . . 150.000 fl.
- d) Erhaltung und Reparatur der gemischten Häuser . 40.000 fl.

Der Magistrat hat hier überall höhere Summen beantragt; ich bitte um Einstellung der niedrigeren Posten.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Ich erkläre die Posten, wie sie der Herr Referent verlesen hat, für angenommen.

Referent des Stadtrathes: Rubrik XII 4 f „Herstellung von Closets- und Pissoirbepflanzanlagen in den Schulhäusern, wie alljährlich 12.000 fl. (Rufe: Kaserne!)

Diese Post ist gestrichen, weil die Kaserne zum Verkaufe bestimmt und an derselben nichts mehr gemacht werden wird.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? — Post f ist angenommen

Referent des Stadtrathes (liest):

Post 5. Aufsichtskosten:

- a) Effective Auslagen 16.040 fl.
- b) Durchgeführte Zinswerte 4.920 fl.

Zusammen . 20.960 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? — Angenommen.

Referent des Stadtrathes (liest):

Post 6. Bestellungen, Canalräumungs- und Wasserbezugsgebühren:

- Bestellungen 24.960 fl.
- Canalräumungsgebühren, und zwar:
 - a) Effective Auslagen 2.530 fl.
 - b) Durchgeführte Gebühren 2.960 fl.
- Post 7. Wasserbezugs-Gebühren 23.860 fl.
- Post 8. Beleuchtung der Einfahrten, Höfe und Stiegen 19.500 fl.
- Feuerassuranz-Gebühren 5.700 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wünscht jemand das Wort zu den Posten 6, 7 und 8?

Gem.-Rath Trambauer: Ich möchte hier um Aufklärung bitten. Es heißt hier, daß die Assuranzgebühr 5700 fl. beträgt, dann kommt noch eine weitere Post mit 2640 fl. Das ist die Assuranz von Stiftungs- und Fondshäusern, aber das Lagerhaus ist da nicht inbegriffen.

Ich möchte nun den Herrn Budget-Referenten fragen, wie viel überhaupt für Assuranzzwecke ausgegeben wird. Denn hier sind schon 8340 fl.

Referent des Stadtrathes: Das ist im Ausweise XIX enthalten. Soviel mir erinnerlich ist, sind unsere sämtlichen Gebäude bei der Wechselseitigen Brandschaden-Versicherungs-Gesellschaft affecuriert, welche bekanntlich nicht auf Gewinn basiert, sondern nur die wirklichen Auslagen unter die Versicherten repartiert. Was das Lagerhaus betrifft, so ist dessen Versicherung mit anderen in keinen Vergleich zu bringen, weil im Lagerhause Werte von vielen Millionen enthalten sind, welche bei einer Gruppe von Versicherungs-Gesellschaften — ich glaube es sind 13 — versichert sind, da eine einzelne Versicherungs-Gesellschaft nicht in der Lage wäre, ein so großes Risiko bei einem Gebäude auf einmal zu übernehmen und weil es auch für die Gemeinde Wien wichtig ist, bei so kolossalen Werten eine größere Sicherheit zu haben.

Die Assuranz der Waren im städtischen Lagerhause erfolgt übrigens nicht für Rechnung der Gemeinde Wien, sondern lediglich für Rechnung der Einlagerer, welche nebst dem Lagerzinse und der Manipulationsgebühr auch einen Betrag für die Assuranz bezahlen müssen, bei welchem sogar ein kleiner Gewinn für die Gemeinde resultiert.

Gem.-Rath Trambauer: Ich möchte da doch bemerken, ob es nicht gut wäre, wenn die Gemeinde Wien ihre Gebäude selbst affecurieren würde. 8340 fl. sind eine enorme Summe, und wenn Sie bedenken, daß vielleicht seit 20 Jahren die Gemeinde noch keinen Brand gehabt hat, so legen Sie diese 8340 fl. alljährlich umsonst aus.

Ich glaube, wenn also die Gemeinde sich selbst versichern, respective diese Summe fructificieren würde, so wäre dies sehr zweckmäßig.

Referent des Stadtrathes: Meine Herren, die versicherte Summe beträgt 22½ Millionen, die Assuranzgebühr 8340 fl. Wenn also wirklich durch eine Reihe von Jahren Wien von Unglücksfällen verschont bleibt und dann ein größeres Object abbrennt, so ist der betreffende Betrag verloren. Ich glaube also, es

ist nur vorsichtig, wenn die Gemeinde für diese unbedeutende Summe die Sicherheit hat, daß sie für den Fall einen Schadens Ersatz bekommt.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wünscht noch jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Die einzelnen Posten sind nicht angefochten worden, ich erkläre daher die Posten 6, 7 und 8 für **angenommen**.

Referent des Stadtrathes (liest): Post 9.

Betrieb der städtischen Steinbrüche 154.880 fl.
Sonsrige Auslagen 2.550 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? — **Angenommen**.

Wir gelangen nun zu den außerordentlichen Einnahmen, Seite 68:

Erlös aus dem Verkaufe der vom k. u. k. Ärar übergebenen Linienwallgründe 300.000 fl.

Post 6. Kaufschillinge für veräußerte Realitäten und Gründe (mit Ausschluß der speciell zu Straßenverbreiterungszwecken erworbenen Häuser und Grundstücke). — Hier ist nichts eingesezt.

a) Erlös aus dem Verkaufe der vom k. u. k. Ärar übergebenen Linienwallgründe und Linienamts-Realitäten 300.000 fl.

b) Erlös aus dem Verkaufe anderweitiger Baustellen 500.000 fl.

Gem.-Rath Trambauer: Für den Erlös der Linienwallgründe sind 300.000 fl. eingestelt; diese Linienwallgründe sind jetzt rasch verkauft worden, namentlich zwischen der Westbahn- und Perchenfelderlinie und der Mariahilferlinie. In mir ist nun ein Bedenken wach geworden, nämlich, daß für die Durchbrüche und die Herstellung der Straßen enorme Summen ausgegeben werden, und daß es daher sehr gut wäre, wenn für die verkauften Gründe ein genaues Verzeichniß geführt würde darüber, was die Gemeinde Wien für diese Linienwallgründe einnimmt, und was sie für dieselben ausgibt. Sie gibt sehr viel dafür aus; da ist z. B. für die Regulierung der Heugasse ein Betrag von 18.000 fl. beansprucht worden; für die Demolierung des Linienwalles bei der Belvedere- linie — ein ganz kurzes Stück, 50 bis 60 m lang — hat der Stadtrath 4400 fl. verlangt, und bedenken Sie, daß 40.000 fl. eingestelt sind, davon entfallen 30.000 fl. auf jene Rate, welche die Stadt Wien alljährlich, und zwar durch zehn Jahre zahlen muß, und 10.000 fl. auf die Verschüttung der Linienwallgräben zc.! Weiters ist bei der Debatte über das Pflaster-Präliminare die Summe von 40.000 fl. auf 60.000 fl. erhöht worden, weil der Referent des Magistrates erklärt hat, daß die Summe von 40.000 fl. bereits erschöpft ist. Es ist zusammen also nahezu eine Summe von 100.000 fl., die für Demolierung und Verschüttung der Linienwälle, respective Gräben ausgegeben werden soll.

Aber ich erinnere mich, meine Herren, daß es, als die Linienwallgründe der Gemeinde übergeben wurden, der seinerzeitige Unterrichtsminister verlangt hat, es möge die Gemeinde darauf Rücksicht nehmen, daß auf diesen Gründen auch Spielplätze und Gartenanlagen errichtet werden sollen. Nun stellt es sich aber heraus, daß von diesen Gründen nicht ein einziger Platz zu haben ist; im Gegentheile ist die Gemeinde bemüßigt, theuere Objecte anzukaufen; sie hat das Object Nr. 104 in der Kaiserstraße um den Betrag von 105.000 fl. erworben, und vor ganz kurzem hat uns der geehrte Herr zweite Vice-Bürgermeister in der vertraulichen Sitzung ein Referat erstattet, wonach eine Lehmsstätte um den Betrag von 400.000 fl. gekauft werden soll, und die Her-

richtung dieses Gartens mit der Herstellung der ominösen Canäle soll auf circa 900.000 fl. kommen.

Ich bin der Meinung, wenn die Sache so fortgeht, werden Sie von den Linienwallgründen nicht so viel Geld einnehmen, als was der Gemeinde Wien à conto dessen ausgehen wird.

Ich möchte daher bitten, Herr Bürgermeister, und beantragen: Der Magistrat werde beauftragt, ein genaues Verzeichniß zu führen über die Einnahmen aus diesen Gründen, gleichzeitig aber auch ein genaues Verzeichniß von jenen Ausgaben, die der Gemeinde Wien verursacht worden durch Herstellung der Straßen, Canäle zc., Pflasterung und Durchbrüche der Linienwälle. Ich bitte um Annahme meines Antrages.

Referent des Stadtrathes: Diese Positionen — und ich darf wohl die nächste mit 500.000 fl. für die anderweitigen Gründe mit zur Besprechung bringen — sind solche, welche am allerschwierigsten voranzusehen sind. Es hängt das erstens von der ganzen Coniunctur ab, ob überhaupt der Bedarf an Baugründen ein großer ist, und zweitens davon, ob der Gemeinderath sich mehr oder weniger leicht entschließt, einem Verkaufe zuzustimmen.

Was den Antrag des unmittelbaren Herrn Vorredners betrifft, eine separate Aufstellung darüber zu pflegen, was aus den Linienwallgründen eingenommen wird, und was auf die Linienwall-Durchbrüche, Straßen und Canäle in dieser Hinsicht ausgegeben wird, so hat das seine Schwierigkeiten. Aus dem Rechnungsabschlusse wird schon ersichtlich werden, wie viel für die Linienwallgründe eingegangen ist. Dazu bedarf es einer besonderen Zusammenstellung gar nicht. Was aber die Straßen und Canäle betrifft, so kann man von einem einzelnen Objecte nicht mit Bestimmtheit sagen, ob es gerade aus Anlaß eines bestimmten Linienwall-Durchbruches gemacht ist, ob es nicht nach innen oder außen nach irgendeiner Richtung einen Anschluß findet und daher auf einer anderen Rubrik zu verrechnen ist.

Bezüglich der Linienwall-Durchbrüche ist in Gruppe VI nach dem Pflaster-Präliminare bereits seitens des löblichen Stadtrathes ein Betrag von 60.000 fl. in die Ausgabe gebracht. Ich würde also bitten, an diesen beiden Posten von 300.000 und 500.000 fl. für verkaufte Gründe eine Änderung nicht eintreten zu lassen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Posten 6 a und b sind nicht angefochten worden, ich erkläre dieselben für **angenommen**.

Herr Gem.-Rath Trambauer stellt den Antrag, es sei genau in Evidenz zu halten: alles, was durch den Verkauf von Linienwall-Grundstücken an Einnahmen für die Gemeinde erzielt wird, und dagegen auch alle Auslagen, welche mittelbar durch diese Linienwälle, wie Straßendurchbrüche, Canalisirungen zc., der Gemeinde erwachsen.

Ich ersuche jene Herren, welche mit der Zuweisung dieses Antrages an den Stadtrath einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) **Angenommen**.

Referent des Stadtrathes (liest):

B. Außerordentliche Ausgaben.

Ankauf von Realitäten (mit Ausschluß der speciell zu Straßenerweiterungszwecken erworbenen Häuser und Grundstücke 150.000 fl.

Es ist kein großer Betrag, aber etwas muß die Gemeinde doch verfügbar haben, wenn aus irgendeinem Anlasse ein Haus zur Einlösung kommt. Ich bitte um die Annahme.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? — **Angenommen**.

Referent des Stadtrathes: Nun kommen die Schulbauten, welche bereits beschlossen sind, und bitte ich jetzt auf Seite 95 überzugehen.

Bau eines Amtshauses in Ober-Döbling, Theresiengasse Nr. 10 und 12, XIX. Bezirk 30.000 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? — Angenommen.

Referent des Stadtrathes (liest):

Aufsetzung eines Stockwerkes auf dem Hoftracte des Gemeindehauses im II. Bezirke, Dr.-Nr. 10 Kleine Sperlgasse 2.500 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? — Angenommen.

Referent des Stadtrathes (liest):

Adaptierung und Einrichtung von Localitäten in den städtischen Häusern V., Hundsthurmerstraße Nr. 58, VI., Amerlinggasse Nr. 11, und XV., Friedrichplatz Nr. 3, behufs Errichtung von magistratischen Bezirksämtern für den V., VI. und XIV. Bezirk 4.200 fl.

Errichtung städtischer Gaswerke 300.000 fl.
Der letzte Betrag ist vom Gemeinderathe bereits bewilligt.

Referent der Budget-Commission: Zu diesen 300.000 fl. hat sich die Budget-Commission einen Antrag zu stellen erlaubt, dahin gehend: „Jene Beträge, welche für Zwecke der Errichtung der städt. Gaswerke ausgegeben werden, sind als Vorschüsse zu behandeln und aus dem seinerzeit für diesen Zweck aufzunehmenden Anlehen zu refundieren.“ Sie haben gelegentlich der Wasserversorgung Wiens einen ähnlichen Antrag betreffs der für die Wassereinführung zu refundierenden Beträge angenommen.

Ich bitte aus diesem Grunde, diesem Antrage zuzustimmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wünscht noch jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Ich erkläre diese Posten, sowie den eben verlesenen Antrag für angenommen.

Referent des Stadtrathes (liest): Seite 101.

Auslagen anlässlich der Überlassung der ärarischen Pinienwallgründe und der früheren Pinienamtsgebäude in Wien seitens des k. k. Ärars an die Gemeinde Wien 30.000 fl. als erste Rate und 10.000 fl. für die Planierung und Abschranfung, zusammen 40.000 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? — Angenommen.

Referent des Stadtrathes (liest):

Investitionen für den Betrieb der städtischen Steinbrüche in Mauthausen und Marbach in eigener Regie . . 21.450 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? — Angenommen.

Referent des Stadtrathes (liest): Seite 102.

Bewegliches Vermögen.

Interessen von Staats-Schuldpapieren 64.080 fl.

Interessen von Kronländer- und Communal-Schuld-papieren 27.110 fl.

Dividende von Actien 7.230 fl.

Zinsen von Prioritäts-Obligationen 800 fl.

Zinsen von Pfandbriefen 10 fl.

Zinsen von Privatforderungen 12.510 fl.

Fructification verfügbarer Cassabestände 81.090 fl.
anstatt der hier eingesetzten 211.000 fl., und zwar deshalb, weil die Cassabestände dadurch, dass das neue Anlehen noch nicht ein-

geschlossen ist, sich bedeutend vermindert haben und wir voraussichtlich eine höhere Summe für Fructificate einzunehmen nicht in der Lage sein werden.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? Ich erkläre demnach die Posten 1 bis 9 für angenommen.

Referent des Stadtrathes (liest): Seite 106.

Nutzbare Rechte.

Ertrag der Schankgerechtigkeiten 6.950 fl.

Urbarsteuervergütungen und Recognitionengebühren 30 fl.

Jagdpatcht 2.320 fl.

Ertrag öffentlicher Wagen 7.500 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? Diese Posten sind angenommen.

Referent des Stadtrathes (liest): Ausgaben Seite 107.

Nutzbare Rechte.

Post 1. Landesfürstliche Einkommensteuer sammt Zuschlägen 830 fl.

Post 2. Erwerbsteuer sammt Zuschlägen 60 fl.

Post 3. Gebühren-Äquivalent 570 fl.

Post 4. Rückvergütung für steuerfrei gemachte Häuser und Gründe 11.430 fl.

Post 5. Reccesmäßige Gebühren von Gefällen und Besitzungen (Recognitionzinsen und Leibrenten) 5.460 fl.

Post 6. Antheile von Grundeigenthümern an dem Jagdpatcht 200 fl.

Post 7. Auslagen für öffentliche Wagen:

a) Effective Auslagen 2.230 fl.

b) Durchgeführter Zinswert 210 fl.

im Gesamtbetrage von 20.990 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? Angenommen.

Referent des Stadtrathes: Durchgeführter Wert des seinerzeit durch Capitalserlag aus der Kaiser Ferdinands-Wassereinführung erworbenen Wasserquantums. Das ist eine durchgeführte Post von 77.630 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? Angenommen.

Gruppe III ist erledigt. Die Fortsetzung der Berathung erfolgt in der nächsten Sitzung.

Beschluss: Die Gruppen II (Steuerwesen) und III (Gemeindevermögen) werden nach den übereinstimmenden Anträgen des Stadtrathes- und Budget-Commissions-Referenten genehmigt. Die Ausgabe-Post XII 4 a wird nach dem Antrage des Budget-Commissions-Referenten mit 34.530 fl. festgesetzt.

— Jene Beträge, welche für Zwecke der Errichtung der städtischen Gaswerke ausgegeben werden, sind als Vorschüsse zu behandeln und aus dem seinerzeit für diesen Zweck aufzunehmenden Anlehen zu refundieren.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss der Sitzung um 7 Uhr 45 Minuten abends.)

* * *

Richtigstellung: Im Amtsblatte Nr. 28 ex 1894, Seite 784, I. Spalte, 6. Zeile von oben, soll als Redner richtig „Gem.-Rath Winkler“, anstatt Gem.-Rath Winkler angeführt erscheinen.

Stadtrath.

Sitzungen des Stadtrathes.

Dienstag, den 17. April 1894.
 Mittwoch, den 18. April 1894.
 Donnerstag, den 19. April 1894.
 Freitag, den 20. April 1894.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 3. April 1894.

Vorsitzender: Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Anwesende: Dr. v. Billing, Noske,
 Boschan, Rückauf,
 Dr. Hackenberg, Schlechter,
 Dr. Huber, Schneiderhan,
 Kreindl, Dr. Stenzl,
 Dr. Lederer, Baugoin,
 Dr. Lueger, Dr. Vogler,
 Matthies, Witzelsberger,
 Müller, Wurm.
 v. Neumann,
 Bürgermeister Dr. Grübl.

Entschuldigt: St.-R. v. Götz.

Schriftführer: Magistrats-Concipist H. Pfeiffer.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter eröffnet die Sitzung.

Der Vorsitzende gibt den Geschäftsausweis des Wiener Stadtrathes pro Februar und März 1894 bekannt, wonach

	März	Februar	
der Einlauf betrug	946	626	Acten
der Stadtrath erledigte	452	252	"
außerdem aus den Vormonaten	119	337	"
dem Magistrate zur Amtshandlung wurden zugewiesen	152	80	"

In Berathung befanden sich noch am Schlusse des Monats Februar 294 Acten
 des Monats März 342 "

Der Einlauf vom 1. Jänner bis 31. März 1894 betrug 2363 "

Weiters wird der Ausweis über die Local-Commissionen und Comité-Sitzungen zc. pro März 1894 bekanntgegeben.

(Zur Kenntniss.)

(2172.) **St.-R. Wurm** referiert über das Ansuchen des Rudolf Hörandner, einverständlich mit Franz Albertini um Planauswechslung behufs Vorbaues und Risalitherstellung, Hernals, Hauptstraße 78/80, und beantragt die Genehmigung des vorliegenden Ansuchens gegen dem, dass der Bauwerber für den in Anspruch zu nehmenden Straßengrund und für den zur Verbauung gelangenden Theil der auf Straßen entfallenden, bisher jedoch noch nicht im Verzeichnisse II über öffentliches Gut grundbücherlich eingetragenen Grundes als Einheitspreis 50 fl. per Quadratmeter, somit für 12-10 m² einen Betrag von 605 fl., an die Gemeinde zu bezahlen habe.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(2153.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der k. u. k. Abtheilung für Transactions-Angelegenheiten in Wien, betreffend die Auflassung der zwischen den Blocks XXI c und XXII c, dann zwischen den Blocks XXII c und XXIII c der Donauregulierungsgründe gelegenen Straßentheile und Überlassung der Grundfläche dieser Straßentheile für Kasernenzwecke und beantragt:

Auflassung des Straßentheiles B zu genehmigen.

An die Straßenauflassung wäre keine weitere Bedingung zu knüpfen, beziehungsweise der Donauregulierungs-Commission, welche die Straße wohl abgeschrieben aber nicht übergeben hat, wegen Hinwegfalles des Titels der Erwerbung die weitere Verfügung über die Straßfläche als Baugrund ohne Entgelt an die Gemeinde zuzugestehen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(1946.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Central-Krippenvereines um Ausstellung einer Nachstehungserklärung hinsichtlich des Baues eines neuen Krippenhauses, Einl.-Z. 1597 im IX. Bezirke, verlängerte Dreihackengasse, und beantragt die Ausstellung der angeforderten Nachstehungserklärung.

(Angenommen.)

(2218.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Dr. F. Knauer, nos. Wiener Thiergarten-Gesellschaft um Consens zu baulichen Herstellungen II., Schüttelstraße, und beantragt die Bestätigung des Bauconsenses für die angeforderte Planauswechslung unter Aufrechthaltung der im ursprünglichen Bauconsense vom 29. März 1893, Z. 11561, gestellten Bedingungen und gegen Ausstellung eines intabulationsfähigen Demolierungsreverses für jene neu hinzukommenden Baulichkeiten, welche auf den in dem Thiergarten einbezogenen Theilen des öffentlichen Straßengrundes Cat.-Parc. 1303/6, 1303/8 und 1303/10 zu stehen kommen.

(Angenommen.)

(2296.) **Derselbe** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis für die Abgrabung des Linienwalles und Anschüttung des Grabens von der Fasangasse bis zur Verbindungsbahn, III. Bezirk, und beantragt die Genehmigung des Vestbotes des August Fischer, Deichgräbermeisters, und des Josef Fajschky, Großfuhrwerksbesitzers, gegen den offerierten Nachlass von 45 Percent für die Erdverföhrung mit Wagen und gegen den angebotenen Nachlass von 25 Percent ad Post 1 und 2 des Kostenanschlages (Erdabgraben, Erdanschüttung und Scheibtruhenerföhrung auf 50 m Distanz) unter Ausscheidung der im currenten Wege zu besorgenden Herstellung des Wasserlaufes (Gesamtersparnis 1694 fl. 39 kr.).

(Angenommen.)

(1998.) **Derselbe** referiert über die Vergebung der Demolierung des städt. Hauses III., Erdbergstraße Dr.-Nr. 121, und beantragt die Durchführung der Demolierung des städt. Hauses Dr.-Nr. 121 Erdbergstraße im III. Bezirke, nach dem Mai-Auszichtermine des Jahres 1894 dem Franz Daxelmüller, Stadtbaumeister, III., Rennweg, unter den Bedingungen der Demolierungsvorschrift und des Protokollaroffertes vom 5. Februar 1894, nach welchem derselbe die Demolierung dieses Hauses gegen Überlassung des Altmateriales und gegen eine von der Gemeinde zu leistende Aufzahlung von 100 fl. zu übernehmen sich erbietet, zu übertragen.

(Angenommen.)

(2159.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen von Felten und Guilleaume um Bauconsens für eine elektrische Kabelfabrik Einl.-Z. 1682 an der Simmeringerstraße, X. Bezirk, und beantragt, die Ertheilung des angeforderten Bauconsenses für ein Fabriks- und Administrationsgebäude für Kabelerzeugung auf der Realität Einl.-Z. 1682 des X. Bezirkes unter den vom magistratischen Bezirksamte für den X. Bezirk aufgestellten Bedingungen zu bestätigen.

(Angenommen.)

(6420/1893.) **Derselbe** referiert über das Detailproject für die Schaffung eines Altars- und Kapellenraumes im neuen Schulhause

II., Freudenau, Aspernallee, und für die Herstellung eines Glockenthürmchens daselbst und beantragt die Aufrechterhaltung des am 19. September 1893 diesbezüglich gefassten Beschlusses mit der Abänderung hinsichtlich der Bedeckung, daß die Kosten der beantragten Herstellungen per 2320 fl. durch einen Zuschußcredit zur Rubrik XII 12 a „Bau einer Volksschule in der Aspernallee in der Freudenau“ zu decken seien.

(Angenommen.)

(2085.) **St.-R. Dr. Suber** referiert über das Ansuchen der Rosalia Peydl um grundbücherliche Löschung der Reallast zu Gunsten der Gemeinde Wien wegen Straßengrundabtretung auf Einl.=Z. 219, 282 bis 338 und 342 in Lainz, XIII. Bezirk, und beantragt, die Löschung der auf den Einl.=Z. 219, 285 bis 301, 303 bis 338 und 342 in Lainz für die Gemeinde Wien wegen Straßengrundabtretung haftenden Reallast gegen gleichzeitige Abschreibung der die Einl.=Z. 219 bildenden Straßenparzellen 345/1, 336/1 und 337/1 und Eintragung derselben in das Verzeichnis für das öffentliche Gut als Straßengrund auf Kosten der Gesuchstellerin zu bewilligen.

(Angenommen.)

(2181.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Max Schweißburg um Grundab- und =Zuschreibung Einl.=Z. 1304, 1305 IX. Bezirk, Althanplatz, und beantragt die Genehmigung der angeführten Grundab- und =Zuschreibung.

(Angenommen.)

(2148.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Wendelin Kühnel um grundbücherliche Löschung Einl.=Z. 1307 II., Kleine Pfarrgasse 12, und beantragt, die Zustimmung zur Löschung der auf der Realität Grundb.=Einl. 1307, Dr.-Nr. 12 Kleine Pfarrgasse, II. Bezirk, auf Grund des Magistratsvorschlages vom 21. October 1813 grundbücherlich haftenden, seither aber gegenstandslos gewordenen Reallast, betreffend die Erhaltung und Räumung des bei diesem Hause bestehenden Canales auf Kosten des Gesuchstellers Wendelin Kühnel zu ertheilen.

(Angenommen.)

(2050.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Dampftramway-Gesellschaft, vormals Krauß & Comp., um grundbücherliche Löschung der Reallast puncto Abtretung eines 1^o breiten Streifens von Einl.=Z. 266, Consc.=Nr. 275 und beantragt, die in der vorliegenden Abtrennungsbewilligung enthaltene Grundabtretung zur Kenntnis zu nehmen und sohin nach Ausfertigung derselben die Ausstellung der angeführten Löschungserklärung bezüglich des auf dem Hause Consc.=Nr. 275, Einl.=Z. 266, Grundbuch Gaudenzdorf, auf Grund des Übergabevertrages vom 10. März 1858 haftenden Pfandrechtes zur Sicherstellung der eingegangenen Verpflichtungen zur unentgeltlichen Grundabtretung nach dem vorgelegten Entwurfe auf Kosten der Partei zu bewilligen.

(Angenommen.)

(2068.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der allgemeinen österreichischen Elektrizitäts-Gesellschaft um Kabellegung I., Morzinplatz, Kohlmeßergasse, und IX., Liechtensteinstraße, und beantragt, im Sinne des Magistrats-Antrages die Bewilligung zu ertheilen, in den commissionell ausgemittelten Strecken obigen Platzes, beziehungsweise Gassen, Kabel behufs Leitung von Elektrizität nach den beigebrachten Plänen einzulegen.

(Angenommen.)

(1813.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der allgemeinen österreichischen Elektrizitäts-Gesellschaft um Genehmigung des Systems und der Construction der von ihr verwendeten Elektrizitätsmesser, System Dr. Aron, und beantragt, gegen die vorläufige weitere Verwendung der von der allgemeinen österreichischen Elektrizitäts-Gesellschaft in Gebrauch genommenen Elektrizitätsmesser nach dem System Professor Dr. F. Aron in Berlin, welches in der vorgelegten Beschreibung und Zeichnung dargestellt ist, wird im Principe kein Anstand erhoben.

Die definitive Genehmigung dieser Elektrizitätsmesser im Sinne des § 4 der einen integrierenden Bestandtheil des Vertrages zwischen der Gemeinde Wien und der genannten Gesellschaft vom 21. April 1893, Z. 463852/91 und 42417/93, bildenden Bedingungen für die Lieferung von elektrischem Strome wird von dem Ergebnisse der zu diesem Behufe auf Grund des Absatzes 3 des obigen Paragraphes vorzunehmenden Prüfung des Systems und der Construction der Elektrizitätsmesser abhängen.

(Angenommen.)

(1966.) **Derselbe** referiert über die Turnberichte der communalen Mittelschulen für das II. Semester 1893/94 und beantragt die genehmigende Kenntnisaufnahme.

(Angenommen.)

(2002.) **Derselbe** referiert über die Vorstellung des Karl und der Anna Nuidenus puncto Grundentschädigung IV., Schleifmühlgasse 11, 13, 15, und beantragt die Abweisung.

(Angenommen.)

(1861.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Lehrervereines im II. Bezirke um Benützung von Localitäten in der Bürgererschule II., Obere Augartenstraße 68, respective Kleine Pfarrgasse 33, und beantragt, diesem Vereine die fernere Benützung des früheren Vereins-locales II., Obere Augartenstraße 68 (Kleine Pfarrgasse 33), gegen Einhaltung der sonst vorgeschriebenen Bedingungen wieder zu gestatten.

(Angenommen.)

(2369.) **St.-R. Dr. Vogler** referiert über die Bestimmungen für die Wahl des zweiten Vice-Bürgermeisters und des Tages dieser Wahl und beantragt, den vorliegenden Bestimmungen zuzustimmen und die Wahl des zweiten Vice-Bürgermeisters am 7. d. M. um 10 Uhr vormittags vorzunehmen.

(Angenommen.)

(2404.) **Derselbe** referiert über die Spende von naturgeschichtlichen Objecten seitens des Dr. Emil Holub für Wiener Schulen und beantragt, es sei dem Spender für dessen umfangreiche und wertvolle Spende von Naturobjecten an einzelne Wiener Schulen der Dank auszusprechen. Die gespendeten Objecte sind mit Berücksichtigung des von Dr. Holub vorgelegten Vertheilungsmodus an die aus dem vorgelegten Verzeichnisse ersichtlichen, von den Bezirksschul-Inspectoren namhaft gemachten Schulen mit der Bestimmung abzugeben, daß die wichtigeren Objecte im Falle der Reaktivierung der permanenten Lehrmittelsammlung derselben einverleibt werden.

(Angenommen.)

(2216.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Leopoldine Braut, Bürgereschullehrerwitwe, um Erhöhung der Erziehungsbeiträge für ihre drei Kinder, und beantragt zu genehmigen, daß der Gesuchstellerin in Folge Anstellung ihres Sohnes Otto als städtischer Diurnist die Erziehungsbeiträge für die übrigen drei Kinder Josef, Rosa und Bertha nach Einstellung der bisher bezogenen Erziehungsbeiträge für sämtliche vier Kinder per je 62 fl. 50 kr. jährlich, mit Ende Jänner 1894 auf jährlich je 83 fl. 33 kr. erhöht und aus der Wiener Lehrerpensionscassa gegen seinerzeitige entsprechende Abrechnung mit der n.-ö. Landeslehrerpensionscassa unter den üblichen Bedingungen vom 1. Februar 1894 an flüssig gemacht werden.

(Angenommen.)

(2254.) **Derselbe** referiert über die Note des Bezirksschulrathes vom 23. März 1894, Z. 1472, betreffend die Erledigung des Recurses des Johann Piritsch gegen seine Pensionierung und beantragt, daß dem pensionierten Volksschullehrer Johann Piritsch die Rückzahlung der Differenz zwischen seinen Activitäts- und Pensionsbezügen für die Monate Jänner, Februar und März d. J. per 169 fl. 68 kr. nachgesehen werde.

(Angenommen.)

(2166.) **St.-R. Müller** referiert über das Ansuchen des Georg und der Maria Oberhauer um Baubewilligung Ottakring, Lienfelder-gasse 34, und beantragt die Bestätigung der Baubewilligung gegen

Einlösung des durch diese Risikolitanlage occupierten Straßengrundes um den Betrag von 5 fl. 4 kr. (d. i. 12 fl. per Quadratmeter.)

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(2048.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Alex. Müller um Schadloshaltung für die Grundabtretung IX. Bezirk, Kapellengasse 3, und beantragt die Genehmigung der Einleitung der Erhebung und Verhandlung über die Schadloshaltung vor erfolgtem Umbau.

(Angenommen.)

(2133.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des August Tiz um nachträgliche Genehmigung der Terminüberschreitung für den Canalbau in der Kainergasse im IV. Bezirke, und beantragt die bei dem Umbau des Canales in der Kainergasse, IV. Bezirk, erfolgte Überschreitung des Arbeitstermines von 25 Tagen um 11 Arbeitstage nachzusehen.

(Angenommen.)

(1386, 1431.) **Derselbe** referiert über die Baulinienbestimmung für die Herrngasse und einen Theil der Stiftgasse in Hernals und beantragt:

I. Es werde die Baulinie für die

1. Herrngasse bei einer Straßenbreite von 11·38 m nach den Linien a b c d e f' einerseits und g h i k l m' andererseits, wobei die Punkte m' und f' derart zu bestimmen sind, daß eine gleichgroße Zurückrückung hinter die jetzige Bauflucht der Häuser Dr.-Nr. 83 und 85 eintreten soll.

2. Stiftgasse zwischen der Herren- und Kirchengasse mit 11·38 m² Straßenbreite nach den Linien d n und o o bestimmt.

II. Die bestehenden Niveaux in der Herrngasse und dem vorbezeichneten Theil der Stiftgasse werden definitiv genehmigt.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(2092.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Eduard Horn um käufliche Überlassung der Baustellen 47 bis 51, 53 bis 55 der Schloßpark-Realität in Ober-Baumgarten und beantragt, dem Eduard Horn die Baustellen 47 bis 51, 53 bis 55 der Schloßpark-Realität in Baumgarten im Gesamtausmaße von 8019·25 m² um den Einheitspreis von 2 fl. 25 kr. per Quadratmeter käuflich zu überlassen gegen Einhaltung der Vorschrift für den Verkauf der durch die Parcellierung der Schloßpark-Realität in Ober-Baumgarten entstandenen Baustellen und mit der Verpflichtung, binnen drei Jahren an die Verbauung dieser Baustellen zu schreiten. Diese Verpflichtung ist als Reallast auf den zu erwerbenden Baustellen zu Gunsten der Gemeinde sicherzustellen. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(2066.) **Derselbe** referiert über die Abänderung der Vorschrift für den Verkauf von Baustellen der parcellierten Schloßpark-Realität in Baumgarten, respective der Baupläze am Galizynberge und beantragt:

I. In der mit Stadtraths-Beschluß vom 16. Februar 1894, Z. 4383, genehmigten Vorschrift für den Verkauf der Baustellen der parcellierten Schloßpark-Realität in Ober-Baumgarten, respective der städtischen Baupläze am Galizynberge in Dornbach, ist nach § 8 folgender Passus einzuschalten:

§ 9.

Der Käufer ist verpflichtet, längstens binnen drei Jahren vom Tage der Übergabe der von ihm gekauften Baustelle in seinen physischen Besitz an die Verbauung derselben zu schreiten, widrigenfalls er eine Conventionalstrafe in der Höhe von fünf Percent des Kaufpreises der Baustelle an die Gemeinde Wien zu entrichten hat. Als Sicherstellung dieser Verpflichtung, wird eine diesbezügliche Reallast im Range nach der Einverleibung des Pfandrechtes für den Kaufschillingssrest (im Range nach den bestehenden Eintragungen) grund-

büchlerlich einverleibt. Die Löschung dieser Reallast erfolgt nach Ertheilung des Benützungscensuses für den vollendeten Bau.

II. In der ersterwähnten Vorschrift hat der erste Absatz des § 10 zu lauten:

Auf sämtlichen Baustellen mit Ausnahme der Baustellen 2, 62 und 72 ist eine Reallast des Inhaltes, daß nur höchstens Sou terrain, Hochparterre und ein Stockwerk enthaltende Gebäude im Villenstile erbaut werden dürfen, grundbüchlerlich einzuverleiben.

Ferner ist als letzter Absatz dieses Paragraphes folgender Passus einzuschalten:

Die im ersten Absätze dieses Paragraphes enthaltene Bau beschränkung ist bezüglich der Baustellen 2, 62 und 72 als eine Reallast im Falle des Verkaufes von Fall zu Fall sicherzustellen.

III. Auf den Baustellen Nr. 39 bis 51, 53 bis 55, 57 bis 59, 62 bis 66, 72, 98 und 99 haftet die Servitut der Duldung der herzoglich Albertinischen Wasserleitung.

St.-R. Mitt. v. Neumann beantragt, auf den Antrag I nicht einzugehen.

Referenten-Antrag I wird abgelehnt.

Referenten-Antrag II und III angenommen.

(2161.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Dr. Raimund Karabacek, noe. Emanuel Fürsten Collalto, um Baulinienbestimmung für die Realität Nr. 49 Wienergasse in Heiligenstadt und beantragt:

1. Für die Wienergasse werden bei einer Straßenbreite von 15·17 m die Linien A K' L' P einerseits und M' N' Q' andererseits als Baulinien bestimmt und sind mit Ausschluß der Realität Nr. 43 Wienergasse beiderseits 5 m breite Vorgärten herzustellen, wobei die Vorgartenbreite in der Strecke K' L' derart festzusetzen ist, daß bei Neubauten in der Vorgartenlinie keine Verminderung der derzeit bestehenden Straßenbreite der Wienergasse eintritt;

2. auf eine Baulinienbestimmung für die Straße I, dann den Springriedelweg wird dermalen nicht eingegangen;

3. für die Ruszdorferstraße werden unter Beibehaltung der ministeriell genehmigten Baulinie in der Strecke a b c 4 m breite Vorgärten auf der Südseite genehmigt;

4. für die Johannesgasse werden in der Strecke Z" V" V' unter Beibehaltung der ministeriell genehmigten Baulinie die mit 1·89 m Breite bestimmten Vorgärten in einer solchen von 5 m herzustellen sein;

5. das Niveau für die Wienergasse wird nach dem im vorgelegten Plane roth eingetragenen Coten genehmigt;

6. bezüglich der Verbauung wird im Sinne des § 82 der Bauordnung bestimmt, daß in den sub 1, 3, 4 angeführten Straßen entweder eine einzelnstehende oder nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse gruppenweise freistehende Wohnhäuser errichtet werden dürfen, bei welchen die Breite der bestimmten Vorgärten als Minimalabstand von der Baulinie zu gelten hat;

7. es wird die principielle Zustimmung zur Erbauung einer Villa mitten im Parke auf der Realität Dr.-Nr. 49 Wienergasse mit dem Bemerkten erteilt, daß der zur Verbreiterung der Wienergasse, woselbst nach der vorliegenden Erklärung eine stabile Einfriedung hergestellt werden soll, und der von obiger Realität entfallende Grund sofort nach Herstellung der Einfriedung gebühren- und lastenfrei an die Gemeinde Wien abgetreten werden muß.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(1115.) **Derselbe** referiert über den Magistratsbericht in Betreff der Anregung des Verbandes der Wiener Bauinteressenten wegen sofortiger Demolierung des Linienwalles und beantragt die Kenntnissnahme. (Angenommen.)

(1930.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Karl N e d e r um Grundentschädigung, Einl.-Z. 2200, 2201 II. Bezirk, an der Brigittenauerlände, und beantragt, die Schadloshaltung für den zufolge Parcellierungsconsenses vom 29. März 1893, Z. 14350, von den Realitäten Grundb.-Einl.-Z. 2200 und 2201 II. Bezirk, zur Brigittenauerlände gegen Entschädigung abzutretenden, im vorliegenden Plane mit den Buchstaben G, H J K L M N C B B, C, G, umschriebenen Grund im Ausmaße von 502.60 m² mit 10 fl. per Quadratmeter festzusetzen und die Schadloshaltung nach Maßgabe der fortschreitenden Verbauung der parcellierten Gründe und Herstellung des richtigen Niveaus des Straßengrundes von demselben auszubehalten. (Angenommen.)

(1874.) **Derselbe** referiert über das Project für die Erweiterung der Steueramtsabtheilungs-Localitäten im Amtshause des XVIII. Bezirkes, Währing, Martinsstraße 100, und beantragt:

1. Das im Sinne der commissionellen Berathung vom 12. Jänner d. J. verfaßte, in dem vorliegenden Plane und Kostenanschläge ersichtliche technische Project für die Erweiterung der Steueramtsabtheilungs-Localitäten im Amtshause des XVIII. Bezirkes, Währing, Martinsstraße 100, wird mit dem abjustirten Kostenbetrage von 470 fl. 50 kr. genehmigt (bedeckt auf Rubrik XII 4 d).

2. Der vom Bezirksamtsleiter des magistratischen Bezirksamtes für den XVIII. Bezirk im Juni 1893 mit Überschreitung seines Wirkungsbereiches getroffenen Verfügung, wonach ein Theil (und zwar das gegen die Martinsstraße gelegene zweifensterige Zimmer sammt anstoßenden Cabinet) der zufolge Stadtraths-Beschlusses vom 10. März 1892, Z. 734 und 810, für eine eventuelle Erweiterung der Ämter zu reservierenden, im dermaligen bauamtlichen Projecte mit I bezeichneten Wohnung dem Steuerexecutionen-Personale als Amtlocalität zugewiesen worden ist, wird nachträglich die Genehmigung erteilt.

(Angenommen.)

(2031.) **Derselbe** referiert über die Beaufsichtigung anlässlich der Umliegung des Währingerbaches im XVIII. Bezirke und beantragt, dem mit der permanenten Beaufsichtigung der Umliegung des Währingerbaches zwischen der Kirchengasse und dem Währinger Gürtel im XVIII. Bezirke betrauten Ingenieurs-Adjuncten Josef T o l l k a einen Zehrungsbeitrag von 2 fl. 50 kr. täglich für die Dauer dieser seiner Verwendung zu bewilligen. (Angenommen.)

(2262.) **Derselbe** referiert über die Note des n.-ö. Landesauschusses vom 14. März 1894, Z. 12671, betreffend die Bewilligung der vierten Rate für die Einwölbung des Krotten- und Arbesbaches und beantragt die Kenntnissnahme. (Angenommen.)

(2065.) **Derselbe** referiert über vom Stadtbauamte im Jahre 1893 besorgte Amtsgeschäfte und beantragt, den bezüglichlichen Bericht zur Kenntniss zu nehmen. (Angenommen.)

(1376.) **Derselbe** referiert über den Bauamtsbericht bezüglich der Erhebungen über den Tradigister Cement und beantragt die Kenntnissnahme. (Angenommen.)

(2129.) **St.-R. Witt. v. Neumann** referiert über den Statthaltereierlass vom 19. März 1894, Z. 19427, wegen Stockwerks-Auffezung auf das Gebäude der k. k. technischen Hochschule gegen die Paniglasse und Wiedener Hauptstraße und beantragt, ausnahmsweise die Zustimmung zu dieser Stockwerks-Auffezung gegen dem zu erteilen, daß die Feuermauern in der Richtung gegen die

Karls-gasse und die Wiedener Hauptstraße entsprechend facadirt werden, daß diese Stockwerks-Auffezung, welche eine Erhöhung des Hauswertes in sich schließt, keinen Einfluß auf die Bewertung des seinerzeit zur Straße entfallenden Grundes nehmen soll, und daß ferner bei der durchzuführenden Straßenregulierung einerseits gegen Reduction der Trottoirbreite längs der Front der technischen Hochschule auf 1 m, sowie des unmittelbaren Anschlusses des Trottoirs an das Gebäude und die durch die Straßenregulierung sich ergebende Höhenlage keine Einwendung, respective keine Ersatzansprüche mit Rücksicht auf die nothwendig werdende Fensterabänderung im Parterregehosse erhoben werde. (Angenommen.)

Antrag des St.-R. Kreindl: Der Magistrat werde beauftragt, für die dringend gebotene Erweiterung des Döblinger Friedhofes durch Ankauf der westlich angrenzenden Gründe das Nöthige zu veranlassen und ein diesbezügliches Referat vorzulegen.

(Wird dergeschäftsmäßigen Behandlung zugemittelt.)

(1500, 1716.) **Derselbe** referiert über die Einlösung des Hauses Nr. 31 Sechshäuser Hauptstraße, XIV. Bezirk, und beantragt:

1. Die Realität Dr.-Nr. 31 Sechshäuser Hauptstraße, XIV. Bezirk, wird zum Zwecke der Verbreiterung der Stiegersgasse um den Preis von 43.000 fl. angekauft, wobei die Gemeinde die Vertragskosten und Übertragungsgebühren, sowie die auf dem Hause grundbüchlerlich lastenden Schulden, letztere unter Einrechnung in den Kaufschilling, zur Zahlung übernimmt.

2. Nach dem August-Ausziehtermin 1894 ist die Demolierung dieses Gebäudes vorzunehmen und zu diesem Behufe den daselbst wohnhaften Parteien mit Mai d. J. vierteljährig pro Augusttermin zu kündigen.

3. Nach beendigter Demolierung ist der verbleibende Baugrund im Wege einer öffentlichen Offertverhandlung zur Veräußerung zu bringen.

4. Die Erklärung des Ludwig Ullmann wegen eventuellen Umbaues der Häuser Nr. 15, 17, 19 Sechshäuser Hauptstraße bei Durchbrechung der Pfeifersgasse und wegen des Offertes des Petermann'schen Hauses sei zur Kenntniss zu nehmen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(Schluss der Sitzung.)

B e r i c h t

über die Stadtraths-Sitzung vom 4. April 1894.

Vorsitzende: Bürgermeister Dr. Gröbl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Anwesende:	Dr. v. Billing,	v. Neumann,
	Boschan,	Rückauf,
	Dr. Hackenberg,	Schlechter,
	Dr. Huber,	Schneiderhan,
	Kreindl,	Dr. Stenzl,
	Dr. Lederer,	Baugoin,
	Matthies,	Dr. Vogler,
	Magenauer,	Wizelsberger.
	Müller,	Wurm.

Entschuldigt: St.-R. v. Götz, Dr. Lueger.

Experten: Baurath Clauser, Ingenieur Goldemund.

Schriftführer: Magistrats-Secretär Rosner.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den **Vice-Bürgermeister Dr. Richter** macht derselbe folgende Mittheilung:

St.-R. Dr. Lueger entschuldigt sein Ausbleiben wegen einer unaufschiebbaren Besprechung.

(1747.) **St.-R. Matthes** referiert über das Ansuchen der Helene Achatsky um Baubewilligung auf Einl.-Z. 631 Dornbach, Laschgasse, und beantragt die Bestätigung des Antrages des magistratischen Bezirksamtes für den XVII. Bezirk auf Ertheilung des Bauconsenses.

St.-R. Wurm beantragt, zu beschließen: Der Stadtrath erhebt im Grunde des § 97 der Bauordnung gegen die beabsichtigte Bauführung keine Einwendung.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter beantragt, den Act dem magistratischen Bezirksamte zur Erledigung zurückzustellen, nachdem die Competenz des Stadtrathes im vorliegenden Falle nicht eintritt.

Antrag Wurm wird angenommen.

(1927.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Josefine Widter um Consens für den Bau von zwei offenen Schuppen III., Hauptstraße 19, und beantragt die Bestätigung des Antrages des magistratischen Bezirksamtes auf Ertheilung des Bauconsenses gegen Ausstellung eines intabulationsfähigen Demolierungs-Reverses.

(Angenommen.)

(1939.) **Derselbe** referiert über die Kostenüberschreitung für den Canalbau in der unbenannten Gasse zwischen Baugruppe C und D, Reihe X, der Donauregulierungsgründe und in der Pasettigasse, II. Bezirk, und beantragt die nachträgliche Genehmigung der Mehrkosten per 504 fl. 50 kr.

(Angenommen.)

(1958.) **Derselbe** referiert über das Project für den Umbau des Canales III., Erdbergstraße von Nr. 27 bis 76, mit dem abjustierten Kostenbetrage von 2164 fl. 53 kr. und beantragt die Genehmigung dieses Projectes.

(Angenommen.)

(1959.) **Derselbe** referiert über das Project für die Erbauung eines Haupt-Unrathscanales in der Clusiusgasse, IX. Bezirk, zwischen der Rögergasse und Kossauerlande und beantragt die Genehmigung dieses mit 2062 fl. 23 kr. abjustierten Projectes. Die Kosten sind in der Reserve per 150.000 fl. für unvorhergesehene Canalbauten bedeckt.

(Angenommen.)

(1996.) **Derselbe** referiert in Betreff der Demolierung des städtischen Hauses Nr. 75 Erdbergstraße, III. Bezirk, und beantragt die Bornahme der Demolierung nach dem Augusttermine 1894 und Vergebung der Demolierungsarbeit im Wege einer beschränkten Offertverhandlung.

(Angenommen.)

(2004.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Josef Ertl um Consens zur Verlängerung des Schuppens auf dem communalen Pachtgrunde Einl.-Z. 427 im V. Bezirke nächst der ehemaligen Hundsthurmerlinie und beantragt die Bestätigung des Magistrats-Antrages auf Ertheilung des Bauconsenses für dieses provisorische Object.

(Angenommen.)

(2005.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Ludwig Leh um Consens zu baulichen Herstellungen auf dem communalen Pachtgrunde Parc. 1764/1 in der Fockygasse, V. Bezirk, und beantragt die Bestätigung des Magistrats-Antrages auf Ertheilung des Consenses.

(Angenommen.)

(2049.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Theodor Eisler um Schadloshaltung für den bei dem Baue II., Laborstraße 88, zur Straße abgetretenen Grund und beantragt, die

Schadloshaltungssumme für den fraglichen Grund im Ausmaße von 102-92 m² mit 6 fl. 50 kr. per Quadratmeter festzusetzen.

(Angenommen.)

(2067.) **Derselbe** referiert über den Antrag Taglicht puncto Vorkehrungen zum Schutze der städtischen Cassen gegen Anbohrung derselben und beantragt, das Offert der Firma F. Wertheim & Comp., 31 Cassen mit entsprechenden Panzertresorts um den Gesamtbetrag von 6432 fl. unter den im Magistrats-Referate enthaltenen Modalitäten zu verstehen, und hiefür zur Bedeckung der Auslage ad Ausgabskubrik IV 2 einen Zuschusscredit per 6432 fl. zu bewilligen.

St.-R. Boschan beantragt, es sei dieses Referat zu vertagen und ein Magistratsbericht zu erstatten:

1. ob die Cassenlocalitäten in den magistratischen Bezirksämtern bei Nacht und an Feiertagen entsprechend bewacht werden, und
2. ob nicht durch geeignete Vorichtsmaßregeln, wie elektrische Lantewerke etc., eine entsprechende Sicherheit zu erzielen wäre.

Antrag Boschan angenommen.

(2026.) **Derselbe** referiert über die Mehrkosten für die Reparatur der Fahrspitze der freiwilligen Feuerwehr Breitensee und beantragt deren Genehmigung im Betrage von 99 fl. 52 kr.

(Angenommen.)

(2069.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Anton Groß um Baubewilligung Einl.-Z. 1322 und 1323, XIV., Goldschlagstraße und Sueßgasse, und beantragt, den Antrag des magistratischen Bezirksamtes XIV auf Ertheilung des Bauconsenses zu bestätigen und den zu den projectierten Risaliten mit je 15 cm Vorsprung und 3-95 m Länge (zwei Risalite in der Goldschlagstraße und eines in der Sueßgasse) erforderlichen Grundes im Gesamttaummaße von 1-78 m² um den Einheitspreis von 10 fl. per Quadratmeter (= 17 fl. 80 kr. in Summa) zu überlassen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(2215.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Josef Böttl um Bewilligung der mit der Veretzung der Schiffmühle bei dem Mählfahrtplage Nr. 7 im II. Bezirke auf das Land verbundenen baulichen Herstellungen und beantragt die Bestätigung des Magistrats-Antrages auf Ertheilung der Baubewilligung für diesen provisorischen Bau.

(Angenommen.)

(2122.) **Derselbe** referiert über das Project für den Umbau eines Unrathscanales in der Gürtelstraße nächst der Belvederelinie, III. Bezirk, und für die Herstellung eines Wasserlaufcanales zur Entwässerung der neu zu eröffnenden Strecke der Gürtelstraße und beantragt die Genehmigung dieses Projectes mit der im Pauschale für unvorhergesehene Canalbauten bedeckten Kostensumme per 5179 fl. 80 kr.

(Angenommen.)

(2130.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Moriz Hirsch um bauliche Herstellungen auf dem Bürgerhospitalgrunde Einl.-Z. 1856, II. Bezirk, Kronprinz Rudolfstraße, und beantragt die Bestätigung des Magistrats-Antrages auf Ertheilung der Baubewilligung unter den vom Magistrate in Aussicht genommenen Modalitäten.

(Angenommen.)

(2183.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des C. Günther um Consens für den Bau eines Materiallagerschuppens auf dem Donauregulierungs-Grunde, Einl.-Z. 1479, II., Wehligasse, und beantragt die Bestätigung des Magistrats-Antrages auf Ertheilung der Baubewilligung unter den vom Magistrate in Aussicht genommenen Bedingungen.

(Angenommen.)

(2214.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Josef Fankl um Consens für den Zubau einer offenen Glasveranda IX., Berggasse 36, und beantragt die Bestätigung des Magistrats-Antrages auf Ertheilung der Baubewilligung gegen Ausstellung eines intabulationsfähigen Demolierungs-Reverses. (Angenommen.)

(1180.) **Derselbe** referiert über die Errichtung eines Gedenksteinens bei dem Ursprunge der Quellen beim großen Höllenthale und beantragt die Genehmigung des Projectes mit dem Kostenbetrage von 600 fl. und folgende Inschrift: „Ursprung der Quellen beim großen Höllenthale. — Die Einbeziehung in die Kaiser Franz Josef-Hochquellenleitung ist unter dem Bürgermeister Dr. Joh. Nep. Priz erfolgt, 1893“. Außerdem ist das Wappen der Stadt Wien (Kreuzschild) anzubringen. (Angenommen.)

(1234.) **St.-R. Müller** referiert über die Änderung der Baulinien für die Sieveringer Hauptstraße und für die Grinzingerstraße XIX. Bezirk (als Experte fungiert Ingenieur Goldemund) und stellt folgende Anträge:

1. Die Verschwenkung der Baulinien für die Sieveringer Hauptstraße zwischen Weinzingergasse und Grinzingerstraße nach Plan A unter Beibehaltung der Fahrbahnbreite von 18·96 m und beiderseitig 4·74 m breiten Vorgärten nach den roth schraffierten Linien C D einerseits und M L — K I — H G andererseits in der Weise, daß die Verbauungslinie durch den Eckpunkt D' der Realität Einl.-Z. 212 geführt wird und sohin die Verbauung nicht in die bestehende Fahrbahn fällt;

2. die Verschmälerung der Fahrbahnbreite in der Grinzingerstraße von der Sieveringerstraße bis zur Wienerstraße unter Beibehaltung der rechtsseitigen Baulinie und der Vorgartenbreiten mit je 3·79 m, von 24·65 m auf 20 m nach den Linien E F — P Q — R S — F u — v der Pläne A und B mit der Eckabkappung E D;

3. eine Abänderung der für die bezeichneten beiden Hauptstraßen ministeriell genehmigten in den Plänen roth ersichtlich gemachten Niveaux wird nicht vorgenommen;

4. für die Sieveringer Hauptstraße bis zur Weinzingergasse wird mit Rücksicht auf die in den oberen Strecken vielfach erfolgte geschlossene Verbauung außer der Vorgartenherstellung eine obligatorische Verfügung für die freistehende Verbauung nicht getroffen; dagegen wird für die Grinzingerstraße von der Sieveringerstraße aufwärts die Verbauung mit einzelnstehenden oder zu zweien gekuppelten Wohnhäusern im Minimalabstande von 3 m gegen die Nachbargrenze festgesetzt.

St.-R. Wagenauer beantragt ad Punkt 2 des Referenten-Antrages, es sei die vom Ministerium des Innern seinerzeit mit 24·65 m festgesetzte Breite der Grinzingerstraße beizubehalten.

St.-R. Witt. v. Neumann beantragt, für den Fall der Annahme des Antrages **Wagenauer** die vom Bauamte vorgeschlagene Abkappung an der Kreuzung mit der Sieveringerstraße (rothe Linie D E' bis zum Durchschnitte der Abkappungslinie und ministeriell bestimmten Baulinie) beizubehalten.

Antrag **Wagenauer** und Zusatz-Antrag **Witt. v. Neumann** wird angenommen.

Im übrigen werden die Referenten-Anträge angenommen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(Bürgermeister Dr. Gröbl übernimmt den Vorsitz.)

(2405.) **St.-R. Schlechter** referiert über den mit Stadtraths-Beschluß vom 29. März 1894, Z. 1888, abverlangten Bericht des Magistrates, betreffend Sicherheitsvorkehrungen bei öffentlichen Fahrwegen, welche über die Hochquellenleitung führen und beantragt die

Kenntnisnahme dieses Berichtes; weiters sei über das Ansuchen der Francisca Kronawetter puncto Vausführung auf Parcellen 920/2 in Pottschach zu beschließen, die angeforderte Bewilligung zur Benützung des Hochquellen-Wasserleitungsdammes auf Widerruf unter den vom Magistrate beantragten Modalitäten zu ertheilen und auch noe. der Hochquellenleitung als Anrainer die Zustimmung zu der fraglichen Vausführung zu geben. (Angenommen.)

(2209.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen um Zustimmung zur Erbauung eines Wohnhauses auf der Catastral-Parcellen 50/1 in Putzmannsdorf in der Nähe des dortigen Wasserleitungskörpers der Kaiser Franz Josefs-Hochquellenleitung und beantragt, die Zustimmung unter den vom Magistrate beantragten Bedingungen zu ertheilen. (Angenommen.)

(2182.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Dr. Adolf Kaufler und der Ida Kaufler um Einleitung der Schadloshaltungsverhandlung bezüglich des von dem Hause Dr.-Nr. 16 Gumpendorferstraße, VI. Bezirk, abzutretenden Straßengrundes und beantragt, die Schadloshaltungsverhandlung im Sinne des § 12 Bauordnung auf Kosten der Besuchsteller einzuleiten. (Angenommen.)

(2163.) **Derselbe** referiert über die Ersetzung des infolge der Regulierung der Dreihufeisengasse auf seinem alten Standplatze an der Kreuzung der Gumpendorferstraße nicht mehr zu belassenden großen Auslaufbrunnens durch einen kleinen Brunnen mit einem Auslaufe und über die Veretzung des dortigen Hydranten und beantragt die Genehmigung dieser Arbeit. (Angenommen.)

(2221.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Genossenschaft der Tischler um Subvention für ihre fachliche Fortbildungsschule und beantragt die Gewährung einer Subvention per 500 fl. pro 1894. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(1905.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Bezirksstraßen-ausschusses in Sloggnitz um Beitragsleistung zur Erhaltung der dortigen, von der Gemeinde Wien anlässlich der Wasserleitungsarbeiten besonders stark in Anspruch genommenen Straßen und um Überlassung eines Platzes zur Erbauung eines Straßeneinräumerhäuschens.

Referent beantragt die Gewährung eines Beitrages per 300 fl., jedoch Abweisung des letzteren Ansuchens.

St.-R. Wagenauer beantragt:

a) die Gemeinde spricht ihre Bereitwilligkeit aus, dem Bezirksstraßen-ausschusse Sloggnitz einen Grund zur Erbauung eines Straßeneinräumerhäuschens zur Verfügung zu stellen;

b) dem Bezirksstraßen-ausschusse Sloggnitz einen Betrag von 300 fl. und die Schotterbenützung im Sinne des Antrages des Magistrates unter der Bedingung zuzugestehen, daß die Ausweichstellen entsprechend vermehrt werden. (Angenommen.)

(1800.) **Derselbe** referiert über 24 Gesuche aus dem VI. Bezirke um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit nach Wien an:

Schild Dominik, Bureaudiener;

Bäumel Heinrich, Commissionswaren-Verschleißer;

Přibersky Johann, Kanzleidiener;

Schnarf Johann Josef, Gemischtwaren-Verschleißer;

Schner Matthias, Tischlergehilfe;

Pfundstein Josef, Hausbesorger;

Eder Georg, Privatier;

Heinrich Hugo, Schriftgießergehilfe;

Brenner Francisca, Näherin;

Güttler Karl, Bandmachergehilfe;

Schulz Stephan, Brantweinschenter;

Horal Johann, Wagnergehilfe;
 Kollmann Adalbert, Maurergehilfe;
 Kusel Hubert, Zimmermaler;
 Pernitsch Anna, Modistin;
 Pernitsch Friederike, Modistin;
 Fieber Karl, Dr., Arzt, Univ.-Docent;
 Kellner Karl, Kaffeesieder;
 Grigar Johanna, Köchin;
 Gilk, irrige Silk Engelbert, Weber;
 Rheil Paul, Steinschleifer;
 Gröber Franz, Gemischtwaren-Verschleifer;
 Sladel Florian Josef, Instrumentenmachergehilfe, und
 Pawelka Franz, Schlossergehilfe. (Angenommen.)

(2057.) **Derselbe** referiert über 7 Ansuchen aus dem VI. Bezirke um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit nach Wien an:

Hildel Gottfried Wilhelm, Farbenhändler;
 Kluger Karl, Tischlermeister;
 Lui Jenny, Privatlehrerin;
 Kellner Karl Josef, Webkammachergehilfe;
 Hanzely Ferdinand, Adjunct der k. k. österr. Staatsbahnen;
 Baumhorn Bernhard, Eisenbohrer. (Angenommen.)

(2102.) **St.-R. Areindl** referiert über das neuerliche Einschreiten der Firma J. C. Löwenfelds Witwe um gänzliche Nachsicht des ihr wegen Terminüberschreitung bei Effectuierung der Pflastersteinlieferung pro 1893 auferlegten Pönales und beantragt, das mit Stadtraths-Beschluss vom 22. December 1893, Z. 8687, auf 1000 fl. reducierte Pönale gänzlich nachzusehen. (Angenommen.)

(2195.) **Derselbe** referiert über 27 Gesuche aus dem XIX. Bezirke um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt:

a) die Verleihung der Zuständigkeit nach Wien an:

Thume Raimund, Selbwaren-Verschleifer;
 Krnovsky Franz, Mäler;
 Fleischmann Anna, Tagelöhnerin;
 Bauer Ignaz, Kutscher;
 Brauer (Bräuer) Josef, Fabrikarbeiter;
 Gerber Josef, k. k. Polizei-Agent;
 Suchentrunk Karl, Bahnbediensteter;
 Wimmer Rosalie, Wäscherin;
 Elsner Franz, k. k. Sicherheitswach-Inspector;
 Hauser Hermann, Hilfsarbeiter;
 Formanek Josef Wenzel, Schuhmacher;
 Gump Anna, Wirtschafterin;
 Gump Anton Franz, Gärtnergehilfe;
 Gump Franz, Gärtner und Hausbesitzer;
 Pilschke Josef, Färbergehilfe;
 Ruhn Anton, Omnibuskutscher;
 Zahl Johann, k. k. Sicherheitswachmann;
 Anzak Johann, Kellerarbeiter;
 Wagner Bartholomäus, Kutscher;
 Mlnarik Matthias, Schuhwaren-Verschleifer, und
 Vogl Franz, Geschäftsführer;

b) weiters die Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband an:

Goldberger Friedrich, Hausbesitzer;
 Czimler Anna, Handarbeiterin;
 Hoeniger Moriz, Rum- und Theehändler;

Ladner Elisabeth, Bedienerin;
 Sechtl Josef, k. k. Polizei-Agent, und
 Nieggl Johann, Gastwirt. (Angenommen.)
 (2272.) **St.-R. Dr. Lederer** referiert über den vom Lagerhaus-

Director vorgelegten Bericht und Rechnungsabschluss für das Lagerhaus pro 1893 und beantragt die Überweisung dieses Elaborates an die Buchhaltung. (Angenommen.)

(618.) **Derselbe** referiert über die Ausdehnung der Competenz des Schiedsgerichtes für das Lagerhaus der Stadt Wien auf das Lagerhaus der Ersten österreichischen Gesellschaft für öffentliche Lagerhäuser am Praterquai und beantragt:

1. Es wolle die Zustimmung zur Ausdehnung der Competenz des Schiedsgerichtes für das Lagerhaus der Stadt Wien auf die im § 12 des Reglements des öffentlichen Lagerhauses und Freilagers Wien, Praterquai, genannten Rechtsstreitigkeiten ertheilt werden.

2. Es seien die Bestimmungen, betreffend das im § 31 des Reglements für das Wiener Stadtlagerhaus stipulierte Schiedsgericht mit folgendem Anhang zu versehen:

„§ 48.

Bei Entscheidung von Rechtsstreitigkeiten, welche zwischen dem Lagerhause Wien, Franzensbrückenstraße oder dem Lagerhause Wien, Praterquai, der Ersten österreichischen Actiengesellschaft für öffentliche Lagerhäuser einerseits und den Committenten des betreffenden Lagerhauses andererseits entstehen, wird die Competenz des Schiedsgerichtes durch § 12 des Reglements für das öffentliche Lagerhaus Wien, Franzensbrückenstraße, beziehungsweise Wien, Praterquai, der Ersten österreichischen Actiengesellschaft für öffentliche Lagerhäuser bestimmt und hat das Schiedsgericht bei Fällung des Schiedspruches das für das betreffende Lagerhaus erlassene Reglement zu beachten.

§ 49.

Bei Constituierung des Schiedsgerichtes für einen das Lagerhaus Wien, Franzensbrückenstraße, oder Wien, Praterquai, der Ersten österreichischen Actiengesellschaft für öffentliche Lagerhäuser betreffenden Rechtsstreit sind unbeschadet des im § 12 und 13 statuierten Ablehnungsrechtes für diesen speciellen Fall von der Berufung zu Schiedsrichtern ausgeschlossen jene Mitglieder des Schiedsgerichts-Collegiums, welche Verwaltungsräthe oder Angestellte dieser Actiengesellschaft sind.“

3. Es sei die Genehmigung des hohen k. k. Handelsministeriums zu den sub Punkt 2 angeführten Ergänzungen der mit dem Erlasse dieses Ministeriums vom 15. October 1891, Z. 44215, genehmigten Bestimmungen für das Schiedsgericht des Wiener Stadtlagerhauses einzuholen. (Angenommen.)

(2061.) **St.-R. Ritt. v. Neumann** referiert über das Ergebnis der mit den Verfassern des Projectes Nr. 2 „Prinz Eugen“ und Nr. 6 „Ehret die alten Meisterwerke“ (eingebracht gelegentlich der Concurrenz-Ausschreibung für einen General-Regulierungsplan) wegen käuflicher Überlassung dieser Projecte an die Gemeinde Wien geführten Verhandlungen und beantragt den Ankauf dieser Projecte um den Preis von je 600 fl.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(1885.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Hugo Specht um käufliche Überlassung eines Theiles der Wegparcelle 1737/1, V. Bezirk, um den Betrag von 900 fl. und beantragt die Ablehnung wegen zu geringen Preises. (Angenommen.)

(2247.) **St.-R. Dr. Vogler** referiert über das Ansuchen des Directors der Wiedener Communal-Oberrealschule, Wilhelm Wollanek, um Versetzung in den bleibenden Ruhestand und beantragt dessen Pensionierung mit 1. September 1894. (Angenommen.)

(2248.) **Derselbe** referiert über die Pensionsgesuche mehrerer Professoren der Wiedener Communal-Oberrealschule und beantragt, es seien die Professoren: Dr. Anton Bis ching, Laurenz Dublier, Josef Haberl, Wilhelm Held und Ferdinand Klam minger mit 1. September 1894 in den bleibenden Ruhestand zu versetzen. (A n g e n o m m e n.)

(2226.) **Derselbe** referiert über die Note des Bezirksschulrathes vom 27. März 1894, Z. 1711, betreffend die neuerlich vorzunehmende Präsentierung der definitiven Unterlehrerin Claudine Fischer und beantragt, dieselbe in der Diensteigenschaft als definitive Unterlehrerin neuerdings mit der Rechtswirkksamkeit vom 6. Mai 1884 dem k. k. n.-ö. Landes Schulrath zu präsentieren. (A n g e n o m m e n.)

(2030.) **St.-R. Dr. Stenzl** referiert in Angelegenheit der Entfernung der Sanitätsstation III., Fas angasse, und beantragt, die Verwendung der unbenützten Friedhofskapelle des St. Marxer Friedhofes zur Vornahme der Dampf-Desinfection der inficirten Objecte aus dem III. Bezirke zu genehmigen. (A n g e n o m m e n.)

(2212.) **Derselbe** bringt den Bericht des Magistrates zur Kenntnis, wonach die Eheleute W i e s e n b e r g e r während der in der Schule IX., Lazarethgasse 27, vorgekommenen infectiösen Erkrankung der Tochter des Directors dieser Schule den Lehrpersonen und Schülern den Durchgang durch ihr Haus IX., Mariannengasse 28, freiwillig zugestanden haben und beantragt, den genannten Eheleuten den Dank des Stadtrathes auszusprechen. (A n g e n o m m e n.)

(2326.) **Derselbe** referiert über 20 Gesuche aus dem IX. Bezirke um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit nach Wien an:

- Stelzer Rosalia, Bedienerin;
- Mojziz Paul, Schneidergehilfe;
- Kirsch Alois, Schneidergehilfe;
- Materna Moriz, Geschäftsleiter;
- Martink Heinrich, Irrenwärter;
- Leeb Leopold, k. u. k. Militär-Rechnungs-Accessist;
- Federler Josef, k. k. Postamtsdiener;
- Prozek Josef, Gasthauspächter;
- Maschek Josefa, Dienstmagd;
- Berka Wenzel, Maurergehilfe;
- Brunner Anton, Maurermeister;
- Frisch Johann, Tischlergehilfe;
- Schatzberger Karl, Spenglermeister;
- Samal Karl, Anstreichergehilfe;
- Ebenstreicher Josef, Fabriksbediensteter;
- Biba Josef, Schneidermeister;
- Groschopf Katharina, Wäscherin;
- Hofmann Franz, Kaffeefieder;
- Fortik Karl, Buchdruckergehilfe, und
- Pollak Baruch Benedict, Lebensversicherungs-Agent.

(A n g e n o m m e n.)

(2207.) **Vice-Bürgermeister Dr. Richter** referiert über Reparaturarbeiten an den Gewölbsleitungen des Hochquellenwasserleitungs-Aquäduces in Liefing, Mauer und Speisung und beantragt die Genehmigung der Ausführung dieser mit dem bedeckten Kostenbetrage von 2450 fl. veranschlagten Arbeiten. (A n g e n o m m e n.)

(1953.) **Derselbe** referiert über den Bericht des Stadtanwaltes betreffend das Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes vom 13. März 1894 über die Beschwerde der Stadtgemeinde Groß-Enzersdorf gegen die Ministerial-Entscheidung in Betreff Einleitung von Niederschlags-

und Abfallwässern aus der Groß-Enzersdorfer Cavallerie-Kaserne in den Stadl Enzersdorfer Donauarm und beantragt, den Stadtanwalt zu ermächtigen, mit der Gemeinde Groß-Enzersdorf wegen Ermöglichung der Ableitung dieser Abwässer in Verhandlung zu treten. Über das Ergebnis der Verhandlungen hat der Magistrat einen Bericht und Anträge vorzulegen. (A n g e n o m m e n.)

(1701.) **Derselbe** referiert über die von der k. k. Bezirkshauptmannschaft Neunkirchen unterm 23. Februar 1894, Z. 30260, intimierte Entscheidung des Ackerbauministeriums vom 3. October 1893, Z. 5498, in Betreff Bewilligung der Ableitung von täglich 36.400 m³ Wasser aus dem Gebiete oberhalb des Kaiserbrunnens und beantragt, es sei von der Ergreifung einer Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof Umgang zu nehmen. (A n g e n o m m e n; an den Gemeinderath.)

(2240.) **Derselbe** referiert über die Entscheidung der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 19. März 1894, Z. 81176, womit die in An gelegenheit der Lagerung von Werkholz auf der der Firma Loewi, Baierdorf & B i a c h gehörigen Fabriksrealität in Kaiser-Ebersdorf erlassene Entscheidung des magistratischen Bezirksamtes für den XI. Bezirk außer Kraft gesetzt wird, und beantragt, hiegegen im Sinne des § 100 Gemeindestatut den Recurs an das Ministerium des Innern zu ergreifen. (A n g e n o m m e n.)

(Schluss der Sitzung.)

Allgemeine Nachrichten.

Nachweis der Stenereingänge im I. Quartal 1894 bei den städt. Steueramts-Abtheilungen der Bezirksämter für die 19 Bezirke.

Landesfürstliche Steuern	6,742.990 fl. 73 1/2 fr.
Landesumlagen	1,504.113 " 98 1/2 "
Städtische Umlagen	4,313.681 " 83 1/2 "
Gewölbwach-Beiträge	15.044 " 48 "
Handelskammer-Beiträge	27.762 " 48 "
Gewerbeschul-Beiträge	38.132 " 02 1/2 "
Summa	12,641.725 fl. 54 fr.

Davon nach Gattungen:

Grundsteuer sammt Zuschlägen	34.680 fl. 27 1/2 fr.
Hauszinssteuer sammt Zuschlägen	7,814.976 " 95 1/2 "
Erwerbsteuer sammt Zuschlägen	1,426.635 " 23 1/2 "
Einkommensteuer sammt Zuschlägen	3,305.935 " 76 "
Strafbeträge	4.850 " 85 "
Verzugszinsen für den Staat	23.920 " 94 1/2 "
Verzugszinsen für die Commune	8.784 " 27 "
Executionskosten für den Staat	111 " 09 1/2 "
Executionsgebühren für die Commune	21.830 " 15 1/2 "
Summa	12,641.725 fl. 54 fr.

Die Empfangsumme abzüglich der Ausgaben im I. Quartale 1894 per . . . 12,641.725 fl. 54 fr. ergibt gegenüber jener des gleichen Zeitraumes im Jahre 1893 per 12,237.042 " 57 " eine Zunahme von 404.682 " 97 "

Approvisionnement.

Vorstenviehmarkt vom 12. April 1894.

1. Auftrieb

auf dem freien Markte:

Jungschweine	3585 Stück
Fettschweine	6707 "

Summa . 10292 Stück

Angekauft wurden:

für Wien	7693 Stück
für das Land	1477 "
unverkauft blieben	1122 "

2. Preisbewegung:

Jungschweine	von 32 bis 40 kr.	} per Kg. Lebendgewicht.
Fettschweine	„ 34 „ 45 „	

Der Geschäftsverkehr war flau, und sind Jungschweine um 2 kr., Fettschweine um 1 kr. per Kilo im Preise gefallen.

* * *

Pferdemarkt vom 10. April 1894.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 377 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde	82—390 fl. per Stück,
„ Schlachtpferde	26—82 „ „ „

Der Markt war lebhaft.

* * *

Stechviehmarkt vom 12. April 1894.

1. Auftrieb:

Kälber Waidner 4100, Kälber lebend 91, Lämmer Waidner 3583, Lämmer lebend 385, Schafe Waidner 208, Schafe lebend 5997, Schweine Waidner 1258, Schweine lebende junge —, Schweine fette —.

2. Preisbewegung:

Kälber Waidner	per Kg. von 34 (—) bis 54 (56—58) fr.
Kälber lebend	„ „ „ 34 (—) „ 44 (—) „
Lämmer Waidner	per Paar von 3 bis 10 fl.
Lämmer lebend	„ „ „ 3 1/2 „ 8 „
Schafe Waidner	„ Kg. von 24 (—) bis 40 (—) fr.
Schafe lebend	„ Paar von 10 bis 26 fl.
Schafe lebend	„ Kg. von 20 (—) bis 32 (—) „
Schweine Waidner	„ „ „ 42 „ 50 „
Schweine lebend junge	„ „ „ — „ — „
Schweine lebend fette	„ „ „ — „ — „

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 207 Stück Kälber mehr zugeführt.

Die gegen die Vorwoche höheren Preise für Prima-Ware wurden nur für verhältnismäßig bessere Qualitäten bezahlt. Im allgemeinen trat im Marktverlaufe eher eine Preisabschwächung ein.

Auf dem Schafmarkte wurden um 2108 Stück Schafe weniger aufgetrieben. Die Kauflust war ruhig und blieben die Preise der Consumware unverändert. Exportware wurde um 1/2 bis 1 fl. per Paar billiger verkauft.

Auf dem Schlachtviehmarkte wurden am 12. April 1894 151 Stück Mast- und 317 Stück Beinvieh aufgetrieben. Zum

größten Theile Contumaz-Beinvieh, war die vorhandene Ware schwer abzusetzen, doch ist für bessere Qualitäten keine Preisänderung eingetreten.

Approvisionierungs-Angelegenheiten.

Bericht des Marktammtes

über die in Ausübung der Markt- und Sanitätspolizei vorgenommenen Confiscationen nachstehender Artikel im Monate März 1894.

Nach Stücken:

Finnige Schweine 4, Haarwild 3, Federwild 88, Geflügel 186, Vögel, diverse 8 (wegen Übertretung des Vogelschutzgesetzes), Eier 1907, Eier mit Anilin gefärbt 173, Süßfrüchte (Orangen und Citronen) 19927, Gurken 396, Wunderbalsam 13 Fläschchen, Liqueurfläschchen 183, Anilinfarben 37 Pakete, Spielsachen 54, Feuerwerkskörper 219, Wagen und Gewichte 54, Zimente 21, Milchkannen, ungeacht 5.

In Kilogramm:

Fische, diverse 90, verdorbenes Fleisch und Abfälle 489 1/4, Würste 92, Fettwaren 19 1/2, faules Obst 2033, Süßfrüchte 79 1/2, Pflaumenmus 26, Grünwaren 2486, Zwiebel 439, Kartoffel 750, Schwämme 28 1/4, Mehl 270, Hülsenfrüchte 85, Preisschefe 172, Zuckerbäckereien 13, Thee 1/2, Safran (verfälscht mit Ringelblumen) 1/8, Medicinalkräuter 8 1/2, Gewürze, diverse 5.

In Litern:

Milch 687, Hülsenfrüchte 24, Bier 65, Wein 69, Essig 120.

Militär-Angelegenheiten.

(Einsichtnahme in die Verzeichnisse der Militärpflichtigen.)

Der Wiener Magistrat hat unterm 10. April 1894, Z. 60359/XVI, Nachstehendes kundgemacht: Im Sinne des § 8, Absatz 2 des Militärtauszugesgesetzes vom 13. Juni 1880, R.-G.-Bl. Nr. 70, werden die Verzeichnisse der in Wien heimatberechtigten Militärtauszugspflichtigen und ihre Einreihung in die Tarifclassen für das Taxjahr 1893 vom 17. bis inclusive 30. April 1894 bei den magistratischen Bezirksämtern I bis XIX zur öffentlichen Einsicht aufliegen. Die Taxpflichtigen erscheinen in dem Verzeichnisse jenes Bezirkes, in welchem sie zur Zeit ihrer letzten Einvernehmung gewohnt haben, eingetragen, die außerhalb Wien oder im Auslande wohnhaften jedoch in dem Verzeichnisse des magistratischen Bezirksamtes I.

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

vom 9. April bis 12. April 1894:

Für Neubauten:

- II. Bezirk: Haus, Schwarzingerstraße 5, von Heinrich Staudigl, Malzgasse 5, Bauführer B. Gettwert (2344).
- „ „ Haus, Grundb.-Einl. 4350, Wolfsaugasse und Brigittenerländer, von Jakob Wellner, XVI, Blumberggasse 24, Bauführer A. Matschinger (2377).

- II. Bezirk: Haus, Karajungasse, Grundb.-Einf. 3895, von Josef Fichtinger, Maurermeister (2328).
 " " Haus, Karajungasse, Grundb.-Einf. 3893, von Josef Fichtinger, Maurermeister (2329).
 " " Haus, Karajungasse, Grundb.-Einf. 3894, von Josef Fichtinger, Maurermeister (2330).
 III. Bezirk: Haus, Erbbergstraße, Grundb.-Einf. 550, von Joh. Mayer, XVII., Karlsplatz 26, Bauführer W. Schulz (2335).
 " " Haus, Erbbergstraße, Parc. 2566/3, von Aglaja Deml, XI., Rinnböckstraße 15, Bauführer C. Reichstätter (2337).
 " " Haus, Gürtelstraße, von Heinrich Weiner und Josef Steiner, Staudingergasse 9, Bauführer J. Dolezal (2383).
 IV. Bezirk: Haus, Große Neugasse 16, von Neugebauer & Hafner, Getreidemarkt 1, nomine Leopoldine Gräfin Tringl, Bauführer A. Schumacher (2396).
 V. Bezirk: Haus, Pilgramgasse 10, von Ferd. Henneberg und Kauby, Baumeister (2410).
 XIV. Bezirk: Dreistöckiges Wohnhaus, Rudolfsheim, Rudolfsstraße 4, von Marie Rößler, V., Diehlgasse 50, Bauführer Wenzel Rößler, Architekt, ebenda (10405).
 XVI. Bezirk: Villa, Ottakring, Cat.-Parc. 610/1 und 610/2, Wilhelminenstraße, von Ferdinand und Josefa Bayer, XVI., Hauptstraße 167, Bauführer Leopold Roth (16644).
 " " Haus, Ottakring, Cat.-Parc. 1939, Einf.-Z. 592, von Georg Kowarik, XVIII., Weitlofstraße 9, Bauführer derselbe (16141).
 " " Haus, Neulerchenfeld, Cat.-Parc. 346/27 und 345 5, Einf.-Z. 756, von Ferdinand Reißner, Payerlgasse 17, Bauführer derselbe (16442).
 XIX. Bezirk: Wohnhaus, Ober-Döbling, Neustiftgasse 68, von Anton und Francisca Schwertmann, ebenda, Bauführer Anton Schwertmann (6840).

Für Zubauten:

- VII. Bezirk: Seitentract, Zieglergasse 47, von Josef Karl, Bauführer H. Stagl (2360).
 XII. Bezirk: Schupfenzubau, Altmannsdorf, Breitenfurterstraße 51, von Karl Schmuher, Bauführer Michael Boras (10410).
 XVI. Bezirk: Ebenerdiger Seitentract, Duakring, Langegasse 188, an Joh. Schmid, ebenda, Bauführer Thomas Hofer (16841).
 " " Abort, Ottakring, Ganstereggasse 14, von Theresia Vieber, Bauführer Franz Ferenda (17021).
 " " Schupfen, Ottakring, Liebhartsthal, C.-Nr. 1229, von Josef Bod, Bauführer W. Maifer und Fr. Roth (17026).

Für Adaptierungen:

- I. Bezirk: Börsegasse 13, von Josef Känzler, Maurermeister, noe. Gustav R. v. Leon (2331).
 II. Bezirk: Jägerstraße 38, von Lazar Lampf, Bauführer August Schlejäl (2338).
 III. Bezirk: Pöwengasse 8, von Alexander Rosenzweig, I., Hohenstaufengasse 7, Bauführer Th. Bauer (2397).
 IV. Bezirk: Paulanergasse 5, von Felix Sommerbauer, Bauführer Josef Petyl (2346).
 " " Kolchiklygasse 12, von Ernestine Ullmann, Bauführer? (2349).
 V. Bezirk: Wehrgasse 8, von Ignaz Ableidinger, Bauführer H. Wagner (2316).
 " " Straußengasse 18, von Julius Hofmann, Bauführer Chr. Gatty (2375).
 VI. Bezirk: Kopernikusgasse 1, von Johann Chalusch, Baumeister (2327).
 " " Mariahilferstraße 109, von Anton Klement, Maurermeister (2365).
 VII. Bezirk: Myrthenstraße 11, von Franz Enzmann, Bauführer Jos. Bauer (2397).
 " " Lerchenfelderstraße 13, von Josef Seifert, III., Reisknerstraße 16, Bauführer Mich. Göb (2415).
 VIII. Bezirk: Florianigasse 57, von Wenzel Gabauer, Maurermeister, noe. Victor Helmreich (2341).
 IX. Bezirk: Schwarzspanierstraße 11, von Gustav Demsky, Baumeister (2332).
 XII. Bezirk: Unter-Meidling, Rauchgasse 21, von Ant. Thaler, ebenda, Bauführer Heinrich Reiter (10146).
 " " Ober-Meidling, Schönbrunnerstraße 150, von Andreas Reibl, Bauführer Otto Ettmayer (10414).
 XVI. Bezirk: Ottakring, Ottakringer Hauptstraße 9, von Josef Kleindl, ebenda, Bauführer W. Gabauer (16842).
 " " Ottakring, Lerchenfelderstraße 62, von K. und A. Niederleitner, Bauführer Wilhelm Maifer und Franz Roth (17025).
 XVII. Bezirk: Hernals, Leopoldgasse 4, von Alois Schwemmler, ebenda, Bauführer Matthias Wittmann, Maurermeister (12170).
 " " Hernals, Blumengasse 55, von Leopold Strobl, VIII., Piaristengasse 25, Bauführer F. Gräf, Baumeister (12168).

- XVII. Bezirk: Hernals, Josefgasse 28, von Anton Lasnicka, Tischlermeister, Steinerstraße 9, Bauführer Georg Kowarik, Maurermeister (12245).
 " " Dornbach, Hauptstraße 65, von Eduard Schreiber, Hauptstraße 67, Bauführer Johann Steinmetz, Stadtbaumeister (12315).

Für diverse (geringere) Bauten:

- V. Bezirk: Gartenmauer, Margarethenstraße 59, von Josef Tiefenbacher, Bauführer Jg. Granicka (2327).
 VIII. Bezirk: Feuerturm, Piaristengasse 30, an Anna Theer und Johanna Hauptmann, Bauführer F. Profesch (2362).
 XI. Bezirk: Kesselhaus, Webgasse 26, von Moriz Miller, Webgasse 28, Bauführer M. & J. Sturany (2353).
 XII. Bezirk: Schupfenabtheilung, Ober-Meidling, Halbstraße 11, von Anna Lohensteiner, Bauführer C. Brunner (10372).
 " " Doppelabort, Hegenhof, Hauptstraße 82, von Josef Zoufal, Bauführer Franz Proffer (10411).
 XIV. Bezirk: Rudolfsheim, Arnsteingasse 7, von Friedrich Joas, Schönbrunnerstraße 93, Bauführer Julius Stättermayer (9801).
 " " Rudolfsheim, Schweglerstraße 17, von Franz Widart, ebenda, Bauführer Anton Klement (9923).
 " " Aborte, Rudolfsheim, Holohergasse 22, von Michael Stern & Comp., ebenda, Bauführer Franz Brantner (9939).
 XVI. Bezirk: Canal, Ottakring, Breislgasse 12, von A. Daugl, Bauführer H. Kella & Co. (16804).

Stoßwerks-Aufsetzungen:

- XIV. Bezirk: Rudolfsheim, Hugelgasse 30/32, von Julius Moll & Co., ebenda, Bauführer Franz Brantner (9940).

Gesuche um Parzellierung wurden überreicht:

- XV. Bezirk: Fünfh., Michaelergasse und Märzstraße, Grundb.-Einf. 353, von Karl Wimberger, XV., Neubaugürtel 34 (2361).
 XVIII. Bezirk: Währing, Grundb.-Einf. 1169, 1766, 1824 und 1825, von Heinrich Lichtenstern, I., Stoß-im-Himmel 3 (2356).

Gesuche um Bekanntgabe der Baulinie wurden überreicht:

- III. Bezirk: Erbbergstraße, Grundb.-Einf. 550, von Johann Mayer, XVII., Karlsplatz 26 (2334).
 " " Erbbergstraße, Grundb.-Einf. 138, von Joh. Kubatscher (2385).
 IX. Bezirk: Dreihackengasse, Grundb.-Einf. 829, Säulengasse 8, von Josef Böck, IV., Hauptstraße 37, und Anna Pater, IV., Hauptstraße 18 (2339).
 XII. Bezirk: Conser.-Nr. 90, Ob.-Meidling, Bischofsgasse 11, von Karl und Marie Sowaal (10373).
 XVI. Bezirk: Villa, Ottakring, Wilhelminenstraße, Cat.-Parc. 610/1 und 610/2, Einf.-Z. 1480, von Ferdinand und Josefa Bayer (16683).
 XIX. Bezirk: Einf.-Z. 136, Parc. 409, Grünzing, Ferkelgasse 7, von Peter Winter (6880).
 " " Einf.-Z. 912, Parc. 869/55, 869/56 Ober-Döbling, Parkstraße, von Johann Dupal (6982).

Demolierungsanzeigen wurden überreicht:

- X. Bezirk: Bürgerplatz 15, von Marie Keim, Demolierender Zeitlinger (12480).
 XVI. Bezirk: Neulerchenfeld, Hauptstraße 64, von Karl Zemann, ebenda, Demolierender Christoph Gatty (16167).
 " " Ottakring, Rittergasse 12, von Ferdinand Hawelka durch Thomas Hofer, Demolierender (16506).

Realitäten-Verkehr in Wien.

Vom 1. bis 31. März 1894.

- I. Bez., Singerstraße, C.-Z. 1198, bisheriger Besitzer Gurovits Eugen $\frac{1}{3}$, grundbüchlerlich übertragen an Holluber Barbara $\frac{2}{18}$, Holluber Franz $\frac{1}{18}$, Holluber Marianne $\frac{1}{18}$, Holluber Rudolf $\frac{1}{18}$, am 1. Febr. 1894.
 " " C.-Z. 1159, bish. Bes. Gschellhammer Ignaz, grdb. übertr. an die Ignaz Gschellhammer'sche Stiftung zu Gunsten des Privat-Kranken- und Pensions-Institutes für Handlungs-Commis, Confraternität in Wien, am 5. Jan. 1894.
 " " Althaus'sches Freihaus, Seilergasse, C.-Z. 1156, bish. Bes. Holly Josef Wenzel $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Holly Johanna $\frac{1}{2}$, am 19. Dec. 1893.
 " " Schulhof, C.-Z. 1127, bish. Bes. Klang Rudolf $\frac{11}{72}$, Klang Eugenie $\frac{13}{72}$, grdb. übertr. an Pfann Robert, Dr. $\frac{12}{72}$, Mayr-Nagy Stephanie $\frac{12}{72}$, am 23. Dec. 1893.

- I. Bez., Johannesgasse, E.-Z. 540, bish. Bef. Wolfbauer Peter, grdb. übertr. an Wolfbauer Peter jun. $\frac{1}{6}$, Wolfbauer Johann $\frac{1}{6}$, Elis Marie, geb. Wolfbauer $\frac{1}{6}$, Wolfbauer Emilie $\frac{1}{6}$, Wolfbauer Franz $\frac{1}{6}$, m. Wolfbauer Rudolf $\frac{1}{6}$, am 25. Jän. 1894.
- " " Himmelfortgasse, E.-Z. 466, bish. Bef. Schwarz Victor $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Wörz Anna v., geb. v. Gerl $\frac{1}{10}$, Gerl Marie v., $\frac{1}{10}$, Gerl Emma v., $\frac{1}{10}$, Gerl Gustav, Mitt. v., Dr. $\frac{1}{10}$, Gerl Wilhelm Theobald, Mitt. v., Dr. $\frac{1}{10}$, am 22. Dec. 1893.
- " " Currentgasse 5, E.-Z. 680, bish. Bef. Jafson Thomas $\frac{1}{5}$, grdb. übertr. an Jafson Emilie de $\frac{1}{5}$, am 16. Jän. 1894.
- " " Jacobergasse, E.-Z. 515, bish. Bef. Gozdawa-Neklewka Stanislaus, Mitt. v. $\frac{1}{3}$, grdb. übertr. an Gozdawa-Neklewka Emilie v. $\frac{1}{3}$, am 19. Jän. 1894.
- " " Judenplatz, E.-Z. 559, bish. Bef. Gozdawa-Neklewka Stanislaus, Mitt. v. $\frac{1}{3}$, grdb. übertr. an Gozdawa-Neklewka Emilie v. $\frac{1}{3}$, am 19. Dec. 1894.
- " " Annagasse, E.-Z. 36, bish. Bef. Mayer Franz K. sen., grdb. übertr. an Mayer Leopoldine $\frac{1}{3}$, Mayer Franz K. $\frac{1}{3}$, Mayer Karoline $\frac{1}{3}$, am 13. Febr. 1894.
- II. Bez., Valeriestraße, E.-Z. 2233, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Schaad Josef, Dr., am 4. Jän. 1894.
- " " Ragnerer Reichsstrafe, E.-Z. 3799, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Kuffner Moriz, Edl. v. $\frac{1}{2}$, Kuffner Wilhelm $\frac{1}{4}$, Kuffner Karl $\frac{1}{4}$, am 15. Dec. 1893.
- " " Auf der Haide, E.-Z. 672, bish. Bef. Giugno Karl, grdb. übertr. an Koller Giugno Josef $\frac{1}{2}$, Giugno Martin $\frac{1}{2}$, am 16. Jän. 1894.
- " " Kronprinz Rudolfstraße, E.-Z. 1863, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Frischke Emil, am 9. Febr. 1894.
- " " Quaitstraße, E.-Z. 4156, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an die Firma G. A. Wapß & Comp., am 9. Febr. 1894.
- " " Leipzigerstraße, E.-Z. 923, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Wante Katharina, geb. Hoffmann $\frac{1}{4}$, Hoffmann Josef $\frac{1}{4}$, Hoffmann Marianne $\frac{1}{4}$, Hoffmann Pauline $\frac{1}{4}$, am 19. Jän. 1894.
- " " Brigittenauerlande, E.-Z. 4272, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Salter Siegmund, am 14. Febr. 1894.
- " " Brigittenauerlande, E.-Z. 4273, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Salter Siegmund, am 14. Febr. 1894.
- " " Brigittenauerlande, E.-Z. 4275, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Kleinscher Thomas, am 13. Febr. 1894.
- " " Große Mohrengasse, E.-Z. 1079, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an die Börse für landwirtschaftliche Producte, am 30. Oct. 1893, 16. Dec. 1893, 6. Febr. 1894.
- " " Karajangasse, E.-Z. 4170, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Eiman Josef, am 15., 21. Febr. 1894.
- " " Innstraße, E.-Z. 3017, bish. Bef. Spieler Ignaz $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Spieler Clara $\frac{1}{4}$, Hirsch Alfred $\frac{1}{4}$, am 18. Oct. 1893.
- " " E.-Z. 2421, bish. Bef. Mayer Susanna $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Mayer Georg $\frac{1}{2}$, am 13. Febr. 1894.
- " " E.-Z. 182, bish. Bef. Mayer Susanna $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Mayer Georg $\frac{1}{2}$, am 13. Febr. 1894.
- " " Große Spertgasse, E.-Z. 1900, bish. Bef. Resch Antonia $\frac{1}{10}$, grdb. übertr. an Resch Hermann $\frac{1}{10}$, am 13. Febr. 1894.
- " " Kronprinz Rudolfstraße, E.-Z. 1860, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Smajal Josef $\frac{1}{2}$, Smajal Margarethe $\frac{1}{2}$, am 13. Febr. 1894.
- " " Große Mohrengasse, E.-Z. 1082, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an das Convent der barmherzigen Brüder, am 1. Dec. 1893.
- " " Glocengasse, E.-Z. 628, bish. Bef. Schwab Heinrich, grdb. übertr. an Schwab Karl Ludwig $\frac{1}{2}$, Bauer Leopold $\frac{1}{6}$, Schmann Anna $\frac{1}{6}$, Bauer Henriette jun. $\frac{1}{6}$, am 30. Jän. 1894.
- " " Haidgasse, E.-Z. 684, bish. Bef. Pfeiffer Eleonore $\frac{120}{2400}$, grdb. übertr. an Gagstätter Karl $\frac{120}{2400}$, am 27. Febr. 1894.
- " " Landelmarktstraße, E.-Z. 2125, bish. Bef. Pfeiffer Eleonore $\frac{120}{2400}$, grdb. übertr. an Gagstätter Karl $\frac{120}{2400}$, am 2. Febr. 1894.
- " " Schüttesstraße, E.-Z. 1829, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an die Gemeinde-Sparcasse der Stadt Prerau, am 12. Dec. 1893.
- " " Trennstraße, E.-Z. 2174, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Neuron Josef, am 3. Febr. 1894.
- " " Stephaniestraße, E.-Z. 2029, bish. Bef. Müller Marianne $\frac{1}{3}$, grdb. übertr. an Seylora Rosine $\frac{1}{6}$, Göbel Magdalena $\frac{1}{6}$, am 1. März 1894.
- " " E.-Z. 605, bish. Bef. Zechmeister Johann $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Zechmeister Johann $\frac{1}{4}$, Jungmanns Rosalia $\frac{1}{4}$, am 23. Jän. 1894.
- " " Wendelsjohngasse, E.-Z. 1066, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Wolf Wilhelm, am 7. März 1894.
- III. Bez., Erdbergermais, E.-Z. 2024, bish. Bef. Schloffer Georg, grdb. übertr. an Schloffer Josef, am 16. Jän. 1894.
- " " Erdbergstraße, E.-Z. 417, bish. Bef. Schuster Theresia $\frac{10}{18}$, Pribitsch Francisca $\frac{1}{18}$, Schuster Theresia $\frac{1}{18}$, Dangel Amalia $\frac{1}{18}$, Graf Juliana $\frac{1}{18}$, Hartmann Marie $\frac{1}{18}$, Mariani Agnes $\frac{1}{18}$, grdb. übertr. an Gutmann Friedrich $\frac{10}{18}$, am 8. Febr. 1894.
- III. Bez., Landstraße-Hauptstraße, E.-Z. 918, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Streler Marie, am 10. Febr. 1894.
- " " Krümmgasse, E.-Z. 825, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Dub Albert, am 30. Jän. 1894.
- " " Krümmgasse, E.-Z. 2564, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Dub Albert, am 30. Jän. 1894.
- " " Reisknerstraße, E.-Z. 1288, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Dumba Nikolaus Th., am 1. Febr. 1894.
- " " Dietrichgasse, E.-Z. 253, bish. Bef. Höfeter Anna (auch Höfeter) $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Höfeter Georg $\frac{1}{2}$, am 26. Jän. 1894.
- " " Dietrichgasse, E.-Z. 268, bish. Bef. Höfeter Anna (auch Höfeter) $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Höfeter Georg $\frac{1}{2}$, am 26. Jän. 1894.
- " " Fasangasse, E.-Z. 472, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Prager Josef, am 12. Febr. 1894.
- " " Landstraße-Hauptstraße, E.-Z. 902, bish. Bef. Lechner Elisabeth $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Lechner Johann $\frac{1}{10}$, Lechner Josef $\frac{1}{10}$, Lechner Georg $\frac{1}{10}$, Kirnig Pauline $\frac{1}{10}$, Fischer Marie $\frac{1}{10}$, am 23. Jän. 1894.
- " " Seidlstraße, E.-Z. 2477, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Uhl Alfred, Mitt. v., am 14. Febr. 1894.
- " " Apostelgasse, E.-Z. 43, bish. Bef. Egler Karl $\frac{1}{5}$, Hanel Theresia $\frac{1}{5}$, Hüter Johanna $\frac{1}{5}$, Reibel Anna $\frac{1}{5}$, Fromm Leopoldine $\frac{1}{20}$, Fischer Josefa $\frac{1}{20}$, m. Tröster Rosalia $\frac{1}{20}$, Tröster Theresia $\frac{1}{20}$, grdb. übertr. an die Firma Ferdinand Schindler $\frac{1}{1}$, am 10. Febr. 1894.
- " " Erdbergstraße, E.-Z. 433, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Spitzer Adolf $\frac{1}{2}$, Kohl August $\frac{1}{2}$, am 12. Febr. 1894.
- " " Dietrichgasse, E.-Z. 247, bish. Bef. Strobl Theresia $\frac{1}{4}$, grdb. übertr. an Strobl Josef $\frac{1}{32}$, Putschandl Franz $\frac{2}{32}$, am 3. Febr. 1894.
- " " Fasangasse, E.-Z. 471, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Wertheimer Max, am 13. Febr. 1894.
- " " Obere Biaductgasse, E.-Z. 1710, bish. Bef. Kleinscher Thomas $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Pid Siegmund $\frac{1}{2}$, am 13. Febr. 1894.
- " " Adamsgasse, E.-Z. 2391, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Violin Gutmann $\frac{1}{2}$, Violin Sophie $\frac{1}{2}$, am 22., 23. Febr. 1894.
- " " Klimschgasse, E.-Z. 2538, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Spitzer Leopold $\frac{1}{2}$, Spitzer Pauline $\frac{1}{2}$, am 22. Febr. 1894.
- " " Majumoffskygasse, E.-Z. 1242, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Bermer Julius, am 18. März 1894.
- " " Genzengasse, E.-Z. 554, bish. Bef. Arzt Wilhelm, grdb. übertr. an Maderlat Karoline $\frac{1}{4}$, Hudezel Aloisia $\frac{1}{4}$, Arzt Emilie $\frac{1}{4}$, Gleboki Marie $\frac{1}{4}$, am 6. Febr. 1894.
- " " Landstraße-Hauptstraße, E.-Z. 924, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Neumayr Jakob $\frac{1}{2}$, Neumayr Marie $\frac{1}{2}$, am 10. Febr. 1894.
- " " Obere Weißgärberstraße, E.-Z. 1848, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an die Firma Jos. Heller & Comp., am 13. Jän. 1894.
- " " Rennweg, E.-Z. 1348, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Schneeweis Rudolf, am 28. Febr. 1894.
- " " Seidlgasse, E.-Z. 1480, bish. Bef. Joeller Otto, grdb. übertr. an Joeller Karoline, geb. Stein, am 13. Febr. 1894.
- " " Kollergasse, E.-Z. 790, bish. Bef. Joeller Otto $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Joeller Karoline, geb. Stein $\frac{1}{2}$, am 13. Febr. 1894.
- " " Erdbergstraße, E.-Z. 444, bish. Bef. Groll Leopold Andreas $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Groll Leopold $\frac{1}{4}$, m. Groll Hermine $\frac{1}{4}$, am 26. Jän. 1894.
- " " Baumgasse, E.-Z. 154, bish. Bef. Lang Elisabeth $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Rantner Anna, geb. Lang $\frac{1}{2}$, am 25. Oct. 1870.
- " " Gärtnergasse, E.-Z. 523, bish. Bef. Gozdawa-Neklewka Stanislaus, Mitt. v. $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Gozdawa-Neklewka Emilie v. $\frac{1}{2}$, am 19. Jän. 1894.
- " " Krümmgasse, E.-Z. 830, bish. Bef. Mayer Franz Xaver sen., grdb. übertr. an Mayer Franz X. $\frac{1}{3}$, Mayer Karoline $\frac{1}{3}$, Mayer Leopoldine $\frac{1}{3}$, am 13. Febr. 1894.
- IV. Bez., Windmühlgasse, E.-Z. 1119, bish. Bef. Kubat Josef Wenzel $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Priethofer Marie, geb. Kubat $\frac{1}{10}$, Kubat Wilhelmine $\frac{1}{10}$, Kubat Josef $\frac{1}{10}$, Kubat Adolf $\frac{1}{10}$, Kubat Josefa $\frac{1}{10}$, am 12. Dec. 1893.
- " " Victorgasse, E.-Z. 842, bish. Bef. Eitenreich Karl $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Eitenreich Marie, geb. Schönbauer $\frac{1}{2}$, am 5. Febr. 1894.
- " " Freunzgasse, E.-Z. 180, bish. Bef. Staudenrants Anna $\frac{2}{3}$, grdb. übertr. an Schön Marie v. $\frac{2}{12}$, Freiß Josefina $\frac{2}{12}$, Feiß Karl $\frac{2}{12}$, Feiß Georg Matthias $\frac{2}{12}$, am 26. Jän. 1894.
- " " Lambrechtgasse, E.-Z. 410, bish. Bef. Wengraf Moriz, grdb. übertr. an Wengraf Paul, am 3. Febr. 1894.
- " " Kettenbrückengasse, E.-Z. 387, bish. Bef. m. Deutschmann Alfred $\frac{1}{8}$, grdb. übertr. an m. Deutschmann Ernst $\frac{1}{24}$, m. Deutschmann Heinrich $\frac{1}{24}$, m. Deutschmann Marie $\frac{1}{24}$, am 26. Jän. 1894.
- " " Phorugasse, E.-Z. 610, bish. Bef. Wospiel Michael $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Wospiel Francisca $\frac{1}{2}$, am 30. Dec. 1893.
- " " E.-Z. 729, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Weiß Siegmund, am 18. Jän. 1894.

- IV. Bez., Mayerhofgasse, E.-Z. 500, bish. Bef. Preleuthner Barbara v., grdb. übertr. an Preleuthner Leopold, am 16. Febr. 1894.
- „ „ Karolinen-gasse, E.-Z. 353, bish. Bef. Felbermayer Franciska ²/₃, grdb. übertr. an Angeli Hermine v., ²/₃, am 26. Oct. 1893.
- V. Bez., Obere Amsthausgasse, E.-Z. 12, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Stadl Franz ¹/₂, Stadl Rosalia ¹/₂, am 15. Febr. 1894.
- „ „ Rumpersdorfgasse, E.-Z. 2017, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Fichtinger Josef, am 12. Febr. 1894.
- „ „ Johann-gasse, E.-Z. 585, bish. Bef. Fleischhacker Anna ¹/₆, grdb. übertr. an Fleischhacker Ludwig Benedict ¹/₆, am 6. April 1893.
- „ „ Franzens-gasse, E.-Z. 256, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Kapeller Heinrich sen., am 3. März 1894.
- „ „ Kron-gasse, E.-Z. 692, bish. Bef. m. Altmann Anna ¹/₁₄, grdb. übertr. an Altmann Marie ¹/₁₄, am 5. März 1894.
- „ „ Wildenmann-gasse 12, E.-Z. 1271, bish. Bef. Mayer Franz X. sen., grdb. übertr. an Mayer Leopoldine ¹/₃, Mayer Franz X. ¹/₃, Mayer Karoline ¹/₃, am 13. Febr. 1894.
- „ „ E.-Z. 1247, bish. Bef. Standenraus Anna ¹/₅, grdb. übertr. an Schön Marie v. ¹/₅, am 26. Jän. 1894.
- „ „ Kriehberg-gasse, E.-Z. 1850, bish. Bef. Wobicka Theresia ¹/₂, grdb. übertr. an Halbritter Josef ¹/₂, am 10. Febr. 1894.
- „ „ Ziegelofen-gasse, E.-Z. 1417, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Wojstel Anna, am 12. Febr. 1894.
- „ „ Ziegelofen-gasse, E.-Z. 1395, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Reckzühl Sylvester ¹/₂, Reckzühl Ferdinand ¹/₂, am 20. März 1894.
- VI. Bez., Gumpendorferstraße 118 a, E.-Z. 332, bish. Bef. Schafranek Leopold ¹/₂, grdb. übertr. an Schafranek Marie ¹/₂, am 30. December 1893.
- „ „ Weggasse, E.-Z. 1064, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Anderl Konrad ¹/₂, Anderl Helene ¹/₂, am 31. Dec. 1893.
- „ „ Aggidigasse, E.-Z. 8, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Kolisch Josef, am 12. Jän. 1894.
- „ „ Wallgasse, E.-Z. 1040, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Neubauer Anton, am 21. Jän. 1894.
- „ „ Mollardgasse, E.-Z. 834, bish. Bef. Schmid Johann ¹/₂, grdb. übertr. an Schmidt Johann jun. ¹/₂, am 20. Jän. 1894.
- „ „ E.-Z. 735, bish. Bef. Eizinger Josef ¹/₄, grdb. übertr. an Eizinger Theresia ¹/₄, am 9. Jän. 1894.
- „ „ E.-Z. 735, bish. Bef. Eizinger Josef ¹/₄, grdb. übertr. an Eizinger Josef ¹/₄, am 9. Jän. 1894.
- „ „ Hirschgasse, E.-Z. 389, bish. Bef. Steindl Aloisia ²⁸/₉₆₀, grdb. übertr. an Schattera Elise ²⁸/₉₆₀, am 27. Dec. 1893.
- „ „ Hirschgasse, E.-Z. 391, bish. Bef. Steindl Aloisia ²⁸/₉₆₀, grdb. übertr. an Schattera Elise ²⁸/₉₆₀, am 27. Dec. 1893.
- „ „ Dreihufeisen-gasse, E.-Z. 124, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an die „Wiener Mode“-Verlags-Actiengesellschaft, am 27. Jän. 1894.
- „ „ Gumpendorferstraße, E.-Z. 264, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Wözzinger-Cabos Christian ¹/₂, Schweinburg Alois ¹/₂, am 1. Febr. 1894.
- „ „ Magdalenenstraße, E.-Z. 579, bish. Bef. Fleischhacker Helene v., geb. Baagner ¹/₃, grdb. übertr. an Baagner Karl ¹/₂, am 31. Jän. 1894.
- „ „ Gumpendorferstraße, E.-Z. 357, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Clauser Lorenz ¹/₂, Clauser Mathilde ¹/₂, am 10. Febr. 1894.
- „ „ Schmalzhofgasse, E.-Z. 908, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Wöchner Adalbert ¹/₂, Wöchner Theresia ¹/₂, am 2. März 1894.
- „ „ Aggidigasse, E.-Z. 7, bish. Bef. Auer Josef, grdb. übertr. an Zmand Karoline ¹/₈, Auer Josef jun. ¹/₈, Cadlolo Anna ¹/₈, m. Auer Karl ¹/₈, m. Auer Cäcilia ¹/₈, m. Auer Marie ¹/₈, m. Auer Johann ¹/₈, m. Auer Franz ¹/₈, am 7. Nov. 1893.
- „ „ Mollardgasse, E.-Z. 819, bish. Bef. Welcker Theresia ¹/₁₀, grdb. übertr. an Welcker Heinrich ¹/₁₀, am 11. Febr. 1894.
- VII. Bez., Neufittgasse, E.-Z. 839, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Höbrandner Josef jun., am 22. Jän. 1894.
- „ „ Dreilaufgasse, E.-Z. 227, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Nagel-Hamitsch Simon, am 12. Dec. 1893.
- „ „ Neufittgasse, E.-Z. 782, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Kalas Josef, am 31. Jän. 1894.
- „ „ Burggasse, E.-Z. 209, bish. Bef. Rausch Natal, grdb. übertr. an Rausch Friedr. Natal ¹/₂, Trimmel Magdalena, geb. Rausch ¹/₂, am 16. Jän. 1894.
- „ „ Siebensterngasse, E.-Z. 1034, bish. Bef. m. Andorfer Aloisia ¹¹/₃₈₄, grdb. übertr. an Andorfer Karl ¹¹/₃₈₄, am 3. Febr. 1894.
- „ „ Lindengasse, E.-Z. 589, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Schnöbel Franz ¹/₂, Schnöbel Marie ¹/₂, am 8. Febr. 1894.
- „ „ Mariahilferstraße, E.-Z. 633, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Kulis Adalbert ¹⁷/₅₃, Felina Zdenka v. ¹²/₅₃, Szalatnay Anna ¹²/₅₃, Donbek Elisabeth ¹²/₅₃, am 7. und 10. Febr. 1894.
- „ „ Siebensterngasse, E.-Z. 1033, bish. Bef. Edl Josef, grdb. übertr. an Edl Theresia, am 16. Febr. 1894.
- „ „ Kaiserstraße, E.-Z. 418, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an die Commune Wien, am 29. Jän. 1894.
- VIII. Bez., Zeltgasse, E.-Z. 751, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Stadty Hermine, am 1. Febr. 1894.
- „ „ Piaristengasse, E.-Z. 637, bish. Bef. Wirth Josef ¹/₁₄, grdb. übertr. an Wirth Bertha ¹/₁₀, Wirth Karl ¹/₁₀, Wirth Jos. ¹/₁₀, Verlassenschaft nach Wirth Bela Adalbert ¹/₁₀, am 26. Jän. 1894.
- VIII. Bez., Strozsigasse, E.-Z. 755, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Esuzy Ludmilla v., am 3. Febr. 1894.
- „ „ Kochgasse, E.-Z. 303, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Katscher Albert, am 30. Jän. 1894.
- „ „ Laudongasse, E.-Z. 407, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Oppolzer Cälestine v., am 29. Jän. 1894.
- „ „ Piaristengasse, E.-Z. 651, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Stern Moriz, am 13. Febr. 1894.
- „ „ Piaristengasse, E.-Z. 648, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Polacsek Ant. Moriz, Dr. ¹/₂, Polacsek Rosa ¹/₂, am 11. Febr. 1894.
- „ „ Schmidgasse, E.-Z. 707, bish. Bef. Brada Karoline ³/₁₈, grdb. übertr. an Schlag, Witt. v. Scharheim ³/₁₈, am 17. und 19. Febr. 1894.
- „ „ Widenburggasse, E.-Z. 829, bish. Bef. Braunmüller Wilhelm, Witt. v. ¹/₂, grdb. übertr. an Mayerhofer Anna ¹/₁₀, Reiskner Helene ¹/₁₀, Braunmüller Adolf, Witt. v. ¹/₁₀, Köfller Mathilde ¹/₁₀, Braunmüller Rudolf, Witt. v. ¹/₁₀, am 20. Febr. 1894.
- „ „ Laudongasse, E.-Z. 416, bish. Bef. Reich Antonia ¹/₂, grdb. übertr. an Reich Hermann ¹/₂, am 13. Febr. 1894.
- „ „ Alfierstraße, E.-Z. 33, bish. Bef. Burchardt Joh. Friedrich ¹/₂, grdb. übertr. an Burchardt Karoline ¹/₂, am 9. Febr. 1894.
- „ „ Florianigasse, E.-Z. 173, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Mannlicher Ferdinand, Witt. v., am 14. Febr. 1894.
- „ „ Perchenfelderstraße, E.-Z. 541, bish. Bef. v. f. ?, grdb. übertr. an Fuchshofer Lorenz, am 1. Febr. 1894.
- „ „ Stolzenthalergasse, E.-Z. 712, bish. Bef. Tiz Emilie ¹⁰/₁₆, grdb. übertr. an Müller Marie ¹⁷/₁₂₈, Reich Emilie ⁹/₁₂₈, Rainz Leopoldine ⁹/₁₂₈, Gasparik Petronella ⁹/₁₂₈, Wimmer Barbara ⁹/₁₂₈, Tiz Leopold ⁹/₁₂₈, Tiz Franz ⁹/₁₂₈, Tiz Jos. ⁹/₁₂₈, am 6. März 1894.
- „ „ Perchenfelderstraße, E.-Z. 518, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Duz Johann, am 9. März 1894.
- IX. Bez., Berggasse, E.-Z. 128, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Schreiber Josef Leo ¹/₂, Schreiber Philippine Kath. ¹/₂, am 22. Jän. 1894.
- „ „ Berggasse, E.-Z. 128, bish. Bef. Schreiber Josef Leo ¹/₂, grdb. übertr. an Schreiber Josef ¹/₂, am 27. Jän. 1894.
- „ „ Berggasse, E.-Z. 65, bish. Bef. Rathorff Simonetta ¹/₁₀, grdb. übertr. an m. Rathorff Ernst Eugen ¹/₃₀, m. Rathorff Alfred Ignaz Eugen ¹/₃₀, m. Rathorff Hans Eduard Otto ¹/₃₀, am 27. Dec. 1893.
- „ „ Markt-gasse, E.-Z. 528, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Führer Franz, am 1. Febr. 1894.
- „ „ Waisenhaus-gasse, E.-Z. 1176, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Grund Malvine, am 22. Jän. 1894.
- „ „ Seegasse, E.-Z. 1268, bish. Bef. Grund Ottmar ¹/₂, grdb. übertr. an Schaar Heinrich August ¹/₂, am 22. Jän. 1894.
- „ „ Markt-gasse, E.-Z. 488, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Zerner Louis, auch Lazar, am 1. Febr. 1894.
- „ „ Eisengasse, E.-Z. 1470, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Kazansty Hedwig, Gräfin, am 10. Febr. 1894.
- „ „ Eisengasse, E.-Z. 1472, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Kazansty Hedwig, Gräfin, am 10. Februar 1894.
- „ „ Rufsborferstraße, E.-Z. 639, bish. Bef. Schraub Wilhelm ¹/₅, grdb. übertr. an Kriener Heinrich ¹/₅, am 12. Febr. 1894.
- „ „ Pichthensteinstraße, E.-Z. 411, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Singer Josef, am 11. Febr. 1894.
- „ „ Lazareth-gasse, E.-Z. 348, bish. Bef. Doppelmeier Simon ¹/₂, grdb. übertr. an Doppelmeier Rosalia ¹/₂, am 7. Febr. 1894.
- „ „ Pacirergasse, E.-Z. 333, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Albert Dub, am 15. Febr. 1894.
- „ „ Markt-gasse, E.-Z. 488, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Weiß Julius ¹/₂, am 9. Febr. 1894.
- „ „ Spittelauergasse, E.-Z. 995, bish. Bef. Artner Josef ¹/₄, grdb. übertr. an Artner Julius ¹/₄, am 19. Febr. 1894.
- „ „ Markt-gasse 29, E.-Z. 513, bish. Bef. Zaletka Karl ¹/₂, grdb. übertr. an Zaletka Antonia ¹/₄, Pamlitshka Rosalia ¹/₁₆, Zaletka Kath. ¹/₁₆, Zaletka Anna ¹/₁₆, Mayerhofer Theresia ¹/₁₆, am 20. Febr. 1894.
- „ „ Hahngasse, E.-Z. 261, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Scheibl Alois ¹/₂, Scheibl Leopoldine ¹/₂, am 15. Febr. 1894.
- X. Bez., E.-Z. 446, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Halbritter Josef, am 5. Febr. 1894.
- „ „ E.-Z. 965, bish. Bef. Mayer Friedrich Leopold, grdb. übertr. an Schifschitz Theodor, am 10. Febr. 1894.
- „ „ Ordensgasse, E.-Z. 1263, bish. Bef. Hirschler Franciska, grdb. übertr. an Hirschler Josefa ¹/₃, Kleineke Amalia ¹/₃, Ehrenfreund Hermine ¹/₃, am 30. Jän. 1894.
- „ „ E.-Z. 632, bish. Bef. Suckfüll Magdalena, geb. Reisinger ¹/₆, grdb. übertr. an Turczinsky Franz ¹/₁₂, Emilie Turczinsky ¹/₁₂, am 22. Febr. 1894.
- „ „ E.-Z. 1343, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Schya-Straßberg Jaf., am 22. Febr. 1894.
- „ „ E.-Z. 491, bish. Bef. Maurer Barbara ¹/₂, grdb. übertr. an Sohn Barbara ¹/₆, m. Mondl Aloisia ¹/₆, m. Mondl Joh. ¹/₁₀, am 20. Febr. 1894.
- „ „ E.-Z. 1670, bish. Bef. Turbain Friedrich, grdb. übertr. an Henneberg Ferdinand, am 30. Jän. 1894.

X. Bez., E.-Z. 821, bish. Vef. Turbain Friedrich, grdb. übertr. an Henneberg Ferdinand, am 30. Jan. 1894.

" " E.-Z. 2325, bish. Vef. Turbain Friedrich, grdb. übertr. an Henneberg Ferdinand, am 30. Jan. 1894.

" " E.-Z. 2326, bish. Vef. Turbain Friedrich, grdb. übertr. an Henneberg Ferdinand, am 30. Jan. 1894.

" " E.-Z. 615, bish. Vef. Kaan Katharina, v. Albert 2/10, grdb. übertr. an Stendel Friederike 3/10, am 25. Jan. 1894.

" " E.-Z. 2143, bish. Vef. ?, grdb. übertr. an Schöbinger Josefa, am 30. Jan. 1894.

" " E.-Z. 1869, bish. Vef. ?, grdb. übertr. an Kesseldorfer Karl, am 25. Jan. 1894.

" " E.-Z. 563, bish. Vef. ?, grdb. übertr. an die Sparcassa Trebitisch, am 3. Jan. 1894.

" " E.-Z. 630, bish. Vef. ?, grdb. übertr. an Kuffner Moriz, Eder v. 1/2, Kuffner Wilhelm 1/4, Kuffner Karl 1/4, am 23. Dec. 1893.

" " E.-Z. 2049, bish. Vef. ?, grdb. übertr. an Kuffner Moriz, Eder v. 1/2, Kuffner Wilhelm 1/4, Kuffner Karl 1/4, am 23. Dec. 1893.

" " E.-Z. 1366, bish. Vef. ?, grdb. übertr. an Lang Franz, am 8. März 1894.

" " E.-Z. 338, bish. Vef. Rath Otto, grdb. übertr. an Hirschl Jfidor, am 22. Febr. 1894.

" " E.-Z. 413, bish. Vef. Rath Otto, grdb. übertr. an Hirschl Jfidor, am 22. Febr. 1894.

" " E.-Z. 422, bish. Vef. Rath Otto, grdb. übertr. an Hirschl Jfidor, am 22. Febr. 1894.

" " E.-Z. 423, bish. Vef. Rath Otto, grdb. übertr. an Hirschl Jfidor, am 22. Febr. 1894.

" " E.-Z. 424, bish. Vef. Rath Otto, grdb. übertr. an Hirschl Jfidor, am 22. Febr. 1894.

" " E.-Z. 827, bish. Vef. Rath Otto, grdb. übertr. an Hirschl Jfidor, am 22. Febr. 1894.

" " E.-Z. 829, bish. Vef. Rath Otto, grdb. übertr. an Hirschl Jfidor, am 22. Febr. 1894.

" " E.-Z. 831, bish. Vef. Rath Otto, grdb. übertr. an Hirschl Jfidor, am 22. Febr. 1894.

" " E.-Z. 1196, bish. Vef. ?, grdb. übertr. an Zimmermann Peregrin, am 1. März 1894.

" " E.-Z. 1198, bish. Vef. ?, grdb. übertr. an Zimmermann Peregrin, am 1. März 1894.

" " E.-Z. 2516, bish. Vef. ?, grdb. übertr. an Zimmermann Peregrin, am 1. März 1894.

" " Inzersdorf, E.-Z. 283, bish. Vef. ?, grdb. übertr. an Prohazka Johann, am 5. Febr. 1894.

" " Inzersdorf, E.-Z. 501, bish. Vef. ?, grdb. übertr. an Lipp Vasilus 1/2, Lipp Anna 1/2, am 1. März 1894.

" " Inzersdorf, E.-Z. 562, bish. Vef. ?, grdb. übertr. an die Firma: Rudolf Schmidt & Co., am 31. Jan. 1894.

" " Ober-Laa, E.-Z. 494, bish. Vef. ?, grdb. übertr. an Sellinger Karl 1/2, Sellinger Magdalena 1/2, am 17. Febr. 1894.

" " Ober-Laa, E.-Z. 334, bish. Vef. ?, grdb. übertr. an Gey Martin, am 16. Februar 1894.

" " Ober-Laa, E.-Z. 332, bish. Vef. Fuchsberger Sebastian, grdb. übertr. an Kral Katharina, am 27. Febr. 1894.

" " Ober-Laa, E.-Z. 573, bish. Vef. Fuchsberger Sebastian, grdb. übertr. an Kral Katharina, am 27. Febr. 1894.

XI. Bez., Simmering, E.-Z. 355, bish. Vef. ?, grdb. übertr. an m. Pomohatich Marie, am 20. Jan. 1894.

" " Simmering, E.-Z. 1385, bish. Vef. ?, grdb. übertr. an Papeich Bertha, am 17. Febr. 1894.

" " Simmering, E.-Z. 99, bish. Vef. ?, grdb. übertr. an Seefranz Theresie 1/2, am 4. Jan. 1894.

" " Simmering, E.-Z. 789, bish. Vef. ?, grdb. übertr. an Ulrich Johann 1/2, Ulrich Aloisia 1/2, am 5. Febr. 1894.

" " Simmering, E.-Z. 1095, bish. Vef. ?, grdb. übertr. an Schmitt Katharina, am 5. Febr. 1894.

" " Simmering, E.-Z. 154, bish. Vef. ?, grdb. übertr. an Pfaffstädter Juliana 1/2, am 9. März 1894.

" " Kaiser-Ebersdorf, E.-Z. 145, bish. Vef. ?, grdb. übertr. an Layr Daniel 1/2, Layr Marie 1/2, am 14. Febr. 1894.

XII. Bez., Unter-Meidling, E.-Z. 585, bish. Vef. ?, grdb. übertr. an Bauer Marie, am 31. Dec. 1893.

" " Unter-Meidling, E.-Z. 368, bish. Vef. Kinzel Rudolf, Fertil Heinrich 1/2, Fertil Marie 1/2, am 24. Febr. 1894.

" " Unter-Meidling, E.-Z. 1280, bish. Vef. Gunsheimer Anna, grdb. übertr. an Knefel Ludwig 1/2, Knefel Josefa 1/2, am 28. Febr. 1894.

" " Unter-Meidling, E.-Z. 440, bish. Vef. Gegenhuber Michael, Gegenhuber Marie, grdb. übertr. an Kiensl Rudolf 1/2, Kiensl Marie 1/2, am 9. März 1894.

" " Gaubenzdorf, E.-Z. 102, bish. Vef. ?, grdb. übertr. an Knefel Wenzel, Knefel Anna, am 8. Febr. 1894.

" " Gaubenzdorf, E.-Z. 216, bish. Vef. Rufi Jakob 1/4, grdb. übertr. an Rufi Susanna 1/4, am 22. Jan. 1894.

XII. Bez., Gaubenzdorf, E.-Z. 254, bish. Vef. Rufi Jakob 1/2, grdb. übertr. an Rufi Susanna 1/2, am 22. Jan. 1894.

" " Hegendorf, E.-Z. 409, bish. Vef. ?, grdb. übertr. an Joscht Josef 1/2, Joscht Marie 1/2, am 8. Nov. 1893.

" " Altmannsdorf, E.-Z. 49, bish. Vef. Plant Johann 1/2, grdb. übertr. an Plant Francisca 1/2, am 16. Dec. 1893.

" " Altmannsdorf, E.-Z. 127, bish. Vef. ?, grdb. übertr. Brodit Vincenz 1/2, Brodit Natalie 1/2, am 15. Febr. 1894.

" " Altmannsdorf, E.-Z. 320, bish. Vef. Weilgony Joh. 1/2, grdb. übertr. an Weilgony Michael 1/2, am 6. März 1894.

" " Ober-Meidling, E.-Z. 14, bish. Vef. ?, grdb. übertr. an Weirich Franz 1/2, Weirich Johanna 1/2, am 17. März 1894.

XIII. Bez., Penzing, E.-Z. 289, bish. Vef. ?, grdb. übertr. an Repp Karoline, am 27. Febr. 1894.

" " Penzing, E.-Z. 133, bish. Vef. ?, grdb. übertr. an Achleitner Johann 1/2, Achleitner Rosa 1/2, am 7. März 1894.

" " Penzing, E.-Z. 196, bish. Vef. ?, grdb. übertr. an Becherer Karl, am 10. März 1894.

" " Penzing, E.-Z. 95, bish. Vef. ?, grdb. übertr. an Staab Josefa, am 14. März 1894.

" " Breitensee, E.-Z. 296, bish. Vef. Nagel Wilhelm, grdb. übertr. an Nagel-Hamilitich Simon, am 12. Dec. 1893.

" " Breitensee, E.-Z. 285, bish. Vef. ?, grdb. übertr. an Frank Julius 1/2, Sachs Alfred 1/2, am 3. März 1894.

" " Breitensee, E.-Z. 218, bish. Vef. Lewy Adelheid, grdb. übertr. an Scholz Theodor, am 12., 23. Febr. 1894.

" " Hieging, E.-Z. 333, bish. Vef. Eijerle Eduard 1/4, grdb. übertr. an Eijerle Katharina 1/4, am 5. März 1894.

" " Hieging, E.-Z. 215, bish. Vef. ?, grdb. übertr. an Wenz Aloisia, am 1. März 1894.

" " Hütteldorf, E.-Z. 477, bish. Vef. Spitzer Leopold, Spitzer Pauline, grdb. übertr. an Herz Robert, am 22. Febr. 1894.

" " Hütteldorf, E.-Z. 43, bish. Vef. Kirch Josefine 1/2, grdb. übertr. an Kirch Franz 1/2, am 22. Febr. 1894.

" " Ober-St. Veit, E.-Z. 1110, bish. Vef. ?, grdb. übertr. an den Ober-St. Veiter Verein zum Besten armer Kinder, am 31. Oct. 1893.

" " Unter-St. Veit, E.-Z. 16, bish. Vef. Kuzenberger Ferdinand 1/12, grdb. übertr. an Kuzenberger Anton 1/30, Lahnner Anna 1/30, Hierodly Franz 1/30, am 21. Dec. 1891.

" " Unter-St. Veit, E.-Z. 17, bish. Vef. Kuzenberger Ferdinand 1/4, grdb. übertr. an Kuzenberger Anton 1/12, Lahnner Anna 1/12, Hierodly Franz 1/12, am 21. Dec. 1891.

" " Speifing, E.-Z. 259, bish. Vef. Voel Hedwig 1/2, grdb. übertr. an Voel Josef 1/2, am 19. Febr. 1894.

" " Speifing, E.-Z. 238, bish. Vef. Neumann Jgnaz 1/2, grdb. übertr. an Hanauška Anna 1/2, am 17. Febr. 1894.

" " Hieging, E.-Z. 278, bish. Vef. ?, grdb. übertr. an m. Reiterer Josefa Francisca, am 7. Jan. 1894.

" " Lainz, E.-Z. 316, bish. Vef. ?, grdb. übertr. an Etal Friedrich, Baron, am 8. März 1894.

XIV. Bez., Rudolfsheim, E.-Z. 1136, bish. Vef. ?, grdb. übertr. an Maurer Franz 1/2, Maurer Katharina 1/2, am 9. Febr. 1894.

" " Rudolfsheim, E.-Z. 275, bish. Vef. ?, grdb. übertr. an Drucker Moriz, am 12. März 1893.

" " Rudolfsheim, E.-Z. 855, bish. Vef. ?, grdb. übertr. an Halbriiter Josef, am 21. Febr. 1894.

" " Rudolfsheim, E.-Z. 296, bish. Vef. Töpsl Francisca 1/3, grdb. übertr. an Kriich Karl 1/3, am 1. März 1894.

" " Rudolfsheim, E.-Z. 180, bish. Vef. ?, grdb. übertr. an Haldeuwang Johann 1/2, Haldeuwang Josefine 1/2, am 1. März 1894.

" " Rudolfsheim, E.-Z. 296, bish. Vef. Schall Maria 1/3, grdb. übertr. an Kriich Karl 1/3, am 1. März 1894.

" " Rudolfsheim, E.-Z. 309, bish. Vef. Wurm Rosalia, grdb. übertr. an Hofmeister Barbara 1/6, Csastavsky Susanna 1/6, Lang Leopoldine 1/6, Meirner Marie 1/6, Mojer Leopoldine 1/6, Hatzinger Rosalia 1/30, m. Barg Ferdinand 1/30, m. Barg Hermine 1/30, m. Barg Marianne 1/30, m. Barg Dominik 1/30, am 25. Nov. 1893.

" " Rudolfsheim, E.-Z. 550, bish. Vef. ?, grdb. übertr. an Wichart Franz 1/2, Wichart Leopold 1/2, am 9. März 1894.

" " Rudolfsheim, E.-Z. 198, bish. Vef. ?, grdb. übertr. an Brand Franz 1/2, Brand Helene 1/2, am 14. März 1894.

" " Sechshaus, E.-Z. 46, bish. Vef. Nelli Theresia, grdb. übertr. an Scheichl Marie, am 25. Nov. 1893.

XV. Bez., Fünfhans, Lannengasse, E.-Z. 472, bish. Vef. ?, grdb. übertr. an Grund Malvine, am 22. Jan. 1894.

" " Fünfhans, E.-Z. 704, bish. Vef. ?, grdb. übertr. an die Commandit-Gesellschaft Leo Weiß, am 7. März 1894.

XVI. Bez., Ottakring, E.-Z. 2507, bish. Vef. Erner Josef 1/2, grdb. übertr. an Erner Marie 1/2, am 24. Febr. 1894.

" " Ottakring, E.-Z. 1045, bish. Vef. Erner Marie 1/2, grdb. übertr. an Erner Josef 1/2, am 24. Febr. 1894.

" " Ottakring, E.-Z. 2560, bish. Vef. Erner Marie 1/2, grdb. übertr. an Erner Josef 1/2, am 24. Febr. 1894.

" " Ottakring, E.-Z. 1346, bish. Vef. ?, grdb. übertr. an Otta Anton 1/2, Otta Marie 1/2, am 14. Dec. 1893.

- XVI. Bez., Ottakring, E.-Z. 821, bish. Bef. Berger Anton, Berger Marie, Schimek Rosina $\frac{3}{4}$, grdb. übertr. an Hawella Ferdinand $\frac{2}{5}$, Hawella Marie $\frac{2}{5}$, am 16. 19. Febr. 1894.
- " " Ottakring, E.-Z. 41, bish. Bef.?, grdb. übertr. an Bauer Francisca $\frac{1}{4}$, Verlassenschaft nach Bauer Theresia $\frac{1}{4}$, Paiß Katharina $\frac{1}{4}$, Renten Gustav $\frac{1}{8}$, Renten Albert $\frac{1}{8}$, am 12. Febr. 1894.
- " " Ottakring, E.-Z. 257, bish. Bef.?, grdb. übertr. an Schels Josef $\frac{1}{2}$, am 22. Jän. 1894.
- " " Ottakring, E.-Z. 345, bish. Bef. Strobl Josef, Strobl Antonie $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Schaffelhofer Johann $\frac{1}{2}$, am 28. Febr. 1894.
- " " Ottakring, E.-Z. 701, bish. Bef.?, grdb. übertr. an Eijner Leonhard, am 26. Jän. 1894.
- " " Ottakring, E.-Z. 1011, bish. Bef. Vednarz Ludmilla $\frac{1}{2}$, grdb. über. an m. Vednarz Ludmilla, am 15. Febr. 1894.
- " " Ottakring, E.-Z. 821, bish. Bef. Kudlaczel Francisca $\frac{1}{4}$, grdb. übertr. an Hawella Ferdinand $\frac{1}{8}$, Hawella Marie $\frac{1}{8}$, am 3. März 1894.
- " " Ottakring, E.-Z. 41, bish. Bef. Renten Albert $\frac{1}{8}$, grdb. übertr. an Paiß Josef $\frac{1}{16}$, Pleßka Marie $\frac{1}{16}$, am 26. Febr. 1894.
- " " Ottakring, E.-Z. 1393, bish. Bef.?, grdb. übertr. an Schwarz Ludwig, am 2. März 1894.
- " " Ottakring, E.-Z. 1317, bish. Bef.?, grdb. übertr. an Frankl Julius, am 8. März 1894.
- " " Ottakring, E.-Z. 55, bish. Bef.?, grdb. übertr. an die Verlassenschaft nach Marek Josefina, am 11. Juli 1893.
- " " Ottakring, E.-Z. 2660, bish. Bef.?, grdb. übertr. an Wiefinger Johann $\frac{1}{2}$, Wiefinger Johanna $\frac{1}{2}$, am 12. März 1894.
- " " Ottakring, E.-Z. 2679, bish. Bef. Schindler Wilhelm, Schindler Amalie, grdb. übertr. an Kalaufel Franz $\frac{1}{2}$, Kalaufel Ferdinand $\frac{1}{2}$, am 12. März 1894.
- " " Ottakring, E.-Z. 1445, bish. Bef. Rathorff Simonetta $\frac{1}{10}$, grdb. übertr. an m. Rathorff Ernst Eugen $\frac{1}{30}$, m. Rathorff Alfred Ignaz Eugen $\frac{1}{30}$, m. Rathorff Hans Eduard Otto $\frac{1}{30}$, am 27. Dec. 1893.
- " " Neulerchenfeld, E.-Z. 143, bish. Bef.?, grdb. übertr. an Christlbauer Karl $\frac{1}{2}$, Christlbauer Marie $\frac{1}{2}$, am 8. März 1894.
- " " Neulerchenfeld, E.-Z. 163, bish. Bef.?, grdb. übertr. an Brantner Johann $\frac{1}{2}$, Brantner Theresia $\frac{1}{2}$, am 17. Febr. 1894.
- " " Neulerchenfeld, E.-Z. 790, bish. Bef. Patconsky Johann, grdb. übertr. an Josef Aloisia, am 20. Febr. 1894.
- " " Neulerchenfeld, E.-Z. 693, bish. Bef.?, grdb. übertr. an Penizka Johann $\frac{1}{2}$, Penizka Aloisia $\frac{1}{2}$, am 28. Febr. 1894.
- " " Neulerchenfeld, E.-Z. 171, bish. Bef.?, grdb. übertr. an Spatz Martin $\frac{1}{2}$, Spatz Marie $\frac{1}{2}$, am 1. März 1894.
- " " Neulerchenfeld, E.-Z. 490, bish. Bef. Kubat Josef $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Wiesbauer, geb. Kubat Theresia $\frac{1}{12}$, Frielhofer, geb. Kubat Marie $\frac{1}{12}$, Kubat Wilhelmine $\frac{1}{12}$, Kubat Josef $\frac{1}{12}$, Kubat Adolf $\frac{1}{12}$, Kubat Josefa $\frac{1}{12}$, am 12. Dec. 1893.
- " " Neulerchenfeld, E.-Z. 279, bish. Bef. Exner Josef $\frac{1}{2}$, Exner Marie $\frac{1}{2}$, am 24. Febr. 1894.
- " " Neulerchenfeld, E.-Z. 290, bish. Bef. Exner Josef $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Exner Marie $\frac{1}{2}$, am 24. Febr. 1894.
- " " Neulerchenfeld, E.-Z. 289, bish. Bef. Exner Marie $\frac{1}{2}$, Exner Josef $\frac{1}{2}$, am 24. Febr. 1894.
- " " Ottakring, E.-Z. 980, bish. Bef.?, grdb. übertr. an Selbach Michael, am 16. Jän. 1894.
- XVII. Bez., Hernals, E.-Z. 520, bish. Bef. m. Ertlbauer Heinrich $\frac{1}{6}$, grdb. übertr. an Welebny Bertha $\frac{1}{30}$, Ertlbauer Josef $\frac{1}{30}$, Ertlbauer Rudolf $\frac{1}{30}$, m. Ertlbauer Ernestine $\frac{1}{30}$, m. Ertlbauer Otto $\frac{1}{30}$, am 6. Sept. 1892.
- " " Hernals, E.-Z. 461, 462, 464, bish. Bef. Schubert Josefina $\frac{1}{16}$, Tauber Hermine $\frac{1}{16}$, Hanreich Rudolf $\frac{1}{16}$, grdb. übertr. an Hanreich Josefina $\frac{2}{16}$, am 14. Febr. 1894.
- " " Hernals, E.-Z. 1219, bish. Bef.?, grdb. übertr. an Rogan Peter, am 17. Febr. 1894.
- " " Hernals, E.-Z. 245, bish. Bef.?, grdb. übertr. an Kuffner Moriz, Edl. v. $\frac{1}{2}$, Kuffner Wilhelm $\frac{1}{4}$, Kuffner Karl $\frac{1}{4}$, am 23. Dec. 1893.
- " " Hernals, E.-Z. 1235, bish. Bef.?, grdb. übertr. an Salter Siegmund, am 14. Febr. 1894.
- " " Hernals, E.-Z. 1236, bish. Bef.?, grdb. übertr. an Salter Siegmund, am 14. Febr. 1894.
- " " Hernals, E.-Z. 1612, bish. Bef. Ulbrich Wilhelmine $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Ulbrich Anna $\frac{1}{4}$, Ulbrich Hermine $\frac{1}{4}$, am 6. Febr. 1894.
- " " Hernals, E.-Z. 879, bish. Bef. Rosenberg Colesfin $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Schmidt Paul $\frac{1}{2}$, am 15. Febr. 1894.
- " " Hernals, E.-Z. 1368, bish. Bef.?, grdb. übertr. an Pilz Anton $\frac{1}{2}$, Pilz Margaretha $\frac{1}{2}$, am 19. Jän. 1894.
- " " Hernals, E.-Z. 1064, bish. Bef. Stenzel Amand $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Stenzel Agnes $\frac{1}{2}$, am 17. Jän. 1894.
- " " Hernals, E.-Z. 1631, bish. Bef. Streiger Katharina $\frac{1}{14}$, Kölbel Karoline $\frac{1}{14}$, grdb. übertr. an Rauchbauer Karoline $\frac{1}{7}$, am 22. Febr. 1894.
- " " Hernals, E.-Z. 836, bish. Bef.?, grdb. übertr. an die Commune Wien, am 14. Febr. 1894.
- XVII. Bez., Hernals, E.-Z. 973, bish. Bef. Braun Leopoldine $\frac{2}{126}$, grdb. übertr. an Braunn Marie $\frac{2}{252}$, m. Braunn Dithmar $\frac{1}{504}$, m. Braunn Hermann $\frac{1}{504}$, m. Braunn Robert $\frac{1}{504}$, m. Braunn Gustav $\frac{1}{504}$, m. Braunn Johann $\frac{1}{504}$, m. Braunn Marie $\frac{1}{504}$, am 23. Nov. 1893.
- " " Hernals, E.-Z. 370, bish. Bef.?, grdb. übertr. an Pokorny Barbara $\frac{1}{15}$, Schuster Johanna $\frac{1}{15}$, m. Eckert Marianne $\frac{1}{15}$, Wieser Rosalia v. $\frac{2}{15}$, am 31. Dec. 1893.
- " " Hernals, E.-Z. 1302, bish. Bef.?, grdb. übertr. an Sperl Adalbert $\frac{1}{2}$, Sperl Marie $\frac{1}{2}$, am 20. Febr. 1894.
- " " Hernals, E.-Z. 1029, bish. Bef.?, grdb. übertr. an Parma Johann, am 6. März 1894.
- " " Hernals, E.-Z. 1668, bish. Bef. Ruby Johanna, grdb. übertr. an Eggerer Josef sen., am 20. Jän. 1894.
- " " Neunwaldegg, E.-Z. 62, bish. Bef.?, grdb. übertr. an Hofmann Leopold, am 1. März 1894.
- " " Dornbach, E.-Z. 442, bish. Bef. Beregszászy Julius v., Dr. $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Beregszászy Karoline v. $\frac{1}{2}$, am 12. Jän. 1894.
- " " Dornbach, E.-Z. 145, bish. Bef.?, grdb. übertr. an Braun Hugo, Dr. $\frac{1}{2}$, Braun Marie, geb. v. Frankl $\frac{1}{2}$, am 20. Febr. 1894.
- " " Hernals, E.-Z. 109, bish. Bef.?, grdb. übertr. an die Wiener Communal-Sparcassa in Hernals, am 5., 13. März 1894.
- " " Hernals, E.-Z. 108, bish. Bef.?, grdb. übertr. an Weiler Siegmund $\frac{1}{2}$, Weiler Rosa $\frac{1}{2}$, am 5. März 1894.
- " " Hernals, E.-Z. 309, bish. Bef. Koller Alois $\frac{1}{3}$, grdb. übertr. an Fischer Heinrich $\frac{1}{3}$, am 12. März 1894.
- XVIII. Bez., Währing, E.-Z. 380, bish. Bef.?, grdb. übertr. an Wertheim Sophie $\frac{1}{2}$, Goldner Moriz, Dr. $\frac{1}{2}$, am 8. Jän. 1894.
- " " Währing, E.-Z. 783, bish. Bef.?, grdb. übertr. an Pesendorfer geb. Diewald Anna $\frac{1}{2}$, am 24. Febr. 1894.
- " " Währing, E.-Z. 1133, bish. Bef. Demmel Stephan $\frac{1}{3}$, Verlassenschaft nach Demmel Stephan $\frac{1}{3}$, grdb. übertr. an Demmel Josef $\frac{2}{3}$, am 24. Febr. 1894.
- " " Währing, E.-Z. 360, bish. Bef.?, grdb. übertr. an Lichtenstern Heinrich, am 21. Dec. 1893.
- " " Währing, E.-Z. 418, bish. Bef. Kellner Josef $\frac{1}{6}$, grdb. übertr. an Kellner Marie $\frac{1}{6}$, am 29. Jän. 1894.
- " " Währing, E.-Z. 1643, bish. Bef. Bartsch Johann $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Bartsch Marie $\frac{1}{2}$, am 6. März 1894.
- " " Währing, E.-Z. 968, bish. Bef. Bieber Ignaz $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Strobl Michael $\frac{1}{4}$, Strobl Anna $\frac{1}{4}$, am 14. März 1894.
- " " Währing, E.-Z. 550, bish. Bef.?, grdb. übertr. an Waymann Johann $\frac{1}{2}$, Waymann Karoline $\frac{1}{2}$, am 15. März 1894.
- " " Währing, E.-Z. 790, bish. Bef.?, grdb. übertr. an Braun Karl $\frac{1}{2}$, Braun Franz $\frac{1}{2}$, am 8. März 1894.
- " " Gersthof, E.-Z. 587, bish. Bef. Sedlat Francisca, geb. Nowak $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Sedlat Martin $\frac{1}{4}$, am 3. August 1893.
- " " Gersthof, E.-Z. 561, bish. Bef. Perzl Franz $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Perzl Johanna $\frac{1}{2}$, am 21. Febr. 1894.
- " " Gersthof, E.-Z. 536, bish. Bef.?, grdb. übertr. an Müllner Franz, am 3. März 1894.
- " " Währing, E.-Z. 788, bish. Bef.?, grdb. übertr. an Braun Josef $\frac{1}{2}$, Braun Johanna $\frac{1}{2}$, am 8. März 1894.
- " " Währing, E.-Z. 1400, bish. Bef.?, grdb. übertr. an Töpfer Josef $\frac{1}{2}$, Töpfer Emma $\frac{1}{2}$, am 15. März 1894.
- " " Währing, E.-Z. 903, 904, bish. Bef. Dorfmeister Karoline, grdb. übertr. an m. Stirling Michael $\frac{1}{7}$, m. Stirling Karl $\frac{1}{7}$, m. Stirling Edmund $\frac{1}{7}$, m. Stirling Leopoldine $\frac{1}{7}$, m. Stirling Georgine $\frac{1}{7}$, m. Stirling Heinrich $\frac{1}{7}$, Wahr Karl $\frac{1}{7}$, am 5. Febr. 1894.
- " " Gersthof, E.-Z. 401, bish. Bef. Dorfmeister Karoline, grdb. übertr. an m. Stirling Michael $\frac{1}{7}$, m. Stirling Karl $\frac{1}{7}$, m. Stirling Edmund $\frac{1}{7}$, m. Stirling Leopoldine $\frac{1}{7}$, m. Stirling Georgine $\frac{1}{7}$, m. Stirling Heinrich $\frac{1}{7}$, Wahr Karl $\frac{1}{7}$, am 5. Febr. 1894.
- XIX. Bez., Ober-Döbling, E.-Z. 162, bish. Bef.?, grdb. übertr. an Prager Emma, am 31. Jän. 1894.
- " " Ober-Döbling, E.-Z. 477, bish. Bef.?, grdb. übertr. an Ernit Maria $\frac{1}{2}$, am 18. Febr. 1894.
- " " Ober-Döbling, E.-Z. 316, bish. Bef.?, grdb. übertr. an Tomel Franz $\frac{1}{2}$, Tomel Barbara $\frac{1}{2}$, am 24. Febr. 1894.
- " " Ober-Döbling, E.-Z. 908, bish. Bef.?, grdb. übertr. an Bengough John Egbert $\frac{1}{2}$, Williamina Louise $\frac{1}{2}$, am 2. März 1894.
- " " Ober-Döbling, E.-Z. 279, bish. Bef.?, grdb. übertr. an Rinsky Rudolf, Graf, am 3. März 1894.
- " " Ober-Döbling, E.-Z. 346, bish. Bef. Reinwein Ignaz $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Reinwein Marie $\frac{1}{2}$, am 22. Juli 1893.
- " " Ober-Döbling, E.-Z. 302, bish. Bef. Wengraf Moriz, grdb. übertr. an m. Wengraf Richard Leo, am 3. Febr. 1894.
- " " Heiligenstadt, E.-Z. 177, bish. Bef. Bauer Marie, grdb. übertr. an die Commune für Verkehrsanlagen in Wien, am 6. Dec. 1893.
- " " Heiligenstadt, E.-Z. 309, bish. Bef. Siegl Barbara $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Siegl Johann $\frac{1}{2}$, am 29. Dec. 1893.

- XIX. Bez., Unter-Döbbling, E.-Z. 83, 84, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Stückli Eduard, am 10. März 1894.
- " " Unter-Sievering, E.-Z. 360, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Hintersteiner Anton, am 6. März 1894.
- " " Unter-Sievering, E.-Z. 40, bish. Bef. Hirt Johann, Hirt Rosalia $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Czerventa Adalbert $\frac{1}{4}$, Czerventa Anna $\frac{1}{4}$, am 9. März 1894.
- " " Heiligenstadt, E.-Z. 188, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Collalto et San Salvatore Emanuel, Fürst, am 7. März 1894.
- " " Rufsdorf, E.-Z. 74, bish. Bef. Kaffner Johann, grdb. übertr. an Freidl Anton $\frac{1}{2}$, Freidl Aloisia $\frac{1}{2}$, am 20. Jän. 1894.
- " " Heiligenstadt, E.-Z. 264, bish. Bef. Grünwald Jakob $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Grünwald Cäcilie $\frac{1}{2}$, am 10. März 1894.

Baustellen-Verkehr in Wien.

Vom 1. bis 31. März 1894.

- II. Bez., E.-Z. 3838, C.-P. 662/24, bisheriger Besitzer ?, grundbüchertlich übertragen an Lang Paula, am 6. Febr. 1894.
- " " E.-Z. 3407, C.-P. 4941, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Freytag Johann, am 19., 24. Febr. 1894.
- " " E.-Z. 3459, Gruppe H, Nr. 6, E.-Z. 3408, Gruppe K, Nr. 7, E.-Z. 3460, Gruppe K, Nr. 8, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Bopelins Karl, am 10., 13. Febr. 1894.
- " " E.-Z. 482, Gruppe H, Reihe X, Nr. 11, bish. Bef. ?, Janak Martin, am 9., 12. Nov. 1893.
- " " Treustraße, E.-Z. 4270, Baustelle III, E.-Z. 4271, Baustelle IV, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Salter Siegmund, 14. Febr. 1894.
- " " E.-Z. 2514, Baustelle 39, Gruppe V, C.-P. 3233/5, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Dreifelhner Josef, 20. Febr. 1894.
- " " E.-Z. 2524, Baustelle 49, Gruppe VII, bish. Bef. ?, grundb. übertr. an Pacas Wenzel, am 19. Febr. 1894.
- " " E.-Z. 3555, Baustelle V, C.-P. 4605/5, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Hochstein Sprünge Rista (Stephanie), am 24. Febr. 1894.
- " " E.-Z. 4239, 4240, 4242, 5243, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Kalas Josef, am 26. Febr. 1894.
- " " Peregrinstraße, E.-Z. 1414, C.-P. 1777/2, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Miklovics Josef, am 18. März 1894.
- " " E.-Z. 3556, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Friedländer Josef, am 27. Febr. 1894.
- " " Valeriestraße, E.-Z. 2229, C.-P. 1777/5, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Miklovics Josef, am 18. März 1894.
- III. Bez., Erdbergermais Nr. 89, E.-Z. 1977, bish. Bef. Schloffer Georg $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Schloffer Josef, am 16. Jän. 1894.
- " " Dietrichgasse 2646, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Korwill Moriz, am 8. Febr. 1894.
- " " Erdbergermais, E.-Z. 2031, C.-P. 2335 g, E.-Z. 2079, C.-P. 2777 g, E.-Z. 2080, C.-P. 2785 g, E.-Z. 2082, C.-P. 2774 g, E.-Z. 2090, C.-P. 2756 g, E.-Z. 2141, C.-P. 2812 g, bish. Bef. Groll Leopold Andreas $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Groll Leopold $\frac{1}{4}$, m. Groll Hermine $\frac{1}{4}$, am 26. Jän. 1894.
- " " Erdbergermais, E.-Z. 2056, C.-P. 2370 g, E.-Z. 2059, C.-P. 2372 g, bish. Bef. Groll Leopold Andreas $\frac{1}{8}$, grdb. übertr. an Groll Leopold $\frac{1}{16}$, m. Groll Hermine $\frac{1}{16}$, am 26. Jän. 1894.
- " " Erdbergermais, E.-Z. 2165, bish. Bef. Lang Elisabeth $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Rautner Anna $\frac{1}{2}$, am 25. Oct. 1870.
- " " Erdbergermais, E.-Z. 2019, C.-P. 2325, 2326, E.-Z. 1020, C.-P. 2319/1, E.-Z. 2022, C.-P. 2329, E.-Z. 2030, C.-P. 2326, E.-Z. 2241, C.-P. 2440, bish. Bef. Höfeter Anna (auch Hefeter) $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Höfeter Georg $\frac{1}{2}$, am 26. Jän. 1894.
- " " Seidlgasse, E.-Z. 1476, Baustelle IX, C.-P. 344/4, E.-Z. 1477, Baustelle X, C.-P. 344/3, E.-Z. 1899, Baustelle XII, C.-P. 344/5, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Engel v. Mainfelden Alois Otto $\frac{1}{2}$, Engel v. Mainfelden Ernestine $\frac{1}{2}$, am 9. Febr. 1894.
- V. Bez., E.-Z. 2052, C.-P. 643/1, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Specht Hugo, am 3. Febr. 1894.
- " " Kompertgasse, E.-Z. 1709, Baustelle XII, C.-P. 981/10, 992/4, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Jostal Josef Jakob, am 1. März 1894.
- VIII. Bez., E.-Z. 884, C.-P. 372/5, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Höbrandner Karl, am 27. Jän. 1894.
- " " E.-Z. 891, C.-P. 1107/2, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Slama Leopold, am 4. März 1894.
- IX. Bez., E.-Z. 1305, C.-P. 1096/4, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Schweinburg Max, am 3., 15. Febr. 1894.
- " " Lazarethgasse, E.-Z. 346, C.-P. 383/5, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Klingenberg Wilhelm, am 17., 20. Febr. 1894.

- XI. Bez., E.-Z. 1606, Baustelle 245, Gruppe XXVI, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Hable Josef, am 14. Febr. 1894.
- " " E.-Z. 2484, 2501, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Wanecsek Karl $\frac{1}{2}$, Wanecsek Franz $\frac{1}{2}$, am 16. Febr. 1894.
- " " Juzersdorf, E.-Z. 392, C.-P. 819/34, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Feimgruber Anna, am 6. März 1894.
- " " Juzersdorf, E.-Z. 94, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 24. Jän. 1894.
- XI. Bez., Simmering, E.-Z. 1504, C.-P. 729, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Sey Marie, am 16. Febr. 1894.
- " " Simmering, E.-Z. 1267, C.-P. 1180, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Mariell Laurenz $\frac{1}{2}$, Mariell Katharina $\frac{1}{2}$, am 16. Febr. 1894.
- " " Simmering, E.-Z. 1506, C.-P. 1005, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Sey Josef $\frac{1}{2}$, Sey Theresia $\frac{1}{2}$, am 15. März 1894.
- " " Simmering, E.-Z. 1507, C.-P. 1051, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Putzschandl Franz $\frac{1}{2}$, Putzschandl Victoria $\frac{1}{2}$, am 5. Dec. 1893.
- " " Kaiser-Ebersdorf, E.-Z. 552, C.-P. 440, 441, 1594, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Sey Martin, am 24. Febr. 1894.
- " " Kaiser-Ebersdorf, E.-Z. 551, C.-P. 682/1, 682/3, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Layr Florian $\frac{1}{2}$, Layr Josefa $\frac{1}{2}$, am 14. Febr. 1894.
- XII. Bez., Unter-Neubring, E.-Z. 964, C.-P. 17/1, bish. Bef. Zanner Katharina sen. $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Schubert Wilhelmine $\frac{1}{4}$, Zanner Katharina $\frac{1}{4}$, am 8. Jän. 1894.
- XIII. Bez., Penzing, E.-Z. 996, C.-P. 615/2, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Meduniansky Dionys, Barcn, am 17. Febr. 1894.
- " " Penzing, E.-Z. 299, C.-P. 444/4, 444/5, E.-Z. 500, C.-P. 563/1, 564/1, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Zifferer Donat, am 26. Febr. 1894.
- " " Breitensee, E.-Z. 491, C.-P. 472/2, E.-Z. 518, C.-P. 466/3, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Frankl Julius $\frac{1}{2}$, Sachs Alfred $\frac{1}{2}$, am 3. März 1894.
- " " Breitensee, E.-Z. 339, C.-P. 290, bish. Bef. Rusch Josefa $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Rusch Albert $\frac{1}{2}$, am 4. Jän. 1894.
- " " Ober-St. Veit, E.-Z. 873, C.-P. 1030, E.-Z. 874, C.-P. 1031, bish. Bef. Schillinger Magdalena, grdb. übertr. an Kohlentorfer Johann, am 10. Febr. 1894.
- " " Ober-St. Veit, E.-Z. 817, C.-P. 965, bish. Bef. Schillinger Magdalena, grdb. übertr. an Glasauer Johann $\frac{1}{2}$, Glasauer Marie $\frac{1}{2}$, am 10. Febr. 1894.
- " " Unter-St. Veit, E.-Z. 401 bis incl. 464, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an die Wiener Baugesellschaft $\frac{1}{2}$, Wiener Bauverein $\frac{1}{2}$, am 20. Dec. 1893.
- " " Lainz, E.-Z. 209, C.-P. 333, bish. Bef. Hengl Alois jun., grdb. übertr. an Fegold Willibald, am 21. Febr. 1894.
- " " Lainz, E.-Z. 329, C.-P. 336/23, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Mayer Josefina, am 2. März 1894.
- " " Lainz, E.-Z. 319, C.-P. 336/10, grdb. übertr. an Etal Friedrich, Baron, am 8. März 1894.
- " " Speisung, E.-Z. 260, C.-P. 462, bish. Bef. Bod Hedwig $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Bod Josef $\frac{1}{2}$, am 19. Febr. 1894.
- " " Unter-Baumgarten, E.-Z. 303, C.-P. 239/1, 239/5, bish. Bef. Donner Rudolf $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Donner Friederike $\frac{1}{2}$, am 2. März 1894.
- " " Speisung, E.-Z. 329, C.-P. 568, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Guber Theresia, am 28. Febr. 1894.
- " " Speisung, E.-Z. 352, C.-P. 273/7, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Jakob Schloffer, am 26. Febr. 1894.
- XIV. Bez., Rudolfsheim, E.-Z. 1332, C.-P. 369, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Märkl Johann $\frac{1}{2}$, Märkl Marie $\frac{1}{2}$, am 26. Jän. 1894.
- " " Rudolfsheim, E.-Z. 910, C.-P. 1085, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Böhm Franz $\frac{1}{2}$, Böhm Katharina $\frac{1}{2}$, am 16. Febr. 1894.
- " " Rudolfsheim, E.-Z. 917, C.-P. 1194, E.-Z. 920, C.-P. 1191, E.-Z. 921, C.-P. 1190, C.-P. 924, C.-P. 1187, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Vogel Friedrich, am 27. Febr. 1894.
- " " Rudolfsheim, E.-Z. 1018, C.-P. 351/1, 987, 376, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Meißner Ferd., am 6. März 1894.
- " " Rudolfsheim, E.-Z. 964, C.-P. 1161, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Steinocher Franz $\frac{1}{2}$, Steinocher Charlotte $\frac{1}{2}$, am 15. März 1894.
- XVI. Bez., Ottakring, E.-Z. 2576, C.-P. 2870, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Etal Johann, am 7. März 1894.
- " " Neulerchenfeld, E.-Z. 756, 757, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Meißner Ferdinand jun., am 1. März 1894.
- " " Ottakring, E.-Z. 2850, C.-P. 2944, bish. Bef. Erner Josef $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Erner Marie $\frac{1}{2}$, am 24. Febr. 1894.
- " " Ottakring, E.-Z. 2499, C.-P. 2932, 2472, bish. Bef. Erner Marie $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Erner Jof. $\frac{1}{2}$, am 24. Febr. 1894.
- " " Ottakring, E.-Z. 42, C.-P. 1610/2, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Bauer Francisca $\frac{1}{4}$, Verlassenschaft nach Bauer Theresia $\frac{1}{4}$, Raß Katharina $\frac{1}{4}$, Renten Gustav $\frac{1}{8}$, Renten Albert $\frac{1}{8}$, am 12. Febr. 1894.
- " " Ottakring, E.-Z. 2848, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Schmid Friedrich sen., am 21. Febr. 1894.
- " " Ottakring, E.-Z. 254, C.-P. 2449, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Sch. Is Josef $\frac{1}{2}$, am 22. Febr. 1894.

- XVI. Bez., Ottakring, C.-Z. 605, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Jachin Johann $\frac{1}{2}$, Jachin Josefa $\frac{1}{2}$, am 26. Febr. 1894.
 " " Ottakring, C.-Z. 317, 319, 321, 334, 2322, 2324, 2326, bish. Bef. Lewy Adelheid, grdb. übertr. an Scholz Theodor, am 23. Febr. 1894.
 " " Ottakring, C.-Z. 207, C.-P. 78, bish. Bef. Schneider Franz $\frac{1}{20}$, grdb. übertr. an die Verlassenschaft nach Schneider Margaretha $\frac{1}{20}$, am 15. Mai 1886.
 XVII. Bez., Hernals, C.-Z. 265, C.-P. 40/2, bish. Bef. Niegler Marie $\frac{1}{4}$, Ram Moriz $\frac{1}{4}$, Ram Ludwig $\frac{1}{4}$, grdb. übertr. an Ram Friedrich $\frac{3}{4}$, am 14. Febr. 1894.
 " " Hernals, C.-Z. 121, C.-P. 526/4, C.-Z. 122, C.-P. 526/5, C.-Z. 123, C.-P. 526/6, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Haala Josef, am 1. und 3. Febr. 1894.
 " " Hernals, C.-Z. 1739, C.-P. 542/4, 540/5, C.-Z. 1740, C.-P. 542/5, 540/6, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Brüder Heský $\frac{1}{2}$, Waldmann Moriz & Bruder $\frac{1}{2}$, am 7., 8. und 10. Febr. 1894.
 " " Dornbach, C.-Z. 841, C.-P. 804, 805, C.-Z. 46, C.-P. 881, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Schindler Joh. $\frac{1}{2}$, Schindler Anna $\frac{1}{2}$, am 17. Februar und 6. März 1894.
 " " Dornbach, C.-Z. 797, C.-P. 1152/1, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Bvd Magdalena, am 3. März 1894.
 XVIII. Bez., Währing, C.-Z. 1882, C.-P. 482/7, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Beer-Thomayer Josef $\frac{1}{2}$, Beer-Thomayer Marie $\frac{1}{2}$, am 1. März 1894.
 " " Währing, C.-Z. 1824, C.-P. 267/2, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Lichtenstern Heinrich, am 21. Dec. 1893.
 " " Gersthof, C.-Z. 531, C.-P. 685/2, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Hermann Ignaz $\frac{1}{2}$, Hermann Josefa $\frac{1}{2}$, am 22. Febr. 1894.
 " " Währing, C.-Z. 789, C.-P. 300/2, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Braun Josef $\frac{1}{2}$, Braun Johanna $\frac{1}{2}$, am 8. März 1894.
 " " Weinhaus, C.-Z. 48, C.-P. 55, 56, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Oberst Paul, am 26. Febr. 1894.
 XIX. Bez., Ober-Döbling, C.-Z. 1091, C.-P. 839/1, 839/2, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Kraus Peter, am 27. Febr. 1894.
 " " Ober-Döbling, C.-Z. 991, C.-P. 870/81, 870/109, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Mathoy Robert, Dr. $\frac{1}{2}$, Mathoy Emilie $\frac{1}{2}$, am 8. März 1894.
 " " Ober-Döbling, C.-Z. 992, C.-P. 870/82, bish. Bef. ?, grdb. übertr. an Bostowski Karl, Mitt. v., am 8. März 1894.
 " " Heiligenstadt, C.-Z. 626, C.-P. 572/2, bish. Bef. Bauer Joh., Bauer Marie, grdb. übertr. an die Commission für Verkehrsanlagen in Wien, am 6. Dec. 1893.
 " " Heiligenstadt, C.-Z. 567, C.-P. 450/7, 981/4, 411/1, 411/2, 411/3, 413/2, bish. Bef. Gürtler Karl, grdb. übertr. an Gürtler Karl $\frac{1}{4}$, Gürtler Max (Maximilian) $\frac{1}{4}$, Gürtler Marie $\frac{1}{4}$, Gürtler Betty (Barbara) $\frac{1}{4}$, am 3. März 1894.
 " " Heiligenstadt, C.-Z. 263, C.-P. 378/9, bish. Bef. Grünwald Jakob $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Grünwald Cäcilie $\frac{1}{2}$, am 10. März 1894.
 " " Heiligenstadt, C.-Z. 476, bish. Bef. Kubat Josef Wenzel $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Wiesbauer Therese, geb. Kubat $\frac{1}{12}$, Prietshofer Marie, geb. Kubat $\frac{1}{12}$, Kubat Wilhelmine $\frac{1}{12}$, Kubat Jos. $\frac{1}{12}$, Kubat Adolf $\frac{1}{12}$, Kubat Josefa $\frac{1}{12}$, am 12. Dec. 1893.
 " " Nußdorf, C.-Z. 582, bish. Bef. Kubat Josef Wenzel $\frac{1}{2}$, grdb. übertr. an Wiesbauer Therese, geb. Kubat $\frac{1}{12}$, Prietshofer Marie, geb. Kubat $\frac{1}{12}$, Kubat Wilhelmine $\frac{1}{12}$, Kubat Jos. $\frac{1}{12}$, Kubat Adolf $\frac{1}{12}$, Kubat Josefa $\frac{1}{12}$, am 12. Dec. 1893.

Gewerbebeanmeldungen vom 9. April 1894.

- Bentsch Johann — Ausschank von Sodawasser und Fruchtsäften und Verschleiß von Zuckerbäderwaren — I., Franz Josefs-Quai gegenüber der Ferdinandsbrücke.
 Rothstein Anna — Cartonagewaren-Erzeugung — XIV., Rudolfsheim, Walthergasse 10.
 Kuntzschner Eduard — Commissionswaren-Verschleiß — XVI., Ottakring, Lerchenfelderstraße 19.
 Brunner Josef — Fleischhauer — IV., Hauptstraße 41.
 Rausch Ratal Friedrich — Fleischhauer — VII., Kaiserstraße 36.
 Pfaffstetter Juliana — Gastwirtin — XI., Simmering, Hirchengasse 20.
 Topinka Eleonore — Gebäckhandel im Umherziehen — XVI., Neulerchenfeld, Kirchstetterngasse 79.
 Zorgatsch Johanna — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Graben 29.
 Grath Ferdinand — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Hauptstraße 10.
 Hoffstetter Francisca — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Stephaniestr. 18.
 Stern Martin — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Brunnengasse 62.
 Fischl Karl — Verschleiß von Gratulationskarten, Chromolithographien in artistischer Ausführung — VII., Schottenfeldgasse 19.
 Grünberg Moriz recte Moses — Handelsagentie — I., Gonzagag. 1.
 Friedländer Franz — Herausgabe der periodischen Druckschrift „Der Compas“ — I., Wollzeile 25.
 Veruth Hans — Herausgabe der Druckschrift „Politische Fragmente“ — VIII., Florianigasse 44.

- Bollmer Michael — Holz- und Kohlen-Verschleiß — XVIII., Währing, Anastasius-Grüngasse 31.
 Kaiser Johann — Installation von Gas- und Wasserleitungen — XIX., Ober-Döbling, Hauptstraße 23 b.
 Janz Julius — Kleidermacher — VII., Burggasse 86.
 Konir Vincenz — Kleidermacher — XVII., Hernals, Krongasse 1.
 Kowar Johann — Kleidermacher — XVII., Hernals, Berggasse 39.
 Politzer Therese — Kleidermacherin — XI., Hauptstraße 117.
 Sippel Josefine — Kleidermacherin — XVII., Hernals, Krongasse 21.
 Burger Lambert — Kleinfuhrwerk — XIV., Rudolfsheim, Planfeng. 42.
 Kraus Philipp — Kürschner — XV., Fünfhans, Neubaugasse 44.
 Prachl Marie — Kunstblumen-Erzeugung — XIV., Rudolfsheim, Sechshauer Hauptstraße 50.
 Knoll Johann — Liqueur-Commissions-Verschleiß — VII., Neubaug. 21.
 Neumann Rosalia — Metall- und Eisengießerei — X., Simmeringstraße 183.
 Lufsch Eleonore — Milch-Verschleiß — XIII., Breitensee, Hauptstraße 3.
 Komarek Anna — Modistin — I., Michaelerplatz 6.
 Machaydit Martin — Obst- und Grünwarenhandel im Umherziehen — XVIII., Währing, Annagasse 33.
 Flemmich Anna — Papier- und Kurzwaren-Verschleiß — VIII., Florianigasse 3.
 Fischl Karl — Papier-, Schreib- und Zeichenrequisiten- und Kurzwaren-Verschleiß — VII., Schottenfeldgasse 19.
 Franz Antonie — Privat-Clavierschule — III., Seidlgasse 15.
 Laub Rosa — Privat-Clavierschule — III., Hekzgasse 8.
 Fieber Bertha — Privat-Lehranstalt für Damenfrisieren — VIII., Josefstädterstraße 14.
 Steiner Hildegard — Privat-Lehranstalt für Maßnehmen, Schnittzeichnen und Kleidermachen — VII., Schottenfeldgasse 25.
 Rubin Johann — Privat-Turnschule — III., Strohgasse 5.
 Grabner Josef — Sattler — XI., Am Canal 325.
 Steiger Robert — Schlosser — VIII., Kochgasse 15.
 Funder Franz — Schuhmacher — III., Mohzgasse 12.
 Fischer Karl — Schul-, Gebetbücher- und Kalender-Verschleiß — XIX., Ober-Döbling, Hauptstraße 82.
 Schüller Franz — Schul- und Gebetbücher-Verschleiß — XIV., Rudolfsheim, Sechshauer Hauptstraße 63.
 Balke Hermine — Schwarzwaren-Verschleiß — III., Hekzgasse 40.
 Gladsfel Josef — Spielwaren-Erzeugung — XIII., Baumgarten, Pachmannstraße 13.
 Müde Theresia — Spirituosen-Verschleiß — X., Davidgasse 12.
 Gartner Johann — Tischler — VIII., Kochgasse 22.
 Ftaniger Peter — Victualienhandel — Marktplätze in Wien; Wohnort: Styrneusiedl 85.
 Felinek Anton — Victualienhandel — XVIII., Währing, Kreuzgasse, Markt.
 Kretschky Wilhelmine — Victualienhandel — XVIII., Währing, Theresien-gasse 23.
 Wukovits Marie — Würstel- und Brotverkauf im Umherziehen — XI., Rimbäckstraße 64.
 Galick Marie — Brot- und Würstel-Verschleiß — IV., Kärnthnerthormarkt.

* * *

Gewerbebeanmeldungen vom 10. April 1894.

- Wieringer Anton — Bronzwaren-Erzeugung — VIII., Lerchenfelderstraße 66.
 Krois Francisca — Canditen-Verschleiß — II., Brigittagasse 8.
 Schön Emanuel — Drechsler — II., Scholzgasse 6.
 Augmüller Albert — Erzeugung von Damenhut-Aufputzartikeln aus Jaite- und Glasperlen — VIII., Vennogasse 15.
 Bloch Marie — Eier- und Geflügelhandel — II., Schmelzgasse 7.
 Rohsner Marie — Einspannergewerbe — XIV., Rudolfsheim, Schmelzgasse 10.
 Schöb Georg — Einspanner — V., Obere Bräuhausgasse 25.
 Wenger Katharina — Fiakergewerbe — XIII., Penzing, Flachgasse 7.
 Bartelt Paul — Flaschenbierhandel — IX., Berggasse 39.
 Wilhelm Samuel — Fourage-Verschleiß — II., Scholzgasse 13.
 Kemmel Martin — Friseur — V., Johannagasse 22.
 Schrödl Leopold — Gastwirt — XIV., Rudolfsheim, Reindorfstraße 32.
 Hoch Francisca — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Blumen-gasse 22.
 Jahn Julius — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Ottakring, Rittersg. 2.
 Kaiser Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Prager Reichstr. 9.
 Löwy Jonas — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Nordwestbahnstraße 11.
 Währinger Barbara — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Seideng. 38.
 Swoboda Rosina — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Mariengasse 35.
 Brodmann Karl — Geschäftsbeforgung — II., Kaiser Josefstraße 27.
 Anzenberger Anna Marie — Geschirr-Verschleiß — VII., Lindeng. 21.
 Rosensteiner Anna — Grünwarenhandel — XIII., Penzing, Poststraße, vor dem Hanse Nr. 74.
 Ingrisch Marie — Hallentröblergewerbe — IX., Wiener Tröblerhalle, Zelle 171.
 Fidor Max — Handelsagentie mit Bijouteriewaren — IX., Bergg. 20.
 Ferenz Josef — Holz- und Kohlen-Verschleiß — II., Lichtenauerg. 7.

Nois Johann — Holz-, Kohlen- und Coaks-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Thaliastraße 47.
 Biber Anna — Kaffeesiederin — II., Circusgasse 17.
 Touleček Leopold — Kaffeesieder — XIII., Hiebing, Altgasse 3.
 Wasnigzel Johann — Claviermacher — V., Untere Brauhaußg. 49.
 Bulius Theresie — Kleidermacherin — VIII., Piaristengasse 20.
 Cizel Josef — Kleidermacher — VIII., Langegasse 64.
 Grgac Matthias — Kleidermacher — VII., Neuhofgasse 24.
 Havel Johann — Kleidermacher — V., Schloßgasse 17.
 Kodta Barbara — Kleidermacherin — V., Hundstürmerplatz 8.
 Rinke Eduard — Kleidermacher — XVII., Hernals, Leitnermayerg. 21.
 Damasty Heinrich — Kunstblumenbestandtheile-Erzeugung — XIII., Ober-St. Veit, Mühlbachgasse 5.
 Ebstein Jakob — Marktlerant — IX., Fluchtgasse 9.
 Frühwirth Marie — Milch- und Gebäck-Verschleiß — II., Körnerg. 2.
 Klein Julie — Milch- und Gebäck-Verschleiß — VIII., Ledererg. 16.
 Zinsler Barbara — Milch-, Butter- und Gebäck-Verschleiß — IX., Nüßergasse 21.
 Spielmann Rosa — Modistin — II., Circusgasse 11.
 Eulenberg Anton — Musiker — VII., Zieglergasse 75.
 Pohl Franz Josef — Musiker — III., Keinerergasse 15.
 Löwinger Marie — Naturblumen-Verschleiß — II., k. k. Prater (Goldenes Kreuz).
 Kopyar Marie — Obst- und Grünwarenhandel im Umherziehen — IX., Lazarethgasse 23.
 Matzian Marie — Obst-, Grünzeug-, Butter-, Eier- und Blumenhanf-erhandel — II., Jägerstraße 7.
 Wechsler Zene — Obst- und Gebäckhandel im Umherziehen — II., Kleine Schiffgasse 17.
 Wancura Marie — Pfaidlerin — VII., Zieglergasse 1.
 Wenzel Barbara — Pfaidlerin — V., Hundstürmerstraße 26.
 Chylik Franz — Schuhmacher — II., Darwingasse 20.
 (Das Weitere folgt.)

Inhalt:

Gemeinderath:	Seite
Sitzungen des Gemeinderathes	845
Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 6. April 1894.	
Inhalt:	
Mittheilungen des Vorsitzenden:	
1. Nachruf zu Ehren Dr. Franz Schmehlals	845
2. Entschuldigung der Gem.-Räthe Dr. Stenzl, Jos. Müller und Ziegelwanger wegen Fernbleibens	845
3. Beantwortung der Interpellation der Gem.-Räthe Dr. Friedjung und Dr. Lueger, betreffend die Erfüllung der Vertragspflichten seitens der Gasgesellschaft	845
Interpellationen:	
4. Gem.-Räthe Fuchs und Röhrl, betreffend die Verlegung der Dampftramway aus der Jakobstraße im XII. Bezirke und der Hiebing, Lainzer und Speisinger Hauptstraße im XIII. Bezirke	846
5. Gem.-Rath Silberer, betreffend den Fall angeblich strafweiser Entziehung einer Armenpfunde	846
Anträge:	
6. Gem.-Rath Brauneis, betreffend die Verbesserung der Beleuchtung in der Märzstraße und am Cardinal Rauscherplatz im XIV. Bezirke	846
7. Derselbe, betreffend die Befämung brachliegender Grundflächen behufs Hintanhaltung der Staubentwicklung	846
8. Gem.-Rath Rauscher, betreffend die Herstellung der Franz Karlsstraße im Schottenwald zwischen der Laster-Eiche und dem Halterbache im XVII. Bezirke	846
Referate:	
9. Vice-Bürgermeister Dr. Richter, betreffend die Kenntnißnahme der Entscheidung des Ackerbauministeriums in Angelegenheit der Ableitung von täglich 36.400 m ³ Wasser oberhalb des Kaiserbrunnens	846
10. Gem.-Rath Mitt. v. Neumann, betreffend den Verkauf eines Theiles der Linienwallparcelle 1696/2 im VII. Bezirke an Julius Schneider	851
11. Derselbe, betreffend die Grundeinslösung bei dem Hause VIII., Kochgasse 13 (Rifalit)	851
12. Gem.-Rath Wikelsberger, betreffend die Grundeinslösung bei dem Hause XIV., Holohergasse, Einl.-Z. 869 (Rifalit), J. Pattal	851
13. Gem.-Rath Wurm, betreffend Grundeinslösung bei dem Hause IV., Carolinenplatz 1 (Rifalit), D. Zifferer und E. v. Gotts-hilf	851
14. Derselbe, betreffend die Grundeinslösung beim Hause XVII., Hernals, Hauptstraße 78/80 (Rifalite und Vorbau)	852

	Seite
15. Gem.-Rath Matthias, betreffend die Grundeinslösung beim Hause XIV., Goldschlagstraße, Sueßgasse E.-Z. 1322, 1323 (Rifalite), Anton Groß	852
16. Gem.-Räthe Boschan und Mayer, betreffend den Hauptvoranschlag der Stadt Wien pro 1894 (Special-Debatte)	852
Stenographischer Bericht über die außerordentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 7. April 1894.	
Inhalt:	
Vice-Bürgermeisterwahl	864
Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 10. April 1894.	
Inhalt:	
Mittheilungen des Vorsitzenden:	
1. Entschuldigung des Bürgermeisters wegen Fernbleibens	865
2. Desgleichen der Gem.-Räthe Schneiderhan und Dr. Mittler; Beurkundung des Gem.-Rathes Dolsainstl	865
3. Anberaumung der Wahlen in die Militärtarfbemessungs-Com-missionen	865
4. Spende der Erben nach Frln. Anna Steindl	865
5. Spende des Gewinners des Haupttreffers der Communallose	865
6. Spende des Bürgerschul-Directors Josef Urban für die Stadt-bibliothek (Sein Werk: „Erdziehliche Knabenarbeit“)	866
7. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Silberer, betreffend einen Fall angeblich strafweiser Entziehung einer Armenpfunde	866
8. Desgleichen jener der Gem.-Räthe Fuchs und Röhrl, betreffend die Verlegung der Dampftramway aus der Jakobstraße im XII. Bezirke und aus der Hiebing, Lainzer und Speisinger Hauptstraße im XIII. Bezirke	866
9. Dank und Anerkennung des n.-ö. Landtages für die Schul-freundlichkeit der Stadt Wien	866
10. Eingabe der Genossenschaft der Leichenbestattungs-Unternehmer, betreffend einen Antrag des Gem.-Rathes Rauscher	866
Interpellationen:	
11. Gem.-Rath Edlhofer, betreffend die Erstattung des Referates wegen Errichtung eines Pferdebeschlachthaus	866
12. Gem.-Rath Patscha, betreffend eine zweimalige Bespurgung der Straßen bei der Tröbderhalle im IX. Bezirke	867
13. Gem.-Rath Gräf, betreffend Stellungnahme gegen die seitens der Wiener Eiswerks-Unternehmungen durchgeführte Preis-erhöhung des Eises	867
Anträge:	
14. Gem.-Rath Büsch, betreffend die Anbringung der Gemein-de-wappen in den Sitzungssälen der Bezirksausschüsse	867
15. Gem.-Rath Tomola, betreffend die Aufassung von Zeitungs-abonnements	867
16. Derselbe, betreffend die Wiederaufstellung der Sitzbänke in den Straßen der Währinger Cottageanlagen	867
17. Gem.-Rath Eigner, betreffend die Verbreiterung der Fährbahn auf der Auserstraße im VIII. Bezirke	867
18. Derselbe, betreffend die Entleerung der Armenbüchsen	868
Referate:	
19. Gem.-Räthe Boschan und Mayer, betreffend den Hauptvoranschlag der Stadt Wien pro 1894 (Special-Debatte [Gruppen II und III])	868
Stadtrath:	
Sitzungen des Stadtrathes	884
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 3. April 1894	884
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 4. April 1894	887
Allgemeine Nachrichten:	
Nachweis der Steuereingänge im I. Quartale 1894 bei den städtischen Steueramts-Abtheilungen der magistratischen Bezirksämter für die 19 Bezirke	891
Approvisionnement:	
Vorsteviehmert vom 12. April 1894	892
Pferdemert vom 10. April 1894	892
Stechviehmert vom 12. April 1894	892
Approvisionnement-Angelegenheiten:	
Bericht des Marktammtes über die in Ausübung der Markt- und Sanitätspolizei vorgenommenen Conffiscationen im Monate März 1894	892
Militär-Angelegenheiten:	
Einsichtnahme in die Verzeichnisse der Militärpflichtigen	892
Baubewegung:	
Gefuche um Baubewilligungen vom 9. bis 12. April 1894	892
Realitäten-Verkehr in Wien vom 1. bis 31. März 1894	893
Baufstellen-Verkehr in Wien vom 1. bis 31. März 1894	893
Gewerbeanmeldungen	899
Kundmachungen.	

Herangsgeber: Die Gemeinde Wien. Verantwortlicher Redacteur: Dr. Friedrich Edler v. Nadler, Secretär des Wiener Magistrates.
 Papier aus der k. k. priv. Pittener Papierfabrik. — J. B. Wallischhauser's k. und k. Hof-Buchdruckerei, Wien.
 Inseraten-Annahme bei Haasenstein & Vogler (Otto Maas), Wien, I., Wallischgasse 10.

Offert-Ausschreibungen *)

1894.

Tag und Stunde	Ort (Bureau)	Gegenstand
17. April 10 Uhr	Departement V (Mag.-Rath Linsbauer)	M.-Z. 162196. Vergebung der Erd- und Baumeister- arbeiten für den Neubau eines Haupt- Unrathscanales aus Beton in der Neuen Gasse nächst der Johannesgasse und den Umbau eines Theiles des Haupt-Un- rathscanales in der Johannesgasse im XII. Bezirke im veranschlagten Kosten- betrage von 3085 fl. 14 kr. und 400 fl. Pauschale. 3-3
18. April 10 Uhr	detto	M.-Z. 32805. Vergebung der Erd- und Baumeister- arbeiten für den Neubau eines Haupt- Unrathscanales aus Beton in der Schwängasse und am Neuen Markt im I. Bezirke im veranschlagten Kosten- betrage von 1962 fl. 74 kr. und 500 fl. Pauschale. 3-3
19. April 10 Uhr	detto	Vergebung der Erd- und Baumeister- arbeiten für den Umbau des Haupt- Unrathscanales aus Beton in der Erd- bergstraße im III. Bezirke von Nr. 72 bis 76 im veranschlagten Kostenbetrage von 1845 fl. 68 kr. und 200 fl. Pau- schale. 2-3
20. April 10 Uhr	detto	Vergebung der Erd- und Baumeister- arbeiten für den Neubau eines Haupt- Unrathscanales in der Gürtelstraße nächst der Belvederelinie und die Herstellung eines Wasserlaufcanales in der neu zu eröffnenden Strecke der Gürtelstraße im III. Bezirke im Kostenbetrage von 3477 fl. 70 kr. und 400 fl. Pauschale, beziehungsweise von 1105 fl. 11 kr. 2-3
21. April 10 Uhr	detto	Vergebung der Erd- und Baumeister- arbeiten für den Neubau eines Haupt- Unrathscanales in der Clusiusgasse im IX. Bez. im Kostenbetrage von 1591 fl. 9 kr. und 300 fl. Pauschale. 2-3

*) Pläne, Kostenanschläge u. können im Stadtbauamte während
der Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der Bedingnisse sind bei der städtischen Hauptcassa
gegen Erlag von 10 kr. erhältlich.

Offerenten haben ein Exemplar der bezüglichen Bedingnisse
mit den dem Projecte beiliegenden Original-Bedingnissen genau in
Übereinstimmung zu bringen, eventuell zu ergänzen, sodann die am
Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend aus-
zufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert
verfiegelt zu übergeben.

Dem Offerte ist ein Vadium von 5 Percent der Kosten-
anschlagssumme anzuschließen oder aber die Bestätigung über den
bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offert-
verhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf später einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form
ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlungen,
sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämtlichen Offerenten
behält sich die Gemeinde vor.

G.-Z. 35902.

Concursauschreibung.

(Erledigte Lehrstellen.)

Auf Grund des Beschlusses des Wiener Stadtrathes vom
28. März 1894, Z. 1980, kommen vom Beginne des Schuljahres
1894/95 am Leopoldstädter Communal-Real- und Obergymnasium
in Wien eine definitive Lehrstelle für classische Philologie und eine
definitive Lehrstelle für Deutsch als Hauptfach und classische
Philologie als Nebenfach zur Besetzung.

Mit jeder dieser Lehrstellen sind die für definitive Lehrpersonen
an Staatsmittelschulen in Wien normierten Bezüge, nämlich ein
jährlicher Gehalt von 1200 fl., fünf Quinquennalzulagen à 200 fl.
und eine Activitätszulage von 500 fl. verbunden.

Die Verleihung dieser Lehrstellen ist auch an die Bedingung
geknüpft, daß sich die Competenten rüchrsichtlich der Lehrverpflichtung
des Ausmaßes an wöchentlich zu ertheilenden Lehrstunden u. s. f.
in Gemäßheit des Gemeinderaths-Beschlusses vom 3. Juli 1883,
Z. 2907, den für das Lehrpersonale an den k. k. Staatsmittel-
schulen geltenden gesetzlichen Bestimmungen und zufolge Gemein-
derraths-Beschlusses vom 9. October 1888, Z. 455, der für die
communalen Beamten und Diener bestehenden Dienstpragmatik
unterwerfen, daher sich insbesondere auch an andere communale
Mittelschulen Wiens verlegen lassen und weiters sich reversmäßig
verpflichten, den Communaldienst niemals während der Dauer eines
Schuljahres zu verlassen und gelegentlich der seinerzeitigen Über-
nahme in den Staatsdienst die Dienst- und Carenztaxe zu ent-
richten.

Bewerber um diese Stellen haben ihre vollständig, insbesondere
auch mit dem Nachweise der österreichischen Staatsbürgerschaft und
mit den staatsgiltigen Lehrbefähigungs-Zeugnissen, sowie den Ver-
wendungszeugnissen instruierten, an den Wiener Stadtrath gerichteten
Gesuche bis längstens 20. Mai 1894 beim Magistrate der Stadt
Wien zu überreichen.

Auf verspätet eingelangte oder nicht gehörig belegte Gesuche
kann keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 30. März 1894.

2-3

Prot.-Nr. 40845.

Ref.-Nr. 522 ex 1894. IV.

Kundmachung.

(Offertauschreibung.)

Wegen der Sicherstellung der Lieferung von 83 Stück Sitzbänken nach dem Muster der Ringstraßenbänke für die städt. Gartenanlagen in den einzelnen Gemeindebezirken von Wien wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am Samstag den 21. April d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp, im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Bedingungen im obigen Bureau während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenen Offerte ist das vorgeschriebene Badium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämtlichen Offerten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 7. April 1894. 2—3

Ad Prot.-Nr. 34489.

Ref.-Nr. 520 ex 1894. V.

Kundmachung.

(Offertauschreibung.)

Wegen Vergebung der currenten Holzstöckelpflasterungsarbeiten pro 1894 in den Bezirken I bis XIX wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am 24. April d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den bezüglichen Preistarif, sowie die Vorschrift im Stadtbauamte ebendasselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Das Badium beträgt fünfhundert Gulden ö. W. Dasselbe ist dem Offerte anzuschließen oder es ist die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämtlichen Offerten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 10. April 1894. 1—3

Prot.-Nr. 61971 ex 1894.

838. IV.

Kundmachung.

(Auction.)

Wegen Veräußerung von verschiedenen alten, seitens der Gemeinde nicht mehr verwendbaren Gegenständen, insbesondere von Schmiede- und Gusseisen, Weißblech, Kupfer, Zink, Messing, Metall, Woll- und Leinenstrazzen, Leder-, Gummi- und Hanfzeug, Seilen, eisernen und kupfernen Kesseln, Feuersprizen und Wasserpumpen, verschiedenen Karren, Krankentragen, Beleuchtungs-Gegenständen, Baumaterialien u. s. w., u. s. w., wird am Dienstag den 24. April 1894, um 9 Uhr vormittags, im städtischen Material-Depot im IX. Bezirk, Rossauerlande 23, eine öffentliche Versteigerung abgehalten werden.

Kauflustige werden hiezu mit dem Bemerken eingeladen, daß die zur Veräußerung gelangenden Gegenstände täglich von 8 bis 2 Uhr im oben bezeichneten Depot besichtigt werden können und daß die erstandenen Gegenstände sogleich bar bezahlt und binnen längstens drei Tagen, vom Erstehungstage gerechnet, aus dem Depot abgeholt werden müssen, da über diese Zeit hinaus für die Richtigkeit des Gewichtes und für den unveränderten Zustand der erstandenen Objecte keine weitere Haftung übernommen wird.

Nach Ablauf von acht Tagen würde ein Lagerzins von einem halben Percent der Erstehungssumme für jeden angefangenen Tag eingehoben werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, den 7. April 1894. 2—3

3. 17137.

Kundmachung

der k. k. u.-ö. Finanz-Landes-Direction, betreffend die Termine zur Einzahlung der directen Steuern im II. Quartale 1894.

Es wird hiemit erinnert, daß im Laufe des II. Quartales 1894 die directen Steuern in Niederösterreich in nachstehenden Terminen fällig und einzuzahlen sein werden:

- a) die Grund-, dann die Hauszins- und Hausclassensteuer und die fünfpercentige Steuer von dem aus dem Titel der Bauführung ganz oder theilweise zinssteuerfreien Gebäuden, am 1. Mai;
- b) die Einkommensteuer, soweit solche nicht durch den Abzug von den Zinsen oder anderen Bezügen unmittelbar eingebracht wird, am 30. Juni.

Werden die oben erwähnten Steuern sammt Staatszuschlägen nicht spätestens vierzehn Tage nach Ablauf der voraus festgestellten Zahlungstermine eingezahlt, so tritt die Verpflichtung zur Entrichtung von Verzugszinsen ein, welche, insofern die ordentliche

Steuergebühr sammt Staatszuschlägen für das ganze Jahr 50 fl. übersteigt, für je 100 fl. und für jeden Tag mit 1½ Kreuzer von dem auf die oben festgesetzten Einzahlungstermine nächstfolgenden Tage an einzuheben sind.

Wird die Steuerschuldigkeit nicht binnen vier Wochen nach dem Einzahlungstermine abgestattet, so ist dieselbe sammt den bis zum Zahlungstage entfallenden Verzugszinsen sofort mittels des vorgeschriebenen Zwangsverfahrens einzubringen.

Wien, am 31. März 1894.

Der k. k. Statthalter und Präsident der k. k. n.-ö. Finanz-Landes-Direction:

Erich Graf Kielmansegg. 1—2

Z. 58702.

III.

Currende

für die städtischen Beamten.

In der Wasserheilanstalt in Kaltenleutgeben ist für die drei Curperioden im Jahre 1894, nämlich:

vom 1. Mai bis 15. Juni
" 16. Juni " 31. Juli
" 1. August " 15. September

an je einen curbedürftigen städtischen Beamten ein Freiplatz in der Weise zu vergeben, daß der Betreffende unentgeltlich Wohnung, Kost, Bäder und ärztliche Behandlung erhält.

Gesuche um Verleihung eines dieser Freiplätze, welche zugleich auch das Ansuchen um Ertheilung des erforderlichen Urlaubes zu enthalten haben, sind mit dem Nachweise über die Curbedürftigkeit bis längstens 15. April 1894 im Einreichungsprotokolle des Magistrates zu überreichen.

Wien, am 31. März 1894.

Der Magistrats-Director:

Krenn.

3—3

M.-D.-Z. 434.

Currende

für die Herren Magistrats- Secretäre, Magistrats- Commissäre, Magistrats- Concipisten 1. und 2. Kategorie und Concepts- Praktikanten.

Infolge des Ablebens des Herrn Magistratsrathes Eduard Wierer gelangen im Status der Conceptsbeamten

- 1 Magistratsrathsstelle in der VII. Rangklasse,
 - 1 Magistrats-Secretärstelle in der VIII. Rangklasse,
 - 1 Magistrats-Commissärstelle in der IX. Rangklasse,
 - 1 Magistrats-Concipistenstelle in der X. Rangklasse, 1. Kategorie,
 - 1 Magistrats-Concipistenstelle in der X. Rangklasse, 2. Kategorie,
- sämmtliche Stellen mit den systemisirten Bezügen zur Besetzung.

Diejenigen von den Herren Conceptsbeamten, welche sich um eine dieser Stellen bewerben wollen, haben ihre diesbezüglichen Competenzgesuche längstens bis inclusive 18. April 1894 im magistratischen Einreichungs-Protokolle zu überreichen.

Auf später einlangende Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Wien, am 7. April 1894.

Der Magistrats-Vice-Director:

Tschau.

2—2

M.-Z. 60359 ex 1894.

XVI.

Kundmachung,

betreffend die Einsichtnahme in die Verzeichnisse der Militärtaxpflichtigen und ihre Einreichung in die Tarifclassen für das Taxjahr 1893.

Im Sinne des § 8, Absatz 2 des Militärtaxgesetzes vom 13. Juni 1880, N.-G.-Bl. Nr. 70, werden die Verzeichnisse der in Wien heimatberechtigten Militärtaxpflichtigen und ihre Einreichung in die Tarifclassen für das Taxjahr 1893 vom 17. bis inclusive 30. April 1894 bei den magistratischen Bezirksämtern I bis XIX zur öffentlichen Einsicht aufliegen.

Die Taxpflichtigen erscheinen in dem Verzeichnisse jenes Bezirkes, in welchem sie zur Zeit ihrer letzten Einvernehmung gewohnt haben, eingetragen, die außerhalb Wien (oder im Auslande wohnhaften jedoch in dem Verzeichnisse des magistratischen Bezirksamtes I.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 10. April 1894.

1—2

Inserate.

Lichtpaus-Anstalt

H. RIEHL

Wien, Währing, Johannesgasse 35

empfiehlt sich zur Vervielfältigung von Plänen (schwarze Linien auf weißem Grunde). — Lieferung von Cyanotippapier zur Selbstanfertigung von Plänen (weiße Linien auf blauem Grunde).

Preise mässig, Arbeit schnell und billig.

Asphalt-Unternehmung Karl Günther,

Wien, I., Bauernmarkt Nr. 3

übernimmt unter Garantie für reinen Naturasphalt und solide Arbeit in loco sowohl wie auswärtig

Asphaltierungen jeder Art

mit bestem Sicilianischen Natur-Asphalt (bituminöser Kalkstein in Pulverform).

Kosten-Voranschläge gratis und franco.

Zur coulanten Besorgung aller im Cursblatte notirten Effecten und Valuten, bestens empfohlen:

Wechselstube des Bankhauses
SCHELHAMMER & SCHATTERA

WIEN, I.,
Kärntnerstrasse
Nr. 20.

PATENTE Muster- u. Markenschutz in allen Ländern
 im In- und Auslande besorgt das Erste beh. autorisierte Privilegien-Bureau
H. Palm (Michalecki & Co.) Wien, I., Stefansplatz 8, Brandstätte 1.

Durch dieses Bureau wird fast der vierte Theil aller in Österreich-Ungarn erteilten Patente erwirkt und wurden durch dasselbe bisnun gegen **17.000 Patentbesorgungen** durchgeführt. — Herausgabe und Redaction des „Illustrierten österreichisch-ungarischen Patentblattes“. — Besorgung von Copien in- und ausländischer Patentschriften. — Telegramm-Adresse: „Patent“ Wien. — Telefon Nr. 337. — Preis-Courante und Proben-Nummern gratis und franco. 117

Vom Erfinder Prof. Dr. Meidinger ausschl. autoris. Fabrik für

MEIDINGER-OEFEN
H. HEIM, WIEN,

k. u. k. Hoflieferant

I., Kohlmarkt 7, früher I., Michaelerplatz 5.

Patente in allen Staaten.

Mit ersten Preisen prämiert auf allen Ausstellungen.

Vorzüglichste Regulir-, Füll- u. Ventilations-Oefen.
 Ueber 40.000 Oefen in Verwendung.

In Oesterreich - Ungarn werden von 449 Unterrichtsanstalten 3747 unserer Oefen verwendet, darunter

in 121 Schulen der Commune Wien 988 Oefen,
 in 95 Schulen der Commune Budapest 599 Oefen.

Wir warnen vor Nachahmung unter Hinweis auf obenstehende, auf der Innenseite der Oefenthüren eingegossene Schutzmarke.



Schutzmarke.

„HESTIA“-OEFEN.

Rauchverzehrende Kamine und Caloriferes.

Central-Heizungen aller Systeme mit rauchfreier Feuerung für jedes Brennmaterial.



Aufzüge
 aus der k. u. k. Hof-Maschinen- u. Aufzüge-Fabrik
A. FREISSLER
 Ingenieur.
 Wien, X., Erlachplatz 4.
 Budapest, VI., Hunyadiplatz 9.

Befasst sich seit 25 Jahren ausschliesslich mit der Erzeugung aller Arten von Aufzügen nach eigener bewährter Construction für Lagerhäuser, Bahnhöfe, Zuckerfabriken, Brauereien und Brennerien, Hôtels und Privathäuser.

Lasten-Aufzug für Seiltrieb.

Lédeczer Portland-Cement-Fabrik
 des Adolf von Schenk-Lédecz
 Lédecz, Comitatus Trencsin, Ungarn,
 Eisenbahnstation:
 Illava oder Bellus (der königl. ungar. Staatsbahnen) empfiehlt ihren
Prima - Portland - Cement.

Auskünfte und Atteste erteilt das Centralbureau Adolf von Schenk-Lédecz in Wien, I., Elisabethstrasse 44.

Manverlange stets ausdrücklich:
LIEBIG Company's
Fleisch-Extract
 Dient zur augenblicklichen Herstellung von Fleischbrühe und zur Verbesserung von Suppen, Gemüsen, Saucen und Fleischspeisen jeder Art. Vortreffliches Stärkungsmittel für Kranke und Genesende.
 Als Bürgschaft für die Echtheit und Güte achte man besonders auf den Namenszug des Erfinders *J. Liebig* in blauer Schrift.

Dessin-Tafeln
 jeder Art für Stiegenhäuser, Windfänge, Oberlichten, Auslage-Fenster nach eigenen Mustern und jeder eingesandten Zeichnung, weiss und bunt geätzt und geschliffen.
Matt- und Mouslinglas Spiegelgläser
 für Schaufenster und Portale.
 Musterbuch und Preisüberschläge gratis.
Herb & Schwab
 Wien, XVIII., Hauptstrasse Nr. 82-84.

WILH. PITTNER
 I. DAMPFPRÄGENSTALT
 METALLWAAREN-FABRIK
 PRESS-ZUG- u. DREHARBEITEN.
 OCCURANT WIEN 1893
 W. HUNDSTURMERSTRASSE 13.

Frants Djörup
 Bauunternehmer und Stadtzimmermeister
 Wien, II., Jägerstrasse 5.
 Telefon Nr. 1503.

Gegründet 1816.
ANTON PAULY
 Bettwaren-Fabrikant
 = WIEN =
 nur VIII., Lerchenfelderstr. 36.

Lager aller Gattungen Bettwaren, und zwar: Eisenbetten, Bettensätze, Matratzen, abgeheißte Bettdecken, Bettwäsche etc., sowie eine grosse Auswahl von Bettfedern, Flanmen, Dunen und gesottenem Rosshaar.
 Preis-Courante sammt Zeichnungen gratis und franco.

Verhütung von Brandunglück.

In letzter Zeit häuften sich Unglücksfälle durch Zugießen von Petroleum ins Feuer. Um aber ein rasches Feuer gefahrlos in Küchenherden und Oefen zu erzielen, bediene man sich der „Vulkan-Kohlen-untersünder“, mit welchen ein Kind ohneweiters umgehen kann, und welche Holz, Späne etc. vollständig überflüssig machen.
 Stk. 500 für Holz oder kleine Kohlenfeuer fl. 2.—
 „ 250 „ grössere Kohlenfeuer 2.—
 Communal-Beamten wird als kleinste Bestellung auch für fl. 1.—, u. zw. zum Communal-Preise franco zugestellt.
 Zur Bestellung genügt Correspondenzkarte. Spesenfreie Zustellung in alle Bezirke Wiens.

K. k. a. priv. „Vulkan“-Fabrik
Josef Wehrs, Wien, III. Bez., Hauptstrasse Nr. 122.
 Lieferant der Commune Wien.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und  Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 31.

Dienstag, den 17. April 1894.

Jahrgang III.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.
" " mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. |
Einzelnegemplare à 10 kr. im Redactionlocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Stenographischer Bericht

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **12. April 1894** unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Raimund Gröbl und des Vice-Bürgermeisters Dr. Albert Richter.

Bürgermeister Dr. Gröbl: Die Versammlung ist beschlussfähig, die Sitzung eröffnet.

1. Gem.-Rath Haßfurther entschuldigt sein Ausbleiben von der heutigen Sitzung.

2. Herr Leopold Sachs hat mir namens der Hinterbliebenen der verstorbenen Frau L. Goldschmid zur Vertheilung an Arme ohne Unterschied der Confession den Betrag von 100 fl. übermittelt.

3. Der ungenannt bleiben wollende Gewinner des Haupttreffers der Communallose hat für die bei der Ziehung am 2. April 1894 verwendeten Waisenknaben den Betrag von 100 fl. gespendet. (Gem.-Rath Gregorig: Da hat er sich aber angestrengt!) 2000 fl. hat er schon früher hergegeben.

4. Die Bezirksvorstehung des IX. Bezirkes theilt mit, dass der Pächter und Director des Orpheums, Herr C. W. Pertl, dem Vereine zur Erhaltung und Förderung des Karoline N i e d l'schen Kinderospitales im IX. Bezirke sein Etablissement zur Veranstaltung einer Wohlthätigkeitsvorstellung unentgeltlich zur Verfügung gestellt hat, und dass es auf diese Weise möglich war, den namhaften Betrag von 413 fl. dieser Stiftung zuzuführen.

Allen diesen Spendern wird der Dank ausgesprochen.

5. Der Herr Gem.-Rath Edlhofer hat an mich eine Interpellation, betreffend die Erbauung eines Pferdeschlachthauses gerichtet. Ich habe die Ehre, hierauf Folgendes zu erwidern: Die Erbauung eines Pferdeschlachthauses ist allerdings ein dringendes Bedürfnis, weil aus sanitären Gründen der Schlachthauszwang für Pferde auch in den neuen Bezirken endlich durchgeführt werden muss, und weil die Pferdeschlachtbrücke am Viehmarkte, welche den Pferdeschlächtern der alten Bezirke zugewiesen ist, räumlich unzureichend ist und als Holzbaracke den Anforderungen, die an ein Schlachthaus gestellt werden müssen, absolut nicht entspricht.

Angeichts dieser Sachlage wurde vom Magistrate und Stadtrathe beantragt, jenen Theil des Pferdemarktes, auf welchem die gedeckte Reitbahn und die Pferdemarktstallungen XI und XII sich befinden, vom Pferdemarkte abzutrennen und zu Zwecken eines Central-Pferdeschlachthauses umzugestalten, weil der Pferdemarkt isoliert im unverbauten Theile des V. Bezirkes gelegen ist, weil ferner die Reitbahn seit Jahren unbenützt ist und sich mit geringen Kosten für den angegebenen Zweck adaptieren lässt, und weil endlich die Pferdeschlächter ihren Bedarf am Pferdemarkte decken und dadurch der Abtrieb der Schlächterpferde in ein entfernt gelegenes Schlachthaus vermieden wird.

Das Referat steht auf der Tagesordnung des Gemeinderathes.

Von Bewohnern des V. Bezirkes wurde gegen die geplante Errichtung des Pferdeschlachthauses eine Agitation eingeleitet. Auch wurde in der Budget-Commission der Antrag gestellt, das Nusdorfer Schlachthaus in ein Pferdeschlachthaus umzuwandeln, was aber auf große Schwierigkeiten stoßen wird, namentlich deshalb, weil das Nusdorfer Schlachthaus weitab von den Betriebsstätten der Pferdeschlächter gelegen ist.

Ich werde übrigens dafür sorgen, dass dieser Gegenstand, da er auf der Tagesordnung steht, sobald als möglich in Verhandlung genommen wird. Ich bitte, dies zur Kenntnis zu nehmen.

6. Die Erhebungen über die vom Herrn Gem.-Rathe Graf in der letzten Sitzung gestellte Interpellation, betreffend die Erhöhung des Eispreises, konnten bis heute nicht abgeschlossen werden, und

wird die Interpellation in der morgigen Sitzung beantwortet werden.

Ich bitte um Mittheilung der Einläufe.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

7. Gem.-Rath Brauneis überreicht nachstehende Petition der Bewohner des XIII., XIV. und XV. Bezirkes:

Löblicher Gemeinderath der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien!

Solange die Vororte ihre selbständige Verwaltung hatten, war die Zusammengehörigkeit der Gemeindegemeinschaften ein so mächtiger Factor, daß das Geschäftsleben in diesen Gemeinden auf einer Höhe erhalten wurde, die den Gewerbetreibenden eine bürgerliche Existenz ermöglichte. Die Vereinigung der Vororte mit Wien hat aber einen völligen Umsturz in diesen Gemeinden herbeigeführt. Was früher aus Gründen der Zusammengehörigkeit die Gemeindegemeinschaften bestimmte, gegenseitig in engste Geschäftsverbindung und Verkehr zu treten, hat durch die Vereinigung seinen Wert verloren, und so ist heute fast nur jener Gewerbetreibende in der Lage, von einem Geschäftsgange sprechen zu können, der seinen Gewerbsbetrieb an einer Hauptverkehrsader gelegen hat.

Es ist schon für den XIII., XIV. und XV. Bezirk eine unbedingte Nothwendigkeit, daß Verkehrsmittel und Verkehrswege geschaffen werden, welche geeignet erscheinen, daß ein reger Verkehr der Bezirke untereinander als auch mit dem Centrum der Stadt ermöglicht werde. Insbesondere der XIII., XIV. und XV. Bezirk haben bedeutende Verkehrswege ohne Verkehrsmittel. So z. B. die Sechshäuser Hauptstraße, die Goldschlagstraße und die Poststraße. Die Geschäftsverhältnisse in diesen Hauptstraßen sind durch die mangelnden Verkehrsmittel geradezu brachgefallen, die Mietverhältnisse die möglich schlechtesten, und schon nur ein Niedergang aber kein Aufschwung dieser Bezirke zu erwarten steht.

Der XIII., XIV. und XV. Bezirk müssen daher auf den Ausbau des Tramwaynetzes, und zwar:

a) Gumpendorferlinie—Sechshäuser Hauptstraße—Tegetthoffstraße—Poststraße bis Ende Hütteldorf,

b) verlängerte Seidengasse—Goldschlagstraße—Poststraße unbedingt bestehen, da sonst eine Hebung des Geschäftsverkehrs nicht möglich ist und folglich eine Gleichwertigkeit dieser Bezirke mit den alten Wiener Bezirken nie eintreten kann.

Ein zweiter, ebenso wichtiger Punkt ist die Herstellung einer Überbrückung über die Kaiserin Elisabeth-Bahn, und zwar zwischen der Schmelzbrücke und dem Penzinger Viaducte. Diese Überbrückung ist geradezu eine Lebensfrage für den oberen Theil des XIV. Bezirkes, und ist es unbegreiflich, daß in Angelegenheit dieser Überbrückungsfrage competenten Ortes noch nichts veranlaßt wurde.

Dieser obere Theil von Rudolfsheim ist von einer Seite durch die Schmelz, von der anderen Seite durch die Eisenbahn von jedem Verkehr abgeschlossen, so zwar, daß, wenn ein Bewohner dieses Bezirkstheiles mit seinem unmittelbaren Gegenüber in Verkehr treten will, er sich vorerst bis nach Penzing oder bis zur Schmelzbrücke begeben muß und diese Strecke wieder retour, sohin nach einer halben Stunde Weges sein Ziel erreicht, was ansonst in circa drei Minuten zu erreichen wäre. Unter solchen Umständen kann natürlich von einer weiteren Entwicklung dieses Bezirkstheiles keine Rede sein, wenn nicht durch Herstellung der angeführten Überbrückung ein Verkehrsweg erschlossen wird.

Die Bewohner des XIII., XIV. und XV. Bezirkes stellen schon an den löblichen Gemeinderath die Bitte, im Sinne dieser Petition ehemöglichst das Geeignete zu veranlassen, daß dieser Verkehrsmißere abgeholfen werde.

Bürgermeister: Dieser Gegenstand steht in Verbindung mit einem anderen, vor einigen Tagen eingelangten und wurde bereits dem Magistrat zur Berichterstattung zugewiesen.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

8. Interpellation des Gem.-Rathes Herold:

Gem.-Rath Herold (zur Geschäftsordnung): Ich bitte um vollinhaltliche Verlesung meiner Interpellation.

Bürgermeister: Die Versammlung ist mit der Verlesung einverstanden? (Zustimmung.)

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

Interpellation des Gem.-Rathes Herold:

Ein Jahr ist verstrichen, seit dem Wiener Gemeinderathe Projecte für Erbauung von elektrischen Bahnen überreicht wurden. Über diese Projecte ist noch nicht referirt worden.

Wieder sind drei Monate verstrichen, seit neue Projecte für Erbauung von elektrischen Bahnen dem Wiener Gemeinderathe überreicht wurden — und wir stehen genau dort, wo wir vor mehr als einem Jahre standen.

Der Bau der Wiener Verkehrsanlagen geht langsam vorwärts — der Bau elektrischer Bahnen geht gar nicht vonstatten.

Die Projecte liegen unberathen in den Ämtern, und den Gemeinderath trifft der Vorwurf, daß seine Saumseligkeit es verschuldet, daß der Wiener Bevölkerung ein Verkehrsmittel entzogen wird, welches sich in anderen Städten aufs glänzendste bewährt hat.

Der Umbau ganzer Stadttheile, die Erbauung neuer Bezirke, die Vollendung der schönsten Straßen, der Aufschwung der mit der großen Bauhätigkeit verbundenen Gewerbe ist in Budapest wesentlich auf den systematischen Ausbau der elektrischen Bahn zurückzuführen.

In Wien würde sich diese Bauhätigkeit, die durch die Steuerbefreiung für Umbauten nicht bewirkt werden konnte, auch erst dann entwickeln, wenn in unseren Straßen die elektrischen Bahnen geführt würden, welche den Verkehr beleben, ohne die Störungen der Tramway oder Locomotivbahnen mit sich zu führen.

Allein es scheint, als ob in gewissen Kreisen unserer Verwaltung der Wille nicht vorhanden wäre, für Wien das Nothwendige zu thun.

Einige der projectirten elektrischen Bahnen hätten binnen sechs Monaten gebaut werden können — statt dessen liegt dem Gemeinderathe noch nicht der geringste Bericht vor. Es hieß zwar in den Zeitungen, der Stadtrath habe ein Comité eingesetzt, welches alle Projecte zusammen berathen wird. Allein von der Thätigkeit dieses Comités haben wir nichts gehört, trotzdem sich der Führer der Opposition in demselben befindet, der sich ja dessen rühmte, was er angeblich für Wien erwirkt hat!

In Sachen der elektrischen Bahnen ist nichts geschehen.

Würde ich einen Antrag stellen, so würde er dem Stadtrath zugewiesen und dort bis zum Auferstehungstage schlummern.

Ich bin also gezwungen, damit die Erbauung der elektrischen Bahnen nicht einschläft, durch eine Interpellation sie zur Sprache zu bringen in der Hoffnung, daß der Herr Bürgermeister nicht nur meine Frage beantwortet, sondern dann auch veranlassen wird, daß nicht länger mehr gezögert werde, damit Wien endlich eine elektrische Bahn, unabhängig von den Projecten, die noch an uns herantreten werden, auf Grund der schon vorhandenen Projecte erhalte.

Ich frage also den Herrn Bürgermeister:

1. Woran liegt es, daß über diese Angelegenheit noch immer nicht referirt worden ist?

2. Gedenkt der Herr Bürgermeister die Angelegenheit zu beschleunigen und einer günstigen Lösung zuzuführen?

Bürgermeister: Ich werde die Ehre haben, diese Interpellation in der nächsten Sitzung zu beantworten. (Beifall.)

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

9. Interpellation des Gem.-Rathes Frauenberger:

Gehrter Herr Bürgermeister!

In der Sitzung des Gemeinderathes vom 28. September v. J. wurde über meinen Antrag der Beschluß gefaßt, der Magistrat werde beauftragt, über das Einsammlungs- und Verführungssystem des Haus- und Straßengeschlechtes aus dem I. Wiener Gemeindebezirke Vorerhebungen und Studien zu pflegen und hierüber bis spätestens 1. April d. J. dem Gemeinderathe Bericht zu erstatten. Bis zum heutigen Tage wurde hierüber jedoch nicht berichtet und dem Beschlusse des Gemeinderathes keine Folge gegeben.

Da aber das geschaffene Provisorium schon wieder seinem Ende entgegengeht, wird durch dieses unerklärliche Vorgehen seitens der Antr. der Gemeinderath in dieser Frage abermals in eine Zwangslage gebracht und in seinen weiteren Beschlüssen gehindert.

Ich erlaube mir demnach die ergebene Anfrage:

1. Ist der Herr Bürgermeister von dem gegenwärtigen Stande der Angelegenheit unterrichtet?

2. Ist der Herr Bürgermeister geneigt, dafür zu sorgen, daß hierüber dem Plenum des Gemeinderathes schleunigst Bericht erstattet werde?

3. Ist der Herr Bürgermeister geneigt, Aufklärungen darüber zu geben, welche Hindernisse der Lösung dieser an und für sich gewiß nicht schwierigen, seit Jahren ventilirten Frage entgegenstehen?

Endlich 4. Ist der Herr Bürgermeister gewillt, dafür Sorge zu tragen, daß Beschlüsse des Gemeinderathes in Zukunft besser respectirt werden?

Bürgermeister: Ich habe die Ehre, darauf Folgendes zu erwidern: Das Referat des Magistrates ist am 3. März fertiggestellt worden und an den Stadtrath gelangt. Es wurde dem Referenten des Stadtrathes zugewiesen und werde ich dafür Sorge tragen, daß es sobald als möglich, wenn möglich noch im April, erledigt werde und ohne Verzug dem Gemeinderathe zur Entscheidung vorgelegt werde.

Wir schreiten zur Tagesordnung.

10. Referent Gem.-Rath Faugoin: Ich habe die Ehre, zur Stadtraths-Zahl 2253 Bericht zu erstatten. Der Vorsteher des VII. Bezirkes ist um Bewilligung eines Pauschales zur Instandhaltung des Kinderspielflases im VII. Bezirke, Kaiserstraße 104, eingeschritten. Es ergibt sich die Nothwendigkeit, diesen ziemlich ausgedehnten Garten durch theilweise Herstellungen und Veränderungen für die Benützung als Kinderspielflase nutzbar zu machen. Auch wird sich die Nothwendigkeit ergeben, dass ein Aufseher bestellt wird, weil der Garten von allen Seiten eingeschlossen ist und von der Polizei nicht überwacht werden kann. Eingestellt ist für diese Ausgabe im Präliminare pro 1894 ein Betrag von 400 fl. Nachdem jedoch die erforderlichen Herstellungen nach dem Stadtbauberichte — welcher vom Stadtrathe überprüft wurde — mit 820 fl. beziffert werden, so ergibt sich die Nothwendigkeit eines Zuschusses in der Höhe von 420 fl., welche auf Rubrik XXIV 2 a zu verrechnen wären. Ich bitte um Bewilligung des Zuschusses in der Höhe von 420 fl.

Bürgermeister: Keine Einwendung? — **Angenommen.**

Beschluss: Behufs Instandhaltung des Kinderspielflases VII., Kaiserstraße 104, wird zur Rubrik XXIV 2 a ein Zuschusscredit von 420 fl. pro 1894 bewilligt.

Bürgermeister: Es liegt vor ein Referat, betreffend die Baulinienbestimmung am Elterleinplatz. Es steht nicht auf der Tagesordnung, ist aber außerordentlich dringlich. Wird keine Erhebung erhoben? (Niemand meldet sich.)

Also, ich bitte Herrn Gem.-Rath Josef Müller zum Referat.

11. Referent Gem.-Rath Josef Müller: Ich habe die Ehre, zu referieren über den Stadtraths-Beschluss zur Zahl 76. Derselbe betrifft die Baulinienbestimmung für die Herrengasse und einen Theil der Stiftgasse in Hernals, XVII. Bezirk. Die Herrengasse ist eine Parallelstraße mit der Kirchengasse, welche sich von der Hauptstraße, respective vom Elterleinplatz bis gegen die Ottakringerstraße erstreckt und ist in ihrer ganzen Ausdehnung sowohl an der Seite der geraden als auch der ungeraden Nummern nahezu vollständig verbaut. Die Baulinienbestimmung ist nothwendig in Folge einer Eingabe des Eigenthümers der Eckbaustelle in der Herrengasse und Stiftgasse, Parcelle Nr. 225/2. Die Baulinie ist folgendermaßen bestimmt: es sind die Eckpunkte an der Ottakringerstraße beibehalten worden und ist eine Verschiebung der Baulinie bis gegen die Stiftgasse derart in Aussicht genommen worden, dass eine Hineinrückung auf der linken Seite platzgreifen soll, so zwar, dass die bestehende Straße, deren Breite zwischen 9·38 bis 9·80 m variiert, auf 11·8 m erweitert werden soll. Rücksichtlich der Stiftgasse gegen die Hauptstraße ist seitens des Bauamtes der Vorschlag gemacht worden, man möge die Baulinie derart bestimmen, dass das Haus Nr. 33 — ein dreistöckiges Haus — welches im Jahre 1884 erbaut wurde, respective dass die Flucht dieses Hauses als ein Fixpunkt für die Bestimmung der Baulinie betreffs der Häuser mit den ungeraden Nummern festzuhalten ist. Dadurch würden aber die Realitäten auf der rechten, jene mit den geraden Nummern, welche an und für sich nicht eine genügende Tiefe haben, sehr gefährdet werden, und es wurde daher vom Stadtrathe, in Abänderung des Bauamtsantrages, der Beschluss gefasst, eine gleichmäßige Verbreiterung zu beiden Seiten platzgreifen zu lassen, umsomehr, als von den Eigenthümern der sämtlichen Realitäten mit den geraden Nummern Eingaben eingebracht worden sind, welche sich darüber beschwert haben, dass sie durch die Hineinrückung sehr viel Schaden leiden würden.

Es wird daher in Vorschlag gebracht, die Baulinie für die Herrengasse derart zu bestimmen, wie sie hier (im Plane) mit schwarzen Strichen bezeichnet ist, so dass die Punkte m, l, an der Hauptstraße derart gelegen sind, dass eine gleiche Entfernung von der Achse sowohl an der linken als an der rechten Seite platzgreifen hat. Bezüglich der Bestimmung der Stiftgasse ist zu bemerken, dass eigentlich die Baulinie schon gegeben ist durch die Fortsetzung der Stiftgasse, sowohl nach der linken als rechten Seite. Die Stiftgasse wurde derart bestimmt, dass die Ecke des Officiers-töchter-Institutes auf der einen Seite beibehalten, auf Seite der geraden Nummern mit der Ecke der Herrengasse und Stiftgasse in Fortsetzung gebracht wird. Von dieser Baulinie in einer Entfernung von 11·38 m ist die andere Linie an der linken Seite fixiert.

Es wird der Antrag des Stadtrathes in folgender Weise gestellt (liest):

„I. Es werde die Baulinie für die

1. Herrengasse bei einer Straßenbreite von 11·38 m nach den Linien a b c d e f' einerseits und g h i k l m' andererseits, wobei die Punkte m' und l' derart zu bestimmen sind, dass eine gleichgroße Zurückrückung hinter die jetzige Bauflucht der Häuser Dr. Nr. 83 und 85 eintreten soll.

2. Stiftgasse zwischen der Herren- und Kirchengasse mit 11·38 m Straßenbreite nach den Linien d n und e o bestimmt.

II. Die bestehenden Niveaux in der Herrengasse und in dem vorbezeichneten Theile der Stiftgasse werden definitiv genehmigt.“
Ich ersuche um die Annahme dieses Antrages.

Bürgermeister: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Die Referenten-Anträge sind **angenommen.**

Beschluss: Die vorstehenden vom Referenten zur Verlesung gebrachten Anträge.

Bürgermeister: Wir kommen zur Fortsetzung der Berathung über den Hauptvorschlag der Stadt Wien pro 1894. Ich ersuche die Herren Referenten, ihre Plätze einzunehmen. (Referent des Stadtrathes Gem.-Rath Boschan und Referent der Budget-Commission Gem.-Rath Mayer treten an den Referententisch.)

12. Referent des Stadtrathes Gem.-Rath Boschan: Wir beginnen mit der Gruppe IV, Seite 112. Da ist eine Post in der Einnahme unter XV 1, Fructificate, beziehungsweise Stückzinsen des hinauszugehenden Anlehens per 150.000 fl. Diese Post hängt mit der Ausgabe post XV 2 d zusammen. Diese Zahl ist nämlich in folgender Weise construirt worden. Für das aufzunehmende Anlehen wurde angenommen, dass ein Betrag von 11½ Millionen Gulden zur Ausgabe gelangen wird und wurden in die Ausgabe gestellt die 4percentigen Zinsen pro anno, also für einen Coupon 2 Percent im Betrage von 230.000 fl. Nachdem jedoch bei Übernahme dieses Anlehens von Seite des Käufers auch die auf den Stücken haftenden Coupons pro rata temporis der Übernahme übernommen werden müssen, kommt ein Theil wieder in die Einnahme, welcher folgerichtig eigentlich in die Fructificatzinsen zu Gruppe III „Gemeindevermögen“ gehören würde. Weil es aber mit der Anlehensgebarung unmittelbar zusammenhängt, habe ich gedacht, es sei besser, diese Summe unter dem Titel „Gemeineschuld“ einzustellen.

Bürgermeister: Keine Einwendung? — **Angenommen.**

Referent des Stadtrathes: Wir gelangen nun zu den Ausgaben.

Rubrik XV. Communal-Anlehen.

Post 1. Tilgungsquoten:

- a) 25-Millionen-Anlehen in vier Emissionen (1867, 1869, 1871 und 1872) 554.000 fl.
 b) 10-Millionen-Anlehen (1874) 209.000 fl.
 c) 30-Millionen-Prämien-Anlehen (1874, Capitalsrückzahlung) 610.000 fl.

Post 2, Verzinsungsquoten:

- a) 25-Millionen-Anlehen 872.030 fl.
 b) 10-Millionen-Anlehen 372.130 fl.
 c) 30-Millionen-Prämien-Anlehen (Gewinne) . . . 1,186.600 fl.
 d) Für das zur Ergänzung der Hochquellenleitung aufzunehmende Anlehen 230.000 fl.

In dem ursprünglichen Elaborate ist ein Betrag von 243.340 fl. eingestellt, weil 13.340 fl. für Zinsen dieser schwebenden Schuld präliminirt waren. Dieselben sind aber über Beschluß des Stadtrathes in die separate Post 4 eingestellt worden.

Ich bitte daher, diese Post mit 230.000 fl. zu genehmigen.

Post 3. Sonstige Auslagen anlässlich der Verzinsung und Tilgung 156.700 fl., d. i. das Goldagio auf Coupons, Provisionen u. s. w.; dann kommen

Post 4. Die Zinsen für die bis zur Emission des Wasseranlehens aufzunehmende schwebende Contocorrentschuld im Pauschalbetrage von 10.000 fl.; man kann natürlich im voraus nicht ganz genau wissen, wie hoch diese sein werden, und

Post 5. Kosten für die Anfertigung der Obligationsanlehen 12.000 fl.

Referent der Budget-Commission: Ich habe schon in meinen Schlussbemerkungen, ehe wir in die Special-Debatte eingegangen sind, über die Convertierung mich ausgesprochen und habe nun im Namen der Budget-Commission den Antrag zu stellen (liest):

„Es sei an die freiwillige Convertierung des 25-Millionen- und 10-Millionen-Anlehens zu schreiten und zu diesem Zwecke eine Petition vorzubereiten, in welcher um Ausdehnung der den Obligationen dieser beiden Anlehen gewährten Begünstigungen auf die an deren Stelle auszugebenden neuen Obligationen gebeten wird.“

Ich bitte um Ihre gütige Zustimmung.

Bürgermeister: Zu den Posten 1 bis 5 hat sich niemand zum Worte gemeldet. Dieselben sind angenommen.

Zum Antrage der Budget-Commission und zur Rubrik XV hat Herr Gem.-Rath Dr. Stern das Wort.

Gem.-Rath Dr. Stern: Es ist in der General-Debatte sehr viel über die Convertierung der Anlehen gesprochen worden. Es ist aber in dieser General-Debatte ebensoviel — nach meiner Überzeugung — Unrichtiges öffentlich gesagt worden, so dass ich mich verpflichtet fühle, doch darauf mit ein paar Worten zu entgegnen.

Es ist vor allem in Verbindung gebracht worden die Frage der Convertierung mit der Frage der Goldvaluta und der Valutaregulierung, und es sind eine Reihe von Fragen an den Herrn Referenten gestellt worden: Ist es richtig, dass das Geld theurer wird? Ist es richtig, dass die Zinsen höher werden? Ist es richtig, dass deshalb die Convertierung gewissen Schwierigkeiten begegnet? u. s. w. Das alles, was Sie gefragt hatten, und das alles, was Ihnen geantwortet wurde, steht mit der Frage der Convertierung in gar keinem, auch nicht dem entferntesten Zusammenhang. Denn es ist

ein sehr wichtiger Punkt, gerade der springende Punkt in dieser ganzen Sache, übersehen worden, dass man bei dem Zinsfuße unterscheiden muß zwischen dem transitorischen, dem Bankzinsfuße, und dem Effectenzinsfuße, der für dauernde Capitalsanlagen bestimmt ist, dass der Bankzinsfuß ein variabler ist, demnach ein zeitweilig höherer sein kann, wie ohnehin angeführt wurde, dass ein Theil der Salinenscheine zum höheren Zinsfuße ausgegeben wird, während thatsächlich alles dieses auf den Effectenzinsfuß gar keinen Einfluss übt. Wenn Sie darauf die Probe machen wollen, dass dasjenige, was ich hier sage, vollkommen richtig ist, so verweise ich auf folgende einfache Thatsachen:

Wie Sie wissen, hat die Action der Valutaregulierung zu Anfang des Jahres 1892 mit der Einberufung der Valuta-Enquête ihren Anfang genommen. Es ist dann die Regierungsvorlage an den Reichsrath gekommen, das Valuta-Darlehen beschlossen worden u. s. w. Sehen Sie, meine Herren, zu Anfang des Jahres 1892 hatten wir den Cours der Notenrente mit ungefähr 94, heute haben wir den Cours der Notenrente mit nahezu 99. Das Capital der Notenrente ist gestiegen, in Folge dessen ist natürlich der Zinsfuß der Notenrente gesunken, denn ich bekomme heute 4.2 fl. für 99 fl., während ich vor anderthalb Jahren dieselben 4.2 fl. für 94 fl. bekommen habe; daraus ersehen Sie, dass, wenn auch der Zinsfuß der Salinenscheine höher ist, wenn auch zeitweilig der Bankzinsfuß höher ist, dies mit dem Effectenzinsfuße absolut nichts zu thun hat, daher dasjenige, was wir wollen — bei uns handelt es sich um eine Umwandlung, Convertierung unserer Obligationen, Schulden — die Convertierung, dadurch in gar keiner Weise behindert würde.

Es ist von Seite des Referenten der Budget-Commission verwiesen worden auf die Convertierung, welche im Jahre 1883 in Frankreich vorgenommen worden. Es ist auch von Zinsreductionen, allerdings sofort ablehnend, die Rede gewesen.

Auch da muß ich den Herren sagen, dass weder das eine noch das andere mit der Frage zu thun hat, die uns beschäftigt. Wir sind ja keine Staatsverwaltung, wir haben ja nicht die Klinke der Gesetzgebung in der Hand. Wir sind verpflichtet, unsere Schulden unter bestimmten Bedingungen, genau nach dem Amortisationsplane zurückzuzahlen, und es fällt uns nicht ein, an unseren Verpflichtungen auch nur im entferntesten rütteln zu wollen. Wir können eine Convertierung nur im Wege des freiwilligen Zugestehens seitens der Gläubiger machen. Es kann daher von diesen Analogien absolut keine Rede sein.

Es ist ferner von Nachstehendem die Rede gewesen und ist darüber öffentlich gesprochen worden, weshalb ich demselben auch öffentlich entgegentreten möchte.

Wir haben berechnet, dass unsere 25 Millionen Obligationen zu 4.8 Percent, die Goldobligationen mit 4.7 Percent sich verzinsen, und da ist gesagt worden: das bilde den Maßstab für die Convertierung. Das bilde — so ungefähr steht es im stenographischen Protokolle — den Maßstab für die Art und Weise, wie wir die Convertierung vorzunehmen, was wir unseren Gläubigern zu bieten haben. Nein, meine Herren, das bildet nicht den Maßstab, und das wäre ein Beginnen, welches ich für die Gemeinde absolut abträglich halten würde, wenn sie in einer solchen Weise in die Convertierungsverhandlungen eingehen würden. Unsere Schulden, die von den 25 und 10 Millionen heute erübrigt, beträgt dormalen, wie der Herr Referent der Budget-Commission ganz richtig ausgeführt hat, 24,308.000 fl. Hievon kommt noch ab ein

Capitalbetrag von 763.000 fl., welcher im Laufe des Jahres 1894 bezahlt werden wird, da ja anfangs Jänner und Juli diese Rückzahlungen stattfinden, so daß also mit rund 23 Millionen unsere unsere 25- und 10-Millionen-Gulden-Schuld bis zu Anfang 1895 aushaften wird.

Nun, meine Herren, diese Schuld verzinst sich eigentlich heute schon dem Gläubiger nur mit 4 1/2 Percent, denn ein vorsichtiger Besitzer von Schuldverschreibungen asscuriert sich seine Obligationen gegen Verluste, die er bei den Ziehungen erleiden kann. Wenn ich heute eine Obligation in der Hand habe, welche im Coursberichte auf 107 oder 108 steht und diese morgen gezogen wird, so bekomme ich 100 dafür. Jemand, der nur die Zinsen seines Geldes haben will, muß sich gegen eventuelle Verluste asscurieren, und diese Asscuranzprämie ist heute bei zwei Ziehungen ganz genau 1/2 Percent, bei drei Ziehungen 3/4 Percent. Der Gläubiger hat also heute bei seinen Obligationen thatsächlich nur eine Verzinsung von 4 1/2 Percent, weil, wenn er 5 Percent Verzinsung hat, er die Verlustchance auf sich nehmen muß, daß seine Obligationen gezogen werden. Diese Verlustchance wird aber im Laufe der Jahre eine immer größere, weil immer größere Capitalbeträge zur Tilgung gelangen, und es ist daher auch klar, daß der Gläubiger ein sehr großes Interesse daran hat, die Convertierung unter entsprechenden Bedingungen vorzunehmen.

Nun ist uns — ich glaube von Herrn Dr. Lueger oder Dr. Gschmann oder von anderer Seite — gesagt worden: Ja wir werden da unbedingt ein viel größeres Capital dem Gläubiger vorschreiben müssen. Nein, meine Herren, von diesem Standpunkte darf man die Convertierung überhaupt nicht auffassen, sondern die Sache steht einfach so: Wenn ich heute z. B. auf meinem Hause eine Hypothek habe für 1000 fl., in 20 Jahren zahlbar zu 5 Percent, und wenn ein anderer eine Hypothek auf 1000 fl. auf dem Hause hat, zahlbar in 40 Jahren zu 4 Percent, sind denn die 1000 fl. des einen mit den 1000 fl. des anderen gleichwertig? Nein! Die 1000 fl. des einen können möglicherweise so viel sein, wie 1100 fl. des anderen — ich sage können — ich habe die Berechnung nicht gemacht. Das ist der Gedanke der Convertierung. Hierzu gibt es einfache mathematische Tabellen. Auf Grund dieser Tabellen wird der Capitalbetrag ausgerechnet und vollkommen jenem Capitalbetrage äquipariert, der mit Rücksicht auf die verschiedenen Zinsen, die in dem einen und dem anderen Falle geleistet werden, und mit Rücksicht auf die verschiedenen Zeiten der entsprechende ist. Erst, wenn dies ausgerechnet ist, tritt man mit dem Gläubiger in Verhandlung und kann ihm sagen, daß er mit Rücksicht auf die ihm zugewendeten Vortheile einen Capitalnachlaß gewähren muß. Das ist die Art und Weise, wie bei einer Convertierung vorzugehen ist. Allerdings ist es sehr wünschenswert, daß sobald als möglich wirklich an die Convertierung Hand angelegt wird, d. h. daß in die Verhandlungen eingetreten werde, und daß vor allem, wie von Seite des Herrn Budget-Referenten bereits hervorgehoben und beantragt worden ist, die gesetzlichen Bedingungen geschaffen werden. In diesem Sinne stimme ich den Anträgen des Herrn Budget-Referenten vollkommen zu. (Beifall rechts.)

Gem.-Rath Dr. Lueger: Der Antrag der Budget-Commission dürfte ohnehin dem Stadtrathe zugewiesen werden. Es entfällt daher für mich die Aufgabe, des Näheren in die Erörterungen des Herrn Dr. Stern einzugehen. Ich behalte mir meine diesbezüglichen Ausführungen für jene Zeit vor, in welcher

ein definitiver Beschluß in dieser Angelegenheit von Seite des Gemeinderathes gefaßt werden wird.

Bürgermeister: Es kann sich heute nur um die formelle Behandlung des Antrages handeln, ob die Versammlung geneigt ist, ihn dem Stadtrathe zuzuweisen oder nicht. Die Herren sind mit der Zuweisung an den Stadtrath einverstanden? (Zustimmung.) Die Zuweisung ist beschloffen.

Referent des Stadtrathes (liest):

Seite 114. Einnahms-Rubrik XVI „Antheil der Commune an dem Donauregulierungs-Anlehen aus den Jahren 1870 und 1878“.

Post 1. Antheil an den Einnahmen des Donauregulierungs-Fondes 100.000 fl.

Es ist das eine durchgeführte Post; sie erscheint in gleicher Höhe wieder in den Ausgaben in einer anderen Rubrik.

Seite 115. Ausgabs-Rubrik XVI „Tilgung und Verzinsung der Donauregulierungs-Anlehen“ 5996 fl. 20 fr.

Rubrik XVII „Antheil der Commune an dem sogenannten Angles'schen Anlehen (1809)“ 5440 fl.

Rubrik XVIII „Privat-Passiv-Capitalien“:

Post 1. Tilgung 231.200 fl.

Post 2. Verzinsung 602.330 fl.

Post 3. Sonstige Auslagen anlässlich der Verzinsung und Tilgung 1790 fl.

Für die Zinsen zu den Verkehrsanlage-Obligationen ist einstweilen noch nichts eingestellt, weil die Zinsen einstweilen noch aus dem Capitale gezahlt werden; es tritt für dieses Jahr eine Zahlung für dieses Anlehen nicht ein. Hiemit ist Gruppe IV erledigt.

Bürgermeister: Eine Einwendung wird nicht erhoben? Sämmtliche Posten sind angenommen.

Referent des Stadtrathes (liest):

Gruppe V „Sicherheitswesen“, Rubrik XIX „Sicherheitspolizei“.

A. Auslagen für die vom Staate besorgte Localpolizei.

Post 1. Leistungen an den vom Staate verwalteten Localpolizeifond 500.000 fl.

Gem.-Rath Dr. Aloßberg: Ich habe mir zu dieser Post das Wort erbeten, weil ich in der ganzen Budget-Debatte keine Gelegenheit mehr finde, um über jenes Thema, über welches ich sprechen will, zu sprechen. Obwohl dasselbe eigentlich unter die Rubrik „Sanitätswesen“ gehört, so hängt es doch innig mit der Polizei zusammen, und aus diesem Grunde habe ich mir hier das Wort erbeten, und der derzeitige Herr Vorsitzende hat auch im vorigen Jahre keinen Anstand genommen, über die Sache sprechen zu lassen.

Wenn dieses Thema auch sehr heiklicher Natur ist, so werde ich es doch sehr delicat behandeln, und die Herren können ruhig meinen Ausführungen folgen. (Hört!)

Ich habe im vergangenen Jahre folgenden Antrag gestellt (liest): „Der Gemeinderath, welcher zur Überzeugung gelangt ist, es könne gegenüber den Verheerungen, welche die Syphilis im Volke anrichtet, bei den bisher üblichen, offenkundig wirkungslosen Vorkehrungen gegen die Verbreitung derselben nicht sein Bewenden haben, und es müssen zur Erreichung des gesetzten Zieles energische Maßregeln ergriffen werden, beschliesse, eine Eingabe an die Regierung zu richten, in welcher dieselbe ersucht werde, zur Regelung der Prostitution in Wien eine Commission mit Beiziehung von Vertretern des Gemeinderathes und des Magistrates einzuberufen.“

Diesen Antrag habe ich im vergangenen Jahre gestellt und er wurde dem Stadtrathe zugewiesen.

Was im Stadtrathe damit bis jetzt geschehen ist, weiß ich nicht, aber unzweifelhaft haben wir nach dem Reichsgesetze vom 30. April 1870, § 4/1, welcher die Gemeinde mit der Durchführung der örtlichen Vorkehrungen zur Verhütung ansteckender Krankheiten und deren Weiterverbreitung beauftragt, das Recht, in dieser Sache dreinzureden, und infolge dessen steht der Gemeinde zweifelsohne das Recht zu, diese Frage der Regelung zu unterziehen, beziehungsweise dabei mitzuwirken. Wir können bei dieser Frage nicht den Standpunkt der Socialisten und auch nicht den der Abolitionisten einnehmen, den ersteren aus dem einfachen Grunde nicht, weil wir nicht warten können, bis die Socialisten die gegenwärtige Gesellschaftsordnung zertrümmert und ihren idealen Staat aufgebaut haben, und den Standpunkt der Abolitionisten aus dem Grunde nicht, weil dieselben aus philosophischen, humanitären und theologischen Gründen gegen die Prostitution und somit auch gegen deren Regelung sind. Meine Herren, wir müssen in dieser Frage praktisch denken und auch praktisch handeln (Bravo!) und nachdem die Prostitution einmal existiert, müssen wir uns damit beschäftigen, und ich erkläre Ihnen, daß die Lösung dieser Frage bei weitem wichtiger ist, als alle politischen Fragen zusammen (Sehr richtig!), und wenn einmal diese Frage endgiltig gelöst, das heißt in solcher Weise gelöst wird, daß sie nicht existiert, dann ist auch eine böse Zeit über uns gekommen, eine solche Zeit, wie man sie zu Zeiten einer Katharina v. Medici erlebt hat, oder eines Heinrich III. oder IV. von Frankreich, oder zur Zeit der Königin von Navarra (Hört!), wo zum Beispiel Hochzeitsfeierlichkeiten obscener und unmoralischer Natur veranstaltet wurden, wie die jener Tsabeau von Baiern! (Heiterkeit und Unruhe.)

Bürgermeister: Ich bitte!

Gem.-Rath Dr. Klotzberg (fortfahrend): Ich bitte, Herr Vorsitzender, die Frage ist sehr wichtig, ich habe bis jetzt nicht über die Stange geschlagen (Heiterkeit), lassen Sie mich sprechen; die Frage ist wichtig nicht allein im Interesse unserer Kinder, sondern im Interesse der Menschheit, im Interesse unserer Stadt! (Sehr richtig!) Aus diesem Grunde haben sich auch viele Regierungen mit dieser Frage schon beschäftigt, auch wissenschaftliche medicinische Vereine, namentlich in letzterer Zeit die dermatologische Gesellschaft unter ihrem ausgezeichneten Präsidenten Neumann, und diese hat auch meines Wissens eine kleine Broschüre herausgegeben, in welcher die Regelung dieser Frage der Regierung zum Studium und zur Organisierung auf das eifrigste empfohlen wird.

Solange, meine Herren, die Prostitution ihren Sitz nur im Centrum der Stadt hat, ist sie nicht so sehr gefährlich (Sehr richtig!), als wenn sie sich ausbreitet an der Peripherie, weil die betreffenden dann die Fräulein spielen und zum Sittenverfalle und zur Verderbnis im allgemeinen beitragen. (Wahr ist es!) Ich würde also — ich will Sie nicht mit statistischen Daten behelligen — diesen Antrag, den ich im vergangenen Jahre gestellt habe, neuerdings stellen und bitten, daß endlich diese Frage in Berathung gezogen werde. Dixi! (Bravo!)

Bürgermeister: Das Wort hat Herr Gem.-Rath Dr. Lueger zur Geschäftsordnung.

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur Geschäftsordnung): Es wird wohl niemand mehr über dieses Thema sprechen, sonst müßte ich eine vertrauliche Sitzung beantragen. (Heiterkeit.)

Gem.-Rath Signer: Sehr geehrte Herren! Mit der Sicherheit in den neuen Bezirken ist es sehr schlecht bestellt. Vergleichen Sie einmal die Einwohnerzahl dieser neuen Bezirke, z. B. des XVII. Bezirkes, mit der Anzahl der Wachmannschaft. Der XVII. Bezirk allein hat circa 74.000 Einwohner — bestimmt weiß ich die Ziffer allerdings nicht — und die Wachmannschaft ist im Verhältnis dazu so gering, wie wenn etwa ein Vogel im Winter ein Fruchtkörnlein findet!

Die Wachstube in der Weinhauserstraße z. B. hat einen Straßendienst bis zur Ottakringerstraße, Herrngasse, Palfyngasse, Bergsteiggasse, Antoniegasse und Rosensteingasse. Wenn Sie die Fläche dieser Strecken ins Auge fassen, so werden Sie sehen, daß es dieser Wachstube nicht möglich ist, den Straßendienst genügend zu versehen. Sie sehen in manchen Straßen oft den ganzen Tag keinen Wachmann. Im Laufe eines Tages geschieht ein Unglück, es wird wo gerauft oder jemand erschlagen, oder es geschieht sonst etwas auf der Straße, und gehen Sie auf die Wachstube hin, so finden Sie dort nur einen Wachmann und der sagt Ihnen: Ich bin allein, ich kann die Wachstube nicht verlassen, ich kann nicht hingehen. Damit ist jede Hilfe ausgeschlossen. Man sollte daher einschreiten, daß in den neuen Bezirken die gleiche Fürsorge getroffen werde wie in den anderen Bezirken. Im I. Bezirke sind die Wachleute so vertheilt, daß man alle Augenblicke, alle 10 bis 20 Schritte auf einen Wachmann stößt. In Hernals sind vier Wachstuben, eine in der Veronikagasse, eine in der Weinhauserstraße, eine in der Rosensteingasse und eine neu errichtete in der Halmgasse mit einigen Mann. Sie müssen berücksichtigen, was diese Wachstuben leisten sollen. Die Wachstube am Commissariate in der Alsbachstraße macht keinen Straßendienst. Die versteht nur den inneren Dienst im Commissariate rücksichtlich dessen, was die anderen Wachstuben zubringen. Den Straßendienst müssen die genannten Wachstuben versehen. Ich glaube, der Herr Bürgermeister sollte dahin wirken, daß auch die Vororte endlich einmal mit besserem Sicherheitsdienst versehen werden, und ich erlaube mir daher folgenden Antrag zu stellen: „Durch die Erweiterung Wiens erweist sich der Sicherheitsdienst in den äußeren Bezirken als ungenügend und ich stelle daher den Antrag: „Der löbliche Gemeinderath wolle eine Vermehrung der Mannschaft sowohl als auch der Wachstuben erwirken.“ Ich bitte sowohl die Herren Kollegen von rechts als von links, dafür zu stimmen, und der Herr Bürgermeister möge dahin wirken, entweder beim Polizei-Präsidenten oder beim Minister-Präsidenten, daß baldigst in den Vororten der Sicherheitsdienst soviel als möglich geregelt werde.

Gem.-Rath Seiler: Im vorigen Jahre schon habe ich an den Herrn Bürgermeister das Ersuchen gestellt und darauf aufmerksam gemacht, daß in einigen Bezirken die Polizei-Commissariats-Gebäude in einem geradezu sanitätswidrigen Zustande sich befinden, das ist insbesondere im II. Bezirke der Fall. Das Gebäude ist dort derart schlecht, daß es schon seit 20 Jahren in Rede steht, endlich einmal ein neues Polizei-Commissariat aufzuführen. Während der Cholera, als die Sanitäts-Commission getagt hat, wurde dieser Übelstand in jeder Beziehung besprochen, und der Herr Bürgermeister hat auch zugesagt, das möglichste zu thun, daß endlich einmal hier eine Änderung eintrete. Ich kann hier keinen Antrag stellen, sondern nur die Bitte an den Herrn Bürgermeister und die Herren Reichsraths-Abgeordneten richten, im Interesse der Menschlichkeit für die Beamten und im Interesse für das steuerzahlende Publicum dahin zu wirken, daß die Polizei-Commissariate,

insbesondere jenes im II. Bezirke, in Ämtern würdige Gebäude verlegt werden.

Bürgermeister: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet; gegen die Post von 500.000 fl. ist keine Einwendung erhoben worden; dieselbe ist angenommen. Diese Post beruht übrigens auf dem Gesetze.

Herr Gem.-Rath Eigner hat den Antrag gestellt, der Gemeinderath wolle eine Vermehrung der Mannschaft sowohl, als auch der Wachstuben erwirken. Der Antrag geht an den Stadtrath. Sind die Herren damit einverstanden? (Keine Einwendung.) **Angenommen.**

Die Anregungen der Herren Gem.-Räthe Dr. Klotzberg und Seiler werden seitens des Präsidiums entsprechende Berücksichtigung finden.

Referent des Stadtrathes (liest): Rubrik XIX.

Post 3. Bezüge des Gefangen-Übersichters:

a) Effective Auslagen	900 fl.
b) Durchgeführter Zinswert	300 fl.

Zusammen . 1.200 fl.

Post 4. Zinse für die Amts- und Arrestlocalitäten:

b) Durchgeführte Zinswerte	5.500 fl.
--------------------------------------	-----------

Post 5. Auslagen für die Verpflegung der Arrestanten, Beaufsichtigung der Arreste etc. 4.190 fl.

Post 6. Vergütung des Fünfstels der Auslagen für nach Wien zuständige Schüblinge 720 fl.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Unser Colleague Steiner ist derzeit verhindert, der Berathung des Budgets beizuwohnen. Ich fühle mich verpflichtet, an seiner Stelle die Bitte zu wiederholen, daß die Frage der sogenannten Feldhüter oder Flurwächter endlich einmal geregelt werde.

Bürgermeister: Diese Angelegenheit ist bei der Statthalterei anhängig und meines Wissens noch nicht zurückgelangt, wenigstens habe ich die Erledigung noch nicht bekommen. Ich werde dieselbe urgieren und hoffe, daß noch vor Beginn dieses Sommers die Erledigung möglich sein wird.

Im übrigen wird gegen diese Posten keine Einwendung erhoben; dieselben sind angenommen.

Referent des Stadtrathes (liest): Rubrik XX. Einnahmen. Feuerlöschwesen.

Post 1. Beiträge zur Erhaltung der Feuerwehr-Telegraphen 2.560 fl.

Post 2. Beitrag des Kirchenmeisteramtes zu St. Stephan zu den Kosten des Feuerwachdienstes am Stephansthurme 410 fl.

Post 3. Gesetzliche Beiträge der Feuerversicherungs-Gesellschaften zu den Kosten der Wiener städtischen Feuerwehr 25.090 fl.

Post 4. Erlös für Pferdeböden 740 fl.

Post 5. Sonstige Beiträge zu den Auslagen für das Feuerlöschwesen 4.890 fl.

Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Ich habe im vergangenen Jahre zu dieser Post verschiedene Anträge gestellt. Unter einem habe ich auch den Antrag gestellt, daß die Post im Betrage von 4890 fl., welche die Theater an die Commune Wien für den Feuerlöschdienst bezahlen, der Feuerwehrmannschaft, beziehungsweise 50 kr. an den einzelnen Mann überlassen werden mögen. Es wurde darauf hingewiesen, daß, wenn eine Organisation der Feuer-

wehr stattfindet, dieses Geld ohnehin der Feuerwehr bewilligt werden wird. Als das Stadtbauamt reorganisiert wurde, wurden die Bezüge, welche der betreffende Bauamtsbeamte im Theater im Betrage von 1 fl. 80 kr. bekommt, ihm ohne Widerspruch ausbezahlt, während man den weit geringeren Betrag von 50 kr. in den Säckel der Commune einzieht und der Feuerwehr nichts überläßt. (Hört!)

Wenn Sie den Dienst bedenken, welchen speciell der Feuerwehrmann im Theater hat, der sich oben auf dem Schnürboden in einer wahrhaft tropischen Temperatur befindet, dann auf der Bühne und in der Versenkung, wo eine wahre Eiskeller-Temperatur herrscht, so werden Sie zugeben, daß man die geringe Zubeiße von 50 kr. dem Manne einfach belassen soll und kann, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil man auch dem Bauamtsbeamten den Betrag von 1 fl. 80 kr. belassen hat. (Bravo!) Warum soll die Mannschaft schlechter behandelt sein als der Bauamtsbeamte. (Sehr richtig!) Nun wird man sagen, es ist keine Vorlage da, der Stadtrath muß erst eine solche machen. Ja, meine Herren, die Vorlage liegt ja da, wir wissen, um was es sich handelt, wir wissen, daß es sich um den Betrag von 4890 fl. handelt. (Sehr richtig! Bravo!)

Und wenn der Stadtrath bei dem Orange und in dem Wüste der Geschäfte nicht die Zeit gefunden hat, diesen Antrag, den ich schon vor zwei Jahren gestellt habe, zu erledigen, dann ist auch nicht die Hoffnung vorhanden, daß er in nächster Zeit erledigt wird. (Hört!) Wenn dem Gemeinderathe das Recht zusteht, die verschiedenen Functionsgebühren zu bestimmen, dann wird es uns doch gestattet sein, auch über diese ganz unbedeutende Summe im Interesse unserer braven Feuerwehrmannschaft zu bestimmen (Beifall), und der Herr Bürgermeister wird im Principe keine Einwendung dagegen haben, daß die Sache heute hier im Plenum angenommen wird. (Bravo!) Es war in der letzten Zeit die Rede davon, daß die Feuerwehrleute striken wollen. Diese Absicht haben die Feuerwehrleute nicht gehabt; sie sind ein militärisch organisiertes Löschcorps, jederzeit bereit, ihre hehre Aufgabe, unser Hab und Gut vor dem gefährlichen Elemente des Feuers zu schützen, zu erfüllen. (Beifall.) Aber, meine Herren, wenn wir von unseren Feuerwehrleuten verlangen, daß sie zu jeder Zeit ihre Gesundheit, ja ihr Leben einsetzen, dann, meine Herren, müssen wir auch die hehre Aufgabe erfüllen, das Feuerwehrwesen in einer solchen Weise auszugestalten, daß die Leute ein menschliches Dasein führen können. (Beifall.)

Ich habe vor mehreren Jahren den Antrag gestellt, daß jene Feuerwehrleute, welche in Ausübung ihres Dienstes verunglückt sind, Zeit ihres Lebens jene Bezüge genießen sollen, welche sie zur Zeit ihrer Verunglückung genossen haben. Diesen Antrag habe ich vor sechs Jahren gestellt und bis heute ist derselbe nicht erledigt worden.

Nun hat man gesagt, es soll demnächst organisiert werden. Wie soll aber diese Organisation stattfinden? Wenn heute ein Feuerwehrmann 1 fl. 50 kr. pro Tag bezieht, so bekommt er pro Jahr ungefähr 570 fl. Bei der Organisation soll er nun in die unterste Dienstklasse mit 400 fl. eingereiht werden. Also er verliert factisch 170 fl., es ist also eine Degradierung — und das bekommt derjenige, der seine Gesundheit und sein Leben zu Markte trägt. Nun wird von vielen Seiten eingewendet, die Feuerwehrleute sind ja nicht immer beschäftigt, man sieht sie vor dem Thore stehen und Pfeifen rauchen. Ja, kann er dafür, daß es nicht

brennt? (Heiterkeit.) Er kann sich ja den Brand nicht anschaffen (Sehr richtig!), sondern fährt aus, wenn ihn die Pflicht ruft, und ein einziges Ausfahren kann dem Menschen seine Gesundheit, sein Leben kosten. (Hört!)

Und aus diesem Grunde bitte ich Sie, meine Herren, berücksichtigen Sie die Anträge, welche ich gestellt habe. Ich bitte Sie, diese Anträge hier im Saale anzunehmen und nicht wieder dem Stadtrath zuzuweisen. Der Herr Bürgermeister und der gesammte Stadtrath werden uns zu Dank verpflichtet sein (Heiterkeit), daß wir diese Seeschlange mit einem Beschlusse aus der Welt geschafft haben. (Bravo!)

Ich habe aber nicht nur diese Anträge gestellt, sondern auch vier andere Anträge, über deren Verbleib ich auch bis heute nichts weiß.

Diese Anträge lauten folgendermaßen:

„1. Berücksichtigung der Mitglieder des städtischen Feuerwehrcorps bei Besetzung von freierwerdenden Amtsdienerstellen, so daß eine längere als zehnjährige Dienstzeit bei der Feuerwehr ausgeschlossen erscheint.“

Derjenige Feuerwehrmann, der zehn Jahre in seinem Berufe gewirkt hat, ist für die Feuerwehr nicht mehr tauglich, er hat jede Elasticität und jede Agilität verloren, er soll eine Dienerstelle einnehmen, das soll ihm gebühren!

Ich habe weiters den Antrag gestellt:

„2. Einbeziehung einer bei der städtischen Feuerwehr zugebrachten, sechs Jahre überschreitenden, ununterbrochenen Dienstzeit für die Zuerkennung des ersten Quinquenniums bei erfolgter Anstellung als Amtsdiener“, d. h. die sechs Jahre werden nicht gerechnet, aber die Jahre, welche das sechste Jahr überschreiten, werden bei der eventuellen Anstellung in das Quinquennium einbezogen. Das ist ein durchaus nicht unbilliger Antrag.

„3. Doppelte Anrechnung sämtlicher bei der Feuerwehr ununterbrochen zugebrachter Jahre.“

Das ist etwas, was vom Militär übernommen ist. Der täglich dem Feinde entgegengeht, täglich mit dem Elemente des Feuers Gefahren zu bestehen hat, sein Leben, seine Gesundheit opfert, hat diesen Anspruch. (Gem.-Rath Frauenberger macht einen Zwischenruf.) Ja, Herr Gem.-Rath Frauenberger, hat diesen Anspruch. (Heiterkeit.)

Meine Herren! Ich bitte, die Feuerwehrleute sind keine Wähler, und wenn ich für diese Leute rede, beweise ich, daß ich in uneigennützigster Weise für diese Leute eintrete. (Stürmischer Beifall.)

„4. Definitive Anstellung der Löschmeister und Löschmeistergehilfen.“

Selbstverständlich bitte ich, daß diese vier Anträge, die ich schon im vergangenen Jahre gestellt habe, an den Stadtrath neuerdings geleitet werden, daß aber der Stadtrath aufgefordert werde, und ich bitte, dies zu beschließen, daß innerhalb vier Wochen darüber im Gemeinderathe referiert werde. (Heiterkeit.) Ich habe zwei Anträge gestellt. Der eine geht dahin, den Feuerwehrleuten sei für den Theaterdienst eine Zulage von 50 kr. zuzuweisen. Unter dem Essen kommt der Appetit, ich habe vor zwei Jahren 25 kr. verlangt, heute begnüge ich mich nicht mehr mit den 25 kr., heute fordere ich 50 kr. Die Commune macht das nicht reich und den Feuerwehrmann, der vom Theater nach Hause kommt, macht das glücklich.

Der zweite Antrag: „Jedes Mitglied des städtischen Feuerwehrcorps hat, falls dasselbe verunglückt, für die übrige Zeit seines Lebens jene Bezüge zu genießen, welche dasselbe in dem Momente bezogen hat, als es verunglückt ist.“ (Bravo!) Da, meine Herren, springt die Commune — wie man sagt — nicht so sehr hinein, denn wir werden in kürzester Zeit wahrscheinlich den Auftrag bekommen, daß die Feuerwehrmänner bei der Unfallversicherung versichert werden sollen. Nun, meine Herren, steht es uns auch frei, daß wir für unser Feuerlöschcorps selbst eine solche Cassé gründen; wir müssen aber schon heute unsere Maschinenmeister dort versichern und die Beträge für drei Jahre nachzahlen. Nun, in diesem Falle haben wir nur auf die Bezüge jene Differenz draufzuzahlen, welche sie eventuell von der Unfallversicherung bekommen würden.

Ich bitte Sie, meine Herren, beschließen Sie hier diese beiden letzten Anträge. Der Herr Bürgermeister und der Stadtrath werden Ihnen dafür zu großem Danke verpflichtet sein. Ich bitte um die Annahme. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Bürgermeister: Ich muß dem Herrn Vorredner bemerken, daß von einer sofortigen meritorischen Abstimmung unmöglich die Rede sein kann; es liegt ja eine diesbezügliche Vorlage noch nicht vor. Der Gemeinderath kann ja unmöglich über die Regelung der Bezüge irgendeiner Mannschaft beschließen, ohne daß ein diesbezüglicher Antrag erliegt. Übrigens kann ich dem Herrn Vorredner mittheilen, daß das Referat bereits fertig ist und in den allernächsten Tagen voraussichtlich im Stadtrath zur Verhandlung kommt; aber eine meritorische Entscheidung kann jetzt unmöglich getroffen werden.

Gem.-Rath Dr. Klotzberg (zur Geschäftsordnung): Ich bitte den Herrn Bürgermeister im Interesse des Feuerlöschcorps dafür zu sorgen, daß dieses Referat noch innerhalb vier Wochen erstattet wird.

Bürgermeister: Ich habe das Referat heute in der Hand gehabt, habe heute den Stadtraths-Referenten gesprochen, wir haben die verschiedenen Schwierigkeiten erörtert, welche der Erstattung dieses Referates im Wege stehen, weil das im Zusammenhange mit einer Menge anderer Angelegenheiten steht. Ich werde gewiß dafür sorgen, daß sobald als möglich darüber Bericht erstattet wird.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Meine Herren! Ich wundere mich geradezu über die Auskunft, die dem geehrten Plenum ertheilt wird. Über diese Angelegenheit, über welche jetzt Herr Dr. Klotzberg gesprochen hat, ist ja bereits im Stadtrath verhandelt und auch abgestimmt worden. (Bürgermeister: Theilweise!) Es dreht sich gerade um die 50 kr., welche Herr Dr. Klotzberg zugewendet wissen will. Es hat Herr College Witzelsberger über diesen Gegenstand im Stadtrath referiert, die Herren, welche die Amtsblätter lesen, werden es auch wahrscheinlich finden. Es ist diese Frage verschoben worden bis zur Einbringung des Referates über die gesammte Reorganisation. So steht die Angelegenheit. Es ist sogar abgestimmt worden, ob jetzt provisorisch die 50 kr. zugewendet werden sollen, es hat sich aber die Majorität für den Antrag Boschan erklärt, daß über die Frage nicht entschieden, sondern abgewartet werden soll, bis überhaupt eine Reorganisation des gesammten Feuerlöschcorps vorgenommen wird. Und dieses Referat ist uns in Aussicht gestellt worden, aber nicht das Referat über den Antrag des Dr. Klotzberg.

Bürgermeister: Ich bitte, aber dieser Gegenstand steht in Verbindung mit dem Referate, welches Herr Dr. Lederer hat,

wo es sich gleichfalls um die Regelung der Bezüge der Löschmannschaft und um den Übertritt in die Kategorie der Dienerschaft handelt, und wegen des Zusammenhanges dieser Anträge habe ich darauf gesehen, daß die Sachen unter einem in Verhandlung genommen werden.

Referent des Stadtrathes (zum Schlussworte): Ja, meine Herren, es geht nicht an, bei Reorganisierung eines ganzen Status, wo es sich um ganz verschiedene Angelegenheiten handelt, einzelne Begünstigungen herauszunehmen und vorweg zu beschließen, bevor wir wissen, was mit den anderen Begünstigungen geschehen wird. Bezüglich der 50 kr. hat sich der Stadtrath auf einen anderen Standpunkt gestellt. Es sind zwei Fälle möglich. Entweder wird die Löschmannschaft in einem ganz bestimmten, genau festgesetzten Turnus in die verschiedenen Theater geschickt, dann kommt eine Vergütung von 50 kr. einer regelmäßigen Aufbesserung gleich. Nehmen Sie an, daß jeder Mann jeden fünften Tag dazu bezogen wird, so bekommt er jeden fünften Tag 50 kr., und wenn man ihm im allgemeinen seinen Lohn um 10 kr. aufbessert, so kommt das auf dasselbe hinaus.

Ich bin nämlich sehr dagegen, daß man für einzelne bestimmte Dienstleistungen der Mannschaft weitere Beträge gibt. (Zustimmung rechts.) Die Mannschaft wird für den ganzen Dienst entlohnt, der erforderlich ist, und es geht nicht an, daß jemand, dem zufällig einzelne Dienstleistungen zugewiesen werden, etwas mehr bekommt. Wird aber nicht ein bestimmter Turnus eingeführt, sondern die Wahl dem Commandanten oder dem Löschmeister freigestellt, wer geschickt wird, so liegt die Gefahr nahe, daß irgendwelche Begünstigungen eintreten können. Aus diesem Grunde haben wir, die wir gewiß kein weniger warmes Herz für die Mannschaft haben als Herr Dr. Klobberg, es für richtiger gehalten, mit der Herausnahme dieser einzelnen Begünstigungen nicht vorzugehen, sondern das dann zu erledigen, wenn die Reorganisation in Angriff genommen wird. (Bravo! Bravo! rechts.)

Bürgermeister: Die Herren, welche einverstanden sind, daß der Antrag des Herrn Gem.-Rathes Dr. Klobberg, es mögen die 4890 fl., Beiträge zu den Auslagen des Feuerlöschwesens, der Mannschaft zugewiesen werden, dem Stadtrathe zugewiesen werde, wollen die Hand erheben. (Geschicht.) **Angenommen.**

Ein weiterer Antrag des Herrn Dr. Klobberg geht dahin, daß, wenn ein Mitglied des Feuerlöschcorps verunglückt, demselben jene Bezüge zugewiesen werden sollen, welche dasselbe früher gehabt hat. Jene Herren, welche diesen Antrag dem Stadtrathe zuweisen wollen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschicht.) **Angenommen.**

Den Hinweis auf die übrigen vier Anträge, welche Herr Dr. Klobberg gestellt hat, betrachte ich als ein Urgens an den Stadtrath.

Gem.-Rath Dr. Klobberg: Ich stelle die bezüglichen Anträge neuerlich.

Bürgermeister: Sie stehen ja ohnedies in Berathung. Die Bemerkung des Herrn Gem.-Rathes Dr. Klobberg geht nämlich dahin, daß über die Anträge baldigst Bericht erstattet werde.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich glaube, das muß auch dem Stadtrathe zugewiesen werden, weil auch diesbezüglich kein Antrag des Stadtrathes vorliegt. Der Stadtrath muß zuerst darüber berathen, ob er schnell zu referieren hat. (Lebhafte Heiterkeit.)

Referent des Stadtrathes (liest): Rubrik XX, Post 6. Verschiedene Einnahmen und Rückvergütungen 590 fl. Wir gelangen nun zu den Ausgaben Seite 127.

A. Ordentliche Ausgaben.

Bezüge des Löschpersonales:

Effective Auslagen	171.140 fl.
Durchgeführte Zinswerte	3.860 fl.
Zulagen an die Druckmannschaft für ihre Verwendung bei Bränden	2.350 fl.
Unterkunfts-Nebenerfordernisse für das Löschpersonale	9.810 fl.
Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Localitäten	28.510 fl.
Bespannungsauslagen und Fuhrkosten	81.510 fl.
Erhaltung und Erneuerung der Löschrequisiten und Ausrüstungsstücke:	
Erhaltung der Löschrequisiten und Ausrüstungsstücke	30.000 fl.
Erneuerung der Löschrequisiten und Ausrüstungsstücke	35.000 fl.

Referent der Budget-Commission: Ich habe zu der letzten Post einen Gegenantrag zu stellen. Der Magistrat hat bei der Zusammenstellung des Hauptvoranschlages den Betrag von 45.000 fl. eingefügt, der vom Stadtrathe auf 35.000 fl. reducirt wurde. Nachdem uns jedoch von der Buchhaltung der Ausweis gebracht wurde, daß Bestellungen aus dem Jahre 1893 im Betrage von 30.000 fl. heuer zur Auszahlung gelangen, würden für Anschaffungen des Jahres 1894 nur 5000 fl. übrig bleiben. Nachdem dieser Betrag jedoch nicht ausreicht, hat die Budget-Commission gefunden, daß der ursprünglich vom Magistrate eingestellte Betrag gewiß dem Erfordernisse näher kommt und ihm besser entspricht. Aus diesem Grunde empfehle ich die Wiederherstellung des Magistratsbetrages von 45.000 fl.

Referent des Stadtrathes: Ich habe nichts dagegen.

Bürgermeister: Die Herren, welche für die höhere Post von 45.000 fl. stimmen, wollen sich erheben. (Geschicht. — Nach einer Pause:) Es sind 28 Herren dafür. Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) Es sind 38 Herren dagegen. Die höhere Ziffer ist abgelehnt. Die Herren, welche für die niedrigere Ziffer von 35.000 fl. stimmen, wollen die Hand erheben. (Geschicht.) Die Post ist mit 35.000 fl. bewilligt.

Referent des Stadtrathes (liest): Rubrik XX, Post 7. Herstellung und Erhaltung der Feuerwehr-Telegraphenleitungen, sowie der Sprech- und Signalapparate 43.280 fl. Es ist hier eine kleine Erhöhung gegen den ursprünglichen Antrag.

Gem.-Rath Graf: Meine Herren, es würde sich empfehlen, den Feuerwehr-Commanden ein etwas ökonomisches Vorgehen aufzutragen. Mir ist mitgetheilt worden, daß namentlich den freiwilligen Feuerwehren eine Menge Sachen aufgenöthigt werden, die sie gar nicht brauchen. Einzelne Feuerwehr-Commandanten haben sogar gebeten und gesagt: wozu wird das bestellt? Das ist hauptsächlich bei den Elementen der Fall, die zu den Telegraphenleitungen nöthig sind, und ich habe mich selbst in einigen Depots überzeugt, daß eine Menge solcher Elemente in — ich muß schon sagen — Mistwinkeln herumliegen, Elemente, die doch bedeutende Kosten erfordern und dann durch das Herumliegen schlecht werden. Man könnte also dabei viele hundert Gulden ersparen. Ich will keinen Antrag stellen, möchte aber bitten, von dieser Anregung

Gebrauch zu machen und die Feuerwehrgane anzuweisen, ökonomischer vorzugehen.

Referent des Stadtrathes: Ich habe nichts weiter zu bemerken.

Bürgermeister: Gegen die Ziffern ist eine Einwendung nicht erhoben worden, sie sind daher angenommen.

Referent des Stadtrathes (liest): Rubrik XX.

Post 8. Zinse für Depots	41.470 fl.
Drucklegung des Exercier-Reglements und der Telegraphen-Instruction	3.500 fl.
Verschiedenes	5.700 fl.

Diese Post war früher in eine mit 8700 fl. zusammengezogen, über Wunsch des Stadtrathes wurde sie aber in zwei Bestandtheile zerlegt; über Antrag der Commission, dem ich zustimme, erfolgt eine Erhöhung um 500 fl. (liest):

Subvention an freiwillige Feuerwehren in den einbezogenen Vorortegemeinden 8.000 fl.

Subventionen an den Verband der Unterstützungscassa der freiwilligen Feuerwehren von Niederösterreich 900 fl.

Nun kommt eine Post, welche in dem ursprünglichen Elaborate nicht enthalten war, nämlich Post 13 „Außerordentliche Herstellung und Erweiterung an Feuerwehrrdepots für die freiwilligen Feuerwehren“ 6.000 fl.

Referent der Budget-Commission: Zum Schlusse dieser Rubrik wird noch ein meritorischer Antrag gestellt. Nachdem das Budget für das Feuerlöschwesen so groß ist und die Nachschaffungen im allgemeinen nicht unbedeutend sind, wird hier der Wunsch geäußert:

Es mögen dem Gemeinderathe statistische Daten an die Hand gegeben werden über die Thätigkeit der Feuerwehren, einzelnen Brände, deren Ausdehnung u. Ich erlaube mir daher namens der Budget-Commission den Antrag zu stellen (liest):

„Es sei seitens des Magistrates, respective des Feuerwehrcommandos ein ausführlicher Bericht über die Einrichtung des gesammten Feuerlöschwesens in Wien, welcher die letzten zwei Betriebsjahre 1892, 1893 begreift, zu verfassen und dem Gemeinderathe zu erstatten. Dieser Bericht soll enthalten: das Lösch-Inventar, das Lösch-Personale, die gesammten technischen Einrichtungen sowohl der Berufs- wie der freiwilligen Feuerwehren, die Bezeichnung der freiwilligen Feuerwehren, die ihnen gewährten Subventionen, die Statistik der Brände, den Wasserverbrauch, die Feuerlösch-Hydranten, die Feuermeldungs-Automaten, Telephonverbindungen u., die Vorschriften, Ausrückungs-Reglements u., die Kosten der Feuerwehr u. u.“

Das soll das ganze Wesen der Feuerwehr umfassen, was gewiß für den Gemeinderath und die ganze Bevölkerung ein sehr schätzenswertes Elaborat wäre.

Ich bitte Sie also um Ihre Zustimmung.

Bürgermeister: Keine Einwendung? — *Angenommen.*

Gem.-Rath Brauneis: Ich und der Herr College Schlögl haben vor circa zwei Jahren einen Antrag bezüglich der Errichtung einer Feuerwehr-Filiale auf den Schmelzer Gründen eingebracht. Dieser Bezirkstheil ist ganz isoliert; Breitensee hat eine freiwillige Feuerwehr, Sechshaus und Lerchenfeld auch, wir aber entbehren dort jeder Feuerwehr. Ich möchte daher den Herrn Bürgermeister um Auskunft bitten, welches Schicksal diesen Antrag ereilt hat.

Bürgermeister: Ich kann es nicht auswendig wissen, aber wenn der Herr College sich mit einer Anfrage an mich wendet,

werde ich jederzeit bereit sein, entweder sofort oder in kürzester Zeit diese Auskunft zu ertheilen. Jetzt kann ich aber darüber keine Auskunft geben.

Gem.-Rath Frauenberger: Meine Herren! Auf die Ausführungen meines unmittelbaren Herrn Vorredners fühle ich mich veranlaßt, auch einige Worte zu sprechen.

Ich bin nämlich der Meinung, daß es unmöglich Aufgabe der Gemeinde sein kann, freiwillige Feuerwehren zu errichten. (Widerspruch links und Rufe: Das ist ja nicht verlangt worden!) Wenn wir eine Feuerwehr brauchen, so werden wir eine Abtheilung unserer städtischen Feuerwehr vielleicht hinausgeben, und ich glaube, es dürfte das auch in diesem Sinne gemeint sein (Zustimmung), und wenn das in diesem Sinne gemeint ist, so habe ich selbstverständlich nichts dagegen (Unruhe), aber Aufgabe des Gemeinderathes kann es nicht sein, freiwillige Feuerwehren zu errichten, dagegen müßte ich mich entschieden verwahren.

Gem.-Rath Seb. Grünbeck: Ich hätte mich nicht zum Worte gemeldet, aber nachdem Herr Gem.-Rath Frauenberger, wie wir ihn kennen, ein eifriger Gegner der freiwilligen Feuerwehren, so gesprochen hat, so muß ich denn doch etwas richtigstellen. Es ist gewiß die Aufgabe der Gemeinde Wien, die freiwilligen Feuerwehren in erster Linie zu unterstützen und, wenn möglich, auch solche zu gründen, denn die freiwillige Feuerwehr kostet höchstens 600 bis 800 fl. und die Subventionen betragen an 1000 fl. Da sind 60 bis 80 Mann, und ich frage Sie, was eine einzige Filiale der Berufsfeuerwehr kostet? Sie kostet in die tausende. Gehen Sie nach Deutschland. Dort werden die freiwilligen Feuerwehren auf das kräftigste unterstützt von Seite der Gemeinden und von Seite des Staates, während bei uns bei jeder Gelegenheit beliebt wird, die freiwilligen Feuerwehren wegzuschieben. Das eine muß constatirt werden: Lassen wir ab davon, diese verschiedenen Filialen zu gründen. Das kostet nur ein Heidegeld und die freiwilligen Feuerwehren, die gewiß einen größeren Mannschafstand haben und die gewiß dasselbe leisten wie die Berufsfeuerwehren, sollten unterstützt werden. Ich glaube, man sollte sie unterstützen und nicht von vornherein den Stab darüber brechen.

Bürgermeister: Der Antrag liegt ja nicht vor. Wenn er berathen sein wird, so wird er dem Gemeinderathe vorgelegt werden und es wird dann Gelegenheit geboten sein, in merito über den Gegenstand zu sprechen. Ich möchte bitten, die Debatte darüber zu schließen.

Gem.-Rath Frauenberger: Wenn die Ausführungen meines unmittelbaren Herrn Vorredners richtig sind, dann ist es gewiß naheliegend, vielleicht in Erwägung zu ziehen, ob nicht die Berufsfeuerwehren aufzulassen wären (Widerspruch links) und dafür lauter freiwillige Feuerwehren zu errichten. Dagegen müßte ich mich entschieden verwahren. (Widerspruch links.)

Also, ich bitte, dann so etwas nicht zu sagen. Wenn hier gesagt wird, daß die freiwilligen Feuerwehren . . . (Unruhe und Widerspruch) . . . um so viel billiger und besser sind, so wird man doch das bessere nehmen. Das ist ganz klar. (Unruhe und Widerspruch links.)

Bürgermeister: Ich erkläre nochmals, wenn der Gegenstand an den Gemeinderath vorgelegt werden wird, dann werden die Herren in der Lage sein, zu erklären, ob Sie mit den Grundzügen dieser Organisation einverstanden sind oder nicht. Heute aber schon darüber zu debattieren, was man machen soll, wenn der Antrag vorgelegt werden wird, halte ich doch für verfrüht.

Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet. Die Herren, welche mit dem von der Budget-Commission gestellten Antrage einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) **Angenommen.**

Gegen die sämmtlichen Posten in Rubrik XX, soweit über dieselben nicht bereits abgestimmt ist, ist eine Einwendung nicht erhoben worden, dieselben sind **angenommen.**

Gem.-Rath Wärtl: In der Rubrik XX ist eine Post 13, wo außerdem 6000 fl. eingestellt sind.

Bürgermeister: Die ist mit **angenommen**, weil keine Einwendung erhoben wurde.

Referent des Stadtrathes (liest):

Rubrik XXI. Vorkehrungen gegen Überschwemmungen, und zwar:

Für Beistellung und Erhaltung der Schiffe, Auslagen für das Fuhrwerk etc. ist ein Betrag von 3.600 fl. eingestellt; und für Vergütung der von der k. k. Statthalterei und der k. k. Polizei-Direction vorschufsweise bestrittenen Auslagen sind 1.290 fl. eingesetzt. Nun muß aber diese Post erhöht werden, weil diejenigen Gebühren, welche von der Polizei vorschufsweise bestritten werden, die aber solche sind, die eigentlich in den Wirkungskreis der Gemeinde gehören, nämlich Beistellung von Schiffen, welche in die eventuell inunndierten Bezirke Lebensmittel u. dgl. bringen, der Polizei nicht aufgehalten werden können. Dieser Umstand macht daher eine Erhöhung des Betrages auf 3350 fl. nothwendig. Ich bitte um die Annahme dieses erhöhten Betrages.

Bürgermeister: Keine Einwendung? — **Angenommen.**

Referent des Stadtrathes (liest): Verwaltungsgruppe VI „Öffentliche Arbeiten“, Seite 149. Einnahmen.

Straßenwesen.

Beitrag des k. k. Ärar's zur Erhaltung der in das Eigenthum der Gemeinde Wien übergebenen, vormals ärarischen Straßen und der Brücken über den Donaukanal 182.000 fl.
 Beiträge des u.-ö. Landesfondes zur Straßenerhaltung 140.000 fl.
 Beiträge der Lohnkutschler zu den Straßen säuberungskosten (Platzreinigungs-Gebühren) 4.250 fl.
 Anderweitige Beiträge zur Erhaltung, Säuberung und Bespritzung der Straßen, und zwar:
 Beiträge von den Tramway-Gesellschaften 14.580 fl.
 Sonstige Beiträge 5.120 fl.
 Platzgelder für Hütten, Eischaustellungen und für sonstige Benützung öffentlicher Plätze und Straßen:
 Platzgelder von Tramway-Gesellschaften 12.420 fl.
 Übrige Platzgelder 78.590 fl.
 Platzgelder für Materiallagerplätze bei Häuserbauten 6.850 fl.
 Abgabe der Wiener Tramway-Gesellschaft 163.960 fl.

Gem.-Rath Strobach: Meine Herren! Meine Wenigkeit, sowie eine Anzahl von Kollegen aus dem Gemeinderathe haben im Laufe der Jahre wiederholt Anträge gestellt bezüglich der scandalösen Zustände, welche bei der Wiener Tramway herrschen. Auf der Strecke Margarethen soll alle zehn Minuten ein Wagen verkehren. Thatsächlich aber dauert es häufig 16 bis 18 Minuten, bis ein Wagen kommt, und dann ist er natürlich so überfüllt, daß es ganz unmöglich ist, darauf Platz zu finden. Wie auf dieser Linie, so ist es fast überall, weil die Tramway jetzt nur nach einer Richtung, nämlich nur nach Döbling, verkehrt. Leider hat der Gemeinderath in früheren Jahren die ganze Ingerenz, welche er auf die Tramway hatte, eigentlich mehr oder weniger verschachert

(Widerspruch rechts), verkauft, wenn Sie wollen, Herr Bürgermeister.

Bürgermeister: Ein solcher Ausdruck entspricht doch den Verhältnissen nicht.

Gem.-Rath Strobach: Also verkauft — so daß der Gemeinderath thatsächlich nicht mehr in der Lage ist, seine Ingerenz auf die Tramway-Gesellschaft auszuüben. Es ist das wirklich sehr traurig. Jetzt werden bei der Tramway-Gesellschaft wieder die Passagiere gezählt. Allgemein ist man der Ansicht, daß deshalb gezählt wird, damit die Tramway-Gesellschaft constatieren kann, ob sie vielleicht noch einige Wagen ersparen könnte.

Ich halte von der ganzen Zählung gar nichts, und ich bin überzeugt, daß, wenn Se. Excellenz der Herr Statthalter Ernst machen wollte, die ganze Tramwayfrage in ganz kurzer Zeit erledigt wäre. Ich bin auch in der Lage anzugeben, wie es geschehen könnte. Im vorigen Jahre war es bei der Omnibus-Gesellschaft nicht möglich einzusteigen, wenn die normalmäßigen Plätze, welche angeschrieben waren, besetzt waren. Ich war einmal Zeuge, wie ein Conductor eine Frau bei großem Regen nicht hinaufgelassen hat, indem er sagte: „Wenn es meine Mutter ist, lasse ich sie nicht herauf; ich bin zweimal mit 2 fl. bestraft worden, das drittemal werde ich entlassen.“ Was bei der Omnibus-Gesellschaft geschehen kann, kann auch bei der Tramway-Gesellschaft geschehen. Ich glaube wenigstens, es müßte geschehen. Ich erlaube mir daher, an den Herrn Bürgermeister die Bitte zu richten, daß er seinen Gönner, den Herrn Statthalter . . .

Bürgermeister (unterbrechend): Ich möchte recht sehr bitten, derlei Ausdrücke zu unterlassen, wir wollen hier ernsthaft verhandeln?

Gem.-Rath Strobach: Es ist ja Ernst, er hat es ja selbst erklärt, Sie werden doch das dem Herrn Statthalter nicht übernehmen.

Bürgermeister: Ich bitte doch, bei der Sache zu bleiben.

Gem.-Rath Strobach: Ich bitte also den Herrn Bürgermeister, dem Herrn Statthalter mitzutheilen, daß die Bevölkerung über den Tramway-Scandal empört ist, und Se. Excellenz den Herrn Statthalter zu ersuchen, daß er die Güte haben möge, einmal energisch einzuschreiten. Er würde sich dann um die Bevölkerung viel größere Verdienste erwerben, als wenn er der liberalen Partei hilft, Antisemiten zu erschlagen. (Zustimmung links.)

Bürgermeister: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Referent des Stadtrathes (liest):

Post 8. Abgabe der Electricitäts-Gesellschaften 34.000 fl.
 Post 9. Erlös für in die Verbauung einbezogene Straßengründe 32.430 fl.
 Post 10. Verkauf von zur Straßenerweiterung erworbenen Realitäten 15,450 fl.
 Post 11. Gebühren aus der Verbauung von auf der Schmelz gelegenen Gründen auf Grund des mit Allerhöchster Entschliebung vom 10. April 1874 genehmigten Beschlusses des u.-ö. Landtages vom 16. Jänner 1874, L.-G.-Bl. Nr. 19 1.270 fl.

Bürgermeister: Zu sämmtlichen Einnahmeposten ist eine Einwendung nicht erhoben, ein Gegen-Antrag nicht gestellt worden. Ich erkläre die Einnahmeposten bis inclusive Post 11 für **angenommen.**

Referent der Budget-Commission: Die zuletzt genannte Ziffer ist ein Antrag der Budget-Commission. Der Herr Stadtraths-Referent hat ihn bereits berücksichtigt. Der Stadtrath hat die vom Magistrate eingestellte Einnahmesumme von 2250 fl. angenommen; jedoch hat der Gemeinderath in der Sitzung vom 23. Februar 1894 beschlossen, es möge diese Gebür für Schmelzgründe nicht mehr eingehoben werden. Darum entfällt hier das Äquivalent, und es bleibt nur ein Betrag von 1270 fl. einzustellen. Ich bitte, dem zuzustimmen.

Bürgermeister: Der Herr Referent des Stadtrathes ist mit der Ziffer 1270 fl. bei der Post 11 statt 2250 fl. einverstanden. Gegen den Antrag der Budget-Commission ist keine Einwendung erhoben, ich erkläre denselben für angenommen.

Referent des Stadtrathes (liest):

Rubrik XXII. Verschiedene Einnahmen und Rückvergütungen:

a) Reelle Empfänge 2060 fl.
anstatt der früher eingestellten 14.590 fl. Das kommt daher, weil die Einnahmen aus der Übertragung des Hausmistes aus den Häusern des I. Bezirkes im Betrage von 12.530 fl. nunmehr nicht mehr eingehen, nachdem diese Misteinsammlung mit der Straßensäuberung vereinigt wird, daher diese Einnahmepost entfällt.

b) Durchgeführte Zinswerte 170 fl.

Bürgermeister: Die Einnahmeposten sind damit erledigt. Sie sind angenommen.

Wir gelangen zu den Ausgaben, Seite 147.

Referent des Stadtrathes: Ausgabenposten Rubrik XXII, Seite 147.

Post 1. Diese Post ist durch das Pflaster-Präliminare, welches durch den Gemeinderath genehmigt wurde, bereits erledigt.

Post 2. Erhaltung der ungepflasterten Straßen, Beschaffung des Schottermaterials 251.750 fl.

Gem.-Rath Signer: Wenn wir vom I. bis zum XIX. Bezirke in Wien alle neuen Straßen, die gepflastert werden und die erst im Herbst vergangenen Jahres gepflastert wurden, uns ansehen, da muß jedermann, ob er Sachverständiger ist oder nicht, sagen, daß diese Pflasterungen im Grunde vollständig schlecht sind, nicht schlecht am Materiale, sondern es ist schlecht gepflastert, ob es Übergänge, Trottoirs oder Straßenflächen sind, das ist ganz egal

Bürgermeister (unterbrechend): Wir sind jetzt bei der Post „un gepflasterte Straßen“, die gepflasterten sind erledigt.

Gem.-Rath Signer: Hier heißt es: „Erhaltung des Pflasters“. Erlauben Sie mir weiter.

Bürgermeister: Zu den ungepflasterten!

Gem.-Rath Signer: Also sehen wir uns die ungepflasterten Straßen an (Lebhafte Heiterkeit) Mir wäre lieber, ich könnte über die gepflasterten sprechen. (Erneuerte stürmische Heiterkeit.) Nun, ich werde schon einmal darauf zu sprechen kommen.

Ich spreche also zu den ungepflasterten, beschotterten Straßen. Wenn Sie diese Straßen ansehen, dann werden Sie auch sagen: diese Straßen genügen nicht den Anforderungen. Wenn diese Straßen mit diesem groben Schlägelschotter beschottert sind, so sammelt sich da der Unrath aus allen Straßen an, der durch den Wind, die Pferde und aus den Häusern hingelagert wird. Wenn Sie das so gehen lassen und dort nicht gefahren werden würde, so würde dort das schönste Gras und Klee gedeihen. Der Schotter, der gewalzt wird, ist sehr grob — doch davon will ich nicht

sprechen; wir kommen ja noch zu den „gewalzten“ Straßen. Was aber den groben Schlägelschotter betrifft, so soll man in den inneren Bezirken — von der Landstraße will ich ja nicht sprechen — den Schotter nehmen, der eine Mittelgattung zwischen dem groben Schlägelschotter und dem Kiesschotter ist und ebenfalls mit den Brechmaschinen gebrochen wird. Der wird sich eher in die Straße einbauen als der starke Schlägelschotter. Denn bei diesem dauert es ja eine Ewigkeit, bis die Straße geregelt und fahrbar wird. Man kann ja diese Straßen nicht übersehen, weil man sich die Schuhsohlen ruiniert. Wenn Sie einen Mödinger Schuh anhaben (Lebhafte Heiterkeit), so drücken Sie ihn ja durch. Ich kaufe mir zwar keine solchen, ich lasse mir meine machen. (Heiterkeit.) Aber es ist nicht rathsam, über solche Straßen zu gehen. Ich möchte also bezüglich der inneren Bezirke dem Herrn Bürgermeister ans Herz legen, daß in Zukunft der grobe Schlägelschotter nicht verwendet wird. Es gibt einige Bezirke, zum Beispiele der XVIII. Bezirk, wo in einigen Straßen mit diesem kleinen, auch mittels Maschinen gebrochenen Schotter beschottert wird. Ich glaube, Herr Gem.-Rath Wunsch wird es bestätigen. Wenn Sie diese Straßen ansehen, so werden Sie finden, daß sie so macadamisiert sind, als ob dort ein Asphaltpflaster wäre. Wenn ein Wagen über den groben Schotter fährt, so wirft er den Schotter auseinander und man müßte besondere Straßenkehrer anstellen, um den Schotter zusammenzuklauben. Ich ersuche also den Herrn Bürgermeister, durch den Stadtrath, das Bauamt oder den Magistrat dahin zu wirken, daß ein Gutachten über diese Angelegenheit erstattet und die Beschotterung der Straßen innerhalb der Linien nicht mit dem groben Schotter bewerkstelligt werde.

Gem.-Rath Gräf: Ich werde mich sehr kurz fassen. Ich weiß ganz bestimmt, daß das Schotter-Präliminare seitens der einzelnen Bezirksvertretungen zu rechter Zeit in die Hand des Magistrates gelangt ist, und ich habe schon in der General-Debatte darauf verwiesen, daß mit den Offertauschreibungen bezüglich der Schotterlieferungen zu spät begonnen worden ist. Denn es haben die Offertauschreibungen seinerzeit stattgefunden, wo der Schotter in den Straßen eigentlich schon geplant sein sollte. Dadurch werden viele tausende von Gulden unnützlich verausgabt. Wenn nicht der Schotter im Februar, März oder April eingebettet wird, wo er seinem Zwecke vollständig entspricht, bleiben die Schotterfiguren den ganzen Sommer auf der Straße liegen, er wird von der lieben Jugend auseinandergeworfen und dadurch reducirt er sich auf kaum die Hälfte des ursprünglichen Quantums. Dazu kommt aber noch, daß, wenn man mit der Offertauschreibung früher beginnen würde, eventuell günstigere Bedingungen gestellt würden. Denn in den Monaten December bis Februar haben die Fuhrwerke nicht soviel zu thun. Bekanntermaßen sind sehr viele Wirtschaftsbefitzer mit den Zufuhren von Schotter nach Wien beschäftigt, während die Leute sonst in Ermanglung einer Arbeit im Herbst ihre Thiere um billiges Geld verkaufen und im Frühjahr theurer einkaufen müssen, und dadurch, daß der Differenz auf diese Weise nicht billiges Fuhrwerk erhält, vertheuert sich das im allgemeinen.

Ich möchte mir daher folgenden Antrag zu stellen erlauben und bitte das geehrte Plenum, denselben zu unterstützen: „Der Magistrat werde beauftragt, die Offertauschreibungen für Schotterlieferungen spätestens anfangs Jänner zu machen.“

Gem.-Rath Sebastian Grünbeck: Meine Herren, ein guter Schotter ist viel wert. Für den XVII. Bezirk wird ein wunderbarer Schotter vom Grelberg bezogen. Die dortigen Schottergruben sind

von der Commune gepachtet. Die Anlage ist jedoch viel zu klein. Es könnte Schotter für fünf bis sechs Bezirke geliefert werden, nur müßte das Werk erweitert und mehrere Brechmaschinen aufgestellt werden. Diesbezügliche Anträge sind vom Herrn Collegen **Signer** und anderen Herren schon gestellt worden. Ich weiß nicht, warum man da immer so lange zögert. Das Geld liegt ja förmlich auf der Straße. Ich habe vom Vorsteher des XVIII. Bezirkes selbst erfahren, daß dort ganz schlechter Schotter verwendet wird. Der Bezirksvorsteher hat darum angefragt, man möge ihm eine größere Quantität Schotter vom Ezelberg überlassen, weil der unbedingt viel besser ist als der, der ihm jetzt geliefert wird. Also, das wäre wirklich im Interesse der Commune. Was brauchen wir Lieferanten, wenn wir den Schotter selbst erzeugen können? Ich beantrage daher, daß mit etwas rascherem Tempo die Erweiterung der Schottergruben am Ezelberg in Angriff genommen werde.

Gleichzeitig möchte ich ersuchen, in den Vororten nicht immer Rundsotter zu verwenden. Da bleibt die Straße ewig lebendig. Zum Unterbau ist er ganz gut, aber zur Beschotterung sollte man ihn nicht nehmen.

Gem.-Rath Signer: Gestatten Sie mir noch über die Schotterbeschaffung und Schottergewinnung einige Worte zu bemerken. Herr Gem.-Rath Grünbeck hat schon vom Steinbruche am Ezelberg erwähnt, es wird dort der beste Schotter gewonnen. Die Commune ist Pächterin dieses Steinbruches, ich möchte aber den Herrn Bürgermeister ersuchen, zu erwägen, ob es nicht möglich ist, daß die Commune auch die Eigenthümerin dieses Grundes werde.

Die Schottererzeugung ist, wie alles die Commune verpachtet, auch in Pacht gegeben. Wie der Pächter heißt, weiß ich nicht; derselbe bekommt per Cubikmeter Sprengen, Brechen, Schlagen und in die Figuren aufschlichten 90 kr.; außerdem erhält er Dynamit, Pulver und anderes vergütet, ferner bezahlt die Commune separat täglich zwei Cabs, welche das wegfallende Material über die Straßen zum Abhange führen, wo es abgelagert wird. Im Steinbruche arbeiten 18 Arbeiter. Diese erzeugen im Tage 24 Cubikmeter, das sind 12 Fuhren. Diese braucht der Bezirk Hernals allein. Der Unternehmer zahlt den Arbeitern per Cubikmeter 60 kr., er behält also per Cubikmeter 30 kr., ich glaube nicht, daß das gerecht ist. Warum müssen die Arbeiter da wieder ausgebeutet werden, warum betreibt die Commune die Sache nicht in eigener Regie und bezahlt die Arbeiter gut? Aber es wird einem Pächter übergeben und das ist ungerecht; man soll die Sache nur selbst in die Hand nehmen, dann wird es anders gehen. Außerdem hat der Unternehmer dort noch eine Cantine, wo die Arbeiter separat wieder ausgebeutet werden.

Wenn der Arbeiter nicht dort seine paar Kreuzer auf Schnaps und Würstel, Speck, Brot zc. ausgibt, wird er entlassen, fortgejagt! Ich möchte den Arbeiter sehen, der vielleicht seine Wurst, seinen Speck und Brantwein selbst mitbringt! Dem wird einfach gesagt, das geht nicht; Sie müssen hier Brantwein, Würstel, Speck und Brot zc. kaufen, hier schaffe ich die Waren ein! Ich möchte also dem Herrn Bürgermeister diese Sache ans Herz legen; er möge untersuchen, ob das, was ich gesprochen habe, wahr ist. Die Mohrerhütte ist ja ein sehr schöner Ausflugsort; der Herr Bürgermeister wird vielleicht einmal Gelegenheit haben, dorthin zu kommen, dann ist auch die Sophienalpe in der Nähe, und wenn man da hinauffährt, so ist gleich links der Steinbruch, den man überfieht, man braucht gar nicht auszustiegen. Der Herr Bürger-

meister kann also bei dieser schönen Partie alles genau ansehen. Dort könnte man Schotter erzeugen, soviel man braucht, damit wir von den Lieferanten, die uns jetzt den miserablen Schotter um theueres Geld verkaufen, einmal erlöst werden. Der Cubikmeter Schotter aus dem obgenannten Steinbruche stellt sich loco Hernals auf 2 fl. 50 kr. sammt Fuhrlohn, während wir für den Schotter aus Kaltenleutgeben zum Beispiele 3 fl. 50 kr. bis 4 fl. zahlen müssen, und außerdem ist er nichts nutz! Sehen Sie, in dem Steinbruche von Kaltenleutgeben hat der betreffende Schotterlieferant zwei bis drei Brechmaschinen aufgestellt, und eine solche Maschine erzeugt täglich 48 m³, also zwei Maschinen 96 m³ = 48 Fuhren. Wir, die Commune, thun aber so, als wie wenn einer am Pande mit einem Pferde, das schon halb zugrunde gegangen ist, ackert! Es ist also sehr nothwendig, daß wir den Schotterbruch am Ezelberg zu erweitern trachten. Wenn wir dort eine Maschine von 10 Pferdekraften aufstellen, so bekommen wir täglich 20 m³ groben Schlägelschotter; von feinem Kiefelschotter aber, der für die Straße verwendet werden soll — nicht der grobe, an dem sich die Pferde die Hufe beschädigen, was jeder Fuhrwerksbesitzer bestätigen wird — von diesem Schotter erzeugt diese Maschine 10 m³. Wenn wir also ein Paar solcher Maschinen aufstellen, so können wir täglich 50 bis 100 m³ Schotter erzeugen und damit viele Bezirke Wiens versorgen.

Noch auf etwas mache ich aufmerksam. Wenn die Gemeinde diesen Schotterbruch am Ezelberge käuflich erwerben würde, so müßte ein Beamter von der Commune hinkommen, der die Verwaltung führt, die Gemeinde würde Maschinen aufstellen und dadurch ein größeres Quantum Schotter gewinnen. Dann sollte man aber das Fuhrwerk nicht einem anderen übergeben, sondern es sollte die Gemeinde dasselbe doch in eigene Regie übernehmen, weil sie ja täglich Schotter führen und das Fuhrwerk ausnützen kann, und weil dadurch der Schotter billiger und besser verführt wird. Es wäre sehr unklug, wenn wir das nicht selbst übernehmen würden, und mir kommt es so vor, wie wenn z. B. ein Braumeister die Fuhren fremden Leuten übergeben würde. Sehen Sie, z. B. Collegen **Kreindl**, der Ziegelfabrikant — er möge entschuldigen, daß ich ihn nenne — nimmt auch fremde Fuhrleute auf, aber in erster Linie beschäftigt er seine eigenen Fuhrleute. Wir müssen es also so machen wie ein Privater und diesen Schotter nicht durch andere verführen lassen.

Sehen Sie einmal diese Schotterwägen an, zerfallen, zerrumpelt, vom Ausmaße will ich nichts sagen, ob es auch vollständig richtig ist, aber ich glaube, die Commune thut sehr gut, wenn sie ihre eigenen Pferde und Wägen anschafft, Stallungen erbaut und die Schotterbeförderung selbst besorgt. Ferner, wozu können die Pferde noch benützt werden? Zum Aufspritzen im Sommer, für den Straßenschicht, Staub, Roth und Schutt zc., also, wenn es schön ist, zum Spritzen, und wenn es regnet, zur Bespannung der Schotterwägen zc. Nützen wir das aus. Dann wird auch ordentlicher aufgespritzt werden. Über die Spritzgeschichte werde ich übrigens noch später sprechen. (Heiterkeit.)

Ich glaube, meine Herren, ich habe Ihnen jetzt die Sache klargelegt, und ich würde den Herrn Bürgermeister bitten — ich glaube, er wird sich die Sache genau ansehen — sofort den Magistratsreferenten zu beauftragen, im commissionellen Wege an Ort und Stelle die Sache zu erheben und die Schottererzeugung, sowie die Beförderung desselben in eigene Regie zu übernehmen.

Gem.-Rath Dr. Aloßberg: Meine Herren! Beim Pflaster-Präliminare habe ich mir erlaubt, auf den schlechten Zustand der Straßen im XIX. Bezirke zu sprechen. Wer Gelegenheit hat, die Straßen zu besichtigen, wird doch zugeben müssen, dass diese Straßen, speciell im XIX. Bezirke, in einem miserablen Zustande sich befinden. Ich habe mir erlaubt, den Antrag zu stellen, dass ein Wegmeister creiert werde, und man hat mir hierauf erwidert, dass die Wegmeister von der Commune übernommen worden sind. Das ist richtig. Für die übrigen Bezirke, aber nicht für den Bezirk Klosterneuburg. Dieser wurde getrennt und infolge dessen wurde auch der Wegmeister nicht genommen. Die Folge davon ist, dass sich diese Straßen daselbst in einem weit schlechteren, desolateren Zustande befinden als alle übrigen Straßen in den übrigen Bezirken, wo die Wegmeister mitübernommen wurden. Ich erlaube mir aus diesem Grunde bei dieser Gelegenheit den Antrag zu stellen: „Es möge für den XIX. Bezirk ein solcher Wegmeister bestellt werden.“

Gem.-Rath Herold: Nachdem unsere Kenntnis im Schotterwesen eine gründliche Erweiterung erfahren hat, beantrage ich Schluss der Debatte.

Bürgermeister: Es ist Schluss der Debatte beantragt. Die Herren sind einverstanden? (Keine Einwendung.) *Angenommen.*

Gem.-Rath Vincenz Wessely: Meine Herren! Ich werde Sie nicht mit einem Antrage überraschen, aber ich will nur eine Wahrnehmung erwähnen, die ich gemacht habe.

Nachdem hier über die Pflasterung der Straßen berathen wurde, ist auch der von der Commission gestellte Antrag, eine Straße neu zu pflastern, angenommen worden.

Ich habe zufälligerweise dieselbe Straße am anderen Tage passiert und habe gesehen, dass gerade in dem Theile, welcher zur Pflasterung durch den Beschluss des Gemeinderathes bestimmt wurde, Figuren von Schotter aufgestellt waren. Nun war ich begierig, ob dieser Schotter weggeführt wird, weil die Straße neu gepflastert wird, oder ob dieser Schotter dort auf demselben Flecke vertheilt wird. Richtig! Das letztere ist geschehen. Der ganze Schotter, der dort gelegen ist, ist auf demselben Flecke, in derselben Straße, aber so hoch aufgeführt worden, als wenn die Straße erst neu gebaut worden wäre, und Sie können sich noch heute davon überzeugen. Im VII. Bezirke ist das geschehen. Ich glaube von Seite des Bauamtes sollte darauf geachtet werden, dass, wenn man eine Straße zur Pflasterung bestimmt, man die Straße nicht im letzten Augenblicke noch mit neuem Schotter überziehe. Das kostet ein Heidengeld, und gerade dieselbe Strecke, die der Pflasterung unterzogen wird, ist neugeschottert worden, und zwar in derselben Woche, wo hier im Gemeinderathe der Beschluss gefasst worden ist. Ich möchte diese Anregung gemacht haben, damit das Bauamt beauftragt werde, in solchen Fällen eine unnöthige Verschleuderung des theueren Schotters hintanzuhalten.

Bürgermeister: Wünschen die Herren Referenten noch eine Bemerkung zu machen? (Dieselben verzichten.) Gegen die Posten „Beschaffungskosten des Schottermaterials“, „Fuhrwerkskosten und „Wohnungen des Personales“ wird keine Einwendung erhoben; *angenommen.*

Herr Gem.-Rath Gräf hat den Antrag gestellt, der Magistrat sei zu beauftragen, die Offertauschreibungen für die Schotterlieferung spätestens bis Anfangs Jänner auszuschreiben.

Sind die Herren damit einverstanden, dass dieser Antrag der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung unterzogen wird? (Zustimmung.) *Einverstanden.*

Herr Gem.-Rath Sebastian Grünbeck beantragt, es sei thunlichst an eine Erweiterung des Schotterbruches der Gemeinde Wien am Ezelberge zu schreiten.

Sind die Herren mit der Zuweisung dieses Antrages an den Stadtrath einverstanden? (Zustimmung.) *Angenommen.* Das ist identisch mit der Anregung des Herrn Gem.-Rathes Eigner.

Gem.-Rath Dr. Aloßberg: Ich habe meinen Antrag nach der Aufklärung zurückgezogen; nachdem ich die Aufklärung mit den Thatsachen nicht übereinstimmend finde, erlaube ich mir neuerlich den Antrag zu stellen, es möge für den XIX. Bezirk ein Wegmeister angestellt werden.

Bürgermeister: Ich habe über diesen Gegenstand heute mit Herrn Gem.-Rath Steiner verhandelt, und es ist die Sache anhängig. Ich werde aber den Gegenstand zur Abstimmung bringen. Sind die Herren einverstanden, dass über den Antrag wegen Creierung einer Wegmeisterstelle für den XIX. Bezirk die entsprechende geschäftsordnungsmäßige Verhandlung eingeleitet werde? (Zustimmung.) *Angenommen.*

Referent des Stadtrathes (liest):

Post d) Spannungsauslagen für Straßenwalzen und Wasserwägen 10.200 fl.

Gem.-Rath Eigner: Der Herr Referent wird wohl nicht in der Lage sein, mir zu sagen, wann die Herren Fuhrwerksbesitzer contractmäßig verpflichtet sind, Straßenwalzen in der Frühe einzuspannen. Sie beginnen mit der Straßenwalzung zwischen 7 und 8 Uhr in der Frühe. Es ist allgemein in Wien Sitte, dass die Fuhrwerksbesitzer, wenn sie im eigenen Interesse nicht für jemand anderen fahren, um 3 oder 4 Uhr, längstens um 5 Uhr einspannen. Ich will das nicht, aber wenn sie schon in Regie der Commune fahren, sollen sie wenigstens um 6 Uhr einspannen, und wird wirklich mit der Straßenwalzung begonnen, wie sonst die Arbeiter von der Commune ihre Arbeiten beginnen, so wird ein- bis zweimal auf- und abgefahren, dann ist die erste Rast gehalten und es wird zum Brantweiner gegangen. Wie lang diese Pause ist, will ich nicht erörtern, aber sie ist ziemlich lang. Dann wird wieder langsam ein-, zweimal auf- und abgefahren und dann wird im Wirtshause gefrühstückt. So vergehen dreiviertel bis eine Stunde. Dann fährt man wieder ein-, zweimal, und dann ist es Mittag, und man fährt zum Schlusse nach Hause. Da soll Ordnung geschaffen werden und von der competenten Behörde darauf gesehen werden, dass die Unternehmer ihre Pflichten erfüllen, und auch den Aufsehern soll eine diesbezügliche Instruction ertheilt werden. Wenn man sie bezahlt, sollen die Unternehmer ihre Pflicht thun, und ich ersuche den Herrn Bürgermeister, energisch aufzutreten, damit die Commune und die armen Steuerzahler, die das bezahlen müssen, nicht so ausgejaugt werden.

Referent des Stadtrathes (liest):

e) Kosten der Beschaffung von Sand 15.320 fl.

f) Sonstige Auslagen (Pachtzins für in öffentliche Straßen einbezogene Privatgründe, Kosten für Nachtwachen, Warnungslaternen etc.) 1.430 fl.

Nun kommen zwei schwere Posten (liest):

Post 3. Einlösung von Grundparcellen bei Häuserbauten zur Straßenverbreiterung 600.000 fl.

Post 4. Ankauf von Realitäten und Gründen zur Straßenverbreiterung 300.000 fl.

Diese Beträge sind so groß, weil in das heurige Jahr wahrscheinlich die Entschädigung am Stock-im-Eisenplatze an die

Equitable fällt, ebenso auch die Einlösung um das Schwarzenberg-Palais herum, welche Einlösungen bedeutende Beträge verschlingen werden. Ich bitte, diese Beträge anzunehmen.

Bürgermeister: Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.)
A n g e n o m m e n.

Referent des Stadtrathes (liest): Nun kommt die Straßenfäuberung, Rubrik XXII, Post 5.

Die erste Post „Pauschalvergütung an die allgemeine österreichische Transport-Gesellschaft für die Säuberung der Straßen und die Hauskehrichtverföhrung im I. Bezirke“ entfällt, weil die Sache bekanntlich in eigener Regie abgewickelt wird.

Post 5 a) Bezüge der Beamten für die Straßenfäuberung in eigener Regie im I. Bezirke 4.350 fl.

Post 5 b) Bezüge des Aufsichts- und Straßenfäuberungs-
Personales 807.840 fl.

Gem.-Rath Bärkl: Wie die Budgetberathung beim Magistrat stattfand, hat man noch nicht sehen können, welchen Winter wir in diesem Jahre haben werden. Als der Stadtrath berathen hat, war es Winter, u d zwar November. Dann hat die Berathung der Budget-Commission stattgefunden; das war freilich schon im März. Man hat nicht voraussehen können, ob wir viel Schnee haben werden, oder gar keinen. Wie bekannt ist, war der Winter sehr milde und es wurde schon bei Rubrik XXII, Post 5 b der Betrag von 810.940 fl. auf 807.840 fl. herabgesetzt. Diese Beträge brauchen wir absolut nicht in ihrer Gänze. Es ist nicht zu fürchten, dass wir Schneefälle noch bekommen. Und weil ich gerade beim Worte bin, gehe ich auf Post c „Fuhrwerkskosten, reelle Auslagen von 364.100 fl.“ über.

Ich erlaube mir, bei Post b im Betrage von 807.840 fl. einen Abstrich von 27.840 fl. zu beantragen, so dass noch ein Betrag von 780.000 fl. verbleibt.

Bei Post c „Reelle Auslagen“ ist ein Betrag von 364.100 fl. eingestellt. Ich erlaube mir, einen Abstrich von 29.000 fl. zu beantragen, so dass 335.000 fl. verbleiben.

Es ist sehr wahrscheinlich, dass wir selbst diese Beträge in diesem Jahre nicht brauchen; wozu sollen wir also einen Mehrbetrag von 50.000 fl. einstellen und stehen lassen?

Ich glaube, die Herren Referenten des Stadtrathes und der Budget-Commission werden nichts einzuwenden haben, wenn ich mir erlaube, die Reduction dieser beiden Posten in den angeführten Beträgen zu beantragen.

Gem.-Rath Frauenberger: Ich habe nur einige Worte über die Straßenfäuberung des I. Bezirkes zu sprechen.

Es läuft hierüber ein Referat, und ich habe über diesen Gegenstand sehr viel zu sagen. Ich will aber nicht doppelt sprechen und glaube daher, ich werde mir meine Ausführungen aufsparen, bis das Referat uns endlich vorliegt. Dieses Referat kann aber sehr schwer hieher gelangen, weil nämlich der Magistrat beauftragt worden ist, zu ermitteln, welchen Wert der Straßenmist hat. Und das ist eine sehr schwierige Sache, nachdem man im hiesigen Bauamte früher nie eine Ahnung gehabt hat, dass der Straßenmist überhaupt einen Wert hat. Denn wir haben das aus dem Munde des Herrn Baurathes Schiebeck gehört, der uns ausdrücklich hier gesagt hat: Der Straßenkehricht habe überhaupt keinen Wert. Nun ist aber damals an das Tageslicht gekommen, dass der Straßenkehricht doch einen Wert hat, und nun hat der Gemeinderath dem Magistrat die Frage vorgelegt, welchen Wert dieser Straßenkehricht hat, und das ist auch ein

Grund, warum dieses Referat nicht herkommt. Das ist ja ganz selbstverständlich, denn diese Frage ist für den Magistrat ungeheuer schwer zu beantworten, weil das Bauamt vorher eine Erfindung machen müsste, wie man denn aus dem Straßenkehricht brauchbaren Dünger macht.

Nun, meine Herren, ich will mich darüber nicht weiter verbreiten, ich habe diesbezüglich heute an den Herrn Bürgermeister eine Interpellation gerichtet nur zu dem Zwecke, um festzustellen, dass die Ämter den Beschluss des Gemeinderathes, bis längstens 1. April hierüber einen Bericht vorzulegen, nicht nachgekommen sind.

Ich möchte nun den Herrn Bürgermeister bitten, dafür zu sorgen, dass dieses Referat hieher kommt, wenn auch ohne einen Antrag des Magistrates. Wir werden den Herren hier beweisen, welchen Wert der Straßenkehricht hat, welche Summe das bedeutet, wir werden auch den Beweis erbringen, wo er gebraucht wird u. Das alles werden wir hier machen. Das Referat soll nur hieher kommen, ohne einen Antrag des Bauamtes, ohne ein Referat des Magistrates. Auf diese Erklärung möchte ich mich beschränken.

Ich will darüber heute nicht sprechen, weil ich mir meine Ausführungen bis zur wirklichen Vorlage dieses Referates aufsparen will. Denn ich müsste ja dann, wollte ich den Gegenstand eingehend behandeln, dem Magistrat und dem Bauamte sagen, welchen ungeheuren Wert dieser Straßenkehricht hat. Ich erwarte aber, dass wir dies in der Vorlage zu lesen bekommen werden, denn wenn ich das ermitteln kann, dann müssen es die Ämter auch ermitteln können — wenn man überhaupt eine Frage studieren will, aber diese Frage will man nicht studieren. Man will den Beschluss des Gemeinderathes nicht durchführen, und das werde ich beweisen. Es hat auch diese Frage niemand noch ordentlich studiert. Ein einziger ist in dieser Angelegenheit eingeweiht, und das ist mein College Noske. Der ist vollständig eingeweiht, aber er will, wie soll ich nur sagen, in dieser Richtung nicht vorgehen.

Als er das Referat zurückgelegt hat, hat es der Herr College Boschan übernommen. Alle Hochachtung vor dem Collegen Boschan, aber das Referat — so hat er sich wahrscheinlich gedacht — behalte ich ja nicht; ich werde es daher auch nicht studieren. Und so hat er denn dieses Referat auch nicht studiert. Wahrscheinlich wird ein Nachfolger im Referate diese Frage auch nur mit Mühe studieren wollen. Ich rathe aber dem betreffenden Stadtraths-Referenten an, es doch zu thun, und nicht am Ende mit einer Vorlage zu kommen, die vielleicht wieder ein Provisorium beantragt, und zwar muss dieses Referat jetzt rasch hieher kommen, denn das Provisorium geht zu Ende, und wir können eine Frage, die der Gemeinde Wien so große Vortheile bringt, nicht ewig verschleppen. Ich bitte daher den Herrn Bürgermeister, dafür zu sorgen, dass das Referat in allerfürzester Zeit hieher kommt. (Beifall links.)

Bürgermeister: Ich kann darauf nur bemerken, was ich heute bereits in Beantwortung der Interpellation des Herrn Voredners gesagt habe, dass das Referat am 27. März, also rechtzeitig und entsprechend, dem Beschlusse des Gemeinderathes vorgelegt wurde, und dass es — wie ich glaube — am 4. April dem Referenten des Stadtrathes zugewiesen wurde. Folglich ist bis jetzt eine Verzögerung nicht eingetreten.

Gem.-Rath Frauenberger (zur Geschäftsordnung): Ich muss mir in aller Ergebenheit die Bemerkung erlauben, dass ich

am 2. April gefragt habe, wer das Referat hat, und daß es am 2. April noch keiner der Herren gehabt hat. (Rufe: 4. April!) Ich bitte, Herr Bürgermeister, es ist ja der Beschluß gefaßt, daß längstens bis 1. April hier im Plenum referiert werden soll, und nicht, daß es erst in den Stadtrath kommt und dort liegen bleibt.

Bürgermeister: Bis Ende April.

Gem.-Rath Frauenberger: Bis längstens 1. April hätte referiert werden sollen.

Bürgermeister: Es wird Sorge getragen werden, daß sobald als möglich referiert werde.

Gem.-Rath Signer: Meine verehrten Herren! Ich kann den Herrn Kollegen Frauenberger gut leiden, aber gar so gut nicht. (Lebhafte Heiterkeit.) Wien ist schön. Ich habe aber auch andere Städte gesehen und war auch schon in anderen Ländern und Welttheilen, nicht bloß in Europa — diese Zustände habe ich nirgends gefunden. (Erneuerte lebhafte Heiterkeit.) Wenn man die Wägen, die den Kehricht verführen, ansieht, wie sie in den Straßen der schönen Stadt Wien herumfahren, da thut's einem weh. (Lebhafte Heiterkeit.)

Wie zerklümpet und zerfetzt diese Wägen ausschauen, der Kehricht fällt durch, so daß man den Spuren folgen kann, wo die Wägen gefahren sind. Aber bei der Misteinsammlung würden Sie erst Ihre Wunder sehen, Herr Bürgermeister! (Heiterkeit.) In den inneren Bezirken ist es nicht so arg, da ist so eine Patentvorrichtung, die gewiß auch nicht viel nützt, aber besser ist es doch als draußen. Wenn nur der Herr Bürgermeister einmal hinausgehen und sich die Misteinsammlung anschauen würde! Diese Wägen sind so beschaffen, daß sie hohe Seitenwände haben, vorne und rückwärts mit Schubbretern versehen sind, und daß der Laderaum 6 bis 8 m³ beträgt. Sie sind mit Deckeln versehen, aber die sind nicht geschlossen. Droben steht der Kutscher und ein anderer läutet von Haus zu Haus eine Strecke vorher. Da kommen die Weiber, Kinder oder Männer. (Unruhe rechts.) Ich muß doch erklären, wie da vorgegangen wird, damit der Herr Bürgermeister weiß, wie es in den Vororten zugeht. (Lebhafte Heiterkeit.)

Bürgermeister: Meinnetwegen brauchen Sie nicht so ausführlich zu sprechen. (Lebhafte Heiterkeit.)

Gem.-Rath Signer: Der Mist wird nicht nur früh, sondern den ganzen Tag über eingesammelt. Die Leute kommen zum Wagen hin, der Kutscher steht oben, aber die kleinen Kinder können nicht hinaufreichen, sie lassen die Misttruhe fallen. (Lebhafte Heiterkeit.) Statt im Mistwagen, liegt der Mist auf der Straße. So werden die geschotterten Straßen gemengt. Wenn aber schon der Kutscher den Topf nimmt, so hebt er ihn recht hoch auf, so daß der Wind den Kehricht fortführt. Vorbeigehen kann da niemand, wenn eine solche Entleerung stattfindet. (Lebhafte Heiterkeit.) Diese Einsammlung des Kehrichts in Wien ist ein für eine Hauptstadt scandalöses Verfahren. In sanitärer und in jeder anderen Beziehung ist das zu verdammen.

Auch die Abladeplätze befinden sich mitten in der Stadt; da wird der Kehricht ausgeleert. Hernals, überhaupt der XVII. Bezirk ist in dieser Beziehung ein Mistbezirk. (Schallende Heiterkeit.) Ich will Ihnen erklären, wie ich das meine. (Gem.-Rath Frauenberger: Ein ganzer Bezirk ist beleidigt worden! — Heiterkeit.) Im XVII. Bezirke wird der Mist von Währing, vom XVIII. Bezirke und vom XVI. Bezirke abgelagert. Ist das dort nicht eine „Mistg'stätten“? (Lebhafte Heiterkeit.) Ich glaube, diese Ablagerungs-

stätten gehören hinaus und ich werde den Herrn Bürgermeister unterstützen (Lebhafte Heiterkeit), wenn er gegen diesen Übelstand auftritt. Ich bitte, mich zuzuziehen bei der Eintheilung und ich werde unentgeltlich nach bestem Wissen und Gewissen und nach meinen Erfahrungen mitwirken, daß dieser Schandfleck, diese Misère, die in Groß-Wien herrscht, einmal abgeschafft wird. Ich glaube, wir hätten im Marchfelde Platz genug, und wie der Herr Gem.-Rath Frauenberger gesagt hat, dieser Mist ist eine Goldgrube, nicht eine Mistgrube. (Heiterkeit.) Sie wissen ja, daß die Transport-Gesellschaft viel Geld (Ruf links: 10.000 fl.!) nein! mehr, circa 18.000 fl. dafür bekommt.

Wie ist denn das in den Bezirken? Derjenige, der die Fuhrwerke im Pauschale hat, stellt Wägen und Pferde bei und vielleicht auch noch den Kutscher; alle anderen Personen muß der Subunternehmer beistellen, welcher den Mist von ihm abnimmt und ihn an Ort und Stelle verwertet und ausbeutet. Außerdem muß er dem Unternehmer eine Vergütung leisten, deren Höhe ich nicht genau angeben kann. Der Unternehmer sammelt den Kehricht ein und er verdient dabei eine schöne Summe Geld, beinahe so viel, als was ihm das Fuhrwerk kostet. Es bleibt ihm ein guter Pauschalbetrag rein. Im Mist ist alles zu verwerten. Wenn Sie den Mist durchwerfen und reinigen, so haben Sie dann Mist, aber auch Holz, Blech, Glasscheiben, Eisen, Metall, Coaks. (Rufe links: Gold! — Heiterkeit.) — Ja, goldene Ringe finden Sie vielleicht auch darunter — und das alles läßt man so hinausführen? Der Hernals'er Unternehmer hat sogar mit den Marchfelder Bauern abgeschlossen, daß sie den Mist abholen und hinausführen. Er hätte sogar am Draschefeld einen Depotplatz angelegt, wo die Fuhrleute vom Marchfelde hinkommen und den Mist aufladen, wenn ich es nicht verhindert hätte. Auch der Kehricht von den gepflasterten Straßen ist besser als der Dünger der Pferde und Kühe; und den lagert man auch einfach draußen ab. Das ist doch sehr unklug. Übergeben Sie mir dieses Hauskehrichteinsammeln und erlauben Sie, daß ich bei der Organisation einige Worte darcinspreche, dann wird die Commune Wien einen großen Reingewinn erzielen, während sie jetzt 162.710 fl. für die Abfuhr bezahlt. (Unruhe rechts.) Wir sind noch nicht fertig; jetzt werde ich Ihnen erst den wichtigen Gegenstand vorbringen.

Im Vorjahre habe ich schon bei der Verhandlung über die Striگل-Affaire darauf hingewiesen, man möge den Kehricht einsammeln und in jedem oder jedem zweiten Bezirke große Depotplätze errichten. (Unterbrechung rechts.) Aber ich bitte, lassen Sie mich meine Anschauung aussprechen! Wenn jemand etwas anderes, besseres weiß, so ist es ja gut. Auf diesen Depotplätzen soll der Mist nicht entleert, sondern eine Art Remise erbaut werden, wie die Tramwayremisen, nur nicht so kostspielig. Dort stehen dann diese Waggons, die die Commune selbst anschaffen kann, und dort ist eine Rampe, auf welche die Mistwägen hinauffahren; die Waggons stehen etwas tiefer, man macht den Schuber auf und der ganze Mist entleert sich in die Waggons. Wenn der Waggon dann voll ist, wird er abends von der Commune mit ihren eigenen Pferden oder auch durch einen Contrahenten zur Station der Dampftramway geführt, die ihn ins Marchfeld hinausführt; die Dampftramway könnte den Transport auch direct von den Depots besorgen.

Man könnte dies übrigens auch mit unserem eigenen Fuhrwerke thun und es käme dies viel billiger. Die Waggons könnten hin- und herfahren und dann jeder wieder in den Bezirk geführt werden, wo er hingehört. Die Bauern machen es auch nicht anders.

Nun komme ich aber auf den XVIII. Bezirk. Sie wissen, meine Herren, daß Gersthof an Pöbleinsdorf grenzt und an der Grenze zwischen Gersthof und Pöbleinsdorf ist eine schöne Allee, die von allen, die dort hinausfahren, bewundert wird; Herr College Wünsche und Herr St.-R. Müller, alle Herren aus dem XVIII. Bezirke werden es bestätigen, es sind sehr schöne Anlagen, schöne Villen mit Vorgärten, es ist ein reines Paradies. Was sehen Sie aber dort, meine Herren? Dort sehen Sie gleich links, wie Sie die Alleen betreten, von diesem Fuhrwerksunternehmer Weininger einen freien großen Platz, nicht eingepflankt, oder wenn er eingepflankt ist, mit so ordinären und verfallenen Planken, daß so etwas nirgends in den äußersten schlechtesten Dörfern, wo die Leute nichts Besseres haben, schlechter hergestellt ist.

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.)

Was sehen Sie dort? Zerlumppte, zerfallene Wagen, einen zerfallenen Straßenkehrwagen, ein Rad gebrochen, eines da, eines dort, einen zerbrochenen Ziegelwagen, einen zerbrochenen Cab, einen zerbrochenen Stellwagen, eine zerbrochene Kalesche, und die anderen Wagen auch noch.

Das ist ein Schandfleck für Wien. Ich versichere Sie, meine Herren, wenn dieser Platz dort einem Christen gehört — entschuldigen Sie, ich will nicht sagen, daß ich nur deswegen davon spreche, weil das ein Jude ist — da würden diese Villenbesitzer sofort energisch bei den Bezirksausschüssen, beim Bezirksvorstande, bei der Polizei, beim Magistrate, Bürgermeister, Statthalter und Minister urgieren. Aber wem gehören die Villen dort? Ebenfalls Angehörigen derselben Confession wie der Besitzer. Da sagt man nichts. Aber, ich bitte den Herrn Vice-Bürgermeister Dr. Richter dort hinauszufahren. Ich habe ihm einmal so etwas gezeigt. Die Schneeabfuhr vom XVIII. Bezirke in den XVII. Bezirk, auch den Abladepfah im XVII. Bezirke, aber dort schaut es noch ärger aus. Herr Bürgermeister, da müssen Sie eingreifen! Herr Wikelsberger hat da selbst eine Villa draußen, er soll das bestätigen.

Jetzt muß ich noch etwas erwähnen. In Neugersthof — der Herr St.-R. Müller weiß das auch sehr gut — ist ein Stellwagenbesitzer, Kreuz, der mit seinen Wagen die Tour von der Währingerlinie nach Salmannsdorf und umgekehrt macht. (Gem.-Rath Dr. Klossberg: Zeiselwagen!) Diese Zeiselwagen sind vielleicht viel eleganter als die Wagen anderer Fuhrwerksbesitzer. Dieser Mann hat es von nichts zu etwas gebracht; er hat einen Grund in der — der Herr St.-R. Müller kann mir aus der Verlegenheit helfen und sagen, wie die Gasse heißt — (Ruf rechts: Johannesgasse!) also, in der Johannesgasse in Neugersthof gekauft und darauf, nach den Bestimmungen des Baugesetzes, eine Stallung hergestellt, und zwar gemauert aus feuer sicherem Material und zwar hätte er ihn auch den Vorschriften gemäß eingewölbt. Er war vollständig nach dem Baugesetze hergestellt. Das magistratische Bezirksamt hat ihm den Consens hiezu erteilt. Kaum hat er aber die vier Umfassungsmauern aufgeführt gehabt, ist eine Commission gekommen und hat ihm gesagt: Du darfst nicht weiter bauen. Dies war im Winter 1893, ich bitte, im Winter und einem Manne, der in finanzieller Hinsicht Schwierigkeiten zu überwinden hat, der seine Wechsel . . . (Rufe: Das sind Privatangelegenheiten, damit wird der Mann discreditiert!) . . . man hat ihm zuerst nicht einmal erlaubt, ein Rothdach aufzusetzen; endlich hat man ihm das Dach gestattet . . .

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (unterbrechend): Ich bitte, Herr Redner, diese Sache gehört gewiß nicht zur Straßenreinigung und ich möchte Sie bitten, sich an's Thema zu halten, sonst werden wir mit diesem Titel überhaupt nicht mehr fertig.

Gem.-Rath Signer (fortfahrend): Es gehört vielleicht nicht hieher, aber um das eine mit dem anderen vergleichen zu können, muß man das doch erwähnen. Ich will nicht haben, daß der Weininger durch das Gesagte einen Schaden erleiden soll, aber ich glaube, daß dieser Fuhrwerksbesitzer seine Wagen auch seitwärts von einer solchen frequenten Straße oder Allee in eine abseits gelegene Straße hinlagern kann und nicht auf einen so theueren Platz.

Weiters bemerke ich bezüglich der Kehrichtabfuhr, daß die eigene Regie so bald als möglich eingeführt wird, da die Pferde vom frühen Morgen bis spät abends vom ersten bis zum letzten Tage des Jahres täglich Beschäftigung haben. Die Commune Wien kann Wagen anschaffen, welche den sanitären Verhältnissen einer Großstadt würdig sind, damit dieser Schandfleck der jetzigen Art der Kehrichtabfuhr in Wien beseitigt wird.

Ich ersuche den Herrn Bürgermeister, hier Abhilfe zu schaffen.

Gem.-Rath Strobach: Ich bin von vielen Leuten der Inneren Stadt angegangen worden, hier zu beantragen, daß die Hauskehr-Einsammlung nicht gerade zur Zeit geschehe, wo die Kinder in die Schule und die Beamten in die Bureauz gehen. Von der Transport-Gesellschaft wurde sie seinerzeit zwischen 6 und 7 Uhr durchgeführt, jetzt aber geschieht sie zwischen $\frac{1}{2}$ 8 und 9 oder 10 Uhr. Ich werde also bitten, den Auftrag hinauszugeben, daß die Kehricht-Einsammlung zwischen 6 und 7 Uhr erfolge, bevor die Kinder in die Schule und die Beamten in die Bureauz gehen.

Gem.-Rath Wärtl: Ich habe in dieser Richtung diesen Winter einen Antrag gestellt. Nicht nur der Vertreter des XVII. Bezirkes kann sich darüber beschweren, sondern dasselbe gilt auch für die inneren Bezirke. Die Wagen sind oft in elendem Zustande und es kommen große Unregelmäßigkeiten vor. Die Bewohner mehrerer Straßen, welche rechts und links in die Margarethenstraße einmünden, haben sich sehr darüber beschwert. Auch die Bewohner der Großen Neugasse beschwerten sich darüber, daß die Wagen zwei Tage gar nicht und dann zwei, dreimal kommen, und über ähnliche Unregelmäßigkeiten. Die Organe des Stadtbauamtes sollten darauf achten, daß die Kehrichtfuhrwerksbesitzer verhalten werden, regelmäßig mit ordentlich verschlossenen Wagen zu kommen.

Gem.-Rath Signer: Die Straßenreinigung und Herstellung der Straßen soll nicht centralisiert, sondern decentralisiert werden wie die städtische Feuerwehr. Heute haben wir Magistratsräthe, Bauräthe, Oberingenieure, Ingenieure, zwei Beamte, die von der Transport-Gesellschaft übernommen worden sind, dann sämtliche Bezirksvorsteher und Bezirksingenieure, so daß eine einheitliche Durchführung nicht möglich ist. Ich erlaube mir, folgenden Antrag zu stellen: „Die Straßenreinigungsverwaltung in sämtlichen Bezirken Wiens ist heute keine einheitlich organisierte, indem daran verschiedene Bureauz des Magistrates, sämtliche Bezirksvorsteher und Bezirksingenieure betheilt sind, und zwar ein Magistratsrath, der mit Referaten überhäuft ist, ein Baurath im Baubureau, ein Oberingenieur, ein Ingenieur, zwei von der Transport-Gesellschaft übernommene Beamte, ein Inspector und ein Controlor.“

Aus dem Angeführten läßt sich ersehen, daß die Verwaltung und die Aufsicht der Straßen kein zweckentsprechendes, einheitliches

und zusammenhängendes Ganze bildet, worunter die Sache leiden muß und die Kosten vermehrt werden.

Ich beantrage daher, daß die Verwaltung und Aufsicht der Straßen in ein Bureau, jedoch decentralisiert mit einheitlicher Organisation, zusammengezogen werde.

Ich bitte, diesen Antrag zu unterstützen. Ich glaube, dieser Antrag bewegt sich in derselben Richtung wie die im vorigen Jahre vom Feuerwehr-Oberinspector Strizl gegebenen Anregungen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Debatte ist geschlossen.

Referent des Stadtrathes: Was die Abstriche betrifft, welche beantragt worden sind, so bin ich der Meinung, daß wir dieselben wohl in Ersparung bringen werden, weil im heurigen Jahre für Schneefäuberung fast gar nichts ausgegeben worden ist. Ob die Herren diese Position streichen oder eine Minderausgabe bei dem Rechnungsabschlusse berücksichtigen wollen, muß ich den Herren überlassen.

Auf die Ausführungen des Herrn Gem.-Rathes Frauenerberger bemerke ich nur, daß ich bezüglich der Straßenfäuberung im I. Bezirke lediglich über das Provisorium zu referieren die Aufgabe, daher keinen Anlaß gehabt habe, mich in alle Geheimnisse des Referates zu vertiefen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Post 5 a ist nicht angefochten worden; ich erkläre dieselbe für angenommen.

Bei Post 5 b „Effective Bezüge des Aufsichts- und Straßenfäuberungs- Personales“ wird beantragt 807.840 fl. Herr Gem.-Rath Bärtl beantragt einen Abstrich von 27.840 fl., mithin eine Summe von 780.000 fl.

Ich bringe die höhere Ziffer, Antrag der Budget-Commission, zur Abstimmung und bitte diejenigen Herren, welche damit einverstanden, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) Abgelehnt. Nun bringe ich zur Abstimmung den Antrag Bärtl auf 780.000 fl. Ich bitte jene Herren, welche mit diesem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) Angenommen.

Bei der Post 5 c „Fuhrwerkskosten“ wird beantragt 364.100 fl. Herr Gem.-Rath Bärtl beantragt einen Abstrich von 29.100 fl., mithin eine Summe von 335.000 fl. Ich bringe zur Abstimmung die höhere Ziffer der Budget-Commission und bitte jene Herren, welche den höheren Betrag acceptieren, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) Abgelehnt. Nun bringe ich zur Abstimmung den Antrag Bärtl auf 335.000 fl. Ich bitte jene Herren, welche damit einverstanden, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) Angenommen.

Referent des Stadtrathes (liest):

- d) Pachtzinslinge für die Abfuhr des Hauskehrichtes . 162.710 fl.
- e) Miete von Abladepätzen 1.620 fl.
- f) Zinse für Requisitionendepots, und zwar:
 - α) Reelle Zinse 440 fl.
 - β) Durchgeführte Zinswerte 2.490 fl.
- g) Kosten der Bespannung der Schneepflüge 23.120 fl.

Gem.-Rath Signer: Meine sehr geehrten Herren! Ich bitte nicht zu lachen, der Gegenstand ist sehr ernsthaft. Ich bitte, mich nur anzuhören und dann zu beurtheilen, ob ich recht habe oder nicht. Ich glaube, wir sind dazu da, das Vermögen der Gemeinde, das aus den Leistungen der Steuerzahler sich bildet, zu verwalten und unsere Kritik über die Verwaltung zu üben.

Hier handelt es sich um die Bespannung der Schneepflüge. Ich möchte aber den Herrn Vorsitzenden fragen, ob ich auch von der Unterbringung der Schneepflüge zu sprechen das Recht habe.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte, sich an die Rubrik zu halten: Kosten der Bespannung der Schneepflüge. (Der Redner sucht in seinen Papieren. Nach einer Pause:) Hat der Herr Redner schon geendet? (Lebhafte anhaltende Heiterkeit.)

Gem.-Rath Signer (fortfahrend): Nein, nein! Wenn ich das auch nicht hier finde, so will ich es Ihnen erklären. Es steht nämlich im § 7, daß, wenn es schneit, der Bezirksvorsteher den betreffenden Contrahenten zu beauftragen hat, daß er die Schneepflüge bespannt. Wenn im Winter Schnee fällt, so muß man doch sofort einspannen, um die Schneemaßen zu bewältigen. Denn wenn diese einmal zusammengefahren sind, so gibt es keinen Schneepflug mehr, der sie beseitigen kann. Ich kann Ihnen davon aus dem XVII. Bezirke Beispiele erzählen, bevor dieser in die Großcommune einbezogen wurde. Damals haben die Straßen im Winter oft so ausgesehen, als wären sie mit Kieselsteinen gepflastert, so holperig waren sie, man mußte den Wagenverkehr einstellen und die Straßen mit dem Krampen aufhauen. (Gem.-Rath Dr. Klogberg macht einen Zwischenruf.) Sie, Herr Gem.-Rath Dr. Klogberg, ich bitte Sie, nicht immer dreinzureden. Sie haben von dieser Sache keinen Dunst. (Lebhafte Heiterkeit.) Ich habe Ihnen schon einmal erklärt, daß Sie vielleicht ein guter Mediciner und Receptenschreiber sein können, von den Schneepflügen und den Straßen verstehen Sie aber nichts! (Erneuerte Heiterkeit.)

Es heißt also hier (liest): „Zur Nachtzeit und in besonders dringenden Fällen kann durch den Herrn Bezirksvorsteher auch schriftlich die Pferdebestellung angeordnet werden. In jedem Falle, wo der Herr Bezirksvorsteher die Bestellung als dringend bezeichnet, hat der Unternehmer längstens binnen drei Stunden, vom Zeitpunkt der Empfangnahme der mündlichen oder schriftlichen Bestellung gerechnet, die Pferde sammt Kutschern zur Beschaffung der Schneepflüge auf das Depot der Maschinen beizustellen.“

Ich bitte, das ist doch widersinnig. Wenn es zu schneien anfängt, so muß er doch gleich einspannen. In drei Stunden liegt ja der Schnee schon meterhoch. Ich würde da eine ganz andere Verordnung herausgeben, die sich jedenfalls besser eignen würde.

Weiters heißt es dann (liest): „Für die Säuberung der Straßen von Roth mittels der Schneepflüge hat jeder Unternehmer über mündliche oder schriftliche Aufforderung des Herrn Bezirksvorstehers die Bespannungen sammt Kutscher für jedes Pferdepaar bis zu dem in der Anschaffung bezeichneten Zeitpunkte, in dringenden Fällen aber längstens innerhalb sechs Stunden an den Ort, wo sich die Maschinen befinden, zu stellen.“ Da heißt es also gar sechs Stunden! Das ist ein schöner Vertrag! Derselbe ist ja offenbar zu Gunsten des Unternehmers geschlossen. Wenn der eine bessere Fuhrgelegenheit hat, läßt er den Auftrag einfach unbeachtet und thut nichts. Das hat gar keinen Wert; das muß abgeändert werden und heißen: „sofort nach Bedarf“. Ich wollte zwar noch zur Besprechung sprechen, aber dahin kommen wir ja noch später.

Ich ersuche also den Herrn Bürgermeister, dahin zu wirken, daß dieser § 7 des Vertrages verschwindet, und daß es dort heißen soll, daß er „sofort nach der Aufforderung“ einspannen muß, ob bei Tag oder bei Nacht. Man kann ja sonst die Straßen nicht passieren; in einer großen Stadt müssen ja die Straßen in jedem Momente frei gemacht werden. Ich bitte, überhaupt eine Organisation in der Straßenreinigung zu schaffen, sonst müssen wir, wenn ein Schneefall kommt, bis zur Brusthöhe im Schnee waten.

Referent des Stadtrathes: Ich habe nichts weiter zu bemerken, als daß dies eine organisatorische Angelegenheit ist, die mit der Budgetpost nichts zu thun hat.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Posten d, e, f, g sind nicht angefochten worden. Ich erkläre dieselben für angenommen.

Herr Gem.-Rath Eigner hat den Antrag gestellt, daß die Verwaltung und Aufsicht der Straßen in ein Bureau vereinigt, jedoch decentralisirt werden mit einheitlicher Organisation.

Die Herren, welche mit der Zuweisung dieses Antrages an den Stadtrath einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) Die Zuweisung ist beschloffen. (Gem.-Rath Eigner: Ich habe noch einen Antrag gestellt!)

Referent des Stadtrathes (liest):

Post 5 h) Beschaffung von Aufstreusand 7.700 fl.
Post 5 i) Trottoir-Inspicierungsgebühren 1.930 fl.
Post 5 k) Sonstige Auslagen 12.690 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Posten h, i, k wurden nicht angefochten, ich erkläre sie für angenommen.

Ich ertheile nunmehr Herrn Gem.-Rath Eigner zur Begründung seines zweiten Antrages das Wort.

Gem.-Rath Eigner: Die Schneefuhr haben wir in eigener Regie; oft werden aber die Fuhrn halbleer weggeführt. Ich darf als Gemeinderath aber nichts reden, denn Bürgermeister Dr. Prix hat einmal dem Collegen Gregorig gesagt: Sie haben außerhalb des Gemeinderathes nichts zu sprechen; Sie können eine Anzeige machen, aber an Ort und Stelle dürfen Sie nicht sprechen.

Da die Straßenaufseher und Aufschneider bei der Abfuhr von Straßenkehricht, Staub, Straßenkoth, Schotter, Schnee zc. oft — ich will niemanden damit beleidigen — in leichtfertiger und oft in gewissenloser Weise handeln, so beantrage ich, diese von der Commune Angestellten seien zu beedigen, ferner sei ihnen einzuschärfen — Sie wissen schon, was ich meine (Heiterkeit) — daß dieselben bei einem etwaigen Vergehen sofort, und zwar ohne Entschädigung entlassen werden und keine Anstellung bei der Commune je zu erwarten hätten, ferner, daß sie auch keine Unterstützung aus dem Armenfonde erhalten. (Rufe rechts: Das ist ungesetzlich!) Ich glaube, dieser Antrag ist gerecht. Wenn man jemanden etwas anvertraut — und diese Leute schneiden nicht bloß um 2 kr. auf, sondern die Beträge gehen oft bis 100 fl., 1000 fl. — so muß derselbe auch beedigt werden. Heute stellen Sie den an und morgen einen anderen. Das geht so pauschaliter. Ich bitte also um die Annahme meines Antrages.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Der Antrag Eigner geht dahin, es seien die mit dem Nobischauerschneiden betrauten Bediensteten zu beedigen. Ich bitte die Herren, die diesen Antrag dem Stadtrathe zuweisen, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) Angenommen.

Beschluß: Die Gruppe IV (Gemeindefchuld) wird nach den übereinstimmenden Anträgen des Stadtrathes und der Budget-Commission genehmigt.

— Desgleichen die Gruppe V (Sicherheitswesen). Die Ausgabe-Post XX 6 b wird jedoch nach dem Antrage des Stadtrathes mit 35.000 fl., die Ausgabe-Post XX 10 nach dem Antrage der Budget-Commission mit 5700 fl. festgesetzt.

— Seitens des Magistrates, respective Feuerwehr-Commandos ist ein ausführlicher Bericht über die Ein-

richtung des gesammten Feuerlöschwesens in Wien, welcher die letzten zwei Betriebsjahre 1892, 1893 begreift, zu verfassen und dem Gemeinderathe zu erstatten. Dieser Bericht soll enthalten: das Lösch-Inventar, das Lösch-Personale, die gesammten technischen Einrichtungen, sowohl der Berufs- wie der freiwilligen Feuerwehren, die Bezeichnung der freiwilligen Feuerwehren, die ihnen gewährten Subventionen, die Statistik der Brände, den Wasserverbrauch, die Feuerlösch-Hydranten, die Feuermeldungs-Automaten, Telephonverbindungen zc., die Vorschriften, Ausrückungs-Reglements zc., die Kosten der Feuerwehr zc. zc.

— Bei Gruppe VI (öffentliche Arbeiten) wurden die Einnahmsposten der Rubrik XXII und die Ausgabe-posten 1 bis inclusive 5 k dieser Rubrik nach den übereinstimmenden Anträgen des Stadtrathes und der Budget-Commission genehmigt. Die Einnahmspost XXII 11 wird jedoch nach dem Antrage der Budget-Commission mit 1270 fl., ferner die Ausgabe-post XXII 5 b mit 780.000 fl. und jene sub XXII 5 c mit 335.000 fl. festgesetzt.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung 8 Uhr 5 Minuten.)

Stadtrath.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 5. April 1894.

Vorsitzende: Bürgermeister Dr. Gröbl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Anwesende: Dr. v. Billing, v. Neumann,
Boschan, Noske,
Dr. Hackenberg, Rückauf,
Dr. Huber, Schlechter,
Kreindl, Dr. Stenzl,
Dr. Lederer, Vaugoin,
Dr. Lueger, Dr. Bogler,
Matthies, Witzelsberger,
Magenauer,

Entschuldigt: St.-R. v. Götz, Müller, Schneiderhan, Wurm.

Experte: Baudirector Berger.

Schriftführer: Magistrats-Concipist Dr. Weiser.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter eröffnet die Sitzung und macht nachstehende Mittheilung:

St.-R. Schneiderhan entschuldigt sein Fernbleiben, da er bei Sr. Majestät zur Audienz angemeldet ist. (Zur Kenntniss.) (2217.) **St.-R. Vaugoin** referiert über einen rückständigen Gehaltsvorschussrest per 80 fl. nach dem verstorbenen Bürgerschullehrer Julius Pacak und beantragt die Abschreibung aus dem Titel der Uneinbringlichkeit. (Angenommen.)

(2208.) **Derselbe** referiert über die Herstellung von Grästen und einer Einfriedungsmauer auf dem Hütteldorfer Friedhofe, sowie über die Abänderung der Friedhofsordnung und beantragt:

1. Die Herstellung von zwei Doppelgrästen und fünf einfachen Grästen auf dem Hütteldorfer Friedhofe mit einem Kostenbetrage von circa 2230 fl. 72 kr. wird genehmigt;

2. die hiebei erforderlichen Steinmearbeiten sind im Wege einer beschränkten Offertverhandlung zu vergeben, zu welcher die Firmen Hauser, Sommer & Weniger, sowie Wasserburger einzuladen sind, die übrigen Arbeiten sind im currenten Wege durch die städtischen Contrahenten auszuführen;

3. die Herstellung einer Einfriedungsmauer an der Ost- und Westseite dieses Friedhofes wird genehmigt, im Jahre 1894 ist jedoch diese Mauer nur in einer Länge von 30 m mit dem Kostenaufwande von 862 fl. 50 kr. durch den städtischen Contrahenten ausführen zu lassen, der übrige Theil der Mauer ist in den Jahren 1895 und 1896 herzustellen und für die bezüglichen Kosten budgetmäßige Vor- sorge zu treffen;

4. der § 20 der Friedhofsordnung für den Hütteldorfer Fried- hof wird in seiner gegenwärtigen Fassung außer Wirksamkeit gesetzt und hat künftighin zu lauten:

„Für die Herstellung der Einfriedungsmauer des Friedhofes hat jeder Erwerber einer einfachen Gruft den Betrag von 64 fl. und der Erwerber einer Doppelgruft den Betrag von 91 fl. bei der Erwerbung des Benützungrechtes an dem Gruftplatze, beziehungsweise an der fertigen Gruft zu bezahlen.“ (Angenommen.)

(2203.) **Derselbe** referiert über das Legat der Anna Schön- bauer zur Erhaltung des Grabes am Hezendorfer Friedhofe und beantragt:

Der Stadtrath wolle den Ankauf von 2 Stück Rairenten, zu- sammen per 200 fl. Nominale als Anna Schönbauer'sches Grab- erhaltungscapital und die Hinterlegung dieser Renten bei den Grab- erhaltungsdpositen der städtischen Hauptcassa bewilligen. Der zum Ankaufe dieser beiden Renten erforderliche Betrag von circa 200 fl. ö. W. wäre auf den Reservefond zu verweisen. (Angenommen.)

(2204.) **Derselbe** referiert über die Activierung der Wolfgang Schöpfer'schen Messen-Graberhaltungs- und Wohlthätigkeitsstiftung für Hezendorf und beantragt, der Stadtrath wolle die Entnahme des Betrages von 2700 fl. ö. W. aus dem Reservefonde als Wolfgang- Schöpfer'sches Messen-Graberhaltungs- und Wohlthätigkeitsstiftungs- capital, sowie die Verwendung desselben im Sinne des beiliegenden Stiftbriefentwurfes bewilligen und die Genehmigung des Stiftbriefent- wurfes erteilen. (Angenommen.)

(2205.) **Derselbe** referiert über die Graberhaltungs- und Messen- stiftung der Bertha Raderer für Neustift a. W. und beantragt: Der Stadtrath wolle

1. die Entnahme eines Betrages von 450 fl. aus dem Reserve- fonde;

2. die Ausbezahlung des Theilbetrages per 50 fl. an das Pfarr- amt Neustift a. W. als Stiftungscapital für die am 2. Jänner jeden Jahres für die Familie Raderer vom Jahre 1894 angefangen zu lesende Stiftmesse und die Verwendung des Restes per 400 fl. zum Ankaufe von 4·2%igen Notenrenten als Graberhaltungscapital und Deponierung dieser Renten bei den Graberhaltungsdpositen der städt. Hauptcassa bewilligen;

3. die bezüglich der Verwendung der jährlichen Interessen ge- stellten Anträge des Magistrates genehmigen. (Angenommen.)

(2253.) **Derselbe** referiert über den Bericht des Vorstehers des VII. Bezirkes puncto Bewilligung eines Pauschales zur Instandhaltung des Kinderspielplatzes VII., Kaiserstraße 104, und beantragt, die Be- willigung eines Pauschales in der Höhe von 820 fl., zu welchem Behufe ein Zuschusscredit von 420 fl. zu genehmigen wäre. Auch wäre für eine Öffnung des Gartens Vor- sorge zu treffen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(2224.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Julius Rath, Hausbesorger im ehemaligen Linienamtsgebäude Lerchenfelderlinie, um Entschädigung anlässlich Trottoirreinigung in den Wintermonaten und beantragt:

Dem genannten Hausbesorger wird für die in den Wintermonaten, d. i. vom 15. October bis 15. April von demselben vorzunehmende Säuberung der Trottoirs von Eis und Schnee und für die Sand- bestreuung eine nachhinein auszahlende Entschädigung von monatlich 6 fl. bewilligt und wird demselben die für die Zeit vom 1. Jänner 1894 bis 15. April 1894 entfallende Quote per 21 fl. ö. W. bei der städtischen Hauptcassa flüssig gemacht. (Angenommen.)

(2124.) **Derselbe** referiert über den Beitrag für die Gemeinde Piesing behufs besserer Instandhaltung der Pfründnergräber auf dem Piesinger Ortsfriedhofe und beantragt:

Es sei der Gemeinde Piesing zu diesem Zwecke ein jährlicher Beitrag von 50 fl. auf unbestimmte Zeit und gegen Widerruf auszubezahlen und die Verwaltung der städtischen Versorgungsanstalt daselbst mit der Überwachung dieser Instandhaltung zu betrauen. (Angenommen.)

(2142.) **St.-R. Wihelsberger** referiert über die Aufnahme eines zweiten Tagelöhners zur Reinigung der Großmarkthalle und be- antragt, zu diesem Behufe die Aufnahme eines zweiten Tagelöhners mit dem Taglohne von 1 fl. provisorisch zu bewilligen und zur Rubrik XXIX 1 a „Bezüge der Diener der Großmarkthalle“ einen Zuschusscredit im beiläufigen Betrage von 275 fl. zu genehmigen.

(Angenommen; puncto Zuschusscredit an den Gemeinderath.)

(2131.) **Derselbe** referiert über Instandsetzungsarbeiten anlässlich der Sturmschäden an den Gebäuden des Central-Viehmarktes St. Marx und beantragt die Genehmigung dieser Arbeiten und die Bewilligung der erforderlichen Kosten per 2326 fl. 93 kr. (Angenommen.)

(2087.) **Derselbe** referiert über den Recurs des Anton Pestitschek gegen den Auftrag wegen Räumung des Fleischverkaufstandes Nr. 7 auf dem Marktplatze in Währing und beantragt die Abweisung.

(Angenommen.)

(1957.) **Derselbe** referiert über den Erlaß des Handelsministers vom 28. Februar 1894, Z. 3047, durch welchen der vom Stadt- rathe angeführten Abänderung des Abschnittes C, Punkt 1, des Personen- tarifes der k. k. Staatsbahnen vom 1. Jänner 1893 dahin, daß die darin enthaltene Beschränkung der den Schülern von Obergymnasien ic. gewährten Begünstigung des Erhaltes von Schülerkarten zum halben Preise auf den Fall des Nachweises der ganzen oder theilweisen Schul- geldbefreiung fallen gelassen werde, entprochen wurde.

Referent beantragt die Kenntnißnahme. (Angenommen.)

(2009.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der freiwilligen Feuerwehr Ober-Döbling um Subvention und beantragt, der genannten Feuerwehr eine Subvention von 200 fl. gegen seinerzeitige Verrechnung zu bewilligen. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(1706.) **Derselbe** referiert über rückständige Gebühren nach drei Parteien aus dem XV. Bezirke im Betrage von zusammen 26 fl. 45 kr. und beantragt die Abschreibung aus dem Titel der Uneinbringlichkeit. (Angenommen.)

(1605.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Marktactualienhändlerin Marie Heldenberger und Consorten um Bewilligung des Nachmittagsverkaufs auf den Märkten des XV. Bezirkes und beantragt die Gesuchsgewährung, jedoch mit der Beschränkung auf den Verkauf von Obst, Südfrüchten und Blumen und mit dem Zusatz, daß die Palmgasse bei der Einfahrt von der Schönbrunnerstraße von 11 Uhr vormittags an vollständig freizuhalten ist. (Angenommen.)

(2252.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Feuerwehr der Apollokerzenfabrik in Simmering um Überlassung eines alten Wasserwagens der städtischen Feuerwehr und beantragt, der genannten Fabriksfeuerwehr den derzeit in der Filiale Brigittenau untergebrachten hölzernen Wasserwagen Nr. 11, welcher zur Ausmusterung bestimmt ist und nach erfolgter Herstellung eines zweiten Ausfahrsthores bei der genannten Feuerwehrfiliale sofort verfügbar werden wird, um den Preis von 150 fl. zu überlassen. (Angenommen.)

(2197.) **Derselbe** referiert über die Eingabe des Centralverbandes der Hausbesitzervereine wegen milderer Anwendung der bau- und feuerpolizeilichen Vorschriften auf Objecte in den einbezogenen Vorortgemeinden, sowie über die Interpellation des Gem.-Rathes Rißa wegen puncto Schutz des Realbesitzes in Wien und beantragt, den Magistratsbericht zur Kenntnis zu nehmen, nach welchem eine Abschrift der vorerwähnten Eingabe den Bezirksämtern XI bis XIX mit dem Ersuchen übermittelt werden wird, vorkommendenfalls, insoweit es nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften und in Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse zulässig erscheint, Erleichterungen, beziehungsweise Fristerstreckungen zu gewähren.

(Zur genehmigenden Kenntnis genommen.)

(2250.) **Derselbe** referiert über den Verkauf von auf dem Exercierplatze der Hernalser Feuerwehr XVII., Rößergasse 31, lagerndem Alteisenmateriale und beantragt die Genehmigung des Verkaufes im Wege einer beschränkten Offertverhandlung. (Angenommen.)

(2323.) **St.-R. Dr. Sackenberg** referiert über die Note des Magistrates als politische Behörde erster Instanz, Z. 57583, in Betreff des Gremial-Beschlusses des Magistrates, womit die Säuberung der öffentlichen Gaslaternen an Sonntagen für unzulässig erklärt wird.

Referent beantragt:

1. gegen diese Entscheidung den Recurs nicht einzubringen;
2. solle der Magistrat aufgefordert werden, darüber zu berichten, in welcher Weise der Gemeinde dafür Ersatz geboten werden könne, daß die Gasgesellschaft den Bestimmungen des § 22 des Gasvertrages wegen Verpflichtung zur täglichen Reinigung der Gaslaternen nicht mehr nachkommen könne.

St.-R. Dr. Federer und Boschan beantragen, es solle die Gemeinde als Privatbetheiligte den Recurs ergreifen, weil das Anzünden und Reinigen der Gaslaternen keine gewerbliche Beschäftigung sei.

(Bürgermeister Dr. Gröbl übernimmt den Vorsitz.)

St.-R. Schlechter beantragt, in Gemäßheit des § 100 Gemeindestatut den Act an den Statthalter mit der Bitte um Abhilfe zu leiten.

Der in der Stadtraths-Sitzung vom 3. April 1894 gestellte Antrag des St.-R. Dr. Huber auf Ergreifung des Recurses wird mit 7 gegen 5 Stimmen abgelehnt.

Referenten-Antrag 2 abgelehnt.

(2286.) **Derselbe** referiert über den Magistratsbericht in Betreff der Resolution von Laternenanzündern wegen Umgangnahme von der Reinigung der Straßenlaternen an Sonntagen und beantragt, diesen

Bericht auf den am heutigen Tage ad St.-R.-Z. 2323 gefassten Beschluß des Stadtrathes zu verweisen, womit dem gestellten Ansuchen entsprochen erscheine. (Angenommen.)

(2325.) **Derselbe** referiert über den Statthaltereierlaß vom 22. März 1894, Z. 18605, puncto commissioneller Besprechung behufs Prüfung der gegenwärtig vorliegenden verkehrsstatistischen Zahlungsergebnisse hinsichtlich der Frequenz auf den Linien der Wiener Tramway-Gesellschaft.

Referent beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(1832.) **Vice-Bürgermeister Dr. Richter** referiert über die Aufstellung des Schmidt-Denkmales in der Gartenanlage an der Rückfront des Rathhauses und beantragt:

1. die Aufstellung dieses Denkmales in der Mittelachse an der Rückfront des Rathhauses nach dem vorliegenden Projecte zu genehmigen;
2. zu bewilligen, daß die Fundierung sowie die Umgestaltung der Stiege im veranschlagten Betrage von 1377 fl. 47 kr. auf Kosten der Stadt ausgeführt werde;
3. zu diesem Behufe einen Betrag von rund 1300 fl. unter der Präliminar-Rubrik LII in das Präliminare pro 1895 aufnehmen zu lassen.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, das Denkmal rückwärts mit einem Bosquet abzuschließen und die Stiege derart zu versehen, daß die Stufen zu beiden Seiten hinobführen.

Referenten-Antrag angenommen.

Antrag Dr. Lueger abgelehnt.

(1806.) **Derselbe** referiert über die Einleitung des Hochquellenwassers in die Häuser der Thaliastraße XVI. Bezirk, zwischen der Gürtelstraße und Brunnengasse, und beantragt die Genehmigung dieser Einleitung. (Angenommen.)

(1818.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Georg Mosbacher noe. der Grundbesitzer in Baumgarten um Erlangung des Jagdpachtes pro 1892/93 behufs Entlohnung des Feldhüters und beantragt unter Verwahrung gegen jedes Präjudiz auf den aus dem Ertrage des Jagdpachtes pro 1892 und 1893 der Jagdbarkeit in Baumgarten der Gemeinde Wien zufallenden Antheil zu verzichten und ausnahmsweise die Erlangung des für diese Jagdbarkeit pro 1892 und 1893 eingegangenen Jagdpachtes von zusammen 118 fl. ö. W. an die Grundbesitzer in der ehemaligen Gemeinde Baumgarten zu Händen des Bevollmächtigten derselben, Georg Mosbacher, Wirtschftsbesitzer, in Wien, XIII., Baumgarten, Hauptstraße 80, zum Zwecke der Entlohnung des von ihnen in den Jahren 1892 und 1893 bestellten Feldhüters zu genehmigen. (Angenommen.)

(1884 und 2210.) **Derselbe** referiert über die Einleitung des Hochquellenwassers in jene Theile des XVII. und XVIII. Bezirkes, welche zwischen der inneren Gürtelstraße und dem aufgelassenen Linienwalle zunächst dem Zimmermannplatz liegen und seinerzeit an den IX. Bezirk fallen werden, sowie in jene Häuser des XVIII. Bezirkes, welche von der Währinger- bis zur Rufsborferlinie reichen und sich zwischen der Gürtelstraße und dem aufgelassenen Linienwalle befinden.

Referent beantragt, diese Einleitungen mit den bedeckten Kostenbeträgen von 4556 fl. 34 kr. und 7730 fl., sowie weiters zu genehmigen, daß die Ausführung im currenten Wege zu erfolgen habe. (Angenommen.)

(2378.) **Derselbe** referiert über die Eingabe der Section Hirschwang des Oesterreichischen Touristenclubs, betreffend die Pachtung der Baracken im Weichthale, respective Höllenthale, und beantragt, dem neuerlichen Ansuchen der Section unter dem vom Magistrate hinsichtlich

der Ziegelverwendung und Herstellung des Abortes gemachten Vorbehalte, rücksichtlich Bestimmungen, zu willfahren. (Angenommen.)

(2354.) **St.-R. Mahenauer** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis für die Instandhaltungsarbeiten am Holzbaue des Donaubaues und beantragt, die Zimmermannsarbeiten dem Bestbieter Josef Puchinger, welcher einen 8½percentigen Nachlass, und die Anstreicherarbeiten dem D. M. Meißl, welcher einen 5, resp. 25percentigen Nachlass der veranschlagten Summe offeriert hat, unter den im Protokolle vom 24. März d. J. enthaltenen Modalitäten zu übertragen. (Angenommen.)

(2383.) **Derselbe** referiert über die Kündigung der an Leopold Winkler verpachteten Parc. 1255/2 in Simmering und beantragt, diese Kündigung pro 1. Mai 1894, falls Winkler in der Zwischenzeit den Rückstand per 77 fl. 32½ kr. nicht begleichen sollte, zu genehmigen. (Angenommen.)

(2409.) **St.-R. Rückauf** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis puncto Canalbau in der Illek- und Märzstraße, XIV. Bezirk, und beantragt die Genehmigung des Bestbotes des Wenzel Weiß gegen 14.5 Percent Nachlass (gleich einer Ersparung von 637 fl. 93 kr.). (Angenommen.)

(2094.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Vereines zur Pflege des Jugendspieles (Ortsgruppe XV) um unentgeltliche Überlassung des Wasserleitungsgrundes zwischen der Rudolfstraße, unteren Märzstraße und Suezgasse im XIV. Bezirke und beantragt, die unentgeltliche Überlassung dieses städtischen Grundes an die genannte Ortsgruppe zum Zwecke der Etablierung eines Jugendspielfeldes daselbst unter den vom Magistrate beantragten Bedingungen zu genehmigen. (Angenommen.)

(2382.) **St.-R. Ritt. v. Neumann** referiert über den Bericht, betreffend die weiteren Verhandlungen wegen Erwerbung eines Schulbauplatzes nächst dem Stillsriedplatz in Ottakring und beantragt:

1. Die Offerte des Matthias Lang und Julius Hoffinger auf käufliche Überlassung der denselben gehörigen Parzellen 163 und 165, resp. 167, 169, 171 und 172 in Ottakring seien abzulehnen.

2. Den Offerenten sei bekanntzugeben, daß ihre Verkaufsanbote mit Rücksicht auf die zu hoch bemessenen Einheitspreise abgelehnt wurden.

3. In Vollzug des gefassten Gemeinderaths-Beschlusses werde das Stadtbauamt zur Vorlage des Detailprojectes für den Schulbau in der Lorenz Mandlgasse aufgefordert. (Angenommen.)

(Schluß der Sitzung.)

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **6. April 1894.**

Vorsitzender: Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Anwesende: Dr. v. Billing,	Mahenauer,
Boschan,	Müller,
v. Göß,	Rückauf,
Dr. Hackenberg,	Schlechter,
Dr. Huber,	Schneiderhan,
Kreindl,	Bangoïn,
Dr. Lederer,	Dr. Vogler,
Dr. Lueger,	Wizelsberger,
Matthies,	Wurm.

Bürgermeister Dr. Gröbl.

Entschuldigt: St.-R. v. Neumann, Dr. Stenzl.

Experten: Magistratsrath Schnitt, Baurath Schiebek.

Schriftführer: Magistrats-Concipist Dr. Bibl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter eröffnet die Sitzung.

Die St.-R. Ritt. v. Neumann und Dr. Stenzl entschuldigen ihr Ausbleiben. (Zur Kenntnis.)

(2330.) **St.-R. Wizelsberger** referiert über das Ansuchen des J. Pataak um Baubewilligung für Einl.-Z. 869, Grundbuch Rudolfsheim in der Holohergasse, Ecke des Cardinal Kaufherplatzes im XIV. Bezirke, und beantragt, die Überlassung des zur Herstellung von drei Risaliten beanspruchten Straßengrundes mit der Gesamtfläche von 1.575 m² um den Betrag von 47 fl. 25 kr. zu genehmigen und den Bauconsens zu bestätigen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(2443.) **Derselbe** referiert über Gesuche um Verleihung der Zuständigkeit aus dem XV. Bezirke und beantragt die Gesuchsgewährung für:

Brandl Florian, Zimmermannsgehilfe;

Christian Karl, Tischlermeister;

Kabella Josef, Verschleißer von Schuhwarenartikel;

Mautauschel Franz, Metallarbeiter;

Wenee Johann, Schneidergehilfe;

Sowal Alois, Webermeister;

Telatto Matthias, Schuhmachergehilfe;

Walenta Franz, Schneidergehilfe. (Angenommen.)

(2402.) **Derselbe** referiert über die Weitervermietung des auf dem Rudolfsheimer Heu- und Strohmarkte befindlichen Fouragedepots und beantragt, auf den Mietantrag des Eduard Krausgruber einzugehen und demselben das Depotgebäude auf drei Jahre, d. i. vom 1. October 1894 bis 30. September 1897, gegen Zahlung eines jährlichen Mietzinses von 1400 fl. und des Quittungsstempels unter den übrigen bisherigen Bedingungen zu vermieten. (Angenommen.)

St.-R. Rückauf referiert über Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband aus dem XVI. Bezirke und beantragt:

a) die Verleihung der Zuständigkeit an:

(1632.) Kriz Marie, Tagelöhnerin im Allgem. Krankenhause;

Rubil Johann, Arbeiter beim Rohrpostbau und Hausbesorger;

Kaspar Josef, Schuhmachermeister;

Obendorfer Rudolf, Former (Metallgießer);

Adler Adolf, Sonn- und Regenschirmhändler;

Schober Karoline, Dienstmädchen;

Nahler Johann, Pflasterergehilfe;

Danzinger Marie, Wirtschafterin;

Lang Peter, Magazinsdiener;

Lang Julius Anton, Gemischtwaren-Verschleißer;

Sallmaier Michael, Geschäftsdiener;

(1634.) Steidl Johann, Schweineschlächter;

Brandmayer Johann, k. k. Briefträger;

Eis Jakob, Privatbeamter;

Burger Anton, Glasergehilfe;

Heuschmeider Georg, Omnibus-Conducteur;

Dvořák Alois, Drechslermeister;

Pionička Karl, Schneidermeister und Armenrath;

Kienast Johann, Mechaniker;

Kuhr Karl, Schlossergehilfe;

(1636.) Hawlik Franz, Schlossermeister und Hausbesitzer;

Sokol Johann, Hutmachergehilfe;

Wit Stephan, Pfaidler;
 Wašátko Franz, Galanterieschlossergehilfe;
 Damianitsch Leopold, Schuhobertheil-Vorrichter;
 Stekel Andreas (Stöckl), Schlossergehilfe;
 Kaspar Josef, Büchsenmachergehilfe;
 Pazelt Peter, Fleischfächermeister;
 Lehner Josef, Kutscher und Hausbesorger;
 Hampel Eugen, Eisenhandlungs-Commis;
 (1660.) Klimak Hermine, Fächermonteurin;
 Panoch Wenzel, Victualienhändler;
 Müller Josef, Bäckermeister;
 Wendl Karl, Weinbauer;
 Otta Josef, Schuhmachergehilfe;
 Martinke Edmund, Fabrikarbeiter;
 Siegl Karl Ferdinand, Zitherlehrer;
 Jungwirth Franz, Gemischtwaren-Verschleißer;
 Sezer Anton, Maurergehilfe und Hausbesorger;
 Gubiger Johann, Blumenerzeuger;
 Bednarzik Valentin, Gärtnergehilfe;
 Rabenseifner Ferdinand, Siebmacher;
 Pisan Matthias, Schuhmachermeister, und
 Kuzel Johanna, Victualien-, Fisch- und Blumenhändlerin;
 b) die Zusicherung der Aufnahme an:
 (1637.) Lejolle Rudolf Peter, Silberschmiedgehilfe;
 Lagler Michael, Laternanzünder und Hausinspector;
 Eichner Josef, Tischlermeister;
 Bartal Andreas, Obsthändler;
 Zang Michael Josef, Bäckermeister;
 Stabwasser Johann, Hilfsbeamter des k. k. Ackerbau-

ministeriums. (Angenommen.)

Derselbe referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung für:

(1788.) II. Bezirk:

Böhm Josef Bernhard, Rohproductenhändler;

Freitag Johann, Schieferdecker und Spengler;

(1703.) XIV. Bezirk:

Heintl Matthias, Victualienhändler und Wirthauseigenthümer;

Pfneudl Josef, Gastwirt;

Groiß Josef, Bäckermeister und Hausbesitzer;

Wlcek Wenzel, Zuckerbäcker und Hausbesitzer;

Siegmetz Julius, Gemischtwarenhändler und Hausbesitzer.

(Angenommen.)

(1381, 1455, 1643, 1891, 1967, 2305 und 2393.) **Derselbe** referiert über die Uneinbringlichkeit von Kleinfuhrwerks-Licenz-, beziehungsweise Commissionsgebühren und von Vorspannsumlagen nach mehreren Parteien aus dem I., IV., V., VIII., IX., X., XII. und XIV. Bezirke im Gesamtbetrage per 43 fl. 25 kr. und beantragt in sämtlichen Fällen die Abschreibung nach den Anträgen des Magistrates, beziehungsweise der Bezirksämter. (Angenommen.)

(2380.) **St.-R. Schneiderhan** referiert über die Entsendung eines technischen Beamten nach Marbach behufs Ausführung von Bauarbeiten in den städtischen Steinbrüchen und beantragt, die Exponierung eines technischen Beamten des Stadtbauamtes nach Marbach zur Erhebung der für die Verfassung der bereits principiell genehmigten Bauarbeiten in den städtischen Steinbrüchen notwendigen Details zu genehmigen und demselben außer der Vergütung der Reiseauslagen eine Zulage von 5 fl. pro Tag als Diät und Wohnungsbeitrag für die Dauer seiner Exponierung zu bewilligen.

Gleichzeitig seien die gleichen Bezüge für die Zeit der während der Bauausführung nach Erfordernis notwendigen Nachschau zu bewilligen.

Baurath Schiebeck wird als Experte einvernommen.

St.-R. Müller beantragt, nur jene Kosten zu bewilligen, die zur Erlangung des Projectes nothwendig sind.

Referent accommodiert sich.

Modificirter Referenten-Antrag angenommen.

(2294.) **Derselbe** referiert über die Eingabe des Bezirksvorstehers für den XII. Bezirk wegen Verbesserung der öffentlichen Beleuchtung in der Steinbauergasse, Marx-Weidlinger- und verlängerten Wilhelmstraße und beantragt die Genehmigung des bezüglichen Stadtbauamtsprojectes und der hiedurch erwachsenden jährlichen Mehrauslagen für Gasconsum im bedeckten Betrage per 299 fl. 92 kr.

(Angenommen.)

(2301.) **Derselbe** referiert über die Eingabe des Bezirksvorstehers für den XIII. Bezirk wegen Auflösung des mit den Fuhrwerksbesitzern Julius Fischer und Johann Bawrosch bezüglich der Straßenbespritzung im XIII. Bezirke, I. Section, geschlossenen Vertrages und beantragt:

1. Diesem Ersuchen wäre vorläufig keine Folge zu geben, der Vorsteher des genannten Bezirkes aber zu ersuchen, die Leistungen der genannten Contrahenten durch das ihm zugewiesene Straßensauberungs-Personale genau überwachen zu lassen und bei zweifellos constatirten wesentlichen Vertragsverletzungen nach Maßgabe der Bedingungen gegen dieselben vorzugehen.

2. Das von den genannten Unternehmern eingebrachte Ansuchen um Gewährung einer Aufzahlung von 4000 fl. auf das ihnen vertragsmäßig zukommende Pauschale wäre abzuweisen.

(Angenommen.)

(2352.) **Derselbe** referiert über die Schlussrechnung für den Canalbau in der Rasumoffskygasse, III. Bezirk, und beantragt, die beim Umbaue des Haupt-Unrathscanales aus Beton in der Rasumoffskygasse im III. Bezirke erfolgte Überschreitung der genehmigten Kosten um den Betrag von 119 fl. 90 kr., welche durch eine im größeren Umfange nothwendig gewordene Umpflasterung der Gasse nach dem Canalbaue gerechtfertigt wird, nachträglich zu genehmigen.

(Angenommen.)

(2353.) **Derselbe** referiert über die Überschreitung der für die Herabbringung des im Riesleithengebietes Forst Kaiserbrunn geworfenen Holzes, sowie die Aufslichtung desselben in eigener Regie im Betrage von 60 fl. genehmigten Kosten um den Betrag von 44 fl. 45 kr. und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(2431.) **Derselbe** referiert über einen Pachtzinsrückstand per 6 fl. nach dem bestandenen Verschönerungsvereine Hefendorf und beantragt die Nachsicht und Abschreibung nach dem Magistrats-Antrage.

(Angenommen.)

(2419.) **Derselbe** referiert über den Recurs des Moriz Weisinger, städtischen Contrahenten für Kehrichtabfuhr, gegen eine ihm wegen vertragswidriger Leistung vom magistratischen Bezirksamte für den IX. Bezirk auferlegte Conventionalstrafe per 50 fl. und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(1358 und 1356.) **St.-R. Dr. Vogler** referiert über den Bau einer Schule auf einem Theile des Yppenplatzes im XVI. Bezirke und über die Erwerbung eines Schulbauplatzes in Hernals, Stiftgasse. Referent beantragt:

A. 1. Es sei auf dem gegenwärtig zu Marktzwecken verwendeten Theile des Yppenplatzes, Einl.-Z. 1988, Cat.-Parc. 2266, eine neue

mit einer Gartenanlage umgebene Doppelschule zur Unterbringung einer Knaben-Volks- und Bürgerschule und einer Mädchen-Volks- und Bürgerschule sammt den erforderlichen Nebenräumen zu erbauen und mit diesem Baue noch im Jahre 1894 zu beginnen.

2. Es sei das Stadtbauamt demnach zu beauftragen, ein Project nebst Kostenanschlag für diesen Schulbau ungefümt vorzulegen und nach Genehmigung desselben die Arbeiten sofort in Angriff zu nehmen und derart zu beschleunigen, daß der Bau mit Beginn des Schuljahres 1895/96 der Benützung übergeben werden kann.

B. 1. Es sei der dem Johann Schwandner gehörige Grund per 2532.29 m² im XVII. Bezirke, Stifsgasse, Einl.-Z. 36, Cat.-Parc. 71/1, 75/6 und 75/8, zur Erbauung einer Doppel-Volkschule daselbst um den angebotenen Preis von 21 fl. per Quadratmeter, somit um zusammen 53.178 fl. 9 kr., käuflich zu erwerben.

2. Hiezu sei zur Ausgabe-Kubrik XII 12 r 1 ein Zuschusscredit per 23.178 fl. 9 kr. zu bewilligen.

3. Dem Karl und der Francisca Herzig sei im Wege des Ortschulrathes für den XVII. Bezirk bekanntzugeben, daß auf ihr Anbot auf käufliche Überlassung ihrer Grundparzellen in der Helblinggasse in Hernals zu Schulbauzwecken nicht eingegangen werde.

Referenten-Anträge A abgelehnt.

Referenten-Anträge B angenommen.

Weiters wird über Anregung des Vice-Bürgermeisters Dr. Richter beschlossen, es sei der Magistrat aufzufordern, über die fernere Verwendung des Oppenplatzes, sei es zu einer Gartenanlage, sei es zu Marktzwecken, unter Vorlage des Kaufvertrages bezüglich dieses Platzes schleunigst Bericht zu erstatten.

Punkt B 1 und 2 an den Gemeinderath.

Während der Erstattung dieses Referates hat Magistratsrath Schnitt als Experte fungiert.

(2335.) Derselbe referiert über das Ansuchen des Karl Wallisch, Schuldieners, um Gehaltsvorschuss und beantragt, den angesuchten dreimonatlichen Gehaltsvorschuss per 162 fl. 50 kr. gegen Rückzahlung in 20 gleichen ununterbrochenen monatlichen Raten zu bewilligen.

(Angenommen.)

(2336.) Derselbe referiert über das Ansuchen der Adelsheid Paulini, Schuldienerwitwe, um Verlängerung des Erziehungsbeitrages für ihre Tochter Aloisia und beantragt, es sei der Bittstellerin der ihr mit dem Gemeinderaths-Beschlusse vom 2. Juni 1893, Z. 3500, im Gnadenwege auf die Dauer eines Jahres bewilligte Erziehungsbeitrag von 50 fl. für ihre genannte Tochter vom 1. April 1894 an auf die Dauer eines weiteren Jahres, eventuell bis zu einer früher eintretenden anderweitigen Versorgung gnadenweise zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(2309.) Derselbe referiert über Gesuche um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband aus dem VII. Bezirke und beantragt die Gesuchsgewährung für:

Pinter Josef, Tischlergehilfe;

Hinze Ferdinand Wilhelm Karl, Gemischtwarenverschleißer, und
Brix Rudolf, Wachtmeister in der k. u. k. Leibgarde.

(Angenommen.)

(2308.) Derselbe referiert über Gesuche um Bürgerrechtsverleihungen aus dem VII. Bezirke und beantragt die Gesuchsgewährung für:

Ernst Franz, Tischlermeister, und

Postler Johann, Rauchfangkehrermeister. (Angenommen.)

(2179 und 2180.) St.-R. Schneiderhan referiert über die weitere Benützung der für Gartenanlagen und anderweitige Herstellungen von den früheren Gemeinden Heggendorf und Unter-Meidling, dann

von den bestandenem Verschönerungsvereinen Heggendorf und Altmannsdorf gepachteten Grundflächen der Südbahn im XII. Bezirke und beantragt:

A. 1. Der k. k. priv. Südbahngesellschaft ist bekanntzugeben, daß die Gemeinde Wien in die von den ehemaligen Gemeinden Heggendorf und Unter-Meidling laut der Reverse A vom 16. Juni 1887, B vom 27. Juli 1882 und C vom 22. Jänner 1882 gegenüber der Südbahn eingegangenen Vertragsverhältnisse ipso jure eintritt, und sind daher die dormaligen Zinsrückstände, sowie die weiterlaufenden Anerkennungszinse an die Südbahn zu entrichten.

2. Der Magistrat wird ermächtigt, mit der k. k. priv. Südbahngesellschaft wegen Abschluss eines mehrjährigen (mindestens fünfjährigen) unkündbaren Bestandvertrages bezüglich der von dem bestandenem Verschönerungs- und Fortschrittsvereine in Altmannsdorf laut der Reserve H vom 25. Mai 1889 und J vom 6. September 1889 gepachteten Grundflächen in Verhandlung zu treten.

Wird von der Südbahn in den Abschluss eines mehrjährigen unkündbaren Bestandvertrages nicht eingewilligt, so sind die bestehenden Pachtverhältnisse unter den bisherigen Bedingungen behufs Erhaltung der von der früheren Gemeinde Unter-Meidling, sowie behufs Re-construction der vom Verschönerungsvereine Altmannsdorf errichteten Gartenanlagen aufrecht zu erhalten.

Über die Pachtung dieser Grundflächen sind neue Bestandverträge auszufertigen.

3. Die Gemeinde Wien tritt in die von dem bestandenem Verschönerungsvereine in Heggendorf laut der Reverse D vom 10. December 1881, F vom 10. Juni 1888 und G vom 16. April 1889 eingegangenen Vertragsverhältnisse ein, bezüglich des Reverse F jedoch nur unter der Bedingung, daß die Bestimmung über die Haftung für den Schaden, der aus Anlaß der Benützung des Weges dem Pächter der Grasnützung auf den Bahnböschungen erwächst, entfalle.

Das im Reverse E vom 8. Mai 1886 bezeichnete Vertragsverhältnis wird nicht übernommen und ist die Ankündigungstafel zu entfernen.

4. Die dormaligen Zinsrückstände sind von der Gemeinde Wien an die Südbahn zu entrichten, die Reverse A, B, C, D, F und G neu auszufertigen und dahin zu ergänzen, daß der Gemeinde Wien jederzeit gegen die gleichen Kündigungsfristen, welche der Südbahn eingeräumt sind, das Recht der Auflösung der Vertragsverhältnisse zustehen soll.

B. Der Pachtvertrag, respective die Entrichtung des Recognitionzinses für die zu Straßenzwecken benützte Cat.-Parc. 547/2 in Heggendorf, Reinhartgasse, ist fortzuführen.

St.-R. Dr. Lueger beantragt den Zusatz] ad B: . . . „und wird der Magistrat aufgefordert, wegen Erwerbung des Eigenthums an diesen Grundstreifen die nöthigen Verhandlungen zu pflegen“.

St.-R. Wagenauer beantragt, statt: . . . „wegen Erwerbung des Eigenthums etc.“ zu setzen: . . . „wegen Übertragung dieses Grundes in das öffentliche Gut“.

St.-R. Dr. Lueger accommodiert sich der Abänderung Wagenauer.

Referent accommodiert sich dem Antrage Dr. Lueger-Wagenauer.

Referenten-Antrag A angenommen; ad B wird beschlossen, der Magistrat werde aufgefordert, wegen Übertragung des fraglichen Grundes in das öffentliche Gut die nöthigen Verhandlungen einzuleiten; inzwischen ist die Entrichtung des Recognitionzinses fortzuführen.

(2429.) **Derselbe** referiert über die Auflösung des Verschönerungs- und Fortschritts-Vereines in Altmannsdorf und beantragt, die in dem Übernahmeprotokolle des magistratischen Bezirksamtes für den XII. Bezirk vom 18. Jänner 1894, Z. 15156, sub Posten 1 bis 8 aufgeführten Vermögensstücke des genannten Vereines in das Eigenthum der Gemeinde Wien zu übernehmen. (Angenommen.)

(2304.) **Derselbe** referiert über die Herstellung eines Kohlendepots neben dem Maschinenhause des Schöpfwerkes im Weidlinger Schlachthause und beantragt die Kenntnissnahme der vom magistratischen Bezirksamte für den II. Bezirk erteilten Baubewilligung. (Angenommen.)

(2351.) **Derselbe** referiert über die Uneinbringlichkeit einer Vorspannsgebühr per 45 kr. nach Anna Baudisch im XII. Bezirke und beantragt die Abschreibung. (Angenommen.)

(2390.) **St.-R. Müller** referiert über das Ansuchen des Josef und der Marie Dorner um Planauswechslung behufs Errichtung von fünf Kisliten bei dem Umbaue Dr.-Nr. 73 Hernalscher Hauptstraße, XVII. Bezirk, und beantragt, die Veräußerung der hiezu erforderlichen Grundflächen im Gesamtausmaße von 3.55 m² um den Preis von 50 fl. per Quadratmeter, zusammen um 177 fl. 50 kr. zu genehmigen. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(2343.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Heinrich und der Ernestine Stagl um Baubewilligung für ein auf Einl.-Z. 723 im XV. Bezirke, Fünfhäus, Wimbergergasse, und auf Theilen der Einl.-Z. 431 und 1284, VII. Bezirk, Burggasse, zu erbauendes Wohnhaus und beantragt, den Magistrats-Antrag auf Ertheilung der Baubewilligung unter Genehmigung zweier Kisliten mit einem Vorsprunge von 0.15 m und einer Länge von je 4 m gegen dem zu bestätigen, daß für den zur Kislitanlage erforderlichen Grund per 1.20 m² der Betrag von 50 fl. per Quadratmeter, zusammen 60 fl. gezahlt werde.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter beantragt die Bestimmung eines Pauschalpreises von 80 fl.

Referent accommodiert sich.

Modificierter Referenten-Antrag angenommen; puncto Grundveräußerung an den Gemeinderath.

(282 und 2145.) **Derselbe** referiert über die Eingehung eines Pachtverhältnisses mit der Wienerberger Ziegelfabriks- und Baugesellschaft in Wien bezüglich der der letzteren gehörigen Grundparzellen 446/1 und 446/2, Einl.-Z. 1395, Hernals, und 314/1 und 709, Einl.-Z. 248, Gersthof, aus Anlaß der Durchführung der Mitterberg- und Antonigasse im XVII. Bezirke und der Schöffelgasse im XVIII. Bezirke und beantragt, die Pachtung der im Plane roth lasierten Theile obiger Parzellen im Ausmaße von 1474.33 m², beziehungsweise von 3091 m² um den jährlichen Bestandzins von 10 kr. per Quadratmeter ab 1. Jänner 1894 gegen ganzjährige beiderseitige Kündigung und unter den sonstigen von der genannten Unternehmung angebotenen Nebenbedingungen zu genehmigen.

St.-R. Dr. Hackenberg stellt den Antrag, es sei der Magistrat anzuweisen, daß in allen Fällen, wo ein Bevollmächtigter für eine Partei eintritt, eine ordnungsmäßig ausgefertigte, für das betreffende Rechtsgeschäft gültige Vollmacht beizubringen und dem Acte anzuschließen ist.

Referenten-Antrag und Antrag Dr. Hackenberg angenommen.

(1904.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Jakob und der Theresie Blamm um käufliche Überlassung der städtischen Parzelle 228/7, Einl.-Z. 806, in Fünfhäus, XV. Bezirk, im Ausmaße von

122.12 m² behufs Arrondierung ihrer Realität Einl.-Z. 359 Fünfhäus und beantragt die Überlassung des erstbezeichneten Grundes um den Pauschalpreis von 2500 fl., wobei die Genannten die Vertragskosten und Übertragungsgebühren zu zahlen haben.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(1014.) **Derselbe** referiert über das Verhandlungsergebnis, betreffend das Anbot des Josef und der Marie Dobrowolski wegen käuflicher Überlassung eines Theiles der Linienwallparzelle 1696/1, Einl.-Z. 431, VII. Bezirk, und beantragt die Ablehnung dieses Angebotes. (Angenommen.)

(2339.) **Derselbe** referiert über die Bestellung eines Inspicienten und eines Bauaufsehers für die Einwölbung des Alsbaches im XVII. Bezirke und beantragt, für den zur permanenten Beaufsichtigung der Einwölbung des Alsbaches bestimmten Ingenieuradjuncten Hugo Victoris einen täglichen Zehrungsbeitrag von 3 fl. zu genehmigen und gleichzeitig für die Dauer dieser Bauarbeiten die Bestellung eines Bauaufsehers mit dem monatlichen Bezuge von 70 fl. zu bewilligen.

St.-R. Dr. v. Billing beantragt 2 fl. 50 kr. für den Inspicienten.

Referent accommodiert sich.

Modificierter Referenten-Antrag angenommen.

(2428.) **St.-R. Mahenauer** referiert über die Nothwendigkeit der Reparatur der Uhr an der Pfarrkirche in Ottakring und beantragt:

Die Reparatur der erwähnten Uhr wird mit dem Kostenbetrage von 80 fl. genehmigt und werden die bezüglichlichen Uhrmacherarbeiten den Franz Kronberger, Neulerchenfeld, Brunnengasse 65, um den Pauschalbetrag von 70 fl. übertragen. (Angenommen.)

(2340.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Privatverschönerungs-Gesellschaft in Hiezing um Bewilligung zur Anpflanzung und Erhaltung von Bäumen in der Gloriettegasse auf eigene Kosten und beantragt die Genehmigung nach dem Magistrats-Antrage.

Der Magistrat hat weiters eine Verlegung der Gasrohre in geeigneter Jahreszeit anzustreben, damit die Vervollständigung der Baumpflanzungen in dieser hiezu besonders geeigneten Gasse durchgeführt werden kann. (Angenommen.)

(2416.) **Derselbe** referiert über den Ankauf eines Aquarelles von R. Weiz, eine Praterscene darstellend, und beantragt den Ankauf dieses Bildes um 120 fl. (Angenommen.)

(2392.) **St.-R. Sturm** referiert über das Ansuchen des Leopold Slama um Baubewilligung für Dr.-Nr. 5 Stolzenthalergasse im VIII. Bezirke und beantragt, den Magistrats-Antrag auf Ertheilung der Baubewilligung zu bestätigen. (Angenommen.)

(2366.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Guido Edl. v. Posch um Consens zur Herstellung eines Malerateliers im Hause I., Nothenthurmstraße 29, und beantragt, den Magistrats-Antrag auf Ertheilung des Bauconsenses zu bestätigen. (Angenommen.)

(2410.) **Derselbe** referiert über die Demolierung des Linienamtsgebäudes Belvedere aus Anlaß der Regulierung der Heugasse und beantragt, die Demolierung des bezeichneten Gebäudes nach dem Mai-Ausziehtermine d. J. zu genehmigen.

Die Vergebung der Demolierungsarbeiten hat auf Grund der vorgelegten Vorschrift im Wege einer beschränkten Offertverhandlung zu erfolgen. (Angenommen.)

(2395.) **Derselbe** referiert über die Reparatur des linksseitigen Dampfessels der Nutzwasserleitung Lagerhaus—St. Marx und be-

antragt die Bewilligung des Betrages von 900 fl. zur Vornahme der gedachten Reparatur gegen feinerzeitige Rechnungslegung.

(Angenommen.)

(2490.) **Derselbe** referiert über die Weitervergebung der Steinmetzarbeiten für die Schulbauten II., Pöchlarn-(Key-)straße und XIII., Unter-St. Veit, Auhofstraße 27, und beantragt:

1. Die mit den Stadtsteinmetzmeister Josef Träger (seinerzeit in Brunn a. W.) derzeit IX., Lustandlgasse Nr. 6 wohnhaft, zufolge der Stadtraths-Beschlüsse vom 15. September 1893, Z. 6559, M.-Z. 88087, und vom 25. Mai 1893, Z. 3375, M.-Z. 47992, wegen Ausführung der für die beiden obgedachten Schulbauten erforderlichen Steinmetzarbeiten geschlossenen Verträge werden im Sinne und mit allen Rechtsfolgen des § 9 der allgemeinen Vorschrift für die Vergabung der Arbeiten und Lieferungen zur Erbauung der genannten beiden Schulen als aufgelöst erklärt;

2. die bei diesen beiden Schulbauten noch ausstehenden Steinmetzarbeiten werden dem Eduard Hauser, k. u. k. Hof-Steinmetzmeister, IX., Spitalgasse 17, und zwar

a) für die Schule Pöchlarn-(Key-)straße gegen eine Aufzahlung von 11 Percent und bezüglich der zu liefernden Sockelplatten gegen eine Aufzahlung von 25 Percent zu den Einheitspreisen des Kostenanschlages;

b) für die Schule XIII., Unter-St. Veit, Auhofstraße 27, gegen eine Aufzahlung von 12 Percent zu den Einheitspreisen des Kostenanschlages übertragen.

(Angenommen.)

(2411.) **Derselbe** referiert über ein Alternativ-Projekt der k. k. Bauleitung der Wiener Stadtbahn, Section Vorortelinie, für die Herstellung der Rampe für die Hohewartestraße und beantragt, dem erwähnten Projecte unter den im Magistrats-Antrage angeführten Bedingungen zuzustimmen.

Dieser Antrag wird angenommen.

Ferner wird beschlossen, es sei der Magistrat aufzufordern, wegen einer Fortsetzung der in Rede stehenden Regulierung, beziehungsweise einer entsprechenden Überführung des zu regulierenden Theiles in den nicht regulierten Theil der Hohewartestraße die nöthigen Einleitungen zu treffen und ehebaldigst ein Project vorzulegen und Anträge zu stellen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(2430.) **Derselbe** referiert über den Antrag des Stadtanwaltes, betreffend die Zurückziehung der wider Ottilie Pokorny eingebrachten Klage wegen Störung im Besitze der Cat.-Parc. 1696/4 im VII. Bezirke und beantragt die Genehmigung.

(Angenommen.)

(2363.) **Derselbe** referiert über den Statthaltereierlass vom 20. März 1894, Z. 19989, betreffend den der Donauregulierungs-Unternehmung in Wien erteilten Bauconsens für eine provisorische Materialbahn vom Schotterdepotplaz bei Kilometer 2-3 der Donauuferbahn oberhalb der Bonwiller'schen Mühle bis zur Anschüttung oberhalb der Kaiser Franz Josefs-Brücke und beantragt die Kenntnissnahme.

(Angenommen.)

(2263.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Nicanore Kello um käufliche, eventuell pachtweise Überlassung eines Theiles der Linienwallparcette 414/1, Einl.-Z. 52, IX. Bezirk, Figur A B C D A im Ausmaße von circa 95 m² und beantragt die Überlassung des bezeichneten Grundtheiles um den Pachtzins von 100 fl. pro Jahr und gegen eine beiden Theilen zu jeder Zeit zustehende vierteljährige Kündigung.

(Angenommen.)

(2219.) **Derselbe** referiert über die Vornahme von Herstellungen an dem Gebäude der Wiedener Communal-Oberrealschule und be-

1. Es seien die im Localaugenscheins-Protokolle vom 21. März 1894 sub A, B und C angeführten Herstellungen und Arbeiten im Gebäude der Wiedener Communal-Oberrealschule mit dem Gesamtkostenbetrage von 3385 fl. zu genehmigen und sei das Stadtbauamt zu beauftragen, diese Herstellungen und Arbeiten im Laufe der kommenden Hauptferien durch die betreffenden Contrahenten für currente Arbeiten ausführen zu lassen und derart zu beschleunigen, daß dieselben, sowie die erforderliche Reinigung der Lehrräume zc. längstens am 31. August d. J. vollständig beendet sind;

2. es sei zur Bedeckung des fehlenden Kostentheilsbetrages per 1300 fl. die Ausgabe-Kubrik XII 4 c um diesen Betrag zu erhöhen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(2169.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Donau-regulierungs-Commission um Bewilligung zur theilweisen Parcellierung der unvollständigen Baugruppe O bei den Kaisermühlen, Grundb.-Einl.-Z. 4090 und des Grundes Grundb.-Einl.-Z. 4094, II. Bezirk, und beantragt die Genehmigung der angesuchten Parcellierung unter den im Magistrats-Antrage erwähnten Bedingungen. Unter einem wäre im Sinne des Stadtraths-Beschlusses vom 15. December 1893, Z. 8709, die Aufhebung des zufolge Parcellierungsconsenses vom 21. Jänner 1884, M.-Z. 334354, auf der in Rede stehenden Baugruppe O lastenden Bauverbotes rücksichtlich der durch die obige Parcellierung entstehenden Baustellen 1 bis 10 auszusprechen, dagegen das Bauverbot rücksichtlich des unparcelliert bleibenden Grundes dieser Baugruppe aufrechtzuhalten.

(Angenommen.)

(1307.) **Derselbe** referiert über die Petition mehrerer Bewohner des V. Bezirkes wegen Durchführung der Brandmayergasse und beantragt, es werde von der Durchführung dieser Gasse durch Einlösung der in der projectierten Verlängerung derselben von der Einsiedler- bis zur Embelgasse befindlichen, im Privateigenthume stehenden Realitäten dermalen Umgang genommen.

(Angenommen.)

(1699.) **Derselbe** referiert über den Antrag Schlechter, betreffend die Abforderung eines Berichtes seitens des Stadtbauamtes über die Baulinien-, beziehungsweise Niveaubestimmung hinsichtlich vier Bauführungen im VI. Bezirke und beantragt die Kenntnissnahme des hierüber erstatteten Stadtbauamtsberichtes.

(Angenommen.)

St.-B. Dr. Huber referiert über Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindevorband aus dem V. Bezirke und beantragt:

a) die Verleihung der Zuständigkeit an:

(1790.) Trombil Anna, geb. Leisinger, Modistin;

Fuchs Josef, Werkführer;

Znojemy Anton, Damenschneidergelhilfe;

Kučera Johann, Tischlergelhilfe;

Bočitel Franz, Taschnergelhilfe;

Podolka Johann, Geschäftsdienner;

Megger Katharine, geb. Sommer, Hilfsarbeiterin;

Godringer Joh. Georg, k. k. Briefträger;

(1791) Wiesinger Amalie, geb. Waldher, Kindsfrau;

Ledinek Karl, Warenaufleger;

Ertl Josef, Weißbleicher;

Nößler Josef, Fabrikarbeiter;

Glück Marcellus, Geschäftsdienner;

Samek Josef, Claviertischler;

Wiedemann Johann Josef, Vertreter des Herrn J. Ott;

Weiser Rudolf, Eisendrehergelhilfe;

(1970.) Pavlik Matthias, Anstreichergelhilfe;

Dbrecht, geb. Binder Katharina, Näherin;

Pfister Jakob, Kutscher;

- (2115.) Sieghart Franz, Huf- und Wagenschmied;
 (2116.) Skliba Alois, Postamtsdiener;
 (2117.) Král Johann, Schneidermeister;
 Rezek Ant. Ferd., Zeichner;
 Sirku Franz, Wagnergehilfe;
 Semmelmann Eduard Josef, Kutscher;
 (2118.) Brenner Adelheid, Maschinnäherin;
 Pfister Karoline, Bedienerin;
 Stepan Johann, Schneidergehilfe;
 (2119.) Bronka Josef, Tischlergehilfe;
 Kolar Franz, Gärtnergehilfe;
 Kirschenhofer Ignaz, Milchverschleißer;
 Krtil Wenzel, Hilfsarbeiter;

b) die Zusage der Aufnahme an:

- (1894.) Schweidler Fried. Karl Joh., Porzellanmaler;
 Klein Ferd. Bernh. Adolf, Weißgärbergehilfe;
 Vogelsang Henriette Kath. Fried., Haushälterin;
 Vogelsang Emma Louise Wilhelmine, Privatlehrerin;
 (1969.) Rebeli Josef, Holzhändler, und
 (2114.) Peter Karl Hugo Wilhelm, Papierhändler.

(Angenommen.)

Derselbe referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes aus dem V. Bezirke und beantragt die Gesuchsgewährung für:

- (991) Kubach Johann Heinrich, Tapetiermeister;
 Kleppich Franz, Schuhmachermeister;
 (992) Knepperger Karl, Trödler;
 (995) Hulenka Franz, Schuhmachermeister;
 (996) Panigl Josef, Bildhauer;
 (2307) Wassyanowicz Johann, Spenglermeister.

(Angenommen.)

(1848.) Derselbe referiert über die Note des k. k. u.-ö. Landes-
 schulrathes vom 11. März 1894, Z. 2365, betreffend die Vorlage
 des Voranschlages über die Einnahmen und Ausgaben des in die
 Staatsverwaltung übergehenden Communal-Gymnasiums im XIX. Be-
 zirke für das Schuljahr 1895/96, und beantragt die Kenntnissnahme.

(Angenommen.)

(2121.) Derselbe referiert über 38 Gesuche um Schulgeld-
 befreiung für Schüler des Leopoldstädter Communal-Real- und Ober-
 gymnasiums und beantragt die Gesuchsgewährung, beziehungsweise
 =Abweisung nach dem Magistrats-Antrage.

(Angenommen.)

(2168.) Derselbe referiert über das Ansuchen des Michael
 Stirling um Zusammenlegung der Baustellen I und IV, Grundb.-
 Einl.=Z. 4326 und 4328, II. Bezirk, in eine Grundbuch-Einlage
 und beantragt die Gesuchsgewährung.

(Angenommen.)

(2426.) Derselbe referiert über drei Ergänzungswahlen in den
 Armenrath des I. Bezirkes und beantragt, die Wahl des:

Bajim Wilhelm, Hausbesizers;

Krieger Friedrich, Oberlehrers;

beide mit der Functionsdauer bis Ende 1894, und des

Hornisch Ignaz, Gastwirthes,

mit der Functionsdauer bis Ende 1896, zu bestätigen.

(Angenommen.)

(2337.) Derselbe referiert über die Wahl des Armenrathes
 Ferdinand Ludwig Lichtblau zum Rechnungsführer für das Armen-
 institut des II. Bezirkes und beantragt die Bestätigung dieser Wahl.

(Angenommen.)

(2377.) Derselbe referiert über zwei Ergänzungswahlen für den
 Armenrath des II. Bezirkes und beantragt, die Wahl des:

Dziadek Paul, Gastwirthes, und

Nichberger Josef, Gastwirthes;

beide mit der Functionsdauer bis Ende 1897, zu bestätigen.

(Angenommen.)

(2489.) St.-R. Dr. v. Billing referiert über die Wahl des
 Adalbert Bucl, Hauseigentümers, zum Vorsteher des VI. Bezirkes
 und beantragt die Bestätigung dieser Wahl.

(Angenommen.)

(2158.) Derselbe referiert über das Ansuchen des Josef Postal,
 Baumeisters im IV. Bezirke, um Verleihung des Bürger-
 rechtes und beantragt die Gesuchsgewährung.

(Angenommen.)

(1789.) Derselbe referiert über Gesuche um Verleihung der
 Zuständigkeit aus dem IV. Bezirke und beantragt die Gesuchs-
 gewährung für:

Steffan Wilhelm, Bediensteter im Atelier Kautsky;

Gold Anton, pensionierter Sicherheitswachmann;

Schmidt Marie, geb. Wagner, Wäschhändlerin;

Wollmarker Katharina, Tabaktrafikanin;

Pichler Simon, Feuerbursch im Café „Austria“;

Lichtnekert Theodor, Kanzleidiener;

Kopp Francisca, Köchin;

Prumüller Alois, Geschäftsdiener;

Kleindienst Heinrich, k. k. Briefträger;

Drozda Jakob, Kürschnergehilfe, und

Brosig Anna Marie, Krankenwärterin. (Angenommen.)

(2220.) Derselbe referiert über das Ansuchen des Amtsdieners
 Anton Philipp, ehemaligen Dieners der Gemeinde Fünfhaus, um
 Flüssigmachung des II. Quinquenniums und beantragt die Flüssig-
 machung der II. Quinquennalzulage nebst 25 Percent Quartiergeld
 hievon, daher zusammen per 62 fl. 50 kr., vom 1. März 1894 an,
 beziehungsweise die Erhöhung der gegenwärtigen anrechenbaren Er-
 gänzungszulage per 12 fl. 50 kr. auf 75 fl. (Angenommen.)

(2222.) Derselbe referiert über das Ansuchen der Julie Hanslik,
 städt. Maschinistenswitwe, um Verleihung einer Pension und beantragt,
 der Bittstellerin unter analoger Anwendung des § 15 P.-B. eine
 Abfertigung im Betrage des von ihrem Gatten zuletzt bezogenen an-
 rechenbaren Activitätsgehaltes per 600 fl. zu bewilligen.

(Angenommen.)

(2206.) Derselbe referiert über das Ansuchen des Vereines für
 erweiterte Frauenbildung I., Wipplingerstraße 8, um Überlassung eines
 dritten Lehrzimmers im städtischen Pädagogium für die gymnastiale
 Mädchenschule und um Genehmigung, daß der Director des städtischen
 Pädagogiums, Dr. Emanuel Hannak, die Leitung derselben für
 das Schuljahr 1894/95 beibehalte, und beantragt, es sei dem genannten
 Vereine für Zwecke der gymnastialen Mädchenschule unter den für die
 bisherige Benützung der Localitäten des Pädagogiums geltenden Be-
 dingungen, jedoch unter Erhöhung des für die Mitbenützung der
 Consumtibilien bestimmten Betrages von 20 fl. auf 30 fl. ein
 drittes Lehrzimmer für das Schuljahr 1894/95 mit dem Bedeuten zu
 überlassen, daß der Verein Vorseege treffe, daß für das Schul-
 jahr 1895/96 die Benützung von Räumen des Pädagogiums entfalle
 und für die Leitung der Schule eine andere Persönlichkeit als der
 Pädagogiumsdirector Dr. Hannak in Aussicht genommen werde.
 Hingegen werde die Übernahme der Leitung derselben durch Dr. Hannak
 für das kommende Schuljahr unter der Voraussetzung, daß die
 Schulinteressen des Pädagogiums dadurch keine Beeinträchtigung er-
 fahren, daher nur auf Widerruf gestattet.

Der von dem mehrgedachten Vereine für die Mitbenützung von
 Schulrequisiten, insbesondere Consumtibilien bereits in den Jahren

1892 und 1893 einbezahlte Gesamtbetrag von 30 fl. und der für das kommende Schuljahr zu erlegenden Betrag von 30 fl. wären dem Pädagogiumsdirector über sein bereits vorliegendes Ansuchen als Verlag zur Anschaffung von Consumtibilien und Schulrequisiten für das Pädagogium gegen Verrechnung hinauszugeben, respective zu überlassen.

(Angenommen.)

(2242.) **Derselbe** referiert über die Persolvierung der David Leon Lohringer'schen Stiftung für christliche Wohlthätigkeitsanstalten pro 1894 und beantragt, von den zur Vertheilung gelangenden 250 fl.

1. dem Wohlthätigkeitsvereine „Sennfelderbund“ . . . 45 fl.,
2. dem I. Wiedener Humanitätsvereine 45 fl.,
3. der St. Severinusvereins-Abtheilung in Neulerchenfeld 45 fl.,
4. der Conferenz zu den heil. sieben Zufluchten vom Vereine des heil. Vincenz von Paul im Pfarrbezirke Altlerchenfeld . 40 fl.,
5. dem Vereine der Jugendfreunde im IV. Bezirke . . 35 fl.,
6. dem Frauen-Wohlthätigkeitsvereine im Bezirke Favoriten 40 fl.

als Unterstützung zu gewähren. (Angenommen.)

(2276.) **St.-R. Mahenauer** referiert über das Ansuchen des Robert Schlesinger, Kaufmannes im I. Bezirke, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Ertheilung der Zusicherung an den Genannten. (Angenommen.)

(2332.) **St.-R. Schlechter** referiert über eine Note des Bürgermeistersamtes Sloggnitz, betreffend den Bau von vier ebenerdigen und eines Hochparterre-Wohnhauses auf dem unteren Zeilfelde in Sloggnitz, und beantragt, die Zustimmung zu diesen Bauführungen unter den bei der Baucommission vom 30. November 1893 von den Vertretern der Gemeinde Wien aufgestellten Bedingungen zu ertheilen. (Angenommen.)

(2333.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen mehrerer Hausbesitzer und Bewohner von Altmannsdorf, XII. Bezirk, den Auslaufbrunnen der Hochquellenleitung nicht vor dem Hause Nr. 41, sondern vor dem Hause Nr. 29 Breitenfurterstraße aufstellen zu lassen, und beantragt die Genehmigung. Zu diesem Behufe sei zu den bereits ad St.-R.-Z. 8361/1893 bewilligten Kosten per 3400 fl. ein weiterer, in der Rubrik XXVI 6 d bedeckter Betrag von 580 fl. zu bewilligen. (Angenommen.)

(2334.) **Derselbe** referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Marasch, betreffend die Bewilligung einer täglich zweimaligen Trinkwasserzufuhr in den ober der Dornbacherstraße gelegenen Theil der Wilhelminenstraße im XVI. Bezirke, und beantragt, auf eine täglich zweimalige Wasserzufuhr nicht einzugehen, da in ganz Ottakring nur einmal des Tages Trinkwasser zugeführt werde. Dagegen sei nach Inhalt des Magistratsberichtes die sofortige einmalige Trinkwasserzufuhr in den in Rede stehenden Bezirkstheil veranlaßt worden, welche Zufuhr aber wegen der Terrainverhältnisse auch nur bei trockener Witterung erfolgen könne.

Weiters beantragt Referent, für den Fall des Bedarfes die Bestellung eines dritten Wagens für die Wasserzufuhr in Ottakring zu bewilligen. Die hiefür erwachsenden Kosten per 9 fl. 20 kr. pro Tag wären auf den Reservefond zu verweisen. (Angenommen.)

(2401.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Wiener Trabrennvereines um Gewährung eines Ehrenpreises und beantragt, dem genannten Vereine wie im Vorjahre auch pro 1894 zur Anschaffung eines Ehrenpreises den Betrag von 300 fl. zu bewilligen, welche Auslage auf den Reservefond zu überweisen wäre. (Angenommen.)

(2186.) **Derselbe** referiert über die Verhängung einer Conventionalstrafe gegen die Brüder Eisler wegen Fristüberschreitung bei der Demolierung der Eßterhazy-Realität im VI. Bezirke und

beantragt, das Zugeständnis der genannten Unternehmer, nunmehr zwar die Conventionalstrafe per 1400 fl. und die seit der Zustellung des letzten Decretes ddo. 18. Februar 1894, Z. 196128/93, laufenden fünfprocentigen Verzugszinsen, nicht aber auch die weiter zurückgehenden Verzugszinsen bezahlen zu wollen, aus den im Magistrats-Antrage geltend gemachten Gründen genehmigend zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen.)

(2397.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Verschönerungs-Comités in Pögleinsdorf um Subvention und beantragt, dem genannten Comité pro 1894 eine Subvention von 400 fl. gegen seinerzeitige Vorlage des Verwendungsausweises zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(2290.) **St.-R. Pangoin** referiert über das Ansuchen des Marktcommissärs Dominik Neubauer um Aushilfe und beantragt, dem Genannten eine Krankheitsaushilfe von 100 fl. zu bewilligen.

St.-R. Wigelsberger beantragt 150 fl.

Dieser Antrag angenommen.

(2368.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Barbara Fiska, Krankenträgerwitwe, um eine Gnadengabe und beantragt, der Genannten eine Gnadengabe von jährlich 120 fl. auf drei Jahre, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung vom 1. October 1893 an zu verleihen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

Derselbe referiert über rückständige Beerdigungskosten und sonstige Gebühren:

(2394.) per 31 fl. 40 kr. nach 10 Parteien im VIII. Bezirke;

(2194.) per 71 fl. 15 kr. nach 19 Parteien im XIX. Bezirke;

(2408.) per 97 fl. 40 kr. nach 20 Parteien im XIV. Bezirke;

(1920.) per 599 fl. 40 kr. nach 154 Parteien im II. Bezirke

und beantragt in sämtlichen Fällen die Abschreibung aus den in den Anträgen der betreffenden magistratischen Bezirksämter angeführten Gründen. (Angenommen.)

(Schluss der Sitzung.)

Allgemeine Nachrichten.

(Donauregulierungs-Commission.) Die am 11. April 1894 unter dem Voritze des k. k. Statthalters Erich Grafen Kielmansegg stattgehabte Plenar-Sitzung der Donauregulierungs-Commission gab ihrer Trauer um den kürzlich verstorbenen k. k. Sectionschef Dr. Maximilian Chiari, welcher der Commission durch lange Jahre als Mitglied und Obmann des Rechts-Comités angehörte, durch einen ehrenden Nachruf des Vorsitzenden und durch Erheben von den Sigen Ausdruck.

Sonach wurde zur Tagesordnung übergegangen und wurden die Preisliste, das Vorausmaß und der Kostenüberschlag für die bei Rußdorf geplanten Arbeiten zur Umwandlung des Wiener Donaucanals in einen Handels- und Winterhafen genehmigt.

Diese Operate werden unverweilt, zusammen mit dem abzuschließenden Übereinkommen, der Commission für Verkehrsanlagen zur Erlangung ihrer Zustimmung übermittelt werden und wird nach Erhalt derselben die Ausschreibung der oberwähnten Arbeiten bei Rußdorf erfolgen.

Weiters wurde ein Ansuchen der k. und k. Transactions-Abtheilung um käufliche Überlassung von Fondsgründen zum Zwecke der Errichtung einer Artillerie-Kaserne, sowie ein privates Offert auf eine einzelne Baustelle zustimmend erledigt und über

eine Eingabe der ungarischen Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft in Raab um Überlassung eines Landungsplatzes, die nöthigen Erhebungen angeordnet.

Nach Feststellung des Präliminäres pro 1894 und des Programmes für die diesjährige Frühjahrsbereisung der Donau beschloß die Donauregulierungs-Commission, sich an der demnächst stattfindenden Begehungs-Commission über das Project der Marchregulierung, sowie an dem VI. internationalen Schiffahrts-Congresse in Haag zu betheiligen und nominierte ihre diesbezüglichen Vertreter.

Nachdem die Versammlung den die Thätigkeit der Donauregulierungs-Commission anerkennenden Beschluß des n.-ö. Landtages über den Stand der Donauregulierungs-Arbeiten, ein Dankschreiben der Gemeinde Hofamt Priel und mehrerer Grundbesitzer in Weins für ausgeführte Uferschutzbauten, endlich eine Eingabe der Bauunternehmung, betreffend die Fortführung der Arbeiten in der Strecke der Ispermündung—Dürnstein, zur Kenntnis genommen hatte, wurden einige Personal-Angelegenheiten erledigt.

* * *

(Commission für Verkehrsanlagen in Wien am 14. April 1894.)

Die Anzahl der in der abgelaufenen Woche bei der Ausführung der Wiener Verkehrsanlagen verwendeten Arbeiter hat 1889 betragen; hievon waren 1080 beim Bau der Sammelcanäle am linken und am rechten Donaucanalufer, 809 an der Gürtel- und Vorortelinie der Stadtbahn beschäftigt; hier standen außer fünf Dampfmaschinen 62, beim linksseitigen Sammelcanale 43 Fuhrwerke in Verwendung.

* * *

(Ärztckammern.) Die k. k. n.-ö. Statthalterei hat unterm 6. April d. J., Z. 23234, Nachstehendes kundgemacht:

Nachdem die Vorbereitungen für die Constituirung der beiden in Niederösterreich zu errichtenden Ärztekammern beendet sind, wird hiemit im Grunde des § 7 des Gesetzes vom 22. December 1891, R.-G.-Bl. Nr. 6 ex 1892, betreffend die Errichtung von Ärztekammern, und gemäß den Bestimmungen der Durchführungs-Verordnung vom 30. November 1893, L.-G.- und V.-Bl. Nr. 61, die Wahl der Kammermitglieder und ihrer Stellvertreter für den Kammer Sprengel Wien und für den Kammer Sprengel Baden ausgeschrieben und als Wahltag Montag der 7. Mai 1894 festgesetzt.

Die Stimmzettel werden den Herren Wählern von den politischen Bezirksbehörden ihres Wohnortes (in Wien vom Wiener Magistrate) spätestens bis 28. April 1894 zugestellt werden und sind am oben bezeichneten Wahltage datiert und eigenhändig gefertigt denselben politischen Behörden von den Wählern entweder persönlich zu übergeben oder unter Couvertverschluß und versiegelt durch die k. k. Post einzusenden.

Approvisionnement.

Der tägliche Fleischmarkt.

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 8. April bis 14. April 1894.

1. Fleischsendungen:

a) Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch . . . 262.956 kg (Davon aus Nieder-Österreich — 205.434; aus Ober-Österreich — 3235; aus Mähren — 11.152; aus Böhmen — —; aus

		Galizien — 30.864; aus Ungarn — 11.003; aus der Bukowina 1268; aus Croatien — —; aus Steiermark — —; aus Tirol — —; aus Salzburg — —; aus Bosnien — —; aus Siebenbürgen — — kg) (Davon aus Nieder-Österreich — 800; aus Ober-Österreich — —; aus Mähren 220; aus Galizien — 39.643; aus Ungarn — 862; aus der Bukowina — —; aus Böhmen — — kg)
Kalbfleisch . . .	41.525 kg	(Davon aus Nieder-Österreich 17; aus Ober-Österreich — —; aus Galizien — 654; aus Ungarn — 90; aus der Bukowina — 6; aus Mähren — — kg)
Schafffleisch . . .	767 "	(Davon aus Nieder-Österreich — 19.903; aus Ober-Österreich — —; aus Böhmen — 294; aus Mähren — 802; aus Galizien — 4755; aus Ungarn — 4875; aus der Bukowina — —; aus Croatien — —; aus Steiermark — —; aus Bosnien — — kg)
Schweinefleisch . . .	30.629 "	(Davon aus Nieder-Österreich — 164; aus Ober-Österreich — 1; aus Mähren 70; aus Ungarn — 97; aus der Bukowina — —; aus Kärnten — —; aus Tirol — —; aus Schestien — — St.)
Kälber	1645 Stück	(Davon aus Nieder-Österreich — 125; aus Ober-Österreich — —; aus Mähren — —; aus Galizien — —; aus der Bukowina — —; aus Ungarn 3 St.)
Schafe	128 "	(Davon aus Nieder-Österreich — 37; aus Ober-Österreich — —; aus Mähren — 16; aus Galizien — 493; aus Ungarn — 8; aus der Bukowina — —; aus Croatien — —; aus Kärnten — — St.)
Schweine	554 "	(Davon aus Nieder-Österreich — 96; aus Ober-Österreich — 5; aus Galizien — 12; aus Ungarn — 90; aus Mähren — 42 aus Böhmen — St.)
Kammer	245 "	

b) Für den Approvisionierungsverein.

Rindfleisch . . .	— kg	Kälber	— Stück
Kalbfleisch . . .	— "	Schafe	— "
Schafffleisch . . .	— "	Schweine	— "
Schweinefleisch . . .	— "	Kammer	— "

2. Preisbewegung:

Rindfleisch	} Siedfleisch von 30 bis 70 fr. per Kg. Rostraten u. Nieren " 50 " 95 " " "
extrem	
Kalbfleisch	" 28 " 60 " " "
Schafffleisch	" 36 " 50 " " "
Schweinefleisch	" 46 " 70 " " "
Kälber	" 30 " 56 " " "
Schafe	" 26 " 44 " " "
Schweine	" 46 " 62 " " "
Kammer	" 2 1/2 " 6 fl. " St.

Die für den Approvisionierungs-Verein eingelangten Fleischwaren sind in den obigen für den täglichen Fleischmarkt ausgewiesenen Zufuhren inbegriffen, indem dieser Verein seit 7. April 1894 das früher im Souterrain der Großmarkthalle betriebene En gros-Geschäft auf den täglichen Fleischmarkt verlegt hat.

Die Zufuhr an Fleischwaren war im allgemeinen der vorwöchentlichen gleich. Der Geschäftsverkehr war ziemlich lebhaft und

wurden für die minderen Qualitäten Rindfleisch und Kalbfleisch um 2 kr. bessere Preise erzielt, als in der Vorwoche.

Die sonstigen Fleischwaren blieben im Preise unverändert.

Pferdemarkt vom 13. April 1894.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 459 Pferde.
Preis: für Gebrauchspferde 96—520 fl. per Stück.
" " Schlachtpferde 20—95 " " "
Der Markt war sehr lebhaft.

Schlachtviehmarkt vom 16. April 1894.

1. Auftrieb.

Mastrvieh 3761, Weidevieh —, Beinvieh 879,
Summa . 4640.

Davon — nach Racen:

Ungarische Thiere . . .	1962
Galizische " . . .	614
Deutsche " . . .	2030
Büffel " . . .	34

Davon — nach Gattungen:

Ochsen	3218
Stiere	584
Kühe	838

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 kg Lebendgewicht mit Percentabzug:

Ungar. Schlachtthiere von 52 bis 63½ fl.)	Diese Preise ermäßigen sich um den beim Handel vereinbarten Percentabzug (auf dem heutigen Markte 36½ bis 46 %), welchen der Verkäufer dem Käufer als Entschädigung:
(extrem)		
Galiz. Schlachtthiere . . . 52 " 62 ")	a) für den Gewichtsverlust infolge der Schlachtung;
(extrem)		
Deutsche Schlachtthiere " 53 " 67 ")	c) für die wertlosen Stoffe, wie: Magen- und Darminhalt etc., zugesetzt.
(extrem)		
Weidevieh)	
Stiere)	
Kühe)	
Büffel)	
Beinvieh)	

b) Preis per 100 kg Lebendgewicht ohne Percentabzug:

Ochsen	von 24 bis 35 (—) fl.
Stiere	23 " 34½ "
Kühe	22 " 32½ "
Büffel	21 " 28 "
Beinvieh	16 " 23 "
Weidevieh	— " — "

c) Preis per Stück:

Beinvieh von 16 bis 85 fl.

Nach dem Modus auf Schlachtgewicht wurde nichts gehandelt.

Unverkauft blieben:

Ochsen	6 Stück
Beinvieh	46 "

Gegen den letzten Montagmarkt wurden um 82 Stück Schlachtthiere mehr aufgetrieben. Die Kauflust war namentlich für Prima-Ware lebhaft und stiegen die Preise derselben um ½ bis 1 fl. per 100 kg. Mittel- und mindere Sorten sind zu vorwöchentlichen Preisen gehandelt worden.

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 14. April 1894.

a) Getreide.

Weizen (Qualitätsgewicht per 1 hl 76—81 kg) von 7 fl. 70 fr. bis 8 fl. 35 fr.	
Roggen (" " " " 70—75 ") " 6 " 15 " " 6 " 55 "	
Gerste " 5 " 80 " " 9 " 40 "	
Weizen " 5 " 65 " " 6 " 20 "	
Hafer " 7 " 20 " " 8 " 30 "	

b) Mahlproducte.

Grieß von 13 fl. — fr. bis 14 fl. 80 fr.	
Weizenmehl " 6 " 20 " " 14 " 80 "	
Roggenmehl " 6 " 40 " " 11 " 65 "	
Weizenkleie " 4 " 30 " " 4 " 60 "	
Roggenkleie " 4 " 75 " " 4 " 80 "	

Städtisches Lagerhaus.

Vom 5. April bis 12. April 1894.

Waren eingelagert 51.853 Meter-Centner
" ausgelagert 30.894 "
Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf 13.791 Meter-Centner.

Lagerstand vom 12. April 1894:	346.771 Meter-Centner, und zwar:
56.937 Meter-Centner Weizen,	59.997 Meter-Centner Roggen,
64.151 " Gerste,	83.690 " Hafer,
13.354 " Mais,	9.020 " Dfaaten,
16.436 " Mehl u. Kleie,	3.086 " Wein,
8.778 " Zucker,	943 Hektoliter à 100% Spiritus.

Der Asscuranzwert dieser Waren stellt sich auf 3,482.410 fl. öst. Währ.

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

vom 12. April bis 16. April 1894:

Für Neubauten:

- II. Bezirk: Haus, Schwarzingergasse 5, von Heinrich Staudigl, Malzgasse 5, Bauführer B. Gettwerth (2549).
- IV. Bezirk: Haus, Wienstraße und Schleismühlgasse Grundb.-Einl. 731 und 732, von der Verlags-Actien-Gesellschaft „Wiener Mode“ und Siegmund Weiß, Technikerstraße 3, Bauführer Ign. Drapala (2548).
- VIII. Bezirk: Haus, Breitenfeldergasse 20, Baustelle II, von Paula Lang, Biarsingergasse 41, Bauführer A. Lang (2418).
- " " Haus, Landongasse 27, Lederergasse 22, von Maria Kleinmann, Bauführer J. J. Göhl, Baumeister (2507).
- XVI. Bezirk: Drei Stock hohes Wohn- und Geschäftshaus, Neulerchenfeld, Herbststraße 45, von Ferd. Meißner, XVI., Payergasse 17, Bauführer derselbe (17630).

Für Umbauten:

- X. Bezirk: Inzersdorferstraße 23, von Josef Milaček, Bauführer Josef Zeitlinger (13065).
- XIV. Bezirk: Zwei Stock hohes Wohnhaus, Rudolfsheim, Dreihausg. 2, von Josef und Francisca Popaur, XIV., Dreihausg. 4 Bauführer Karl Biegelwanger, Stadtbaumeister, (10578).
- XV. Bezirk: Wohnhaus, Fünfhans, Herklotzgasse 12, von Heinrich Fell, VI., Strohmeiergasse 4, Bauführer Karl Stöger, V., Hundstürmerstraße 120 (9409).

Für Zubauten:

- V. Bezirk: Fabrikszubau, Siebenbrunnengasse 9, von Valerian Gilar, Bauführer J. Drexler (2518).
- IX. Bezirk: Hofquart, Berggasse 17, von Josef und Philippine Schreiber, Richtensteinstraße 22/24, Bauführer J. Haupt (2529).

- XII. Bezirk: Werkstättenzubau, Gaubenzdorf, Feldgasse 13, von Johann Reudecker durch Eigentümerin Francisca Prüger, Bauführer Wenzel Voit (10553).
- XIV. Bezirk: Erbauung eines Pferdestalles und Wagenremise, Rudolfsheim, Schweglerstraße 25, von Georg Bäßler, ebenda, Bauführer Josef Pöhl, Stadtbaumeister, XIV., Schweglerstraße 29 (10594).
- XVI. Bezirk: Wagenremise, Ottakring, Festgasse 9, von Peter Thomas, ebenda, Bauführer Karl Lang (17449).
- " " Ebenerdiger Zubau mit Abort und Canal, sowie ein gedeckter Schuppen, Ottakring, Effingergasse 22, von Vincenz Palmshlager, Bauführer R. Keila & Comp. (17626).

Für Adaptierungen:

- I. Bezirk: Seilerstätte 8, von Franz Wankl, Baumeister (2458).
- II. Bezirk: Schiffamtsg. 9, von Betti Dtt, Bauführer M. Wawrincz (2460).
- " " Kaiser Josefstraße 36, von Johann Hauswirth, Praterstraße 62, Bauführer Lüdener & Misierowsky (2495).
- " " Hannovergasse 19, von Johann Nowak, Maurermeister (2541).
- " " Kronprinz Rudolfstraße 15, von Johann Nowak, Maurermeister (2542).
- III. Bezirk: Fetzgasse 13, von Josefa Luse, Bauführer Franz Roth (2479).
- " " Kollergasse 1, von Jgn. Schönbrunner, Bauführer A. Hofbauer (2488).
- " " Landstraße, Hauptstraße 30, von Josef Wild, Bauführer L. Wismann (2505).
- IV. Bezirk: Große Neugasse 32, von Franz Steinhäuser, Bauführer B. Haschel (2440).
- V. Bezirk: Herthergasse 12, von Josef Neuron, Bauführer J. Zeitlinger (2465).
- " " Hundstürmerstraße 26, von Heinrich Dhrner, Baumeister (2489).
- " " Steinbauergasse 22, von Johann Brunner, Bauführer J. Klupp (2475).
- VI. Bezirk: Gumpendorferstraße 149, von Lorenz und Mathilde Clauser, Gumpendorferstraße 134, Bauführer E. Stigler (2439).
- " " Mollardgasse 67, von Jos. Wraz, Bauführer Ed. Schieber (2504).
- VII. Bezirk: Mariahilferstraße 100, von Anton Klement, Maurermeister (2511).
- VIII. Bezirk: Piaristengasse 23, von Dr. Andreas Schwehla's Erben, Bauführer F. Kernast (2500).
- " " Tigergasse, von Sebastian Florianschütz, Bauführer Chr. Gatty (2502).
- IX. Bezirk: Berggasse 17, von Josef und Philippine Schreiber, Bauführer J. Haupt (2529).
- X. Bezirk: Hafengasse 57, von Emil Weber, Bauführer Th. Hoppe, k. k. Baurath (13068).
- " " Simmeringerstraße 180, von M. Knopf, Bauführer Theodor Hoppe, k. k. Baurath (13069).
- " " Eugengasse 42, von Karl Dworschak, Bauführer Taschner (13185).
- XVI. Bezirk: Ausführung einer Scheidemauer, Ottakring, Dettergasse 7, von Maria Brazda, ebenda, Bauführer Thomas Mann (15529).
- " " Thür ausbrechen, Neulerchenfeld, Burggasse 2830, von Anna Borowicka, Bauführer Karl Lang (17446).
- XVII. Bezirk: Dornbach, Hauptstraße 135, von Anton Kohrnath, ebenda, Bauführer S. Glaser, Stadtbaumeister (12889).

Für diverse (geringere) Bauten:

- I. Bezirk: Pavillon, Am Bergl, von Andreas Habetswallner, Bauführer Florian Frimmel, Schlosser (2523).
- II. Bezirk: Canalreconstruction, Blumauergasse 14, von Jakob Jesch, Bauführer L. Dohy (2467).
- " " Canal, Schüttelstraße 17 a, von der Union Baugesellschaft (2532).
- " " Canal, Schüttelstraße 1, von der Union-Baugesellschaft (2543).
- " " Aufstellung von Zesten und Festbacköfen, Ausstellungspark, k. k. Prater, von der Ausstellung für Volksernährung (2534).
- " " Officiersbaracken, Ausstellungspark, k. k. Prater, von der Ausstellung für Volksernährung (2535).
- " " Volkstische, Ausstellungspark, k. k. Prater, von der Ausstellung für Volksernährung (2536).
- " " Mannschafstische, Ausstellungspark, k. k. Prater, von der Ausstellung für Volksernährung (2537).
- " " Backöfen, Ausstellungspark, k. k. Prater, von der Ausstellung für Volksernährung (2538).
- " " Backöfen, Ausstellungspark, k. k. Prater, von Werner & Pfaidler (2540).

- III. Bezirk: Abort, Strohgasse 31, von Josef Zirm, Bauführer S. Dhrner (2472).
- IV. Bezirk: Dachboden, Luisengasse 5, von Hugo Hölzl, Bauführer Karl Obendorfer (2508).
- " " Gitter, Weyringergasse 37, von Josef Rothmüller, Kopernikusgasse 4, Bauführer? (2526).
- VIII. Bezirk: Atelier, Blindengasse 20, von Gustav Salzner, Bauführer Leopold Scherer (2427).
- " " Schuppe, Josefstädterstraße 83, vom Wiener Radfahrer-verein „Drais“, Bauführer J. Reinhart (2480).
- IX. Bezirk: Rohrcanal, Salzergasse 27, von Ferdinand Dehm und F. Dibrich, Baumeister (2490).
- " " Backöfen, Kinderspitalgasse 2, von Eduard Kriechenbaum, Bauführer? (2517).
- XIV. Bezirk: Aborte, Rudolfsheim, Marktstraße 13, von F. J. Steiner, XIII., Schmiedgasse 19, Bauführer E. Schwarzer (10694).
- " " Rudolfsheim, Goldschlagstraße 95, von Matthias Eschelsböck, ebenda, Bauführer Johann Schrepfer (10766).
- XV. Bezirk: Abtragung einer Scheidemauer und Einziehung einer Traverse, Filzhäuser, Kranzgasse 26, von Leopold Zehetgrubers Söhne, ebenda, Bauführer Jg. Fraßl, XV., Henriettenplatz 1 (9240).
- XVI. Bezirk: Abortbau und neuer Rohrcanal, Ottakring, Festgasse 10, von Josef Wegl in Schwachat, Bauführer K. Lang (17202).
- XVII. Bezirk: Pissoir, Hernals, Ottakringstraße 36, von Heinr. Fischer, ebenda, Bauführer Joh. Grünbeck, Baumeister (12495).
- " " Gemauerter Schweinestall, Hernals, Josefgasse 43, von Leop. Pfanz, ebenda, Bauführer W. Gabaner, Stadtbaumeister (12798).
- " " Portal und zwei Flügelmauern, Dornbach, Heuberggasse 11a, von Max Kropf, ebenda, Bauführer Reichel, Stadtbaumeister (12830).
- XIX. Bezirk: Rohrcanalisation, Ober-Döbling, Herrengasse 3, von Sam. und Theresia Hirschl, ebenda, Bauführer F. Kehaczet (7103).
- " " Rohrcanalisation, Ober-Döbling, Herrengasse 5, 7 und 9, von Dr. Vincenz Ritt. v. Schwarz, ebenda, Bauführer Joh. Schöffler (7168).

Stockwerks-Aufsetzungen:

- XVI. Bezirk: Aufsetzung eines Stockwerkes, Ottakring, Hauptstraße 153, von K. Kantor, ebenda, Bauführer Fr. Wolf (17204).

Gesuche um Bekanntgabe der Baulinie wurden überreicht:

- II. Bezirk: Hannovergasse, Grundb.-Einf. 3806, von M. Gerstl & Comp. und F. Dehm & Dibrich (2476).
- " " Klosterneuburger- und Leipzigerstraße, Grundb.-Einf. 881, von der Österr. Central-Bodencreditbank, Hohenstaufengasse 12 (2445).
- V. Bezirk: Hundstürmerstraße 99, von Ludwig Jagka, Baumeister für Georg und Josef Bernhard (2423).
- " " Neuprechtsdorferstraße, Grundb.-Einf. 1724, von Emanuel Bachmayer, Gr. Sperlgasse 14 (2446).
- " " Neuprechtsdorferstraße, Grundb.-Einf. 1723, von Emanuel Bachmayer, Gr. Sperlgasse 14 (2447).
- VI. Bezirk: Magdalenenstraße 59, von Mich. Taubinger (2473).
- VII. Bezirk: Kaiserstraße 63, von Moriz und Josef Sturany, Baumeister, für Louise Gammio (2456).
- X. Bezirk: Jüngersdorferstraße 23, von Josef Rilsacek (13066).
- XI. Bezirk: Haus, Simmering, Hauptstraße 185, Conscr.-Nr. 310, C.-Z. 298, von Francisca Streitel (Vertretung: Marie Stanisla Schön), Oberin der Schwestern zur Schmerzhafsten Mutter in Rom (5267).
- XIV. Bezirk: Rudolfsheim, Rudolfstraße 4, von Marie Rößler (19498).
- " " Rudolfsheim, Neugasse 23, von Karl Honas (10692).
- " " Rudolfsheim, Märzstraße 67, von Josef Seichert (10693).
- XV. Bezirk: Haus, Cat.-Parc. 221/9, C.-Z. 812, Filzhäuser, Felzgasse, von Josefine Grüll, IV., Hauptstraße 59 (9408).
- XVI. Bezirk: Cat.-Parc. 345/13, Einf.-Z. 704 Neulerchenfeld, Herbststraße 48, von Ferd. Meißner (17302).
- " " Cat.-Parc. 1521/2, 1522, Einf.-Z. 894, 892 Ottakring, von Marie Heindl (17445).
- " " Cat.-Parc. 2943, Einf.-Z. 2849, Ottakring, Gablenzgasse 39, von Heinr. Dedecek (17458).
- " " Cat.-Parc. 346/28, Einf.-Z. 757 Neulerchenfeld, Herbststraße 47, von Ferd. Meißner (17628).
- " " Cat.-Parc. 346/27, 345/5, Einf.-Z. 756 Neulerchenfeld, Herbststraße 45, von Ferd. Meißner (17629).
- XVII. Bezirk: Dornbach, Schwarzenberggasse 6, von Anna Osburg durch Eugen Spork, XV., Schönbrunnerstraße 16 (12861).
- XIX. Bezirk: Wohnhaus, Ober-Döbling, Neustiftgasse 58, von Aloisia Jaro (6993).
- " " Wohnhaus, Ober-Döbling, Rußdorferstraße 29, von Rudolf Schmeidel (6997).
- " " Parzelle 982/8, Heiligenstadt, Rußdorferstraße, von Ferd. Dehm & F. Dibrich (7244).

Demolierungsanzeigen wurden überreicht:

- X. Bezirk: Inzersdorfstraße 23, von Josef Milaček, Demolierender Josef Zeitlinger (13067).
- XII. Bezirk: Hengsdorf, Cat.-Parc. 193/1, Hauptstraße 44, von Anna Endlweber, Demolierender Josef Schaufler (10506).

Gewerbebeanmeldungen vom 10. April 1894.

(Fortsetzung.)

- Kopriva Josef — Schuhmacher — II., Große Schiffgasse 21.
- Levtovits Sophie — Schuhmacher — II., Kovaragasse 31.
- Martinek Franz — Schuhmacher — XIII., Breitensee, Hauptstr. 18.
- Zygal Alois — Schuhmacher — II., Theresiengasse 2.
- Gerstl Samuel, Gerstl Moriz, Gerstl Karl — Schuhmacherzugehör- und Lederhandel — XVI., Reinhardtsgasse 12.
- Heinz Marie — Seifen-, Kerzen- und Parfümeriewaren-Verschleiß — VIII., Kerzenfelderstraße 54.
- Steinfeld Anna — Selbwaren-Verschleiß — II., Große Schiffgasse 11.
- Baranek Johann — Spengler — XII., Unter-Meidling, Wertheimsteingasse 10.
- Fischer David — Spirituosen-Erzeugung — II., Wallensteinstraße 6.
- Braun Emil — Spritzstullen-Erzeuger — XV., Clementinengasse 2.
- Konecny Ignaz — Tischler — V., Hartmannngasse 15.
- Weiß Leo, Bopeluz Karl, Fischer Philipp — Veredlung von Glas mittels Sandgebläse, Ägerei, Schleiferei und Erzeugung von Glaserbedarfsartikeln und Spiegeln — II., Znnstraße 9.
- Schwägerl Rudolf — Verkauf von Rum, Cognac und Südweinen in verschlossenen Gefäßen — II., Untere Augartenstraße 31.
- Näßler Anna Rosalia — Victualienhandel — XIV., Schweglerstr. 18.
- Pachl Amalie — Victualienhandel — III., Apostelgasse 26.
- Pohl Anna — Wäscheputzerin — IX., Rothen Löwengasse 3.
- Stingl Johann — Wäscheputzerin — IX., Glasergasse 20.

* * *

Gewerbebeanmeldungen vom 11. April 1894.

- Hinterleitner Theresie — Ausreibartikelfhandel im Umherziehen — XII., Meidling, Leopoldgasse 4.
- Birkner Theodor — Ausschank von Sodawasser und Fruchtäften und Verschleiß von Zuderbäckerwaren — I., Bei der Elisabethbrücke.
- Schlesinger Moriz — Betrieb von Börsegeschäften — I., Wiener Effectenbörse.
- Kofler Martin — Brot- und Würstelhandel im Umherziehen — III., Barichgasse 30.
- Goldsand Josef — Commissions-Verschleiß — IX., Althanplatz 7.
- Hajek Adelheid — Drechsler — XV., Pouthongasse 4.
- Schmidt Max — Einrichtung und Ausschmückung von Wohnungen — I., Rothenturmstraße 11.
- Belasta Karl — Friseur — I., Herrngasse 2.
- Klenkhard Florian — Gastwirt — XIV., Rudolfsheim, Schweglerstr. 10.
- Seehor Johann — Gastwirt — IV., Wehringergasse 11.
- Zoerner Wenzel — Gastwirt — XIV., Sturzgasse 45.
- Bock Erhart — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Laurenburgerstraße 71.
- Gribitz Adelheid — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Schmidgasse 6.
- Pech Maria — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Handelsquai 348.
- Reich Robert — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Schottenring 32.
- Schützenhofer Barbara — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Rainerg. 10.
- Baante Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Annagasse 14.
- Rosenzweig Salomon — Handel mit gebrannten geistigen Flüssigkeiten in verschlossenen Gefäßen — III., Mohsgasse 12.
- Schiefer Johann — Holz- und Kohlen-Verschleiß — XVIII., Währing, Anastasius Grünngasse 31.
- Dimpsl Ferdinand — Kaffeefieder — IV., Starhemberggasse 26.
- Bartunek Karl — Kleidermacher — VII., Bandgasse 35.
- Siska Vincenz — Kleidermacher — IV., Kettenbrückengasse 4.
- Zapletal Wilhelmine — Kleidermacherin — XVII., Hernals, Helblinggasse 15.
- Ungar Julius — Kühlapparate-Erzeugung — XV., Füllnhaus, Würfelgasse 10.
- Fosch Leopold — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Hippgasse 38.
- Pragr Marie — Milch-, Gebäck- und Butter-Verschleiß — IX., Strohedg. 6.
- Zbornik Franz — Perlmutterdrechsler — XIV., Rudolfsheim, Märzstraße 57.
- Ladner Amalie — Pfaidler — XVI., Neulerchenfeld, Langgasse 67.
- Lamm Helene — Pfaidlerin — IX., Servitengasse 13.

- Goldner Hermine — Pretiosen-Verschleiß — IV., Schleifmühlgasse 16.
- Köhler Marie — Privat-Lehranstalt für Maßnehmen, Schnittzeichnen und Kleidermachen — XIV., Rudolfsheim, Schönbrunnerstraße 81.
- Broz Francisca — Reißband- und Waschehandel im Umherziehen — XII., Meidling, Rosaliagasse 25.
- Hruschka Josef — Reißband- und Waschehandel im Umherziehen — XII., Wandlgasse 4.
- Reveceral Katharina — Reißband- und Waschehandel im Umherziehen — XII., Meidling, Kriechbaumgasse 26.
- Mraz Josefa — Schuhmachergewerbe — X., Laurenburgerstraße 37.
- Wondraček Karl — Schuhmacher — XVII., Hernals, Herrngasse 15.
- Lucla Adele — Seifen-, Kerzen- und Parfümeriewaren-Verschleiß — I., Tiefer Graben 7.
- Kralora Karl — Selbwaren-Verschleiß — III., Hauptstraße, Marktplatz.
- Kolzwarth Hermine — Stadtlöhnfuhrwerk — XIII., Penzing, Rodusg. 4.
- Kobczel Franz — Wäscheputzer — X., Laurenburgerstraße 15.
- Dillenz Sophie — Weißwäschehandel — I., Salzgies 17.
- Dostal Antonie — Weißnäherin — I., Luchlauben 18.
- Kautny Franz — Zimmermaler — VIII., Laudongasse 18.
- Gronner Henriette — Zuderbäckerwaren-Verschleiß — IV., Preßg. 22.

Inhalt:

Seite

Gemeinderath:	
Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 12. April 1894.	
Inhalt:	
Mittheilungen des Vorsitzenden:	
1. Entschuldigung des Gem.-Rathes Haspforthner wegen Fernbleibens	901
2. Spende der Erben nach Frau L. Goldschmid	901
3. Spende des Gewinners des Haupttreffers der Communallose	901
4. Ergebnis einer Bohlthätigkeitsvorstellung im C. W. Pertl'schen Orpheum	901
5. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Edlhofer, betreffend die Erstattung des Referates wegen Errichtung eines Pferdeschlachthaus	901
6. Erhebung, betreffend die Interpellation des Gem.-Rathes Gräf, wegen Stellungnahme gegen die seitens der Wiener Eiswerke-Unternehmungen durchgeführte Preiserhöhung des Eises	901
Einkauf:	
7. Petition von Bewohnern des XIII., XIV. und XV. Bezirkes, betreffend die Schaffung neuer Verkehrsmittel und Wege in diesen Bezirken (Gem.-Rath Brauneiß)	902
Interpellationen:	
8. Gem.-Rath Herold, betreffend die Erstattung der Referate über die der Gemeinde überreichten Projecte für Erbauung elektrischer Bahnen in Wien	902
9. Gem.-Rath Frauenberger, betreffend die Erstattung des Referates in Angelegenheit der Lehrstufensammlung und -Verführung im I. Bezirke	902
Referate:	
10. Gem.-Rath Bangoi, betreffend die Instandhaltung des Kinder-spielplatzes, VII., Kaiserstraße 104 (Zuschusscredit)	903
11. Gem.-Rath Josef Müller, betreffend die Baulinienbestimmung für die Herrngasse und einen Theil der Stüftgasse in Hernals, XVII. Bezirk	903
12. Gem.-Räthe Boschan und Mayer, betreffend den Haupt-voranschlag der Stadt Wien pro 1894 (Special-Debatte [Gruppe IV bis VI])	903
Stadtrath:	
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 5. April 1894	919
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 6. April 1894	922
Allgemeine Nachrichten:	
Donauregulierungs-Commission	928
Commission für Verkehrsanlagen in Wien	929
Ärztekammern	929
Approvisionierung:	
Täglicher Fleischmarkt vom 8. bis 14. April 1894	929
Pferdemarkt vom 13. April 1894	930
Schlachtviehmarkt vom 16. April 1894	930
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 14. April 1894	930
Städtisches Lagerhaus	930
Baubewegung:	
Gesuche um Baubewilligungen vom 12. bis 16. April 1894	930
Gewerbebeanmeldungen	932
Rundmachungen.	

Herausgeber: Die Gemeinde Wien. Verantwortlicher Redacteur: Dr. Friedrich Edler v. Kadler, Secretär des Wiener Magistrates.

Papier aus der k. k. priv. Wittener Papierfabrik. — J. B. Wallischhauser's k. und k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Aannahme bei Haasenfein & Vogler (Otto Waack), Wien, I., Walfischgasse 10.

Offert-Ausschreibungen *)

1894.

Tag und Stunde	Ort (Bureau)	Gegenstand
der Offertverhandlung		
19. April 10 Uhr	Departement V (Mag.-Rath Linsbauer)	Bergebung der Erd- und Baumeisterarbeiten für den Umbau des Haupt-Unrathscanales aus Beton in der Erdbergstraße im III. Bezirke von Nr. 72 bis 76 im veranschlagten Kostenbetrage von 1845 fl. 68 kr. und 200 fl. Pauschale. 3-3
20. April 10 Uhr	detto	Bergebung der Erd- und Baumeisterarbeiten für den Neubau eines Haupt-Unrathscanales in der Gürtelstraße nächst der Belvederelinie und die Herstellung eines Wasserlaufcanales in der neu zu eröffnenden Strecke der Gürtelstraße im III. Bezirke im Kostenbetrage von 3477 fl. 70 kr. und 400 fl. Pauschale, beziehungsweise von 1105 fl. 11 kr. 3-3
21. April 10 Uhr	detto	Bergebung der Erd- und Baumeisterarbeiten für den Neubau eines Haupt-Unrathscanales in der Clusiusgasse im IX. Bez. im Kostenbetrage von 1591 fl. 9 kr. und 300 fl. Pauschale. 3-3
25. April 10 Uhr	detto	ad 57207 ex 1894. Bergebung der Erd- und Pflasterungsarbeiten für die Umpflasterung der Sonnwendgasse im X. Bezirke von der Staatsbahngasse aufwärts im veranschlagten Kostenbetrage von 2151 fl. 18 kr. und 200 fl. Pauschale. 1-2
26. April 10 Uhr	detto	ad 40010 ex 1894. Bergebung der Erd- und Baumeisterarbeiten für den Neubau eines Haupt-Unrathscanales in der Dreihackengasse im IX. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 1020 fl. 79 kr. und 300 fl. Pauschale. 1-2

*) Pläne, Kostenanschläge zc. können im Stadtbauamte während der Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der Bedingnisse sind bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. erhältlich.

Offerten haben ein Exemplar der bezüglichen Bedingnisse mit den dem Projecte beiliegenden Original-Bedingnissen genau in Übereinstimmung zu bringen, eventuell zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu übergeben.

Dem Offerte ist ein Badium von 5 Percent der Kostenanschlagssumme anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf später einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlungen, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämtlichen Offerten behält sich die Gemeinde vor.

Prot.-Nr. 40845.

Ref.-Nr. 522 ex 1894. IV.

Kundmachung.

(Offertauschreibung.)

Wegen der Sicherstellung der Lieferung von 83 Stück Sitzbänken nach dem Muster der Ringstraßenbänke für die städt. Gartenanlagen in den einzelnen Gemeindebezirken von Wien wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am Samstag den 21. April d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp, im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Bedingnisse im obigen Bureau während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenen Offerte ist das vorgeschriebene Badium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämtlichen Offerten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 7. April 1894.

3-2

Ad Prot.-Nr. 34489.

Ref.-Nr. 520 ex 1894. V.

Kundmachung.

(Offertauschreibung.)

Wegen Vergebung der currenten Holzstöckelpflasterungsarbeiten pro 1894 in den Bezirken I bis XIX wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am 24. April d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause (4. Stiege,

Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den bezüglichen Preistarif, sowie die Vorschrift im Stadtbauamte ebendasselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Das Badium beträgt fünfhundert Gulden ö. W. Dasselbe ist dem Offerte anzuschließen oder es ist die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 10. April 1894. 2—3

Prot.-Nr. 64709 ex 1894.

IV.

Kundmachung.

(Offertanschreibung.)

Wegen Vergebung der Mäuse- und Rattenvertilgung in den städtischen Gebäuden in Wien und den Humanitätsanstalten der Gemeinde Wien in Riefing, Klosterneuburg und Mauerbach in der Zeit vom 1. Mai 1894 bis 30. April 1897 wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am Mittwoch den 25. April d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp, im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können das Verzeichnis der Gebäude und die ausliegende Vorschrift im Stadtbauamte ebendasselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenen Offerte ist das vorgeschriebene Badium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 14. April 1894. 1—3

Prot.-Nr. 61971 ex 1894.

838. IV.

Kundmachung.

(Picitation.)

Wegen Veräußerung von verschiedenen alten, seitens der Gemeinde nicht mehr verwendbaren Gegenständen, insbesondere von Schmiede- und Gusseisen, Weißblech, Kupfer, Zink, Messing, Metall, Woll- und Leinenstrazzen, Leder-, Gummi- und Hanfzeug, Seilen, eisernen und kupfernen Kesseln, Feuersprizen und Wasserpumpen, verschiedenen Karren, Krankentragen, Beleuchtungs-Gegenständen, Baumaterialien u. s. w., u. s. w., wird am Dienstag den 24. April 1894, um 9 Uhr vormittags, im städtischen Material-Depot im IX. Bezirk, Rossauerlande 23, eine öffentliche Versteigerung abgehalten werden.

Kauflustige werden hiezu mit dem Bemerken eingeladen, daß die zur Veräußerung gelangenden Gegenstände täglich von 8 bis 2 Uhr im oben bezeichneten Depot besichtigt werden können und daß die erstandenen Gegenstände sogleich bar bezahlt und binnen längstens drei Tagen, vom Erstehungstage gerechnet, aus dem Depot abgeholt werden müssen, da über diese Zeit hinaus für die Richtigkeit des Gewichtes und für den unveränderten Zustand der erstandenen Objecte keine weitere Haftung übernommen wird.

Nach Ablauf von acht Tagen würde ein Lagerzins von einem halben Percent der Erstehungssumme für jeden angefangenen Tag eingehoben werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, den 7. April 1894. 3—3

3. 56529.

XVII.

Kundmachung.

(Picitation.)

Am 8., 9. und 10. Mai 1894, eventuell auch an den folgenden Tagen werden Pretiosen, Taschen- und Pendeluhren, Spiegel, Bilder, Möbel, Nähmaschinen, feuerfeste Cassen, Spengler-, Taschner- und Schuhwaaren, Operngläser, Kleider und Kleiderstoffe, Claviere, Bücher, Geschäftseinrichtungen u. s. w. im Wege der öffentlichen Versteigerung an den Meistbietenden gegen bare Bezahlung hintangegeben werden.

Kauflustige wollen sich an den genannten Tagen im Rathhause, VI. Hof, Parterre, einfinden.

Die Auktionstendenzen sind von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 4. April 1894. 2—3

G. 3. 30843.

X.

Kundmachung.

(Rehrstelle.)

Auf Grund des Beschlusses des Wiener Stadtrathes vom 21. März 1894, 3. 1786, kommt vom Beginne des Schuljahres 1894/95 am Leopoldstädter Communal-Real- und Ober-

gymnasium in Wien eine definitive Lehrstelle für Freihandzeichnen zur Besetzung.

Mit dieser Lehrstelle sind die für definitive Lehrpersonen an Staatsmittelschulen geltenden Bezüge, nämlich ein jährlicher Gehalt von 1200 fl., fünf Quinquennalzulagen à 200 fl. und eine Activitätszulage von 500 fl. verbunden.

Die Verleihung dieser Lehrstelle ist auch an die Bedingung geknüpft, daß sich die Competenten rücksichtlich der Lehrverpflichtung (des Ausmaßes von wöchentlich zu ertheilenden Lehrstunden u. s. w.) in Gemäßheit des Gemeinderaths-Beschlusses vom 3. Juli 1883, Z. 2907, den für das Lehrpersonale an den k. k. Staats-Mittelschulen geltenden gesetzlichen Bestimmungen und zufolge Gemeinderaths-Beschlusses vom 9. October 1888, Z. 455, der für die kommunalen Beamten und Diener bestehenden Dienstpragmatik unterwerfen, daher sich insbesondere auch an andere communale Mittelschulen Wiens versehen lassen, und zweitens sich reversmäßig verpflichten, den Communaldienst niemals während der Dauer eines Schuljahres zu verlassen und gelegentlich der seinerzeitigen Übernahme in den Staatsdienst die Dienst- und Carenztagen zu entrichten.

Bewerber um diese Stelle haben ihre vollständig, insbesondere auch mit dem Nachweise der österreichischen Staatsbürgerschaft und mit dem staatsgiltigen Lehrbefähigungszeugnisse, sowie den Verwendungszugnissen instruierten, an den Wiener Stadtrath gerichteten Gesuche bis längstens 15. Mai 1894 beim Magistrat der Stadt Wien zu überreichen.

Auf verspätet eingelangte oder nicht gehörig belegte Gesuche kann keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrat der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 27. März 1894.

2—3

Z. 17137.

Kundmachung

der k. k. n.-ö. Finanz-Landes-Direction, betreffend die Termine zur Einzahlung der directen Steuern im II. Quartale 1894.

Es wird hiemit erinnert, daß im Laufe des II. Quartales 1894 die directen Steuern in Niederösterreich in nachstehenden Terminen fällig und einzuzahlen sein werden:

- a) die Grund-, dann die Hauszins- und Hausclassesteuer und die fünfprocentige Steuer von dem aus dem Titel der Bauführung ganz oder theilweise zinssteuerfreien Gebäuden, am 1. Mai;
- b) die Einkommensteuer, soweit solche nicht durch den Abzug von den Zinsen oder anderen Bezügen unmittelbar eingebracht wird, am 30. Juni.

Werden die oben erwähnten Steuern sammt Staatszuschlägen nicht spätestens vierzehn Tage nach Ablauf der voraus festgestellten Zahlungstermine eingezahlt, so tritt die Verpflichtung zur Entrichtung von Verzugszinsen ein, welche, insofern die ordentliche Steuergebür sammt Staatszuschlägen für das ganze Jahr 50 fl. übersteigt, für je 100 fl. und für jeden Tag mit 1½ Kreuzer von dem auf die oben festgesetzten Einzahlungstermine nächstfolgenden Tage an einzubezahlen sind.

Wird die Steuerschuldigkeit nicht binnen vier Wochen nach dem Einzahlungstermine abgestattet, so ist dieselbe sammt den bis

zum Zahlungstage entfallenden Verzugszinsen sofort mittels des vorgeschriebenen Zwangsverfahrens einzubringen.

Wien, am 31. März 1894.

Der k. k. Statthalter und Präsident der k. k. n.-ö. Finanz-Landes-Direction:

Erich Graf Kielmansegg.

2—2

M.-Z. 60359 ex 1894.

XVI.

Kundmachung,

betreffend die Einsichtnahme in die Verzeichnisse der Militärtaxpflichtigen und ihre Einreichung in die Tarifclassen für das Taxjahr 1893.

Im Sinne des § 8, Absatz 2 des Militärtaxgesetzes vom 13. Juni 1880, R.-G.-Bl. Nr. 70, werden die Verzeichnisse der in Wien heimatberechtigten Militärtaxpflichtigen und ihre Einreichung in die Tarifclassen für das Taxjahr 1893 vom 17. bis inclusive 30. April 1894 bei den magistratischen Bezirksämtern I bis XIX zur öffentlichen Einsicht anliegen.

Die Taxpflichtigen erscheinen in dem Verzeichnisse jenes Bezirkes, in welchem sie zur Zeit ihrer letzten Einvernehmung gewohnt haben, eingetragen, die außerhalb Wien oder im Auslande wohnhaften jedoch in dem Verzeichnisse des magistratischen Bezirksamtes I.

Vom Magistrat der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 10. April 1894.

2—2

G.-Z. 65778.

I.

Kundmachung.

(Heirats-Ausstattungsstiftung.)

Aus der von der ehemaligen Gemeinde Ober-Döbling anlässlich der Vermählung Ihrer k. und k. Hoheit der Frau Erzherzogin Gisela mit Sr. königl. Hoheit dem Prinzen Leopold von Baiern errichteten „Gisela-Heirats-Ausstattungsstiftung“ kommen die Zinsen zur Ausstattung einer unbemittelten, wohlgesitteten, vormals nach Ober-Döbling zuständigen Braut ohne Rücksicht auf die Confession zur Verleihung.

Die in diesem Jahre zur Verleihung gelangenden Interessen betragen 125 fl. 80 kr. ö. W.

Die Auszahlung erfolgt nach erbrachtem urkundlichen Ausweise über die gesetzmäßig geschlossene Ehe.

Diejenigen, welche auf diese Stiftung Anspruch erheben wollen, haben ihre mit den nöthigen Behelfen versehenen Gesuche bis Ende April d. J. im Einreichungsprotokolle des Magistrates zu überreichen, da auf später einlangende Gesuche keine Rücksicht genommen werden kann.

Vom Wiener Magistrat,

am 11. April 1894.

1—3

Ad St.-Z. 17043.

Kundmachung.

(Kaiser Franz Josef-Stiftung für Findlinge.)

Aus dem unter dem Namen „Kaiser Franz Josef-Stiftung“ gegründeten Erziehungs-fondu für Kinder der Wiener Findelanstalt ist durch den Tod des Stifflings Georg Bauer ein Stiftings-platz mit dem Genuße jährlicher sechshundertfünfzig Gulden ö. W. zu vergeben.

Anspruch auf diese Stiftung haben alle in der österreichischen Monarchie heimatberechtigten Kinder der Wiener Findelanstalt ohne Unterschied der Confession, wenn sie das sechste Lebensjahr vollendet, auf Kosten der Wiener Findelanstalt verpflegt werden und das zehnte Lebensjahr nicht überschritten haben. Die Stifflinge erhalten ihre weitere Erziehung in Wien.

Der Genuß der Stiftung beginnt mit 15. September 1894 und dauert, unter der Voraussetzung, daß der Stiffling alljährlich der Findelhausdirection gute Schul- oder Studienzeugnisse zu präsentieren vermag, bis zur Versorgung des Stifflings oder bis zur Erlangung eines Einkommens im gleichen jährlichen Betrage.

Im Falle nicht guter Fortgangsklassen wird der Stiffling der Stiftung verlustig.

Die Pfarr- und Gemeindeämter, ferner die Ortschulräthe, Schuldirectoren, Oberlehrer und Pflegeeltern, welche für auf Kosten der Wiener Findelanstalt verpflegte Findlinge um die Verleihung eines solchen Stiftingsplatzes sich bewerben wollen, haben ihre Gesuche mit dem ärztlichen Gesundheits- und Lernfähigkeitszeugnisse, dem Impfscheine, den etwaigen Schulzeugnissen, dann dem Sittenzeugnisse des Findlings belegt, endlich mit der ämtlichen Bestätigung, wo und bei wem der Findling sich in Pflege befindet, versehen bis längstens 15. Juli d. J. im Wege der betreffenden politischen Bezirksbehörde an die Direction der n.-ö. Landes-Gebär-Findelanstalt in Wien einzusenden.

Auf später einlangende Gesuche kann keine Rücksicht genommen werden.

Wien, am 13. März 1894.

Von der k. k. n.-ö. Statthalterei. 1—1

G.-Z. 65777.

I.

Kundmachung.

(Heirats-Ausstattungsstiftung.)

Aus der von der ehemaligen Gemeinde Ober-Döbling an-lässlich der Allerhöchsten Vermählung Sr. k. und k. Apostolischen Majestät Franz Josef I., Kaisers von Osterreich, errichteten „Elisabeth-Heirats-Ausstattungsstiftung“ kommen die Zinsen zur Ausstattung von zwei armen gefitteten, vormalig nach Ober-Döbling zuständigen Bräuten zur Verleihung.

Die in diesem Jahre zur Verleihung gelangenden Interessen betragen 93 fl. 70 kr., somit zur Hälfte 46 fl. 85 kr. ö. W.

Die Auszahlung erfolgt nach erbrachtem urkundlichen Beweise über die gesetzmäßig geschlossene Ehe.

Diejenigen, welche auf diese Stiftung Anspruch erheben wollen, haben ihre mit den nöthigen Behelfen versehenen Gesuche bis längstens Ende April 1894 im Einreichungsprotokolle des Magistrates zu überreichen, da auf später einlangende Gesuche keine Rücksicht genommen werden kann.

Vom Wiener Magistrate,

am 11. April 1894.

1—3

Z. 38043.

XII.

Kundmachung.

(Rothschild'sche Waisenstiftung.)

Bei der Freiherr Anselm v. Rothschild'schen Waisenstiftung für die k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien sind 42 Unterstüzungsbeträge von je 100 (Einhundert) Gulden ö. W. an solche Waisen christlicher Religion zu vergeben, die in Wien heimatberechtigt sind und von würdigen und armen Personen abstammen.

In Gemäßheit der stiftbriefflichen Bestimmungen sind von den zu theilenden Waisen in erster Reihe solche zu bedenken, deren Väter entweder verarmte und nothleidende Kaufleute und Handelsgenossen oder aber auch Künstler, d. h. Maler, Bildhauer, oder endlich Kunstgewerbe ausübende Handwerker waren. Andere Waisen, bei welchen diese speciellen Vorbedingungen nicht eintreffen, können dann unter übrigens gleichen Umständen in zweiter Reihe berücksichtigt werden.

Die mit einem solchen Stiftingsgenusse zu theilenden Waisen dürfen nicht weniger als sechs Jahre alt sein und sollen zur Zeit ihrer Bewerbung das 18. Lebensjahr nicht überschritten haben.

Die im schulpflichtigen Alter Stehenden müssen die Schule besuchen, tadellose Sitten und mindestens einen guten Fortgang in den Lehrgegenständen ausweisen.

Stifflinge, die in ihrem 15. oder 16. Lebensjahre in den Genuß dieser Stiftung gelangen, können den Unterstützungsbetrag per 100 fl. bei ausgezeichnete Verwendung und sehr gutem Fortgange in ihren Ausbildungsstudien durch längstens drei aufeinander folgende Jahre ohne Unterbrechung beziehen, während die übrigen Bewerber den Stiftingsgenuß per 100 fl. in der Regel nur für ein Jahr erhalten.

Gesuche um eine solche Unterstützung müssen mit dem Zuständigkeitsausweise, einem legalen Armutzeugnisse, dem Nachweise der Verwaisung, dem Taufscheine, eventuell mit den Schulzeugnissen des zu Theilenden und bei Geltendmachung des erwähnten Vorzugsrechtes mit den erforderlichen Nachweisungen über dasselbe belegt sein und längstens bis einschließlic 15. Mai d. J. im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates überreicht werden; auf später einlangende Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 28. März 1894.

2—3

Zur coulanten Besorgung aller
im Cursblatte notirten
Effecten und Valuten
bestens empfohlen:

Wechselstube des Bankhauses
SCHELHAMMER & SCHATTERA

WIEN, I.,
Kärntnerstrasse
Nr. 20.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und



Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 32.

Freitag, den 20. April 1894.

Jahrgang III.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.
" " mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 fr. Einzelne Exemplare à 10 fr. im Redactionölocal im Rathhause.

Gemeinderath.

Sitzungen des Gemeinderathes.

Samstag, den 21. April 1894, 10 Uhr vormittags.
(Wahl von drei Mitgliedern in den Stadtrath.)
Dienstag, den 24. April 1894, 5 Uhr nachmittags.
Freitag, den 27. April 1894, 5 Uhr nachmittags.

Stenographischer Bericht

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **13. April 1894** unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Raimund Gröbl und des Vice-Bürgermeisters Dr. Albert Richter.

Bürgermeister Dr. Gröbl: Die Versammlung ist beschlussfähig, die Sitzung eröffnet.

1. Herr Gem.-Rath Lang entschuldigt sein Ausbleiben von der heutigen Sitzung.

2. Herr Gem.-Rath Herold hat in Angelegenheit der Verathung der Projecte für elektrische Bahnen interpelliert. Ich beehre mich, hierauf Folgendes zu erwidern:

Zur Verathung der Projecte für elektrische Bahnen in Wien wurde vom Stadtrathe ein Comité eingesetzt, welches sich bereits constituirt und die Verathung aufgenommen hat.

Auf Grund eines Beschlusses dieses Comité's wurde der Magistrat beauftragt, eine Reihe nothwendiger Vorerhebungen über die Vertrags- und Rechtsverhältnisse solcher bereits bestehender Bahnen zu pflegen. Diese Erhebungen sind nunmehr abgeschlossen und das Comité ist daher in die Lage versetzt, seine Verathungen wieder aufzunehmen.

Ich bitte, dies zur Kenntnis zu nehmen.

3. Herr Gem.-Rath Gräf hat interpellirt, ob der Bürgermeister geneigt sei, durch den Magistrat ungesäumt die erforderlichen Erhebungen pflegen und rücksichtlich der ganz ungerechtfertigten Preiserhöhung des Eises im Sinne des § 3 des Coalgationsgesetzes die Amtshandlung einleiten zu lassen?

Ich habe die Ehre, hierauf Folgendes zu erwidern:

Die Wiener Eiswerke-Gesellschaft und die Wiener Krystall-Eisfabrik senden alljährlich im März oder April an ihre Kunden Circulare aus, in welchen sie den Preis des Eises für das laufende Jahr bekanntgeben.

In der Anlage werden drei Circulare der Wiener Eiswerke-Gesellschaft (pro 1888 bis 1890 und 1894) und ein Circulare der Wiener Krystall-Eisfabrik (pro 1894) vorgelegt.

In dem Comptoir der Oesterreichischen Eiswerke konnte infolge Abwesenheit des Chefs weder eine Auskunft, noch ein Circulare erhalten werden; jedoch wurde in Erfahrung gebracht, dass auch diese Unternehmung Preis-circulare ausfendet und das Eis zu denselben Preisen verkauft wie die eingangs genannten Unternehmungen.

Die Eispreise sollen seit zehn Jahren stets die gleichen gewesen sein, nämlich 70 fr. per 50 kg oder 1 fl. 40 fr. per 100 kg, nur im Jahre 1893, welchem ein langer, sehr strenger Winter vorausgegangen war, der jedermann eine reichliche und billige Eisbeschaffung möglich gemacht hat, ist der Eispreis von den genannten drei Unternehmungen auf 50 fr. per 50 kg oder 1 fl. per 100 kg herabgesetzt worden.

Nachdem der verfloffene Winter nur zwei längere Frostperioden hatte, im ganzen aber milde und der Eisbildung nicht günstig gewesen ist, das heurige Frühjahr mit relativ höheren Temperaturverhältnissen begonnen hat und der Vorrath in den meisten Eisgruben schon jetzt auf mehr als die Hälfte eingegangen sein soll, mithin eine regere Nachfrage nach Eis zur Nachfüllung zc. jedenfalls eintreten wird, so haben die Eishändler die Eispreise durchwegs erhöht und die drei Unternehmungen auf den früheren Preis per 70 fr., beziehungsweise 1 fl. 40 fr. zurückgegriffen.

Eine Einigung derselben über die Festsetzung des Eispreises für das laufende Jahr hat jedenfalls stattgefunden und war auch umso leichter zu erzielen, als die Zahl leistungsfähiger Eis-Unternehmungen in Wien nicht groß und der Bedarf bedeutend ist.

Gegen diese Preissteigerung kann nach den Bestimmungen des in der Interpellation bezogenen Coalitionsgesetzes vom 7. April 1870, N.-G.-Bl. Nr. 43, eine behördliche Verfügung nicht getroffen werden, nachdem gerade dieses Gesetz Verabredungen von Gewerksleuten zu dem Zwecke, um den Preis einer Ware zu erhöhen, insofern hiebei Mittel der Einschüchterung oder Gewalt nicht angewendet werden, zulässt. Durch dieses Gesetz sind gleichzeitig die Bestimmungen der §§ 479, 480 und 481 des allgemeinen Strafgesetzes, wonach derartige Verabredungen als Übertretungen strafbar erklärt waren, aufgehoben worden.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

4. Gem.-Rath v. Götz und Genossen überreichen eine Petition der Hausbesitzer von Nr. 125 bis 161 im XIII. Bezirke, Penzing, Poststraße, in welcher dieselben wegen der herrschenden Wassernoth in dieser Straße um Aufstellung eines Auslaufbrunnens bitten, und stellen aus diesem Grunde den Antrag:

Das Stadtbauamt werde beauftragt, mit thunlichster Beschleunigung die Vorlage wegen Aufstellung eines Auslaufbrunnens in der Poststraße in Penzing an der Ecke der Jakobgasse zu erstatten.

Die Petition hat folgenden Wortlaut:

Sämmtliche Hausbesitzer bestätigen mit ihrer eigenen Unterschrift, dass bezüglich des Wassers sehr große Noth herrscht; die ganze Reihe Häuser vom Ameisenbach an bis zur Grenze von Baumgarten auf der Poststraße, XIII. Bezirk, Penzing, kann sich nicht anders helfen, als das freundschaftliche Ansuchen zu stellen, dass an der Ecke der Jakobgasse ein Auslaufbrunnen hergestellt werde, welcher in den Mittelpunkt sämtlicher Häuser zu stehen käme.

Bürgermeister: Zur geschäftsordnungsmäßigen Vorberathung.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

5. Interpellation des Gem.-Rathes Stehlik:

In der hentigen Nummer der „Wiener Fleischhauer- und Fleischhändler-Zeitung“ wird berichtet, dass der Herausgeber der „Wiener-Approvisionierungs-Zeitung“, ein Herr Messing, die Amtlocalitäten am Wiener Central-Viehmarke zu seinen geschäftlichen Zwecken gebraucht, indem er dort im Beisein der Marktbeamten Unterschriften von Fleischhauern einsammelte, um die ihm von der Fleischhauer-Genossenschaft entzogene Subvention für sein Blatt wieder zu erlangen. Die Gefertigten erlauben sich nun die höfliche Anfrage an den Herrn Bürgermeister:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, den Fall zu untersuchen und eventuelle Mißbräuche abzustellen?

Bürgermeister: Ich werde Erhebungen pflegen und in der nächsten Sitzung Bericht erstatten.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

6. Interpellation des Gem.-Rathes Rückauf:

Beim Verzehrungssteueramte St. Marx herrscht an Markttagen ein außerordentlicher Andrang und sammeln sich dazwischen hundert von Parteien an, deren Abfertigung durch die unzureichenden Kräfte dann viele Stunden in Anspruch nimmt. Der hiedurch verursachte Zeitverlust ist jedoch für die betreffenden Geschäftsleute überaus empfindlich.

Mit Rücksicht hierauf stellt der Gefertigte an den Herrn Bürgermeister die Anfrage:

Ist dem Herrn Bürgermeister diese Angelegenheit bekannt, und wenn ja, welche Schritte gedenkt derselbe zur möglichst schnellen Behebung dieser Unzukömmlichkeiten zu unternehmen?

Bürgermeister: Wird in der nächsten Sitzung beantwortet werden.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

7. Antrag des Gem.-Rathes Lang und Genossen:

Der Gemeinderath hat schon vor einer Reihe von Jahren den principiellen Beschluß, betreffend die Herstellung eines Gehsteiges über den Donau-canal zwischen der Rothenthurmstraße und der Lilienbrunnengasse, gefaßt.

Nachdem im Laufe des heurigen Baujahres die Arbeiten zum Bau des Haupt-sammelcanales, der Stadtbahnlinie längs des Franz Josef-Duacs und auch jene

der Donauregulierung beginnen, erscheint es dringend geboten, dass in Übereinstimmung mit diesen großen Arbeiten auch die Herstellung der neuen Verbindung zwischen der Rothenthurmstraße und der Lilienbrunnengasse vorbereitet werde.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Der Gemeinderath beschließe, es sei das Bauamt zu beauftragen, rechtzeitig die Pläne und Kostenvoranschläge für einen Gehsteig über den Donau-canal zwischen der Rothenthurmstraße und Lilienbrunnengasse auszuarbeiten und dem Gemeinderathe vorzulegen.

Bürgermeister: Geht zur geschäftsordnungsmäßigen Vorberathung.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

8. Antrag des Gem.-Rathes Dr. Damm und Genossen:

Die gemeinnützigen Veranstaltungen, zu welchen das Jubeljahr 1898 den unter dem Scepter unseres geliebten Monarchen vereinigten Völkern Anlaß bieten soll, und in deren Vorbereitung sich schon heute ein erfreulicher Wettstreit bethätigt, werden im Sinne des edlen „Schäfers aller Menschen“, des unvergesslichen Großherzogs unseres erlauchten Kaisers, auch einem Bedürfnisse der Großstadt Rechnung tragen müssen, unter dessen Vernachlässigung die von geringem Ertrage mühevoller Arbeit Lebenden heute leiden, weil dieser Mangel die Unzufriedenheit der einen, die Verrohung und Entfittlichung anderer begünstigt.

Gelegenheit, den Kunstsinne und Geschmack zu beleben, den Geist durch Hingabe an edle Empfindungen zu erheben, bietet sich selten genug den unteren Mittelclassen; die Pflege ruhiger, harmlos heiterer, die Unterschiede der Berufs- und Gesellschaftsclassen ausgleichender Geselligkeit ist nur in vereinzelten Fällen Gegenstand gemeinnütziger Bestrebungen, das Wirthshaus mit all seinen Abarten für die breiten Volksschichten fast die alleinige Stätte geselligen Verkehrs.

Gleichem Anlasse und gleichem Bedürfnisse verdankt sein Entstehen der im fünfzigsten Jahre der Regierung Ihrer Majestät der Königin von Großbritannien, Kaiserin von Indien, von dieser, deutschem Stamme entsprossenen Fürstin eröffnete Volkspalast in Mile End Road im Osten Londons, ein glanzvoller Mittelpunkt für das Bildungs- und Geselligkeitsbedürfnis der Bevölkerung der größten Stadt der Erde.

Kaum eine andere der zahllosen, der Menschenliebe und dem Streben nach sozialem Frieden entsprungenen Anstalten Londons ist so im edelsten Sinne zeitgemäß zu nennen und verdient so sehr die Nachahmung, welche sie auch thatsächlich gefunden hat.

Von dem großartigen Pratt Institute in Brooklyn ganz zu schweigen, haben auch deutsche Städte die Einrichtung von „Volkshäusern“ in größerem oder geringerem Maßstabe, durchgehend aber mit lohnendem Erfolge begonnen.

Die großen Errungenschaften unserer Civilisation sind ja — wie man sich dort überall gesagt hat — erst dann vor der blinden Zerföhrungswuth der Feinde unserer Gesellschaftsordnung sicher, wenn alle Schichten des Volkes von den Segnungen der Bildung früherer Zeit Nutzen ziehen und sie darum lieben gelernt haben.

Gegen sehr geringes Entgelt, wo nicht ganz unentgeltlich werden in allen jenen Anstalten den Unbemittelten geboten: nicht nur Bücher und Zeitschriften und stille Räume zum Lesen derselben, belehrende Vorträge und musikalische Aufführungen, sondern auch Räume zu geselligen Vereinigungen, ohne den verhängnisvollen Trinkzwang, unter welchem allein die Pforten der Gasthäuser der Geselligkeit offen stehen; es werden aber auch Abendlecturen für praktische Fertigkeiten und Kenntnisse und Ausstellungen von Kunstwerken und Gegenständen gewerblichen Interesses dort abgehalten und zuweilen Koch- und Haushaltungsschulen, wohl auch im Anschlusse an die Speisewirtschaft des „Volkshaus“ selbst eingerichtet.

Auch in der Millionenstadt Wien entbehren Hunderttausende der Möglichkeit, in ihren Ruhestunden Anregung und Erheiterung im Genusse des Schönen, Nahrung für Geist und Gemüth im Anhören von Dichterworten und Tonwerken, Belehrung und Aufmunterung im Verkehr mit kundigen Männern anderer Berufsarten und Bildungskreise zu finden. Angewiesen auf die dürftige, oft auch verderbliche Geselligkeit, welche die dumpfe Schenke gewährt, verkommen Tausende oder werden zu mißvergnügten Feinden einer Gesellschaft, die ihnen nichts bietet, woran sie sich über des Tages Mühsal erheben und sie auf die Bewusstlosigkeit des Schlafes oder des Rausches verweist, wenn sie des Jammers vergessen wollen.

Wie dankbar das Wenige aufgenommen wurde, was hier in dieser Richtung, theils von den hohen Hofämtern, theils von Vereinen geboten wurde, ist bekannt; was aber geschehen ist, macht nicht nur weitere, entscheidende Schritte nicht entbehrlich, sondern ermuntert zu denselben durch den bisher erzielten dankbaren Beifall.

Es wird deshalb beantragt:

Es sei für das Jahr 1898 der Bau eines Volkspalastes nach dem unsrerer Verhältnissen zweckmäßig anzupassenden Muster des im Jahre 1887 anlässlich des Regierungs-Jubiläums Ihrer Majestät der Königin von Großbritannien und Irland eröffneten People palace in London und unter Benützung der in den „Volkshäusern“

deutscher Städte gemachten Erfahrungen in Aussicht zu nehmen und die Frage der Bethheiligung der Stadt Wien an einem solchen Unternehmen vom Magistrate und Stadtbauamte vorzubereiten.

Bürgermeister: Geht zur geschäftsordnungsmäßigen Vorberathung.

9. Auf der heutigen Tagesordnung steht die Wahl von Mitgliedern in die Commission zur Bemessung der Militärtaxe pro 1894. Die Angelegenheit ist dringend, weil in den nächsten Tagen schon Sitzungen in den verschiedenen Bezirken stattfinden sollen. Ich bitte daher die Stimmzettel abzugeben.

Gem.-Rath Gregorig (zur Geschäftsordnung): Ich habe 5 Minuten vor 5 Uhr im Präsidium eine Interpellation übergeben, die nicht verlesen wurde. Es ist ganz richtig, daß nach der Geschäftsordnung Interpellationen eine Viertelstunde vor der anberaumten Zeit überreicht werden sollen; nun ist aber die heutige Sitzung um 1/2 6 Uhr oder noch später eröffnet worden, das Präsidium hatte folglich Zeit genug, die Interpellation zu lesen, und nachdem wiederholt vom Präsidium die Geschäftsordnung hier nicht beachtet wurde, gilt sie auch für mich nicht. Ich ersuche daher den Herrn Vorsitzenden, meine Interpellation verlesen zu lassen. Gleiches Recht für alle!

Bürgermeister: Der Inhalt der Interpellation ist mir nicht bekannt, weil mir nur solche Interpellationen übergeben werden, welche nach der Geschäftsordnung, und zwar nach § 21 rechtzeitig überreicht werden. § 21 lautet (liest): „Interpellationen und Anträge, welche letztere außer von dem Antragsteller von wenigstens noch 5 Mitgliedern des Gemeinderathes unterfertigt sein müssen, sind dem Vorsitzenden stets schriftlich und mindestens eine Viertelstunde vor der für den Beginn der Sitzung anberaumten Zeit zu übergeben, widrigenfalls dieselben erst in der nächsten Sitzung zur Kenntnis des Gemeinderathes gebracht werden.“

Gem.-Rath Gregorig (zur Geschäftsordnung): Ich habe ja das gerade gesagt, was Herr Bürgermeister jetzt eben mitgetheilt haben; aber wenn das Präsidium einmal die Geschäftsordnung nicht einhält, dann kann man es auch von mir nicht verlangen, daß ich sie einhalte. Wiederholt ist das schon geschehen; die Herren hätten Zeit genug gehabt, durch eine halbe Stunde die Interpellation zu lesen. Wie kommen wir dazu, eine halbe Stunde früher her zu kommen, bis es den Herren gefällig ist, die Sitzung zu eröffnen? Nachts können wir dann hier bleiben, solange es dem Herrn Vorsitzenden beliebt. Ich bitte daher um die rechtzeitige Eröffnung der Sitzung.

Bürgermeister: Ich bitte, die Stimmzettel für die früher bezeichnete Wahl abzugeben, und ersuche den Herrn Schriftführer, die Namen zu verlesen.

(Schriftführer Gem.-Rath Dehm verliest die Namen der Gemeinderäthe, welche die Stimmzettel abgeben. — Nach Abgabe der Stimmzettel:)

10. Wir kommen zur Fortsetzung der Debatte über den Hauptvoranschlag pro 1894.

Ich ersuche die Herren Referenten, ihre Plätze einzunehmen. (Referent des Stadtrathes Gem.-Rath Boschan und Referent der Budget-Commission Gem.-Rath Mayer treten an den Referententisch.)

Referent des Stadtrathes Gem.-Rath Boschan (liest): Seite 159, Rubrik XXII, Post 6 „Straßenbespritzung“:

a) Pachtzuschüsse für die Bespritzung der Straßen in den Bezirken I bis XIX und im k. k. Prater 240.410 fl.

b) Bezüge der Aufseher und des Personales für die Bespritzung der Straßen aus Hydranten in eigener Regie, sowie des Personales für die Bedienung der Gasmotoren der Schöpfwerke:

a) Effective Auslagen	38.890 fl.
β) Durchgeführter Zinswert	170 fl.
c) Wasserbezugsgebühren	43.970 fl.

Gem.-Rath Gräf: Meine sehr geehrten Herren! Ich habe mich zu Rubrik XXII 6 a zum Worte gemeldet, um dem Gemeinderaths-Plenum einige Übelstände bekanntzugeben, welche in puncto der Straßenbespritzung in den Vororten bestehen und um mich zunächst darüber zu beklagen, daß die Offertauschreibung für die Vergabe der Straßenbespritzung, speciell für den XVI. Bezirk, sehr spät erfolgt ist. Am 26. März hat die Offertverhandlung stattgefunden und am 1. April hat die Bespritzung schon begonnen. Es wird jedermann einleuchten, daß man dadurch, daß man eine solche Offertverhandlung soweit hinauschiebt, ein eigenes Monopol für gewisse Fuhrwerksbesitzer schafft.

Es kann kein anderer Fuhrwerksbesitzer mehr mitconcurriren. Ich habe Gelegenheit gehabt, an demselben Tage, an dem die Offertverhandlung stattfand, mich im Gasthause vis-à-vis zu befinden. Dort haben sich 11 Offerenten eingefunden, welche die Sache ganz gemüthlich untereinander abgemacht und gesagt haben: „Geht's einer hinauf, wir werden Euch im XVI. Bezirke keine Concurrenz machen, die Sache ist sehr spät, es schaut auch dort mit dem Wasser sehr schlecht aus.“ Ich habe gelegentlich der Errichtung des Schöpfwerkes am Haberplaz meine Bedenken im Plenum des Gemeinderathes dahin geltend gemacht, daß der bedeutende Betrag, der für das Schöpfwerk dort ausgegeben wird, eigentlich nicht praktisch verwendet wird, weil die ganze Beschaffenheit des Grundes auf ergiebige Wassermengen nicht schließen läßt. Das Plenum hat meinen Antrag, wonach das Schöpfwerk anderwärts zu erbauen wäre, abgelehnt, und wir sehen heute, daß der theuerste Brunnen in unserem Bezirke das allerwenigste Wasser gibt. Wir brauchen circa 7000 hl Wasser täglich zur Bespritzung sämtlicher Straßen, und unsere drei Schöpfwerke, von denen eines auch sonderbarerweise jetzt erst einer Reparatur unterzogen worden ist, zu einer Zeit, wo das Spritzen selbstverständlich schon begonnen hat, liefern zusammen nur 4000 hl; es sind also 3000 hl Wasser täglich zu beschaffen.

Die Folge davon war, daß der Magistrat, gezwungen durch den späten Termin, das einzige Offert, das ihm gestellt wurde, annehmen mußte, und während bei uns im XVI. Bezirke die Straßenbespritzung im Vorjahre zum größten Theile zur Befriedigung der Bewohner des Bezirkes durchgeführt worden ist, werden heuer nach der Richtung sehr viele Klagen laut werden. Es ist das sehr unpraktisch angepackt worden. Dabei ist nicht außeracht zu lassen, daß uns trotz der ungenügenden Straßenbespritzung heuer eine Mehrauslage von 10.000 fl. erwachsen wird, und dieser Betrag wäre sehr leicht zu ersparen gewesen, wenn rechtzeitig mit der Offertauschreibung begonnen worden wäre. Selbstverständlich ist es keinem Unternehmer mehr in der kurzen Zeit möglich, sich Wasser zu beschaffen, und obzwar wir sehr bedeutende Industrielle draußen haben, wie Kuffner, Dinzl, im XVII. Bezirke die Waggonfabrik, die hunderte von Wagen Wasser abgeben können, war die Zeit zu kurz. Eine Bezirksvertretung haben wir ja auch nicht; ich will hoffen, daß in kürzester Zeit bereits die Wahlen

von dem geehrten Plenum verificiert werden, vielleicht läßt sich dann an der Sache etwas abändern.

Nun bleibt nichts anderes übrig, als das fehlende Wasserquantum bei Privaten zu beschaffen, und da ist in allernächster Nähe eine sehr ergiebige Quelle, die Waggonfabrik im XVII. Bezirke. Selbstverständlich vertheuert das aber auch die Straßenbesprikung. Die jetzigen Unternehmer haben das nach Tagesfuhrern übernommen; sie bekommen nämlich für die Beistellung von Pferden und Wagen und den sogenannten Schleuderer, der beim Fuhrwerke ist, 7 fl. 50 kr. bis 7 fl. 80 kr. und an solchen Tagen, wo das Fuhrwerk, in Folge von Regen verhindert, keine Beschäftigung hat, 4 fl., beziehungsweise 3 fl. für einen halben Tag Entschädigung. Wenn der Fuhrwerksunternehmer das Wasser aus dem XVII. Bezirke holen muß, verliert er sehr viel Zeit, und er kann statt 20 Fuhren nur 10 Fuhren machen.

An der Grenze des XVI. und XVII. Bezirkes — die Bezirksbergerei muß endlich einmal aufhören, wir sind ja alle Wiener, ein Bezirk hat dieselben Rechte wie der andere — ist ein sehr ergiebiges Schöpfwerk, und es würde sich im Interesse der Stadt Wien empfehlen, den Auftrag zu geben, die fehlenden Wasserquantitäten für den XVI. Bezirk aus dem Schöpfwerke an der Grenze des XVII. Bezirkes zu nehmen, sowie daß der Unternehmer Rousseau, der die Besprikung von Hernals hat, angewiesen werde, den durch diese Entnahme des Wassers aus dem Schöpfwerke des XVII. Bezirkes resultierenden Abgang aus der Waggonfabrik zu ergänzen.

Dann macht sich noch ein Übelstand fühlbar. Man sollte doch bei der Besprikung der Straßen etwas rationeller vorgehen; insbesondere in Bezirken, in denen Wassermangel herrscht, würde es sich empfehlen, die nicht gepflasterten Straßen ausgiebig zu bespritzen und die gepflasterten Straßen, die täglich einmal gereinigt werden — gegen die Straßenreinigung in unserem Bezirke habe ich übrigens nichts einzuwenden, sie ist bedeutend besser als früher, ich gestehe es offen — täglich einmal auch zu bespritzen. So wird gewiß mehr ausgerichtet, als wenn man die ungepflasterten Straßen nicht bespritzt; die Lerchenfelderstraße, Wagnergasse und verschiedene andere Straßen in unserem Bezirke sind wahre Staubreservoirs. Wenn man bei anhaltend trockener Witterung, wie sie jetzt ist, diese Straßen passiert, so geht man bis über den Knöcheln im Staub, und wenn der leiseste Westwind geht, werden Staubwolken durch den ganzen Bezirk auf die Dächer getrieben, lagern sich dort ab, und so geschieht es, daß es selbst in den bespritzten Straßen staubt.

Ich würde mir daher — es ist das nur eine Anregung — an den Herrn Bürgermeister das Ersuchen zu richten erlauben, den Auftrag dahin ergehen zu lassen, daß bis zur vollständigen Deckung des Wassermangels in unserem Bezirke zunächst die nicht gepflasterten Straßen täglich zweimal ausgiebig bespritzt werden, die gepflasterten aber, welche täglich gereinigt werden, nur einmal — damit würde dem Übelstande vollständig abgeholfen werden.

Um aber für die künftigen Jahre solchen Calamitäten vorzubeugen, in denen wir uns jetzt befinden, würde ich zu Rubrik XXII 6 a folgenden Antrag stellen:

„Der Magistrat werde beauftragt, die Offertverhandlungen wegen Vergebung der Straßenbesprikung spätestens im Monate Jänner einzuleiten.“ — Ich bitte um die gütige Annahme des Antrages.

Gem.-Rath Sagner: Meine Herren! Die Straßenbesprikung in den Bezirken I bis XIX und im k. k. Prater beansprucht einen Betrag von 270.410 fl. Sehen Sie sich die Straßen an.

Das kann man doch keine Besprikung nennen. Die Straßen, die täglich dreimal bespritzt werden sollen, werden zweimal bespritzt, diejenigen, die zweimal bespritzt werden sollen, werden nur einmal bespritzt und viele gar nicht. Ferner entsprechen die Contrahenten den vom Magistrate herausgegebenen Vorschriften nicht. Die Rosen, wo das Wasser herausläuft, sind zu klein, sie haben 15, 16, 17, 18, höchstens 20 cm, während sie 21 cm haben sollten. Wenn die Rosetten nur 15 cm Durchmesser haben, so läuft selbstverständlich weniger Wasser heraus, als wenn sie 21 cm Durchmesser haben. Warum machen die Fuhrleute das? Je weniger Wasser herausgeht, eine desto größere Fläche kann mit einem Wagen bespritzt werden. Dazu wird noch ziemlich rasch gefahren. Der Fuhrmann braucht also anstatt sechs oder acht Wägen nur vier Wägen. Wenn man mit einer Spritzkanne bespritzen würde, wäre es gerade so gut. Ich erlaube mir daher folgenden Antrag zu stellen:

„Nachdem die in Verwendung stehenden Spritzrosen an den Spritzwagen nicht nach der gesetzlichen Vorschrift mit 21 cm Durchmesser, sondern nur mit 15 bis 20 cm verwendet werden, nämlich was die Größe der Rose in Bezug auf den Pöcherkreis betrifft, zu klein angefertigt sind und die Besprikung infolge dessen unvollkommen geschieht, so beantrage ich, die Bezirksvorsteher oder Stadtbauamts-Abteilungen in sämtlichen Bezirken zu beauftragen, dem genannten Gegenstande insoweit ihr Augenmerk zuwenden zu wollen, als nur bei Vergrößerung der Spritzrosen und Pöcher auch eine genügende Besprikung der Straßen geschehen könne.“

Ich glaube, das ist gerecht. Die Unternehmer müssen doch für das Geld auch etwas leisten. Sie erlauben sich aber vor den Augen der Behörden — ich weiß nicht, wie ich das bezeichnen soll — einen solchen Unfug. Ich glaube, die Contrahenten sind verpflichtet, die für sie geltenden Vorschriften auch zu befolgen. Ich bitte also, meinen Antrag zu unterstützen.

Ich erlaube mir auch einen weiteren Antrag zu stellen. Da die Pauschalierungssumme 240.410 fl. ausmacht, würden wir eine große Ersparnis erzielen, wenn wir diese Besprikung in eigene Regie übernehmen. Die Scherereien und Verdrießlichkeiten, welche die Behörden mit den Contrahenten sowohl wegen wiederholter Aufforderungen, daß größere Rosen verwendet werden, als auch wegen des langsameren Fahrens und des öfteren Bespritzens haben, würden vermieden und die Beschwerden der Parteien und Hauseigentümer würden entfallen, wenn die Commune die Besprikung selbst besorgt.

In dem Präliminare ist für Straßenbesprikung die enorme Summe von 240.410 fl. eingestellt. Dieser Betrag würde sich natürlich um ein Bedeutendes verringern, wenn die Commune die Besprikung in eigene Regie nähme, denn der Reingewinn der Unternehmer fiel der Commune Wien selbst zu. Weiters könnten mittels eigener Fuhrwerke Straßentelegraph, Koth und Schutt, dann Schläggelshotter von den Steinbrüchen auch bei Regenwetter verführt werden. Ich weise darauf hin, daß die Gemeinde Wien bei der Central-Feuerwehr ein großes Ersparnis aufzuweisen hat durch Einführung der eigenen Bespannung; durch Übernahme der Besprikung in eigene Regie würden die Klagen über mangelhafte und unregelmäßige Besprikung verschwinden. Es ist daher folgender Antrag ganz berechtigt: „Eine Commission, zusammengesetzt aus Gemeinderathsmitgliedern unter Beiziehung des Antragstellers, habe über den obgenannten Gegenstand zu berathen und das Resultat dem Plenum des Gemeinderathes gleichzeitig mit dem Referate über die Vergebung der Arbeiten im I. Bezirke zur Beschluß-

fassung vorzulegen, so daß nach Ablauf des Contractes in den einzelnen Bezirken die Bespritzung in eigene Regie übernommen werden könne; ferner sind Fuhrwerke in eigener Regie herzustellen, durch welche die Hauskehrtabfuhr in sämtlichen Bezirken zu geschehen hat.“

Ich glaube, daß Sie dem Antrage zustimmen, daß eine Commission aus dem Plenum gewählt werden solle, damit diese Übelstände in den Bezirken und Verdrießlichkeiten vermieden und der Commune ein Reingewinn verschafft werde, wodurch die Steuerträger entlastet werden. Ich glaube, es wäre gerecht, daß Sie diesem Antrage zustimmen und eine Commission zur Begutachtung und Berathung der Vorschläge wählen. Ich bitte um Ihre werthe Unterstützung.

Gem.-Rath Seiler: In dem Bezirkstheile Kaisermühlen ist durchwegs keine einzige gepflasterte oder macadamisierte Straße, sondern lauter Schotterstraßen, obwohl dort lauter Fabriken sind. Es werden die Straßen nicht ein einzigesmal bespritzt. Ich möchte daher den Antrag stellen, daß in diesem Theile der Stadt doch wenigstens zwei Hauptstraßen täglich bespritzt werden. Ich empfehle Ihnen diesen Antrag zur Annahme.

Gem.-Rath Steiner: Nachdem so viele Anträge schon gestellt wurden, will ich den Herrn Bürgermeister nicht auch mit Anträgen belästigen, sondern nur einige Übelstände zur Sprache bringen. Im XIX. Bezirke hat die Gemeinde Ober-Döbling einen Vertrag mit dem Brauhausbesitzer K u f f n e r geschlossen, welcher verpflichtet ist, der Gemeinde täglich zur Bespritzung der Straße 1000 Eimer Wasser zu liefern. Es war die Gemeinde nicht vorsichtig genug, in den Vertrag hineinzunehmen, ob es kaltes oder heißes Wasser sein muß. Nun gibt Herr K u f f n e r heißes Wasser zur Bespritzung der Straßen. Das muß vom sanitären Standpunkte aus abgeschafft werden. Denn einerseits sind nahezu alle 14 Tage die Schläuche hin und andererseits werden Sie mir beipflichten, daß die Straßen sofort wieder trocken werden. Das kann überhaupt nicht gut-geheiß werden.

Weiters habe ich mir von Contrahenten die Bedingungen in Betreff der Bespritzung der Straßen verschafft. Darin heißt es, daß Schlendern da sein müssen. Ich habe nachgesehen, daß im XIII. Bezirke und in anderen Bezirken nicht Schlendern, sondern Rosen angebracht sind. Dadurch werden die Straßen stark geschädigt, da das Wasser an den Rädern herunterläuft. Ich möchte bitten, daß die Betreffenden zur Einhaltung ihrer Verpflichtungen gezwungen werden. Es ist ein Übelstand, weil die Straßen durch Rosen nicht so bespritzt werden wie durch Schlendern.

Bezüglich des Wassermangels ist es richtig, daß die Schöpfwerke von Seite des Bauamtes nie rechtzeitig fertiggestellt werden. Ich habe mir diesbezüglich heute eine Beschwerde an den Herrn Bürgermeister zu richten erlaubt.

Noch eines könnte abgestellt werden. Im Schlachthause in Nußdorf im XIX. Bezirke ist Wasser vorhanden. Zur Betreibung des dortigen Motors ist der Hausmeister verpflichtet. Der sagt nun Sonntag mittags: „Ich gebe kein Wasser her, weil ich nicht verpflichtet bin, bis abends hier zu bleiben, um den betreffenden Contrahenten das Wasser zur Verfügung zu stellen.“ Ich würde bitten, daß von Seite des Magistrates eine Verfügung getroffen werde, daß den Contrahenten im XIX. Bezirke das nöthige Wasser zur Straßenbespritzung zur Verfügung gestellt werde, und sie nicht wie im vorigen Jahre bestraft werden, weil sie die Straßen nicht bespritzten, da sie kein Wasser hatten.

Bezüglich einer anderen Post werde ich mir erlauben, einen Antrag zu stellen.

Gem.-Rath Bärthl: Diese Bespritzungs-Angelegenheit ist auch in der Budget-Commission zur Sprache gebracht und ein Antrag, aber in anderer Richtung, gestellt worden. Das ist nichts Neues. In jedem Bezirke kann man beobachten, wie verschiedenartig gespritzt wird. Nachlässigkeiten kommen überall vor.

Es ist auch die Jahreszeit zu berücksichtigen. Dieses Jahr wäre es nothwendig gewesen, daß schon am 15. März die Bespritzung beginne, nicht nur von Seite des Contrahenten, sondern auch von unseren eigenen Leuten.

Es wurde, insbesondere vom Herrn Kollegen Gräf, von den Staubwolken gesprochen. Ich habe diese Staubwolken auch auf der Wieden und Landstraße genug genossen. Im Stadtparke sind solche Staubmassen, wie ich sie in meinem ganzen Leben noch nicht gesehen habe. Ich habe auch deshalb bereits interpelliert und möchte heute wieder Folgendes anregen: Es wird immer bei Sonnenschein gespritzt, wo es recht heiß ist und auch die Steine warm sind; ausgiebig wird nicht gespritzt, und da verflüchtigt sich die Feuchtigkeit so schnell, daß man zuschauen kann, bis sie weg ist.

Nun habe ich und Herr College W e s s e l y in der Budget-Commission beantragt, es sei versuchsweise eine Straße bei Nacht ausgiebig zu bespritzen, um zu beobachten, ob dies nicht besser ist, und zwar war die Dornbacherstraße in Aussicht genommen. Ich empfehle Ihnen diesen Antrag, daß einmal ein Versuch gemacht werde.

Gem.-Rath A. J. Müller: Die Bespritzung geschieht jetzt auf zweierlei Arten: mit Hydranten und Schlauch-Trommelwagen und mit Faszwagen. Die Längsstraßen werden meist mit Hydranten bespritzt, und bei dieser Gelegenheit könnte man auch, soweit die Hydranten reichen, die Seitenstraßen bespritzen. Dadurch würde man die Bespritzung mit Faszwagen ersparen, und das macht immerhin etwas aus.

Das zweite ist die Bespritzung des Praters. Diese geschieht heute mit Hochquellenwasser; es ist aber jetzt eine Nutzwasserleitung angelegt, und zwar vom Lagerhause bis zum Central-Viehmarkte, und diese überseht die Hauptallee im Prater und noch eine Straße. Von dort aus könnte man also den unteren Theil des Praters mit Nutzwasser bespritzen und dadurch würde auch die Hochquellen-Wasserleitung entlastet.

An den Tagen, wo das Wasser auf dem Central-Viehmarkte zur Reinigung zc. nicht gebraucht wird, könnte man es zur Bespritzung des Praters verwenden, und ich stelle daher den Antrag, den ich schon einmal gestellt habe, neuerlich, daß der untere Theil des Praters aus der Nutzwasserleitung, die vom Lagerhause zum Central-Viehmarke geht, bespritzt werde.

Referent der Budget-Commission Gem.-Rath Mayer: Ich habe einen Antrag nur kurz zu begründen, nachdem ihn Herr College Bärthl, der auch Mitglied der Budget-Commission ist, bereits besprochen hat. Es wird nämlich beobachtet und ist auch aus physikalischen Gründen leicht zu erklären, daß, wenn man eine Straße abends oder nachts stärker bespritzt, durch das Sinken der Temperatur die Feuchtigkeit sich länger erhält und auch am Morgen nach Sonnenanfgang vorhanden ist.

Aus diesem Grunde soll ein Versuch mit der Dornbacherstraße gemacht werden, welche sehr belebt ist.

Der Antrag lautet also (liest):

„Es sei versuchsweise die Straßenbespritzung in der Dornbacher Hauptstraße bei Nacht durchzuführen und sei über das Ergebnis dieses Versuches dem Gemeinderathe zu berichten.“

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Bürgermeister: Ich bitte um die Abstimmung. Gegen die Post mit 240.410 fl. wurde keine Einwendung erhoben, sie ist daher angenommen.

Antrag Gräf:

„Der Magistrat werde beauftragt, die öffentlichen Offertverhandlungen wegen Vergebung der Straßenbespritzung spätestens im Monate Jänner einzuleiten.“

Die Herren sind mit der Zuweisung an den Stadtrath einverstanden? (Zustimmung.) **Angenommen.**

Antrag Seiler:

„Im Bezirkstheile Kaiserwiesen des II. Bezirkes sind wenigstens zwei Hauptstraßen täglich zu bespritzen.“

Dieser Antrag geht zur Vorberathung an den Stadtrath. Die Herren sind einverstanden? (Zustimmung.) **Angenommen.**

Antrag Eigner: Die Herren kennen den Antrag. Er geht an den Stadtrath zur Vorberathung. Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) **Angenommen.**

Dann Antrag Müller:

„Die an den Hauptstraßen liegenden Nebenstraßen seien mit Trommelwägen zu bespritzen, insoweit Hydranten vorhanden sind.“

Die Herren sind mit der Zuweisung an den Stadtrath einverstanden? (Zustimmung.) **Angenommen.** — Dann:

„Im Prater sei mit dem aus der Nutzwasserleitung im Lagerhause zur Verfügung stehenden Wasser zu bespritzen.“

Die Herren sind mit der Zuweisung dieses Antrages an den Stadtrath einverstanden? (Zustimmung.) **Angenommen.**

Endlich kommt der Antrag der Budget-Commission. Der ist identisch mit dem Antrage Bärtl:

„Es sei versuchsweise die Straßenbespritzung in der Dornbacher Hauptstraße bei Nacht durchzuführen und sei über das Ergebnis dieses Versuches dem Gemeinderathe zu berichten.“

Der Antrag geht an den Stadtrath zur Vorberathung. (Zustimmung.) **Angenommen.** Somit ist Post 6 a erledigt. Gegen die Posten 6 b und 6 c sind Einwendungen nicht erhoben worden.

Gem.-Rath Gregorig: Ich möchte nur den geehrten Herrn Bürgermeister ersuchen, er möge bei der Bespritzung mit Trommelwägen einen anderen Modus einführen. Es sind auf beiden Seiten der Straßen Hydranten; aber die Arbeiter sind zu bequem und bespritzen nur eine Seite. Die andere Seite wird in der Regel nicht naß, wohl aber die Passanten und die Portale der vis-à-vis liegenden Geschäfte. Man soll beide Seiten bespritzen, dann wird eine ordentliche Bespritzung herauskommen, wir haben weniger Staub, und die Passanten werden nicht belästigt werden. Das ist die erste Bitte an den Herrn Bürgermeister.

Nachdem das gleiche Personale bei den öffentlichen Brunnen wie bei der Bespritzung ist, möchte ich den Herrn Bürgermeister noch um etwas bitten. Ich habe schon vor zwei Jahren den Herrn Bürgermeister ersucht, es mögen Nachforschungen gepflogen werden, was mit der Brause ist, die zum Hochstrahlbrunnen gehört. Es ist ein ganz kleiner Gegenstand von Kupfer und wiegt 9 Centner. Sie war ursprünglich in der Markthalle deponiert, ist auf einen Wagen geladen und weggeführt worden und niemand hat sie mehr gesehen.

Ich würde den Herrn Bürgermeister ersuchen, er möge Nachforschungen anstellen, wo diese Hochstrahlbrause hingekommen ist.

Bürgermeister: Ich werde die Erhebungen pflegen und Mittheilung machen.

Referent des Stadtrathes (liest):

Post 6 d) Zinse für Requisitionendepots 500 fl.

Post 6 e) Instandhaltung der Ringstraßen-Wasserleitung,

Hydranten, Schöpfwerke und Schöpfbrunnen . . . 6.040 fl.

Hier beantragt die Budget-Commission eine Erhöhung.

Referent der Budget-Commission: Hier muß ich ersuchen, eine Erhöhung um 3750 fl. zu bewilligen, und zwar mit Rücksicht auf zwei Stadtraths-Anträge einen Betrag von 2300 fl. für die Aufstellung von zwei eisernen Reservoirs an Stelle des bestehenden hölzernen beim Schöpfwerke in der Wehrgasse im XIV. Bezirke, und weiters für das mit Stadtraths-Beschluß vom 20. Februar 1894 genehmigte Project für die Reconstruction des Schöpfwerkes im XIX. Bezirke, wofür ein Betrag von 1650 fl. nöthig ist. Ich bitte dem zuzustimmen.

Gem.-Rath Gregorig: Ich habe vor zwei Jahren den Antrag gestellt, man möge den Engländern die Ringstraßenwasserleitung kündigen. Der Antrag ist bis jetzt noch nicht zur Berathung gekommen; ich möchte den Herrn Bürgermeister bitten, er möge endlich diesen Antrag zur Berathung im Stadtrathe bringen. Wir haben Noth und Mangel an Wasser und die Electricitäts-Gesellschaft bezieht das Wasser, das wir vom Canale herauspumpen, das uns zur Straßenbespritzung und zum Begießen der Bäume vortheilhafter wäre. Das kalte Hochquellenwasser, das wir zum Begießen der Bäume nehmen, ist Gift für dieselben. Ich bitte, endlich diesen Antrag zur Berathung zu bringen.

Bürgermeister: Das ist eine Urgenz und wird der geschäftsmäßigen Behandlung unterzogen werden. Es ist der Antrag gestellt von Seite der Budget-Commission, den Betrag von 6040 fl., welchen der Stadtrath beantragt, auf 9790 fl. zu erhöhen. Die höhere Ziffer bringe ich zuerst zur Abstimmung und ersuche jene Herren, welche mit der Einstellung von 9790 fl. einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) **Angenommen.**

Referent des Stadtrathes (liest):

Post 6 f) Reparatur der Schlauchtrommelwagen und

sonstigen Requisiten 2.200 fl.

Post 6 g) Nachschaffung von Schläuchen 3.100 fl.

Post 6 h) Sonstige Betriebsauslagen 7.450 fl.

Post 6 i) Für in die Bespritzung neu einbezogene Straßen 4.000 fl.

Bürgermeister: Da zu diesen Posten niemand das Wort verlangt, erkläre ich sämtliche Positionen unter Post 6, soweit über dieselben nicht bereits abgestimmt wurde, für angenommen.

Referent des Stadtrathes (liest):

Post 7. Werkzeuge und Requisiten zur Straßenerhaltung und Säuberung 47.100 fl.

Referent der Budget-Commission: Meine Herren! Die Budget-Commission bittet Sie, diesen Betrag um 6270 fl. zu erhöhen mit Rücksicht auf einen am 10. November 1893 gefaßten Gemeinderaths-Beschluß, dahin gehend, es mögen für den I. Bezirk sieben Rehrmaschinen angeschafft werden. Ich bitte dem zuzustimmen.

Gem.-Rath Eigner: Die Commune Wien hat heute in sämtlichen Bezirken ihre eigenen Schneepflüge und Rehrmaschinen für alle Bezirke. Für Schneepflüge sind hier im Ganzen 19.150 fl. eingestellt. Das sind aber noch nicht alle Schneepflüge, das ist vielleicht nur für einige Bezirke. Sie sagen, daß

die eigene Regie für die Commune nicht gut ist. Die Schneepflüge und Rehrmaschinen kosten ein enormes Geld. Ein solcher Schneepflug kostet, glaube ich, 650 fl., eine Rehrmaschine 1000 fl. Da würde eine Summe von etwa 100.000 fl. herauskommen. Wenn Sie nun aber auch wüßten, wo die Schneepflüge, die der Commune gehören, untergebracht sind! Jeder Besitzer, wenn er noch so ein kleines Geschäft hat, ob es nun ein Bauer, ein Wirtschaftsbesitzer oder ein Herrschaftsbesitzer ist, hat seine Werkzeuge und Requiriten, Eggen, Pflüge oder andere Bestandtheile in trockenen und geschlossenen Räumen, um sie vor Witterungseinflüssen zu schützen, damit sie nicht so bald zugrunde gehen. Für den I. Bezirk sind fünf Schneepflüge vorhanden und dann ist noch ein Schneepflug, der nicht für die öffentlichen Straßen, sondern für Straßenwege bestimmt ist. Diese sind auf dem Requiritenplatze des Herrn Opavsky im XVII. Bezirke, Rosensteingasse, Ecke der Karls-gasse, untergebracht. Sie behaupten immer, daß ich vielleicht etwas zu viel spreche; ich glaube aber, daß ich nicht zu viel spreche, ich spreche immer nur die Wahrheit, und wenn Sie es nicht glauben, lade ich Sie ein, mit mir zu gehen. Gerade unter diesem Schupfen — wenn auch nicht auf dem nämlichen Platze — waren die Schneepflüge für den XVI. und XVII. Bezirk im Jahre 1893/94 untergebracht, und ich habe diesbezüglich im vergangenen Jahre einen Antrag oder eine Interpellation eingebracht. Der Mann hat von der Commune Wien die Bespannung der Schneepflüge für den I. Bezirk erstanden, er ist Contrahent. Gut, das soll er sein. Die Commune sollte aber doch eigene Depotplätze haben, wo sie die Rehrmaschinen und Schneepflüge unterbringt, damit sie nicht der Contrahent auf seinem Materialplatze unterbringen kann, wo er will. Diese Schupfe ist, wie ich glaube, auch von behördlichen Organen besichtigt und für die Unterbringung der Schneepflüge tauglich erklärt worden. Das überlasse ich anderen zur Beurtheilung, ob sie wirklich so tauglich ist. Nach meiner Anschauung aber nicht. Stellen Sie sich den Säulengang hier vor. Ich stoße diese Schneepflüge in denselben hinein, so ragen dann diese Pflüge mit der vorderen Achse heraus. Nun fällt der Regen und die Dachtropfen auf das vordere Gestell; die Sonne scheint von früh bis abends hinauf, kurz alle Witterungseinflüsse wirken auf diese Schneepflüge. Auf diesem Requiritenplatze sind übrigens die schweren Kohlen-, Ziegel-, Sand- und Streifwägen zc. des Besitzers; der Platz ist eben für einen solchen Fuhrwerksbesitzer viel zu klein. Wenn nun ein Kutscher hineinfährt, so fährt er gleich auch an die vorstehenden Schneepflüge an und reißt nicht selten ein Stück mit.

Würde das der Herr Bürgermeister ansehen, so würde er sich überzeugen, daß alles wahr ist, was ich hier spreche. Diesem Uebelstande, glaube ich, könnte man abhelfen, indem man einen anderen Platz ausfindig macht und diese Schneepflüge und Rehrmaschinen auf städtischen Requiritenplätzen unterbringt, wo sie verschlossen aufbewahrt werden und vor der Gefahr geschützt sind, in zwei, drei Jahren morsch zu werden, so daß man dann wieder neue anschaffen muß.

Ich erlaube mir demnach folgenden Antrag zu stellen (liest): „Da auf meinen im Vorjahre eingebrachten Antrag, die Schneepflüge und Rehrmaschinen in allen Bezirken gegen schädliche Witterungseinflüsse zu schützen, bis heute noch keine Abhilfe geschehen“ — ich habe diesen Antrag gestellt, aber bis heute ist gar nichts geschehen — „so beantrage ich, daß eine Commission mit Beiziehung des Antragstellers“ — das ist nämlich meine Person: man könnte ja sonst leicht sagen, daß die Sachlage dort ganz

befriedigend ist — „baldigst sämmtliche Depotplätze“ — also in allen Bezirken, wo diese Schneepflüge und Rehrmaschinen untergebracht werden — „besichtigt werden, ob die obengenannten Maschinen in entsprechender Weise verwahrt seien, und daß darüber im Stadtrathe Bericht erstattet werde, und daß der Stadtrath das weitere verfüge.“

Ich glaube, daß dieser Antrag gerecht ist, daß man die Steuergelder, die man von den Steuerträgern einhebt und mit denen man diese Werkzeuge und Maschinen anschafft, gut verwendet, damit alle diese Uebelstände, von denen Sie gehört haben, beseitigt werden.

Ich ersuche Sie, diesem Antrage zuzustimmen.

Gem.-Rath Steiner: Nachdem noch unfertige Verhältnisse in den Vororten vorhanden sind, gestatten Sie mir, eines zu besprechen. Bei den Werkzeugen und Requiriten zur Straßenerhaltung und Säuberung haben wir einen Contrahenten und der ist im IX. Bezirke Schmiedmeister. Nun kommt es vor, daß, wenn draußen in den Bezirken an der Peripherie am Werkzeuge etwas zu machen ist, der betreffende Tagelöhner in den IX. Bezirk gehen muß, und daß öfters das, was repariert wird, viel weniger kostet, als was der betreffende Arbeiter an Zeit versäumt. Ich weiß nicht, ob es nicht besser wäre, wenn dem Bezirksvorsteher oder dem Ausschusse eines solchen Bezirkes ein kleiner Betrag zur Verfügung stünde, so daß derselbe das gleich bei einem Schmiedmeister in der Gemeinde anschaffen und bezahlen könnte. Das wäre einfacher und ich würde den Herrn Bürgermeister bitten, daß der Magistrat diesbezüglich einen Vorschlag erstatten möchte. Es wäre dies im Interesse der Gemeinde gelegen, weil der Arbeiter zu viel Zeit versäumt, wenn er von Grinzing, Sievering oder Kahlenbergerdorf mit drei oder vier Krampen in den IX. Bezirk erst gehen muß, um dieselben spizen zu lassen.

Bürgermeister: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet; die Debatte ist geschlossen. (Die Herren Referenten verzichten.) Wir schreiten zur Abstimmung. Die Budget-Commission beantragt bei Post 7 die Einstellung des Betrages von 53.370 fl., der Stadtrath 47.100 fl. Die höhere Ziffer kommt zuerst zur Abstimmung. Ich ersuche jene Herren, welche für die Einstellung des Betrages von 53.370 fl. sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) **Angenommen.**

Jene Herren, welche damit einverstanden sind, daß der Antrag Eigner dem Stadtrathe zugewiesen werde, wollen die Hand erheben. (Geschicht.) **Angenommen.**

Der Antrag Steiner lautet: „Der Magistrat wird beauftragt, bezüglich der Zustandhaltung der Werkzeuge in den äußeren Bezirkstheilen Vorschläge zu erstatten.“

Jene Herren, welche mit der Zuweisung dieses Antrages an den Stadtrath einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschicht.) **Angenommen.**

Referent des Stadtrathes: Zu Post 8 „Barrièren und Schranken“ hatte der Magistrat 7000 fl. beantragt. Der Stadtrath war der Meinung, daß mit 5000 fl. das Auskommen gefunden werden könnte. Die Budget-Commission hat sich diesem Antrage angeschlossen.

Bitte, den Antrag mit 5000 fl. zu genehmigen.

Gem.-Rath Seiler: Ich habe schon seinerzeit aufmerksam gemacht, daß bei den Schneeablagerungsplätzen statt der Barrièren und Schranken einfache Stangen mit Draht an die Bäume angebunden werden. Nicht nur werden die Bäume dadurch ruiniert

sondern es sieht auch die Sache sehr schlecht aus. Ich erlaube mir daher an den Herrn Referenten die Anfrage, ob bei diesem höheren Betrage auch schon darauf Rücksicht genommen wurde, daß genügend Barrièren und Schranken aufgestellt werden, oder ob wieder solche Stangen darunter verstanden sind. Wenn nicht, so möchte ich ersuchen, daß meiner Anregung Folge gegeben werde, daß an den Schneeablagerungsplätzen anständige Barrièren aufgestellt werden.

Bürgermeister: Die Erledigung des Antrages Seiler vom vorigen Jahre wird urgirt werden.

Es ist sonst niemand zum Worte gemeldet.

Jene Herren, welche mit der Einstellung des Antrages von 5000 fl., welcher übereinstimmend vom Stadtrathe und von der Budget-Commission beantragt wird, einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschicht.) **Angenommen.**

Referent des Stadtrathes (liest): „Verschiedene Auslagen: Bezüge zweier Straßenaufseher für den I. Bezirk, Auslagen für Stiegen, Rampen, Stützmauern etc.“

Der Magistrat beantragt 10.000 fl. Der Stadtrath und die Budget-Commission beantragen die Restringirung dieses Betrages auf 6000 fl. Bitte um Annahme des reducierten Betrages.

Bürgermeister: Keine Einwendung? — **Angenommen.**

Referent des Stadtrathes (liest):

Außerordentliche Ausgaben.

Post 10. Verfassung eines General-Regulierungsplanes über das gesammte Gemeindegebiet von Wien 74.500 fl.
Die Sache ist bereits erledigt.

Gem.-Rath Gregorik: Diese Post bietet mir eigentlich eine traurige Genugthuung. Hier sind 78.000 fl. pro 1893 und 74.000 fl. pro 1894, das sind 152.000 fl. für den General-Regulierungsplan eingestellt. (Widerspruch. — **Gem.-Rath Boschan:** Es ist nicht ausgegeben worden!) Es ist nicht ausgewiesen, wie viel ausgegeben worden ist, das wissen wir nicht; keiner von uns weiß es. Es ist eine Masse Geld ausgegeben worden und der Plan kommt kolossal hoch. Die Herren müssen zu dem zurückkommen, was ich beantragt habe, und müssen aus den vorliegenden Plänen einen neuen Plan machen. Hätten Sie das von vornherein gethan, hätten Sie die aufgenommenen Ingenieure verpflichtet, die Pläne zur Aufnahme zu machen, so hätten Sie gewußt, wie viel ausgegeben worden ist. Ich bedauere, daß auf meinen Antrag damals nicht eingegangen worden ist.

Referent des Stadtrathes: Die Antragstellung im Vorjahre per 78.000 fl. war in der Voraussicht geschehen, daß der General-Regulierungsplan im vorigen Jahre bereits fertig wird und die Prämien hiefür ausbezahlt werden. Von diesem Betrage ist gar nichts ausgegeben worden. Nachdem wir aber keine Übertragung der Credite in unserem Budget haben, mußte der Betrag für das heurige Jahr neu präliminirt werden. Es ist neulich ausführlich im Gemeinderathe über die Vertheilung referirt worden und ich darf die Sache daher als erledigt betrachten.

Bürgermeister: Gegen die Post selbst ist keine Einwendung erhoben worden; ich erkläre dieselbe für **angenommen.**

Referent des Stadtrathes (liest):

Post 11. Errichtung von Schöpfbrunnen zur Straßenbesprikung in den einbezogenen Vorortegemeinden 16.800 fl.

Gem.-Rath Gräf: Ich habe mir erlaubt, früher anzuführen, daß wir für die Beschaffung des Wassers zur Besprikung in unserem Bezirke annäherungsweise 5000 fl. verausgaben dürften, und ich erlaube mir im Interesse der communalen Wirtschaft

einen Antrag zu stellen. Die Bezirksvertretung des XVI. Bezirkes hat bei Vorlage des Budgets die Errichtung zweier Schöpfwerke verlangt und hat um Einstellung eines Betrages von 28.000 fl. ersucht für Errichtung zweier Schöpfwerke am Habsburgplaz oder in der Nähe des Habsburgplazes und am Milbeplaz.

Meine Herren! Der Bau der Tabakregie im XVI. Bezirke, respective die Aushebung des Brunnens dort hat uns in diesem Terraine auf eine sehr ergiebige Wasserquelle geführt. Das Wasser ist als Trinkwasser nicht besonders gut, es hat einen schwefeligen Geschmack, aber der Brunnen, der nur 15° tief ist, hat eine solche Ergiebigkeit, daß man von dem Wasser trotz des großen Bedarfes beim Baue noch ein bedeutendes Quantum abgeben könnte. Nun ist in der Nähe des Habsburgplazes, am sogenannten Flöckersteige, noch ein sehr billiger Grund zu haben. Es mündet auch an derselben Stelle die aufgelassene Hofstallwasserleitung ein und es laufen von derselben circa 700 bis 800 hl täglich in den Canal. Ich würde mir, wie gesagt, im Interesse der Commune Wien den Antrag zu stellen erlauben, es sei die Post „Errichtung von Schöpfwerken zur Straßenbesprikung in den einbezogenen Vororten“ von 16.000 fl. auf 26.000 fl. zu erhöhen, und ich beantrage, der Gemeinderath beschließe 10.000 fl. für die Errichtung eines vierten Schöpfwerkes im XVI. Bezirke in das Budget einzustellen und es werde das Bauamt beauftragt, schleunigst die geeigneten Anträge zu stellen, eventuell für ein solches Schöpfwerk die Nähe des Habsburgplazes in Aussicht zu nehmen.

Ich bitte um Ihre Unterstützung in dieser Richtung. Dieser Antrag liegt im eminentesten Interesse der Gemeinde Wien. Denn wenn man heuer noch dazu kommen sollte — und das ist sehr leicht möglich — das Schöpfwerk dort fertigzustellen, so ist die Calamität der Wassernoth in unserem Bezirke zum Theile behoben. Wir können auch das Wasser von der Hofstallwasserleitung einleiten, und es wird so möglich sein, eine sehr bedeutende Ersparnis zu erzielen. Wenn wir selbst im nächsten Jahre das Hochquellenwasser bekommen, werden wir es zur Straßenbesprikung nicht verwenden können, und es ist daher die Erbauung eines vierten Schöpfwerkes unerläßlich. Ich bitte Sie nochmals, dem Antrage zuzustimmen.

Gem.-Rath Steiner: Ich habe mir erlaubt, vor ungefähr zwei Jahren einen Antrag einzubringen bezüglich Erbauung einer Wasserleitung in der ehemaligen Gemeinde Sievering von den Quellen, welche auf der Sierleithen sind. Es wurden auch Erhebungen von Seite des Bauamtes gepflogen, und als die Messungen vorgenommen worden sind, welche den ganzen Sommer in Anspruch genommen haben, wurde im Herbst constatirt, daß der Wasserzufluß genügend wäre — und siehe da, jetzt auf einmal, als ich mich um meinen Antrag erkundigte, weiß das Bauamt, nachdem dort seit 100 Jahren der Wasserzufluß nie aufgehört hat, daß kein Wasser vorhanden wäre. Das ist nicht richtig; das Wasser fließt so wie früher. Es hat auch Herr St.-R. Kreindl den Antrag gestellt, daß man die Quellen vom Leopoldsberge zusammenfassen soll. Es ist auf den Antrag noch gar nicht eingegangen worden; ich weiß nicht, ob diesbezügliche Anträge vorliegen. Es ist auch im Bezirksausschusse des XIX. Bezirkes durch den ehemaligen Bürgermeister von Unter-Sievering und jetzigen Bezirksausschuß Herr Eduard Spies der Antrag eingebracht worden, man möge eine Nutwasserleitung in Unter-Sievering bauen. Ich bin ganz für den Antrag, nur darf derselbe nicht dem Bauamte übermittelt werden, weil, was das Bauamt veranlaßt, dreimal so viel kostet,

als wenn es jeder Private macht. Ich habe seinerzeit dem Bauamte die Kostenvoranschläge, die der ehemalige Gem.-Rath Bösenkopf für ein Consortium verfaßt hat, überreicht; es wäre die Wasserleitung insgesammt auf den Betrag von 24.000 fl. gekommen, und ich habe gehört, daß man beim Bauamte schon den Betrag von 60.000 fl. ansgerechnet hat, welcher erforderlich sein soll, um diese Wasserleitung zu erbauen. Wie zweckmäßig eine Nutzwasserleitung für Sievering wäre — weil der natürliche Druck vorhanden ist — und welche Ersparnisse für die Gemeinde erzielt werden könnten, ergibt sich daraus, daß die früheren Gemeinden Ober- und Unter-Sievering für die Beprißung der Straßen 1300 fl. bezahlt haben; jetzt zahlt die Commune Wien 2700 fl.; früher sind zwei Paar Pferde zur Beprißung der Straßen verwendet worden. Jetzt richtet es der Contrahent mit einem Paar Pferde. Wenn diese Nutzwasserleitung gebaut würde, könnten wir das Wasser aus dem Bachgerinne nehmen. Es könnten einfach Rohre gelegt werden. Das führt der Bezirksvorsteher selbst durch. Das Wasser könnte ohneweiters genommen werden, Quellen sind zur Genüge zur Verfügung.

Ich möchte also den Herrn Bürgermeister ersuchen, vielleicht den Antrag zu urgieren, der im Bezirksausschusse gestellt und auch angenommen wurde; denn, wenn derselbe dem Stadtbauamte zur Erledigung zugewiesen würde, so bekäme Sievering vielleicht in 20 Jahren auch noch keine Leitung, die doch mit wenig Kosten hergestellt werden könnte, und die auch bedeutende Ersparnisse für die Gemeinde involvieren würde.

Bürgermeister: Die Debatte ist geschlossen.

Referent des Stadtrathes: Ich bitte, den Antrag des Herrn Collegen Gräf bezüglich der Errichtung eines vierten Schöpfwerkes dem Stadtrathe zuzuweisen, weil ja doch erst untersucht werden muß, ob die Nothwendigkeit dieser Herstellung vorhanden ist und ob 10.000 fl. hiezu ausreichen. Was aber die Erhöhung dieser eingestellten Post betrifft, so möchte ich bitten, darauf nicht einzugehen, denn wir bringen nur solche Anträge im Budget zum Ausdruck, worüber mindestens bereits eine Vorlage der Ämter vorhanden ist, weil sonst das Budget unnöthigerweise zu sehr anschwillt. Sollte die Herstellung heuer noch erfolgen, so müßten die Kosten auf den Reservefond verwiesen werden, der ja genügende Deckung bietet. Ich bitte daher, den Antrag von 16.800 fl., wie er im Präliminare ist, anzunehmen.

Gem.-Rath Gräf (zur Berichtigung): Der Herr Stadtraths-Referent hat seinen Antrag auf Zuweisung meines Antrages damit motiviert, daß erst untersucht werden muß, ob die Errichtung eines vierten Schöpfwerkes im XVI. Bezirke unbedingt nöthig sei. Ich berichte, daß die Bezirksvertretung bei Vorlage der Präliminare für den XVI. Bezirk die Errichtung von zwei Schöpfwerken in Aussicht nahm, weil der Bezirk an Wasserarmut leidet.

Bürgermeister: Der Herr Referent bestreitet ja nicht die Richtigkeit der Behauptung des Herrn Vorredners. Er steht nur auf dem auch im Statute begründeten Standpunkte, daß die Einstellung nur dann möglich ist, wenn bereits eine Vorlage vorhanden ist, und wenn man weiß, was die Sache kostet. Es ist dies aber auch gleichgiltig, denn würde infolge der Zuweisung dieses Antrages an den Stadtrath es sich ergeben, daß die Ausführung zweckmäßig ist, so würde man eben die Bedeckung der Auslage aus dem Reservefonde suchen. Ein Aufschub ist damit nicht verbunden.

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur Geschäftsordnung): Es ist hier der Antrag gestellt worden, den Antrag des Herrn Collegen Gräf dem Stadtrathe zuzuweisen, aber ich glaube, daß über diesen Antrag

auch heute abgestimmt werden könnte, denn eine Änderung einer Ziffer zu beantragen, muß jedem Mitgliede des Gemeinderathes gestattet sein, und es muß auch darüber abgestimmt werden, denn sonst hätte die Budget-Debatte im Plenum nicht die geringste Bedeutung. (Zustimmung links.)

Referent des Stadtrathes: Ja, meine Herren, das ist richtig, wenn eine der bestehenden Positionen erhöht werden soll. (Rufe links: Das ist ja der Fall!) Nein, ich bitte die Anmerkung zu lesen, es werden von den 16.800 fl. ausgegeben:

Für die Errichtung eines neuen Schöpfwerkes in der Ebersdorferstraße in Simmering 7.000 fl.
für die Aufstellung eines Gasmotors beim Radbrunnen in Baumgarten nächst der neuen Unrathsabladestation 2.400 fl.
für die Errichtung eines neuen Schöpfwerkes an der Ecke der Friedrichs- und Zwölfergasse im XV. Bezirke 5.000 fl.
und für die Herstellungen im Schöpfwerke in Neuwaldegg 2.400 fl.

Wenn die Herren finden, daß eine dieser Posten zu gering ist, und z. B. statt der Post mit 7000 fl., 8000 fl., 9000 fl. oder 10.000 fl. beantragen, so ist dies eine Angelegenheit, worüber sofort abgestimmt werden muß; wenn aber gesagt wird, außer diesen vier Posten soll eine neue Post eingestellt werden, so muß darüber doch eine Vorberathung stattfinden. Aus diesem Grunde meine ich, daß die Sache zuerst an den Stadtrath gehen muß.

Bürgermeister: Es ist ganz selbstverständlich, es handelt sich hier um eine ganz neue Arbeit, die noch keinerlei Vorberathung erhalten hat. Ich bestreite durchaus nicht das Recht des Gemeinderathes, die Positionen zu erhöhen. Nehmen Sie z. B. an, es würde sich um die Pflasterung der Mariahilferstraße handeln, wofür 50.000 fl. eingestellt sind, und die Herren finden, dies sei zu wenig, es solle mehr eingestellt werden, so habe ich nichts dagegen einzuwenden. Die Arbeit selbst ist vorberathen worden und es handelt sich nun darum, wie viel der Gemeinderath dafür bewilligen will.

Hier handelt es sich aber um eine ganz neue Arbeit, eine ganz separate Post. Sie könnten ebenso beantragen, zu der vorgeschlagenen 16.800 fl. eine neue Post von 10.000 fl. einzustellen, und dies wäre auch entsprechend der gegebenen Anregung. Nachdem aber eine Vorberathung hierüber noch nicht stattgefunden hat, so muß der Antrag an den Stadtrath gehen.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Meine Herren! Ich würde mir nicht zum zweitenmale das Wort erbeten haben, wenn es sich nicht um ein außerordentlich wichtiges Recht des Plenums des Gemeinderathes handeln würde. Ich spreche zur Rubrik, wo es sich um die Errichtung eines Schöpfwerkes zur Straßenbeprißung in den einbezogenen Vorortgemeinden handelt. Diese Post können wir um 10.000 fl. erhöhen, wir können verlangen, daß statt 16.800 fl. 26.800 fl. eingestellt werden. Es hätte der Herr Vorsitzende, der Herr Bürgermeister, recht, wenn das, was in der Anmerkung steht, in der Hauptrubrik stehen würde. Dann hätte der Herr Bürgermeister recht. Nachdem es aber nicht in der Hauptrubrik, sondern in der Anmerkung steht, sind wir in der Lage, heute die Post auf 26.000 fl. zu erhöhen. Das ist ja so zweifellos, wie irgendetwas. Ich habe dem Herrn Bürgermeister kein Hindernis mit der Zuweisung an den Stadtrath in den Weg gelegt. Aber ich muß bei diesem eclatanten Falle für das Recht des Gemeinderathes eintreten. Das Plenum des Gemeinderathes hat das Recht, die Ziffern zu ändern, dabei auch eventuell anzugeben, für welchen

Zweck es ist. Hier ist der Zweck die Errichtung eines Schöpfwerkes in den Vororten. Dazu haben wir das Recht, statt 16.000 fl. 26.000 fl. zu bewilligen. Sie sollten sich nicht dagegen wehren.

Bürgermeister: Ich muß mich genau an das Gesetz halten. Es fällt mir durchaus nicht ein, dem Gemeinderathe ein Recht streitig zu machen, welches er besitzt oder zu besitzen glaubt. Wie lautet der Antrag Grä f: Für die Errichtung eines vierten Schöpfwerkes im XVI. Bezirke soll ein Betrag von 10.000 fl. eingestellt werden. Das ist ein ganz neuer Antrag. Die Verwendung des Betrages von 16.800 fl. in der Anmerkung ist genau ausgewiesen. Der Gemeinderath bewilligt die Verwendung des Betrages von 16.800 fl. für die in der Anmerkung angegebenen Werke. Das ist vorberathen und genehmigt. Finden die Herren, daß z. B. für diese Arbeit ein höherer Betrag einzustellen sei, so können Sie das in Antrag bringen, ebenso wie Sie sagen können: Die präliminierte Summe ist für diese Arbeit zu viel, wir wollen weniger, das ist ja das Budgetrecht des Gemeinderathes! Hier handelt es sich aber um eine ganz neue Arbeit, die eigentlich nicht zur Post 11 gehören würde, sondern in eine neue Post.

Ich bedauere unendlich, ich kann dem Antrage in dieser Weise nicht Folge geben. Die Herren wissen, daß Sie Rechtsmittel haben — ich kann aber von dieser meiner Auffassung nicht abgehen, weil sonst das ganze Budget über den Haufen geworfen würde; es könnte jeder neue Antrag in merito zur Abstimmung gebracht werden und könnte das Budget auf das Doppelte erhöht werden durch Arbeiten, über die der Gemeinderath nicht das geringste Urtheil hat bezüglich der Kosten, der Ausführbarkeit etc.

Ich bitte, wir schreiten zur Abstimmung. Post 11: 16.800 fl. Die Herren, welche mit dieser Post einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschicht.) **Angenommen.**

Gem.-Rath Grä f stellt den Antrag, für die Errichtung eines vierten Schöpfwerkes im XVI. Bezirke sei in das Budget ein Betrag von 10.000 fl. einzustellen und das Bauamt werde beauftragt, schleunigst die geeigneten Anträge zu stellen und die Errichtung eventuell in der Nähe des Habsburgplatzes ins Auge zu fassen.

Die Herren, welche mit der Zuweisung dieses Antrages an den Stadtrath einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschicht.) **Majorität. Angenommen.**

11. Bevor wir zur Rubrik XXIII übergehen, erlaube ich mir das Resultat der heutigen Wahl mitzutheilen, weil ich es an die Bezirksämter mittheilen muß.

Es wurden 56 Stimmzettel abgegeben; gewählt wurden für den:

Bezirk:	Mitglieder:	Ersatzmann:
I	Schack Adolf Wilhelm, Schlink Karl,	Pleban Franz;
II	Schwab Karl, Debes Johann,	Hartung Ernst Friedrich;
III	Berza Josef, Wagner Karl,	Altman Marcus;
IV	Waneck Ignaz, Deifel Josef,	Betschacher Rudolf;
V	Rasch Johann, Schwarz Josef,	Jäckel Kaspar;
VI	Weiß Josef, Naprawnik Karl,	Burian Liborius;

Bezirk:	Mitglieder:	Ersatzmann:
VII	Fuchs Wilhelm, Zankae Franz,	Kreibich Heinrich;
IX	Strobl Ferdinand, Breitkopf Franz,	Czerny Franz;
X	Pabeschi Matthias, Braun Leonhard,	Koller Michael;
XI	Koch Josef, Bäder Franz,	Klein Johann;
XII	Schkorepa Adalbert, Bernhard Michael,	Pomberger Franz;
XIII	Schäfer August, Schmidt Anton,	Gusenleithner Georg;
XIV	Holocher Friedrich, Kuntner Karl,	Grestenberger Leopold;
XV	Hackl Andreas, Jungwirth Karl,	Betschok Amand;
XVI	Kaufmann Josef, Schmidt Leopold,	Floymayr Franz;
XVII	Rand Josef, Gassenmeier Karl,	Schwach Johann;
XVIII	Höser Ludwig, Urbanek Friedrich,	Rinner Karl;
XIX	Pangweber Peter, Pschierer Franz,	Wimmer Franz.

Ich bitte, im Referate fortzufahren.

12. Referent des Stadtrathes: Wir gelangen auf Seite 166 in den Einnahmen zur Rubrik XXIII:

Pachtzins für die Gewinnung von Eis, Sand und Schotter in Bächen, Flüssen und Teichen 2.050 fl.

Gem.-Rath Steiner: Ich wende mich nicht gegen die Post des Herrn Referenten, sondern möchte nur auf eines aufmerksam machen:

In meinem Bezirke sind Eisteiche in Ober-Sievering, nahe beim Walde. Ich bin auch gegen die Auflassung dieser Eisteiche, weil die Donauregulierungs-Commission die Eisgewinnung an die Wiener Eiswerke gegeben hat, und diese, wenn die anderen Eisteiche aufgelassen werden, ein Monopol bezüglich der Eisgewinnung erhalten würden. Sie sind auch factisch um einen bedeutenden Betrag bei 100 kg hinaufgegangen, was für die Geschäftsleute gewiß sehr empfindlich ist. Aber, wenn schon Eis in den Teichen gewonnen wird, so muß doch darauf gesehen werden, daß die Teiche rein gehalten werden. Der betreffende Pächter Wilhelm ist nach einem Vertrage, den er mit der früheren Gemeinde Ober-Sievering abgeschlossen hat, verpflichtet, die Teiche im Herbst zu reinigen. Das geschieht aber nicht. Es scheinen für diesen Bezirksausschuß Aufträge des Magistrates gar nichts zu gelten. Zu wiederholtenmalen wurden dieselben ignoriert. Ich selbst habe eine Anzeige an den Amtsleiter des XIX. Bezirkes gemacht, der ein sehr gerechter und energischer Mann ist, und der gewiß den Auftrag im Herbst gegeben hat.

Es war ein Scandal, welches Eis verführt wurde. Wenn die Herren im Sommer eine Partie auf den Hermannskogel machen, so können Sie sich von dem Zustande überzeugen.

Ich möchte daher an den Herrn Bürgermeister das Ersuchen richten, ob er nicht geneigt wäre, den Amtsleiter zu verständigen, daß der betreffende Pächter, wenn er den Teich nicht reinigt, kein Eis gewinnen darf. Das wäre im Interesse der Bevölkerung.

Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Ich richte bei dieser Gelegenheit an den Herrn Bürgermeister eine Bitte. Die Stadt Wien ist in der Donauregulierungs-Commission vertreten und die Donauregulierungs-Commission hat die ganze Eisgewinnung an die sogenannten Eiswerke vergeben. Im ganzen wurden für 26.000 fl. Eis vergeben und davon entfielen auf die Eiswerke 21.000 fl., also ein Beweis, daß factisch damit ein Monopol geschaffen worden ist. Dieses Monopol drückt sich darin aus, daß heuer diese Eiswerke an die Fuhrwerksbesitzer das Eis um 3 fl. per Fuhr verkauft haben. Hierzu kommt noch, daß die Straße derzeit sich in einem elenden Zustande befindet. Früher, wo die Eisgewinnung in kleinere Lose vertheilt war, haben die betreffenden Ersterher des Eises die Straße in ganz gutem Stande erhalten. Nun kümmert sich aber niemand darum. Ich würde also den Herrn Bürgermeister bitten, seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß die Donauregulierungs-Commission die Eisgewinnung nicht an eine Gesellschaft allein vergibt, sondern in kleinere Lose zertheilt. Dies gehört zwar streng genommen nicht hieher; nachdem aber der Herr Bürgermeister in der Donauregulierungs-Commission ist, richte ich diese Bitte an ihn. Heute ist das Eis nicht nur ein Genussmittel, sondern es wird auch in ausgedehnter Weise zu medicinischen Zwecken verwendet.

Bürgermeister: Mit Bezug auf alle diese Anregungen bemerke ich, daß dieselben nach Durchführung der Budget-Debatte vom Präsidialbureau herausgeschrieben werden und auf Grund derselben an der betreffenden Stelle die Initiative ergriffen werden wird, soweit dies möglich ist. Alles läßt sich eben nicht durchführen.

Gem.-Rath Graf: Es hat schon Herr Dr. Klotzberg ausgeführt, was für eine Beschwerung die Monopolisirung der Eisgewinnung den Consumenten gebracht hat. Es ist ganz richtig, daß früher die Fuhr Eis dort um 1 fl. billiger zu erhalten war; seit die Eiswerke die Eisgewinnung um einen Pappenstiel erstanden haben, ist sie um 1 fl. theurer. Nachdem wir an einem ständigen Deficit laborieren und die Commune darauf bedacht sein soll, sich soviel Einnahmen als möglich zu verschaffen, glaube ich die Aufmerksamkeit des Plenums darauf lenken und bei dem Umstande, als der liebe Gott das Eis macht — denn es friert selbst — und besonders große Auslagen für Deponierungs- und Eishäuser nicht zu befürchten sind, den Antrag stellen zu sollen: „Der Magistrat werde beauftragt, wegen Durchführung der Eisgewinnung in eigener Regie die geeigneten Vorschläge zu machen.“ Das wäre eine sehr bedeutende Einnahmsquelle für die Stadt Wien. Ich bitte daher, meinen Antrag zu unterstützen.

Bürgermeister: Es ist keine Einwendung gegen die Post von 2050 fl. gemacht worden. Dieselbe ist angenommen.

Die Herren, welche einverstanden sind mit der Zuweisung des Antrages Graf an den Stadtrath, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) **Angenommen.**

Referent des Stadtrathes (liest):

Wasserbauten und Brücken.

A. Ordentliche Ausgaben.

Post 1. Erhaltung der Uferversicherungen des Wienflusses und Reinigung des Flußbettes 21.000 fl.

Post 2. Erhaltung der Brücken und Stege über den Wienfluß 9.500 fl.

Bürgermeister: Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) **Angenommen.**

Referent des Stadtrathes (liest):

Post 3. Erhaltung der Brücken über den Donau canal und des Gehweges an der Nordbahnbrücke über den regulierten Donaustrom 7.200 fl.

Bürgermeister: Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) **Angenommen.**

Referent des Stadtrathes (liest):

Post 4. Erhaltung sonstiger Brücken in den einbezogenen Vorortgemeinden 6.400 fl.

Gem.-Rath Brauneiß: Es ist eine Post, betreffend die theilweise Erneuerung des Fußsteiges der Schmelzbrücke über die Westbahn eingesezt. Mit diesen Fußwegen ist es ein eigenes Malheur, sie sind, obwohl die Brücke noch nicht so lange besteht, während dieser Zeit schon dreimal gemacht worden; jetzt ist es schon das viertemal. Das ist auf Folgendes zurückzuführen:

Vor gar nicht langer Zeit, vor circa fünf Jahren, als die Brücke noch den Bezirksstrafenausschuß angegangen ist, habe ich mich veranlaßt gesehen, in der Gemeinde Rudolfsheim einen Antrag zu stellen, weil man, wenn man über die Schmelzbrücke gehen wollte, dort in Lachen herumgehen mußte. Die Brücke wurde untersucht, es wurden die Gehwege aufgerissen und bei dieser Gelegenheit hat der löbliche Bezirksstrafenausschuß die Entdeckung gemacht, daß auch die Fahrbrücke total verfault war, und die ganze Brücke mußte neu gemacht werden. Worauf ist das zurückzuführen? Auf den Gehwegen sind zwischen den Brettern Fugen, diese verlegen sich mit Erde, die abgetreten wird, und dadurch setzt sich die Masse in die Brücke und sie muß verfaulen.

Ich möchte mir erlauben, den Antrag zu stellen: „Das löbliche Stadtbauamt werde beauftragt, den Zustand der Brücke genau zu untersuchen und bei dieser Erneuerung des Gehweges darauf zu sehen, ob nicht in irgendeiner Weise ein besserer Wasserablauf hergestellt werden könnte, weil wir sonst in zwei, drei Jahren in der Lage sein werden, die Gehwege wieder neu machen zu lassen.“

Bürgermeister: Gegen die Post von 6400 fl. ist keine Einwendung erhoben worden; **angenommen.**

Die Herren, welche mit der Zuweisung des Antrages Brauneiß zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) **Angenommen.**

Referent des Stadtrathes (liest): Rubrik XXIII 5 „Erhaltung der Ufer, Gerinne und Regulierung von Bächen“. Hier sind beantragt 10.000 fl.; der Stadtrath beantragt den Abstrich von 4000 fl.; die Budget-Commission ist damit einverstanden. Ich bitte daher, nur 6000 fl. zu genehmigen.

Bürgermeister: Keine Einwendung? — **Angenommen.**

Referent des Stadtrathes (liest):

Post 7. Beitrag der Gemeinde zur Donauregulierung in Niederösterreich 100.000 fl.

Bürgermeister: Keine Einwendung? — **Angenommen.**

Referent des Stadtrathes (liest): Post 8 „Erbauung einer neuen Brücke über den Donau canal an Stelle der Franzenskettenbrücke 5000 fl.“ (Kufe: 50.000 fl.!) Es war zwar ein höherer Betrag eingesezt, nämlich 50.000 fl. Nachdem aber mit dem Baue im heurigen Jahre nicht begonnen wird, so wäre nur ein Betrag von 5000 fl., welcher vielleicht zur Herstellung von Plänen oder Vorarbeiten verwendet werden wird, einzustellen.

Bürgermeister: Keine Einwendung? — **Angenommen.**

Referent des Stadtrathes: Nun kommen wir zu Seite 178, Rubrik XXIV, Einnahmen (liest):

Gartenanlagen und Alleen.

- Erlös aus der Grasfischung von den Wienflussufergründen;
- Erlös aus dem Verkaufe von Geflügel und Gesträuchen aus den städtischen Anlagen;
- Wert der aus der Baumschule entnommenen Bäume und Gesträuche;
- Platzinse für die Bewilligung zur Aufstellung von Sesseln in den städtischen Gartenanlagen;
- Verschiedene Einnahmen und Rückvergütungen (Ertrag von Alleen zc.) im Gesamtbetrage von 1880 fl.

Referent der Budget-Commission: Zu der Rubrik „Gartenanlagen“ erlaubt sich die Budget-Commission einen Antrag zu stellen, und zwar mit Rücksicht auf den — wie es auch den Herren geschienen hat — nicht so tadellosen Zustand der verschiedenen Gärten, nämlich des Stadtparkes und anderer Gärten. Es wird über die Wege geklagt, daß das Wasser stehen bleibe zc. Es ist auch darauf hingewiesen worden, daß, als sich früher die Gartenüberwachungs-Commission mit diesen Angelegenheiten beschäftigte, der Zustand der öffentlichen Gärten ein weit besserer gewesen ist.

Es erlaubt sich daher die Budget-Commission in der Hoffnung, daß sie dadurch einen besseren Zustand der Gärten erreichen wird, Ihnen folgenden Antrag zu stellen (liest):

„Es sei unter den zu schaffenden gemeinderäthlichen Überwachungs-Commissionen auch eine Gartenüberwachungs-Commission einzusetzen.“

Bürgermeister: Gegen die Posten ist keine Einwendung erhoben worden; ich erkläre dieselben für angenommen.

Diejenigen Herren, welche mit dem Antrage der Budget-Commission einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Angenommen.

Referent des Stadtrathes (liest):

Ausgaben-Rubrik XXIV.

Post 1. Erhaltung der dem Stadtgärtner überwiesenen Anlagen und Alleen:

- a) Personelle Bezüge 38.920 fl.

Referent der Budget-Commission: Zu dieser Post bringt die Budget-Commission eine Erhöhung des Betrages in Antrag, und zwar mit Rücksicht auf die seit 25. Mai 1893 beschlossene Regulierung der Bezüge des Gartenpersonales, wobei der Stadtrath eine Erhöhung der Bezüge um den Betrag von 4870 fl. in Antrag bringt. Wenn auch seit jener Zeit nicht darüber referiert wurde, so ist doch kein Zweifel, daß der Gemeinderath irgendeine Regulierung vornehmen wird. In welcher Höhe, ist heute noch nicht zu sagen. Wir haben als Basis den Beschluß des Stadtrathes genommen, welcher den Betrag um 4870 fl. zu erhöhen beantragt.

Gem.-Rath Dr. Gschmann: Meine Herren! Was die Gartenanlagen anbelangt, so kann ich im großen und ganzen nur sagen, daß sie hübsch gehalten sind, so zwar, daß ich keine Klagen darüber zu führen hätte. Was aber des Tadels wert scheint, ist erstens einmal die mangelnde Besprikung. Es ist in unseren öffentlichen Gärten eine solche Staubentwicklung, daß ihr eigentlicher Zweck, als Erholung für solche Personen, welche sich im Freien bewegen sollen, zum großen Theile illusorisch wird. Ich würde deshalb bitten, daß der Besprikung der öffentlichen Parks eine größere Aufmerksamkeit geschenkt werde, daß nämlich

bei der Beschotterung dafür gesorgt werde, solchen Schotter zu wählen, der eine möglichst geringe Staubentwicklung verursacht. Ein anderer Mißstand, der sich in hohem Grade bei allen Gartenanlagen geltend macht, besonders bei den direct an das Straßentrottoir anstoßenden Gärten, wo also kein Abschluß durch Mauern vorhanden ist, besteht darin, daß die Schneemassen, die sich in diesen Gartenanlagen theils vorfinden, theils durch Abladen vermehrt werden, im Frühjahr zu schmelzen beginnen, so zwar, daß durch Monate, wenn dieses Abschmelzen sich langsam vollzieht, die benachbarten Trottoirs sich entweder in ein Kothmeer verwandeln oder früh und abends, besonders wenn die Temperatur unter den Eispunkt sinkt, sich regelmäßig Glatteis entwickelt, so daß man diese Strecken mit heißen Beinen kaum passieren kann. Das gilt auch von den Gartenanlagen in der unmittelbaren Nachbarschaft des Rathhauses und am Reichsrathsplatz. Das ist eine wahre Schweinerei; durch den ganzen Februar und März währt dieser Zustand, und es muß irgendeine Vorkehrung getroffen werden, daß das Wasser einen anderen Abzug findet, damit nicht das Abschmelzen continuierlich über die Trottoirs stattfindet und zum Theile ein Kothmeer anrichtet oder bei niedrigerer Temperatur Glatteis verursacht.

Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Ich will nur an den Herrn Vorsitzenden die Bitte richten, das Referat, betreffend die Reorganisation des städtischen Gartenpersonales baldigst auf die Tagesordnung zu setzen. Es geht doch nicht an, diese armen Teufel von Gärtnern so lange auf die Erledigung warten zu lassen. Seit Mai steht dieses Referat auf der Tagesordnung, und zwar auf der Tagesordnung der vertraulichen Sitzung; ich sehe hiefür den Grund gar nicht ein. Alle Organisationen werden in öffentlicher Sitzung berathen. Die Behandlung in vertraulicher Sitzung wird, wie ich höre, damit motiviert, daß es sich nämlich auch um eine Personalangelegenheit handelt, indem der Stadtgärtner einen höheren Betrag bekommen soll. Das ist kein Grund, dieses Referat auf die Tagesordnung der vertraulichen Sitzung zu setzen. Wir gönnen dem Stadtgärtner die Erhöhung seiner Bezüge, denn auch in anderen Städten sind diese Stellen besser dotiert. Aber da es sich hier um eine Organisation handelt, gehört das Referat in die öffentliche Sitzung, und ich würde bitten, daß dieses Referat baldigst erstattet werde.

Gem.-Rath Bentnik: Auch ich habe in Betreff der Besprikung der öffentlichen Anlagen eine Bemerkung zu machen. Ich habe hauptsächlich die öffentlichen Anlagen in den neu einbezogenen Bezirken im Auge, wo eben für die Möglichkeit der Besprikung durchaus nicht vorgesorgt ist. Es sind eben öffentliche Anlagen draußen, die eingefriedet sind, und aus dem Grunde kann man mit dem Spritzwagen nicht hineinfahren. Infolge dessen sind diese Anlagen nicht zu bespritzen. Nachdem aber unter diesen Anlagen sich auch weitläufigere befinden, ist es auch nicht möglich, daß der betreffende Aufseher, der dazu beordert ist, mit der Gießkanne zu spritzen, in solcher Weise spritzen kann, daß die Staubentwicklung hintangehalten wird. Die einzige mögliche Abhilfe wäre die, wenn Hydranten aufgestellt würden, so daß mit Schläuchen die Besprikung bewerkstelligt werden könnte. Um diese Möglichkeit herbeizuführen, erlaube ich mir den Antrag zu stellen, es seien Hydranten in den öffentlichen Anlagen der neuen Bezirke aufzustellen, um es möglich zu machen, daß diese Anlagen bespritzt werden.

Ich erlaube mir an die Herren die Bitte, diesem Antrage zuzustimmen.

Gem.-Rath Brauneis: Ich habe zu diesem Punkte nur eine kurze Bemerkung zu machen. In den Anlagen bei der Schmelzbrücke wurden alte Bäume, die noch vom alten Paradiesgarten bestehen, ausgegraben, und es sollten, um eine Gleichheit herzustellen, neue gesetzt werden. Vor circa vier Wochen wurden dort schon Gruben gegraben und Erde zugeführt; man mußte aber die Löcher wieder zumachen, weil sonst jemand hineinfallen könnte. Ich möchte also bitten, daß der Wegmeister die Bäume zum Setzen baldigst bekommt, weil es sonst für heuer zu spät ist.

Gem.-Rath Bärkl: Es ist geradezu zum Staunen. Heuer, wo schon zu Ostern eine schöne Witterung ist, hätte man glauben sollen, daß dafür Vorkehrung getroffen werden wird, daß die Thiere in den Stadtpark rechtzeitig kommen. Bis heute ist das noch nicht geschehen. Im vorigen Jahre waren große Reparaturen. Da habe ich es, trotzdem ich eine diesbezügliche Interpellation gestellt habe, zugegeben, daß die Thiere aus diesem Grunde später hineinkommen. In diesem Jahre waren zwar auch Reparaturen, aber nur in ganz kleinem Maße. Nun ist das Wasser schon seit 14 Tagen im Teich und heute ist bereits soviel Wasser drinnen, daß der Teich übergeht. Ich habe den Stadtgärtner gefragt, wieso es komme, daß die Thiere noch immer zusammengepfercht sind. Es sind 40 Enten, Schwäne, Störche und Gänse dort. In den Stallungen, wo die Thiere überwintern müssen, ist ein solcher Geruch, daß es jedermann einleuchten muß, daß die Thiere schon längst in den Teich gehören, umsomehr, als sich bei der schönen Witterung auch schon das Publicum dort ergeht. Als ich heute zufällig den Stadtgärtner traf, fragte ich ihn, warum die Thiere nicht hineinkommen. Er meinte, bis der Teich voll ist. Nun, sagte ich ihm, schauen Sie nur hin, schon seit acht Tagen ist der Teich voll, heute geht er bereits über. In Schönbrunn sind die Thiere Winter und Sommer draußen; da wird das Eis aufgehauen und auf den freien Platz drängen sich die Thiere heraus und schwimmen sogar auf den Eisblöcken. Bei uns ist trotz der schönen Witterung noch nichts draußen. Ich möchte also den Herrn Bürgermeister bitten, sofort Veranlassung zu treffen, daß die Thiere in den Teich kommen, da kein Hindernis diesbezüglich mehr besteht und sie sonst leiden.

Gem.-Rath A. J. Müller: Im Stadtpark ist ein Sand, der eigentlich ein Abraum ist; der liefert den eigentlichen Roth. Man soll einen Sand nehmen, der härter ist; der Kieselschotter ist zwar um eine Kleinigkeit theurer, aber bedeutend besser. Dann ist auch die Vertheilung sehr ungleichmäßig; an manchen Plätzen liegt der Sand zwei bis drei Zoll hoch, an anderen Plätzen wieder ist gar keiner. Es soll also das Stadtbauamt beauftragt werden, die Planierung des Sandes gleichmäßig vorzunehmen und besseren Schotter anzuschaffen.

Die Bewässerung der Alleeabäume auf der Ringstraße ist auch sehr schlecht. Sie sehen am Ring drei Partien Arbeiter, je drei Mann, die fangen am Schottenring an und fahren im Sommer dreimal täglich um den ganzen Ring. Das ist die ganze Bewässerung. Zuerst wurden die Alleeabäume am Ringe ertränkt, weil sie zu viel bewässert wurden, jetzt geschieht fast gar nichts.

Ich möchte also beantragen, daß das Stadtbauamt beauftragt werde, die Wege mit besserem Sand zu belegen und die Ringstraßen-Alleeabäume mehr zu bewässern.

Bürgermeister: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet. Die Herren Referenten haben auch keine Bemerkungen zu machen.

Ich erkläre also die ganze Post nach den Anträgen des Stadtrathes für angenommen.

Herr Gem.-Rath **Beutnik** hat beantragt, es seien Hydranten in den öffentlichen Anlagen der neuen Bezirke aufzustellen, um es möglich zu machen, daß diese Anlagen bespritzt werden können.

Die Herren, die mit der Zuweisung dieses Antrages an den Stadtrath einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschicht.) Angenommen.

Über die Anregung des Herrn Gem.-Rathes **Bärkl** werde ich Erhebungen pflegen.

Der Antrag **Müller** lautet: „Es sei ein besserer Sand in den Gartenanlagen zu verwenden und die Bespritzung der Alleeabäume in besserer Weise durchzuführen.“ Der Antrag geht an den Stadtrath zur Vorberathung. (Nach einer Pause.) Angenommen.

Referent des Stadtrathes: Der Herr Bürgermeister hat enunciiert, daß die ganze Post 1 der Rubrik XXIV nach den Anträgen des Stadtrathes angenommen worden sei. Das ist richtig; mit Ausnahme der Post a „Personelle Bezüge“, wo die Budget-Commission eine Erhöhung beantragt.

Bürgermeister: Ja, es ist der höhere Betrag mit 43.790 fl., den die Budget-Commission beantragt, und das übrige nach den Stadtraths-Anträgen angenommen.

Referent des Stadtrathes (liest):
Post 2. Erhaltung der in der Obforge der Bezirksvorstände stehenden Anlagen 47.890 fl.
Das ist der Antrag des Stadtrathes.

Referent der Budget-Commission: Hier beantragt die Budget-Commission, den Betrag um nur 400 fl. zu erhöhen, weil in Aussicht genommen ist, daß in dem von der Gemeinde neu angekauften Hause Nr. 104 Kaiserstraße ein Kinderspielplatz errichtet werden soll und die Kosten hiefür mit 400 fl. berechnet wurden. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Gem.-Rath Eigner: Meine Herren! In den Vororten sind auch Parke, man kann sie nicht Gärten nennen, aber kleine Parke angelegt. (Rufe: Umgekehrt!) Dort kann jetzt eine Bespritzung gar nicht stattfinden, und wenn sie stattfindet, so geschieht sie auf solchen Umwegen, daß man dies in heutiger Zeit nicht mehr finden sollte. Da ist z. B. am Mitterberg in der Leopoldgasse, Ecke der Annagasse, ein solcher kleiner Park, und es ist kein Wasser in der Nähe. Nun kommt ein solcher Wagen mit einer Wasserlade, die Pferde werden ausgespannt, an dieser Lade ist aber kein Schlauch, sondern nur eine Pipe, die ganz hinten auf dem Hintergestelle ist — die Herren Fuhrwerksbesitzer werden das ja wissen — man kann da kein Schaff hinstellen, sondern die Arbeiter müssen fortgehen und erst ein Auslaufrohr suchen, damit sie endlich das Wasser herausbekommen, das dann durch diese Rohre in die Pumpe geleitet wird, mit welcher sie dann den Garten bespritzen können.

Das ist zu umständlich und die Gärten gehen dabei ganz zugrunde, weil sie nicht genügend begossen werden. Das Gras kann nicht wachsen. Ich möchte also den Herrn Bürgermeister bitten, es solle, wenn die Wasserleitungsrohre in den neuen Bezirken gelegt sind, an jedem Orte, wo so ein kleiner Park angelegt ist, ein Hydrant aufgestellt werden, damit man mit den Schläuchen die Gärten und Bäume bespritzen kann, damit das, was so viel Geld kostet, gedeiht, und das Publicum, welches hingehet, um dort Schutz und Vergnügen zu suchen, ein bißchen Schatten findet. Ich er-

laube mir folgenden Antrag zu stellen: Nachdem auch in den äußeren Bezirken Wiens . . . (Rufe: Ist schon beantragt!)

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath **Deutnitz** hat einen ganz gleichen Antrag gestellt.

Gem.-Rath Sagner: Zu dem hier?

Bürgermeister: Ja!

Gem.-Rath Sagner: Ich habe nichts gehört. (Rufe: Er ist schon angenommen! — Gem.-Rath **Dr. Lueger:** Dem Stadtrathe ist er zugewiesen worden!) So können Sie auch meinen Antrag dem Stadtrathe zuweisen. (Heiterkeit.) Mehr kann nicht geschehen, als daß er dem Stadtrathe zugewiesen wird.

Ich bitte, ich bin noch nicht fertig. Ich muß noch etwas anderes anführen. Wenn in einem Parke ein Bäumchen zugrunde geht — ich habe das hier schon einmal bemerkt — muß ein anderes vom Central-Friedhofe geholt werden. (Unruhe! Rufe: Das haben wir schon gehört!) Ich erlaube mir da den Antrag zu stellen, es mögen in den sämtlichen einverleibten Gemeinden, den neuen Bezirken von Wien, Baumschulen errichtet werden, um den nöthigen Nachwuchs von Bäumen zu beschaffen, damit nicht bei einem Bäumchen, das 30 kr. wert ist, vielleicht 5 fl. Aufkosten auflaufen.

Ich glaube, diesen Antrag können Sie annehmen.

Gem.-Rath Strobaß: Ich habe schon im vorigen Jahre einen Antrag gestellt bezüglich der Beschotterung der Parkanlagen und Kinderspielplätze. Am Bacherplatz, am Einsiedlerplatz, am Phornsplatz, da findet die Beschotterung mit Wienflussschotter der schlechtesten Qualität statt. Der Wienflussschotter ist zur Hälfte mit Erde gemengt, zur Hälfte mit kleinen Steinplatten. Wenn aufgespritzt wird, so ist durch zwei Stunden ein ganzes Rothmeer, es kann niemand dort gehen, die Kinder können weder spielen, noch sonst sich dort bewegen. Scheint aber die Sonne darauf, so entsteht ein ganzes Meer von Staub, kurz und gut, das ist ein äußerst bedenklicher Zustand. Als leßthin über die Parkanlagen in der Hugelbrunnengasse gesprochen wurde, hat besonders Herr **Dr. Hackenberg** gesagt: es ist unbedingt nothwendig, daß etwas geschehe, und mit Recht hat er das gesagt. Es wurde sehr viel von Hygiene, Sanität u. s. w. gesprochen und, meine Herren, es ist das jedenfalls sehr nothwendig gewesen; aber gerade so, wie es dort auf dem Plage nothwendig ist, ist es auch in anderen Bezirken nothwendig, wenn Sie bedenken, daß gerade die Ärmsten der Armen, welche an die Scholle gebunden und nicht in der Lage sind, auf das Land zu gehen, ebenso die Kranken, welche Erholung suchen, in dem Parke dort sich aufhalten sollen, wo geradezu ein Bacillenschotter liegt. Das ist ungerecht. Wenn Sie circa 1.000.000 fl. ausgeben können für den Park in der Hugelbrunnengasse, so sollen Sie im allgemeinen so vorgehen — das wird gewiß nur die Berücksichtigung einer gerechten Forderung sein — und dahin wirken, daß in sämtlichen Parkanlagen und insbesondere auf den Kinderspielplätzen ein guter Donaurieselschotter verwendet werde.

Ich würde aber, wenn der Antrag dem Stadtrathe zugewiesen wird, bitten, daß es nicht so gehe, wie im vorigen Jahre. Ich wurde vor einigen Tagen in einer Versammlung interpelliert, was mit meinem Antrage geschehen ist. Ich kann ja nicht mehr thun, als den Antrag einbringen. Ich wollte voriges Jahr nicht das Abziehen der Parkanlagen von dem schlechten Schotter beantragen, weil es im Juni war, aber ich würde bitten, daß wenigstens heuer die Sache sofort in Angriff genommen werde. Der Preisunterschied im Schotter ist ein sehr geringer und der Preis kann da überhaupt keine Rolle

spielen, denn es handelt sich um die Gesundheit der Kinder und kranken Leute, welche die Parkanlagen in Wien aufsuchen müssen. Ich würde Sie daher bitten, im Interesse der Humanität für meine Anregung zu stimmen, und würde mir erlauben, einen Antrag einzubringen, welcher lautet:

„Die Parkanlagen und Kinderspielplätze sind in Hinkunft, und zwar schon vom heurigen Frühjahr angefangen, mit Donaurieselschotter zu versehen; Wienflussschotter ist gänzlich auszuschließen.“

Ich würde bitten, diesen meinen Antrag im Interesse der Kinder und der armen, kranken Leute anzunehmen. (Beifall links.)

Gem.-Rath Mareš: Meine sehr geehrten Herren! Sämtliche Parkanlagen des XVI. Bezirkes befinden sich in einem geradezu schauerlichen Zustande. Ich möchte daher bitten, der Herr Bürgermeister möge veranlassen, daß sich die maßgebenden Factoren von meiner Beschwerde überzeugen und den Parkanlagen dieses Bezirkes eine größere Aufmerksamkeit zuwenden.

Bürgermeister: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet. Die Herren Referenten haben keine Bemerkung zu erheben. Ich erkläre daher die Posten 2 a und b für angenommen.

Der Antrag des Herrn Gem.-Rathes **Sagner** betreffs Herstellung von Hydranten ist identisch mit dem Antrage **Deutnitz**, welcher dem Stadtrathe bereits zugewiesen ist. Herr Gem.-Rath **Sagner** hat noch einen Antrag gestellt, daß in sämtlichen neu einverleibten Gemeinden Wiens Baumschulen errichtet werden, um einen Nachwuchs an Bäumen zu gewinnen.

Ich ersuche jene Herren, welche mit der Zuweisung an den Stadtrath einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) **Abgelehnt.**

Ferner ein Antrag des Herrn Gem.-Rathes **Strobaß:** „Die Parkanlagen und Kinderspielplätze sind in Hinkunft, und zwar schon vom heurigen Frühjahr angefangen, mit Donaurieselschotter zu versehen. Wienflussschotter ist gänzlich ausgeschloffen.“

Ich ersuche jene Herren, welche mit der Zuweisung dieses Antrages an den Stadtrath einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) **Angenommen.**

Referent des Stadtrathes (liest):

Durchgeführte Werte 1950 fl., Seite 191.

Auslagen für anderweitige öffentliche Anlagen . . .	3.590 fl.
B. Außerordentliche Ausgaben.	
Herstellung einer Gartenanlage beim Engelbrunnen auf der Wiedener Hauptstraße im IV. Bezirke . . .	300 fl.
Herstellung von Gartenanlagen im V. Bezirke . . .	3.500 fl.
Herstellung einer Gartenanlage auf dem Urban-Lortzplatz im VII. Bezirke	2.500 fl.
Herstellung einer Allee in der Laxenburgerstraße von der Landgutgasse bis zur Buchengasse im X. Bezirke	590 fl.
Herstellung von Gartenanlagen und Alleen im XII. Bezirke	2.500 fl.
Herstellung einer Gartenanlage bei der Kirche in Neugersthof im XVIII. Bezirke	1.800 fl.
Herstellung von anderweitigen neuen Gartenanlagen und Baumpflanzungen in sämtlichen Bezirken Wiens	20.000 fl.
Weiters kommen einige Positionen, welche in dem gedruckten Exemplare, welches die Herren haben, nicht enthalten sind, nämlich:	
Herstellung neuer Baumpflanzungen und Anlagen im II. Bezirke	2.500 fl.

Anpflanzung von Baumreihen im oberen Theile der Landstraße Hauptstraße	3.000 fl.
Herstellung einer Anlage am Kirchenplage in Breitensee, XIII. Bezirk	800 fl.
Herstellung von Baumpflanzungen im XIV. Bezirke	470 fl.
Anpflanzung von Gesträuchen längs der Einfriedung auf dem Henriettenplage im XV. Bezirke	300 fl.
Verbesserung der Allee im oberen Theile der Salmanns- dorferstraße im XVII. Bezirke	300 fl.
Bürgermeister: Keine Einwendung? — Angenommen.	
Referent des Stadtrathes (liest): Seite 195, Rubrik XXV „Beleuchtung“.	

In der Einnahme:

„Beiträge zur öffentlichen Beleuchtung“	2.930 fl.
Ausgaben:	

Öffentliche Beleuchtung.

Eigentliche Beleuchtungskosten:

Gasbeleuchtung	652.790 fl.
Petroleumbeleuchtung	3.190 fl.

In der Position für die Gasbeleuchtung ist ein ziemlich bedeutender Betrag für neu zuwachsende Flammen mit enthalten, was die Herren aus der Anmerkung ersehen.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Meine Herren! Gelegentlich des Gasarbeiter-Strikes sind an den Herrn Vorsitzenden mehrere Interpellationen gerichtet worden, insbesondere dahin gehend, ob der Gasdruck, welcher im Vertrage vorgeschrieben ist, vorhanden war, sowie auch darüber, ob die Qualität die richtige war. Die Interpellationen sind dahin beantwortet worden, daß der Gasdruck nur in wenigen Fällen nicht dem Vertrage entsprochen habe, daß er in der Regel der richtige, im Vertrage vorgesehene war. Es ist schwer, gegen eine solche Behauptung aufzutreten, weil dem Privaten die Mittel fehlen, um diesbezüglich die vollständige Richtigkeit erweisen zu können. Mir ist aber von fachkundigen Personen mitgetheilt worden, daß während des Gasarbeiter-Strikes der durch den Vertrag geforderte Druck nicht vorhanden gewesen ist, und das ergibt sich auch aus dem, daß der Betrieb der Gasmotoren vollständig eingestellt werden mußte. Ich würde daher glauben, daß, wenn noch einmal ein solches Ereignis eintreten sollte, von Seite des Präsidiums sowohl als auch von Seite des Stadtbauamtes darauf hingewirkt werden soll, daß nicht der englischen Gasgesellschaft der Kampf mit ihren Arbeitern erleichtert werde. Meiner Anschauung nach ist weder das Präsidium noch sind die Behörden dazu berufen, die Gasgesellschaft zu unterstützen; wir haben uns in die Sache überhaupt nicht einzumengen — das ist mein Grundsatz — aber gewiß haben wir das eine nicht zu thun: wir haben nicht die Gasgesellschaft zu unterstützen.

Aus diesem Grunde muß ich doch auch jenen Fall anführen, welcher im Stadtrathe zur Behandlung gelangt ist, und welcher auch beweist, daß der Magistrat meiner innersten Überzeugung nach nicht jene unabhängige und unparteiische Stellung einnimmt, welche er als öffentliche Behörde einzunehmen verpflichtet ist. Die Gewerbegejesnovelle, durch welche die Sonntagsruhe eingeführt worden ist, besteht seit 1885. Es ist nun eine Thatsache, daß die Laternanzünder, welche gar keinen freien Tag haben, in einer Versammlung, die sie abhielten, beschloffen haben, daß ihnen wenigstens das eine gestattet werden möge, daß sie die Gaslaternen an Sonntagen nicht zu putzen haben. In unserem Vertrage ist vorgesehen, daß die Gaslaternen täglich gepußt werden

müssen. Der Magistrat ist von dieser Resolution der Arbeiter verständigt worden. Der Magistrat hat auf diese Resolution hin nichts gemacht. Das bitte ich zur Kenntnis zu nehmen.

Es ist dann der Strike wahrscheinlich geworden, und es hat sich um die Frage gehandelt, ob die Laternanzünder den Strike mitmachen oder nicht. Damit nun die Laternanzünder den Strike nicht mitmachen, ist Folgendes geschehen:

Der Oberinspector der englischen Gasgesellschaft, namens Bauer, hat beim Magistrate der Stadt Wien ein Eingabe überreicht, in welcher er um die Entscheidung der Frage gebeten hat, ob das Putzen der Gaslaternen an Sonntagen als gewerbliche Arbeit anzusehen sei, welche nach der Gewerbe-Ordnung an Sonntagen nicht zu vollziehen sei.

Über diese Eingabe entscheidet nun der Magistrat neun Jahre nach dem Inlebentreten des Gesetzes im Jahre 1885: „Ja, das Putzen der Laternen an einem Sonntage ist eine gewerbliche Arbeit, welche nicht unbedingt nothwendig ist und daher nicht verrichtet werden darf.“

Nun frage ich: Wie kommt der Magistrat dazu, der englischen Gasgesellschaft derartige Gefälligkeiten zu erweisen? Die Entscheidung ist sachlich unrichtig, denn, wenn das Putzen der Gaslaternen an Wochentagen nothwendig ist, so ist es gewiß auch an Sonntagen nothwendig, und wenn es nicht nothwendig gewesen wäre, so hätten wir es uns ja im Vertrage nicht bedungen. Die Antwort ist also zweifellos.

Dazu kommt noch, daß nach einer Verordnung des Ministeriums die Erzeugung von Leuchtgas überhaupt von der Sonntagsruhe ausdrücklich ausgeschlossen ist. Da dreht es sich nun um die Frage, ob Gaslaternen „Werkvorrichtungen“ sind oder nicht. Nun, daß die Gaslaternen Werkvorrichtungen sind, ist zweifellos, da ohne Gaslaternen das Gas nicht abgegeben werden kann. Die Entscheidung des Magistrates ist also gesetzlich nicht begründet, und ich frage nun: Wie kommt der Magistrat dazu, der englischen Gasgesellschaft diesen Gefallen zu erweisen? Das ist geradezu unerhört. Was wollen denn die Laternanzünder? Sie wollen einen freien Tag haben; das wäre auch das Richtige, denn mit der bloßen Ersparung des Putzens haben sie noch keinen freien Sonntag. Das Richtige wäre, daß eine neue Schicht eingeführt wird, und daß der siebente Tag freigegeben werde, ob es ein Sonntag oder Wochentag ist, damit diese Leute einen freien, bezahlten Tag haben. Das ist der eigentliche Wunsch der Laternanzünder.

Damit nun die englische Gasgesellschaft eine solche Schicht erspart — ich weiß nicht, ob der Magistrat überhaupt daran gedacht hat, jedenfalls ist das jetzt der englischen Gasgesellschaft durch die Entscheidung ermöglicht worden — wird eine derartige Entscheidung getroffen.

Noch merkwürdiger ist es aber, daß der Magistrat, um seinen Rücken zu decken, das Auskunftsmittel getroffen hat, von dieser seiner Entscheidung den Stadtrath, also die Gemeinde Wien zu dem Zwecke zu verständigen, damit diese gegen die Entscheidung des Magistrates der Stadt Wien eventuell den Recurs an die Statthaltereie ergreife.

Wer das Gesetz kennt, muß wissen, daß die Gemeinde Wien kein Recursrecht hat, weil sie sich als Contrahent nicht hincinmischen kann, sondern das ist eine Frage, die den Arbeitgeber und den Arbeitnehmer angeht, nie aber den Contrahenten angeht. Was ist uns übrig geblieben? Der Stadtrath hat den Recurs nicht ergriffen, und die Gaslaternen werden an Sonntagen nicht gepußt.

Die englische Gasgesellschaft ist ihrer Verpflichtung enthoben, und wir können mit unserem Vertrage durch die Finger sehen. Das sind Vorkommnisse, die nicht scharf genug getadelt werden können. Ich erblicke in alledem eine Parteinahme für die englische Gasgesellschaft gegen die Arbeiter. Bei diesem Strike hätten wir das nicht thun sollen. Jetzt ist eine Reihe von Wiener Arbeitern und österreichischen Arbeitern brotlos geworden — vielleicht durch ihre Schuld, ich will darüber nicht entscheiden. Wer ist an ihre Stelle getreten? Slovaken, die den Wiener Gewerksleuten nicht das Geringste zu verdienen geben, die einfach in Gemeinsamkeit essen, und was sie essen, kostet nicht viel. Übrigens die Herren, die die slowakischen Arbeiter von der Nordbahn kennen, werden bestätigen, daß die Ansprüche dieser Arbeiter an das Leben so außerordentlich geringe sind, daß die Wiener Gewerksleute gewiß keinen Vortheil haben. Es wäre die Pflicht des Wiener Magistrates gewesen, sich in dieser Frage unparteiisch zu verhalten und hätte es unter keiner Bedingung thun dürfen, eine solche Gefälligkeit der englischen Gasgesellschaft zu erweisen. Aber noch Ärgeres ist geschehen. Der Bürgermeister hat nach dem Statut das Recht, eventuelle Entscheidungen des Magistrates zu sistieren. Wie uns mitgetheilt worden ist, ist von dieser so hochwichtigen Entscheidung des Magistrates der Bürgermeister nicht besonders in Kenntniß gesetzt worden, so daß er nicht in der Lage war, eventuell von diesem Rechte Gebrauch zu machen. (Hört!)

Nun finde ich es begreiflich, daß der Bürgermeister nicht von allen Entscheidungen des Magistrates verständigt wird. Aber, wenn eine derartige Entscheidung gefällt wird, welche ein so wichtiges Recht der Gemeinde betrifft, dann ist es die Pflicht des Magistrates oder des betreffenden Referenten, den Bürgermeister früher in Kenntniß zu setzen. Wenn ich Bürgermeister wäre, ich würde mir den Herrn Referenten ordentlich ausleihen. Das sage ich ganz offen. (Gem.-Rath Dr. Scholz: Oho! — Rufe links: Was hat der zu schreien?) Er soll schreien, was er will. (Gem.-Rath Steiner: Er schreit anderen Leuten zu, das Maul zu halten!) Aber, meine Herren, wir werden uns doch nicht über eine Äußerung des Herrn Med.-Dr. Scholz echauffieren; was er redet, ist so absolut gleichgiltig, daß wir uns selbst etwas — wie soll ich sagen — für geringer halten möchten, wenn wir überhaupt einer Äußerung des Gem.-Rathes Scholz eine Bedeutung beilegen würden.

Ich wiederhole, der Bürgermeister ist nicht in Kenntniß gesetzt worden und so ist der Zustand entstanden, daß wir an Sonntagen die Gaslaternen nicht gepußt haben. Der Gasarbeiterstrike ist zu Ungunsten der Arbeiter ausgegangen, hunderte von Familien sind brotlos, und mitthätig dabei war der Magistrat der Stadt Wien. Das muß im Gemeinderathe öffentlich getadelt werden, und deshalb habe ich mich für verpflichtet gehalten, diese Verhältnisse wahrheitsgetreu anzuführen. (Beifall links.)

(Während vorstehender Rede hat Vice-Bürgermeister Dr. Richter den Vorsitz übernommen.)

Bürgermeister: Ich bedauere unendlich, daß sich der Herr Borredner bestimmt gefunden hat, hier eine solche Brandrede gegen den Magistrat loszulassen und ich muß gegen die Äußerungen des Herrn Borredners in der allerentschiedensten Weise protestieren und diese Bemerkungen zurückweisen. Der Magistrat ist unabhängig und unparteiisch vorgegangen und hat nach seiner Überzeugung, nach Recht und Gesetz entschieden. Ich habe gar keine Veranlassung gehabt, gegen diese Entscheidung irgendwie aufzutreten, da ich die

Überzeugung habe, daß der Magistrat nach der seiner Ansicht entsprechenden Auslegung der Gesetze vorgegangen ist. Ich wüßte auch gar nicht, warum der Magistrat in anderer Weise vorgehen soll, als unabhängig und lediglich in Auslegung der Gesetze, ich muß insbesondere den Vorwurf zurückweisen, daß der Magistrat etwas gethan hat, um die Gasgesellschaft zu unterstützen und etwas zu thun, was gegen die Arbeiter gerichtet ist. Die Frage, ob das Puzen der Laternentafeln an Sonntagen gestattet ist oder nicht, liegt allerdings in verschiedenen Acten dem Magistrate zur Entscheidung vor. Warum darüber früher nicht entschieden wurde, weiß ich nicht. Ein unmittelbarer Anlaß war wahrscheinlich nicht vorhanden. Nun wurde der Magistrat als Gewerbebehörde zur Entscheidung gedrängt, indem die Gasgesellschaft darauf hingewiesen hat, daß die Gasarbeiter das Ansuchen an die Gesellschaft gerichtet haben, von dieser Arbeit am Sonntag enthoben zu werden. Das ist auch dem Stadtrathe vorgelegen. Der Vertreter der Gasgesellschaft hat das dem Magistrate mitgetheilt und die Bitte gestellt, der Magistrat möge als Gewerbebehörde entscheiden. Der Magistrat hat in einer Sremialsitzung nach sehr eingehender Berathung darüber entschieden und ist auf Grund der Auslegung des Gesetzes — des Gewerbegesetzes in diesem Falle — zur Ansicht gekommen, diese Arbeit sei am Sonntag nicht unbedingt nothwendig und habe daher an einem Sonntage zu entfallen. (Zustimmung rechts.) Meine Herren! Wie können wir uns hier auf eine Untersuchung einlassen, ob der Magistrat damit recht gehabt hat oder nicht? Ich glaube, der Herr Borredner, der so lange Jahre Mitglied der Gemeindevvertretung ist und immer sagt, daß er den Magistrat so schätzt, sollte diese Frage hier nicht aufrollen und sollte die Behörde, welche bisher und jederzeit mit Ehren ihres Amtes gewaltet hat (Beifall rechts), nicht in solcher Weise angreifen.

Ich bin auch von der Beschlußfassung des Magistrates verständigt worden und habe keine Veranlassung gehabt, die Entscheidung zu ändern. Ich habe die Verfügung getroffen und bin auch heute der Ansicht, daß die Gemeinde von dem Beschlusse zu verständigen war, und zwar aus dem Grunde, weil die Gemeinde in der Sache Interessent ist, sowohl nach dem Vertrage, den die Gemeinde mit der Gasgesellschaft abgeschlossen hat, als auch als Wahrerin der öffentlichen Interessen Wiens, denn es kann für die Gemeinde, auch wenn der Vertrag nicht abgeschlossen worden wäre, nicht gleichgiltig sein, daß eine solche bedeutende Berrichtung, wie sie zur Gasbeleuchtung nothwendig ist, in dieser oder jener Weise gehandhabt wird. Infolge dessen ist die Gemeinde rechtzeitig verständigt worden, daß der Magistrat diese Entscheidung als Gewerbebehörde getroffen, und es war der Stadtrath in der Lage, zu entscheiden, ob er sich damit beruhigt oder ob er den Recurs ergreifen will.

Ich werde mich in die Details der Berathung im Stadtrathe nicht einlassen, insbesondere nicht Namen von Personen nennen, die das oder jenes gethan haben, weil das nicht meine Sache ist. Thatsache ist, daß der Stadtrath beschlossen hat, den Recurs nicht zu ergreifen, und so bleibt es vorläufig bei der Entscheidung des Magistrates, die Laternen werden am Sonntag nicht gepußt.

Meine Herren! So ist der Sachverhalt. Ich kann nur sagen, daß, insoweit ich mit dieser Sache zu thun gehabt, ich auf dem Standpunkte der strengsten Objectivität gestanden und der Gasgesellschaft mitgetheilt habe, daß wir genau auf Einhaltung des Vertrages dringen werden und daß von uns ein Entgegenkommen

oder irgendeine Nachsicht nicht zu erwarten ist. Wohl aber habe ich das Möglichste gethan, um das Los der Arbeiter zu verbessern oder zu erleichtern, und ich muß gestehen, soweit meine Wahrnehmungen reichen, sind meine Bemühungen im Interesse der Arbeiter von Erfolg gewesen. (Bravo! rechts.) Es ist heute eine große Anzahl von entlassenen Arbeitern wieder aufgenommen worden, allerdings nicht alle; ich hoffe aber, daß eine Weiteraufnahme stattfinden wird, die aber nicht so leicht ist, weil inzwischen andere Arbeiter aufgenommen wurden, die man jetzt nicht aus Erkenntlichkeit dafür, weil sie eingesprungen, sofort entlassen kann.

Ich möchte mit der Bemerkung schließen, daß ich bedauere, daß ein Mitglied der Gemeindevertretung diese Angelegenheit im Abgeordnetenhaus zum Gegenstande der Besprechung gemacht und in gleicher Weise sich geäußert hat, wie der Herr Vorredner hier. Ich bin der Meinung, daß jedes Mitglied der Gemeindevertretung verpflichtet ist, für das Ansehen und die Ehre der Gemeindevertretung einzutreten, nicht aber dort so zu sprechen, wie wenn die Gemeindebehörde eine Gefälligkeit erweisen hätte.

Meine Herren! Ich wüßte nicht und könnte mir nicht vorstellen, wieso denn die Behörde dazu kommt, irgendeiner Gesellschaft oder irgendeiner Person eine Gefälligkeit zu erweisen. Diese Idee dürfen wir nicht aufkommen lassen; sie ist auch nicht begründet und deshalb glaube ich auch, sollte man es auch nicht aussprechen. (Beifall.)

Gem.-Rath Dr. Gehmann: Zunächst muß ich es zurückweisen, daß dasjenige, was ich im Abgeordnetenhaus in Ausübung meiner Pflicht vorbringe, hier zum Gegenstande einer Kritik gemacht werde. Wenn ich glaube, daß von Seite der Gewerbebehörde I. Instanz eine irrige und parteiische Entscheidung gefällt wurde, dann habe ich nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, an der Stelle, wo die Sache eben vorzubringen ist, dieselbe auch wirklich vorzubringen. Die Ehre und das Ansehen der Gemeinde wird nicht durch dergleichen ganz berechnete Recriminationen geschädigt, sondern vielmehr dadurch, daß wirklich in der Öffentlichkeit und gegenüber jedem Unbefangenen der Verdacht einer solchen Parteilichkeit durch derlei Entscheidungen hervorgerufen werden muß. Ich muß übrigens auf die Ausführungen des Herrn Bürgermeisters Folgendes erwidern: Seit 1885 besteht die Gewerbenovelle, und es ist nach dem Wortlaute des § 75 gar keine Frage, daß in der That die jetzige Entscheidung des Magistrates als eine nicht dem Gesetze entsprechende zu betrachten ist. Ausdrücklich heißt es in Alinea 28 der betreffenden Ministerial-Verordnung, die in Ausführung des § 75 der Gewerbeordnung herausgegeben wurde, die Gaswerke sind von den Bestimmungen des § 75 der Gewerbeordnung ausgenommen. Es ist also die Rechtslage nach dem Stande der Verordnungen eine vollständig klare. Es hat schon der Herr Bürgermeister gemeint, er wisse nicht, warum seit 1885 in der Frage keine Entscheidung getroffen wurde; nun diese Frage sind wir berechtigt zu stellen. Es ist sehr merkwürdig, daß der Magistrat diese Entdeckung erst nach zehn Jahren gefällt hat, erst im Augenblicke, wo ein Strike gerade acut zu werden droht und wo die Laternanzünder diese Forderungen erheben und sich dem Strike anzuschließen drohen.

Aber, meine Herren, wenn ein Zweifel sein könnte, ob da wirklich mit solcher Unparteilichkeit vorgegangen wurde, wie der Herr Bürgermeister gesagt hat, so wird er durch Folgendes behoben:

Kurz bevor der Herr Oberinspector Bauer von der Gasgesellschaft diese Eingabe an den Magistrat gerichtet hat, haben die Laternanzünder eine Resolution gefaßt und dieselbe dem Magistrat zur Kenntnis gebracht. Damals hat der Magistrat sich nicht veranlaßt gefühlt, eine Entscheidung zu treffen; wie aber der Herr Oberinspector Bauer gekommen ist, wie man gefürchtet hat, daß wirklich ein Contractbruch eintreten könne, hat der Magistrat sich sofort veranlaßt gefühlt, diese Entscheidung zu fällen! Da darf man dann nicht in der Weise sprechen, wie der verehrte Herr Bürgermeister gesprochen hat, da es nicht nur Recht, sondern geradezu Pflicht ist, derlei Dinge überall zur Sprache zu bringen, wo sie hingehören, und es ist viel besser, in solchen Fällen einzugehen: „Ja, da hat eine traurige Nachgiebigkeit stattgefunden“, als sich auf den Standpunkt des Verletzten zu stellen und zu thun, als ob weiß Gott welche Schädigung des Ansehens der Gemeinde von unserer Seite (links) platzgegriffen hätte, wenn derlei Dinge gerügt wurden.

Ich bin durchaus nicht derjenige, der sagt, der Gasarbeiterstrike sei berechtigt; ich kümmere mich nicht um diese Frage und mische mich nicht ein, aber Gerechtigkeit hat man gegen jedermann zu üben, auch gegen die Arbeiter und besonders in Zeiten, die so aufgeregte sind wie die heutigen.

Wenn der Herr Bürgermeister sagt, es wäre geradezu unfassbar, wenn einer auch nur der Meinung Ausdruck geben wollte, daß irgendeine Behörde gegenüber der Gasgesellschaft Connivenz oder Entgegenkommen zeige, so heißt es uns viel zuzumuthen, wenn man dergleichen Anschauungen ausspricht, und zwar ernstlich ausspricht, und den Anspruch erhebt, damit ernst genommen zu werden.

Meine Herren, was die englische Gasgesellschaft seit Jahrzehnten an Contractbrüchen und Verletzungen der Interessen der Gemeinde Wien und der Gasconsumenten geleistet hat, weiß jeder, und es muß wirklich sonderbar anmuthen, wenn man bei einer solchen Gelegenheit mit Äußerungen kommt, wie sie der Herr Bürgermeister gethan hat.

Gem.-Rath Steiner: Es nimmt mich gar nicht wunder, daß der Herr Bürgermeister sich für die Gasgesellschaft eingesetzt hat. Hat er doch gleich bei seiner Antrittsrede Zweifel gehegt, ob durch die Erbauung der städtischen Gaswerke eine Rentabilität erzielt würde. Der Bericht, welchen der Bürgermeister auf Grund des Gemeinderaths-Beschlusses vom 15. September alle zwei Monate erstatten soll, wie weit die Erbauung der städtischen Gaswerke fortgeschritten ist, ist auch bis heute nicht erstattet worden. Was die Laternanzünder anbelangt, so weiß man gar nicht, wann der Arbeitstag anfängt und wann er aufhört. Ich weiß es selbst nicht. Ich war einmal bei der Gesellschaft, nachdem mich die Laternanzünder gebeten haben, ich möge hingehen. Man wird dort so behandelt, daß ich ein zweitesmal nicht hingegangen bin. Es hat Herr Dr. Friedjung im Laufe des Sommers einmal eine Interpellation eingebracht, welche, wie viele andere nicht sachgemäß und wahrheitsgetreu beantwortet worden ist. Die Laternanzünder müssen in den äußeren Gemeinden in der Frühe die Laternen auslöschten, das dauert bis 7 Uhr und im Winter bis 10 Uhr. Die Anzündestangen müssen sie in den Gasometer tragen, dort bleiben sie bis 12 Uhr, dann dürfen sie nach Hause gehen. Dann putzen sie die Laternen, dann müssen sie wieder hingehen. Um 4 Uhr werden sie entlassen, dann müssen sie anzünden, dann wieder zum Gasometer gehen und erst um 12 Uhr nachts, wenn sie ausgelöscht haben,

können sie nach Hause gehen. Wann ist ein solcher Mensch bei seiner Familie? Da geschieht nichts gegen die Gasgesellschaft. Da sollte der Magistrat dafür eintreten, daß die Leute nicht so ausgebeutet werden.

Noch eines über die Petroleumbeleuchtung. Daß die Anträge der Vertretungen nicht beachtet werden, jahrelang liegen bleiben, daran haben sich die einzelnen Bezirksvertretungen bereits gewöhnt. Es sind von Herrn St.-R. Kreindl und anderen Herren verschiedene Anträge eingebracht worden, die heute noch nicht erledigt sind.

Bezüglich der Petroleumvertheilung erlaube ich mir aufmerksam zu machen und zu fragen, ob denn die einzelnen Flammen nicht dotiert sind? Ich habe heute im Schöpfwerke in Unter-Döbling nachgeschaut, dort ist das Warenlager von Petroleum, dort nimmt alles Petroleum; mir hat der Tagelöhner gesagt, wenn das Faß leer ist, kommt ein anderes. Ich bitte, dafür Sorge zu tragen, daß nicht mehr genommen werde, als am Rahlberg gebraucht wird. Dort ist alles offen, es kann jeder hineingehen, wann er will, und nehmen, wieviel er will. Es muß doch ein bestimmtes Quantum vorgeschrieben sein, der Magistrat oder das Bauamt werden doch die Zeit haben, das zu berechnen, damit man weiß, wieviel verwendet und gekauft werden darf.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Meine Herren! Es hätte die Majorität heute bei den einzelnen Auseinandersetzungen des Bürgermeisters nicht „Bravo!“ rufen sollen und hätte der Herr Bürgermeister sich nicht so heiß um die Sache annehmen sollen, und wissen Sie, warum? Weil damals der Herr Bürgermeister noch nicht Bürgermeister war und die Sistierung einer solchen Magistrats-Entscheidung nur dem Bürgermeister oder dem amtsführenden Vice-Bürgermeister zusteht. Es hat sich also bei der Sache nicht um die Person des jetzigen Herrn Bürgermeisters gehandelt — ich habe auch den jetzigen Herrn Bürgermeister gar nicht in die Debatte hineingezogen und er hat es daher gar nicht nothwendig gehabt, sich in den Vordergrund der Sache zu stellen. Es ist richtig, es war damals — wenn ich nicht irre — Dr. Richter amtsführender Vice-Bürgermeister und er ist nicht verständigt worden — das ist im Stadtrathe gesagt worden.

Der Herr Bürgermeister hat erwähnt, daß ich es deswegen nicht hätte thun sollen, weil ich ein Anhänger der Unabhängigkeit des Magistrates bin. Ja, ich bin ein Anhänger der Unabhängigkeit des Magistrates, aber ebenso bin ich ein Anhänger davon, daß ich berechtigt bin, alle Handlungen des Magistrates zu kritisieren. Ja, das ist meine Pflicht, ihn zu kritisieren. Im vorliegenden Falle mußte ich ihn kritisieren, weil die Entscheidung des Magistrates geradezu unerhört ist. Nun, meine Herren, es ist zweifellos, daß die Gemeinde als solche, weil sie bloß Contrahentin ist, einen Recurs nicht hat. Davon will ich weiter nicht reden.

Aber der Herr Bürgermeister beantworte mir folgende Fragen:

1. Wußte der Magistrat, daß in dem Vertrage der Stadt Wien das tägliche Putzen der Laternen der englischen Gasgesellschaft auferlegt ist oder nicht?

Die Antwort darauf darf ich selber geben. Der Magistrat wußte es. Er wußte es auch im Jahre 1885.

2. Ist der Magistrat verpflichtet, die bestehenden Gesetze oder solche, die neu ins Leben gerufen werden, sofort ohne Rücksicht auf Personen oder andere Verhältnisse durchzuführen? Die Frage beantworte ich ebenfalls und ich glaube, der Herr Bürgermeister wird mich nicht tadeln strafen, wenn ich sage, ja, es ist seine

Pflicht. Wenn also der Magistrat im Jahre 1885 oder bei Inselebensretreten des Gesetzes gewußt hat, daß die Gaslaternen an Sonntagen geputzt werden und wenn er das Gesetz gekannt hat, so mußte er auch, wenn seine heutige Überzeugung wirklich dem Gesetze entspricht, damals sofort sagen, das Putzen der Gaslaternen ist aufzuheben. Er hat nicht zu warten, bis er aufmerksam gemacht wird. Das Gesetz muß er sofort von amtswegen handhaben. Er darf nicht warten, bis sich jemand beschwert oder fragt. Es ist also zweifellos, daß der Magistrat, wenn seine jetzige Anschauung richtig ist, durch zehn Jahre eine Gesetzeswidrigkeit begehen ließ. Durch diese zehn Jahre hat diese Gesetzeswidrigkeit die englische Gasgesellschaft nicht geniert. Ich bitte sich das genau zu notieren, Herr Bürgermeister.

Nun kommt die jetzige Entwicklung. Da kommen zuerst die Laternanzünder. Diese halten eine Versammlung ab und die Resolution, in welcher sie bitten, von diesem Laternenputzen enthoben zu werden, kommt an den Magistrat. Weil bloß die Arbeiter diese Resolution beschlossen haben, thut der Magistrat, trotzdem er amtlich in Kenntnis gesetzt ist, nichts. (Gem.-Rath Dr. Gessmann: Das ist die Objectivität!) Das bitte ich aus den Acten zu constatieren, wenn es eventuell bestritten werden sollte. Nichts thut der Magistrat. Das bitte ich festzuhalten. Und jetzt kommt der letzte Act. Jetzt brennt der Strike auf die Hände der englischen Gasgesellschaft; jetzt hat der Oberinspector Bauer der englischen Gasgesellschaft ungeheure Angst, daß sich die Laternanzünder dem Strike anschließen. Jetzt überreicht der Oberinspector Bauer der englischen Gasgesellschaft eine Eingabe mit der Frage, ob das Putzen eine gewerbliche Arbeit und ob es am Sonntag zu gestatten ist. Meine Herren! Und jetzt, wo es im Interesse der englischen Gasgesellschaft gelegen ist, das Putzen der Laternen an Sonntagen zu unterjagen, jetzt, wo es im Interesse der englischen Gasgesellschaft gelegen ist, daß die Laternanzünder sich dem Strike nicht anschließen, jetzt, wo es sich um das eminenteste Interesse, um den Bestand der englischen Gasgesellschaft handelt, kommt auf einmal der Magistrat zu der Erkenntnis, daß es eine gewerbliche Arbeit ist, die Sonntag nicht verrichtet werden darf. Und eine solche Handlungsweise des Magistrates vertheidigt ein Bürgermeister. Nein, meine Herren, Pflicht eines Bürgermeisters wäre es, dem Magistrate den Standpunkt klar zu machen. Wem wollen Sie denn weiß machen, daß hier die Geschichte wirklich so unschuldig vor sich gegangen ist, als ob auf einmal eine helle Erleuchtung den Magistrat im Jahre 1894 erst auf diese Frage hin überfallen hätte und er früher nichts davon geahnt habe. Das sind Vorfälle, die öffentlich kritisiert werden müssen, und ich bin verpflichtet gewesen, sie hier vorzubringen.

Solche Dinge darf der Magistrat nicht mehr machen, wenn das Ansehen der Gemeinde und der Behörden nicht auf das tiefste erschüttert werden soll.

Von diesem Standpunkte aus habe ich gesprochen, und ich glaube auch, meine Pflicht nach allen Richtungen hin erfüllt zu haben. (Beifall links.)

Gem.-Rath Dr. Sackenberg: Der Herr Bürgermeister hat den Magistrat bereits in Schutz genommen, in dieser Beziehung habe ich wenig mehr zu sagen. Ich halte mich aber für verpflichtet, der Erörterung der ganzen Frage, die in ziemlich leidenschaftlicher Weise hier vorgenommen worden ist, vom Standpunkte des Rechtes und des Gesetzes näher zu treten und einige Richtigstellungen der Behauptungen, welche der unmittelbare Herr Vorredner gemacht hat, vorzubringen, wobei ich bemerke, daß ich von den hier an-

wesenden Herren in der ganzen Angelegenheit am besten informiert zu sein glaube, weil ich der Referent in dieser Angelegenheit im Stadtrathe war.

Ich möchte, mich nun der Seite der Berichtigung zuwendend, in erster Reihe constatieren, dass die Eingabe der Gasgesellschaft an den Magistrat mit der Bitte, das Laternenputzen als gewerbliche Arbeit an Sonntagen für unzulässig zu erklären, ungefähr gleichzeitig an den Magistrat gelangt ist — es ist höchstens eine Differenz von ein bis zwei Tagen — wie die Resolution der Arbeiter, welche gefasst wurde. (Hört! Hört! links.)

Die Resolution der Arbeiter enthielt aber auch keine Bitte an den Magistrat, in der Angelegenheit eine Entscheidung als Gewerbebehörde zu treffen, sondern die Resolution enthielt eine Bitte an den Gemeinderath, fernerhin nicht mehr darauf zu bestehen, dass die Laternen an Sonntagen gepuzt werden. Es war das also eine Resolution an den Gemeinderath, es war keine Resolution an den Magistrat (Widerspruch links), es war eine Resolution mit der Bitte, auf die Ausübung eines vertragsmäßigen Rechtes seitens des Gemeinderathes nicht zu bestehen, es war keine Bitte an die Gewerbebehörde. Dies stelle ich in erster Linie richtig, und nun wende ich mich der Frage der Gesetzmäßigkeit der Entscheidung zu.

Der Magistrat hat seine Entscheidung getroffen auf Grund des § 75 der Gewerbenovelle. § 75 Alinea 1 der Gewerbenovelle sagt Folgendes (liest): „An Sonntagen hat alle gewerbliche Arbeit zu ruhen.“ Alinea 2: „Ausgenommen hievon sind alle an den Gewerbelocalen und Werksvorrichtungen vorzunehmenden Säuberungen und Instandhaltungsarbeiten.“ Gerade dieses Alinea 2 war die gesetzliche Basis, welche den Magistrat zu seiner Entscheidung veranlassen konnte.

Eine weitere gesetzliche Grundlage fand der Magistrat in der Verordnung des Ministeriums des Innern und des Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 27. Mai 1885. In dieser Verordnung ist eine Reihe von Bestimmungen getroffen, wodurch die Sonntagsarbeit als Ausnahme von Alinea 1 des § 75 gestattet ist. Da sind nun allgemeine Rubriken, nach welchen „wegen Unthunlichkeit einer Unterbrechung des Betriebes im Hinblick auf die Bedürfnisse der Consumenten“, dann weiters „im Hinblick auf die Bedürfnisse des öffentlichen Verkehrs“ die Sonntagsarbeit gestattet ist. Der Schlussabsatz dieser Verordnung enthält unter anderen folgende Verfügung (liest): „Bei allen vorangeführten Gewerben“ — unter diesen Gewerben befindet sich auch das Gewerbe der Gaszerzeugung — „bei denen eine Unterbrechung des Betriebes unthunlich oder bei denen der ununterbrochene Betrieb im Hinblick auf das Bedürfnis der Consumenten oder des öffentlichen Verkehrs erforderlich ist und aus diesem Grunde die gewerbliche Arbeit an Sonntagen gestattet wird, ist die Sonntagsarbeit immer auf den eigentlichen continuierlichen Betrieb und die unmittelbar damit zusammenhängenden Arbeitsleistungen zu beschränken, wogegen alle anderen Arbeiten wie Vorbereitungs- oder sonstigen Neben- und Hilfsarbeiten zu ruhen haben.“

Nun, meine Herren, bitte ich Sie, sich einmal die Frage vorzulegen, ob das Glas der öffentlichen Laternen eine „Werksvorrichtung“ ist. Ich glaube, diejenigen Herren, welche den Begriff „Werksvorrichtungen“ in der unendlich weitesten Weise auffassen, werden gewiss zu der Anschauung gelangen, dass das Glas der öffentlichen Laternen unmöglich als Werksvorrichtung angesehen werden kann. (Gem.-Rath Gregorig: Schon wieder so ein Sykophant! — Oho-Rufe rechts.) Ich bitte, mich gegen solche

Anwürfe zu schützen. (Vice-Bürgermeister Dr. Richter gibt das Glockenzeichen.) Ich muss bitten, dass mir in dieser Richtung Satisfaction zutheil werde. Ich lasse mich nicht in öffentlicher Gemeinderathssitzung einen Sykophanten nennen. (Gem.-Rath Frauenberger: Wenn dann geschimpft wird, gehen sie zu Gericht! — Gem.-Rath Stehlik: Die anderen auch!) Ich erachte mich so beschimpft, dass ich das nicht hingehen lassen kann; ich verzichte einfach auf das Wort. (Gem.-Rath Frauenberger: Dann geht er wieder zu Gericht! — Gem.-Rath Steiner: Na, so kommt er zu Gericht! — Unruhe. — Rufe links: Ruhe!)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es ist nicht zu leugnen, dass von dieser (linken) Seite jetzt angefangen worden ist. Nun handelt es sich gewiss um eine ernste Sache und es liegt im Interesse aller Mitglieder, dass eine solche Sache in Ruhe besprochen werde. Ich bitte daher, Ruhe zu halten. Bitte fortzufahren.

Gem.-Rath Dr. Sackenberg (fortfahrend): Nach dem von mir verlesenen Schlussabsatz der Verordnung des Ministeriums vom Jahre 1885 ist der Magistrat mit vollem Rechte befugt, gleichfalls als eine gesetzliche Norm für seine Entscheidung „das Laternenputzen an Sonntagen ist nicht gestattet“ anzuführen. Denn dort ist ausdrücklich ausgeführt, dass nur jene gewerblichen Arbeiten verrichtet werden dürfen, welche mit dem unmittelbaren Betriebe zusammenhängen und durch welche der unmittelbare Betrieb gewährleistet wird, dass aber Neben-, Hilfsarbeiten für einen solchen Betrieb nicht gestattet sind. Nun, werden mir die Herren doch zugeben, dass das Laternenputzen höchstens als eine Neben-, als eine Hilfsarbeit angesehen werden kann, auf welche also der genannte Schlussabsatz der Verordnung des Ministeriums anwendbar ist. Auf dieser gesetzlichen Grundlage hat der Magistrat entschieden.

Es entsteht höchstens eine neue Frage: Warum hat der Magistrat nicht in einer früheren Periode eine ähnliche Entscheidung gefällt, warum erst in diesem Zeitpunkte? Nun, meine Herren, ich glaube, hier kein besseres Plaidoyer für den Magistrat halten zu können, als es der Minister des Innern in der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses für alle politischen Behörden und für sich gehalten hat. Er hat ausdrücklich erklärt, er würde sich dafür bedanken, wenn er als Gesetzesverlezer deshalb angesehen würde, weil das Reichsgericht oder der Verwaltungsgerichtshof irgendeine Entscheidung des Ministeriums des Innern aufhebt. (Sehr gut! rechts.)

Meine Herren, wir sind eben nicht unfehlbar, und ich glaube, gerade so wie die Anschauung des Herrn Dr. Lueger seit 1884 in socialpolitischer Richtung eine große Wendung genommen hat, wird es wahrscheinlich auch beim Magistrate sein. Der Magistrat ist zwar eine dauernde Institution, aber die Personen, aus denen er gebildet wird, ändern sich fortwährend. Es ist also sehr leicht möglich, dass, wenn früher jemals diese Frage dem Magistrate zur Entscheidung vorgelegen wäre, weil damals andere socialpolitische Ansichten herrschten, weil überhaupt die Frage der Sonntagsruhe noch gar nicht ins öffentliche Bewusstsein und in den öffentlichen Gewissen eingedrungen war, er auch eine andere Entscheidung gefällt hätte. Heute ist, wie Sie selbst an sich am meisten sehen, diese Frage eine Frage geworden, die alle Bevölkerungsklassen bewegt, und eine Frage, zu der der Magistrat Stellung zu nehmen Anlass hatte.

Ich habe — und ich vertrete noch heute diese Anschauung — im Stadtrathe die Ansicht vertreten, dass der Magistrat seine

Entscheidung auf Grund des Gesetzes gefällt habe, und daß die Gemeinde Wien keinen Grund habe, sich gegen diese Entscheidung zu beschweren, weil diese Entscheidung dem Gesetze entsprechend gefällt worden ist. Aber Herr Dr. Lueger hat im Stadtrathe überhaupt in der ganzen Frage eine andere Stellung eingenommen. Ich bin mit der Majorität des Stadtrathes der Anschauung gewesen, daß die Gemeinde Wien das Recht der Beschwerdeführung hat. Herr Dr. Lueger hat der Gemeinde Wien das Recht der Beschwerdeführung abgesprochen. (Hört! rechts.) Ich war der Ansicht, die Gemeinde Wien habe das Recht der Beschwerdeführung als Privatpartei auf Grund des Vertrages und andererseits auch als öffentliche Corporation, weil uns die Pflicht obliegt, für die öffentliche Sicherheit Sorge zu tragen, und weil die Frage der Beleuchtung mit der Frage der öffentlichen Sicherheit im Zusammenhange steht. Herr Dr. Lueger hat auch nicht beantragt, daß gegen die Entscheidung des Magistrates der Recurs eingebracht werden solle, sondern er hat nur die Anregung gegeben, daß der Herr Bürgermeister zum Statthalter gehen und diesen darauf aufmerksam machen möge, daß der Magistrat eine Entscheidung dieser Art gefällt hat und daß der Herr Statthalter ex officio die Entscheidung des Magistrates als nichtigen Act aufheben möge.

Wie kommt es denn, daß, nachdem fast alle Juristen — ich glaube, es war keine Ausnahme — sich für die Auffassung ausgesprochen haben, die Gemeinde Wien habe ein Beschwerderecht, Herr Dr. Lueger einen anderen Standpunkt in dieser Frage eingenommen hat? Und, meine Herren, diese Frage ist ja in erster Linie eine Frage des Schutzes der Laternanzünder. Meine Herren, verkennen Sie nicht: wenn das Laternenreinigen eine Arbeit ist, die nach dem Gewerbegeetze am Sonntag nicht gestattet ist, so ist diese Arbeit auch dann nicht gestattet, wenn die Gesellschaft nur zu diesem Zwecke Arbeiter aufzunehmen willens ist. (Zustimmung rechts.) Sie ist auch dann nicht gestattet, wenn die Gesellschaft eine Schichtung ihrer Laternanzünder vornimmt, so daß auf den Sonntag eine andere Schicht fällt. (Zustimmung rechts.) Denn es ist vom Standpunkte des Gewerbegesetzes vollständig gleichgiltig, wer die verbotene Arbeit vornimmt. Sie ist verboten, wenn sie durch die ständige Arbeiterschaft vorgenommen wird, und sie ist verboten, wenn sie durch eine nur zeitweise aufgenommene Arbeiterschaft stattfindet — mit einem Worte: der Grundgedanke, welcher dem § 75 der Gewerbeordnung zugrunde liegt, ist nicht so sehr die Frage der Sonntagsruhe, als die Frage der Sonntagsheiligung. Denn der Gedanke der Sonntagsheiligung drückt sich gerade darin aus, daß die betreffende gewerbliche Arbeit von niemandem verrichtet werden darf, auch nicht von jemanden, der die übrigen sechs Tage der Woche gefaulenzet hat. (Zustimmung rechts.) Also, meine Herren, so steht die Angelegenheit. Nun sehen wir uns einmal die Sache auch von der Seite an, als hätten wir gegen die Anschauung des Herrn Dr. Lueger den Recurs eingebracht, und die Statthaltereie hätte diesem Recurse stattgegeben. Was würde geschehen, meine Herren? Diejenigen, die Sie zu schützen vorgeben, hätten nothwendigerweise die Laternen weiter putzen müssen. Denn weder der Minister des Innern, noch Sie, noch wir haben auf die interne Geschäftsführung der Gasgesellschaft irgendeinen Einfluß. Es ist das höchstens der moralische Einfluß, den die öffentliche Meinung auf die Gesellschaft ausüben kann, und, meine Herren, wie groß der Druck der öffentlichen Meinung auf diese Gesellschaft ist, wie sie diesem Drucke nachgibt,

das sehen Sie ja selbst. Der Druck ist gewiß außerordentlich groß. Gibt sie aber diesem Drucke nach? Ich bin gewiß kein Freund der englischen Gasgesellschaft, aber, meine Herren, was gesetzlich ist, ist jedermann gegenüber gesetzlich, auch der englischen Gasgesellschaft gegenüber, ohne Rücksicht auf die Sympathien, ohne Rücksicht auf die Antipathien, welche die englische Gasgesellschaft nach meiner Ansicht mit vielem Rechte in Wien genießt. Aber die Frage dahin zuzuspitzen, daß der Magistrat unter dem Einflusse der englischen Gasgesellschaft eine parteiische Entscheidung gefällt habe, meine Herren, das heißt, unseren Beamten, unserem Magistrat eine schwere Beleidigung zufügen. (Zustimmung rechts.)

Wenn auch Herr Dr. Lueger als Jurist in vielen Beziehungen anderer Ansicht ist, er wird ja als Advocat die Wahrnehmung gemacht haben, daß seine Anschauungen nicht immer von der letzten Instanz, vielfach auch nicht von einer Instanz acceptiert worden sind. Wir müssen uns eben im öffentlichen Leben abgewöhnen, daß wir für uns arrogieren, daß unsere Meinung allein immer die richtige und die entscheidende sei. Wir stehen alle, meine Herren, viel zu sehr im Getriebe des öffentlichen Lebens, als daß nicht der klarste Blick, der hellste Verstand zeitweise getrübt würde durch das öffentliche Leben. Und ich glaube, der Magistrat steht dem öffentlichen Leben so fern, und wir können mit Beruhigung und Vertrauen sagen, der Magistrat hat in dem vorliegenden Falle sicher das Gesetz nicht verlegt, und wenn er es verlegt hätte, so gibt es ja noch immer eine Aufhebung der Entscheidung von amtswegen durch die obere Behörde. Die Herren haben veranlaßt, daß im Reichsrathe das Nöthige eingeleitet wird. Sie werden ja sehen, ob die Statthaltereie nach dieser Interpellation oder nach den Ereignissen im Abgeordnetenhause zu der Frage Stellung nimmt, insbesondere ob sie die Entscheidung des Magistrates als im Gesetze nicht begründet von amtswegen aufheben wird.

Ich glaube, daß ich verpflichtet war, dies zur Ehrenrettung des Magistrates und des Stadtrathes vorzubringen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen rechts.)

Gem.-Rath Gregorig: Meine sehr geehrten Herren! Der Herr Borredner hat gesagt, das Rechtsverhältnis zwischen der Gemeinde Wien und der Gasgesellschaft sei das, daß letztere Gas zu erzeugen habe. Das ist unrichtig. Die Gasgesellschaft hat die Beleuchtung der Stadt zu besorgen, und wenn das Gas noch so gut und wenn noch so viel da ist, wenn es nicht leuchtet, so ist die Gesellschaft ihrer Pflicht nicht nachgekommen. In ungeputzten Laternen kann das Gas nie leuchten, folglich müssen die Laternen geputzt werden, und so war meine Behauptung gegenüber dem Herrn Borredner gemeint, aber er hat sie verdreht, als ob ich gesagt hätte, ich meine die Gaserzeugung. Die englische Gesellschaft muß Wien beleuchten und nicht Gas erzeugen. Gas wird ja auch zu anderen Zwecken gebraucht, aber gegenüber der Gemeinde ist die Gesellschaft verpflichtet, zu beleuchten, und wenn die Laternen schmutzig sind, so leuchten sie nicht und die Gemeinde wird geschädigt. Jetzt komme ich aber zu einem anderen Falle.

Die Gasgesellschaft hat seit der letzten Vertragsverlängerung die Übung, daß sie monatlich einen Mann erscheinen läßt, der die Gasometer füllt. Glauben Sie, daß sie das deshalb thut, damit die Leute mehr Gas im Locale haben? O nein! Sie thut dies zu ihrem eigenen Vortheile. Ist der Gasometer mehr gefüllt, so strömt weniger Gas durch und die Consumenten müssen mehr bezahlen. Was von den einzelnen Consumenten gilt, gilt auch für

die Commune. (Unruhe und Widerspruch rechts.) Ich bitte, es ist ganz richtig, die Sache ist nämlich so: der Gasometer hat einen gewissen Spielraum. Wenn er voll ist, geht etwas weniger Gas durch, wenn er mehr austrocknet, geht mehr Gas durch. Solange also die Gesellschaft die Gasometer stark gefüllt hat, solange hat sie einen Vortheil dabei, weil weniger Gas durchströmt, und daher stammen die Klagen, welche anfangs niemand verstanden hat, daß eigentlich das Gas billiger sei und doch mehr bezahlt werden müsse als früher. Jetzt werde ich Ihnen aber einen Fall erzählen, der mir passiert ist, als ich noch nicht Gemeinderath war. Ich habe das gewußt, was ich eben erwähnte, und meinen Gasometer nicht füllen lassen; es war dies zur Zeit, wo der geehrte Gemeinderath den Gasconsumenten angerathen hat, man möge die Gasmesserrente nicht bezahlen. Ich bin hergegangen und habe dem Manne in sein Buch geschrieben, ich lasse den Gasometer nicht füllen. Was ist nun geschehen? Die Gasgesellschaft hat an mich ein Schreiben gerichtet, wenn ich nicht heute noch den Gasometer füllen lasse, wird mir das Gas abgesperrt. Was habe ich machen können? Der Gemeinderath hat uns damals angeführt, ich mußte nachgeben, ich konnte nichts dagegen machen. Ich habe mich wohl auf mein Hausrecht gestützt, die Gesellschaft hat kein Recht, in mein Local einzudringen, ohne meine Erlaubnis darf niemand in mein Local, aber die Gesellschaft hat gesagt: „Wenn du dich nicht fügst, so brauchen wir Gewalt und nehmen dir das Gas weg.“ Vom Gemeinderathe konnte ich keine Hilfe erwarten, ich mußte mir also diese Ungerechtigkeit gefallen lassen und den Mann alle Monate nachfüllen lassen. Dagegen wäre Stellung zu nehmen, denn das ist eine große Einnahme für die Gesellschaft, aber eine Schädigung der Consumenten.

Gem.-Rath Dr. Gehmann: Ich möchte nur auf die Erwiderung des Herrn Gem.-Rathes Dr. Hackenberg bemerken, daß in der That in seinen Ausführungen ein großes Maß von Sophistik durchgeleuchtet hat, daß aber die Thatfachen absolut nicht widerlegt werden konnten, die wir behaupteten, nämlich erstens, daß durch volle neun Jahre eine Entscheidung des Magistrates in der Richtung nicht gefällt wurde, und zweitens, daß für den Magistrat, nachdem die Arbeiter eine diesbezügliche Eingabe an ihn gerichtet hatten, und er — in welcher Endabsicht und mit welcher Tendenz ist ganz gleich — die erwähnte Entscheidung gefällt hat, die Ausrede nicht gilt, daß er durch neun Jahre nichts gewußt hat. Es ist eine schöne Geschichte, daß die Behörde vorgibt, durch neun Jahre nichts zu wissen, und erst im zehnten Jahre daraufkommt, daß eine solche Vernachlässigung des Gesetzes vorliegt. Es hat der zweite Herr Vorredner ganz merkwürdige Entdeckungen gemacht, er hat gesagt, daß beim Magistrate in den vorhergehenden neun Jahren das socialpolitische Bewußtsein von der Sonntagsruhe noch nicht zum Durchbruche gekommen war. Es ist merkwürdig, daß in dem Augenblicke, wo der Gasarbeiterstreik acut geworden ist, ihm plötzlich das Flambeau aufgegangen ist; offenbar ist da erst mit dem Oberinspector Bauer das socialpolitische Bewußtsein gekommen.

Merkwürdig ist aber auch, daß ja die Gasanstalt schon seit zehn Jahren, zwanzig Jahren oder soviel Jahren, als sie die Werke betreibt, das Recht gehabt hat, dieses socialpolitische Bewußtsein bei sich zur Geltung zu bringen, in dem sie die Leute durch Einschlebung einer neuen Schicht von dieser Arbeit befreit hätte. So steht die Sache. Auch hat nicht die geringste Sinnesänderung seitens des Herrn Dr. Lueger stattgefunden. Daß er

im Stadtrathe nicht angerathen hat, den Recurs zu ergreifen, ist ganz selbstverständlich, weil bei der Sachlage der Dinge ein Recurs überhaupt nicht möglich ist. Es kann die Gemeinde Wien wohl einen Civilproceß anstrengen, aber in diesem Falle kann sie den Recursweg nicht betreten, weil sie keine der zum Recurs berechtigten Parteien ist. Das ist die Sachlage und höchst merkwürdig ist es, daß der liberale Mund plötzlich nur von Sonntagsheiligung und nicht von Sonntagsruhe spricht. Das ist wirklich der größte Spas. Wenn da ein nicht besonders schmeichelhafter Ruf von dieser Seite erfolgt, so finde ich das sehr begreiflich und erklärlich, wenn dergleichen Phrasen vorgebracht werden.

Gem.-Rath Frauenberger: Ich hätte mich nicht zum Worte gemeldet, wenn nicht der unmittelbare Herr Vorredner den Zwischenruf des Herrn Gem.-Rathes Gregorig nochmals erwähnt hätte, der nur deshalb erfolgt sein soll, weil hier von der Sonntagsheiligung gesprochen worden ist. Das finden die Herren ganz unbegreiflich, daß wir an eine Sonntagsheiligung denken, denn die Christen sitzen nur hier (auf die Linke deutend), hier (rechts) sind lauter Juden. Ja, da muß ich Ihnen Folgendes bemerken, wie Sie es mit der Sonntagsheiligung halten. Ich weiß, daß z. B. Herr Gregorig sein Geschäft selbst am Ostersonntag offen gehabt hat. Das ist Sonntagsheiligung. (Gem.-Rath Gregorig: Nur vormittags, dazu bin ich berechtigt!)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (unterbrechend): Solche persönliche Dinge bitte ich, nicht zu erwähnen.

Gem.-Rath Frauenberger (fortfahrend): Ich habe nicht angegriffen. (Rufe: Das gehört nicht in eine öffentliche Versammlung!) Dann muß ich mir die Bemerkung erlauben, daß die Sonntagsheiligung auch nicht darin besteht, daß man aus einem Local in ein anderes geht und über Menschen loszieht. (Heiterkeit.) Das kommt mir gerade so vor, wie ein Theaterstück, wo der eine sagt: „Was habe ich das Geschäft offen? Sperren wir heute zu; heute ist Sonntag, halten wir die Sonntagsheiligung, gehen wir ins Gasthaus, um Regel zu schieben.“ Ebenso ist diese Geschichte. Kommen Sie uns nicht damit. Nun gehe ich zur Sache über.

In dem Vertrage mit der englischen Gasgesellschaft steht ausdrücklich die Verpflichtung, daß die Gasgesellschaft die Laternen alle Tage zu putzen habe, auch am Sonntag, und, als die Laternenanzünder von der Gasgesellschaft verlangten, daß sie am Sonntage von dieser Verpflichtung enthoben würden, hat die Gasgesellschaft geantwortet: „Sehr gern würden wir das thun, aber wir sind von der Gemeinde Wien dazu verpflichtet, Ihr müßt Euch daher an die Gemeinde Wien wenden.“

So steht die Sache; und schauen Sie, die Gasgesellschaft hat blutwenig davon, ob die Laternen Sonntags gereinigt werden oder nicht. Thatsache ist das eine, daß die Wiener Gaslaternen sehr schön gereinigt sind, das kann jeder sehen. Die Gaslaternen in anderen Städten sind nicht so schön gereinigt als die in Wien.

Es wird wirklich gar nichts verschlagen, wenn am Sonntag die Reinigung nicht vorgenommen werde. Daß die Laternenputzer sicherlich nicht daran gedacht hätten, jetzt auch ein solches Verlangen zu stellen, ist ziemlich klar. Man hat sie eben auch aufmerksam gemacht, wie ja heute ein kritischer Zug durch unsere Zeit geht, alles aufzuwühlen, alles aufzuheken gegen den Herrn, gegen den Brotgeber, gegen den Bürger, der den Staat erhält. Alles muß aufgewühlt werden von unten bis hinauf. Das ist Ihr Werk! (Gelächter und Rufe links: Das Ihrige!)

Das Putzen der Gaslaternen ist wirklich nicht eine so große Sache, daß man im Gemeinderathe ein paar Stunden damit zu bringt, daß man den Gegenstand nun sogar in den Reichsrath hineinträgt und vielleicht auch in den Landtag. Ich glaube, Herr Gem.-Rath Gregorig dürfte seine Notizen für den Landtag schon gemacht haben. Diese Frage ist nicht wert, daß Sie sich darüber erhitzen. (Widerspruch links und Rufe links: Warum erhitzen Sie sich?) Sie könnten vielleicht doch etwas Besseres und dem Wohle des Volkes Zuträglicheres heraussuchen.

Ich schliesse, indem ich Ihnen sage, daß Sie sich endlich einmal abgewöhnen sollen, uns für Leute zu halten, die keine Religion, keine Moral haben u. s. w., und zu glauben, daß nur Sie allein die patentierten Christen sind. Ihr Vorgehen beweist etwas ganz anderes. Aus Ihrem Vorgehen sieht man, daß Sie es mit der Religion nicht so ernst und hoch und heilig nehmen, sondern daß Sie das mehr als ein Aushängeschild betrachten. (Gelächter links.) Messen Sie uns mit gleichem Maß. (Unruhe links.)

Referent des Stadtrathes: Die rechtliche Seite der Frage ist von Herrn Dr. Hackenberg ziemlich erschöpfend beleuchtet worden. Der Schwerpunkt der Frage liegt darin, daß, wenn das Laternanzünden als eine gewerbliche Arbeit bezeichnet wird, diese Arbeit überhaupt nicht verrichtet werden kann, selbst wenn die englische Gasgesellschaft ihre Beamten damit beauftragen würde, die Laternen zu putzen, es darf eben nicht sein. Die ganze Verfügung ist jedenfalls zu Gunsten der Arbeiter, der Gasanzünder, weil dieselben einen freien Tag bekommen, und wir gewiß überzeugt sein können, daß die Gasgesellschaft ihren Arbeitern deshalb, weil sie Sonntag die Laternen nicht zu putzen haben, nicht um einen Kreuzer weniger zahlen wird als bisher. Nun ist noch die Frage zu erwägen, ob die Gemeinde Wien als Privatpartei irgendein Rechtsmittel ergreifen kann. Wenn ein Privatrecht, ein Privatvertrag mit einem öffentlichen Rechte, mit einer gesetzlichen Verfügung collidieren, so werden dieselben nach meiner Ansicht nichtig. Wie kann man die Gasgesellschaft zwingen, die Laternen Sonntags putzen zu lassen, wenn die Behörde erklärt, das sei nicht zulässig? Dieser Punkt des Vertrages mit der Gasgesellschaft ist daher in Zukunft nicht mehr erfüllbar.

Eine weitere Einwendung gegen diese zwei Posten ist vom Kollegen Steiner gemacht worden, welcher meinte, daß das Petroleum für alle Leute zugänglich sei. Wenn solche Dinge einem Gemeinderathe bekannt werden, so wäre es wohl das Beste, wenn er darüber die Anzeige machte. Es wird dann untersucht werden, ob das Petroleum wirklich von anderen Leuten verwendet wird. Gegen die Posten ist eine Einwendung nicht erhoben worden, ich bitte, dieselben zu genehmigen.

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur Berichtigung): Gegenüber dem Herrn Stadtrathskollegen Dr. Hackenberg berichtige ich erstens Folgendes:

Ich habe ihn im Stadtrathe ausdrücklich gefragt, ob die Entscheidung des Magistrates auf Grund der Resolution der Arbeiter oder auf Grund der Eingabe des Oberinspectors Bauer erfolgt ist, und er hat mir mitgetheilt, daß die Entscheidung auf Grund der Eingabe des Oberinspectors Bauer erfolgte.

Ich habe ihn weiters gefragt, ob die Resolution der Arbeiter früher überreicht wurde, und er hat mir erklärt, sie ist früher überreicht worden. Wenn er jetzt die Sache so zu drehen sucht, als ob ich hier eine unrichtige Thatsache bekanntgegeben hätte, so ist

das sehr bedauerlich. Ich habe hier nur dasjenige gesagt, was mir im Stadtrathe mitgetheilt wurde.

Ich berichtige zweitens, daß ich im Stadtrathe ausdrücklich den Standpunkt vertreten habe, daß die Gemeinde Wien (wie jeder andere Jurist, der nicht in gemeinderäthlichen Anschauungen befangen ist, mir zugeben wird) kein Recht des Recurses gegen Entscheidungen des Wiener Magistrates in diesem Falle hat. Von diesem Standpunkte aus habe ich gegen den Recurs gestimmt.

Drittens berichtige ich, daß ich im Stadtrathe eine ganz gleiche Haltung eingenommen habe wie hier im Gemeinderathe, daß von irgendeinem Widerspruche nicht die geringste Rede sein kann.

Ob Sonntagsruhe oder Heiligung, darüber streite ich nicht.

Gegen den Vorredner Herrn Frauenberger erlauben Sie mir eine kleine persönliche Bemerkung. Ich will mit ihm nicht darüber streiten, ob wir auf Religion etwas halten oder nicht. Er ist offenbar heute deswegen so kühn geworden, weil er die Erfahrung gemacht hat auf dem Grübl-Bankette, dem er gewiß angewohnt hat, daß der Corpscommandant auf Seite der Liberalen steht; deswegen glaubt er uns heute vernichten zu können. (Beifall und Heiterkeit links.)

Gem.-Rath Gregorig (zur Berichtigung): Ich berichtige auch den Herrn Gem.-Rath Frauenberger, der erwähnt hat, daß ich am Ostersonntag mein Geschäft offen gehabt habe, dahin, daß am Sonntag vormittags alle ähnlichen Geschäfte offen halten, daß ich also dazu vollkommen berechtigt bin, daß alle meine Concurrenten offen gehabt haben, und ich keinen Grund habe, für die Juden mein Geschäft zuzusperrern. (Gem.-Rath Frauenberger: So ein guter Christ!) (Gegen Gem.-Rath Frauenberger:) Ich gehe in die Kirche, meine Leute auch, Sie vielleicht nicht!

Gem.-Rath Steiner (zu einer persönlichen Bemerkung): Es hat der Herr College Frauenberger bemerkt, daß wir die Sonntagsheiligung nicht üben, daß wir am Sonntag in die Versammlungen auf das flache Land gehen und schimpfen. Ich bin auch einer, der so herumwandert. Mir ist aber daselbe eingefallen, was dem Herrn Kollegen Dr. Lueger eingefallen ist. Denn der Herr Frauenberger müßte sich gewiß von seiner Excellenz dem Herrn Feldzeugmeister Schönfeld ein ganzes Bataillon mitnehmen, wenn er in einer Versammlung auf dem Lande sprechen wollte, damit es ihm nicht so ergeht, wie es den Liberalen in Tulln ergangen ist.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte, meine Herren, nicht alle diese Angelegenheiten hereinzuziehen; das gehört ja nicht in den Gemeinderath. Und dem Herrn Gem.-Rathe Gregorig muß ich bemerken, daß der Zuruf, den er gegenüber dem Herrn Gem.-Rathe Dr. Hackenberg gemacht hat, zu rügen ist. Er ist sich vielleicht des Inhaltes und der Bedeutung des Wortes nicht vollkommen bewußt, denn sonst hätte er gewiß das Gefühl, daß man dies als eine Beleidigung empfinden muß. (Gem.-Rath Gregorig: Rechtsverdrehung!) Ich bitte, das ist nicht berechtigt und ich muß sie ersuchen, solche Ausdrücke nicht zu gebrauchen. — Rubrik XXV 1 a und b wurde nicht angefochten; ich erkläre dieselbe für angenommen.

Referent des Stadtrathes: Post 2. Persönliche Bezüge:

a) Effective Auslagen	6.940 fl.
b) Durchgeführte Zinswerte	40 fl.
Gesammtbetrag	6.980 fl.

Referent der Budget-Commission: Am Schlusse der Rubrik „Öffentliche Beleuchtung“ habe ich noch einen Antrag zu stellen; die Übelstände in der Beleuchtung auf öffentlichen Marktplätzen sind ja bekannt. Ich empfehle Ihnen daher im Namen der Budget-Commission die Annahme des folgenden Antrages (liest): „Jene Straßen und Plätze, welche in der Nacht von Marktparteien benützt werden, seien vor den Markttagen ganznächtlich zu beleuchten.“

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Gegen Post 2 ist keine Einwendung erhoben worden; ich erkläre dieselbe für angenommen.

Nun bitte ich jene Herren, welche mit der Zuweisung des Antrages der Budget-Commission zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Angenommen.

(Die Sitzung wird auf 20 Minuten unterbrochen. — Nach Wiederaufnahme derselben um 9 Uhr:)

Die Sitzung ist wieder eröffnet.

Gem.-Rath Gregorig (zur Geschäftsordnung): Geehrte Herren! Ich habe früher dem Herrn Collegen Dr. Hackenberg gegenüber den Ausdruck „Sykophant“ gebraucht, und zwar in dem Sinne, daß ich darunter einen, der die Thatfachen verdreht, verstand. Der Herr Vice-Bürgermeister hat mich belehrt, daß dieser Ausdruck in juristischen Kreisen als eine Beleidigung angesehen wird, und zwar, daß er einen feigen Angeber bedeute. Dies habe ich nicht gemeint. Ich nehme also diesen Ausdruck zurück, da es mir vollkommen ferne gelegen ist, den Herrn Collegen von jener Seite beleidigen zu wollen. (Beifall links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich glaube, damit ist der Zwischenfall erledigt.

Referent des Stadtrathes: Seite 196, Rubrik XXVI „Wasserleitungen“. Einnahmen: Punkt 1, Effective Wassergebühren. Hierzu ist zu bemerken, daß diese Gebür von Seite der Buchhaltung und des Magistrates auf Grund der bisherigen Erfahrungen und auf Grund der bisherigen Tarife eingestellt worden ist.

Nachdem nun einerseits die Wassereinleitung in die Vororte begonnen hat und aus diesem Titel eine Einnahme zu gewärtigen ist, andererseits aber die Wassertarife in den Vororten mit jenen der alten Bezirke gleichgestellt worden sind, so tritt eine Veränderung ein; diese ist aber ziffermäßig unmöglich genau vorausszusehen.

Nach den Ergebnissen einer Wahrscheinlichkeitsberechnung ist dieser Betrag abgerundet in einem Pauschale dargestellt worden, welches anstatt der 1,330.200 fl., welche von Seite des Magistrates beantragt werden, auf die Summe von 1,350.000 fl. im Pauschale beantragt wird, und wir glauben, damit das Richtige getroffen zu haben, um von der Wirklichkeit, welche dann eintreten wird, nicht überrascht zu werden. Die Budget-Commission hat sich diesem Antrage angeschlossen und bitte daher, diese Summe zu genehmigen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? — Angenommen.

Referent des Stadtrathes: Seite 202 „Für Wasser aus der Albertinischen Wasserleitung“ 1310 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? — Angenommen.

Referent des Stadtrathes: Seite 204, Post 2: „Durchgeführte Wasserbezugswerte, a) für das zu öffentlichen Zwecken aus der Hochquellenleitung abgegebene Wasser 170.220 fl.“

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich werde Sie nicht lange aufhalten. Ich bin ein principieller Gegner aller sogenannten durchgeführten Werte. (Zwischenruf: Der Herr Dr. Scholz sagt: Aha!) Ich bin aber ein entschiedener Gegner speciell der durchgeführten Wasserwerte, und zwar aus dem Grunde, weil ich glaube, daß das, was wir z. B. zur Straßenbesprikung, Besprikung der Gärten ausgeben, gar nicht im Budget zu erscheinen habe. Das ist meine Überzeugung. Die nähere Motivierung unterlasse ich heute; ich stelle nur den Antrag, den ich jedesmal stelle und immer stellen werde, bis mein Princip zum Durchbruche gelangen wird, daß die durchgeführten Werte aus dem Budget zu verschwinden haben. Mein Antrag lautet: „Die durchgeführten Wasserbezugswerte seien zu streichen.“

Referent des Stadtrathes: Es ist diese Frage wiederholt besprochen und wiederholt dieselbe Antwort gegeben, daß das Budget und insbesondere die Rechnungsabschlüsse dazu dienen sollen, die Ausgaben der Gemeinde einerseits und andererseits die Rentabilität der Unternehmungen der Gemeinde darzustellen. Wenn man also dasjenige Wasser, welches für die Closetbesprikung, Straßenbesprikung und dergl. benützt wird, auf das Conto der Wasserleitung stellt und für dasselbe nichts vergütet wird, so wird eine Incongruenz erzeugt, d. h. die Besprikung und dergl. wird zu wenig theuer hingestellt, andererseits das Erträgnis der Wasserleitung zu gering. Diese Durchführung kostet nichts als 2 kr. Tinte, um Sie aufzuschreiben. Sie hat aber den großen Wert, daß man bei der Statistik weiß, was jeder einzelne Zweig der Gemeindeverwaltung kostet und was er einträgt. Aus diesem Grunde bin ich für die Beibehaltung der durchgeführten Werte.

Referent der Budget-Commission: Ich habe dieselbe Ansicht wiederholt ausgesprochen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Dr. Lueger beantragt, es seien die durchgeführten Wasserbezugswerte in Zukunft nicht mehr einzustellen.

Ich ersuche die Herren, welche diesen Antrag dem Stadtrathe zuweisen wollen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Es ist die Minorität. Die Post selbst ist angenommen.

Referent des Stadtrathes (liest):
Seite 208. Rubrik XXVI 2 b: Für das seinerzeit durch Capitalserlag aus der Kaiser Ferdinands-Wasserleitung erworbene und nunmehr aus der Hochquellenleitung zur Abgabe gelangende Wasserquantum 77.630 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? — Angenommen.

Referent des Stadtrathes (liest):
c) Für das zu öffentlichen Zwecken aus der Albertinischen Wasserleitung abgegebene Wasser 1.150 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? — Angenommen.

Referent des Stadtrathes (liest):
Post 4: Miet- und Pachtzinse 6.820 fl.
Post 5: Verschiedene Einnahmen und Rückvergütungen . 4.120 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Diese Posten sind nicht angefochten; ich erkläre sie für angenommen.

Referent des Stadtrathes (liest):

Seite 197. Ausgaben. Rubrik XXVI, Post 1: „Erhaltung und Betrieb der Kaiser Franz Josef-Hochquellenleitung: a) Bezüge des Betriebspersonales, α) Effective Auslagen . . . 99.450 fl.

Referent der Budget-Commission: Ich habe hier eine kleine Abänderung vorzuschlagen, nämlich eine Erhöhung des Betrages um 480 fl., entsprechend dem Gemeinderaths-Beschlusse vom 22. December, nämlich für die städtischen Wächter, welche früher Naturalwohnung gehabt haben, und welche nun einen Wohnungsbeitrag von 8 fl. monatlich bekommen sollen. Das macht zusammen 480 fl. und ist dem Äquivalente entsprechend.

Ich bitte Sie daher, den Betrag einzustellen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Commission beantragt, bei dieser Post den Betrag von 99.930 fl. gegen den Stadtraths-Antrag mit 99.450 fl. einzustellen.

Ich bitte diejenigen Herren, welche für die höheren Ziffern von 99.930 fl. stimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) **Angenommen.**

Referent des Stadtrathes (liest):

β) Durchgeführte Zinswerte 3000 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? — **Angenommen.**

Referent des Stadtrathes (liest):

Post 1 b) Auslagen für die Instandhaltung der Wassermesser 18.000 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? — **Angenommen.**

Referent des Stadtrathes (liest):

Post 1 c) Erhaltung und Reparatur des Aquäduces, der Baulichkeiten und des Rohrnetzes der Hochquellenleitung, beziehungsweise Auswechslung der schadhafte Röhren und Maschinenbestandtheile 77.300 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall, **angenommen.**

Referent des Stadtrathes (liest):

Post 1 d) Erhaltung und Betrieb des Pottschacher Schöpfwerkes 14.200 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? — **Angenommen.**

Referent des Stadtrathes (liest):

Post 1 e) Herstellung von Auslaufbrunnen 10.000 fl.

Gem.-Rath Eigner: Meine geehrten Herren! Bei diesen Auslaufbrunnen sind gewisse Verschaltungen angebracht, um das Einfrieren zu verhindern; früher, wie die Vororte noch nicht einverleibt waren, hat man diese Verschaltung im Orte selbst untergebracht, ausgebessert und im Herbst wieder aufgestellt. Was geschieht aber jetzt? Jetzt kommen die Verschaltungen aus allen 19 Bezirken in den III. Bezirk, wo sie aufbewahrt und repariert werden. Meine Herren, das ist zu schwerfällig, jeder Bezirk hat ja seine eigenen Straßenarbeiter, und der Herr Bezirksvorsteher oder derjenige, welchem dies zusteht, kann die Verschaltung ja wegnehmen lassen und auf Depotplätzen im Bezirke selbst aufbewahren, und wenn eine Reparatur nothwendig ist, diese durch einen Zimmermannsgesellen ausführen lassen. Heuer sind die Verschaltungen erst jetzt weggekommen, nahe gegen den 1. Mai! Das ist viel zu spät, und ich möchte daher beantragen, dass von nun an, wenn der Contract mit den Unternehmern abgelaufen ist, die

Verschaltungen im Bezirke bleiben, wo sie aufbewahrt werden sollen. Mein Antrag lautet also (liest):

„In Wien ist es Gebrauch, dass die Wasserbassin-Verschaltungen durch den Unternehmer Anderle aus allen Bezirken in den III. Bezirk Weißgärber geschafft, dort aufbewahrt und den nöthigen Reparaturen unterzogen werden. Um diesen umständlichen und infolge dessen auch kostspieligen Transport hintanzuhalten, beantrage ich, dass vor Ablauf des Vertrages an die zu jedem Bezirke gehörigen Bassinverschaltungen auch in den betreffenden Bezirken, und zwar auf den Depotplätzen, durch die eigenen Gemeindeglieder in Verwahrung gebracht werden.“

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wünscht noch jemand das Wort? (Nach einer Pause:) Die Debatte ist geschlossen.

Referent des Stadtrathes: Ich habe nichts weiter zu bemerken.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Eigner stellt den Antrag, dass in Zukunft die Verschaltungen der Brunnen in den einzelnen Bezirken, woselbst sie in Verwendung stehen, auch im Sommer in Aufbewahrung zu nehmen sind. Diejenigen Herren, welche für die Zuweisung dieses Antrages an den Stadtrath sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) **Angenommen.** Die Post selbst ist nicht angefochten worden, ich erkläre sie für **angenommen.**

Referent des Stadtrathes (liest):

Post 1 f) Steuern und Gebühren 2.500 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? — **Angenommen.**

Referent des Stadtrathes (liest):

Post 1 g) Auslagen für das Forstwesen im Hochquellenleitungsgebiete 2.000 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? — **Angenommen.**

Referent des Stadtrathes (liest):

Post 1 h) Wagen-Commissionsgebühren, Diäten und Reiseauslagen 8.500 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? — **Angenommen.**

Referent des Stadtrathes (liest):

Post 1 i) Verschiedene Betriebs- und sonstige Auslagen 20.080 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? — **Angenommen.**

Referent des Stadtrathes (liest):

Post 2. Erhaltung und Betrieb der Kaiser Ferdinands-Wasserleitung:

a) Bezüge des Betriebspersonales:

α) Effective Auslagen 1.120 fl.

β) Durchgeführte Zinswerte 360 fl.

b) Erhaltungs- und Reparaturkosten 500 fl.

c) Steuern und Gebühren 130 fl.

d) Feuerungsauslagen 40 fl.

e) Verschiedene Betriebsauslagen 300 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wünscht jemand das Wort?

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich erkläre einfach — ich werde Sie nicht aufhalten — dass ich gegen diese Post stimmen werde.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte um die Abstimmung. Es handelt sich um Ausgabs-Rubrik XXVI, Post 2.

Es wird eine getrennte Abstimmung nicht verlangt? (Niemand meldet sich.)

Ich bitte jene Herren, welche diese Ausgabepost genehmigen, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) **Angenommen.**

Referent des Stadtrathes (liest):

Post 3. Erhaltung und Betrieb der Albertinischen Wasserleitung:

a) Bezüge des Betriebspersonales 2.500 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung?

(Niemand meldet sich.) **Angenommen.**

Referent des Stadtrathes (liest):

b) Herstellung von Rohrleitungen und Auslaufbrunnen.

c) Sonstige Auslagen:

Diese beiden Posten zusammen 9.200 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung?

(Niemand meldet sich.) **Angenommen.**

Referent des Stadtrathes (liest):

Post 4. Erhaltung und Betrieb von öffentlichen Wasserleitungen und Brunnen in den einbezogenen Vorortegemeinden . 20.000 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung?

(Niemand meldet sich.) **Angenommen.**

Referent des Stadtrathes: Dann kommen einige Posten, welche in der gedruckten Vorlage nicht enthalten sind: Für Herstellung und Erhaltung der Thiergarten-Wasserleitung in Ober-St. Veit anstatt 5000 fl., welche ursprünglich beantragt waren, den Betrag von 8500 fl. auf Grund eines Antrages, welchen der Stadtrath berathen hat, ferner für die Rohrleitung in Hütteldorf 100 fl., die Wasserleitungen in Pögleinsdorf 9000 fl., in Salmansdorf 4000 fl., in Neustift a. W. 900 fl. und für anderweitige Leitungen und andere öffentliche Brunnen und für currente Erfordernisse 1000 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung?

(Niemand meldet sich.) **Angenommen.**

Referent des Stadtrathes (liest):

Außerordentliche Posten: **Einnahmen.**

Post 6. Erlös für verkaufte Röhren und Maschinenbestandtheile 7.220 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung?

(Niemand meldet sich.) **Angenommen.**

Referent des Stadtrathes (liest):

Ausgaben.

Es kommen die großen Posten: Erweiterung und Fertigstellung der Hochquellenleitung:

a) Herstellung der Rohrstränge der Hochquellenleitung in den alten Bezirken 118.000 fl.

b) für Reconstruction von in den Betrieb der Hochquellenleitung einbezogenen Rohrsträngen der Kaiser Ferdinands-Wasserleitung 60.000 fl.

c) Anschaffung von Röhren und Maschinenbestandtheilen zur Herstellung neuer Rohrstränge in den einbezogenen Bezirken Wiens ein Betrag von 670.000 fl.

Referent der Budget-Commission: Auf Grund der Gemeinderaths-Beschlüsse vom 16. Jänner und 8. Februar d. J. erhöht sich die Post a, nämlich neue Rohrstränge für den I. bis X. Bezirk, mit Rücksicht auf die Leitung im II. Bezirke um den Betrag von 76.000 fl., weiters Post c für Röhre und Maschinenbestandtheile für den X. bis XIX. Bezirk erhöht sich der Betrag durch die Lieferung der fünften Serie der gußeisernen Röhre um den Betrag von 225.000 fl., folglich beträgt die ganze Post um

301.000 fl. mehr, wodurch die Beschleunigung und baldige Instandsetzung der Hochquellenleitung und Lieferung des Wassers in die neueinbezogenen Bezirke vonstatten gehen kann. Ich bitte um die Zustimmung zu diesem Betrage.

Referent des Stadtrathes: Ich kann dagegen nichts einwenden. Das sind Beschlüsse des Gemeinderathes, welche die beschleunigte Herstellung dieser Rohrleitungen beabsichtigen. Ich bitte, dem Antrage der Budget-Commission zuzustimmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es gelangt zur Abstimmung Post a „Herstellung neuer Rohrstränge der Hochquellenleitung in den alten Bezirken“. Hier wird von der Commission beantragt ein Satz von 194.000 fl. gegenüber dem Stadtraths-Antrage von 118.000 fl. Ich bringe die höhere Ziffer mit 194.000 fl. zur Abstimmung.

Ich bitte jene Herren, welche für den höheren Betrag stimmen, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) **Angenommen.**

Der zweite Betrag ist nicht angefochten: „Reconstruction von in den Betrieb der Hochquellenleitung einbezogenen Rohrsträngen der Ferdinands-Wasserleitung 60.000 fl.“ Ich erkläre diese Post für **angenommen.**

Post c „Anschaffung von Röhren und Maschinenbestandtheilen zur Herstellung neuer Rohrstränge in den neuen Bezirken“.

Der Stadtrath beantragt 670.000 fl., die Budget-Commission 895.000 fl. Ich bringe die letztere höhere Ziffer zur Abstimmung. Ich bitte jene Herren, die zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) **Einstimmig angenommen.**

Die weiteren Posten sind nicht angefochten. Ich erkläre sie für **angenommen.**

Referent des Stadtrathes: „Anschaffung von Wassermessern für neu hinzukommende Hausleitungen“. Hier wurden von Seite des Stadtrathes 45.000 fl. beantragt.

Referent der Budget-Commission: Meine Herren! Die Budget-Commission hat mit Rücksicht auf den Gemeinderaths-Beschluss vom 8. Februar 1894, mit welchem die Anschaffung von 2600 Stück 13 mm Wassermessern angenommen wurde, den Betrag auf 62.400 fl. zu erhöhen beschlossen. Ich bitte dem zuzustimmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wünscht noch jemand das Wort? (Niemand meldet sich.)

Wir schreiten zur Abstimmung. Der Stadtrath beantragt eine Ziffer von 45.000 fl., die Budget-Commission 62.400 fl. zur Anschaffung von Wassermessern.

Ich bitte jene Herren, welche für die höhere Ziffer von 62.400 fl. stimmen, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) **Angenommen.**

Referent des Stadtrathes: 26 i „Vorauslagen für die Einleitung neuer Quellen und für Studien in Angelegenheiten der Wasserversorgung 10.000 fl.“ — Die Budget-Commission ist **verstanden.**

Gem.-Rath Gregorig: Zu dieser Post möchte ich denn doch ersuchen, daß man bei den Auslagen etwas sparsamer zuwerke gehe. Man hat z. B. im vorigen Jahre in Moosbrunn bei Gramat-Neusiedl a. d. Staatsbahn Bohrungen vorgenommen. Dort ist das Wasser bei 3 m zutage getreten, und zwar eine kolossale Menge guten Wassers. Man hat aber die Bohrungen bis zu 16 m vorgenommen. Das ist ein großer Widerspruch und kostet ein Heidengeld.

Ich bitte, daß in dieser Richtung etwas sparsamer mit dem Gelde vorgegangen werde.

Referent des Stadtrathes (zum Schlussworte): Wenn die Sparfamkeit irgendwo nicht am Plage ist, so ist es bei der Untersuchung und den Vorarbeiten für die Einleitung neuer Quellen. Da liegt wirklich nichts daran, wenn ein paar tausend Gulden mehr ausgegeben werden, wenn man bedenkt, daß Beträge von vielen Millionen Gulden möglicherweise dadurch entweder mehr ausgegeben oder erspart werden. In unnötiger Weise wird ja das Geld nicht ausgegeben.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich ersuche jene Herren, welche mit dieser Post einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) **A n g e n o m m e n .**

Referent des Stadtrathes (liest):

Herstellung des Stollens vom großen Höllenthal zum Kaiserbrunnen — eine kleine Restzahlung 1000 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? **A n g e n o m m e n .**

Referent des Stadtrathes (liest):

Zuleitung der Quellen oberhalb des großen Höllenthal . 690.000 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? **A n g e n o m m e n .**

Referent des Stadtrathes (liest):

Ankauf von Gründen und Realitäten außerhalb des Wiener Gemeindegebietes für Zwecke der Hochquellenleitung 1,035.000 fl.

Gem.-Rath Dr. Scholz: Ich möchte nur wissen, was das für Gründe sind, die man kaufen will? (Rufe: Die H o y o s'chen!) Einverstanden.

Referent des Stadtrathes: Es wird bemerkt, daß, nachdem ein Recurs gegen die Entscheidung des Ackerbauministeriums eingebracht ist, es möglich ist, daß dieser Betrag im Laufe des heurigen Jahres nicht zur Zahlung gelangt. Nachdem das aber ein solcher Betrag ist, welcher aus dem Anlehen bestritten wird, würde für den Fall, als derselbe nicht zur Ausgabe gelangt, der betreffende Betrag des Anlehens nicht ausgegeben werden, sondern die Obligationen einfach in der Cassé bleiben, und es ist daher meiner Meinung nach höchst gleichgiltig, ob wir diesen Betrag einstellen oder nicht. Wird der Ministerialrecurs im Wege des hohen Verwaltungsgerichtshofes im Laufe des heurigen Jahres entschieden, was im Bereiche der Möglichkeit liegt, dann müssen wir diese Million zahlen. Ich würde also bitten, diesen Betrag stehen zu lassen. Es schadet nichts; werden wir ihn nicht ausgeben, so müssen wir ihn im nächsten Jahre umso sicherer zahlen.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich glaube, im Namen meiner Partei erklären zu können, daß wir für die Einstellung aller dieser Biffern stimmen werden, und zwar aus dem Grunde, weil die Ergänzung der Hochquellenleitung unbedingt geboten ist. Ich habe im Laufe der verschiedenen Debatten gegen manche Posten gesprochen; diesbezüglich liegen aber Gemeinderaths-Beschlüsse vor, und wenn wir die Einleitung der weiteren Quellen haben wollen — und jeder von uns muß sie haben wollen — müssen wir auch für die Biffern stimmen.

Ich erkläre daher im Namen der Partei, daß wir für diese Biffern stimmen werden.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Zur Abstimmung gelangt diese Post 6 m 1,035.000 fl. Ich bitte die Herren, welche zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) **A n g e n o m m e n .**

Referent des Stadtrathes: Rubrik XXVI 6 n „Entschädigung an die Wasserinteressenten“.

Bei dieser Post findet ganz dasselbe statt wie bei der früheren. Dieselbe kann möglicherweise im Laufe des heurigen Jahres zur Auszahlung gelangen, möglicherweise aber nicht. In diesem ersten Falle macht dieser Betrag die Summe von 2,445.690 fl. aus, ich bitte um die Annahme.

Gem.-Rath Trambauer: Ich möchte mir nur eine Aufklärung erbitten. Mir ist bekannt, daß bei der Abfindung der Wasserrechtsinteressenten namentlich der Gemeinde Neunkirchen von Seite des Gemeinderathes im Jahre 1890 ein Wasserquantum von 10.000 Cimetern und gleichzeitig auch die In stallierung der Wasserleitung zugesichert worden ist. Damals ist ein Betrag von 90.000 fl. eingesetzt worden, heute stehen aber 120.000 fl. da. Ich möchte um die Ursache davon fragen.

Referent des Stadtrathes: Ich bin nicht in der Lage, eine Auskunft darüber ertheilen zu können. Meines Wissens ist im Jahre 1890 der Beschluß gefaßt worden, 90.000 fl. zu bestimmen. Diese Post von 90.000 fl. war wahrscheinlich nur eine Theilzahlung.

Gem.-Rath Trambauer: Nein, für die In stallierung der Wasserleitung! Vielleicht ist einer der Herren Magistrats-Referenten in der Lage, Auskunft zu geben.

Referent des Stadtrathes: Es wird mir eben mitgetheilt, daß das Bauamt die Herstellung dieser Wasserleitung in Neunkirchen mit dem Betrage von 120.000 fl. bewertet hat, und wenn im vorigen Jahre ein Betrag von 90.000 fl. eingestellt war, so hat man eben angenommen, daß die Herstellung im vorigen Jahre nicht ganz ausgeführt wird, sondern daß dies nur ein Theilbetrag sein soll.

Gem.-Rath Trambauer: Im vorigen Jahre ist nichts eingestellt worden, sondern das beruht auf einem Gemeinderaths-Beschlusse vom Jahre 1890. (Oberbuchhalter Melböck: Das ist nach dem Bauamts-Präliminare bestimmt!)

Ich bitte, Herr Oberbuchhalter, ich berufe mich auf das, was im Jahre 1890 der Gemeinderath beschlossen hat; da waren 90.000 fl. eingestellt, als der Beschluß gefaßt wurde, sich mit der Gemeinde Neunkirchen, wegen Abgabe von Wasser oberhalb des Kaiserbrunnens, abzufinden.

Referent des Stadtrathes: Ich kann nur wiederholen, meine Herren, daß es den Herren Collegen ja bekannt ist, daß wir kein Objecten-Budget haben, daß wir also, wenn wir z. B. den Bau einer Schule beschließen, welche 200.000 fl. kostet, nur denjenigen Betrag in das Budget einstellen, welcher voraussichtlich in diesem Jahre gebraucht werden wird. Wenn aber im vorigen Jahre der Betrag von 90.000 fl. eingestellt war, so war damit nicht gesagt, daß man diese ganze Herstellung mit 90.000 fl. machen könne, sondern daß man geglaubt hat, im Laufe dieses Jahres diese Summe aufzubreuchen. Für das heurige Jahr war man eben der Meinung, daß die ganze Arbeit fix und fertig wird; daher ist der Betrag von 120.000 fl. eingestellt worden. (Gem.-Rath Trambauer: In stalliert wurde die Wasserleitung noch nicht?) Nein.

Gem.-Rath Tischler: Die Neunkirchner Gemeindevertretung hat damals verlangt, daß die Commune Wien zur In standhaltung verpflichtet werde. Ich glaube, daß das damals zurückgewiesen wurde; vielleicht ist diese Erhöhung dadurch entstanden? (Rufe: Nein!)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Hierüber gibt Aufschluß das Erkenntnis, womit der Gemeinde die Concession zur Wasserleitung ertheilt wurde. Nach dem Erkenntnis ist die Gemeinde zur

Herstellung der Wasserleitung verpflichtet; alles übrige ist Sache der Gemeinde Neunkirchen. Wünscht noch jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es kommt also der Betrag von 2,445.690 fl. zur Abstimmung. Jene Herren, die denselben bewilligen, wollen die Hand erheben. (Geschicht.) **Angenommen.**

Referent des Stadtrathes: Rubrik XXVI, Post 6 h. Erbauung eines Wächterhauses bei dem Aquädukt und Abflasse in Weikersdorf bei Baden. Restzahlung 1000 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? **Angenommen.**

Referent des Stadtrathes: Post 7. Auslagen für Projectarbeiten betreffs Herstellung einer Nutzwasserleitung aus der Donau, 35.000 fl.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich will Sie nicht lange aufhalten. Ich erkläre ganz kurz, daß ich — und ich hoffe, auch sämtliche Mitglieder meiner Partei — gegen diese Post stimmen werden. Ich erachte nur eine Lösung der Wasserfrage als eine richtige und glückliche, das ist die, daß erstens unser Aquädukt vollständig ausgenützt und zweitens eine neue Leitung aus dem Gebirge hergestellt wird. Es hat mich unendlich gefreut, daß unlängst gelegentlich der Berathung der Wienthal-Wasserleitung Herr Vice-Bürgermeister Dr. Richter im Stadirathe für die Ergänzung der Hochquellenleitung mit aller Entschiedenheit eingetreten ist. (Allgemeiner lebhafter Beifall.) Ich begrüße es mit großer Freude. Ich hoffe, daß er seine ganze Energie anwenden wird, daß wir von einer Nutzwasserleitung aus der Donau verschont bleiben. (Allgemeiner Beifall.) Ich gestehe Ihnen offen, daß ich wohl dafür bin, daß für ganz einzelne Zwecke bestimmte Wasserleitungen gebaut werden. Das halte ich für einen ganz richtigen Weg. Aber die große Versorgung, ich könnte sagen die Plenarversorgung der Stadt Wien, muß einheitlich erfolgen, und da werde ich immer dafür sein, daß wir gutes Wasser nach Wien bekommen und nicht anderes Wasser, welches zum Genuße nicht geeignet ist. Daher werde ich, und ich hoffe vielleicht auch sämtliche Mitglieder meiner Partei, gegen diese Post stimmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte, mir zu gestatten, eine kurze Erklärung abzugeben. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß die Gemeinderaths-Beschlüsse einzuhalten sind. Nun hat der Gemeinderath gewisse Vorarbeiten, ich möchte sagen, Vorarbeiten in der Art, daß man ein Project aufstellen kann, beschließen, und ich stehe auf dem Standpunkte, daß der Gemeinderath in die Lage gesetzt werden muß, zu entscheiden, was vortheilhafter für die Gemeinde sei und darum habe ich den Standpunkt vertreten, daß man wissen muß: was kostet eine Nutzwasserleitung, und was kostet eine zweite Hochquellenleitung, denn darnach wird der Gemeinderath in die Lage kommen, den Beschluß zu fassen. Es ist also eine Divergenz in den Anschauungen, glaube ich, nicht vorhanden. Ich bin überzeugt, daß die gefassten Beschlüsse in dieser Intention gefasst worden sind, und bezieht sich die eingestellte Post auf einen Beschluß des Gemeinderathes anlässlich der Wasserdebatte. Es sollen eben die Vorarbeiten in erschöpfender Weise gemacht und dann soll das Resultat vorgelegt werden, damit der Gemeinderath vollständig informiert sei.

Gem.-Rath Dr. Vogler: Ich wollte auch nur constatieren, daß die Einstellung dieses Betrages auf einem früher gefassten Gemeinderaths-Beschlusse beruht, und daß es nicht angeht, jetzt, gelegentlich der Budgetdebatte, diesen Gemeinderaths-Beschluß einfach abzuschaffen. Wir können auch jetzt nicht in eine neue

Wasserdebatte eingehen. Im übrigen hat der Herr Vorsitzende schon gesagt, was ich vorbringen könnte, und ich glaube daher, daß die Herren für die Bewilligung dieser Post stimmen werden, wir kämen sonst dahin, daß wir bei der seinerzeitigen, endlichen Lösung der Wasserfrage keine Vorstudien rücksichtlich des Projectes einer Nutzwasserleitung aus der Donau hätten, und es würde wahrscheinlich der Antrag gestellt werden, daß Erhebungen darüber gepflogen werden; das würde zu einer abermaligen Vertagung der Angelegenheit führen, die gewiß nicht im Interesse der Sache gelegen wäre. Aus diesem Grunde ist es zweckmäßig, daß bei dem früheren Gemeinderaths-Beschlusse beharrt werde.

Gem.-Rath Gregorig: Ich glaube, daß der geehrte Herr Vorredner sich in einem Irrthume befindet. Wenn der Gemeinderath einen Beschluß gefasst hat und es fällt heute dem Plenum ein, seinen Beschluß zurückzunehmen, so steht ihm das vollkommen frei. In der Richtung hat sich der geehrte Herr Vorredner im Irrthume befunden.

Aber auch ein zweiter Irrthum dürfte obwalten. Die 35.000 fl. sind thatsächlich vor zwei Jahren, nicht voriges Jahr bewilligt worden. Die Kosten für die Vorarbeiten sind bereits aufgelaufen; Sie haben nur das Geld für die aufgelaufenen Kosten bewilligt. Die Projecte liegen fertig; die competente Stelle sagt, daß sie vollkommen fertig sind. Wenn die Herren sagen, das Geld gehöre für zukünftige Arbeiten, so ist das nicht richtig, es gehört für fertige Arbeiten.

Gem.-Rath Wünsch: Meinen Standpunkt in dieser Angelegenheit glaube ich schon wiederholt präcisirt zu haben. Ich bin entschieden kein Anhänger der Nutzwasserleitung, aber die Studien, welche einmal begonnen worden sind und ich möchte sagen, einen wissenschaftlichen Wert haben, müssen unbedingt durchgeführt und vollendet werden, nicht allein, um den Gemeinderath in die Lage zu setzen, ein endgiltiges Urtheil zu fällen, sondern auch um wissenschaftliches Material zu bieten für die Wasserversorgung der Stadt Wien in zukünftigen Zeiten. Das Werk, das man begonnen hat, muß zu Ende geführt werden. Ich werde daher für die Einstellung dieser Post stimmen. Was ich aber wünsche, ist, daß über den Fortgang und den derzeitigen Stand der Forschungen dem Gemeinderathe Bericht erstattet werde. Ich bitte daher, den Antrag anzunehmen, den ich stelle, dahin gehend, es werde dem Gemeinderathe über den derzeitigen Stand der Forschungen auf dem Gebiete der Nutzwasserleitung Bericht erstattet.

Gem.-Rath Weitmann: Ich kann aus meiner Überzeugung bereits sagen, daß heute die Majorität des Gemeinderathes gegen die Nutzwasserleitung ist. Wie die heutige Stimmung ist und wie die Erfahrungen lehren, ist bereits die Majorität gegen die Nutzwasserleitung. (Widerspruch.) Wir können daher ganz gut gegen den Betrag von 35.000 fl. stimmen. Wenn wir das thun, ersparen wir den Betrag und ich erachte denselben als vollkommen unnütz ausgegeben, weil die Nutzwasserleitung in Wien nicht eingeführt wird. Das können Sie versichert sein. Ich glaube, sie wird umsomehr nicht eingeführt, weil Herr Prix leider nicht mehr Bürgermeister ist. (Zwischenruf.)

Bürgermeister (welcher den Vorsitz wieder übernommen hat, unterbrechend): Aber ich bitte

Gem.-Rath Weitmann (fortfahrend): Das kann ich doch anführen, Herr Bürgermeister; das ist doch keine Beleidigung. Ich kann auch sagen, „weil Herr Gem.-Rath Frauenberger

leider noch Gemeinderath ist. Es ist mir auch unbenommen, das zu sagen; „leider“ läßt sich in verschiedener Bedeutung sagen.

Also, ich werde aus dieser Überzeugung, damit wir diese unnütze Auslage von 35.000 fl. ersparen, dagegen stimmen. (Rufe: Die sind schon ausgegeben!)

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich habe nur das Wort ergriffen, um meinen principiellen Standpunkt in der Frage zu kennzeichnen: Ich bin ein entschiedener Gegner der Nutzwasserleitung aus der Donau, wenigstens für die jetzige Zeit. Ich bin ein unbedingter Gegner der Nutzwasserleitung, weil ich der Meinung bin, daß dadurch die einzig richtige Lösung der Wasserfrage vereitelt wird.

Bei der Donau sieht man das Wasser, da braucht man nicht Jus studiert haben, da braucht man nicht Technik (studiert haben, man weiß, man kann so viel Millionen aus der Donau beziehen. Meine Herren! Aber etwas anderes. Ich begrüße es mit Freuden, daß in den letzten Tagen mit dem Programme der Geheimhaltung gebrochen worden ist. (Hört!) Bis jetzt ist die Wasserfrage als eine geheime Wissenschaft des Bürgermeisters behandelt worden. In der heutigen Sitzung des Stadtrathes sind uns über den Stand der Arbeiten Mittheilungen gemacht worden. (Bravo!) Es wurde bisher an dem Standpunkte festgehalten, daß nicht einmal der Stadtrath, der doch die Crème des Wissens ist (Heiterkeit), die Crème der Thätigkeit, die in Ihnen, meine Herren von der Majorität, enthalten ist, also diese Crème, oder sagen wir, dieser Extract — gewürdigt wurde, etwas über die Wasserversorgung der Stadt Wien zu erfahren. Mit diesem Standpunkte der Geheimhaltung ist gebrochen worden und es sind wenigstens die Mitglieder des Stadtrathes gewürdigt worden, zu erfahren, welche Vorbereitungen diesfalls getroffen worden sind. Ich begrüße dies mit Freuden; meine Herren, ich, ein Mitglied der Opposition, ein entschiedener Gegner auch des jetzigen Herrn Bürgermeisters. (Gem.-Rath Frauenberger: O, nein!) Aber wenn etwas gerecht ist, anerkenne ich es, und ich erkläre, wenn Sie heute für diese Position: „Nutzwasserleitung aus der Donau“ stimmen, ist die Gefahr vorhanden, daß diese Nutzwasserleitung auch durchgeführt wird, und diese Gefahr möchte ich hintangehalten wissen. (Gem.-Rath Dr. Klobberg: Aber zu gewissen Zwecken!) Ja, zu gewissen Zwecken, vielleicht für den Garten des Herrn Dr. Klobberg oder eine Schweinemästungsanstalt (Heiterkeit), das mag sein, aber wir brauchen Hochquellenwasser zum Trinken und für die Haushaltungen, und deshalb stimme ich gegen diese Post.

Bürgermeister: Meine Herren! Nehmen Sie mir meine Bitte nicht übel, aber machen Sie keine große Wasserdebatte, sondern beobachten Sie unter Wahrung möglichster Redefreiheit die größtmöglichste Ökonomie im Reden.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Meine Herren! Ich will durchaus keine Wasserdebatte aufrollen und ich will mich nur auf das allernothwendigste beschränken. Ich erlaube mir aber, daran zu erinnern, daß anlässlich der letzten großen Wasserdebatte der Gemeinderath beschlossen hat, es seien Studien anzustellen, welche dazu führen sollen, eine Nutzwasserleitung in Wien zu etablieren. Zu diesem Zwecke hat damals der Gemeinderath auch beschlossen, solange diese Arbeiten dauern, alljährlich einen Betrag von 30 bis 35.000 fl. hiefür einzustellen.

Nun will ich Ihnen nur ganz kurz mittheilen: Auf Grund dieses Gemeinderaths-Beschlusses sind mit Technikern, welche einen hervorragenden Ruf als Hydrotechniker genießen und welche speciell in Bohrarbeiten Ausgezeichnetes geleistet haben, Verträge ab-

geschlossen worden, des Inhaltes, daß an passenden Stellen Untersuchungen des Grundwassers vorgenommen werden und daß auf Grund dieser Versuche dann an jenen Orten gebohrt wird, welche voraussichtlich ein günstiges Resultat erwarten lassen.

In jüngster Zeit, vor ungefähr vier bis fünf Tagen, ist nun ein Bericht des Bauamtes eingelaufen, die Mittel zu bewilligen — und die sind in diesen 35.000 fl. enthalten — um an einem geeigneten Punkte, welcher durch viele Bohrversuche erhoben worden ist, Schöpfversuche anzustellen. Es hat sich nämlich ergeben, daß sowohl für das Quantum als für die Qualität des zu erhoffenden Wassers nicht die Nähe der Donau maßgebend ist, und ich kann es hier sagen, daß dieser in Aussicht genommene Punkt ziemlich weit abseits von der Donau gelegen ist, ein Punkt, welcher zufolge Configuration des Untergrundes und der Undurchdringlichkeit der Schichten, welche sich vom Gebirge unterhalb Wiens und den beiden großen Feldern rechts und links bis zur Donau hinziehen, Wasser enthält und zurückhält, welches von thatsächlich vom Gebirge kommenden Wasser herrührt.

Dies ist also ein Theil jener Action, welche der Gemeinderath beschlossen hat, und wenn Sie heute diesen Betrag ablehnen würden, so kämen Sie in die Verlegenheit, mit den Herren, welche auf Grund der früher grundlegenden Beschlüsse engagiert worden sind, in einen Conflict zu kommen. Sie können heute diese Arbeiten nicht abbrechen, und es ist auch selbst für jene, die auf dem Standpunkte der einheitlichen Wasserversorgung stehen, nicht gerathen, diese Schritte zu unterbrechen. (Rufe rechts: Sehr richtig!) Denn wenn Sie heute vor die Frage gestellt werden, ob einheitliche Wasserversorgung oder Trennung in der Weise, daß das Trinkwasser durch die Hochquellenleitung und das übrige Gebrauchswasser durch irgendeine Nutzwasserleitung gegeben werden, so werden Sie sich immer die Frage aufwerfen, was kostet die eine, was kostet die andere? Denn, wenn sich die Verhältnisse so gestalten, daß die einheitliche Wasserversorgung der Gemeinde außerordentliche beträchtliche Mehropfer auferlegt, so werden Sie meines Erachtens zu dem Schlusse kommen, daß es im Interesse der finanziellen Situation der Gemeinde klüger ist, diesen Ausweg zu wählen und auch minderwertiges Wasser für Gebrauchszwecke zuzulassen. Wenn Sie heute diese Untersuchungen unterbrechen, so kommen Sie nie in die Lage, beide Projecte beurtheilen zu können. Sie müssen daher meines Erachtens, um einmal Ihre Wahl richtig, und wie es das Interesse der Gemeinde erfordert, treffen zu können, darauf bestehen, daß ihnen sowohl in der einen wie in der anderen Richtung Resultate vorgelegt werden, welche die Grundlage für Ihre weiteren Beschlüsse bilden können. Darum möchte ich bitten — und diese Bitte richte ich auch an die geehrten Mitglieder der anderen Seite des Hauses — diese Untersuchungen nicht zu unterbrechen. Es handelt sich nicht darum, daß Sie sich heute präjudicieren.

Meine Herren! Das ist ganz unmöglich und undenkbar, daß man sozusagen heimlich und hinter Ihrem Rücken heute die Frage entscheidet und heute präjudiciert in der Richtung, daß Sie schon die Nutzwasserleitung beschließen. Das ist undenkbar. Denn die Nutzwasserleitung sowohl, wie die Ergänzung der Hochquellenleitung, beziehungsweise der Bau einer neuen Hochquellenleitung kostet solche Summen und setzt eine solche Summe von präparatorischen Beschlüssen voraus, daß Sie darüber ganz beruhigt sein können. Denn man wird an Sie herantreten, um so und so viel Millionen zu investieren. Das kann man doch nicht heimlich machen. Man

kann Sie doch nicht überraschen und Ihnen plötzlich sagen, Sie haben beschlossen, 40 Millionen auszugeben. Das ist undenkbar. Aber Sie würden in die Lage kommen zu fragen, ja, was kostet die Nutzwasserleitung, wenn eine neue Hochquellenleitung solche Auslagen verursacht, und dann würden Sie gewiß darnach greifen, jene Schritte zu unternehmen, zu deren Ausführung heute dieser Betrag Ihnen angeschlossen wird. Er ist zu Ihrer eigenen Information und jenen Versammlungen, die nach uns über die Frage zu entscheiden haben, nothwendig. Meine Herren, das Geld ist nicht hinausgeworfen; denn halten Sie an dem einen Grundsatz fest, die Lösung der Wasserfrage wird gar nie erfolgen, weil eine Stadt, die sich jährlich um 25.000 Köpfe vermehrt, bei dem beschränkten Zuflusse des Wassers immerfort in der Lage sein wird, an eine Ergänzung der Hochquellenleitung und der anderen Leitungen zu denken, und noch viele und viele Jahre werden vergehen, bevor Sie mit Beruhigung werden sagen können, nun sind wir für die nächste Zukunft geborgen; heute können wir das gewiß nicht sagen, und wenn es in Aussicht steht, daß die Ergänzung der Hochquellenleitung durch Activierung des Erkenntnisses wirklich thatsächlich erfolgt sein wird, wenn Sie wissen, daß die 600.000 Eimer hereinlaufen, so sind Sie schon in der Lage, sagen zu müssen: Was werden wir in den nächsten zehn Jahren machen und wie werden wir in zehn Jahren den Bedarf der Stadt herstellen, was werden wir ihr bieten können?

Denken Sie, daß mit einem jeden Decennium für eine Viertelmillion Menschen vorzusorgen ist. Wir werden also nie die Frage lösen, und es ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß eine Zeit kommt, in der gesagt werden wird: Diese Erfahrung, welche zu erhalten der Gemeinderath in weiser Voraussicht beschlossen hat, kommt uns sehr zugute und wir bauen auf bereits bekannten Größen und können dem Gemeinderathe neue Vorschläge machen. (Bravo! rechts.)

Darum möchte ich Sie bitten und ich richte nochmals das Ersuchen an die Herren jener Seite, bewilligen Sie diese Post, denn Sie haben dann einmal erklärt, wir wollen diesen Schritt gemacht haben, und was heute hier vorgeschlagen wird, ist nichts anderes, als die Ergänzung bereits bewilligter Gelder. Sie wollen endlich erfahren, welcher Qualität wird das Wasser sein, welches dort zu haben ist, wieviel werden wir entnehmen können, und können wir darauf überhaupt das Project einer Nutzwasserleitung bauen. Denn darüber täuschen Sie sich nicht. Wenn auch das Wasser in der Donau vorüberläuft; dieses Wasser werden Sie in dem Zustande nie brauchen können. Jeder Techniker wird Ihnen sagen, wenn Sie das Wasser ein Jahr in Ihren Röhren haben, so müssen Sie die Röhren frisch ausputzen. Wir müssen also anders beschaffenes Wasser zu gewinnen trachten, welches für untergeordnete Zwecke brauchbar ist und die Leitung nicht einfach functionsunfähig macht. Darum ist es nothwendig, daß dieser Betrag bewilligt werde; und wenn die Resultate Ihnen vorgelegt werden, dann werden Sie erst daraus entnehmen, welche Summe technischer Kenntnisse in dieser Sache angewendet wurde und wie wertvoll es für die Gemeinde ist, frei sich zu entscheiden. Dann wird auch das Ergebnis anderer Untersuchungen vorliegen und es werden seitens der Ämter Vorschläge kommen und Vorschläge darüber, was die Ergänzung der Hochquellenleitung kostet, was die Feststellung des Princips der einheitlichen Wasserversorgung kostet und was die Trennung durch die Activierung einer Nutzwasserleitung kostet. Solange der Gemeinderath nicht in der Lage

ist, diese Wahl treffen zu können, solange tappt er im Finsternen (So ist es! rechts), und niemand von uns kann beruhigt sich und den Mitbürgern sagen, dieses Geld muß im Interesse der Gemeinde aufgewendet werden. Darum bitte ich Sie, bewilligen Sie diesen Betrag; es handelt sich bei einem Budget von über 30 Millionen um einen Pappenstiel; die Resultate müssen wir haben. Wir kämen in die Lage, heuer oder nächstes Jahr diesen Schritt doch machen zu müssen. (Beifall rechts.)

Gem.-Rath Dr. Friedjung: Ich habe nur eine kurze thatsächliche Berichtigung vorzubringen. Herr Dr. P u e g e r sagte, daß bei Lebzeiten des Herrn Bürgermeisters Dr. P r i x — das war ungefähr der Gedanke — ein Geheimnis über die Arbeiten zur Herstellung einer Donauwasserleitung gewahrt worden ist, welches nunmehr gebrochen sei. Ich halte es nur für billig zu constatieren, daß in der Sitzung der Budget-Commission, welche über diesen Gegenstand verhandelt hat, und welche bei Lebzeiten des Bürgermeisters Dr. P r i x stattgefunden hat, Herr Ober-Baudirector B e r g e r uns ausführlich dargelegt hat, in welcher Weise diese 35.000 fl. und weitere Beträge zu verwenden seien.

Er hat uns über die Punkte, wo Untersuchungen zu machen seien, vertrauliche Angaben gemacht, welche natürlich nicht wiederholt werden dürfen, weil wir nicht die Aufmerksamkeit der Besitzer auf diese Punkte lenken dürfen. Das alles ist bereits bei Lebzeiten des Bürgermeisters Dr. P r i x geschehen. Ich glaube, es dem verstorbenen Bürgermeister schuldig zu sein, dies zu erwähnen, auf daß er nicht zu Gunsten des gegenwärtigen, auch von mir hochverehrten Bürgermeisters dort getadelt werde, wo er wahrhaftig einen Tadel nicht verdient. (Beifall rechts.)

Gem.-Rath Dr. Scholz: Es ist vollkommen richtig, daß die Ergänzung der Wasserleitung im Gebirge liegt, und zwar bis hinauf an die Seen Oberösterreichs. Ich habe das seit Jahren verfolgt und stehe noch auf diesem Standpunkte. Was aber die Bewilligung dieser Post für Versuche betrifft, so sehe ich mich genöthigt, darauf aufmerksam zu machen, daß diese Versuche uns ein Resultat nicht geben werden.

Wenn heute Gruben gegraben und Schächte ausgehoben werden, um Filterwasser zu erhalten, so werden diese Versuche ein Resultat, welches wir für längere Zeit brauchen können, nicht ergeben. Die erste Frage ist, ob der Zufluß überhaupt stark genug sein wird, um die Entnahme zu decken. Das werden uns diese Versuche nicht lehren. Wenn ferner ein so starker Wasserstrom durch einen Filter dringt, nimmt er die Unreinlichkeit größtentheils mit. Die Wirkung wird sein, daß das Wasser ebenso verunreinigt sein wird, als wenn man es nicht filtriert hätte. Die dritte Folge ist die, daß der Filter verschlammte, und daß wir, wenn es lange dauert, die Wasserleitung aus diesen Schächten sechs Jahre benützen können, dann ist der Filter verstopft und wir haben keinen Zufluß mehr und wir müssen neue Schächte graben.

Ich erinnere Sie an die Erfahrungen, die die Stadt Pest mit ihren Wasserleitungen gemacht hat, welche auf demselben Principe aufgebaut wurden und nach zwei Jahren absolut unbrauchbares Wasser geliefert haben. Wir müssen das Princip ins Auge fassen, daß, wenn wir Nutzwasser aus der Donau holen, wir das Wasser aus dem Strome nehmen, und in Klärungsbehältern, die wir reinigen können, das Wasser setzen lassen und von dort weiter leiten. Ein anderes System gibt es nicht, und wenn Sie heute solche Versuchstationen machen, pumpen lassen und so fort, so ist der Grundfehler

der Versuche darin gelegen, daß man jenes Quantum Wasser, das man von dort aus nehmen wird, nicht in jener Menge und in jener Zeit wird schöpfen können, welche für die Versuche ausschlaggebend sind. Ich habe die Überzeugung, daß das System des Schöpfens des Grundwassers auf die Dauer undurchführbar ist; so ist es bei der Kaiser Ferdinands-Wasserleitung, in Pest und überall, wo dieses System eingeführt wurde. Das wollte ich den Herren sagen; darum halte ich die Post von 35.000 fl. für überflüssig; aber im Interesse der Sache und um Klarheit zu gewinnen, habe ich nichts dagegen, daß man sie dafür verwendet.

Bürgermeister: Ich kann gegenüber diesen Bemerkungen nur anführen, daß diese Versuche von Fachmännern ersten Ranges geführt werden, die über jenes Wissen verfügen, das überhaupt der menschlichen Gesellschaft diesbezüglich zur Verfügung steht.

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur thatfächlichen Berichtigung): Meine Herren, ich berichtige nur thatfächlich, daß Herr Berger bis jetzt noch nicht Ober-Baudirector ist, sondern nur Baudirector und allerdings Oberbaurath.

Zweitens berichtige ich thatfächlich, daß ich nie jemanden angreife auf eigene Wahrnehmungen hin, sondern immer auf Angaben anderer Personen, und diesen Grundsatz halte ich insbesondere fest gegenüber jenen Personen, die sich zu vertheidigen nicht in der Lage sind. Ich constatiere gegenüber den Angaben des Herrn Dr. Friedjung, daß ein Bericht des Stadtbauamtes, der im September vorigen Jahres erstattet wurde, bisher weder dem Gemeinderathe noch dem Stadtrathe bekanntgegeben wurde, dem Stadtrathe deshalb nicht, weil einige Mitglieder des Stadtrathes angeblich nicht des Schweigens kundig sind, damit nicht am nächsten Tage bereits der Szeps in seinem Blatte diesbezügliche Nachrichten bringt.

Bürgermeister: Ich erkläre, daß dieser Grund mir unbekannt ist. (Gem.-Rath Dr. Lueger: Es ist im Stadtrathe gesagt worden!) Es kann gesagt worden sein, aber daß dieser Grund existiert, ist mir unbekannt, und ich kann die Ausführung dieses Grundes nicht zugeben, das ist eine Beleidigung für die Mitglieder des Stadtrathes.

Gem.-Rath Dr. Vogler (zur thatfächlichen Berichtigung): Es ist uns heute im Stadtrathe — und das sage ich berichtend gegenüber Herrn Dr. Lueger — mitgetheilt worden, daß dieser Bericht des Stadtbauamtes deshalb bisher nicht mitgetheilt worden ist, weil der verstorbene Bürgermeister den Bericht dem Magistrat zur weiteren Ergänzung zurückgestellt hat im Hinblick auf Thatfachen, die mittlerweile vorgekommen sind, und daß dieser Bericht erst in den letzten Tagen, wenn ich nicht irre, neuerdings dem Präsidium überreicht worden ist oder in den nächsten Tagen überreicht werden wird. Das ist als Grund angegeben worden.

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur thatfächlichen Berichtigung): Ich bin der einzige meiner Partei im Stadtrathe, aber jetzt appelliere ich wirklich an meine Collegen, ob nicht ausdrücklich gesagt worden ist, daß man derlei Dinge dem Stadtrathe nicht mittheilen kann, weil sonst am nächsten Tage im Szeps'schen Tagblatte die Sache veröffentlicht wird. Das ist deutlich und klar in früheren Sitzungen, ich glaube in der vorgestrigen ausgesprochen worden, und nur weil ich dagegen Verwahrung eingelegt habe, ist heute über sehr wissenswerte Mittheilungen Bericht erstattet und es ist speciell ein Fall erwähnt worden, daß — um meine Behauptung vollständig zu rechtfertigen — ein Comité gewählt worden war und trotzdem im Szeps am nächsten Tage die betreffenden

Mittheilungen gestanden sind. (Hört! Hört! links.) Das muß ich hier erklären und ich bedauere sehr, daß ein Mitglied des Stadtrathes mich in dieser Richtung Lügen strafen will.

Bürgermeister: Wir schreiten zur Abstimmung. Post 7, „Auslagen für Projectarbeiten für Herstellung einer Nutzwasserleitung aus der Donau“ 35.000 fl. Jene Herren, die zustimmen, wollen die Hand erheben. (Geschicht.) *Angenommen.*

Herr Gem.-Rath Wunsch hat den Wunsch ausgesprochen, daß über den gegenwärtigen Stand der Vorarbeiten in der Wasserangelegenheit dem Gemeinderathe Bericht erstattet werde. Die Herren sind einverstanden? (Zustimmung.)

Referent des Stadtrathes (liest):
Rubrik XXVI.

Post 8 „Herstellung neuer Wasserleitungen mit Benützung vorhandener Quellen in den ehemaligen Vororten“.

Diese 20.000 fl. sind gestrichen, weil gar kein Project vorliegt, von welchem man annehmen kann, daß es im Verlaufe des heurigen Jahres zur Ausführung gelangt, und weil wir im Budget nicht Zahlen fortführen wollen, von welchen wir nicht den geringsten Anhaltspunkt haben, daß sie wirklich zur Ausgabe gelangen.

Gem.-Rath Steiner: Ich bedaure diese Erklärung des Herrn Referenten, da diese Post schon wiederholt eingestellt worden ist, ohne daß an die Ausführung dieser Arbeiten gedacht wird. Der Antrag läuft zwei Jahre, und das Stadtbauamt hat sich, wie ich heute schon erwähnt habe, ein ganzes Jahr mit den Nachforschungen beschäftigt. Ich war selbst einer Commission zugezogen, wo das Wasser zur bacteriologischen Untersuchung an Professor Weichselbaum übersendet worden ist, welcher dasselbe in seinem Gutachten als zum Trinken besonders geeignet bezeichnet hat. Trotzdem geht man nicht daran, diese Wasserleitung zu bauen. Meine Herren! Die Quellen sind unser Eigenthum, das Wasser wird als vorzüglich bezeichnet von einer Capacität, wie es Professor Weichselbaum ist. Man erklärt, man kann uns das Hochquellenwasser durch Jahre hinaus nicht geben, weil der Druck für diese Gegend in der Leitung nicht vorhanden ist. Dieser Betrag von 20.000 fl. ist allerdings etwas zu niedrig, das ist richtig, aber ich verstehe nicht, daß man die Wasserleitung überhaupt nicht baut. Auf wessen Gutachten ist das geschehen? Der Magistrat und das Stadtbauamt haben sich für die Erbauung dieser Wasserleitung ausgesprochen. Die Wasserzufuhr nach Sievering kostet täglich 9 fl. und etliche Kreuzer; ich bitte, die Verzinsung jahraus, jahrein zu rechnen. Nehmen wir an, daß die Berechnung Bösenkops mit 24.000 fl. zu niedrig gegriffen ist, sagen wir, sie wird 30.000 fl. kosten und Sie können sechs Auslaufbrunnen aufstellen, so daß beide Gemeinden, Ober- und Unter-Sievering, genug Trink- und Nutzwasser haben. Messungen des Jahres 1892 haben als geringstes Quantum 1000 Eimer ergeben; theilweise wurden 6000 Eimer gemessen. Es ist mir unverständlich, wie das Bauamt jetzt auf einmal erklären kann, daß kein Wasser da ist. Ich war dieser Tage dort und habe mich überzeugt, daß der Wasserzufluß so ist, wie ich ihn seit meiner Kindheit kenne. Es werden dort die Quellen als Trinkwasser beim Linien-Verzehrungssteueramte benützt; das Wasser wird allgemein als vorzüglich erklärt. Von einem, Herrn Windhuber als sein Privateigenthum reclamierten Brunnen wurde constatirt, daß er der Commune Wien gehört. Die Quellen könnten zusammengezogen werden und wir hätten Wasser genug. Es wäre ein Fortschritt, wenn das durchgeführt wird, und Sie könnten uns das Wasser bieten, das uns

bei der Einverleibung versprochen wurde. Das wäre eine Entschädigung. Den Druck bekommen Sie nicht, bevor nicht das Pumpwerk bei der Nußdorferlinie und am Rahlenberge, wie es projectiert ist, durchgeführt ist. Ich würde bitten, die Post nicht zu streichen, den Antrag des Magistrates nicht abzulehnen, sondern entgegen dem Antrage des Referenten des Stadtrathes die Post anzunehmen. (Beifall links.)

Bürgermeister: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet; der Herr Referent hat das Schlusswort.

Referent des Stadtrathes: Ich habe keine Bemerkung.

Referent der Budget-Commission: Ich will eine ganz kurze Bemerkung zur Aufklärung machen. Wie Sie aus der Randbemerkung ersehen, sind diese 20.000 fl. nur eingestellt worden für den Fall, als diese Erhebungen ein günstiges Resultat liefern würden. Nachdem es mir obliegt, auch die Berichte des Stadtrathes bezüglich des Budgets genau zu studieren, habe ich dort gefunden, daß die Streichung im Stadtrathe aus dem Grunde vorgenommen wurde, weil die Berichte des Stadtbauamtes — und ich will den Namen gleich nennen, er steht im Protokolle und im Amtsblatte zu lesen, es war Oberingenieur Buschek — solche waren, daß man von der Ausbeutung dieser Quellen für heuer ganz abgesehen hat und aus dem Grunde die 20.000 fl. nicht gebraucht hat. Es wird dort ausdrücklich gesagt: Nach den gegebenen Aufklärungen des Herrn Oberingenieurs Buschek wurde die Streichung beantragt und vom Stadtrathe angenommen. Welcher Art diese Aufklärungen waren, entzieht sich meiner Beurtheilung, weil darüber im Amtsblatte nichts zu lesen ist. Das war ich verpflichtet, Ihnen zu sagen.

Gem.-Rath Steiner (zur thatsächlichen Berichtigung): Meine Herren, Herr Oberingenieur Buschek war selbst bei der Commission am heiligen Abend im Jahre 1892 und hat sich selbst für die Erbauung dieser Wasserleitung ausgesprochen. Ich erkläre nochmals, das Consortium, welches die Wasserleitung auf eigene Kosten bauen wollte, hätte gewiß ein derartiges Project den ehemaligen Gemeinden nicht unterbreitet. Das Wasser ist heute noch wie früher; ich glaube nicht, daß das Jahr 1894 im Sommer ein Ausnahmestrichjahr sein wird, so daß der Wasserzufluß aus den Quellen, welche Jahrhunderte bestehen, auf einmal aufhören würde.

Bürgermeister: Wir schreiten zur Abstimmung. Stadtrath und Budget-Commission beantragen nicht die Einstellung irgendeiner Ziffer. Demgegenüber beantragt Gem.-Rath Steiner die Einstellung eines Betrages von 20.000 fl. Die Herren, welche mit Einstellung dieser Ziffer von 20.000 fl. einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschicht.) **Angenommen.**

Referent des Stadtrathes: Wir sind jetzt mit den Wasserangelegenheiten fertig.

Seite 224, Ordentliche Einnahmen:

Canaleinmündungsgebühren 190.000 fl.
Beiträge für Canalbenützung 250 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (den Vorsitz übernehmend): Keine Einwendung? — **Angenommen.**

Referent des Stadtrathes: Beiträge für die Räumung der Hauscanäle 278.840 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? — **Angenommen.**

Referent des Stadtrathes: Beiträge für die Canalherstellung 60.000 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? — **Angenommen.**

Referent des Stadtrathes: Außerordentliche Einnahmen. Erlös für die verkauften Parzellen des eingewölbten Währingerbachcanales 2.500 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? — **Angenommen.**

Referent des Stadtrathes: Die Ausgaben für Canalbauten, currente Erhaltung, Neubauten und Umbauten sind bereits vom Gemeinderathe genehmigt.

Räumung der Canäle 118.540 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? — **Angenommen.**

Referent des Stadtrathes: Räumung der Hauscanäle 275.190 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? — **Angenommen.**

Referent des Stadtrathes: Jetzt folgt die VII. Verwaltungsgruppe „Markt- und Approvisionierungswesen“.

Gem.-Rath Seiler (zur Geschäftsordnung): Diese Gruppe im Budget ist am meisten krank, es wird daher voraussichtlich eine große Debatte sein, die mehr Aufmerksamkeit erfordert. (Zustimmung.) Ich würde mir daher den Antrag zu stellen erlauben, diese Gruppe für die nächste Sitzung zu verlegen und eine andere Gruppe vorzunehmen. (Zustimmung.)

Referent des Stadtrathes: Es hängt von den Herren ab, ob sie solange aushalten werden oder nicht; mir steht darüber kein Urtheil zu. Ich würde nur bitten, das Budget so rasch als möglich zu erledigen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es ist der Antrag gestellt worden, die Berathung der Gruppe VII „Markt- und Approvisionierungswesen“ anzusetzen und mit der Berathung der übrigen Gruppen fortzufahren. Diejenigen Herren, welche zustimmen, wollen sich von den Sitzen erheben. (Geschicht.) 30 Herren dafür. **Angenommen.**

Referent des Stadtrathes: Gruppe VIII „Sanitätswesen“, Seite 288, Rubrik XXXII.

Gem.-Rath Dr. Scholz: Ich glaube, daß wir im ganzen bei dieser Gruppe wenig Änderungen haben werden und möchte mir erlauben, den Antrag zu stellen, sie, wie sie vorliegt, en bloc anzunehmen. (Lebhafter Widerspruch.)

Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Ich bitte, diese Gruppe können wir nicht en bloc annehmen. Meine Herren, es handelt sich bei dieser Gruppe um die Regulierung des Sanitätswesens, beziehungsweise um die Regulierung der städtischen Ärzte, und das erheischt eine gewisse Berathung. Aus diesem Grunde bitte ich, in die Debatte über diese Gruppe einzugehen.

Gem.-Rath Klausner: Ich schließe mich den Ausführungen des Herrn Collegen Dr. Klotzberg vollkommen an.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich glaube, wenn ein Widerspruch erhoben wird, müssen wir von der En bloc-Annahme absehen. Ich bitte daher, mit der Berathung zu beginnen.

Referent des Stadtrathes (liest): Sterbefallanmeldungstaxen (Tottenbeschreibgebühren) . . 8.660 fl.
Tottenbeschautaxen 22.600 fl.
Beiträge zu den Auslagen für sanitätspolizeiliche Obduktionen 2.420 fl.

Gebühren für die Intervention der städtischen Sanitätsorgane aus Anlaß von Leichenbestattungen . . . 6.060 fl.
 Sonstige Beiträge zu den Sanitätsauslagen 1.010 fl.
 Rückvergütung von Kosten chemischer Analysen 130 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Angenommen.

Referent des Stadtrathes: Zu der Ausgabe (liest):

Bezüge der Beamten des Stadtphysikates 17.840 fl.
 Bezüge der städtischen Ärzte 47.010 fl.

Referent der Budget-Commission: Meine Herren! Ich habe schon gelegentlich der Berathung in der Budget-Commission auf die mannigfachen Agenden der städtischen Ärzte hingewiesen und wurde infolge dessen der Beschluss gefasst (liest):

„Der Stadtrath wird ersucht, in kürzester Zeit über die Regulierung des ärztlichen Sanitätsdienstes dem Gemeinderathe Bericht zu erstatten.“

Ich glaube, die Sache läuft schon so lange, daß es an der Zeit ist, nunmehr darüber zu sprechen, und ich bitte Sie, diesem Antrage zuzustimmen.

Gem.-Rath Dr. Aloßberg: Meines Wissens hat Herr Dr. Bogler im Stadtrathe den Antrag gestellt, daß binnen vier Wochen dem Gemeinderathe über die Organisation der städtischen Ärzte Bericht erstattet werde. Diese vier Wochen sind schon längst vorbei und in der Budget-Commission wurde neuerdings dieser Antrag gestellt.

Ich erlaube mir deshalb, an den Herrn Bürgermeister die Anfrage zu richten, wann der Bericht über diese Organisation an den Gemeinderath gelangt, denn es ist dies eine höchst brennende Frage. Alle Ämter wurden organisiert, nur das Amt der städtischen Ärzte wurde bis jetzt nicht organisiert; ja, man hat sogar jenen Ärzten, welche in den Vororten definitiv angestellt waren, ihre Decrete abgenommen und hat sie unterdessen mit der provisorischen Besorgung der Geschäfte betraut. Das ist ein Zustand, welcher auf die Dauer unhaltbar ist. Diese Herren hängen bis heute in der Luft, und nicht als Colleague allein, sondern als Gemeinderath der Stadt Wien fühle ich mich verpflichtet, hier die Anfrage zu stellen, wann denn endlich dieses Referat dem Gemeinderathe vorgelegt wird.

Bürgermeister: Ich kann der Versammlung nur mittheilen, daß der Magistrat dieses Referat bereits vorgelegt hat, und zwar vor drei bis vier Wochen — genau weiß ich es nicht. Es ist nun in dieser Zeit, wo außerordentlich viel zu thun war, nicht möglich gewesen, in die Berathung dieses Gegenstandes einzugehen; ich hoffe aber, daß es demnächst möglich sein wird. Die Herren wissen ja, es sind sehr dringende Gegenstände in Verhandlung, ich hoffe aber, in diesem Monate oder im nächsten wird es möglich sein, das Referat im Stadtrathe zu erledigen, und es wird dann ohne Verzug dem Gemeinderathe vorgelegt werden.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wünscht noch jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Die Herren Referenten?

Referent des Stadtrathes: Ich habe nichts weiter zu bemerken.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Positionen sind nicht angefochten worden, ich erkläre sie daher für angenommen. Auch gegen den Antrag der Budget-Commission ist keine Einwendung, er ist daher angenommen.

Referent des Stadtrathes (liest):

Bezüge der Sanitätsaufseher 24.590 fl.
 Bezüge der Sanitätsdiener 19.720 fl.

Gem.-Rath Rauscher: Zu Gruppe XXXII 3 „Bezüge der Sanitätsaufseher“ möchte ich etwas bemerken und mir den Antrag, den ich seinerzeit gestellt habe, zu urgieren erlauben. Was ist denn mit meinem Antrage im Stadtrathe geschehen? Ich habe seinerzeit beantragt, es mögen die Sanitätsaufseher definitiv angestellt werden, und ich glaube, daß diese Sache ziemlich begründet ist, schon mit Rücksicht darauf, daß die Betreffenden eine ungeheure Anzahl Agenden zu besorgen haben. Wenn Sie bedenken, was die Sanitätsaufseher alles zu besorgen haben und welche Agenden ihnen im Laufe der Jahre zugewachsen sind, so müssen Sie wohl sagen, daß ein Diurnum von 2 fl. pro Tag für sie entschieden etwas zu wenig ist, namentlich mit Rücksicht darauf, daß für sie keine Art der Altersversorgung in Aussicht genommen ist. Seinerzeit hat man ihnen, wie ich glaube, 1 fl. 50 kr. pro Tag gegeben, welcher Betrag auf 2 fl. erhöht wurde.

Früher haben sie auch Bezüge bekommen für Überstunden und wurden ihnen angewiesen 2 fl. für die halbe und 4 fl. für die ganze Nacht. Das hat man ihnen im Laufe der Jahre wieder genommen mit der Bemerkung, sie seien eigentlich Beamte und keine Tagelöhner. Diese Entlohnung ist ihnen also auch abhanden gekommen. Außerdem habe ich noch eine Angelegenheit zu erwähnen. Ich werde mich kurz fassen. Seit dem Jahre 1880 haben die Sanitätsaufseher auch die Controle über die versteuerten Hunde. Ich glaube, das gehört nicht in das Ressort der Sanitätsaufseher.

Ich möchte mir daher den Antrag erlauben: „Es sei erstens die Revision dieser Hundemarken den Sanitätsaufsehern abzunehmen und zweitens, geeignete Vorschläge bezüglich der definitiven Anstellung der Sanitätsaufseher zu machen.“

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wünscht noch jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall, die Post ist nicht angefochten. Posten 3 und 4 angenommen.

Ich bitte jene Herren, welche der Zuweisung des Antrages des Herrn Gem.-Rathes Rauscher an den Stadtrath zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Referent der Budget-Commission: Hier ist die Post 5½ einzuschalten, und zwar mit Rücksicht auf die erwähnte nothwendige Reorganisation des Sanitätsdienstes. Es wird beantragt, mit Rücksicht auf den vorgelegten Antrag des Magistrates 15.000 fl. hier vorzusehen.

Ich bitte, diesen Betrag einzustellen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wünscht jemand das Wort? Ich bitte jene Herren, die diese Post acceptieren, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Referent des Stadtrathes (liest):

Post 6. Auslagen für sanitätspolizeiliche Obductionen . 6.710 fl.
 Post 7. Impfungsauslagen 160 fl.
 Post 8. Auslagen für veterinärpolizeiliche und chemische Untersuchungen 1.460 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Referent des Stadtrathes (liest):

Post 9. Publicationen des Stadtphysikates 1.250 fl.
 Post 10. Wagenauslagen, Commissionsgebühren und Remunerationen 5.300 fl.
 Post 11. Sonstige Auslagen 17.780 fl.
 Post 12. Für die Zufuhr von Trinkwasser im Bedarfsfalle 41.000 fl.

Referent der Budget-Commission: Bei Post 12 wird gleichfalls eine Erhöhung, und zwar um den Betrag von 2000 fl.

vorgeschlagen. Wie den Herren erinnerlich, hat der Gemeinderath am 16. Jänner die zeitweilige Besspannung der Trinkwasserzufuhrwägen mit drei Pferden beschlossen, wofür sich die Kosten auf ungefähr 2000 fl. berechnen. Ich bitte, diese Mehrkosten einzustellen.

Gem.-Rath Steiner: Ich stimme auch dieser Post zu. Nur muß ich eines kurz bemerken. Ich habe mir erlaubt, als die Post in Berathung gestanden ist, den Antrag zu stellen, das Stadtbauamt sei zu beauftragen, diese Wasserzufuhr etwas zu regeln.

Heute müssen die Wägen vom XIX. Bezirke bis in den IX. Bezirk zu einem Hydranten fahren, um Wasser aufzunehmen. Ich weiß nicht, ob vom technischen Standpunkte Bedenken dagegen obwalten, daß das Wasser gleich bei einem Hydranten im XIX. Bezirke eingenommen wird; in Ober-Döbling ist ein Hydrant beim Friedhofe. Von Ober-Sievering müssen die Wägen bis zur Rusdorferlinie fahren, um Wasser zu holen, und so kann die Wasserzufuhr in Sievering nur einmal des Tages stattfinden, und zwar vormittags nach Unter-Sievering und nachmittags nach Ober-Sievering. Nachmittags bekommen erst die ständigen und Sommerparteien das Trinkwasser zugestellt. Es wäre am Plage, daß das Stadtbauamt endlich einmal diesen Antrag erledige.

Gem.-Rath Graf: In den dichtbevölkerten Bezirkstheilen des XVI. und XVII. Bezirkes ist es unbedingt nothwendig, daß das Hochquellenwasser zweimal zugeführt werde.

Der Schneemangel im Winter muß eine außerordentliche Wasserabnahme in den Brunnen dieser Bezirkstheile nach sich gezogen haben. Speciell im XVI. Bezirke ist das Drechslergewerbe sehr ausgebreitet. Es sind viele Meister, welche mehrere Gehilfen beschäftigen, und der Bedarf an Trinkwasser ist ein sehr großer. Der Wasseraufseher, welcher die Wasserabnahme zu controlieren hat, hat sich geweigert, eine Wassermenge von 10 bis 15 l an die Parteien abzugeben, indem er sagte, er sei nur gesetzlich verpflichtet, Trinkwasser zu geben. Für Leute, die 4 bis 5 Kinder und 5 bis 6 Personen beschäftigen, reicht das nicht aus. Die Budget-Commission beantragt zwar eine Erhöhung um 2000 fl. Ich möchte aber bitten, meinem Antrage zuzustimmen auf Einstellung von 50.000 fl. für die Zufuhr von Hochquellenwasser in die Vororte. Das ist eine Erhöhung um 7000 fl.

Gem.-Rath Grambauer: Die Hochquellenleitung ist im X. Bezirke nur bis zum Bürgerplatz installiert, trotzdem der X. Bezirk durch eine ganze Reihe von Jahren dieselben Lasten getragen hat, wie die anderen neun Bezirke. Ich habe im Herbst den Antrag gestellt, es möge den Bewohnern des oberen Theiles des X. Bezirkes Wasser zugeführt werden. Bis heute ist dies nicht geschehen. Die Leute traten an mich heran und fragten mich um den Grund. Ich habe zwar im Monate Jänner ein schmeichelhaftes Schreiben von dem Herrn Präsidial-Magistratsrath bekommen, worin bemerkt wurde, daß mein Antrag in Verhandlung genommen sei. Ich habe das Amtsblatt vom 12. Jänner fleißig gelesen. Es ist aber gar nichts darinnen gestanden. Ich möchte daher den Herrn Bürgermeister bitten, ob er nicht geneigt wäre, zu veranlassen, daß den Leuten im oberen Theile des X. Bezirkes das Wasser zugeführt werde.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Das wird geschehen.

Gem.-Rath Stehlik: Ich habe schon vor zwei Jahren den Antrag gestellt, daß das Trink- und Nutzwasser nicht in der Zeit des größten Sonnenbrandes in die Vororte ausgeführt werde.

Es ist ein unrichtiges Vorgehen, wenn man nach Ober-St. Veit u. s. w. zwischen 12 und 3 Uhr das Wasser verführt.

Ich habe den Antrag gestellt, daß es möglichst früh ausgeführt werde, sonst wird es ja lauwarm. Ich bedauere, daß ich die Sache nochmals urgieren muß. Auf diese Weise wird das Reden illusorisch.

Referent des Stadtrathes: 43.000 fl. ist ein sehr hoher Betrag, mit dem das Auslangen vollkommen gefunden werden kann. Ich bitte, nicht über den Antrag der Budget-Commission hinauszugehen.

Referent der Budget-Commission: Ich habe nur den Antrag der Commission zu wiederholen; er enthält ohnehin eine Erhöhung von 2000 fl., mehr wird auch nicht von den Ämtern verlangt.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es liegen folgende Anträge vor:

Antrag Graf 50.000 fl.

Antrag der Budget-Commission 43.000 fl.

Antrag des Stadtrathes 41.000 fl.

Es gelangt zur Abstimmung die höchste Ziffer mit 50.000 fl. nach dem Antrage Graf.

Ich bitte jene Herren, welche diesen Antrag acceptieren, die Hand zu erheben. (Geschicht.) 20 dafür. Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) 17 dagegen. Der Antrag auf 50.000 fl. ist angenommen. (Beifall links. — Rufe: Wir sind also nicht mehr beschlußfähig!)

Es haben sich Herren der Abstimmung enthalten. Ich bitte, fortzufahren.

Referent des Stadtrathes: Seite 296, Rubrik XXXVIII: Leichenbestattungen.

A. Ordentliche Einnahmen.

Post 1. Taxen für Gräber und Grüste:

a) Im Central-Friedhofe 188.000 fl.

b) In den Vororte-Friedhöfen 162.000 fl.

Zusammen . 350.000 fl.

Referent der Budget-Commission: Es ist uns bekannt geworden, daß in einzelnen ehemaligen Vororte-Friedhöfen verschiedene Taxen bestehen, so daß, wenn die Beerdigung in einem anderen Bezirke stattfindet, ganz andere Taxen gelten. Es ist daher der Antrag entstanden: „Es möge die Unificierung der Grabgebühren in den ehemaligen Vororte-Friedhöfen ehestens durchgeführt werden.“

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Ich erkläre die Posten 1 a und b für angenommen.

Ich bitte jene Herren, die den Antrag der Budget-Commission dem Stadtrathe zuweisen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Annommen.

Referent des Stadtrathes (liest):

Post 2. Beitrag der israelitischen Cultusgemeinde zu den Verwaltungsauslagen des Central-Friedhofes 5.900 fl.

Gem.-Rath Steiner: Meine Herren! Ich erlaube mir eine Bemerkung, ich bitte aber, nicht gleich zu behaupten, daß ich vom confessionellen Standpunkte spreche.

Ich habe mir im vorigen Jahre den Antrag zu stellen erlaubt, man möge in Erwägung ziehen, ob nicht der alte

israelitische Friedhof an der Ruzsdorferlinie, nachdem die Zeit schon abgelaufen ist, analog dem Währinger Friedhofe aufgehoben werden soll.

Es ist außer Zweifel — ich habe mich davon überzeugt — daß das Gaswerk zur Ferdinands-Wasserleitung hinunter verlegt wird. Es ist naturgemäß, daß dort eine Entwicklung des Bezirkes stattfinden wird. Ich habe mir diesbezüglich erklären lassen, daß da eine Änderung der Staatsgrundgesetze stattfinden müßte. Ich stehe in dieser Beziehung auf dem Standpunkte der Gleichberechtigung. Es heißt, der Friedhof muß dort bleiben. Aber wenn unsere Friedhöfe wegkommen, warum sollen dann andere bleiben müssen? Das ist — ich weiß nicht, wie ich mich parlamentarisch ausdrücken soll — eine Bevorzugung einer Confession. Das geht doch nicht an, daß das so bleiben soll wie in der Seegasse, wo heute noch ein Friedhof liegt und für alle Ewigkeiten bleiben soll. Eine Änderung dieser Verhältnisse wäre im Interesse des XIX. Bezirkes gelegen. Ich weiß nicht, wie der Antrag des Stadtrathes gelautet hat, weil ich nur verständigt worden bin, daß der Antrag in dieser und dieser Sitzung erledigt wurde; sonst habe ich nichts erfahren, und so weiß ich auch nicht, aus welchem Grunde der Magistrat die Ablehnung meines Antrages beantragt hat. Ich möchte also auch bitten, daß man von Seiten des Stadtrathes oder Präsidiums über Näheres verständigt wird, damit man weiß, was man von dem Stande der Sache zu halten hat und aus welchen Gründen ein Antrag, der wie der meine im Interesse des Bezirkes liegt, abgelehnt worden ist.

Gem.-Rath Tagleicht: Der Herr Vorredner hat den Grund erfahren wollen, warum auf seinen Antrag nicht eingegangen worden ist. Ich gehöre zwar nicht dem Präsidium an, aber ich glaube den Grund zu kennen und erlaube mir, denselben dem geehrten Herrn Antragsteller mitzutheilen. Bekanntlich ist der jüdische Friedhof in Döbling Eigenthum der jüdischen Cultusgemeinde in Wien. Es entfällt daher mit dieser Antwort auch alles weitere, denn Herr Steiner wird ja wissen, daß der Eigenthümer eines Grundstückes seinen Besitz brach liegen oder verwerten kann. Ich verkenne nicht die Berechtigung des Wunsches des Herrn Steiner, wenn er sagt, daß durch die Verbauung dieses Grundstückes in gewisser Hinsicht der Entwicklung des XIX. Bezirkes Vorschub geleistet würde. Allein es ist fraglich, was dorthin gebaut werden würde. Herr Steiner ist weit entfernt, anzugeben, daß dort schöne Häuser hinkommen würden. Es könnten auch unangenehme oder nicht passende Objecte dorthin gestellt werden, und das wäre ein Grund, welcher Herrn Steiner veranlassen würde, zu sagen, auf den jüdischen Grund sind Häuser hingestellt, die mir, Steiner, nicht gefallen. Um dieser Eventualität zu begegnen, wird es das Beste sein, wenn die Cultusgemeinde wie bisher über ihr Eigenthum frei verfügen könnte, und ich zweifle nicht, daß, wenn Herr Steiner meinen Ausführungen nicht gebührenden Glauben beimißt und er sich an die Cultusgemeinde mit einer diesbezüglichen Anfrage wenden würde, dieselbe unbeschadet meiner heutigen Ausführungen eine ähnliche Antwort zu geben in der Lage sein wird. Die Antwort lautet: Privateigenthum einer Körperschaft entzieht sich der Zurechnung des Gemeinderathes und des Präsidiums und selbstverständlich auch des Herrn Steiner.

Gem.-Rath Steiner: Es fällt mir nicht ein, der Cultusgemeinde diesen Friedhof zu nehmen. Es ist auch alleseins, was die Cultusgemeinde auf ihrem Eigenthume ausführen wird. Ich glaube, es wäre vielleicht richtig, wenn der Magistrat aufgefordert

würde, sich mit der Cultusgemeinde ins Einvernehmen zu setzen, ob sie nicht geneigt wäre, bei Auflassung des Friedhofes, wenn die gesetzliche Frist verstrichen ist, den Grund zu verkaufen, denn es ist zweifellos ein Hindernis für die Verbauung. (Gem.-Rath Tagleicht: Welche gesetzliche Frist?) Bei Christen ist sie 20 Jahre. Dann wird der Friedhof geräumt. Seit 20 Jahren wird ja der Central-Friedhof auch von Israeliten belegt. Darum soll auch hier diese Frist gelten. Von einer Expropriation ist keine Rede. Ich will der Pietät nicht nahe treten, ich habe nur von dem Interessenstandpunkte meines Bezirkes gesprochen.

Gem.-Rath Dr. Lederer: Die Idee des Collegen Steiner ist in gewisser Beziehung gut gemeint, aber meiner Meinung nach ganz unpraktisch. Die Friedhöfe in der Umgebung von Wien repräsentieren heute noch die einzigen Luftreservoirs, die wir haben, und wenn es nach meinem Sinne geht, wird kein einziger von diesen Friedhöfen verbaut, sondern alle werden zu Gärten umgestaltet. Ich gestehe, daß es mir als Katholiken auch widerstrebt, daß auf eine Friedhofarea dann Häuser hingebaut werden, weil 20 Jahre vergangen sind und nun auf einmal an einer Stelle, wo unsere Voreltern begraben sind, Häuser gebaut werden. Ich habe auch im Stadtrathe und überall, wo ich Gelegenheit hatte mich auszusprechen, mich auf das entschiedenste dagegen ausgesprochen, daß irgend ein Friedhof, der der Gemeinde Wien gehört, verbaut werde. Wenn die Cultusgemeinde dort einen Friedhof hat, können wir nur wünschen, daß er erhalten bleibe, und ich werde auch immer dagegen sein, daß der Währinger Friedhof verbaut werde. Er soll auch einmal ein Garten werden wie alle Friedhöfe. Wir haben keinen Raum für Gärten und Parks; alles wird verbaut; nur die Friedhöfe haben wir noch, und auch diese noch auszusproten und für die Gemeinde Vortheile daraus zu ziehen, werden wir in einer Reihe von Jahren bitter bereuen; dann werden wir vielleicht mit großen Kosten Gründe kaufen müssen, um die nöthigen Gärten herzustellen. Ich glaube, die Idee des Collegen Steiner ist vielleicht im localen Interesse gelegen, im allgemeinen Interesse ist sie aber gewiß nicht gelegen.

Gem.-Rath Traubauer: Ich schließe mich den Ausführungen des Herrn Dr. Lederer vollkommen an. Ich bin auch nicht dafür, daß alle Friedhöfe verbaut werden sollen. Ich habe das letztmal, als Gem.-Rath Magenauer in Betreff der famosen Lehmstätte referiert hat, darauf hingewiesen, daß der katholische Friedhof ganz gut eine Gartenanlage abgeben würde. Und es wird die Gemeinde viel besser fahren, wenn sie den katholischen Friedhof bei der Makleinsdorferlinie zu einem Parke verwendet, als wenn Sie die Lehmgrube nehmen. Ich bin dafür, daß der israelitische Friedhof nicht verbaut werde. Vielleicht läßt sich die israelitische Cultusgemeinde herbei und legt einen Park an. Aber mir ist von Seite des Herrn Sanitätsreferenten gesagt worden, daß ein Patent von Josef II. existiert, welches dahin geht, daß der Friedhof nach zehn Jahren abgeräumt werden müßte. (Auf: 18 Jahre!) Zehn Jahre hat der Referent gesagt, und er wird so gut eingeweiht sein, als Herr Dr. Lederer. Within glaube ich, weil die Herren sich immer auf die Staatsgrundgesetze stützen, daß wir auch berechtigt sind zu fordern, daß der israelitische Friedhof abgeräumt werden müßte. Ich denke, gleiches Recht für alle.

Gem.-Rath Tagleicht: Ich möchte nur eines feststellen, daß es sich im vorliegenden Falle nicht um einen Gegensatz zwischen Friedhof und Friedhof handelt, sondern um die Aufrechthaltung alter Sitten. In diesem Falle erübrigt uns nur die Frage, warum

die christlichen Friedhöfe nach 20 Jahren oder 18 Jahren geräumt werden, während die jüdischen Friedhöfe nicht geräumt werden. Diesmal handelt es sich um eine confessionelle Einrichtung. Die jüdischen Friedhöfe werden nicht nur in Wien, sondern, wo sie in der Welt bestehen, ungestört belassen. Ich erinnere beispielsweise an den Friedhof, der im IX. Bezirke in der Seegasse besteht. Es ist dies ein alter jüdischer Friedhof, der, wenn ich mich recht erinnere, an 200, 300 Jahre alt ist und seit vielen Jahren nicht mehr belegt wird. Das ist ein Platz, der unter Umständen viel Geld wert wäre. Aber die Gemeinde beläßt ihn aus Pietät für die Gebräuche und Sitten. Das dürfte lediglich auch die Ursache sein, warum der Friedhof in Döbling bis jetzt verblieben ist.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Das, was der Herr College Tag leich t jetzt gesagt hat, hätte er gleich in seiner ersten Rede sagen können. Ich gehöre zu jenen, welche die Pietät der Juden für ihre Verstorbenen außerordentlich schätzen. Ich muß gestehen, es ist das ein Zug, den ich nicht genug hochhalten kann. Ich habe nur den einen Wunsch, daß das, was die Juden für sich beanspruchen, auch für uns Christen gelte, daß, wenn die Juden ihre Todten ruhen lassen wollen, wo sie begraben sind, und deren Ruhe nicht stören wollen, auch die Ruhe unserer Voreltern nicht gestört werde. Der Vorschlag des Herrn Dr. Lederer ist der einzig richtige. Freilich müssen gewisse Opfer gebracht werden. Die Umwandlung der Friedhöfe in Gärten ist das einzig Richtige. Es können dabei auch die Grabstätten unserer Voreltern gewahrt und geschont werden; es können die Wege angelegt werden, wo sie jetzt sind, vielleicht mit geringen Abweichungen. Der Pietät kann nach allen Richtungen Rechnung getragen werden. Wenn dies aber geschieht, möge die israelitische Cultusgemeinde auch das Ihrige beitragen, damit nicht wieder ein abgeschlossener Ort entsteht. Ich werde der Israeliten religiöse Anschauungen nie verletzen, aber sie müssen mit dazu beitragen, um es möglich zu machen, daß die Ruhestätten unserer Voreltern nicht durch gemeinen Verkehr entweiht werden. Es hat mich immer tief ergriffen, wenn ich gesehen habe, wie aus unseren alten Friedhöfen die Gebeine herausgeworfen werden. Ich war einmal Zeuge, wie in der Nähe von Karl Borromäus ein Canal gegraben worden ist und die Knochen herausgeworfen worden sind, als wenn es wirklich Steine wären. Mich hat es immer ergriffen, und ich habe bedauert, daß das möglich ist. Wenn die Juden uns helfen, daß auch wir unsere Voreltern ehren, so werde ich auch ihnen beistehen, daß ihre religiösen Grundsätze geschützt werden. Wie die Juden ihre Voreltern ehren, wollen auch wir es; es müssen daher beide dafür sein, daß die jetzigen Friedhöfe in Gartenanlagen verwandelt werden, um der Pietät Rechnung tragen zu können.

Gem.-Rath Dehm: Ich begrüße die Anregung des Herrn Gem.-Rathes Dr. Lederer auf das allerwärmste, und ich bin überzeugt, daß dies eine wertvolle Arbeit für unser Stadtbauamt bilden wird, wenn der neue General-Regulierungsplan durchgeführt werden wird.

Ich will den Herren nur bemerken, daß wir in den meisten neuen General-Regulierungsplänen, die wir erst in letzter Zeit behandelt haben, dieser Gedanke schon zum Ausdruck gebracht wurde, und daß insbesondere in einem, der einen der ersten Preise bekommen hat, in außerordentlich schöner Weise geplant wird, dort kleine Kapellen mit daranstoßenden Ehrengräbern für jene Leichen, welche nicht mehr übertragen werden konnten, zu erbauen und den ganzen Friedhof in eine schöne Gartenanlage zu verwandeln. Ich

glaube also, daß diese heutige Anregung sehr wertvolles Material bieten wird, um diesen Gedanken zum Ausdruck zu bringen, und ich glaube, die Herren werden mit dieser Anregung zufrieden sein.

Gem.-Rath Stahny: Die Worte des zweiten Herrn Voredners haben mich sehr wohlthuend berührt. Es ist in der That richtig, daß die Juden Pietät für ihre Verstorbenen besitzen, und Zeugnis dafür ist der Friedhof im IX. Bezirke, der hinter dem neuerbauten Altersversorgungshause steht. Dieser Friedhof stammt aus den ersten Jahrzehnten des XV. Jahrhunderts. Wenn die Herren sich einmal die Mühe nehmen, diese Begräbnisstätte zu besuchen, so würden Sie gewiß von Gefühlen des Friedens und der Versöhnung erfüllt sein.

Meine Herren! Es ist bereits vor vielen Jahren, und zwar vom heutigen ersten Redner in dieser Debatte, Herrn Gem.-Rath Dr. Lederer, und auch von mir angeregt worden, die Friedhöfe, die letzten Ruhestätten unserer Verstorbenen zu erhalten und nicht in einer bloß auf Egoismus berechneten Weise zu verbauen. Ich selbst habe in der Budgetdebatte vom Jahre 1887 auf folgendes Beispiel hingewiesen:

Inmitten der Stadt Frankfurt befindet sich ein alter katholischer Friedhof, der vor ungefähr 100 Jahren aufgelassen und nicht nur in eine Parkanlage umgewandelt wurde, sondern auch als Erholungsstätte für die Jugend dient, und wer in der Lage war, diesen alten Friedhof zu besichtigen, der wird gewiß von einem Hochgefühl der Freude erfüllt worden sein, wenn er die erholungsbedürftige Jugend um die einstigen Gräber der Verstorbenen sich tummeln sieht.

Ich bitte Sie also, die heutige Anregung zu beherzigen; wer die Pietät für die Verstorbenen wahr, ehrt nur sich selbst. (Beifall.) Ich empfehle Ihnen den Antrag des Herrn Dr. Lederer.

Gem.-Rath Frauenberger: Meine Herren! Mir kommt es so vor, als ob es ziemlich unheimlich bei dieser Debatte würde, zumal um diese Stunde, und ich muß daher sagen, daß ich glaube, wir sollten diesen Gegenstand verlassen. Es ist gewiß recht schön, wenn man die Friedhöfe als Orte betrachtet, die geheiligt sind, aber ich glaube, das wird nicht in allen Fällen durchzuführen sein. Gegenwärtig thun wir gewiß gut, wenn wir die alten Friedhöfe als freie Plätze oder Gärten belassen, weil wir dazu in Wien allen Grund haben, aber dies als allgemeinen Grundsatz aufzustellen, wird nicht recht gehen, weil die Lebenden auch Platz brauchen, meine Herrschaften. Die Lebenden müssen sich auch bewegen können, und wenn das so fortgienge, können wir nach ein paar Jahrhunderten viele schöne Friedhöfe haben. Bei dieser Gelegenheit muß ich übrigens aussprechen, daß ich eigentlich ein großer Anhänger der Leichenverbrennung wäre. (Gelächter links.)

Darüber ist gar nicht zu staunen — das wird einmal durchgeführt werden müssen, namentlich in Großstädten; gegenwärtig aber stelle ich mich einem Antrage nicht entgegen, der dahin geht, daß der Schmelzer Friedhof und andere Friedhöfe als Gärten derzeit belassen werden.

Es hat mir sehr wohl gethan, daß der Herr Führer der Opposition den Juden ihren Friedhof gönnt, und daß er sich freut, daß diese auch ihre Todten ehren, es hat mir das auch wirklich sehr wohl gethan, ich will daran aber keine Bemerkung knüpfen, um nicht wieder geziehen zu werden, daß ich hinüberschießen will. Es hat mich das, mit einem Worte, sehr erfreut. (Heiterkeit.)

Referent des Stadtrathes: Nachdem diese Debatte einen so verjöhnlichen und charmanten Charakter angenommen hat,

möchte ich nur wünschen, daß die beiden Parteien nicht bloß rücksichtlich der verstorbenen Personen, sondern auch der lebenden sich gut vertragen mögen. (Beifall rechts.)

Gem.-Rath Steiner (zur Berichtigung): Ich wollte zuerst berichtigen, schließe mich aber den Ausführungen des Dr. Lederer an. Ob es gehen wird, dort einen freien Park zu machen, weiß ich heute nicht, weil der Platz gegenüber als freier Platz behandelt werden muß, da dort die Rohre der Ferdinands-Wasserleitung liegen und ein Servitut auf dem Grunde ist, so daß er bisher nicht verbaut werden konnte. Wenn Sie aber zwei freie Plätze machen oder einen großen Park, kann es der Bevölkerung des XIX. Bezirkes umso lieber sein.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Post selbst ist nicht angefochten; ich erkläre dieselbe als angenommen.

Gem.-Rath Dr. Aloßberg: Ich habe, als Colleague Dr. Scholz den Antrag gestellt hat, die Gruppe VIII en bloc anzunehmen, wegen der Regulierung der Bezüge der städtischen Ärzte dagegen gesprochen. Nach den Aufklärungen des Herrn Bürgermeisters erkläre ich mich zufrieden und bitte Sie, meine Herren, trotzdem wir noch so manches bei dieser Post zu besprechen hätten, doch für die En bloc-Aannahme zu stimmen. (Widerspruch.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es wird Widerspruch erhoben.

Gem.-Rath Dr. Aloßberg: Nun, wenn widersprochen wird, so setzen Sie die Verhandlung fort!

Referent des Stadtrathes (liest): Rubrik XXXIII, Posten 3, 4, 5, 6 und 7.

Grasföschung am Central-Friedhofe und sonstige kleine Einnahmen;

Gebühren für Exhumierungen auf den fünf alten katholischen Friedhöfen;

Vergütung von Leichentransportkosten;

Vergütung von Einsegnungs- und Sargbeistellungsgebühren;

Pachtzinsen von Central-Friedhofsgründen,

zusammen in einem Betrage von 1780 fl.

Gem.-Rath Gregorig: Ich muß wieder gegen die Grasföschung sprechen. Wir haben Einnahmen von 370 fl., das sind Einnahmen für alles Mögliche. Früher haben Sie die Heubeschaffung darin gehabt. Sie haben fünf Pferde draußen. Für diese kauft man um 500 fl. Heu. Das eigene verkauft man um 200 fl. Das ist die ökonomische Wirtschaft draußen. Ich beantrage, daß das Heu nicht verkauft, sondern in eigener Regie verwendet wird.

Gem.-Rath Steiner: Herr Colleague Gregorig wird entschuldigen, daß das Heu die Pferde schwerlich fressen. Das Gras fressen sie nicht. Das geht nicht. (Heiterkeit.)

Aber bezüglich der Leichenbestattungen möchte ich mir, weil ich schon beim Worte bin, eine Bemerkung erlauben. Ich habe selbst das Unglück gehabt, mit solchen Anstalten in Verkehr treten zu müssen. Es wird von Seite des Herrn Kollegen Kaufner auf eine Vercommunalisierung der Leichenbestattung hingewirkt. Ich habe mich auch erkundigt, wie das in Paris und anderen Großstädten ist; es ist auch dort vercommunalisiert, und es wäre das im Interesse der Bevölkerung gelegen. Wenn man das Unglück hat, mit diesen Leuten in Verkehr zu treten, geht's einem wirklich schlecht, bei allem Unglück, von dem man schon an sich hergenommen wird. Ich werde mir auf das Nähere beim Titel „Cultus“ eingezugehen erlauben.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Gregorig stellt den Antrag, daß das am Friedhofe gewonnene Gras dort in eigener Regie verwendet werde. (Heiterkeit.) Ich bitte jene Herren, welche der Zuweisung an den Stadtrath zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Abgelehnt. — Die Posten sind nicht angefochten; sie sind angenommen.

Referent des Stadtrathes (liest):

Post 8. Durchgeführte Zinswerte für Naturalquartiere am Central-Friedhofe 2100 fl.

Post 9. Einnahmen aus dem Betriebe des Beerdigungsdienstes und Gräberaus schmückungs-Geschäftes am Central-Friedhofe 206.000 fl.

Gem.-Rath Frauenberger: Meine Herren! Es ist mir so in Erinnerung, als ob wir einmal über Versenkungsapparate verhandelt hätten, und wenn ich nicht irre, sind sogar einmal Commissionen abgehalten worden, wir haben diese Versenkungsapparate angesehen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich mache darauf aufmerksam, daß dies zur Ausgabe-Rubrik XXXIII 2 c gehört.

Gem.-Rath Frauenberger: Ich bitte sehr, Herr Vorsitzender, das bildet eine Einnahme der Commune und kann ebenso gut bei diesem Titel besprochen werden. Ich werde mit Rücksicht auf die vorgerückte Stunde sehr kurz sein. Ich begreife nicht, warum dieses Referat, welches gewiß dringend ist, hier nicht erstattet wird. Das bedeutet eine Einnahme von mindestens 10.000 fl. (Hört!) für die Commune Wien. Anfangs habe ich mich mit dem Gedanken getröstet, wir müssen warten, bis der Herr Referent von seiner Erholungsreise zurückkommt. Weil keiner der Referenten im Stadtrathe — ich bitte alle um Entschuldigung — das Referat so geschmackvoll und so lieb vortragen kann wie gerade dieser Referent (Heiterkeit), und da habe ich denn geduldig gewartet. Ich habe seine Rückkunft aus Italien abgewartet.

Nun ist er angekommen und ich habe gedacht, er würde es als seine erste Aufgabe ansehen, als Mitglied des Stadtrathes endlich zu verlangen, daß er an den Referententisch treten kann, um uns diese voraussichtliche Einnahme zuzuführen. Bezüglich der Apparate selbst können wir ja vielleicht getheilte Meinung sein; namentlich der Herr Referent hat da seine eigene Meinung. Aber dieses Referat soll erstattet werden. Er kommt aber an und rührt sich gar nicht. Er hat nur zweimal seit dieser großen Erholungs-tour, die er unternommen hat, hier referiert. Da hat er nur immer über Ausgaben und Subventionen referiert, aber an sein wichtigstes Referat hat er sich nicht herangewagt.

Ich muß daher bei dieser Gelegenheit an den Herrn Bürgermeister die Bitte richten, endlich diesen Herrn Referenten zu ersuchen, daß er dieses Referat endlich einmal hier erstatte. Und ich hoffe, daß er gekräftigt genug sein wird (Lebhafte Heiterkeit), daß er uns endlich das Vergnügen bereiten wird, uns dieses so wichtige Referat vorzutragen. (Heiterkeit und Beifall.)

Gem.-Rath Faugoin: Der geehrte Herr Vorredner hat liebevoll meiner gedacht und, ich glaube, mir die Schuld beigemessen, daß ich das Referat nicht erstattet habe. Der geehrte Herr Vorredner wird mir nicht neidig sein, es ist nicht eine große, sondern eine kurze Erholung, die ich mir in den Wintermonaten jedes Jahr zu nehmen pflege, und die sich jedes andere Mitglied des Stadtrathes in den Sommermonaten nimmt. Ich thue das zu einer Zeit, wo der Stadtrath gewiß vollzählig ist. Er wird mir auch nicht neidig sein, wenn ich in vorgerückten Jahren einer Erholung vielleicht noch

dringender bedarf als ein jüngeres Mitglied des Stadtrathes. (Beifall.) Mein Schuld aber, hochgeehrter Herr Vorsprecher, ist es nicht, daß ich nicht am Referententische stehe. Ich verfüge nicht über die Bestimmung der Tagesordnung, sondern das geehrte Präsidium verfügt darüber, und wenn ich mit diesem Referate schon längst, seit vier Monaten, fertig bin, und wenn die Erstattung des Referates verzögert wurde, so möge es der geehrte Herr Vorsprecher gütigst entschuldigen, denn er selbst trägt eigentlich die Schuld, daß das Referat verzögert wurde, weil er ja wiederholt Commissionen verlangt hat, weil er verlangt hat, daß der ganze Gemeinderath am Central-Friedhofe erscheine.

Übrigens bin ich jede Stunde bereit, das Referat zu erstatten, und ich bitte den geehrten Herrn Vorredner, sich mit seinem Wunsche gütigst an das Präsidium zu wenden, damit der Gegenstand auf die Tagesordnung gestellt werde, denn ich habe nicht das Recht, Referate zu erstatten, welche gar nicht auf der Tagesordnung stehen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Debatte ist geschlossen.

Referent des Stadtrathes: Was die Erstattung eines Referates betrifft, so ist ja wohl der hochverehrliche Gemeinderath nicht Schuld daran, daß es nicht auf die Tagesordnung kommt. Wenn über alles soviel gesprochen wird, so wäre es ja, um alles rasch zu erledigen, nothwendig, daß in jeder Woche mindestens sechs Sitzungen und zwar nur Nachtsitzungen abgehalten werden. Dann würden wir allerdings à jour sein. Wenn sich also die Herren nicht kurz fassen können, so ist es allerdings nicht anders möglich, als daß die einzelnen Referate langsam und successive zur Berichterstattung gelangen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Gegen die Post ist keine Einwendung erhoben worden; angenommen.

Referent des Stadtrathes (liest): Post 10.

Abgaben für das Recht der Gräberaus schmückung auf den Friedhöfen der einbezogenen Vorortegemeinden und verschiedene sonstige Einnahmen letzterer Friedhöfe 5.470 fl.

Gem.-Rath Gräf: Es nähert sich uns die Geisterstunde. Ich glaube, Herr College Frauenberger wird einverstanden sein, wenn ich trachte, soviel als möglich die Friedhöfe hinter uns zu bekommen. Ich werde sehr kurz sein. Auf den Friedhöfen der einbezogenen Vorortebezirke besteht die Gepflogenheit, daß draußen die sogenannten Todtengräber, jetzt Friedhofverwalter, die Ausschmückung der Gräber in ihrer Regie durchführen, und zwar beziehen sie einen gewissen Pacht schilling, und da würde ich im Interesse der einheitlichen Durchführung der Gräberaus schmückung beantragen, der Magistrat sei zu beauftragen, wegen Übernahme der Gräberaus schmückung in eigene Regie auf den Friedhöfen der einbezogenen Vorortebezirke geeignete Vorschläge in kürzester Zeit zu machen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich erlaube mir darauf aufmerksam zu machen, daß ein solcher Antrag zu Gruppe VIII gestellt wird: „Der Magistrat ist zu beauftragen, bezüglich der Regelung des Gräberaus schmückungsdienstes auf den übrigen Friedhöfen unverzüglich Bericht zu erstatten und Anträge zu stellen.“

Gem.-Rath Gräf: Ich bitte um Entschuldigung, Herr Vice-Bürgermeister, ich habe davon nichts gewußt.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Dieser Antrag ist vom Stadtrathe bei der Berathung bereits gefaßt und dem Magistrate übergeben worden.

Gem.-Rath Gräf: Ich ziehe den Antrag zurück.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Debatte ist geschlossen. Die Post ist nicht angefochten worden. Angenommen.

Referent des Stadtrathes (liest): Rubrik XXXIII, Post 11. Beitrag der israelitischen Cultusgemeinde zu den Kosten der ersten Anlage des Central-Friedhofes 3.640 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur Geschäftsordnung): Meine Herren! Ich glaube, meine Partei hat gezeigt, daß sie anhält, aber jetzt ist es bereits 11 Uhr und der Herr Vice-Bürgermeister hat mir gesagt: „Heute sitzen wir bis 11 Uhr.“ Wir haben bis 11 Uhr redlich ausgehalten; ich beantrage Schluß der Sitzung.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich möchte mir den unmaßgeblichen Vorschlag erlauben, noch die Ausgabsposten zu erledigen. (Zustimmung.)

Referent des Stadtrathes (liest): Rubrik XXXIII:

Leichenbestattungen.

A. Ordentliche Ausgaben.

Post 1. Erhaltung des Central-Friedhofes:

a) Bezüge des Verwaltungspersonales:

α) Effective Auslagen 5.340 fl.

β) Durchgeführte Zinswerte 1.400 fl.

Zusammen . 6.740 fl.

b) Bezüge des Gartenpersonales:

α) Effective Auslagen 12.820 fl.

β) Durchgeführte Zinswerte 100 fl.

Zusammen . 12.920 fl.

c) Bezüge des Personales für Erhaltung und Säuberung der Wege:

α) Effective Auslagen 6.990 fl.

β) Durchgeführte Zinswerte 100 fl.

Zusammen . 7.090 fl.

d) Bezüge des Wasserleitungspersonales 4.630 fl.

e) Bezüge des Bewachungspersonales 6.140 fl.

f) Gebäude- und Arkadenerhaltung 720 fl.

g) Vestaltungen 1.450 fl.

h) Steuern 1.880 fl.

i) Beheizung 1.280 fl.

k) Beleuchtung 910 fl.

l) Reinigung und Desinfection 500 fl.

m) Kanzlei-Erfordernisse, Wagenauslagen und Commissionsgebühren 360 fl.

Zusammen . 44.320 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Referent des Stadtrathes (liest):

Post 1:

n) Beschaffung von Schotter und Sand 2.000 fl.

o) Fuhrwerkskosten 500 fl.

p) Werkzeuge und Requiriten 1.260 fl.

q) Erhaltung der Gartenanlagen 2.500 fl.

r) Anschaffung von Gruppenständern, Reihenständern und Grabnummern	2.000 fl.
s) Befämung der gemeinsamen Gräber	1.400 fl.
t) Sonstige verschiedene Auslagen	1.300 fl.
u) Durchgeführte Wasserbezugswerte	740 fl.

Zusammen . 56.020 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Referent des Stadtrathes (liest):

Post 2. Ausgaben für den Betrieb des Beerdigungsdienstes und des Gräberaus schmückungsgeschäftes am Central-Friedhofe:

a) Bezüge der Todtengräber und des Dienerpersonales:	
a) Effective Auslagen	12.530 fl.
β) Durchgeführte Zinswerte	500 fl.

Zusammen . 13.030 fl.

b) Herstellung der Gräber	26.400 fl.
c) Apparate zum Leichenversenken und sonstige Erfordernisse	2.870 fl.

Gem.-Rath Gregorig: Hier steht „Seile zum Leichenversenken“ im Voranschlage. Diesem Zustande soll ein Ende gemacht werden.

Referent des Stadtrathes: Der Text ist geändert.

Gem.-Rath Gregorig: Ich will nur erwähnen, daß jemand im vorigen Jahre bei einem Grabe eine halbe Stunde warten mußte, bis die Seile herbeigebracht waren. Sind die Apparate schon bestellt? Sie sind schon bestellt. Einer hat acht und der andere vier. Der Gemeinderath hat darüber noch nicht beschlossen, aber bestellt sind sie bereits. Das weiß ich bestimmt. Da gibt es nichts zu reden. Wir sollen jetzt erst das Geld bewilligen, aber die Apparate sind schon bestellt. Das sind eigenthümliche Vorgänge.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wünscht noch jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Der Herr Referent hat das Schlusßwort. (Derselbe verzichtet.) Die Posten sind angenommen.

Referent des Stadtrathes (liest):

Post 2:

d) Bezüge des Verwaltungspersonales	9.170 fl.
e) Löhnungen des Gartenerhaltungspersonales in St. Marx	8.080 fl.
f) Löhnungen des Gartenerhaltungspersonales am Central-Friedhofe	6.210 fl.
g) Löhnungen des Personales zur Gräberaus schmückung	22.580 fl.
h) Erhaltung der Baulichkeiten und Objecte	2.300 fl.
i) Steuern und Gebühren	10.240 fl.
k) Beheizung	840 fl.
l) Beleuchtung	100 fl.
m) Kanzleispesen	1.100 fl.
n) Wagenauslagen, Commissionskosten und Diäten	500 fl.
o) Gartenanschaffungen	22.000 fl.
p) Fuhrwerkskosten	3.600 fl.
q) Werkzeuge und Requisiten	2.280 fl.
r) Zinse	1.320 fl.
s) Beistellung und Reparatur von Grablaternen, Reparaturen an von Parteien beige stellten Laternen und Beleuchtung von Grablaternen	1.880 fl.

t) Untermuerung von Grab-Denkmalen	2.640 fl.
u) Verschiedene Auslagen	4.300 fl.
v) Durchgeführte Wasserbezugswerte	730 fl.

Theilsumme der Post 2 . 139.450 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? — Angenommen.

Referent des Stadtrathes (liest):

Post 3. Erhaltung der fünf alten katholischen Friedhöfe	2.500 fl.
Post 4. Erfordernis für die Friedhöfe der einbezogenen	

Vorortegemeinden 25.190 fl.

Referent der Budget-Commission: Hier habe ich 3000 fl. noch zu beantragen, mit Rücksicht auf den Stadtraths-Beschluß vom 2. März d. J., wo 3000 fl. für die Herstellung weiterer Referevegrüfte am Döblinger Friedhofe beschlossen wurden.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Post 3 wurde nicht angefochten; sie ist angenommen.

Die Herren, welche bei Post 4 für die höhere Summe von 28.190 fl. stimmen, wollen die Hand erheben. (Geschicht.) Die höhere Post ist angenommen.

Referent des Stadtrathes (liest):

Post 5. Gebühren der Todtengräber auf den fünf alten katholischen Friedhöfen (für Exhumierungen)	840 fl.
--	---------

Post 6. Gebühren der Todtengräber auf den Friedhöfen in den einbezogenen Vorortegemeinden (Beerdigungsgebühren)	17.600 fl.
---	------------

Post 7. Leichentransportkosten	12.300 fl.
--	------------

Post 8. Einsegnungs- und Sargbeistellungskosten	4.630 fl.
---	-----------

Post 9. Auslagen für die Gratisbeerdigung von Leichen in den pfarrlichen Vorort-Friedhöfen in Penzing und Nußdorf	150 fl.
---	---------

Post 10. Erfordernis für die Leichenkammern:	
a) Effective Auslagen	6.110 fl.
b) Durchgeführte Werte	1.820 fl.

Zusammen . 7.930 fl.

Post 11. Jahresrente für die Abtretung der fünf alten katholischen Friedhöfe in den Besitz der Gemeinde	18.000 fl.
---	------------

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: — Keine Einwendung? Angenommen.

Referent des Stadtrathes (liest):

B. Außerordentliche Ausgaben.

Post 12. Vierte Erweiterung des Central-Friedhofes	150.000 fl.
--	-------------

Referent der Budget-Commission: Nach dem Berichte, der uns vorliegt, und nach dem Gemeinderaths-Beschlusse vom 12. December 1893 ist hier eine höhere Summe nothwendig, und zwar 165.000 fl. Der Gemeinderath hat es beschlossen und ich bitte, 165.000 fl. einzustellen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Commission beantragt die Einstellung von 165.000 fl. Die Herren, welche mit der Einstellung dieser höheren Ziffer einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschicht.) Die höhere Ziffer von 165.000 fl. ist beschlossen.

Referent des Stadtrathes (liest):

Bei Post 13: Erweiterung des Ottakringer Friedhofes wird nichts eingestellt.

Post 14: Erweiterung des Hieginger Friedhofes	49.000 fl.
---	------------

Post 15: Erweiterung des Friedhofes in Baumgarten	7.260 fl.
---	-----------

Post 16: Erweiterung des Friedhofes in Unter-Sievering	12.000 fl.
--	------------

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? — Angenommen.

(Rufe: Schluss der Sitzung!)

Wenn sich bei den weiteren Posten dieser Gruppe niemand zum Worte meldet, könnten wir dieselben vielleicht en bloc annehmen.

Gem.-Rath Steiner: Ich möchte nur eine Bemerkung machen, da ich schon beim Magistrate diesbezügliche Anzeigen erstattet habe, nämlich in Betreff des Umstandes, dass der Wasenmeister bei Abholung der verendeten Hunde eine Gebühr einhebt. Ich habe eine Postanweisung, wonach derselbe einer Frau über meine Urgenz 75 kr. zurückgestellt hat. Einer Wirtschaftsbefizerin in Heiligenstadt — ich will den Wasenmeister nicht beschuldigen, er wusste vielleicht nichts davon — hat der Kutscher desselben für das Secieren eines Schweines 45 kr. berechnet. Solche Fälle kommen vor.

Ich berühre es zu dem Zwecke, damit es in das Amtsblatt kommt und vielleicht in anderen Bezirken bekannt wird, dass der Fall vorkommt, wo der Wasenmeister nichts dafür kann und hinter seinem Rücken die Kutscher derartige Gebühren einheben. Ich bin bereit, dem Herrn Vice-Bürgermeister einen Brief vorzulegen, wo ein solcher schreibt, dass er die Gebühr zurückschicken wird und nicht geschickt hat.

Gem.-Rath Kauscher: Ich habe die Absicht, mich der Bademeister anzunehmen. Wenn es nothwendig ist, dass thatsächlich Gruppe VIII fertig wird, bin ich bereit, nur einen Antrag zu stellen.

Gem.-Rath Grambauer: Ich möchte über die Badeanstalten sprechen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Dann glaube ich, zum Schlusse der Sitzung schreiten zu sollen. Die Sitzung ist geschlossen.

Beschluss: Die Gruppe VI (Öffentliche Arbeiten) wird von der Ausgabspost 6 der Rubrik XXII bis inclusive der Rubrik XXVII nach den übereinstimmenden Anträgen des Stadtrathes und der Budget-Commission genehmigt.

Jedoch werden nachstehende Ausgabsposten, und zwar: XXII 6 e mit 9790 fl., XXII 7 mit 53.370 fl., XXIV 1 a mit 43.790 fl., XXIV 2 a mit 48.290 fl., XXVI 1 a mit 99.930 fl., XXVI 6 a mit 194.000 fl., XXVI 6 c mit 895.000 fl. und XXVI 6 h mit 62.400 fl. nach den Anträgen der Budget-Commission festgesetzt. Die Ausgabspost XXVI 8 wird mit 20.000 fl. dotiert.

— Unter den zu schaffenden gemeinderäthlichen Überwachungs-Commissionen ist auch eine Gartenüberwachungs-Commission einzusetzen.

— Über den gegenwärtigen Stand der Vorarbeiten in der Wasserversorgungs-Angelegenheit ist dem Gemeinderathe Bericht zu erstatten.

— Von der Gruppe VIII (Sanitätswesen) werden die Rubriken XXXII und XXXIII nach den übereinstimmenden Anträgen des Stadtrathes und der Budget-Commission genehmigt. Die Ausgabspost 5 1/2 der Rubrik XXXII wird nach dem Antrage der Budget-Commission mit 15.000 fl. festgesetzt, desgleichen bei Rubrik XXXIII. Die Ausgabsposten 4 mit 28.190 fl. und 12 mit 165.000 fl. Die Ausgabspost 12 der Rubrik XXXII wird mit 50.000 fl. dotiert.

— Der Stadtrath wird ersucht, in kürzester Zeit über die Regulierung des ärztlichen Sanitätsdienstes dem Gemeinderathe Bericht zu erstatten.

(Schluss der Sitzung 11 Uhr 15 Minuten nachts.)

* * *

Richtigstellung. Im Amtsblatte Nr. 31, Seite 918, 1. Spalte, Zeile 15 von unten hat es statt: „d) Pachtbillinge für die Abfuhr des Hauskehrichtes 162.710 fl.“ richtig zu heißen: „d) Pachtbillinge für die Abfuhr des Hauskehrichtes 189.280 fl.“

Stadtrath.

Sitzungen des Stadtrathes.

Dienstag, den 24. April 1894.

Mittwoch, den 25. April 1894.

Donnerstag, den 26. April 1894.

Freitag, den 27. April 1894.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 10. April 1894.

Vorsitzender: Vice-Bürgermeister Dr. Richter.
Vice-Bürgermeister Mahonauer.

Anwesende:	Dr. v. Billing,	v. Neumann,
	Boschan,	Rückauf,
	v. Göß,	Schlechter,
	Dr. Hackenberg,	Schneiderhan,
	Dr. Huber,	Dr. Stenzl,
	Kreindl,	Bangoïn,
	Dr. Lederer,	Dr. Vogler,
	Dr. Lueger,	Witzelsberger,
	Matthies,	Wurm.
	Müller,	

Schriftführer: Magistrats-Concipist H. Pfeiffer.

Vice-Bürgermeister Mahonauer eröffnet die Sitzung.

(2251.) **St.-R. v. Göß** referiert über die Verbesserung der Beleuchtung in der Arbeiter-, Foch-, Gieß- und Steinbauergasse im V. Bezirke und beantragt die Genehmigung des Stadtbauamts-Projectes und der hiedurch erwachsenden jährlichen Mehrauslagen für Gasconsum per 290 fl. 48 kr. (bedeckt Rubrik XXV 1 a).

(Angenommen.)

(2295.) **Derselbe** referiert über die Eingabe des Vorstehers des XIII. Bezirkes um bessere Beleuchtung der Kirchengasse, des Kirchenplatzes, der Mazingergasse, der Herren- und Wienergasse in Breitenfee und beantragt die Genehmigung des Stadtbauamts-Projectes und der hiedurch erwachsenden jährlichen Mehrauslagen für Gasconsum per 476 fl. 77 kr. (bedeckt Rubrik XXV 1 a).

(Angenommen.)

(2175.) **Derselbe** referiert über das Project für die Reconstruction der Thiergarten-Wasserleitung in Ober-St. Veit und beantragt die Ersetzung des 52 mm Rohrstranges in der im vorgelegten Plane bezeichneten Strecke A—F, die Umlegung des sub A' B C eingezeichneten Rohrstranges in der Schweizerthalstraße A' C, die Erneuerung des schadhaften Auslaufbrunnens in der Rudolfs-gasse, die eventuelle Errichtung eines neuen

Auslaufbrunnens bei D nach Maßgabe der sich zeigenden ausreichenden Verstärkung der Ergiebigkeit der Wasserleitung im Sinne des vorliegenden besonderen Ansuchens des Bezirksausschusses des XIII. Bezirkes vom 29. November 1893, endlich vorbehaltlich der Zustimmung des Hofärars die noch fehlende Melioration bezüglich der Saugleitung im k. und k. Thiergarten, während die etwaige Reconstruction des Rohrstranges A' B und die Errichtung eines vierten Auslaufbrunnens bei B nach Maßgabe der weiteren Ergiebigkeit der Wasserleitung einem späteren Zeitpunkte und einer abgeforderten Genehmigung vorbehalten wird.

Die Handarbeiten sind im Offertwege an einen General-Unternehmer zu übertragen und wäre dem Wasserleitungs-Aufscher Johann Lang anlässlich der permanenten Überwachung der Ausführungsarbeiten ein Zehrungsbeitrag per täglich 84 kr. zu bewilligen.

St.-R. Dr. Lueger beantragt die Budgetpost Gruppe VI, Rubrik XXVI 4 a von 5000 fl. auf 8500 fl. zu erhöhen.

Der Referent accommodiert sich diesem Antrage.

Modificierter Referenten-Antrag angenommen.

(2376.) **Derselbe** referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Brauneiß wegen Erhebung von Übelständen am Baumgartener Friedhofs und beantragt, den Magistratsbericht bezüglich der getroffenen Verfügungen zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen.)

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.)

(2239.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Marie Beck, Beamtenwitwe, aus dem XIII. Bezirke um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

(2288.) **St.-R. Dr. Lueger** referiert über die Vorenthaltung der anlässlich des Umbaus des Hauses I., Teinfaltstraße 4, entfernten Pflastersteine seitens des Eigentümers dieses Hauses Georg Rauch und beantragt den Stadtanwalt zu ermächtigen, gegen den Genannten die Besitzstörungsklage anhängig zu machen. (Angenommen.)

(1563.) **St.-R. Matthies** referiert über die Uneinbringlichkeit einer Baugebühr per 45 fl. nach Johann Stettner und beantragt die Abschreibung. (Angenommen.)

(1851.) **Derselbe** referiert über die Uneinbringlichkeit von Zinskreuzern nach Katharina Ketschkemet per 308 fl. 8 kr. und beantragt die Abschreibung. (Angenommen.)

(2027.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Johann Bathelt um Nachsicht einer Augenscheinsteuer per 5 fl. 93 kr. und beantragt die Nachsicht der Taxe. (Angenommen.)

(2043.) **Derselbe** referiert über die Abschreibung eines Mietzinsrückstandes nach Therese Hawlik per 7 fl. 50 kr. für eine Wohnung III., Erdbergstraße 98, und beantragt die Abschreibung. (Angenommen.)

(2077.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Johann Biehall, respective Emil Sommer um Schätzung des zu seinem Hausbau Simmering, Feldgasse Einl.-Z. 1396, einbezogenen Straßengrundes und beantragt, den gemäß § 9 Bauordnung von Emil Sommer zu erlegenden Übernahmepreis für den laut Bauconsenses vom 5. September 1893, Z. 11185, mitverbauten Straßengrund nach Maßgabe des Schätzungsergebnisses vom 22. Februar 1894 und des zu demselben eingeholten Gutachtens des Stadtbauamtes vom 16. März 1894 mit 9 fl. per Quadratmeter, d. i. mit 186 fl. 84 kr. zu bestimmen. (Angenommen.)

(2084.) **Derselbe** referiert über den Recurs des Gustav Stiaßny gegen den Auftrag wegen Entfernung von zwei Musik-

Automaten vor seinem Geschäftslocale XVII., Hernals, Kirchengasse 34, und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(2174.) **Derselbe** referiert über die Uneinbringlichkeit von Mietzinsrückständen nach Valentin Duz und Marie Kolba für die Wohnungen 9 und 14 im III. Bezirke, Erdbergstraße 98, per 7 fl. 50 kr. und 8 fl. nebst je einem 7 kr.-Stempel und beantragt die Abschreibung. (Angenommen.)

(2299.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Joh. Fächim um Consens zu baulichen Herstellungen Ottakring, Rotherdstraße Einl.-Z. 634, und beantragt die Ertheilung der Bewilligung zur Herstellung von zwei hölzernen Aborten im Hofraume des obigen Hauses. (Angenommen.)

(2300.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Conrad Binkelman und Johann Welz um Baubewilligung Ottakring, Gablenzgasse 98, und beantragt die Bestätigung des Bauconsenses gegen Intabulierung eines Reverses bezüglich der Bestreitung der Kosten einer etwaigen Niveauveränderung aus Eigenem. (Angenommen.)

(2344.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Leopold Kern um Baubewilligung für ein Kiegelwandgebäude auf gepachtetem Bürgerspitalfondsgrunde X., an der Marx-Meidlingerstraße, und beantragt die Bestätigung des Bauconsenses unter der Bedingung, daß die Objecte jederzeit sofort auf Verlangen der Gemeinde Wien ohne Anspruch auf Entschädigung beseitigt werden. (Angenommen.)

(2425.) **Derselbe** referiert über den Verkauf von altem Zinkblech aus den städtischen Häusern III., Rochusgasse 5 und Strohgasse, und beantragt, das Anbot des Spenglers Josef Kührtreiber auf Übernahme des in den städtischen Häusern III., Rochusgasse 5 und Strohgasse, erliegenden, von der Reconstruction der bezüglichen Dachungen herrührenden Zinkbleches zum Preise von 12 fl. per Metercentner. (Angenommen.)

(2348.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Emanuel Rindl nos. Karl und Marie Bräuer um Baubewilligung auf austro-belgischem Eisenbahngrunde, Einl.-Z. 1958, X. Bezirk, am Arsenalweg, und beantragt die Bestätigung des Bauconsenses gegen Ausstellung eines intabulationsfähigen Demolierungsreverses seitens der austro-belgischen Eisenbahn-Gesellschaft als Grundeigentümerin. (Angenommen.)

(2140.) **Derselbe** referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Dr. Linke wegen Räumung des k. u. k. Neugebäudes im XI. Bezirke von Explosivstoffen und beantragt, es seien durch den Magistrat mit thunlichster Beschleunigung Verhandlungen zu dem Zwecke einzuleiten, um die vollständige Räumung des k. u. k. Neugebäudes von allen darin lagernden Pulver- und Munitionsvorräthen und Explosivstoffen überhaupt sowie die Aufhebung des für dieses Object festgesetzten Bauverbotes zu erwirken, und es sei in Verbindung damit das k. u. k. Militärärar um die Durchführung der in den Punkten 1 bis 17 des Bauamtsberichtes angedeuteten Vorkehrungen auf eigene Kosten zu ersuchen, sofern die Verhandlungen wegen Räumung des Neugebäudes beim k. u. k. Militärärar auf Schwierigkeiten stoßen sollten, eventuell sei zum mindesten, wenn ersterer Zweck nicht erreichbar wäre, die Reduction der Einlagerung im Sinne der Ministerial-Verordnung vom 17. Mai 1891, Nr. 62 R.-G.-Bl., anzustreben, in welchem Falle die Vorkehrungen feuerpolizeilicher Natur (Punkte 1 bis 17) dessungeachtet in Ausführung zu kommen hätten.

Der Referenten-Antrag wird mit dem Zusätze angenommen:

Der Bürgermeister wird ersucht, die Verhandlungen zur Behebung der Übelstände und Gefahren im k. u. k. Neugebäude mit dem k. u. k. Kriegsärar direct zu pflegen.

(2358.) **Derselbe** referiert über das Project für die Pflasterung der Sonnwendgasse im X. Bezirke und beantragt, das vorgelegte Project für die Pflasterung obiger Gasse von der Staatsbahngasse aufwärts mit neuen Steinen mit dem adjustierten Gesamtkostenbetrage von 14.835 fl. 96 kr. zu genehmigen.

Dem mit der permanenten Arbeitsüberwachung zu betrauenden Bau-Inspicienten sei ein Zehrungsbeitrag von 1 fl. 50 kr. pro Tag zu bewilligen. (Angenommen.)

Derselbe referiert über Ansuchen um Aufnahme in den Gemeindeverband, beziehungsweise Zustimmung der Aufnahme in den Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung

(1919.) a) an die nachfolgenden Bewerber aus dem III. Bezirke:

Klesel Johann, Schuhmacher;
Krpoun Josef, Fleischselchergehilfe;
Wizmann Johann, Gastwirt;
Hanusch Karl, Gastwirt;
Welwarsky Stephan, Spenglergehilfe;
Galler Leopold, Marqueur;
Glaser Franz, Hausbesorger und Maurergehilfe;
Smura Isidor, Schuhmachergehilfe;

Riha Wenzel, Eisen- und Metalldreher, derzeit Billeteur im Raimund-Theater;

Bernhart Anton, Amtsdiener und Hausbesorger;
Schöddinger Ferdinand, Hausbesorger;
Steffel Anna, Spitzenputzerin;
Dobler Lorenz, Fabrikarbeiter;
Nidmann Franz Alfred, Hausdiener bei der k. k. Dicasterial-Gebäude-Direction;

Doppiß Franz, Monteur. (Angenommen.)

(1792.) b) An folgende Bewerber aus dem XVIII. Bezirke:

Kugel Samuel, Reisender;
Killermann Johann Wenzel, Gastwirt;
Bergmann Johann, Gastwirt;
Hödl Josef, Taschnergehilfe;
Brandstätter Anna, Handarbeiterin;
Merten Josef, Polier;
Frank Philipp, Spirituosenhändler;
Schmid Michael, Holzhändler;
Illa Johann, Magazinarbeiter;
Eberl Anton, Marqueur;
Fehring Richard, Metalldreher;
Fleischmann Leopold, Börsebesucher;
Wein Leopold, Leichenträger;
Respect Franz, Straßenräumer;
Haindl Johann, Kutscher;
Plaschkes Jakob, Stadträger;
Wanura Martin, Tischlergehilfe;
Nowy Franz, Laternenanzünder;
Wagner Ferdinand, Tapezierer;
Pitsch Theodor, Stadträger;
Michl Katharina, Obstlerin;
Nappolt Florian, Hausdiener;
Kodlezal Vincenz, Schlossergehilfe;
Salzmann Josef, Geschäftsdiener;
Edelmann Theodor, Eincaffierer;
Treffler Franz, Kaffeekoch;
Lehner Johann, Tischlergehilfe;
Benesch Vincenz, Schneidergehilfe;

Moshammer Eduard, Scontist;
Sedlmaier Johann, Gastwirt;
Brunner Josef, Schuhmacher;
Bartik Franz, Polier;
Stenz Franz, Binder;
Boberski Florian, v., Cassier.

(Angenommen.)

(2157.) c) An folgende Bewerber aus dem II. Bezirke:

Blum Josef, Secretär der Nordbahn;
Abler Jakob, Schuhmacher;
Steinnig Adolf, Platzagent;
Zinner Retti, Private;
Manovikl Hermann, k. u. k. Rechnungs-Unterofficier I. Classe;
Urich Antschel Meyer, Pfaidler;
Wachun Leopold, Schlossergehilfe und Maschinenwärter;
(Herabsetzung der Taxe auf 50 fl.)

Noheil Gustav, Tagelöhner;
Gettinger Juliana, Victualienhändlerin;
Keznicel Ferdinand, Maurergehilfe;
Demmer Eduard, Gastwirt;
Chramosta Johann, Schaffer;
Kamenik Martin, Geschäftsdiener;
Polomsky Karl, Schneider;
Wolf Robert, Journalist;
Meißel Josef Ernst, Tischlergehilfe;
Kopstein Emil, Commis;
Holzer Aloisius, Maschinenwärter;
Zink Franz, Packer bei der Nordbahn;
Feiler Hermann, Bier-Verfchleißer;
Brund Wenzel, Dachbedergehilfe;
Krazig Wilhelm, Geschäftsdiener;
Malle Alois, k. k. Briefträger.
Kadlec Francisca, Näherin.
Hirtmayer Julius. (Angenommen.)

(2024.) d) An nachstehende Bewerber aus dem X. Bezirke zu verleihen:

Reiß Adalbert Nathan, Fabrikant und Hausbesitzer;
Holley Johann, Tischlergehilfe;
Pöffel Johanna, Verkäuferin;
Huber Franz, Partieführer bei der Staatseisenbahn-Gesellschaft;
Skotal Anton, Eisendrehergehilfe;
Eihla Franz, Schmiedgehilfe;
Syxta Anton, Schlosser;
Sochr Anton, Messerschmied;
Weil Ferdinand Johann, Wagenbauer und Sattler;
Boreta Karl, Anstreichergehilfe;
Sommer Gotthart, Commis;
Altman Jakob, Tischlergehilfe;
Krejci Eduard, Tischlergehilfe;
Schubert Ludwig, Bäckergehilfe;
Heinl Johann, Maschinen Schlosser;
Bachal Michael, Schlossergehilfe;
Fansa Augustin, Tongungen-Erzeuger;
Mehoda Franz, Wagnermeister;
Fesch Peter, k. und k. Feuerwerker. (Angenommen.)

(2485.) **Derselbe** referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes aus dem XVII. Bezirke und beantragt die Gesuchsgewährung für:

Vaselides Philipp Jakob, Geräthelträger und Hausbesitzer;
 Tsongei Peter, Wagner und Hausbesitzer;
 Zettel Ferdinand, Fuß- und Wagenschmied und Hausbesitzer;
 Pokorny Jakob, Gastwirt;
 Schocklitz Anton, Hutmacher und Hausbesitzer;
 Stenzl Josef, Kaffeesieder. (Angenommen.)

(2007.) Derselbe referiert über das Ansuchen der Karoline Felgmann um Baulinienbestimmung für Einl.=Z. 1088 III., Marxergasse 11, und beantragt, die Fixierung der Linie A B des vorgelegten Planes als Baulinie für die Marxergasse in der Strecke der Häuser mit ungeraden Nummern zwischen der Seidl- und Bechardgasse. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(Vice-Bürgermeister Maxenauer übernimmt den Vorsitz.)

(2590.) St.-R. Ritt. v. Neumann referiert über die Zuschrift des Ministeriums des Innern vom 4. April 1894, Z. 8367, in Betreff commissioneller Verhandlung über das neue Project der Regulierung des Gebietes der Franz Josefskaserne und der Dominikanerbastei und beantragt, es seien die vom Stadtrathe gefassten Beschlüsse, sowie die denselben unterlegte Planskizze dem k. k. Ministerium des Innern sowie der Kasernentransactions-Commission zur Kenntnis zu bringen.

St.-R. Dr. Vogler beantragt in der Erledigung an das Ministerium des Innern den Zusatz: Wenngleich der Stadtrath der Anschauung ist, daß im vorliegenden Falle der § 8 der V.-D. nicht zur Anwendung kommt, da es sich nicht um eine Abtheilung von Stadterweiterungsgründen handelt, nimmt derselbe keinen Anstand, das vorliegende Project mit den Beschlüssen des Stadtrathes zur Kenntnis zu bringen.

St.-R. Dr. Pueger beantragt, die Vorlage nicht zu machen, bevor der Stadtrath über das Project definitiv Beschluß gefaßt hat.

Der Antrag des St.-R. Dr. Vogler, sowie im übrigen der Referenten-Antrag angenommen.

Der Antrag des St.-R. Dr. Pueger wird abgelehnt und die sofortige Vorlage beschloffen.

(2625.) St.-R. v. Göß referiert über das Ansuchen der Katharina v. Kiss-Schratt um Consens zur Herstellung einer Einfriedungsmauer XIII., Hieking, Feldgasse 6, und beantragt die Bestätigung des Antrages des magistratischen Bezirksamtes auf Ertheilung der Baubewilligung gegen dem, daß der nach Abrechnung des nach Maßgabe der Baulinie in die Straße entfallenden Grundstückes per 0.10 m² mit einer gleichgroßen Fläche des einzubeziehenden Grundstückes verbleibende, in die Bauarea einzubeziehende Straßengrund per 4.52 m² mit dem Pauschalbetrage von 25 fl. der Grund schadloß gehalten werde. (Angenommen.)

(2424.) Derselbe referiert über die Spende des k. k. Hofrathes Leopold Ritt. v. Zvoy von zwei gemalten Fenstern für die Kirche in Unter-St. Veit und beantragt, diese Spende mit dem Bedenken anzunehmen, daß die Kosten der Anbringung dieser Fenster, sowie etwa aus diesem Anlasse nothwendig werdende Reparaturen von dem Spender getragen werden, und dem Herrn Leopold Ritt. v. Zvoy sei der Dank auszusprechen. (Angenommen.)

(1744, 1870, 1978, 2023, 2494.) St.-R. Dr. v. Billing referiert über die vom 12. bis 21. März d. J. vorgenommenen Neuwahlen in den Bezirksausschuß des XVI. Bezirkes und beantragt die Anerkennung nachstehender Wahlen, und zwar:

Name des Gewählten	Anzahl der				Mit der Func-tionsdauer bis
	Wahl-berechtigten	er-schienenen Wähler und ab-stimmten Stimmen	gültigen Stimmen für den Gewählten		
I. W a h l k ö r p e r.					
Kaufmann Josef, Privatier und Hausbesitzer, XVI. Neulerchenfeld, Hauptstraße 61			43		
Mück Thomas, Hausbesitzer, XVI. Ottakring, Hauptstraße 37			43		
Hogan Peter, Gummivarenfabrikant und Hausbesitzer, XVI. Ottakring, Eisnerstraße 22		81	42		
Hofinger Johann, Obmann des Armenrathes und Hausbesitzer, XVI. Ottakring, Reinhartsgasse 38	98		41		1900
Friedl Franz, Kaufmann und Hausbesitzer, XVI. Neulerchenfeld, Hajnerstraße 16			41		
Dany Matthias, Hausbesitzer, XVI. Neulerchenfeld, Lerchenfeldberg. 8 (engere Wahl)		72	41		
II. W a h l k ö r p e r					
Slowacki Johann, Ritt. v., Doctor der Medicin, XVI. Neulerchenfeld, Hauptstraße 8			250		
Schmidt Leopold, Hausbesitzer, XVI. Ottakring, Fayergasse 2			247		
Heimberger Leopold, Bürger und Hausbesitzer, XVI. Ottakring, Drestelg. 5			246		
Wiber Karl, Specereiwarenhändler und Hausbesitzer, XVI. Neulerchenf., Neumayrgasse 26	693	469	243		1900
Sinner Josef, Volksschullehrer, XVI. Ottakring, Wurlitzergasse 20			240		
Baldia Ferdinand, Maurermeister und Hausbesitzer, XVI. Ottakring, Lorenz Mandlgasse 8			237		
III. W a h l k ö r p e r					
Leidinger Karl, Gastwirt, XVI. Neulerchenfeld, Fröbelgasse 13			989		
Strehon Anton, Lederhändler, XVI. Ottakring, Gablenzgasse 7			977		
Jelinek Jakob, Schmiedemeister, XVI. Neulerchenfeld, Koppstraße 21		1272	976		
Ramhartner Josef, Drechsler, XVI. Schulgasse 19	2829	1266	973		1900
Floymayer Franz, Kaffeesieder, XVI. Neulerchenfeld, Hauptstraße 49			969		
Cermak Johann, Schuhmacher, XVI. Ottakring, Eisnerstraße 9			951		

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(2541.) Derselbe referiert über die Demolierung des städtischen Hauses III. Bezirk, Rüdengasse 6, und beantragt, von der Demolierung des obigen Hauses wird bis auf weiteres Umgang genommen und ist dieses Haus wie bisher weiter zu vermieten. (Angenommen.)

(2543.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Emilie Stöckinger um käufliche Überlassung eines Theiles der Linienwallparcette 414/1, Einl.-Z. 52, IX. Bezirk, und beantragt die Einsetzung eines Verhandlungs-Comités. (Angenommen.)

(2621.) **St.-R. Dr. Vogler** referiert über den Statthaltereis-Erlass vom 6. April 1894, Z. 26280, wegen Herstellung eines Eisenbahngleises vom städtischen Lagerhause zum Nordportale der Rotunde anlässlich der Ausstellung für Volksernährung und beantragt, gegen die Herstellung der in Rede stehenden Geleiseanlage nach dem vorliegenden Projecte und gegen deren Benützung während der Zeit der internationalen Ausstellung für Volksernährung zc. im Jahre 1894 keine Einwendung zu erheben. Die Vertreter der Gemeinde Wien bei der fraglichen commissionellen Verhandlung werden ermächtigt, Bedingungen in administrativer Beziehung — wenn nöthig — zu stellen. (Angenommen.)

(2287.) **Derselbe** referiert über die Adaptierung der von der Arbeitsschule des Frauenvereines im Schulgebäude VII. Bezirk, Stiftgasse 35, benützten Localitäten zu einem Näh- und Zeichensaale und beantragt:

1. Es seien die Kosten der Adaptierung der Localitäten der Arbeitsschule des Vereines für Arbeitsschulen zu einem Näh- und Zeichensaal und jene der bei der Local-Commission vom 6. März d. J. für nothwendig befundenen Herstellungen per 2867 fl. 44 kr. zu genehmigen und dementsprechend ein Zuschusscredit von 1224 fl. 68 kr., beziehungsweise 642 fl. 76 kr. zu den Rubriken XII 4 c und XLIII 2 zu bewilligen.

2. Es werde das Stadtbauamt beauftragt, diese Adaptierungsarbeiten in der Zeit vom 12. August bis 15. September durchzuführen und die für die neuanzuschaffenden Räume nothwendigen Einrichtungsgegenstände rechtzeitig bei den betreffenden städtischen Contrahenten für currente Arbeiten zu bestellen.

3. Es werde dem Vereine für Arbeitsschulen eröffnet, dass die Arbeitslehrerinnen die Naturalwohnung erst zum Augusttermine zu räumen haben, und dass demselben auf Grund der am 30. März protokollarisch erklärten Zustimmung in Abänderung, beziehungsweise Ausführung des Stadtraths-Beschlusses vom 10. Februar 1894, Z. 602, die Quartiergeldentschädigung per 300 fl. vom vorangegebenen Termine in vierteljährigen gleichen Anticipativraten gegen von der Vorsteherin des Vereines unterfertigte Quittung zuhanden des jeweiligen Vereinssecretärs flüssig gemacht werde.

Der Referenten-Antrag wird mit der Abänderung genehmigt, dass die unbedeckte Auslage auf die Budgetpost XII 4 d überwiesen werde.

(2211.) **Derselbe** referiert über den Magistratsbericht, betreffend die Verleihung des Directortitels an den pensionierten Oberlehrer Johann Geriger, und beantragt die Kenntnisaufnahme. (Angenommen.)

(2457.) **Derselbe** referiert über die Anschaffung des zweiten Jahrganges des von dem Maler Conrad Graefe herausgegebenen Werkes „Unser altes Wien“ und beantragt die Anschaffung des II. Jahrganges dieses Werkes für die gegenwärtig bestehenden 76 Bürgerschulen und jene der Nachbestellung des I. Jahrganges für die seit der letzten Lieferung zugewachsenen Bürgerschulen mit dem Kostenaufwande von 648 fl. (Angenommen.)

(2471.) **St.-Rath Faugoin** referiert über die Bestimmung der Functionsgebühren für den Bürgermeister Dr. Raimund Gröbl und beantragt:

Dem Bürgermeister Dr. Raimund Gröbl wird vom Tage seiner Beerdigung, d. i. vom 31. März 1894 angefangen, auf die Dauer seiner Amtsführung eine jährliche Functionsgebühr in der bisherigen Höhe von zusammen 24.000 fl. gewährt und demselben die Benützung der Bürgermeisterwohnung im Rathhause inclusive Beheizung und Beleuchtung des Stalles und der Wagenremise, sowie der beiden städtischen Amtswagen, deren Instandhaltung und Bespannung ihm obliegt, eingeräumt.

St.-R. Schlechter beantragt die Bestimmung der Functionsgebühren in der Fassung des Gemeinderaths-Beschlusses vom 15. December 1893 für Bürgermeister Dr. Priz.

Referent formuliert sodann seinen Antrag wie folgt:

Dem Bürgermeister Dr. Raimund Gröbl wird vom Tage seiner Beerdigung, d. i. vom 31. März 1894 angefangen, auf die Dauer seiner Amtsführung eine jährliche Functionsgebühr von 20.000 fl. gewährt, demselben die Benützung der Bürgermeisterwohnung im Rathhause (inclusive Beheizung und Beleuchtung) der beiden Amtswagen, sowie des Stalles und der Wagenremise eingeräumt und für die Instandhaltung der Amtswagen, die Bespannung, Livree des Kutschers zc. der Betrag von jährlich 4000 fl. bewilligt.

St.-R. Dr. Vogler zieht seinen Antrag zurück.

Der Referenten-Antrag wird angenommen.

(An den Gemeinderath.)

(2283.) **Derselbe** referiert über den Antrag des St.-R. Max Bauer wegen Empfang der Mitglieder des vom 23. bis 25. April 1894 in Wien tagenden Gastwirtetages im Rathhause und beantragt, dem Bürgermeister zum Empfange des Gastwirtetages den Betrag von 2500 fl. zur Verfügung zu stellen.

Es wird beschloffen, den Betrag von 3000 fl. zu bewilligen.

(2565.) **Vize-Bürgermeister Dr. Richter** referiert über das Ansuchen des Verbandes der Wiener Radfahrvereine für Wettfahrtsport um Baubewilligung II., Kronprinz Rudolfstraße 82, und beantragt die Bestätigung der Ertheilung des Bauconsenses auf obigem unparcellierten Grunde. (Angenommen.)

(2372.) **St.-R. Dr. v. Billing** referiert über das Ansuchen der Anna Pierus, Kanzlei-Vicedirectors-Witwe, um Anweisung der Pension und beantragt, derselben unter Einrechnung der Personalzulage ihres verstorbenen Gatten per 200 fl. gemäß § 13 der städtischen Pensionsvorschrift eine Witwenpension jährlicher 600 fl. vom 1. Februar 1894 unter gleichzeitiger Einstellung des Activitätsgehaltes des Verstorbenen eine Personalzulage jährlicher 100 fl. zu bewilligen.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, die Witwenpension mit 500 fl. zu fixieren und eine Personalzulage von 200 fl. zu gewähren.

Der Referent accommodiert sich diesem Antrage.

Der modificierte Referenten-Antrag angenommen.

(An den Gemeinderath.)

(2371.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Johanna Gabriel, Conscriptiionsamts-Adjunctens-Witwe, um Anweisung der Pension und beantragt, derselben auf Grund der Pensionsvorschrift eine Witwenpension von 600 fl. vom 1. November 1893 unter gleichzeitiger Beistellung des Pensionsbezuges des verstorbenen Gatten, sowie eine jährliche Pensionszulage von 200 fl. zu verleihen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(2349.) **Derselbe** referiert über den Besetzungsvorschlag für eine Accessistenstelle am Central-Friedhofe und beantragt, die systemisierte, bisher nicht besetzte Accessistenstelle bei der Verwaltung des Wiener Central-Friedhofes, XI. Rangklasse, mit dem Gehalte von 700 fl.

und dem Genusse einer Dienstwohnung in einem der beiden Administrationsgebäude dem Kanzleipraktikanten Robert Geiger zu verleihen.

(Angenommen.)

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.)

(2500.) **St.-R. Müller** referiert über das Offertverhandlungsergebnis für die Vergebung der Rohrlegungsarbeiten im XVIII. und XIX. Bezirke (Baulos IV a und IV b) und beantragt die Genehmigung des Offertes des Heinrich Sikora mit 6·8 Percent Nachlaß für das Baulos IV a und des Offertes der Actiengesellschaft für Wasserleitungen, Gas- und Heizungsanlagen für das Baulos 4 b mit einem Nachlaße von $5\frac{3}{4}$ Percent. (Angenommen.)

(2093.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Franz und Ferdinand Weese um käufliche Überlassung eines Theiles der Wegparcelle 638/2 Hernals im XVII. Bezirke, Figur a b II I a des vorgelegten Planes A im Ausmaße von circa 97 m² und beantragt, die Überlassung dieses Weggrundtheiles um den Betrag von 10 fl. per Quadratmeter. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(2389.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Konrad Hippenmayer um Consens zu baulichen Herstellungen Unter-Sievering, Friedgasse 17, und beantragt, die Bestätigung des Bauconsenses in Ausübung der projectierten Aufmauerung unter der commissionell gestellten Bedingung eines Cautionserlages von 20 fl. (Angenommen.)

(2355.) **St.-R. Schlechter** referiert über die Eingabe des Vorstehers des XIII. Bezirkes um Aufstellung von zwei Auslaufbrunnen in Breitensee und beantragt die Genehmigung des Projectes des Stadtbauamtes, betreffend Aufstellung eines Auslaufbrunnens an der Ecke der Schulgasse und Hütteldorferstraße mit dem von der städtischen Buchhaltung adjustierten Betrage von 841 fl. 48 kr. (Angenommen.)

(1776, 1777, 1778, 1779, 1962, 2075, 2483.) **Derselbe** referiert über Ansuchen um Abschreibung von Wassermehrverbrauchs-Gebühren nach Parteien aus dem I. und VIII., V., VII., IX. und X. Bezirke und beantragt, die Abschreibung, Abweisung, beziehungsweise Reducierung der Wassermehrverbrauchs-Gebühren im Sinne der Anträge der magistratischen Bezirksämter zu genehmigen. (Angenommen.)

(2306.) **Derselbe** referiert über Ansuchen um Abschreibung von Wassermehrverbrauchs-Gebühren nach zehn Parteien aus dem IX. Bezirke und beantragt die Abschreibung der Wassermehrverbrauchs-Gebühren für die sub I des Verzeichnisses des magistratischen Bezirksamtes genannten Parteien und die Reducierung der Wassermehrverbrauchs-Gebühren der sub II genannten Parteien durch Berechnung des Betrages mit 4 fl. 50 kr. per Hektoliter und Jahr. (Angenommen.)

(2445, 2446.) **Derselbe** referiert über die Protokolle der Bezirksauschuss-Sitzungen in den Bezirken I bis XIX und beantragt, die Protokolle der Bezirksauschuss-Sitzungen, und zwar des I. Bezirkes vom 6. und 21. März, des II. Bezirkes vom 28. Februar, 1., 7., 14., 21. und 28. März, des IV. Bezirkes vom 26. Februar, des V. Bezirkes vom 27. Februar und 5. März, des VI. Bezirkes vom 12. März, des VII. Bezirkes vom 14. März, des VIII. Bezirkes vom 15. und 27. Februar, des IX. Bezirkes vom 22. Februar und 13. März, des X. Bezirkes vom 14. März, des XI. Bezirkes vom 27. Februar und 2. März, des XIII. Bezirkes vom 23., 28. Februar und 1. März, des XIV. Bezirkes vom 23. Februar, des XV. Bezirkes vom 22. und 27. Februar, des XVII. Bezirkes vom 8. März, des XVIII. Bezirkes vom 16. Februar und des XIX. Bezirkes vom 2. und 21. März zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen.)

(Schluß der Sitzung.)

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 11. April 1894.

Vorsitzende: Vice-Bürgermeister Dr. Richter.
Vice-Bürgermeister Mahenauer.

Anwesende: Dr. v. Billing, v. Neumann,
Boschan, Rückauf,
v. Gök, Schlechter,
Dr. Hackenberg, Schneiderhan,
Dr. Huber, Dr. Stenzl,
Kreindl, Baugoin,
Dr. Federer, Dr. Vogler,
Dr. Lueger, Wikelsberger,
Matthies, Wurm,
Müller,

Bürgermeister Dr. Gröbl.

Experten: Baudirector Berger, Magistrats-Commissär
Dr. Rächtern.

Schriftführer: Magistrats-Concipist Dr. Weiser.

Vice-Bürgermeister Mahenauer eröffnet die Sitzung und macht nachstehende Mittheilung:

St.-R. Kreindl hat den Antrag eingebracht, es sei das Bild des verstorbenen Vice-Bürgermeisters Dr. Franz Borschke in derselben Größe wie das des Vice-Bürgermeisters Stuedel nach einer guten Photographie anzufertigen und zum dauernden Gedächtnisse im Rathhause anzubringen.

(Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.)

(2461.) **St.-R. Kreindl** referiert über das Ansuchen der Direction des Rudolfinerhauses um Consens zur Canalherstellung XIX., Unter-Döbling, Grinzingerstraße 21, und beantragt, die Bewilligung des projectierten Canales und der in Aussicht genommenen Einmündung ohne die sonst übliche Vorausbezahlung der Canaleinmündungsgebühr. (Angenommen.)

(2448.) **Derselbe** referiert über die nachträgliche Auszahlung des Monatslohnes an den Straßeneinräumer Anton Krenel für die Zeit seiner Erkrankung und beantragt, dem Genannten den für diese Zeit (d. i. von Anfang Februar bis 7. März 1894) entfallenden Lohn nachträglich anzubezahlen. (Angenommen.)

(2460.) **Derselbe** referiert über die Einführung der Gasbeleuchtung in das Gebäude der freiwilligen Feuerwehr in Gersthof, Hauptstraße 91, und beantragt, die Bewilligung dieser Herstellung mit dem Kostenaufwande von 115 fl. 68 kr., welcher Betrag auf den Reservefond zu verweisen wäre.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(2379.) **Derselbe** referiert über das Offert der Baiertischen Granit-Actiengesellschaft in Regensburg auf Lieferung von Pflastersteinen und beantragt die Ablehnung dieses Offertes. (Angenommen.)

(2342.) **Derselbe** referiert über das Offert der Firma J. C. Löwenfeld auf Lieferung von Pflastersteinen und beantragt die Ablehnung. (Angenommen.)

(2361.) **Derselbe** referiert über das Offert des Johann Schweyda auf käufliche Überlassung von 100 Stück Trottoir-Steinplatten, welche sich in Ober-Döbling, Obkirchergasse 8, befinden, um den Preis von 25 kr. per Stück und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(2462.) **Derselbe** referiert über rückständige, anlässlich der Sicherstellung der Effecten des Josef Hochfellner und der Karoline Mayer aufgelaufenen Transportkosten per 4 fl. 50 kr. und beantragt die Abschreibung dieses Betrages aus dem Grunde der Uneinbringlichkeit. (Angenommen.)

(1899.) **Derselbe** referiert über das Offert des Karl Fischer auf käufliche Überlassung des Grundes Einl. Z. 495 Unter-Sievering an die Gemeinde um den Einheitspreis von 2 fl. 50 kr. per Quadratmeter und beantragt die Ablehnung. (Angenommen.)

(2388.) **Derselbe** referiert über eine rückständige Hauszinssteuer per 110 fl. 35 kr. nach Susanne Drublowicz aus dem XIX. Bezirke und beantragt die Abschreibung aus dem Titel der Uneinbringlichkeit. (Angenommen.)

(2418.) **Derselbe** referiert über einen rückständigen Hundesteuerbetrag per 4 fl. nach Rudolf Hausenberger aus dem XVII. Bezirke und beantragt die Abschreibung aus dem Titel der Uneinbringlichkeit. (Angenommen.)

(2127.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Rudolf Körner aus dem XIII. Bezirke um Nachsicht der Hundesteuerstrafe und Einhebung der einfachen Steuer pro 1893 und beantragt die Gefuchsgewährung. (Angenommen.)

(2135.) **St.-R. v. Gök** referiert über das Ansuchen des Matthäus und Karl Steinlechner um Verlängerung der Frist zur Entfernung der maschinellen Anlage für die elektrische Beleuchtung im XVII. Bezirke, Währingerstraße 9, und beantragt die Bewilligung dieser Verlängerung. (Angenommen.)

(2134.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Vorgenannten um Löschung des auf der Realität Einl. Z. 432, Dr.-Nr. 9 Währingerstraße im XVII. Bezirke haftenden Demolierungsreverses und beantragt die Zustimmung hiezu zu ertheilen.

St.-R. Dr. Püeger beantragt die Ablehnung.

Über Anregung des Vorsitzenden wird beschlossen, in die Aufhebung des Demolierungsreverses nicht einzuwilligen, nachdem die Baulinie in der dortigen Gegend noch nicht bestimmt ist.

(1804.) **Derselbe** referiert über den neuerlichen Bericht in Betreff Einführung der Gasbeleuchtung in Kaiser-Ebersdorf im II. Bezirke, respective Flammenanbringung in der Pressburger Reichsstraße und beantragt die Aufstellung von 7 ganz- und 14 halbnächtigen Flammen in der Pressburger Reichsstraße mit dem budgetmäßig bedeckten Betrage von 543 fl. 13 kr.

St.-R. Dr. Püeger beantragt, die Kaiser-Ebersdorferstraße in der proponierten Weise zu beleuchten.

St.-R. Rückauf beantragt, die Berathung zu vertagen, um früher das Gutachten der Bezirksvertretung einzuholen.

Antrag Rückauf angenommen.

(2407.) **St.-R. Dr. Huber** referiert über das Ansuchen des Dr. Emerich Herlinger noe. Gustav Pabstmann um Löschung der Demolierungsverbindlichkeit IV., Kolschitzkygasse 10, und beantragt die Ertheilung der Löschungsbevolligung und Aufstellung der Löschungserklärung auf Kosten des Gefuchstellers. (Angenommen.)

(2362.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Michael und der Antonie Kollegger um Zusammenlegung der Baustellen I und II, Einl. Z. 1233 und 4360 im II. Bezirke, Dthmargasse, und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(2415.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Dr. Gustav Topfcher noe. Baronin Christine Wieser um grundbücherliche Löschung der auf der Realität Einl. Z. 1387, III. Bezirke, Kochusgasse Dr.-Nr. 11, zufolge Reverses vom 11. Jänner 1847 haftenden

Verbindlichkeit in Ansehung der Einwölbung des Gasthausfalons bei Änderung oder Umgestaltung desselben und beantragt, diese Löschung ohneweiters und unter Einhebung der auflaufenden Stempel- und Legalisierungskosten von der Partei zu bewilligen. (Angenommen.)

(2356 und 1662.) **Derselbe** referiert über das Project für die theilweise Umpflasterung der Hundsthurmerstraße im V. Bezirke und beantragt:

1. das bauamtliche Project für die Umpflasterung mehrerer Strecken der Fahrbahn der Hundsthurmerstraße im V. Bezirke mit dem buchhalterisch abjustierten Gesamtkostenerfordernisse von 4861 fl. 72 kr. zu genehmigen;

2. dem mit der permanenten Beaufsichtigung der Arbeiten beauftragten Bau-Inspicienten einen Zehrungsbeitrag von 1 fl. pro Tag zu bewilligen. (Angenommen.)

(2454.) **Derselbe** referiert über das Project für die Neupflasterung der Arbeitergasse im V. Bezirke und beantragt, das vorliegende Project mit dem Kostenerfordernisse von 5244 fl. 49 kr. zu genehmigen und die Bewilligung eines Zuschusscredits in der Höhe des Erfordernisses zur Ausgabe-Kubrik XXII 1 b „Neupflasterungen“ beim Gemeinderathe zu erwirken.

(Angenommen; puncto Zuschusscredit an den Gemeinderath.)

(2264.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Anna Goldschmidt-Laski durch Dr. Celestin Seidl um Löschung der auf der Realität Einl. Z. 306 in Heiligenstadt, XIX. Bezirk, haftenden Verbindlichkeiten wegen Erhaltung der Statue, Freilassung des Kirchenweges und der Gärten, sowie Nichtbeeinträchtigung des Hofstättweingartens und beantragt, nachdem diese Reallasten gegenstandslos geworden sind, deren Löschung jedoch nicht auf Kosten der Gemeinde Wien und gegen dem, dass unter einem das vorgelegte Übereinkommen adto. Heiligenstadt, 23. April 1882, grundbücherlich durchgeführt werde, zu bewilligen.

St.-R. Dr. Püeger beantragt den Zusatz, dass die neuen Rechte der Gemeinde mindestens nach den bisherigen Lasten eingetragen werden.

Referenten-Antrag mit Zusatz-Antrag Dr. Püeger angenommen.

(2655.) **St.-R. Müller** referiert über den Recurs gegen den Statthaltereierlass vom 30. März 1894, Z. 66838, puncto Canalisation von Kaisermühlen und beantragt, gegen diesen Erlas den Recurs an das k. k. Ackerbauministerium nach dem vom Magistrat vorgelegten Entwürfe zu ergreifen. (Angenommen.)

Bei Erstattung dieses Referates hat Magistrats-Commissär Dr. Rächtern als Experte fungiert.

(1249.) **St.-R. Dr. Sackenberg** referiert über den Statthaltereierlass vom 26. Jänner 1894, Z. 6192, betreffend die Projecte der Wiener Tramway-Gesellschaft für die Anlage von Stockgleisen und Ausweichen behufs theilweiser Trennung des Ringverkehrs vom Radialverkehre.

Referent beantragt, der Anlage der im Magistratsberichte näher bezeichneten Stockgleise und Ausweichen vom Standpunkte der Straßenbenützung auf Widerruf und unter den vom Magistrat gestellten Bedingungen, sowie gegen dem die Zustimmung zu ertheilen, dass die Wiener Tramway-Gesellschaft sofort die bezüglichen Detailpläne der Gemeinde zur Genehmigung vorlegt und sohin den erforderlichen Bauconsens erwirkt.

St.-R. Müller beantragt, es sei die Bewilligung zum Baue nur unter dem zu ertheilen, dass die Aufstellung von Wägen auf den

Stockgeleisen nur zum Zwecke eines einzuschaltenden Betriebes stattzufinden habe, ohne daß hiedurch der Fahrplan tangiert werden darf.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, es soll das Referat vertagt werden, bis über den Sommerfahrplan Bericht erstattet worden wäre.

Referent beantragt, anstatt des Antrages Müller folgende Formulierung aufzunehmen:

Bedingung für diese Bewilligung ist, daß der Verkehr an durchgehenden Wägen nicht nur keine Reduction, sondern dem Bedürfnisse entsprechend noch eine Vermehrung erfährt, und die Stockgeleise nur zu dem Zwecke der Bewältigung eines zeitweise gesteigerten Verkehrs von streng localem Charakter verwendet werden.

St.-R. Dr. Lederer und Vice-Bürgermeister Dr. Richter beantragen, über diesen Zusatz-Antrag des Referenten abfaßweise abzustimmen. (Angenommen.)

Antrag Dr. Lueger (puncto Vertagung) abgelehnt.

Referenten-Antrag angenommen.

Zusatz-Antrag des Referenten, und zwar von „und die Stockgeleise . . .“ bis „verwendet werden“, angenommen.

1. Theil: „daß der Verkehr . . . keine Reduction erfährt“ angenommen.

2. Theil: „sondern noch eine Vermehrung erfährt“ angenommen.

(2659.) Derselbe referiert über die Sommerfahrordnung der Wiener Tramway-Gesellschaft pro 1894.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, um eine Fristerstreckung zur Erstattung der Äußerung seitens des Stadtrathes anzufuchen.

Es wird beschließen, um eine Fristerstreckung bis 20. April d. J. anzufuchen.

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.)

(2449.) St.-R. Dr. Stenzl referiert über das Ansuchen des Magistrats-Commissärs Max Zahradnik um Ertheilung einer dreimonatlichen Urlaubsverlängerung (vom 11. April bis 11. Juli d. J.) und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

(1121.) St.-R. Schlechter referiert über die Propositionen der Wienthalwasserleitungs-Unternehmung wegen Wasserabnahme, respective Übernahme der Wasserleitung seitens der Gemeinde.

Baudirector Berger fungiert als Experte.

Referent beantragt:

Der vorliegende Vertragsentwurf wird abgelehnt; es ist jedoch den Concessionären der Wienthalwasserleitungs-Unternehmung bekanntzugeben, daß der Stadtrath bereit ist, durch ein Comité aus seiner Mitte weitere Verhandlungen zu pflegen, wenn die Concessionäre die Erklärung abgeben,

1. bezüglich des Preises für das zu liefernde Wasser,
2. bezüglich eines zu vereinbarenden Modus der Berechnung auf Grundlage des effectiven Wasserbezuges, und
3. bezüglich der Einlösungsmodalitäten des ganzen Unternehmens der Gemeinde Wien annehmbare Vorschläge vorzulegen.

St.-R. Müller beantragt:

Es sei zum Zwecke von Berathungen über die Abgabe von Wasser durch die Wienthalwasserleitungs-Unternehmung, sowie zur Berathung über die Wasserversorgung der Gemeinde Wien im allgemeinen eine Commission, bestehend aus fünf Mitgliedern des Stadtrathes, zu bestellen, welche längstens in sechs Monaten an den Stadtrath Bericht zu erstatten habe.

St.-R. Boschan beantragt:

1. Ablehnung der vorliegenden Propositionen;
2. es sei bezüglich Übernahme der Concession seitens der Gemeinde Wien mit der Unternehmung weiter zu verhandeln.

Die Verhandlung wird wegen vorgerückter Stunde abgebrochen. (Schluß der Sitzung.)

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 12. April 1894.

Vorsitzende: Bürgermeister Dr. Gröbl.

Vice-Bürgermeister Magenauer.

Anwesende: Dr. v. Billing, v. Neumann,
Boschan, Rückauf,
v. Götz, Schlechter,
Dr. Hackenberg, Schneiderhan,
Dr. Huber, Dr. Stenzl,
Kreindl, Bangoïn,
Dr. Lederer, Dr. Vogler,
Dr. Lueger, Wigelsberger,
Matthies, Wurm,
Müller,

Experten: Magistratsrath Dr. Sauer, Baurath Winkler.

Schriftführer: Magistrats-Concipist Dr. Bibl.

Vice-Bürgermeister Magenauer eröffnet die Sitzung.

(2534.) St.-R. v. Götz referiert über Anbote, betreffend den Kauf alter, der Gemeinde Wien gehörigen Materialien und beantragt den Verkauf der im städtischen Materialdepot 6, Nr. 16 Wiengasse, Unter-St. Veit, XIII. Bezirk, in Verwahrung befindlichen Altmaterialien, und zwar:

120 kg Eisenblech	um	1 fl. 70 kr. per 100 kg
2122 „ Gusseisen	„	3 „ 35 „ „ „ „
65 „ Zink	„	13 „ 50 „ „ „ „
2 alte Blechöfen	„	1 „ 20 „ „ Stück und
3 „ Blechofenschirme	„	1 „ 70 „ „ „

zu genehmigen. (Angenommen.)

(2522.) Derselbe referiert über das Ansuchen des Franz Mahowsky um Bewilligung zur Pflanzung von Alleebäumen und beantragt, dem Genannten die Bewilligung zu ertheilen, auf beiden Seiten der Feldgasse in Hiezing längs der dem Gesuchsteller gehörigen Realitäten je eine Baumreihe in einem Abstände von 2-50 m von der Baulinie gegen dem zu pflanzen, daß derselbe diese Bäume auf eigene Kosten anpflanzt und erhält, und wegen definitiver Ausmittlung der Standorte der Bäume sich mit der Bauamtsabtheilung des XIII. Bezirkes ins Einvernehmen setzt und diese Bäume über jedesmaliges Verlangen der Gemeinde unter Wiederherstellung des früheren Zustandes entfernt. (Angenommen.)

(2540.) Derselbe referiert über das Ansuchen des Verschönerungsvereines in Lainz um Bewilligung zur Herstellung von Baumpflanzungen in mehreren Straßen von Lainz und beantragt, unter den im Magistrats-Antrage Punkte 1 bis 3 angeführten Bedingungen nachstehende Baumpflanzungen zu bewilligen:

1. In der Wambachergasse, und zwar in der Entfernung von 2-50 m von der Baulinie, so daß sich beiderseits 2 m breite Trottoirs und 1 m breite Zwischenplätze und 6 m Fahrbahn ergeben;

2. in der Einsiedeleigasse und zwar auf der Seite der ungeraden Hausnummern von Nr. 23 bis zur Gärtnergasse in einer Entfernung von 2·50 m von der Baulinie und auf Seite der geraden Nummern in der Strecke von der Kreuzung der Verbindungsbahn bis zur Sauraugasse in einer Entfernung von 3·40 m von der Baulinie.

Ferner sei die Aufstellung von 15 Ruhebänken in der Einsiedeleigasse zu genehmigen. (Angenommen.)

(2626.) **Derselbe** referiert über Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband aus dem XVIII. Bezirke und beantragt:

a) die Verleihung der Zuständigkeit an:

Wachal Josef, Schneidermeister;
 Kaiser Johann, Installateur;
 Rudela Josef, Schuhmachermeister;
 Schneider Franz, Gastwirt;
 Raringer Alois, Fleischhauer;
 Hoffeld Eduard, öffentlicher Gesellschafter und Hausbesitzer;
 Döhler Franz, Schlossergehilfe;
 Dimter Franz Karl, Cassadiener bei der Neuen Wiener Tramway;

Blazek Johann, Holzhändler;
 Kosteritz Vincenz, Bäckergehilfe;
 Morawa Franz, Geschäftsleiter und Hausbesitzer;
 Schörg Alois, Gemischtwaren-Händler;
 Král Josef, Metallgießer;
 Weidinger Ferdinand, Hilfsarbeiter;
 Eiterer Anton, Schneidermeister;
 Kiefner Johann, Holzhändler;
 Hohl Heinrich Johann, Secretär der Baugesellschaft;
 Bergauer Franz, Spenglergehilfe;
 Cechner Anton, Schneidermeister;
 Krenza Karl, Laborant;
 Čech Josef, k. k. Gefangenaufseher;
 Lakomy Peregrin, Musikschul-Inhaber;
 Schneiderwind Marie, Wäscherin;

b) die Zusicherung der Aufnahme an:

Walent Antonia, Victualienhändlerin. (Angenommen.)

(2413.) **St.-H. Müller** referiert über das Ansuchen der Juliana Wagner um Baubewilligung für einen Zubau bei Dr.-Nr. 143 Hauptstraße in Simmering und beantragt, den Antrag des magistratischen Bezirksamtes für den XI. Bezirk auf Ertheilung des Bauconsenses zu bestätigen. (Angenommen.)

(2285.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Presbyteriums der evangelischen Gemeinde N. C. in Wien um Ertheilung des Bauconsenses für eine Kirche und eine Wohnhausgruppe, letztere bestehend aus zwei Zinshäusern und einem Pfarrhause auf der Realität XVIII. Bezirk, Martinsstraße 25, Annagasse 17, Einl.-Z. 698, Währing, sowie um Ermäßigung der für diese Baulichkeiten entfallenden Canaleinmündungsgebür und beantragt:

a) die in Rede stehenden Bauten unter den im Magistrats-Antrage erwähnten Bedingungen zu genehmigen,

b) die Canaleinmündungsgebür in Berücksichtigung des Zweckes der beabsichtigten Bauten statt der gesetzlich zu bemessenden Gebür per 1008 fl. mit der Pauschalsumme von 500 fl. festzusetzen.

Antrag a) angenommen.

Hinsichtlich der Canaleinmündungsgebür wird über Antrag des St.-R. Dr. Lueger, welchem sich Referent accommodiert, beschlossen, die Gebür mit 1008 fl. zu bemessen, von derselben jedoch

mit Rücksicht auf die obwaltenden Verhältnisse einen Nachlaß von 500 fl. eintreten zu lassen.

(2367.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Josef Kopf um Bewilligung zur Parcellierung der Realität Einl.-Z. 186 in Hiezing, Josefigasse, auf vier Baustellen, und beantragt, die angeforderte Parcellierung unter der Bedingung zu genehmigen, daß auf den Baustellen nur Gebäude in einem Abstände von 3 m von der Nachbargrenze oder zu zweien gekuppelt zur Verbauung gelangen, die Verbauung nur mit Wohnhäusern, welche außer einem bewohnbaren Erdgeschosse (Parterre oder Tiefparterre) nicht mehr als zwei Stockwerke enthalten dürfen und wobei ein Mezzanin als Stockwerk zu rechnen ist, erfolge und diese Verpflichtung als Reallast auf jeder neu entstehenden Baustelle grundbücherlich sichergestellt werde. (Angenommen.)

(2458.) **Derselbe** referiert über die Bewilligung eines Zehrungsbeitrages für den mit der Überwachung der Bauarbeiten zur Ergänzung des Rohrnetzes der Hochquellenleitung im XIII., XIV., XVI., XVII. und XVIII. Bezirke seit 12. März 1894 betrauten Bauamtspraktikanten Rudolf Schneider und beantragt, einen Zehrungsbeitrag von 2 fl. 50 kr. pro Tag zu bewilligen. (Angenommen.)

(1815.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Anton Mayer um Bewilligung zur Parcellierung der Realitäten Grundb.-Einl.-Z. 270 und 283 Grundbuch Speising, XIII. Bezirk, auf 52 Baustellen und 20 Baustellenteile und beantragt, die Parcellierungsbewilligung unter den im Magistrats-Antrage angeführten Bedingungen zu ertheilen.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, es seien die jenseits der dem Josef und der Rosalie Haberl gehörigen Realität liegenden zwei Baucomplexe insoweit mit dem Bauverbote zu belegen, bis die Durchführung der über die letzteren zu der Haberl'schen Realität führenden zwei Straßen erfolgt ist.

Antrag Dr. Lueger abgelehnt.

Referenten-Antrag angenommen.

(1928.) **Derselbe** referiert über die Baulinien- und Niveau-bestimmung für einen Theil des XIII. Bezirkes und beantragt:

1. Die von der k. k. Bezirkshauptmannschaft Sechshaus im Jahre 1875 genehmigten Baulinien für die parcellierten Gründe der Wiener Baugesellschaft und des Wiener Bankvereines südlich der Maria Theresiastraße in Ober-St. Veit sammt dem Plage an dieser Straße werden mit dem Besatze aufrecht erhalten, daß bei allen über diese Gründe führenden Straßenzügen — mit Ausnahme der IV. Längstraße — beiderseits 4 m breite Vorgärten, bei der IV. Längstraße aber beiderseits 5 m breite Vorgärten herzustellen sind.

2. Als neue Baulinien werden bestimmt:

- für die Verlängerung der Kreuzgasse mit 15·17 m Straßenbreite und mit beiderseitigen 4 m breiten Vorgärten die Linien A B C' D E' E F G H einerseits und I K M N N' O P Q R andererseits;
- für die III. Querstraße bei einer Straßenbreite von 15·17 m und beiderseits 4 m breiten Vorgärten die Linien U K' und V L;
- für die IV. Querstraße mit der Breite von 15·17 m und beiderseitigen 4 m breiten Vorgärten die Linien W W' Y N' einerseits und X X' Z O andererseits;
- für die V. Längstraße (abzweigend von der verlängerten Kreuzgasse bis zur Lainzer Hauptstraße) auf Grund einer Straßenbreite von 15·17 m und mit 4 m breiten Vorgärten zu beiden Seiten der Linien L' W' X' q i b d f h k einerseits und M' Y Z r l m n' n o andererseits;
- für den Platz an der Kreuzung der verlängerten Kreuzgasse mit der V. Längstraße und der III. Querstraße die Linien B B', K K', L L', M' M und C' C'';

f) für die VI. Querstraße (theilweise im Gebiete von Unter-St. Veit) mit der Breite von 15·17 m und 4 m breiten Vorgärten die Linien e f m S und g h n' T mit der Abkappung R S und T T' gegen die Lainzer Hauptstraße.

3. Die 11·38 m breite Parallelstraße zur Reichgasse südlich derselben werde aufgelassen.

4. In der verlängerten Kirchengasse in Unter-St. Veit in der Strecke Reichgasse bis V. Längstraße sind beiderseits 4 m breite Vorgärten herzustellen.

5. Die Baulinienbestimmung für die Straßen beiderseits der Verbindungsbahn wird in suspenso belassen.

6. Die im vorliegenden Plane eingetragenen Niveauconten werden genehmigt.

7. Bezüglich der Art der Verbauung des vorbezeichneten Gebietes werde mit Bezug auf § 82 B.-O. bestimmt, daß dieselbe mit einzelnstehenden oder zu zweien gekuppelten Wohnhäusern zu erfolgen habe, wobei der Abstand von den Nachbargrenzen 3 m zu betragen habe.

8. Für das vorbezeichnete Gebiet werde die Bauführung unter erleichterten Bedingungen im Sinne des VIII. Abschnittes der Bauordnung für Wien, jedoch mit Ausschluß gemeinschaftlicher Feuermauern für die Dauer von zehn Jahren zugestanden.

St.-R. Dr. Püeger beantragt,

A. es seien vorerst Erhebungen zu pflegen:

1. über den Grundbuchstand bezüglich der Parcellierungen:

a) der Wiener Baugesellschaft südlich von der Maria Theresienstraße in Ober-St. Veit und

b) des Wiener Bauvereines südlich der Reichgasse daselbst, insbesondere, ob bei diesen Parcellierungen die Straßen bereits abgeschrieben wurden;

2. über den Grundbuchstand und die Eigentumsverhältnisse hinsichtlich des bestehenden in der Richtung der verlängerten Kreuzgasse führenden Feldweges, Cat.-Parc. 1578 Ober-St. Veit.

B. Die Baulinie sei vorläufig nur für die Realität der ansuchenden Firma zu bestimmen.

Antrag Dr. Püeger A abgelehnt.

Die Abstimmung über Antrag B desselben entfällt.

Referenten-Antrag angenommen.

(An den Gemeinderath.)

(2246.) Derselbe referiert über das Regulierungsproject für die Gründe am sogenannten Gerichtsweg im X. und XII. Bezirke und beantragt:

1. Für die Triesterstraße, beziehungsweise die Straße III und den Platz bei dem Wasserleitungsreservoir werden die Linien a b c d e und r s t u v w x' y z als Baulinien bestimmt;

2. für die Straße I längs des 33" Rohrstranges der Hochquellenleitung werden bei einer Straßenbreite von 20 m die Linien t T' und s U' bis zum Plage beim Reservoir als Baulinien bestimmt;

3. die ministeriell genehmigten, im Plane schraffierten Baulinien für den Gerichtsweg mit 22·76 m Straßenbreite werden beibehalten;

4. die für die Straße II längs des Meidlinger Friedhofes, dann für die Straßen IV, V, VI und VII daselbst projectierten Baulinien bleiben bis zur Austragung der Frage wegen Erweiterung des Meidlinger Friedhofes in südlicher Richtung in suspenso;

5. die im Jahre 1887 von der k. k. Bezirkshauptmannschaft Sechshaus genehmigten Straßenzüge in dem südlich vom Gerichtsweg gelegenen Theile von Altmannsdorf nächst der Pottendorferbahn werden aufgelassen und deren entsprechende Neubestimmung der Festsetzung des General-Regulierungsplanes vorbehalten;

6. Die im Plane eingetragenen Niveauconten für den Platz beim Reservoir, die Straße III und den Gerichtsweg werden genehmigt.

St.-R. Wurm beantragt, daß anstatt der bei der Bergstraße gegenwärtig bestehenden größeren Abkappung eine kleinere, der Abkappung beim Gitter des Wasserbehälters der Wiener Hochquellenleitung correspondierende Abkappung nach den Linien a' c' hergestellt werde.

Referent accommodiert sich; modificirter Referenten-Antrag angenommen. (An den Gemeinderath.)

(Während der vorstehenden drei Referate haben Magistratsrath Dr. Sauer und Baurath Winkler als Experten fungiert.)

(1995.) St.-R. Boschan referiert über das Ansuchen des Franz Pjotta als Vormundes der minderjährigen Johann Bletzschens Kinder um Erfolglassung von 30 fl. aus dem Vermögen des ehemaligen Waisenhauszöglings Alois Bletzsch zur Anschaffung von Kleidungsstücken und beantragt, in die Erfolglassung einzuwilligen.

(Angenommen.)

(2505.) St.-R. Schlechter referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis, betreffend die Umpflasterung der Stumpergasse im VI. Bezirke und beantragt die Genehmigung des Bestbotes des Adolf Stigler gegen den angebotenen Nachlaß von 22 Percent. (Angenommen.)

(Während des vorstehenden Referates hat Bürgermeister Dr. Gräßl den Vorsitz übernommen.)

(2544.) Derselbe referiert über die Offerte der Katharina Hochstätter & Comp., des Karl Kufsleitner und des Josef Kell auf käufliche Überlassung von Theilen der Linienwallparcellen 547/1 und 979, IX. Bezirk, und beantragt die Zuweisung an ein Verhandlungs-Comité.

(Angenommen; der Act wird dem für den Verkauf von Linienwallgrundstücken bereits bestehenden Comité zugewiesen.)

(1121.) Derselbe referiert über die Propositionen der Wienthal-Wasserleitungs-Unternehmung wegen Wasserabnahme resp. Übernahme der Wasserleitung seitens der Gemeinde.

(Vice-Bürgermeister Wagenauer übernimmt neuerlich den Vorsitz.)

Die in der letzten Sitzung abgebrochene Debatte wird fortgesetzt. (Schluß der Sitzung.)

Allgemeine Nachrichten.

Schulnachrichten.

Bezirksschulrath der Stadt Wien.

Auszug aus dem Sitzungs-Protokolle der Vollversammlung des Bezirksschulrathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 11. April 1894.

Mehreren Lehrpersonen wird eine Krankheitsaushilfe bewilligt.

Das Ansuchen eines pensionierten Lehrers um gnadenweise Einrechnung des halben Quartiergeldes in die Pension wird befürwortend an den Wiener Stadtrath geleitet.

Die Systemisirung einer definitiven katholischen Religionslehrerstelle an der allgemeinen Volks- und Bürgerschule für Mädchen II. Bezirk, Holzhausergasse 7, wird beim Wiener Stadtrathe in Antrag gebracht.

Der Entwurf eines Substitutionsnormales für die öffentlichen Volks- und Bürgerschulen im Wiener Schulbezirke wird zum Theile berathen.

Approvisionnement.

Borstenviehmarkt vom 17. und 19. April 1894.

1. Auftrieb

auf dem freien Markte:

Jungschweine	4193 Stück
Fettschweine	7352 "
Summa	11545 Stück

Angekauft wurden:

für Wien	8366 Stück
für das Land	1517 "
unverkauft blieben	1662 "

2. Preisbewegung:

Jungschweine	von 30 bis 39 fr.	} per Kg. Lebendgewicht.
Fettschweine	34 " 44½ "	

Der Geschäftsverkehr war bei dem größeren Auftriebe flau und haben Jungschweine 2 fr., Fettschweine ½ fr. per Kilo im Preise eingebüßt.

* * *

Pferdemarkt vom 17. April 1894.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 373 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde	90—540 fl. per Stück,
" Schlachtpferde	35—60 " " "

Der Markt war lebhaft.

* * *

Stechviehmarkt vom 19. April 1894.

1. Auftrieb:

Kälber Waidner 4291, Kälber lebend 189, Lämmer Waidner 3959, Lämmer lebend 691, Schafe Waidner 266, Schafe lebend 8427, Schweine Waidner 1247, Schweine lebende junge —, Schweine fette —.

2. Preisbewegung:

Kälber Waidner	per Kg. von 28 (—) bis 50 (52) fr.
Kälber lebend	" " " 30 (—) " 45 (—) "
Lämmer Waidner	per Paar von 3 bis 10 fl.
Lämmer lebend	" " " 4 " 10 "
Schafe Waidner	Kg. von 24 (—) bis 30 (—) fr.
Schafe lebend	Paar von 9 bis 24 fl.
Schafe lebend	Kg. von 22 (—) bis 31 (—) "
Schweine Waidner	" " " 40 " 50 "
Schweine lebend junge	" " " — " — "
Schweine lebend fette	" " " — " — "

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 289 Stück Kälber mehr zugeführt.

Das starke Angebot von Waidner-Kälbern hat bei der warmen Witterung einen Preisdruck von 2 bis 6 fr. per Kilo verursacht.

Auf dem Schafmarkte wurden um 2430 Stück Schafe mehr aufgetrieben. Die Kauflust war infolge des größeren Auftriebes matt und sind die Preise um 1 bis 1½ fl. per Paar gefallen.

Auf dem Schlachtviehmarkte wurden am 19. April 1894 78 Stück Mast- und 266 Stück Beinvieh aufgetrieben.

Der geringe Auftrieb von besserer Ware hat in den Preisen & Hauptmarktes keine Änderung bewirkt.

Militär-Angelegenheiten.

(Waffenübungen der Reservemänner und Ersatzreservisten im Jahre 1894.) Der Magistrat hat unterm 10. April 1894, Z. 56886/XVI, Nachstehendes kundgemacht:

Zu den Waffenübungen der Reservemänner und Ersatzreservisten sind im heurigen Jahre verpflichtet:

A. Die Reservemänner der Assentjahrgänge 1885, 1887 und 1889;

B. die Ersatzreservisten der Assentjahrgänge 1887, 1889 und 1891;

C. die in den Mannschaftsstand der Reserve übersehten ehemaligen Einjährig-Freiwilligen der übrigen Assentjahrgänge, welchen durch längeren Aufschub des Präsenzdienstes eine geringere als siebenjährige Reservendienstpflicht obliegt, und die noch zu mehr Waffenübungen verpflichtet sind, als nach ihren Assentjahrgängen auf sie entfallen würden;

D. jene Reservemänner, welche die Waffenübung des Jahres 1893 nachzutragen haben.

Zeit, Ort des Beginnes der Waffenübungen bei den verschiedenen Waffengattungen ist aus der nachstehenden Übersicht zu entnehmen:

Gruppenkörper	Nr.	Beginn der Waffenübung für		Station
		Reserve-männer	Ersatz-reservisten	
Infanterie-Regiment	4	Herbst: 2 Perioden *)	2. April	Wien
	84		23. April	Wiener-Neustadt
			2. April	Wöllersdorf
feldjäger-Bataillon	10		2. April	Wien
	21		2. April	St. Pölten
			2. April	Bruck a. d. Leitha
Corps-Artillerie-Regiment	2		2. April	Wien
			16. April	
			30. April	
			21. Mai	
	14		9. April	
			23. April	
			7. Mai	
Divisions-Artillerie-Regiment	4		23. April	
			7. Mai	
			21. Mai	
	6		23. April	23. April
			7. Mai	
			21. Mai	
			9. April	
42		23. April		
		7. Mai		
		21. Mai		

*) Die gesammte waffenübungspflichtige Reservemannschaft des Infanterie-Regimentes Nr. 4 wird im Herbst in zwei aufeinanderfolgenden Perioden zur Waffenübung herangezogen, und werden die Termine feinerzeit bekanntgegeben.

Truppenkörper	Nr.	Beginn der Waffenübung für		Station
		Reservemänner	Ersatzreservisten	
Festungs-Artillerie-Regiment	1	9. April	23. April	Wien
		16. April		
		23. April		
		30. April		
		7. Mai		
		21. Mai		
Pionnier-Bataillon	5*)	30. April	30. April	Klosterneuburg
		3. Sept.		
	6	15. April	30. April	Krems
		5. August		
	13	15. April	30. April	Hainburg
		5. August		
15	15. April	30. April	Klosterneuburg	
	5. August			
Eisenbahn- u. Telegraphen-Regiment		7. Mai	21. Mai	Korneuburg
			11. Juni	
Sanitäts-Abtheilung	1	6. August	2. April	Wien
		20. August		
		3. Sept.		
	2	6. August	2. April	
		20. August		
		3. Sept.		

Waffenübungsperiode für die Fahrsoldaten der Infanterie-, Jäger- und Pionniertruppen: 20. August bis 1. September bei der Train-Division Nr. 2 in Wien.

Jene fremdzuständigen Reservemänner der Infanterie- und Jägertruppe, deren Truppenkörper, zu welchem selbe zur Waffenübung einberufen sind, außerhalb des Corpsbereiches und von Wien über 150 km entfernt ist, haben diese Übung hierorts nur im Herbst abzuleisten, und wird der diesbezügliche Termin seinerzeit bekanntgegeben werden.

Diese Reservemänner haben sich daher an den Einrückungstagen um 7 Uhr früh beim k. und k. Ergänzungs-Bezirks-Commando Nr. 4 in Wien, III. Bezirk, Rennweger Artillerie-Kaserne, zur Präsentierung zu melden.

Die fremdzuständigen Ersatzreservisten der Infanterie- und Jägertruppe, deren Truppenkörper, zu welchem sie einberufen sind, außerhalb des Corpsbereiches und von Wien über 150 km entfernt ist, können die Waffenübung in Wien in den nachbezeichneten Perioden mitmachen, und zwar vom 16. bis 28. April und vom 21. Mai bis 2. Juni.

Übrigens erhalten die nach Wien evidenzzuständigen, sowie die nicht nach Wien evidenzzuständigen, jedoch im Gemeindegebiete Wien wohnhaften, zur Waffenübung berufenen

*) Jene Mannschaft des 5. Pionnier-Bataillons, welche von der Genietruppe stammt, wird für 15. April und 5. August einberufen.

Reservemänner durch das hiesige Conserptionsamt Einberufungskarten, in welchen auch Zeit und Ort der Waffenübung angegeben sind.

Diejenigen, welchen die Einberufungskarten bis 14 Tage vor dem Beginne der Waffenübung noch nicht zugestellt worden sein sollten, haben sich wegen Erlangung derselben bei dem magistratischen Bezirksamte ihres Wohnortes zu melden, woselbst auch alle auf die Einberufung und Einrückung zur Waffenübung bezughabenden Auskünfte und Anweisungen erteilt werden.

Bezüglich der Gesuche um Enthebung von der Waffenübung wird auf die im Militärpasse enthaltene Belehrung aufmerksam gemacht, und ist in letzterer Beziehung insbesondere Nachstehendes zu beachten:

1. Gesuche um Enthebung von der Waffenübung werden nur bis 14 Tage vor der betreffenden Übungsperiode angenommen und sind mit den erforderlichen Nachweisen zu belegen. Nicht gehörig instruierte, dann verspätet einlangende Gesuche, insofern die letzteren nicht nachträglich eingetretene Hindernisse betreffen, werden zurückgewiesen, und es können Enthebungen von der Waffenübung überhaupt nur in den im § 38, Punkt 5 der Wehr-Vorschriften, II. Theil, angeführten Fällen bewilligt werden.

2. Bittsteller, denen bis zum Tage der Einrückung eine Erledigung ihrer Enthebungs Gesuche nicht zugekommen ist, haben die Erledigung nicht weiter abzuwarten, sondern einzurücken.

3. Wer ohne Bewilligung von der Waffenübung wegbleibt, wird unnachlässig bestraft und hat dieselbe in der nächsten Waffenübungsperiode nachzutragen.

Schließlich wird noch auf die im Militärpasse enthaltene Belehrung hinsichtlich der Meldevorschriften hingewiesen, wonach jeder Reservemann und Ersatzreservist, welcher zur Waffenübung einberufen wird, sich vor dem Abgehen bei dem Gemeindevorsteher des Aufenthaltsortes — in Wien bei den magistratischen Bezirksämtern — ab- und nach beendigter Übung wieder anzumelden hat.

Gewerbe-Angelegenheiten.

(Genossenschaft der Seifensieder.) Bei der am 8. April 1894 unter Intervention des Genossenschafts-Commissärs Magistrats-rathes Dr. Waas vorgenommenen Wahl wurde Herr Jakob Schellinger, Rudolfsheim, Reindorfsgasse 11, zum Vorsteher wiedergewählt.

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

vom 16. April bis 19. April 1894:

Für Neubauten:

- I. Bezirk: Haus, Bauernmarkt 10, Kramergasse 1, von Moses Löw, Kärnthnerring 3, Bauführer F. Dohm & F. Dibrich (2642).
- II. Bezirk: Haus, Grundb.-Einl. 2895 und 2714, nächst der Engerthstraße, von Moriz Weiniger, XVIII., Pöhlensdorferstraße 3, Bauführer E. Kirchem (2619).

- II. Bezirk: Haus, Untere Augartenstraße, Grundb.-Einf. 4354, Baufähige IV, von Josef Sucharipa, Bauführer W. Klingenberg (2636).
 " " Haus, Sachsenplatz, Grundb.-Einf. 4341, von Wendelin Kühnel, Giebaufgasse 2, Bauführer A. v. Bergmüller (2650).
 " " Haus, Waldmüllergasse, Grundb.-Einf. 4340, von Wendelin Kühnel, Giebaufgasse 2, Bauführer A. v. Bergmüller (2651).
 III. Bezirk: Haus, Seidlgasse 27, von Alois Engel Mitt. v. Mainfelden, Bauführer St. Hanusch (2574).
 " " Haus, Erdbergstraße 138, von Johann Kubatsch, Bauführer N. Jäger (2581).
 " " Haus, Fasangasse 40, von Hermann Stierlin, Porzellan-gasse 10, Bauführer B. Gettwert (2641).
 VI. Bezirk: Haus, Gumpendorferstraße 90—92, von Mathilde Gott-hardt, Bauführer Georg Demski (2633).
 XIII. Bezirk: Zwei Stock hohes Wohnhaus, Unter-St. Veit, VI. Quergasse, Hauptstraße, Parzelle 269/6, Einlage 222, von Johann Friedrich Geißel, Bauführer J. Adler (10085).
 " " Zwei Stock hohes Wohnhaus, Ober-St. Veit, Gloriettestraße, Parzelle 1309/3, Einlage 1056, von der Wiener Baugesellschaft (10150).
 " " Wohnhaus, Lainz, Wambachgasse, Baustelle 46, Parzelle 336/22, Einlage 328, von Rosalia Peydl, Bauführer Peydl (10420).
 XV. Bezirk: Neubau eines ein Stock hohen Hoftractes, Fünfhäus, Wein-gasse 4, von Karl Braun, VI., Stumpergasse 3, Bau-führer Stagl & Brodhag, XV., Clementinengasse 9 (9621).
 XIX. Bezirk: Dampfsägewerk, Heiligenstadt, Rufsborferstraße, Ecke Rampen-gasse, Parzelle 982/8, von Ferd. Dehm & F. Dibrich, IX., Währingerstraße 22, Bauführer derselbe (7404).

Für Umbauten:

- XIII. Bezirk: Himmelhof-Wiederaufbau, Ober-St. Veit, Conscr.-Nr. 140, von Konrad Rosenthal, Bauführer Franz Bürger (10340).
 XIV. Bezirk: Drei Stock hohes Wohnhaus, Rudolfsheim, Dreihaus-gasse 28, von Wilhelm Mandl, XVII., Mitterberg-gasse 38, Bauführer Wenzel Schulz, Maurermeister, XVI., Gablengasse 110 (10932).

Für Zubauten:

- III. Bezirk: Strohgasse 20, von Anton Großer, Bauführer Josef Wurts (2616).
 " " Hofquertract, Fasangasse 25, von J. Brager, Bauführer J. Wögl (2622).
 VI. Bezirk: Hofquertract, Liniengasse 46, von Emanuel Bachmayer, Große Sperlgasse 14, Bauführer A. Brunner (2649).
 " " Mariahilferstraße 49, von Friedrich Krug, Bäckerstraße 3, Bauführer J. Schneider (2612).
 X. Bezirk: Cat.-Parc. 99, Vor der Belvederelinie, von Theodor Neu-mann, Bauführer Anderl, Zimmermeister (13303).
 XI. Bezirk: Zweistöckiger Querdoppeltract, Simmering, Hauptstraße 70, Conscr.-Nr. 219, Pfeisergasse 23, Conscr.-Nr. 568, von Johann und Johanna Schmidl, ebenda, Bauführer Ferd. Kaindl, Baumeister, XI., Simmering (5676).
 " " Schener, Simmering, Dorfstraße 80, von Josef Ferstl, XI., Simmering, Hauptstraße 45, Bauführer Anton Kurz, Baumeister, XI., Simmering (5795).
 XIII. Bezirk: Backstübe, Ober-St. Veit, Einsiedeleigasse 32, von Kath. Niemann, Bauführer ? (9949).
 " " Egenerdiger Seitentract, Penzing, Poststraße 26, von Karl Gabriel, Bauführer Staud (10419).
 " " Parkthor und Gärtnerwohnung, Hiebing, Künigberg, von Theodor v. Taußig, Bauführer ? (10700).
 XVI. Bezirk: Egenerdiger Zubau sammt Sou terrain, Ottakring, Wilhelminen-straße 2, von Johann Algier, Bauführer Josef Pehl (17881).

Für Adaptierungen:

- III. Bezirk: Sophienbrückenstraße 7, von Johann Großbics, Baumeister (2568).
 IV. Bezirk: Wienstraße 3, von Georg Parthila, Baumeister (2655).
 V. Bezirk: Arbeitergasse 8, von Franz Wörtinger, Feudigasse 8, Bauführer B. Haschel (2621).
 " " Reinprechtsborferstraße 2, von Alois Beer, Bauführer J. Jostal (2627).
 VI. Bezirk: Liniengasse 46, von Emanuel Bachmayer, Große Sperlgasse 14, Bauführer A. Brunner (2649).
 IX. Bezirk: Türkenstraße 15, von Jacques Ehrenzweig, Bauführer Julius Zerlowitz (2625).
 " " Gemeindegasse 3—5, von Ferd. Schindler, Baumeister (2643).
 X. Bezirk: Columbusgasse 90, von Jakob Schebesta, Bauführer ? (13297).

- X. Bezirk: Simmeringerstraße 159, von G. Jones (Topham), Bau-führer Laitl (13310).
 " " Laxenburgerstraße 105, von Rosa Unzeitig, Bauführer Johann Mayer (13577).
 " " Wielandplatz 10, von Josef Sonnenberg, Bauführer Franz Füllie (13603).
 " " Sennefeldergasse 15, von Adolf Engel, Bauführer Zeitlinger (14067).
 XV. Bezirk: Fünfhäus, Turnergasse 18, von Siegmeth Karoly, ebenda, Bauführer Arnold Frieß, Turnergasse 22 (9642).
 XVI. Bezirk: Ottakring, Wilhelminenstraße 134, von Joh. Eichy, Bau-führer ? (18164).
 XIX. Bezirk: Thier und Fenster, Ober-Döbling, Hauptstraße 32, von Francisca Huberth, ebenda, Bauführer ? (7477).

Für diverse (geringere) Bauten:

- I. Bezirk: Portalfertstellung etc., Körnthnerstraße 35, von J. M. Lesch-horn, Tuchlauben 7, Bauführer ? (2652).
 II. Bezirk: Schuppe, Kreuzstraße 84, von S. Fischer & J. Müller, Bauführer F. Wörtinger (2629).
 III. Bezirk: Stallbau, Erubelgasse Grundb.-Einf. 2762, von J. Schmalz-bauer, Bauführer Joh. Dolezal (2595).
 IV. Bezirk: Brandmauer, Preßgasse 31, Josef Steinsky, Bauführer E. Schäh (2648).
 VI. Bezirk: Schuppe, Mollardgasse 11, von Ernst Hodek, Bauführer Jos. Böschko (2560).
 X. Bezirk: Gasseneinfriedigungsmauer, Van der Müllgasse 34, von Heur. und Louise Fischer, Bauführer W. Laitl (13302).
 XII. Bezirk: Hengendorfer Friedhof, von Hermann Pletsch, Hengendorf, Hauptstraße 55, Bauführer Franz Proßer (11110).
 XVI. Bezirk: Scheidemauer abtragen, Scheidemauer aufmauern, Gemauerten Wasserlauf, Neulerchenfeld, Hauptstraße 49, Bauführer Joh. und Theresie Brandtner, Bauführer Thomas Mann (18163).
 XIX. Bezirk: Aborte und Hauscanal, Rufsborf, Herrngasse 3, von Ludwig Hier, ebenda, Bauführer Karl Höllert (7370).
 " " Holzlagenschuppen, Heiligenstadt, Parawitlagasse Einf.-Z. 238, Parc. 372/41, von Alex. und Moriz Engel de Janosi, Bauführer Wilhelm Freißler (7403).

Stoßwerks-Auffechungen:

- XVIII. Bezirk: Währing, Feldgasse 22, von Leopold Picha, Bauführer Franz Simlinger (12188).
 " " Währing, Gersthofenstraße 21, von Friedrich Neßler, Bau-führer Alexander Jungwirth (12189).
 " " Währing, Karl Ludwigstraße 34, von Josef und Aloisia Dorfinger, Bauführer Franz Simlinger (12244).

Gesuche um Parcellierung wurden überreicht:

- IV. Bezirk: Schleifmühlgasse, Grundb.-Einf. 729, 730, 731, 732, von Siegmund Weiß, Technikerstraße 3 (2575).
 VI. Bezirk: Gumpendorferstraße 90, von Georg Demski, Baumeister, nomine Mathilde Gotthardt (2632).

Gesuche um Bekanntschaft der Baulinie wurden überreicht:

- III. Bezirk: Gürtelstraße, Grundb.-Einf. 2740, von Heinrich Weiner und Josef Steiner, Staudingergasse 9 (2565).
 V. Bezirk: Griesgasse 38, von Anna Dürr und Marie Huber, durch M. Stirling (2573).
 " " Traubengasse 2, von Dr. Josef, N. v., und Karoline v. Savinschegg, L. Landesgerichtstraße 12 (2656).
 VIII. Bezirk: Bennogasse 14, von Leopold Danz, durch M. Stirling, XVIII., Kleingasse 12 (2572).
 IX. Bezirk: Liechtensteinstraße 90, von der Fürstl. Liechtenstein-sche Hofkanzlei (2600).
 X. Bezirk: Laxenburgerstraße, Inzersborferstraße, Einf.-Z. 1016, von Johann Leopold (13546).
 XII. Bezirk: Unter-Meidling, Einf.-Z. 1298/99, Schönbrunnerstraße, von Lorenz Waldmann (11112).
 XIII. Bezirk: C.-Nr. 230, Dr.-Nr. 19, Hütteldorf, Rosengasse, von Theresie Groß (10072).
 " " Parc. 596/1, 596/3, Einf. 868, 971 Penzing, Poststraße, von Tannner, Laetsch & Comp. (10132).
 " " Garten, Parc. 568, Einf. 82, bei C.-Nr. 87, Hiebing, Feld-gasse, von Katharina v. Kieß-Schratt (9999).
 " " Parc. 223, Einf. 279, Parc. 220, Einf. 276, Parc. 219, Einf. 273, Parc. 214, Einf. 271 Breitensee, von Dr. Friedrich Ditterreicher (10001, 10002, 10003, 10004).
 " " Parc. 336/24, Einf. 330 Lainz, Wambachergasse, von Rosalia Peydl (10545).
 " " Parc. 12/1 Unter-St. Veit, von Anton Triltsam (10593).
 " " Parc. 571/1, 569, 571/2, Einf. 83 Hiebing, Feldgasse, von Karl Bauer (10994).

Demolierungsanzeigen wurden überreicht:

- XIV. Bezirk: Rudolfsheim, Hauptstraße 92, von Alois Popaur, ebenda, Demolierender Karl Biegelwanger (11037).

Gewerbeanmeldungen vom 12. April 1894.

Loidl Ferdinand — Abschluss von Rennwetten — I., Körnthnerstr. 60.
 Emmel Jakob — Aufkleben von getrockneten Blumen und Gräsern auf Glas, Papier oder Stoffen — XV., Neubaugürtel 19.
 Spiegel Jenny — Ausschank und Klein-Verschleiß gebrannter geistiger Getränke — II., Kaiser Josefstraße 1.
 Kaiwisch Friedrich — Bettwaren-Erzeugung — XIV., Rudolfsheim, Märzstraße 62.
 Schmalholz Johann — Bildhauer — V., Brandmeiergasse 28.
 Löwy Bernhard — Brantwein- und Theeschank — XV., Fünfhäus, Michaelergasse 1.
 Schlesinger Laura — Brantweinschank (Bachtbetrieb) — XIV., Rudolfsheim, Rauchfanglehrergasse 22.
 Lieblich Amalie — Commissionshandel — I., Eßlinggasse 17.
 Weiß Therese — Cravatten-Erzeugung — II., Obere Donaustraße 63.
 Schmutz Amalie — Vincassiererin — XVI., Ottakring, Friedmannsgasse 52.
 Göch Alois — Einspänner — XVI., Neulerchenfeld, Neumayergasse 3.
 Julla Alexander, Schug Karl — Fabrikmäßige Erzeugung von Fahr- rädern — VII., Randlgasse 15.
 Pflangner Marie — Feilbieten von Artikeln des täglichen Verbrauches — XVI., Ottakring, Seebödgasse 6.
 Brandstetter Julius — Gastwirt — VI., Magdalenenstraße 65.
 Engel Karl — Gastwirt — XVII., Hernals, Bergsteiggasse 43.
 Poppsil Alfred — Gastwirt — III., Dianagasse 7.
 Topf Franz — Gastwirt — III., Beatrixgasse 3.
 Engelhardt Georg Wilhelm — Gemischtwarenhandel — I., Mahleberg 6.
 Bielsky Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Luftbadgasse 12.
 Streng Adelheid — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Ottakring, Hofers- gasse 41.
 Zecher Paul — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Hötendorf, Haupt- straße 63.
 Brum Gustav — Getreide-Commissionshandel — II., Praterstraße 10.
 Hofbauer Marie — Gratulationskarten-Verschleiß — XVI., Neulerchen- feld, Neumayergasse 40.
 Fuchs Martin Karl — Hand- und Maschinstrickergewerbe — VI., Gumpen- dorferstraße 95.
 Beck Wilhelm — Herausgabe der periodischen Druckschrift „Blätter für die gekammte Krankenpflege“ — IX., Fluchtgasse 9.
 Loidl Ferdinand — Herausgabe der periodischen Druckschrift „Wiener Sportsmann“ — I., Körnthnerstraße 14.
 Fuchs Martin Karl — Industriezeichner — VI., Gumpendorferstraße 95.
 Breßauer Sebastian — Kaffeefieder — IV., Favoritenstraße 43.
 Weiß Heinrich — Kaffeefieder — II., Obere Donaustraße 59.
 Kutra Julius — Kaffeeschank — II., Ruppiggasse 14.
 Mitschul Emma — Kleidermacherin — II., Kaiser Josefstraße 22.
 Greher Zuda, recto Julius — Kleidermachersgewerbe — II., Novara- gasse 41.
 Löwy Jonas, Löwy Max — Kleidermacher — I., Schottenring 17.
 Nowotny Johann — Kleidermacher — XVI., Neulerchenfeld, Grund- steingasse 7.
 Slavik Franz — Kleidermacher — XIV., Rudolfsheim, Stättermayerg. 8.
 Evec Johann — Kleidermacher — VII., Appollogasse 20.
 Ulrich Karoline — Kleidermacherin — V., Hundstürmerstraße 64.
 Wezel Benzel — Kleidermacher — IX., Clusiusgasse 3.
 Rük Emerich — Kleider- und Wäsche-Verschleiß — IV., Margarethen- straße 40.
 Kausche Emil — Ledergalanteriewaren-Erzeugung — XV., Fünfhäus, Tannengasse 15.
 Javorstky Albertine — Leinen- und Baumwollwaren-Verschleiß — VI., Münzwardengasse 3.
 Stephan Johanna — Marktlerantie — X., Rothenhofgasse 4.
 Paszky Alibert — Netz- und Gries-Verschleiß — XVII., Hernals, Veronitagasse 26.
 Bedter Ernst — Milch-, Gebäud- und Canditen-Verschleiß — XV., Fünf- häus, Neubaugürtel 39.
 Plank Aloisia — Milch- und Gebäud-Verschleiß — VIII., Langegasse 8.
 Schefstik Josef — Obst- und Blumenverkauf im Umherziehen — VII., Sandgasse 35.
 Okruzky Georg — Obst- und Grünwarenhandel im Umherziehen — XVI., Ottakring, Payergasse 3.
 Klinger Moriz — Pfaidler — I., Salvatorgasse 10.
 Ellenar Johanna — Reißband- und Waschehandel im Umherziehen — XII., Weidling, Hauptstraße 73.
 Brych Anton — Schuhmacher — XVI., Neulerchenfeld, Reinhartsg. 2.
 Keller Franz — Schuhmacher — X., Davidgasse 20.
 Klaus Josef — Schuhmacher — VI., Webgasse 8.
 Mondel Johann — Schuhmacher — XVI., Neulerchenfeld, Neumayr- gasse 15.
 Rumpold Karl — Schuhmacher — VIII., Perchenfelderstraße 148.
 Zimmer Wilhelm — Schuhmacher — XVII., Hernals, Leitnermayerg. 3.

Witta Agnes — Schuhwaren-Verschleiß — XVIII., Gersthof, Bastieng. 3.
 Tatzl Alois — Selbwaren-Verschleiß — V., Reinprechtsdorferstraße 4.
 Ribarsch Karl — Spengler — X., Quellenplatz 4.
 Hruschka Martin — Tischler — XIX., Döbling, Silbergasse 5.
 Halbel Karl — Tröbler — VIII., Langegasse 5/7.
 Pollak Jzaias — Tröbler — I., Zudengasse 2.
 Leicht Ferdinand — Verabreichung von Speisen, Ausschank von Wein, Obstwein und Haltung erlaubter Spiele mit Ausnahme des Billardspieles — II., k. k. Prater 14.
 Minnich Karl — Vereinskassier — XVI., Neulerchenfeld, Burgg. 30.
 Forster Anna Mathilde — Victualienhandel — IV., Körnthnerthormarkt.
 Kreiza Katharina — Victualienhandel — XII., Gaudenzdorf, Schön- brunner Hauptstraße 17.
 Krempel Johanna — Victualienhandel — II., Karmeliterplatz.
 Murenyi Karl — Victualienhandel — II., Karmelitermarkt.
 (Das Weitere folgt.)

Inhalt:

	Seite
Gemeinderath:	
Sitzungen des Gemeinderathes	933
Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 13. April 1894.	
Inhalt:	
Mittheilungen des Vorsitzenden:	
1. Entschuldigung des Gem.-Rathes Lang wegen Fernbleibens	933
2. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Herold, betreffend die Erstattung der Referate über die der Gemeinde überreichten Projecte für Erbauung elektrischer Bahnen in Wien	933
3. Desgleichen jener des Gem.-Rathes Graf, betreffend Stellungnahme gegen die seitens der Wiener Eiswerke-Unternehmungen durchgeführte Preiserhöhung des Eises	933
9. Bornahme der Wahl von Mitgliedern in die Commission für Bemessung der Militärätze pro 1894	935
11. Ergebnis dieser Wahl	942
Einlauf:	
4. Petition von Hausbesitzern in der Poststraße in Penzing um Aufstellung eines Auslaufbrunnens in Penzing an der Ecke der Jakobgasse (Gem.-Rath v. Göth)	934
Interpellationen:	
5. Gem.-Rath Stetlik, betreffend die außeramtliche Benützung von Amtsalocalitäten am Wiener Central-Viehmarke	934
6. Gem.-Rath Ruckauf, betreffend die langsame Abarfertigung der Parteien beim Verzehrungssteueramte St. Marx	934
Anträge:	
7. Gem.-Rath Lang, betreffend die Errichtung eines Gehsteiges über den Donaukanal zwischen der Rothenthurmstraße und der Lilienbrunnengasse	934
8. Gem.-Rath Dr. Danm, betreffend die Errichtung eines „Volks- palastes“ anlässlich des Regierungsjubiläums Sr. Majestät des Kaisers	934
9. (Siehe unter Mittheilungen des Vorsitzenden.)	
Referate:	
10. und 12. Gem.-Räthe Boschan und Mayer, betreffend den Hauptvoranschlag der Stadt Wien pro 1894 (Fortsetzung der Special-Debatte [Gruppen VI, VIII])	935 942
11. (Siehe unter Mittheilungen des Vorsitzenden.)	
Stadtrath:	
Sitzungen des Stadtrathes	971
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 10. April 1894	971
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 11. April 1894	976
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 12. April 1894	978
Allgemeine Nachrichten:	
Schulnachrichten:	
Bezirkschulrath der Stadt Wien	980
Approvisionierung:	
Vorstendehmarkt vom 17. und 19. April 1894	981
Pferdemarkt vom 17. April 1894	981
Stechdehmarkt vom 19. April 1894	981
Militär-Angelegenheiten:	
Waffenübungen der Reservemänner und Ersatzreservisten im Jahre 1894	981
Gewerbe-Angelegenheiten:	
Genossenschaft der Seifenfieder	982
Baubewegung:	
Gesuche um Baubewilligungen vom 16. bis 19. April 1894	982
Gewerbeanmeldungen	984
Kundmachungen.	

Herausgeber: Die Gemeinde Wien. Verantwortlicher Redacteur: Dr. Friedrich Edler v. Radler, Secretär des Wiener Magistrates.

Papier aus der k. k. priv. Pittener Papierfabrik. — J. B. Wallishausser's k. und k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Anzeigen-Annahme bei Haasenstein & Vogler (Otto Waack), Wien, I., Walfischgasse 10.

Offert-Ausschreibungen *)

1894.

Tag und Stunde	Ort (Bureau)	Gegenstand
25. April 10 Uhr	Departement V (Mag.-Rath Pinsbauer)	ad 57207 ex 1894. Vergebung der Erd- und Pflasterungs- Arbeiten für die Umpflasterung der Sonn- wendgasse im X. Bezirke von der Staats- bahngasse aufwärts im veranschlagten Kostenbetrage von 2151 fl. 18 fr. und 200 fl. Pauschale. 2—2
26. April 10 Uhr	detto	ad 40010 ex 1894. Vergebung der Erd- und Banmeister- arbeiten für den Neubau eines Haupt- Unrathscanales in der Dreihackengasse im IX. Bezirke im veranschlagten Kosten- betrage von 1020 fl. 79 fr. und 300 fl. Pauschale. 2—2
30. April 10 Uhr	detto	M.-Z. 58535 ex 1894. Vergebung der Arbeiten und Lieferungen für die Herstellung eines geräuschlosen Pflasters in der Augustinerstraße im I. Be- zirke hinter der k. k. Hofoper, und zwar: a) der Holzstückelpflasterung im ver- anschlagten Kostenbetrage von 14.831 fl. 73 fr., oder b) der Asphaltpflasterung im ver- anschlagten Kostenbetrage von 14.993 fl. 61 fr., und c) der Steinpflasterung im ver- anschlagten Kostenbetrage von 2240 fl. 8 fr., eventuell von 2121 fl. 75 fr. 1—2

*) Pläne, Kostenanschläge zc. können im Stadtbauamte während der Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der Bedingnisse sind bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 fr. erhältlich.

Dfferenten haben ein Exemplar der bezüglichen Bedingnisse mit den dem Projecte beiliegenden Original-Bedingnissen genau in Übereinstimmung zu bringen, eventuell zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 fr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu übergeben.

Dem Offerte ist ein Badium von 5 Percent der Kostenanschlagssumme anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf später einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlungen, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämtlichen Dfferenten behält sich die Gemeinde vor.

Z. 64232.

X.

Concursauschreibung.

(Lehrstelle.)

Auf Grund des Beschlusses des Wiener Stadtrathes vom 16. März 1894, Z. 1647, kommt vom Beginne des Schuljahres 1894/95 am Leopoldstädter Communal-Real- und Obergymnasium in Wien die definitive Lehrstelle für katholische Religion mit voller Lehrverpflichtung und mit den für definitive Lehrpersonen an Staatsmittelschulen in Wien normierten Bezügen, nämlich einem jährlichen Gehalte von 1200 fl., fünf Quinquennalzulagen à 200 fl. und einer Activitätszulage von 500 fl., zur Besetzung.

Die Verleihung dieser Lehrstelle ist auch an die Bedingung geknüpft, daß sich die Competenten rücksichtlich der Lehrverpflichtung — des Ausmaßes an wöchentlich zu ertheilenden Lehrstunden u. s. w. — in Gemäßheit des Gemeinderathes-Beschlusses vom 3. Juli 1883, Z. 2907, den für das Lehrpersonale an den k. k. Staatsmittelschulen geltenden gesetzlichen Bestimmungen und zufolge Gemeinderathes-Beschlusses vom 9. October 1888, Z. 455, der für die communalen Beamten und Diener bestehenden Dienstpragmatik unterwerfen, daher sich insbesondere auch an andere communale Mittelschulen Wiens versehen lassen, und weiters sich reversmäßig verpflichten, den Communaldienst niemals während der Dauer eines Schuljahres zu verlassen und gelegentlich der seinerzeitigen Übernahme in den Staatsdienst die Dienst- und Carenztaze zu entrichten.

Bewerber um diese Stelle haben ihre vollständig, insbesondere auch mit dem Nachweise der österreichischen Staatsbürgerschaft instruierten, an den Stadtrath gerichteten Gesuche bis längstens 31. Mai 1894 beim Magistrate der Stadt Wien zu überreichen.

Auf verspätet einlangende oder nicht gehörig belegte Gesuche kann keine Rücksicht genommen werden.

Schließlich wird bemerkt, daß nach § 6 des Gesetzes vom 20. Juni 1872, Nr. 86 R.-G.-Bl., nur solche Bewerber angestellt werden können, welche die betreffende confessionelle Oberbehörde als zur Ertheilung des Religions-Unterrichtes für befähigt erklärt hat.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 14. April 1894.

1—3

G.-Z. 35902.

Concursauschreibung.

(Erledigte Lehrstellen.)

Auf Grund des Beschlusses des Wiener Stadtrathes vom 28. März 1894, Z. 1980, kommen vom Beginne des Schuljahres 1894/95 am Leopoldstädter Communal-Real- und Obergymnasium in Wien eine definitive Lehrstelle für classische Philologie und eine definitive Lehrstelle für Deutsch als Hauptsach und classische Philologie als Nebensach zur Besetzung.

Mit jeder dieser Lehrstellen sind die für definitive Lehrpersonen an Staatsmittelschulen in Wien normierten Bezüge, nämlich ein jährlicher Gehalt von 1200 fl., fünf Quinquennalzulagen à 200 fl. und eine Activitätszulage von 500 fl. verbunden.

Die Verleihung dieser Lehrstellen ist auch an die Bedingung geknüpft, daß sich die Competenten rücksichtlich der Lehrverpflichtung des Ausmaßes an wöchentlich zu ertheilenden Lehrstunden u. s. f. in Gemäßheit des Gemeinderaths-Beschlusses vom 3. Juli 1883, Z. 2907, den für das Lehrpersonale an den k. k. Staatsmittelschulen geltenden gesetzlichen Bestimmungen und zufolge Gemeinderaths-Beschlusses vom 9. October 1888, Z. 455, der für die communalen Beamten und Diener bestehenden Dienstpragmatik unterwerfen, daher sich insbesondere auch an andere communale Mittelschulen Wiens versehen lassen und weiters sich reversmäßig verpflichten, den Communaldienst niemals während der Dauer eines Schuljahres zu verlassen und gelegentlich der seinerzeitigen Übernahme in den Staatsdienst die Dienst- und Carentaxe zu entrichten.

Bewerber um diese Stellen haben ihre vollständig, insbesondere auch mit dem Nachweise der österreichischen Staatsbürgerschaft und mit den staatsgiltigen Lehrbefähigungs-Zeugnissen, sowie den Verwendungszugnissen instruierten, an den Wiener Stadtrath gerichteten Gesuche bis längstens 20. Mai 1894 beim Magistrate der Stadt Wien zu überreichen.

Auf verspätet eingelangte oder nicht gehörig belegte Gesuche kann keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 30. März 1894.

3—3

Prot.-Nr. 64709 ex 1894.

IV.

Kundmachung.

(Offertauschreibung.)

Wegen Vergebung der Mäuse- und Rattenvertilgung in den städtischen Gebäuden in Wien und den Humanitätsanstalten der Gemeinde Wien in Piesing, Klosterneuburg und Mauerbach in der Zeit vom 1. Mai 1894 bis 30. April 1897 wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am Mittwoch den 25. April d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp, im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können das Verzeichnis der Gebäude und die aufliegende Vorschrift im Stadtbauamte ebendasselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenen Offerte ist das vorgeschriebene Badium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 14. April 1894.

2—3

Ad Prot.-Nr. 34489.

Ref.-Nr. 520 ex 1894. V.

Kundmachung.

(Offertauschreibung.)

Wegen Vergebung der currenten Holzstöckelplasterungs-Arbeiten pro 1894 in den Bezirken I bis XIX wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am 24. April d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Linsbauer, im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den bezüglichen Preistarif, sowie die Vorschrift im Stadtbauamte ebendasselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Das Badium beträgt fünfhundert Gulden ö. W. Dasselbe ist dem Offerte anzuschließen oder es ist die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 10. April 1894.

3—3

Z. 56529.

XVII.

Kundmachung.

(Licitation.)

Am 8., 9. und 10. Mai 1894, eventuell auch an den folgenden Tagen werden Pretiosen, Taschen- und Pendeluhren, Spiegel, Bilder, Möbel, Nähmaschinen, feuerfeste Cassen, Spengler-, Taschner- und Schuhwaaren, Operngläser, Kleider und Kleiderstoffe, Claviere, Bücher, Geschäftseinrichtungen u. s. w. im Wege der öffentlichen Versteigerung an den Meistbietenden gegen bare Bezahlung hintangegeben werden.

Kaufstige wollen sich an den genannten Tagen im Rathhause, VI. Hof, Parterre, einfinden.

Die Auktionsstunden sind von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 4. April 1894.

3—3

Kundmachung.

(Licitation.)

Zufolge Bescheides des magistratischen Bezirksamtes für den XIV. Bezirk vom 17. d. M., Z. 10927, wird die öffentliche Versteigerung der in der Pfandleihanstalt der Gemeinde Wien, XIV. Bezirk, im Monate August 1893 verpfändeten und nicht ausgelbsten Pretiosen von Pfand-Nr. 31820 bis inclusive Pfand-Nr. 37302 und Effecten von Pfand-Nr. 63351 bis inclusive Pfand-Nr. 72507 am 10. Mai 1894, um 9 Uhr vormittags, im Pfandleihanstalts-Gebäude, XIV. Bezirk (Sechshaus), Gemeindegasse 5, gegen gleich bare Bezahlung vorgenommen.

Im Falle die Licitation am oben angegebenen Tage nicht beendigt werden könnte, wird sie am nächstfolgenden Werktag fortgesetzt.

Pfandleihanstalt der Gemeinde Wien, XIV. Bezirk,
am 19. April 1894. 1—3

Ad St.-Z. 17043.

Kundmachung.

(Kaiser Franz Josef-Stiftung für Findlinge.)

Aus dem unter dem Namen „Kaiser Franz Josef-Stiftung“ gegründeten Erziehungsfonde für Kinder der Wiener Findelanstalt ist durch den Tod des Stiftlings Georg Bauer ein Stiftungszug mit dem Genusse jährlicher sechshundertfünfzig Gulden ö. W. zu vergeben.

Anspruch auf diese Stiftung haben alle in der österreichischen Monarchie heimatberechtigten Kinder der Wiener Findelanstalt ohne Unterschied der Confession, wenn sie das sechste Lebensjahr vollendet, auf Kosten der Wiener Findelanstalt verpflegt werden und das zehnte Lebensjahr nicht überschritten haben. Die Stiftlinge erhalten ihre weitere Erziehung in Wien.

Der Genuss der Stiftung beginnt mit 15. September 1894 und dauert, unter der Voraussetzung, dass der Stiftling alljährlich der Findelhausdirection gute Schul- oder Studienzeugnisse zu präsentieren vermag, bis zur Versorgung des Stiftlings oder bis zur Erlangung eines Einkommens im gleichen jährlichen Betrage.

Im Falle nicht guter Fortgangselassen wird der Stiftling der Stiftung verlustig.

Die Pfarr- und Gemeindeämter, ferner die Ortschaftsräthe, Schuldirectoren, Oberlehrer und Pfllegeeltern, welche für auf Kosten der Wiener Findelanstalt verpflegte Findlinge um die Verleihung eines solchen Stiftungszuges sich bewerben wollen, haben ihre Gesuche mit dem ärztlichen Gesundheits- und Lernfähigkeitszeugnisse, dem Impfscheine, den etwaigen Schulzeugnissen, dann dem Sittenzeugnisse des Findlings belegt, endlich mit der ämtlichen Bestätigung, wo und bei wem der Findling sich in Pflege befindet, versehen bis längstens 15. Juli d. J. im Wege der betreffenden politischen Bezirksbehörde an die Direction der n.-ö. Landes-Gebär-Findelanstalt in Wien einzusenden.

Auf später einlangende Gesuche kann keine Rücksicht genommen werden.

Wien, am 13. März 1894.

Von der k. k. n.-ö. Statthalterei. 1—1

G.-Z. 65777.

I.

Kundmachung.

(Heirats-Ausstattungsstiftung.)

Aus der von der ehemaligen Gemeinde Ober-Döbling anlässlich der Allerhöchsten Vermählung Sr. k. und k. Apostolischen Majestät Franz Josef I., Kaisers von Oesterreich, errichteten „Elisabeth-Heirats-Ausstattungsstiftung“ kommen die Zinsen zur Ausstattung von zwei armen gesitteten, vormals nach Ober-Döbling zuständigen Bräuten zur Verleihung.

Die in diesem Jahre zur Verleihung gelangenden Interessen betragen 93 fl. 70 kr., somit zur Hälfte 46 fl. 85 kr. ö. W.

Die Auszahlung erfolgt nach erbrachtem urkundlichen Beweise über die gesetzmäßig geschlossene Ehe.

Diejenigen, welche auf diese Stiftung Anspruch erheben wollen, haben ihre mit den nöthigen Behelfen versehenen Gesuche bis längstens Ende April 1894 im Einreichungsprotokolle des Magistrates zu überreichen, da auf später einlangende Gesuche keine Rücksicht genommen werden kann.

Vom Wiener Magistrate,

am 11. April 1894. 2—3

G.-Z. 65778.

I.

Kundmachung.

(Heirats-Ausstattungsstiftung.)

Aus der von der ehemaligen Gemeinde Ober-Döbling anlässlich der Vermählung Ihrer k. und k. Hoheit der Frau Erzherzogin Gisela mit Sr. königl. Hoheit dem Prinzen Leopold von Baiern errichteten „Gisela-Heirats-Ausstattungsstiftung“ kommen die Zinsen zur Ausstattung einer unbemittelten, wohlgesitteten, vormals nach Ober-Döbling zuständigen Braut ohne Rücksicht auf die Confession zur Verleihung.

Die in diesem Jahre zur Verleihung gelangenden Interessen betragen 125 fl. 80 kr. ö. W.

Die Auszahlung erfolgt nach erbrachtem urkundlichen Ausweise über die gesetzmäßig geschlossene Ehe.

Diejenigen, welche auf diese Stiftung Anspruch erheben wollen, haben ihre mit den nöthigen Behelfen versehenen Gesuche bis Ende April d. J. im Einreichungsprotokolle des Magistrates zu überreichen, da auf später einlangende Gesuche keine Rücksicht genommen werden kann.

Vom Wiener Magistrate,

am 11. April 1894. 2—3

Z. 38043.

XII.

Kundmachung.

(Rothschild'sche Waisenstiftung.)

Bei der Freiherr Anselm v. Rothschild'schen Waisenstiftung für die k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien sind 42 Unterstützungsbeträge von je 100 (Einhundert) Gulden ö. W. an solche

Waisen christlicher Religion zu vergeben, die in Wien heimatberechtigt sind und von würdigen und armen Personen abstammen.

In Gemäßheit der stiftbrieflichen Bestimmungen sind von den zu theilenden Waisen in erster Reihe solche zu bedenken, deren Väter entweder verarmte und nothleidende Kaufleute und Handelsgenossen oder aber auch Künstler, d. h. Maler, Bildhauer, oder endlich Kunstgewerbe ausübende Handwerker waren. Andere Waisen, bei welchen diese speciellen Vorbedingungen nicht eintreffen, können dann unter übrigens gleichen Umständen in zweiter Reihe berücksichtigt werden.

Die mit einem solchen Stiftungsgenuße zu theilenden Waisen dürfen nicht weniger als sechs Jahre alt sein und sollen zur Zeit ihrer Bewerbung das 18. Lebensjahr nicht überschritten haben.

Die im schulpflichtigen Alter Stehenden müssen die Schule besuchen, tadellose Sitten und mindestens einen guten Fortgang in den Lehrgegenständen ausweisen.

Stiftlinge, die in ihrem 15. oder 16. Lebensjahre in den Genuß dieser Stiftung gelangen, können den Unterstützungsbetrag per 100 fl. bei ausgezeichnete Verwendung und sehr gutem Fortgange in ihren Ausbildungsstudien durch längstens drei aufeinander folgende Jahre ohne Unterbrechung beziehen, während die übrigen Bewerber den Stiftungsgenuß per 100 fl. in der Regel nur für ein Jahr erhalten.

Gesuche um eine solche Unterstützung müssen mit dem Zuständigkeitsausweise, einem legalen Armutzeugnisse, dem Nachweise der Verwaisung, dem Taufscheine, eventuell mit den Schulzeugnissen des zu Theilenden und bei Geltendmachung des erwähnten Vorzugsrechtes mit den erforderlichen Nachweisungen über dasselbe belegt sein und längstens bis einschließlic 15. Mai d. J. im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates überreicht werden; auf später eintreffende Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 28. März 1894.

3-3

INSEERATE.

PATENTE im In- und Auslande
Muster- u. Markenschutz in allen Ländern
besorgt das
Erste beh. autorisierte Privilegien-Bureau
H. Palm (Michalecki & Co.) Wien, I., Stefansplatz 8, Brandstätte 1.
Durch dieses Bureau wird fast der vierte Theil aller in Oesterreich-Ungarn ertheilten Patente erwirkt und wurden durch dasselbe bisnun gegen 17.000 Patentbesorgungen durchgeführt. — Herausgabe und Redaction des „Illustrierten österreichisch-ungarischen Patentblattes“. — Besorgung von Copien in- und ausländischer Patentschriften. — Telegramm-Adresse: „Patent“ Wien. — Telephon Nr. 387. — Preis-Courante und Probenummern gratis und franco. 117

Billige und praktische Einfriedungen.



Franz Koczor
Wien,
XI., Simmering,
Leberstr. 24.

Dessin-Tafeln

jeder Art für **Stieghäuser, Windfänge, Oberlichten, Auslage-Fenster** nach eigenen Mustern und jeder eingesandten Zeichnung, weiss und bunt geätzt und geschliffen.

Matt- und Mouslinglas Spiegelgläser
für Schaufenster und Portale.

Musterbuch und Preisüberschläge gratis.

Herb & Schwab 103
Wien, XVIII., Hauptstrasse Nr. 82-84.

Fabrication von Drahtgeflechten, Drahtgittern, Drahtgeweben jeder Art, verzinkte Stahlstacheldrähte und Stahldrahtlitzen, Funkenfänger, Blumenrabatten, Einfassungen, Stahldrahtfussmatten und wie immer Namen habende Drahtwaren.

Specialität: Die anerkannt besten Drahtmatratzen und massiven Drahtnetzbettstellen, von welchen viele Tausend Stück in Civil- und Militärkranken- und sonstigen Anstalten in Verwendung sind.



Illustrierte Preiscurante und Kostenberechnungen gratis und franco.

Mattoni's Giesshübler

reinsten natürlicher Sauerbrunn,
als Heilquelle seit über 100 Jahren bewährt in allen Krankheiten der **Athmungs- und Verdauungsorgane**, bei **Gicht-, Magen- und Blasenkatarrh**. — Vorzüglich für Kinder, Reconvalescenten und während der Gravidität.

Bestes diätetisches und Erfrischungs-Getränk.

WILH. PITTNER
I. DAMPFPRÄCEANSTALT
METALLWÄREN-FABRIK
PRESS-ZUG u. DREHARBEITEN.
W. HUNDSTURMERSTRASSE 13

Frants Djörup
Bauunternehmer und Stadtzimmermeister
Wien, II., Jägerstrasse 5.
Telephon Nr. 1503. 32

Gegründet 1816.
ANTON PAULY
Bettwaren-Fabrikant
= WIEN =
nur VIII., Lerchenfelderstr. 36.



K.K. Pa. Bettw. Fabr.

Lager aller Gattungen Bettwaren, und zwar: Eisenbetten, Bettheinsätze, Matratzen, abgenähte Bettedecken, Bettwäsche etc., sowie eine grosse Auswahl von Bettfedern, Flaumen, Dunnen und gesottem Rosshaar.

Preis - Courante sammt Zeichnungen gratis und franco. 2

Wechselstube des Bankhauses
SCHELHAMMER & SCHATTERA
WIEN, I., Kärntnerstrasse Nr. 20.

Zur coulant Besorgung aller im Cursblatte notirten Effecten und Valuten bestens empfohlen:

Inseraten-Annahme für das Amtsblatt nur bei Haasenstein & Vogler (OTTO MAASS), Wien, I., Walfischg. 10.

Amtsblatt

der k. k.



Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 33.

Dienstag, den 24. April 1894.

Jahrgang III.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.
" " mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr.
Einzelne Exemplare à 10 fr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Stenographischer Bericht

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **17. April 1894** unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Raimund Gröbl und des Vice-Bürgermeisters Dr. Albert Richter.

Bürgermeister Dr. Gröbl: Die Versammlung ist beschlussfähig, die Sitzung eröffnet.

1. Herr Gem.-Rath Stiaßny entschuldigt sein Ausbleiben wegen einer Geschäftsreise; Herr Gem.-Rath Boschan und Herr Gem.-Rath Kreindl entschuldigen gleichfalls ihr Ausbleiben.

2. Vom Sohne des verstorbenen Herrn Dr. Schmeykal ist folgendes Schreiben eingelangt (liest):

„Euer Hochwohlgeboren, hochverehrter Herr Bürgermeister! Gestatten Sie, hochverehrter Herr Bürgermeister, dass ich im Namen meiner Familie den herzlichsten, ergebensten Dank ausspreche für die so überaus erhebenden und ehrenden Beweise der liebevollen Theilnahme, welche aus Anlass des Ablebens meines unvergesslichen Vaters von Seite des hochlöblichen Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien an den Tag gelegt worden sind.“

Indem ich Ihnen, hochverehrter Herr Bürgermeister, die ergebene Bitte beifüge, diesen Dank dem hochlöblichen Gemeinderathe gütigst übermitteln zu wollen, habe ich die Ehre zu zeichnen als hochachtungsvollst und dankbarst ergebener

Dr. Franz Schmeykal.“

3. Herr Dr. Siegmund Grabtheil mit (liest): „Als Erbenmachthaber nach weiland Frau Emilie Mohr in Nadelburg erlaube ich mir über Auftrag meiner Klienten, Ihnen den Betrag von 1000 fl. ö. W. zur Vertheilung an Arme ohne Unterschied

der Confession zu übermitteln und zeichne mit dem Ausdrucke besonderer Hochachtung Herrn Bürgermeister ergebener

Dr. Grab.“

Dem Spender wird der Dank ausgesprochen.

4. Zwei ungenanntseinwollende Herren haben anlässlich eines in ihrer Familie vorgekommenen Sterbefalles beim Armeninstitute des XIX. Bezirkes am 29. März d. J. 50 fl. zur Vertheilung an Arme dieses Bezirkes ohne Unterschied der Confession und Nationalität erlegt und ist diese Spende bereits ihrer Bestimmung zugeführt worden.

Den Spendern wird der Dank ausgesprochen.

5. Von dem Central-Ausschusse für das XI. deutsche Bundes-schießen zu Mainz im Jahre 1894 ist folgende Einladung eingelangt (liest):

„In diesem Jahre wird hier in Mainz das XI. deutsche Bundes-schießen vom 17. bis 24. Juni abgehalten werden.“

Die österreichischen Schützen haben sich seit Gründung des deutschen Schützenbundes stets als treue Glieder desselben gefühlt und haben Magistrat und Gemeinderath der Stadt Wien diesem Gefühle immer durch ihre officielle Betheiligung bei den deutschen Bundes-schießen Ausdruck verliehen.

Der Central-Ausschuss gestattet sich, den Magistrat und Gemeinderath der Stadt Wien ganz ergebenst zu dem XI. deutschen Bundes-schießen nach Mainz einzuladen und hofft, dass bei demselben die alten, guten Beziehungen, die allzeit zwischen der Stadt Wien und dem österreichischen Volksstamme einerseits und der heurigen Feststadt Mainz anderseits bestanden haben, wieder neues Leben erhalten werden.

Magistrat und Gemeinderath der Stadt Wien mögen überzeugt sein, dass nicht allein der Central-Ausschuss des Bundes-schießens und die Mainzer Schützengesellschaft, sondern auch die Bewohner der Feststadt Mainz ihnen eine warme und freundschaftliche Aufnahme bereiten werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung und deutschem Schützengruß.

Der Central-Ausschuss für das XI. deutsche Bundes-schießen zu Mainz 1894.“

Dieses Schreiben wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung unterzogen und wird seinerzeit darüber referiert werden.

6. Ich muß eine Berichtigung einer Behauptung vornehmen, welche in der letzten Gemeinderaths-Sitzung aufgestellt worden ist. Herr Gem.-Rath Gregorig hat nämlich behauptet, daß die Bestellung der Leichenverfertigungs-Apparate bereits erfolgt sei, obwohl im Plenum noch nicht beschlossen worden ist. Ich habe Erhebungen pflegen lassen über den Gegenstand und bin in der Lage mitzutheilen, daß neue Apparate noch nicht bestellt worden sind; es wurde aber zufolge eines Stadtraths-Beschlusses das Ueberkommen mit der Firma Beschorner wegen Beistellung von Apparaten für den Central-Friedhof bis auf Widerruf verlängert, d. h. das bisherige Vertragsverhältnis wurde, ich glaube im Sinne eines Beschlusses des Stadtrathes, bis auf weiteres und auf Widerruf verlängert, aber die Bestellung von neuen Apparaten hat noch nicht stattgefunden. (Gem.-Rath Gregorig: Aber ja!) Ich bitte, so wie ich gesagt habe, ist die Sache.

7. Herr Gem.-Rath Rückauf hat interpellirt: „Ist dem Herrn Bürgermeister bekannt, daß am Central-Biehmarkt bei der Abwicklung des Verzehrungssteuergeschäftes zu wenig Beamte angestellt sind, und welche Schritte gedenkt derselbe zur möglichst schleunigen Beseitigung dieser Unzukömmlichkeiten zu unternehmen?“

Ich habe die Ehre, darauf Folgendes zu erwidern:

Am Central-Biehmarke bestehen zur verzehrungssteueramtlichen Behandlung des dortselbst zum Verkaufe gelangten Schlacht-, Jung- und Stechviehes zwei Abfertigungsstellen, und zwar: beim Hauptthore in der Biehmarktgasse und beim Ausgangsthore gegen den XI. Bezirk.

An Markttagen stehen bei diesen Abfertigungsstellen, und zwar beim Hauptthore sechs bis neun Beamte und sieben bis neun Finanzwachorgane, und beim Ausgangsthore zwei Beamte und zwei bis drei Wachorgane in dienstlicher Verwendung.

Nach den Beobachtungen des Marktamtes würde diese Anzahl bei einer continuierlichen Abfuhr der Waren während der Marktzeit vollkommen ausreichen; da aber viele Käufer die Thiere oft erst mehrere Stunden nach dem Ankaufe abtransportieren lassen, so häufen sich die verzehrungssteueramtlichen Amtshandlungen während der Zeit von 11 bis 2 Uhr mittags und kommt es wohl vor, daß, wenn auch nicht stundenlange, so doch einige unvermeidliche Verzögerungen in der Abfertigung der Parteien eintreten und ist dies namentlich dann der Fall, wenn wegen der Feiertage die Märkte für Rinder, Jung- und Stechvieh und Borstenvieh an einem und demselben Tage zusammenfallen und der Abtrieb sowie die Abfuhr der angekauften Thiere in wenigen Stunden erfolgt, in Folge dessen dann oft 30 bis 50 Parteien längere Zeit auf die finanzamtliche Abfertigung warten müssen.

Es wird an die k. k. Finanz-Bezirksdirection das Ersuchen gestellt werden, daß namentlich an solchen Markttagen ein größeres Personale zur verzehrungssteuerpflichtigen Behandlung der Waren beigelegt wird.

8. Herr Gem.-Rath Stehlik hat eine Interpellation gestellt in Betreff der Benützung der Amtlocalitäten am Biehmarke durch den Herausgeber der „Approvisionnement-Zeitung“.

Ich habe die Ehre, hierüber Folgendes zu berichten: Der Herausgeber der „Wiener Approvisionnement-Zeitung“ besucht seit vielen Jahren an Markttagen, d. i. an Montagen und Donnerstagen die Amtskanzlei am Biehmarke, um dort die Marktberichte für seine Zeitung zu verfassen.

Am Montag den 9. d. M. ist es nun vorgekommen, daß derselbe einige Fleischhauer in der Amtskanzlei ein Schriftstück unterfertigen ließ. Der Inhalt dieses Schriftstückes ist dem Marktamte nicht bekannt. Es wird vorgejagt werden, daß in Zukunft Unterfertigungen von Schriftstücken durch Privatpersonen in den Amtlocalitäten nicht stattfinden. (Bravo!)

Ich bitte um Mittheilung des Einlaufes.

9. Schriftführer Gem.-Rath Schrenk: Herr Karl Ull, Handelskammerrath, überreicht namens der auf dem beigelegten Circulare gefertigten Genossenschaftsvorsteher eine Petition wegen Abstellung von Uebelständen im Tramwaybetriebe.

Diese Petition lautet vollinhaltlich (liest):

Hochlöbliches Präsidium

des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien!

Die auf beigelegtem Circulare unterfertigten Vorsteher Wiener gewerblicher Genossenschaften haben sich zu dem Zwecke vereinigt, um sowohl dem hochlöblichen Gemeinderathe als auch der hohen k. k. Statthalterei in energischer Weise die Bitte zu unterbreiten, es wolle in Sachen des Wiener Tramway-Berkehs endlich einmal ein entscheidender und erlösender Schritt erfolgen.

Um diesem unserem Vorhaben größeren Nachdruck zu geben, haben wir eine Petition fertiggestellt und dieselbe von ausschließlich protokollierten Firmen und Steuerzahlern unterfertigen lassen.

Zu Auftrage meiner auf beigelegtem Circulare, dessen Original in meinem Besitze ist, unterfertigten Collegen unterbreite ich hiemit die bezügliche Petition dem hochlöblichen Gemeinderaths-Präsidium und stelle die ergebene Bitte, dieselbe wolle der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt werden.

Das angeführte Circulare hat folgenden Inhalt (liest):

Actions-Comité zur Förderung der gewerblichen Interessen in Wien,
I., Hohenstaufengasse Nr. 4.

P. T.

Wien, im März 1894.

Ein jeder von uns empfindet es schmerzlich, daß der Stillstand und oftmals leider auch der Rückgang unserer geschäftlichen Verhältnisse den politischen, parteigegenständlichen, persönlichen Zänkereien und rechtshaberischen Streitigkeiten zuzuschreiben sind, die im öffentlichen Leben Wiens zu einer Gewohnheit sich heransgebildet haben.

Zu den vielen Folgen dieser Verhältnisse gehört auch unsere Tramway-Misere. Die Gefertigten sind zur Erkenntnis gekommen, daß, um hier Wandel zu schaffen, es sicherlich am besten ist, wenn die gewerbetreibende Bevölkerung die Förderung ihrer Interessen selbst in die Hand nimmt.

Wir bitten Sie demnach, die mitfolgende Petition mit Ihrer Unterschrift und Stampiglie zu versehen, und glauben mit Rücksicht darauf, daß unsere jetzige Regierung der Förderung der wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung ihr besonderes Augenmerk zuwendet, einen günstigen Erfolg unserer gemeinsamen Schritte erwarten zu dürfen.

Josef Fenzl, Vorsteher der Kleidermacher-Genossenschaft; Hugo Dattler, Vorsteher der Schildermaler; Karl Rutschera, Vorsteher der Genossenschaft der Claviermacher etc.; Wilhelm Bauer, Vorsteher der Uhrmacher-Genossenschaft; Josef Buchmüller, Vorsteher der Faidler-Genossenschaft; Adolf Beman, Vorsteher der Bronzewaren-Erzeuger; Wilhelm Nachler, Vorsteher der Sattler- und Riemen-Genossenschaft; Johann Chiba, Genossenschafts-Vorsteher; Wilhelm Schrecker, Vorsteher der Musiker-Genossenschaft; Johann Winkler, Vorsteher der Genossenschaft der Wirkwaren-Erzeuger; Julius Schellbach, Genossenschafts-Vorsteher; Johann Wolf, Genossenschafts-Vorsteher; Wilhelm Rasper, Genossenschafts-Vorsteher; Franz Bayer, Genossenschafts-Vorsteher; E. Müller, Vorsteher der Metallschläger-Genossenschaft; Karl Hößl, Vorsteher der Genossenschaft der Kleinhändler mit Brennmaterialien; J. Müller, Vorsteher der Genossenschaft der Bäcker; Anton v. Waldheim, Vorsteher des Wiener Apothekergremiums; Albert Jaschke, Vorsteher der Juweliers, Gold- und Silber schmiede; Josef Wimmer, Vorsteher der Wiener Fleischhauer-Genossenschaft; Franz Janke, Vorsteher der Genossenschaft der Glaser, Glashändler und Glasischleifer; Anton Pauek, Vorsteher der Feinzeug-, Stahl- und Messerschmied-Genossenschaft; A. Kohl, Vorsteher der Seiler-Genossenschaft; Ludwig Bretschneider, Vorsteher der Genossenschaft der Wildbret- und Geflügelhändler; Josef Pauly, Vorsteher der Bettwaren-Erzeuger; Karl Grasser, Vorsteher der Büchsenmacher, Schwertschmied, Waffenschmiede und Büchsenhändler; Matthias Rausch, Vorsteher der Genossenschaft der Vogel-Thierhändler und Thierausstopfer; Franz Herrmann, Vorsteher der Genossenschaft der Kunstblumen-Erzeuger; Karl Ull, Obmann des Wiener Modeclub.

Bürgermeister: Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung unterzogen werden.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenk (liest):

10. Anfrage des Gem.-Rathes Gregorig:

Die Straßen in den neuen Wiener Bezirken besaßen sich bei der Einbeziehung der letzteren zu Wien in gutem, viele jedoch in geradezu ausgezeichnetem Zustande. Als eine zur legeren Kategorie gehörige galt die Straße von Döbling nach Grinzing. Eine Straße, die aus so gutem Materiale gebaut

war, daß man wenige Minuten nach dem stärksten Regen dieselbe begehen konnte, ohne störrig zu werden.

Mit Unwillen bemerkte ich, als ich nach einigen Jahren gestern diese Straße wieder durchfuhr, in welcher verwahrlostem, an ein ungarisches Bauerndorf gemahnenden Zustande sich diese Straße befindet. Ausgefahren und so voll Löcher — man befürchtet jeden Moment den Bruch einer Wagenachse — ist die Mitte der Straße tiefer als deren Ränder, der Wasserablauf behindert.

Eine Schmach für Wien!

Mein Unwille steigerte sich jedoch beim Anblicke der angeblichen Schotterhaufen, mit denen die Straße garniert ist, zur Empörung. Schotter nennt man das! Den Abraum von Steinbrüchen, bestehend aus blätterigen Steinen, gemengt mit Erde.

Von der Bierhalle aufwärts blaue Kalksteine, nicht härter als guter — Primfentläse — in der Größe von Kindsköpfen, eine Gefahr für die Wagen und die Pferdehufe.

Man muß sich fragen: was geht vor, daß solche Steine geliefert werden dürfen, und wo und wer sind die Organe, die solches Material übernehmen? Die Antwort jedoch ist sehr einfach.

Früher hat der aus der Schneefuhr-Gesellschaft bekannte Bezirksausschuß Wilhelm unqualitätsmäßigen Schotter geliefert. Jetzt hat dieser seine Steinbrüche an die Firma Groß & Cie. verkauft, und der Herr Wilhelm, bekannt aus den Schneefuhr-Gesellschaften, ist heute Leiter dieser Firma — und — die Firma Groß & Cie. liefert heute den Schotter.

Ich frage nun den Herrn Bürgermeister:

Ist derselbe geneigt, unter Zuziehung meiner Person sowie jener des Herrn Kollegen Steiner sofort durch eine Commission den Zustand dieser Straße sowie die Qualität des gelieferten angeblichen Schotters untersuchen zu lassen?

Ist der Herr Bürgermeister gewillt, gegen die Schuldigen mit der entsprechenden Strenge vorzugehen?

Bürgermeister: Ich habe die Ehre, hierauf Folgendes zu erwidern:

Im allgemeinen muß bemerkt werden, daß die regelrechte Straßenerhaltung im XIX. Bezirke infolge der Schotterlieferungen seitens des damaligen Contrahenten im Jahre 1893, welcher wiederholt zu Beanständungen Anlaß bot, sehr erschwert war. Was die Schotterlieferungen im I. Quartale 1894 in diesem Bezirke betrifft, so mußte, da ein Contrahent noch nicht bestellt war, ausnahmsweise dringlichkeitshalber von dem Dfferenten Herrn Mail Grubenschotter angekauft werden, welches Material allerdings zur Erhaltung stark befahrener Straßen wenig geeignet ist.

Nunmehr hat der derzeitige Contrahent, die Firma J. Groß & Cie., Schotter geliefert, welcher zwar eine gute Qualität aufweist, aber größtentheils zu grob geschlägelt ist. Dieser Schotter wurde noch nicht übernommen, die Weiterlieferung von derartigem Material wurde untersagt und der Contrahent wurde angewiesen, den unqualitätsmäßigen Schotter wieder wegzuführen; es ist also keinerlei Verschulden eines communalen Organes vorliegend. Schließlich wird bemerkt, daß Herr Wilhelm seinen Steinbruch an die Firma Groß & Cie. verkauft hat, und daß dem Magistrate nicht bekannt ist, daß Herr Wilhelm Leiter der genannten Firma sei.

Ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenk (liest):

11. Anfrage des Gem.-Rathes Strobach:

Vor circa acht Monaten stellte ich den Antrag, daß der Hausbesitzer Eger in der Rampersdorfgasse verhalten werde, die gegen Revers aufgeführte Mauer, welche die Untere Bräuhausgasse absperrt, niederzureißen und die Gasse zu eröffnen, sowie der vor circa sieben Jahren übernommenen Verpflichtung zur Herstellung des Trottoirs nachzukommen.

In der Sitzung vom 15. März 1894 urgierte ich meinen Antrag, und der damalige Vorsitzende, Herr Bürgermeister Dr. Gröbl, erklärte, „daß die Aufträge hinausgegangen sind, und daß die Firma Eger den Auftrag erhalten hat, die Mauer zu beseitigen und das Trottoir längstens bis zum 15. April herzustellen.“

Da bis heute am 17. April weder die Mauer beseitigt, noch das Trottoir hergestellt ist, ja nicht einmal die geringsten Vorarbeiten wahrzunehmen sind, die Bevölkerung jedoch über die neuerliche Mißsachtung und Hinnwegsetzung über die Aufträge der städtischen Behörden tief empört ist, erlaube ich mir die Anfrage zu stellen:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, den Besitzer Eger mit den schärfsten gesetzlichen Mitteln zu zwingen, die vor circa sieben Jahren der Commune gegenüber eingegangenen Verpflichtungen innerhalb acht Tagen zu erfüllen und so endlich dem Rechte und Gesetze Achtung zu verschaffen?

Bürgermeister: Ich werde Erhebungen pflegen lassen und sofort das Erforderliche veranlassen.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenk (liest):

12. Antrag des Gem.-Rathes Dr. Neuhansky und Consorten:

Karl Meißl hat in seinem Testamente die Bestimmung getroffen, daß das Erträgnis seines wertvollen Hauses nach dem Tode der zunächst mit dem Fruchtgenusse bedachten Personen armen Gewerbetreibenden zukommen soll. Er hat damit ein Zeugnis abgelegt, daß er nicht nur bei Lebzeiten in mannigfachen öffentlichen Stellungen zum Nutzen seiner Mitbürger zu wirken bestrebt war, sondern daß er auch für die Zeit nach seinem Tode auf seine nothleidenden Mitbürger bedacht war.

Seine hingebungsvolle, uneigennütige Thätigkeit für andere, sein Wohlthätigkeitsfinn, erfordern eine Ehrung durch seine Mitbürger, auf daß erkannt werde, daß die Verwirklichung des Dichtervortes: „Edel sei der Mensch, hilfreich und gut“ jederzeit seine aufrichtige Anerkennung finde.

Die Unterzeichneten beantragen daher,

daß für Karl Meißl auf dem Central-Friedhofe eine Grabstelle an bevorzugter Stelle gewidmet werde.

Bürgermeister: Geht zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenk (liest):

13. Antrag des Gem.-Rathes Steiner:

In Sievering ist eben der neue Pfarrhof in der Vollendung begriffen. Das alte Pfarrhofgebäude, welches unmittelbar vor der Kirche steht, beabsichtigt das hochwürdige Stift Klosterneuburg an einen Privaten zu verkaufen.

Nachdem vom Gemeinderathe die Baulinie für die Severinussgasse und Sieveringer Hauptstraße bereits genehmigt wurde und auf dem Areal des Gartens und des Gebäudes des alten Pfarrhofes ein öffentlicher Platz zu errichten bestimmt wurde, ist es im Interesse der Gemeinde gelegen, das alte Pfarrhofgebäude zu einem bei den dormaligen Verhältnissen noch günstigen Kaufpreise an sich zu bringen und das der Gemeinde gehörige, dormalen dort befindliche alte Schulgebäude zu demolieren, damit die Regulierung des Pfarrplatzes und der Hauptstraße an jener Stelle durchgeführt werden kann.

Nachdem zur Regulierung dieses Platzes und zur Freistellung der einen historischen Wert besitzenden Kirche die Gemeinde durch die Begräumung des alten Schulgebäudes ein materielles Opfer bringt, so ist es wohl zweifellos, daß das hochwürdige Stift Klosterneuburg auch seinerseits es an dem nöthigen Entgegenkommen nicht fehlen lassen wird, um der Gemeinde die Erwerbung des alten Pfarrhofgebäudes möglich zu machen.

Ich erlaube mir daher den Antrag zu stellen:

Der Magistrat werde beauftragt, mit dem hochwürdigen Stifte Klosterneuburg ehestmöglichst zu dem Zwecke in Unterhandlung zu treten, daß die Gemeinde das alte Pfarrhofgebäude behufs Regulierung der Straßen und der Errichtung eines öffentlichen Platzes vor der Sieveringer Pfarrkirche erwerben könne.

Bürgermeister: Geht zur geschäftsordnungsmäßigen Vorberathung.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenk (liest):

14. Antrag des Gem.-Rathes Steiner:

Die Errichtung von öffentlichen Telephonstellen in den an der Peripherie gelegenen Orten ist mit Rücksicht auf die daselbst ansässigen Geschäftsleute und namentlich im Sommer für die zahlreich in den Vorortgemeinden wohnhaften Sommerparteien ein dringendes Bedürfnis geworden.

Ich erlaube mir daher den Antrag zu stellen:

Es sei der Magistrat zu beauftragen, mit der k. k. Post- und Telegraphen-Direction sich ins Einvernehmen zu setzen, damit in jenen Postämtern der ehemaligen Vorortgemeinden, welche noch keine Telephonverbindung haben, eine öffentliche Telephonstelle errichtet werde.

Bürgermeister: Geht zur geschäftsordnungsmäßigen Vorberathung.

Wir kommen zur Tagesordnung. Zum Referate bitte ich Herrn Gem.-Rath Dr. v. Billing.

15. Referent Gem.-Rath Dr. v. Billing: Ich habe die Ehre, über die in der Zeit vom 12. bis 21. März d. J. vorgenommenen Wahlen im XVI. Bezirke für den Bezirksausschuß Bericht zu erstatten. Es waren die Wahlen für 18 Bezirksausschüsse nothwendig. Die Wahl im dritten Wahlkörper fand statt am 12. März d. J. Von den eingeschriebenen 2829 Wählern erschienen an der Wahlurne 1272. Die Anzahl der giltigen Stimmen war 1266. Hievon entfielen auf:

Herrn Leidinge	Karl, Gastwirt, Fröbelgasse 13,	989	Stimmen,
"	Krethon Anton, Lederhändler, Gablenz-		
	gasse 7	977	"
"	Zelinek Jakob, Schmiedmeister, Kopp-		
	straße 21	976	"
"	Namharter Josef, Drechslermeister,		
	Schulgasse 19	973	"
"	Floymayer Franz, Kaffeesieder, Haupt-		
	straße 49	969	"
	endlich auf		
"	Cermak Johann, Schuhmacher, Eisner-		
	straße 9	951	"

Nachdem diese Herren die absolute Majorität der Stimmen auf sich vereinigt haben, erscheinen sie als gewählt.

Der zweite Wahlkörper wählte am 15. März 1894. Von 693 eingeschriebenen Wählern erschienen 469 an der Urne. Es entfielen von diesen abgegebenen Stimmen, welche sämmtlich gültig waren, auf

Herrn Glowacki	Johann, Ritter von, Doctor der Medicin,		
	Neulerchenfeld, Hauptstraße 8	250	Stimmen,
"	Schmidt Leopold, Hausbesitzer, Payer-		
	gasse 2	247	"
"	Heimberger Leopold, Bürger und Haus-		
	besitzer, Brestelgasse 5	246	"
"	Viber Karl, Specereiwarenhändler und		
	Hausbesitzer, Neumayergasse 26	243	"
"	Sinner Josef, Volksschullehrer, Wurlitzer-		
	gasse 20	240	"
"	Baldia Ferdinand, Maurermeister und		
	Hausbesitzer, Porenz Mandlgasse 8	237	"

Auch diese haben die absolute Majorität der Stimmen auf sich vereinigt und erscheinen daher gewählt.

Der erste Wahlkörper schritt am 19. März zur Wahl. Von 98 eingetragenen Wählern erschienen 81. Die Anzahl sämmtlicher gültiger Stimmen beträgt ebenfalls 81. Hievon entfielen auf

Herrn Kaufmann	Josef, Privatier und Haus-		
	besitzer, Neulerchenfeld, Hauptstraße 61	43	Stimmen,
"	Mück Thomas, Hausbesitzer, Ottakring,		
	Hauptstraße 37	43	"
"	Kogan Peter, Gummiwarenfabrikant und		
	Hausbesitzer, Eisnerstraße 22	42	"
"	Hofinger Johann, Obmann des Armen-		
	rathes und Hausbesitzer, Reinhartsgasse 38	41	"
"	Friedl Franz, Kaufmann und Haus-		
	besitzer, Hafnerstraße 16	41	"

Diese fünf Persönlichkeiten haben die absolute Majorität der Stimmen erreicht. Für die sechste Stelle ergab sich keine absolute Majorität. Es erhielten 39 Stimmen:

- Herr Dan y Matthias, Hausbesitzer, Lerchenfeldberggürtel 8,
- " Bienkowski Theophil,
- " Reinhart Josef, und
- " Bock Franz.

Von diesen vier Herren mußten zwei eliminiert werden, weil nur zwei in die engere Wahl kommen konnten. Das Los traf die Herren Bienkowski und Bock, so daß die Herren Dan y und Reinhart in die engere Wahl kamen. Diese wurde am 21. März vorgenommen und hatte das Resultat, daß auf Herrn Dan y 41 Stimmen entfielen. Es wurden wieder 81 gültige Stimmzettel abgegeben, so daß Herr Dan y als gewählt erscheint. Der Wahllact wurde geprüft und als formal richtig befunden. Ein Protest ist nicht eingelangt. Die Erhebungen haben ergeben, daß alle Gewählten das active und passive Wahlrecht haben und daß gegen dieselben kein Ausschließungsgrund vorliegt. Auf Grund dieser Sachlage beantragt der Stadtrath, es möge die Wahl sämmtlicher 18 gewählten Bezirksausschüsse bestätigt werden. Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

Gem.-Rath Maresch: Meine Herren! Anschließend an dieses Referat erlaube ich mir an den geehrten Herrn Bürgermeister die höfliche Bitte zu richten, derselbe möge gütigst anordnen, daß die Wählerlisten des XVI. Bezirkes, soweit dies möglich sein wird, bis zu den im nächsten Jahre stattfindenden Gemeinderathswahlen im Sinne der von mir am 10. Jänner d. J. eingebrachten und von dem verstorbenen Herrn Bürgermeister Dr. Prix am 12. Jänner beantworteten Interpellation richtiggestellt werden mögen. Ich habe mir diese Bitte aus dem Grunde erlaubt, weil ich als Vorsitzender verschiedener Wahl-Commissionen von Seite zahlreicher Wähler mehrfache Klagen und Beschwerden habe anhören müssen. Ich bitte daher, von diesen meinen Worten gefälligst Notiz nehmen zu wollen.

Bürgermeister: Es ist niemand mehr gemeldet; die Debatte ist geschlossen. Wünscht der Herr Referent eine Bemerkung zu machen? (Derselbe verzichtet.) Gegen die Anträge ist eine Einwendung nicht erhoben worden. Dieselben sind angenommen.

Beschluß: Die in der Zeit vom 12. bis 21. März 1894 vorgenommenen Neuwahlen in den Bezirksausschuß des XVI. Bezirkes aus dem I., II. und III. Wahlkörper werden genehmigt.

16. Referent Gem.-Rath Wurm: Zahl 2411, Beilage 82. Es handelt sich hier um ein Alternativproject, welches die k. k. Bauleitung der Wiener Stadtbahn, Section Borortelinie, für die Herstellung der Rampe in der Hohewartgasse vorgelegt hat und welches Alternativproject eine Verbesserung des dormaligen Zustandes beantragt. Die Herren werden wohl wissen, daß die Hohewartgasse an jener Stelle, wo sie die Gemeindegasse schneidet, in der Nähe des Krottenbaches sehr tief hinunterführt, um dann wieder zur Hohen Warte hinaufzuführen. Unmittelbar an der Straße gelegen ist ein Fußweg; dieser Fußweg geht noch viel tiefer hinunter und ist durch eine Stützmauer von der Fahrbahn getrennt. Bei dem ersten Projecte, welches die Bauleitung vorgelegt hat, waren die bestehenden Übelstände einigermassen gemildert worden. Die Herren sehen hier das ursprüngliche Project, wie es geplant war. Es war geplant, die Fahrbahn zu heben, was jedenfalls ein großer Vortheil war, weil dadurch weniger tief hinunter und infolge dessen auch weniger hinauf zu fahren wäre. Aber dieser Übelstand mit dem tief eingeschnittenen Fußwege ist geblieben. Außerdem ist noch eine Unannehmlichkeit an dieser Stelle, daß

die Fahrbahn verschmälert worden wäre. Wenn die Fahrbahn gehoben wird, so muß auf der anderen Seite der Straße auch das Trottoir tiefer liegen bleiben, wenn man am Trottoir keine Änderungen macht und die Häuser im selben Zustande belassen will. Das sind die Häuser Nr. 1 in der Hohewartgasse und Nr. 26, 28 und 30 in der Gemeindegasse. Das gegenwärtige Project ist eine wesentliche Verbesserung. Es soll nämlich die Fahrbahn in voller Breite eröffnet werden und gleichzeitig auch der Fußweg in einer langen Strecke, so daß also diese Einsenkung, welche gegenwärtig nur durch Stiegen zu erreichen ist, beseitigt wird und nur ein ganz kleiner Theil, der im Plane grün lasiert ist, übrig bleibt. Der ganze Theil von diesen grün lasierten Flächen angefangen bis zur Gemeindegasse, resp. Barawitzkagasse würde schon so hergestellt, daß der Fußweg unmittelbar neben die Fahrbahn zu liegen kommt. Auch soll überall das tieferliegende Trottoir nächst den Häusern Nr. 1 in der Hohewartgasse und Nr. 26, 28, 30 Gemeindegasse auf das richtige Niveau gehoben werden, so daß auch dort die Straße in der ganzen zukünftigen Breite hergestellt würde. Selbstverständlich sind hiemit sehr viele Auslagen verbunden, und die Verkehrs-Commission ist auch bereit, diese Auslagen auf sich zu nehmen. Es wird nothwendig sein, gewisse Gründe einzulösen, gewisse Baulichkeiten zu demolieren, zurückzurücken oder umzubauen, um die Verbreiterung in der ganzen Strecke herzustellen. Die Eigenthümer dieser von mir wiederholt erwähnten Häuser Nr. 1 in der Hohewartgasse, Nr. 26, 28, 30 Gemeindegasse sind zwar durch einen beim Baue aufgenommenen Revers gebunden, daß, wenn das Trottoir seinerzeit höher gelegt wird, sie auf eigene Kosten die Adaptierung vornehmen, um die Häuser dem neuen Trottoir anzupassen; allein die Projectierung dieser Straße, wie die Verkehrs-Commission sie plant, ist eine noch weitere Verbesserung. Es soll nämlich das Niveau noch um 90 cm mehr gehoben werden, als ursprünglich angenommen wurde. Die Hauseigenthümer sind noch mehr geschädigt und werden jedenfalls Ersatzansprüche stellen. Die Verkehrs-Commission ist bereit, etwaige Ersatzansprüche, welche die Hauseigenthümer stellen, auf sich zu nehmen und die Gemeinde klag- und schadlos zu halten. Die Verkehrs-Commission ist ferner auch an die Gemeinde herantreten, daß die Parcellen, welche durch die Verbreiterung in Anspruch genommen werden, von der Gemeinde unentgeltlich überlassen werden. Das ist im Sinne des Programmes und des Übereinkommens und es ist dagegen nichts einzuwenden. Selbstverständlich bleiben die Parcellen Eigenthum der Gemeinde und werden nur dadurch verändert, daß die Straße höher gelegt wird. Die Anträge, welche der Stadtrath demzufolge stellt, lauten (liest):

„Es sei dem von der k. k. Bauleitung für die Section Vorortelinie der Wiener Stadtbahn vorgelegten, mit der Zuschrift vom 15. Februar 1894, Nr. 146, erläuterten Alternativ-Projecte für die Herstellung der Rampe für die Hohewartgasse unter nachstehenden Bedingungen zuzustimmen:

1. Sämmtliche durch die Ausführung dieses Alternativ-Projectes erforderlichen Arbeiten und Herstellungen, sowie Einlösungen von Privatgründen und Objecten hat das Bahnunternehmen auf eigene Kosten zu bewerkstelligen;

2. die für die Durchführung des Alternativ-Projectes in Anspruch genommenen städtischen Gründe Cat.-Parc. 31/3 und 446 Unter-Döbling, dann 988 Ober-Döbling (für die Anlage von Straßendämmen), ferner Cat.-Parc. 938/1, 938/2, 990/1 und 991 Ober-Döbling (für die Herstellung des neuen Straßenniveaus)

werden dem Bahnunternehmen für die bezeichneten Zwecke zur Verfügung gestellt, diese Gründe haben jedoch im Eigenthum der Gemeinde Wien zu verbleiben;

3. die weiters für die Anlage von Straßendämmen erforderlichen, nach Punkt 1 von dem Bahnunternehmen auf seine Kosten einzulösenden Privatgründe, sowie die Gründe von den eingelösten Objecten, insoweit dieselben in die öffentliche Straße fallen, sind der Gemeinde Wien unentgeltlich und lastenfrei zu übergeben;

4. hinsichtlich etwaiger von den Eigenthümern der Häuser Dr.-Nr. 1 Hohewartgasse, Dr.-Nr. 26, 28 und 30 Gemeindegasse diesbezüglich erhobener Entschädigungsansprüche hat das Bahnunternehmen die Gemeinde Wien klag- und schadlos zu halten.

Weiters sei die Trace des in Ausführung begriffenen Canalbaues in der Hohewartgasse aus der Straßenmitte auf die projectierte Straßenverbreiterung längs des Hauses Nr. 2 Hohewartgasse zu genehmigen“

Ich bitte, diese Anträge anzunehmen.

Ich habe die Ehre, außerdem noch mitzutheilen, daß der Stadtrath das Stadtbauamt beauftragt hat, wegen der weitergehenden Regulierung dieser Strecke gegen Ober-Döbling hin eine weitere Vorlage zu machen, so daß die Regulierung dieser Einsattelung noch auf eine weitere Strecke durchgeführt wird. Ich bitte Sie nochmals, den Antrag des Stadtrathes anzunehmen.

Gem.-Rath Steiner: Meine Herren, ich habe mich zum Worte gemeldet, nicht um in technischer Beziehung etwas zu bemerken, sondern bezüglich der Enteignungsvorschläge und Einlösungen, wie nämlich von Seite derjenigen Herren, welche die Einlösung vorzunehmen haben, vorgegangen wird. Anfangs ist die Sache so ziemlich glatt gegangen; im vorigen Herbst, nämlich schon im October, wurde verschiedenen Grundbesitzern in Unter-Heiligenstadt die Enteignungsurkunde übersendet, und die Betreffenden haben mit Rücksicht darauf, daß sie Gärtner sind und sich rechtzeitig um andere Grundstücke umsehen müssen, andere Gründe gekauft und müssen also seit Herbst ihr investiertes Capital verzinzen, ohne daß bis heute von der Verkehrs-Commission die Einlösung vorgenommen worden wäre. Ich halte dies für ungerecht. Wenn man schon auf Enteignung dringt, muß man auch den Grund abkaufen und das Geld ausfolgen. Mir sind unzählige derartige Beschwerden zugekommen. Nachdem aber der Herr Referent auch heute sagt, daß neuerdings Einlösungen vorkommen, erlaube ich mir, noch eines zu bemerken. Es ist dadurch, daß die Bahn in einem so tiefen Einschnitte geführt wird, und daß die Verkehrs-Commission jetzt den Canal in der Silberstraße baut, nahezu ganz Unter-Döbling entwässert, und ich habe mich schon an verschiedene Stellen gewendet, ohne ein Resultat zu erfahren, wohin sich die Leute diesfalls wenden sollen. Die meisten Hausbesitzer betreiben Landwirtschaft und leiden jetzt an Wassermangel; ganz Unter-Döbling hat nur zwei Auslaufbrunnen. Ich erlaube mir daher an den Herrn Bürgermeister und die Herren, welche der Verkehrs-Commission angehören, die Bitte, auf die circulierende Petition der Hausbesitzer, welche eine Entschädigung von der Verkehrs-Commission oder der Direction der Staatseisenbahnen beanspruchen, im Interesse der Bevölkerung Rücksicht zu nehmen.

Bürgermeister: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet, hat der Herr Referent noch etwas zu bemerken?

Referent: Nachdem gegen das Referat selbst nicht angekämpft wurde, habe ich keine weitere Bemerkung zu machen.

Bürgermeister: Diejenigen Herren, welche mit dem Referenten-Antrage einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschlecht.) **Angenommen.**

Beschluss: Dem von der k. k. Bauleitung für die Section Vorortelinie der Wiener Stadtbahn vorgelegten, mit der Zuschrist vom 15. Februar 1894, Nr. 146, erläuterten Alternativ-Projecte für die Herstellung der Rampe für die Hohewartgasse unter nachstehenden Bedingungen wird zugestimmt:

1. Sämmtliche durch die Ausführung dieses Alternativ-Projectes erforderlichen Arbeiten und Herstellungen, sowie Einlösungen von Privatgründen und Objecten hat das Bahnunternehmen auf eigene Kosten zu bewerkstelligen.

2. Die für die Durchführung des Alternativ-Projectes in Anspruch genommenen städtischen Gründe, Cat. = Parc. 31/3 und 446 Unter-Döbling, dann 988 Ober-Döbling (für die Anlage von Straßendämmen), ferner Cat. = Parc. 938/1, 938/2, 990/1 und 991 Ober-Döbling (für die Herstellung des neuen Straßenniveaus) werden dem Bahnunternehmen für die bezeichneten Zwecke zur Verfügung gestellt, diese Gründe haben jedoch im Eigenthume der Gemeinde Wien zu verbleiben.

3. Die weiters für die Anlage von Straßendämmen erforderlichen, nach Punkt 1 von dem Bahnunternehmen auf seine Kosten einzulösenden Privatgründe, sowie die Gründe von den eingelösten Objecten, insoweit dieselben in die öffentliche Straße fallen, sind der Gemeinde Wien unentgeltlich und lastenfrei zu übergeben.

4. Hinsichtlich etwaiger von den Eigenthümern der Häuser Dr.-Nr. 1 Hohewartgasse, Dr.-Nr. 26, 28 und 30 Gemeindegasse diesbezüglich erhobener Entschädigungsansprüche hat das Bahnunternehmen die Gemeinde Wien klag- und schadlos zu halten.

Weiters wird die Trace des in Ausführung begriffenen Canalbaues in der Hohewartgasse aus der Straßenmitte auf die projectierte Straßenverbreiterung längs des Hauses Nr. 2 Hohewartgasse genehmigt.

17. Referent Gem.-Rath Sturm: Z. 2153. Die k. k. Transactions-Abtheilung ersucht um Auflassung zweier Straßen bei den Baublöcken Nr. XXI C, XXII C und XXIII C in der Donaufstadt. Diese Baublöcke sind in dem Dreieck zwischen der Ausstellungsstraße und der Kronprinz Rudolfstraße gelegen. Die Transactions-Abtheilung hat nämlich früher beabsichtigt, die Artillerie-Kaserne weiter unterhalb der Meierei in der Kriean anzulegen.

Nun ist dieses Terrain dort sehr unzugänglich. Die Herren wissen, dass die Meierei in der Kriean in der Vorgartenstraße die Zufahrt sehr erschwert, dass außerdem die Verbindungsbahn von der Donaufstadtklinie auch noch in diese Gegend hinzukommt.

Es ist also von der Transactions-Abtheilung angestrebt, die Artillerie-Kaserne weiter hinauf zu legen auf das von mir erwähnte Delta, und zwar unmittelbar anschließend an die Vorgartenstraße und hinüberreichend zur Engerthstraße.

Es sind dies hier die drei mit c bezeichneten Baublöcke, welche die Transactions-Abtheilung behufs Erbauung der Artillerie-Kaserne

dieselbst vereinigen wollte. Nun hätte man zwei Straßen auflassen müssen, die mit A und B bezeichnet sind, allerdings die Hauptverkehrsstraßen, die Ausstellungs- und Kronprinz Rudolfstraße. Aber auch innerhalb dieses Complexes ist es jedenfalls wünschenswert, dem Localverkehre möglichst viel Straßen zu erhalten, und insbesondere ist die Straße A von hoher Wichtigkeit, weil sie bis über den Praterstern hinausgeführt ist und eine sehr schöne Verbindung gegen die Lagerhäuser der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft herstellt.

Nach langwierigen Verhandlungen hat sich endlich die Transactions-Abtheilung bereit erklärt, das Project umzuarbeiten, um zu sehen, ob es nicht möglich ist, mit der Auflassung der Straße B, beziehungsweise mit der Vereinigung der beiden Baublöcke, die an der Straße gelegen sind, auszukommen und in diesem Sinne wird auch vom Stadtrathe der Antrag gestellt, es möge die Zustimmung zur Auflassung der Straße B gegeben werden. Der Antrag des Stadtrathes lautet folgendermaßen:

„Genehmigung der Auflassung des Straßenstückes B.

An die Straßenauflassung wäre keine weitere Bedingung zu knüpfen, beziehungsweise der Donauregulierungs-Commission, welche die Straßen wohl abgeschrieben, aber nicht übergeben hat, wegen Hinwegfalles des Titels der Erwerbung die weitere Verfügung über die Straßenfläche als Baugrund ohne Entgelt an die Gemeinde zuzugestehen.“

Ich bitte um die Annahme dieses Antrages.

Bürgermeister: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Der Antrag ist **angenommen.**

Beschluss: Genehmigung der Auflassung des Straßenstückes B.

An die Straßenauflassung wird keine weitere Bedingung geknüpft, bezw. der Donauregulierungs-Commission, welche die Straßen wohl abgeschrieben, aber nicht übergeben hat, wegen Hinwegfalles des Titels der Erwerbung die weitere Verfügung über die Straßenfläche als Baugrund ohne Entgelt an die Gemeinde zugestanden.

18. Referent Gem.-Rath Josef Müller: Ich habe die Ehre, das Referat über die Beilage, Zahl 77, zu erstatten. Der Antrag des Stadtrathes bezieht sich auf eine Baulinienbestimmung für die Realität Nr. 49 der Wienerstraße in Heiligenstadt und noch auf zwei Realitäten die Catastral-Parcelle 581 und 580.

In dieser Gegend von Heiligenstadt, zwischen der Wienerstraße, Rufsborferstraße und Johannesgasse, sind bereits früher vom Ministerium mehrere Baulinien bestimmt worden. Aus Anlass einer Eingabe um Baulinienbestimmung bei dem Hause Nr. 31 ist am 25. November eine Baulinienbestimmung seitens des Bauamtes vorgenommen worden und hat auch diesbezüglich an Ort und Stelle eine Commissionierung stattgefunden. Die Realität Nr. 3, für welche zuerst um die Baulinienbestimmung angefragt wurde, ist eine langgestreckte Realität, welche von der Grinzingerstraße gegen die Straße I führt.

Bei diesem Anlasse haben sich sämmtliche Anrainer gegen die Bestimmung der Baulinie nach dem Bauamts-Antrage, wie sie hier im Plane mit Strichpunkten eingezeichnet ist, ausgesprochen, und zwar aus dem Grunde, weil eine derartige Baulinienbestimmung, welche so viele Straßen in sich enthält, die Realitäten zu viel durchschneiden würde, für die dort befindlichen Realitäten von Nachtheil wäre und den Charakter der Sommerfrische schädigen würde.

Aus diesem Grunde hat auch der Eigenthümer des Hauses Nr. 31 seine Eingabe zurückgezogen; es ist daher damals kein Anlaß vorhanden gewesen, das Ansuchen um Baulinienbestimmung dem Gemeinderathe vorzulegen. Es wurde aber schon damals principiell ausgesprochen, daß, wenn es sich um Baulinienbestimmung in dieser Gegend handelt, dieselben nur für jene Theile vorgenommen werden sollen, für welche sie unbedingt nothwendig sind, damit man nicht dem General-Regulierungsplane, welcher in der nächsten Zeit zu erhoffen ist, vorgreife.

Nun sind zwei neue Bauliniengesuche eingelangt, und zwar für die Realität Cat.-Parc. 80, 81 und 82 an der Wienerstraße Dr.-Nr. 49, und für die Parcellen 581 und 580, welche sich von der Johannesgasse bis zur Rußsdorferstraße erstrecken. Nach dem vorangeführten Princip, in dieser Gegend so wenig als möglich an Baulinien zu bestimmen, um dem General-Regulierungsplane nicht vorzugreifen, wurden nur diejenigen Straßen zur Bestimmung vorgeschlagen, welche unbedingt nothwendig sind, um eine Verbaunung auf dieser Realität ausführen zu können. In der Wienerstraße, welche die Realität 49 tangiert, wo selbst die Baulinie bestimmt werden soll, sind bereits vom Ministerium die Baulinien theilweise bestimmt worden, und zwar merkwürdigerweise nur in einzelnen Theilen dieser Straße, so daß die Baulinie in der Wienerstraße von der Straße I bis zur Kahlenbergerstraße bestimmt worden ist, ebenso die Baulinie zwischen der verlängerten Herrngasse und Grinzingerstraße, so daß nunmehr es sich um die Bestimmung der Baulinie in der Wienerstraße in dem Theile zwischen der verlängerten Herrngasse und Straße I handelt. Diese Baulinie soll derart bestimmt werden, daß sie dieselbe Breite erhält, wie die bereits ministeriell genehmigten Anschlüsse aufwärts und abwärts, das ist 15·17 m, oder 8°. Ferner wurde neu bestimmt, daß beiderseits Vorgärten in einer Breite von 5 m hergestellt werden sollen. Infolge der Bestätigung der ministeriell genehmigten Baulinien ist die Baulinie für die Realität Nr. 49 an der Wienerstraße gegeben. Es hat sich nun darum gehandelt, ob infolge dieser Baulinieneingabe auch die Linie auf der anderen Seite der Realität bestimmt werden soll, das ist im sogenannten „Springriedelweg“ und an der Straße I. Das Bauamt und die Interessenten erklärten, daß die Baulinienbestimmung dieser Straßen derzeit nicht nothwendig sei, weil nur auf der Realität Dr.-Nr. 49 eine einzelne Villa inmitten des Parkes gebaut werden soll, daher keine Parcellierung vorliegt.

Es wird der Antrag gestellt, von der Bestimmung der Baulinien für die Straße I und den Springriedelweg derzeit Umgang zu nehmen. Die Erbauung der Villa auf der Realität Dr.-Nr. 49 wird unter der Bedingung genehmigt, daß der zur Verbreiterung der Wienerstraße entfallende Grund abgetreten gegen die Straße eine Einfriedung auf Kosten des Eigenthümers hergestellt wird.

Bezüglich der Baulinie der Catastral-Parcellen 581 und 580 wird bemerkt, daß sowohl an der Rußsdorferstraße, wo die Realität angrenzt, als an der Johannesgasse bereits ministeriell genehmigten Baulinien bestehen und festgehalten werden, an denen auch bereits Bauten bestehen. Es ist nur neu hinzugekommen, daß Vorgärten längs dieser Baulinien auszusparen sind, und zwar an der nördlichen Seite, an der Rußsdorferstraße in einer Breite von 4 m, an der Johannesgasse von 5 m.

Das waren die principiellen Anschauungen, welche für die Baulinienbestimmung maßgebend waren, und ich ersuche Sie daher,

dem Antrage des Stadtrathes zuzustimmen, welcher Ihnen in der Beilage Nr. 77 vorliegt.

Bürgermeister: Keine Einwendung? — **Angenommen.**

Beschluß: 1. Für die Wienergasse werden bei einer Straßenbreite von 15·17 m die Linien A K' L' P einerseits und M' N' Q' andererseits als Baulinien bestimmt, und sind mit Ausschluß der Realität Dr.-Nr. 43 Wienergasse beiderseits 5 m breite Vorgärten herzustellen, wobei die Vorgartenbreite in der Strecke K' L' derart festzusetzen ist, daß bei Neubauten in der Vorgartenlinie keine Verminderung der derzeit bestehenden Straßenbreite der Wienerstraße eintritt.

2. Auf eine Baulinienbestimmung für die Straße I, dann den Springriedelweg wird dermalen nicht eingegangen.

3. Für die Rußsdorferstraße werden unter Beibehaltung der ministeriell genehmigten Baulinie in der Strecke a b c 4 m breite Vorgärten auf der Südseite genehmigt.

4. Für die Johannesgasse werden in der Strecke Z' V' V' unter Beibehaltung der ministeriell genehmigten Baulinie die mit 1·89 m Breite bestimmten Vorgärten in einer solchen von 5 m herzustellen sein.

5. Das Niveau für die Wienergasse wird nach den im Plane eingetragenen Coten genehmigt.

6. Bezüglich der Verbaunung wird im Sinne des § 82 B.-D. bestimmt, daß in den sub 1, 3, 4 angeführten Straßen entweder nur einzelnstehende oder nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse gruppenweise freistehende Wohnhäuser errichtet werden dürfen, bei welchen die Breite der bestimmten Vorgärten als Minimalabstand von der Baulinie zu gelten hat.

7. Es wird die principielle Zustimmung zur Erbauung einer Villa mitten im Parke auf der Realität Dr.-Nr. 49 Wienergasse mit dem Bemerkten ertheilt, daß der zur Verbreiterung der Wienergasse — wofelbst nach der vorliegenden Erklärung eine stabile Einfriedung hergestellt werden soll — von obiger Realität entfallende Grund sofort nach Herstellung der Einfriedung gebühren- und lastenfrei an die Gemeinde Wien abgetreten werden muß.

Bürgermeister: Wir schreiten jetzt zur Erledigung der 92er Stücke, welche auf der heutigen Tagesordnung sind.

19. Referent Gem.-Rath Josef Müller: Zahl 2166. Es handelt sich um eine Risalitanlage bei der Realität des Georg und der Marie Oberhauser im XVI. Bezirke an der Ecke der Liefelberggasse Nr. 34. Auf dieser Realität, welche die Ecke der Liefelberggasse und Wilhelminenstraße bildet, ist bereits ein ein Stock hohes Haus erbaut, und es soll auf dieses Haus ein zweiter Stock aufgesetzt werden.

Bei dieser Gelegenheit hat sich herausgestellt, daß dieses einstöckige Gebäude über die Baulinie an der Ecke mit zwei Risaliten herüberraagt, und zwar mit einer ganz unbedeutenden Fläche. Der Vorsprung beträgt 7 cm, so daß die ganze Fläche nur 0·42 m² ausmacht.

Ich will über den Rechtsstandpunkt hier nichts erwähnen, ob es auch in der Ordnung ist, daß man von einem bereits bestehenden Hause, wo Risalite früher genehmigt worden sind, be-

rechtigt ist, eine gewisse Gebühr dafür zu verlangen, aber nachdem sich der Betreffende einverstanden erklärt hat, für diese Inanspruchnahme von Straßenflächen für sein Haus eine Entschädigung von 5 fl. 4 kr., das sind 12 fl. per Quadratmeter, zu bieten, so habe ich weiter darüber nichts zu reden, und ersuche um die Annahme.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (den Vorsitz übernehmend): Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich. — Die Schriftführer constatieren die Anwesenheit von 100 Mitgliedern des Gemeinderathes.)

Ich bitte jene Herren, welche mit dem Antrage des Referenten einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Einstimmig angenommen.

Beschluss: Der zur Nisalitranlage beim Hause Nr. 34 Lienfelder-gasse, Ottakring, erforderliche Grund per 0.42 m² wird um den Betrag von 5 fl. 4 kr., d. i. 12 fl. per Quadratmeter, an Georg und Marie Oberhauser käuflich überlassen.

20. Referent Gem.-Rath Josef Müller: Weiters erlaube ich mir zu referieren über den Antrag Zahl 2390. Es handelt sich hier ebenfalls um die Inanspruchnahme von Straßengrund zu Zwecken von Nisalitherstellungen, und zwar an der sogenannten Dornier-Realität in Hernals. Das ist jene Realität, welche die Ecke der Kirchengasse mit dem Elterleinplatz einerseits und der Schulgasse andererseits bildet.

Es ist diesbezüglich bereits im Gemeinderathe referiert worden, und zwar deshalb, weil der Eigentümer diesen Bau in zwei Bauperioden durchführen wollte und diesbezüglich den Bauplan für die Hälfte der ersten Bauperiode eingereicht, wobei durch den Gemeinderath die Inanspruchnahme einer Fläche für einen Nisalitvorsprung gegen 50 fl. Entschädigung gewährt worden. Er hat nun den Plan zurückgezogen, nachdem er die ganze Realität in einem umbauen und an diesem Hause fünf Nisalitvorsprünge machen will, und zwar je zwei an der Ecke der Kirchengasse und des Elterleinplatzes einerseits und der Schulgasse andererseits, und einen Nisalitvorsprung in der Kirchengasse. Diese Nisalitvorsprünge ragen nur 15 cm über die genehmigte Baulinie, und er benöthigt daher im ganzen für alle fünf Nisalite eine Fläche von 3.55 m². Das erstemal ist eine Entschädigung von 50 fl. beschloffen worden, und auch diesmal wird der Preis von 50 fl. per Quadratmeter geboten, was zusammen 177 fl. 50 kr. beträgt.

Der Stadtrath stellt daher den Antrag, der Überlassung dieser Fläche für die Nisalite gegen diese Entschädigung zuzustimmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Ich bitte jene Herren, welche dem Referenten-Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) Einstimmig angenommen.

Beschluss: Der zur Anlage von fünf Nisaliten beim Hause Nr. 73 Hernalscher Hauptstraße, XVII. Bezirk, erforderliche Grund per 3.55 m² wird um den Preis von 50 fl. per Quadratmeter, d. i. um den Betrag von 177 fl. 50 kr., käuflich überlassen.

21. Referent Gem.-Rath Josef Müller: Ich habe weiters Bericht zu erstatten zum Stadtraths-Antrage Zahl 81. Es ist ein gewisser Eduard Horn um käufliche Überlassung von Baustellen in der Baumgartener Schloßpark-Realität im XIII. Bezirke eingeschritten, und zwar bezüglich der Baustellen 47 bis 51 und 53 bis 55. Auf der Rückseite des gedruckten Antrages ist

der Plan gezeichnet. Diese Baustellen, neun an der Zahl, liegen an der verlängerten Bahngasse einerseits, erstrecken sich andererseits bis an die Westbahn und haben eine Frontlänge von 15 m und einen Flächeninhalt, welcher zwischen 915 und 1062.17 m² variiert.

Aus diesem Verhältnisse ist zu ersehen, daß diese Baustellen eine bedeutende Tiefe haben müssen, nachdem sie nur 15 m Front, dagegen über 1000 m² Fläche haben. Die Tiefe beträgt an der Baustelle 55 bis 60 m und an einer anderen Baustelle circa 70 m.

Es ist weiter in Betracht zu ziehen, wie die einzelnen Baustellen der Baumgartener Schloßpark-Realität seitens der Gemeinde bereits verkauft worden sind. Es liegt hier ein Plan vor, in welchem die Kaufpreise eingezeichnet sind. Die gegenüberliegenden Baustellen 29 bis 38 sind durchschnittlich mit 1 fl. 70 kr. verkauft worden, einige mit 2 fl. 20 kr. Vor ganz kurzer Zeit ist ein Referat erstattet worden, demgemäß eine Baustelle, die viel ungünstiger gelegen ist, und zwar an der Straße 1, weil sie ziemlich verschnitten ist, mit 2 fl. verkauft worden ist. Es ist seinerzeit eine Schätzung verlangt worden. Diese Schätzung ergab, daß der für diese Baustellen angelegte Preis von 2 fl. als genügender angesehen werden muß. Der Selbstkostenpreis dieser Baustellen beträgt 1 fl. 52 kr. Es ist dies nämlich jener Betrag, der nebst dem investierten Capital auch die Interzalarzinsen und andere Gebühren in sich schließt. Die Wertsteigerung beträgt circa 30 Percent.

Diese neun zum Verkaufe vorgeschlagenen Baustellen haben ein Gesamtausmaß von 8019.25 m². Diefür ist der Preis von 2 fl. per Quadratmeter, das ist 16.038 fl. 50 kr., geboten worden.

Es schien jedoch dem Stadtrathe dieser Preis etwas zu gering, umsomehr, als ja höhere Beträge in dieser Gegend erzielt worden sind und es wurde der Beschluß gefaßt, 2 fl. 25 kr. per Quadratmeter zu verlangen, was den Betrag von 18.042 fl. 81 kr. ausmacht. Es hat sich der Käufer dem angeschlossen und bietet der Gemeinde diesen Betrag von 18.042 fl. 81 kr.

Ich möchte noch bemerken, daß die Schloßpark-Realität nur gekauft worden ist, um dieselbe, nachdem sie parcelliert ist, zu verkaufen. Ein weiteres Interesse, als daß die Verbauung stattfindet, ist, daß die Gemeinde in Baumgarten eine große Realität besitzt, die Casino-Realität, welche nur Nutzen davon zieht, wenn eine Verbauung in dieser Gegend stattfindet. Der Stadtrath stellt daher den Antrag, wie er in Beilage Nr. 81 vorliegt. Derselbe lautet (liest):

„Es seien dem Eduard Horn die Baustellen 47 bis 51, 53 bis 55 der Schloßpark-Realität in Baumgarten im Gesamtausmaße von 8019.25 m² um den Einheitspreis von 2 fl. 25 kr. per Quadratmeter käuflich zu überlassen gegen Einhaltung der Vorschrift für den Verkauf der durch die Parcellierung der Schloßpark-Realität in Ober-Baumgarten entstandenen Baustellen mit der Verpflichtung, binnen drei Jahren an die Verbauung dieser Baustellen zu schreiten. Diese Verpflichtung ist als Reallast auf den zu erwerbenden Baustellen zu Gunsten der Gemeinde sicherzustellen.“

Ich ersuche Sie um die Annahme des Antrages.

Gem.-Rath Brauneis: Ich kann mich mit diesem Preise von 2 fl. 25 kr. per Quadratmeter nicht einverstanden erklären. Es sind diesbezüglich an mehrere Collegen von unserer Seite Zuschriften aus Hütteldorf ergangen, worin aufmerksam gemacht wird, daß das eine Grundverschleuderung ist, daß in Hütteldorf an ganz abseits gelegenen Plätzen der Quadratmeter mit 3 fl. 50 kr. verkauft worden ist.

Ich glaube, meine Herren, daß das kein so großer Preis ist, als daß wir die Gründe so schnell abstoßen müssen. Um 2 fl. 25 kr. werden wir die Gründe in Baumgarten immer verkaufen können, zumal diese Gründe in einer noch besseren Lage sind; es gibt dort Gründe, die in minderere Lage sind, die tiefer liegen, die wir jedenfalls billiger hergeben müssen. Ich kann mich durchaus nicht einverstanden erklären, daß man um diesen billigen Preis diese Gründe abgeben soll. (Bravo! links.)

Gem.-Rath v. Götz: Ich habe schon wiederholt bei Gelegenheit des Verkaufes der Schloßspark-Realität Gelegenheit gehabt, über diese Angelegenheit zu sprechen, und ich möchte nur mit kurzen Worten noch einiges hervorheben.

Der Herr Referent hat bereits auseinandergesetzt, aus welchem Grunde die Preise für diese Grundstücke entsprechend sind: weil erstens eine ganz kleine Front von 15 m und zweitens die Tief-lage sehr bedeutend ist.

Etwas wurde aber vom Herrn Referenten nicht erwähnt, was auch ausschlaggebend ist, und das ist, daß über sämtliche Grundstücke die Albertinische Wasserleitung geführt ist, infolge dessen auf den Grundstücken eine Servitut lastet. Daß das nicht zur Erhöhung des Preises der Grundstücke beitragen kann, werden die Herren erklärlich finden. Außerdem möchte ich noch Folgendes hervorheben: die vormalige Gemeinde Baumgarten hat die Realität einzig zu dem Zwecke gekauft, um eine raschere Verbauung und Ansiedlung möglich zu machen.

Aus demselben Grunde wurde von Seite des Stadtrathes auch der Antrag acceptiert, daß, wenn die Gründe verkauft werden, sie innerhalb drei Jahren verbaut werden müssen, um der Grundspeculation vorzubeugen. Wenn sie berücksichtigen, daß die Grundstücke der Gemeinde Wien 1 fl. 46 kr. per Quadratmeter kosten und man heute für die Grundstücke, die die schlechtesten im Schloßparke sind, 2 fl. 50 kr. bekommt, also mehr als 50 Percent Mehrerträgnis, so kann das Geschäft nicht ein schlechtes genannt werden. Der geehrte Herr Vorredner ist jedenfalls nicht draußen gewesen und hat sich die Situation nicht angesehen, sonst könnte er nicht behaupten, daß Baustellen dort sind, die schlechter sind wie diese. Diese haben erstens die unangenehme Servitut, daß die Albertinische Wasserleitung über sämtliche Grundstücke geht, außerdem 70 m Tiefe bei 15 m Front; dann sind sie unmittelbar an der Bahn gelegen und haben daher vom Rauche u. s. w. der verkehrenden Züge zu leiden. Dementsprechend ist der Preis von 2 fl. 25 kr. ganz genügend. Es ist gewiß etwas ganz anderes, wenn ein Privater einen größeren Besitz hat oder wenn die Commune Wien einen solchen hat. Ein Privater hat ganz recht, wenn er mit dem Grundbesitz speculiert, weil in dem Momente, wo er den Grundbesitz verkauft, das Geschäft bei ihm zu Ende gegangen ist. Bei der Gemeinde Wien ist ein anderes Verhältnis. Die Gemeinde hat außer dem Gewinne beim Grundverkauf, wenn die Verbauung eintritt, noch das Erträgnis der Umlagen und der Zinskreuzer, wodurch ein fortwährender Gewinn für die Gemeinde resultiert, abgesehen davon, daß durch die Verbauung die Gewerbsleute einen Gewinn haben und andere sich leichter im Orte ansiedeln.

Ich bitte also die Herren, im Interesse der Entwicklung des Ortes dem Antrage des Herrn Referenten zuzustimmen.

Gem.-Rath Wihelsberger: Meine Herren! Es sind bereits vier Jahre vorüber, seitdem die Gemeinde Baumgarten die Parcellierung der Schloßspark-Realität vorgenommen hat und damals war das Bestreben der Gemeinde Baumgarten, wie der unmittelbare

Herr Vorredner erwähnt hat, darauf gerichtet, diese Baustellen rasch zur Verbauung zu bringen. Während der ganzen vier Jahre war es nicht möglich, die Gründe theurer zu verkaufen.

Es war überhaupt nicht möglich, die Gründe zu verkaufen; die Gemeinde hat noch 83 Baugründe dort und wenn Sie für diese Gründe in Baumgarten, welche seinerzeit nichts anderes als eine Au waren, unmittelbar anstoßend an die Schloßspark-Realität, 8 fl. per Quadratflaster bekommen, es ist nicht viel, aber hinlänglich genug; mehr werden Sie nicht kriegen. Wollen Sie denn die Gründe noch länger liegen lassen? Vier Jahre warten die Gründe auf die Verbauung und wenn nur der Anfang mit der Verbauung gemacht wird — es sind im ganzen 15 Baupläge verbaut, 83 sind noch zu verbauen — so muß man doch im Interesse des betreffenden Bezirkstheiles trachten, daß die Baupläge verbaut werden und ich möchte die Herren von der Opposition recht sehr bitten, die Animosität gegen die Gemeinde Baumgarten endlich fallen zu lassen. So oft ein Antrag, die Gemeinde Baumgarten betreffend, kommt, kommt jedesmal ein Contra-Antrag. Ich bitte, den Antrag des Herrn Referenten anzunehmen.

Gem.-Rath Steiner: Der unmittelbare Herr Vorredner hat die Minorität apostrophiert, die Animosität gegen Baumgarten endlich einmal fallen zu lassen. Ich erkläre aber gleich, daß nicht Animosität gegen den Baumgartener Park mich veranlaßt, das Wort zu ergreifen, sondern daß ich mich überzeugt habe, daß dieser Grund thatsächlich zu billig verkauft wird. Wie vor kurzem auch ein Grund dieser Schloßspark-Realität verkauft wurde, wollte ich schon dagegen sprechen, aber man hat mich aufmerksam gemacht und gesagt: „Lass' es geh'n, den fressen ohnehin die Gelsen!“ Das ist aber nicht richtig. Wenn die Wien reguliert ist, werden die Gründe im Werte steigen. Wenn der Herr St.-R. v. Götz bemerkt, daß ein Privater eben speculiert, so sage ich: nun, wir können ja auch speculieren, und es wird nicht lange dauern, so werden die Preise steigen. Wir müssen theueres Geld für Beleuchtung und Canalisierung ausgeben, und der Meter kommt ohnehin schon auf 1 fl. 46 kr., so daß der Profit, den die Gemeinde hätte, kein so großer ist. Wenn ein Vertreter des XIII. Bezirkes meint, es liege darauf die Servitut der Albertini'schen Wasserleitung, so sage ich: die Leitung wird offenbar durch die Gärten gehen, also die Verbauung nicht hindern. Ich glaube daher, der Ankauf der Schloßspark-Realität war überhaupt ein verfehltes Project der früheren Gemeinde, und ich habe schon öfters gesagt und wiederhole es jetzt wieder, wir werden nicht viel dabei gewinnen, aber jedenfalls das Capital genügend verzinsen und eine Erhöhung des Verkaufspreises erzielen können. Ich stimme daher gegen den Referenten-Antrag.

Gem.-Rath Bärkl: Meine Herren! Mich leitet auch nicht die Animosität gegen den Verkauf. Der Herr Referent hat darauf hingewiesen, daß bei einem Mehrbetrage von 25 kr. per Quadratmeter 1800 fl. mehr herauskommen, und glauben Sie nicht, daß wir in kurzer Zeit wieder um 25 kr. per Quadratmeter, also zusammen wiederum um 1800 fl. mehr bekommen werden? Der Anfang ist ja schon gemacht. Wenn die Commune etwas billig in den Händen hat, warum soll sie es wieder so billig hergeben? Übrigens wird dieser Platz nicht vor drei Jahren verbaut werden, und Sie können ihn also entschieden noch theurer verkaufen.

Wenn dann noch auf die Wohnungsnoth hingewiesen wird, so ist das auch nicht richtig. Sogar in Wien sind 12 bis 14.000 Wohnungen frei; es wird also draußen auch die Noth an

Wohnungen nicht so groß sein. Warten wir demnach ein bis zwei Jahre. Wenn Sie den Plan ansehen, so finden Sie ganz nette Abtheilungen, die besser verkauft werden könnten. Ich rathe Ihnen also entschieden von diesem Verkaufe ab, und bitte Sie, zu warten, bis wir noch vielleicht um 25 kr. mehr bekommen. Ich bin daher auch gegen den Verkauf.

Gem.-Rath Taubler: Meine Herren! Ich bin der Anschauung, ja der innersten Überzeugung, daß wir mit dem Verkaufe dieser Baumgartener Schloßpark-Parcellen durchaus keine Eile haben. (Rufe links: So ist es!) Diese Realität ist eigentlich ein großer Park, sie ist bereits parcelliert, mit Straßen, Beleuchtung zc. versehen, und diese Gründe brauchen Sie heute nicht mit 8 fl. per Quadratflaster zu verschleudern, sondern wir werden in kurzer Zeit das Doppelte dafür bekommen. Wir haben also durchaus keinen Grund, uns zu beeilen, und ich glaube, wenn ein Vertreter in Besorgnis für seinen Bezirk ist, daß er recht rasch verbaut werde, und uns daher zum Verkaufe drängen will, so dürfen wir uns dadurch gar nicht bestimmen lassen, den Grund um einen so unbedeutenden Preis herzugeben. Die Herren haben sich geweigert, als es sich um eine Area von 6000 m² handelte, dieselbe mit 2 fl. herzugeben, Sie werden daher doch nicht diese Parcellen um 2 fl. 25 kr. verkaufen.

Ich empfehle Ihnen daher, diesen Antrag nicht anzunehmen, weil Sie sich bei so vielen Anträgen, welche uns in dieser Richtung schon gestellt wurden, später überzeugt haben, daß es sehr gut war, sie nicht anzunehmen, und zwar im eminentesten Interesse der Gemeinde. (Beifall links.)

Gem.-Rath Gregorig: Nach den Ausführungen des geehrten Herrn Vorredners habe ich nichts mehr zu sprechen.

Gem.-Rath Grambauer: Ich will nur constatieren, daß der Käufer mit diesen Gründen zu speculieren beabsichtigt. Er übernimmt die Verpflichtung, innerhalb drei Jahren die Gründe zu verbauen. In diesen drei Jahren werden die Gründe zweifellos im Werte steigen und der Käufer wird ein gutes Geschäft gemacht haben. Das steht fest. Er ist, wie ich glaube, auch Baumeister; es ist also klar, daß er die Gründe nur zu Speculationszwecken kauft. Ich möchte Ihnen daher die Ablehnung des Antrages empfehlen.

Gem.-Rath Dr. Stern: Zunächst möchte ich an den Herrn Referenten eine Anfrage richten. Es heißt hier am Schlusse, daß diese Verpflichtung als Reallast zu Gunsten der Gemeinde sicherzustellen sei. Ich möchte nun an den Herrn Referenten mir die Anfrage erlauben, ob für der Fall der Nichterhaltung der Verpflichtung eventuell irgendein Äquivalent in Geld, eine Art Conventionalstrafe in dem Vertrage bedungen ist, oder ob sonst nichts in dem Vertrage steht, als was der Herr Referent bemerkt hat.

Referent: Darüber steht im Referate nichts, aber jedenfalls wird der Magistrat es in irgendeiner Weise sicherzustellen haben. Es ist im Stadtrathe darüber gesprochen worden, entweder wird die Caution haften insofern bis er verbaut hat — innerhalb drei Jahren — oder es wird das als Reallast einverleibt werden. Es liegt ein bezüglicher Antrag nicht vor, er verpflichtet sich nur, innerhalb drei Jahren zu bauen, wenn er innerhalb dieser Zeit nicht baut, wird der Magistrat jedenfalls entsprechende Sicherstellung begehren.

Gem.-Rath Dr. Stern: Die Bedingung, es sei diese Verpflichtung als Reallast auf die Baustelle zu Gunsten der Gemeinde

sicherzustellen, findet sich nicht nur in diesem Referate, sondern in einer Reihe von Referaten vor und es ist mir auch bekannt, daß die Gerichte ohneweiters solche grundbücherliche Einverleibungen bewilligen. Was mir aber nicht bekannt ist und was ich mir nicht erklären kann, das ist: welchen Wert überhaupt diese Einverleibung hat. Sagen wir, diese Reallast haftet auf dem Grunde. Gut! Der Käufer erfüllt aber diese Bedingung nicht. Was geschieht? Es bleibt als Reallast haften, weiter nichts. Irgendeine Möglichkeit, das zu erzwingen, existiert nicht, wenn man nicht gleichzeitig irgendein Äquivalent, sagen wir eine Conventionalstrafe oder sonst etwas derartiges festsetzt. Wenn er nach drei Jahren nicht baut, so wird die Gemeinde vielleicht, ich sage ausdrücklich vielleicht, ein Klagerrecht haben, um zu sagen: die drei Jahre sind um, jetzt mußt du bauen! Der Prozeß wird auch einige Zeit dauern. Irgendeine materielle Wirkung hat also die Einverleibung einer solchen Reallast nicht. Sie bedeutet nach meinem Erachten gar nichts. Zu Gunsten der Gemeinde hat sie absolut keinen Wert! Ich werde nichtsdestoweniger im gegebenen Falle für den Referenten stimmen. Ich möchte mir aber nur die Bemerkung erlauben, daß in künftigen Fällen, wenn derartige Stipulationen sich in einem Übereinkommen finden, gleichzeitig auch für den Fall der Nichterfüllung eine bestimmte Consequenz in dem Vertrage ausdrücklich stipuliert werde, sei es in Form einer Geldentschädigung, sei es in Form einer Conventionalstrafe, sei es in Form der Zurückbehaltung oder des theilweisen oder gänzlichen Verfalles einer Caution. So wie die Sache hier steht, hat sie nach meinem Erachten gar keinen Wert. Im vorliegenden Falle werde ich aber für den Antrag des Referenten stimmen und nur darum habe ich mir diese Bemerkung erlaubt, damit in künftigen Fällen darauf Rücksicht genommen werde.

Gem.-Rath Steiner: Ich hätte mich nicht zum Worte gemeldet, wenn ein Herr Vorredner nicht von Speculation gesprochen hätte. Ich bitte, den Plan in die Hand zu nehmen, daraus werden Sie ersehen, daß die Speculation eine nicht schlechte ist, der Käufer will ja vier Eckplätze kaufen. (Widerspruch. — Rufe: Es sind keine Eckplätze!) Ich bitte, es gehen dort Gassen durch. (Widerspruch.)

Gem.-Rath v. Gök: Ich möchte zunächst mit einigen Worten widerlegen, was Herr Gem.-Rath Steiner gesagt hat. Hier existieren gar keine Eckbauplätze, es sind lauter Mittelbaustellen. Die Baustellen 45, 44, 43 sind ja die Fortsetzung dieser ganzen Straße.

Zwischen diesen acht Baustellen ist eine Villa eingebaut, auf den anderen soll weitergebaut werden. Was den Preis anbelangt, so bedauere ich, daß gewisse Herren hier gesprochen haben, welche die Verhältnisse bei uns draußen gar nicht kennen, welche vielleicht nicht ein einzigesmal in der Gegend waren und sich überzeugt haben, ob der Preis gerecht ist oder nicht. Die Commune Wien hat durch beeidete Schätzleute die Grundstücke schätzen lassen, und die Schätzleute haben die Grundstücke mit 2 fl. per Quadratmeter geschätzt. Nun ist über diese 2 fl. ein Preis von 2 fl. 25 kr. geboten worden, der den Verhältnissen gewiß entspricht.

Die Herren meinen, man solle warten. Wir warten bereits drei Jahre auf den Verkauf einer Baustelle und waren nicht in der Lage, in den drei Jahren seit der Einverleibung nur eine Baustelle bei uns zu verkaufen.

Die kleine Gemeinde Baumgarten mit ihren 15 Gemeindeauschüssen in der Lage, in einem Jahre 18 Villen zur Verbauung

zu bringen. Die Großcommune Wien kann nicht einmal so viel Energie entwickeln, um sich aufzuraffen und innerhalb drei Jahren auch nur eine Baustelle im Interesse der Commune zu verkaufen. Die Commune Wien hat im Schloßspark eine große Realität, das Casino, welches reichlich Zinsen tragen kann. Das kann aber erst dann stattfinden, wenn die Verbauung dort durchgeführt ist. Dann wird man erst in der Lage sein, einen Pacht von 2000, 3000, oder 4000 fl. zu erhalten. Aus diesen Gründen und im Interesse der Gemeinde — davon können Sie überzeugt sein — spreche ich dafür, daß man an den Verkauf dieser Baustellen schreiten soll.

Gem.-Rath Gregor: Ich würde nicht gesprochen haben, wenn nicht wieder sich ein Zwischenfall ereignet hätte. Ich muß mein größtes Bedauern und Erstaunen darüber ausdrücken, daß der Herr Stadtrath, ein bezahlter Herr der Commune Wien, sich groß darin zeigt, daß er den Wert kommunaler Grundstücke herabsetzt. Es ist unrichtig, daß die Gründe nichts wert sind, weil sie außerhalb der Gemeinde liegen. Die Gründe sind wertvoll, weil sie nahe beim Bahnhofe sind. Jeder Wiener, der draußen bauen will, wird gerne auf denselben bauen. (Gem.-Rath v. Götz: Ich bitte, sie anzuschauen!) Ich kenne sie ganz genau. Wenn wir einige Jahre warten, wird der Nutzen ein größerer sein. Die Grundstücke sind sehr günstig gelegen.

Die Anregung des Herrn Gem.-Rathes Dr. Stern hat auch etwas für sich; nur bedauere ich, daß er keinen Antrag gestellt hat. Er hätte einen Antrag stellen sollen, und weil er ihn nicht gestellt hat, stelle ich den Antrag, daß ein Pönale von 1000 fl. stipuliert werde, wenn nicht zur bestimmten Zeit mit dem Bau begonnen wird.

Gem.-Rath Signer: Der sehr geehrte Herr Vorredner Dr. Stern hat gemeint, die Commune möge so vorsichtig sein, auf diesen Parcellen, welche verkauft werden sollen, grundbücherlich vormerken zu lassen, daß innerhalb 3 Jahren die Verbauung der Baustellen stattzufinden hat. Ich habe aber selbst die Erfahrung gemacht, daß seit dem neuen Grundbuchsgeetze solche Vormerkungen im Grundbuche nicht mehr zur Eintragung gelangen. Die Gemeinde Hernals wollte gelegentlich einer Untertrennung mehrerer meiner Baustellen im Grundbuche vormerken lassen, daß auf diesen Baustellen nur die Gassenfronte nicht aber der Gartengrund verbaut werden darf. Ich habe dadurch circa 100 fl. Kosten gehabt, und der Grundbuchsführer sowie der Bezirksrichter haben die Eintragung abgelehnt. Mithin erlaube ich mir, sämtliche Juristen hier zu fragen, ob dies gerecht war oder nicht, ob Herr Dr. Stern recht hat oder ob der jeweilige Grundbuchsführer und Bezirksrichter recht haben.

Diese Ablehnung ist mir zugute gekommen, aber in finanzieller Beziehung bin ich geschädigt worden und ich bedauere es heute noch, daß ich damals die Gemeinde Hernals nicht auf Schadenersatz geklagt habe. Ich erwähne dies hier nur, weil der Herr Gemeinderath und Jurist Dr. Stern beantragt hat, man möge dies im Grundbuche vormerken lassen. Ich glaube, das wird auch viele Kosten verursachen. Wenn Sie mit dem Gesuche ans Grundbuch herantreten, wird man Sie abweisen. Ich bitte, diese Bemerkung zur Kenntniss zu nehmen.

Gem.-Rath Dr. Rechansky (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage Schluß der Debatte.

Vize-Bürgermeister Dr. Richter: Die Herren, welche mit Schluß der Debatte einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) **Angenommen.**

Zum Worte vorgemerkt sind die Herren Gem.-Räthe Weitemann, Jedlička, Sebastian Grünbeck, Seitler und Frauenberger.

Gem.-Rath Weitemann: Es kommt mir sehr sonderbar vor, und es liegt ein ungeheurer Contrast zwischen den heutigen Ausführungen des Vertreters des XIII. Bezirkes und den damaligen, als wir der ehemaligen Gemeinde, die er vertritt, den Vorwurf machten, daß sie mit dem Baumgartener Schloßspark schlecht speculiert habe. Nun, damals hat der betreffende Herr Vorredner hier erwähnt, daß es ein günstiger und ungeheurer vortheilhafter Kauf war, indem die Gemeinde den Baumgartener Schloßspark angekauft hat, und hat darauf hingewiesen, wie diese Gründe im Werte steigen werden; man würde nur einige Jahre warten müssen und das Drei- bis Vierfache für die Gründe erreichen. Und heute stellt derselbe Herr, der jene Behauptungen aufgestellt hat, den Grund als fast wertlos hin. Darin liegt denn doch eine Inconsequenz ohnegleichen. Entweder hat sich der betreffende Herr Vorredner geirrt, oder die Sache ganz und gar nicht verstanden. Eines von beiden! Denn man kann nicht vor einigen Jahren den Grund als so wertvoll und entsprechend hinstellen und heute das Gegentheil behaupten. Es hat geheißen, daß die Gemeinde Wien mit diesem Grunde ein enorm gutes Geschäft machen wird. Nun, meine Herren, wenn wir das heutige Referat annehmen, dann sieht es traurig mit dem guten Geschäfte aus, dann hat der Wiener Vocalspruch, der bei uns gang und gäbe ist, vollkommen seine Berechtigung: „Wir zahlen bei diesem Geschäfte drauf.“ Denn wenn wir die Ausgaben, die wir für die Canalisation, Pflasterung u. gemacht haben, betrachten und nun diesen Grund um 2 fl. 25 kr. per Quadratmeter verkaufen, dann, meine Herren, kann von einem guten Geschäfte keine Rede mehr sein; dann ist das ein schlechtes Geschäft, ein Schlenberggeschäft; wir haben dann um diesen Preis die Gründe einfach verschleudert. Es drängt uns ja gar nichts; wir wollen es probieren — um diesen Preis bringen wir die Gründe immer noch an; damit brauchen wir uns also nicht zu beeilen.

Ich glaube, es wird vernünftiger sein, dem diesbezüglichen Antrage des Herrn Gem.-Rathes Taubler zuzustimmen. Es wird im eminenten Interesse der Gemeinde liegen, wenn wir heute gegen den Antrag des Stadtrathes stimmen.

Gem.-Rath Jedlička: Der Herr Gem.-Rath v. Götz hat uns heute die Gründe in Baumgarten so hingestellt, als ob wir ewig nicht mehr dafür bekommen könnten als 2 fl. 25 kr. per Quadratmeter. Wir haben ja die Gründe nicht sehr billig gekauft, wir haben sie canalisiert, haben die Beleuchtung dort eingerichtet, es ist dort parcelliert, und sollen sie jetzt um 2 fl. 25 kr. per Quadratmeter verkaufen. Wenn der betreffende Mann in Baumgarten mit den Gründen speculieren will, so wird er sich gewiß mehr Nutzen heraus schlagen als wir mit diesen 80 kr., die wir mehr bekommen. Wenn er aber drei Jahre warten kann, nun so warten wir auch drei Jahre. Die Casse der Gemeinde, so bilde ich es mir ein, kann doch nicht so schlecht stehen, daß sie gerade auf die paar Gulden ansteht, welche sie für diese Gründe einnimmt. Von diesem Standpunkte aus kann also der Antrag nicht angenommen werden.

Wenn der Herr Stadtrath der Verwaltung Mangel an Energie vorwirft, so bedanke ich mich für die Energie des Stadtrathes, wenn er darin Energie zeigt, daß er um einen billigen Preis Gründe verkauft. Eine solche Energie nützt der Gemeinde

ganz und gar nicht. Was die Servitut anbelangt, so kann sie doch den Grund nicht entwerthen und nicht schädigen. Glauben Sie denn, daß ein Bauunternehmer, dem in einem Jahre vielleicht zehn Käufe vorkommen, so naiv ist, daß er etwas kauft, wovon er nicht einen Verdienst oder Nutzen erwartet? Wenn eine Servitut darauf ist, so wird sie ihn bei der Verwertung der Gründe oder bei der Verbauung nicht genießen. Wenn er drei Jahre warten kann, können auch wir warten, dann werden wir den doppelten Preis bekommen. Ich werde gegen den Referenten-Antrag stimmen.

Gem.-Rath Sebastian Grünbeck: Ich glaube, wir sollten einmal aufhören, die Gründe zu billig zu verkaufen. Wenn Sie in Betracht ziehen, daß in Breitensee bei der Pumpstation von der Commune nicht parcellierte Gründe um 6 fl. per Quadratklaster gekauft worden sind, so werden Sie einsehen, daß dieser Preis zu billig ist. Was schadet es uns denn, wenn wir ein paar Gründe mehr haben? Dann haben wir in fünf oder sechs Jahren mehr zu verkaufen. So billige Gründe zu behalten, hat sich noch immer ausgezahlt, ob sie nun ein Privater oder die Gemeinde hat. Das ist entschieden besser, als wenn Sie Anlagepapiere ankaufen, weil das bessere Zinsen trägt. Es sind dort schon 16 Plätze verkauft worden. Das soll aber für uns keine Aneiferung sein. Es ist nicht nothwendig, daß wir die Gründe der Speculation überlassen. Es ist besser, wenn wir sie später verkaufen, weil sie uns dann besser gezahlt werden. Ziehen wir nur in Betracht, wie wir selbst kaufen, dann werden wir sehen, daß das zu billig ist. Ich werde gegen den Antrag des Herrn Referenten stimmen.

Gem.-Rath Geitler: Ich wohne seit 34 Jahren in einem Theile des XIII. Bezirkes, ich kenne denselben nicht nur von dem Orte, den ich selbst im XIII. Bezirke bewohne, sondern ich interessiere mich überhaupt lebhaft für die Entwicklung dieses Bezirkes.

Ich habe zu meiner Zufriedenheit bemerkt, daß seit einigen Jahren sich der Bezirk besonders entwickelt. Die Baustellen sowohl als die Häuser sind seit einigen Jahren im XIII. Bezirke bedeutend im Preise gestiegen, und meiner Ansicht nach wäre der Verkauf zu dem Preise, wie ihn der Stadtrath vorschlägt, nicht vortheilhaft. Ich bin der Ansicht, die bereits verschiedene Herren sowohl von dieser als von jener Seite ausgesprochen haben, daß wir warten sollen, daß wir das Geld, das wir heute bekommen können, inclusive einer ganz hübschen Verzinsung in einigen Jahren bekommen werden. Ich glaube, daß wir, wenn wir hier anfangen, zu so billigen Preisen zu verkaufen, durchaus nicht zum Vortheile der Gemeinde handeln. Meine Ansicht ist überhaupt — und ich habe sie den Herren hier wiederholt ausgesprochen — es war keine sehr glückliche Idee der früheren Gemeinde Baumgarten, diesen Park zu kaufen, und daß wir uns leider als Rechtsnachfolger der Gemeinde Baumgarten in das Schicksal fügen und die Realität mit übernehmen mußten, konnten wir nicht ändern. Ich bin überzeugt, daß, wenn auch noch einige Villen werden gebaut werden, die Rentabilität des Casinos sich nicht heben wird. Das Casino ist eben in sehr unglücklicher Lage. Ich kenne die Verhältnisse nicht, unter denen der heutige Pächter existiert oder zum Scheine existiert, aber der Pächtschilling, den er der Gemeinde zahlen wird, wird sehr schwer verdient, wenn er ihn überhaupt zahlt.

Ich möchte Sie dringend bitten, den Referenten-Antrag abzulehnen — die Angelegenheit, um die es sich handelt, ist zwar keine große Angelegenheit — aber es ist ein Anfang, den ich Ihnen nicht empfehle, wenn Sie anfangen würden, zu einem so billigen

Preise in Baumgarten zu verkaufen. Das letztemal, als Sie in Baumgarten eine Parcellen verkauft haben, habe ich mich nicht zum Worte gemeldet, weil sie nicht so günstig gelegen war und ich gedacht habe, es liegt nichts daran; damals hat es sich nur um 800 m² gehandelt. Heute, wo es sich um eine so große Area handelt, wo, wie aus dem Plane zu ersehen ist, sehr schöne Parcellen sich ergeben, glaube ich, daß die Herren nicht für den Antrag des Stadtrathes stimmen sollten. Ich möchte Nachfolgendes bemerken, da der Herr Colleague Dr. Stern nicht mehr zum Worte kommt.

Ich glaube, daß der Herr Colleague Dr. Stern ganz recht hat — und es ist das auch meine Ansicht — wenn er eine solche akademische Art der Intabulierung für eigentlich wertlos gehalten hat. Er sagt aber — und ich kann mich auf sein juristisches Urtheil wohl verlassen — daß es ganz gut gienge, wenn man schon solche Bedingungen stellt, daß jemand binnen einer gewissen Reihe von Jahren bauen muß, dies in Form einer Conventionalstrafe in Gulden ausgedrückt, auf der Realität vormerken zu lassen. Das wäre in einem ähnlichen Falle zu machen. In diesem Falle aber bin ich für die Ablehnung.

Gem.-Rath Frauenberger: Der Grund ist gewiß außerordentlich billig, das kann ja nicht geleugnet werden. Aber es ist ja keine Nachfrage. Wir wissen ja, daß so lange schon draußen parcelliert ist und es kommen keine Käufer. Der Grund ist sehr billig und sollte zu diesem Preise eigentlich nicht verkauft werden. Es fragt sich nun, ob wir nicht ein kleines Opfer bringen sollen, damit diese Gegend verbaut wird. Ich glaube, wir haben nur Folgendes zu überlegen: Sollen wir den Zustand draußen lassen, wie er ist? Denn, wenn wir mit den Preisen nicht erheblich steigen, steht es nicht dafür; das macht ja nichts aus, ob wir eine Kleinigkeit mehr oder weniger bekommen; das gibt keinen Ausschlag. (Widerspruch.) Wir verlieren ja auch Zinsen. Es müßte also eine erhebliche Preissteigerung vorgenommen werden. Ich bin der Meinung, wenn wir das thun, halten wir die Verbauung der dortigen Gegend für viele Jahre auf. Da haben wir zu überlegen, ob es sich nicht empfehlen würde, in dieser Richtung ein kleines Opfer für den XIII. Bezirk zu bringen. Wenn dann ein großer Theil der parcellierten Stellen verbaut sein wird, wird die Nachfrage eine größere werden, und dann werden wir für die anderen umsomehr verlangen. Das bitte, meine Herren, zu überlegen. Es ist das ganz richtig, daß, wenn eine Gegend einmal mehr bewohnt, mehr bebaut ist, die übrigen Stellen an Wert gewinnen, und von diesem Gesichtspunkte aus empfehle ich Ihnen, die Frage in Erwägung zu ziehen.

Ich werde in diesem Falle, weil ich es für das Beste halte, wenn wir dem XIII. Bezirke etwas entgegenkommen und die Idee fördern, diese Gegend zu verbauen, um so den Bezirk zu heben, für den Verkauf stimmen, trotzdem ich sagen muß, daß der Preis ein außerordentlich billiger ist. Ich hoffe aber, daß wir für spätere Stellen umsomehr erzielen werden. Ich möchte Sie bitten, den Antrag des Herrn Referenten anzunehmen.

Referent (zum Schlußworte): Zuerst möchte ich doch dem geehrten Herrn entgegen, der gesagt hat, daß ich die Interessen der Gemeinde nicht wahre. Ich habe hier die Ehre, den Antrag des Stadtrathes vorzubringen, es ist aber auch vollkommen meine Überzeugung, daß der Grund mit dem Betrage in dieser Höhe ganz gut bezahlt ist. Ich lasse mich durch kein Geld bestechen (Rufe links: Das hat ja niemand behauptet!), ich trete für meine

Überzeugung immer und stets ein. Ich bitte, es ist mir der Vorwurf gemacht worden, daß ich, weil ich als Stadtrath 3000 fl. beziehe, hier die Interessen der Gemeinde schädige.

Nun habe ich bezüglich des Preises Folgendes zu erwähnen. Es ist gesagt worden, die Gemeinde mache Canalisirungen. Wer bezahlt sie? Die Hausbesitzer, indem sie die Canaleinmündungsgebühren bezahlen. Das geht nicht auf Kosten der Gemeinde. Dann ist gesagt worden, daß wir die Gründe jeden Tag verkaufen können. Ich erlaube mir bekanntzugeben, daß die Realität in 97 Parzellen parcellirt ist. Die Parcellirung ist seit vier bis fünf Jahren grundbücherlich durchgeführt und wir haben von den 97 Parzellen die ominöse Zahl von 14 verkauft. Wo ist da der riesige Andrang von Käufern? Bis jetzt sind die 83 Parzellen nicht verkauft. Daraus ersehen die Herren, daß die Preise doch nicht kolossal billig sind, sonst würden unter den heutigen Verhältnissen der Grundspeculation viel mehr Angebote gemacht worden sein.

Ich möchte noch darauf hinweisen, daß erst vor circa 14 Tagen hier beschlossen wurde, eine Baustelle mit 2 fl. zu verkaufen, die viel besser situiert war, ohne daß jemand Einsprache erhoben hat, und wie kann der Gemeinderath von einer Sitzung zur anderen seine Ansicht bezüglich des Preises ändern? Dann ist es wirklich sehr schwer, das Richtige zu treffen.

Die Herren wissen ja auch, daß der Gemeinderath für diese Gegend ausschließlich die Verbauung nach § 82 der Bauordnung beschlossen hat, nämlich die Verbauung mit Villen; und diese kann nur dann stattfinden, wenn die Gründe um einen gewissen mäßigen Preis zu haben sind; denn es kann niemand dort hohe Häuser hinstellen und sein Capital daraus ziehen; das kann und darf er nicht thun, er kann nur Voluptuare bauen, wo man sich im Sommer und eventuell auch im Winter aufhalten kann. Wenn nun eine solche Baustelle 3000 fl. kostet und das Häuschen 5-, 6-, 7000 fl., wie viele Leute haben wir denn, die 10.000 fl. dafür investieren können? Es wird niemand kommen und bauen können, denn das sind Voluptuarien und keine Zinshäuser, von denen man einen gewissen Zins bekommt. Ich verweise die Herren z. B. auf Gersthof, das ja einige Herren kennen werden. Die Cottageanlagen in Gersthof sind in der Zeit entstanden, wo der Preis 2 fl. per Quadratmeter war. Da ist gebaut worden, und es sind eine Menge Beamten hinausgezogen. Seit zwei Jahren aber, seitdem der Preis dort gestiegen ist, wird gar nichts mehr gebaut. (Gem.-Rath Jedlička: Weil sie kein Wasser haben!) Ich bitte, früher hat sie das auch nicht gehabt, und es wurde doch dort gebaut; vom Himmel ist ebensoviele Wasser heruntergefallen wie jetzt.

Wir vertheuern also diese Gründe und sagen, sie sind viel mehr wert. Aber wie ist denn dieser Preis construirt? Ist er vielleicht durch die Nachfrage gerechtfertigt? Nein, weil kein Anbot kommt. Ist er dadurch gerechtfertigt, daß man sagt, der Betreffende wird seinerzeit eine Speculation machen? Es ist hier keine Speculation zu machen, weil eben nur Villen gebaut werden dürfen, und es würden also die Leute geschädigt, die nur ein Heim für sich bauen wollen.

Der Grundwert ist immer nur ins Verhältnis zu bringen mit dem Zinswerte. Ich bin überhaupt nicht der Ansicht, daß der Grundwert in eine derartige schwindelhafte Höhe hinaufgetrieben werden soll. (Rufe: Sehr richtig!) Bedenken Sie doch, an der Hernalscher Linie wurden Gründe mit 300 fl. per Quadratmeter verkauft, also mit 80 fl. per Quadratmeter, ist denn das menschenmöglich zu bezahlen, unter reeller Grundlage? Ich erkläre Ihnen

in öffentlicher Sitzung, es ist nicht möglich, daß hier eine rationelle wirtschaftliche Verbauung stattfinden kann, Sie gehen damit auf die schiefe Bahn der Siebzigerjahre und schaffen Verhältnisse, bei denen niemand etwas verdienen kann. Das ist meine volle Überzeugung; jeder Grund hat eine fixe Grenze im Preise, wird er in die Höhe getrieben, so ist ein Geschäft nicht mehr zu machen. Ich kenne die Verhältnisse im Baugewerbe ganz genau, es bemächtigen sich des Baugewerbes nur Leute, die nichts zu verlieren haben, warum? Weil ein reeller Geschäftsmann weiß, daß nichts zu machen ist. Diejenigen, die ein reelles Geschäft machen wollen, können es nicht, sie können den Grund nicht um 40-, 50-, 60.000 fl. kaufen und dann ein Haus um 80- bis 100.000 fl. darauf bauen, weil es nicht zu verkaufen ist. Es baut nur derjenige, dem nichts daran gelegen ist, wie es am Ende mit der Summe unter den Strich aussieht!

Es ist also nicht richtig, wenn die Gemeinde, die wirtschaftlich vorangehen, die wissen soll, wie die Verhältnisse sind, die Gründe, die sie hat, so in die Höhe schraubt, daß sie eben niemand kauft oder der Käufer dabei verlieren muß. (Sehr gut!)

Bezüglich der Servitut möchte ich nur bemerken, daß ich persönlich immer, auch im Stadtrathe erklärt habe, daß ich auf diese gewissen Servituten nichts gebe. Ob da in drei oder vier Jahren gebaut wird, davon haben wir gar nichts. Wir sollen keine treibende Tendenz in die Verbauung bringen, weil dies ungesunde Verhältnisse schaffen würde.

Ich bin immer derjenige gewesen, der sich dagegen ausgesprochen hat, und es ist auch in die Vorschriften nicht aufgenommen worden. Weil der Betreffende aber selbst erklärt hat, innerhalb drei Jahren zu bauen, so ist diese Bedingung aufgenommen worden. Ich glaube auch, daß der Magistrat dafür Sorge zu tragen haben wird, in welcher Weise das sicherzustellen ist. Es ist auch gesagt worden, daß die Schlosspark-Realität gar nichts trägt oder abwirft, und daß es ein schlechtes Geschäft war. Ich gebe zu, daß es kein Millionengeschäft war. Ich bitte aber, doch mit den Zahlen zu rechnen, das Bauamt hat auf den Kreuzer ausgerechnet, daß uns der Grund — alles eingerechnet — 1 fl. 53 kr. kostet und wir verkaufen ihn heute mit 2 fl. 25 kr.

Ist das ein schlechtes Geschäft? Ich bitte, das ist ein Geschäft, bei dem die Gemeinde etwas einnimmt; die Gemeinde hat dort eine Villegiatur geschaffen. Ist es zum Unglücke von Wien, daß eine solche geschaffen wird, oder hat die Gemeinde irgendeinen Nachtheil davon? Ich kann also nach dem, was ich gesagt habe, nur wünschen, daß man nicht überall dort, wo zum Wohle des Baugewerbes etwas geschaffen werden soll, wo ein Haus gebaut wird und ein Fortschritt in der Verbauung geschehen soll, Hemmnisse entgegenschleibt. Sie sehen nach den Preisen, um die wir bis jetzt verkauft haben, daß dieser Preis, den wir verlangen, die bis jetzt erzielten übersteigt.

Es wurde mit 1 fl. 70 kr. und mit 2 fl. verkauft, und das waren besser situierte Gründe, die fraglichen sind minderwertige Gründe, weil sie sehr tief gelegen sind. Warum sollen wir heute zu einer anderen Überzeugung kommen und 5 fl. begehren, wie gesagt worden ist.

Aus diesen Gründen würde ich sehr wünschen, daß Sie dem Antrage des Stadtrathes zustimmen.

Gem.-Rath Brauneis (zur thatsächlichen Berichtigung): Ich berichtige dem Herrn Collegen v. G. & S. gegenüber, der die Beschuldigung gegen uns erhoben hat, daß wir eine Animosität

gegen den XIII. Bezirk haben (Rufe: Das war der Wikelsberger! — Gem.-Rath Wikelsberger: Ich nehm's noch jetzt auf mich!), daß wir nicht Gemeinderäthe eines Bezirkes, sondern daß wir Gemeinderäthe der Stadt Wien sind, daß wir für jeden Bezirk gleiches Interesse haben, und daß wir uns nur gegen eine Grundverschleuderung wehren.

Dem Herrn Collegen Frauenberger gegenüber berichte ich, daß derselbe in einer Sitzung erwähnt hat, daß die Gründe und Realitäten in den Vororten beinahe um das Doppelte gestiegen sind, und da will man jetzt die Gründe verschleiern.

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur thatsächlichen Berichtigung): Ich berichte gegenüber dem Referenten, daß der Verkauf der jetzt in Rede stehenden Bauparcellen sich mit dem Verkaufe jener Parcellen, um welche es sich in einer der letzten Sitzungen gehandelt hat, nicht vergleichen läßt. Die letzterwähnte war vollständig verschritten; sie lag an der Grenze, und zwar gegen den Pfarrhofgarten hin, wo die Gasse in eine Sackgasse endet. Das war natürlich ein ganz miserabler Grund, der nicht mehr wert war. Im vorliegenden Falle liegen andere Verhältnisse vor. Ich möchte bedauern — gestatten Sie mir diese persönliche Bemerkung — daß von Seite des Referenten in öffentlicher Sitzung in dieser Weise gesprochen worden ist. Wenn es aber wahr ist, was der Referent über den Grundschwindel gesagt hat, dann, meine Herren, hätte ich erwartet, daß der Referent mit den Worten schließt: „Lehnen Sie den Antrag des Stadtrathes ab.“ Denn, wenn man gegen den Grundschwindel ist, darf man nicht so viele Gründe an einen großen Speculanten verkaufen.

Gem.-Rath Bärkl (zur thatsächlichen Berichtigung): Ich berichte thatsächlich, daß es nicht die erste Transaction der Gemeinde Wien ist, mit diesen Plätzen, sondern, daß seinerzeit die Gemeinde Wien in Rustendorf viele Parcellen verkauft hat, im Anfange 24 bis 30 fl., dann 48 fl. und zum Schlusse 60 fl. per Acker bekommen hat.

Ich berichte thatsächlich, daß ich damals dafür gestimmt habe, weil es sich nur um eine Parcellen gehandelt hat und weil ich damals geglaubt habe, wir werden die weiteren Gründe theurer verkaufen und sie werden nicht nur nicht theurer verkauft, sondern sie werden erst in drei Jahren verbaut.

Ich bemerke hiezu noch, daß wir in drei Jahren mehr bekommen werden.

Gem.-Rath Frauenberger (zur thatsächlichen Berichtigung): Ich habe eine thatsächliche Bemerkung gegen den Herrn Collegen Brauneiß zu machen. Ich habe seinerzeit gesagt, daß seit der Einverleibung der neuen Bezirke Grund und Boden in den neuen Bezirken im Preise gestiegen ist. Das ist auch vollkommen richtig, und das wird mir niemand in Abrede stellen.

Bezüglich des Preises bei dieser Realität muß ich bemerken, daß nach der Berechnung, welche hier aufgestellt worden ist, der Verdienst der Commune kein gar so kleiner ist, sondern 50 Percent beträgt. Da kann man also nicht sagen, daß das gar kein Verdienst ist. Weiter habe ich nichts zu sagen.

Gem.-Rath v. Göb (zur thatsächlichen Berichtigung): Ich möchte gegenüber dem Herrn Gem.-Rathe Brauneiß nur berichtigen, daß da von Grundverschleuderung absolut keine Rede sein kann und daß er jedenfalls nicht jemandem anderen vorwerfen kann, daß er nicht im Interesse der Commune Wien vorgehe, sondern nur im Interesse einzelner Bezirke.

Vize-Bürgermeister Dr. Richter: Es liegt ein Antrag des Referenten vor, welcher lautet (liest):

„Es seien dem Eduard Horn die Baustellen 47 bis 51 und 53 bis 55 der Schlosspark-Realität in Baumgarten im Gesamtausmaße von 8019.25 m² um den Einheitspreis von 2 fl. 25 kr. per Quadratmeter käuflich zu überlassen, gegen Einhaltung der Vorschrift für den Verkauf der durch die Parcellierung der Schlosspark-Realität in Ober-Baumgarten entstandenen Baustellen mit der Verpflichtung, binnen drei Jahren an die Verbaunng dieser Baustellen zu schreiten. Diese Verpflichtung ist als Reallast auf den zu erwerbenden Baustellen zu Gunsten der Gemeinde sicherzustellen.“

Ich bringe zuerst diesen Antrag zur Abstimmung. Ich bitte jene Herren, welche mit demselben einverstanden sind, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht. — Nach erfolgter Auszählung:) Es sind 47 dafür. Die erforderliche Stimmenzahl ist also nicht erreicht und der Antrag ist abgelehnt. (Beifall links.) Damit entfällt die fernere Abstimmung.

Beschluß: Der Antrag auf käufliche Überlassung der Baustellen 47 bis 51 und 53 bis 55 der Schlosspark-Realität in Baumgarten im Gesamtausmaße von 8019.25 m² um den Einheitspreis per 2 fl. 25 kr. an Eduard Horn wird abgelehnt.

22. Referent Gem.-Rath Josef Müller: Ich habe weiters die Ehre, zu referieren zur Zahl 2343. Heinrich und Ernestine Stagl suchen um Baubewilligung Einl.-Z. 723, XV. Bezirk, Wimberggasse, und Einl.-Z. 431, 1284, VII. Bezirk, Burggasse, an. An dieser Realität werden zwei Risalitvorsprünge hergestellt, und zwar Ecke der Wimberg- und Burggasse in einer Länge von je 4 m und mit einem Vorsprünge vor die Baulinie von 15 cm. Die Fläche, die von der Straße beansprucht wird, beträgt 1.8 m². Der Stadtrath stellt den Antrag, diese Fläche um den Pauschalbetrag von 80 fl., d. i. 66 fl. 66.6 kr. per Quadratmeter herzugeben, ein Preis, welcher für diese Gegend gewiß vollkommen genügend ist.

Ich bitte um die Annahme.

Vize-Bürgermeister Dr. Richter: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich. — Nach einer Pause:) Es sind 94 Mitglieder des Gemeinderathes anwesend. Ich ersuche jene Herren, welche mit dem Antrage des Referenten einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) **E i n s t i m m i g a n g e n o m m e n.**

Beschluß: Der zur Anlage zweier Risalite beim Hause Einl.-Z. 723, XV. Bezirk, Wimberggasse, und Einl.-Z. 431, 1284, VII. Bezirk, Burggasse, erforderliche Grund per 1.20 m² wird um den Pauschalbetrag von 80 fl. an die Eheleute Stagl käuflich überlassen.

23. Referent Gem.-Rath Josef Müller: Beilage Zahl 83. Dieser Antrag des Stadtrathes betrifft ebenfalls den Verkauf eines Grundstückes, welches der Gemeinde gehört, und zwar in der Gegend der Pelzgasse. Das ist eine Parallelstraße mit der Michaelergasse, hinter dem Gürtel bei der Westbahnlinie.

Die Realität Parcellen 227/9 hat eine derartige Configuration, daß sie nach dem jetzigen Bestande wohl verbaut werden könnte; aber durch die Erwerbung eines kleinen Grund-Dreieckes von Seite der Gemeinde wird sie besser arrondiert, bekommt eine bessere Frontlänge an der Straße, und es sind infolge dessen die Hauseigentümer Blamm um käufliche Überlassung dieser dreieckigen Grundfläche an die Gemeinde herantreten. Die be-

anspruchte Fläche beträgt 122.12 m². Die Hauseigentümer haben einen Betrag von 16 fl. per Quadratmeter geboten, das sind 1937 fl. 92 kr. Das Bauamt hat ein Pauschale berechnet, das sich infolge der Werterhöhung durch die Arrondierung mit dem städt. Grunde auf 2400 fl. stellt.

Es ist im Stadtrathe ein Comité gewählt worden, das mit den Betreffenden verhandeln sollte. Das Comité hat mit den Eigentümern verhandelt und dieselben haben sich anfangs nicht gerade ganz willfährig gezeigt, die Erhöhung des Preises zu acceptieren. Endlich ist es dem Comité gelungen, einen Betrag von 2500 fl. für dieses kleine Dreieck von 122 m² zu erhalten, was einem Preise von circa 20 fl. 60 kr. gleichkommt.

Ich glaube, daß dieser Betrag gewiß genügend ist, und zwar umsomehr, als zu bedenken ist, daß diese Gegend dort heute vollkommen öde ist und daß daselbst das derzeitige Niveau derart beschaffen ist, daß mindestens 1 m von dem jetzigen Niveau auf das zukünftige Niveau in der ganzen Breite zur Abgrabung gelangen muß und daß dann der Betreffende die Kosten dieser Abgrabung selbst übernehmen muß. Der Stadtrath stellt aus diesem Grunde den Antrag (liest):

„Die Gemeinde Wien überläßt den Eheleuten Jakob und Theresie Blamm behufs Arrondierung ihrer Realität Einl.=Z. 359 Fünfhaus die städt. Parcellen 228/7, Einl.=Z. 806 Fünfhaus, XV. Bezirk, im Ausmaße von 122.12 m² um den Pauschalbetrag von 2500 fl., wobei die Genannten die Vertragskosten und Übertragungsgebühren zu zahlen haben.“

Ich ersuche um die Annahme.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Ich bitte, meine Herren, die Plätze einzunehmen, und die Herren Schriftführer, die Anzahl der Anwesenden zu constatieren. (Nach einer Pause:) 94 Mitglieder des Gemeinderathes sind anwesend.

Zur Abstimmung gelangt der Antrag des Referenten auf Überlassung dieses Grundtheiles im Ausmaße von 122.12 m² um den Pauschalbetrag von 2500 fl.

Ich bitte jene Herren, welche mit dem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) Mit allen gegen eine Stimme angenommen.

Beschluß: Die Gemeinde Wien überläßt den Eheleuten Jakob und Theresie Blamm behufs Arrondierung ihrer Realität Einl.=Z. 359 Fünfhaus die städtische Parcellen 228/7, Einl.=Z. 806 Fünfhaus, XV. Bezirk, im Ausmaße von 122.12 m² um den Pauschalbetrag von 2500 fl., wobei die Genannten die Vertragskosten und Übertragungsgebühren zu zahlen haben.

24. Referent Gem.-Rath Pitt. v. Neumann: Beilage Nr. 78. Herr Gem.-Rath Schlögl und Genossen haben den Antrag gestellt, das Haus in der Sechshäuser Hauptstraße Nr. 31 anzukaufen behufs Verbreiterung jenes Theiles der Stiegergasse, welcher zwischen der Sechshäuser Hauptstraße und der Ullmannsgasse die Verbindung herstellt. Dieser Theil der Straße ist sehr eng und sehr gering dimensioniert. Nach der Baulinienbestimmung soll eine Verbreiterung auf 28 m stattfinden.

In dieser Richtung ist ein bedeutender Verkehrs zug, und zwar einerseits nach der Stiegerbrücke und andererseits mit Benützung der Ullmannsgasse nach der Lobkowitzbrücke. Es ist daher die Nothwendigkeit vorhanden, die Verbreiterung dieses Theiles der Stieger-

gasse ehe baldigst durchzuführen. Es wurde nun mit der Eigentümerin des Hauses verhandelt. Dieselbe hat zuerst 65.000 dann 60.000 fl. gefordert.

Im Wege der Verhandlungen seitens eines Comité's des Stadtrathes, dem auch die Herren Collegen W i k e l s b e r g e r und Dr. H u b e r angehört haben, ist es nun gelungen, das Offert auf 43.000 fl. zu ermäßigen.

Das Stadtbauamt schätzt das Haus auf 40.000 fl. 517 m² sollen zur Verbauung gelangen und 313 m² zur Straßenerweiterung verwendet werden. Der Preis von 43.000 fl. erscheint also ein sehr mäßiger gegenüber der ersten Forderung, wie die Herren gehört haben, von 60.000 beziehungsweise 65.000 fl. Der Grund, welcher zur Verbauung gelangen wird, mißt, wie gesagt, 517 m². Wenn man selbst nur einen Preis von 50 fl. per Quadratmeter — das ist verhältnismäßig wenig — zugrunde legt, so werden circa 26.000 fl. wieder hereingebracht. Ich zweifle aber nicht, daß beim Verkaufe des restlichen Stückes ein höherer Preis, vielleicht von 30.000 fl. oder ein noch höherer erzielt werden wird.

Der Stadtrath stellt daher folgenden Antrag:

„Die Realität Dr.-Nr. 31 Sechshäuser Hauptstraße, XIV. Bezirk, wird zum Zwecke der Verbreiterung der Stiegergasse um den Preis von 43.000 fl. angekauft, wobei die Gemeinde die Vertragskosten und Übertragungsgebühren, sowie die auf dem Hause grundbüchlerlich lastenden Schulden per 20.740 fl. 10 kr., letztere unter Einrechnung in den Kaufschilling zur Zahlung übernimmt.“

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

Gem.-Rath Röhrl: Meine Herren! Ich begrüße es mit Freuden, daß dieser Engpaß endlich aufgelassen wird. Es ist die höchste Zeit, daß in diesem Bezirke etwas für die Straßenverbreiterung geschieht. Das Haus ist sehr billig und ich möchte empfehlen, es anzukaufen. Bei dieser Gelegenheit erlaube ich mir, folgenden Antrag zu stellen: „Es sei jener Theil des Hauses Nr. 31, XIV. Bezirk, Sechshäuser Hauptstraße, welcher außerhalb der Baulinie zu stehen kommt, sofort zu demolieren und der Rest des Gebäudes im Offertwege für Bauzwecke zu veräußern, jedoch unter der Bedingung, daß mit dem Neubau des Hauses innerhalb eines Jahres begonnen werde. Daß diese Bedingung auch eingehalten werde, sei durch eine angemessene Caution sicherzustellen.“ Ich bitte, diesen Antrag anzunehmen.

Referent: Ich habe zu bemerken, daß bereits im Stadtrathe zwei Anträge angenommen wurden, der erste, per Augusttermin zu kündigen, das Haus zu demolieren und den übrigbleibenden Grund im Offertwege hintanzugeben. Allerdings ist die Bedingung, welche der Herr Colleague ausgeführt hat, es sei eine bedingte Zeit für die Verbauung festzustellen, nicht aufgenommen worden. Ich glaube aber, daß sie ganz zwecklos ist, denn wenn jemand diesen Grund kauft, so wird er ihn gewiß nur zur Verbauung kaufen; der Betrag von 30.000 fl., welcher dafür gegeben wird, ist Bürgschaft genug, daß dieser Grund nicht einen Moment unverwertet bleibt.

Gem.-Rath Schlögl: Ich kann diesen Antrag des Herrn Gem.-Rathes R ö h r l nur bestens unterstützen, weil er eigentlich nur mein Antrag ist. Ich habe vor ungefähr drei Monaten den Antrag eingebracht und der Stadtrath hat sehr rasch und schnell gearbeitet, sonst hätte er das Haus ja nicht mehr bekommen. Wenn immer so fortgearbeitet wird im Stadtrathe, können wir uns nur gratulieren, und zwar in diesem Falle aus zwei Gründen; erstens, weil das erwähnte Passagehindernis wegfällt, und zweitens, weil das Haus so billig angekauft wird.

Gem.-Rath Büsch: Ich spreche nicht gegen den Antrag des Referenten; im Gegentheile, ich begrüße diesen Schritt, den der Stadtrath hier unternommen hat, daß einmal die Stiegergasse aufgemacht und einem größeren Verkehre übergeben wird. Ich habe mir das Wort erbeten, um das geehrte Präsidium zu bitten, daß auch das Haus, welches der Stiegergasse gegenüber auf der Schönbrunnerstraße liegt, recht bald eingelöst werde, damit die Stiegergasse bis hinauf erweitert und dem Verkehre übergeben wird.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Debatte ist geschlossen. (Referent verzichtet.) Ich bringe zur Abstimmung den Antrag des Referenten auf Erwerbung der Realität Dr.-Nr. 31 Sechshauer Hauptstraße, XIV. Bezirk, um den Preis von 43.000 fl. Ich bitte jene Herren, welche zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) **Einstimmig angenommen.**

Nunmehr gelangt zur Abstimmung der Antrag R ö h r l. Im ersten Theile erscheint derselbe durch den vom Stadtrathe gefaßten Beschluß erledigt. Im zweiten Theile bedarf er der Zuweisung an den Stadtrath. Ich bitte jene Herren, welche für die Zuweisung stimmen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Die Zuweisung ist **angenommen.**

Beschluß: Die Realität Dr.-Nr. 31 Sechshauer Hauptstraße, XIV. Bezirk, wird zum Zwecke der Verbreiterung der Stiegergasse um den Preis von 43.000 fl. angekauft, wobei die Gemeinde die Vertragskosten und Übertragungsgebühren, sowie die auf dem Hause grundbücherlich lastenden Schulden, letztere unter Einrechnung in den Kaufschilling, zur Zahlung übernimmt.

25. Referent Vice-Bürgermeister Mahenauer: Ich habe die Ehre, zu referieren zur Zahl 1894, Beilage 80. Dieses Referat betrifft die Baulinienbestimmung für die Sieveringer- und Grinzingerstraße. Diese Baulinien wurden seinerzeit ministeriell bestimmt, und gegenwärtig ist der Besitzer der Eckparcelle an der Grenze der Sieveringer- und Grinzingerstraße um Bekanntgabe der Baulinien eingeschritten. Man hat die Baulinie in natura ausgesteckt und gesehen, daß eine Divergenz zwischen der Baulinie, wie sie bezeichnet ist, und wie sie in natura abgesteckt wurde, besteht, indem thatsächlich die Baulinie in die bestehende Sieveringerstraße hineingefallen wäre. Es mußte daher hier eine Schwenkung in Vorschlag gebracht werden.

Gleichzeitig hat aber auch das Bauamt eine Verschmälerung der Grinzingerstraße in Antrag gebracht. Die Grinzingerstraße ist nämlich früher von Seite des Ministeriums mit 24·65 m bestimmt worden und wird nun eine Reduction auf 20 m vom Bauamte beantragt. Dieser Reduction hat sich auch der Magistrat angeschlossen. Der Stadtrath hat aber geglaubt, daß mit Rücksicht darauf, daß die ganze Strecke vom Beginne der Sieveringerstraße bis zum Orte Grinzing bis heute unverbaut ist, es sich nicht empfiehlt, diese Reduction in der Breite der Straße eintreten zu lassen, und er beantragt im Sinne der früheren ministeriell genehmigten Baulinie, die frühere Straßenbreite von 24·65 m aufrecht zu erhalten. Die Anträge lauten (liest):

„1. Die Verschwenkung der Baulinien für die Sieveringer Hauptstraße zwischen der Weinzingergasse und Grinzingerstraße wird unter Beibehaltung der Fahrbahnbreite von 18·96 m und beiderseitig 4·74 m breiten Vorgärten nach den schraffierten Linien C D einerseits und M L, K I, H G andererseits, in der Weise genehmigt, daß die Verbaulungslinie durch den Eckpunkt D' der Realität Einl.

Z. 212 geführt wird, und sohin die Verbaulung nicht in die bestehende Fahrbahn fällt.

2. Für die Grinzingerstraße werden unter Aufrechthaltung der vom Ministerium seinerzeit genehmigten Straßenbreite von 24·65 m die im angeschlossenen Plane eingezeichneten Baulinien mit je 3·79 m breite Vorgärten und mit der Abkappung D E' an der Kreuzung mit der Sieveringer Hauptstraße genehmigt.

3. Eine Abänderung der für die bezeichneten beiden Hauptstraßen ministeriell genehmigten, im Plane ersichtlich gemachten Niveaux wird nicht vorgenommen.

4. Für die Sieveringer Hauptstraße bis zur Weinzingergasse wird mit Rücksicht auf die in den oberen Strecken vielfach erfolgte geschlossene Verbaulung außer der Vorgartenherstellung eine obligatorische Verfügung für die freistehende Verbaulung nicht getroffen; dagegen wird für die Grinzingerstraße von der Sieveringerstraße aufwärts die Verbaulung mit einzelnstehenden oder zu zweien gekuppelten Wohnhäusern im Minimalabstande von 3 m gegen die Nachbargrenze festgesetzt.“

Ich bitte um Annahme der Anträge.

Gem.-Rath Josef Müller: Ich habe mich zum Worte gemeldet, um einen Minoritäts-Antrag aus dem Stadtrathe zur Kenntniss zu bringen.

Es hat sich in dieser Frage in einem Punkte, und zwar bei der Bestimmung der Baulinie der Grinzingerstraße eine Differenz ergeben. Ich habe darüber referiert und mich dem Bauamts-Antrage angeschlossen, bin jedoch im Stadtrathe in der Minorität geblieben, habe daher das Referat abgegeben.

Ich nehme nun diesen Antrag hier wieder auf. Mit den übrigen Anträgen des Herrn Referenten bin ich vollkommen einverstanden. Es handelt sich nur um die Baulinienbestimmung der Grinzingerstraße. Diese Baulinie ist seinerzeit ministeriell mit 24·65 m und mit beiderseitigen Vorgärten von 3·79 m bestimmt worden.

Ich für meine Person begreife nicht, wie das Ministerium damals für eine so kurze Strecke eine so breite Baulinie bestimmt hat. In dem unteren Theile, wo der Irenhausgarten situiert ist, ist die Straße bereits mit 18·96 m bestimmt, und eine Verbreiterung derselben bis zur Sieveringer Hauptstraße ist nicht gut möglich. Denn dort ist bereits das Rudolfinum-Spital gebaut und ihm gegenüber sind kleine Häuschen, deren Besitzer sehr schwer geschädigt würden, wenn dort eine Verbreiterung platzgreifen würde. In der Fortsetzung der Grinzingerstraße, in der Hohewartgasse, ist aber die Baulinie auch bereits mit 15·17 m gegeben, so daß die Verbreiterung dieser Straße sich nur auf eine Länge von 520 m erstrecken würde, was nach meiner Ansicht keine Berechtigung hat. Wenn die Straße eine weitere Fortsetzung fände, wenn das ein langer Zug wäre, wenn die Verbreiterung dort möglich wäre, so würde ich gewiß für die Verbreiterung eintreten, aber bedenken Sie, 20 m ist für die dortige Gegend schon eine ganz respectable Breite und genügt für sämtliche Verkehrsmittel in dieser Gegend vollkommen.

Damit ich noch einen Vergleich mit der Sieveringerstraße mache, will ich bemerken, daß diese mindestens ebensoviel Wert hat, weil sie einen viel größeren Verkehr aufnimmt, und doch ist sie auch nur mit 18·96 m bestimmt. Warum soll man also gerade diese Straße unmittelbar daneben, die keinen höheren Wert hat, und gar keinen größeren Verkehr mehr aufzuweisen hat, mit 24 m bestimmen, abgesehen davon, daß die Hauseigenthümer gewiß

geschädigt werden, und die Gemeinde in die Lage käme, dieselben schadlos halten zu müssen?

Ich stelle daher, nachdem der Antrag des Bauamtes meiner vollen Überzeugung nach richtig ist, den Antrag, daß in der Strecke zwischen der Sieveringer- und Hohewartgasse die Breite mit 20 m bestimmt werde, umsomehr als beiderseits 3-97 m breite Vorgärten sind.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Gem.-Rath Steiner: Ich habe mir nur das Wort erbeten, um ebenfalls den Antrag des Herrn Vorredners zu unterstützen. Es ist richtig, daß hier eine Straßenbreite von 20 m genügt. Allerdings war früher ministeriell eine größere Breite bestimmt, aber die frühere Gemeinde Grinzing hat eine schmalere Straße gewünscht, denn hinter Grinzing beginnt das Gebirge, so daß ein größerer Verkehr dort nicht stattfinden kann.

Wenn Sie schon für die Sieveringerstraße eine Breite von 18-96 m bestimmen, wo doch ein größerer Verkehr stattfinden wird, nachdem die Straße vom Steinriegel nach Weidling am Bach der Vollenbung entgegengeht, warum sollen für diese Strecke 20 m nicht genügen? Ich glaube daher, daß der Antrag des Bauamtes der richtigere ist.

Um eines aber möchte ich Sie bitten; man beschwert sich, so lange wir hier im Gemeinderathe sind, immer, daß man so lange warten muß, bis endlich über eine Regulierung vom Stadtbauamte referiert wird. Dieser Antrag hier läuft wieder schon seit November, und gerade in diesem Punkte ist eine Regulierung sehr wichtig, denn dort geschehen nahezu allwöchentlich Unglücksfälle, gerade dort, wo der scharfe Spitz an der Kreuzung der Sieveringer- und Grinzingstraße ist.

Es laufen Gesuche um Baulinienbestimmung seit Juni v. J. und sind heute noch nicht erledigt! Nachdem ohnehin bei uns im Bezirke nicht viel gebaut wird, wäre es doch im Interesse aller Gewerbetreibenden gelegen, diese Dinge etwas rascher zu erledigen.

Ich bitte Sie also, dem Antrage des Herrn Vorredners zuzustimmen.

Gem.-Rath Jedlička: Meine Herren! Nachdem Herr Colledge Steiner beinahe alles vorgebracht hat, was ich bemerken wollte, habe ich nicht viel beizufügen. Ich habe mich nur aus dem Grunde zum Worte gemeldet, weil ich nicht begreife, wieso man dazu kommt, eine Straße, die doch keinen Hauptverkehr vermittelt, breiter zu machen, als jene Straße, welche den Hauptverkehr hat. Die Straße nach Grinzing findet hinter dem Bräuhaus ihr Ende, sie geht auf den Berg hinauf, und die soll 24 m breit werden, während die Straße über Sievering nach Klosterneuburg und Tulln mit 18 m bestimmt ist! Es ist richtig, wir sollen trachten, daß künftig die Straßen hübsch breit werden, aber auf dieser Straße wird sich in Zukunft niemals ein Verkehr entwickeln, das wird immer eine secundäre Straße bleiben, sie wird den Verkehr zwischen der Grinzing- und Sieveringerstraße vermitteln und dort ein Ende haben.

Wenn aber diese letztgenannte Straße mit 18 m auslangt, so sehe ich nicht ein, wozu man hier eine kolossale Straße anlegen will, die keinen weiteren Zweck hat, als den Localverkehr zu vermitteln. Ich schließe mich dem Antrage des Herrn St.-R. Müller aus dem Grunde an, weil die Gemeinde auch die Einlösungskosten erspart. Wir müssen eine Menge Gründe einlösen. Wenn es freies Feld wäre, dann stünde die Sache anders.

Ich bitte, den Antrag Müller anzunehmen.

Referent: Man macht viel eher den Fehler, eine Straße zu schmal zu bestimmen, als sie zu breit zu bestimmen. Wenn Sie die Straße in der bestimmten Breite lassen, so können Sie der Allee, die heute auf der einen Seite nach Grinzing führt, auf der anderen Seite eine gleiche Allee hinzufügen und Sie haben die Möglichkeit, auch in der Straße eine Tramway oder elektrische Bahn anzulegen. Wenn man bedenkt, daß im Anfange dieser Straße die Vororte-Eisenbahn gehen wird, so wird man einsehen, daß leicht eine Abzweigung nach Grinzing gemacht werden kann. Es ist ganz irrationell, wenn man diese Straße jetzt schmaler bestimmt als sie vor Jahren das Ministerium bestimmt hat.

Wir haben im Laufe der Jahre oft den Fehler gemacht, daß wir die Straßen zu schmal bestimmt haben. Wir haben von Jahr zu Jahr größere Straßenbreiten in einer und derselben Straße bestimmt und daher kommen die verschiedenen Baulinien, die wahrlich nicht zur Verschönerung der Straße beitragen. Wenn man fragt, wie es kommt, daß die Sieveringerstraße mit 18 und diese mit 24 m bestimmt wird, so sage ich, daß in der Sieveringerstraße zu beiden Seiten Häuser stehen. Wenn wir diese größere Straßenbreite bestimmen wollten, müßten wir alle Gründe einlösen, um die Straße in die entsprechende Breite zu bringen. Das würde uns riesige Summen kosten. Hier haben Sie keine Häuser, hier haben Sie lauter Felder, die im Laufe der Zeit zur Parcellierung kommen werden, und wir erhalten sodann den Straßengrund unentgeltlich.

Es ist auch nicht richtig, daß diese Straße nur in ihrem Anfange bei dem Döblinger Friedhose in dieser Breite möglich ist, sondern wenn Sie aus der Stadt herauskommen — von Beginn der Döblinger Irrenanstalt, wo die Allee rechts abzweigt, haben Sie auf der linken Seite den Irrenhauspark und dann den Park von der Villa Bösch — das sind zwei große Realitäten, die auch zur Parcellierung kommen werden. Dann können Sie von oben an die Straße in der großen Breite durchführen.

Ich glaube, es ist daher zweckmäßig, im gegebenen Falle die bestimmte Straßenbreite, die früher vom Ministerium genehmigte Baulinie beizubehalten, und ich empfehle Ihnen nochmals die Annahme des von mir gestellten Antrages.

Gem.-Rath Steiner: Der Herr Referent hat erwähnt, daß die Sieveringer Hauptstraße deshalb nur 18-96 m hätte, weil dort Häuser stehen.

Dem gegenüber berichte ich thatsächlich, daß längs der ganzen Sieveringer Hauptstraße durchwegs tiefere Vorgärten vor den Häusern sind, als hier bestimmt worden sind.

Ich bitte nochmals, den Antrag des Bauamtes anzunehmen, sonst wird nicht reguliert, weil der Betreffende, der regulieren will, nicht regulieren kann.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Punkte 1, 3 und 4 sind nicht angefochten worden, ich erkläre dieselben als angenommen.

Bei Punkt 2 wird von dem Herrn Referenten beantragt, für die Grinzingstraße die Straßenbreite von 24-65 m mit 3-79 m Vorgärten und der Abkappung an der Sieveringer Hauptstraße. Dementgegen hat Herr Gem.-Rath Müller beantragt: „Es sei eine Straßenbreite von 20 m festzusetzen unter der Bestimmung derselben Breite für die Vorgärten und der Beibehaltung der Abkappung, wie vom Stadtbauamte beantragt worden ist.“

Ich bringe zuerst zur Abstimmung die rücksichtlich der Straßenbreite höhere Ziffer des Referenten-Antrages. Ich bitte Ihre Herren,

welche für die Straßenbreite von 24.65 m stimmen, die Hand zu erheben. Ich bitte, zu zählen. (Nach Auszählung des Hauses:) Es sind 40 dafür. Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) Der Antrag ist mit der Bestimmung einer Straßenbreite von 24.65 m angenommen. Im übrigen ist, da kein Gegenantrag gestellt wurde, der Referenten-Antrag angenommen. Der Gegenstand ist erledigt.

Beschluss: 1. Die Verschwenkung der Baulinien für die Sieveringer Hauptstraße zwischen der Weinzingergasse und Grinzingerstraße wird unter Beibehaltung der Fahrbahnbreite von 18.96 m und beiderseitig 4.74 m breiten Vorgärten nach den schraffierten Linien C D einerseits und M L, K I, H G andererseits in der Weise genehmigt, daß die Verbaulungslinie durch den Eckpunkt D' der Realität Einl.-Z. 212 geführt wird und sohin die Verbaulung nicht in die bestehende Fahrbahn fällt.

2. Für die Grinzingerstraße werden unter Aufrechthaltung der vom Ministerium seinerzeit genehmigten Straßenbreite von 24.65 m die im angezeichneten Pläne eingezeichneten Baulinien mit je 3.79 m breite Vorgärten und mit der Abkappung D E' an der Kreuzung mit der Sieveringer Hauptstraße genehmigt.

3. Eine Abänderung der für die bezeichneten beiden Hauptstraßen ministeriell genehmigten, im Pläne ersichtlich gemachten Niveaux wird nicht vorgenommen.

4. Für die Sieveringer Hauptstraße bis zur Weinzingergasse wird mit Rücksicht auf die in den oberen Strecken vielfach erfolgte geschlossene Verbaulung außer der Vorgartenherstellung eine obligatorische Verfügung für die freistehende Verbaulung nicht getroffen; dagegen wird für die Grinzingerstraße von der Sieveringerstraße aufwärts die Verbaulung mit einzelnstehenden oder zu zweien gekuppelten Wohnhäusern, im Minimalabstande von 3 m gegen die Nachbargrenze festgesetzt.

Vize-Bürgermeister Dr. Richter: Die öffentliche Sitzung ist geschlossen. Es folgt eine kurze vertrauliche.

(Schluß der öffentlichen Sitzung 7 Uhr 40 Minuten abends.)

Stenographischer Bericht

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **19. April 1894** unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Raimund Gröbl und des Vize-Bürgermeisters Magenauer.

Bürgermeister Dr. Gröbl: Die Versammlung ist beschlußfähig, die Sitzung eröffnet.

1. Herr Vize-Bürgermeister Dr. Richter, die Herren Gem.-Räthe Dr. v. Billing, Dr. Lerch und Kreindl entschuldigen ihr Ausbleiben von der heutigen Plenarversammlung, die Herren Gem.-Räthe Gerhards und Kirchner entschuldigen ihr Ausbleiben von der heutigen und morgigen Sitzung.

2. Herr Gem.-Rath Rosenstingl hat um einen zehntägigen Urlaub angeführt.

Derselbe wurde ihm erteilt.

3. Herr Gem.-Rath Dr. Nader hat eine Interpellation an mich gerichtet, welche ein in einem hiesigen Wigblatte erscheinendes, natürlich fingiertes Schreiben des Herrn Gem.-Rathes Const. Noske reproducirt und der Herr Gem.-Rath Dr. Nader richtet an mich die Anfrage, ob dieses Schreiben wirklich eingelangt ist. Ich glaube, daß nur solche Interpellationen zulässig sind, bezüglich deren Beantwortung oder deren Inhaltes ich in der Lage bin, mittelbar oder unmittelbar irgendetwas zu verfügen. Es geht aber nicht an, daß man in Wigblättern erscheinende Artikel zum Gegenstande von Interpellationen macht, und dies insbesondere dann, wenn ich nicht in der Lage bin, das geringste zu verfügen. Ob Herr Gem.-Rath Noske eine Stelle bekleiden soll oder nicht, das ist seine Sache und Sache der Wähler. Herr Gem.-Rath Noske hat die von ihm bekleidete bürgerliche Stellung innegehabt, als er in den Gemeinderath gewählt wurde, und ich muß daher annehmen, daß die Wähler damit einverstanden waren, daß Herr Gem.-Rath Noske diese Stelle bekleide. Es kann ihm daher ein Vorwurf, wenigstens von meiner Seite nicht gemacht werden. (Gem.-Rath Tomola: Ich bitte um das Wort zur Geschäftsordnung!) Ich bitte, das geht jetzt nicht (Widerspruch) und Ruhe links: Zur Geschäftsordnung kann man immer das Wort begehren!, sondern nach Verlesung der Einläufe. (Gem.-Rath Tomola: Ich wollte nur bitten, daß diese Interpellation im Amtsblatte auch erscheine.) Ich bitte, im Amtsblatte wird erscheinen, was sich hier zugetragen hat, auf Grund des stenographischen Protokolles. Ich habe übrigens den Inhalt der Interpellation mitgeteilt, ersuche aber noch einmal, von dem Rechte, hier Interpellationen zu stellen, den richtigen und ersten Gebrauch zu machen.

Ich ersuche um Verlesung der Einläufe.

Schriftführer Gem.-Rath Mayer (liest):

4. Antrag des Gem.-Rathes Dr. Lerch und Genossen:

Durch die Errichtung von Volksbädern hat der Gemeinderath der Stadt Wien der unbemittelten und Arbeiterbevölkerung die Möglichkeit geboten, sich oberflächlich zu reinigen und einigermaßen wenigstens zu erfrischen.

Für die Gesundheitspflege sind aber vor allem die kalten Bäder wichtig, in welchen ausgiebige Körperbewegung möglich ist, nämlich kalte Bassin- und Flußbäder.

Nicht bloß die gesammte Bevölkerung Wiens leidet Mangel an solchen, besonders hart werden die Unbemittelten davon getroffen. Abgesehen von dem momentanen Erfolge des gesteigerten Wohlbefindens ist die spätere Folge kalter Bäder mit freier Körperbewegung, die Gewöhnung des Körpers an starke und plötzlich eintretende Temperaturen, die Abhärtung des Organismus, die sich in der verminderten Neigung zur Erkältung zeigt.

Da aber diese Wirkung sich am deutlichsten im Schwimmbade zeigt, dessen gleichmäßige Bewegung alle Muskeln in Bewegung setzt und allmählich stärkt und selbst eine Lungengymnastik durch deren ausgiebige Thätigkeit hervorruft, sollen Schwimmbäder für die Entwicklung und Gesundheit des Volkes und daher besonders der Schulkinder in ausgiebiger Weise, womöglich in allen Bezirken errichtet und der Massenschwimmunterricht der Schulkinder angestrebt werden.

In Rücksicht auf die außerordentliche hygienische Bedeutung dieser Schwimmbäder stellen die Unterzeichneten folgende Anträge:

A. Der Stadtrath wird ersucht:

1. Die Frage der Errichtung von Schwimmbädern für Schulkinder unter Zuziehung der hiezu competenten Factoren eingehend in Behandlung zu nehmen und noch in diesem Jahre darüber zu berichten.

2. In jenen Bezirken, welche der Schwimm- und Vollbäder ermangeln, geeignete Stellen hiefür ausfindig zu machen und Erhebungen zu pflegen über die Möglichkeit: im oder am zukünftigen Donaucanale, welcher durch die functionierenden Sammelcanäle reineres Wasser erhalten wird, Boll- und Schwimmbäder zu errichten.

Sämmtliche Bäder müssen mit Rücksicht auf die Unbemittelten errichtet werden.

B. 3. Das seit Jahren unbenützt dastehende Bassin in der großen Donau bei der Kaiser Franz Josefsbrücke im II. Bezirke ist endlich als Voll- und Schwimm-Freibad fertigzustellen, damit die zahlreiche Arbeiterbevölkerung und die Schuljugend Zwischenbrückens und der Brigittenau dieser hygienischen Wohlthat sobald als möglich theilhaft werde.

Bürgermeister: Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt.

Wir gelangen zur Tagesordnung. Ich bitte die Herren Referenten, ihre Plätze einzunehmen.

5. Gruppe VIII des Hauptvoranschlages. Wir setzen dort, wo wir das letztemal aufgehört haben, fort. (Stadtraths-Referent Gem.-Rath Boschan und Commissions-Referent Gem.-Rath Mayer treten an den Referententisch.)

Referent des Stadtrathes Gem.-Rath Boschan (liest): Seite 310. Rubrik XXXIV in der Einnahme:

Badeanstalten.

Post 1. Einnahmen vom städtischen Bade am Donauströme nächst der Kronprinz Rudolfsbrücke 14.830 fl.

Post 2. Einnahmen von den städtischen Volksbädern:

- a) Einnahmen vom Volksbade im VII. Bezirke, Mondscheingasse 9 4.790 fl.
- b) Einnahmen vom Volksbade am Einsiedlerplage im V. Bezirke 4.630 fl.
- c) Einnahmen vom Volksbade am Erlachplage im X. Bezirke 3.450 fl.
- d) Einnahmen vom Volksbade im III. Bezirke, Apostelgasse 18 2.780 fl.
- e) Einnahmen vom Volksbade in der Brigittenau, Treustraße 62 1.200 fl.
- f) Einnahmen vom Volksbade im VI. Bezirke (in der Gartenanlage an der Ecke der Ufer- und Eßterhazygasse) 2.650 fl.
- g) Einnahmen vom Volksbade im VIII. Bezirke, Florianigasse 30 2.800 fl.
- h) Einnahmen vom Volksbade im IX. Bezirke, Wiefengasse 17 1.650 fl.
- i) Einnahmen vom Volksbade im IV. Bezirke, Klagbaumgasse 4 3.600 fl.

Zusammen . 27.550 fl.

Post 3. Einnahmen vom Theresienbade in Unter-Meidling, Meidlingerstraße 6 13.700 fl.

Post 4. Pachtzins für das Bad in Hütteldorf 1.400 fl.

Gem.-Rath Trambauer: Es ist eine Thatsache, daß zur Pflege und Erhaltung der menschlichen Gesundheit Badeanstalten von außerordentlicher Wichtigkeit sind. Die vermögende Classe kann sich diese leicht verschaffen durch die comfortablen Wohnungen, in welchen sie bereits schöne Badeeinrichtungen besitzt. Die große Masse des Volkes jedoch ist auf die öffentlichen Badeanstalten angewiesen. In denselben sind die Preise auch sehr variierend, so daß nur die bessere Classe diese comfortablen Badeanstalten besuchen kann, während die minder bemittelte Classe immerwährend auf die communalen Badeanstalten angewiesen ist.

Die Anstalten, wie sie die Commune errichtet hat, entsprechen durchaus nicht den Anforderungen oder überhaupt dem Usus, wie

gebadet wird. Gewöhnlich sind die Badeanstalten so eingerichtet, daß sie Dampf-, Schwitz-, Voll- oder Wannenbäder sind. Wie die Gemeinde Wien Badeanstalten errichtet hat — die erste war im VII. Bezirke — hat sie Brausebäder eingerichtet, eine Bademethode, die man in Oesterreich noch gar nicht kannte. Es ist richtig, daß diese Badeanstalten passiv, sehr passiv sind. Ich hätte von dem Referenten der Budget-Commission, der Medicinac-Doctor ist, erwartet, daß er das Referat gründlich studiert hätte. Wir haben jedoch nichts gehört. (Commissions-Referent Gem.-Rath Mayer: Ich war nicht Referent!) Ich bitte, Gem.-Rath Dr. Klobberg, der Medicinac-Doctor ist.

Die Einnahmen von diesen neuen Volksbädern, die bereits activiert sind, belaufen sich auf 27.550 fl., während die Ausgaben 65.860 fl. betragen, mithin ein Deficit von 38.310 fl. sich ergibt. Meine Herren! Ich bitte, dies zur Kenntnis zu nehmen.

Wenn die Badeanstalten so eingerichtet würden wie die anderen, würden sie gewiß prosperieren. Das sehen wir aus dem Theresienbade. Dasselbe hat eine Einnahme von 13.700 fl., während seine Ausgaben 10.600 fl. betragen, was mithin einen Ertrag von 3100 fl. ergibt. Das Bad in Hütteldorf ist auch prosperierend. Es hat eine Einnahme von 1400 fl. und Ausgaben von 1110 fl., mithin ein Erträgnis von 390 fl.

Gestatten Sie, daß ich auf die Frequenz der Badeanstalten übergehe. Wenn die Statistik richtig ist, daß die schulpflichtige Jugend gegenwärtig 163.000 Kinder ausmacht, und daß diese Kinder in dem Alter vom vollendeten sechsten bis zum vierzehnten Jahre stehen, und wenn ich andererseits in Erwägung ziehe, daß die Kinder vom ersten bis zum sechsten Jahre auch eine solche Anzahl ausmachen würden, so ist das eine Summe von 326.000 Einwohnern. Die gegenwärtige Einwohnerzahl, wie sie vom statistischen Bureau aufgezeichnet ist, beträgt jetzt 1.442.860 Personen. Wenn Sie annehmen, daß die Jugend gegenwärtig mit einer Zahl von 326.000 Personen nicht ein Viertel der Bevölkerung ausmacht und mithin drei Viertel der Bevölkerung badebedürftig sind, so tritt die markante Erscheinung hervor, daß die Badeanstalten sehr schlecht frequentiert werden.

Ich möchte Ihnen da auch gleichzeitig den X. Bezirk citieren. Der X. Bezirk hat im Jahre 1890 eine Bevölkerung von 84.813 Einwohnern gezählt. Nun ist der Rudolfsberg, ein Theil von Inzersdorf hinzugekommen mit einer Einwohnerzahl von 6000. Das würde 90.000 sein. Nachdem aber seit vier Jahren die Bevölkerung zugenommen, so dürfte heute die Bevölkerung im X. Bezirke 96.000 Einwohner betragen. Wenn ich nun auf diese 96.000 Einwohner nicht reflectiere, sondern auf diejenige Zahl von Einwohnern, die bei der Volkszählung im Jahre 1890 constatirt worden ist, nämlich 90.000 Einwohner, und noch weiter gehe und nicht drei Viertel der Bevölkerung als badebedürftig betrachte, sondern nur zwei Fünftel, so sind das 36.000. Die Einnahmen haben im Beobachtungsjahre — das muß ich betonen — 3446 fl. betragen. Wenn nun das Bad 5 kr. kostet, so ergeben sich von diesen Einnahmen 68.920 Bäder. Wenn Sie auf die zwei Fünftel der Bevölkerung diese Anzahl von Bädern vertheilen, so kommen auf einen Einwohner 1:32 Bäder pro anno.

Um die Sache deutlicher zu machen, bemerke ich, daß in diesem Falle ein Badender in zehn Jahren dreizehn Bäder nehmen wird. Sie sehen also, daß diese Badeanstalten nicht prosperieren, und ich beantrage: „Der Magistrat werde beauftragt, dahin Erhebungen zu pflegen, wie es möglich ist, daß die Anstalten so

eingerrichtet werden wie die öffentlichen Badeanstalten, nämlich mit Dampf-, Schwitz-, kalten Douche- und Wannenbädern.“ Ich möchte Sie bitten, diesem Antrage zuzustimmen. Es geht nicht an, daß die Gemeinde Wien ein Deficit von 38.000 fl. für eine Institution ausweist, welche dem Zwecke nicht entspricht. Ich sage nicht, die Gemeinde Wien soll einen Nutzen daraus ziehen. Aber es soll das Bedürfnis zum Baden wahgerufen werden, denn das Baden bewirkt doch gewiß eine Kräftigung des Körpers.

Nachdem ich schon vom Badehause im X. Bezirke gesprochen habe, möchte ich noch einen Übelstand hervorheben. Es ist dort eine fürchterliche Rauchentwicklung, weil die Schornsteine zu niedrig sind. Namentlich im Winter, wenn geheizt wird, drückt sich der Rauch in die Straße. Ich möchte bitten, daß das Stadtbauamt beauftragt werde, diesem Übelstande abzuwehren. Ich habe bei der Debatte über die Straßenreinigung nicht zum Worte kommen können. Ich muß bemerken, daß, wenn namentlich im Winter, im Gemeindehause im X. Bezirke geheizt wird und die Atmosphäre dick ist, die Rauchmassen in der Simmeringer- und Lazenburgerstraße so stark sind, daß man auf 20 Schritte weit nicht sieht. Ich möchte bitten, daß das Stadtbauamt auch diesen Übelstand abstellt.

Gem.-Rath Sagner: Sehr geehrte Versammlung! Ich habe im vergangenen Jahre einen Antrag eingebracht, daß im XVII. Bezirke eine öffentliche Badeanstalt für Arbeiter errichtet werde. Ich sehe jedoch im Budget keinen Betrag eingesetzt. (Ruf: O ja, 110.000 fl.!) Ja im ganzen, aber nicht für den XVII. Bezirk. Ich würde bitten, daß auch der XVII. Bezirk sobald als möglich eine Badeanstalt bekommt, nachdem dort so viele Arbeiter, große und kleine Fabriken und auch viele Schulkinder sind. Ein Platz ist bereits vorhanden auf den Gründen der Rosenstein'schen Stiftung.

Gem.-Rath Pollak: Meine Herren! Ich habe mir vor beiläufig vier Jahren zu beantragen erlaubt, daß die städtischen Volksbäder auch für die Schuljugend zugänglich gemacht werden sollen. Es sind nun vier Jahre vergangen, mir ist aber nicht bekannt, daß damit auch nur der Anfang gemacht worden wäre. Allerdings hat man uns seit einigen Jahren Karten für das städtische Bad an der Donau zugesandt, aber, meine Herren, in welchem Verhältnisse! Für Schulen, welche notorisch 600 und noch mehr Kinder zählen, kommen 40 bis 50 Karten! Was soll und kann man denn damit anfangen? Dazu muß ich noch bemerken, daß die Karten nicht Freikarten sind — deren sind noch viel weniger — sondern Zahlkarten, wenn auch um einen ganz billigen Preis. Aber man darf nicht vergessen, die Kinder aus dem X. Bezirke — und für diese spreche ich besonders — haben einen Narrenweg bis zum Prater hinunter. Wenn sie also nicht ganz verschwigt unten ankommen wollen, so müssen sie fahren, und das kostet 10 kr.; dann kommt die Badkarte, die kostet 5 kr.; vielleicht fährt das Kind auch wieder zurück um 10 kr.; so macht das zusammen 25 kr. aus, und das ist unerschwinglich! Darum haben auch die Karten für das städtische Donaubad für die Kinder in unserem Bezirke nahezu keinen Wert.

Etwas anderes wäre es, wenn sich endlich der Magistrat oder — ich weiß nicht, welche Behörde dazu eigentlich berufen ist — veranlaßt sehen würde, zu untersuchen, ob nicht die städtischen Volksbäder zu gewissen Stunden den Kindern zugänglich gemacht werden könnten, und ich glaube, das kann ja geschehen. Die erwachsene Bevölkerung benützt die Bäder bekanntlich in der

Regel abends und da könnte man doch für die Kinder das Bad am Mittwoch und Samstag nachmittags freimachen. Dann muß aber auch für die ärmsten der armen Kinder Vorsorge getroffen und in ausgiebigem Maße Freikarten ausgegeben werden. Ich gebe zu, daß dies etwas kostet, aber die Gesundheit unserer Kinder ist, glaube ich, diese Auslage wohl wert. Dann bedenken Sie auch, daß die Kinder des Tages, und zwar die ganze Woche hindurch, bemüßigt sind, auf der Gasse zu bleiben. Die Eltern gehen früh in die Arbeit und kommen erst nachts nach Hause, die Kinder werden nicht gereinigt — vom Waschen will ich gar nicht reden, das weiß man, wie die Kinder daherkommen.

Also, meine Herren, es ist höchst nothwendig, daß hier etwas geschieht. Ich will nicht sagen, im X. Bezirke allein, es wird vielleicht in allen Bezirken nothwendig sein, und darum möchte ich an den Herrn Bürgermeister als Vorsitzenden des Bezirksrathes die Bitte richten, diese Angelegenheit zu würdigen und das Nöthige zu veranlassen, daß in dieser Richtung endlich etwas geschieht, damit unsere Kinder der Wohlthat dieser Waschungen theilhaftig werden. Ich bitte, Herr Bürgermeister!

Gem.-Rath Gregorig: Ich bin im Vorjahre mit einigen Herren durch die Schwimmschulallee heraufgegangen, dieselben haben die Zustände in den Wiener Communalbädern, namentlich jene in dem städtischen Freibade am linken Donauufer besprochen. Da haben die Herren gemeint, der Gemeinderath soll baden gehen . . .

Bürgermeister: Aber, aber . . .

Gem.-Rath Gregorig: Es ist so richtig, die Herren haben so gesagt, ich übertreibe nichts dabei, nur waren die Herren ein bißchen böse und haben gemeint, der Gemeinderath solle hinunter gehen und sich die Zehen abstoßen an den Steinen, und der Herr Bürgermeister möge sich die paar Instrumente, die er nothwendig zum Gehen braucht, brechen.

Bürgermeister: Sehr unzart ausgedrückt.

Gem.-Rath Gregorig (fortfahrend): Ich habe es noch in einer sehr feinen Weise gebracht; die Herren haben es im Wiener Dialect gesagt und da ist es gröber ausgefallen.

Nachdem ich für den Bürgermeister besorgt bin, bin ich ins Bad gegangen, habe es mir angeschaut und muß gestehen, daß ich das städtische Communalbad in einem Zustande gefunden habe, der geradezu eine Schande für Wien ist.

Wer in das Bad hinein will, muß entschieden Sandalen anhaben, denn er muß über gespitzte Steine; dort hat man voriges Jahr bei Beginn der Badesaison gepflastert, es ist Hochwasser gekommen, die Arbeiter haben die Pflastersteine liegen gelassen, so daß sich die Leute die Zehen abstoßen konnten. Dieser Zustand kann absolut nicht fortbestehen. Die Bevölkerung hat keinen Überfluß an Geld, jeder muß sparen, das Bad ist nun dazu da, um benützt zu werden, und man muß auch der minderbemittelten Bevölkerung Gelegenheit geben, sich zu reinigen und insbesondere, weil die Bäder in der Donau zur Gesundung bei verschiedenen Krankheiten beitragen. Es muß da eine Änderung stattfinden. Wie man sich auskleidet, wie die Einplankung ist und wie der eigentliche Zugang zum Wasser ist, ist entsetzlich. Ich möchte den Herren anrathen, sich das anzuschauen; es würde ein Schrei der Entrüstung ertönen, wenn sie das sehen.

Ich möchte daher beantragen, daß das Stadtbauamt beauftragt werde, hier einen neuen Modus zu schaffen; vor allem anderen muß der Zugang zum Bade, welcher eine schiefe Fläche bildet,

mit Beton belegt werden, heute muß man über Steine oder spitzen Schotter klettern, dann müssen gegen das Wasser bessere Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden, heute geschieht die Absperrung, wenn das Wasser hoch ist, nur durch einige Balken. Wenn jemand am Rande draußen den Krampf oder dergleichen bekommt, so schwimmt er hinaus und das Wasser trägt ihn fort. Wie kann man das so offen stehen lassen? Wenn das Wasser hoch ist und jemand schwimmen will, so kann er es nicht. Die Einrichtung des Bades ist eine ganz verfehlte und ich beantrage, daß das Stadtbauamt aufgefordert werde, sofort mit Vorschlägen zu kommen. Jetzt kann gearbeitet werden, denn der Wasserstand ist klein. Einen so niedrigen Wasserstand wie im vergangenen Herbst und Winter haben wir seit Jahren nicht gehabt, und ich beantrage, daß sofort in dieser Richtung etwas geschehe.

Gem.-Rath Strobach: Ich möchte mir nur erlauben, auf die Übelstände hinzuweisen, die in Bezug auf die Rauchentwicklung beim Bade am Einsiedlerplatz bestehen. Der Einsiedlerplatz ist ein Kinderspielplatz und zugleich ein Erholungspark. Er ist nun so erbärmlich geschottert — wie ich lezthin nachgewiesen habe — mit einem Gemenge von Kieselchotter und Erde, daß, wenn es staubt, sich ganze Staubwolken entwickeln. Es ist noch viel schlimmer, wenn das Bad geheizt wird, da ist eine derartige Rauchentwicklung, daß es ganz unmöglich ist, auf dem Plage auszuhalten, ein derartiger Ort kann kein Erholungsplatz sein, das ist ganz ausgeschlossen.

Nachdem Herr Colleague Trambauer aus dem X. Bezirke sich über dasselbe beklagt hat, was ich gesagt habe, so muß wohl öffentlich constatirt werden, daß das Bauamt jedenfalls wenig Weisheit bei der Anlage der Badeanstalten entwickelt hat, und daß es durchaus nicht auf der Höhe seiner Aufgabe gestanden ist. Es wird theilweise erzählt, daß auch ein Rauchverzehrungs-Apparat angebracht sein soll. Man bemerkt nichts, im Gegentheil, es raucht mehr. Entweder functionirt der Apparat nicht oder er wird nicht in Thätigkeit gesetzt. Ich weiß es nicht. Kurz und gut, ich möchte in Anbetracht des Umstandes, daß der Einsiedlerplatz ein Kinderspielplatz und Erholungsort ist, ersuchen, daß die Rauchentwicklung dort endlich einmal abgestellt werde. Wenn es nicht möglich wäre, müßte man dahin trachten, daß das Bad verlegt werde, weil es den ganzen Platz verschandelt und ihn als Erholungsort unmöglich macht. Ich würde daher den Herrn Bürgermeister bitten, seine Aufmerksamkeit darauf zu verwenden, daß das städtische Bauamt den Fehler, den es früher gemacht hat, auch wieder gut zu machen versucht.

Gem.-Rath Edlhofer: Ich habe schon vor zwei Jahren einen Antrag auf Errichtung eines Volksbades im XVI. Bezirke gestellt. Im heurigen Budget ist für diese Errichtung nichts eingestellt. Ich möchte daher bitten, im heurigen Budget einen Betrag einzustellen, der für diese Volksbäder bestimmt wird, und bitte, diesen Antrag zu unterstützen.

Gem.-Rath Stehlik: Ich glaube, man sollte geradezu sagen, daß sämtliche Bäder schlecht sind. Als seinerzeit im VII. Bezirke in dem städtischen Hause in der Mondscheingasse das erste Volksbad errichtet wurde, hat es ein etwas anderes Bewandtnis damit gehabt. Man hat damals im rückwärtigen Tracte das Bad eingestellt und so war die Möglichkeit geboten, das Bad billig erhalten zu können. Was ist aber seitdem geschehen? Man hat Häuser eingelöst und das hat viel Geld gekostet. Die Bäder sind wunderschön, aber zwecklos durch und durch. Wenn man ein städtisches Bad baut, so

sollte man wenigstens im Souterrain ein Vollbassin machen, das kostet ja nichts. Da könnte man ja auch zu gewissen Zeiten das Wasser niederer ablassen, damit auch Kinder baden können. Was das Bad betrifft, über welches Herr Gem.-Rath Strobach gesprochen hat, so würde ich es sehr bedauern, wenn ich der Baucommission angehört hätte, die dieses Bad dorthin gebaut hat.

Man hat den Platz fertig gehabt, ringsum drei Stock hohe Häuser, und dann hat man die Chaluppe hineingebaut. Auch die Rauchverzehrunge, die Herr Gem.-Rath Strobach gewünscht hat, würde da nichts nützen; das bleibt ein ewiger Schandfleck für die Baucommission. Mein Colleague Trambauer hat auf die Passiva hingewiesen: diese komme daher, daß die Bäder nur während der kurzen Sommermonate benützt werden; im Winter gehen sehr wenige Leute hinein. Hätten wir im Souterrain ein Vollbassin mit warmem oder lauem Wasser, so könnte das Bad das ganze Jahr benützt werden. Wenn der Herr Bürgermeister einmal selbst in das Bad käme! (Bürgermeister: Ich war schon dort!) Mit einer Hand muß man den Zügel halten, dabei soll man sich frottieren. Dazu braucht man ja mehr als zwei Hände. Wie kann man das thun, daß man ein Narrenseil hinstellt, an das man sich halten soll, während man sich frottirt. Davon wird einem ja übel, und bei der kalten Douche braucht man beide Hände. Es hat mich bei diesem Bade so geärgert, daß, wenn man ein so wunderschönes Bad neu installiert, man das so einrichtet, daß sich jeder nur mit einer Hand frottieren kann. (Rufe: Baudirector!) Ich will dem Herrn Baudirector keine Schuld beimessen. Ich habe mir gedacht, daß man den Privat-Badeanstalten keine große Concurrenz machen wollte. Ja, wenn man das nicht thun will, dann baue man aber auch keine neuen Badehäuser. Entweder, oder. Das ist meine Idee. Entweder thut man das, was für die Badenden und die Gemeinde rationell ist, oder man lasse das ganze stehen oder man löse die Privatbäder ein, um sie eben nicht zu schädigen. Es ist wohl bezüglich der Badeanstalt in der Mondscheingasse die Anregung von unseren Wählern aus dem VII. Bezirke ausgegangen, daß dort fünf Kreuzer verlangt werden. Wenn man aber ein neues Bad installiert, so kann man doch auch einen höheren Preis verlangen. In der Mondscheingasse haben fünf Kreuzer genügt, weil uns die ganze Anstalt nicht viel gekostet hat. Aber bei neuen Badeanstalten denselben Preis zu verlangen, das verträgt sich nicht. Dadurch kommen immer Passiven heraus. Für die Schulkinder hat übrigens, wie Colleague Pollak bemerkt hat, die Douche gar keinen Zweck. Wenn aber im Souterrain gleich ein Vollbassin mitgebaut worden wäre, wäre es besser gewesen. Heute kann man es nicht mehr thun. (Rufe rechts: Schluß!) Man hört nie, was von dieser (linken) Seite gesprochen wird, man will es nicht hören, man will es absolut nicht hören, wenn wir auch die beste Ansicht haben. Aber ich bitte Sie, regen Sie diese Sache beim Stadtbauamte an, damit für die Schulkinder im Souterrain Vollbäder gemacht werden, und zwar solche, die sie auch im Winter benützen können. Ziehen Sie diese Ansicht, wenn sie auch von dieser (linken) Seite kommt, selbst in Erwägung und Sie werden finden, daß wir das Richtige meinen.

Bürgermeister: Ich möchte die Herren bitten, sich etwas kürzer zu fassen; wir werden, wenn das so fortgeht, noch mehrere Wochen zur Berathung des Budgets brauchen.

Gem.-Rath Dr. Mittler (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage Schluß der Debatte.

Bürgermeister: Ich bitte jene Herren, die mit Schluss der Debatte einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Das Wort haben noch die Herren Gem.-Räthe Becker, Vincenz Wessely, Dr. Klotzberg, Karl Joh. Müller.

Gem.-Rath Becker: Ich muß auch über das Bad im V. Bezirke am Einsiedlerplatz sprechen. Es war das eine unglückliche Idee, daß dieses Bad gebaut wurde; das Bad wurde errichtet ohne den Willen der Bezirks- und Gemeindevertretung. Wissen Sie, wer eigentlich die betreffende Bewilligung gegeben hat? Eine Commission, welche die II. Section im Jahre 1889 dorthin entsendet hat, und diese Commission bestand zumeist aus Mitgliedern, die anderen Bezirken angehörten, die nicht den festen Willen hatten, in diesem Bezirke Ordnung zu schaffen und einen so schönen Platz, wie es der Einsiedlerplatz ist, zu erhalten. Damit man sich einen Platz erspart, den man dann verkaufen will, ist man so vorgegangen, denn beim Hühnerhof hat die Gemeinde Plätze genug gehabt und hat sie heute noch, aber man hat es vorgezogen, gerade diesen Platz zu nehmen, der der Gemeinde so nützlich wäre, und hat dabei auf die Bewohner nicht Rücksicht genommen.

Ich bin förmlich von der ganzen Umgebung des Einsiedlerplatzes beauftragt worden, hier zu sagen, daß das Bad wegkomme. Die Leute können wegen des Rauches keine Fenster öffnen.

Ich habe einen Antrag eingebracht, worin ich betont habe, daß die Bewohner wünschen, daß es dort nicht raucht. Andere Geschäftsleute, die auch mit Rauchentwicklung verbundene Geschäfte ausüben, müssen 20 m, nöthigenfalls 30 m hohe Rauchfänge bauen; das ist Vorschrift, das müssen sie thun. Das Stadtbauamt aber kann einen Stutzen von einem Rauchfang hinstellen.

Was ist eigentlich auf meinen Antrag hin geschehen? Ein Rauchverzehrer wird kommen und soll alles gut machen. Die Rauchverzehrer sind nichts wert, sie functionieren nicht; wer das versteht, muß mir rechtgeben. Wird wenig geheizt, so sieht man wenig Rauch. Aber Samstag oder an anderen Tagen, wenn das Bad besser besucht ist, und da sehen Sie den Qualm, wenn ein Wind geht, bei allen Fenstern hineinwehen. Kein Fenster kann man öffnen.

Es ist die höchste Zeit, daß, wenn schon wo anders ein Bad gebaut werden soll, dasselbe den Vorschriften gemäß gebaut werde, und nicht vor anderen Fenstern niedrige Schlotte hingestellt werden. Das, glaube ich, soll das Bauamt wissen.

Ich kann weiter über die Sache nichts sagen, als es ist wünschenswert, wenn der Stadtrath darüber nachdenkt und sich selbst davon überzeugt, daß etwas geschehen muß, daß der Rauchfang, wenn auch nur mit einem eisernen Rohre, erhöht werde. Das kann leicht geschehen, man kann leicht einen 12 m hohen Rauchfang hinstellen. Es war eine unglückliche Idee, daß überhaupt dieses Bad dorthin gebaut wurde.

Gem.-Rath Vincenz Wessely: Ich werde mich dem Wunsche des geehrten Herrn Bürgermeisters fügen und sehr kurz sein. Ich werde nur einiges erwähnen, was der Herr College Edlhofer gesagt hat, daß er nämlich im vergangenen Jahre einen Antrag auf Errichtung eines Volksbades im XVI. Bezirke gestellt hat, und bemängelt, daß im Budget für das heurige Jahr eine Post für die Errichtung eines Volksbades nicht eingestellt ist. Da ist er im Irrthume, auf Seite 329 findet er, daß für eventuelle solche Bauten eine Summe von 72.000 fl. eingestellt ist.

Seinem Antrage aber, glaube ich, wird nicht gut entsprochen werden können aus dem Grunde, weil bis jetzt gerade dieser Theil von Wien an Wasser arm ist, überhaupt gar kein Wasser hat, und es wäre, glaube ich, von großer Bedeutung, wenn es gelänge, die Arbeiten für die Wasserversorgung der westlichen Bezirke, die so hoch liegen, etwas zu beschleunigen.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit an den geehrten Herrn Bürgermeister die Bitte richten, daß er alles anwenden soll, um den Bau des Reservoirs, welches auf den Gründen der amerikanischen Windmühle erbaut, und bestimmt sein wird, diesen Bezirkstheil mit Wasser zu versorgen, zu beschleunigen.

Wer weiß, was für eine Calamität dort in diesen Bezirken bezüglich des Wassers herrscht, wird diesen meinen Wunsch berechtigt finden. Die Leute werden jetzt so sekkirt, sie sollen bei dieser Dürre die Trottoirs bespritzen, werden vor das Bezirksamt citirt, es werden ihnen Strafen auferlegt, weil sie das Trottoir nicht bespritzen, und sie haben doch kein Wasser! Die Brunnen sind alle versiegt.

Ich habe schon vor zwei Jahren den Antrag eingebracht, daß die Brunnen, welche in diesen Bezirken vorhanden waren, wenigstens der Renovierung unterzogen werden, und es ist nichts geschehen, weil die Kosten auf 200 oder 230 fl. für einen solchen Brunnen sich belaufen hätten. Der Stadtrath hat das abgelehnt, und die Leute haben eine solche Wassernoth, daß man nicht daran denken kann, Volksbäder zu errichten, weil kein Wasser vorhanden ist.

Ich würde nun den Herrn Bürgermeister inständigst bitten, diese Arbeiten beschleunigen zu lassen. Trotzdem wir es schon beschlossen, die Anleihe bezüglich der Wasserleitung perfect geworden ist, so geht die Arbeit so langsam vorstatten, daß man glauben muß, daß kein Ernst vorhanden ist, um mit dieser Arbeit zu beginnen.

Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Ich hätte das Wort in dieser Angelegenheit nicht ergriffen, wenn ich nicht förmlich zu demselben von dem Vertreter X. Bezirkes mit den Worten aufgefordert worden wäre, daß er erwartet hätte, daß der Referent in der Budget-Commission, der Medicinac-Doctor und praktische Arzt, die Sache eingehender studiert und darüber referiert hätte. Eingehender referieren, als ich es gethan, kann man nicht mehr. Ich habe den Nutzen und die Zweckmäßigkeit der Volksbäder auseinandergesetzt, weiters die Statistik, die Differenzen, ihre Einträglichkeit und ihre Nichteinträglichkeit.

Die Commune Wien hat verschiedene Anlagen, productive und nichtproductive. Zu den nichtproductiven gehören die Volksbäder und doch sind diese die productivsten Anlagen, welche wir überhaupt haben, weil wir die Volksbäder im Interesse der Gesundheit unserer Bevölkerung und insbesondere der armen Bevölkerung errichtet haben. Das höchste Capital ist der Mensch, und wenn wir für die Gesundheit, für das Leben des Menschen etwas Zweckmäßiges einrichten, so haben wir damit eine productive Anlage geschaffen. Jedem Gemeinderathe steht es frei, Anträge diesbezüglich zu stellen, und ich habe aus den Ausführungen des Herrn Kollegen aus dem X. Bezirke nicht ersehen, daß er solche volksbeglückende Anträge hier in diesem Saale bei dieser Debatte gestellt hat. Die Volksbäder werden dann ihren Zweck erfüllen, wenn sie von der Bevölkerung fleißig gebraucht werden; das ist das Wünschenswerteste, und in diesem Sinne und aus diesem Grunde hat der Gemeinderath die Douche- und Brausebäder errichtet. Es ist selbstverständlich, daß wir Badeanstalten nicht in der Weise

einrichten können, wie das römische Bad eingerichtet ist; wir wollen nicht der Privatindustrie irgendwelche Concurrnz auf diesem Gebiete machen und darum wollen wir auch nur solche Einrichtungen, die in erster Linie nothwendig sind und den primitivsten Anforderungen der Hygiene genügen. Wer in den Volksbädern badet, wird seinen Zweck erreichen. Es handelt sich in erster Linie um die Reinlichkeit. In den Volksbädern herrscht eine so minutöse Reinlichkeit, wie man sie in Privatbädern — ich will denselben nicht nahetreten — um diesen Preis nicht findet. (Bravo! rechts.)

Gem.-Rath H. J. Müller: Nachdem ich Mitglied der Scontrierungs-Commission bin, hatte ich auch Gelegenheit, die Volksbäder zu scontrieren. Da habe ich gefunden, daß die Buchführung dort nicht ganz richtig gehandhabt wird. Die Leute haben keine eigene Instruction, kein ordentliches Inventar. Es hat wohl ein Bauamtsbeamter die Bäder zu inspiciert, es ist aber von der Buchhaltung niemand dabei. Die Buchführung ist eine mangelhafte, ebenso die Marken. Der Herr Referent, der Obmann der Commission ist, wird vielleicht auch etwas darüber vorbringen. Ich habe geglaubt, das heute hervorheben zu sollen, daß damit von Seite des Magistrates und der Buchhaltung vorgekehrt werde, daß eine ordentliche Buchführung und Controle stattfindet. Die Marken, die benützt werden, sind gewöhnliche Blocks ohne Nummer, die sich jeder nachmachen kann. Ich möchte beantragen, daß von Seite der Ämter diesbezügliche Vorschläge gemacht werden.

Bürgermeister: Das Referat liegt bereits vor.

Referent des Stadtrathes (zum Schlussworte): Von dem ersten Redner in der Debatte ist gerügt worden, daß die Volksbäder keinen Ertrag liefern, sondern ein Deficit ergeben, und weiters ist gesagt worden, daß mehr Volksbäder errichtet werden sollen. Endlich hat man darüber Klage geführt, daß die Volksbäder von Seite der Bevölkerung verhältnismäßig wenig benützt werden. Was das erste Gravamen betrifft, so sollen ja die Volksbäder keinen Ertrag liefern. Das ist eine humanitäre Institution und braucht keinen Ertrag zu liefern. Selbst wenn die Gemeinde auf den Betrieb etwas daraufzahlt, liegt nichts daran. Was den Wunsch betrifft, daß mehr Bäder errichtet werden sollen, so will ich bemerken, daß die Volksbäder eine sehr junge Institution sind. Vor einer kurzen Reihe von Jahren haben Volksbäder noch nicht existiert. Nun kann die Commune nicht alles auf einmal machen.

Es sind in den letzten Jahren eine große Anzahl von Volksbädern entstanden, es sind heuer 110.000 fl. im Budget eingestellt und der Gemeinderath hat am 5. Jänner beschlossen, daß mit dem Baue von Volksbädern im XVI. und im XVII. Bezirke noch im Jahre 1894 zu beginnen ist. Was den Wunsch betrifft, daß die Bevölkerung diese Bäder stärker benützen sollte, so glaube ich, daß dieser Wunsch an die richtige Adresse zu richten ist. Es wäre vielleicht ein dankbares Thema für Volks- oder Wähler-versammlungen, darauf aufmerksam zu machen, wie der Gemeinderath eine so ausgezeichnete Institution geschaffen hat, wo jeder um wenige Kreuzer dieser großen Wohlthat theilhaftig werden kann. Was die übrigen Anregungen betrifft, so werden sie ja im Stadtrathe in Erwägung gezogen werden und auch gewiß die nöthige Beachtung finden. Gegen die Post selbst ist keine Einwendung erhoben worden. Ich bitte sie anzunehmen.

Referent der Budget-Commission: Ich habe nichts beizufügen.

Gem.-Rath Weitmann (zur Berichtigung): Meine Herren! Es ist vom Herrn Gem.-Rathe Becker der damals eingesetzten Commission der Vorwurf gemacht worden, daß dieses Bad am Einsiedlerplaz gebaut wurde. Ich war damals Mitglied der Commission und auch Herr Colleague Lechner, und wir beide haben uns mit aller Entschiedenheit dagegen verwahrt, weil wir gesehen haben, daß dies der denkbar ungünstigste Platz ist. (Gem.-Rath Strobach: Der Bezirksausschuß auch!) Ja, der Bezirksausschuß war auch dagegen, und der Herr Bezirksvorsteher hat sich ebenso entschieden dagegen verwahrt. Es fällt also auf mich und Herrn Colleague Lechner, sowie auf den Herrn Vorstand keine Schuld. Das wollte ich nur constatieren. (Gem.-Rath Strobach: Also auf das Bauamt!)

Gem.-Rath Signer (zur Berichtigung): Dem Herrn Gem.-Rath Wessely muß ich berichtigen, daß allerdings 110.000 fl. eingestellt sind, aber für alle Bäder. Ferner wurde gesagt, daß die Commune für die Bäder, welche sie selbst für die armen Leute und die Schulkinder baut, kein Wasser hat. Da muß ich berichtigen, wenn die Commune kein Wasser hat, warum gibt sie denn an die anderen Bäder Wasser ab? Zuerst muß sie doch selbst das nöthige Wasser haben. Ich glaube, wer ein Bad errichtet, muß auch ein Capital haben, sonst kann er es nicht errichten. In Hernals z. B. bezieht Bezechleba Hochquellenwasser (Widerspruch), wenn auch nicht immer, aber er bezieht es, ferner das Annabad, das Michaelerbad in Währing, dann das Bad in Ottakring, wenn auch nicht immer, aber im Sommer, und gerade im Sommer sollte man die armen Leute baden lassen. Herr Gem.-Rath Wessely wird also entschuldigen, wenn ich etwas erwähne, was richtig ist.

Gem.-Rath Grambauer (zur Berichtigung): Herr Gem.-Rath Dr. Floberg hat angeführt, daß das kostbarste Gut des Menschen die Gesundheit ist, das ist richtig; aber ich berichtige, daß er in der Budget-Commission über die Badeanstalten nicht referiert hat.

Dem Referenten des Stadtrathes gegenüber berichtige ich, daß die Badeanstalten schlecht besucht sind, weil sie den Anforderungen nicht entsprechen. Mein Freund Stehlik hat schon ausführlich besprochen, daß die Badeanstalten sehr primitiv sind.

Gem.-Rath Becker (zur Berichtigung): Meine Herren...

Bürgermeister (unterbrechend): Ich bitte, sich kurz zu fassen.

Gem.-Rath Becker: Ich werde sehr kurz sein. Herrn Colleague Weitmann habe ich nicht erwähnt, weil es richtig ist, daß er dafür gestimmt hat, daß das Bad anderswo hinkommt. Aber andere Elemente, z. B. Herr Gem.-Rath Tagleicht, waren entschieden dafür, daß das Bad dort gebaut wird, wo es sich heute befindet. (Rufe links: Was kann auch aus der Leopoldstadt Gutes kommen!)

Gem.-Rath Dr. Floberg (zur Berichtigung): Den Vorwurf, den Herr Gem.-Rath Grambauer gegen mich erhoben hat, kann ich aus dem einfachen Grunde nicht auf mir sitzen lassen, weil ich sämtliche Herren der Budget-Commission zu Zeugen anrufe, daß ich in der eingehendsten Weise auch über die Badeanstalten referiert habe. (Widerspruch links.)

Bürgermeister: Darf ich bitten! Es muß doch referiert worden sein, sonst wäre der Gegenstand nicht erledigt worden.

Gegen die Einnahmepost ist keine Einwendung erhoben worden, ich erkläre sie daher für angenommen.

Zu dieser Post hat Herr Gem.-Rath Grambauer den Antrag gestellt: „Der Magistrat werde beauftragt, Vorschläge

über die Einrichtung der städtischen Bäder mit Dampf-, Douche- und Wannenbädern zu erstatten"; ferner: „Das Stadtbauamt werde beauftragt, gegen die Rauchbelästigung durch das Volksbad Abhilfe zu treffen.“

Die Herren, welche mit der Zuweisung dieser Anträge an den Stadtrath einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Majorität. — Angenommen.

Herr Gem.-Rath Eigner hat den Antrag gestellt, „im XVII. Bezirke sei eine Badeanstalt zu errichten.“ Das ist aber schon Beschluß des Gemeinderathes vom 5. Jänner. Es ist also der Antrag nur eine Urgenz.

Herr Gem.-Rath Gregorig hat den Antrag gestellt: „Das Bauamt werde beauftragt, die im städtischen Freibade bestehenden Übelstände sofort zu beseitigen.“ Geht an den Stadtrath. Die Herren sind einverstanden? (Zustimmung.) Angenommen.

Herr Gem.-Rath Strobach hat auf die Rauchentwicklung bei der Anstalt im V. Bezirke aufmerksam gemacht. Geht an den Stadtrath. (Zustimmung.) Angenommen.

Referent des Stadtrathes (liest):

Badeanstalten. Seite 311. Ordentliche Ausgaben.

Post 1. Auslagen für das städtische Bad am Donauströme nächst der Kronprinz Rudolfsbrücke 11.230 fl.

Referent der Budget-Commission: Die Budget-Commission beantragt eine Urgenz, welche dahin geht (liest):

„Der seinerzeit im Gemeinderathe gestellte Antrag der Gem.-Räthe Herrdegen und Dr. Friedjung, betreffend die Regelung der Bezüge des untergeordneten, in ständiger Verwendung stehenden Personales der städtischen Badeanstalten wolle ehestens erledigt werden.“

Bürgermeister: Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Referent des Stadtrathes (liest):

Post 1 b) Erhaltung der Baulichkeiten, nach einem Abstriche von 2000 fl. 6000 fl.

c) Steuern sammt Zuschlägen 270 fl.

d) Baggerung 600 fl.

e) Ergänzung des Steinwurfes 600 fl.

f) Sonstige Auslagen 3.760 fl.

Post 2. Auslagen für die städtischen Freibäder. Der Stadtrath beantragt 1.270 fl.

Referent der Budget-Commission: Es wird beantragt, 500 fl. mehr zu nehmen mit Rücksicht auf einen zur Genehmigung vorliegenden Antrag und adjustierten Kostenüberschlag des Stadtbauamtes über nothwendige Reparaturen.

Bürgermeister: Sind die Herren mit der höheren Ziffer einverstanden? (Zustimmung.) Angenommen.

Wünschen die Herren eine detaillierte Vorführung der Ausgabe-posten sub Post 3? (Rufe: Nein!) Es ist nicht der Fall, ich erkläre daher sämtliche Ausgabe-posten, soweit sie die städtischen Volksbäder betreffen, für angenommen.

Referent des Stadtrathes (liest):

Post 4. Auslagen für das Theresienbad in Unter-Meidling 10.600 fl.

Post 5. Auslagen für das Bad in Hütteldorf 1.110 fl.

Diese Post muß aber um 2000 fl. erhöht werden, nachdem nothwendige Herstellungen im Betrage von 2008 fl. 37 kr. vom Magistrate bereits beantragt und vom Gemeinderathe beschloffen wurden.

Bürgermeister: Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Referent des Stadtrathes (liest):

Außerordentliche Ausgaben.

Post 6. Errichtung von Volksbädern 110.000 fl.

Gem.-Rath Rauscher: Ich will zu Gunsten der Bademeister in unseren städtischen Volksbädern sprechen.

Bürgermeister: Darüber ist schon abgestimmt worden.

Gem.-Rath Rauscher: Über die Ausgaben für die Volksbäder hat man noch nicht gesprochen.

Bürgermeister: Ein bezüglicher Antrag ist schon angenommen; es ist das eine Urgenz: Der seinerzeit im Gemeinderathe gestellte Antrag der Gem.-Räthe Herrdegen und Dr. Friedjung, betreffend die Regulierung der Bezüge des untergeordneten, in ständiger Verwendung stehenden Personales der städtischen Badeanstalten wolle ehestens erledigt werden.“

Gem.-Rath Rauscher: Sind die Bademeister da inbegriffen?

Bürgermeister: Ja!

Gem.-Rath Rauscher: Dann ist die Sache in Ordnung.

Gem.-Rath Brauneis: Vor längerer Zeit wurde im Stadtrathe über die Errichtung eines Volksbades in der Goldschlagstraße im XV. Bezirke durch Herrn St.-R. Rückauf referiert; ich finde aber im ganzen Budget nichts dafür eingestellt. Ich möchte Sie daher bitten, daß dieses Bad endlich zur Errichtung gelangen möge, da in Neu-Fünfhaus, Rudolfsheim und Breitensee kein Volksbad besteht. Es wäre daher dringend geboten, daß dieses Volksbad errichtet werde.

Bürgermeister: Es ist ein Betrag von 110.000 fl. eingestellt für die gesammten Volksbäder. Sonst ist keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Post 6 ist also angenommen.

Referent des Stadtrathes (liest): Seite 332, Rubrik XXXV. Wasenmeisterei. Einnahmen.

Post 1. Bestandzins für die Benützung des Fabriksgebäudes der (neuen) Wasenmeisterei in Kaiser-Ebersdorf . . . 6200 fl.

Bürgermeister: Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Referent des Stadtrathes (liest):

A. Ordentliche Ausgaben.

Post 1. Bezüge des Wasenmeisters 1810 fl.

Post 2. Erhaltung der Gebäude und Objecte 420 fl.

Post 3. Steuern und Gaben 1140 fl.

Gem.-Rath Eigner: Meine sehr geehrten Herren! In den inneren Bezirken werden Sie wohl diese Übelstände nicht so finden, wie in den äußeren. Unter den letzteren gibt es noch sehr viele Plätze, wo nichts gebaut ist. Ablerplätze, freie Bauplätze, offene Gerinne, Tümpel um ganz Wien herum. Ich spreche nicht nur von XVII., sondern von allen Bezirken, vom XI. bis XIX. Auf diesen Plätzen sollte von der Wasenmeisterei alle acht Tage eine ordentliche Streifung durchgeführt werden. Die Äser liegen dort oft sechs bis sieben Tage. Die Polizei muß an die Wasenmeisterei telegraphieren, damit sie abgeholt werden. Wenn die warme Zeit kommt, wie jetzt, wird es demjenigen, der hinauskommt, nicht angenehm sein, diese Bestandtheile herumliegen zu sehen.

Ich stelle daher den Antrag:

„In den äußeren Bezirken, vom XI. bis XIX., kann man jetzt auf freien Plätzen oder Feldern zum Beispiele Draschfeld oder an beiden Ufern der Alz die Wahrnehmung machen, daß Aas ver-

schiedener Thiergattungen umherliegt, was in sanitärer Hinsicht gewiss nur zu tadeln ist. Denn diese Orte sind in der warmen Jahreszeit nicht nur von spielenden Kindern, sondern auch von Passanten aller angrenzenden Bezirke belebt. Da dieser grobe Übelstand durch fleißiges Auslesen der Äser von Seite der Wasenmeisterei ganz gewiss zu beseitigen ist, so stelle ich den Antrag, dass in den Bezirken XI bis XIX eine Streifung alle acht Tage zu geschehen habe."

Dieser Antrag ist gewiss berechtigt. Es wird jedem Besitzer und Sommerfrischler angenehm sein, wenn diese Äser nicht öffentlich herumliegen.

Ich bitte, den Antrag anzunehmen.

Bürgermeister: Wünscht noch jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Ich ersuche jene Herren, welche mit der Zuweisung des Antrages des Herrn Gem.-Rathes Eigner an den Stadtrath einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) **Angenommen.**

Gegen die Post selbst ist keine Einwendung erhoben worden; sie ist **angenommen.**

Referent des Stadtrathes (liest):

B. Außerordentliche Ausgaben.

Post 4. Adaptierungen und Herstellungen im Wasenmeistergebäude am Arsenalwege im III. Bezirke 4490 fl.

Bürgermeister: Keine Einwendung? — **Angenommen.**

Referent des Stadtrathes (liest): Seite 336. Rubrik XXXVI.

Einnahmen.

Sonstige zum Sanitätswesen gehörige Einrichtungen.

Post 2. Beitragsleistung für die Bewilligung zur Aufstellung von Bedürfnisanstalten 1.470 fl.

A. Ordentliche Ausgaben.

Post 1. Auslagen für Rettungsanstalten:

Effective Ausgaben 10.300 fl.

Durchgeführte Zinswerte 4.890 fl.

Zusammen . 15.190 fl.

Post 2. Erhaltung der Wassereinfahrten und Schwemmen im Donaucanale 100 fl.

Post 3. Durchgeführter Wert des zur Speisung der öffentlichen Auslausbunnen, Bassins und zur Bepflanzung der Pissoirs und Rinnale abgegebenen Wassers 107.340 fl.

(Vice-Bürgermeister Mahenauer übernimmt den Vorsitz.)

Gem.-Rath v. Götz: In der Post XXXVI 1 a „Auslagen“ befindet sich unter den 10.300 fl. auch ein Betrag von 1500 fl. für den Rettungsdienst der Sicherheitswache. Im Jahre 1871, als von Seite des Gemeinderathes der Rettungsdienst organisiert wurde, wurde auf Vorschlag der Section IV beantragt, dass der Sicherheitswache für den Rettungsdienst, nachdem diese Rettungstationen in den Wachtstuben installiert worden sind, für hervorragende Leistungen eine Remuneration von 10 fl. pro Mann ausgesprochen wird; es hat demzufolge im Jahre 1872 die erste Remuneration der Sicherheitswache stattgefunden. Es wurde damals im Jahre 1871 nachgewiesen, dass in 1104 Fällen die Sicherheitswache in erspriesslicher Weise Hilfe geleistet hat. Damals, im Jahre 1872, hat die Wache in den alten Bezirken aus 1665 Mann bestanden. Seit der Einverleibung der Vororte mit Wien ist die Wache um 1071 Mann vermehrt worden. Es

participieren demnach an diesen Ansprüchen auf Remuneration statt 1665 Mann heute 2736. Es haben sich jedenfalls seit dem Jahre 1871 die Unglücksfälle beiweitem vermehrt und die Wache ist heute ganz gewiss in vier-, fünf- und sechsfach erhöhter Weise in Anspruch genommen, so dass es gewiss ein Act der Gerechtigkeit und Billigkeit ist, wenn diese Position, die bisher seit dem Jahre 1871, durch 23 Jahre, den Betrag von 1500 fl. ausgemacht hat, um ein Weniges, um 500 fl. erhöht wird, so dass die Remuneration von 1894 an auf 2000 fl. erhöht werde. Ich glaube, dass die Herren von dem musterhaften, exacten und menschenfreundlichen Wirken der Wache überzeugt sind und dass es gewiss nur gerecht und billig ist, der Wache insofern eine Anerkennung auszusprechen, dass von den vielen Fällen, wie sie hier sind, durch Erhöhung wenigstens 50 Mann mehr zur Remuneration gebracht werden können, und ich beantrage demnach, dass die Post 1 a von 10.300 fl. auf 10.800 fl. erhöht werde. Ich bitte um Zustimmung zu dieser Erhöhung.

Gem.-Rath Dr. Kloßberg: Nachdem der Wiener Polizeirayon wesentlich durch Einbeziehung der Vororte zu Wien vergrößert worden ist und die Wache auch um 1071 Mann vermehrt worden ist, in Folge dessen sich auch die Rettungs-Action wesentlich vervielfältigt hat, würde ich den Antrag des Collegen Götz wärmstens unterstützen und Sie bitten, die Position um 500 fl. zu erhöhen.

Referent des Stadtrathes: Ich würde bitten, den Antrag dem Stadtrathe zuzuweisen. Wir müssen doch erst in merito darüber beschließen; mit der Einstellung eines höheren Betrages in dieser Post ist gar nichts gethan. Wir wissen ja nicht, was mit den 500 fl. zu geschehen hat; die Sache muss seitens des Stadtrathes dem Gemeinderathe vorgelegt und dann beschlossen werden; ich bin überzeugt, dass sich der Herr Antragsteller damit zufrieden stellt, wenn der Antrag dem Stadtrathe zugewiesen wird. (Rufe: Es handelt sich ja um eine Erhöhung!)

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Gem.-Rath v. Götz hat eine einfache Erhöhung der Post beantragt, und zwar von 10.300 auf 10.800 fl. Ich bitte diejenigen Herren, welche für die höhere Ziffer von 10.800 fl. stimmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) **Angenommen.** — Ich bitte, fortzufahren.

Referent des Stadtrathes (liest):

Post 4, Erhaltung der Anstandsorte 8.560 fl.

Post 5, Desinfectionierung der Pissoirs, Aborto etc. 7.000 fl.

Post 6, Durchgeführter Zinswert für das städtische Epidemiaspital an der Triererstraße im X. Bezirke 13.680 fl.

Post 7, Durchgeführter Zinswert für das Cholera-Nothsptital in Zwischenbrücken, II. Bezirk, Engerthstraße Nr. 105 2.660 fl.

Post 8, Auslagen für die Nothspitäler in den einbezogenen Vorortegemeinden:

Durchgeführte Zinswerte 3.820 fl.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Gegen die Posten XXVI 2 bis 8 wurde keine Einwendung erhoben; ich erkläre dieselben für **angenommen.**

Referent des Stadtrathes (liest):

Post 9, Subventionen:

a) Beitrag der Gemeinde Wien an die österreichische Gesellschaft für Gesundheitspflege 200 fl.

b) Beitrag der Gemeinde Wien an die Wiener Freiwillige Rettungs-Gesellschaft 5.000 fl.

- c) Beitrag an die Freiwillige Rettungs- und Schutzmannschaft in Unter-St. Veit 200 fl.
 d) Beitrag an die Nahrungs- und Genussmittel-Untersuchungs-Anstalt des allgemeinen österreichischen Apotheker-Vereines 100 fl.
 e) Beitrag an den österreichischen patriotischen Hilfsverein vom Rothem Kreuze 50 fl.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Referent des Stadtrathes (liest):

B. Außerordentliche Ausgaben.

Post 10, Errichtung neuer Anstandsorte 15.000 fl.

Referent der Budget-Commission: Hier habe ich einen Antrag zu stellen, nicht auf Änderung der Ziffer (Unruhe)

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Ich muß um Ruhe bitten, man hört sonst nicht, was der Herr Referent spricht.

Referent der Budget-Commission: Nicht eine Änderung der Summe werde ich mir zu beantragen erlauben, ich glaube, daß mit der Summe von 15.000 fl. das Auskommen gefunden wird. Aber der Zustand dieser Anstandsorte in der Inneren Stadt läßt sehr viel zu wünschen übrig und ich brauche gar nicht näher einzugehen auf den Zustand der Anstalten in der Blutgasse, auf dem Dominikanerplatz, beim Schwibbogen, in der Dorotheergasse. Die Herren werden sich erinnern, daß das nicht großstädtisch ist. (Zustimmung.) Ich möchte daher ersuchen, folgenden Antrag anzunehmen (liest):

„Es sei bei Errichtung von Anstandsorten auf die Innere Stadt, insbesondere auf den Stephansplatz, die Rothenthurmstraße und Kärnthnerstraße Rücksicht zu nehmen und seien die bestehenden Anstandsorte der Inneren Stadt einer Revision zu unterziehen.“

Ich glaube, der Antrag wird hoffentlich angenommen werden. Er ist dringend und es würde seine Annahme vielleicht so manchem Übelstande abhelfen. Ich bitte, dem zuzustimmen.

Gem.-Rath Sagner: Ich glaube, wenn ich mir hier einige Worte erlaube, wird das ganz gerecht sein. Der Herr Vorredner hat erwähnt, daß es in den inneren Bezirken Übelstände gibt, aber diese Übelstände sind in den äußeren Bezirken noch größer. Dort gibt es beinahe gar keine Anstandsorte. Wenn Sie ganze Straßen, Gassen und Plätze durchwandern, finden Sie keine solchen Anstalten.

Ich erlaube mir daher, den Antrag zu stellen, daß vom XI. bis XIX. Bezirke solche Anstalten errichtet werden, und wenn möglich, soll in jedem Bezirke eine Beez'sche Anstalt errichtet werden. Ich glaube, daß das in jedem Bezirke auf einem sehr anständigen und frequenten Plage möglich ist. Das Bedürfnis wird dort ebenso vorhanden sein wie auf der Ringstraße. (Heiterkeit.)

Es wird kaum jemand bestreiten, daß ein großes Bedürfnis nach Pissoirs in den äußeren Bezirken Wiens besteht, und da ich einen darauf bezüglichen Antrag schon im Jahre 1893 gestellt habe, so erlaube ich mir, meinen Antrag zu wiederholen. Derselbe lautet:

„Der Herr Bürgermeister wolle an die Bezirksvorsteher des XI. bis XIX. Bezirkes und an die Stadtbauamts-Abtheilungen einen Auftrag ergehen lassen, dahin lautend, dieselben haben für obgenannte herzustellende Objecte geeignete Plätze ausfindig zu machen und hierüber ehestens dem Magistrate Bericht zu erstatten.“

Ich glaube, daß dies nicht nur in den inneren Bezirken, sondern auch in den Vororten ein wichtiges Bedürfnis ist. Wenn

jemand seine Nothdurft verrichten soll und er weiß nicht wohin, muß er das nächstliegende Haus auffuchen, was jedenfalls Unannehmlichkeiten im Gefolge hat. Ich erlaube daher, meinen Antrag zu unterstützen.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Ich erlaube mir, Ihnen tatsächlich mitzutheilen, daß gegenwärtig im Stadtrathe Verhandlungen im Zuge sind sowohl wegen Errichtung einer Anzahl neuer Bedürfnisanstalten durch Herrn Beez längs der Trace der neuen Vorortelinie, als auch wegen Übernahme der übrigen bestehenden Bedürfnisanstalten durch Herrn Beez zur Erhaltung.

Gem.-Rath Brauneis: Jenseits der Westbahn in Fünfhäus und Rudolfsheim besteht von der Gürtelstraße bis zur Rudolfsstraße kein einziges Pissoir. Es ist dort die Verkehrsstraße über die Schmelz durch die Schlagergasse nach den alten Bezirken, und es wurde auch diesbezüglich schon vom Bezirksausschusse angeordnet, daß dort ein Pissoir errichtet werden soll.

Ich möchte den Herrn Vice-Bürgermeister bitten, daß dieser Antrag des Bezirksausschusses ehestens realisiert und dort ein Pissoir errichtet werde. (Unruhe.)

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Ich bitte um Ruhe, es ist ja bei dieser Unruhe eine Verhandlung nicht möglich.

Gem.-Rath Bärkl: Es ist nicht immer Gelegenheit vorhanden, über diesen Gegenstand zu sprechen, und nachdem der Herr Vorsitzende gesagt hat, es ist im Stadtrathe ein diesbezügliches Referat in Verhandlung und es werde über diese Angelegenheit ausführlich Bericht erstattet werden, so mache ich darauf aufmerksam, daß von der verlängerten Kärnthnerstraße bis hinauf zur Mariahilferstraße, respective Badenbergerstraße, kein Anstandsort ist. Ein solcher wäre dringend nothwendig. Diese Erfahrung habe ich schon hundertmal gemacht, und alle, welche dort die Straße passiert haben, müssen das zugeben.

Ich erlaube mir daher, das Ersuchen zu stellen, daß bei Berathung dieses Gegenstandes das Augenmerk dahin gerichtet werde, daß, wenn es möglich ist — und ein dringendes Bedürfnis ist vorhanden — in der verlängerten Kärnthnerstraße ebenfalls ein Anstandsort errichtet werde.

Gem.-Rath Weitmann: Wenn ein Bezirk an Pissoirs Mangel hat, so ist es der siebente. Im ganzen Bezirke sind drei Pissoirs, und zwar eines in der Kaiserstraße beim Sophien-Spitale. Die zwei anderen sind in unmittelbarer Nähe, eines in der Schottenfeldgasse, das andere in der Badgasse. (Unruhe.)

Vice-Bürgermeister Mahenauer (unterbrechend): Ich bitte nochmals, meine Herren, dringendst um Ruhe! Es ist ja nicht möglich, daß sich der Herr Redner verständlich macht.

Gem.-Rath Weitmann (fortfahrend): Es sind diese Pissoirs ganz unzulänglich. Sie können die Bezirke kreuz und quer durchgehen, die Pissoirs sind zu wenig und zudem an der Peripherie des Bezirkes gelegen. Im Bezirke drinnen ist gar keines. Ich war in Paris. Dort ist auf den Boulevards alle 100 Schritte ein Pissoir. Das mangelt in Wien. Ich glaube, die Wiener haben dasselbe Bedürfnis wie die Franzosen. (Heiterkeit.) Die Pissoirs werden dort benützt, und ich glaube, sie würden auch hier benützt werden. Die früher bestandenen Pissoirs bei den Gasthäusern sind als sanitätswidrig cassiert worden. Ich will keinen diesbezüglichen Antrag stellen, aber auf eines möchte ich hinweisen. In der Siebensterngasse ist das sogenannte Holzplatzl. Es wurde dort seinerzeit ein Park errichtet, der eines Pissoirs würdig wäre. (Rufe: Er ist ganz schön!) Wenn ein Pissoir dort wäre, wäre es geheimer als

der Park. Man weiß nicht, ist es ein Grabhügel oder ein Park. Ich nenne ihn den demokratischen Park. Er ist nur dazu da, daß er den Weg versperrt, und dient bloß zum Gelächter des Publicums. Wenn ein Fremder kommt und mich fragt, was das zu bedeuten hat, ich könnte ihm keine Auskunft geben. Man möge, wenn man kein Pissoir hinstellen will, den Park ganz cassieren, diesen Schandfleck des Bezirkes, anders kann ich es nicht nennen. Besser wäre es noch, wenn man größere Bäume anpflanzen und in der Mitte ein Pissoir anbringen würde. Es ist ein frequentierter Platz und ein Pissoir würde gewiß den Bedürfnissen der Passanten entsprechen. Diese Anregung erlaube ich mir zu machen.

Gem.-Rath Büsch: Meine Herren! Ich habe im vorigen Jahre den Antrag gestellt, am Ende der Schönbrunner Hauptstraße vor Schönbrunn einen Anstandsort hinzustellen. Der geehrte Herr Bürgermeister hat erwähnt, daß im Stadtrathe Vorkehrungen getroffen worden sind, daß über diese Angelegenheit referiert wird. Es ist bereits commissioniert worden. Ich war auch der Commission zugezogen. Es hat sich die Polizei wie der Bezirksausschuß und auch der Vertreter der Schönbrunner Burghauptmannschaft dafür ausgesprochen. Ich möchte nur bitten, daß dieser Anstandsort sowie jener bei der Schönbrunnerbrücke in Penzing baldigst errichtet werde.

Es ist bereits im Vorjahre beschlossen worden, diesen Anstandsort zu errichten. Ich habe mich aber umgesehen und gefunden, daß er noch immer nicht gebaut ist. Ich möchte daher das Präsidium bitten, dahin zu wirken, daß der Bau der Anstandsorte an diesen beiden Plätzen ehe baldigst erfolge.

Gem.-Rath Seiler: Ich möchte mir eine Anfrage an den Herrn Referenten erlauben. Hier ist von der Errichtung neuer Anstandsorte im II., III., IV., XII. und XIX. Bezirke die Rede. Ich habe aber schon vor zwei Jahren und voriges Jahr darüber gesprochen und auch einen Antrag eingebracht. Ich habe ausgeführt, wie scandalös die Anstandsorte in der Inneren Stadt sind, namentlich in einigen Gassen, wo sie in Privathäusern untergebracht sind. Ich möchte mir daher die Anfrage erlauben, was eigentlich mit diesem Antrage geschehen ist, der dahin gieng, daß an den frequentesten Punkten der Inneren Stadt solche Anstandsorte errichtet werden.

Referent des Stadtrathes: Wenn der Herr College früher ein bißchen achtgegeben hätte, würde er vernommen haben, wie der Herr Vorsitzende mitgetheilt hat, daß mit Herrn Beck sowohl wegen Errichtung neuer Anstandsorte, als auch wegen Übernahme der schon bestehenden in seine Regie Verhandlungen angeknüpft wurden. Die Sache ist also im besten Zuge und wird demnächst den Gemeinderath beschäftigen können; übrigens bitte ich Sie, wenn Sie diesbezügliche Anträge zu stellen haben, ist es nicht nothwendig, dieselben anläßlich der Budget-Debatte zu stellen. Man kann sie ja das ganze Jahr hindurch stellen. Wenn jemand meint, daß solche Anstandsorte nothwendig seien, braucht er nicht bis zur Budget-Debatte zu warten, denn dadurch, daß jeder Bezirk mit seinen Wünschen kommt, wird die Debatte bis ins unendliche verlängert.

Gem.-Rath Stehlik: Ich möchte auch aus meinem Bezirke erwähnen, daß dort viel zu wenig Anstandsorte sind. Seinerzeit, als ich in der Bezirksvertretung war, habe ich dreimal commissioniert, und zwar beim neuen Verzehrungssteueramte in der Burggasse. Glauben Sie, daß dort schon ein Anstandsort ist? Heute besteht er noch nicht. An einer flachen gewöhnlichen Mauer in der Lerchen-

felderstraße neben dem Fleischhauer ist einer, dort aber nicht. Jetzt wird wieder eine Abgrabung am Lerchenfeldergürtel gemacht, dort hat man den Anstandsort weggenommen, aber keinen neuen hingebaut.

Solche Zustände sind nicht richtig, und ich kann mich also nur dem Antrage meines Collegen Weimann anschließen, daß auf die Errichtung solcher Anstandsorte mehr Rücksicht genommen werde. Wir haben sehr große Straßen in unserem Bezirke und es geschieht nichts. Die Gasthausbesitzer haben es auch nicht gerne, und haben die Pissoirs aus den Gasthäusern weggenommen, und zwar mit vollem Rechte. Es soll nun also die Gemeinde sorgen, daß die nöthigen Vorkehrungen getroffen werden.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Die Debatte ist geschlossen.

Referent des Stadtrathes: Ich habe nichts zu bemerken.

Referent der Budget-Commission: Ich bitte nur um Annahme meines Antrages.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Die Position „Errichtung von Anstandsorten“ ist nicht angefochten worden, ich erkläre sie daher für angenommen.

Die Budget-Commission beantragt (liest):

„Es sei bei Errichtung von Anstandsorten auf die Innere Stadt, insbesondere auf den Stephansplatz, die Rothenthurmstraße und Kärnthnerstraße Rücksicht zu nehmen und seien die bestehenden Anstandsorte der Inneren Stadt einer Revision zu unterziehen.“

Die Herren, welche mit der Zuweisung dieses Antrages an den Stadtrath einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) **Angenommen.**

Herr Gem.-Rath Weimann hat beantragt:

„Der Rißpark im VII. Bezirke sei rings mit Bäumen zu bepflanzen und in dessen Mitte sei ein Anstandsort zu errichten.“

Herr Gem.-Rath Eigner beantragt:

„Die Vorsteher der Bezirke XI bis XIX sollen den Auftrag erhalten, für die Aufstellung solcher Objecte geeignete Plätze ausfindig zu machen.“

Die Herren, welche mit der Zuweisung dieser Anträge einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) **Angenommen.**

Ich bitte fortzufahren.

Referent des Stadtrathes (liest):

Post 11. Errichtung von Sanitätsstationen 30.000 fl.

Gem.-Rath Dr. Klokberg: Die Herren werden wissen, daß ich vor zwei Jahren und im vergangenen Jahre den Antrag gestellt habe, der auch hier im Plenum angenommen wurde, mit der Rettungs-Gesellschaft Verhandlungen wegen Übernahme des Rettungsdienstes in Wien einzuleiten.

Die Herren werden vielleicht nicht wissen, daß diese Verhandlungen sich zer schlagen haben, und infolge dessen wurde eine Post von 30.000 fl. eingestellt, und die Commune wird solche Anstalten in eigener Regie errichten.

Die Herren werden jedoch zugeben, daß die heutigen Rettungsanstalten, beziehungsweise der Krankentransport in geradezu antediluvianischer Weise eingerichtet ist und nicht auf der Höhe der Situation steht. Abgesehen davon, wie lange es dauert, bis der Kranke von seiner Wohnung in das Spital gebracht wird, ist die Art und Weise des Transportes gegen alle sanitären Momente und das Humanitätsgefühl verstößend. Es verlegt in empörender Weise das humane Gefühl aus dem einfachen Grunde, weil die

Wägen nicht in der Weise construirt sind, daß, wie ich erwähnt habe, der Kranke mit möglichster Vermeidung der Schmerzen an den Ort des Krankenhauses gelangen kann.

Nachdem also eine solche Post von 30.000 fl. eingestellt ist, möchte ich den Herrn Vice-Bürgermeister bitten, daß dieses Referat cheftens an den Gemeinderath zur Berichterstattung gelange.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Wünscht noch jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Haben die Herren Referenten vielleicht noch etwas beizufügen? (Dieselben verzichten.) Gegen die Position ist keine Einwendung erhoben worden, ich erkläre dieselbe für angenommen.

Referent des Stadtrathes: Wir sind nunmehr mit Gruppe VIII „Sanitätswesen“ fertig, und ich würde glauben, daß es besser wäre, zur Gruppe IX „Armenwesen“ überzugehen und über das Approvisionierungswesen morgen zu sprechen.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Sind die Herren einverstanden? (Zustimmung.)

Referent des Stadtrathes: „Armenwesen“, Seite 346.

Ich bitte, bezüglich dieser Gruppe IX „Armenpflege“ habe ich eine kleine allgemeine und formelle Bemerkung vorherzuschicken.

In früheren Jahren ist diese Rubrik „Armenwesen“ in der Weise behandelt worden, daß lediglich der Zuschuß zum allgemeinen Versorgungsfonde als Ausgabepost eingestellt wurde. Das hat den Nachtheil gehabt, daß man über die eigentlichen Kosten des Armenwesens keine sichere Auskunft aus unserem Rechnungsabschlüsse erlangen konnte. Der Umstand, welcher dieses veranlaßt hat, ist der, daß das Gebiet des allgemeinen Versorgungsfondes und die Gemeinde Wien sich mit einander nicht gedeckt haben. Es haben nämlich einige der früheren Vororte aus dem Versorgungsfonde Bezüge gehabt.

Mit der Zusammenlegung dieser Bezirke in ein Gemeindegebiet haben diese Rücksichten aufgehört. Ebenso sind die Voranschläge und Rechnungsabschlüsse des Bürgerhospitalfondes und des Bürgerladfondes früher ganz separat behandelt worden und haben keinen Bestandtheil des großen Budgets gebildet. Auch das ist ein Nachtheil gewesen, man hat nicht gewußt, was das Armenwesen kostet. Nun sind nach der Vereinigung der früheren Vororte alle diese Rücksichten weggefallen und sind daher die Voranschläge und Rechnungsabschlüsse des Bürgerhospitalfondes und des Bürgerladfondes und des allgemeinen Versorgungsfondes als integrierender Bestandtheil unseres großen Budgets mit aufgenommen worden.

Dabei ist noch Folgendes zu bemerken:

In dem Budget dieser Fonde sind aber nicht nur solche Auslagen enthalten, welche zunächst sich auf die Armenpflege beziehen, sondern auch solche, welche mit der Verwaltung der Fonde zusammenhängen. Zum Beispiel beim Bürgerhospitalfonde die Hauszinssteuer, beim allgemeinen Versorgungsfonde die Auslagen für die Armenlotterie und dergleichen. Würde man die früheren Bestandtheile der Budgets dieser Fonde in unser großes Budget einfach hineingestellt haben, so wäre wieder eine Klarheit nicht erfolgt, weil unter Rubrik „Armenwesen“ Auslagen gebucht worden wären, welche nicht eigentlich zum Armenwesen gehören, sondern Bestandtheile der Ausgaben für die Verwaltung des Fondes bilden.

Es ist daher in der Weise vorgegangen worden, daß bei den Einnahmen der öffentlichen Armenpflege lediglich der Reinertrag dieser drei Fonde eingestellt wurde, während in den Ausgaben nur

diejenigen Theile dieser Fonde eingestellt wurden, welche sich wirklich auf die Armenpflege beziehen; die Ausgaben für die Verwaltung des Fondes, sowie die übrigen Details sind im Anhange unter II, III und IV separat enthalten.

Nach dieser Vorrede erlaube ich mir, auf den eigentlichen Bericht überzugehen.

Seite 346, Rubrik XXXVII „Öffentliche Armenpflege“:

Aus dem Überschusse der Einnahmen des Wiener Bürgerhospitalfondes über die Ausgaben für die Verwaltung desselben 386.760 fl.

b) Aus Mitteln des Wiener Bürgerladfondes:

Aus dem Überschusse der Einnahmen des Wiener Bürgerladfondes über die Ausgaben für die Verwaltung desselben 19.200 fl.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Keine Einwendung? — Angenommen.

Referent des Stadtrathes (liest):

B. Versorgung und Unterstützung sonstiger Armer:

Überschuss der Einnahmen des allgemeinen Versorgungsfondes über die Ausgaben für die Verwaltung und für besondere Zwecke des Fondes 1.147.350 fl.

Diese Post hat eine Abänderung gegen den Voranschlag erlitten. Wir werden auf das Detail später zurückkommen.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Keine Einwendung? — Angenommen.

Referent des Stadtrathes (liest):

Einnahmen des städtischen Asyl- und Werthauses:

Erlös für an städtische Anstalten abgegebene Wäsche und Kleider 2.500 fl.
Ertrag der übrigen Arbeitsleistungen 24.850 fl.
Verschiedene sonstige Einnahmen 260 fl.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Keine Einwendung? — Angenommen.

Referent des Stadtrathes (liest):

Verpflegskosten-Rückvergütungen:

Von fremden Gemeinden für Unheilbare, Findel- und Kostkinder 44.150 fl.
Von fremden Fonden 111.890 fl.
Von Civil-Parteien 17.060 fl.
Aus Pfründner-Nachlässen und sonstige Verpflegskosten-Rückvergütungen 11.740 fl.

Zusammen . 184.840 fl.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Keine Einwendung? — Angenommen.

Referent des Stadtrathes (liest):

Verschiedene andere Rückräge 12.100 fl.
Erträgnis des Balles der Stadt Wien 8.800 fl.

Referent der Budget-Commission: Die Budget-Commission beantragt hier die Einsetzung von 10.000 fl., nachdem der Ball bis zu der Zeit, wo wir darüber berathen haben, schon ein Reinerträgnis von 10.074 fl. ausgewiesen hat.

Ich möchte aber bei dieser Gelegenheit gleich im allgemeinen zu dieser Einnahme sprechen und die Anträge begründen, die ich Ihnen zu stellen habe. Die Eintheilung, die Ihnen der Herr Referent gegeben hat, ist ja vom Gemeinderathe seinerzeit gutgeheißen worden, und hat sich die Budget-Commission eingehend auch mit den Erträgnissen der einzelnen Fondsgüter beschäftigt,

und auch in Erwägung gezogen, ob nicht für einzelne Gegenstände eine bessere Verwertung gefunden werden könnte.

Daraus erklärt sich der I. Antrag (liest):

„Der Magistrat habe zu berichten, ob das in den Auen des Fondsgutes Ebersdorf gewonnene Holz nicht für Zwecke der städtischen Anstalten zu verwenden wäre.“

Allerdings ist das ein geringwertiges Holz. Es fragt sich nur, ob das Holz nicht doch in den Anstalten verbraucht werden könnte. Heute wird das Holz licitando verkauft.

Ein II. Antrag, der sich allerdings mehr mit den Ausgaben in Betreff des Bürgerhospitalfondes beschäftigt, lautet (liest):

„Der Magistrat habe zu berichten, ob es sich nicht empfehlen würde, anstoßend an die dem Bürgerhospitalfonde gehörige Häusergruppe in der Weyringergasse ein Zinshaus mit der Stirnseite gegen den Süd- und Staatsbahnhof zu erbauen. Über die Kosten und Rentabilität eines solchen ist eine Berechnung anzustellen.“

Es ist nicht gut, wenn das ganze Geld auf eine Art angelegt ist. Nun hat der Bürgerhospitalfond große Fonde in Renten u. s. w. angelegt, allerdings auch in Immobilien. Nachdem hier eine sehr rentable Häusergruppe bereits erbaut ist, würde es sich empfehlen, dieselbe fortzusetzen mit der Front hinaus. Die Gruppe würde sich arrondieren, und infolge der Nähe der Bahnen würden die Wohnungen sehr gut zu vermieten sein.“

Der III. Antrag lautet (liest):

„1. Es sei die eigene Regie bezüglich der Auspeisung der Pfründner in den Versorgungsanstalten Liesing und Ybbs probe- weise noch im laufenden Jahre einzuführen.

2. Der Ausschank von Brantwein in den städtischen Ver- sorgungsanstalten sei vollständig einzustellen.“

Die Gemeinde beschäftigt sich schon längere Zeit mit dem Gedanken der Auspeisung in eigener Regie. So wurde im Wiedener Krankenhaus früher auch die Auspeisung durch einen Traiteur besorgt. Durch den neuen Director, der aus Brünn ge- kommen ist, wurde die eigene Regie eingeführt, welche sich vorzüglich bewährt. Wenn auch an Geld nichts erspart wird, haben doch die Kranken eine bedeutend bessere Verpflegung.

Vice-Bürgermeister Mahenauer (unterbrechend): Ich bitte, der Referent hat ja zu der Post „Ball der Stadt Wien“ das Wort begehrt. Diese Anträge, von welchen der Herr Referent jetzt spricht, gehören zur Behandlung des Voranschlages für die Ver- waltung des Armenfondes.

Referent der Budget-Commission: Das gehört eigentlich zum Anhang, aber nachdem hier eingestellt sind

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Hier ist, möchte ich sagen, der Saldo eingestellt. Aber das sind Anträge in merito, welche beim Referate über den Voranschlag des Versorgungsfondes zur Behandlung kommen sollen.

Referent der Budget-Commission: Ich werde es also dann wiederholen.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Ich glaube wohl, denn sonst mengen wir zu viel zusammen. Also die Post für das Er- tragnis des Balles der Stadt Wien wird beantragt vom Stadt- rathe mit 8800 fl., die Budget-Commission beantragt eine Er- höhung auf 10.000 fl. Ich bringe die höhere Ziffer zur Ab- stimmung.

Ich bitte die Herren, welche mit dieser Erhöhung einver- standen sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) **A n g e n o m m e n**.

Referent des Stadtrathes: Damit sind die Einnahmen fertig. Jetzt gelangen wir zu den Ausgaben.

Kubrik XXXVII. „Öffentliche Armenpflege“.

A. Versorgung und Unterstützung armer Bürger:

a) Aus Mitteln des Wiener Bürgerhospitalfondes:

Post 1. Vergütungen für Bürgerhospital-Pfründner und Bürger- waisen in den städtischen Versorgungsanstalten . . . 4.270 fl.

Das sind diejenigen Bürger, welche wegen Raummangels im allgemeinen Bürgerversorgungshause nicht untergebracht werden können und daher auf Rechnung des Bürgerhospitalfondes in den städtischen Versorgungshäusern untergebracht werden, wofür aber der Bürgerhospitalfond die entsprechende Vergütungsgebühr von 4270 fl. bezahlt.

Post 2. Ausgaben für das Bürgerversorgungshaus . 145.950 fl.

Das Detail hiezu kommt im Anhang; das ist nur eine Saldopost; ich würde also bitten, Debatten hierüber erst dann einzuleiten, wenn wir zu diesem Anhang gelangen.

Post 3. Handbetheilung der Pfründner (außerhalb des Ver- sorgungshauses) 227.000 fl.

Post 4. Geldaushilfen 15.000 fl.
(statt der eingestellten 10.000 fl.).

Post 5. Gelbbetheilung aus dem Ertragnisse des Hauses I., Freisingergasse Nr. 6 (Maria Böhm'sches Legat) 290 fl.

b) Aus Mitteln des Wiener Bürgerladfondes:

Post 6. Handbetheilungen und Geldaushilfen . . . 19.200 fl.

Der eingestellte Betrag von 20.150 fl. ist nämlich reducirt worden.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Gegen die Posten 1 bis 6 ist keine Einwendung erhoben worden; ich erkläre dieselben für **a n g e n o m m e n**.

Referent des Stadtrathes: Jetzt kommen wir zur Post 7.
B. Versorgung und Unterstützung sonstiger Armer (früher bei dem allgemeinen Versorgungsfonde verrecknet).

a) Auslagen für die Armentrankenpflege:

Remunerationen der Armenärzte 22.610 fl.

b) Medicamente, Bandagen und Bäder 32.470 fl.

Post 8. Aushilfen:

a) Durch das Präsidium 3.200 fl.

b) Durch den Armen-Referenten 29.300 fl.

c) Bei den Armen-Instituten 187.070 fl.

d) Reconvalescenten-Betheilung 3.500 fl.

e) Betheilung mit Holz 1.780 fl.

f) Bekleidung von Kostkindern 6.480 fl.

Da beantragt die Budget-Commission eine kleine Änderung.

Referent der Budget-Commission: Die Budget-Commission beantragt, hier einen Betrag von 220 fl. mehr einzustellen mit Rücksicht auf den vom Gemeinderathe am 16. Jänner gefassten Beschluß, für diese Post 6700 fl. zu gewähren. Ich bitte, dem zuzustimmen.

Gem.-Rath Lalschka: Ich habe eigentlich nur eine Urgenz einzubringen in Bezug auf den Antrag, den ich vor mehreren Jahren wegen Reform der Armenpflege gestellt habe, und ich glaube, dass wohl hier die richtige Post ist, davon zu sprechen. Meine Herren! Mit der jetzigen Armenpflege ist niemand zufrieden. Wenn Sie in das Armendepartement kommen, beklagen sich alle Beamten über das, was vorkommt. Die Behörden sind nicht zu-

frieden, die Bürger sind nicht zufrieden, die immer von den Armen belästigt werden, und die Armen sind es auch nicht.

Aus diesen Erwägungen habe ich vor Jahren den Antrag gestellt, daß der Magistrat beauftragt werde, Vorschläge wegen Reform der Armenpflege zu erstatten. Auf diesen Antrag hin ist aber nichts geschehen. Wie dann der n.ö. Landtag die Anfrage an den Gemeinderath gestellt hat, wie sich der Gemeinderath zu dem Gesetze in Bezug auf die Armenpflege verhalte, hat der Stadtrath uns wohl ein gedrucktes Referat darüber übergeben. Aber das Referat ist niemals erstattet worden. Der Inhalt desselben gieng dahin hinaus, es habe der Gemeinderath in Bezug auf das, was vom Landtage geplant wird, nichts zu sagen, und er möge von der Armenpflege in Niederösterreich ausgenommen werden, er hat endlich versprochen, sobald die große Frage in unserer Gemeinde erledigt wird, werde der Gemeinderath auch darangehen, in der Armenpflege in Wien selbst nach einem gewissen System vorzugehen. Es ist darauf auch nichts weiter geschehen, und ich habe deshalb im vorigen Jahre den Antrag gestellt, es möge wenigstens bis Ende December eine Reform der Armenpflege in Angriff genommen und diesbezüglich Vorschläge gemacht werden. Man hat uns gesagt, es werden der verstorbene Bürgermeister und einige Stadträthe, vielleicht sogar eine Commission von Gemeinderäthen nach Elberfeld gehen, um die dortigen Zustände in Bezug auf die Armenpflege zu studieren. Es ist das auch nicht geschehen. Es liegt die Armenpflege wirklich im argen. Wenn die Armen das Wahlrecht, das Stimmrecht hätten, würden sie gewiß mehr Berücksichtigung finden, da sie aber die Armen sind und nichts gelten, muß ich mich wohl derselben annehmen. Es steht mir dies, glaube ich, auch zu und ich möchte bitten, daß die Reform der Armenpflege wirklich einmal in Angriff genommen werde. Ich weiß, vom Magistrate ist ein Referat schon erstattet worden, wenigstens ist mir so etwas gesagt worden. Ich möchte den Vorsitzenden bitten, daß das Referat im Stadtrathe erledigt werde, damit es wenigstens im heurigen Jahre noch in den Gemeinderath kommt.

Referent der Budget-Commission: Gegen das, was der Herr Vorredner gesprochen hat, wird kaum jemand sein. Die Art und Weise, wie die Armenpflege in Wien besorgt wird, ist leider eine solche, daß den Armen nicht geholfen und trotzdem verhältnismäßig viel Geld ausgegeben wird. Das Elberfelder System ist vorläufig das Ideal der Armenversorgung, insofern als die Armenbezirke in kleine Theile, Cantone, eingetheilt werden. Über jeden solchen Canton wacht ein Armenrath, an den sich der Bedürftige wendet. Derselbe untersucht die Verhältnisse, er kennt den Bezirk genau und dann wird nach Maßgabe der Mittel dem Betreffenden Hilfe geleistet. Daß sich die Budget-Commission mit dieser Sache eingehend beschäftigt hat, ersieht man aus folgendem Antrage und es wird bewiesen durch das, was ich gesagt habe. Es wird nämlich der Antrag gestellt: „Der Stadtrath möge ehestens seine Anträge bezüglich Einführung des Elberfelder Systems erstatten.“

Ich bitte, dem zuzustimmen.

Gem.-Rath Steiner: Gelegentlich der Aufregung über den bekannten Erlaß des Magistrates über die Armenräthe, welcher im Laufe des Sommers hinausgegeben wurde, habe ich mich mit verschiedenen Armenräthen ins Einvernehmen gesetzt und durchwegs erfahren, daß der Magistrat die Beschlüsse der Armenräthe wenig respectirt in Bezug auf die Höhe der Beträge, welche für die Pfriündner bestimmt werden.

Ich glaube, daß die Armenräthe im Bezirke selbst die Verhältnisse desjenigen am besten kennen, dem sie einen Betrag von 4, 6 und 8 fl. zuwenden, und es kommt nicht selten vor, daß die Höhe der Summe, wie sie vom Armenrath bestimmt worden ist, von Seite des Magistrates selbst auf die Hälfte verringert wurde.

Ich glaube, der Magistrat sollte die Anträge, wie sie von den Armenräthen gestellt werden, mehr respectieren, und ich würde auch den Herrn Vorsitzenden bitten, beim Magistrate etwas zu veranlassen, daß die Summen, wie sie vom Armenrath festgestellt werden, auch vom Magistrate anerkannt werden.

Gem.-Rath Signer: Ich glaube es nicht nothwendig zu haben, viel auszuführen, weil die Herren Vorredner genug gesprochen haben. Auf das eine muß ich hinweisen, daß man die eigene Regie im Armenwesen sobald als möglich einführt.

Jeder Mensch hat das Beste seiner Mitmenschen im Auge zu halten. In den Kasernen kauft das Militär auch selbst seine Bedürfnisse ein und man hat dort auch die eigene Verpflegung. Mithin ist die Commune Wien verpflichtet, sobald als möglich die eigene Regie einzuführen. Der Herr Budget-Referent hat ohnehin einen Antrag gestellt.

Ich erlaube mir, einen ganz kurzen Antrag zu stellen, daß in sämtlichen Versorgungshäusern die eigene Regie für die Verpflegung der Armen eingeführt wird.

Ich glaube, daß Sie wie ich diesem Antrage zustimmen werden.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Ich glaube, daß das auch ein Antrag ist, welcher bei der Berathung der Vorschläge für den Versorgungsfond in Verhandlung zu nehmen ist.

Gem.-Rath Sebastian Grünbeck: Meine Herren! Damit Sie wissen, was mich bestimmt, für die Einführung der eigenen Regie zu sprechen, will ich Ihnen nur einige Daten geben. Ich möchte nämlich nicht nur die Einführung der eigenen Regie in Liesing und Ybbs, wie die Budget-Commission es vorschlägt, sondern auch in Wien. Die Gründe sind folgende: Die Commune Wien bezahlt den beiden Tracteuren, jedem 1200 fl. Sie haben die Wohnung, Geschäftslocal und Licht frei, und wenn ich nicht schlecht unterrichtet bin, sind sie auch steuerfrei.

Wenn Sie bedenken, meine Herren, daß von diesen Summen zwei Familien schön leben, so muß man auch der Armen gedenken, die da abgeseigt werden, und erwägen, ob es nicht vernünftiger, praktischer ist, auch in Wien die eigene Regie einzuführen. Dadurch würde auch den Armen etwas zugute gethan. Die Leute würden wenigstens eine bessere und kräftigere Kost bekommen. Sie bekommen ohnedies nur einmal täglich zu essen, mit Ausnahme einer Einbrennsuppe in der Früh oder eines Café, den sie sich um ein paar Kreuzer kaufen müssen. Ich denke dabei aber nicht an die zwangsweise Einführung der eigenen Regie.

Vice-Bürgermeister Mahenauer (unterbrechend): Ich bitte, verehrter Herr Redner, wir können nicht anläßlich der Budget-Debatte eine specielle Debatte für oder gegen die eigene Regie führen. Ich möchte bitten, sich möglichst kurz zu fassen, sonst werden wir mit der Budget-Berathung nie fertig.

Gem.-Rath Sebastian Grünbeck (fortfahrend): Ich bin ja gewohnt, mich kurz zu fassen. Aber es ist doch gewiß für jeden Gemeinderath von Interesse, zu wissen, wie die Sache behandelt wird. Eines ist nicht zu vergessen. In Wien darf niemand vor 1 Uhr hinausgehen, außer mit besonderer Bewilligung. Es ist nun zwar jedem freigestellt, die Kost beim Traiteur zu nehmen,

aber dadurch, daß niemand, wenn er nicht die besondere Bewilligung hat, vor 1 Uhr hinausgehen darf, daß der Verwalter das Recht hat, die Leute bis 1 Uhr zurückzuhalten, wird die Freizügigkeit der Armen beschränkt, sie sind gebunden, dort zu essen. Wenn die eigene Regie eingeführt wird, so ist das nicht nur zum Vortheile der 600 Pfründner, sondern auch zum Nutzen der Commune. Ich bitte, das aber nicht auf die lange Bank zu schieben. Ich schließe mich übrigens dem Antrage des Herrn Cigner an, der dahin geht, die eigene Regie auch in Wien einzuführen.

Gem.-Rath H. J. Müller: Die Holzbetheilung geschieht nicht bloß von dem Holz aus unseren Forsten, sondern es wird auch Holz angekauft. Wir haben aber sehr viel Holz, das wir zu billigen Preisen abgeben müssen, und wir finden oft nicht einmal einen Käufer.

Ich möchte daher beantragen, die Buchhaltung und der Magistrat werden ersucht, Vorschläge zu machen, wie es möglich ist, daß wir die Holzbetheilung mit dem eigenen Holz machen können. Von den Beträgen, die dem Herrn Bürgermeister zugeschickt werden, wird auch oft Holz gekauft. Ich möchte daher bitten, daß das Holz, das wir selbst gewinnen, auch an die Armen vertheilt werde.

Gem.-Rath Zweig: Meine Herren, erlauben Sie mir als Referent in der Budget-Commission über das Armenwesen bezüglich der eigenen Regie einiges zu bemerken.

Im Vorjahre hat sich schon die Budget-Commission dafür ausgesprochen, versuchsweise in einem oder dem anderen Versorgungshause die eigene Regie einzuführen, und es wurde hiefür auch ein Betrag eingesetzt. Derlei Angelegenheiten ziehen sich aber sehr lange hin und erst heuer ist es der Budget-Commission gelungen, den Magistrat stricte zu beauftragen, wenigstens in den beiden Versorgungshäusern in Piesing und Ybbs den Versuch zu machen. Man hat Ybbs gewählt, weil dort geeignete Räume vorhanden sind, obwohl noch Zubauten gemacht werden müssen, weil eine ganze Änderung im Systeme eingeführt werden soll. Es ist aber dort auch die Irrenanstalt, wo die eigene Regie schon eingeführt ist, und die Vortheile, welche sich in der Irrenanstalt ergeben haben, will man auch in der Versorgungsanstalt erzielen. Piesing liegt auch sehr nahe, es sind dort circa 800 Pfründner untergebracht und dort soll also ebenfalls die eigene Regie platzgreifen.

In allen Versorgungshäusern, namentlich in Wien, ist das nicht auf einmal möglich, die Kost bei dem einen Traiteur in dem alten Gebäude ist vorzüglich; da ist nie eine Klage vorgebracht worden. (Rufe links: Fragen Sie nur die Armen!) Ich bitte, ich komme sehr oft dorthin und habe mich überzeugt, daß die Küche vorzüglich ist, denn der Mann hat die Mittel, im großen einzukaufen, während die Kost im neuen Gebäude etwas minder ist, weil der Mann die Mittel dazu nicht hat. Es ist also nicht möglich, meine Herren, in allen fünf Versorgungshäusern sofort eigene Regie einzuführen. Man muß sich erst Leute dazu abrichten (Rufe links: O je!), welche den Einkauf besorgen, und das ist nicht so leicht, denn es handelt sich nicht um einen kleinen, sondern um einen großen Haushalt, wo Abschlüsse für Fleischlieferung und alle möglichen Victualien gemacht werden müssen. Der Versuch wird also gemacht und wenn er gelingt, wird auch in den anderen Versorgungshäusern die eigene Regie folgen. Ich bitte Sie also, den Antrag der Budget-Commission anzunehmen.

Referent des Stadtrathes: Ich will nur daran erinnern, daß über die Einführung der eigenen Regie ein ganz ausführliches Referat des Stadtrathes dem Plenum vorgelegt werden wird. Warum soll also über denselben Gegenstand zweimal gesprochen werden? Es wird dann an der Zeit sein, alle Einwendungen, alle Vortheile und Nachtheile dieser Änderung zu besprechen, und ich bitte Sie also, inzwischen diese Posten, wie sie sind, anzunehmen.

Gem.-Rath Sebastian Gründel: Ja, meine Herren, es ist ganz schön, wenn eine solche Vorlage kommt, ich glaube aber, es wäre auch gut, wenn diese Vorlage so rasch als möglich geschieht. Zubauten sind in Wien keine zu machen, und es sind hier zwei Traiteure, von denen jeder 1200 fl. bezieht. Betreffs der Speisen will ich nur sagen, daß es zweierlei Speisen gibt, die einen, die auf die Zimmer geholt werden, und die anderen, die man im Locale isst. Es sind auch zwei verschiedene Preise. An der Sache ist also schon etwas. Ich bitte, sich auch, wenn Sie in eine solche Anstalt gehen, nicht als Gemeinderath vorzustellen; gehen Sie einmal in ganz gewöhnlichem Gewande hin, und schauen Sie sich die Sache an, dann wird es ganz anders sein. Ich glaube, schon wegen der 2400 fl. sollte man die eigene Regie ein bißchen rascher einführen und nicht so, wie man es hier gewohnt ist, die Sache auf die lange Bank schieben. Natürlich, wenn man hiezu einen eigenen Verwalter oder Director mit ein paar tausend Gulden Gehalt anstellt — stellen Sie ein paar böhmische Köchinnen an, dann werden Sie etwas Ordentliches erzielen. Ja, wenn man vielleicht Apparate braucht, die 3- bis 4000 fl. kosten, dann glaube ich, daß wir nichts verdienen werden, und den armen Leuten ist dann auch nicht geholfen. Einfach und schlicht muß man die Sache führen, dann wird es gehen und dann werden die armen Leute eine bessere Kost erhalten.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Die Debatte ist geschlossen. Haben die Herren Referenten noch etwas zu bemerken? (Dieselben verzichten. — Gem.-Rath Cigner meldet sich zum Worte.) Herr Colleague haben schon zweimal gesprochen. (Gem.-Rath Cigner: Nein, erst einmal!) Dann bitte ich, das Wort zu ergreifen.

Gem.-Rath Cigner: Ich will nur dem Herrn Vorredner Gem.-Rath Zweig, der gesagt hat, daß die eigene Regie in den Armenhäusern für die Commune Wien nicht durchführbar sei, einiges erwidern. Ich will Ihnen z. B. das Restaurant Schneider anführen, der hat am Stephansplatz ein Restaurant, welches er nicht selbst führt, sondern durch einen Geschäftsführer leiten läßt. Dort werden gewiß mehr Speisen verabreicht, als in einem Versorgungshause. In letzterem gibt es höchstens Suppe, Fleisch, Zuspeise, Mehlspeise. Vielleicht hie und da an Sonn- und Feiertagen auch einen Braten.

Mit den Einrichtungsgegenständen wird es gerade so gehen wie bei der Transport-Gesellschaft; dieselben werden uns ebenso wie die Traiteure, die Köche und Köchinnen überlassen werden. Was macht denn das Militär bei den Erziehungsanstalten, bei den Cadeten? Wer kauft dort ein? Nur die Commune Wien kann das nicht thun. Merkwürdig, da geht es nicht! Es muß alles verpachtet werden, damit der Reingewinn einem anderen zukommt, und die Steuerträger müssen es bezahlen. Wir, die Steuerträger, müssen auch neue Quellen suchen und Einnahmen finden, um alles decken zu können. Ich würde die eigene Regie sofort durchführen, in einem Jahre. Köche und Geschirre finden Sie jede Minute. Ich bitte, meinem Antrage zuzustimmen.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Die Debatte ist geschlossen.

(Referent des Stadtrathes verzichtet auf das Wort.)

Referent der Budget-Commission: Ich weise nur auf die Anträge der Budget-Commission hin; die hat alle Fragen erörtert und Vorschläge gebracht.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Ich bitte, gelesen sind die Posten 7 und 8. Gegen die Ziffern ist keine Einwendung erhoben worden. Ich erkläre dieselben für angenommen.

Herr Gem.-Rath Eigner hat beantragt, dass in sämtlichen Versorgungshäusern der Stadt Wien die eigene Regie für die Verpflegung der Armen eingeführt werde.

Herr Gem.-Rath Sebastian Grünbeck beantragt, dass in der Versorgungsanstalt in Wien, IX. Bezirk, die Auspeisung in eigener Regie ohne Zwang eingeführt werde.

Die Herren, welche mit der Zuweisung der Anträge an den Stadtrath einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschicht.) **Angenommen.**

Die Commission beantragt:

„1. Es sei die eigene Regie bezüglich der Auspeisung der Pfründner in den Versorgungsanstalten Piesing und Ybbs noch im laufenden Jahre einzuführen.

2. Der Ausschank von Brantwein in den städtischen Versorgungsanstalten sei vollständig einzustellen.“

Die Herren sind mit der Zuweisung einverstanden? (Widerspruch. — Nicht zuweisen!) Alles ist zuzuweisen und es wird meritorisch dann hier berichtet werden.

Ich ersuche die Herren, welche mit der Zuweisung dieser Anträge einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) **Angenommen.**

Mit der Zuweisung des Antrages Müller wegen der Holzbetheilung aus den eigenen Forsten sind die Herren auch einverstanden? (Zustimmung.) **Angenommen.**

Ebenso mit der Zuweisung des Commissions-Antrages wegen des Elberfeld'schen Systems? (Keine Einwendung.) Die Zuweisung ist beschlossen.

Referent des Stadtrathes (liest):

Post 9. Handbetheilung der Pfründner (das ist die größte Post des Armenwesens):

- a) Beteilung der im Armenbezirke wohnhaften Pfründner 830.090 fl.
- b) Beteilung der außerhalb des Armenbezirkes wohnhaften Pfründner 51.960 fl.
- c) Erhaltungsbeiträge für zur gänzlichen Versorgung geeignete Pfründner 300.000 fl.
- d) Beteilung mit gestifteten Pfründen 4620 fl.
- e) Kostgelber für bei Privaten verpflegte Findlinge und Waisen 150.150 fl.

Gem.-Rath Tomola: Ich wollte mir nur eine Anfrage bei dieser Post erlauben. Im Monate Jänner ist eine Notiz durch die Zeitungen gegangen, nach welcher ein Mann wegen Bettelerei zu 14 Tagen Arrest verurtheilt wurde, und zwar wegen gewohnheitsmäßigen Bettelns. Von diesem Manne stand auch in den Zeitungen, dass er eine städtische Pfründe von 6 fl. jährlich bezieht. Ich möchte mir nur die Anfrage erlauben, ob solche Pfründen thatsächlich bestehen?

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Bezüglich dieses Falles hat ja Herr Gem.-Rath Silberer den Herrn Bürgermeister interpelliert.

Gem.-Rath Tomola: Das ist nicht dieser Fall.

Referent des Stadtrathes: Die Aufklärung ist ja kurz. Pfründen von 6 fl. jährlich existieren nicht. Es gibt nur Pfründen von 6 fl. monatlich.

Gem.-Rath Tischler: Ich hätte nur die Bitte, dass bei diesen Erhebungen mit etwas mehr Beschleunigung vorgegangen werde. Ich kenne eine Frau, die 70 Jahre alt und bereits stockblind ist, und die 4 fl. monatlich bezieht. Sie wurde drei- bis viermal abgewiesen, indem der Armenrath erklärte, dass er nichts machen könne, weil der Magistrat nicht dafür eintrete. Ich möchte also wünschen, dass in diesen Dingen schneller vorgegangen werde. Man kann nicht so lange warten, bis sich die Leute selbst das Leben nehmen.

Ich weiß auch von einer Familie, deren Vater vor mehreren Monaten gestorben ist. Die Frau ist krank, es sind kleine Kinder da, die Leute leben von der Unterstützung der Parteien. Sie wenden sich an den Armenrath und können nur eine minimale Unterstützung bekommen. In einigen Tagen werden Sie vielleicht in den Zeitungen lesen, dass sie sich selbst ermordet haben. Nachher wird Hilfe kommen und das gute Wiener Herz wird wieder in Anspruch genommen werden.

Ich bitte also nochmals um größere Beschleunigung und um Berücksichtigung der Anträge der Armenräthe seitens des Magistrates.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Bezüglich der Ziffern der Post 9 ist keine Einwendung erhoben worden; ich erkläre dieselben für angenommen.

Referent des Stadtrathes (liest):

Post 10. Verpflegung von Armen in fremden Humanitäts-Anstalten:
 In den Taubstumm-Instituten 14.250 fl.
 In den Blinden-Instituten 5.900 fl.
 Im k. k. Wohlthätigkeitshause zu Baden 11.770 fl.
 In den n.-ö. Landes-Anstalten 33.670 fl.

Gem.-Rath Weitmann: Ich muss auf die früheren Posten zurückkommen. Ich möchte nur einen Fall erwähnen, den ich schon unlängst urgirt habe. Es handelt sich um zwei Arme, die um eine Pfründe eingekommen sind. Der Mann ist 70 Jahre alt, die Frau auch schon 67 Jahre; sie sind schon zweimal abgewiesen worden.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Ich bitte, solche einzelne concrete Fälle vielleicht dem Präsidium bekanntzugeben. Es wird ja die nöthige Abhilfe geschehen. Jetzt sind wir bei Post 10.

Gem.-Rath Weitmann: Ich habe urgirt, die Leute sind zurückgewiesen worden. Ich habe mich nachträglich von der Bedürftigkeit der Betreffenden wirklich überzeugt. Der ganze Act ist zurückgegangen. Es geht doch nicht an, einen Mann, der vielleicht schon 35 Jahre lang mit 10½ fl. besteuert ist, auf eine so einfache Art „abzujammeln“. Er ist bedürftig und wurde, trotzdem er zweimal eingekommen ist, nicht theilt. Das sollte nicht vorkommen. Wenn jemand so lange Steuer zahlt, sollte er auch, wenn er verarmt, berücksichtigt werden. Das wirft ein schlechtes Licht auf unsere Armenverwaltung. Man geht in manchen Fällen geradezu rücksichtslos gegen die Armen vor.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Gegen Posten 10 a bis d ist keine Einwendung erhoben worden; diese sind angenommen.

Referent des Stadtrathes (liest):

Post 10e. In den Kinderhospizien zu Grado, Triest, San Felagio und Sulzbach (bei Zschi).

Hier waren ursprünglich 20.080 fl. eingestellt. Der Stadtrath beantragt mit Rücksicht darauf, daß noch gewisse Verhandlungen nothwendig sind, einen Abstrich auf den Betrag von 13.840 fl.

Referent der Budget-Commission: Die Budget-Commission beantragt eine Erhöhung dieses Stadtrathsansatzes um 3120 fl. mit Rücksicht auf den Gemeinderaths-Beschluß vom 16. Jänner, der dahin geht: „Es seien zehn permanent besetzt zu haltende communale Zahlpflege für arme, kranke, in Wien heimatsberechtigte Kinder in Sulzbach zu creieren.“

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Mit Rücksicht auf die Divergenz der Ziffern bringe ich den höheren Antrag der Budget-Commission auf 16.960 fl. zur Abstimmung und bitte jene Herren, welche mit diesem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) **Angenommen.**

Referent des Stadtrathes (liest):

- f) Im Asyl „Stephanie-Stiftung“ in Biedermannsdorf 4.000 fl.
- g) Im „Franz Josef-Jugend-Asyl“ in Weinzierl 7.500 fl.
- h) In verschiedenen anderen Anstalten 4.060 fl.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Gegen die Posten f bis h ist keine Einwendung erhoben worden. **Angenommen.**

Referent des Stadtrathes (liest):

Post 11. Auslagen für das städtische Asyl- und Werkhaus:

- a) Bezüge des Personales:
 - α) Effective Auslagen 14.790 fl.
 - β) Durchgeführter Zinswert der Naturalwoh-
nungen 3.400 fl.
- b) Remunerationen und Aushilfen 300 fl.
- c) Kanzlei-Erfordernisse 240 fl.
- d) Durchgeführter Zinswert der Localitäten 8.400 fl.
- e) Verköstigungsauslagen 27.380 fl.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Gegen die Posten 11 a bis e ist keine Einwendung erhoben worden. **Angenommen.**

Referent des Stadtrathes (liest):

- f) Kleidung, Instandhaltung und Nachschaffung von Wäsche und Bettfournituren 3.880 fl.

Referent der Budget-Commission: Die Budget-Commission beantragt Ihnen, hier den Betrag um 1000 fl. zu vermindern. Mit Rücksicht auf die in verschiedenen Versorgungshäusern vorgefundenen Vorräthe ist dort die Gefahr, daß Schaben oder andere Insecten in die Stoffe kommen und dieselben ohne daß sie früher verbraucht worden sind, ruinieren. Ich bitte, dem dadurch vorzubeugen, daß weniger Neuanschaffungen vorgenommen werden, und daher einen Betrag von 1000 fl. weniger einzustellen.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Der Stadtrath beantragt den Betrag von 3880 fl. Ich bringe die höhere Ziffer des Stadtrathes zur Abstimmung. Die Herren, welche mit dem Antrage einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Nach einer Pause:) **Abgelehnt.**

Nun, bitte ich die Herren, welche für 2880 fl. stimmen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) **Angenommen.** — Ich bitte, fortzufahren.

Referent des Stadtrathes (liest):

- g) Reinigung der Wäsche 360 fl.
- h) Instandhaltung und Reinigung der Localitäten 1.060 fl.

- i) Hauseinrichtung und Requisiten 3.810 fl.
- k) Beheizung 5.560 fl.
- l) Beleuchtung 2.570 fl.
- m) Medicamente, Bandagen, Bäder und Kranken-
transport 270 fl.
- n) Betriebsauslagen und Überverdienste 7.630 fl.
- o) Verschiedene Auslagen 20 fl.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Gegen die Posten g bis o ist keine Einwendung erhoben worden; ich erkläre dieselben für **angenommen.**

Referent des Stadtrathes (liest): Post 12:

Auslagen für das städtische Asyl für verlassene Kinder im V. Bezirke:

- a) Bezüge des Personales 1.250 fl.
- b) Durchgeführter Zinswert der Localitäten 2.400 fl.
- c) Verköstigung 1.600 fl.
- d) Kleidung, Instandhaltung und Nachschaffung
von Wäsche und Bettfournituren 4.190 fl.
- e) Reinigung der Wäsche 130 fl.
- f) Unterrichts-Erfordernisse 10 fl.
- g) Medicamente und Krankenpflege 380 fl.
- h) Lohn der Dienstleute 240 fl.
- i) Hauseinrichtung und Requisiten 20 fl.
- k) Beheizung 240 fl.
- l) Beleuchtung 280 fl.
- m) Reinigung der Localitäten 20 fl.
- n) Verschiedene Auslagen 130 fl.

Summe . 10.890 fl.

Die Budget-Commission beantragt zu Post d) für Kleidung, Instandhaltung und Nachschaffung von Wäsche und Bettfournituren eine Erhöhung von 520 fl. (Referent der Budget-Commission: Auf Grund eines Gemeinderaths-Beschlusses vom 16. Jänner d. J.)

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Gegen die Posten 12 a bis c und e bis n ist keine Einwendung erhoben worden. Ich erkläre dieselben für **angenommen.**

Bezüglich der Post 12 d beantragt die Budget-Commission um 520 fl. mehr als der Stadtrath, nämlich 4710 fl., einzustellen. Ich bringe die höhere Ziffer des Budget-Commissions-Antrages zur Abstimmung. Ich bitte diejenigen Herren, welche mit derselben einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) **Angenommen.**

Referent des Stadtrathes (liest): Post 13:

Auslagen für die acht städtischen Waisenhäuser:

- a) Bezüge der Waisenehler, Lehrer, Hausärzte und des
Aufsichtspersonales:
 - α) Effective Auslagen 19.100 fl.
 - β) Durchgeführte Zinswerte der Natural-
wohnungen 1.550 fl.

Zusammen . 20.650 fl.
- b) Mietzinse für die Anstalts-Localitäten:
 - α) Effective Zinse 8.130 fl.
 - β) Durchgeführte Zinswerte 32.350 fl.

Zusammen . 40.480 fl.
- c) Verköstigung der Waisen 79.190 fl.
- d) Kleidung, Instandhaltung und Nachschaffung
von Wäsche und Bettfournituren 26.730 fl.

e) Reinigung der Wäsche	3.350 fl.
f) Unterrichts-Erfordernisse und Lehrmittel	2.660 fl.
g) Medicamente und Krankenpflege	2.790 fl.
h) Lohn der Dienstleute	4.410 fl.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Die Posten bis h sind gleichlautend, sowohl vom Stadtrathe als von der Budget-Commission, beantragt. Es ist gegen dieselben keine Einwendung erhoben worden; ich erkläre dieselben für **angenommen**. — Jetzt kommt Post 13 i.

Referent des Stadtrathes (liest): Post 13.

i) Hauseinrichtung und Requisiten	2890 fl.
---	----------

Referent der Budget-Commission: Hier werden 650 fl. mehr einzustellen beantragt mit Rücksicht auf einen Stadtraths-Beschluss, der die Anschaffung von 52 eisernen Betten für das erste Wiener Waisenhaus beinhaltet.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Ich bitte diejenigen Herren, welche für den von der Budget-Commission vorgeschlagenen Betrag von 3540 fl. stimmen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) **Angenommen**.

Referent des Stadtrathes (liest): Post 13.

k) Beheizung	8050 fl.
l) Beleuchtung	6740 fl.
m) Reinigung der Localitäten	2270 fl.
n) Verschiedene Auslagen	4540 fl.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Gegen die Posten k bis n ist keine Einwendung erhoben worden; **angenommen**.

Referent des Stadtrathes (liest): Post 14.

Auslagen für die Grundspitäler (Armenhäuser):

a) Durchgeführte Zinswerte der Localitäten	6.840 fl.
b) Geld- und Brotportionen	35.000 fl.
c) Beheizung	3.320 fl.
d) Verschiedene sonstige Auslagen	3.660 fl.

Zusammen . 48.820 fl.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Gegen die Posten 14 a bis d ist keine Einwendung erhoben worden; **angenommen**.

Referent des Stadtrathes (liest): Post 15.

Auslagen für die fünf städtischen Versorgungsanstalten (in Wien, Mauerbach, St. Andrä, Ybbs und Piesing):

a) Bezüge des Verwaltungspersonales:	
α) Besoldungen	39.390 fl.
β) Zinse für Naturalwohnungen	11.050 fl.
	Zusammen . 50.440 fl.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) **Angenommen**.

Referent des Stadtrathes: Die anderen Posten von 15 b sind gleichlautend mit den Anträgen der Budget-Commission:

b) Kanzlei-Erfordernisse	2.520 fl.
c) Wagenauslagen, Reisekosten und Diäten	230 fl.
d) Remunerationen und Anshilfen	590 fl.
e) Postporto und Botenlöhnungen	430 fl.
f) Zinse für die Amtlocalitäten	88.350 fl.
g) Vitalitäten	3.530 fl.
h) Transportauslagen	5.170 fl.
i) Geld- und Brotportionen	355.420 fl.

bis zu

k) Kleidung, Instandhaltung und Nachschaffung von Wäsche und Bettfournituren, wo der Stadtrath . 40.060 fl. die Budget-Commission hingegen einen Abstrich beantragt.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Sämmtliche Positionen von 15 b bis i sind gleichlautend. Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) **Angenommen**.

Referent der Budget-Commission: Es wird beantragt, rund einen Betrag von 32.000 fl. einzustellen, also 8060 fl. weniger, mit Rücksicht auf die in den verschiedenen Versorgungsanstalten vorhandenen Stoffe.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Ich bitte jene Herren, welche mit der höheren Ziffer des Stadtrathes von 40.060 fl. einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Abgelehnt. Ich bitte jene Herren, die für den Antrag der Budget-Commission sind, die Hand zu erheben. **Angenommen**.

Referent des Stadtrathes (liest):

l) Reinigung der Wäsche	14.620 fl.
m) Hauseinrichtung, Requisiten und Wasserbezug	13.990 fl.
n) Beheizung	22.180 fl.
o) Beleuchtung	13.610 fl.
p) Reinigung der Localitäten und Hausaufsicht	14.240 fl.
q) Zulagen der Stubenvorsteher	2.580 fl.
r) Kirchen-Erfordernisse	1.340 fl.
s) Medicamente, Bandagen und Bäder	10.900 fl.
t) Verpflegung der Kranken	37.720 fl.
u) Begräbnisauslagen	1.230 fl.
v) Schul-Erfordernisse	370 fl.
w) Entschädigung an die Ausspeiser	7.200 fl.
x) Verschiedene sonstige Auslagen	370 fl.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Keine Einwendung gegen alle diese Posten? (Niemand meldet sich.) **Angenommen**.

Referent des Stadtrathes (liest):

Post 16. Verwendung des Erträgnisses des Balles der Stadt Wien 10.000 fl. statt 8800 fl., nachdem die Einnahmen um denselben Betrag höher gestellt worden sind.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Das ist eine durchgeführte Post. Die Herren sind einverstanden? (Zustimmung.) **Angenommen**.

Referent des Stadtrathes (liest):

Post 17. Sonstige Erfordernisse für die öffentliche Armenpflege:

a) Effective Auslagen	290 fl.
b) Durchgeführte Zinswerte für die der Gemeinde eigenthümlichen und zu sonstigen Humanitätszwecken verwendeten Localitäten	1.020 fl.
	Zusammen . 1.310 fl.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) **Angenommen**.

Referent des Stadtrathes: Wir gelangen nun zur Rubrik XXXVIII in den Einnahmen.

Sonstige humanitäre Zwecke.

Post 1. Verschiedene Einnahmen 1930 fl.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) **Angenommen**.

Referent des Stadtrathes (liest):

Rubrik XXXVIII, Post 1 a. Beiträge für humanitäre Zwecke: Dauernde, oder auf eine Reihe von Jahren wiederkehrende Beiträge.

Die Herren finden die Beiträge in der Anmerkung specificiert. Es sind:

- a) Effective Auslagen 18.910 fl.
- β) Durchgeführte Zinswerte 2.600 fl.

Zusammen . 21.510 fl.

Referent der Budget-Commission: Meine Herren, dieser Betrag von 18.910 fl. erhöht sich um 200 fl. mit Rücksicht auf den Gemeinderaths-Beschluss, der dem Wohlthätigkeitsvereine für Hausarme für die Jahre 1893, 1894 und 1895 je 200 fl. bewilligt hat.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Ich bitte die Herren, die für die höhere Ziffer von 19.110 fl. sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) **A n g e n o m m e n .**

Gegen die Post „Durchgeführte Zinswerte 2600 fl.“ ist eine Einwendung nicht erhoben worden, ich erkläre sie für **a n g e n o m m e n .**

Referent des Stadtrathes (liest):

Post 1 b. Jährlich zu genehmigende, im voraus nicht bestimmbare Beiträge 58.800 fl.

Da ist die bekannte große Post über Auspeisung der Schulkinder u. dgl. darinnen enthalten.

Gem.-Rath Tomola: Ich möchte diese Gelegenheit benutzen, um auf einen Antrag zurückzukommen, welchen ich im Herbst vorigen Jahres mir zu stellen erlaubt habe. Derselbe gieng dahin, es möge der Magistrat beauftragt werden, die Vorarbeiten zu machen, damit ein städtisches Bureau für Arbeitsnachweisung, Arbeitsvermittlung errichtet werde. Mit dieser Angelegenheit haben sich sehr namhafte Socialpolitiker befasst. Unter anderen fand im vorigen Jahre zu Frankfurt a. M. eine Versammlung des Freien Deutschen Hochstiftes statt. An dieser Versammlung nahmen Abgeordnete verschiedener Parteien theil, darunter vom Centrum Pater **H i n k e**, von der freisinnigen Partei Abgeordneter **B a r t h**. Die Abgeordneten sämmtlicher Parteien einigten sich in dieser Frage dahin, dass die Gründung kommunaler Arbeitsvermittlungsanstalten anzustreben sei. Derartige Anstalten bestehen ja schon in Paris, welche von den dortigen National-Socialisten, den Possibilisten geleitet werden. In England bestehen ebenfalls derartige Arbeitsnachweisstellen unter dem Titel Trade Unions und in einzelnen deutschen Städten, insbesondere in der Schweiz, ist man auch an die Einführung derartiger Institute gegangen. Bei uns besteht fortwährend das Vorurtheil, dass die Arbeitslosen Vagabunden, Landstreicher und Gauner seien. Gegen dieses Vorurtheil ist in einer Versammlung der rheinländischen Bürgermeister vor Jahren der Bürgermeister von Bielefeld aufgetreten. Derselbe hat sich selbst auf die Reise gemacht, er ist als Handwerksbursche ausgezogen und hat der Versammlung mitgetheilt, dass er seiner innersten Überzeugung nach glaube, dass 60 Percent der Arbeitslosen von dem Gefühle getragen sind, dass sie die Absicht haben, redlich zu arbeiten, es ihnen aber leider nicht gelingt, Arbeit zu erhalten. Nun erzählt er, wie er sich selbst bemühte, Arbeit zu erhalten, dieselbe nicht erhalten konnte. Ich will das nicht erzählen, denn die Zeit drängt. Er sagte zuletzt Folgendes: Ich stand vor der Alternative, entweder zu betteln oder zu stehlen, welche Verbrechen ich unter einem ganz neuen Gesichtswinkel betrachten lernte. So steht die Sache. Soweit ist die Noth unter den Arbeitern gekommen, gekommen durch den Drang der Zeiten, welche die Leute schlechtweg als schwere Zeiten bezeichnen. Ich möchte daher, um

ganz kurz zu sein, bitten, es möge mein Antrag auf Gründung eines städtischen Arbeitsbureaus in Verhandlung genommen und entweder zustimmend oder ablehnend erledigt werden. Wenigstens wissen wir dann, woran wir sind.

Gem.-Rath Büsch: In dieser Post ist die Weihnachtsbetheiligung armer Schulkinder in den einzelnen Bezirken enthalten und ich hätte dazu einen Antrag zu stellen, nachdem im vorigen Jahre ein Pauschale bezogen wurde. Es wurden jedem Bezirke 1000 fl. für die Kinderbekleidung zugewiesen. Wie die Herren wissen, sind die Bezirke nicht gleich mit Kindern gesegnet, die größeren haben mehr Schulkinder als die kleineren. Ich will die Herren nicht länger aufhalten und bitte, dass mein Antrag berücksichtigt werde. Derselbe lautet:

„Die Erhebungen zur Bekleidung von armen Schulkindern für Weihnachten sollen in den Bezirken rechtzeitig gepflogen und von dem Ortschulrathe schon im Monate October dem Stadtrathe bekanntgegeben werden, auf dass der Stadtrath Anträge dem Gemeinderathe bis längstens Mitte November mache, ferner, es seien von dem Stadtrathe die Weihnachts-Subventionen für alle Bezirke zugleich auf die Tagesordnung der Gemeinderathssitzungen zu stellen und bei dem Subventionierungs-Antrage die ärmeren Bezirke auch im Verhältnisse auf deren Kinderzahl besonders zu berücksichtigen.“

Die Weihnachtsbekleidungen und Beschuhungen sollen von dem Ortschulrathe im Vereine mit den Oberlehrern besorgt werden.“

Ich bitte, den Antrag anzunehmen.

Ich glaube, dass er sonst nirgends anzubringen ist, als bei dieser Post, weil in diese auch die Beträge für die Weihnachtsbekleidung einbezogen sind.

Gem.-Rath Sebastian Grünbeck: Ich fasse mich ganz kurz. Ich möchte nur die Anregung geben, dass das, was dem Ortschulrathe zur Betheiligung zugewiesen wird, rechtzeitig hinauskommt. Es ist schon oft Weihnachten vor der Thür und der Ortschulrath weiß noch immer nicht, was er zur Betheiligung der Kinder bekommen wird.

Ich möchte bitten, dass diese Anregung nicht in dem Sande verlaufe.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Gegen die Ziffer 58.800 fl. ist keine Einwendung erhoben worden. Ich erkläre dieselbe für **a n g e n o m m e n .**

Den Antrag **B ü s c h** haben die Herren eben gehört. Sind die Herren mit der Zuweisung an den Stadtrath einverstanden? (Zustimmung.) **A n g e n o m m e n .**

Referent des Stadtrathes (liest):

Auslagen für städtische Kinderbewahranstalten 740 fl.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Keine Einwendung? — **A n g e n o m m e n .**

Beschluss: Bei den Rubriken XXXIV bis inclusive XXXVI der Gruppe VIII werden die übereinstimmenden Anträge des Stadtrathes und der Budget-Commission genehmigt.

Die Ausgabspost 2 der Rubrik XXXIV wird nach dem Antrage der Budget-Commission mit 1770 fl., die Ausgabspost 5 derselben Rubrik nach dem Antrage des Stadtraths-Referenten mit 3110 fl., und die Ausgabspost 1 a der Rubrik XXXVI mit 10.800 fl. festgesetzt.

— Der seinerzeit im Gemeinderathe gestellte Antrag der Gem.-Räthe **H e r r d e g e n** und **D r . F r i e d j u n g**,

betreffend die Regelung der Bezüge des untergeordneten, in ständiger Verwendung stehenden Personales der städtischen Badeanstalten, wolle ehestens erledigt werden.

Bei Gruppe IX werden die übereinstimmenden Anträge des Stadtrathes und der Budget-Commission genehmigt. Die Einnahmepost 8 der Rubrik XXXVII wird nach dem Antrage der Budget-Commission mit 10.000 fl. festgesetzt. Desgleichen nachstehende Ausgabsposten der Rubrik XXXVII, und zwar 8 f mit 6700 fl., 10 e mit 16.960 fl., 11 f mit 2880 fl., 12 d mit 4710 fl., 13 i mit 3540 fl., 15 k mit 32.000 fl., 16 mit 10.000 fl. und die Ausgabspost 1 a der Rubrik XXXVIII mit 19.110 fl.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Ich erkläre die Sitzung für geschlossen.

(Schluß der Sitzung 8 Uhr abends.)

Beschluss-Protokoll

der **vertraulichen** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **17. April 1894.**

Vorsitz: **Vice-Bürgermeister Dr. Richter.**

1. Gem.-Rath Vaugoin referiert über die Bestimmung der Functionsgebühren für den Bürgermeister Dr. Raimund Gröbl und beantragt:

Die Functionsgebühr des Bürgermeisters Dr. Gröbl wird vom Tage seiner Beeidigung, d. i. vom 31. März 1894 angefangen, auf die Dauer seiner Amtsführung mit 20.000 fl. jährlich bestimmt.

Außerdem wird dem Bürgermeister die Benützung der Bürgermeisterwohnung im Rathhause (inclusive Beheizung und Beleuchtung), der beiden Amtswägen, des Stalles und der Wagenremise eingeräumt.

Für die Instandhaltung der Amtswägen, für die Bespannung, Livrée des Kutschers u. wird der Betrag von 4000 fl. jährlich bewilligt. (Angenommen.)

2. Derselbe beantragt den Fortbezug der Gnadengabe von jährlich 60 fl. auf drei Jahre für die Steueramts-Liquidators-Waise Josefa Zecha. (Angenommen.)

3. Derselbe beantragt die Erhöhung der Gnadengabe von 100 fl. auf 120 fl. auf drei Jahre für die Markt-Obercommissärswaise Ludovica Fromm. (Angenommen.)

4. Derselbe beantragt die Verleihung einer Gnadengabe von jährlich 120 fl. auf drei Jahre für die Krankenträgers-Witwe Barbara Fische. (Angenommen.)

5. Gem.-Rath v. Götz beantragt, den Monatslohn des Petroleumlampenanzünders in Ottakring Michael Pitschauer vom 1. September 1893 an von 12 fl. auf 20 fl. zu erhöhen. (Angenommen.)

6. Gem.-Rath Dr. Vogler beantragt den Fortbezug des Erziehungsbeitrages per 50 fl. bis 1. April 1895 für die Schülerswaise Moisia Paulini. (Angenommen.)

7. Derselbe beantragt, dem Ansuchen des Professors an der Wiedener Communal-Oberrealschule Dr. Anton Bisping um Pensionierung Folge zu geben, und zwar mit einem Ruhegehalte in der Höhe seines vollen Gehaltes. (Angenommen.)

(Schluß der Sitzung.)

Stadtrath.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **13. April 1894.**

Vorsitzende: Vice-Bürgermeister Dr. Richter.
Vice-Bürgermeister Mahenauer.

Anwesende: Dr. v. Billing, v. Neumann,
Boschan, Rückauf,
v. Götz, Schlechter,
Dr. Hackenberg, Schneiderhan,
Dr. Huber, Dr. Stenzl,
Kreindl, Vaugoin,
Dr. Lederer, Dr. Vogler,
Dr. Lueger, Wigelsberger,
Matthies, Burm.
Müller,

Experten: Magistrats-Secretär Kienast, Magistrats-Concipist Max Weiss, Ingenieur-Adjunct Paul.

Schriftführer: Magistrats-Concipist Pfeiffer.

Vice-Bürgermeister Mahenauer eröffnet die Sitzung.

(1933.) **St.-R. Schneiderhan** referiert über den neuerlichen Bericht über den Verbrauch von Victualien u., über die Verpflegstage und Verköstigungsauslagen in den sieben städt. Waisenhäusern und im Asyl für verlassene Kinder pro 1891/92 und beantragt, den diesbezüglichen Magistratsbericht zur Kenntnis zu nehmen.

(Angenommen.)

(2524.) **Derselbe** referiert über Ansuchen um Verleihung des Bürgerrechtes aus dem VI. Bezirke und beantragt die Gesuchsgewährung für:

Burghardt Karl, Gas- und Wasserleitungsinstallateur;

Geiger Ferdinand, Gastwirt;

Geiger Karl, Bäcker und Hausbesitzer;

Huber Josef, Oberlehrer und Armenrath. (Angenommen.)

(2613, 2612, 2611.) **Derselbe** referiert über die Uneinbringlichkeit von Beerdigungskosten nach 55 Parteien aus dem V. Bezirke per 206 fl. 65 kr. und nach 33 Parteien aus dem XVI. Bezirke per 132 fl. 75 kr. und beantragt die Abschreibung. (Angenommen.)

(2498.) **St.-R. Ritt. v. Neumann** referiert über die Vergabung der Arbeiten und Lieferungen für den Bau der Sammelcanäle beiderseits des Wienflusses und beantragt:

1. Das vom Stadtbauamte ausgearbeitete Detailproject für den Bau eines Theiles der Sammelcanäle beiderseits des Wienflusses, und zwar des rechtsseitigen Sammelcanales in der Strecke von der Franzensgasse im V. Bezirke bis zur Badhausgasse im XIII. Bezirke sammt der hiemit in Verbindung stehenden Umlegung der Anschlußstrecke des Lainzerbaches, und des linksseitigen Sammelcanales in der Strecke vom Ende des Penzinger Sammelcanales bis zum Halterbache im XIII. Be-

zirle, wäre mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 1,003.783 fl. 73 kr. zu genehmigen;

2. für die Bauausführung wären diese Canalbauten in vier Bau-lose mit der vom Stadtbauamte vorgeschlagenen Abgrenzung einzutheilen;

3. für jedes dieser Baulose wären die Erd-, Baumeister- und Pflastererarbeiten, die Lieferung der hydraulischen Bindemittel, die Thonwarenlieferung, weiters für das Baulos IV auch die Steinmetzarbeiten im Wege einer öffentlichen schriftlichen Offertverhandlung zu vergeben;

4. der für diese Vergebung verfasste Entwurf der „allgemeinen und besonderen Bedingungen für die Bestellung von Unternehmern für den auf Rechnung der Commission für Verkehrsanlagen in Wien durch die Gemeinde Wien auszuführenden Bau eines Theiles der Sammelcanäle am linken und rechten Ufer des Wienflusses in den Bezirken V, XII und XIII“ wäre zu genehmigen;

5. die für den Bau erforderlichen Pflastersteine und Eisenrohre wären dem städtischen Vorrathe zu entnehmen und der Rückersatz auf Rechnung der Commission für Verkehrsanlagen zu stellen;

6. die Gemeinde Wien erklärt sich bereit, die Ausführung der sub 1 erwähnten Canalbauten sammt Zugehör für Rechnung der Commission für Verkehrsanlagen zu übernehmen, diese Bauten zu leiten und zu überwachen und die Bauarbeiten nach eigenem Ermessen zu vergeben;

7. das vorliegende Detailproject wäre der Commission für Verkehrsanlagen unter Mittheilung dieser Beschlüsse zur Genehmigung zu übersenden;

8. nach erfolgter Genehmigung seitens der Commission für Verkehrsanlagen wäre die Vergebung der Arbeiten und Lieferungen für sämtliche Baulose, eventuell mit Vorbehalt der wasserrechtlichen Bewilligung, unverzüglich einzuleiten, und nach erfolgter Vergebung mit der Ausführung der Baulose I, II und III sofort, mit der Ausführung des Bauloses IV aber in einem späteren, geeigneten Zeitpunkt zu beginnen.

St.-R. Dr. Lueger beantragt die Formulierung des Punktes 1 wie folgt:

1. a) Das vom Stadtbauamte ausgearbeitete Detailproject für den Bau eines Theiles der Sammelcanäle beiderseits des Wienflusses, und zwar des rechtsseitigen Sammelcanales in der Strecke von der Franzensgasse im V. Bezirke bis zur Kaiser Franz Josefs-Brücke im XIII. Bezirke und des linksseitigen Sammelcanales in der Strecke vom Ende des Penzinger Sammelcanales bis zum Halterbache im XIII. Bezirke wäre mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 1,003.783 fl. 73 kr. zu genehmigen, abzüglich der Kosten für die Umlegung des Lainzerbaches und für das Stück des Canales von der Kaiser Franz Josefsbrücke bis zur Badhausgasse;

b) für die Canalifizierung des Lainzerbaches und des Sammelcanales für die Strecke von der Kaiser Franz Josefs-Brücke bis zur Badhausgasse ist ein neues Project unter Zugrundelegung der Einleitung des Lainzerbaches in den Sammelcanal vorzulegen.

Dieser Antrag wird angenommen; desgleichen werden die übrigen Anträge des Referenten angenommen, sowie der vom St.-R. Dr. Vogler gestellte Antrag: „Die Verkehrs-Commission werde ersucht, wegen Beitragsleistung der Adjacenten zur Umlegung des Lainzerbaches die Verhandlungen einzuleiten.“

(2608.) **St.-R. Dr. Stenzl** referiert über das Ansuchen des Magistrats-Concipisten Wilhelm Witt. v. Damaschka um Urlaubsvverlängerung und beantragt, den mit 1. April 1894 abgelaufenen

Urlaub desselben auf weitere sechs Monate, somit bis 1. October 1894, zu verlängern. (Angenommen.)

(2657.) **St.-R. Wurm** referiert über die Zuschrift der k. k. Generaldirection der österreichischen Staatsbahnen, betreffend das Detailproject für die Markthalle in der Frachtenstation „Michelbeuern“ der Gürtellinie puncto Benützung der Markthalle seitens der Gemeinde und beantragt, es sei auf einen 10jährigen Mietvertrag unter folgenden Bedingungen einzugehen:

1. Dafs der Mietvertrag zwei Jahre vor Ablauf der 10jährigen Vertragsdauer gekündet werden kann, und falls diese Kündigung von keiner Seite eintritt, eine stillschweigende Erneuerung des Bestandesvertrages auf unbestimmte Zeit gegen zweijährige beiden Theilen zustehende Kündigung stattfindet;

2. dafs der Zins mit der Maximalhöhe von 2000 fl. fixiert werde. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(2598.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Johann und Franz Albertini um Grundabtretung Einl.-Z. 168, 171 Hernals, Hauptstraße 78/80, und beantragt die Genehmigung der beabsichtigten Grundtrennung. (Angenommen.)

(St.-R. Müller ist bei Berathung des Referates Z. 2598 nicht anwesend.)

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.)

(2604.) **Derselbe** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis wegen der Schulbanklieferungen für den Schulbau II., Pöchlarnergasse-Peystraße, und beantragt auf Grund der am 6. April d. J. abgehaltenen Offertverhandlung, die Lieferung der Schulbänke für obige Schule sei zur Hälfte, d. i. 830 Stue, nach dem System Schlimp und je 130 Stue nach dem Systeme Schindler-Greil den beiden Firmen:

a) Brüder Schlimp, II., Treustraße 94, mit einem Nachlasse von 15.1 Percent hinsichtlich der Schulbänke nach dem System Schlimp und mit einer Aufzahlung von 40 Percent zu den Einheitspreisen des Kostenanschlages hinsichtlich der Schulbänke nach System Schindler-Greil und

b) Andreas Dltmanns, VI., Äggydigasse 6, mit einem Nachlasse von 15 Percent hinsichtlich der Schulbänke nach System Schlimp und mit einer Aufzahlung von 10 Percent zu den Einheitspreisen des Kostenanschlages hinsichtlich der Schulbänke nach dem System Schindler-Greil.

St.-R. Dr. Vogler beantragt, die Bänke nach dem System Schlimp an Brüder Schlimp, die anderen Bänke an Dltmanns zu vergeben.

St.-R. Schlechter beantragt, die gesammte Lieferung an Andreas Dltmanns zu vergeben.

Antrag des St.-R. Schlechter, dem sich der Referent accommodiert, angenommen.

(2630.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Alois Schweinburg und Ch. Cabos um Planauswechslung VI. Bezirk, Gumpendorferstraße 40, 42, 44, und beantragt die Bestätigung der Baubewilligung. (Angenommen.)

(2427.) **Derselbe** referiert über die Bewilligung eines Zuschusses credits zur Ausgabe-Rubrik IV 23 „Renbeschaffung der Möbelleinrichtung für die magistratischen Bezirksämter“ und beantragt, zur obigen Rubrik einen Zuschusscredit von 224 fl. 57 kr. zu bewilligen. (Angenommen.)

(2219.) **Derselbe** referiert über die Vornahme von Herstellungen an dem Gebäude der Wiedener Communal-Oberrealschule und be-

antragt, die mit Stadtraths-Beschluss vom 6. April genehmigte nicht bedeckte Auslage per 1300 fl. auf die Ausgabe-Kubrik XII 4 c zu verweisen. (Angenommen.)

(2567.) Derselbe referiert über das Project für die Herstellung eines geräuschlosen Pflasters in der Augustinerstraße rückwärts des Operntheaters und beantragt:

1. die Genehmigung des vorliegenden Projectes mit dem Kosten-erfordernisse von 17.867 fl. 53 kr., eventuell 17.985 fl. 86 kr. und des Zehrungsbeitrages von 1 fl. pro Tag für den mit der permanenten Überwachung zu betrauenden Bauamtsinspicienten;

2. die Ausschreibung einer öffentlichen schriftlichen Offertver-handlung wegen Vergebung der Arbeiten und Lieferungen für die Herstellung eines geräuschlosen Pflasters überhaupt, also alternativ für Asphalt oder Holzstöckel. (Angenommen.)

(2496.) Derselbe referiert über das Ansuchen des Josef Safar um Grundentschädigung VIII. Bezirk, Schöffelgasse 22, und beantragt, die Schadloshaltung für den von der Realität Grundb.-Einl. Z. 700 des VIII. Bezirkes, Dr.-Nr. 22 Schöffelgasse, zur Straßenverbreiterung abzutretenden Grund im Ausmaße von 21.15 m² mit 25 fl. per Quadratmeter zu bestimmen. (Angenommen.)

(2289.) Derselbe referiert über das neuerliche Offert des Karl Hofmeier auf käufliche, beziehungsweise tauschweise Überlassung des Bürgerspitalsfondshauses I. Bezirk, Kärnthnerstraße 22, gegen das Haus Kärnthnerstraße 24 und beantragt, das vorliegende Project abzulehnen. (Angenommen.)

(2572.) Derselbe referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Bärkl wegen Demolierung der Linienamtsgebäude und beantragt die Kenntnissnahme des diesbezüglichen Magistratsberichtes. (Angenommen.)

(Vice-Bürgermeister Wagenauer übernimmt den Vorsitz.)

(1214.) Vice-Bürgermeister Dr. Richter referiert über den Antrag des St.-R. Wagenauer in Betreff der Messung der Quellen für eine zweite selbständige Hochquellenleitung und beantragt, den Magistratsbericht zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen.)

(2894.) Derselbe referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Wagenauer, betreffend die Herstellung einer zweiten selbständigen Wasserleitung für Wien, und beantragt die Kenntnissnahme des Magi-stratsberichtes, beziehungsweise vorderhand von der Einleitung externer Expertisen Umgang zu nehmen. (Angenommen.)

(2624.) St.-R. Schlechter referiert über die Ausfertigung von Dank- und Anerkennungsschreiben, Ehrengeschenken, Gratificationen zc. anlässlich des Waldbrandes beim Kaiserbrunnen und beantragt, den diesbezüglichen Bericht zur Kenntnis des Magistrates zu nehmen und die vom Stadtbauamte beantragte Ausfertigung von Dank- und An-erkennungsschreiben und Ertheilung von Ehrengeschenken und Grati-ficationen, sowie die Begleichung von sonstigen Auslagen im Gesamt-betrage bis 700 fl. zu genehmigen. (Angenommen.)

(Schluss der Sitzung.)

Allgemeine Nachrichten.

(Commission für Verkehrsanlagen in Wien, 22. April 1894.)

In der abgelaufenen Woche hat die Anzahl der bei der Ausführung der Wiener Verkehrsanlagen verwendeten Arbeiter 1882 be-tragen; hievon waren 1110 beim Baue der Sammelcanäle am

linken und am rechten Donaucanalufer, 772 an der Gürtel- und Vorortelinie der Stadtbahn beschäftigt; hier standen 5 Dampf-maschinen und 82, beim linksseitigen Sammelcanale 33 Fuhr-werke in Verwendung.

Approvisionnement.

Der tägliche Fleischmarkt.

In der Großmarkthalle eingelangte Fleisch-waren vom 15. April bis 21. April 1894.

1. Fleischsendungen:

Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch	253.120 kg	(Davon aus Nieder-Österreich — 192.329; aus Ober-Österreich — 1480; aus Mähren — 11.091; aus Böhmen — —; aus Galizien — 35.484; aus Ungarn — 11.441; aus der Bukowina 1295; aus Croatien — —; aus Steiermark — —; aus Tirol — —; aus Salzburg — —; aus Bos-nien — —; aus Siebenbürgen — — kg)
Kalb- und Kalbfleisch	46.053 "	(Davon aus Nieder-Österreich — 3531; aus Ober-Österreich — —; aus Mähren 134; aus Galizien — 42.124; aus Ungarn — 254; aus der Bukowina — 10; aus Böhmen — — kg)
Schafffleisch	550 "	(Davon aus Nieder-Österreich — —; aus Ober-Österreich — —; aus Galizien — 488; aus Ungarn — 33; aus der Buko-wina — 29; aus Mähren — — kg)
Schweinefleisch	39.496 "	(Davon aus Nieder-Österreich — 26.172; aus Ober-Österreich — —; aus Böhmen — 619; aus Mähren — 716; aus Galizien — 3768; aus Ungarn — 8221; aus der Bukowina — —; aus Croatien — —; aus Steiermark — —; aus Bosnien — — kg)
Rälber	2219 Stück	(Davon aus Nieder-Österreich — 187; aus Ober-Österreich — 6; aus Mähren 65; aus Böhmen — —; aus Galizien — 1904; aus Ungarn — 57; aus der Bukowina — —; aus Kärnten — —; aus Tirol — —; aus Schlessien — — St.)
Schafe	228 "	(Davon aus Nieder-Österreich — 209; aus Ober-Österreich — 2; aus Mähren — —; aus Galizien — 5; aus der Buko-wina — —; aus Ungarn 12 St.)
Schweine	379 "	(Davon aus Nieder-Österreich — 63; aus Ober-Österreich — —; aus Mähren — 11; aus Galizien — 303; aus Ungarn — 2; aus der Bukowina — —; aus Croatien — —; aus Kärnten — — St.)
Lämmer	300 "	(Davon aus Nieder-Österreich — 187; aus Ober-Österreich — —; aus Galizien — 13; aus Ungarn — 36; aus Mähren — 54; aus Böhmen — — St.)

Die Zufuhren für den Approvisionierungs-verein sind bereits in den obigen Summen ent-halten.

2. Preisbewegung:

Rindfleisch	Siedfleisch	von 30 bis 64 fr. per Kg.
	Rostraten u. Nieren	50 " 95 " " "
extrem	" " " " "	" " " " "
Kalb- und Kalbfleisch	" 25 " 65 " " "	" " " " "
Schafffleisch	" 36 " 52 " " "	" " " " "

Schweinfleisch	von 46 bis 70 fr. per Kg.
Kälber	" 30 " 56 " " "
Schafe	" 26 " 48 " " "
Schweine	" 48 " 64 " " "
Lämmer	" 2 1/2 " 5 fl. " St.

Bei fast gleichen Zufuhren wie in der Vorwoche gestaltete sich der Verkehr infolge geringerer Nachfrage flau, so daß größere Partien Fleischwaren namentlich Kalbfleisch unverkauft blieben, von welchem mindere Qualitäten um 3 fr. und Mittelware um 8 bis 10 fr. billiger abgegeben wurden als in der Vorwoche. — In den übrigen Fleischwaren ergaben sich im allgemeinen keine wesentlichen Änderungen.

* * *

Pferdemarkt vom 20. April 1894.

Zum Verlaufe wurden gebracht: 548 Pferde.
 Preis: für Gebrauchspferde 120—480 fl. per Stück.
 " " Schlachtpferde 30—100 " " "

Der Markt war sehr lebhaft.

* * *

Schlachtviehmarkt vom 23. April 1894.

1. Auftrieb.

Maßvieh 4403, Weidevieh —, Beinvieh 872,
 Summa . 5275.

Davon — nach Rassen:

Ungarische Thiere	2359
Galizische "	824
Deutsche "	2008
Büffel "	84

Davon — nach Gattungen:

Ochsen	4110
Stiere	500
Rühe	665

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 kg Lebendgewicht mit Percentabzug:

Ungar. Schlachtthiere von 50 bis 62 1/2 fl.	}	Diese Preise ermäßigen sich um den beim Handel vereinbarten Percentabzug (auf dem heutigen Markte 36 bis 40 %), welchen der Verkäufer dem Käufer als Entschädigung: a) für den Gewichtsverlust infolge der Schlachtung; b) für die minderwertigen Stoffe, wie: Haut, Horn, Blut, Anschlitt etc.; c) für die wertlosen Stoffe, wie: Magen- und Darminhalt etc., zugelegt.
(extrem " " 63 ")		
Galiz. Schlachtthiere 50 " 61 ")		
(extrem " " 62 ")		
Deutsche Schlachtthiere " 50 " 66 ")		
(extrem " " 66 1/2 ")		
Weidevieh " " — ")		
Stiere " " — ")		
Rühe " " — ")		
Büffel " " — ")		
Beinvieh " " — ")		

b) Preis per 100 kg Lebendgewicht ohne Percentabzug:

Ochsen	von 20 bis 33 (—) fl.
Stiere	" 24 " 33 "
Rühe	" 23 " 30 "
Büffel	" 21 " 25 "
Beinvieh	" 15 " 19 "
Weidevieh	" — " — "

c) Preis per Stück:

Beinvieh von 16 bis 83 fl.

Nach dem Modus auf Schlachtgewicht wurde nichts gehandelt.

Unverkauft blieben:

Ochsen	77 Stück
Beinvieh	111 "

Gegen den letzten Montagsmarkt wurden um 635 Stück Schlachtthiere mehr aufgetrieben. Die Kauflust war trotz des starken Auftriebes infolge größerer Ankäufe für die Provinz im weiteren Marktverlaufe lebhaft und sind daher nur Preisrückgänge von 1/2 bis 1 fl. in Primaware und von 1 bis 2 fl. per 100 Kilogramm in Mittel- und minderen Sorten eingetreten.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 21. April 1894.

a) Getreide.

Weizen (Qualitätsgewicht per 1 hl 76—81 kg)	von 7 fl. 55 fr. bis 8 fl. 25 fr.
Roggen (" " " 70—75 ")	" 6 " 05 " " 6 " 45 "
Gerste	" 5 " 80 " " 9 " 40 "
Mais	" 5 " 55 " " 6 " 10 "
Hafer	" 7 " — " " 8 " 20 "

b) Mahlproducte.

Griß	von 13 fl. — fr. bis 14 fl. 80 fr.
Weizenmehl	" 6 " 20 " " 14 " 80 "
Roggenmehl	" 6 " 40 " " 11 " 65 "
Weizenkleie	" 4 " 30 " " 4 " 60 "
Roggenkleie	" 4 " 75 " " 4 " 80 "

Approvisionierungs-Angelegenheiten.

Bericht des Veterinäramtes

über die zum Zwecke des Consums im Gebiete der Stadt Wien vorgenommenen Schlachtungen, erfolgten Zufuhren und die bei der Sanitätsbeschau vorgekommenen Confiscationen.

Im Monate März 1894 wurden in Wien 20.240 Rinder, 35.135 Schweine, 1583 Pferde geschlachtet.

Ferner wurden zu Consumzwecken 23.750 ausgeweidete und 337 lebende Kälber, 35.329 ausgeweidete und 23.386 lebende Schafe und Lämmer, endlich 859.895 kg Rindfleisch, 170.984 kg Kalbfleisch, 3461 kg Schafffleisch und 158.695 kg Schweinfleisch zugeführt und der thierärztlichen Beschau unterzogen.

Als gesundheitschädlich beanständet und der thermo-chemischen Verarbeitung zugeführt wurden: 6 Pferde, 21 Rinder, 59 Kälber, 7 Schafe, 117 Lämmer, 28 Rige, 447 Schweine, 1 Spanferkel, 442 Hausgeflügel, 2 Truthühner, 1 Ente, 1 Reh und 364 Stück nicht ausgetragene Thiere (Föten); ferner 2813 kg Rindfleisch, 5540 kg Kalbfleisch, 33 1/2 kg Schafffleisch, 82 kg Lammfleisch, 495 1/2 kg frisches Schweinfleisch, 159 1/2 kg geräuchertes Schweinfleisch, 14 kg Speck, 179 kg Pferdfleisch, 2 kg Ritzfleisch, 35 1/2 kg Fische, 45 1/2 kg Würste, 7 kg Hühnerfleisch, 586 Stück und 3195 1/2 kg Lungen und 218 Stück Lebern, 20 Milze und 4 kg Milze, 6 Nieren und 1 Herz; endlich 32 1/2 kg Gehirn, 1 Kiefer, 1 Zunge, 1 Euter und 367 kg diverse Organe.

Unter den Vertilgungsursachen sind erwähnenswert: Milzbrand (1 Rind und 1 Schaf), Lungenseuche (40 Lungen), Tuberculose (generalisirte) (9 Rinder, 1 Schwein), (locale) (408 Lungen,

44 Lebern, 6 Milz, 2 Nieren und 1 Herz), Actinomykose (1 Kiefer und 1 Zunge), Finnenkrankheit (337 Schweine und 299 kg frisches Schweinefleisch).

Städtisches Lagerhaus.

Vom 12. April bis 19. April 1894.

Waren eingelagert 50.868 Meter-Centner
 „ ausgelagert 38.471 „

Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf
 14.890 Meter-Centner.

Lagerstand vom 19. April 1894:	359.168 Meter-Centner, und zwar:
56.091 Meter-Centner Weizen,	55.210 Meter-Centner Roggen,
60.193 „ Gerste,	103.762 „ Hafer,
14.772 „ Mais,	8.941 „ Ölsaaten,
16.056 „ Mehl u. Kleie,	2.895 „ Wein,
9.278 „ Zucker,	943 Hektoliter à 100% Spiritus.

Der Asscuranzwert dieser Waren stellt sich auf 3,576.090 fl. öst. Währ.

Öffentliche Sicherheit.

Zu Monate März 1894 betrug die Zahl der vom Wiener Magistrate abgeschobenen Individuen . . .	336
dem Wiener Magistrate zugeschobenen (zuständigen) Individuen	53
Durchschüblinge	247
Gesamtzahl .	636

Gewerbe-Angelegenheiten.

(Genossenschaft der Großfuhrwerksbesitzer.) Bei der am 19. April 1894 unter Intervention des Genossenschafts-Commissärs Hans Becker vorgenommenen Wahl wurde Herr Alois Bock, wohnhaft X. Bezirk, Dampfgasse Nr. 5, zum Vorsteher, und Herr Alois Wanko, wohnhaft XI. Bezirk, Hauptstraße 12, zum Vorsteher-Stellvertreter der Genossenschaft der Großfuhrwerksbesitzer gewählt.

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

vom 19. April bis 23. April 1894:

Für Neubauten:

- I. Bezirk: Haus, Körnthnerstraße 22, von Karl Hofmeier, Hegelgasse 17, Bauführer M. & J. Sturany (2688).
- III. Bezirk: Haus, Salmgasse 13, von Josef Kalas, Maurermeister (2696).
- „ „ Haus, Erdbergstraße 90, von Friedrich Gutmann, Baumeister (2703).
- XII. Bezirk: Zwei Stock hoher Wohnhausbau, Einl.-Z. 178, Parc. 193 I Heyendorf, Hauptstraße 44, von Anna Endlweber, Bauführer Josef Schanfler (11399).
- XIV. Bezirk: Drei Stock hohes Wohnhaus, Rudolfsheim, Märzstraße, Ecke der Selzergasse, von Josef Seichert, XVI., Burgg. 36, Bauführer derselbe (11383).

- XVII. Bezirk: Wohnhaus, Hernals, Sautergasse Einl.-Z. 1218, Parc. 545/10, von Elisabeth Kibelbeck, X., Dampfgasse 22, Bauführer Johann Adler, Civilingenieur (13070).
- „ „ Wohnhaus, Hernals, Ecke der Sauter- und Schmerlinggasse Einl.-Z. 1217, Parc. 545/11, von Elisabeth Kibelbeck, X., Dampfgasse 22, Bauführer Joh. Adler, Civilingenieur (13071).
- „ „ Wohnhaus, Dornbach, Schwarzenberggasse 6, von Anna Osburg, durch Eugen Sport, XV., Schönbrunnerstraße 16, Bauführer Josef Kellner, Maurermeister (13346).
- „ „ Wohnhaus, Hernals, Hauptstraße 6, von Heinrich Sattler, ebenda, Bauführer Thomas Hofer, Baumeister (13417).
- „ „ Wohnhaus, Hernals, Alsbachstraße 63, von Siegmund und Rosa Weiler, XVII., Hernals, Hauptstraße 64, Bauführer Josef Grünbeck, Baumeister (13606).
- XIX. Bezirk: Blochhaus, Am Rahlberg, Cat.-Parc. 73/33, von Karola Schwarz, I., Börjengasse 10, Bauführer Emanuel Ramenicz (7709).

Für Umbauten:

- XVI. Bezirk: Umbau, Neulerchenfeld, Brunneng. 38, von Eva Berthold, ebenda, Bauführer Wenzel Trester (18342).

Für Zubauten:

- III. Bezirk: Fabrikszubau, Schwalbengasse 2/4, von R. Dittmar, Erdbergstraße 23, Bauführer H. Bauer (2725).
- XI. Bezirk: Ebenerdiger Fabrikszubau (Schedbau), Simmering, Spinnigasse 2, Einl.-Z. 386, Parc. 361/3, von der I. österr. Jutespinnerei und Weberei, ebenda, Bauführer Joh. Schneider, Baumeister, XI., Simmering (5854).
- „ „ Schuppenartiger Zubau und russischer Rauchfang, Simmering, Feldgasse 19, Grundb.-Einl. 1426, Conser.-Nr. 609, von Julius Faßböck, Metternichgasse 10, Bauführer Anton Heindl, Baumeister, XI., Simmering (5877).
- „ „ Jutemagazin, Simmering, Spinnigasse 2, Grundb.-Einl. 386, Cat.-Parc. 362/3, von der I. österr. Jutespinnerei und Weberei, ebenda, Bauführer Joh. Schneider, XI., Simmering (5926).
- XIII. Bezirk: Fabrikszubau, Ober-St. Veit, Auhofstr. 13, von Winkler & Schindler, Bauführer ? (2689).
- „ „ Fabrikszubau, Unter-St. Veit, Auhofstr. 28, von G. Bossis Nachfolger (2709).
- XV. Bezirk: Abort, Fünfhaus, Robert Hamerlinggasse 25, von Rudolf Beime, XV., Blüthengasse 4 b, Bauführer Heinrich Stagl, XV., Haidmanusgasse 4 (9546).
- XVI. Bezirk: Herstellung eines photographischen Ateliers, Neulerchenfeld, Hauptstraße 19, von Heinrich und Ottilie Mittendorf, Bauführer ? (18200).
- „ „ Ebenerdiger Seitentract, Ottakring, Langegasse 29, von Adalb. und Anna Apolin, Ottakring, Josefsgasse 20, Bauführer Meißner und Franz Roth (18506).
- XVII. Bezirk: Waschküche, Hernals, Hauptstraße 9, von Heint. Sattler, ebenda, Bauführer Thomas Hofer, Baumeister (13416).
- „ „ Pferdestall, Hernals, Blumengasse 36, von Heint. Schenk, XVII., Hernals, Stifg. 11, Bauführer Franz Kovarek, Baumeister (13737).
- XIX. Bezirk: Werkstätte, Ober-Döbling, Gymnasiumstraße 10, von F. Hardtmuth & Comp., ebenda, Bauführer A. Micheroli (7706).

Für Adaptierungen:

- II. Bezirk: Obere Donaustraße 105, von Schöller & Comp., Bauführer J. Kernast jun. (2669).
- III. Bezirk: Mohngasse 22, von Joh. Horaczek, Maurermeister (2676).
- „ „ Erdbergermals Grundb.-Einl. 1979, von Maria Lengheim, Bauführer C. Reichstätter (2699).
- „ „ Friedhof-Capelle, St. Marx, von der Stadt Wien, Bauführer F. Daxlmüller (2747).
- V. Bezirk: Reinprechtsdorferstraße 23, von Heinrich Goldschmidt, Strohdgasse 2, Bauführer A. Brunner (2694).
- „ „ Siebenbrunnengasse 41, von Friedrich Wagner, Maurermeister (2698).
- VI. Bezirk: Sandwirthgasse 11, von Leopold und Leonhard Schuller, Bauführer Fr. Kleibl (2685).
- „ „ Stieggasse 11, von Katharina Gerhold, Bauführer G. J. Federer (2745).
- VII. Bezirk: Westbahnstraße 18 und Vandgasse 17, von Josef Birnbauer, Westbahnstraße 18, Bauführer ? (2727).
- VIII. Bezirk: Bennogasse 26, von Karl Reichert, Bauführer Ignaz Franicka (2683).
- IX. Bezirk: Selzergasse 27, von Ferd. Dehm und F. Dibrich, Baumeister (2758).
- XVI. Bezirk: Neulerchenfeld, Hauptstraße 30, von Jakob und Sophie Goldblatt, ebenda, Bauführer Jos. Balda (18505).
- „ „ Neulerchenfeld, Fröbelgasse 50, von Michael Peterich, ebenda, Bauführer Engelbert Schrammel (18702).

- XVI. Bezirk: Neulerchenfeld, Hafnerstraße 5, von Friedrich Demjter, Bauführer Engelbert Schrammel (18701).
 XVII. Bezirk: Dornbach, Hauptstraße 130, von Dr. Karl Diem, ebenda, Bauführer Heinrich Glaser, Baumeister (13073).
 " " Hernals, Kirchengasse 85, von Hans Peschl, Ingenieur, Bauführer Wenzel Voit, Maurermeister (12974).
 " " Hernals, Veronitagasse 42, von Johann Haslinger, ebenda, Bauführer Franz Haslinger, Maurermeister (13308).
 " " Hernals, Ottakringerstraße 70, von Wilhelm Hoffmann, ebenda, Bauführer Franz Roth, Baumeister (13510).

Für diverse (geringere) Bauten:

- II. Bezirk: Maschinenhaus, Anstellungsparl. k. k. Prater, von der Ausstellung für Volksernährung, Bauführer? (2668).
 " " Tramboden, Bäuerlegasse, Grundb.-Einkl. 3889, von Joh. Horacek, Maurermeister (2675).
 " " Canal, Obere Donaufstraße 65, von der Union-Baugesellschaft (2728).
 " " Canal, Obere Donaufstraße 77, von der Union-Baugesellschaft (2729).
 " " Canal, Obere Donaufstraße 63, von der Union-Baugesellschaft (2730).
 " " Canal, Obere Donaufstraße 61, von der Union-Baugesellschaft (2731).
 " " Canal, Obere Donaufstraße 49, von der Union-Baugesellschaft (2732).
 " " Canal, Obere Donaufstraße 79, von der Union-Baugesellschaft (2733).
 " " Canal, Schüttelstraße 9 bis 11, von Prinz Heinrich von und zu Liechtenstein durch Joh. Chalusch, Baumeister (2743).
 XI. Bezirk: Aufmauerung eines Thorpfeilers, Simmering, Hauptstr. 132, Einl.-Z. 243, von Josef Feigl's Erben, ebenda, Bauführer Anton Heindl, Baumeister, Simmering (5913).
 XII. Bezirk: Abortbau, Gaudenzdorf, Sackgasse 1, von Silv. Böd, Bauführer Jg. Klupp (11562).
 " " Abortbau, Hezendorf, Giselstr. 18, von Joh. Trummler, Bauführer Fr. Proßer (11541).
 " " Thoreinsetzung, Hezendorf, Hauptstraße 51, von Ferdinand Zeiningger, Bauführer Fr. Proßer (11542).
 " " Magazinbau, Gaudenzdorf, Wienstraße 6, von der Dsterr. Gasbeleuchtungs-Gesellschaft, I., Tuchlauben 11, Bauführer Josef Hofbauer (11219).
 " " Steinzeugrohrleitung, Gaudenzdorf, Schönbrunnerstraße 44, von Karl Wittenmann, Bauführer Hartl (11397).
 XIV. Bezirk: Sechshaus, Rauchfanglehrergasse 16, von Katharina Wurz, XII., Hauptstraße 43, Bauführer? (11343).
 XVI. Bezirk: 4 Pfeiler, 1 Feuermauer, 1 Dachstuhl, Cat.-Parc. 1280/1, 1280/2, von Josef Grülle Mayer, XVI., Lange-gasse 61, Bauführer Franz Bod (18692).

Stockwerks-Aufsetzungen:

- VI. Bezirk: Dominikanergasse 5, von Veit Christelbauer, Bauführer C. Stöger (2687).
 XI. Bezirk: Aufsetzung zweier Stagen auf ebenerdigem Tracte, Simmering, Spinnergasse 2, Grundb.-Einkl. 386, Cat.-Parc. 362/3, Erste österr. Jutespinnerei und -Weberei, ebenda, Bauführer Johann Schneider, Baumeister, Simmering (5926).
 XII. Bezirk: Aufsetzung eines zweiten Stockes, Ober-Meidling, Bischof-gasse 11, von Karl und Marie Sowal, Bauführer Karl Brunner (11411).

Gesuche um Parcellierung wurden überreicht:

- IV. Bezirk: Wiedenergürtel und Luisengasse, Grundb.-Einkl. 144, von der k. k. priv. Südbahngesellschaft (2720).
 XVI. Bezirk: Ottakring, Grundb.-Einkl. 1918, von Julius Frankl und Arthur Sack (5753).
 XVII. Bezirk: Hernals, Römervgasse, Grundb.-Einkl. 80, von Johann Verderber und Ed. und Alois Richter in Reht (2680).

Gesuche um Bekantgabe der Baulinie wurden überreicht:

- VI. Bezirk: Magdalenenstraße 61, von L. A. Fuchs, Albertgasse 23, nos. Josef und Pauline Kraus (2681).
 VII. Bezirk: Kaiserstraße 109, von Franz Buschmann (2749).
 VIII. Bezirk: Alferstr. 63, von Karl, Fr. und Barb. Buchinger (2682).
 XII. Bezirk: Einl.-Z. 1291, Unter-Meidling, Schönbrunnerstraße, von Alb. Schick und Hans Kraus (11543).
 " " Gaudenzdorf, Wienstraße 6, von der Dsterr. Gasbeleuchtungs-Actiengesellschaft, I., Tuchlauben 11 (11220).
 " " Einl.-Z. 178, Parc. 193/I, Hezendorf, Hauptstraße 44, von Anna Endlweber (11398).

- XVII. Bezirk: Hernals, Sautergasse, Einl.-Z. 1218, Parc. 545/10, von Elisabeth Kübelbeck, X., Dampfgasse 22 (13068).
 " " Hernals, Sautergasse, Ecke der Schmerlinggasse, Grundb.-Einkl. 1217, Parc. 545/11, von Elisabeth Kübelbeck, X., Dampfgasse 22 (13069).

Demolierungsanzeigen wurden überreicht:

- III. Bezirk: Erdbergstraße 138, von Rudolf Jäger, Baumeister (2760).
 XI. Bezirk: Simmering, Hauptstraße 29, von Karl Paul, XI., Hauptstraße 1, Demolierender Joh. Schneider, Baumeister, Simmering (5891).

Gewerbeanmeldungen vom 12. April 1894.

(Fortsetzung.)

- Naßler Barbara — Victualienhandel — XIV., Rudolfsheim, Goldschlagstraße 80.
 Grobl Ignaz — Victualienhandel — II., Volkertplatz.
 Peska Antonie — Victualien-Verschleiß im Umherziehen — X., Humboldtstraße 29.
 Schiller Karoline — Vordruckergewerbe — XVI., Ottakring, Eisnerstr. 14.
 Tirolb Pauline — Wäschergewerbe — III., Rasumoffskygasse 12.
 Segall Bernhard — Wasserleitungs-Installation — V., Ramperdsdorf. 1.
 Friedl Bertha — Wein-Verschleiß in verschlossenen Flaschen — XVII., Hernals, Hernalsergürtel 12.
 Soccol Ludwig — Zuckerbäcker — XVI., Ottakring, Abelegasse 17.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 13. April 1894.

- Horak Johann — Drechsler — XII., Meidling, Schönbrunner Hauptstraße 10.
 Konopa Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Weinberggasse 4.
 Tausch Karl — Gemischtwaren-Verschleiß — XIII., Breitensee, Steinbruchstraße 3.
 Weiß Barbara Theresia — Gemischtwaren-Verschleiß — XIII., Breitensee, Antonsgasse 39.
 Wierfel Andreas — Grabstein- und Eisenkreuze-Verschleiß — XVIII., Weinhaus, Hauptstraße 28.
 Brindler Anton — Hallentrödlergewerbe (Nichtbetrieb) — IX., Wiener Trödlerrhalle, Zelle 39.
 Deder Karl — Kaffeesieder — XII., Meidling, Rudolfsgasse 28.
 Hann Katharina — Kaffeesiedergewerbe — XII., Meidling, Wilhelmstr. 24.
 Hirsch Juliana — Kleidermacherin — XVIII., Währing, Martinsstr. 14.
 Jalaba Gotthard — Leder galvanterienwaren-Erzeugung — VII., Zieglerg. 16.
 Kmenta Wilhelm — Marktferant — III., Adamsgasse 17.
 Martino Karl — Nierermacher — V., Kettenbrückengasse 17.
 Lieberzeit Julius — Pfadler — XII., Schönbrunner Hauptstr. 100.
 Tuschka Anton — Schiefer- und Ziegelderer — V., Johannagasse 33/35.
 Dör Johann — Schlosser — IX., Porzellangasse 60.
 Havelka Anton — Schuhmacher — XV., Fünfhaus, Neubaugürtel 41.
 Dillinger Anna — Spirituosenhandel — V., Spengergasse 35.
 Lehner Rosalie — Victualien-Verschleiß — IX., Pestlangasse 8.
 Böhme Francisca — Wäschepuherin — III., Strohgasse 5.
 Bribl Dominik — Weinhandel — X., Himbergerstraße 21.
 Rosenberger Jean — Wein-, Rum- und Cognac-Agentie — III., Nadeklystraße 3.
 Hambeck Anna — Zeitungs-Verschleiß — IX., Sobieskygasse 4.
 Pais Walburga, Freiin v. Friedenthal — Zeitungs-Verschleiß — IX., Althanplatz 2.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 14. April 1894.

- Bertsek Franz — Anstreicher — II., Wintergasse 17.
 Bauer Aloisia — Canditen- und Zuckerbäckerwaren-Verschleiß — VII., Schottenfeldgasse 97.
 Margulies Adele — Cravatten-Erzeugung — II., Stephaniestraße 2.
 Auer Josef — Fialer — VI., Agudigasse 10.
 Singer Irma — Fleisch-Verschleiß — II., Klosterneuburgerstraße 12.
 Kengeborn Barbara — Fragnergewerbe — V., Arbeitergasse 13.
 Dortheimer Salomon — Gastwirt — XVII., Blumengasse 43.
 Hofbauer Rosa — Gastwirtin — II., Leopoldsgasse 27 a.
 Cech Karoline — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Hannovergasse 23.
 Chalopez Jakob — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Rayßengasse 23.
 Fritz Katharina — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Bergsteiggasse 9.
 Hansen Peter — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Gumpendorferstr. 151.
 Kreitner Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Alsbachstraße 23.
 Mayer Brigitta — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Griesgasse 32.

Perantka Amalie — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Hauptstraße 42.
 Rudolf Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Leibnizgasse 5.
 Schulz Antonie — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Mariahilferstr. 52.
 Nilson Gustav — Glaser — XVII., Hernals, Blumengasse 47.
 Reipp Ferdinand — Hufschmied — XIII., Baumgarten, Hüttelborferstraße 79.
 Rindl Johanna — Kaffeeheberin — II., Obere Donaustraße 28.
 Bieringer Karl — Feigenkaffee-Erzeuger und Kaffeebrenner — X., Planetengasse 3.
 Rziha Rudolf — Maschinen-Erzeugung — XIV., Rudolfsheim, Wehr-gasse 15.
 Brill Ferdinand, Schwarz Friedrich — Modetücher-Erzeugung — VI., Schmalzhofgasse 28.
 Fritsch Karoline — Modistin — XVII., Hernals, Bergsteiggasse 40.
 Freund Siegmund — Naturproducten-Commissionshandel — II., Kleine Pfarrgasse 11.
 Wieser Marie — Pfaidlerin — XV., Sechshauer Hauptstraße 22.
 Brath Josef — Seidwaren-Verschleiß — III., Göllnergasse 19.
 Schmied Sophie — Spirituosenhandel — X., Rothenhofgasse 19.
 Scherr Franz — Stahlschleifer — VII., Kirchengasse 40.
 Lanna Karl — Tischler — XVIII., Währing, Leopoldigasse 4.
 Wacha Aloisia — Tischlergewerbe — XII., Hetsendorf, Schönbrunnerstraße 12.
 Schagl Karl — Victualien-Verschleiß — XIV., Rudolfsheim, Feldg. 2.
 Baumann Marie — Victualienhandel im Umherziehen — X., Engen-gasse 14.

* * *

Gewerbebeanmeldungen vom 16. April 1894.

Reinhard Hermann — Abschluß von Rennwetten — I., Rärnthner-straße 14.
 Schönfeld Heinrich — Agentie — III., Adamsgasse 22.
 Slowaczek Karl — Bildhauer — VI., Corneliusgasse 3.
 Boglhuber Francisca — Drechslergewerbe — VI., Brauergasse 4.
 Jatoševsky Josef — Drechslergewerbe — XVI., Ottakring, Rößlgasse 7.
 Brauch Marianne — Einsammeln von Vereinsbeiträgen — XVI., Ottakring, Bahergasse 7.
 Reuter Emilie — Einspännergewerbe — VII., Kaiserstraße 70.
 Binko Clara — Feinputzergewerbe — IX., Glasergasse 16.
 Nemeček Julie — Fleisch-Verschleiß — III., Apostelgasse 15.
 Stedler Josef — Gäuseleber- und Geflügelhandel — II., Rembrandt-straße 34.
 Bicht Vincenz — Gast- und Schankgewerbe — XVI., Ottakring, Eisner-straße 11.
 Dornerbauer Josef — Gast- und Schankgewerbe — VIII., Leichenfelder-straße 94.
 Pelikan Ernst — Gastwirt — VIII., Landongasse 61.
 Batta Moruzzi Gio — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Kettenbrückengasse 15.
 Feitel Ludwig — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Rärnthnerstraße 22.
 Hofer Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Paulabgasse 1 a.
 Waretta Alois — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Fröbelgasse 18.
 Matheš Francisca — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Kimschg. 22.
 Poppe Rudolf — Gemischtwaren-Verschleiß — XIX., Unter-Döbling, Hohe Warte 1.
 Büchler Siegmund — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Klostersen-burgerstraße 9.
 Mundtag Katharina — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Löweng. 24.
 Wimmer Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Beronilagasse 1.
 Firth Max, Freih. v. — General-Repräsentant der Versicherungsgesell-schaft „Rhenania“ in Köln — VIII., Landesgerichtsstraße 11.
 Frankl Bernhard — Häuser-Administration — IX., Liechtensteinstr. 17.
 Züdel August — Häuser-Administration — IV., Favoritenstraße 8.
 Pinter Alexander — Handelsagent — II., Rotunde, Südwesthof.
 Roth recte Witter Wolf — Handelsagent — II., Herminengasse 13.
 Schwarzl Johann — Holz-, Kohlen- und Coaks-Kleinhandel — III., Siebengasse 2.
 Pischke Anna — Industriemalergewerbe — IV., Mittersteig 7.
 Kessler Mathilde — Kleidermacherin — XIX., Ober-Döbling, Hauptstr. 30.
 Schäfer Karoline — Kleidermacherin — VII., Sigmundsgasse 11.
 Brazil Franz — Kleidermacher — II., Vollerstraße 26.
 Bachmayer Josef — Kleinfuhrwerk — XIII., Breitensee, Hauptstraße 53.
 Lustig Josef — Kunstblumen-Erzeugung — VII., Mariahilferstraße 76.
 Knoch Marie — Milch-Verschleiß — XIII., Breitensee, Rendlersstraße 26.
 Schicht Anton — Milch- und Gebäck-Verschleiß — III., Barichgasse 2.
 Dwarzak Theresie — Pfaidlerin — I., Elisabethstraße 1.
 Wolf Georg — Verschleiß von Prager Seidwaren — III., Groß-marthalle.
 Gemeinböck Franz — Spirituosenhandel — II., Wintergasse 27.
 Winter Bertha — Spirituosenhandel — II., Sachsenplatz 6.
 Györi Josef — Tischler-Verschleiß — I., Fleischmarkt 15.
 Tollner Johann — Tischler — V., Einsiedlergasse 44.

Eder Franz — Victualienhandel — IV., Rärnthnerthormarkt.
 Halla Walburga — Victualienhandel — IV., Rärnthnerthormarkt.
 Haas Adolf — Victualien-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Brunnen-gasse, Markt.
 Trup Juliana — Victualien-Verschleiß — V., Margarethenplatz 4.
 Zenkl Johanna — Victualien- und Blumen-Verschleiß — XVI., Ottakring, Elisabethgasse, Markt.
 Bachmayer Johanna — Wäscherin — XII., Meidling, Lagenburgerstr. 9.
 Sonnenburg Karoline — Weißnäherin — XV., Hünshaus, Thalergasse 9.
 Sand Jakob — Zahntechniker — II., Novaragasse 3.
 Hueber Jakob — Ziegel- und Schieferbeder — XII., Meidling, Lainerstraße 4.

* * *

Gewerbebeanmeldungen vom 17. April 1894.

Mohr Heinrich — Anstreicher — XVI., Neulerchenfeld, Schinagl-gasse 8.
 Niczenberger Franz — Anstreicher — XVII., Hernals, Gschwandner-gasse 26.
 Lohrmann Johann — Bildhauer — XII., Meidling, Schönbrunner Hauptstraße 6.
 Rima Georg — Drechsler — XII., Meidling, Bonygasse 11.
 Daffhofsdy Maximilian — Gast- und Schankgewerbe — XVIII., Währing, Kreuzgasse 23.
 Wenter Alois — Gastwirt — VI., Kellergasse 8.
 Komlos Zgnaz — Gemischtwarenhandel — XVIII., Währing, Leopoldig. 6.
 Ratz Michael, Schranz Samuel — Gemischtwarenhandel — III., Ungar-gasse 58.
 Bezdiczka Gustav — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Ottakring, Weyprechtgasse 8.
 Gadenberg Rudolf — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Hippgasse 5.
 Klivar Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Ottakring, Römer-gasse 39.
 Kurzmann Theresie — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Wienerstraße 52.
 Renberger Hugo — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Haupt-straße 16.
 Sobotta Wilhelm — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Kettenbrückeng. 13.
 Weiß Heinrich — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Kirchen-gasse 48.
 Schläk Anton — Herausgabe der Druckschrift „Der Glücksbote“ — X., Goethegasse 10.
 Köhm Theresie — Kaffeeschant — XIV., Rudolfsheim, Plantengasse 46.
 Makowicka Karl — Kleidermacher — VII., Schottenfeldgasse 71.
 Hofmann Julius — Federgalanteriewaren-Erzeugung — VII., Mond-scheingasse 2.
 Wallner Juliana — Milch-Verschleiß — XII., Meidling, Ferdinands-gasse 10.
 Jobek Anna — Milch-Verschleiß — III., Augustinermarkt.
 Krawenzler Marie Auguste — Modistin — III., Erdbergstraße 40.
 Pawluszewicz Josef — Musiker — V., Embelgasse 37.
 Horak Theresia — Obst- und Grünwarenhandel im Umherziehen — XVIII., Währing, Hofmaungasse 7.
 Staudinger Heinrich — Parfümerie- und Toiletteartikel-Verschleiß — VI., Amerlingstraße 19.
 Lang Sophie — Privatkindergarten — XVIII., Währing, Schulgasse 32.
 Rainzmaier Josef — Tischler — V., Johannagasse 33.
 Wessely Anna — Victualienhandel — XI., Simmering, Marktplatz.
 Wid Theresia — Victualienhandel — XVIII., Währing, Kirchengasse, Markt.
 Barbarofsky Franz — Victualien- und Blumen-Verschleiß — XVI., Ottakring, Markt.
 Benda Anna — Wäscheputzerei — XVII., Leopoldigasse 23.
 Bachl Pauline — Zeitungs-Verschleiß — XVII., Hernalsergürtel 10.
 Petsch Barbara — Zuckervaren-Verschleiß — XIV., Rudolfsheim, Schönbrunnerstraße 76.

* * *

Gewerbebeanmeldungen vom 18. April 1894.

Nowotny Johann — Bäcker — XVIII., Währing, Johannesgasse 10.
 Hart Andreas — Drechsler — VII., Neubaugasse 17.
 Vodrazka Ferdinand — Erzeugung und Verschleiß des Schweißpulvers „Galmanit“ — IX., Liechtensteinstraße 14.
 Christ Ferdinand — Fabriksmäßige Erzeugung von Fahrrädern — IV., Hechtengasse 22.
 Bach Katharina — Feilbieten von Artikeln des täglichen Verbrauches — XVI., Ottakring, Marc Aurelstraße 106.
 Nowal Franz — Gast- und Schankgewerbe — XII., Meidling, Lainer-straße 62.
 Nowotny Wenzel — Gast- und Schankgewerbe — XII., Meidling, Rauchgasse 42.
 Hofermann Francisca — Gastwirtin — VII., Westbahnstraße 18.
 Reff Franz — Gastwirt — V., Wimmergasse 1.
 Rodenbauer Johann — Gastwirt — VII., Zieglergasse 25.
 Spitzbart Josef — Gastwirt — III., Hörneggasse 18.

Bezdek Josefa — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Fernforngasse 24.
 Dratsch Aloisia Josefa — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Eising. 15.
 Erzmann Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Neustiftgasse 60.
 Kuhlman Alois — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Brückengasse 8.
 Louis Elisabeth — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld,
 Hauslabgasse 16.
 Mack Karl — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Lessingg. 13.
 Unfried Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Adergasse 7.
 Fränkel Samuel — Handelsagentie — IX., Wasagasse 23.
 Hoffmann Majer — Industriemaler — XVI., Neulerchenfeld, Burgg. 4.
 Janter Leopold — Kaffeelieferer — IX., Hebraggasse 4.
 Koppensneider Anna — Kaffeeshank — III., Kochusgasse 15.
 Goldberg Charlotte — Kleidermacherin — VII., Burggasse 67.
 Ludw. Benzel — Kleidermacher — XVIII., Währing, Weitlofgasse 18.
 Pany Cäcilie — Kleidermacherin — V., Rüdigergasse 6.
 Polaczek Thelma — Kleidermacherin — IX., Michelbeuergasse 3.
 Kerschner Michael — Kleinfuhrwerk — IX., Berggasse 43.
 Schneider Adolf — Metallbreher — VI., Hofmühlgasse 22.
 Krosch Theresia — Milch- und Gebäck-Verschleiß — VI., Webgasse 2.
 Zimmermann Emilie — Pfaidlergewerbe — V., Wimmergasse 8.
 Bey Anna — Pferdefleisch- und Selchwaren-Verschleiß — XVII., Hernals,
 Blumengasse 3.
 Uhlmann Karl — Plattierer — IX., Pramergasse 5.
 Turetschek Katharina — Putzerei (chemische) — IX., Ruzsdorferstr. 10.
 Bittermann Konrad — Schlosser — VII., Hermannsgasse 30.
 Horáček Hubert — Schuhmacher — XVII., Hernals, Kapitelgasse 2.
 Schier Johann Franz — Schuhmacher — X., Raaberbahngasse 19.
 Engel Theresia — Seifen-, Kerzen- und Parfümeriewaren-Verschleiß —
 IX., Lichtensteinstraße 84.
 Bergmann Karl — Spengler — XII., Heyendorf, Hauptstraße 74.
 Theumann Julius — Verkauf von Pfeffer, Paprika, Majoran, Pinout
 und Kartoffelmehl — III., Hauptstraße 157.
 Seif Marie — Victualien-Verschleiß — XVI., Ottakring, Thaliastr. 56.
 Horvath Theresia di — Zeitungs-Verschleiß — IX., Lichtensteinstr. 94.
 Rohlfeld Alois — Zeitungs-Verschleiß — IX., Schlickplatz, Hütte.

* * *

Gewerbebeanmeldungen vom 19. April 1894.

Brauer Adolf — Bandagen-Verschleißer — II., Rotunde.
 Krieger Josef — Bäcker — II., Rotunde.
 Köder Wilhelm — Bäckerei-Verschleißer — II., Rotunde.
 Pach Gustav — Ausschank von Bier und Verabreichung kalter Speisen
 — II., Rotunde.
 Vielohaufe Ludwig — Bildhauer — VI., Dürergasse 9.
 Budiner Elise — Brennholzhandlerin — II., Obere Donaustraße
 Platz Nr. 19.
 Fiedler Wilhelm — Buchdrucker — XVIII., Währing, Zimmermann-
 gasse 10.
 Förley Josef — Ausschank von Champagner, Cognac und Verabreichung
 von Speisen — II., Rotunde.
 Klein Ludwig, Klein Karl — Cravatten-Erzeuger — I., Hofenstaufen-
 gasse 6.
 Machanel Franz — Damenkleidermacher — XVI., Annagasse 2.
 Praunik Josef — Damenkleidermacher — I., Tiefer Graben 38.
 Rober Alois — Flaschenbierhändler — XIII., Speising, Hauptstraße 83.
 Spitzer Adolf — Fleckputzerei — XIV., Ullmannstraße 31.
 Bozonet Adele — Fleckseifen-Verschleiß — II., Rotunde.
 Hofbauer Leopold — Gastwirt — III., Frajngasse 33.
 Koller Dominik — Gast- und Schankgewerbe — XVI., Neulerchenfeld,
 Brunnengasse 29.
 Knauer Anna — Verschleiß von Gebetbüchern und Heiligenbildern —
 I., Stephansplatz.
 Tscheyzel Antonia — Gemischtwaren-Verschleißerin — II., Volkertplatz 1.
 Zanekly Elise — Gemischtwaren-Verschleißerin — III., Köblgasse 24.
 Köhler Josef — Gemischtwaren-Verschleißer — II., Circusgasse 19.
 Kuben Pius — Gemischtwaren-Verschleißer — II., Praterstraße 15.
 Maseberg Heinrich — Gemischtwaren-Verschleißer — X., Lazengurger-
 straße 40.
 De Pauli Katharina — Gemischtwaren-Verschleißerin — II., Große
 Stadtgasse 8.
 Gay Johann — Glasergewerbe — II., Wallensteinstraße 48.
 Schneeweis Ludwig — Häuseradministrator — VII., Neustiftgasse 17.
 Wolfinger Rosalie — Kaffee- u. Safrant — I., Franziskanerplatz 3.
 Krippel Katharina — Hausieren mit Obst, Grünzeug, Blumen, Gebäck,
 Butter und Eier — II., Heintzelmanngasse 4.
 Pecher Francisca — Hausieren mit Obst, Grünzeug und Blumen —
 II., Dohmargasse 22.
 Blach Albert — Handelsagentie — VI., Kanitzgasse 1.
 Rohntel Benzel — Herrenkleidermacher — XIV., Siegmundgasse 9.
 Gruner Josef — Kleidermacher — VII., Zieglergasse 96.
 Klinger Bertha — Verschleißerin von Kleidern, Wäsche und Schuhe —
 II., Marchfeldstraße 6.
 Schausenbühl Alois jun. — Kleinfuhrwerk — II., Kleine Mohreng. 14.
 Schick Josef — Kohlenhändler — II., Nordbahn, 6. Hof.
 Gatter Hermann — Verschleiß von Liqueuren — II., Rotunde.

Margaritta Louise — Marmorplatten-Erzeugung — II., Circusgasse 8.
 Bliz Gustav — Maschinend-Verschleißer — II., Nordbahnhof.
 Schubert Siegmund — Commissionshandel mit Manufacturwaren —
 I., Heinrichsgasse 6.
 Grubner Leopold — Mechaniker — XIV., Hauptstraße 15.
 Hubman Josef Karl — Mehl- und Grieß-Verschleißer — II., Pappenheim-
 gasse 45.
 Glaser Josefine, Glaser Theodor, Steger Rosa, geb. Glaser — Fabriks-
 mäßige Erzeugung von Metallwaren — II., Kleine Schiffgasse 26.
 Klotaf Rosine Karoline — Milch-Verschleiß — V., Obere Bräuhausg. 1.
 Blumberg Minna — Modistin — II., Taborsstraße 6.
 Saidler Karoline — Modistin — II., Haidgasse 7.
 Ploshnitsch Adalbert — Musikalische und gymnastische Productionen
 und Schaustellung eines Marionettentheaters Kronland Niederösterreich mit
 Anschließs Wiens — XVIII., Währing, Mitterberggasse 15.
 Diamant Rosa — Naturblumen-Verschleiß — II., Rotunde.
 Bernfeld Rosa — Pfaidlergewerbe — IX., Severingasse 13.
 Grabschaid Minna — Pfaidlerin — II., Klosterneuburgerstraße 34.
 Grabner Anna — Pfaidlerin — XII., Penzing, Bahngasse 26.
 Bachmayer Josef — Pferdehandel — XII., Hoffingergasse 13.
 Tropelowitz Nathan Felix — Pferdehandel — VI., Wallgasse 26.
 Glaser Josefine — Verschleiß von pharmac. Geräthschaften mit Ausnahme
 von medicinischen Objecten — II., Kleine Schiffgasse 26.
 Fischl Amalie — Pränumerantenjammler — XIII., Penzing, Kaisergasse.
 Krantz Amalie — Verschleiß von Rosen aus Brot — II., Rotunde.
 Kirschsteiger Johann — Pächter eines radic. Schankgewerbes — IX.,
 Binderstraße 4.
 Streißl Franz — Pacht des radic. Schankgewerbes — I., Currentg. 12.
 Dupal Josef — Stiefelputzer — I., Elisabethbrücke.
 Kremen Johann — Schlosser — VI., Strohmayergasse 6.
 Bisar Johann — Schuhmacher — X., Leebgasse 59.
 Kaffinger Johann — Schuhoberschleiß-Erzeuger — X., Quellengasse 65.
 Kollet Helene — Verschleiß von Seifen, Kerzen und Parfümeriewaren
 — VII., Westbahnstraße 26.
 Stilmant Alfred — Verschleiß von Sportartikeln. — II., Rotunde, I.,
 Stubenbastei.
 Pollak Emanuel — Theegebäck-Verschleißer — II., Rotunde.
 Popel Franz — Tischler — XVIII., Währing, Goldschmidgasse 19.
 Gasi Hubert — Verschleiß von Toiletteartikeln — II., Rotunde.
 Schick Rudolf — Handel mit Tuchresten — I., Adlergasse 14.
 Berger Jfal — Waselin-Erzeugung — II., Auf der Haide 7.
 Huhheimer Lorenz — Victualienhandel — III., Dietrichgasse 31 a.
 Preyer Heinrich — Victualienhändler — XVIII., Währing, Wiener-
 straße 59.
 Sollner Marie — Victualien-Verschleißerin — XVI., Ottakring, Elisabeth-
 gasse 20.
 Telschil Louise — Verschleiß von Wachholder und Stibowitz — II., Rotunde.
 Bauer Magdalena, geb. Albert — Webergewerbe — VI., Bürgerhospital-
 gasse 15.
 Pollak Rudolf, Pollak Gustav, Pollak Hermine, Pollak Marianne —
 Webwaren-Erzeuger — VI., Wallgasse 19.
 Ferrighi August, Dr. — Ausschank von Wein und Liqueuren, Verab-
 reichung von Speisen — II., Rotunde.
 Schöner Andreas — Weinschanker — II., Rotunde.
 Wittmann Magdalena — Ausschank von Wein und Verabreichung kalter
 Speisen — II., Rotunde.
 Frey Josef Eduard, Wanner Hermann Ludwig — Werthholzhandler —
 X., Bördere Südbahnstraße 11.
 Pröblich Johann — Wirt — II., f. l. Prater 98.
 Rathfuß Josefa, geb. Liber — Wirtsgewerbe — I., Zedlitzgasse 7.
 Schäfer Anna — Zuckerbäckerwaren-Verschleißerin — II., Rotunde.
 Sommerbauer Felix — Zuckerbäckerwaren-Verschleißer — II., Rotunde.

* * *

Gewerbebeanmeldungen vom 20. April 1894.

Hinterhögl Anna — Einspännergewerbe — XVII., Dornbach, Stiftsg. 9.
 Kranjec Jakob Samsa — Essighändler — XII., Weidling, Schönbrunner
 Hauptstraße 1.
 Klein Theresie — Fiakergewerbe (Nr. 847) — X., Herzgasse 47.
 Schönbauer Ludwig — Fiaker (Nr. 885) — X., Buchengasse 149.
 Wollner Karl — Fiaker (Lic.-Nr. 423 und 797) — XVII., Hernals,
 Josefsplatz 41.
 Tusch Josef — Gast- und Schankgewerbe — XII., Unter-Weidling,
 Wilhelmstraße 46.
 Derjoller Franz — Gemischtwaren-Verschleißer — VIII., Landong. 33.
 Kucera Marie — Gemischtwaren-Verschleißerin — X., Himbergerstr. 50.
 Mertinek Hermine — Gemischtwaren-Verschleißerin — XI., Simmering,
 Reichsstraße 384.
 Tröster Josef — Gemischtwaren-Verschleißer — VII., Kaiserstraße 55.
 Weiß Richard Karl — Gemischtwaren-Verschleißer — V., Rampersdorf-
 gasse 28.
 Winkler Karl — Gemischtwaren-Verschleißer — XVIII., Währing,
 Annagasse 47.
 Bedroß Josef — Häuseradministrator — VII., Neubaugasse 32.
 Schebl Georg — Häuseradministrator — VII., Hermannsgasse 12.

Schröpfer Karl — Häuseradministrator — VII., Bernardgasse 29.
 Kreibich Josef — Industriemaler — VIII., Lerchenfelderstraße 70.
 Kaufsche Christian Wilhelm — Ledergalanteriewaren-Erzeuger — XV.,
 Fünfhans, Tellgasse 12.
 Bozar Anton — Marktfrant — III., Rhunngasse 15.
 Schmatz Josef — Maschinenbauer — X., Simmeringerstraße 170.
 Popp Susanna — Milch-Verschleiß — XIV., Rudolfsheim, Braun-
 hirschgasse 25.
 Pollak Adalbert — Verschleiß von Papier-, Zeichen- und Schulrequisiten
 — XIV., Rudolfsheim, Reindorfstraße 12.
 Karlowatz Paul — Pferdewärter — XIV., Rudolfsheim, Neugasse 33.
 Dragoi Juliana — Handel mit Reibsand und Waschen im Umherziehen
 — XVIII., Gersthof, Bergsteiggasse 22.
 Misch Anton — Verschleiß von Schnitt-, Baumwoll- und Schafswoll-
 waren — III., Gensaugasse 19.
 Hengeniuss Karl — Schuhmacher — XVII., Hernals, Sterngasse 46.
 Doppel Julie — Schuhmachergewerbe — XVII., Rosensteingasse 18.
 Beloch Josef — Tischler — VII., Faszziehgasse 2.
 Frisch Johann — Victualien- und Zuderbäderwaren-Verschleißer —
 VIII., Bennogasse 29.
 Wieseneder Josefa — Victualienhändlerin — XIX., Ober-Döbling,
 Obfirchergasse 15.
 Arnold Marie — Wirtsgewerbe — XVIII., Währing, Wienerstraße 43.
 Burger Josef — Zimmermaler — VIII., Lerchenfelderstraße 44.
 Wasservogel Josefa — Verschleiß von Zuckerwaren und Canditen —
 VII., Neubaugasse 84 a.

Inhalt:

Seite

Gemeinderath:

Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinde-
 rathes vom 17. April 1894.

Inhalt:

Mittheilungen des Vorsitzenden:

1. Entschuldigung der Gem.-Räthe Stiaşny, Boschan und
 Kreindl wegen Fernbleibens 985
2. Ansprechen des Sohnes des Dr. Franz Schmejkal für
 die diesem erwiesene Ehrung 985
3. Spende der Erben nach Frau Emilie Mohr 985
4. Spende zweier Ungenannter 985
5. Einladung des Magistrates und Gemeinderathes seitens des
 Centralausschusses für das XI. deutsche Bundesschießen zu
 Mainz im Jahre 1894 985
6. Berichtigung einer in der Sitzung vom 13. April d. J. seitens
 des Gem.-Rathes Gregorig rüchftlich der Bestellung von
 Leichenverfertigungs-Apparaten aufgestellten Behauptung 986
7. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Rückauf,
 betreffend die langsame Abfertigung der Parteien beim Be-
 zehungssteuerramte St. Marx 986
8. Desgleichen jener des Gem.-Rathes Stehlik, betreffend die
 außeramtliche Benützung von Amtslocalitäten am Wiener Central-
 Viehmarkte 986

Einlauf:

9. Petition von Wiener gewerblichen Genossenschaften, betreffend
 die Abstellung von Uebelständen im Tramwaybetriebe 986

Interpellationen:

10. Gem.-Rath Gregorig, betreffend die Qualität des für die
 Straßen des XIX. Bezirkes gelieferten Schotter 986
11. Gem.-Rath Strobach, betreffend die Beseitigung der gegen
 die Untere Bräuhausgasse im V. Bezirke zu gelegenen Mauer der
 Realität der Firma Eger 987

Anträge:

12. Gem.-Rath Dr. Nechansky, betreffend die Widmung einer
 Grabstelle an bevorzugter Stelle für Karl Meißl 987
13. Gem.-Rath Steiner, betreffend die Erwerbung des alten
 Pfarrhofgebäudes in Sievering zu dem Zwecke der Straßen-
 erweiterung 987
14. Derselbe, betreffend die Errichtung öffentlicher Telephon-
 stellen in den Postämtern der ehemaligen Vorortgemeinden 987

Referate:

15. Gem.-Rath Dr. v. Billing, betreffend die Bestätigung der
 Neuwahlen in den Bezirksauschüß des XVI. Bezirkes aus allen
 drei Wahlkörpern 988
16. Gem.-Rath Wurm, betreffend das Alternativproject für die
 Herstellung der Rampe bei der Hohewartgasse, anlässlich des
 Stadtbahnbau 988
17. Derselbe, betreffend die Auflassung von Straßentheilen auf
 den Donauregulierungs-Gründen im II. Bezirke und Über-
 lassung derselben für Kasernenzwecke 990

18. Gem.-Rath Jos. Müller, betreffend die Paulinienbestimmung
 für die Realität 49 Wienerstraße in Heiligenstadt 990
19. Derselbe, betreffend die käufliche Überlassung des zu einer
 Risalitanlage beim Hause Nr. 34 Lienfelderstraße in Ottakring
 nöthigen Grundes an Georg und Marie Oberhauser 991
20. Derselbe, betreffend die käufliche Überlassung des zu Risalit-
 anlagen beim Hause Nr. 73 Hernalser Hauptstraße, XVII. Be-
 zirk, nöthigen Grundes 992
21. Derselbe, betreffend den Verkauf der Baustellen 47 bis 51
 und 53 bis 55 der Schloßpark-Realität in Ober-Baumgarten,
 XIII. Bezirk (Ablehnung) 992
22. Derselbe, betreffend die käufliche Überlassung des zu Risalit-
 anlagen beim Hause XV. Bezirk, Wimberggasse, Einl.-Z. 723,
 Burggasse Einl.-Z. 431, 1284 an die Eheleute Stagli 998
23. Derselbe, betreffend käufliche Überlassung der Cat.-Parc. 228/7,
 Einl.-Z. 806 in Fünfhans an Jakob und Theresia Blamm 998
24. Gem.-Rath Ritt. v. Neumann, betreffend den Ankauf des
 Hauses Nr. 31 Sechshauser Hauptstraße, XIV. Bezirk 999
25. Vice-Bürgermeister Matzenauer, betreffend Paulinien-
 bestimmung für die Sieveringer Hauptstraße und Grinzinger-
 straße im XIX. Bezirke 1000

Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes
 vom 19. April 1894.

Inhalt:

Mittheilungen des Vorsitzenden:

1. Entschuldigung des Vice-Bürgermeisters Dr. Richter und der
 Gem.-Räthe Dr. v. Billing, Dr. Lerch, Kreindl, Ger-
 hardus und Kirchmayer 1002
2. Beurlaubung des Gem.-Rathes Rosenfingl 1002
3. Nichtbeantwortung einer Interpellation des Gem.-Rathes Dr.
 Rader, betreffend eine in einem Witzblaze erschienene, den
 Gem.-Rath Roske betreffende Mittheilung 1002

Antrag:

4. Gem.-Rath Dr. Lerch, betreffend die Errichtung von Boll-
 und Schwimmbädern 1002

Referat:

5. Gem.-Räthe Boschan und Mayer, betreffend den Haupt-
 voranschlag der Stadt Wien pro 1894 (Gruppen VIII und IX) 1003

Beschluß-Protokoll der vertraulichen Sitzung des Gemeinderathes vom
 17. April 1894.

Inhalt:

1. Gem.-Rath Vaugoin, betreffend Functionsgebühr des Bürger-
 meisters Dr. Gröbl 1020
2. Derselbe, betreffend Fortbezug der Gnadengabe für F. Zecha 1020
3. Derselbe, betreffend Erhöhung der Gnadengabe für L. Fromm 1020
4. Derselbe, betreffend Verleihung einer Gnadengabe für B.
 Jilcha 1020
5. Gem.-Rath v. Götz, betreffend Monatslohn des Lampen-
 anzünders M. Pittschauer 1020
6. Gem.-Rath Dr. Vogler, betreffend Fortbezug des Erziehungs-
 beitrages für A. Paulini 1020
7. Derselbe, betreffend Pensionierung des Professors Dr. A.
 Bisching 1020

Stadtrath:

Bericht über die Stadtrath-Sitzung vom 13. April 1894 1020

Allgemeine Nachrichten:

Commission für Verkehrsanlagen in Wien 1022

Approvisionnement:

Täglicher Fleischmarkt vom 15. bis 21. April 1894 1022

Pferdemarkt vom 25. April 1894 1023

Schlachtviehmarkt vom 23. April 1894 1023

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien
 vom 21. April 1894 1023

Approvisionnement-Angelegenheiten:

Bericht des Veterinär-Amtes über die zum Zwecke des Consums im
 Gebiete der Stadt Wien vorgenommenen Schlachtungen, erfolgten
 Zufuhren und die bei der Sanitätsbeschau vorgekommenen Con-
 fiscationen 1023

Städtisches Lagerhaus 1024

Öffentliche Sicherheit 1024

Gewerbe-Angelegenheiten:

Genossenschaft der Großfuhrwerksbesitzer 1024

Baubewegung:

Gesuche um Baubewilligungen vom 19. bis 23. April 1894 1024

Gewerbeanmeldungen 1025

Kundmachungen.

Herausgeber: Die Gemeinde Wien. Verantwortlicher Redacteur: Dr. Friedrich Adler v. Radler, Secretär des Wiener Magistrates.

Papier aus der k. k. priv. Pittener Papierfabrik. — J. B. Wallishausser's k. und k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Haasenstein & Vogler (Otto Maas), Wien, I., Wallfischgasse 10.

Offert-Ausschreibungen *)

1894.

Tag und Stunde	Ort (Bureau)	Gegenstand
30. April 10 Uhr	Departement V (Mag.-Rath Kinsbauer)	M.-Z. 58535 ex 1894. Vergebung der Arbeiten und Lieferungen für die Herstellung eines geräuschlosen Pflasters in der Augustinerstraße im I. Bezirke hinter der k. k. Hofoper, und zwar: a) der Holzstöckelpflasterung im veranschlagten Kostenbetrage von 14.831 fl. 73 kr., oder b) der Asphaltpflasterung im veranschlagten Kostenbetrage von 14.993 fl. 61 kr., und c) der Steinpflasterung im veranschlagten Kostenbetrage von 2240 fl. 8 kr., eventuell von 2121 fl. 75 kr. 2—2
2. Mai 10 Uhr	detto	Vergebung der Arbeiten und Lieferungen für die Herstellung eines Holzstöckelpflasters im beiderseitigen Anschlusse an das bestehende geräuschlose Pflaster vor dem Schulgebäude Dr.-Nr. 23 Alserbachstraße, im IX. Bezirke, im veranschlagten Kostenbetrage von 2235 fl. 27 kr. 1—3

*) Pläne, Kostenanschläge etc. können im Stadtbauamte während der Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der Bedingnisse sind bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. erhältlich.

Offerenten haben ein Exemplar der bezüglichen Bedingnisse mit den dem Projecte beiliegenden Original-Bedingnissen genau in Übereinstimmung zu bringen, eventuell zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu übergeben.

Dem Offerte ist ein Badium von 5 Percent der Kostenanschlagssumme anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf später einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlungen, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämtlichen Offerenten behält sich die Gemeinde vor.

Z. 64232.

X.

Concursauschreibung.

(Lehrstelle.)

Auf Grund des Beschlusses des Wiener Stadtrathes vom 16. März 1894, Z. 1647, kommt vom Beginne des Schuljahres 1894/95 am Leopoldstädter Communal-Real- und Ober-gymnasium in Wien die definitive Lehrstelle für katholische Religion mit voller Lehrverpflichtung und mit den für definitive Lehrpersonen an Staatsmittelschulen in Wien normierten Bezügen, nämlich einem jährlichen Gehalte von 1200 fl., fünf Quinquennalzulagen à 200 fl. und einer Activitätszulage von 500 fl., zur Besetzung.

Die Verleihung dieser Lehrstelle ist auch an die Bedingung geknüpft, daß sich die Competenten rücksichtlich der Lehrverpflichtung — des Ausmaßes an wöchentlich zu ertheilenden Lehrstunden u. s. w. — in Gemäßheit des Gemeinderaths-Beschlusses vom 3. Juli 1883, Z. 2907, den für das Lehrpersonale an den k. k. Staatsmittelschulen geltenden gesetzlichen Bestimmungen und zufolge Gemeinderaths-Beschlusses vom 9. October 1888, Z. 455, der für die communalen Beamten und Diener bestehenden Dienstpragmatik unterwerfen, daher sich insbesondere auch an andere communale Mittelschulen Wiens versetzen lassen, und weiters sich reversmäßig verpflichten, den Communaldienst niemals während der Dauer eines Schuljahres zu verlassen und gelegentlich der seinerzeitigen Übernahme in den Staatsdienst die Dienst- und Carenztaxe zu entrichten.

Bewerber um diese Stelle haben ihre vollständig, insbesondere auch mit dem Nachweise der österreichischen Staatsbürgerschaft instruierten, an den Stadtrath gerichteten Gesuche bis längstens 31. Mai 1894 beim Magistrate der Stadt Wien zu überreichen.

Auf verspätet einlangende oder nicht gehörig belegte Gesuche kann keine Rücksicht genommen werden.

Schließlich wird bemerkt, daß nach § 6 des Gesetzes vom 20. Juni 1872, Nr. 86 R.-G.-Bl., nur solche Bewerber angestellt werden können, welche die betreffende confessionelle Oberbehörde als zur Ertheilung des Religions-Unterrichtes für befähigt erklärt hat.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 14. April 1894.

2—3

Prot.-Nr. 64709 ex 1894.

IV.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der Mäuse- und Rattenvertilgung in den städtischen Gebäuden in Wien und den Humanitätsanstalten der Gemeinde Wien in Liesing, Klosterneuburg und Mauerbach in der Zeit vom 1. Mai 1894 bis 30. April 1897 wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am Mittwoch den 25. April d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp, im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können das Verzeichnis der Gebäude und die aufliegende Vorschrift im Stadtbauamte ebendasselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenen Offerte ist das vorgeschriebene Badium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 14. April 1894.

3—3

G. Z. 30843.

X.

Kundmachung.

(Lehrstelle.)

Auf Grund des Beschlusses des Wiener Stadtrathes vom 21. März 1894, Z. 1786, kommt vom Beginne des Schuljahres 1894/95 am Leopoldstädter Communal-Real- und Ober-gymnasium in Wien eine definitive Lehrstelle für Freihandzeichnen zur Besetzung.

Mit dieser Lehrstelle sind die für definitive Lehrpersonen an Staatsmittelschulen geltenden Bezüge, nämlich ein jährlicher Gehalt von 1200 fl., fünf Quinquennalzulagen à 200 fl. und eine Activitätszulage von 500 fl. verbunden.

Die Verleihung dieser Lehrstelle ist auch an die Bedingung geknüpft, dass sich die Competenten rücksichtlich der Lehrverpflichtung (des Ausmaßes von wöchentlich zu ertheilenden Lehrstunden u. s. w.) in Gemäßheit des Gemeinderaths-Beschlusses vom 3. Juli 1883, Z. 2907, den für das Lehrpersonale an den k. k. Staats-Mittelschulen geltenden gesetzlichen Bestimmungen und zufolge Gemeinderaths-Beschlusses vom 9. October 1888, Z. 455, der für die communalen Beamten und Diener bestehenden Dienstpragmatik unterwerfen, daher sich insbesondere auch an andere communale Mittelschulen Wiens versetzen lassen, und zweitens sich reversmäßig verpflichten, den Communaldienst niemals während der Dauer eines Schuljahres zu verlassen und gelegentlich der seinerzeitigen Übernahme in den Staatsdienst die Dienst- und Carenztagen zu entrichten.

Bewerber um diese Stelle haben ihre vollständig, insbesondere auch mit dem Nachweise der österreichischen Staatsbürgerschaft und mit dem staatsgiltigen Lehrbefähigungszeugnisse, sowie den Verwendungszuweisungen instruierten, an den Wiener Stadtrath gerichteten Gesuche bis längstens 15. Mai 1894 beim Magistrate der Stadt Wien zu überreichen.

Auf verspätet eingelangte oder nicht gehörig belegte Gesuche kann keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 27. März 1894.

3—3

G. Z. 65778.

I.

Kundmachung.

(Heirats-Ausstattungsstiftung.)

Aus der von der ehemaligen Gemeinde Ober-Döbling anlässlich der Vermählung Ihrer k. und k. Hoheit der Frau Erzherzogin Gisela mit Sr. königl. Hoheit dem Prinzen Leopold von Baiern errichteten „Gisela-Heirats-Ausstattungsstiftung“ kommen die Zinsen zur Ausstattung einer unbemittelten, wohlgesitteten, vormals nach Ober-Döbling zuständigen Braut ohne Rücksicht auf die Confession zur Verleihung.

Die in diesem Jahre zur Verleihung gelangenden Interessen betragen 125 fl. 80 kr. ö. W.

Die Auszahlung erfolgt nach erbrachtem urkundlichen Ausweise über die gesetzmäßig geschlossene Ehe.

Diejenigen, welche auf diese Stiftung Anspruch erheben wollen, haben ihre mit den nöthigen Behelfen versehenen Gesuche bis Ende April d. J. im Einreichungsprotokolle des Magistrates zu überreichen, da auf später einlangende Gesuche keine Rücksicht genommen werden kann.

Vom Wiener Magistrate,

am 11. April 1894.

3—3

Z. 36412.

I.

Kundmachung.

(Springer'sche Armenstiftung.)

Von dem Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekanntgemacht, dass aus der **Mag. Freiherr von Springer'schen Armenstiftung** die aufgelaufenen Zinsen im Betrage von 252 fl., der Widmung des Stifters entsprechend, am 10. Mai d. J., als dem Tage der Vermählung weiland Sr. kaiserlichen Hoheit des durchlauchtigsten Kronprinzen **Rudolf**, an zehn hilfsbedürftige Angehörige der Gemeinde **Rudolfsheim** zu gleichen Theilen zur Vertheilung gelangen sollen.

Bewerber um diese Stiftung haben ihre ordnungsgemäß instruierten Gesuche längstens **Ende April d. J.** im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 20. April 1894.

1—1

Zur coulanten Besorgung aller
im **Cursblatte** notirten
Effecten und Valuten
bestens empfohlen:

Wechselstube des Bankhauses
SCHELHAMMER & SCHATTERA

WIEN, I.,
Kärntnerstrasse
Nr. 20.

Amtsblatt

der k. k.



Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 34.

Freitag, den 27. April 1894.

Jahrgang III.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.
" " mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr.
Einzelneemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Sitzung des Gemeinderathes.

Freitag, den 4. Mai 1894, 5 Uhr nachmittags.

Stenographischer Bericht

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **20. April 1894** unter dem Voritze des Bürgermeisters Dr. Raimund Gröbl und des Vice-Bürgermeisters Wagenauer.

Bürgermeister Dr. Gröbl: Die Versammlung ist beschlussfähig, die Sitzung eröffnet.

1. Am 24. April d. J. sind vier Jahrzehnte verflossen, seit der Herzogsbund unseres erlauchten Kaisers (Die Versammlung erhebt sich) und unserer geliebten Kaiserin die kirchliche Weihe erhalten hat.

Wie damals die Wiener Bevölkerung den innigsten und aufrichtigsten Antheil an diesem Freudentage bekundet hat und laute Segenswünsche von Millionen Österreichern das Allerhöchste Kaiserpaar auf seinem Lebenspfad begleiteten, so ist es uns ein Herzensbedürfnis, an dem Gedenktage des vierzigjährigen Ehebandes den Gefühlen unwandelbarer Liebe und Treue Ausdruck zu geben. (Lebhafter Beifall.)

Ich bin Ihrer vollen Zustimmung versichert, wenn ich mich ermächtigt halte, Ihren Majestäten aus diesem, die Völker Österreichs innig erfreuenden Anlasse den ehrerbietigsten Glückwunsch der Stadt Wien in geeigneter Weise zu unterbreiten. (Allseitige Zustimmung.)

2. Die Herren Gem.-Räthe Kreindl, v. Götz und Rückauf entschuldigen ihr Ausbleiben von der heutigen Sitzung.

3. Dem Herrn Gem.-Rathe Schrenckh wurde über sein Ansuchen wegen schwerer Erkrankung seiner Frau ein 14tägiger Urlaub bewilligt.

Ich bitte um Verlesung der Einläufe:

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann verliest nachstehende Einläufe:

4. Interpellation des Gem.-Rathes Tagleicht:

Nachdem die im II. Bezirke nächst der Franzensbrücke hergestellte hölzerne Nothbrücke über den Donaukanal schon längst dem Verkehre übergeben worden ist, erlaube ich mir an den Herrn Bürgermeister die Anfrage:

In welchem Stadium befinden sich die Vorarbeiten für die Erbauung der neuen eisernen Brücke über den Donaukanal an Stelle der Franzenskettentrücke?

Bürgermeister: Wird in der nächsten Sitzung beantwortet werden.

Schriftführer Gem.-Rath Zimmermann (liest):

5. Interpellation des Gem.-Rathes Silberer:

Seit Jahren bildet es eine ständige Klage zahlreicher hiesiger Geschäftsleute, wie der Wagenbauer, Sattler, Miemer, Schmiede, Pferdehändler, kurz aller mit dem Luxusgewerke in Verbindung stehenden Gewerbe, dass in Wien, trotz des fortwährenden Anwachsens der Stadt und der vielen hier lebenden reichen Leute, die Zahl der Equipagen und feinen Privatfuhrwerke im Vergleich zu anderen Großstädten eine außerordentlich geringe sei. Eine Hauptursache des völligen Niederganges des für viele Geschäftsleute so wünschenswerten Equipageluxus aber bildet neben der allzu großen Beschränkung der Fahrfreiheit auch die schlechte Beschaffenheit vieler unserer Straßen. Gibt es doch in der Inneren Stadt, respective im I. Bezirke in den allervornehmsten Vierteln eine Menge von Straßen, welche noch gar nicht gepflastert sind und die von Zeit zu Zeit mit den denkbar größten Steinen in einer Weise beschottert werden, dass jeder Besitzer eines besseren Wagens, der eine solche Straße zu passieren gezwungen ist, darüber in helle Verzweiflung gerathen und jede Lust verlieren muss, in einer Stadt mit solchem Pflaster eine theuere Equipage zu halten. So z. B. petitionieren seit Jahren die Bewohner der Elisabethstraße, bekanntlich eine der fashionabelsten Parallelstraßen des Opernringes, um die Herstellung eines geräuschlosen Pflasters. Trotz alledem ist diese Straße bis heute noch ungepflastert und wurde dieselbe eben jetzt wieder mit größtem Schotter überzogen, der einfach gewalzt wird, worauf es den Wagenbesitzern überlassen wird, mit ihren theueren Rädern so lange über dieses grobe Material zu fahren, bis sich dasselbe auf diese Weise ebnet und festigt — oder zu Staub zerreibt. Zur Beurechtigung erlaube ich mir einige Muster dieser Schottersteine, die ich an Ort und Stelle aufgegeben habe, anbei vorzulegen.

Demzufolge bin ich so frei, folgende Fragen zu stellen:

1. Ist dem Herrn Bürgermeister bekannt, dass in der Elisabethstraße und in einer Menge anderer Straßen des I. Bezirkes, so

beispielsweise auf vielen Straßen des Franz-Josefs-Quai-Viertels, die Erneuerung des Bodens in derart primitiver Weise vorgenommen wird?

2. Findet der Herr Bürgermeister dies angemessen für eine Weltstadt, für deren Geschäftswelt es vom größten Nutzen ist, wenn die reichen Leute auch in Bezug auf Equipagen möglichst viel Luxus entfalten?

Bürgermeister: Ich werde die Ehre haben, diese Interpellation in der nächsten Sitzung zu beantworten.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

6. Antrag des **Gem.-Rathes Dr. Aloßberg** und Genossen:

Das Statut der Dienstboten-Krankencassa lautet im § 12, letzter Absatz: „Erfolgt die Erkrankung an der Lufstuche, so werden von der Dienstboten-Krankencassa keine Verpflegungsgebühren entrichtet.“

Durch diese Maßregel wird das von dieser Krankheit befallene Individuum zum Sünder und Verbrecher gestempelt und die Krankheit acquiriert zu haben als Schande bezeichnet; die Folge davon ist, daß viele diese Krankheit mit Absicht verheimlichen. Welch unberechenbarer Schaden aber durch diese Verheimlichung einer solchen Krankheit in der Familie angerichtet werden kann, braucht nicht erst des näheren ausführlich erörtert zu werden.

Die Gefertigten beantragen daher:

Streichung des obigen Absatzes im § 12 des Dienstboten-Krankencassen-Statutes.

Bürgermeister: Zur geschäftsordnungsmäßigen Vorberathung.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

7. Antrag des **Gem.-Rathes Dolainski** und Genossen:

Nachdem das Volksbad im X. Bezirke nur einstöckig gebaut ist, so schlägt sich der ganze Rauch und Ruß, welcher dem kleinen Rauchfange in unglaublicher Quantität entströmt (da keine Rauchverzehrung angebracht ist), in die vis-à-vis stehenden Häuser, und ist es den daselbst wohnenden Parteien in den Früh- und Abendstunden unmöglich, die Fenster zu öffnen; auch bei geschlossenen Fenstern sind die Fensterränder und die in der Nähe der Fenster befindlichen Gegenstände vom Ruß überfärbt.

Die Gefertigten stellen den Antrag:

Es möge dem Herrn Bürgermeister genehm sein, diesem Uebelstande entweder durch Erhöhung des Rauchfanges oder durch Anbringung einer Rauchverzehrung abzuwehren.

Bürgermeister: Zur geschäftsordnungsmäßigen Vorberathung.

8. Wir kommen zur Tagesordnung. Ausstehend ist noch die Gruppe VII „Markt- und Approvisionierungswesen“. Wir wollen heute mit dieser Gruppe beginnen und dann zu den letzten Gruppen, welche noch nicht erledigt sind, übergehen.

Ich bitte die Herren Referenten, die Verhandlung einzuleiten.

Referent des Stadtrathes Gem.-Rath Boschan: Ich bitte, Seite 232 aufzuschlagen. Wir gelangen zur Gruppe VII „Markt- und Approvisionierungswesen“, welche, wie es scheint, bei der heurigen Debatte die pièce de resistance bilden wird.

Bei den Gesamt-Einnahmeposten sind weder von Seite des Stadtrathes noch von Seite der Budget-Commission Abänderungen in den Ansätzen, welche von Seite des Magistrates vorgelegt wurden und welche in diesem Hefte enthalten sind, vorgenommen worden.

Ich beginne daher mit der Rubrik XXVIII (liest):

Post 1. Marktgebühren von offenen Märkten . . . 155.000 fl.
(Gem.-Rath Dr. Aloßberg meldet sich.)

Bürgermeister: Ich möchte die Herren bitten, möglichst kurz zu sein.

Gem.-Rath Dr. Aloßberg: Ich werde ganz kurz sein. Ich muß auf etwas hinweisen, was für die Marktparteien als sogenannte Chicane gilt. Ich erlaube mir, kurz einen Fall zu erzählen. Am Palmsonntag sind die Landweiber zur Rochuskirche auf der Landstraße hinübergegangen, um die sogenannten Palmenhüscheln

zu verkaufen, und als sie sich dort aufstellten, hat man ihnen bemerkt, daß sie eine Gebühr zu bezahlen haben.

Nun hätte man geglaubt, wenn eine Person für alle geht und erhebt die Scheine, wäre die Sache abgethan. Nein, jedes Weib mußte separat auf das Marktcommissariat in den dritten Stock gehen und dort den Schein um den Betrag von 3 kr. lösen. (Rufe: Hört!)

Kann der Marktcommissär denn nicht ein Fuztenbuch haben und die Scheine daraus geben? Das sind Chicanen, die keinen Sinn haben, Vielschreiberei machen und der Commune nicht so viel eintragen, als es der Commune kostet. Ich bitte, daß eine solche Chicane nicht mehr stattfindet. Es dürfte sich um einen Waffenpaß oder ein Reisedocument handeln, daß der Betreffende persönlich erscheinen muß. Das ist ein alter Schimmel, und ich hoffe, daß es jetzt anders werden wird.

Gem.-Rath Bärtl: Ich kann mich nicht genug über dasjenige wundern, was der Herr Vorsprecher mitgetheilt hat. Auf dem Naschmarke sind die Fuzten in Gebrauch. Nachdem wir unseren Markt-Referenten in unserer Mitte haben, könnte er uns mittheilen, ob in jedem Bezirke ein anderer Vorgang bei der Gebürenehebung üblich ist. (Rufe: Das wird abgestellt werden!) Man soll alle Märkte, Plätze und Bezirke gleich behandeln.

Gem.-Rath Purscht: Ich möchte mir nur anschließend an die Ausführungen des Herrn Collegen Steiner das Wort erbitten. Im XIX. Bezirke ist ein Marktcommissär, der sein Amt jedenfalls in zu scharfer Weise handhabt. Es ist vor kurzem vorgekommen, daß ein Kaufmann, der schon seit Decennien im XIX. Bezirke besteht, statt zu einer Ordnungsstrafe vom Gerichte zu acht Tagen Arrest und Gewerbeentziehung verurtheilt worden ist. Es ist dies jedenfalls der Ausfage dieses Marktcommissärs zuzuschreiben. Er wurde dann, Gott sei Dank, im Appellverfahren nur zu einer Ordnungsstrafe von 20 fl. verurtheilt.

Der dortige Marktcommissär — ich glaube, Dertl ist sein Name — hält sich nach einem Formularienbuche, das mit dem Gesetze gar nicht übereinstimmt. Er hat damals den Artikel, wegen dessen der betreffende Kaufmann bestraft wurde, unter die Gifte rangiert, und der Richter hat ihn darnach verurtheilt. Der Artikel wird gewöhnlich aber nur als Kartikel verkauft und ist nicht unter die Gifte zu rangieren. Aber nicht genug, daß er vom Appellgerichte verurtheilt worden ist, ist er auch vom Magistrate verurtheilt worden, und da ist wieder ein Verstoß geschehen, weil in dem betreffenden Acte steht, daß er wegen des Verkaufes des Artikels zu 5 fl. verurtheilt wurde, und nicht, daß er bloß eine Ordnungsstrafe erhielt, weil er die Gefäße nicht angeschrieben hat. Es ist also das ganze Verfahren gewissermaßen widersinnig. Alle diese Umstände, meine Herren, ruinieren oft einen ehrlichen, unbescholtenen Geschäftsmann. Meine Ansicht ist auch, daß der Beamte seinen Wirkungskreis vollständig überschreitet.

Auch ein zweiter Fall ist da. Es handelt sich wieder um einen Kaufmann. Auch das Geschäft dieses Kaufmannes besteht seit vielen Decennien. Er ist als ein höchst reeller und anständiger Kaufmann bekannt. Bei diesem hat eine Untersuchung bezüglich Gewürze stattgefunden, und da hat wieder dieser charmante Herr Commissär herausgefunden, daß ein gestoßener Pfeffer gefälscht ist. Diesem Manne wurde die ganze Ware — nämlich dieser eine Artikel — confisciert. Er mußte zwei Monate in Hangen und Bangen sein, denn es ist gewiß, daß jemand, der als Fälscher dem Gerichte angezeigt ist, eine sehr schwere Strafe zu erwarten hat.

Bürgermeister (unterbrechend): Ich bitte, Herr Redner, erlauben Sie mir eine Bemerkung; hier handelt es sich um Verfügungen der Behörden. Wenn sich jemand dadurch beeinträchtigt fühlt, so hat er sich an den Chef der Behörde zu wenden, oder wenn eine Entscheidung getroffen worden ist, das Rechtsmittel zu ergreifen; aber was soll die Verhandlung über diese Verhältnisse hier im Gemeinderathe?

Gem.-Rath Purscht: Ich bitte, sehr geehrter Herr Bürgermeister, Sie sind Chef des Magistrates, folglich bin ich berufen, das hier zu sagen, damit dies abgestellt wird.

Bürgermeister: Dann müssen Sie die Güte haben, mich in meinem Bureau zu besuchen.

Gem.-Rath Purscht: Das muß in die Öffentlichkeit kommen, damit jeder der Herren weiß, wie die Zustände sind.

Bürgermeister: Der Gemeinderath hat über die Entscheidungen der Behörden nicht zu Gericht zu sitzen; das entzieht sich der Entscheidung des Gemeinderathes. Der Gemeinderath ist nicht Appellinstanz und ist nicht in der Lage, die Entscheidungen der Behörden einer Untersuchung oder weiteren Entscheidung zu unterziehen.

Gem.-Rath Purscht: Ich bitte, wenn das Marktwesen besprochen werden soll, so müssen diese Übelstände hier im Gemeinderathe zur Sprache kommen. Es muß gesagt werden, welchen Chicanen die Geschäftsleute ausgefetzt sind.

Bürgermeister: Ich erkläre noch einmal, daß ich allen Beschwerden zugänglich bin, und daß ich keine, ohne sie untersucht zu haben, von der Hand weisen werde; aber der Gemeinderath ist nicht in der Lage zu entscheiden, ob die Behörde richtig vorgegangen ist oder nicht; das entzieht sich der Competenz des Gemeinderathes.

Gem.-Rath Purscht: Ich will aber nur erweisen, daß die Behörde nicht richtig vorgegangen ist, weil die confiscierte Ware nach zwei Monaten wieder freigegeben werden mußte, es sich also herausgestellt hat, daß die Ware vollkommen echt ist. Ich will nur darauf hinweisen, daß wir christlichen Mitbürger überhaupt geschützt werden sollen. Der Schutz soll nicht nur für die sogenannten Mitbürger sein. Meine Herren, auch wir wollen den Schutz haben. Ich erinnere mich eines Leitartikels in einem Judenblatte, welches geschrieben hat . . .

Bürgermeister (unterbrechend): Ich bitte, Herr Gemeinderath, schauen Sie, lassen Sie diese Provocationen; sie gehören nicht hieher. Wir sind jetzt beim Approvisionierungswesen. Ich bitte, die Sache so zu behandeln, wie es der Würde der Versammlung entspricht; wir wollen aber nicht unterscheiden, ob die Blätter dieser oder jener Kategorie von Staatsbürgern angehören. Dadurch entsteht Unfriede in der Versammlung und dann kommt es zu jenen bedauerlichen Scenen, die wir, wie ich glaube, im Interesse aller ferne halten sollen.

Gem.-Rath Purscht: Ich muß nur erwähnen, daß uns der Schutz ebenso zukommen soll wie allen anderen. (Bürgermeister: Gewiß!) Wenn die sogenannten Mitbürger den Schutz haben sollen, so müssen wir ihn auch in Anspruch nehmen können.

Bürgermeister: Dieser Schutz steht allen gleichmäßig zu!

Gem.-Rath Purscht: Bitte, wenn ich diese Bemerkung nicht machen darf, so habe ich nichts zu reden.

Gem.-Rath Schneeweiß: Unser Marktwesen ist wirklich auf einer sehr bedauerlichen Stufe. Die Leute sind wirklich allen Chicanen ausgefetzt, besonders in der Großmarkthalle. Es ist ja

richtig, wie der Herr Bürgermeister sagt, die Leute sollen sich beschweren. Es kamen solche Fälle vor, in denen man sich ohnehin beschwert hat. Es hat sich beispielsweise um 200 oder 250 kg Schwämme gehandelt, die einen Wert von über 200 fl. repräsentieren. Diese Schwämme wurden dem Manne confisciert; dieselben Schwämme habe ich ganz anstandslos verkauft, weil sie weder gesundheitschädlich sind, noch sonst einen Fehler haben, es sind nur mitunter andere Schwämme als Pilslinge dabei. Nachdem man aber nicht annehmen kann, daß unter einer solchen Masse kein einziger anderer Schwamm ist, wie Pilslinge, so, glaube ich, trifft diese Verordnung etwas hart, notabene da sie aus dem Jahre 1818 stammt, demnach veraltet sein dürfte. Dieser Mann hat natürlich den Recurs ergriffen, aber die Schwämme wurden ihm weggenommen; nun dauert die Geschichte schon beinahe fünf Monate und kommt die Zeit, wo der Artikel neu wird, so ist überhaupt die alte Ware wertlos.

Ich muß da bemerken, daß die Behörde zur Preiserhöhung dieses Artikels sehr viel beigetragen hat; der Artikel wurde im geheimen gehandelt, weil jeder, der Schwämme hat, sich gefürchtet hat, daß er in Verlegenheit kommt.

So viel Verständnis haben unsere Geschäftsleute, und manches alte Weib hat vielleicht mehr Verständnis, wie öfter ein Organ der Behörde, darüber, was schädlich und was unschädlich ist. Daß man aber den Leuten die Sachen wegnimmt und sie fünf Monate auf eine Entscheidung warten läßt, ist sehr traurig.

Ebenso war es im vorigen Jahre, wie die Cholera bei uns gepuht hat. Da ist man auch etwas zu weit gegangen, denn sonst hätte man nicht solche Erlässe hinausgeben können, wie z. B. den Erlaß, daß auf offenen Märkten alles zugedeckt werden muß. Nun, das Zudecken mit diesem Schleierzeug, mit diesem Überthan hat sich sehr gut gemacht; die Geschichte hat ausgeschaut, als wenn der Markt ein Leichensfeld wäre, und erst, wenn es dann geregnet hat, hat es schön ausgeschaut. (Heiterkeit.)

Daß Leute, die vielleicht an einem Vormittage eine Lojung von 5 bis 6 fl. machen und dabei 5 bis 6 Sechserl verdienen, dazu verhalten werden, daß sie täglich 5 bis 6 m Gaze für diese Überthans kaufen, das kann die Behörde nicht verantworten, weil man dadurch die Leute zwingt, zu Hause zu bleiben, denn sie könnten dann ihr Geschäft nicht ausüben. Schließlich ist das ganze wertlos. Man hat mir selbst befohlen, die Erdäpfel, Zwiebel u. s. w. zuzudecken.

Nun, meine Herren, da müßte man weiter gehen, und auch dem Bauer anbefehlen, die Erdäpfel sofort zuzudecken, wie sie aus der Erde herauskommen, weil man nicht dagegen gefeit ist, daß sich eine giftige Fliege darauffsetzt. Das ist etwas zu weit gegangen. Es ist kein Widerruf dieser Verordnung erfolgt, aber mir scheint, die Herren haben den Unsinn eingesehen und haben die Leute gehen lassen und nicht mehr chicaniert.

Bürgermeister (unterbrechend): Ich bitte, Herr Gemeinderath! Ich kann nicht zugeben, daß Verfügungen der Behörden als Unsinn bezeichnet werden; ich müßte Ihnen das Wort entziehen, wenn Sie in dieser Weise fortfahren. Wenn Sie im allgemeinen über Übelstände sprechen, so habe ich nichts dagegen, aber es muß dies in einer Weise geschehen, die angemessen erscheint.

Gem.-Rath Schneeweiß: Herr Bürgermeister, ich muß das bemerken; ich würde die Behörden eher in Schutz nehmen, aber wenn die Behörden sich durch solche Erlässe bei der Be-

völkering lächerlich machen, dann haben sie auch keine Autorität. (So ist es! links.) Das muß ich sagen.

Bürgermeister: Ich bitte, sich aber dabei in der Wahl der Ausdrücke etwas zu mäßigen.

Gem.-Rath Schneeweiß: Die Sache war so, und hier muß ich es sagen, wie es eben war, ich habe keine Unwahrheit vorgebracht. Herr Bürgermeister können tausende von Geschäftsleuten fragen, die ganz gewiß wissen, was sie zu thun haben, und jeder wird Ihnen dasselbe sagen.

Man ist dann davon abgekommen und ich möchte den Herrn Bürgermeister bitten, in Zukunft, wenn einem Herrn Cholera-bacillen in den Kopf steigen und er solche Erlässe anregt, dieselben nicht hinauszugeben.

Ich bin fertig, ich sehe, daß man nichts ausrichtet. (Rufe links: Man darf nichts reden! — Gem.-Rath Strobach: Schöne Redefreiheit!)

Bürgermeister: Ich lasse gewiß vollste Redefreiheit walten; ich bitte aber das Ansehen der Gemeindebehörde auch nicht zu verletzen, ich bin verpflichtet, dasselbe aufrecht zu erhalten.

Gem.-Rath Schneeweiß: Ich bitte, Herr Bürgermeister! Wenn ein Beamter das Gesetz so ausübt und der andere anders, so muß das die Bevölkerung empören; das geschieht aber.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Schneeweiß! Sie haben nicht mehr das Wort! Es kommt hundertmal vor, daß Gerichte und Behörden I., II. und III. Instanz ein und dasselbe Gesetz verschieden auslegen, deshalb kann man den Behörden und Gerichten keinen Vorwurf machen, es handelt jeder nach seiner vollsten Überzeugung.

Herr Gem.-Rath Trambauer hat das Wort.

Gem.-Rath Trambauer: Ich verzichte auf das Wort.

Gem.-Rath Steiner: Ich habe schon gelegentlich der General-Debatte auf die Thätigkeit dieses hier schon bekannten Marktcommissärs hingewiesen. Nachdem durch die Einverleibung der Vororte unfertige Verhältnisse vorhanden sind und so mancher Geschäftsmann überhaupt nicht weiß, welche Artikel jetzt verboten und welche erlaubt sind, so wäre es, glaube ich, im Interesse dieser Geschäftsleute besser, wenn von Seite des Magistrates ein bestimmter Auftrag an die Organe ergehen würde, daß, wenn derartige Übelstände vorkommen, zuerst ein Decret erlassen oder ein mündlicher Auftrag erteilt wird, in dem die Abstellung des Übelstandes innerhalb drei Tagen anbefohlen wird. Aber es macht böses Blut, Herr Bürgermeister, wenn sofort mit Strafen vorgegangen wird. Das ließe sich gut anders machen, so auch in dem von Herrn Collegen Pürsch angeführten Falle des Kaufmannes, welcher recurriert hat und welcher, wenn er nicht die Mittel zur Hand gehabt hätte, das Geschäft verloren hätte und eine Freiheitsstrafe hätte abbüßen müssen.

Ich erlaube mir aber, auf einen Übelstand aufmerksam zu machen, welcher bei den Viehbesitzern jetzt merkbar wird. Seit der Einverleibung der Vororte wurden bei sämtlichen Gemischtwaren-Verkleißern die Theesorten abgeschafft. Meine Herren, es kommt vor, daß man in der Nacht, wenn ein Vieh erkrankt, rasch etwas zum Eingießen braucht u. s. f. Sie werden zugeben, von Ober-Sievering, Salmannsdorf, Kahlenbergerdorf ist über eine Stunde in die Apotheke. Es könnten die betreffenden Theesorten oder Kräuterforten, welche zur Behandlung eines erkrankten Thieres notwendig sind, ganz gut freigegeben werden, und es könnte der Magistrat oder das Marktamt diejenigen Sorten bekanntgeben,

welche diese Geschäftsleute zu führen berechtigt. Es kommt häufig vor — ich sage es offen — daß sie heute versteckt verkauft werden, und das ist eine Nothwendigkeit, obwohl es gegen die behördlichen Aufträge ist. Es geschieht im Interesse der Bevölkerung; denn wenn diese in die Apotheke geht, muß sie sie um theueres Geld kaufen, während sie diese Sorten beim Gemischtwaren-Verkleißer, besonders in größeren Quantitäten, schneller und billiger bekommen könnte.

Gem.-Rath Trambauer: Ich hätte gerne aufs Wort verzichtet, aber nachdem Herr Gem.-Rath Steiner die Sache abermals in Anregung brachte, halte ich mich für verpflichtet, dieselbe klarzustellen. Sie betrifft einen Kaufmann, der verurtheilt wurde. Es hat sich um eine Ätzlauge gehandelt . . .

Bürgermeister (unterbrechend): Ich bitte, verehrter Herr Gemeinderath, die Besprechung dieses Falles hat ja keinen Zweck. (Lebhafter Widerspruch links und Rufe: Was soll man denn sprechen? Da gehen wir fort!) Ich möchte bitten, die Verhandlung nicht durch Zwischenrufe zu stören. (Rufe links: Wir sind da, um die Bevölkerung zu vertreten!) Ja, aber innerhalb der Competenz des Gemeinderathes, und dieser kann sich nicht auf eine derartige Angelegenheit einlassen, die in erster Instanz entschieden ist. Ich bedauere sehr, wenn dem Manne unrecht geschehen ist; da bleibt nichts übrig, als die Hilfe der zweiten Instanz anzurufen. Ich erkläre nochmals, wenn im Zuge der ersten Instanz ein Unrecht geschieht, kann man sich an den ersten Amtsvorstand oder den Bürgermeister wenden, und es wird das Erforderliche geschehen. Aber der Gemeinderath hat mit solchen Angelegenheiten nichts zu thun.

Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet. Wir schreiten zur Abstimmung. Gegen die Post 1 — 155.000 fl. ist keine Einwendung erhoben, dieselbe ist angenommen.

Referent des Stadtrathes (liest):

Post 2. Einnahmen vom Central-Viehmarkte für Schlachtviehmarkt-Gebühren 230.000 fl.

Gem.-Rath Köhrl: Ich hätte mich gewiß nicht zum Worte gemeldet, aber nachdem ich schon vor einem Jahre den Antrag auf Herabsetzung der Schlachtgebür für die mindergewichtigen Thiere gestellt habe und bis heute mir über das Schicksal desselben nicht bekannt geworden ist, scheint es, daß es mit diesem Antrage wieder so geht wie mit allen anderen. Er kommt an den Stadtrath und verschwindet dort.

Durch die Einführung des Schlachthauszwanges in den Vororten ist die Existenz jener Vororte-Fleischhauer in Frage gestellt worden. Es ist auch selbstverständlich, die Leute haben alle Häuser gehabt, die für das Gewerbe eingerichtet waren und späterhin haben diese Häuser den Wert verloren, weil man ihre Arbeits-localitäten nicht ausnützen konnte und sie mußten ihre Thiere wegführen und 1 fl. per Stück zahlen. Das macht bei kleinen Fleischhauern nicht viel aus, aber bei einem größeren wohl und bei einem solchen, welcher Beinvieh schlachtet und weniger verdient als die anderen, macht das einen immensen Betrag aus und es kann nicht angehen, daß man in dieser Beziehung eine gleiche Schlachtgebür verlangt für den Ochsen, welcher unter 400 kg und einen solchen, welcher über 400 kg wiegt. Man muß die Leute berücksichtigen, z. B. solche Fleischhauer, die für Gollaschfabriken schlagen. Dort werden oft 20 bis 30 Ochsen jede Woche geliefert. Das ist Beinvieh, bei welchem sehr wenig verdient wird. Denn bei den Gollaschfabriken ist meist die Lieferung eines großen

Quantums abgemacht und es wird nicht so viel verdient wie bei einem normalen Fleische. Ebenso steht es bei der Wursterzeugung und bei jenen, welche das Fleisch der Armee liefern. Es ist be-
dauerlich genug, daß wir in Wien soweit gekommen sind, daß die armen Leute von Veinsoviehfleisch leben müssen, um nicht Roß-
fleisch essen zu müssen. So traurig schaut es leider aus. — Ich möchte bitten, daß Sie mir an die Hand gehen und meinen An-
trag, den ich stelle, unterstützen. Wenn wir diese hohe Schlacht-
gebür für untergewichtige Thiere haben, so wird es soweit kommen,
daß unsere Großconsumenten Wien einfach den Rücken kehren
und sich draußen ansiedeln. Draußen ist kein Schlachthauszwang.
Es wird draußen geschlachtet werden, und die Commune hat dann
keine Einnahmen an Gebüren und wir haben keine Gewerbetreibenden,
die bei uns Geld anbringen und uns unterstützen.

Ebenso ungerecht ist es z. B. auf dem Marke bei den so-
genannten unterliegenden Thieren. Die bekommt der Wasenmeister,
aber die Commune cassiert doch ihren Gulden ein, und das ist
ungerecht. Bei einem solchen Thiere leidet nicht bloß der Fleisch-
hauer Schaden, sondern auch der Viehhändler, und ich bitte daher,
meinen Antrag zu unterstützen, den ich schon vor einem Jahre
gestellt habe; er lautet:

„Der löbliche Gemeinderath wolle beschließen, es werde die
Schlachtgebür für mindergewichtige Rinder, das ist für solche unter
400 kg, auf 50 fr. per Stück herabgesetzt, während für unter-
liegende Thiere überhaupt von der Einhebung einer Gebür gänzlich
abzusehen ist.“

Bürgermeister: Dieser Antrag wird bei der Post auf
Seite 270 zur Abstimmung gebracht werden, nämlich bei den
Schlachthausgebüren.

Gem.-Rath Seiler: Ich bitte um das Wort.

Bürgermeister: Wünschen Herr Gemeinderath auch zur
Schlachthausgebür zu sprechen?

Gem.-Rath Seiler: Nein! Zum Central-Viehmarke Post 2a.

Bürgermeister: Also, ich bitte.

Gem.-Rath Seiler: Meine Herren, vor zwei Jahren und
auch im Vorjahre habe ich anlässlich der Budget-Debatte aus-
führlich darüber gesprochen, wie unsere Marktverhältnisse beschaffen
sind, und ich habe, soweit es die Öffentlichkeit zuließ, den Beweis
erbracht, daß die Gruppe VII schlecht verwaltet ist, zum Schaden
der Gemeindecinnahmen, der Geschäftsleute und der Bevölkerung
und zur Schande des Gemeinderathes. Seit dieser Zeit hat sich
nichts verändert, mit Ausnahme dessen, daß meine Ausführungen
noch Bestätigung gefunden haben durch den scandalösen Proceß
wegen des sinnigen Fleisches.

Merkwürdig ist es, daß über diesen Proceß in diesem Hause
so rasch ein tiefer Schleier gezogen wurde, und mit Ausnahme
einer sehr laxen Beantwortung der sehr sensationellen Interpellation
des Herrn Collegen Herold hat man von diesem Proceße nichts
gehört. Auch ich will nichts darüber sprechen und nur das
erwähnen, was meine Ausführungen bekräftigt, nämlich, daß die
Preise künstlich gehoben werden. Am Central-Viehmarke herrscht
noch von der guten alten Zeit her der sogenannte Handschlagkauf.
Ein Gewerbsmann behandelt eine Partie Schweine und schlägt
dann um einen gewissen Preis ab, zu welchem Preise dann er selbst
und auch die anderen Collegen einkaufen. Es hat sich nun heraus-
gestellt, daß dieser handelnde Geschäftsmann in Form von
sinnigem Fleische eine Art Gratification in Abrechnung gebracht
hat, die er dafür bekam, daß er höhere Preise abgeschlagen hat.

Also er hat damit seinen eigenen Collegen geschädigt und hat den
Preis künstlich in die Höhe gebracht, das war bekannt und ich
habe es auch gewußt. Das ist, meine Herren, nur so eine kleine
Blume aus diesem Bouquet, welches auf unserem Marke blüht!
Es ist schon viel gesprochen worden von Schwattes, Überfütterung,
Zwischenhandel — ich weiß nicht, wie alle diese Dinge heißen —
aber geschehen ist bis heute in dieser Frage gar nichts.

Ich habe wohl vor zwei Jahren einen selbständigen Antrag
eingebracht, der Gemeinderath möge beschließen, daß eine Com-
mission gewählt werde, die die Reorganisation der Märkte in die
Hand nimmt, und zwar unter Zuziehung von Experten aus der
Zahl der Markt-Interessenten. Dieser Antrag wurde zur geschäfts-
ordnungsmäßigen Behandlung in den Papierkorb gegeben. Im
Vorjahre dachte ich mir, jetzt werde ich die Sache geheimer machen,
ich als einzelner Gemeinderath, der von keinem Strahl der Gunst
der Machthaber beleuchtet ist, kann keinen Antrag einbringen, denn
ich darf doch nicht etwas können und wollen. Ich habe mir
gedacht, ich werde diesen Antrag durch die Budget-Commission
stellen lassen. Ich habe in der Budget-Commission in ausführlicher
Weise die Lage der Märkte besprochen. Die Herren haben mir die
Anerkennung gezollt, man hat den von mir gestellten Antrag ange-
nommen und hat sich auch dankbar gegen mich dadurch bewiesen,
denn in diesem Jahre hat man mich aus der Budget-Commission
hinausgeworfen. (Heiterkeit links.) Meine Herren! Gestatten Sie
mir, daß ich Ihnen diesen Antrag vorlese: „Die Budget-Com-
mission ist während der Verhandlung über das Referat zur
Gruppe VII „Markt- und Approvisionierungswesen“ zur An-
schauung gelangt, daß die Verwaltung dieser Gruppe von den
Gemeindeangelegenheiten den gegenwärtigen Zeitverhältnissen nicht
entspricht und einer einschneidenden Reform bedürftig ist, um hie-
durch den gerechtfertigten Wünschen der Bevölkerung Rechnung zu
tragen. Die Budget-Commission beantragt daher: Der Gemein-
derath wolle beschließen, es werde ein Marktcuratorium eingesetzt,
in welchem den Marktparteien bei der Marktverwaltung eine ein-
heitliche Vertretung eingeräumt wird. Es möge zur Entscheidung
von Streitigkeiten aus den auf dem Marke abgeschlossenen Ge-
schäften ein obligatorisches Schiedsgericht bestellt werden.“ Dieser
Antrag wurde auch im Gemeinderathe einstimmig angenommen und
zur geschäftsmäßigen Behandlung verwiesen.

Ich möchte an den Herrn Budget-Referenten die Anfrage
richten, die ich bitte, mir später zu beantworten, was eigentlich
diese geschäftsmäßige Behandlung während der ganzen Budget-
Debatte bedeutet, ob denn da jemand über diesen Papierkorb auch
irgendein Buch führt, damit man wenigstens weiß, ob diese An-
träge gleich im Moment weggeworfen oder auch ein Jahr lang
aufgehoben werden. (Heiterkeit links.) Der Gemeinderath hat diese
Anträge angenommen. Man müßte glauben, daß dieser Ruf der
Bevölkerung, dieser Ruf, der von oben, ja von allen Seiten ergeht,
daß die Marktverhältnisse schlecht sind und daß etwas geschehen
müsse, Berücksichtigung findet. Der Gemeinderath ist berufen, hier
Abhilfe zu schaffen, denn der Magistrat ist nur das durchführende
Organ. Aber, meine Herren, von dieser Seite wurde gesagt, der
Gemeinderath kann nichts Positives leisten; von der anderen Seite
wurde es bestätigt und ich muß Ihnen gestehen, ich bin zur
Ansicht gekommen, daß der Gemeinderath ein großes Nichts ist.
(Heiterkeit links.) Denn der Gemeinderath kann hier nur wie in
einem Pagodentempel Ja sagen, er hat aber nicht die Fähigkeit,
die Kraft, seine Beschlüsse auch zur Durchführung zu bringen.

(Rufe links: So ist es!) Es zeigt sich, daß im Markt- und Approvisionierungswesen absolut gar nichts geschieht. Also, meine Herren, man müßte glauben, daß der Gemeinderath dazu berufen sei, das Geeignete zu veranlassen. Es ist wahr, es wird im Gemeinderathe viel gesprochen, aber was soll der Gemeinderath machen, als Beschlüsse fassen, die er für gut findet, und hier zu erklären, wie und wo geholfen werden kann. Die Beschlüsse werden von uns angenommen, die Durchführung macht aber ein anderer nach unserem Statute.

Meine Herren, der Gemeinderath hat seine Achtung verloren, er hat seine Competenz verloren, da er nicht fähig ist, seine Beschlüsse zur Durchführung zu bringen. (Sehr richtig! links.) Man sollte glauben, daß der aus diesem unfähigen Gemeinderathe gewählte Stadtrath die Frage lösen will. Der Stadtrath, meine Herren, hat bis jetzt in dieser Frage wirklich noch blutwenig geleistet. Alles das, was er noch gebracht hat, war unglücklich gewählt und gar nicht geschäftsordnungsmäßig oder praktisch zur Durchführung gebracht.

Ich mache übrigens dem Stadtrathe keinen Vorwurf, denn dieser Gegenstand läßt sich nicht nach Paragraphen und am grünen Tische erledigen. Zu seiner Reorganisation gehören eben Geschäftspraxis und Geschäftskenntnisse. Ohne dieselben ist es nicht möglich, in dieser Frage auch nur ein klein wenig weiter zu kommen; sie ganz zu lösen, wird schwerlich gelingen.

Der Stadtrath kann halt nichts machen, denn die Zusammenlegung des Stadtrathes ist so erfolgt, daß dabei auf das Markt- und Approvisionierungswesen nicht Bedacht genommen ist. Es sind allerhand gewerbliche und juristische und technische Wissen im Stadtrathe aufgestapelt, nur auf das, was ein Einkommen der Gemeinde bringen würde, ist nicht Bedacht genommen und in den Stadtrath keine Vertretung gewählt. Der Gemeinderath beschließt fortwährend Ausgaben, er beschließt Schulden zu machen, aber einmal an die Lösung von Fragen, die das Einkommen der Stadt erhöhen, wird nicht gedacht. Jetzt, meine Herren, bleibt uns nur das Präsidium, welches die Beschlüsse des Gemeinderathes zur Durchführung bringen sollte. Der gewesene Herr Bürgermeister hat sich gegen die Lösung der Frage gesträubt oder hat nicht die richtige Courage dazu gehabt. Unser jetziger Bürgermeister kennt diese Frage sehr genau und hat es mir auch versprochen, daß er endlich darangehen wird, diese Frage zu lösen oder wenigstens zur theilweisen Lösung zu bringen, und ich glaube, der Herr Bürgermeister wird die Freundlichkeit haben, auch diese Anträge, die ich nicht noch einmal stellen will, aus dem Papierkorb herauszuholen und endlich einmal zur Durchführung zu bringen, umsomehr, als er doch jetzt einen gewerblichen Vice-Bürgermeister als Hilfe an der Hand hat. (Gelächter links.) Nachdem ich aber doch der Sache nicht ganz traue, erlaube ich mir, den Antrag zu stellen und bitte ich, im Interesse des Gemeinderathes diesen Antrag anzunehmen (liest):

„In der am 28. Februar 1893 abgehaltenen Gemeinderathssitzung wurde vom Plenum ein Antrag betreffs der Errichtung eines Marktcuratoriums und Schiedsgerichtes angenommen. Über diesen so hochwichtigen Antrag wurde leider bis heute kein Referat erstattet.

Der Gemeinderath beschließe, daß über diesen Antrag innerhalb drei Monaten das Referat zu erstatten sei, auch dann, wenn dasselbe vom Stadtrathe nicht angenommen werden sollte.“

Ich empfehle diesen Antrag zur Annahme. (Bravo! Bravo!)

Bürgermeister: Ich bin so frei, der Versammlung und dem Herrn Vorredner mitzutheilen, daß das Referat, betreffend das Curatorium und das Schiedsgericht fertiggestellt und in Druck gelegt ist. Der Stadtrath hat zur Vorberathung dieses Gegenstandes ein Comité gewählt. (Gem.-Rath Seiler: Nur über das Schiedsgericht!) Das Referat über das Curatorium ist nicht in den Druck gelegt, das ist ein kurzes Referat, aber die ganzen Bestimmungen über das Schiedsgericht sind in Druck gelegt und den Mitgliedern des Comité's mitgetheilt worden.

Ich denke, es wird dann auch möglich sein, einige Fachmänner den Verhandlungen beizuziehen, und dann wird es auch möglich sein, dem Plenum des Gemeinderathes die Vorlage zu unterbreiten. Ich will damit nur sagen, daß der Beschluss des Gemeinderathes ausgeführt worden ist; und wenn die Vorlage noch nicht fertig dem Gemeinderathe vorliegt, so liegt das eben an den angeführten Verhältnissen.

Gem.-Rath Herrdegen: Ich muß vor allem bitten, mich zu entschuldigen, wenn ich heute sehr undeutlich sprechen werde, da ich leider nicht bei Stimme bin. In der letzten Zeit habe ich mir redlich Mühe gegeben, das Markt- und Approvisionierungswesen kennen zu lernen und es auch hinsichtlich seiner Geschichte, wenn ich so sagen darf, zu studieren. Wenn man nun auf die Sache eingeht, gewinnt man die Überzeugung, daß das, was der Gemeinderath seit einigen Decennien in Marktangelegenheiten und Approvisionierungsfragen gemacht hat — ich glaube, daß es nicht zu stark ist, wenn ich es ausspreche — eines leitenden Grundfahes entbehrt. Alles, was geschehen ist, ist deutlich zu erkennen als das Product gewisser Conjunctionen, als das Product gewisser Einflüsse. Man kann nicht die Überzeugung gewinnen, daß der Gemeinderath in seinen Entscheidungen von dem großen Gesichtspunkte aus vorgegangen ist, daß das Markt- und Approvisionierungswesen eine Sache sei, an welcher 100 Percent der Bevölkerung von Wien interessiert sind. (Sehr richtig!) Sie werden immer und immer wieder finden, daß man hier, wenn auch nicht gerade in einer, dem großen Interesse nicht entsprechenden oder widerstrebenden Weise, so doch so vorsichtig, so tastend vorgegangen ist, um nur ja nicht bei dem einen oder anderen Kreise von Gewerbetreibenden oder Marktinteressenten zu verstoßen.

Das ist nun eine Thatsache, die man sich vor allem anderen vorhalten muß. Soll die Sache wirklich gelöst werden, will man aus dem Gebiete der Schlagworte herauskommen, dann ist es nothwendig, daß man sich in dieser Beziehung emancipiert, daß man nicht nach rechts, nicht nach links schaut, sondern lediglich sich vorhält: Wir haben hier das große, mächtige Interesse der Gesamtbevölkerung Wiens zu vertreten.

Die Begründung für diese Bemerkungen brauche ich nicht erst zu geben, sie ist Ihnen allen genug bekannt, Sie kennen auch die Einflüsse, welche hier mitspielen. Vor allem anderen ist es der Einfluss von Schlagworten.

Sehen Sie, wenn man verfolgt, was in Versammlungen über Approvisionierungsfragen vorgetragen wird, so hört man namentlich ganz besonders von zwei Momenten, nämlich es wird gesagt, die Grenzsperrre, die rumänische Grenze muß geöffnet werden, dann erst sei es möglich, daß die Fleischpreise herabgedrückt werden.

Das Zweite sind gewöhnlich die Tarife der Eisenbahnen.

Wenn Sie die Sache verfolgen, und zwar in der einen Richtung, was die Grenzsperrre anbelangt, so unterliegt es keinem Zweifel, daß das kein günstiges Moment ist; aber vielleicht

gerathe ich mit vielen von Ihnen in Widerspruch, wenn ich die Ansicht ausspreche: Die Reichshaupt- und Residenzstadt Wien darf nicht allein auf dem Standpunkte ihrer Interessen stehen, sondern muß bis zu einem gewissen Grade das Gesamtinteresse des Reiches oder wenigstens der diesseitigen Reichshälfte im Auge haben. Ich kann daher nicht annehmen, daß es unbedingt richtig sein muß, wenn wir sagen, die rumänische Grenze sei zu eröffnen, weil wir dann eine lebhaftere Beschickung unseres Viehmarktes haben werden.

Es mag ja zutreffen, aber es ist gewiß nicht das alleinige Mittel, und auch dieser Schritt hat deshalb den Charakter eines Schlagwortes, weil wir alle sehr gut wissen, daß wir das nicht erreichen können, daß da viel größere und mächtigere Interessen mitspielen. Was hilft es, wenn die einzelnen Mitglieder des Gemeinderathes auch außerhalb des Saales sagen: Sperren wir die Grenze auf! Können wir denn das? Welchen Einfluß haben wir denn darauf? Sie wissen ja alle, daß hier das Interesse der Agrarier von uns nicht zu besiegen ist. Übrigens wäre es wohl sehr der Mühe wert, zu prüfen, wie weit die Sache eigentlich hält, wie weit dieses Argument begründet erscheint.

Nun, meine Herren, das zweite sind die billigen Eisenbahntarife. Ich nehme an, daß es eine genügende Anzahl von Herren hier im Saale gibt, welche den wirklichen Wunsch hegen, in jeder Frage, die Gegenstand unserer Behandlung ist, die Wahrheit zu wissen und sich nicht mit einem Schlagworte, welches ihnen octroirt wurde, zu begnügen — wer ist denn gefeit vor Schlagworten? Ein Schlagwort ist ja etwas, was man wenigstens in vielen Fällen nicht prüfen kann, und doch wird man von ihm beeinflusst. Nun, meine Herren, was die billigen Tarife betrifft, so fühle ich mich durchaus nicht berufen, hier etwas für die Eisenbahnen zu sagen. Das ist nicht meine Aufgabe, aber ich möchte Sie auf eines verweisen, auf eine Sache, die von Ihrer Seite, und von wem immer geprüft werden darf. Es ist in der „Österr. Eisenbahn-Zeitung“ ein Artikel über den Einfluß der billigen Tarife auf die Höhe der Fleischpreise in Wien erschienen. Der Artikel ist ganz sachlich gehalten, ziffermäßig begründet und entbehrt aller jener Ausfälle und aller jener Hinweise auf irgendwelche andere Ursachen, die durch die Fleischcalamität oder die Höhe der Fleischpreise erklärt werden könnte. Auf Grund dieser Untersuchungen ist aber festgestellt, daß die Tarife der Eisenbahnen — reducirt auf das Kilogramm Fleisch — nicht mehr als 2·7 bis 3 Kreuzer ausmachen.

Ich will ganz davon absehen — die Ziffern sind wirklich interessant genug, um sie hier auch einigermaßen anzuführen — daß seit dem Jahre 1877 die Tarife dreimal sehr weitgehend herabgesetzt worden sind, so z. B. von Krakau von 80 kr. auf 46 kr., von Suczawa von 2 fl. 2 kr. auf 1 fl. 19 kr. herabgesunken sind. Als die Tarife herabgesetzt wurden, hat sich aber keineswegs eine Verbilligung der Fleischpreise bemerkbar gemacht, sondern im Gegentheile, die Fleischpreise sind gestiegen. Ich will das nicht als das alleinige Moment anführen, als ob damit schon gesagt sein soll, die Frachttarife hätten keinen Einfluß auf die Fleischpreise; wenn Sie aber andererseits diese Berechnungen in Betracht ziehen — und ich möchte alle Herren, welche darein einen Zweifel setzen, einladen, sich die Sache durchzusehen — so werden Sie doch nicht leichten Herzens darüber hinweggehen können, sondern Sie müssen sich doch sagen: ist das richtig, dann muß man das als Einwand fallen lassen; man muß anerkennen,

daß es ein Schlagwort ist; denn, wenn die Eisenbahnen Vieh und Fleisch vollkommen unentgeltlich von Galizien und Ungarn befördern würden, so würde das auf den Fleischpreis nicht mehr wie mit 3 kr. Einfluß nehmen können. Folglich muß gewiß zugegeben werden, daß man sich hier eines Schlagwortes bedient, wenn man sagt, die Fleischpreise seien zum großen Theile durch die hohen Frachttarife erklärt.

Und da gibt es Persönlichkeiten, welche in Vereinen sich als Fachleute gerieren, dort Vorträge halten und sich mit unüberlegten, vielleicht auch wesentlich falschen Angaben zufriedengeben, während sie alles Wahre zu umgehen suchen. Ich glaube, viel wichtiger als dieses zumeist gebrauchte Schlagwort ist es zu betrachten, wie sich seit den letzten Jahrzehnten das ganze Marktwesen, speciell in Bezug auf die Fleischversorgung, entwickelt hat. Durch Errichtung des Central-Viehmarktes sind die Regiespesen der Fleischhauer in ganz abnormer Weise gewachsen. Eine Menge Gebühren sind zu bezahlen und dazu kommen noch mancherlei Erschwerungen. Nehmen Sie z. B. folgenden Fall. Ein Fleischhauer bezieht sein Vieh aus dem Westen; er muß es auf den Central-Viehmarkt in St. Marx transportieren und von dort vielleicht wieder per Achse in das Gumpendorfer Schlachthaus befördern; die ganze Einrichtung seines Betriebes ist sehr kostspielig geworden und dabei ist er jenen Begünstigungen, welche naturgemäß aus dem Großbetriebe, aus dem großorganisierten Marktwesen resultieren sollten, nicht theilhaftig geworden. Die Schlachtung erfolgt — das werden Sie zugeben — in so primitiver Weise, wie sie eben nur bei einem einzelnen Fleischhauer geschehen kann. Er muß die Schlachtung auch mit seinen eigenen Leuten besorgen, er muß die Leute hinaus schicken, draußen den ganzen Schlachtungsproceß durchmachen und dann das geschlachtete Thier wiederum in sein Geschäft führen, wodurch eine Menge Spesen erwachsen.

Wenn man nun der Sache ernstlich an den Leib gehen will, wenn man die Verhältnisse wirklich von großen Gesichtspunkten zu lösen bestrebt ist, so muß man diese Dinge etwas näher erwägen. Man muß sich vor allem anderen über die Kreise der Interessenten, welche hier mitzureden haben, hinaussetzen und nur von großen Gesichtspunkten aus die Frage studieren, um auch eine Lösung derselben anzubahnen. Ich habe eine Notiz einer St. Petersburger Zeitung im Abdrucke in einem hiesigen Blatte gefunden, welche sehr interessant ist. Man spricht dort in St. Petersburg von Verhältnissen, welche den unseren nahezu gleichkommen, und man hat auch ein Mittel angestrebt, welches, nach meiner Meinung wenigstens, auch hier zum Ziele führen würde, nämlich die Errichtung von Schlachthäusern in eigener Regie, in großem Maße durchgeführt. Ich habe — ich weiß nicht, wie weit die Sache gediehen ist — in der Budget-Commission den Antrag gestellt, man möge sich an den Geheimrath Adikajewski wenden und von ihm nähere Auskünfte verlangen. Man wird auf diese Weise mindestens — ich hoffe, daß der Antrag angenommen wird — schätzenswertes Studienmaterial gewinnen.

Meine Herren, es sind heute, nachdem bisher erst zwei Redner gesprochen haben, schon Detail-Anträge gestellt worden, namentlich vom Herrn Gem.-Rathe Röhrl. Ich glaube, es geht nicht an, daß man in einer so verfahrenen Sache, wie es das Markt- und Approvisionierungswesen ist, sich mit solchen Einzel-Anträgen helfe. Die Marktfrage muß im Zusammenhange studirt und gelöst werden. Es ist von einer Herabsetzung der Schlachtgebühren die Rede gewesen; möglich, daß das richtig ist, ich weiß es nicht,

ich maße mir kein Urtheil an. Aber ich glaube, mit einzelnen Anträgen darf man nicht vorgehen. Ich glaube, es hätte den größten Wert, wenn man die Frage einheitlich studierte. Es ist hier die Einsetzung eines Marktcuratoriums angeregt worden; der Antrag wurde vor längerer Zeit gestellt und heute wieder in Erinnerung gebracht. Ich halte es für vollständig richtig und zutreffend, ein solches Marktcuratorium zu schaffen, aber damit, glaube ich, ist noch nicht alles geschehen, noch nicht der Weg zum Studium der Frage angebahnt.

Ich muß mir erlauben, einen Antrag zu stellen, welcher vielleicht als eine Ergänzung des Antrages des Herrn Collegen Seiler aufgefaßt werden kann. Bevor ich meinen Antrag, der sehr kurz ist, verlese, muß ich sagen: es ist eigentlich ein großes Malheur, man weiß nicht, wie man einen Antrag stellen soll. Stelle ich diesen Antrag hier, so weiß ich nicht, wird er behandelt im Sinne des § 47 des Gemeindestatutes, wonach Commissionen eingesetzt werden können aus dem Titel des dem Gemeinderathe zustehenden Überwachungsrechtes, oder kann dieser Antrag behandelt werden im Sinne der Geschäftsordnung — ich habe sie gerade nicht bei der Hand — (Rufe: § 49!) . . . ja § 49, wo es heißt: „Der Gemeinderath kann, wenn er es für nöthig findet, zur weiteren Vorberathung eines vom Stadtrathe erstatteten oder auf der Tagesordnung stehenden Berichtes eine Commission einsetzen, welche aus seiner Mitte gewählt wird. Den Commissionsberathungen ist stets der Berichterstatter des Stadtrathes zuzuziehen.“ Ich würde es vorziehen, wenn der Gemeinderath eine solche Commission wählt auf Grund des § 49, und wenn der Herr Bürgermeister das als zulässig erklärt, so werde ich meinen Antrag in diesem Sinne stellen. Anderenfalls müßte ich auf § 47 zurückgreifen, in welchem Falle es sich nur mehr um eine Überwachungs-Commission handeln würde. Vielleicht hätte der Herr Bürgermeister die Güte, bevor ich zur Stellung dieses Antrages schreite, diesbezüglich sein Urtheil auszusprechen.

Bürgermeister: Es wäre mir zwar lieber gewesen, wenn der Herr Redner vorerst seinen Antrag formuliert hätte. Ich nehme aber keinen Anstand, meine Ansicht auszusprechen. Der Herr Vorredner hat ganz richtig bemerkt, nach § 47 steht dem Gemeinderathe das Recht zu, die einzelnen Verwaltungszweige controlieren zu lassen und zu diesem Behufe eine Commission einzusetzen. Dieser Commission wird das betreffende Gebiet zur Controlierung zugewiesen, und die Commission ist dann berechtigt, über ihre Eindrücke dem Gemeinderathe unmittelbar Bericht zu erstatten. Das ist der eine Gegenstand, der nach § 47 zu behandeln wäre.

Das, was hier im § 49 gemeint ist, ist auch im Statute geregelt, und zwar in dem Paragraphen, wo es heißt, daß jeder dem Gemeinderathe zur Entscheidung vorgelegte Gegenstand vorher im Stadtrathe zu berathen ist. (Gelächter links.) § 49 weist noch weiters darauf hin, daß es dem Gemeinderathe freisteht, diese vom Stadtrathe vorgelegten oder auf der Tagesordnung stehenden Gegenstände gleichfalls einer Commission zur weiteren Vorberathung zuzuweisen, wie das der Gemeinderath z. B. hier beim Budget gethan hat. Das Budget wurde vom Stadtrathe vorgelegt und zur weiteren Berathung der Budget-Commission zugewiesen. Die Einsetzung einer solchen Commission zur Berathung irgendeines Gegenstandes, der noch nicht vorliegt, das heißt, vom Stadtrathe noch nicht vorgelegt worden ist, ist nach dem Statute nicht zulässig. Ich bitte, fortzufahren.

Gem.-Rath Herrdegen (fortfahrend): Nun, meine Herren, die Erklärung des Herrn Bürgermeisters ist dahin aufzufassen, daß in dem einen und anderen Falle die Sache an den Stadtrath geht. (Rufe links: Sehr richtig!) Ich werde also mit der Verlesung meines Antrages vorgehen. Er lautet:

„Der Gemeinderath möge auf Grund des § 47 des Gemeindestatutes die Einsetzung einer Control-Commission, bestehend aus sieben Mitgliedern des Gemeinderathes behufs Überwachung des Markt- und Approvisionierungswezens beschließen.“

Meine Herren! Ich hätte ja gerne meinen Antrag anders formuliert, aber ich mußte „Control-Commission“ sagen, weil man sonst möglicherweise auf Grund des § 47 mir sagen würde, eine „Studien-Commission“ gibt es nicht. Ich habe also so sagen müssen. Nun möchte ich aber daran eine kleine Bemerkung knüpfen; ich halte es nämlich für sehr wichtig, daß in die Commission, welche ja voraussichtlich vom Gemeinderathe gewählt werden wird, nicht ausschließlich Gemeinderäthe berufen werden, welche den sogenannten Marktinteressenten angehören. Ich setze gleich hinzu, daß selbstverständlich auch solche Fachleute in der Commission vertreten sein müssen, ich meine aber, daß es den betreffenden Herren selbst nur angenehm sein kann, wenn auch andere Nichtfachleute zugezogen werden. Dann wird wenigstens der Vorwurf nicht so leicht erhoben werden können, daß die Herren, welche Marktinteressenten sind, mehr oder weniger von Vorurtheilen befangen sind, daß sie ihre eigenen Interessen, wenn auch nicht direct — davon ist keine Rede — aber unmittelbar wahren, wie es eben die Sache leicht ergeben kann.

Ich meine aber auch, es sei andererseits ein Recht, daß Vertreter, welche nicht zu den Marktinteressenten gehören, Vertreter, von denen ich sagen möchte, daß sie Vertreter des consumierenden Publicums sind — was wir eigentlich alle sind, wir consumieren alle — berufen werden, die zwar nicht als Fachleute dort erscheinen, die sich aber die Überzeugung verschaffen werden, daß die in die Commission berufenen Fachleute objectiv vorgehen und wirklich nach bestem Wissen und Gewissen die Frage lösen oder wenigstens deren Lösung anzubahnen bestrebt sind.

Gem.-Rath Seiler: Meine Herren! Der Herr Bürgermeister hat die Freundlichkeit gehabt, zu erklären, daß mein vor zwei Jahren gestellter Antrag, welcher gleichlautend ist mit dem Antrage des Collegen Herrdegen, nur mit dem Zusätze, daß derselbe in drei Monaten auszuführen sei — darüber will ich aber nicht sprechen, weil schon zwei Jahre vorüber sind — schon in der Vorberathung des Stadtrathes sei. Das wurde mir schon im Vorjahre gesagt; allerdings ist er in Vorberathung; es wurde ein Comité gewählt, gegen welches ich mich ewig sträube, denn in diesem Comité zur Beurtheilung der Frage des Schiedsgerichtes sind keine Geschäftsleute. Es sind bloß drei Herren, wie ich glaube, aus dem Stadtrathe dabei, Juristen, und kein einziger Geschäftsmann, und ich hätte doch gedacht, daß auch der Antragsteller zu einem solchen Comité, wenn schon nicht officiell beigezogen, aber doch eingeladen werde. Es ist eben das ein Malheur, daß alle diese Anträge, die von uns gestellt werden und zur Durchführung gekommen sind — ich werde dann später bei einer anderen Post den Beweis dafür erbringen — immer schlecht durchgeführt worden sind, weil einerseits kein praktischer Geschäftsmann dazu berufen worden ist und andererseits auch der Antragsteller nicht. Es läßt sich ein Antrag auf dem Papiere nicht so formulieren, als eben der Antragsteller sich die Durchführung denkt, und da glaube ich besonders bei Details

geschäftlicher Natur, daß auch der Antragsteller dazu geladen werden soll. Ich danke dem Herrn Bürgermeister für die Auskunft; diese betrifft nur das Schiedsgericht. Bezüglich des Curatoriums ist noch gar nichts gesprochen, und auch gar kein Referent bestellt worden. Ich möchte nur den Herrn Bürgermeister bitten, dem Gemeinderathe mitzutheilen, in welcher Zeit — ich bitte eine recht lange Zeit zu sagen — dieser Antrag zur Berathung im Gemeinderathe kommen wird?

Bürgermeister: Ich habe ja der geehrten Versammlung schon mitgetheilt, daß die Vorlage gedruckt vorhanden ist und daß ich hoffe, in den allernächsten Wochen die Sache der Erledigung zuführen zu können. (Gem.-Rath Seiler: Beim gottseligen Prix hat sie sieben Monate gelegen!) Es hat der Magistrat sehr ausführliche Studien gemacht, er hat Erhebungen darüber gepflogen, welche Statute in anderen Städten bestehen, und hat endlich das Statut ausgearbeitet; dann habe ich das Statut durchgearbeitet und eine Reihe von Änderungen vorgenommen. Das hat auch einige Zeit gedauert. Jetzt liegt das Statut gedruckt im Entwurfe vor und wird in Verhandlung genommen werden. An einem der nächsten freien Tage wird ein Comité einberufen werden, zugleich wird von dem Anerbieten des Herrn Antragstellers Kenntniß genommen, bei der Arbeit zu helfen.

Gem.-Rath Tagleift: Ich schließe mich gerne allen denjenigen an, welche eine Verbesserung des Marktwesens herbeizuführen anstreben und diesbezügliche Anträge stellen. Ich halte es für selbstverständlich, daß der Viehmarkt und das Schlachthaus als der Ausgangspunkt der Fleisch-Approvisionierung die größte Beachtung verdient. Das Fleisch, wie es bis jetzt verkauft wird, ist nach allgemeinen Urtheilen, gegenüber dem üblichen Verdienste, welcher bei dem Fleische erzielt werden soll, viel zu theuer. Wir haben darüber, meine Herren, nicht nur unser persönliches Urtheil, sondern auch das unserer täglichen Umgebung; wenn Sie aus diesem Saale hinauskommen, brauchen Sie zunächst nur unsere eigenen Frauen zu fragen. Und die älteren unter Ihnen wissen sich ganz gut zu erinnern, daß in ihrer Jugend das Fleisch gut um ein Drittel billiger gewesen ist.

Sie brauchen sich auch nicht darüber zu wundern, wenn ich mich über den großen Fleischpreis aufhalte. Ich habe doch vor einigen Monaten einen Antrag eingebracht, der dahin geht, es sei der tägliche Fleischmarkt zu decentralisieren.

Ich bin durchdrungen von der Überzeugung, daß ein Monopol für den Verkauf von Fleisch in der Weise, wie es bis jetzt besteht, für die ganze Bevölkerung schädlich ist, daselbe vertheuert und daher geändert werden soll. Die Mittel hiezu liegen in dem Wollen und auf dem Gebiete der gemeinderäthlichen Beschlüsse.

Wir haben gegenwärtig einen neuen Marktvorstand, der meines Wissens ein sehr tüchtiger, versierter und fleißiger Beamter ist. Ich habe die Meinung und hege die Erwartung, daß mein Antrag, welcher jetzt dem Magistrate zur Begutachtung vorliegt, in Bälde dem Gemeinderathe vorgelegt werden wird, und ich erwarte von den Folgen dieses Referates, daß ganz Wien ein billigeres Fleisch erhält, als wir bis jetzt haben.

Zu meiner großen Überraschung hat in der vorigen Woche ein College aus dem VI. Bezirke der Meinung Ausdruck gegeben, daß es ein Unglück wäre, wenn der Fleischmarkt decentralisiert würde. Jrgendeine Begründung hat dieser selbe College nicht vorgebracht, außer die, daß er privatim mit dem verstorbenen

Bürgermeister Dr. Prix hierüber gesprochen und daß ihm derselbe versprochen hat, die Decentralisation nicht durchzuführen.

Nun weiß ich allerdings aus seinen Worten nicht zu entnehmen, hat der Herr Collega Wessely mit dem verstorbenen Bürgermeister nach Überreichung meines Antrages gesprochen, welche am 2. oder 3. Jänner stattgefunden hat, oder war das zu einer Zeit, als die achte Section noch getagt hat? Das wäre also viel früher gewesen, und es würde dann die Äußerung des Herrn Dr. Prix sich mit der Schilderung des Collegen Wessely nicht decken, weil nach dem Antrage, der von mir gestellt worden ist, Herr Dr. Prix sich über die Durchführung dieses Antrages direct mit mir auseinandergesetzt hat; ich kann also nicht glauben, daß diese Thatsache nach dem Jänner 1894 sich ereignet habe, sondern es muß viel früher gewesen sein.

Ich ersuche Sie, meine Herren, im Sinne meines Antrages Ihre künftigen Anträge zu stellen, und seien Sie überzeugt, daß jeder Mensch, der einen Bissen Fleisch in Wien isst, Ihnen dankbar sein wird.

Ich möchte noch auf einen Umstand aufmerksam machen und diesbezüglich einen kleinen Antrag stellen. Er betrifft die Thatsache, daß an den Fleischverkaufsorten, den Fleischbänken und Fleischständen folgender Vorgang stattfindet.

Es werden naturgemäß verschiedene Thiere geschlachtet, und zwar Ochsen, Kühe und Büffel. Der Verkauf erfolgt aber leider immer nur unter dem Namen „Rindfleisch“. Da kommen nun die Käufer zu Schaden, in solchen Fällen, wo sie statt Rindfleisch, Büffel Fleisch oder nur Kuhfleisch erhalten. Ich beantrage daher, daß das Marktamt beauftragt werde, die Fleischverkäufer zu verhalten, die Namen der Fleischgattungen, welche sie verkaufen, deutlich ersichtlich zu machen.

Gem.-Rath Dr. Fogler (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage Schluß der Debatte. (Lebhafter Widerspruch links.)

Bürgermeister: Aber, meine Herren! es sind noch 40 Seiten Approvionsierungswesen. (Rufe links: Das macht doch nichts! — Zimmer der Stadtrath! Da hört sich alles auf! — Unruhe.) Herr Gem.-Rath Strobach, beruhigen Sie sich. Es steht der Versammlung frei, den Antrag abzulehnen. (Unruhe links.) Die Aufregung ist ganz überflüssig. Wenn der Gemeinderath den Schluß der Debatte nicht haben will, wird er ihn ablehnen, damit ist der Fall erledigt.

Gem.-Rath Dr. Fogler: Der Antrag stößt auf Opposition. Ich mache aber die Herren darauf aufmerksam, daß wir Post XXVIII 2 a „Schlachtviehmarkt-Gebühren“ in Berathung haben. Keiner der vorhergehenden Redner hat zu diesem Titel gesprochen. Ich sehe daher nicht ein, wozu diese ganze Debatte, die hier wenigstens nicht am Plage ist, geführt werden soll. (Widerspruch links.) Ich bitte also, den Schluß der Debatte anzunehmen. (Unruhe links und Rufe: Da gehen wir also nach Hause!)

Bürgermeister: Ich ersuche jene Herren, welche mit dem Schluß der Debatte einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschlacht.) Abgelehnt. (Beifall links und Rufe: Gott sei Dank!)

Gem.-Rath Dr. Gehmann: Ich möchte nur eines constatieren, nämlich daß bei dieser Debatte so ganz in voller Deutlichkeit die Schädlichkeit des neuen Statutes zutage tritt (Beifall links), und daß nicht von dieser, meine Herren, sondern von Ihrer (rechten) Seite selbst mit Recht das Unwürdige, das in

dem neuen Statut für die ganze Stellung des Gemeinderathes gelegen ist, empfunden wird.

Ich frage Sie, meine Herren: Was haben wir eigentlich da alle miteinander mehr für Bedeutung? Wird irgendeine Maßnahme der magistratischen Ämter besprochen, so sagt der verehrte Herr Bürgermeister, das ist eine Kompetenzüberschreitung, in der Richtung haben wir nichts zu sprechen. Bringt man im Reichsrathe aber, wo also nach der Anschauung des verehrten Herrn Bürgermeisters das allein zugehörige Forum wäre, Dinge vor, welche die Gemeindeverwaltung betreffen, so wird dann wiederum von genau derselben Seite der Vorwurf erhoben und gesagt, es sei ungehörig, daß ein Mitglied des Gemeinderathes das Ansehen der Gemeinde an einer anderen Stelle, also beispielsweise im Reichsrathe, discreditiere.

Ich frage Sie, meine Herren: Wo soll man sich beschweren über Vorgänge, bei welcher Gelegenheit soll man denn über dergleichen Dinge sprechen? Wir wissen ja, was für eine Behandlung die Anträge, die wir hier stellen — das haben Sie aus dem Munde der Herren, die von jener Seite gesprochen haben, gehört — erfahren; das ist ja die reine Für-Marren-Halterei, meine Herren! Verzeihen Sie den Ausdruck! Es ist rein nur so, daß vielleicht in den Zeitungen von der Sache Act genommen wird, im übrigen ist alles so gut wie in die Luft hinein gesprochen.

Nun, meine Herren, ich möchte nur das eine sagen: Es ist richtig, daß das Marktwesen in vieler Hinsicht außerordentlich viel wunde Punkte aufweist und daß von verschiedensten Seiten in der Richtung Klagen erhoben werden. Es ist andererseits auch richtig, daß es nicht leicht ist, den verschiedenen Beschwerden, die sich ja vielfach widersprechen und die entgegenstehende Interessen darstellen, ohneweiters Rechnung zu tragen, weil einmal das Interesse der einen, das anderemal das Interesse der zweiten Seite naturgemäß auf diese Weise verlegt wird.

Aber, meine Herren, das eine ist gleichfalls sicher, daß bei der Ordnung unseres Marktwesens ein durchaus nicht den Interessen, weder denen der Allgemeinheit noch der einzelnen Interessenten entsprechender Geist gewaltet hat. Es sind eine ganze Reihe von Verordnungen, eine ganze Reihe von Maßnahmen, beispielsweise am Central-Viehmarkte, getroffen, die wirklich nur auf eine Seccatur, auf eine Chicanierung all der Leute, die draußen zu thun haben, hinauslaufen. (Zustimmung.)

Meine Herren! Wir haben im Laufe der heutigen Debatte gehört, daß die Maßnahmen, die auf dem Markte getroffen wurden, und die Maßnahmen, die insbesondere die Gemeinde in den letzten Jahrzehnten getroffen hat, durchaus nicht im Interesse der Sache gelegen sind, daß sie nicht von einem einheitlichen Geiste, nicht von einer großen Idee geleitet werden. Das ist ganz richtig, meine Herren, aber nehmen Sie mir es nicht übel, wenn ich Sie daran erinnere — und ich muß es bei dieser Gelegenheit thun, daß gerade die größten Irthümer und die größten Fehler in der Richtung dadurch begangen wurden, daß die löbliche Majorität in früheren Jahren sich nicht von den Interessen der Allgemeinheit, sondern von den Interessen ganz bestimmter Kreise in dieser Richtung hat beeinflussen lassen.

Meine Herren, wir haben beispielsweise mit aller Entschiedenheit damals den Kampf gegen die Depositenbank geführt. Ja, meine Herren, wer ist schuld daran, daß in dieser Richtung so zahlreiche Klagen bestehen? Sind wir schuld daran, oder ist nicht die Schuld bei denjenigen Herren zu suchen, die, sobald es sich

um ein großcapitalistisches Unternehmen handelte, sofort mit Vergnügen bereit sind, da den Leuten die Hand zu reichen und ihnen in den Sattel zu helfen? (Sehr richtig! links.) Meine Herren, aber außer dieser Hauptursache besteht noch eine ganze Reihe von anderen Momenten, die wirklich aus einer ganz verkehrten Praxis der Behörden, welche den Markt zu überwachen haben, hervorgehen, und zum Theile auch aus Verordnungen, die nicht in die Kompetenz beispielsweise der städtischen Marktorgane gehören, sondern für welche die Verantwortung die betreffenden Regierungsorgane trifft.

Es ist auch über die Vertheuerung des Fleisches gesprochen worden und namentlich auch die Frage des Einflusses berührt worden, den die Eisenbahntransporte auf die Höhe der Fleischpreise ausüben. Nun, meine Herren, ich hätte nach den Ausführungen des verehrten Herrn Collegen Herrdegen eine andere Ziffer bezüglich des Einflusses der Transportkosten auf jedes Kilo Fleisch erwartet als die, die er selbst angeführt hat — 2.7 kr. wenn ich richtig gehört habe — und die ich durchaus nicht so gering finden kann, als er die Güte gehabt hat, die Sache darzustellen. Aber außerdem besteht eine ganze Reihe Unzukömmlichkeiten, die gerade auf das Conto der Eisenbahnen zu setzen sind und die eine schwere Schädigung der Marktinteressenten und auch des Publicums involviert. Ich habe einmal die ganze Geschichte genau studiert und alle die betreffenden Daten gewußt, aber im Augenblicke fallen mir nicht die einzelnen Details ein; ich kann Ihnen jedoch Folgendes sagen:

Es kommen große Transporte Waidnervieh aus dem Waldviertel herunter. Nun bleibt dasselbe auf dem Franz Josef-Bahnhofe stehen. Es kommt um 4 Uhr früh dort an und es ist gar kein Hindernis, dasselbe sofort auf den Markt hinüber zu expedieren, wo sofort der Handel mit der Ware vor sich gehen könnte. Das war aber trotz wiederholter Urgezen absolut nicht zu erreichen. Es ist in vielen Fällen vorgekommen, daß die betreffenden Thiere dadurch an der Qualität bedeutenden Schaden gelitten haben, ja daß dieses Waidnervieh oft vollständig verdorben wurde und dann vernichtet werden mußte. Abgesehen davon aber, haben die betreffenden Geschäftsleute, welche das Fleisch auf den Markt geschickt haben, sehr wesentlichen Schaden erlitten. Es ist hundertmal reclamirt worden und hundertmal ist diese Reclamation von keinem Erfolge begleitet gewesen.

Ebenso, meine Herren, verhält es sich mit den Spejen, welche diejenigen, die das Fleisch verarbeiten, treffen. Es wird da so schablonenmäßig gearbeitet und ein so rein fiscalischer Standpunkt entwickelt, daß es naturgemäß ist, daß auf diese Weise eine nicht unbedeutende Vertheuerung des betreffenden Artikels herbeigeführt wird. Es bestehen z. B. bei dem Weinvieh allgemeine Sätze; es wird da beispielsweise die Verzehrungssteuer eingehoben im Betrage von 4 fl. 55 kr., dann wird ein 1 fl. Schlachtgebür abgenommen, dann wird 1 fl. Fuhrlohn vorgeschrieben, so zwar daß bei einem Stück, das vielleicht 70 bis 80 Kilogramm Fleisch repräsentiert, und zwar minderwertiges Fleisch, auf diese Weise Kosten von 7 bis 8 fl. auflaufen, was einer Vertheuerung des betreffenden Fleisches bis 10 kr. gleichkommt.

Bezüglich der Kälber, die auf dem Contumaz-Viehmarkte verkauft werden — es sind das ältere Kälber von $\frac{3}{4}$ bis ein Jahr — sind dieselben Gebüren und das trägt naturgemäß sehr bedeutend dazu bei, den Preis des Fleisches auf diese Weise zu erhöhen. Das eine ist richtig: Ich habe sowohl von Seite derjenigen, welche

das Vieh auf den Central-Viehmarkt schicken, als auch von Seite der hiesigen Interessenten (Fleischhauer, Fleischverkäufer, Wirte) eine ganze Reihe von sehr berechtigten Klagen namentlich gegen die frühere Vorstehung unseres Marktamtes — hoffentlich dürften sich jetzt diese Klagen infolge des Wechsels in der Person beheben — aussprechen gehört, ohne dass in der Richtung eigentlich etwas verfügt worden wäre. Ich kann nur mit dem schließen, was auch Colleague Seiler gesagt hat: Die wichtigsten Fragen werden bei uns in der unglaublichsten Weise verschleppt, trotz wiederholt gestellter Anträge. Ich habe in derselben Sache gleichfalls einen Antrag gestellt, der damals angenommen wurde; es ist natürlich nicht das geringste in der Richtung geschehen und es ist traurig, wenn man es aussprechen muss: hier irgendeine Anregung zu geben, ist fast wertlos, viel eher ist man noch imstande, bei der Regierung irgendeine Änderung durchzusetzen, beziehungsweise durch eine Anregung, die im Abgeordnetenhaus gegeben wird, auf diese Weise etwas zu erreichen, als dass man imstande wäre, hier im Gemeinderathe in Angelegenheiten, welche das Interesse der Gemeinde in erster Linie tangieren, irgendetwas durchzusetzen. (Beifall links.)

Bürgermeister: Ich muss gegenüber dem Herrn Vorredner bemerken, dass er sich erinnern wird — er war ja damals Mitglied des Gemeinderathes — dass das Übereinkommen mit der Depositenbank nicht vom Gemeinderathe, sondern von der Regierung, und zwar wie ich mich lebhaft erinnere, unter Widerspruch des Gemeinderathes getroffen worden ist.

Ich möchte bitten, nicht noch ungerechte Vorwürfe der Gemeinde zu machen, es sind der gerechten schon genug. (Lebhafte Heiterkeit.)

Gem.-Rath Steiner: Meine Herren! Es ist gewiss bedauerlich, wenn in einer so wichtigen Frage die Verhältnisse im Wiener Gemeinderathe derartige sind, dass die eigentlichen Fachmänner, welche Mitglieder des Wiener Gemeinderathes sind, die Fleischhauer, hier die Interessen ihrer Collegen nicht vertreten können, um nicht morgen von der gesammten Journalistik als nackte Egoisten bezeichnet zu werden. (Zustimmung links.)

Ich bin vollkommen überzeugt, dass die Fleischhauer, welche Mitglieder des Gemeinderathes sind, aus diesem Grunde nicht sprechen, weil der Stand schon seit Jahren den größten Anfeindungen von Seite der Presse ausgesetzt ist. (Zustimmung links.)

Ich war weiters der Meinung, dass Herr Colleague Tagleicht den Antrag auf Decentralisation des Fleischmarktes, den er gestellt hat, jetzt etwas näher begründen, dass er sich äußern wird, wie er sich die Erbauung der Schlachthäuser an der Grenze, wie er sich den Fleischtransport u. s. w. denkt.

Was hat der Antragsteller gesagt? Dass der Fleischverkauf in Wien sich unter Monopol befindet. Er hat vorsichtigerweise nicht gesagt, wo das Monopol ist.

Ich verwahre mich entschieden dagegen, dass es bei den Fleischhauern ist. Die Fleischhauer schmachten unter dem Monopol. Es ist auf dem Central-Viehmarkte beim Zwischenhandel. Sie schmachten unter den Cartellen, die bestanden haben — ich habe heute die statistischen Daten nicht bei mir, welche mir die Fleischhauer gegeben haben, ich muss mich allerdings auf die Fachmänner berufen, und da wird man wieder Zweifel dreinsetzen — sie schmachten unter den Cartellen, welche bestanden haben in Bezug auf den Verkauf von Häuten und Unschlitt. Das vertheuert das Fleisch, und wenn Herr Gem.-Rath Tagleicht sagt, dass das

Fleisch jetzt theurer ist, so muss ich sagen, ich habe verschiedene Großstädte des In- und Auslandes besucht, und ich muss sagen — wenn mich auch morgen die Presse angreift — in Wien ist das billigste und beste Fleisch zu haben.

Ich habe mich am Fleischmarkte und in verschiedenen Bezirken umgesehen, und ich kann Ihnen versichern, dass das Fleisch in Bezug auf Qualität bei den Fleischhauern und selbst bei den größten noch immer besser und billiger ist als die Qualität, welche am Wiener Fleischmarkte verkauft wird. Am Wiener Fleischmarkte ist eine einzige Firma, die Firma Preiß, die hat Primaqualität. Ich habe mich dort um den Preis erkundigt. Dieses Fleisch kostet gerade so viel wie bei einem Fleischhauer, welcher Primaochsen schlachtet.

Es hat der Herr Colleague Tagleicht sich über die Schlachthäuser an der Grenze nicht geäußert. Wenn ich mir das Vieh ansehe, welches am Viehmarkt aufgetrieben wird, und wenn ich die Qualität betrachte, werde ich immer so lange gegen die Errichtung von Schlachthäusern an der Grenze sein, bis nicht die nöthige Garantie geboten wird.

Ich glaubte eben, der Herr Colleague Tagleicht werde erklären, wer die Aufsicht in Bezug auf die Schlachtung führt, was sehr wichtig ist, denn ich sage es offen, wenn in Ungarn oder Galizien Schlachthäuser an der Grenze errichtet werden sollten, dann wird jeder Ochse, der selbst eines natürlichen Todes gestorben ist, verfrachtet und nach Wien expediert.

Ich möchte den Viehbeschauer kennen lernen, der es auf einem ungarischen Gute wagen würde, einen Ochsen zu confiscieren. Man würde ihn tüchtig hernehmen, vielleicht so lange, bis der Ochse wieder lebend wird.

Man will den Fleischmarkt decentralisiren. Jetzt komme ich auf die Artikel des Herrn Klebinder nach dem Zwischenfalle, den wir mit Herrn Collegen Tagleicht in den Couloirs gehabt haben. Das „Tagblatt“ hat geschrieben: „Es war eine Freude anzusehen, wie die Weiber der Arbeiter sich am Sonntag-Morgen am Fleischmarkt drängten, um einzukaufen.“ Ich war einmal dort und bedauere die Arbeiter, die gezwungen sind, derartiges Fleisch zu kaufen. Denn gehen Sie hinaus, schauen Sie an, was dort verkauft wird. Es steht zwar in den Berichten des Magistrates, welche alle Sonntage an uns versendet werden: Vorderes 30, 32 kr., aber die Qualität kauft niemand von uns, wie wir hier sitzen.

Ich habe gefunden, dass sehr gutes Vorderfleisch in den Fleischbänken um 50, 55 kr. verkauft wird. Derartige Berichte führen die Bevölkerung irre; das Monopol, wie es Herr Colleague Tagleicht meint, existirt nicht, aber man will den Fleischmarkt — das ist wenigstens meine Ansicht — decentralisiren, um die Schlachthäuser über der Grenze errichten, um das Monopol in Wien in die Hand zu bekommen, und dann wird das Fleisch ebenso theuer, wenn nicht noch theurer sein als jetzt. (Sehr richtig! links.)

Die Übelstände auf dem Schlachtviehmarkte bezüglich des Zwischenhandels wurden zur Genüge besprochen. Der Schmattes existirt; es kommt vor zu Zeiten, wo das Weinvieh im Sommer weniger wird, weil es zumeist noch auf der Weide ist, dass per Stück 2 fl. gezahlt werden müssen! (Hört! links.) Das kommt vor, und ich habe mir von einem Fleischhauer sagen lassen, der eine ziemlich große Quantität Ochsen wöchentlich kauft, dass er circa 40 fl. per Woche an Schmattes zahlen muss, um das Vieh überhaupt zu bekommen.

Ich hebe mir das weitere bezüglich der Herren Klebinder und Tagleicht auf, bis der Antrag Tagleicht zur Verhandlung kommt; dann aber werden wir die Personen, welche an der Fleischvertheuerung in Wien schuldtragen, in richtiger Weise charakterisieren! (Gem.-Rath Tagleicht: Das ist Herr Gem.-Rath Steiner!)

Gem.-Rath Schiefel: So oft diese Frage bei uns zur Sprache kommt, wird von allen Seiten für und dagegen gesprochen, aber leider Gottes, das Fleisch wird dadurch nicht billiger, und wenn auch Herr College Herdegen mit noch so großer Bestimmtheit die Eröffnung der rumänischen Grenze nur eine Phrase genannt hat — nein, meine Herren, es ist keine Phrase, das Fleisch wird auch in Wien nicht billiger werden, bevor dies geschieht. Ich werde Ihnen auch sagen, warum. Das Fleisch in Wien ist theuer. Es ist aber überall theuer, und wer die Wiener Marktverhältnisse kennt, wird wissen, daß Kälber von Wien nach Pest, Lämmer nach Prag verkauft werden, daß im Sommer das Fleisch von Wien in alle böhmischen Bäder, sowie nach Tschl, Gmunden, Gastein etc. geht, daß die Fleischhauer von Prag und Preßburg gegenwärtig in Wien einkaufen. Er wird auch wissen, daß das Vieh aus den Alpenländern meist ins Ausland geht und daß 3000 Ochsen, die heute noch in Mast stehen, bereits vom Auslande angekauft sind (Rufe: 5000 Ochsen!) und im Laufe des Sommers über die Grenze hinausgehen werden. (Richtig!) Aus reinem Patriotismus, meine Herren, wird uns kein Mäster seine Ochsen nach Wien führen, er verkauft sie dorthin, wo er mehr bekommt, und wenn man ihm im Auslande mehr bietet, kann ich es ihm nicht verdenken, wenn er sein Vieh ins Ausland verkauft. Deswegen ist der Ausspruch, daß das Fleisch in Wien unverhältnismäßig theurer sei, vollkommen ungerecht. Wer in der Welt draußen war und sich um diese Verhältnisse gekümmert hat, wird auch gesehen haben, daß das Fleisch in Wien im Verhältnis zur Qualität nicht nur nicht theurer, sondern sogar billiger ist wie anderswo.

Ich möchte auch sagen, was über den Schmattes gesagt wurde, ist nicht so arg (Oho-Rufe! links), wie Herr Gem.-Rath Steiner glaubt. Er kann vielleicht beim Weinvieh vorkommen, aber alle unsere größeren Händler und Commissionäre nehmen keinen Schmattes. Es kann wo vorkommen, aber im großen und ganzen vertheuert er das Fleisch nicht.

Das Fleisch vertheuert der trotz alledem sehr hohe Vohntarif, wie schon Gem.-Rath Herdegen gesagt hat, und der Umstand, daß die Lieferzeit so ungleichmäßig ist, daß die Bahnen niemals die Zeit einhalten (Unruhe links), das Vieh kommt ein bis zwei Tage zu spät an, und um nicht Schaden zu erleiden, muß der Händler es zwei bis drei Tage früher aufgeben, damit es rechtzeitig auf den Markt kommt. Er muß es dann drei bis vier Tage länger füttern und das kommt auch ziemlich theuer.

Meine Herren! Wenn Sie etwas thun wollen, gegen die Höhe des Preises können Sie überhaupt nicht ankämpfen, das sage ich Ihnen ganz ruhig. Sie können nur verschiedene Markteinrichtungen verbessern, den Zwischenhandel eindämmen, soweit es möglich ist, der Überfütterung vorbeugen, verschiedene Erleichterungen schaffen, wenn dies überhaupt bei unseren Gesezen möglich ist, und unausgesezt an die Regierung petitionieren, daß die rumänische Grenze eröffnet werde, daß die Agrarier doch einmal den kürzeren ziehen, aber sonst können Sie nichts weiter thun, als eines, und das ist die Vermehrung des Marktpersonales, die Vermehrung der

Marktcommissäre und Thierärzte. Wenn ich auch nicht so weit gehen will wie der Herr College Steiner bezüglich des Fleisches, welches in die Markthalle kommt, so muß ich doch offen sagen, daß ich so manches davon nicht verzehren möchte. Es sind Kälber da, wo ich nicht dafür gutstehen würde, ob sie geboren wurden, oder ob die Mutter früher zugrunde gegangen ist. Kein Thierarzt der Welt kann, wenn das Fell heruntergezogen worden ist, wenn keine Füße, kein Kopf, keine Zähne daran sind, behaupten, das Kalb ist nur kleiner Race oder unreif. So geht es bei dem Fleische und bei allem. Ich möchte Sie bitten, nachdem die Lebensmittelfälschung und der Verkauf verdorbener Lebensmittel in Wien leider Gottes immer noch betrieben wird, das Marktpersonale derart zu vermehren, daß alle Leute, welche aus schmutziger Gewinnsucht die Bevölkerung an Gesundheit und Leben schädigen wollen, gehörig herangezogen werden.

In diesem Punkte muß ich offen sagen, sind mir die Geseze viel zu milde, das soll nicht mit Geldstrafen, es soll mit Arreststrafen geahndet werden. (Lebhafter Beifall rechts.)

Gem.-Rath Dr. Flohberg: Sehr geehrte Herren! Gestatten Sie mir, daß ich in dieser Frage auch das Wort ergreife. Wenn der Herr College Herdegen auseinandergesezt hat, daß diese Frage in großen Zügen behandelt werden müsse, so stimme ich ihm vollständig bei. Dessenungeachtet können wir aber nicht umhin, bis zur endgiltigen Lösung der Frage Anträge zu stellen, welche zur Verbesserung des Marktwesens geeignet sind. Wenn Herr College Herdegen sagt, es gebe in dieser Frage Schlagworte, so muß ich, meine Herren, doch sagen, daß diese Schlagworte insofern eine Berechtigung haben, als sie zur wirklichen Lösung der Approvisionierungsfrage der Stadt Wien beitragen. (Bravo!)

Und ich erkläre wiederholt, wir müssen immer fordern und petitionieren, daß die Grenze eröffnet wird, weil ich darin das alleinige und seligmachende Heil in dieser Frage ersehe. (Bravo!) Denn solange wir nicht sogenanntes billigeres Vieh zur Einstellung zur Mästung haben, solange kann im allgemeinen überhaupt von billigem Vieh und insofern von billigem Fleische nicht die Rede sein. (Wahr ist es!) Ich brauche Sie nicht daran zu erinnern, daß in früheren Zeiten z. B. ein Paar Einstellochsen nur 200 bis 250 fl. gekostet haben, während heute ein solches Paar 500 fl. kostet, also um 100 Percent theurer ist, und dessenungeachtet drückt sich der Preis des Fleisches nicht um 100 Percent theurer aus, als diese Einstellochsen heute kosten. (Sehr richtig!) Ein weiterer Übelstand, welcher zur Vertheuerung des Fleisches beiträgt, ist die höhere Spritsteuer; insofern wird auch weniger gebrannt und nur durch eine kurze Zeit des Jahres gebrannt, und die Mästung findet nicht das ganze Jahr hindurch statt. Es wurde wiederholt von den sogenannten Ringen gesprochen. Ja, Ringe gibt es bei gemästeten Ochsen nicht, weil der gemästete Ochs nicht mit Hafer oder Kupper verglichen werden kann, den man einfach aufspeichern kann. (Richtig!) Wenn der Ochs reif, d. h. vollständig gemästet ist, muß er verkauft werden, und wird er nicht verkauft, so hat der Händler nicht Gewinn, sondern er hat Verlust. Das soll allerdings vorkommen, daß ein Ochsentransport auf eine Woche zurückgehalten wird, und dazu haben wir die Erfindung des Telegraphen. (Hört!) Das ist etwas allgemein Bekanntes.

Es wurde davon gesprochen, daß in Wien ein Monopol existiert, und auch ein Bezirksausschuß eines Bezirkes in Wien hat sich mit dieser Frage befaßt, und merkwürdigerweise war es sogar ein Apotheker (also ein strenger Monopolist), welcher sagte:

es existiert ein Monopol bezüglich des Fleisches, und dieses Monopol muß gebrochen werden. Hätte wer immer sonst anders das gesagt, aber daß gerade ein Apotheker, ein Privilegierter, das gesagt hat, daß ein Monopol existiert, muß mich am allermeisten verwundern. (Sehr gut!) Wenn Sie nun im allgemeinen fragen, ob das Fleisch in Wien billig oder theuer ist, so erkläre ich Ihnen, daß das Fleisch qualitativ, je nachdem billig, aber niemals theuer ist. Es wundert mich am allermeisten, daß man die Hausfrauen citirt, die über die besondere Theuerung des Fleisches klagen, während sie bei anderen Artikeln eine solche Theuerung absolut nicht kennen. Man bekommt bei den Modistinnen einen sehr feinen Hut für 2 fl. (Heiterkeit. — Hört!), und derselben Hausfrau, welche darüber klagt, daß das Fleisch so theuer ist, behagt dieser Hut um 2 fl. nicht, sondern sie kauft sich einen Hut für 10 bis 12 fl. (Heiterkeit. — Sehr gut!) oder noch theurer; und wenn jemand klagt, daß die Cigarren theuer sind — ja, die Qualität ist theuer, aber man bekommt ja auch Volkscuba um 2 1/2 kr. oder noch billiger. In allen Artikeln muß die Qualität gezahlt werden. Dieser Vergleich ist vollkommen richtig, daran gibt es nichts zu nörgeln. Ich habe hier auch einen Antrag bezüglich des Lebensmittel-Fälschungs-Gesetzes gestellt. Dieses Gesetz befindet sich derzeit im Herrenhause zur Berathung. Nun, wenn schon die Petition an das Abgeordnetenhaus zu spät gekommen ist, so hätte ich mir doch gedacht, daß man an das Herrenhaus gehen könnte. (Hört!) Ich habe direct den Antrag gestellt, daß die Lebensmittel-Fälschungen nicht als Übertretungen, sondern als Vergehen behandelt und infolge dessen mit Arreststrafen belegt werden. (Bravo!) Denn was liegt einem solchen Menschen, der tausende daran verdient und die Gesundheit von Menschen zugrunde richtet, daran, einige Gulden Strafe zu bezahlen? Ein Mörder ist in meinen Augen ein Ehrenmann gegen einen Lebensmittel-Fälscher. (Richtig!) Gegen jenen kann ich mich eventuell wehren, wenn meine physischen Kräfte es zulassen, nicht aber gegen jemanden, der mir in Form von Speisen und Getränken Gift gibt. (Sehr richtig! links.)

In einer der letzten Sitzungen wurde vom Collegen Frauenger (Rufe links: O je!) hervorgehoben, daß wir trachten sollen, uns Einnahmen aus gewissen Dingen zu schaffen, die im allgemeinen nicht als Capital betrachtet werden und doch Capital sind. Er hat von der Abfuhr des Kehrriechts gesprochen und gesagt: „Die Commune Wien könnte daraus 10 bis 12.000 fl. heraus schlagen, weil in diesem Kehrriecht Draht, Glas, selbst Gold, Silber u. gefunden wird, weil dieser Kehrriecht andererseits als Dünger verwendet werden kann, und dieser Dünger wieder zur Cultivierung von solchen Flächen, welche derzeit nicht productiv sind, wie z. B. die Sandflächen im Marchfelde, verwendet werden kann.“ (Richtig!) Ich möchte Sie bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam machen, daß wir gerade wichtige Dinge, die viel Geld kosten, zu Mist machen, und ich bitte Sie, hören Sie mich nur einen Moment ruhig an, wenn es auch mit diesem Punkte nicht direct in Verbindung steht. Ich finde aber keine andere Stelle hiefür, und nachdem dies zu den Einnahmen des Marktes gehört, glaube ich, hier darüber sprechen zu dürfen. (Gem.-Rath Strobach: Sehr gut!) Im allgemeinen ist an dem Zustande, den ich jetzt besprechen werde, unsere mangelhafte Gesetzgebung schuld (Hört!), weil unser Gesetz in vielen Fällen generalisirt. In Deutschland, wo man ein Reichsgesundheitsamt hat, das um das Wohl und das Leben der Bewohner sehr besorgt ist, hat man einen genauen Unterschied gemacht. (Hört!)

Es hat Herr Colleague Seiler von den sogenannten finnigen Schweinen gesprochen, die als Aufgabe gegeben werden. Bei uns in Wien werden jährlich 2000 finnige Schweine vernichtet, rein vernichtet, und das repräsentirt ein Capital von ungefähr 72.000 fl. (Hört!) Dabei kostet die Vertilgung auch ungefähr noch 3000 fl. Ich rede nicht von jenem Fleisch, welches beim Rinde vertilgt wird, und welches auch ein ebenso großes Capital verschlingt. Das ist geradezu eine Schädigung des Nationalvermögens, ich möchte es fast ein Verbrechen nennen. (Sehr richtig! Bravo!)

In Deutschland draußen wird ein solches Fleisch dem Consum zugeführt; erschrecken Sie, meine Herren, nicht darüber, ich werde Ihnen das genau begründen. Es wird dem Consum zugeführt, nachdem es sterilisirt, d. h. unschädlich gemacht worden ist.

Es wird in Deutschland sowohl das finnige als auch jenes Fleisch, welches von tuberculösen Thieren herrührt, dem Consum zugeführt, nachdem es in den Rohrbek'schen Sterilisations-Apparaten unschädlich gemacht worden ist, und daß es unschädlich gemacht worden ist, will ich Ihnen insofern beweisen, als, wenn ein solches Fleisch in diesem Apparate sterilisirt worden ist und Sie nehmen von dem eine Masse und impfen diese Masse einem gesunden Meerschweinchen ein . . .

Bürgermeister (unterbrechend): Aber, Herr Redner, vom Zupfen!

Gem.-Rath Dr. Aloßberg: Das gehört zur Begründung; ich werde noch mehr von der Zupfung reden!

Bürgermeister: Ich habe bis jetzt wirklich die General-Debatte zugelassen über alle Angelegenheiten des Approvisionierungswesens, aber, wenn wir jetzt noch mehr vom Zupfen sprechen, werden wir nicht fertig.

Gem.-Rath Dr. Aloßberg: Das ist nur en passant!

Bürgermeister: Ich muß bitten, bleiben Sie wenigstens bei der Approvisionierung, wenn schon nicht bei der Post 2a!

Gem.-Rath Dr. Aloßberg: Ich bin direct bei der Approvisionierung, nämlich bei der Verwertung des finnigen Schweinefleisches! (Richtig! Nur reden!)

Bürgermeister: Ich werde es nicht zulassen. Ich bitte, diesen Gegenstand zu verlassen und von der Approvisionierung zu sprechen.

Gem.-Rath Dr. Aloßberg: Ich stelle einen Antrag, den muß ich doch begründen!

Bürgermeister: Der muß zur Sache gehören!

Gem.-Rath Dr. Aloßberg: Die Commune leistet damit auf eine Einnahme von 100.000 fl. Verzicht. Wenn das beliebt, so schweige ich. (Reden!)

Nachdem ich beim Worte bin, möchte ich denjenigen Herren, die vor Finnen Abscheu haben, erklären, daß man weit unangenehmere Dinge in anderer Form zu sich nimmt. (Hört!)

Nehmen Sie an, irgendjemand schafft sich Käse an, aber grün muß er sein! Wissen Sie, was er damit zu sich nimmt? Oder jemand isst Salat, da sind Würmer drin, man mag ihn reinigen wie man will. Und dann, meine Herren, in Salami (Heiterkeit), welche einfach getrocknet, also nicht sterilisirt ist, können in vielen Fällen Finnen darin sein. (Hört!)

Nun, meine Herren, habe ich Ihnen erklärt, daß durch den Rohrbek'schen Apparat solches Fleisch sterilisirt werden kann. Man vertilge dieses Fleisch nicht, es repräsentirt ein Vermögen (Bravo!); in München und Berlin z. B. wird es verkauft, und wenn dort solches Fleisch verkauft wird, muß polizeiliche Assistentz

einschreiten; ein solcher Andrang herrscht dort bei solchen Gelegenheiten. Ich habe mich in Berlin und München selbst davon überzeugt; Polizei mußte aufgeboden werden, um den Menschenandrang zurückzuhalten. Das würde, meine Herren, eine Summe von ungefähr von 75.000 fl. ausmachen, beim Rind kann man auch 75.000 fl. annehmen, und das ergibt eine Summe von beiläufig 150.000 fl. (Hört!)

Nun, meine Herren, erlaube ich mir aus diesem Grunde hier einen Antrag zu signalisieren — momentan stelle ich ihn noch nicht, ich werde ihn separat einbringen — nämlich den Antrag, daß der Gemeinderath beschliesse, eine obligatorische Affecuranz für sinnige Schweine einzuführen. Wenn man bei einem Auftriebe von 500.000 Stück im Jahre nur einen Betrag von 20 kr. fordert, so ergibt das eine Summe von 100.000 fl., welche hier die Gemeinde einnehmen könnte. (Beifall.) Die näheren Details dieser Affecuranz will ich nicht ausführen; selbstverständlich müssen solche Schweine, bei denen die Finnen schon an der Zunge sichtbar sind, von dieser Affecuranz ausgeschlossen sein. Ich werde mir erlauben, in einer der nächsten Sitzungen diesen Antrag zu stellen. (Beifall und Händeklatschen.)

Bezüglich der Eisenbahntarife ist es nicht ganz richtig, daß dieselben im allgemeinen so billig sind, als es Herr Collega Herr d e g e n darstellt. Wenn auf 1 kg 3 kr. kommen, und zwar für so eine Masse, die man verladen kann, und das im allgemeinen nicht viel Raum einnimmt, so ist das doch sehr viel. Dabei ist allerdings der sogenannte Eistransport mangelhaft, denn die Bahnen stellen nicht jene Waggons bei, welche wünschenswert wären. Und wenn Herr Collega Schieferl erklärt hat, daß man in vielen Fällen das Kalb nicht unterscheiden kann, so ist das ganz richtig, ich habe aber vor Jahren diesbezüglich einen Antrag eingebracht, und auch die VIII. Section hat damals einen solchen gestellt. Meine Herren, mögen wir berathen, wie wir wollen, eines ist sicher, daß, so lange nicht die Grenze geöffnet wird (Bravo!), so lange wir nicht neue Quellen entdecken, von wo wir Fleisch beziehen können, Sie niemals auf ein billiges Fleisch rechnen können. (Beifall.) Sie müssen neue Quellen erschließen, aber wenn nur mehr Bezugsberechtigte für die alten Quellen da sind, dann wird eine Concurrrenz geschaffen, aber nicht eine Verbilligung. Ich bin gewiß überzeugt, daß der Herr Bürgermeister den innigen Wunsch hat, nicht, wie Heinrich IV. sagte, daß der Bauer sein Huhn im Topfe habe, sondern daß der Wiener Bewohner täglich sein Fleisch genießen könne, und ich schließe mit dem Wunsche, es möge dem Herrn Bürgermeister gelingen, zu Nutz und Frommen der Gemeinde und ihrer Bewohner billiges Fleisch für Wien zu schaffen. (Bravo! Bravo! — Lebhafter Beifall.)

Gem.-Rath Vincenz Wessely: Ich hätte mich, meine Herren, nicht um das Wort beworben, wenn nicht ein Herr Collega aus dem II. Bezirke versucht hätte, meine Ausführungen, welche ich in der General-Debatte über die Approvisionierungsfrage machte, anders zu deuten, als sie wirklich gemeint waren. Es war der Herr Collega T a g l e i c h t, der mir imputierte, daß ich behauptet und keine Gründe dafür angegeben hätte, warum man den täglichen Fleischmarkt nicht decentralisieren soll.

Es war doch keine Gelegenheit dazu; der Gegenstand war nicht auf der Tagesordnung, wir haben über denselben nicht berathen; wenn wir dazu kommen, kann Collega T a g l e i c h t versichert sein, daß ich dann die Gründe angeben werde.

Ich habe nur gesagt, daß es mir als Referent der achten Section gelungen ist, es durchzuführen, daß die damals beantragte Decentralisation des täglichen Fleischmarktes unterblieben ist, und daß es mir dann, als der verstorbene Bürgermeister trotz dieses Beschlusses gewillt war, den täglichen Fleischmarkt zu decentralisieren, gelungen ist, ihm die Gründe anzugeben, welche dagegen sind, und ich habe der Versammlung nur einen Fingerzeig gegeben, ich habe gesagt, die Herren sollen sich hüten, vielleicht einmal diesem Antrage Folge zu geben und den täglichen Fleischmarkt zu decentralisieren. Ich habe mich aber gründlich bemüht, in der Commission als Correferent über die Approvisionierungs- und Marktfrage die Verhältnisse zu schildern. Ich habe auch mein Scherlein beigetragen in der General-Debatte, ich werde nicht wiederholen, was ich damals gesagt habe.

Aber den Antrag des Collega Herr d e g e n auf Einsetzung einer Control-Commission von sieben Mitgliedern möchte ich auf das wärmste unterstützen und nur sagen, daß mir die Zahl der Commissionsmitglieder von sieben etwas zu gering scheint; ich möchte beantragen, daß eine Commission von 15 Mitgliedern gewählt werde. Die Frage ist von höchst wichtiger Bedeutung. Ich weise darauf hin, daß der verstorbene Bürgermeister veranlaßt hat, daß der damalige Marktamtsteiter und jetzige Marktamtsvorstand ins Ausland entsendet wurde, und zwar im Monate Mai, um in Berlin einer Conferenz beizuwohnen und hiebei auch Studien zu machen. Er wurde beauftragt, sich über die Verhältnisse und Organisation der Viehmärkte, Schlachthöfe und Markthallen in den Städten Halle a. d. S., Leipzig und Berlin zu informieren. Ja, meine Herren! Das ist eine großartige Arbeit. Aber wissen Sie, wieviel Zeit dem Herrn zugewiesen wurde? Also in Halle a. d. S., Leipzig und Berlin sollte er Studien machen über die Schlachthäuser, Marktverhältnisse, Markthallen und das ganze Approvisionierungswesen dieser Städte. Ich sage Ihnen — und hier haben Sie es schwarz auf weiß, wenn Sie das Blatt umwenden — volle acht Tage hat er zur Verfügung gehabt. (Hört!) Ich frage Sie, meine Herren, was ist man imstande, binnen acht Tagen in einer solchen Frage zu studieren, wenn man drei Tage allein zur Reise braucht.

Sie haben hier den klarsten Beweis, wie man die Approvisionierungsfrage und das Marktwesen behandelt. Die Herren haben hier von größeren Einnahmen in der Approvisionierung gesprochen. Das ist eine irrige Anschauung. Ich glaube, von der Approvisionierung sollen wir gar keinen materiellen Nutzen ziehen. (Zustimmung.) Wir sollen schauen, daß die Bevölkerung einen Nutzen davon hat, und solche Verhältnisse müssen wir schaffen. Aber von großen Erträgen verspreche ich mir nichts für die allgemeine Wohlfahrt. Ich glaube, im Marktwesen und in der Approvisionierung muß etwas Neues geschaffen werden. Denn die Verhältnisse, wie sie jetzt bestehen, sind unhaltbar.

Da muß die Gemeinde in den Beutel greifen und viel Geld ausgeben. Die Marktverhältnisse sind — ich wiederhole es — deront, unhaltbar; ich habe einen Einblick in diese Verhältnisse durch 30jährige Thätigkeit in meinem Gewerbe. Wenn die Gemeinde nichts Neues schafft, werden sich die üblen Folgen in kurzer Zeit zeigen. Reorganisieren läßt sich auf diesem Gebiete sehr wenig, das Alte muß ganz abgeschafft und an dessen Stelle Neues gesetzt werden. Denn im Marktwesen haben sich Verhältnisse eingeschlichen, welche unverbesserlich sind. Da sind Parteien auf dem Markte, welche glauben, daß sie ererbte Rechte haben; sie lassen

sich nicht abschaffen, keine Behörde, keine Organe sind imstande, sie im Zaume zu halten. Die öffentlichen Märkte müssen ganz abgeschafft, Markthallen errichtet und der Engroßhandel vom Detailhandel ganz getrennt werden, sonst ist und bleibt die größte Miswirtschaft auf dem Gebiete der Approvisionnement.

Ich bitte Sie, meine Herren — es hat schon der Herr Referent des Stadtrathes zu wiederholtenmalen darauf hingewiesen, daß nach dem jetzigen Statute es nicht erlaubt ist, Commissionen oder Sectionen, wie sie früher bestanden haben, einzusetzen — ich bitte Sie nochmals, berathen Sie darüber, ob das möglich ist; es ist nicht nur in der Approvisionsfrage, sondern auch bei anderen Institutionen und Theilen der Verwaltung höchst nothwendig, eine bessere Beaufsichtigung, ein gründlicheres Studium der einschlägigen Fragen durchzuführen, um wirklich ordentlich zu verwalten.

Dem Stadtrathe ist es nicht möglich, alle diese Arbeiten zu machen. Er arbeitet sehr fleißig, aber nicht so gründlich, als es früher der Fall war; und da muß man irgendwie abhelfen. Den Antrag des Collegen Herrdegen, daß eine Controls-Commission in der Approvisionsfrage eingesetzt werde, bitte ich also anzunehmen; denn das ist das Richtige, nur bitte ich Sie, statt sieben fünfzehn Mitglieder zu wählen.

Gem.-Rath Seiler: (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage Schluß der Debatte.

Bürgermeister: Die Herren, die mit Schluß der Debatte einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschicht). *Angenommen.*

Das Wort haben noch die Herren Gem.-Räthe Dr. Kupka, Schneeweiß, Schlögl und Gräf. (Rufe: Verzichten!)

Gem.-Rath Dr. Kupka: Meine Herren, ich würde sehr gerne dem Wunsche auf Verzicht, der laut geworden ist, nachkommen, aber so interessant manche Ausführungen der Herren Vorredner waren, so ist doch ein Gedanke nicht zum Ausdruck gelangt, den ich gleich vorbringen werde. Es wurde constatirt, daß der Gemeinderath in dieser Frage ohnmächtig sei, insofern er eigentlich keine Action einleiten könne. Das ist vollständig richtig. Es ist nun der Antrag gestellt worden, eine Commission oder ein Curatorium einzusetzen. Ich will nicht darüber streiten, ob das sogenannte Marktcuratorium seine Dienste leisten wird, aber es wäre doch seinem Begriffe nach nur eine Verwaltungs-Commission. Man müßte also sich die Sache so denken, daß dies eine Commission ist, welche mit der Reformirung des Marktwesens zu thun hat; Sie hören aber, daß eine solche Commission keine actuelle Thätigkeit entwickeln kann! Es ist richtig, daß eine solche Frage, wie das Markt- und Approvisionswesen von großen Grundzügen aus studirt und auch behandelt werden muß. Aber, meine Herren, das ist eben so nicht denkbar, denn wenn Sie dieses Princip aufstellen, müssen Sie auch ein anderes Princip hinzufügen, daß nämlich im Markt- und Approvisionswesen nicht nach bureaukratischen Grundsätzen vorgegangen werde, wie es heute bei uns und im Magistrate der Fall ist.

Mit einer solchen bureaukratischen Behandlung eines so wichtigen Zweiges der Verwaltung kommen wir nicht weiter, sie ist das größte Hindernis, welches besteht. Nehmen Sie sich das Lagerhaus zum Beispiele, das wird nicht bureaukratisch verwaltet, das ist ein Institut, welches nach kaufmännischen Principien geführt wird, und das Markt- und Approvisionswesen muß auch nach geschäftlichen Principien geleitet werden. (Richtig! links.)

Etwas Geschäftliches wird die Bureaukratie nicht zustande bringen, das ist eben das Hemmnis. Es gibt viele Dinge, wo der Bureaukratismus überflüssig ist; ja, wenn man dem Marktamt als solchem ein Pouvoir geben würde, in manchen Sachen sofort vorzugehen, zu geeigneter Zeit Verfügungen zu treffen und die richtigen Maßregeln anzuordnen; aber so wie es jetzt bei uns ist, geht, wenn das Marktamt etwas für gut findet, die Sache an den Magistrat; der macht ein lauges Referat darüber, dann kommt es an den Stadtrath und ich constatire mit Bedauern, daß im ganzen Stadtrathe ein eigentlicher Fachmann im Marktwesen nicht ist. Also, was soll der Stadtrath da machen? An wem hält er sich? Meistens an den Magistratsreferenten. So war es bei den Sectionen und so wird es auch im Stadtrathe sein. Ja, was nützt da die Einsicht der Fachmänner! Die würden doch einen ganz anderen Überblick haben als jemand, der am grünen Tische sozusagen die Schreibgeschäfte für den Stadtrath besorgt! Da ist doch ein gewaltiger Unterschied! Also darin liegt es, und wenn Sie haben wollen, daß das Markt- und Approvisionswesen in einer glücklichen Weise gelöst wird, so müssen Sie eine gewisse Actionsfreiheit genießen, wie das bei einem geschäftlichen Unternehmen nothwendig ist, wie z. B. beim Lagerhaus. Das wollte ich nur mit wenigen Worten andeuten. (Beifall links.)

Gem.-Rath Schneeweiß: Ich wollte nur noch einiges anführen. Gem.-Rath Wessely meint, Verordnungen können helfen. Meine Herren! Wir haben ohnehin Verordnungen, aber sie werden nicht eingehalten. Es ist das gerade so wie bei der Überfütterung, die wir auch nicht gut überwachen können.

Der Herr Gem.-Rath Herrdegen hat gemeint, daß das Fleisch nicht nur durch die Eröffnung der Grenzen, sondern vielleicht auch durch die Schlachtung in eigener Regie verbilligt würde. Ich bin der entgegengesetzten Meinung, indem ich unseren Fleischhauern mehr Vertrauen schenke, als wenn wir die Schlachtung in eigener Regie führen würden, denn — mit einem Worte — wir haben kein Geschick dazu. Es wird immer ein schwerfälliger Apparat ins Leben gerufen, der schließlich nur zum Nachtheile der Bevölkerung functionirt und nachdem kein Mangel an Ochsen am Wiener Fleischmarkte existirt, so kann es sich nur darum handeln, daß die Marktordnung gehörig gehandhabt werde, dann wird das Fleisch auch billiger werden.

Gem.-Rath Schlögl: Sehr geehrte Herren! Ich schicke voraus, daß ich ein gründlicher Kenner des Marktes bin, nachdem ich denselben bereits über 30 Jahren besuche. Es gibt kein anderes Mittel, das Fleisch zu verbilligen, als die Grenze aufzusperrern. Man erwäge nur, wie früher vor 20 Jahren, ja vor viel kürzerer Zeit selbst, als die rumänische Grenze geöffnet war, der Preis des Fleisches war. Damals hat man, wenn im Sommer das Mastvieh zu Ende gegangen ist, das Weidevieh aus Rumänien hereingebracht. Das Fleisch dieses Viehes unterschied sich nur dadurch, daß es dunkler in der Farbe und das Fett gelb war. Aber zum Essen war es eben ganz gut. Es gibt eben da gar nichts anderes, als wieder Einstellvieh aus Rumänien nach Oesterreich einzuführen, und ich glaube, daß es am besten wäre, wenn die Commune mit allen möglichen Mitteln bei der Regierung vorstellig werden würde, daß endlich diese Grenzsperrre aufgehoben werde.

Gem.-Rath Gräf: Es ist ganz richtig, was der unmittelbare Herr Vorredner Collega Schlögl gesagt hat, daß es unbedingt nothwendig wäre, die rumänische Grenze zu eröffnen, und zwar zu

dem einfachen Zweck, damit ein größeres Quantum Einstellvieh nach Oesterreich eingeführt werden könnte. Ich kann Ihnen sagen, meine Herren, daß die Vertheuerung des Rindfleisches erst seit der Zeit wahrnehmbar ist, als ein Mästungs-Monopol entstanden ist. Der Bauer, der früher draußen schöne Kälber aufgezogen, eventuell Ochsen in die Mast gestellt hat, thut das heute nicht mehr. Der Mann ist mehr oder weniger dem Zwischenhändler ausgeliefert und wenn er ein paar Ochsen zum Beispiele in einem steirischen oder oberösterreichischen Gebirgsdorf hat, so muß er den Ochsen um den Preis hergeben, den ihm der Zwischenhändler bietet. Er kommt nicht auf seine Rechnung. Daher ziehen es diese Leute vor, wenn sie ein schönes Kalb haben, daselbe einfach auf den Wiener Markt zu schicken, und ich habe schon Rechnungen von Bauern gesehen, die den Beweis erbracht haben, daß sie besser daran sind, wenn sie zwei gut gemästete Kälber unter zwei Jahre auf den Wiener Markt schicken, als wenn sie zweijährige Ochsen verkaufen. Ich bitte, wozu sollen die Bauern Ochsen einstellen, wenn sie Kälber entsprechender verkaufen, als gemästete Thiere?

Das Kalbfleisch ist in Wien sehr theuer und namentlich das schöne Kalb deshalb, weil es nach Pest hinunter verfrachtet wird. Das kommt daher, weil speciell von den ungarischen Kühen die Kälber nicht auf den Markt kommen, sie werden nicht verkauft, sondern schönes Kälbervieh wird einfach in die Mast gestellt. Bei uns ist der Bauer nicht in der Lage, Vieh in Mast zu stellen, daher ist der Auftrieb ein geringer.

Es wäre daher sehr gut, wenn man nach der Richtung hin an die Regierung herantreten würde, den so schädlichen Zwischenhandel zu überwachen und eventuell zu verbieten.

Ich komme jetzt auf einige Bemerkungen des Herrn Gem.-Rathes T a g l e i c h t zurück. Ich werde mich sehr kurz fassen.

Er hat nämlich, wenn ich gut verstanden habe, den Antrag gestellt, den Magistrat zu beauftragen, daß er die Fleischhauer veranlasse, daß sie, um eine Schädigung der Kundschaft hintanzuhalten, die Thiergattungen bezeichnen, von denen das Fleisch abstammt, also Büffel-, Kuhfleisch u. s. w. Es gibt aber sehr gutes Kuhfleisch und sehr schlechtes Ochsenfleisch. Es gibt sogar Büffel Fleisch, welches nicht schlecht ist.

Ich weiß nicht, wie da eine Ordnung hineingebracht werden soll. Die beste Controle besteht eigentlich in den Kenntnissen der Hausfrau. Diese wird ganz gut ausmitteln können, wo sie gutes Fleisch bekommt. Freilich, wenn sie ein unverständiges Dienstmädchen besitzt oder wenn sie vielleicht auch nichts versteht, so wird ihr der Fleischhauer etwas in den Korb werfen, was nicht zu beißen ist.

Es ist auch davon gesprochen worden, und ich bedauere, daß der Collega, der das gesagt hat, ein Fleischhauer ist, daß auf dem Schlachtviehmarke ein Schmattes nicht besteht. Das ist unrichtig. Vielleicht sind es die größeren Fleischhauer, welche eine Partie Ochsen im Stande kaufen, die nicht gezwungen sind, Schmattes zu geben. Die kleineren Fleischhauer, welche zwei, drei oder vier Stück von einer besseren Partie Ochsen zu kaufen gezwungen sind, müssen dem Unterhändler, dem sogenannten Kuppler, 2 bis 3 fl. per Stück bezahlen.

Ich habe auch in der Richtung positive Daten dem Markt- amte an die Hand gegeben. Freilich getrauen sich manche Fleischhauer, die nicht gut situiert sind, dann nicht, die Sache zu bestätigen, weil sie dann befürchten müssen, daß sie einfach boycottiert werden, daß ihnen kein Zwischenhändler auf dem Wiener Markte

eine Partie Ochsen zuzuschauzen sich verpflichtet, wenn er weiß, daß er nichts von ihnen bekommt.

Der Vorgang ist folgender: Da ist eine Partie Ochsen, ich will sie Neumannochsen nennen. Das ist eine Gattung von Mastthieren, die von den Fleischhauern sehr gerne gekauft werden, die ein gutes Stück Rind schlachten wollen. Nun kommt der Unterhändler und sagt: „Du A, brauchst Du Ochsen?“ „Ja!“ „Wie viel Schmattes“ sagt er. „Einen Gulden.“ Da bekommt er die Antwort: „Ich habe für Dich keinen Ochsen.“ Was soll er nun thun?

So sind die Verhältnisse, und ich wundere mich nur, daß sie nicht bekannt geworden sind. Nach dieser Richtung wäre gewiß eine Abhilfe am Plage.

Nun komme ich zu der Bemerkung, die ein College wegen der Theuerung des Fleisches gemacht hat.

Ich kenne Paris, ich war in Berlin, ich kenne die süddeutschen Städte, ich habe mich für die Approvisionnement sehr interessiert, bin aber zu dem Resultate gekommen, daß in Wien an den — ich will nicht gerade sagen, theueren — aber durch die localen Verhältnisse bedingten Fleischpreisen die hohen Regiekosten der Fleischhauer die Hauptschuld tragen.

Es werden vielleicht in dieser Richtung Anregungen kommen, in kürzester Zeit dürfte schon das Marktdepartement, in welchem jetzt die Berathungen stattfinden, mit Anträgen kommen, wie die Regie zu verbilligen sei. Der Fleischhauer, der zwei, drei mittlere Ochsen schlägt, braucht drei Leute, einen Wagen, eventuell zwei Eisgruben u. s. w. Es würde sich also gewiß empfehlen, wenn ein Schlachthaus gebaut wird oder ein neues hinzukommt, für geeignete Kühlräume vorzusorgen. Wenn der Fleischhauer in der Lage ist, das geschlachtete Vieh an einen Kühlort zu bringen, um es am anderen Tage wegzuführen, so erspart er an Arbeitskraft und an Regiekosten, was geradezu eine Verbilligung der Detailfleischpreise zur Folge hat.

Der Anwurf, der wegen allzu hoher Fleischpreise erhoben wurde, ist nicht berechtigt. Das sehr gute Fleisch ist in Wien gewiß nicht theurer als in allen anderen Städten; hingegen hat man so billiges Fleisch, als wir in Wien haben, in anderen Städten nicht, weil man so schlechtes Fleisch nicht genießt. Wenn man auf den täglichen Fleischmarkt hinausgeht und sich die billigeren Qualitäten anschaut, so muß ich offen gestehen, daß ein besserer Geschäftsmann das nicht kauft. Es ist schon bemerkt worden, daß das gute Fleisch in anderen Städten auch nicht billiger ist.

Ich möchte nur mit dem Wunsche schließen, daß der löbliche Gemeinderath, wenn seinerzeit einmal Anträge zu Verbesserungen auf diesem Gebiete in Vorlage kommen sollten, mit voller Einmüthigkeit darangehen möge, im Interesse des consumierenden Publicums dieselben auch durchzuführen.

Referent des Stadtrathes: Wir haben eine sehr instructive und außerordentlich ausführliche Debatte über das Markt- und Approvisionnementswesen gehabt, und ich muß annehmen, daß die Reden, welche gehalten worden sind, nicht gerade zur Rubrik XXVIII, Post 2 a gehören, sondern das ganze Gebiet der Approvisionnement gestreift haben.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß unser Markt- und Approvisionnementswesen solche städtische Angelegenheiten umfaßt, welche einer Verbesserung nicht bloß fähig, sondern bedürftig sind. Die Anträge, welche gestellt worden sind, werden dem Stadtrathe

zugewiesen werden; der Antrag, welcher im vorigen Jahre gestellt wurde, ist, wie der Herr Bürgermeister mitgetheilt hat, bereits in ziemlich vorgeschrittenem Stadium und wird demnächst dem Gemeinderathe vorgelegt werden.

Ob die Commission, die darüber eingesetzt wird, nun auf Grund des § 47 des Statutes als Control-Commission oder ob sie auf Grund des § 49 der Geschäftsordnung als eine solche Commission eingesetzt wird, welche einen bereits vom Stadtrathe vorberathenen Antrag zu überprüfen hat, bleibt sich für die Sache wohl gleich und es bleibt sich auch gleich, ob die Commission aus 7 oder 15 Mitgliedern besteht; denn es wird jedenfalls gut sein, wenn sämtliche Fachmänner des Gemeinderathes sich zusammenthun, um in dieser für die Stadt Wien so unendlich wichtigen Angelegenheit das Richtige zu treffen.

Übrigens haben wir einen neuen Marktvorstand erhalten; derselbe ist hier anwesend und hat die ganze Debatte angehört, weiß daher, wo uns der Schuh drückt, und ich bin überzeugt, daß er bemüht sein wird, sich die Sporen zu verdienen und der Commission mit Rath und That an die Hand zu gehen. Nun bin ich der Meinung, daß, nachdem wir uns über die ganze Angelegenheit so ziemlich ausgesprochen haben, es wohl überflüssig wäre, die einzelnen Posten zu lesen, weil das, was bis jetzt gesagt worden ist, auch auf die einzelnen Posten Bezug hat. Ich würde daher bitten, die Rubriken XXVIII, XXIX und XXX sowohl in den Einnahmen als in den Ausgaben en bloc anzunehmen; in den Ausgaben nach den Anträgen der Budget-Commission, welche nur in unbedeutenden Ziffern, denen ich mich anschließe, von den Anträgen des Stadtrathes abweichen. Es würde also von der ganzen Gruppe VIII „Markt- und Approvisionierungswesen“ lediglich das Lagerhaus offen bleiben. Ich habe gehört, daß zu dieser Post „Lagerhaus“ einige Herren zu sprechen wünschen. Ich würde also die Bitte stellen, die ganze Gruppe VIII mit Ausnahme der Post „Lagerhaus“, das ist Rubrik XXXI, gefälligst en bloc anzunehmen.

Ich bitte um Ihre Zustimmung. (Gem.-Rath Seiler: Das geht doch nicht! Alles überhups!)

Bürgermeister: Ich bitte, es ist doch kein Anlaß zur Aufregung vorhanden.

Referent des Stadtrathes: Das ist doch nur eine Anregung zur Güte; wenn die Herren nicht einverstanden sind, so werden wir jede Post lesen.

Gem.-Rath Dr. Gehmann (zur tatsächlichen Berichtigung): Ich möchte nur bezüglich der Ausführungen des Herrn Bürgermeisters das eine richtigstellen. Seinerzeit hat es sich darum gehandelt, das letzte Rechtsmittel der Gemeinde bezüglich der Auslieferung des städtischen Central-Viehmarktes an die Depositenbank dadurch zu ergreifen, daß die Beschwerde beim Verwaltungsgerichtshof erhoben würde.

Damals hat die verehrliche Majorität gegen diese Beschwerde entschieden und infolge dessen ist auf dieses Rechtsmittel freiwillig verzichtet worden. Später aber, meine verehrten Herren, hat die Majorität trotz der entschiedensten Opposition von dieser Seite einen Ausgleich mit der Depositenbank geschlossen. Wir beziehen auch einen ganz minimalen Vortheil aus demselben, so daß in der That der von mir erhobene Vorwurf in dieser Richtung vollständig berechtigt ist.

Gem.-Rath Tagleicht (zur tatsächlichen Berichtigung): Ich war, als der Herr Gem.-Rath Steiner zu sprechen be-

gonnen hat, nicht im Saale; ich kann daher nur auf einen Theil seiner Rede reflectieren. Der Herr Gem.-Rath Steiner hat sich nämlich dahin geäußert, daß er erwartet hätte, ich werde den Antrag, den ich — notabene am 2. Jänner 1894 hier gestellt habe — heute begründen.

Bürgermeister (unterbrechend): Aber ich bitte, lediglich im Rahmen der Berichtigung.

Gem.-Rath Tagleicht (fortfahrend): Dem gegenüber berichtige ich Herrn Steiner thatsächlich, daß es im Wiener Gemeinderathe nicht Usus ist, einen Antrag, den man vor vier Monaten gestellt und begründet hat, ihm zuliebe heute neuerdings zu begründen. Herr Gem.-Rath Steiner soll sich also die Formen und Vorgänge im Wiener Gemeinderathe besser aneignen, damit er solche Anforderungen nicht stelle.

Weiter berichtige ich dem Herrn Gem.-Rath Steiner dahin, daß ich von Schlachthäusern an der Grenze deshalb nicht gesprochen habe, weil ich überhaupt von Schlachthäusern noch niemals irgendeine Äußerung gemacht habe, weder schriftlich noch mündlich und auch heute keinen Anlaß habe, mich über die Schlachthäuser an der Grenze zu äußern, da ich von solchen Häusern gar keine Kenntnis habe.

Ich bitte also, dies zur Kenntnis zu nehmen.

Ich constatiere ferner, daß Herr Steiner und seine Frondeurs für die Vertheuerung des Fleisches in Wien eintreten (lebhafter Widerspruch links), während wir immerwährend für die Verbilligung des Fleisches in Wien sein werden.

Bürgermeister: Ich bitte, das ist keine Berichtigung. Ich möchte Sie bitten, sich an die Geschäftsordnung zu halten. Wir haben 2½ Stunden lang über den Gegenstand eine Debatte geführt; jetzt schreiten wir zur Abstimmung.

Es ist der Antrag auf en bloc-Abstimmung gestellt worden. Ist jemand dagegen, daß über die Einnahmen en bloc abgestimmt werde?

Gem.-Rath Herrdegen: Wenn über die Einnahmen für die ganze Gruppe abgestimmt werden soll, dann muß ich entschieden dagegen sein.

Bürgermeister: Ich bitte, Herr Gemeinderath, wenn Sie die Güte hätten, die Post, zu der Sie sprechen wollen, herauszunehmen, so wäre die Versammlung vielleicht einverstanden, daß über die übrigen Einnahmeposten en bloc abgestimmt werde.

Gem.-Rath Herrdegen: Nach meiner Meinung ist über das Marktwesen überhaupt nicht gesprochen worden, sondern wir haben nur über die Approvisionierungsfrage, speciell über die Fleischversorgung gesprochen. Nach meiner Meinung könnte hinsichtlich der Einnahmen nur bis inclusive Rubrik XXVIII en bloc abgestimmt werden; von den Ausgaben ist überhaupt noch nichts geredet worden.

Bürgermeister: Das weiß ich. Ist jemand dagegen, daß über die Einnahmen en bloc abgestimmt werde?

Gem.-Rath Herrdegen: Ich bin dafür, daß über die Einnahmen der Rubrik XXVIII und nicht über die Einnahmen der ganzen Gruppe en bloc abgestimmt werde.

Bürgermeister: Ist jemand dagegen, daß über die Posten der Rubrik XXVIII „Einnahmen“ en bloc abgestimmt werde? (Niemand meldet sich.) Es wird keine Einwendung erhoben. Ich bitte die Herren, welche die sämtlichen Einnahmeposten in Rubrik XXVIII annehmen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Angenommen.

Zu Rubrik XXVIII, Post 2 a, sind folgende Anträge gestellt worden:

Herr Gem.-Rath Herrdegen stellt den Antrag (liest): „Der Gemeinderath möge auf Grund des § 47 des Gemeinde-statutes die Einsetzung einer Controls-Commission, bestehend aus 15 Mitgliedern des Gemeinderathes“ — der Herr Gem.-Rath Herrdegen accommodiert sich diesbezüglich dem Antrage Wessely — „behufs Untersuchung des Markt- und Approvisionierungswesens beschließen.“

Die Herren, welche mit diesem Antrage einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) Es ist die Majorität. — Angenommen.

Herr Gem.-Rath Tagleicht stellt den Antrag (liest): „Die Verkäufer von Kuh- und Büffel Fleisch sollen verhalten werden, die Bezeichnung dieser Fleischgattungen in ihren Verkauflocalen den Käufern deutlich ersichtlich zu machen.“

Ich ersuche die Herren, welche mit der Zuweisung dieses Antrages an den Stadtrath einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) Angenommen.

Der Antrag Seiler lautet:

„In der am 28. Februar 1893 abgehaltenen Gemeinderaths-Sitzung wurde vom Plenum ein Antrag betreffs Errichtung eines Marktcuratoriums und Schiedsgerichtes angenommen. Über diesen so hochwichtigen Antrag wurde leider bis heute kein Referat erstattet. Der Gemeinderath beschließt, dass über diesen Antrag innerhalb drei Monaten das Referat zu erstatten sei, auch dann, wenn dasselbe vom Stadtrathe nicht angenommen werden sollte.“

Die Herren, welche damit einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschlecht.) Es ist die Majorität; angenommen. (Gem.-Rath Seiler: Einstimmig!)

Bürgermeister: Es gilt auch schon, wenn es mit einfacher Majorität angenommen wird. (Heiterkeit.)

Ferner stellt die Budget-Commission folgende Anträge (liest):

„1. Der Magistrat habe sich an die unter dem Voritze des Geheimrathes A. S. Adikajewski beim Ministerium des Innern in St. Petersburg eingefetzte Commission über die Regulierung der Fleischpreise um Mittheilung bezüglich der Ergebnisse der dort gepflogenen Verhandlungen zu wenden.“

Weiters habe sich der Magistrat an die Gemeindeverwaltung von Agram um Auskunft über die zum Zwecke der Herabsetzung der Fleischpreise über Anordnung der dortigen Stadtverwaltung durchgeführten Schlachtungen von Rindvieh zu wenden.

2. Der Bürgermeister sei zu ersuchen, die Markt-Commissäre von jenen Agenden, welche nicht das eigentliche Marktwesen betreffen, wie Erhebungen in Vermögens- und Steuerfachen zc., zu entheben und hierüber einen eingehenden Bericht an den Gemeinderath zu erstatten.

3. Um bezüglich der Eröffnung der rumänischen Grenze für den Viehimport der ablehnenden Haltung der Regierung gegenüber entsprechende Argumente vorbringen zu können, möge der Gemeinderath auf eigene Kosten einen oder mehrere Delegierte, welche gründliche Kenntnisse in den einschlägigen Fragen besitzen, an Ort und Stelle entsenden.

Diese Delegierten seien auch nach der Bukowina zu entsenden, um dort über die Fleischproduction Studien zu machen.“

Diese Anträge gehen an den Stadtrath, wenn die Herren einverstanden sind. Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Gem.-Rath Herrdegen (zur Geschäftsordnung): Ich möchte an den Herrn Bürgermeister die Anfrage richten, ob das „an den Stadtrath“ in diesem Falle zu bedeuten hat, dass der Stadtrath wiederum einen Beschluss fasst, ob man sich an diesen Geheimrath zu wenden hat oder nicht. Ich glaube, es würde die Beschlussfassung des Gemeinderathes genügen und einer Vorberathung wahrhaftig nicht bedürfen, nachdem es nichts anderes, als die Einholung einer Information ist, welche auf einem Beschlusse der Budget-Commission beruht.

Bürgermeister: Ich bitte, Herr Gemeinderath, ich kann mich auf eine Untersuchung, ob ein Antrag wichtig ist oder nicht, nicht einlassen. Alle Anträge, welche eine meritorische Verfügung oder Entscheidung enthalten, sind dem Stadtrathe zuzuweisen. Ich zweifle hier nicht, dass sich der Stadtrath ohne weiteren Zeitverlust diesem Wunsche fügen wird; aber eine meritorische Entscheidung steht nach dem Statute dem Plenum nicht zu. Die Ausführung kommt dem Stadtrathe zu.

Gem.-Rath Steiner (zur Geschäftsordnung): Ich hätte mich wirklich nicht zum Worte gemeldet, um Sie, da die Zeit drängt, nicht aufzuhalten, aber nachdem Herr College Tagleicht — und verzeihen, Herr College, wenn ich sage: mit Absicht — mir etwas unterschiebt, was ich nicht gesagt habe, so weise ich es entschieden zurück, dass ich mit meinen Ausführungen eine Vertheuerung des Fleisches anstrebe. Ich weise es auch darum zurück, weil ich überzeugt bin, dass die heute im Gemeinderathe ausgegebenen Schlagwörter morgen in allen Blättern sich finden. Ich verwahre mich entschieden dagegen, dass man mir solche Tendenzen unterschiebt.

Bürgermeister: Ich unterbreche jetzt die Sitzung auf kurze Zeit. (Unterbrechung der Sitzung um 7 Uhr 35 Minuten abends.) (Nach Wiederaufnahme der Sitzung um 1/2 9 Uhr:)

Ich bitte den Herrn Referenten, fortzufahren.

Referent des Stadtrathes (liest):

Seite 233 „Märkte und Marktaufsicht“.

A. Ordentliche Ausgaben.

Post 1. Auslagen für die Marktaufsicht;

a) Bezüge der Beamten des Marktamtes	194.510 fl.
b) Kostgelder der Beamten des Marktamtes	16.000 fl.
d) Zinse für Marktaufsichtslocalitäten	2.150 fl.

Post 2. Auslage für den Marktdienst und die Erhaltung der Objecte am Central-Viehmarkte:

a) Bezüge und Kostgelder des Dienstpersonales	29.650 fl.
b) Erhaltung der Baulichkeiten, Objecte und Straßen	79.970 fl.
c) Steuern sammt Nebengebühren	7.480 fl.
d) Kosten der Beleuchtung	8.000 fl.
e) Kosten der Beheizung der Localitäten	900 fl.
f) Reinigung des Marktes und der Straßenzüge (einschließlich der Bespritzung der letzteren)	24.720 fl.
g) Desinfection des Marktes	20.840 fl.

Gem.-Rath Seiler: Ich bitte um das Wort zu Post XXVIII 2 g.

Bürgermeister: Bis XXVIII 2 g ist keine Einwendung. Die früheren Posten sind daher angenommen.

Gem.-Rath Seiler: Ich habe im Vorjahre über die Desinfection des Marktes gesprochen und gesagt, dass unsere jetzige Desinfection nicht die richtige ist, nachdem durch dieselbe das Fleisch einen gewissen üblen Geruch annimmt. Ich habe auch einen Antrag gestellt, dass die Frage studiert werden möge, wie eine andere

praktische Methode einzuführen sei. Ich erlaube mir die Anfrage an die Herren Referenten, ob in dieser Beziehung etwas geschehen ist?

(Vice-Bürgermeister Maxenauer übernimmt den Vorsitz.)

Referent der Budget-Commission: Ich bin in der Lage, dem Herrn Interpellanten zu antworten. Ich habe schon früher erwähnt, daß es Pflicht des Budget-Referenten ist, sich über alle beim Budget gestellten Anträge zu informieren, und ich kann auch über den Antrag berichten, der damals gestellt wurde. Derselbe lautete: „Es ist ein Gutachten der Sachverständigen über eine andere Art der Desinfection am Central-Viehmarkte als die bisherige einzuholen.“ Ich kann nur sagen, daß das Veterinäramt bisher heißen Dampf von ungefähr 96° R. als das beste Desinfectionsmittel zur Zerstörung dieser Mikroben angesehen hat. Nun ist man aber nach den Erfahrungen, die man anderenorts eingeholt hat, darauf gekommen, daß in Paris ein Apparat besteht, der in weit gründlicherer Weise diese Desinfection besorgen soll. Man hat sich nach Paris gewendet, und der Vertreter der Firma hat aufmerksam gemacht auf einen solchen Apparat, der in der Nähe von Wien bei der Firma *Portois & Fix* in Stadlau in Verwendung steht. Über Einladung der Eigentümer hat eine Commission diesen Apparat besichtigt und hat sich nach Paris gewendet wegen der einzelnen Details, Zeichnungen, Preise u. Es wird von diesen noch in der Schwebe befindlichen Verhandlungen abhängen, ob ein solcher Apparat angeschafft werden soll und ob er sich für unsere Verhältnisse empfiehlt.

Gem.-Rath Dr. Aloßberg: Ich habe auch gehört, daß solche Apparate bei der Firma *Portois & Fix* sein sollen und daß eine Commission draußen war. Ich weiß nicht, ob der Marktamtsvorstand auch bei dieser Commission war und wenn er bei dieser Commission gewesen sein soll, würde ich bitten, daß er die Erfahrungen, die er dort gesammelt hat, uns zur Kenntnis bringe.

Marktvorstand Rainz: Ich war nicht dabei!

Gem.-Rath Dr. Aloßberg (fortfahrend): Es liegt also nichts Positives diesbezüglich vor? Ich danke sehr.

Vice-Bürgermeister Maxenauer: Wünscht noch jemand das Wort?

Referent der Budget-Commission: Ich habe — wenn es die Herren interessiert — noch nachträglich zu bemerken, daß das von mir erwähnte System das von *Geneste & Herseles* ist.

Vice-Bürgermeister Maxenauer: Gegen diese Ziffer ist keine Einwendung erhoben worden, ich erkläre dieselbe für angenommen.

Referent des Stadtrathes (liest):

Affecuranzgebühren 2040 fl.

Gem.-Rath Seiler: Es ist auch über die Frage gesprochen worden, ob die Affecuranz für das am Central-Viehmarkte untergebrachte Vieh nicht in eigene Regie genommen werden soll, und ich erlaube mir die Anfrage, ob in dieser Angelegenheit etwas geschehen ist.

Referent der Budget-Commission: Es ist ein diesbezüglicher Antrag von der Budget-Commission nicht gestellt worden, darum hatte ich keine Gelegenheit, darüber nachzuforschen; ich kann also keine Auskunft geben.

Gem.-Rath A. J. Müller: Es wurde vor ungefähr einem Jahre hier beschlossen, die Viehversicherung wieder einer Gesellschaft zu übergeben, wenn ich nicht irre, auf zwei Jahre; ich glaube, daß die Gemeinde das auch in sich machen kann, und

ich würde daher den Antrag stellen, daß die Gemeinde bei nächster Gelegenheit die Viehversicherung in sich selbst führe und nicht einer Affecuranz-Gesellschaft überlasse.

Referent des Stadtrathes: Ich möchte vor einer solchen Anregung entschieden warnen. Wenn die Gemeinde die zahlreichen Gebäude, die sie besitzt, Schulobjecte und dergleichen, die in allen Bezirken zerstreut liegen, allenfalls in eine Affecuranz in sich selbst nehmen würde, das heißt, daß sie sie gar nicht versichert und den Versicherungswert zusammenlegt, um im Falle eines Schadens einen Betrag zu haben, so mag das angehen, aber bei einem Viehmarkte, wo Werte im Betrage von vielen hunderttausenden beisammen liegen, wo möglicherweise eine Seuche ausbrechen kann, die einen unberechenbaren Schaden zufolge hat, möchte ich sehr warnen, daß die Gemeinde die Gefahr einer solchen Sache in sich selbst übernehme, ebenso wie beim Lagerhause, wo Waren im Werte von mehreren Millionen beisammen liegen, da darf die Gemeinde die Gefahr nicht tragen.

Vice-Bürgermeister Maxenauer: Herr Gem.-Rath A. J. Müller hat die Anregung gegeben, daß die Gemeinde die Viehversicherung in sich vornehmen möge.

Die Herren, welche mit der Zuweisung an den Stadtrath einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschicht.)
A b g e l e h n t.

Gegen die Post 2040 fl. ist keine Einwendung erhoben worden; ich erkläre dieselbe für angenommen.

Referent des Stadtrathes (liest):

Post 2 i. Durchgeführte Wasserbezugswerte 3.950 fl.

Sonstige Markt-Erfordernisse 1.040 fl.

Vice-Bürgermeister Maxenauer: Keine Einwendung; angenommen.

Referent des Stadtrathes (liest):

Post 3. Auslagen für die Fouragebeistellung am Central-Viehmarkte in eigener Regie 374.310 fl.

Diese Post ist eine Gegenpost zu der Einnahmepost desselben Titels.

Gem.-Rath Dr. Aloßberg: Es wurde von Seite des Stadtrathes ein Vertrag bezüglich des Einkaufes der Fourage abgeschlossen. Die Körner sind im Preise nicht gestiegen, sondern sie wurden zu jenen Preisen geliefert, zu denen sie abgeschlossen wurden. Ganz anders soll es aber mit dem Heu hergegangen sein. Das Heu ist im Preise gestiegen und damit die Contrahenten uns nicht auspringen, hat man ihnen, wie ich gehört habe, eine Aufzahlung geleistet, gleichbedeutend mit einer Gnadengabe. (Hört!) Gnadengaben gehören aber vor den Gemeinderath. Ich kann mich nicht erinnern, daß diesbezüglich ein Referat erstattet worden ist, und möchte wissen, wer die Aufzahlung beschlossen hat. Dazu hat der Stadtrath keine Competenz. Darf ich um Aufklärung bitten und fragen, wie sich der Herr Budget-Referent dieser Aufzahlung gegenüber verhalten hat?

Referent des Stadtrathes: Als im vorigen Jahre die große Dürre ausgebrochen war und ein großer Heumangel entstand, haben die Lieferanten von Heu für unseren Viehmarkt erklärt, daß sie nicht in der Lage wären, zu den Accordpreisen das Heu zu liefern. Allerdings haben wir Cautionen von den betreffenden Lieferanten in den Händen. Dieselben sind aber kleine Grundbesitzer und würden, wenn man sie gezwungen hätte, ihre Verbindlichkeiten zu erfüllen, vielleicht zugrunde gegangen sein. Ich selbst habe mich im Stadtrathe entschieden dagegen ausgesprochen, daß

man ihnen eine Aufzahlung geben soll. Ich habe gesagt, man solle die Cautionen confiscieren und das Heu für ihre Rechnung von anderer Seite kaufen. Ich bin aber mit diesem Antrage unterlegen. Es mag sein, daß es richtiger ist, diese Leute, von welchen die meisten aus der Hainfelder Gegend stammen, welche allerdings die beste Qualität von Gebirgshen liefert, etwas schonender zu behandeln. Es wird aber in Zukunft gut sein, wenn man entweder größere Sicherstellung von diesen Leuten verlangt oder nur so kleine Quantitäten von Heu von dem einzelnen Contrahenten kauft, als man voraussetzen kann, daß er in eigener Regie erzeugt, da wir jetzt die Erfahrung gemacht haben, daß sogenannte Selbstproduzenten von Heu eigentlich auch Händler waren und Quantitäten von Heu offeriert haben, welche sie nicht auf eigenem Grund und Boden gefechst, sondern bezüglich deren sie sich auf den Einkauf verlassen haben.

Der Stadtrath war in einer gewissen Nothlage, nachdem die Heuvorräthe draußen so zusammengegangen sind, daß, wenn Verkehrshindernisse, wie sie im Winter durch Schneeverwehungen leicht eintreten können, eingetreten wären, wir möglicherweise in die Nothlage gekommen wären, daß für das dort eingestellte Vieh kein Futter vorhanden gewesen wäre. Das war der Grund, warum der Stadtrath sich veranlaßt gesehen hat, den Leuten eine kleine Aufzahlung zu gewähren.

Gem.-Rath Bärfl: Meine Herren! Diese Aufzahlung war gerechtfertigt, es war auch in der Budget-Commission davon die Sprache. Aber darum handelt es sich nicht, sondern warum diese Aufzahlung nicht vor das Plenum des Gemeinderathes gekommen ist. Es hat schon Herr Dr. Klobberg gesagt, es ist eine Gnadengabe gewesen, denn der Stadtrath hat die Cautionen in der Hand gehabt. Und das sind große Cautionen, die Commune hätte nichts verloren, aber die Leute hätte das sehr schwer getroffen. Ich bin ja damit einverstanden, aber der Stadtrath hätte damit vor das Plenum kommen sollen, um die Zustimmung einzuholen. Ich wenigstens wäre nicht dagegen gewesen. In Nordböhmen war eine solche Dürre, daß das Vieh geradezu verschenkt wurde, weil kein Futter da war. Ich lebe im Sommer in der Gegend, woher die Heulieferanten der Commune liefern. Heute bekommen sie, glaube ich, 5 fl. 50 kr., auf 3 bis 4 Monate ist abgeschlossen. In Raumberg und Hainfeld verkaufen sie es mit 5 fl. Im Wienerwald war kein Mißjahr, aber Einer hat dem Anderen das Heu aus der Hand gerissen, und zuletzt ist Mangel eingetreten. Es handelt sich aber darum, daß der Gemeinderath sein Recht wahrte. Die Aufzahlung hätte entschieden vor das Plenum kommen sollen, und der Gemeinderath hätte die Zustimmung gegeben. Der Stadtrath hat dies veräußert. Das war uns schon in der Budget-Commission nicht recht, und da Herr Dr. Klobberg es angeregt hat, kann ich ihm nur vollständig beistimmen.

Gem.-Rath Steiner: Das ist eine sonderbare Motivierung, mit der der geehrte Herr Vorsprecher diese Gnadengabe begründet. Der Herr Vorsprecher spricht von Nordböhmen. Ja, war denn bei uns in Niederösterreich eine Futternoth? Ist denn nicht zu dem Zwecke das Futterausfuhrverbot erlassen worden, damit unser Futter geschützt wird? Es wird doch in Niederösterreich, besonders bei Neulengbach u. s. w. gefechst, wo eben Heu ist. Das ist doch gar nicht am Plage und der Stadtrath kann da nie in eine Nothlage gerathen, weil Niederösterreich von einer Futternoth nie bedroht war. Den Contrahenten hätte auf jeden Fall die Caution eingezogen werden sollen, wenn sie nicht ihren Verpflichtungen hätten nach-

kommen wollen. Denn es ist ja allbekannt, daß vor dem Futterausfuhrverbote in der Slovakei das ganze Heu von Händlern aufgekauft war und so lange liegen blieb, bis das Futterausfuhrverbot aufgehoben wurde. Ich kann mich auch dem Herrn Budget-Referenten nicht anschließen, der erklärt hat, daß wir in eine Nothlage gekommen wären. Das ist zweifellos unrichtig, denn in Niederösterreich war keine Futternoth, ja, es wurde das Heu von Niederösterreich nach Deutschland und anderen Gegenden exportiert.

Bürgermeister: In diesem Falle hat durchaus nicht eine Verletzung des Statutes stattgefunden. Der Stadtrath hat zuerst auf Grund der Offertverhandlung entschieden, und hat gewisse Preise bestimmt. Es ist dann vom Magistrate ein Bericht gekommen, welcher dahin gelautet hat, daß die Offerenten — das waren durchwegs kleinere Bauern aus den angeführten Gegenden — nicht in der Lage sind, zu diesen Preisen zu liefern, so daß wir vor die Wahl gestellt waren, entweder von unserem Rechte Gebrauch zu machen und mit aller Strenge gegen diese Lieferanten, die — ich wiederhole es — durchaus kleinere Bauern sind, vorzugehen und sie zugrunde zu richten, oder aber die Durchführung des Geschäftes zu ermöglichen. Es hat sich um eine ganz kleine Aufzahlung gehandelt, ich glaube um 1 fl. per Metercentner.

Man hat uns gesagt, daß das Heu, das wir für den Central-Viehmarkt brauchen, von anderer Seite in dieser Qualität nicht zu beschaffen ist, denn es handelt sich nicht um ein beliebiges Heu, sondern um süßes Heu, weil die Commune nur solche Qualität auf dem Marke liefern und anbieten kann. Wir hätten wohl von unserem formellen Rechte Gebrauch machen können, wir hätten dabei aber erstens die Leute ruiniert, und hätten uns die Lieferung für dieses Jahr sowohl als für künftige Jahre unmöglich gemacht, und auf dem Plage draußen selbst Unordnung geschaffen.

Unter solchen Umständen hat der Stadtrath in seinem Wirkungskreise — denn auch den ersten Beschluß hat er selbst gefaßt — innerhalb seiner Competenz, innerhalb der ihm zugewiesenen Deckung seinen ersten Beschluß geändert und auf diese Weise die Sache in Ordnung gebracht.

Die Gemeinde hat auch nichts verloren; deswegen, weil die Gemeinde höhere Preise bewilligt hat, hat sie von den Käufern höhere Preise sammt dem entsprechenden Aufschlage verlangt, es war damit durchaus nicht irgendeine Belastung der Gemeinde verbunden. Der Stadtrath ist formell correct vorgegangen und hat dabei die Interessen der Gemeinde vollkommen gewahrt.

Gem.-Rath Purscht: Meine Herren! Ich denke mir das vom kaufmännischen Standpunkte anders. Wenn jemand Abschlässe macht, so muß er die Lieferung einhalten. Wenn die Preise steigen, so hat er verloren, wenn umgekehrt der Preis fällt, so hat er gewonnen. Es ist ganz unrichtig, daß man dem Lieferanten dann eine Aufbesserung bezahlt — vom kaufmännischen Standpunkte. Ich will ja nicht damit sagen, daß man die Leute hätte eventuell zugrunde richten sollen, aber der Standpunkt, wie er hier eingehalten worden ist, ist vollständig unrichtig.

Wenn aber der Stadtrath in eigener Competenz das bewilligt hat, so hat er seinen Wirkungskreis überschritten. Dieser Gegenstand hätte gewiß in das Plenum gehört.

Bürgermeister: Darüber läßt sich nicht streiten. Wenn Sie behaupten, das gehört in das Plenum, so bitte ich, mir die Gesetzesstelle zu bezeichnen. Wenn Sie das thun, dann werde ich sofort zugeben, daß ein Fehler unterlaufen ist, daß wir nicht

recht gehabt haben. Sie sind ja immer für die christliche Liebe, insbesondere den kleineren Leuten gegenüber. Sehen Sie, da haben Sie einen Fall. Hätten wir das Geschäft mit einem Kaufmanne, mit einem großen Lieferanten abgeschlossen, dann wären wir vielleicht streng gewesen. Da wir es aber mit kleinen Leuten zu thun haben, die wir im Interesse der Gemeinde leistungsfähig erhalten wollen, so sind wir in diesem Falle in der Weise vorgegangen, und zwar über Vorschlag der Ämter, in vollständiger Übereinstimmung mit den sämtlichen Factoren, und ich erkläre nochmals, die Gemeinde hat dabei nicht einen Kreuzer verloren. Denn wir haben mit Rücksicht auf die gestiegenen Preise und mit Rücksicht auf unsere Einkaufspreise von unserem Rechte Gebrauch gemacht und ebenso viel mehr von den Wiederabnehmern verlangt. Doch das ist nebensächlich.

Ich glaube, wir sind einerseits im Sinne des Gesetzes und andererseits im Sinne der hier so oft an den Tag gelegten Tendenzen vorgegangen. Das ist die Hauptsache, daß der Stadtrath sich die Gesinnungen des Plenums vor Augen hält, um im Geiste des Gemeinderathes seine Agenden zu erledigen.

Gem.-Rath Bärfl: Anschließend an die Worte des Herrn Bürgermeisters erwähne ich, daß ich, wie ich schon früher gesagt habe, zugestimmt hätte, weil ich die Verhältnisse dort kenne.

Es war das übrigens eine Gnadengabe. Am Stadtrathe war es gelegen (Rufe: Nein!), ich bitte, es war an ihm gelegen, es abzulehnen oder zu thun. Ich hätte es befürwortet.

Herr Steiner hat gesagt, in Niederösterreich sei keine Futternoth gewesen; das habe auch ich nicht behauptet. Aber die Verhältnisse sind so: Die Händler, die Bauern, die Viehbesitzer sind in diese Gegend, nach Hainfeld und Raumberg gekommen und haben alles aufgekauft; dadurch ist auch eine Noth entstanden. Denn der Kaufmann muß sich nach den kaufmännischen Usancen decken, wenn er z. B. 5000 Metercentner zu liefern hat. Dort sind aber lauter kleine Leute, keiner hat 2- bis 3000 Metercentner. Dieser Händler geht nun zum Bauern und schließt auf 3- bis 400 Metercentner ab, es wird eine Angabe von 5 bis 10 fl. gegeben. Der eine bezieht die Ware, der andere nicht; die Leute sind dort um Heu hausieren gegangen. Es ist bis jetzt noch nicht vorgekommen, daß man in dieser Gegend Heu gepreßt und nach Eger und von dort weitergeschickt hat. Sie waren nicht in der Lage, um diesen Preis zu liefern, weil sie von den Händlern gedrückt worden sind.

Ich mache dem Stadtrathe keinen Vorwurf; die Maßregel war begründet, und ich glaube, der Gemeinderath hätte die Zustimmung geben können und sollen.

Gem.-Rath Seiler: Abgesehen davon, daß wir den Ochsen, die meistens von Ungarn kommen, aufdividieren, kein anderes als niederösterreichisches Heu zu fressen (Heiterkeit), möchte ich mir erlauben, an den Herrn Marktdirector eine Anfrage zu richten und ersuche den Herrn Bürgermeister zu gestatten, daß mir der Herr Marktdirector darauf antwortet.

Die Offertauschreibung sagt, das Heu muß Wiesenheu aus dem Wienerwalde sein. Ich habe die Frage studiert, kann mich aber an die Ziffern nicht genau erinnern, wie viel Foch Wiesenheu im Wienerwalde producirt wird. Es wird aber nicht so viel producirt, wie wir eigentlich hier brauchen. (Rufe: O ja!) Das ist genau statistisch, abgesehen davon, was die Focher selbst für ihren Viehstand benöthigen. Es ist klar und deutlich, daß die Betreffenden ihr Wiesenheu von Odenburg und anderen Gegenden hereinführen und an uns verkaufen.

Da möchte ich mir die Frage an den Herrn Marktdirector erlauben, warum denn eigentlich die Offertauschreibungen direct für das Wiesenheu aus dem Wienerwalde specificirt werden.

Marktdirector Kainz: Ich bitte, meine Herren, die Production von Heu im Wienerwalde, der nicht allein die Gegend umfaßt bei Raumberg und Gutenstein, sondern weiter geht bis nach Pressbaum und Purkersdorf, ist so bedeutend, daß sie nicht nur unseren Bedarf vollkommen deckt, sondern auch den der Viehbesitzer selbst, und in guten Jahren ist es letzteren auch möglich, Handel zu treiben.

Herr Gemeinderath haben vielleicht bloß die flachen Flächen berechnet, es sind aber auch eine Menge Waldwiesen, Berglehnen, wo Heu gewonnen wird, und gerade dieses Bergheu wird verlangt. Dieses Bergheu verlangt nicht das Marktcommissariat; wir würden billigeres nehmen, aber es verlangen dasselbe die Viehbesitzer. Es ist mir — ich muß es selbst sagen — nicht erklärlich, warum die Ochsen, die zu Hause mit Schlempe gemästet werden, mit trockenen oder nassen Futterstoffen und in Gegenden gehalten werden, wo durchaus kein Bergheu wächst, dann, wenn sie nach Wien kommen, noch mit gutem Heu gemästet werden. Mir kommt es so vor — ich kann mir nicht helfen — als wenn einem Verurtheilten am Abende vor seiner Hinrichtung ein Beefsteak, ein guter Wein und eine Cigarre gegeben wird. Das sind Caprizen der Viehhändler. Wir mußten für dieses Heu abschließen. Wenn man anderes Heu gebracht hat, haben sie es direct zurückgewiesen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß man dieses Heu genau kennt, es hat einen feinen charakteristischen Geruch. Heu aus der Odenburger Gegend, wo Niederungen sind, wäre nicht an den Mann zu bringen. Das kennen wir selbst und noch besser die Viehbesitzer und ihre Leute. Wir sind also gezwungen, dieses Heu zu contrahieren. In neuerer Zeit ist eine Wendung eingetreten. Die Leute haben sich früher gegen den Bezug des gepreßten Heues gesteuert. In neuerer Zeit hat eine Firma — wenn ich nicht irre, Seborstky — gesagt: „Ich brauche für meine Ochsen kein Bergheu, die fressen auch gepreßtes Heu.“ Wir werden also in kurzer Zeit in der Lage sein, solches Heu auf den Markt zu bringen, obwohl wir mit großem Mißtrauen an die Lieferung gehen, weil das Heu, wenn es gepreßt und geschmürt ist, sich bricht und ein großer Abfall entsteht. Dieser Abfall bildet für die Gemeinde einen Schaden. So steht die Sache.

Gem.-Rath Steiner: Nach den Ausführungen des Herrn Marktdirectors dürften sich, wie ich mit Freude constatire, die Verhältnisse bezüglich der Überfütterung am Wiener Schlachtviehmarkte etwas ändern. Es ist zweifellos, daß, seitdem in früheren Jahren Herr Marktdirector Zecha die Einkäufe am Wiener Markte besorgte, die Gemeinde Wien, respective Herr Marktdirector Zecha derjenige war, welcher für die Privaten das Futter vertheuert hat. Über die gesetzliche Bestimmung, welche Herr Bürgermeister Dr. Gröbl angezogen hat, will ich nicht rechten. Aber ich habe im Amtsblatte über die Futtervergebung gelesen, und glaube nicht, daß drei kleine Bauern das Futter, welches in großer Menge gebraucht wird, werden liefern können, wenn sie nicht gut situiert sind. Ich kann mich erinnern, daß im Amtsblatte gestanden ist, daß Herr St.-R. Noske den Antrag gestellt hat, daß die Futterlieferung der Firma Reichel gegeben werden soll. Ich glaube, ich citire richtig. Darauf ist die Lieferung der Firma Reichel nicht gegeben worden, sondern drei Contrahenten — ich glaube nicht, daß es arme Bauern waren. Der Stadtrath hat

nicht das Recht gehabt, eine Guadengabe auf Kosten der Gemeinde Wien zu bewilligen.

Marktdirector Hainz: Es ist ganz richtig, drei Bauern oder ein einzelner Bauer wäre nicht in der Lage, die Lieferung zu übernehmen. Aber die Leute machen es so: Sie bilden zusammen eine Compagnie. Einer erlegt die Caution, die alle zusammensteuern, und so tritt er als Lieferant auf. Es sind aber nicht drei Lieferanten, sondern eine viel größere Anzahl (Gem.-Rath Bärkl: Sieben!), zehn oder noch mehr. Diese Leute haben heuer bedeutend weniger bekommen, die Lieferung ist vertheilt worden. (Gem.-Rath Bärkl: Auch nur für vier bis fünf Monate!)

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Die Debatte ist geschlossen.

Referent des Stadtrathes: Ich habe nichts zu bemerken.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Gegen diese Post wurde keine Einwendung erhoben. Ich erkläre sie für angenommen.

Referent des Stadtrathes (liest): Rubrik XXVIII 4.
Auslagen für den Pferdemarkt 2530 fl.

Hier ist ein Abstrich von 1000 fl. gegen den Magistrats-Antrag, weil eine Pflasterung, die nicht nothwendig erschien, gestrichen wurde. (Liest:)

Durchgeführte Werte 170 fl.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Angenommen.

Referent des Stadtrathes (liest):

Auslagen für den Centralmarkt für Heu, Stroh zc. . . 1640 fl.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Angenommen.

Referent des Stadtrathes (liest):

Auslagen für die übrigen Märkte 21.350 fl.

Da ist der Antrag der Budget-Commission um 1200 fl. höher als der Antrag des Stadtrathes.

Referent der Budget-Commission: Ich möchte nur hinzufügen, daß diese 1200 fl. zur Aufstellung einer Wage und für die nöthige Bedienungsmannschaft auf dem Märthnerthormarkte sind. Es ist dies ein sehr dringendes Bedürfnis.

Gem.-Rath Steiner: Ich muß mich auch betreffs einer öffentlichen Wage zum Worte melden. Ich habe im vergangenen Jahre über Ansuchen der Futterhändler meines Bezirkes einen Antrag auf Aufstellung einer öffentlichen Wage am Theresienplatz gestellt. In unserem Bezirke wird viel mit Futter und Vieh gehandelt, und es ist daher ein Bedürfnis nach einer öffentlichen Wage vorhanden. Früher hatten wir eine solche Wage beim Linien-Verzehrungssteueramt in Nußdorf, jetzt muß man aber bis zum Linien-Verzehrungssteueramt Ober-Sievering oder Kahlenbergerdorf gehen. Das werden die Herren zugeben, daß bei uns ein ziemlich starker Verkehr in Futter und Vieh ist. Da muß viel gewogen werden, und es ist in letzter Zeit vorgekommen, daß hiezu Privatwagen benützt wurden. Dabei wurde constatirt, daß, wenn der betreffende Bauer dem Manne ein Trinkgeld gab, so war das Gewicht nicht richtig, und der Käufer wurde übervorthelt.

Es ist auch bekannt und wurde mir von mehreren Bezirksausschüssen gesagt, daß über meinen Antrag vom Magistrate ablehnend an den Bezirksausschuß berichtet wurde. Die Herren, die mich ersuchten, den Antrag einzubringen, gehören nicht meiner Partei an und können ihr nie und nimmer angehören, aber ich kann Ihnen versichern, daß es bei diesen Herren selbst böses Blut gemacht hat, daß ein solcher Antrag, der doch rein wirtschaftlich ist, wie es scheint, vom Parteistandpunkte behandelt wurde.

Ich würde also den Herrn Vice-Bürgermeister bitten, den Antrag wegen Errichtung einer öffentlichen Wage im XIX. Bezirke zu urgieren.

Gem.-Rath Trambauer: Ich muß mich auch um eine öffentliche Wage für meinen Bezirk annehmen. Es dürfte bereits ein Jahr sein, daß ich den Antrag einbrachte, es möchte endlich im X. Bezirke eine öffentliche Wage aufgestellt werden, und ich habe auch darauf hingewiesen, daß die Gemeinde dabei wenig Auslagen hat, weil schon am Heumarkte eine Wage existiert, die aber jetzt den Parteien nicht zugänglich ist, außer an Markttagen. Ich möchte daher bitten, daß der Herr Vice-Bürgermeister meinen Antrag endlich urgirt, damit die Wage am Heumarkte für den IV., X. und XI. Bezirk zugänglich gemacht wird. Es braucht nur ein Diener angestellt zu werden, der als Wagmeister fungirt. Die Gemeinde hat nur einen Nutzen davon, weil sie die Wagegebühren bekommt. Ich bitte also, daß diese Sache zur Ausführung kommt.

Gem.-Rath Seiler: Meine Herren! Eine große Anzahl Geschäftsleute des II. Bezirkes hat eine Petition überreicht, daß im II. Bezirke eine öffentliche Wage aufgestellt werde. Die Wagen sind jetzt im Lagerhause der Unionbank und auf der Nordbahn. Die werden aber um 3 Uhr nachmittags abgesperrt und im ganzen großen Bezirke ist dann keine öffentliche Wage mehr, wo die Hauptausfuhr von Kohlen zc. ist, die man doch öfter nachwägen will. Es ist eine Commission abgehalten worden und es wurde auch der Beschluß gefaßt, am Marktplate im II. Bezirke eine öffentliche Wage aufzustellen. Es ist seitdem beinahe ein ganzes Jahr verflossen und die Wage ist noch nicht aufgestellt. Die ganze Sache scheint eingeschlafen zu sein und ich erlaube mir daher an den Herrn Vorsitzenden das Ersuchen zu stellen, endlich einmal diese Sache zu urgieren, daß die Wage hergestellt werde.

Weiters, meine Herren, ist hier eine sehr wichtige Frage, die noch besprochen werden muß und die ich im vorigen Jahre erwähnt habe. Durch die Verkehrsanlagen muß unbedingt der Fischmarkt von seinem jetzigen Territorium fortkommen. Es ist nun Aufgabe des Gemeinderathes, ehestens daran zu denken, wohin eigentlich der Fischmarkt verlegt werden soll. Ich hoffe, daß in einigen Jahren die Arbeiten rascher fortgehen, daß wir also schon daran denken müssen, wo wir eigentlich den Fischplatz unterbringen sollen. Über diese Frage ist noch gar nicht gesprochen worden und auf einmal wird man an den Gemeinderath herantreten und wir werden in die größte Verlegenheit kommen.

Ich würde daher den Antrag stellen, daß das Marktcommissariat angewiesen werde, ehestens Vorschläge für die Umlegung des Fischmarktes ausfindig zu machen.

Gem.-Rath Signer: Sehr geehrte Herren! Ich wollte erst zu Seite 277, Rubrik XXX, Post 5, sprechen. Nachdem aber schon zu den Wagen gesprochen wird, erlaube auch ich mir einige Worte zu sagen. Im XVII. Bezirke ist der Mangel einer Wage ebenso empfindlich wie in den anderen Bezirken, die die Herren Vorredner erwähnt haben. Seitdem die Linienwälle aufgehoben sind, ist im XVII. Bezirke keine öffentliche Wage vorhanden. Ich erlaube mir zu erwähnen, daß sämtliche Fruchthändler eine Wage benötigen, um Hafer, Heu und Stroh abzuwägen. Aber auch die Milchmeier und Fuhrwerksbesitzer brauchen eine Wage. Heute müssen sie zum Ziegelofen fahren, und wenn dort nicht zufällig eine öffentliche Wage wäre, wüßte ich gar nicht, wo sie ihre Waren abwägen lassen könnten. Ebendasselbe gilt für die Kohlenhändler und Baumeister. Wenn ein solcher einmal eine Fuhr Traversen bekommt, so muß er vielleicht zu

dem Händler selbst gehen und dort seinen eigenen Wagen abwägen lassen. Früher hat er bei der Linie den Wagen im ganzen abwägen lassen, hat dann den Wagen bei sich abladen lassen, den leeren Wagen wieder an der Linie wägen lassen und so gewußt, wie viel die Traverjen wiegen. Dasselbe gilt aber auch für das Schlachthaus in Hernals, wo Rinder abgewogen werden sollen und die Leute oft nicht einmal in der Lage sind zu constatieren, wie schwer ein Rind ist. Vor einem Jahre oder vielleicht sind es nur einige Monate her — ich weiß es nicht genau — habe ich den Antrag gestellt, daß es nothwendig wäre, im Schlachthause an der Als eine Wage aufzustellen.

Es wäre das auch der richtige Platz hiefür, die Wage würde benützt für die Rinder des Schlachthauses und für sonstige öffentliche Zwecke.

Ich erlaube mir nochmals den Antrag zu stellen, daß die Wage sofort errichtet werde, da deren Errichtung nach meiner Ansicht sehr einträglich wäre, der Antrag lautet:

„Nachdem auf meinen vorjährigen Antrag, im XVII. Bezirke eine Brückenwage im Schlachthause an der Als herstellen zu lassen, bis heute keine Rücksicht genommen wurde, auch im Hauptvoranschlage hiefür kein Betrag eingesetzt ist und sich die Auflassung der bei der Hernalslinie bestanden Brückenwage sehr fühlbar zeigt, so beantrage ich, daß im obgenannten Schlachthause und auch in den übrigen Schlachthäusern Unter-Meidling und Nußdorf eine öffentliche Brückenwage errichtet werde.“

Ich glaube nicht, daß eine solche Brückenwage bei diesen Schlachthäusern besteht; Herr Gem.-Rath Steiner könnte das — doch er ist nicht mehr hier — vielleicht bezüglich Nußdorf bestätigen.

Ich bitte den Herrn Vorsitzenden, darauf hinzuwirken, daß diese Wage sobald als möglich errichtet werde. Das Bedürfnis dazu ist vorhanden.

Gem.-Rath Pollak: Ich möchte kurz noch einmal auf das zurückkommen, was Herr Gem.-Rath Trambauer erwähnt hat. Ich mache den Herrn Vorsitzenden darauf aufmerksam, daß beiläufig vor Jahresfrist Herr Colleague Sauerborn einen Antrag gestellt hat, es möge im X. Bezirke eine öffentliche Wage errichtet werden. Der X. Bezirk ist jetzt eigenthümlich daran. Früher war unmittelbar bei der Linie eine öffentliche Wage, wo die Fuhren abgewogen werden konnten. Jetzt ist dieselbe verschwunden. Nun soll nach der Meinung des Collegen Trambauer alles das auf den Heumarkt überführt werden. Das ist doch ein gar gewaltig weiter Weg. Wenn man bedenkt, daß täglich viele hundert Fuhren gerade aus dem X. Bezirke herkommen, die jetzt auf den Heumarkt fahren, die Ladung abwägen lassen und den ungeheuren Weg zurück machen sollen, so ist doch zu viel verlangt. Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß ja die Gemeinde nichts riskiert, weil sie das Waggeld einnimmt. Darum möchte ich den Herrn Vorsitzenden freundlichst ersuchen, daß er dem Antrage Sauerborn etwas nachgehe, damit das Ersuchen, welches in demselben gestellt ist, realisiert werde. Die Gemeinde kommt dabei bestimmt nicht zu kurz.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Haben die Herren Referenten noch etwas zu bemerken? (Dieselben verzichten.) Gegen die Position ist keine Einwendung erhoben worden, ich erkläre dieselbe für angenommen.

Die Budget-Commission beantragt die Aufstellung einer Wage beim Kärnthnerthormarkte.

Weiters sind von den Herren Gem.-Räthen Steiner, Trambauer, Seiler, Eigner und Pollak Anträge wegen Aufstellung von Wagen gegeben worden in Döbling, auf dem Heumarkte, in der Leopoldstadt und den Schlachthäusern.

Ich ersuche die Herren, welche mit der Zuweisung aller dieser Anträge an den Stadtrath einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschickt.) **Angenommen.**

Mit dem Antrage Seiler bezüglich der Verlegung des Fischmarktes sind die Herren auch mit der Zuweisung an den Stadtrath einverstanden? (Zustimmung.) **Angenommen.**

Referent des Stadtrathes (liest):

B. Außerordentliche Ausgaben.

- Post 7. Auslagen anlässlich der Herstellung einer Zweigbahn zu den Szállásen 7.800 fl.
- Post 8. Bau dreier neuer Rinderstalltracte am Central-Viehmarkte 14.000 fl.
- Post 9. Anlage eines Seuchenhofes 2.200 fl.

Das ist eine Restzahlung für die Anschüttung des Hofes, während der Hauptbetrag von 60.000 fl. im heurigen Jahre nicht zur Auszahlung kommen wird, nachdem, so viel mir bekannt ist, bezüglich der Projecte noch keine definitive Entscheidung der Oberbehörde eingelangt ist.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Gegen die beiden Posten 7 und 8 wird keine Einwendung erhoben? (Niemand meldet sich.) Ich erkläre dieselben für angenommen.

Gem.-Rath Dr. Aloisberg: Das Marktcommissariat im Vereine mit der Buchhaltung könnte uns ziffermäßig nachweisen, welcher Schaden der Commune Wien erwächst, daß sie bis heute einen Seuchenhof nicht besitzt. Ich habe im Jahre 1885 oder 1886, es war im Monate September, bezüglich der Anlage eines Seuchenhofes schon in diesem Saale referiert. Heute schreiben wir 1894 und bis heute besitzen wir einen solchen Seuchenhof nicht. Wenn Sie bedenken, daß wir nicht bloß bezüglich der Beleuchtung, sondern auch bezüglich des Seuchenhofes, beziehungsweise der Confinierungsanstalt von viel kleineren Städten schon überflügelt werden, so müssen wir pater peccavi sagen.

Wir schädigen dadurch, daß ein Seuchenhof nicht bald installiert wird, wesentlich die Einnahmen der Commune. (Bravo!) Die Gemeinde Biala hat eine Confinierungsanstalt; dort müssen die Schweine auswaggoniert werden, sie kommen in die Confinierungsanstalt, verlieren so viel an Gewicht, es kommt die Einwaggonierungsgebühr dazu, und die Gemeinde Wien wird geschädigt. In den letzten Tagen gieng durch die Journale die Nachricht, daß die Gemeinde Wiener-Neustadt daran gehe, eine solche Anstalt zu errichten. (Hört!) Ich würde bitten, daß, nachdem endlich das Ministerium des Innern sich herbeigelassen hat, die Pläne des Seuchenhofes zu begutachten, nachdem die Vorlage dort ungefähr 1½ Jahre gelegen ist, endlich an die ernstliche Durchführung, beziehungsweise Erbauung dieses Seuchenhofes geschritten werde. Drei Jahre wird schon angeschüttet; wenn ein Privater in solcher Weise bauen würde, hätte er schon kein Capital und keinen Bauplatz mehr. (Richtig!)

Auf eines möchte ich aufmerksam machen. Bei der Anlage eines solchen Seuchenhofes darf man mit dem Raume absolut nicht sparen, sondern es muß dort — ich möchte sagen — eine Raumverschwendung herrschen, wenn er den Ansprüchen, wie sie heute nach den Veterinärvorschriften bestehen, entsprechen sollte.

Ich bitte aus diesem Grunde den Herrn Vice-Bürgermeister, daß sein ganzes Streben dahin gerichtet werde, damit die Gemeinde ehebaldigst in den Besitz eines solchen Seuchenhofes komme, aus dem einfachen Grunde, damit, wenn wir schon einen Markt haben, wir alles dasjenige haben, was für den Markt in veterinärer Hinsicht nothwendig ist, andererseits, damit wir bald zu jenen Einnahmen gelangen, die wir aus diesem Seuchenhofe auch im Interesse der Cassa der Stadt Wien beziehen werden. Das ist meine Bitte und mein Antrag. (Bravo!)

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Ich möchte mir die Bemerkung zu machen erlauben, daß meines Wissens bezüglich der Anlage des Seuchenhofes Verhandlungen mit der kaiserlichen Regierung im Zuge sind, und daß diese Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sind. Wir müssen uns ja ins Einvernehmen setzen mit der Regierung, daß wir so bauen, daß nicht Anstände von Seite der Regierung gegen die Art, wie wir den Seuchenhof anlegen, erhoben werden. Wir wollen ja eben dadurch — ich glaube, das Richtige mitzutheilen — etwas schaffen, womit die Regierung einverstanden ist, damit sie die Vortheile uns gewährt, welche die Anlage eines Seuchenhofes herbeiführen soll. Diese Verhandlungen konnten bisher — ich glaube, infolge ausständiger Antwort der Regierung — nicht zum Abschlusse gebracht werden. Dadurch verzögert sich der Bau des Seuchenhofes.

Gem.-Rath Dr. Aloisberg: Die Pläne sind bei der Regierung 1½ Jahre gelegen. Wahrscheinlich ist die Regierung sich nicht ganz klar über das Bild, wie der Seuchenhof ausschauen soll und läßt uns *plein pouvoir*, um nachher bemängeln und beanständen zu können. Das ist der ganze Wisz dabei.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Das wollen wir aber eben verhindern. Das Wort hat Herr Gem.-Rath Bärkl. (Gem.-Rath Bärkl ist nicht anwesend.) Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet. Gegen die Position ist keine Einwendung erhoben worden, ich erkläre sie für *angenommen*.

Referent des Stadtrathes (liest):

Post 10. Erweiterung der Schweinehalle und Herstellung von Sammelständen am Central-Viehmarke behufs Unterbringung galizischer Schweine 6.200 fl., eine Restzahlung.

Post 11. Herstellung eines neuen Szállás-Gebäudes . 60.000 fl., anstatt der im Voranschlage eingestellten 40.000 fl., nachdem von Seiten des Bauamtes erhoben wurde, daß der Bau rascher fortschreiten wird, als man ursprünglich angenommen hat.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Gegen beide Posten ist keine Einwendung erhoben worden; ich erkläre dieselben für *angenommen*.

Referent des Stadtrathes: Nun kommen wir zu den Markthallen. Hier stellt die Budget-Commission einen allgemeinen Antrag.

Referent der Budget-Commission: Da habe ich im allgemeinen den Antrag zu stellen (liest):

„1. Behufs Errichtung einer künstlichen Kühlanlage für die Großmarkthalle seien weitere Studien durch das Stadtbauamt zu machen.

2. Der Magistrat werde beauftragt, Vorschläge über die thunlichste Erhöhung der Ertragsfähigkeit der städtischen Markthallen zu erstatten.

3. Es seien die Hallendiener der Markthallen definitiv anzustellen und zu beeden.“

Nachdem ich sehe, daß sich Herr Gem.-Rath Seiler zum Worte meldet, nehme ich an — und ich glaube, ich werde mich in dieser Annahme nicht täuschen — daß er auf einen Antrag der Budget-Commission aus dem Jahre 1893 reflectiert, in welchem gleichfalls beschlossen wurde: „Dem im Souverainlocale der Großmarkthalle eingemieteten österr. Approvisionierungsvereine, sowie den Mietern von Magazinen in der Großmarkthalle sei rechtzeitig zu kündigen und haben die Räume für Kühlräume reserviert zu bleiben.“

Ich habe mich erkundigt und darüber Folgendes gehört. Diese vom österr. Approvisionierungsvereine innegehabten Magazine sind gekündigt, also leer, und werden für Kühlräume reserviert. Von diesem Vereine sind nur mehr kleinere, dem Detailgeschäfte zugewiesene Räume gemietet. Was nun die Kühlräume selbst anbelangt, so ist das Referat darüber im Magistrate bereits ausgearbeitet, und — wie ich gehört habe — soll dasselbe im Laufe dieser Woche — es wurde mir der gestrige Tag als Termin angegeben — an den Stadtrath geleitet werden. Ich habe nicht das Recht, weiteres zu sagen, obwohl mir die Details bekannt sind, aber ich glaube, damit wird die eventuelle Anfrage erledigt sein. (Gem.-Rath Seiler: O nein!)

Was nun die Hallendiener anbelangt, die dann gleichfalls zur Sprache kommen, so ist hier seinerzeit ein Bericht des Magistrates darüber erstattet worden, als über die Bezugsclasseneintheilung der städtischen Diener im Plenum referiert wurde, und zwar wurde über den Antrag des Magistrates bestimmt, daß diese Hallendiener in die dritte Kategorie — es wurden drei Kategorien aufgestellt — eingereiht werden sollen mit einem Jahresgehalte von 500 fl. und 140 fl. Quartiergeld. Merkwürdigerweise wurde diese Forderung vom Plenum des Gemeinderathes nicht acceptiert und infolge dessen ist die Sache auf demselben Standpunkte wie damals.

Ich glaube, die Forderung, daß die Hallendiener definitiv angestellt werden, ist wohl gerechtfertigt, umsomehr, als es im § 8 der Marktordnung ausdrücklich heißt, die Abwage hat unentgeltlich und in Gegenwart der amtlichen Aufsichtsorgane zu erfolgen. Wenn man auch streng genommen die Hallendiener nicht als Aufsichtsorgane und als amtliche Aufsichtsorgane bezeichnen kann, so muß doch constatirt werden, daß die Abwage immer von solchen Hallendienern gemacht wird und als amtlich gemacht gilt. Ich bitte also, den Anträgen zuzustimmen. Vielleicht wird das Referat endlich flügge werden.

Gem.-Rath Beutnik: Ich habe mir das Wort zu Punkt 1, Post a, erbeten. Nachdem aber der Herr Budget-Referent bereits erwähnt hat, daß diese Diener definitiv angestellt werden sollen — ich wollte nämlich einen bezüglichen Antrag stellen, nachdem dies doch ein Act der Gerechtigkeit ist und es überhaupt schon beantragt worden ist — so verzichte ich auf das Wort.

Gem.-Rath Seiler: Ich muß mein Bedauern aussprechen, daß bei der Verhandlung über diese Post, einer der wichtigsten des Markt- und Approvisionierungswesens, so wenig Herren anwesend sind. Es wurden von mir in Beziehung auf die Großmarkthalle verschiedene Anträge gestellt, die zum Theile auch durchgeführt worden sind. Leider ist aber dabei kein praktischer Geschäftsmann und auch nicht der Antragsteller selbst befragt worden. Es wurde auch ein Wildmarkt installiert. Da wurden in einem kleinen Raume, der etwa so groß ist, wie der Platz, wo das Präsidium ist, Stände aus dünnem Holze gemacht, auf welchen eiserne Nägel eingeschlagen sind, die höchstens zum Kleideraufhängen gut sind und

das soll der Großmarkt für Wild in der Central-Markthalle sein. Es ist rein zum Lachen, was da gemacht worden ist, und ich kann mir nichts anderes denken, als daß das mit Absicht geschehen ist, um den Antragsteller lächerlich zu machen. Man kann ja nicht sagen, daß das die Idee des Antragstellers war. Ich habe meine Meinung dahin ausgesprochen, daß der vordere Raum gedeckt werde und dort für den Winter, in Verbindung mit den Kühlapparaten, der Wildbretmarkt errichtet werde, um endlich einmal den Wildbretmarkt zu concentriren, der uns leider jetzt seit dieser Unwirtschaft aus den Händen gerissen worden ist. Das ist nicht geschehen, sondern man hat die Sache so lächerlich gemacht, daß Marktverständige, welche von Paris hier waren, darüber gelacht und gestaunt haben, wie man so etwas in Wien ausführen kann.

Weiters wurden Fleischverkaufsstände errichtet. Ich habe hier seinerzeit schon gesagt, daß das Stadtbauamt, ohne einen Sachverständigen zu fragen — das muß der Herr Marktdirector bestätigen — diese kleinen Kämmerlein gemacht hat, die vielleicht für eine Menagerie gut wären, aber nicht für einen Verkaufsstand. Es ist kein Ausgang dort, die ganze Platte ist mit Fleisch behängt, es ist unmöglich, daß der betreffende Verkäufer seine Nothdurft verrichten kann, denn er kann auf keiner Seite heraus.

Diese kleinen Hallen sind unmöglich zum Ausarbeiten für den betreffenden Fleischer, er kann keinen Eiskeller unterbringen, er weiß nicht, wohin er, insbesondere bei der tropischen Sommerhitze im Sommer, da die Sonne auf diesen Platz am meisten scheint, das Fleisch bringen soll. Ich habe diesbezüglich das Möglichste gethan, ich war beim Herrn Bezirksvorsteher, beim Herrn Bürgermeister, ich war beim Herrn Marktdirector — er wird dies bestätigen, um ihn zu ersuchen, daß das anders gemacht wird — alles hat nichts genützt, es ist so durchgeführt worden. Die Geschäftsleute brummen natürlich, aber sie bleiben drin, weil Sie ihr Brot verdienen wollen. Ich glaube, es wäre im menschlichen Interesse gelegen, daß die Fleischstände vergrößert werden.

Es ist erwähnt worden, daß in Betreff der Kühlanlagen vom Magistrate bereits ein Referat erstattet worden ist. Es ist auch wieder merkwürdig, daß ich als Antragsteller jetzt noch gar nicht einmal befragt worden bin, wie ich mir eigentlich die Sache dort gedacht habe. Das ist doch keine Kleinigkeit, in einem Antrage läßt sich das nicht so formuliren. Ich habe mir gerade so wie der Herr Marktdirector die Kühlanlagen in Halle an der Saale, in Leipzig und so fort — in Berlin existiren sie noch nicht — angesehen. Ich habe mir alle Werke über diese Frage kommen lassen und auch mit dem Herrn Marktdirector darüber gesprochen, und ich glaube, daß er zum Theile mit mir einig ist. Jetzt kommt das Referat zum Stadtrathe. Ich weiß aufrichtig nicht, ob einer von den Herren Stadträthen je eine Fleischkühlanlage gesehen hat, so daß er darüber urtheilen könnte. Ich möchte den Herrn Bürgermeister ersuchen, wenn er schon andere nicht berücksichtigt, in dieser Frage auch mich anzuhören.

Diese Kühlanlagen sind etwas, was Preisermäßigungen und — ich weiß nicht, was alles — hervorrufen wird, wenn sie geschäftspraktisch eingerichtet werden. Anderwärts bestehen solche Anlagen, wie auch vom Herrn Marktdirector erwähnt worden ist, und sind für die Marktinteressenten von ungemein großem Werte. Es wurde in der Markthalle der Fleischmarkt vergrößert. Jetzt möchte ich doch fragen, warum eigentlich dem österreichischen Approvisionierungsvereine der große Platz eingeräumt wurde. Es waren früher 100 Geschäftsleute und noch mehr dort und jetzt ist dem der ganze

Raum eingeräumt. Und wenn man dahin schaut, ist eigentlich sehr wenig Fleisch dort.

Ich habe im vorigen Jahre den Antrag gestellt, den heute Herr College Taglicht aufgegriffen hat, daß der Preis des Fleisches in den verschiedenen Qualitäten, das heißt Ochsen-, Kuh- und Büffel Fleisch, in der Markthalle beim Verkaufe anmerkt werde; wenn wir Geschäftsleute angewiesen werden, nicht nur die Qualität, sondern auch den Preis öffentlich zu bezeichnen, warum soll das nicht auch hier stattfinden können? Ich weiß es nicht; vielleicht werden gewisse Gründe vorhanden sein. Ich werde sehen, wie der Herr Marktdirector sich zu dieser Frage verhalten wird.

Von den Hallendienern wurde bereits gesprochen; daß deren Besserstellung vom Gemeinderathe damals abgelehnt wurde, hat der verstorbene Bürgermeister Dr. Prix verursacht. Ich möchte aber an den jetzigen Herrn Bürgermeister das Ersuchen richten, bei der Organisation wirklich menschlich vorzugehen und diese Hallendiener endlich definitiv in jene Rangelassen einzureihen, welche sie verdienen.

Marktdirector Mainz: Bezüglich des Wildbretmarktes erlaube ich mir zu erwähnen, daß man einen solchen Markt nicht aus dem Boden stampfen kann.

Wenn ein solcher Markt in Wien geschaffen werden soll, so müssen die Vorbedingungen dazu vorhanden sein. Die Wildbretzufuhr war früher in Form der sogenannten Beiladungen auf dem Viehmarke sehr lebhaft. Das ist aber von der Regierung untersagt und seinerzeit der Wildbretmarkt in die Großmarkthalle verlegt worden. Dort hat es aber, wie auch heute, an Platz zur Etablierung eines Wildbretthandels gemangelt.

Dieser Handel ist durch die Hände einiger weniger Exporteure gegangen, die das Wild meist als Transitogut nach Paris und überhaupt nach dem Westen geführt haben.

Ein Wildbretmarkt ist aber für Wien sehr nothwendig und soll auch geschaffen werden, aber vor allem muß hiefür ein geeigneter und räumlich genügender Platz vorhanden sein, was heute in der Markthalle thatsächlich nicht der Fall ist. Wir haben versucht, einen Wildbretmarkt in der Halle zu etablieren. Die Stände, die aufgestellt wurden, waren nicht so schwach, Herr Gemeinderath Seiler, wie Sie sie geschildert haben, sondern es waren schwere, sogenannte Fleischbänke, und die dünnen Haken hatten nur den Zweck, ein bis zwei Hasen, Rebhühner oder Fasanen daran aufzuhängen, und solche Thiere tragen diese Haken ganz gut. Das schwere Wildbret, Hirsche, Rehe, Säue, sind auf dem Boden gelegen, schon aus dem Grunde, weil sich das Fleisch so besser hält, da der Boden kühler ist als die darüberstreichende Luft. Nachdem aber die Hauptsache für die Errichtung eines Wildbretmarktes, nämlich eine Kühlanlage, fehlt, läßt sich eigentlich in Wien kein Wildbretmarkt etablieren. Die Kühlanlage wird in der Großmarkthalle eingerichtet werden. Vor kurzem fanden darüber eingehende Verhandlungen statt, um die Frage zu studiren, und soviel ich gesehen habe, sind die Entwürfe des Bauamtes mit großem Fleiße und Sachkenntnis ausgearbeitet, und es wird die Kühlanlage mit Rücksicht auf die bescheidenen Verhältnisse dort vorzüglich werden. Man kann dort natürlich nicht besonders große Anlagen machen, weil es an Raum fehlt. Man kann z. B. Dampfrauchfänge nicht einrichten und die Maschinenkraft nicht zur Anwendung bringen.

Es ist auch in neuester Zeit durch das Verkehrsanlageproject, wonach die Verbindungsbahn in die Erde versenkt werden soll,

die ganze Sache wieder verschoben und vielleicht sogar in Frage gestellt worden.

Ich kenne das Project nicht, aber es ist möglich, daß dann unsere Kühlanlagen, wie wir sie heute denken, in der Luft hängen.

Es muß eben dann eine andere Vorfrage getroffen werden. Die Anlage dieser Kühlräume ist auch die Ursache, daß man dem Approvisionierungs-Vereine die Räume, die er früher zur Deposition seines Fleischvorrathes hatte, kündigen mußte, und er hat oben einen Pavillon bekommen, wo früher die Detail-Fleisch-ausschrotter waren, die heute am Perron draußen stehen.

Ich kann dem Herrn Gemeinderathe versichern, daß der Approvisionierungs-Verein heute ganz anders arbeitet, als früher; er schlachtet selbst und bringt sehr gutes, vorzügliches Fleisch zu Markte. Dieser Pavillon, der ihm eingeräumt ist, steht ihm übrigens nur zur Hälfte zur Verfügung, die andere Hälfte hat die Productiv-Genossenschaft der Sclcher. An manchen Tagen ist dieser Pavillon voll Fleisch, so daß er factisch ein Bedürfnis ist und vielleicht mit der Zeit nicht einmal verlegt wird.

Was die Fleischstände betrifft, so mußte auch mit den örtlichen Verhältnissen gerechnet werden. Es ist eben nur ein schmaler Perron, der uns zur Verfügung steht, und andererseits war eine Reihe von Parteien, deren Existenz in der Halle bestand; hätte man größere Stände gemacht, so hätten nicht alle Parteien untergebracht werden können und es wären vielleicht mehrere Existenzen in Frage gestellt oder ganz vernichtet worden. Das war wohl nicht in der Absicht des Gemeinderathes und auch nicht des Magistrates und daher hat man sich mit dem gegebenen Raume beschieden und etwas kleinere Stände gemacht. Aber gar so klein sind sie nicht, in der Halle sind sie auch nicht größer, und was in der Halle möglich ist, kann auch in einem solchen Raume der Fall sein.

Was die sogenannte Hinterwand betrifft, die die Abchluss-mauer im Parapet bildet, so ist es meines Dafürhaltens sehr gut, daß man den Parteien hinten keinen Raum zur Verfügung stellen konnte, um dort Arbeiten vorzunehmen, denn das wäre — verzeihen Sie den Ausdruck — ein Mistwinkel geworden und hätte keinen schönen Anblick gegenüber den Passanten auf der Straße geboten.

Was das Ausarbeiten der Kälber zc. betrifft, so ist den Leuten hiefür ein Raum angewiesen, daß sie die Kälber ausarbeiten können und thun sie es dort auch heute. Übrigens genügen ihnen diese Stände und auch die Leute sind damit zufrieden. Sie sagen, sie können sich bewegen und auch das Publicum findet dort sehr gutes billiges Fleisch und die Stände entsprechen vollkommen den Zwecken. Eisschränke in den Ständen anzubringen, hat einen großen Nachtheil; denn wenn man Eisschränke hinstellt, die auch immer durchlässig sind, so würde der ganze Stand mit der Zeit durchnäst. Man kann diese auch nicht so reinigen. Noch ein Moment kommt in Frage. Die Eisschränke — das hat man bei kleineren Ständen gesehen — geben Anlaß, um Fleisch zu verbergen und der Beschau zu entziehen. Deren Anbringung ist nicht möglich und darum ist dies auch abgelehnt worden.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Gegen die Post 1 mit 32.330 fl. ist keine Einwendung gegen die Ziffer erhoben worden. Ich erkläre dieselbe für **angenommen**.

Bezüglich der drei Anträge, die die Budget-Commission gestellt hat, bitte ich jene Herren, welche der Zuweisung an den Stadtrath zustimmen, die Hand zu erheben. **Angenommen**.

Referent des Stadtrathes: Wir kommen zu Post 2 „Detailmarkthalle“ I. Bezirk 5520 fl., IV. Bezirk 4120 fl., VI. Bezirk 4206 fl., VII. Bezirk 5750 fl., VIII. Bezirk 4770 fl., IX. Bezirk 3310 fl.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Keine Einwendung gegen diese Posten? — **Angenommen**.

Referent des Stadtrathes (liest): Seite 270, Rubrik XXX. Einnahmen.

Post 1. Einnahmen des Schlachthauscs zu St. Marx:

a) Schlachtgebühren	97.000 fl.
b) Mietzinse:	
a) Effective Zinse	9.610 fl.
b) Durchgeführte Zinswerte	2.710 fl.
	Zusammen . 12.320 fl.
c) Sonstige Einnahmen	350 fl.

Theilsumme der Post 1 . 109.670 fl.

Post 2. Einnahmen des Schlachthauscs in Gumpendorf:

a) Schlachtgebühren	40.770 fl.
b) Mietzinse:	
a) Effective Zinse	5.910 fl.
b) Durchgeführte Zinswerte	2.100 fl.
	Zusammen . 8.010 fl.
c) Sonstige Einnahmen	40 fl.

Theilsumme der Post 2 . 48.820 fl.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Zu Post 1 hat Herr Gem.-Rath R ö h r l früher einen Antrag gestellt. Der Herr Bürgermeister hat gesagt, daß er bei dieser Post zur Abstimmung kommen würde. Ich habe aber den Antrag jetzt nicht da.

Referent des Stadtrathes: Der Antrag geht dahin, es seien die Schlachtgebühren herabzusetzen. (Gem.-Rath Dr. K l o s b e r g: Für mindergewichtiges Vieh!)

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Die Herren, welche mit der Zuweisung des Antrages einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) **Angenommen**.

Gem.-Rath Seiler: Ich habe im Vorjahre den Antrag gestellt, daß wir daran denken sollen, das Schlachten zu centralisieren und aus diesem Grunde daran zu gehen, das Schlachthaus zu erweitern, d. h. die Höfe zu überdachen.

Ich möchte mir an den Herrn Referenten die Anfrage erlauben, was in dieser Beziehung geschehen ist?

Weiters habe ich den Antrag eingebracht, daß in den Schlachthäusern eine Kühlanlage mit elektrischer Beleuchtung hergestellt werde.

Ich habe gehört, daß dieser Antrag abgelehnt worden wäre, und da möchte ich ersuchen, mir zu sagen, was in dieser Sache geschehen ist.

Referent der Budget-Commission: Ich kann nur über jene Anträge Auskunft geben, die die Budget-Commission gestellt hat. Die Budget-Commission hat einen solchen Antrag wörtlich nicht gestellt, sondern der Antrag, den sie gestellt hat, hat gelautet: „Die Abtheilungen des St. Marxer Schlachthauscs sind, wo sich dies als nothwendig erweist, ehestens mit Gasbeleuchtung zu versehen, ferner ist auf die Einleitung der Rußwasserleitung im St. Marxer Schlachthause ehestens Bedacht zu nehmen, damit alle Abtheilungen genügend mit Wasser versehen werden.“

Die Einleitung des Wassers ist bereits durchgeführt. Bezüglich der Einleitung von Gas in jene Räume, wo es nothwendig ist, ist im vergangenen Jahre nichts geschehen, jedoch in das heurige Budget sind für diesen Zweck 1150 fl. eingestellt, und zwar bei den Ausgaben unter Rubrik XXX 1 b der Betrag von 1146 fl. 90 kr., rund 1150 fl.

Gem.-Rath Seiler: Ich möchte den Herrn Bürgermeister um Aufmerksamkeit bitten. Ich hätte viel in dieser Sache zu sprechen, aber ich will die Herren nicht aufhalten, sondern gleich auf den eigentlichen Zweck übergehen, nämlich zur Frage, wie stellen Sie sich zur Errichtung eines eigenen Schweineschlachthauses?

Eine Begründung will ich nicht geben, sondern ich möchte Ihnen nur den Antrag stellen, daß Studien gemacht werden, und zwar noch im Laufe dieses Jahres, zur Errichtung eines eigenen Schweineschlachthauses.

Ich möchte an den Herrn Bürgermeister die Bitte richten, diesen Antrag auch zu unterstützen. Ich will ihn nicht weiter begründen.

Bürgermeister: Ich will da nur eine kurze Bemerkung machen. Die Errichtung eines Schweineschlachthauses durch die Gemeinde Wien setzt, wie ich glaube, voraus, daß ein Schweineschlachtzwang in Wien eingeführt werde.

Nun ist es nicht so einfach, mit einer solchen Maßregel vorzugehen. Die Hinausschiebung der Verzehrungssteuerlinie über die Vororte hat ja speciell in dem Approvisionierungs-Geschäfte eine ziemliche Umwälzung herbeigeführt, besonders in den Verhältnissen der ehemaligen Vororte-Geschäftsleute.

Es wäre also wahrscheinlich nicht klug gewesen, sofort nach der einen so tief einschneidenden Maßregel gleich auch mit einer zweiten wieder so tief einschneidenden zu kommen (Zustimmung), wenn auch Mißstände bei einzelnen Geschäftsleuten, die nicht mit ausreichenden Localitäten versehen sind, nicht übersehen werden können und dürfen. Es kommt dazu, daß ja ein Schweineschlachthaus durch Private errichtet worden ist, und wir werden Gelegenheit haben, an diesem Schlachthause Erfahrungen zu machen und vor allem in Erfahrung zu bringen, wie ein solches Schlachthaus speciell für die Wiener Verhältnisse eingerichtet werden soll. Auf diese Weise wird für jenen Zeitpunkt vorbereitet, wo die Gemeinde Wien eventuell selbst ein Schweineschlachthaus errichtet.

Aber ich kann den Herren versichern, daß in den betreffenden Kreisen wiederholt davon die Rede war, daß man der Sache Aufmerksamkeit schenkt, und daß man dann in der Sache wird weiter vorgehen können, wenn die Zeit dazu gekommen ist. (Bravo! Bravo!)

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Gegen die Posten ist keine Einwendung erhoben worden, ich erkläre dieselben für angenommen.

Referent des Stadtrathes (liest):

Einnahmen des Pferdeschlachthauses (auf der Area des Central-Viehmarktes)	5.550 fl.
Einnahmen vom Schlachthause in Unter-Meidling, Brestelgasse 21:	
Schlachtgebühren	51.410 fl.

Mietzinse:

a) Effective Zinse	4.800 fl.
β) Durchgeführte Zinswerte	3.030 fl.
Zusammen	7.830 fl.

Sonstige Einnahmen	920 fl.
Theilsumme der Post 4	60.160 fl.

Einnahmen vom Schlachthause an der Alz (in der ehemaligen Gemeinde Gersthof):

Schlachtgebühren	32.320 fl.
----------------------------	------------

Mietzinse:

a) Effective Zinse	3.770 fl.
β) Durchgeführte Zinswerte	2.020 fl.
Zusammen	5.790 fl.

Sonstige Einnahmen	420 fl.
Theilsumme der Post 5	38.530 fl.

Einnahmen vom Schlachthause in Rufsdorf, Grinzingerstraße 93 bis 103:

Schlachtgebühren	3.920 fl.
----------------------------	-----------

Mietzinse:

a) Effective Zinse	— fl.
β) Durchgeführte Zinswerte	540 fl.
Zusammen	540 fl.

Sonstige Einnahmen	90 fl.
Theilsumme der Post 6	4.550 fl.

Gem.-Rath Herrdegen: Das Schlachthaus in Rufsdorf weist ein Deficit aus, und zwar sind die Einnahmen 4550 fl., während die Auslagen 4650 fl. betragen. Das Deficit beträgt also 100 fl. Wenn Sie nun bedenken, daß der Inventarwert des Schlachthauses 145.000 fl. beträgt, und wenn Sie nur eine 3procentige Verzinsung annehmen, so ergibt das 4350 fl. pro Jahr. Wir zahlen also jährlich rund 4000 fl. für dieses Schlachthaus. Nun wirft sich denn doch die Frage auf, was ist denn für eine Ursache vorhanden, das Schlachthaus in Rufsdorf als solches weiter bestehen zu lassen? Sie finden in einer anderen Post des Voranschlages 10.000 fl. für die Erbauung eines Pferdeschlachthauses am Pferdemarkte in Margarethen. An und für sich kann es wohl nicht zweckmäßig sein, auf dem Markte, wo Nutzpferde aufgetrieben werden, gleich ein Schlachthaus zu errichten. Dann kann es auch durchaus nicht entsprechen, dieses Pferdeschlachthaus im V. Bezirke zu errichten, wo diese zu Tode gerackerten Pferde durch die Straßen eines belebten Bezirkes getrieben werden müssen. In Rufsdorf wäre die Sache ganz anders. Nach Rufsdorf können die Pferde per Bahn gebracht werden, also der Trieb ist vermieden.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Darf ich bitten, Herr Redner. Wenn Sie die Anträge der Budget-Commission ansehen wollen, werden Sie finden, daß bei der Ausgabens-Rubrik XXX, Post 6, folgender Antrag der Budget-Commission steht (liest):

„Der Magistrat wird beauftragt, einen Bericht darüber zu erstatten, ob nicht das Schlachthaus in Rufsdorf sich dazu eignen würde, in späterer Zeit lediglich als Pferdeschlachthaus verwendet zu werden.“

Es wird also von der Budget-Commission das bereits beantragt, was Herr Redner wünschen.

Gem.-Rath Dr. Aloßberg: Ich habe mich gegen diesen Antrag der Budget-Commission — es bleibt sich ziemlich gleich,

ob ich bei den Einnahmen oder Ausgaben davon spreche — entschieden ausgesprochen.

Heute erlaube ich mir diesbezüglich das Wort zu ergreifen nicht nur im eigenen, sondern auch im Namen des verhinderten Collegen St.-R. Kreindl. Sie wissen, daß die Fleischhauer in diesem Bezirke nicht freiwillig das Schlachthaus gebaut haben, sondern über Auftrag der Regierung, und daß sie durch viele Jahre, um halbwegs ein Erträgnis zu haben, eine Schlachtgebür von 1 fl. 80 kr. gezahlt haben, und jetzt wollen Sie auf einmal diesen Leuten das Schlachthaus dort nehmen und sie zwingen, daß sie vielleicht in das Schlachthaus an der Alz, nach Gumpendorf oder Meidling oder sonstwohin gehen? Wer die topographischen Verhältnisse unserer vielhügeligen Stadt kennt, muß zugeben, daß das kein gesundes Verhältnis wäre. Man kann das Schlachthaus gleich rentabler machen, wenn man einen Theil der dem Schlachthause zunächst gelegenen Fleischhauer des IX. und XVIII. Bezirkes anweist, in diesem Schlachthause zu schlachten. (Wichtig!) Dann werden Sie sehen, daß wir dort kein Deficit, sondern einen Überschuss haben. Diese Fleischhauer werden nichts dagegen haben, wenn sie nach Nußdorf fahren sollen, weil das in unmittelbarer Nähe ist. Also ich spreche mich gegen diesen Antrag aus, ich habe mich auch in der Budget-Commission dagegen ausgesprochen, und ich bitte Sie, meine Herren, so etwas ja nicht zu unternehmen. Wohin wollen Sie denn die Leute von Kahlenbergerdorf schicken, doch nicht an die Alz, nach Gumpendorf oder Unter-Meidling? Das kann man doch von den Leuten nicht verlangen. Das liegt auch nicht im Interesse der Approvisionierung; sie wird dadurch nicht billiger, sondern nur theurer, und ob der weitere Transport im Sommer zuträglich ist, das lasse ich dahingestellt. Ich bitte also, diesen Antrag der Budget-Commission abzulehnen. (Bravo!)

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Dieser Antrag steht jetzt nicht in Verhandlung, sondern kommt erst bei den Ausgaben dazu.

Gegen die Post von 4550 fl. ist keine Einwendung erhoben worden. — **Angenommen.**

Ebenso ist gegen die Positionen bezüglich der Schlachthäuser keine Einwendung erhoben worden; ich erkläre dieselben für **angenommen.**

Wir kommen zu den Ausgaben.

Referent des Stadtrathes (liest): Rubrik XXX. Schlachthäuser.

A. Ordentliche Ausgaben.

Post 1. Ausgaben für das Schlachthaus zu St. Marx (einschließlich der neuen Abtheilung V auf der Area des Central-Viehmarktes):

- | | |
|--|-----------------------|
| a) Bezüge des Personales: | |
| α) Effective Auslagen | 16.720 fl. |
| β) Durchgeführte Zinswerte | 2.710 fl. |
| | Zusammen . 19.430 fl. |
| b) Erhaltung und Reparatur der Gebäude | 9.650 fl. |
| c) Steuer sammt Zuschlägen | 4.990 fl. |
| d) Bestellungen | 240 fl. |
| e) Beleuchtung und Beheizung | 1.200 fl. |
| f) Erhaltung und Reparatur der inneren Einrichtung | 1.000 fl. |
| g) Durchgeführte Wasserbezugswerte | 2.150 fl. |
| h) Reinigungskosten und verschiedene sonstige Auslagen | 5.570 fl. |

Theilsumme der Post 1 . 44.230 fl.

Zu Post 2 sind eingestellt Auslagen für das Schlachthaus in Gumpendorf:

- | | |
|--|-----------------------|
| a) Bezüge des Personales: | |
| α) Effective Ausgaben | 9.990 fl. |
| β) Durchgeführte Zinswerte | 2.100 fl. |
| | Zusammen . 12.090 fl. |
| b) Erhaltung und Reparatur der Gebäude | 6.760 fl. |
| c) Steuer sammt Zuschlägen | 3.660 fl. |
| d) Bestellungen | 250 fl. |
| e) Beleuchtung und Beheizung | 1.630 fl. |
| f) Erhaltung und Reparatur der inneren Einrichtung | 1.000 fl. |
| g) Durchgeführte Wasserbezugswerte | 1.700 fl. |
| h) Reinigungskosten und verschiedene sonstige Auslagen | 2.520 fl. |

Theilsumme der Post 2 . 29.610 fl.

Ad b wird aber ein Abstrich von 1500 fl. beantragt. Ich bitte also, den niederen Betrag zu genehmigen.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Gegen die Posten 1 und 2 nach den Anträgen des Stadtrathes ist keine Einwendung erhoben worden; dieselben sind **angenommen.**

Referent des Stadtrathes (liest):

Post 3. Ausgaben für das Pferdeschlachthaus (auf der Area des Central-Viehmarktes):

- | | |
|----------------------------------|----------|
| a) Effective Ausgaben | 1120 fl. |
| b) Durchgeführte Werte | 690 fl. |

Zusammen . 1810 fl.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Gegen die Post 3 ist keine Einwendung erhoben worden. — **Angenommen.**

Referent des Stadtrathes (liest):

Post 4. Ausgaben für das Schlachthaus in Unter-Meidling:

- | | |
|--------------------------------------|------------|
| a) Bezüge des Personales: | |
| α) Effective Auslagen | 11.150 fl. |
| β) Durchgeführte Zinswerte | 3.030 fl. |

Zusammen . 14.180 fl.

- | | |
|--|-----------|
| b) Erhaltung und Reparatur der Gebäude und der inneren Einrichtung | 5.680 fl. |
| c) Steuer sammt Zuschlägen | 1.120 fl. |
| d) Bestellungen | 40 fl. |
| e) Beleuchtung und Beheizung | 6.390 fl. |
| f) Reinigungskosten und verschiedene sonstige Auslagen | 3.840 fl. |

Theilsumme der Post 4 . 31.250 fl.

Der Stadtrath beantragt einen Abstrich von 3000 fl. für eine Pflasterung, welchem Antrage sich die Budget-Commission angeschlossen hat. Ich bitte, den Betrag von 28.250 fl. anzunehmen.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Die Herren sind einverstanden? (Niemand meldet sich.) **Angenommen.**

Referent des Stadtrathes (liest):

Punkt 5. Schlachthaus an der Alz 21.130 fl.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Der Herr Gem.-Rath Eigner hat das Wort.

Gem.-Rath Eigner: Ich habe meinen Antrag schon gestellt.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Keine Einwendung? — **Angenommen.**

Referent des Stadtrathes (liest):

Post 6. Schlachthaus in Nußdorf 4650 fl.

Gem.-Rath Herrdegen: Gegen diese Post war von mir bereits eine Einwendung erhoben worden. Ich möchte nur noch-

mals betonen, daß sich die Annahme des Antrages der Budget-Commission ungeachtet der Ausführungen des Herrn Dr. Klotzberg unbedingt empfiehlt. Wir sagen nicht, es muß geschehen, der Antrag wird nicht positiv gestellt, sondern es wird bloß beantragt, der Magistrat werde beauftragt, darüber einen Antrag auszuarbeiten. Übrigens möchte ich an den Herrn Vorsitzenden die Bitte richten, den Herrn Marktdirector zu einer Äußerung über diesen Gegenstand zu veranlassen.

Referent der Budget-Commission: Der Herr College Herrdegen hat Ihnen die Gründe gesagt, welche die Budget-Commission zu diesem Antrage bewogen haben. Nach den Aufklärungen, die wir in der Budget-Commission erhalten haben, ist es gewiß nicht zweifelhaft, daß das Schlachthaus in Ruzsdorf seinem Zwecke nicht entspricht, weil man nicht weiß, was man mit diesem Objecte thun soll. Nun tritt an die Gemeinde die Aufgabe heran — Sie ersehen dies aus der nächsten Post — für die Erbauung eines Pferdeschlachthaus zu sorgen, wofür 10.000 fl. eingestellt sind. Die Budget-Commission beantragt die Streichung dieses Betrages. Nun hat die Budget-Commission gemeint, es wäre zu empfehlen, dieses Schlachthaus in Ruzsdorf gleich zur Pferdeschlachtung einzurichten, umsomehr, als es sich kaum empfehlen wird, im V. Bezirke, in einem Bezirke, der so recht im Herzen der Stadt liegt, ein solches Etablissement einzurichten. Ich erjuche daher, den Antrag der Budget-Commission anzunehmen und die nächste Post per 10.000 fl. zu streichen.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Ich möchte mir die Bemerkung zu machen erlauben, daß es sich jetzt nicht darum handeln kann, alle Gründe pro und contra für oder gegen die Erbauung eines Schlachthaus am Pferdemarkte oder rücksichtlich der Umwandlung des Schlachthaus in Ruzsdorf vorzubringen und darüber zu entscheiden. Das wird alles meritorisch erwogen werden, wenn die diesbezügliche Vorlage kommt. In dem einen oder anderen Sinne werden die Herren Gelegenheit haben, sich darüber auszusprechen. Wenn wir hier bei der Budgetberathung alle diese pro und contra ohne Vorlage erwägen, werden wir mit dem Budget nie fertig; es handelt sich ja nicht um die Einsetzung einer Ziffer zu diesem Zwecke.

Gem.-Rath Trambauer: Nach der Anschauung des Herrn Vice-Bürgermeisters soll es gar nicht erlaubt sein über das Pferdeschlachthaus zu sprechen?

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Ich will die Herren daran nicht hindern, aber ich erlaube mir darauf aufmerksam zu machen, daß wir heute nicht alle pro und contra erwähnen können; denn sonst erledigen wir in der Debatte nichts anderes wie diese Frage.

Gem.-Rath Trambauer: Dann wäre es gut, daß die Post mit 10.000 fl. vorderhand bleibt, wenn ich auch nicht dafür bin, daß ein Pferdeschlachthaus in Margarethen gebaut werden soll.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Bei dieser Post sind wir noch nicht; das ist die nächste Post.

Gem.-Rath Trambauer: Das gehört zusammen.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Auf der nächsten Seite ist für den Bau eines Pferdeschlachthaus vom Stadtrathe ein Betrag von 10.000 fl. eingesetzt. Die Budget-Commission beantragt die Streichung dieser Post. Vielleicht wünscht Herr Gem.-Rath Dr. Huber dann zu dieser Post zu sprechen?

Gem.-Rath Dr. Huber: Jawohl; ich bitte mich vorzu merken.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Wir werden abstimmen. Gegen die Auslagepost „Schlachthaus in Ruzsdorf“ 4650 fl. ist keine Einwendung erhoben worden; sie ist angenommen.

Nun gelangen wir zum Antrage der Budget-Commission.

Referent des Stadtrathes: Die Budget-Commission beantragt die Streichung der Post 7. Die Herren werden im Texte finden: „Beziehungsweise Adaptierung einer Reithalle am Pferdemarkte“. Dieser Text ist vom Stadtrathe gestrichen und die 10.000 fl., welche der Stadtrath beantragt für den Bau eines Pferdeschlachthaus einzustellen, sind nicht bedingt durch einen Platz, auf welchen dieses Pferdeschlachthaus hinkommen soll. Die Errichtung eines solchen Pferdeschlachthaus ist eine Nothwendigkeit. Wo es errichtet werden wird, dem ist durch diesen Antrag durchaus nicht präjudicirt. Ich möchte also bitten, diese 10.000 fl., welche der Stadtrath beantragt, vorläufig stehen zu lassen, weil die Errichtung eines solchen Etablissements nothwendig ist, und dem nicht präjudicirt ist, ob es in den V. oder in einen anderen Bezirk kommt.

Referent der Budget-Commission: Ich habe schon voreingeführt gesagt, daß die Budget-Commission aus den von mir angeführten Gründen die Streichung dieser Post beantragt. Ich halte diesen Antrag aufrecht und bitte um die Streichung.

Gem.-Rath Dr. Huber: Ich glaube, die Sache ist so: Früher oder später wird man wohl ein Pferdeschlachthaus in Wien errichten müssen, und diejenigen, welche den Bericht des Herrn Marktdirectors gelesen haben, werden aus diesem Berichte auch entnommen haben, daß man in den verschiedenen Städten Deutschlands sich das Pferdeschlachthaus so gedacht hat, daß man es immer neben das allgemeine Schlachthaus hingestellt hat, wenn man auch nicht von einem ins andere kommen kann; sie stehen nebeneinander. Ich könnte den Herren das Lesen des Berichtes über die Zustände in den deutschen Städten nicht genug empfehlen. Ich bin auch überzeugt, daß man in Wien ein Pferdeschlachthaus braucht. Es ist selbstverständlich, daß kein Bezirk eine besondere Freude haben wird, wenn man ihm ein Pferdeschlachthaus hinstellt, weil damit in Verbindung steht, daß gewisse Abfälle nicht fortgeführt, sondern in den Canal geleitet werden. Dieser Canal geht durch den Bezirk und dient gewiß nicht zur Hebung der sanitären Verhältnisse. So steht die Sache. Ich muß speciell den Standpunkt des V. Bezirkes ins Auge fassen, denke aber auch an alle anderen.

In jenem Bezirke, in welchem man ein Schlachthaus errichten will, in solcher Weise, daß die Durchführung der Abfälle durch die Bezirke gehen muß, ist es entschieden ungünstig für die sanitären Verhältnisse. (Widerspruch.) Das ist meine Ansicht. Wenn andere Herren anderer Ansicht sind, was meine Person betrifft — ich rieche dergleichen Abfälle nicht gerne. Geschmack ist Geschmack. Nachdem ein eigenes Referat im Zuge ist, und heute bei der Budgetpost eigentlich noch nicht gesagt ist, wo das Schlachthaus errichtet werden soll, so ist es, glaube ich, richtig, die Summe eingestellt zu lassen, weil man früher oder später zur Errichtung eines Pferdeschlachthaus in Wien schreiten muß. Ich behalte mir vor, wenn die Vorlage kommt, das Weitere auszuführen.

Heute bitte ich die Herren, die Post anzunehmen. Denn etwas wird geschehen müssen.

Gem.-Rath Herrdegen: Ich habe zuvor an den Herrn Vorsitzenden die Bitte gerichtet, er möge dem Herrn Marktdirector bezüglich des Pferdeschlachthaus das Wort ertheilen. (Unruhe.)

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Ich bitte, der Herr Redner ist heiser und kann nicht so laut sprechen; bitte also, darauf Rücksicht zu nehmen und gefälligst mehr Ruhe zu halten.

Gem.-Rath Herrdegen (fortfahrend): Hat der Herr Vorsitzende dagegen ein Bedenken aus irgendwelchem Grunde? (Rufe: Er hat es schon gesagt!)

Ich adressiere mich an den Herrn Vorsitzenden und nicht an die Herren Dr. Vogler und Dr. Lederer.

Ich würde den Herrn Vorsitzenden bitten, mir zu sagen, ob er ein Bedenken trägt, dem Herrn Marktdirector puncto Pferdeschlachthaus das Wort zu erteilen? Ich werde mich seiner Entscheidung fügen.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Ich habe nicht das geringste Bedenken, dem Herrn Marktamt-Vorstande das Wort zu geben. Ich habe mir nur erlaubt, darauf aufmerksam zu machen, daß wir anlässlich der Budget-Debatte das Pro und Contra, ob die Erbauung eines neuen Schlachthaus, oder Adaptierung einer Halle am Pferdemarkte, oder Umgestaltung des Schlachthaus in Rufsdorf zum Pferdeschlachthaus vorgenommen werden soll, heute kaum entscheiden können. Warum also eine doppelte Debatte? Nur in diesem Sinne habe ich die Bitte an die Herren gestellt, mit Rücksicht auf die Beschleunigung der Budget-Debatte gefälligst von einer eingehenden Debatte in dieser Frage Umgang nehmen zu wollen.

Gem.-Rath Dr. Lederer (zur Geschäftsordnung): Ich muß sagen, daß ich das Begehren eines Mitgliedes der Versammlung ganz ungerechtfertigt finde, sich persönlich Auskünfte über einen Gegenstand zu verschaffen, der nicht auf der Tagesordnung steht. Das ist ein Begehren, das niemand stellen kann und worauf der Vorsitzende nicht einzugehen braucht. Wenn die Versammlung in einem solchen Falle eine Aufklärung wünscht, wäre es etwas anderes. Aber die Versammlung ist nicht befragt worden und wird sich kaum dafür aussprechen, daß bei dieser Gelegenheit eine principielle Frage zur Erörterung kommt.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Ich nehme auch gar keinen Anstand, die geehrte Versammlung zu befragen, ob sie die Ausführungen des Marktamt-Vorstandes entgegennehmen will. Ich bitte diejenigen Herren, welche dafür sind, daß der Herr Marktamt-Vorstand eingeladen wird, Aufklärungen zu geben, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) Abgelehnt.

Gem.-Rath Dehm (zur Geschäftsordnung): Es sind noch mehrere Redner zum Worte vorgemerkt. Ich beantrage daher Schluß der Debatte.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Diejenigen Herren, welche dafür stimmen, wollen die Hand erheben. (Geschlecht.) Angenommen.

Das Wort haben noch die Herren Gem.-Räthe Taubler, Dr. Klotzberg und Gräf.

Gem.-Rath Seiler (zur Geschäftsordnung): Ich glaube, die Sache könnte vereinfacht werden, wenn wir die Zusage bekommen, daß diese 10.000 fl. nicht für diese Vorlagen verwendet werden.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Für welche Vorlage?

Gem.-Rath Seiler: Für die Vorlage vom 19. Mai, betreffend die Errichtung eines Pferdeschlachthaus. (Rufe: Nein!) Dann ist es auch nicht notwendig, darüber noch zu sprechen.

Gem.-Rath Taubler: Meine Herren! Wenn ich für die Einstellung dieser 10.000 fl. zur Errichtung eines Pferdeschlacht-

hauses stimmen soll, muß ich auch darüber sprechen können, und ich gestehe, daß ich mit den Ausführungen meines unmittelbaren Herrn Vorredners nicht ganz einverstanden bin. Er weist uns auf ausländische Städte hin und sagt, daß dort unmittelbar neben dem allgemeinen Schlachthaus auch ein Pferdeschlachthaus ist. Nun, das trifft bei uns überhaupt nicht zu. Das Geschäft der Fleischhauer ist von dem eines Pferdefleischhauers vollständig getrennt, und das Pferdeschlachthaus hat gar keine Berührung mit dem allgemeinen Schlachthaus.

Was aber die Ausführungen des Herrn Dr. Klotzberg betrifft, so kann ich denselben gar nicht beipflichten, denn wenn Sie die Fleischhauer des IX. und XVIII. Bezirkes anweisen, nach Rufsdorf zu gehen, so werden wir einfach die Einnahmen den anderen Schlachthäusern entziehen und dem Schlachthaus in Rufsdorf zuwenden; was wir aus der einen Tasche genommen haben, werden wir in die andere stecken und damit ist die Situation nicht gebessert.

Es stellt sich aber kaufmännisch heraus, daß wir auf dieses Schlachthaus daraufzahlen, und zwar nicht nur jetzt einen großen Betrag, sondern daß sich auch das Anlagecapital gar nicht verzinst, und ich bin daher der Anschauung, daß wennmöglich das Pferdeschlachthaus dort errichtet werden soll, dann wird dieses Object wieder nutzbar gemacht. Wir werden nicht etwas ganz Neues errichten und daraufzahlen, wenn wir ein Gebäude haben, das hiefür verwendbar ist. Übrigens ist Rufsdorf gerade für diesen Zweck sehr verwendbar, weil es an der Peripherie liegt, und die Pferde also nicht erst durch alle Bezirke geschleppt werden müssen.

Wenn also beantragt wird, daß vom Magistrate in Erwägung gezogen werden soll, ob sich dieses Schlachthaus zu dem genannten Zwecke eignet, so stimme ich dem Antrage vollständig bei, welcher von der Budget-Commission gestellt wird. Die weitere Folge dieses Antrages ist aber, daß diese 10.000 fl. abgelehnt werden. (Beifall.)

Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Meine Herren! Gerade, weil dieses Schlachthaus an der Peripherie liegt, müssen die Pferde durch alle Vororte dorthin geschleppt werden. (Richtig! links.) Es wurde auch gesagt, heute wird überhaupt nicht entschieden, wo das Pferdeschlachthaus gebaut werden soll, es wird also diese Frage nicht präjudiciert. Wenn aber diese Frage nicht präjudiciert werden soll, so müssen Sie den Antrag des Stadtrathes in der abgeänderten Form, nämlich „Bau eines Pferdeschlachthaus, unbeschadet, wo es gebaut werden soll“ annehmen und die 10.000 fl. einstellen. Das ist das Richtige, dann haben wir damit nicht präjudiciert, und ich bitte Sie daher um Annahme des Stadtrathes-Antrages.

Gem.-Rath Gräf: Sehr geehrte Herren! Ich werde für den Antrag des Stadtrathes stimmen, weil ich überzeugt bin, daß wir unbedingt ein Pferdeschlachthaus brauchen. Aber geradezu verwundern muß ich mich darüber, daß wir auf einmal in Wien anfangen, so billig zu bauen. Gerade der Umstand, daß nur 10.000 fl. eingestellt werden sollen, führt auf den Gedanken, daß es überhaupt nicht die Absicht ist, wir sollen in Wien ein Pferdeschlachthaus bauen. (Referent des Stadtrathes: Das ist die erste Rate für den Grundkauf!)

Das eine hat Herr Gem.-Rath Dr. Klotzberg schon ausgedrückt. Meine Anschauung geht dahin, daß das Schlachthaus in der unmittelbarsten Nähe des Pferdemarktes gebaut werden soll. (Zustimmung.) Das ist unbedingt notwendig, denn wenn man

die abgemagerten Pferde sieht, so ist das gleichsam eine Illustration zum Großstadtelend; es ist der Stadt Wien unwürdig, wenn die Fremden, die hereinkommen, so abgemagerte Pferde durch die Bezirke treiben sehen, welche dann an die Peripherie zum Pferdefleischmarkt kommen. Ich will keinen Antrag stellen, und ich glaube, die zu pflegenden Berathungen werden das Richtige ergeben. Aber das eine steht fest, daß Sie festhalten sollen an dem Princip, dieses Pferdeschlachthaus in der Nähe des Pferdemarktes zu erbauen im Interesse der Fleischhauer selbst, weil sie andernfalls bedeutend höhere Regien zu tragen hätten. Ich bitte also, den Antrag des Stadtrathes auf Einstellung der 10.000 fl. anzunehmen.

Gem.-Rath Herrdegen (zur Berichtigung): Ich berichtige die Ausführungen des Herrn Dr. Klobberg und des unmittelbaren Herrn Vorredners, daß das Pferdeschlachthaus unmittelbar neben dem Pferdemarkte sein muß, damit, daß die Schlachtpferde überhaupt nicht Gegenstand eines Marktes bilden, da sie nicht marktmäßig behandelt werden. Die Schlachtpferde werden in ganzen Waggonladungen aus Ungarn, zumeist mit sehr billigem Tarif, hieher gebracht; daher sind diese Argumente ganz unrichtig. (Widerspruch.)

Gem.-Rath Graf (zur Berichtigung): Ich berichtige die Ausführungen des Herrn Collegen Herrdegen dahin, daß bezüglich des überwiegend größten Theiles der von den Pferdefleischhauern angekauften Schlachttiere der Verkehr sich am Pferdemarkt abwickelt und daß es nur einige sehr große Pferdeschlächter sind, welche ihren Transport direct beziehen. Bezüglich seiner früheren Entgegnungen gegenüber den Ausführungen des Herrn Dr. Klobberg muß ich erwidern, daß es ganz gut wäre, wenn ein Theil jener Fleischhauer, welche jetzt im Central-Schlachthause schlachten, an das Schlachthaus nach Rußdorf gewiesen werden könnte, eventuell die an der Peripherie der alten Stadt befindlichen, und zwar wäre dies umso nothwendiger, als man in kürzester Zeit darangehen muß, das Central-Schlachthaus zu vergrößern. Mir ist gesagt worden, daß es zu klein ist. Es würde sich das rentieren, und es würde sich eine höhere Frequenz herausbilden.

Gem.-Rath Wihelsberger: Es hat im großen und ganzen der Herr Vorredner schon das berichtet, was ich gegenüber dem Herrn Collegen Herrdegen berichtigen wollte; ich berichtige nämlich, daß die meisten Pferde, die am Pferdemarkte gehandelt werden, Schlachtpferde und der kleinere Theil nur andere Pferde umfaßt.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Wir schreiten zur Abstimmung. Der Stadtrath beantragt für den Bau eines neuen Pferdeschlachthauses den Betrag von 10.000 fl. einzusetzen. Ich bitte die Herren, die dafür stimmen, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) **Angenommen**.

Nun kommt der Antrag der Budget-Commission, der Magistrat werde beauftragt, einen Bericht darüber zu erstatten, ob nicht das Schlachthaus in Rußdorf sich dazu eignen wird, in späterer Zeit lediglich als Pferdeschlachthaus verwendet zu werden. Die Herren, welche mit der Zuweisung an den Stadtrath einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) **Ebenfalls angenommen**.

Referent des Stadtrathes: „Lagerhaus“. Bei den Einnahmen ist der Betrag von 334.790 fl. eingestellt, und ich bringe auch gleich die Ausgaben zur Besprechung; die Ausgaben sind 293.200 fl. Weiter ist beantragt, zur Herstellung eines Umschlag-

platzes für das städtische Lagerhaus am sogenannten Pfeiffer'schen Holzplage am Donauquai einen Betrag von 50.000 fl. einzustellen. Ich bitte um die Annahme.

Referent der Budget-Commission: Zur Rubrik „Lagerhaus“ habe ich zwei Anträge zu stellen, einer, der wiederholt schon gebracht worden ist, lautet (liest):

„1. Es sei eine Lagerhaus-Commission einzusetzen.“ Ferner:

„2. Der Stadtrath werde beauftragt, wegen Ausgestaltung des Lagerhauses im Sinne der Vorschläge des Lagerhaus-Directors dem Gemeinderathe bis Ende October d. J. Anträge zu stellen.“

Ich empfehle Ihnen die Annahme dieser Anträge.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Keine Einwendung?

Gem.-Rath Seiler: Ich habe an den Herrn Bürgermeister ein Ersuchen zu richten, und zwar in dem Sinne, daß der Herr Bürgermeister doch den Lagerhausdirector dahin verweisen möchte, im Lagerhause zu den Auctionen nur Naturweine zuzulassen.

Vor einigen Wochen hat im Lagerhause eine Auction von Weinen stattgefunden, bei welcher Wein um 11 fl. per Hektoliter verkauft wurde, mit Tannin- und anderem Gehalte, welcher zwar nicht gesundheitschädlich ist, doch erscheint dieses des Lagerhauses der Stadt Wien nicht würdig. Ich möchte also an den Herrn Bürgermeister die Bitte richten, in dieser Richtung wirken zu wollen.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Wünscht noch jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Ich ersuche jene Herren, welche mit den angelegten Posten einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) **Angenommen**.

Ich ersuche jene Herren, welche mit der Zuweisung der Anträge der Budget-Commission an den Stadtrath einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) **Angenommen**.

Referent des Stadtrathes (liest):

Sonstige Approvisionierungszwecke.

Kosten der Haltung von Viehhirten und Gemeindestieren:

Effective Auslagen	600 fl.
Durchgeführte Zinswerte	190 fl.
Zusammen	790 fl.

Subventionen und sonstige Auslagen zum Schutze der Weinculturen in Wien 700 fl.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Keine Einwendung? — **Angenommen**.

Damit ist Gruppe VII erledigt.

Referent des Stadtrathes: Gruppe X. „Cultusangelegenheiten“.

Gem.-Rath Dr. Klobberg: Ich beantrage die en bloc-Annahme. (Widerspruch.)

Gem.-Rath Grambauer: Ich möchte eine Post herausheben. Unter Rubrik „Sonstige Cultuszwecke“ ist eine Post: Freiwillige Beiträge zur Abhaltung der Frohnleichnamsp processionen in den Bezirken II bis XIX enthalten. Da finden Sie für den X. Bezirk nur 90 fl. eingestellt, während z. B. für den XIII. Bezirk 1798 fl. eingestellt sind. Diese Ungleichheit ist doch unerhört. Ich möchte Sie bitten, dem X. Bezirk 200 fl. zuzuweisen.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Ich ersuche jene Herren, welche die Erhöhung der Post „Kirchenseierlichkeiten“ um 110 fl. annehmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) **Angenommen**.

Ich ersuche nun jene Herren, welche die übrigen Posten nach den Anträgen der Budget-Commission en bloc annehmen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) **Angenommen.**

Gem.-Rath Dr. Lederer (zur Geschäftsordnung): Wenn eine en bloc-Annahme beantragt und beschloffen werden soll, so muß doch genau bestimmt werden, was en bloc angenommen werden soll. Ich bitte, daß das genau gesagt werde.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Ich glaube deutlich gesprochen zu haben. Es handelt sich um die en bloc-Annahme der Gruppe X „Cultusangelegenheiten“. Es ist keine Einwendung erhoben worden, die Herren sind einverstanden, daß die Gruppe X nach den Anträgen der Budget-Commission mit der Erhöhung der einen Post nach dem Antrage **Trambauer** angenommen werde. (Zustimmung.) **Angenommen.**

Wir kommen jetzt zur Gruppe XI „Unterrichtswesen“.

Gem.-Rath Roske: Ich möchte mir erlauben, darauf aufmerksam zu machen, daß sämtliche Posten, welche von Seite 402 bis 446 laufen, bis zu den Gewerbeschulen eigentlich lauter feststehende Auslagen sind, d. i. die Erhaltung der Schulen und die Gehalte der Lehrer und Professoren.

Ich beantrage daher die en bloc-Annahme der Posten von Seite 402 bis Seite 446; die Posten bezüglich der Gewerbeschulen nicht, weil das freiwillige Beiträge sind; da kann man wünschen, daß sie erhöht oder vermindert werden; aber bis Seite 446 laufen feststehende Posten sowohl in den Einnahmen als auch in den Ausgaben.

Gem.-Rath Dr. Vogler: Ich habe gegen diesen Antrag nichts einzuwenden, ich möchte nur XLIII 8½ ausnehmen und dazu sprechen.

Gem.-Rath Dr. Mittler: Ich beantrage die en bloc-Annahme der ganzen Gruppe nach den Anträgen der Budget-Commission.

Gem.-Rath Dr. Vogler: Der Stadtrath hat in Abänderung des Magistrats-Antrages beschloffen, die Befoldungsvorschüsse an das Lehrpersonal an den Volks- und Bürgerschulen, welche mit 30.000 fl. präliminirt sind, nicht in das Budget des Bezirksschulrathes einzustellen, sondern unter die eigenen Gelder unter die Gemeindefehulsausgaben. Das ist vollkommen unrichtig und es würde das auch der praktischen Gebarung absolut nicht entsprechen. Ein Befoldungsvorschuß ist ein Vorschuß vom Gehalt; der Gehalt wird aus dem Bezirksschulфонде ausbezahlt, infolge dessen muß auch der Vorschuß dort verbucht und berechnet werden.

Ich beantrage die Wiederherstellung des Magistrats-Antrages, indem die Post aus der Gruppe A ausgeschieden und unter XLIII 33 in Gruppe B eingestellt wird.

Begründet wurde der Antrag im Stadtrathe damit, daß man den Streit, welcher zwischen dem Stadtrathe und dem Bezirksschulrath über die Bewilligung solcher Befoldungsvorschüsse besteht, dadurch aus der Welt schaffen wollte. Ich glaube aber, daß das nicht der richtige Weg ist, diesen Streit aus der Welt zu schaffen. Das soll dadurch geschehen, daß sich endlich einmal der hochlöbliche Bezirksschulrath dazu bestimmt findet, den anhängigen Recurs der Gemeinde Wien zu erledigen. Wenn dies geschehen sein wird, so werden wir uns fügen, ob nun die Entscheidung gegen oder für uns ausfällt; aber wir möchten die Angelegenheit nicht auf die Art erledigt wissen, daß etwas ganz Unfachmännisches geschafften wird, indem die Befoldungsvorschüsse von der Gemeinde aus ihren eigenen Geldern bezahlt werden, während sie eigentlich

den Bezirksschulфонд belasten müssen. Das würde auch in der Buchhaltung und in der Geldverrechnung bei der städtischen Hauptcassa zu ganz großartigen Schwierigkeiten führen. Ich bitte Sie daher, meine Herren, meinen Antrag anzunehmen, den Magistrats-Antrag wieder herzustellen.

Gem.-Rath Dr. Daum: Meine Herren! Ich will nur das eine erwähnen. Es mag der Streit nach verschiedenen Richtungen entschieden sein; nach dem Gesetze ist ja das, was Herr Gem.-Rath Dr. **Vogler** gesagt hat, correct. Ich begreife aber auch vollständig den anderen Standpunkt, der darauf hinausläuft, daß das Finale eines solchen Vorschusses das ist, daß, wenn die betreffende Person, die den Vorschuß erhält, stirbt, ehe der Vorschuß zurückgezahlt ist, es immer aus den Gemeindegeldern herausgeht. Ich begreife also vollkommen, daß der Stadtrath diesen Beschluß gefaßt hat. Was ich aber bedauere und worin unbedingt Abhilfe nöthig ist, das ist, daß wir aus dem Provisorium herauskommen, daß der Bezirksschulrath endlich in die Lage kommt, oder von dem Vorsitzenden des Bezirksschulrathes, der ja unser verehrter Herr Bürgermeister ist, veranlaßt wird, die ihm vorliegenden Gesuche zu entscheiden, weil zahlreiche Lehrpersonen auf die Vorschüsse warten, welche zum Theile in sehr bedrängter Lage sind, und durch diesen Competenzconflict, der ein rein theoretischer ist, verkürzt werden. Ich möchte daher an den Herrn Bürgermeister die Bitte richten, in dieser Richtung eine Veranlassung zu treffen.

Gem.-Rath Dr. Huber: Das Begehren des unmittelbaren Herrn Vorredners ist in der That sehr begründet, aber die Besorgnisse, die er daran knüpft, treten thatsächlich nicht ein, indem alle Vorschußgesuche vom Bezirksschulrath an den Stadtrath kommen und dort anstandslos und mit der größten Schnelligkeit erledigt werden, wie alle, die im Stadtrathe sind, wissen. Die Lehrerschaft erleidet also vorläufig keinerlei Schaden und keinerlei Verzögerung. So steht die Sache eigentlich und nicht so, wie der Herr Vorredner gemeint hat.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Wir schreiten zur Abstimmung, und zwar über den Antrag Dr. **Vogler**. Ich bitte jene Herren, welche mit dem Antrage Dr. **Vogler**, daß die Post ausgeschieden und an der bezeichneten Stelle eingesetzt wird, einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) **Angenommen.**

Gem.-Rath Trambauer: In der Rubrik 43 „Volkschulen“ ist ein Betrag von 55.210 fl. eingestellt. Das ist nämlich für eingemietete Volkschulen. Wir im X. Bezirke haben das Glück, vier eingemietete Schulen zu besitzen, und zwar ist, wenn ich recht informiert bin, die Schule in der Himbergerstraße Nr. 31 im Jahre 1868 oder gar 1866, also zu einer Zeit eingemietet worden, wo der Gemeinderath ein großes Anlehen zu dem Zwecke aufgenommen hat, um die nothwendigen Schulen zu erbauen.

Leider ist die Schule noch immer eingemietet und befindet sich in einem außerordentlich sanitätswidrigen Zustande. Das steht fest. Ich habe ausgerechnet, daß auf ein Kind kaum 2-3 m³ Luft Raum kommen. Dann liegt die Schule in der Hauptstraße, wo ein starker Wagenverkehr ist. Den ganzen Tag über kann in der Schule kein Fenster geöffnet werden. Ich habe seinerzeit, als es sich um die Parcellirung der Realität von August **Tschinkels** Söhne gehandelt hat, einen Antrag gestellt. Das wird sich jedenfalls lange hinausziehen. Ich weiß, daß da ein Bauplatz zu haben sein wird. Die Baupläge werden immer mehr verbaut und es ist möglich,

dass wir keinen Bauplatz bekommen, sondern vielleicht ein Haus ankaufen müssen. Meines Wissens hat der Bürgerspitalfond in der Hasen- und Dampfgasse noch Gründe, die frei sind. Ich möchte beantragen, dass der Magistrat beauftragt werde, dort einen Schulbauplatz ausfindig zu machen, um daselbst eine Schule zu erbauen, damit diese Schule aufgelassen werde, die seit nahezu 30 Jahren dort eingemietet ist. Wenn Sie bedenken, dass diese eingemietete Schule im X. Bezirke mit einem Mietzinse von 23.428 fl. eingestellt ist, der einem Capitale von 585.000 fl. entspricht, so werden Sie zugeben, dass die Gemeinde da kein gutes Geschäft macht.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Herr Gem.-Rath Trambauer beantragt, den Magistrat aufzufordern, in Betreff eines Schulbauplatzes einen Vorschlag zu machen. Die Herren, welche mit der Zuweisung dieses Antrages einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschlecht.) **A n g e n o m m e n.**

Gem.-Rath Trambauer: Wie Sie wissen, ist die evangelische Cultusgemeinde an den Gemeinderath um eine Subvention herangetreten.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Darf ich bitten, Herr Gemeinderath, das sind lauter abgethane Dinge. Eigentlich hätte Ihr früherer Antrag bei dem Capitel „Schulbauten“ verhandelt werden sollen. Die Subvention für die evangelische Schule ist bereits ein abgethauer Gegenstand. Wir können doch — erlauben Sie mir gefälligst die Bemerkung — nicht bei jeder Position auf frühere Positionen zurückgreifen.

Gem.-Rath Trambauer: Bei „Unterrichtswesen“, Seite 425, steht: „Beitrag zu den Auslagen der protestantischen Schule 7000 fl.“ Das muß doch hieher gehören.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Ich bitte um Entschuldigung, ich habe mich geirrt.

Gem.-Rath Trambauer: Wie Sie wissen, ist die evangelische Cultusgemeinde, der auch ich anzugehören die Ehre habe, an den löblichen Gemeinderath mit dem Ansuchen um eine Subvention herangetreten. Damals hat sie keine Summe ausgesprochen, um welche sie bittet. Der Herr Referent Schneiderhan hat auch das geehrte Plenum über die Angelegenheit der evangelischen Schule nicht gut informiert. Nachdem die evangelische Cultusgemeinde ihre Schule auf einen besonders guten Fuß gestellt und ihren Schulfond von 82.000 fl. bereits erschöpft hat und nach dem Ausweis, der mir von Seite des Presbyteriums zugekommen ist, ein Deficit von über 13.000 fl. vorhanden ist, ist sie auf eine Subvention von 10.000 fl. angewiesen.

Vice-Bürgermeister Mahenauer (unterbrechend): Darf ich bitten, Herr Gemeinderath, Sie haben allerdings recht, dass diese Position jetzt hieher gehört. Aber es ist noch nicht lange, dass in merito das bezügliche Referat erstattet wurde. Da ist eingehend debattiert worden und Sie haben den Antrag auf Erhöhung der Subvention gestellt, der nach längerer Debatte abgelehnt wurde. Es besteht also der Beschluss des Gemeinderathes, 7000 fl. Subvention zu geben. Daher können wir jetzt nicht anlässlich der Budget-Debatte eine andere Ziffer einsetzen.

Gem.-Rath Trambauer: Ganz gut, Herr Obmann! Ich erlaube mir die Bemerkung, dass das Presbyterium neuerdings um eine Subvention eingekommen ist.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Es wird über dieses Einschreiten des Presbyteriums Bericht erstattet werden und dann können Sie sprechen.

Gem.-Rath Villicus: Ein Herr Borredner hat die Übelstände einer eingemieteten Schule in einem neuen Bezirke besprochen. Nun gibt es bei uns in der Stadt eingemietete Schulen, wo es noch viel schlechter ist als in den neuen Bezirken. Ich erwähne sofort die fünfflässige Mädchenschule bei den Michaelern in der Habsburgergasse. Noch vor zwei Jahren bestand an dieser Schule der Übelstand, dass die Schüler in der zweiten Classe in ihr Schulzimmer nur durch die Hausmeisterwohnung kommen konnten, und zur Schulkanzlei führte ein schmaler Gang, in welchem sich die Fallthür eines Kellers noch aus dem vorigen Jahrhunderte befand. Diese zwei Übelstände sind zwar derzeit behoben, doch besteht an dieser Schule noch der Übelstand, dass die Schülerinnen der drei im Parterre befindlichen Classen auf den Anstandsort bei Regenwetter mit Regenschirmen gehen müssen, wobei sich die Kinder im Winter überdies leicht verkühlen können. Die ebenerdigen Schullocalitäten

Vice-Bürgermeister Mahenauer (unterbrechend): Vielleicht hätten Herr Gemeinderath die Güte, Ihre Wünsche bezüglich der Michaelerschule zum Gegenstande eines besonderen Antrages zu machen.

Gem.-Rath Villicus: Ich habe den Antrag hier, aber ich will ihn motivieren. (Unruhe und Widerspruch.) Wenn die Herren nicht mehr Geduld haben, so werde ich ihn bloß verlesen.

Die Übelstände kann ich nicht alle aufzählen, denn es gibt deren sehr viele; aber keine Schule ist so schlecht eingerichtet, wie diese.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Der Antrag des Herrn Gem.-Rathes Villicus lautet (liest):

„1. Der Standplatz der Fiaker in der Habsburgergasse vor dem Michaelerhause, in welchem sich die städtische Mädchen-Volksschule befindet, soll ehetunlichst verlegt werden.

2. Die erwähnten localen Übelstände in der Michaeler Mädchen-Volksschule sollen beseitigt werden; falls aber dies nicht möglich ist, dann möge für die Übersiedlung dieser Schule in ein anderes passendes Haus rechtzeitig gesorgt werden.“

Ich bitte jene Herren, die mit der Zuweisung dieses Antrages an den Stadtrath einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) **A n g e n o m m e n.**

Jetzt darf ich wohl die übrigen Posten en bloc zur Annahme empfehlen. Ich bitte diejenigen Herren, welche mit den übrigen Ein- und Ausgabeposten der Gruppe XI „Unterrichtswesen“ nach den Anträgen der Budget-Commission einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) **A n g e n o m m e n.**

Wir kommen zur Gruppe XII.

Referent des Stadtrathes (liest):

Conscriptionswesen.

A. Ordentliche Ausgaben.

Bezüge der Beamten des Conscriptiionsamtes . . .	176.540 fl.
Auslagen für die Piefierung und Reparatur von Gassen-	
ausschrifts- und Hausnummertafeln	1.350 fl.
Sonstige Auslagen in Conscriptiions-Angelegenheiten .	1.800 fl.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Keine Einwendung? — Die Positionen sind **a n g e n o m m e n.**

Referent des Stadtrathes (liest):

B. Außerordentliche Ausgaben.

Abänderung der gleichlautenden Gassennamen in den 19 Bezirken	
Wiens	27.000 fl.

Referent der Budget-Commission: Hierzu kommt der Antrag (liest):

„Es sei gleichzeitig mit der Neubenennung der Gassen eine Reform der Abgrenzung der einzelnen Bezirke anzustreben.“

Allerdings muß früher die richtige Linie der Gürtelstraße bestimmt sein.

Gem.-Rath Trambauer: Ich möchte da auch anregen, wie ich auch schon in der Budget-Commission angeregt habe, daß das Umtaufen der Straßen nicht früher, sondern gleichzeitig mit der Neuabgrenzung der Bezirke stattfinden soll.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Meine Herren! Ich mache Sie nur darauf aufmerksam, daß, wenn wir die Bezirksgrenzen ändern wollen, es eigentlich eine Thorheit wäre, wenn wir jetzt schon neue Gassentafeln anbringen. Die Bezirksgrenzen gehen so durcheinander, daß, wenn wir sie ändern, wir wieder neue Tafeln machen lassen müssen. Das ganze Geld wäre also hinausgeworfen, wenn Sie überhaupt an eine Änderung der Bezirksgrenzen denken. Behalten wir also die jetzigen Tafeln bei und gehen wir erst dann energisch mit der Neubenennung der Gassen und Anbringung neuer Tafeln vor, wenn die Bezirksgrenzen geändert worden sind; also, erstens rationellere Eintheilung der Bezirke, zweitens Anbringung neuer Orientierungstafeln; anders geht es nicht.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Ich bitte, ich kenne die Verhältnisse genau und kann Ihnen sagen, daß an eine Änderung der Bezirksgrenzen in diesem Jahrhunderte nicht mehr geschritten werden kann, denn dazu sind weitwendige Verhandlungen mit dem Justizministerium nothwendig, und das geht nicht so rasch, während wir mit der Änderung der Gassennamen nicht so lange warten können.

Gem.-Rath Signer: Erlauben Sie mir, meine Herren, noch einige Worte. Wenn Sie den XVII. und XVIII. Bezirk ansehen, so reicht der XVIII. Bezirk bis an die Alsbachstraße, ja an der äußersten Peripherie bis an die Antonsgasse. Wenn jemand dorthin kommt, kennt er sich gar nicht aus, ist er im XVII. oder XVIII. Bezirke. Eine solche Grenze soll doch durchgebrochen werden. Die Antonsgasse soll die Grenze zwischen dem XVII. und XVIII. Bezirke sein. Warum soll so etwas nicht möglich sein? Man braucht es nur im Grundbuche durchzuführen. Dazu gehört nicht viel.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Die Herren, welche für die Einstellung der Post von 27.000 fl. sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) **Angenommen.**

Die Herren, welche mit der Zuweisung der Anträge der Budget-Commission an den Stadtrath einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) **Angenommen.**

Referent des Stadtrathes (liest):

Rubrik XLVIII. Recrutierung 5640 fl.

Gem.-Rath Trambauer: Zur Recrutierung ist eine Post mit 5640 fl. eingestellt. Sie betrifft die Assentierungs-Commission. Diese besteht in der Regel aus zwei städtischen Conceptsbeamten, zwei Ärzten, einem Conscriptioonsbeamten und aus einem Diener. Nun ist aber noch der Umstand zu berücksichtigen, daß über 2000 fl. für die Verpflegung der Commission inbegriffen sind.

Ich bitte schönstens, jeder Arzt ist froh, wenn die Stellung zu Ende ist und er fortgehen kann; jeder Gemeinderath ist auch froh, wenn er fortgehen kann und der Beamte endlich auch. Ich möchte bitten, daß die Verpflegung dieser Commission weggelassen wird und die reine Ausgabe für die Beamten und die Verköstigung eingestellt werde. Ich habe diese Anschauung schon in der Budget-Commission vertreten und mehrere Mitglieder Ihrer geehrten Partei

haben mich auch aufgefordert, ich soll neuerlich einen Antrag stellen, darum thue ich es.

Referent des Stadtrathes: Der Antrag ist gegenstandslos, weil die heurige Recrutierung schon vorbei ist. Wenn der geehrte Herr College wünscht, daß das geändert werde, bitte ich den Antrag zu stellen, daß pro futuro diese 2000 fl. gestrichen werden; aber für das heurige Jahr muß die Post unverändert bleiben.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Die Herren, welche die Post mit 5640 fl. genehmigen wollen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) **Angenommen.**

Jene Herren, welche den Antrag Trambauer der Commission zuweisen wollen (Rufe: Der ist gegenstandslos!) . . . er kann aber pro futuro zugewiesen werden . . . Rufe: Das geht nicht!) . . . also dann bitte ich jene Herren, die für die Zuweisung sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) **Abgelehnt.**

Referent des Stadtrathes (liest):

Rubrik XLIX. Militärbequartierung.

Einnahmen 27.950 fl.
Ausgaben 81.870 fl.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich werde Sie nicht lange aufhalten, sondern kurz den Antrag stellen, es seien in Zukunft die Zinsen des Militäreinquartierungs-Fondes als Einnahmen in diese Post einzutragen. Ich weiß, daß dieser Antrag dem Stadtrath zugewiesen wird; darum will ich nicht viel Worte verlieren. Ich bedauere nur, daß diese wichtige Frage hier nicht einer längeren Discussion unterzogen werden kann, aber das Budget muß jetzt mit Windeseile durchgepeitscht werden, darum will ich nicht länger aufhalten. Damit jedoch die Frage endlich zur Lösung komme und die Natur dieses Fondes kargestellt werde, stelle ich diesen Antrag. So kann der Gegenstand einer gründlichen Berathung unterzogen werden.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Die Herren, welche mit der Zuweisung dieses Antrages an den Stadtrath einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) **Angenommen.**

Im übrigen sind die Herren mit den eingefügten Ziffern einverstanden? (Keine Einwendung.) **Angenommen.**

Referent des Stadtrathes: Rubrik L, Vorspannangelegenheiten, in den Einnahmen 1420 fl., in den Ausgaben 4620 fl.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) **Angenommen.**

Wir kommen jetzt zu Gruppe XIII.

Gem.-Rath Signer: Ich will nur einige Worte sprechen. Ich glaube, daß es in Wien in jeder Beziehung angenehm sein wird, wenn bei der Nacht, wo immer man sich bewegt, ob im I., II., IX., XIII., XIV. oder XIX. Bezirke, die Uhren beleuchtet sind.

Ich will da auf eines hinweisen: Wenn man vom Schottenthor gegen die Botivkirche, welche doch ein Palast ist, geht, so findet man sie finster. Ich glaube, daß diese Kirche doch so viel wert sein soll, daß die Uhr dort beleuchtet ist, und ich erlaube mir, den Antrag zu stellen:

„Man ist in Wien vor nicht gar zu langer Zeit wahrscheinlich zur Einsicht gekommen, daß die unbeleuchteten Thurmuhren ihren Zweck nur halb erfüllen, und es werden gegenwärtig mehrere Uhren in der Nacht beleuchtet. Da nun der Verkehr sich nicht nur auf einzelne Plätze und Straßen, sondern auf alle Theile der Stadt erstreckt und niemand das factische Bedürfnis bestreiten

wird, so stelle ich den Antrag, daß sämtliche noch nicht beleuchtete Thurmuhren eine Beleuchtung erhalten."

Das ist einer Haupt- und Residenzstadt nicht würdig. Ein Fremder, der herkommt, weiß gar nicht, wie viel Uhr es ist. Es gibt ja Leute, die bei Nacht keine Uhr mitnehmen, damit sie ihnen nicht gestohlen wird. (Heiterkeit.)

Gem.-Rath Trambauer: Ich möchte bitten, den X. Bezirk auch mit einer transparenten Uhr zu versehen.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Gegen die Posten „Öffentliche Uhren“ ist eine Einwendung nicht erhoben worden; dieselben sind angenommen.

Ich ersuche jene Herren, welche mit der Zuweisung der Anregungen der Herren Gem.-Räthe Eigner und Trambauer an den Stadtrath einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) Angenommen.

Zu Post LII 2, Einnahmen, hat Herr Gem.-Rath Gräf das Wort.

Gem.-Rath Gräf: Ich habe voriges Jahr den Antrag gestellt, es seien mit den Besitzern der Annoncierungsanstalten Unterhandlungen einzuleiten, dahin gehend, daß sie entsprechende Wandflächen auf sehr frequenten Punkten der Commune Wien zur Anbringung von Kundmachungen überlassen.

Bis heute ist mir nicht bekannt, was mit dem Antrage geschehen ist. Die Sache ist aber sehr wichtig. Jeder wird zugeben, daß bei den Verlautbarungen der Commune Wien die ungünstigen Plätze gewählt werden, und die schönsten, frequentesten Punkte haben Sinsler, Mauczka u. s. w.

Ich möchte das Präsidium ersuchen, meinen Antrag zu unterstützen.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Insoweit Verträge mit uns bestehen, z. B. bei Herrn Weiner, besteht die Verpflichtung zur Annahme amtlicher Kundmachungen. Wenn aber ein solcher Annoncierungs-Institutsinhaber an einem Privatgebäude Annoncierungen vornimmt, so können wir ihm nicht dictieren, unsere Kundmachungen unentgeltlich aufzunehmen.

Gem.-Rath Gräf: Das ist allerdings richtig. Aber es gibt auch in den Vororten Besitzer von Annoncierungsanstalten, selbst an communalen Plätzen, die ihnen von den früheren Gemeinden zugewiesen wurden, bei denen dies nicht der Fall ist. Ich möchte bitten, daß einheitlich vorgegangen werde.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Sie meinen, wenn es sich um die Abschließung neuer Verträge handelt?

Gem.-Rath Gräf: Jawohl!

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Ich ersuche jene Herren, welche mit der Zuweisung dieses Antrages an den Stadtrath einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) Angenommen. Es wird nun für den Rest die en bloc-Annahme gewünscht. Ich bitte jene Herren, welche mit der en bloc-Annahme der Gruppe XIII nach den Ziffern der Budget-Commission einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) Angenommen.

Referent des Stadtrathes: Es erübrigt noch, die Post 1 „Dotations des Bürgermeisters“ mit dem Betrage von 24.000 fl. einzustellen. Da der Gemeinderath hierüber bereits einen meritorischen Beschluß gefaßt hat, beantrage ich die Einstellung dieses Betrages.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Ich bitte jene Herren, welche damit einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) Angenommen.

Referent des Stadtrathes: Nun stellen sich die Schlussziffern wie folgt:

Das Gesamterfordernis beträgt	41,719.940 fl.
davon ab die eigenen Einnahmen	11,624.070 fl.
bleibt ein durch die eigenen Einnahmen nicht bedecktes Erfordernis von	30,095.870 fl.

Die Bedeckung erfolgt durch den Ertrag der städtischen Um-lagen	19,776.020 fl.
durch Entnahme aus den Cassabeständen	3,247.980 fl.

und aus dem Wasserleitungs-Anlehen zur Bestreitung der für den Ausbau und die Ergänzung der Hochquellenwasserleitung pro 1894 veranschlagten Kosten	7,071.870 fl.
---	---------------

macht in Summe	30,095.870 fl.
--------------------------	----------------

Ich bitte, das Budget mit diesen Posten zu genehmigen.

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Es erübrigt uns jetzt noch die formelle Erledigung des Bürgerhospitalfondes, Bürgerladefondes, Bürgerversorgungsfondes und sonstiger Fonde. Die Herren sind einverstanden, daß diese Präliminarien nach den Anträgen der Budget-Commission mit den Zusatz-Anträgen des Stadtrathes wegen Erhöhung der Pfründen u. s. w. genehmigt werden? (Zustimmung.) Angenommen.

Beschluß: Bei Gruppe VII (Markt- und Approvisionierungs-wesen) werden die übereinstimmenden Anträge des Stadtrathes und der Budget-Commission genehmigt.

Die Ausgabe-post 6 a der Rubrik XXVIII wird nach dem Antrage der Budget-Commission mit 22.550 fl. und die Ausgabe-post 7 der Rubrik XXX nach dem Antrage des Stadtrathes mit 10.000 fl. fixiert.

Der Gemeinderath möge auf Grund des § 47 des Gemeindestatutes die Einsetzung einer Controls-Commission, bestehend aus 15 Mitgliedern des Gemeinderathes, behufs Untersuchung des Markt- und Approvisionierungswesens beschließen.

Bei Gruppe X (Cultus-Angelegenheiten) werden die übereinstimmenden Anträge des Stadtrathes und der Budget-Commission genehmigt.

Die Ausgabe-post 2 a der Rubrik XXXIX wird nach dem Antrage der Budget-Commission mit 3130 fl. und die Ausgabe-post 1 der Rubrik XLI mit 7310 fl. festgesetzt.

Bei Gruppe XI (Unterrichtswesen) werden die übereinstimmenden Anträge des Stadtrathes und der Budget-Commission genehmigt.

Die Ausgabe-post XLIII 8 1/2 wird aus der Gruppe A ausgehoben und in die Gruppe B unter Post XLIII 33 eingestellt.

Nach Anträgen der Budget-Commission wird die Ausgabe-post 10 der Rubrik XLIII mit 4050 fl., die Ausgabe-post 34 derselben Rubrik mit 53.000 fl. und die Ausgabe-post 2 a der Rubrik XLVI mit 28.000 fl. festgesetzt.

Die Gruppe XII (Conscriptions- und Militär-Angelegenheiten) wird nach den übereinstimmenden Anträgen des Stadtrathes und der Budget-Commission genehmigt.

Bei Gruppe XIII (Einnahmen und Ausgaben für verschiedene in den Gruppen I bis XII nicht enthaltene Zwecke) werden die übereinstimmenden Anträge des Stadtrathes und der Budget-Commission genehmigt.

Die Ausgabenposten der Rubrik LII und zwar 18 wird mit 7000 fl., 19 mit 1000 fl., 20 mit 3000 fl. und 21 mit 2000 fl. nach dem Antrage der Budget-Commission festgesetzt.

Bei Gruppe I wird die Ausgabenpost 1 der Rubrik I mit 24.000 fl. eingesetzt.

Die Bilanz und Bedeckung, sowie die Präliminarien des Wiener Bürgerhospital-, des Bürgerlad- und des allgemeinen Versorgungsfondes werden genehmigt.

Die Bürgerpfünden sind in der Art zu ändern, daß die bisherige Anzahl von 100 Bürgerpfünden à 15 fl. monatlich auf 150 vermehrt, hingegen die bisherige Anzahl von 600 Bürgerpfünden à 8 fl. monatlich auf 500 reducirt wird.

Anstatt der bisherigen 266 Pfründen à 6 fl. monatlich sind nunmehr 200 Pfründen à 8 fl. zu systemisiren.

Gem.-Rath Dr. Aloßberg: Ich glaube, meine Herren, nur im Sinne des Hauses zu sprechen, wenn ich sowohl dem Referenten des Stadtrathes als auch dem Referenten der Budget-Commission für ihre sachliche und objective Referatführung, sowie den Beamten, insbesondere dem Herrn Oberbuchhalter Melböck und Rechnungsrathe Fechner, welche hier während der Budgetberathung ihres Amtes in so ausgezeichnete Weise gewaltet haben, unseren wärmsten und besten Dank ausspreche. (Beifall.)

Vice-Bürgermeister Mahenauer: Einverstanden? (Zustimmung.) Angenommen.

Ich erkläre die Sitzung für geschlossen.

(Schluß der Sitzung um 10 Uhr 45 Minuten nachts.)

Stadtrath.

Sitzungen des Stadtrathes.

Dienstag, den 1. Mai 1894.

Mittwoch, den 2. Mai 1894.

Freitag, den 4. Mai 1894.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **17. April 1894.**

Vorsitzende: Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Vice-Bürgermeister Mahenauer.

Anwesende: Dr. v. Billing, Rückauf,
v. Götz, Schlechter,
Dr. Hackenberg, Schneiderhan,
Dr. Huber, Dr. Stenzl,
Dr. Lederer, Baugoin,
Dr. Lueger, Dr. Bogler,
Matthies, Wiggelsberger,
Müller, Wurm.
v. Neumann,
Bürgermeister Dr. Gröbl.

Entschuldigt: St.-R. Boschan, Kreindl.

Experten: Oberingenieur Borkowicz, Magistrats-Concipist Dr. Weiß.

Schriftführer: Magistrats-Concipist Dr. Weiser.

Vice-Bürgermeister Mahenauer eröffnet die Sitzung und macht nachstehende Mittheilungen:

St.-R. Boschan entschuldigt sein Fernbleiben, da er dringender Angelegenheiten halber von Wien abwesend ist.

St.-R. Kreindl entschuldigt sein Fernbleiben wegen Unwohlseins.

St.-R. Dr. Lueger entschuldigt sein Späterkommen.

Infolge der Wahl des St.-R. Mahenauer zum zweiten Vice-Bürgermeister hat die Wahl eines Ersatzmannes in die Disciplinar-Untersuchungs-Commission stattzufinden. (Zur Kenntniß.)

(2459.) **St.-R. Schneiderhan** referiert über das Ansuchen des Franz Aufhauser um Bewilligung zur Erbauung eines Schupfens auf den von ihm gepachteten städtischen Baustellen Nr. 27 und 28 Cat.-Parc. 152/27 und 152/28 an der Breitenfurterstraße in Unter-Meidling, XII. Bezirk, und beantragt, den Magistrats-Antrag auf Ertheilung der Baubewilligung, wobei von der Ausstellung eines Reverses bezüglich der Entfernung der Hütte nach Ablauf des Pachtvertrages und Rückversetzung in den früheren Zustand abzusehen wäre, zu bestätigen. (Angenommen.)

(2523.) **Derselbe** referiert über die Herstellung von Rasenstreifen bei den im Herbst 1893 auf der Ringstraße hergestellten Cunetten und beantragt:

Die Herstellung von je drei Bäume umfassenden Rasenstreifen bei den Cunetten auf dem Franzens-, Opern-, Kärnthner- und Kolowratring wird nach dem vorliegenden Kostenanschlag des Stadtgärtners um den in der Rubrik XXIV 1 n bedeckten Betrag von 2259 fl. genehmigt.

Wegen Sicherstellung der Gartenerde und der Rasenziegel ist eine beschränkte Offertverhandlung einzuleiten, die Besorgung der übrigen Arbeiten und Anschaffungen wird dem Stadtgärtner überlassen.

(Angenommen.)

(2581.) **Derselbe** referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Büsch auf Errichtung einer Bedürfnisanstalt bei der Maria Theresienbrücke in Meidling und beantragt, den Magistratsbericht, demzufolge das diesbezüglich geplante Project fallen gelassen werden mußte, zur Kenntniß zu nehmen. (Angenommen.)

(2601.) **Derselbe** referiert über eine rückständige Trottoirherstellungsgebühr per 27 fl. 80 kr. nach Anton Sluga aus dem XII. Bezirke und beantragt die Abschreibung im Sinne des Antrages des magistratischen Bezirksamtes. (Angenommen.)

(2660.) **Derselbe** referiert über Ansuchen aus dem X. Bezirke um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt:

a) die Verleihung der Zuständigkeit an:

Wagner Friedrich, Hilfsarbeiter;

Kaba Vincenz, Heizer;

Safranek Josef, Werkmeister in der I. österr. Zutespinnerei und Weberei;

Gruß Anton, Fabriksleiter;

Ambroz Matthias, Schneidergeselle;

Bily Jakob, Hausknecht;

Brodák Valentin, Maschenschlossergeselle;

Zibik Johann, Erzeuger von Zahnstochern;

Stepan Ludwig, Bildhauergeselle;

Belckh Wenzel, Gastwirt;

Waninger Anton, Schlosservorarbeiter;
 Rejzbed a Josef, Schlossergehilfe;
 Mlezoch August, Claviermachergehilfe;
 Prochazka Jakob, Canalräumergehilfe;
 Erlebach Eduard, k. k. Sicherheitswach-Inspector;
 Nowak Johann, Gastwirt;
 Schwarzer Albert, Hilfsarbeiter;
 Hisinger Matthias, Werkführer;
 Bod Lorenz, Bäckermeister;
 Frydrych Josef, Hilfsarbeiter;
 Kobliha Ignaz, Schuhmachermeister;
 Cizek Matthias, Schmiedhelfer;
 Schmidt Ferdinand, Schlossergehilfe;
 Gantenreiter Josef, Landkrämer;
 Reiser Josef, Stationsaufseher;

b) die Ertheilung der Zusicherung an:

Dorovius Hermann Emil, Ingenieur;
 Beer Johann, Hilfsarbeiter. (Angenommen.)

(2450.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Valentin Bönisch, Schuhmachermeisters aus dem XI. Bezirke, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Besuchsgewährung.

(Angenommen.)

(2752 und 2753.) **Derselbe** referiert über die Ertheilung von Benützungskonzessen für die Schöpfwerkhäuschen in Hengendorf, Hauptstraße, und Altmannsdorf, Dorfstraße, und beantragt die Kenntnissnahme. (Angenommen.)

(2676.) **St.-R. v. Göh** referiert über die Beleuchtung der Au in Hacking während des Sommers und Verbesserung der Beleuchtung in Hacking überhaupt und beantragt:

1. Behufs Beleuchtung der Hackinger-Au während der Zeit vom 15. April bis 15. October seien 33 halbnächtige Petroleumlampen nach der vorgelegten bauämlichen Planskizze anzubringen, und die für die Aufstellung der Ständer und Lampen erforderlichen einmaligen Kosten per 150 fl., sowie die laufenden Kosten von jährlich 346 fl. 50 kr. zu genehmigen.

Die Ausführung dieser Beleuchtung hat durch den Bezirksvorsteher im Einvernehmen mit dem Stadtbauamte zu erfolgen.

Die Instandhaltung der Lampen und das Anzünden derselben erfolgt durch den Laternenanzünder der Gemeinde Hütteldorf, Georg Graf.

2. Weiters seien behufs Verbesserung der Beleuchtung in Hacking im Punkte I und II der vorgelegten Projectskizze zwei neue ganznächtlige Gasflammen aufzustellen, ferner die beiden halbnächtigen Flammen 51 und 53 in ganznächtlige und die ganznächtlige Gasflamme 52 in eine halbnächtige mit einem jährlichen Aufwande von 91 fl. 79 kr. umzuwandeln.

Die auslaufenden Kosten sind auf Rubrik XXV 1 bedeckt. (Angenommen.)

(2666.) **Derselbe** referiert über die Verbesserung der Beleuchtung der Lainzer Hauptstraße und Unter-St. Veiterstraße im XIII. Bezirke und beantragt die Genehmigung des vorgelegten Projectes und den hiedurch erwachsenden budgetmäßig bedeckten, jährlichen Mehrauslagen für Gasconsum per 296 fl. 16 kr. (Angenommen.)

(2667.) **Derselbe** referiert über die Verbesserung der Beleuchtung eines Theiles der Lainzer Hauptstraße, der Hengendorferstraße in Lainz und der Feldkellergasse in Speising und beantragt die Ge-

nehmigung des vorgelegten Projectes und der hiedurch erwachsenden, bedeckten jährlichen Mehrkosten für Gasconsum per 270 fl. 8 kr.

(Angenommen.)

(2745.) **Derselbe** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis für den Canalbau in Breitensee, Antonsgasse, und beantragt die Genehmigung des Bestbotes des Julius Chailly gegen den angebotenen Nachlaß von 5.5 Percent gleich einer Ersparung von 140 fl. 86 kr. (Angenommen.)

(2672.) **Derselbe** referiert über die Bewilligung von Gleichgeltern im Betrage von 459 fl. 60 kr., anlässlich des Schulbaues in Hütteldorf, Hauptstraße 61, und beantragt die Genehmigung.

(Angenommen.)

(2702.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Josefina Groner aus dem XIII. Bezirke, um Nachsicht einer Hundesteuerstrafe per 8 fl. und beantragt die Besuchsgewährung.

St.-R. Dr. Huber beantragt die Abweisung.

Referenten-Antrag abgelehnt.

(2599.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Vienna-General-Omnibus-Company um Ertheilung des Consenses zu Adaptierungen und zur Aufstellung eines Gasmotors in Speising, Consc.-Nr. 18 und 118, und beantragt die Bestätigung der Baubewilligung.

(Angenommen.)

(2605.) **Derselbe** referiert über die Reparatur der Mariensäule nächst der Kirche in Hiezing und beantragt:

1. Die Genehmigung der Reparatur der Mariensäule auf dem Plage nächst der Kirche in Hiezing mit dem Gesamtkostenerfordernisse von 935 fl.;

2. die Übertragung der Arbeiten in Gemäßheit des vorliegenden Offertes an den Bildhauer Ferd. Neuhofner, V., Hundstürmerstraße 119 A, mit dem Betrage von 785 fl.;

3. die Erhöhung der Position Ausg.-Rubr. XXXIX 1 pro 1894 um das Gesamterfordernis von rund 940 fl. (Angenommen.)

(2617 und 2619.) **Derselbe** referiert über Ansuchen um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband aus dem XIII. Bezirke und beantragt:

a) die Ertheilung der Zusicherung an:

Ebner Josef, Schuhmachermeister;
 Berner Johann, Bäckergehilfe;
 Riedel Bruno Max, Betriebsleiter in einer Färberei;
 Müller Karl Heinrich Christ., Hauptcassier beim Herzog von Cumberland. (Angenommen.)

b) die Verleihung der Zuständigkeit an:

Teufl Anton, Kutscher;
 Zak Wenzel, Schlossergehilfe;
 Romberger Franz, gewes. Vermischwaren-Verschleißer;
 Schäfer Nikolaus, Gärtnergehilfe und Platzwächter;
 Strobl Josef, Procurist der Neuen Wiener Tramway-Gesellschaft;
 Machac Vincenz, Maschinenschlossergehilfe;
 Panovec auch Panowek, Drechslermeister;
 Pokorny Johann, Maschinenschlosser;
 Schlechter Peter, Kutscher;
 Strachota Franz, k. k. Hoffeuermann;
 Haselhofer Anton, Maurergehilfe;
 Gebhardt Johann, Zimmermalermmeister;
 Bauer Johann, Gutmachergehilfe;
 Veran Wenzel, Schuhmachermeister;
 Nawratil Johann, Holzspießendrechslergehilfe;
 Zirk Josef, Lohnfuhrwerksbesitzer und Hausbesitzer;

Ortina Anton, Webergehilfe;

Sandpöck Anna, Wäscherin und Bedienerin;

Klinger Josef, Gastwirt und Hausbesitzer. (Angenommen.)

(2580.) **St.-R. Dr. Huber** referiert über eine Ergänzungswahl in den Armenrath des XV. Bezirkes und beantragt, die Wahl des Ludwig Berkele, Wagners, mit der Functionsdauer bis Ende 1897 zu bestätigen. (Angenommen.)

(2550.) **Derselbe** referiert über das Ergebnis der Wahl des Bezirksvorsteher Stellvertreters im XIX. Bezirke und beantragt, die Wahl des kaiserl. Rathes Georg Füringer zum Bezirksvorsteher-Stellvertreter für den XIX. Bezirk zu bestätigen.

St.-R. Schlechter beantragt die Kenntnissnahme.

Antrag Schlechter angenommen.

(2588.) **Derselbe** referiert über die Wahl des Jakob Seiter, Armenrathes, zum Cassier im Armeninstitute des XIII. Bezirkes und beantragt die Bestätigung dieser Wahl. (Angenommen.)

(2754.) **Derselbe** referiert über die Zuschrift des k. k. städt.-del. Bezirksgerichtes Leopoldstadt vom 22. März d. J., Z. 107, mit welcher dasselbe für die Überlassung von 60 Schulbüchern für die dortige Sträflingsbibliothek den wärmsten Dank ausspricht und beantragt die Kenntnissnahme. (Angenommen.)

(2571.) **Derselbe** referiert über Herstellungen und Anschaffungen in dem Gebäude der Knaben-Bürgerschule XVI., Neulerchenfeld, Grundsteingasse 65, und beantragt, dieselben mit dem budgetmäßig bedeckten Kostenaufwande von 2040 fl., sowie die hinsichtlich der Ausführung derselben vom Magistrate beantragten Modalitäten zu genehmigen. (Angenommen.)

(2302.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Wiener Electricitäts-Gesellschaft um Erneuerung der Bewilligung für mehrere bereits genehmigt gewesene Leitungsanlagen im I., V., VI. und VII. Bezirke und beantragt, die Bewilligung unter den im Magistrats-Antrage enthaltenen Modalitäten zu erteilen. (Angenommen.)

(1900.) **Derselbe** referiert über den neuerlichen Bericht in Betreff des Ansuchens des k. k. niederösterreichisch-mährischen Landwehr-Infanterie-Regimentes Nr. 1 um Zulassung der Mannschaft zur Benutzung des Volksbades im V. Bezirke zu ermäßigtem Preise und beantragt die Bewilligung zum Gebrauche des Bades in Gemäßheit der Badeordnung, ausgenommen an Sonn- und Feiertagen und jenen Tagen, welche einem Sonn- oder Feiertage vorhergehen. Die Bewilligung werde nur bis auf Widerruf gegeben. Das Baden habe in Begleitung und unter Beaufsichtigung eines Unterofficiers in Gruppen zu 30 Mann unter Mitbringung der eigenen Wäsche zu geschehen und werde als Preis 3 kr. per Mann und Tag bestimmt.

St.-R. Dr. v. Billing beantragt als Preis 5 kr.

St.-R. Dr. Hackenberg beantragt 4 kr., welsch letzterem Antrage sich St.-R. Dr. v. Billing accommodiert.

Antrag Dr. Hackenberg angenommen.

Im übrigen werden die Referenten-Anträge angenommen.

(2584.) **Derselbe** referiert über die Erhaltung des Gartens in dem Gebäude der k. k. Staatsgewerbeschule im X. Bezirke und beantragt:

Die Erhaltung und Pflege des im Gebäude der k. k. Staatsgewerbeschule im X. Bezirke angelegten Gartens wird von der Gemeinde Wien mit Rücksicht auf den Abgang einer hiezu bestehenden rechtlichen Verpflichtung abgelehnt; die Gemeinde ist jedoch bereit, unter gleichzeitiger nachträglicher Genehmigung der bereits veranlassten Instandsetzungsarbeiten mit Rücksicht auf die Beschädigungen, welche der Garten wegen die Ausführung eines Zubaus zum Gebäude er-

fahren hat, auch die Beistellung des erforderlichen Grassamens für dieses Jahr, jedoch nur unter Verwahrung einer präjudiciellen Auslegung dieses Beschlusses zu besorgen; dieselbe ist durch die Bauleitung mit dem Maximalkostenbetrage von 25 fl. zu veranlassen und hat die Verrechnung dieser Auslage unter den Baukosten zu erfolgen.

(Angenommen.)

(2760.) **Derselbe** referiert über den vom Stadtanwalte beantragten Vergleich in der Besitzstörungssache contra Richard Freiherr v. Drajsche bezüglich des Gehweges an der Laxenburgerstraße im X. Bezirke und beantragt:

1. Der Stadtanwalt wäre zu ermächtigen, in der genannten Angelegenheit einen Vergleich des Inhaltes compensatis expensis abzuschließen, daß die Gemeinde Wien das Eigenthumsrecht des Beklagten auf die Parzellen 882, 879 und 936/1 in Inzersdorf, X. Bezirk, über welche der strittige Weg führt, ausdrücklich anerkennt, wogegen der Beklagte der Gemeinde Wien die Servitut des öffentlichen Fußweges auf jene commissionell genau zu bestimmenden Theile dieser Parzellen einräumt, welche derzeit bereits längs der Laxenburgerstraße als Gehweg ausgetreten sind, daß diese Servitut auch grundbüchlich einverleibt werde und die beanständeten Tafeln mit einer entsprechenden Aufschrift zum Schutze gegen unberechtigte Erweiterung des Fußsteiges hinter die Servitutsgrenze verlegt;

2. nach Abschluß dieses Vergleiches wäre der von Herrn Richard Freiherrn v. Drajsche gegen die Entscheidung des Magistrates vom 24. Februar 1894, Z. 1726, eingebrachte Recurs als nunmehr gegenstandslos zurückzustellen. (Angenommen.)

(2851.) **St.-R. Schlechter** referiert über das Ansuchen der Internationalen Ausstellung für Volksernährung ic. 1894 um unentgeltliche Abgabe von Trink- und Nutzwasser für Ausstellungszwecke und beantragt die unentgeltliche Abgabe von Hochquellen-, eventuell Wasser aus der Nutzwasserleitung für Ausstellungszwecke mit der Beschränkung, daß die Ausstellung das unentgeltlich erhaltene Wasser nicht an private Aussteller abgeben dürfe, sondern diese, wenn sie Wasser für industrielle Zwecke benöthigen, selbes beim magistratischen Bezirksamte für den II. Bezirk anzumelden und zu bezahlen haben.

(Angenommen.)

(2682.) **Derselbe** referiert über den Antrag Trambauer wegen Aufstellung eines Auslaufbrunnens in der Krüllgasse, X. Bezirk, und beantragt, für die in dieser Gasse mit einem in der Rubrik XXVI 1 c und XXVI 6 a bedeckten Kostenbetrage von 1400 fl. aufzustellenden zwei Auslaufbrunnen die Dotierung derselben mit je 114 hl täglich zu bewilligen, im übrigen den Magistratsbericht zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen.)

(2440.) **Derselbe** referiert über den Bericht des Leiters des Amtsblattes, betreffend die Gebüreneinhebung für die Einschaltung der Kundmachungen über Stiftungs-Persolvierungen im „Amtsblatte der Stadt Wien“ und beantragt zu genehmigen:

1. Daß für Insertionen, besonders solcher von Stiftungen, eine Gebür auf dem Conto „Amtsblatt der Stadt Wien“ eingehoben werde;

2. daß die Insertionsgebür für das Amtsblatt nach dem Maßstabe der kaiserlichen „Wiener Zeitung“ festgestellt werde.

(Angenommen.)

(2341.) **Derselbe** referiert über die Sicherstellung der Buchbinderarbeiten für die städtische Bibliothek auf drei Jahre und beantragt, diese Lieferung der Firma G. Kautters Witwe & Sohn auf die weitere Dauer von drei Jahren, d. i. bis 1. März 1897, gegen die im letzten Preistarife dieser Firma enthaltenen Ansätze und

unter Einhaltung der für diese Arbeiten geltenden Bedingungen zu übertragen. (Angenommen.)

(2665.) **Derselbe** referiert über die Wasserabgabe für die Schule in der Schmerlinggasse, Hernals, XVII. Bezirk, und beantragt die Genehmigung eines Wasserquantums von täglich 20 hl aus der Hochquellenleitung für den normalmäßigen Bedarf dieser Schule.

(Angenommen.)

(2532.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Genossenschaft der Zimmer- und Decorationsmaler um Subventionierung für die Erhaltung ihrer fachlichen Fortbildungsschule und beantragt, derselben zu diesem Zwecke pro 1894 eine Subvention von 200 fl. zu bewilligen, welche Auslage auf den Reservefond zu verweisen wäre.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(2685.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des I. Kindergartenvereines im X. Bezirke um Subventionierung zur Erhaltung seiner beiden Kindergärten und beantragt, diesem Vereine zu dem gedachten Zwecke für das Jahr 1894 eine Subvention von je 500 fl., daher zusammen von 1000 fl., zu bewilligen. (Angenommen.)

(2824.) **St.-R. Dr. Fogler** referiert über die Bestimmungen für die Wahl von drei Mitgliedern des Stadtrathes und beantragt die Genehmigung derselben.

St.-R. Dr. Lederer beantragt die Eliminierung des ersten Satzes im Punkte 11.

Referent erklärt sich hiemit und mit der daraus resultierenden Eliminierung des Beisatzes (§ 16 Wahlordnung) einverstanden.

Der sohin modificierte Referenten-Antrag wird angenommen.

(2596.) **Derselbe** referiert über einen Gehaltsvorschußrest im Betrage von 100 fl. nach dem verstorbenen Volksschullehrer Johann Durchhalter und beantragt die Abschreibung aus dem Titel der Uneinbringlichkeit. (Angenommen.)

(2708.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Justine Eschenbrucker um Benützung des Turnsaales in Unter-Döbling, Silbergasse 2, XIX. Bezirk, und beantragt die Genehmigung im Sinne des Antrages des magistratischen Bezirksamtes.

(Angenommen.)

(2545.) **St.-R. Dr. Sackenberg** referiert über die Verleihung der Erzh. Gisela-Heiratsausstattungs-Stiftung pro 1894 und beantragt, die fünf erledigten Stiftplätze aus dieser Stiftung den Bewerberinnen:

Viehauer Marie,
Steurer Marie,
Fischer Leopoldine,
Schmidt Josefine und
Solzhammer Josefa

zu verleihen. (Angenommen.)

(2659.) **Derselbe** referiert über die Sommerfahrordnung der Neuen Wiener Tramway pro 1894 und beantragt, derselben mit dem Vorbehalte seitens der Gemeinde Wien zuzustimmen, daß sie bis Ende October d. J. in Kraft bleibe. (Angenommen.)

(2743.) **St.-R. Müller** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis puncto Vergebung der Arbeiten und Lieferungen für die Einwölbung des Alsbaches im XVII. Bezirke vom Hernalsfer Friedhofe bis zur Augasse und beantragt:

1. die Erd- und Baumeisterarbeiten im veranschlagten Kostenbetrage von 116.701 fl. 15 kr. und 20.000 fl. Pauschale dem Heinrich Sikora gegen den offerierten Nachlaß von 9.6 Percent;

2. die Steinmearbeiten im veranschlagten Kostenbetrage von 26.960 fl. 80 kr. der Firma J. E. Löwenfelds Witwe zu dem offerierten Nachlaße von 7.7 Percent;

3. die Lieferung der erforderlichen Thonwaren im veranschlagten Kostenbetrage von 18.090 fl. 70 kr. der Firma E. Schlimp zu dem offerierten Preise von 97 fl. per 1000 Stück Klinkerziegel und von 3 fl. per laufenden Meter Steinzeugrohr;

4. die Lieferung des erforderlichen Romancementes (11065.2 Meter-Centner) im veranschlagten Kostenbetrage von 17.704 fl. 32 kr. je zur Hälfte der Perlmoofer Actiergesellschaft bei Lieferung von Lilienfelder Romancement zum offerierten Preise von 1 fl. 36 kr. per 100 kg (reducierter Einheitspreis per Hektoliter 1.074 fl.) und dem M. Egger in Kufstein bei Lieferung von Kufsteiner Romancement zu dem offerierten Preise von 1 fl. 35 kr. per 100 kg (reducierter Einheitspreis per Hektoliter 1.08 fl.);

5. die Lieferung des Portlandcementes (1205.8 Meter-Centner) im veranschlagten Kostenbetrage von 4220 fl. 30 kr. dem Kirchdorfer Cementwerke Hofmann & Comp., vertreten durch Josef Bachmayer, zum offerierten Preise von 2.625 fl. per 100 kg (reducierter Einheitspreis per Hektoliter 2.257 fl.) — zu übertragen.

(Angenommen.)

(2093.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Franz und Ferdinand Weese um käufliche Überlassung eines Theiles der Wegparcelle 638 Hernals im XVII. Bezirke und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(2519.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Wilhelm Schwinger um käufliche Überlassung des ehemaligen Nothspitales in Unter-Sievering, XIX. Bezirk, und beantragt die Ablehnung aus den vom magistratischen Bezirksamte angeführten Gründen.

(Angenommen.)

(2631.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Josef Spilka um Ertheilung des Bauconsenses für ein Wohnhaus auf der Baustelle Grundb.-Einkl.-Z. 193 in der Fluchtgasse, Ecke der Bleichergasse im IX. Bezirke, und beantragt, den Antrag auf Ertheilung deraubewilligung zu bestätigen.

Behufs Herstellung zweier Nisalite mit einem Vorsprunge von je 15 cm und einer Länge von 6.02 m, respective 3.71 m wären die hierzu erforderlichen Straßengrundflächen im Gesamtausmaße von 1.44 m² um den Betrag von 76 fl. 32 kr. einzulösen.

(Angenommen; puncto Grundeinklösung an den Gemeinderath.)

(2711.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Adelheid Henke um Grundabtrennung, beziehungsweise Zuschreibung bezüglich der Realität Einl.-Z. 123 in Dornbach, XVII. Bezirk, und beantragt, die Bewilligung unter der im Magistratsberichte enthaltenen Bedingung zu ertheilen. (Angenommen.)

(2674.) **Derselbe** referiert über die Vergebung der Demolierung des Hauses, Weinhauserstraße 8, und beantragt, dieselbe dem Stadtbaumeister Karl Haas nach dem von demselben in seinem Offerte vom 22. März d. J. sub 1 gemachten Anbote gegen eine von dem Genannten an die Gemeinde zu leistende Aufzahlung von 20 fl. ö. W. und gegen Einhaltung der in der bezüglichen Vorschrift enthaltenen Bedingungen zu übertragen. (Angenommen.)

(2420.) **St.-R. Ritt. v. Neumann** referiert über das Project für den Bau eines Hochquellenwasserbehälters in Breitensee bei der sogenannten amerikanischen Windmühle und beantragt:

1. Das Project für den Bau des Wasserbehälters und des Wächterhauses wird nach den vorliegenden Plänen mit dem Gesamtkostenfordernisse von 600.000 fl. genehmigt;

2. die sämmtlichen Arbeiten und Lieferungen für die Herstellung des Reservoirs und des Wächterhauses — mit Ausnahme der Lieferung der in der Beilage E angeführten Fagonröhren und der Beistellung der erforderlichen, im städtischen Vorrathe bereits vorhandenen und diesem Vorrathe zu entnehmenden Gusseisenröhren und Maschinenbestandtheile — sind auf Grund der vorliegenden und nachstehend modificirten Bedingungen und Vorschriften im Wege einer öffentlichen schriftlichen Offertverhandlung durch Bestellung eines General-Unternehmers sicherzustellen und ist das Ergebnis dieser Offertverhandlung dem löblichen Stadtrathe zur Genehmigung, respective Beschlussfassung vorzulegen;

3. wegen Lieferung der erwähnten in der Beilage E angeführten Fagonröhren ist mit dem Ersterer der Rohrlieferung für die IV. Serie d. i. mit dem Witkowitz Eisenwerke wegen Ausführung dieser Lieferung zu den für die IV. Lieferungsreihe zugestandenen Preisen oder wenigstens zu den Kostenanschlagspreisen zu verhandeln und nur wenn diese Lieferungsübernahme zu den erwähnten Preisen abgelehnt werden sollte, diese Sicherstellung derselben im Offertwege zu veranlassen.

Im Falle als es zu einer Offertverhandlung kommen sollte, wäre die Abfassung der Offerte nach dem Buchhaltungsvorschlage nicht unter Benützung des den Bedingungen angefügten Formulars, sondern nach der den Bedingungen entsprechenden selbständigen Stilisirung des Offerten zu verlangen;

4. die Vorschrift für die Bauarbeiten, welche Vorschrift jener für die Bauarbeiten zur letzten Erweiterung des Reservoirs am Rosenhügel nachgebildet ist, wird mit dem von der Buchhaltung bezüglich der §§ 3 und 22 beantragten Weglassung des Termines für die Schlussfassung des löblichen Stadtrathes und des Zugeständnisses eines besonderen zu Gunsten des Contrahenten lautenden Zuschlages, dann mit dem von der Buchhaltung beantragten Zusätze zu § 26 genehmigt, desgleichen die Vorschrift für die Rohrlieferung mit Stipulierung des Badiums mit fünf Percent der Anruf, respective Kostenanschlagssumme (§ 3).

St.-R. Dr. Lederer beantragt, das Stadtbauamt solle berichten, ob es nicht möglich wäre, die Arbeiten unbeschadet der Solidität noch im Jahre 1895 zu vollenden.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, es möge, vorausgesetzt, dass die Solidität des Baues durch rascheres Fertigstellen nicht leidet, unter Zugrundelegung des Termines vom 1. August 1896 dem Contrahenten für jeden ersparten Tag eine Prämie von 100 fl. gezahlt werden.

Punkt 1 des Referenten-Antrages wird angenommen.

Die übrigen Anträge werden als Anregungen behandelt, zu deren Berücksichtigung das Referat zu vertagen wäre, und wird sohin die Vertagung behufs Erstattung einer neuerlichen Vorlage im Sinne der gestellten Anträge beschlossen.

(Bei Erstattung dieses Referates hat Oberingenieur Vorkowitz als Experte fungiert.)

(2729.) **Vice-Bürgermeister Dr. Richter** referiert über die Abänderung des Projectes der Wienfluss-Regulierung und anderer von der Verkehrsanlagen-Commission bezüglich dieser Regulierung gestellten Begehren und beantragt:

Bei der für den 16. und 18. April d. J. anberaumten, die Wienfluss-Regulierung betreffenden, wasserrechtlichen Verhandlung werden die Vertreter der Gemeinde Wien ermächtigt, folgende Erklärung abzugeben:

1. Die Gemeinde Wien stimmt der vorliegenden Abänderung des Projectes der Wienfluss-Regulierung und der hiemit verbundenen Auflassung des bestehenden Mariabrunner Wehres, sowie der im Zusammenhange damit geplanten Herstellung je eines neuen Wehres im Wienflusse und im Mauerbache und Umlegung des Werkcanales in seinem obersten Theile zu.

2. Ebenso ist die Gemeinde Wien mit der Verleihung der in den Punkten 2 und 3 der Kundmachung bezeichneten Wasserbenützungsrechte an die Commission für Verkehrsanlagen einverstanden und kann es weiters vom Standpunkte der örtlichen Interessen nur befürworten, dass dem im Punkte 4 der Kundmachung angeführten Begehren gemäß neue wasserrechtliche Concessionen am Mariabrunner Werkcanales nicht mehr ertheilt werden.

3. Vom Standpunkte des Wasserbenützungsrechtes, welches ihr am Mariabrunner Werkcanales zusteht, ist die Gemeinde Wien damit einverstanden, dass gemäß der im Laufe der früheren wasserrechtlichen Verhandlung gegebenen Anregung das Wasserbezugsrecht für diesen Werkcanales, und zwar in der Weise bestimmt werde, dass dem Werkcanales (wie dies bereits im § 14 lit. f der Concession in Aussicht genommen ist) durch ein oberhalb des Petzoch'schen Bades in Weidlingau anzubringendes Grundwehr und einen hievon abzweigenden regelmäßigen Betoncanales von entsprechendem Profil und Gefälle und weiters vom Mauerbache von dem dort befindlichen Grundwehre dicht am Canale eine constante Wassermenge von 3396 m³ in 24 Stunden oder 0.039 m³ pro Secunde, soweit diese Wassermenge oberhalb der erwähnten Grundwehren im Wienflusse und im Mauerbache zusammen mit Rücksicht auf derzeit bestehende Wasserrechte verfügbar ist, zugeführt werde, und dass in dem Falle, wenn die oberhalb des Theilungswerkes zusammen verfügbare Wassermenge weniger als 10188 m³ in 24 Stunden betragen sollte, die verfügbare Wassermenge zwischen der Cunette des Wienflusses und dem Mariabrunner Werkcanales im Verhältnisse von zwei zu eins zu theilen ist. Die Gemeinde Wien knüpft diese Zustimmung aber an die Bedingung, dass die Concessionäre der Wienthal-Wasserleitung dieser Feststellung des Wasserbezugsrechtes für den Werkcanales ebenfalls zustimmen und hiebei erklären, dass durch dieselbe die zwischen den Concessionären der Wienthalwasserleitung einerseits und den Interessenten des Mariabrunner Werkcanales andererseits bestehenden Verhältnissverhältnisse in keiner Weise alteriert werden.

4. Endlich ertheilt die Gemeinde Wien auch ihre Zustimmung dazu, dass die Controle der dem Wienflusse seitens der Wienthal-Wasserleitung nach § 14 lit. f ihrer Concession zuzuführenden Wassermengen stets unterhalb des bestehenden Mariabrunner Wehres an den beiden im Wienflusse und im Mauerbache neu herzustellenden Grundwehren stattfindet, so dass die an diesen beiden Stellen gemessenen Wassermengen zusammen die concessionsmäßig bedingene Quantität zu liefern haben. Durch diese Änderung der Messungsstelle soll jedoch an den übrigen, der Wienthal-Wasserleitung in ihrer Concession auferlegten Verpflichtungen nichts geändert werden, namentlich insoweit sich dieselben auf die Höhe der im Wienflusse abzuführenden Wassermengen beziehen. (Angenommen.)

(Bei Erstattung dieses Referates hat Magistrats-Concipist Dr. Weiß als Experte fungiert.)

(7795 und 8818 ex 1893.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Franz Magenschein, Pächters der Restauration im städtischen Donaubade, um Aufhebung des Bestandvertrages und um Ablösung von investierten Objecten und beantragt: Das Ansuchen des Franz Magenschein werde abgelehnt; der Magistrat erhält den Auftrag,

strengstens die genaue Einhaltung des Vertrages zu überwachen und nöthigenfalls von allen nach dem Vertrage der Gemeinde zustehenden Mitteln Gebrauch zu machen. (Angenommen.)

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.)

(2255.) **Vice-Bürgermeister Mahenauer** referiert über die Herstellung einer von dem Vorsteher des II. Bezirkes geplanten Gartenanlage in der Donaufstadt auf dem zunächst dem Linienamtsgebäude bei der Kaiser Franz Josefsbrücke gelegenen, der Donauregulierungs-Commission gehörigen Grunde und beantragt, zu dieser Herstellung unter der Bedingung die Zustimmung zu ertheilen, daß die Anlage aus den vom Vorsteher für Gartenzwecke jeweilig zur Verfügung stehenden Mitteln hergestellt werde. (Angenommen.)

(2557.) **Derselbe** referiert über die Aufhebung von Baulinien in der Gasser-, Blechturm-, Seis- und Hugelbrunnengasse im IV. Bezirke und beantragt, die durch den Gemeinderaths-Beschluß vom 2. März 1894, Z. 5872/92 und 208/94 als selbstverständlich sich ergebende Aufhebung der Baulinien a D, K b und i k in der Gassergasse, k l und o p in der Blechturm-gasse p q, g G und A h in der Seisgasse endlich h e und d a in der Hugelbrunnengasse wirklich auszusprechen. (Angenommen.)

(2680.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Section Wienerwald des Oesterreichischen Touristen-Clubs um Bewilligung eines einmaligen Beitrages für die Erbauung der „Wienerwaldwarte“ auf dem Zochgrabenberg bei Rekawinkel und beantragt die Bewilligung eines Beitrages von 50 fl. (Angenommen.)

(Schluß der Sitzung.)

Allgemeine Nachrichten.

Commission für Verkehrsanlagen in Wien.

Sitzung vom 26. April 1894.

Die Commission für Verkehrsanlagen in Wien hat gestern eine Vollversammlung abgehalten, in welcher der Rechnungsabschluss für die Gebarungsperiode bis Ende 1893 festgestellt und über den an die drei Curien zu erstattenden Gestionsbericht Beschluß gefaßt wurde.

Weiters wurde beschloffen, dem von der Donauregulierungs-Commission übermittelten Bauvergebungsoperat für die Arbeiten am Einlaufe des Donaucanals bei Nußdorf (Absperwerk, Schleusen-canal, Kammer-schleufe) im Kostenbetrage von 26 Millionen Gulden zuzustimmen, wonach diese Arbeiten noch im Monate Mai dieses Jahres zur Vergebung gelangen und der Bau im Juni beginnen wird. Auch dem Entwurfe für das mit der Donauregulierungs-Commission abzuschließende Bauvereinbkommen wurde zugestimmt.

Die Anträge der Bauleitungen über mehrere Grundeinlösungen für die Gürtellinie der Stadtbahn, dann für die Wienfluß-Regulierung wurden genehmigt.

Der Generaldirection der österreichischen Staatsbahnen wurde zur Anschaffung einer Stadtbahn-Locomotive, welche zur Erprobung der für diesen Zweck aufgestellten neuen Type bestimmt ist, ein Credit von 35.000 fl. eröffnet.

Dem Vergebungsoperat für die Arbeiten zur Herstellung der Sammelcanäle beiderseits des Wienflusses in der oberen Strecke

Franzensgasse—Hieking und Penzing—Hütteldorf wurde nach den Anträgen des Wiener Stadtrathes zugestimmt.

Weitere Beschlüsse betreffen die Vereinbarung mit der Union-bank wegen Besorgung der Coupons-Einlösung, der Anlehens-Evidenzhaltung und des finanziellen Dienstes für die Commission, das Formular der Theilschuldverschreibungen der künftigen II. Emission des Commissionsanlehens, die Verwaltung der für Zwecke der Stadtbahn erworbenen Realitäten bis zur Betriebseröffnung, endlich das Gesuch eines Baucantineurs um Erweiterung seines Befugnisses auf den Ausschank von Brantwein. Das Gesuch wurde abgewiesen.

Schulnachrichten.

Bezirksschulrath der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Sitzung vom 18. April 1894.

Die Berathung über das Substitutionsnormale für die öffentlichen Volks- und Bürgerschulen im Wiener Schulbezirke wird zu Ende geführt.

Einem Lehrer wird die angeführte Urlaubsverlängerung bewilligt.

Zwei Lehrern wird eine Krankheitsaushilfe bewilligt.

Dem Magistrate werden bezüglich der Ausführung der neuen Bürgerschule XIX., Grinzingerstraße, der projectierten Aufsetzung eines dritten Stockwerkes auf ein Schulhaus und der Auflassung von eingemieteten Schulen im X. Bezirke, sowie bezüglich der Organisation der Schulen in dem neuen Schulhause IX., Galileigasse, die erforderlichen Mittheilungen gemacht.

Drei Lehrern werden Dienstalterszulagen zuerkannt und bezüglich des Anfallstermines der dritten Dienstalterszulage einer Lehrerin wird eine Entscheidung getroffen.

Das Gesuch eines pensionierten Volksschullehrers um gnadenweise Erhöhung seines Ruhegenusses wird dem k. k. n.-ö. Landes-schulrath zur weitestgehenden Berücksichtigung wärmstens empfohlen.

Die Beschlusfassung über das Ansuchen eines Bürgerschul-lehrers um einen Gehaltsvorschuß wird vertagt.

Schließlich wird eine Disciplinarangelegenheit erledigt.

Approvisionnement.

Borstenviehmarkt vom 24. und 26. April 1894.

1. Auftrieb

auf dem freien Markte:

Jungschweine	4178 Stück
Fettschweine	7649 "
Summa	11827 Stück

Angekauft wurden:

für Wien	8632 Stück
für das Land	1844 "
unverkauft blieben	1351 "

2. Preisbewegung:

Jungschweine	von 30 bis 39 fr.	} per Kg. Lebendgewicht.
Fettschweine	" 33 " 43 "	

Der Geschäftsverkehr war am Dienstagmarke für Fettschweine flau und fielen dieselben um 1 kr. per Kilo. Jungschweine blieben im Preise unverändert. Am heutigen Marke (Donnerstag Nachmarkte) sind jedoch Jungschweine um 2 kr., Fettschweine um 1 kr. gefallen.

* * *

Pferdemarkt vom 24. April 1894.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 425 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde 90—500 fl. per Stück
 „ Schlachtpferde 25—66 „ „ „
 Der Markt war stark beschickt, Nachfrage jedoch gering.

* * *

Stechviehmarkt vom 26. April 1894.

1. Auftrieb:

Kälber Waidner 3617, Kälber lebend 438, Lämmer Waidner 2324, Lämmer lebend 438, Schafe Waidner 205, Schafe lebend 6193, Schweine Waidner 1015, Schweine lebende junge —, Schweine fette —.

2. Preisbewegung:

Kälber Waidner . . . per Kg. von 30 (—) bis 52 (54—58) fr.
 Kälber lebend . . . „ „ „ 30 (—) „ 45 (—) „
 Lämmer Waidner . . . per Paar von 3 bis 9 fl.
 Lämmer lebend „ „ 4 „ 10 „
 Schafe Waidner „ Kg. von 22 (—) bis 30 (—) fr.
 Schafe lebend „ Paar von 8 bis 25¼ fl.
 Schafe lebend „ Kg. von — (—) bis — (—) „
 Schweine Waidner „ „ 40 „ 52 „
 Schweine lebend junge „ — „ — „
 Schweine lebend fette „ — „ — „

Auf dem Jungviehmarke wurden um 425 Stück Kälber weniger zugeführt. In besserer Ware herrschte ziemlich gute Kauflust und sind bis auf einzelne Preisrückgänge von 1 kr. per Kilo in minderen Sorten keine Preisänderungen zu verzeichnen.

Auf dem Schafmarke wurden um 2234 Stück Schafe weniger aufgetrieben. Die Kauflust war etwas matt, es haben sich jedoch die Preise der Vorwoche behauptet.

Auf dem Schlachtviehmarke wurden am 26. April 1894 146 Stück Mast- und 225 Stück Beinvieh aufgetrieben.

Tendenz und Preise des Montagsmarktes sind unverändert geblieben.

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

vom 23. April bis 26. April 1894:

Für Neubauten:

- II. Bezirk: Haus, Wolfsaugasse, Ecke der Brigittenuferlände, Grundb.-Einkl. 4350, von Jakob Woliner, Bauführer M. Matschinger (2803).
- „ „ Haus, Wolfsaugasse, Grundb.-Einkl. 4359, von Jakob Woliner, Bauführer M. Matschinger (2804).
- „ „ Haus, Bassettigasse, Grundb.-Einkl. 3460, von Leo Weiß und Karl Popelins, Bauführer R. Reichelt (2892).

- III. Bezirk: Bau einer Szallás-Gruppe, St. Marger Schlachtviehmarkt, von der Stadt Wien, Bauführer E. Stigler (2776).
- „ „ Haus, Hauptstraße 43, von Josef Kalas, Maurermeister (2842).
- IV. Bezirk: Haus, Karolinenplatz 5, von Andrea Francini, Bauführer E. Holzmann (2895).
- V. Bezirk: Haus, Johannastraße 34, von Georg und Karl Schweiger, Bauführer Seidl & Klec (2846).
- „ „ Haus, Pilgramgasse 10, von Ferd. Henneberg und Ant. Kaug, Baumeister (2911).
- VI. Bezirk: Haus, Gumpendorferstraße 92, von Matth. Gotthardt & G. Demsky, Baumeister (2813).
- VII. Bezirk: Haus, Burggasse 36, von Georg Kleibl und P. Schedifka, Bauführer G. Kleibl (2825).
- XVI. Bezirk: Cat.-Parc. 2942, Einkl.-Z. 2848, Ottakring, Gablenzgasse, Ecke der Brillengasse, von Friedrich Schmidl, Brunnen-gasse 37, Bauführer Matthias Wilfikt (19344).
- XIX. Bezirk: Villa, Ober-Döbling, Parkstraße, Parc. 869/55, 869/56, von Johann Dupal, XVIII., Weitlofgasse 3, Bauführer Victor Fiala (7914).

Für Zubauten:

- VIII. Bezirk: Hoftract, Bennogasse 63, von Christian und Marie Fürs, Bauführer Joh. Scholz (2829).

Für Adaptierungen:

- I. Bezirk: Graben 13, von der Assicurazioni Generali Bauernmarkt, Bauführer Stagl & Brodhag (2894).
- II. Bezirk: Mathildensplatz 6, von Dr. F. Weiner, Hof- und Gerichtsadvocat, Bauführer J. Wögler (2819).
- „ „ Praterhütte 91, von M. Hagenbucher, Bauführer Thomas Fint, Zimmermeister (2889).
- III. Bezirk: Steingasse 13, von Josef Engelhardt, Bauführer F. Reitbauer (2908).
- IV. Bezirk: Allee-gasse 57, von Ed. Hellmer, Bauführer J. Fostal (2881).
- V. Bezirk: Margarethenstraße 65, von Joh. L. und Sophie Weiß, Bauführer F. Kubacek (2891).
- VI. Bezirk: Stumpergasse 19, von Ferdinand Obermayer, Bauführer F. Bauer (2874).
- VII. Bezirk: Burggasse 116, von K. Frimmel, Bauführer Wilhelm Sachs (2828).
- VIII. Bezirk: Bennogasse 63, von Christian und Marie Fürs, Bauführer F. Scholz (2829).
- IX. Bezirk: Brunnlgasse 5, von Hans Trinkl, Bauführer Josef Müller (2800).
- „ „ Kinderspitalgasse 4, von Josef Strauß, Maurermeister (2850).
- „ „ Spitalgasse 33, von Julius Zimmerl, Bauführer F. Weese (2872).
- XII. Bezirk: Altmannsdorf, Lazarettstraße 35, von Michael Ruderer, Bauführer Michael Weiglroni (11586).
- „ „ Altmannsdorf, Hauptstraße 20, von Barbara Zwedorn, Bauführer Michael Weiglroni (11587).
- „ „ Unter-Meidling, Johannesgasse 22, von Wenzel Steinhäuser, Bauführer Joh. Neuwirth (11859).
- XVI. Bezirk: Ottakring, Rittergasse 28, von Dr. Karl Kottena, ebenda, Bauführer Thomas Mann (18741).
- „ „ Ottakring, Josefigasse 12, von ?, Bauführer Franz Haslinger (18764).
- „ „ Ottakring, Hauptstraße 75, von Wenzel Regal, ebenda, Bauführer Thomas Mann (19121).
- „ „ Ottakring, Lange-gasse 44, von Anton und Marie Otta, XVII., Kirchengasse 70, Bauführer Wenzel Schulz (19221).
- „ „ Ottakring, Wilhelminenstraße 122, von Anton Petrof, Dornbacherstraße 5, Bauführer Vincenz Petrof (19348).
- XVII. Bezirk: Hernals, Weinhausstraße 17, von J. Seifried, ebenda, Bauführer Johann Schobersberger, Maurermeister (18910).
- „ „ Dornbach, Hauptstraße 147, von Marie Reumayr und Katharina Simic, Bauführer Anton Bonus, Baumeister (14017).
- „ „ Hernals, Blumengasse 27, von Rudolf Böhm, Blumen-gasse 57, Bauführer Laurenz Prigl, Maurermeister (14050).

Für diverse (geringere) Bauten:

- II. Bezirk: Abort, Obere Argartenstraße 50, von Rechtslers Erben, Bauführer Joh. Großbics (2823).
- „ „ Canal, Schüttelstraße 15, von der Union-Baugesellschaft (2857).
- „ „ Canal, Obere Donaustraße 26, von der Union-Baugesellschaft (2896).
- „ „ Canal, Obere Donaustraße 24, von der Union-Baugesellschaft (2897).

- III. Bezirk: Atelier, Hauptstraße 69, von Magdalena Schaschek, Bau-
führer? (2909).
- VI. Bezirk: Geschäftsportal, Gumpendorferstraße 25, von J. F. Neuge-
bauer (2775).
- VIII. Bezirk: Rohrkanal, Langeasse 25, von Thomas Kazda, Maurer-
meister (2906).
- IX. Bezirk: Aufzug, Rofsauerlande 43—45, von Theodor Hämmelke,
Bauführer Theodor D'Estier (2792).
- XI. Bezirk: Rauchfang, Simmering, Hauptstraße 16, Conser.-Nr. 241,
von Constantin Despinits, III., Hauptstraße 65, Bau-
führer Johann Schneider, Baumeister (6076).
- " " Provisorischer offener Holzschuppen, Simmering, Hauptstraße,
Parc. 832, von Wendelin Pösch, Hauptstraße 203, Bau-
führer Martin Neubauer, Zimmermeister, III. Bezirk
(6083).
- XII. Bezirk: Aufstellung von zwei Lufthäusern, Hetzdorf, Reinhardt-
gasse 25, von Louise Lorenz, Bauführer Johann Gram-
mut (11590).
- XVI. Bezirk: Zubau einer Küche, Ottakring, Römorgasse 38, von Emil
Veier, ebenda, Bauführer Thomas Mann (19342).
- " " Aufmauerung einer Geräthekammer und einer Scheidemauer,
Ottakring, Schottengasse 37, von Peter Kotschi, ebenda,
Bauführer Martin Vogler (19343).
- XIX. Bezirk: Steinzeug-Rohrkanal, Ober-Döbling, Neustiftgasse 34, von
Marie Bauer, ebenda, Bauführer Leopold Kettinger
(7862).

Gesuche um Parcellierung wurden überreicht:

- III. Bezirk: Voerhavegasse, Grundb.-Einl. 215, von der k. k. Dicastrial-
Gebäude-Direction (2847).
- " " Obere Weißgärberstraße 9, von Josef Heller & Comp.,
I., Postgasse 5 (2848).
- X. Bezirk: Absberggasse, Grundb.-Einl. 6 und 2234, von Julius
Frankl, I., Dpernring 5 (2853).

Gesuche um Bekanntgabe der Baulinie wurden überreicht:

- VIII. Bezirk: Lerchengasse 21, von Josef Kofler, Maurermeister (2771).
- XVI. Bezirk: Cat.-Parc. 349/5, 345/1, 346/12, Einl.-Z. 580, Neulerchen-
feld, Herbststraße, Ecke der Liebhartgasse, von Franz und
Marie Lorenz (18765).
- " " Parc. 1422, Einl.-Z. 982, Conser.-Nr. 152, Ottakring, Bach-
gasse 36, von Vincenz Vogt (18964).

Gewerbebeanmeldungen vom 21. April 1894.

- Schöpstin August — Anstreichergewerbe — IX., Schubertgasse 14.
- Seidl Juliane — Verschleißerin von frischen Blumen, Kränzen und
Christbäumen — XV., Fünfhäus, Michaelergasse 19, Markt am Neubaugürtel.
Neuwinger Marie, geb. Frieze — Commissionswarenhandel — VI.,
Windmühlgasse 38.
- Michler Emilie — Damenkleidernachergewerbe — VI., Millergasse 52.
- Weiser Johann — Damenkleidernachergewerbe — VIII., Biarrittgasse 4.
- Müller Leopoldine — Drechslergewerbe — XV., Fünfhäus, Turnerg. 8.
Gangelberger Ernst — Verschleiß von Eiern — XIV., Rudolfsheim,
Hauptstraße 77.
- Übermayer Aloisia — Chemische Feinputzerei und Übernahme zur Schön-
färberei — IX., Müllnergasse 9.
- Rechtlehner Antonie — Fragnerin — XIV., Rudolfsheim, Goldschlag-
straße 54.
- Weigmann Leopold — Fremdenführer — I., Kärnthnering 9.
- Kotlaba Johann — Futtermacher — VI., Marktgasse 6.
- Kolar Adalbert — Gemischtwaren-Verschleißer — III., Rennweg 92.
- Rub Johann — Gemischtwaren-Verschleißer — V., Steinbaurgasse 12.
- Pöw Hermann — Gemischtwaren-Verschleißer — VI., Kaunitzgasse 4 a.
- Weteschnik Adele — Gemischtwaren-Verschleißerin — II., Dthmarg. 15.
- Feilhuber Heinrich — Glasergewerbe — VI., Webgasse 46.
- Hartmann Rafael — Gold- und Silberarbeiter — VI., Stumperg. 36.
- Ramm David — Hüte-Verschleißer — IX., Servitengasse 13.
- Hammerle Franz — Kostgebungsgerber — VI., Magdalencnstraße 75.
- Kargel Julie — Kupferdrucker — VIII., Josefsstädterstraße 21.
- Kausche Richard — Ledergalanteriewaren-Erzeuger — XV., Fünfhäus,
Zintgasse 22.
- Amalie Blatt — Marktactualienhändlerin — V., Reinprechtsdorferstr. 64.
- Barta Mathilde, geb. Schneider — Maskenleihanstalt — VI., Gumpen-
dorferstraße 153.
- Pollhammer Josefa — Handel mit Naturblumen und Kränzen — II.,
Brigittaplatz 23.
- Rube Clara, geb. Horn — Pfaidlergewerbe — VIII., Kochgasse 3.
- Lichtscheldl Josef — Pferdehändler — XIII., Penzing, Poststraße 22.
- Fleischer Marie — Handel mit Reibsand und Waschelein im Umherziehen
— V., Jahngasse 19.
- Zabornik Francisca — Verschleiß von Reibsand und Waschelein im Um-
herziehen — X., Erlachgasse 14.

- Zabornik Karl — Verschleiß von Reibsand und Waschelein im Umher-
ziehen — X., Leibnizgasse 44.
- Langer Francisca — Handel mit Reibsand und Waschelein im Umher-
ziehen — V., Matzleinsdorferstraße 52.
- Jarško Anton recte Josche — Sandgewinnung — XI., Simmering,
Leberstraße.
- Cepl Augustin — Schloffer — VI., Windmühlgasse 23.
- Schreiber Magdalena — Schlossergewerbe — III., Hauptstraße 121.
- Benisch Marie — Selbwaren-Verschleißerin — XVIII., Währing, Feld-
gasse 17.
- Brun Marcus — Spirituosen-Verschleißer — III., Marrergasse 14.
- Feldmann Leib Leon — Stadträger (Lic.-Nr. 626) — II., Kleine Schiff-
gasse 6.
- Steiner Emanuel — Stadträger (Lic.-Nr. 188) — II., Volkertstr. 5/7.
- Kolar Franz — Tischler — XII., Weidling, Adamsgasse 3.
- Doskocil Anna — Feilbieten von Victualien im Umherziehen — VIII.,
Josefsstädterstraße 53.
- Kerber Amalie, geb. Günther — Weißwäherin — VI., Mollardgasse 40.
- Bawra Karl — Erzeugung von Volkwaren — II., Lilienbrunnengasse 18.

* * *

Gewerbebeanmeldungen vom 23. April 1893.

- Beh Leo, Dr. — Advocat — XVII., Hernals, Bergsteiggasse 32.
- Frankl Siegmund — Brautwein- und Theeschank — XVII., Hernals,
Dorotheergasse 30.
- Knopf Charlotte, geb. Prager — Brautwein- und Theeschankerin — I.,
Stubenbastei 4.
- Moravka Heinrich — Bronzearbeiter — VII., Westbahnstraße 6 a.
- Burmester Wilhelm Heinrich — Bronzefarben-Verschleißer — II., k. k.
Prater, Rotunde.
- Arestiti Johann Abraham — Commissionswaren-Verschleißer — I.,
Laurenzberg 3.
- Dimpfel Juliana — Einspännergewerbe — X., Wielandgasse 24.
- Thorn Karl — Färber — XIV., Rudolfsheim, Wienflusgasse 9.
- Meißel Alois — Fleisch-Verschleißer — II., Novaragasse 26.
- Stummvoll Adolf — Friseur — XV., Fünfhäus, Neubaugürtel 32.
- Haupt Karl — Gastwirt — I., Dorotheergasse 1.
- Fuhr Leopold — Gastwirt — I., Singerstraße 14.
- Warburg Wilhelm — Gastwirt — I., Giselstraße 11.
- Kron Katharina — Gas- und Wasserleitungsinallation — I., Stoß-
im-Himmel 3.
- Hofmann Karoline — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Neustiftg. 36.
- Kittenberger Leopold — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Weidling,
Reichgasse 7.
- Nedom Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Schladplatz 5.
- Stoll Theresia — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Trubelgasse 9.
- Schneider Karl — Häuseradministration — VII., Neubaugasse 54.
- Kaiser Siegmund — Handelsagentie — I., Rathhausstraße 20.
- Vinkl Elisabeth — Verschleiß von Hüten — VII., Burggasse 122.
- Schmid Josef — Hufschmied — V., Matzleinsdorferstraße 53.
- Blauflein Lisette — Kaffeesiederin — II., Circusgasse 37.
- Sandner Betti — Kaffeesiederin — II., Große Schiffgasse 11.
- Oldberg Pauline, geb. Kuziczka — Kaffeesiederin — I., Krugerstraße 18.
- Blau Hermann — Kaffeeschänker — II., Pazmanitengasse 10.
- Lichtenstein Rest — Kaffeeschänkerin — II., Gerharbusgasse 18.
- Weinberger Salomon, Weinberger Samuel, Weinberger Josef — Leder-
galanteriewaren-Erzeugung — VII., Dreilaufergasse 13.
- Bartonik Josefa — Marktferantie — X., Waldgasse 43.
- Horn Henriette — Niedermacherin — XVII., Kirchengasse 25.
- Simel Josefa — Milch-Verschleißerin — III., Gstättergasse 36.
- Galatel Johann — Milch-, Gebäck- und Canditen-Verschleiß — XVI.,
Lerchensefelderstraße 82.
- Hinner Josef — Verschleißer von Patentknöpfen „Hercules“ — II.,
Rotunde.
- Kohn Rudolf — Pfaidler — I., Franz Josefs-Quai 27.
- Bauer Julius — Posamentierer — VII., Hermannsgasse 21.
- Neumayer Franz — Privat-Reitschule — V., Matzleinsdorferstraße 47.
- Fuchs Samuel — Provisionsagent — III., Pwengasse 6.
- Langer Barbara — Handel mit Reibsand und Waschelein im Umherziehen
— Reinprechtsdorferstraße 14.
- Herz Johann — Sand- und Kalkhandel im Umherziehen — XII., Johannes-
gasse 26.
- Dofal Gustav — Verabreichung von Sodawasser und Zuckerwaren —
II., Gabelsbergergasse 5.
- Schödl Leopoldine — Spirituosenhandel — XVI., Habichergasse 24.
- Stier Josef — Spirituosen-Verschleißer — V., Herthergasse 12.
- Wrazel Franz — Tischler — XII., Bonnygasse 27.
- Leut Johanna — Victualien-Verschleiß — XVI., Ganglbaurgasse 10.
- Ryba Johanna — Wagenschmied — V., Giebgasse 9.
- Bründl Amalie — Zeitungs-Verschleiß — XVII., Hauptstraße 28.
- Kratochwill Heinrich — Zimmerputzer — XVII., Ottakringerstraße 14.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 24. April 1894.

Sedlecky Katharina — Blumenhandel im Umherziehen — XII., Sandenzdorf, Sackgasse 5.
 Silberstein Leo, Silberstein Josef — Börseneffecten-Commissionshandel I., Reichsrathstraße 27.
 Graf Isidor — becid. Börsefensal — I., Wiener Effectenbörse.
 Münzer Alois — Brantwein- und Theeschank — I., Auerspergstraße 2.
 Bondy Max — Erzeugung von Abstaubern und Puderquasten — IX., Säulengasse 15.
 Schröder Franz Othmar — Federnschmiedergewerbe — VII., Schottenfeldgasse 12.
 Gutter Heinrich — Handel mit patentierten Filtrierapparaten — I., Reichsrathstraße 9.
 Helm Leonhard — Flaschenbierhandel — VI., Marchettigasse 3.
 Lachner Philipp — Fragner — VI., Magdalenenstraße 27.
 Berger Jakob — Gastwirt — I., Kleeblattgasse 11.
 Smutny Leopold — Gast- und Schankgewerbe (Pachtbetrieb) — XII., Weidling, Hirschengasse 15.
 Schiefer Adolf — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Weyringergasse 28.
 Schöllbauer Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — XV., Fünfhäus, Sperrgasse 16.
 Tarnil Rosalia — Gemischtwaren-Verschleiß — XIII., Penzing, Rodusgasse 17.
 Markovits Leopold — Herausgabe der periodischen Druckschrift: „Conduct“ — I., Singerstraße 12.
 Singer Alexander — Herausgabe der Druckschrift „Finanzpresse für Oesterreich-Ungarn“ — I., Schottenring 4.
 Chmel Johann — Herausgabe der periodischen Druckschrift „Der Friseur“ — IX., Türkenstraße 23.
 Bondy Max — Herausgabe der periodischen Druckschrift „Handlungsgesellschaft“ — I., Schönlaterngasse 8.
 Danneberg Jakob — Herausgabe der periodischen Druckschrift „Pischüt“, Caricaturen — I., Bollzeile 19.
 Reinhard Hermann — Herausgabe der periodischen Druckschrift „Sportfreund“ — I., Kärnthnerstraße 14.
 Band Moriz — Herausgabe der Druckschrift „Der Turf“ — I., Maximilianstraße 3.
 Neger Karl, Dr. — Herausgabe der Druckschrift „Zeitschrift für das österr. Volksschulwesen“ — I., Tuchlauben 10.
 Verein Camera-Club — Herausgabe der period. Druckschrift „Wiener photographische Blätter“ — I., Elisabethstraße 1.
 Weißwasser Rudolf — Hotelier — I., Singerstraße 3.
 Müller Martin — Kaffeeschank — I., Himmelfortgasse 11.
 Schröder Franz Othmar — Kunstblumen-Erzeugung — VII., Schottenfeldgasse 56.
 Leeb Josefa — Milch-, Milchproducten-, Eier-, Gebäck- und Zuderbäckwaren-Verschleiß — XIII., Ober-St. Veit, Wiengasse 4.
 Brodác Franz — Musiker — XV., Fünfhäus, Clementinengasse 2.
 Kelticha Marie — Obst- und Grünwarenhändlerhandel — XIII., Breitensee, Schönerergasse 3.
 Sperl Antonie — Obst-, Grünwaren-, Brot-, Butter-, Eier-, Topfen- und Rahm-Verschleiß — I., Zedlitzhülle.
 Fleischmann Moriz, Klein Jakob, Rottenberg Simon — Schneider- und Modistenegehör-Verschleiß — I., Jasomirgottstraße 8.
 Schleiter Ludwig — Schwerfeger — VII., Burggasse 33.
 Marschall Eduard — Stadtsohnkutschergewerbe — XV., Fünfhäus, Weingasse 28.
 Lampier Ignaz — Teppichreinigung — IX., Glasergasse 11.
 Duschet Heinrich — Tischler — XIV., Rudolfsheim, Ullmannstraße 5.
 Grünsteidl Elisabeth — Actualien-Verschleiß — I., Am Hof.
 Holzer Marie — Actualien-Verschleiß — XII., Weidling, Jahngasse 20.
 Kaiser Theresia — Witzbret- und Geflügelhandel auf dem Markte — XV., Fünfhäus, Schönbrunnerstraße.
 Czapel Marie — Zeitungs-Verschleiß — IV., Mittersteig 9.
 Schönhaber Emilie, Edle von — Zeitungs-Verschleiß — I., Augustinerstraße 12.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 25. April 1894.

Friedmann Moriz — Brantwein-, Thee- und Punschschank — XVII., Hernalz, Veronitagasse 6.
 Heß Ferdinand — Brot- und Würstel-Verschleiß im Umherziehen — X., Rothenthorstraße 3.
 Heppner Matthias — Buschenschankbetrieb — II., Brigittawaldchen.
 Löbl Ignaz — Commissionsweiser Verkauf von Waren, die an keine Concession gebunden sind — II., Webergasse 25.
 Bräza Johann — Drechsler — XIV., Rudolfsheim, Hütteldorferstr. 77.
 Zweig Auguste — Ein- und Verkauf von Manufacturresten — II., Schotzergasse 6.

Autes Johann — Fleckausputzergewerbe — V., Diehgasse 45.
 Kohn Josef — Gastwirt — II., Antonsgasse 7.
 Kurz Daniel — Gebäckhandel im Umherziehen — IV., Klagbaumgasse 3.
 Knopp Johanna — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Weidling, Wilhelmstraße 54.
 Kohn Rosa — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernalz, Kircheng. 34.
 Pichler Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernalz, Zimmermannsplatz 2.
 Ranftl Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Obere Weißgärberstraße 30.
 Pollak Samuel — Handelsagentie — II., Rembrandtstraße 19.
 Schmielovics Johann — Holz-, Kohlen- und Coaks-Verschleiß — II., Vereinsgasse 35.
 Metopilik Martin — Holz-, Kohlen- und Coaks-Verschleiß — VII., Spittelberggasse 35.
 Appel Hermann Leopold — Kaffee- und Feigenkaffee-Verschleiß — II., Rueppgasse 28.
 Auer Rosa — Kleidermacherin — IV., Wienstraße 15.
 Riepl Peter — Kleinfuhrwerk — III., Sechstrügelgasse 12.
 Tallavania Ferdinand — Kleinmüchener Teigwaren-Verschleiß — II., Rotunde.
 Girsch Katharina — Kunstblumen-Erzeugung — XVIII., Währing, Weinberggasse 22.
 Baar Marie — Kunstblumenhandel — XVIII., Währing, Czermakg. 6.
 Kriebbaum Rudolf — Kunststein-Erzeugung — X., Herzgasse 7.
 Walsch Ludwig — Lampion- und Cotillonorden-Erzeugung — II., Raimundgasse 2.
 Münzberger Benzel — Mechaniker — V., Siebenbrunnengasse 7.
 Garfenauer Rosa — Messerschmiedergewerbe — IX., Währingerstraße 24.
 Steinbach Anna — Obst-, Blumen- und Grünwarenhandel im Umherziehen — III., Hehgasse 8.
 Edler Marie — Obst-, Blumen- und Zuderbäckwarenhandel im Umherziehen — III., Steingasse 25.
 Schneider Fanni — Pfadlerin — II., Rembrandtstraße 32.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt:

Gemeinderath:	Seite
Sitzung des Gemeinderathes	1029
Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 20. April 1894.	
Inhalt:	
Mittheilungen des Vorsitzenden:	
1. Beglückwünschung Ihrer Majestäten des Kaisers und der Kaiserin anlässlich der Feier des 40jährigen Gedenktages	1029
2. Entschuldigung der Gem.-Räthe Kreindl, v. Götz und Rüdauß wegen Fernbleibens	1029
3. Beurlaubung des Gem.-Rathes Schrenckh	1029
Interpellationen:	
4. Gem.-Rath Taglicht, betreffend den Stand der Vorarbeiten für die Erbauung einer neuen Brücke an Stelle der Franzenskettenbrücke	1029
5. Gem.-Rath Silberer, betreffend die Art der Beschotterung von Straßen im I. Bezirke	1029
Anträge:	
6. Gem.-Rath Dr. Klobberg, betreffend eine Abänderung des § 12 des Statutes der Dienstboten-Krankencassa	1030
7. Gem.-Rath Dolanek, betreffend die Abstellung der Rauchbelästigung durch das Volksbad im X. Bezirke	1030
Referat:	
8. Gem.-Räthe Boschan und Mayer, betreffend den Hauptvoranschlag der Stadt Wien pro 1894 (Special-Debatte; Gruppen VII, X bis XIII)	1030
Stadtrath:	
Sitzungen des Stadtrathes	1064
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 17. April 1894	1064
Allgemeine Nachrichten:	
Commission für Verkehrsanlagen in Wien	1069
Schulnachrichten:	
Bezirksschulrath der Stadt Wien	1069
Approvisionierung:	
Vorstenviehmarkt vom 24. und 26. April 1894	1069
Pferdemarkt vom 24. April 1894	1070
Stechviehmarkt vom 26. April 1894	1070
Baubewegung:	
Gefuche um Baubewilligungen vom 23. bis 26. April 1894	1070
Gewerbeanmeldungen	1071
Rundmachungen.	

Herausgeber: Die Gemeinde Wien. Verantwortlicher Redacteur: Dr. Friedrich Edler v. Radler, Secretär des Wiener Magistrates.

Papier aus der k. k. priv. Bittener Papierfabrik. — J. B. Wallischhauser's k. und k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Haasenstein & Vogler (Otto Waack), Wien, I., Wallfischgasse 10.

Offert-Ausschreibungen *)

1894.

Tag und Stunde	Ort (Bureau)	Gegenstand
der Offertverhandlung		
2. Mai 10 Uhr	Departement V (Mag.-Rath Linsbauer)	Vergebung der Arbeiten und Lieferungen für die Herstellung eines Holzstöckel-pflasters im beiderseitigen Anschlusse an das bestehende geräuschlose Pflaster vor dem Schulgebäude Dr.-Nr. 23 Akerbachstraße, im IX. Bezirke, im veranschlagten Kostenbetrage von 2235 fl. 27 fr. 2—3
8. Mai 10 Uhr	Departement VII, Stiege 7, (Mag.-Rath Stadler)	M.-Z. 51594. Vergebung der mit 4647 fl. 27 fr. veranschlagten Arbeiten zur Reconstruction der Prinz Eugen-Wasserleitung (Thiergarten-Wasserleitung) in Ober-St. Veit, XIII. Bezirk. 1—3
10. Mai 10 Uhr	Departement V (Mag.-Rath Linsbauer)	M.-Z. 28576. Vergebung der Baumeisterarbeiten für die Reconstruction der Sohle des Ottakringer Bachcanales in der Lerchenfelderstraße vom „Grünen Thor“ abwärts bis zur Auerspergstraße im VII. Bezirke einschließlich der Lieferung des erforderlichen Portland-Cementes im veranschlagten Kostenbetrage von 1125 fl. und 200 fl. Pauschale, beziehungsweise von 164 fl. 8 fr. für die Lieferung des Portland-Cementes. 1—3
11. Mai 10 Uhr	detto	M.-Z. 50299. Vergebung der Erdarbeiten für die Abgrabung von Theilen des Linienwalles von der Schönburgstraße im IV. bis zur Magleinsdorferlinie im V. Bezirke mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 5456 fl. 1—3
12. Mai 10 Uhr	detto	M.-Z. 62270. Vergebung der Erd- und Baumeisterarbeiten für den Neubau eines Haupt-Unrathscanales aus Beton in der Feugasse und am Wiedner Gürtel im IV. und X. Bezirke im Kostenbetrage von 6309 fl. 47 fr. und 900 fl. Pauschale. 1—3

*) Pläne, Kostenanschläge zc. können im Stadtbauamte während der Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der Bedingnisse sind bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 fr. erhältlich.

Offerenten haben ein Exemplar der bezüglichen Bedingnisse mit den dem Projecte beiliegenden Original-Bedingnissen genau in Übereinstimmung zu bringen, eventuell zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 fr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu übergeben.

Dem Offerte ist ein Badium von 5 Percent der Kostenanschlagssumme anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf später einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlungen, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämtlichen Offerenten behält sich die Gemeinde vor.

Z. 64232.

X.

Concursauschreibung.

(Lehrstelle.)

Auf Grund des Beschlusses des Wiener Stadtrathes vom 16. März 1894, Z. 1647, kommt vom Beginne des Schuljahres 1894/95 am Leopoldstädter Communal-Real- und Ober-gymnasium in Wien die definitive Lehrstelle für katholische Religion mit voller Lehrverpflichtung und mit den für definitive Lehrpersonen an Staatsmittelschulen in Wien normierten Bezügen, nämlich einem jährlichen Gehalte von 1200 fl., fünf Quinquennalzulagen à 200 fl. und einer Activitätszulage von 500 fl., zur Besetzung.

Die Verleihung dieser Lehrstelle ist auch an die Bedingung geknüpft, daß sich die Competenten rücksichtlich der Lehrverpflichtung — des Ausmaßes an wöchentlich zu ertheilenden Lehrstunden u. s. w. — in Gemäßheit des Gemeinderaths-Beschlusses vom 3. Juli 1883, Z. 2907, den für das Lehrpersonale an den k. k. Staatsmittelschulen geltenden gesetzlichen Bestimmungen und zufolge Gemeinderaths-Beschlusses vom 9. October 1888, Z. 455, der für die communalen Beamten und Diener bestehenden Dienstpragmatik unterwerfen, daher sich insbesondere auch an andere communale Mittelschulen Wiens versetzen lassen, und weiters sich reversmäßig verpflichten, den Communaldienst niemals während der Dauer eines Schuljahres zu verlassen und gelegentlich der feinerzeitigen Übernahme in den Staatsdienst die Dienst- und Carenztag zu entrichten.

Bewerber um diese Stelle haben ihre vollständig, insbesondere auch mit dem Nachweise der österreichischen Staatsbürgerschaft instruierten, an den Stadtrath gerichteten Gesuche bis längstens 31. Mai 1894 beim Magistrate der Stadt Wien zu überreichen.

Auf verspätet einlangende oder nicht gehörig belegte Gesuche kann keine Rücksicht genommen werden.

Schließlich wird bemerkt, daß nach § 6 des Gesetzes vom 20. Juni 1872, Nr. 86 R.-G.-Bl., nur solche Bewerber ange-

stellt werden können, welche die betreffende confessionelle Oberbehörde als zur Ertheilung des Religions-Unterrichtes für befähigt erklärt hat.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 14. April 1894. 3—3

Prot.-Nr. 49505.
ex 1894. IV.

Kundmachung.

(Offertauschreibung.)

Wegen Vergebung der Lieferung von 180.000 Meter-Centner schlesischer Steinkohle, dann der Verfrachtung von 170.000 Meter-Centner Kohle von den städtischen Rutschen an die Bedarfsorte in Wien, ferner der Lieferung von 3600 Kubikmeter weichem Brennholze und von 300.000 Pechunterzündern für die städtischen Amts-, Anstalts- und Schulgebäude in der Zeit vom 1. Juni 1894 bis 31. Mai 1895 wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am Dienstag den 15. Mai d. J., präcise 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp, im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die bezüglichliche Vorschrift im Magistrats-Departement IV, im Stadtbauamte (Abtheilung für Heizung und Ventilation, sowie in den Expositionen des Marktammtes am Nordbahnhofe und an der Rossauerlande) während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen und Exemplare derselben bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. beziehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenen Offerte ist das vorgeschriebene Badium anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 26. April 1894. 1—3

G. Z. 13347.

X.

Kundmachung.

(Licitation.)

Am 17. und 18. Mai d. J. werden Pretiosen, Uhren, Spiegel, Bilder, Möbel, Nähmaschinen, feuerfeste Cassen, Geschäftseinrichtungen u. s. w. im Wege der öffentlichen Versteigerung, jedoch nicht unter dem Schätzwerte, an den Meistbietenden gegen bare Bezahlung hintangegeben werden.

Kaufslustige wollen sich daher an den genannten Tagen im X. Bezirke, Hasengasse 14, einfinden.

Die Auktionsstunden sind von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags.

Vom magistratischen Bezirksamte für den X. Bezirk
Wien, am 18. April 1894. 1—3

Kundmachung.

(Licitation.)

Zufolge Bescheides des magistratischen Bezirksamtes für den XIV. Bezirk vom 17. d. M., Z. 10927, wird die öffentliche Versteigerung der in der Pfandleihanstalt der Gemeinde Wien, XIV. Bezirk, im Monate August 1893 verpfändeten und nicht ausgelösten Pretiosen von Pfand-Nr. 31820 bis inclusive Pfand-Nr. 37302 und Effecten von Pfand-Nr. 63351 bis inclusive Pfand-Nr. 72507 am 10. Mai 1894, um 9 Uhr vormittags, im Pfandleihanstalts-Gebäude, XIV. Bezirk (Sechshaus), Gemeindegasse 5, gegen gleich bare Bezahlung vorgenommen.

Im Falle die Licitation am oben angegebenen Tage nicht beendigt werden könnte, wird sie am nächstfolgenden Werktage fortgesetzt.

Pfandleihanstalt der Gemeinde Wien, XIV. Bezirk,
am 19. April 1894. 2—3

Z. 68033 ex 1894.

XVI.

Kundmachung.

(Die Aufnahme von Aspiranten in die k. und k. Cadettenschulen betreffend.)

Zufolge Erlasses der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 12. April d. J., Z. 21570, wird hiemit verkündet, daß mit Beginn des Schuljahres 1894/95 (15. September) in die k. und k. Cadettenschulen Aspiranten in beiläufig nachstehender Anzahl aufgenommen werden und zwar:

Zu den I. Jahrgang der Infanterie-Cadettenschulen in Wien, Budapest und Prag je	100
in den I. Jahrgang der Infanterie-Cadettenschulen in Karlsstadt, Karthaus bei Brünn, Lobzow bei Krakau, Hermannstadt, Triest, Marburg, Libenau bei Graz, Pressburg, Zunsbrunn und Temesvar je	30 bis 50
in den I. Jahrgang der Artillerie-Cadettenschule	100
in den I. Jahrgang der Pionnier-Cadettenschule	50
in den II. Jahrgang der Cavallerie-Cadettenschule	70
in den II., III. und IV. Jahrgang der Infanterie-Cadettenschulen, in den III. und IV. Jahrgang der Cavallerie-Cadettenschule, sowie in den II. Jahrgang der Artillerie- und Pionnier-Cadettenschule werden Aspiranten nur insoweit aufgenommen, als Plätze verfügbar werden.	

Zu den III. und IV. Jahrgang der Artillerie- und Pionnier-Cadettenschule findet eine Aufnahme nicht statt.

Die Aufnahmsgesuche sind bis längstens 25. Juli 1894 an das Commando jener Cadettenschule einzusenden, in welche die Aspiranten aufgenommen zu werden wünschen.

Nach Beginn des Schuljahres (15. September) findet eine Aufnahme von Aspiranten nicht mehr statt.

Ausführliche Kundmachung siehe Amtsblatt der „Wiener Zeitung“ vom 16. März 1894, Nr. 61.

Vom Wiener Magistrate, als politische Behörde I. Instanz.
Wien, am 20. April 1894. 1—3

G. Z. 30843.

X.

Kundmachung.

(Lehrstelle.)

Auf Grund des Beschlusses des Wiener Stadtrathes vom 21. März 1894, Z. 1786, kommt vom Beginne des Schuljahres 1894/95 am Leopoldstädter Communal-Real- und Ober-gymnasium in Wien eine definitive Lehrstelle für Freihandzeichnen zur Besetzung.

Mit dieser Lehrstelle sind die für definitive Lehrpersonen an Staatsmittelschulen geltenden Bezüge, nämlich ein jährlicher Gehalt von 1200 fl., fünf Quinquennalzulagen à 200 fl. und eine Activitätszulage von 500 fl. verbunden.

Die Verleihung dieser Lehrstelle ist auch an die Bedingung geknüpft, daß sich die Competenten rücksichtlich der Lehrverpflichtung (des Ausmaßes von wöchentlich zu erteilenden Lehrstunden u. s. w.) in Gemäßheit des Gemeinderaths-Beschlusses vom 3. Juli 1883, Z. 2907, den für das Lehrpersonale an den k. k. Staats-Mittelschulen geltenden gesetzlichen Bestimmungen und zufolge Gemeinderaths-Beschlusses vom 9. October 1888, Z. 455, der für die communalen Beamten und Diener bestehenden Dienstpragmatik unterwerfen, daher sich insbesondere auch an andere communale Mittelschulen Wiens versetzen lassen, und zweitens sich reversmäßig verpflichten, den Communaldienst niemals während der Dauer eines Schuljahres zu verlassen und gelegentlich der seinerzeitigen Übernahme in den Staatsdienst die Dienst- und Carentaxen zu entrichten.

Bewerber um diese Stelle haben ihre vollständig, insbesondere auch mit dem Nachweise der österreichischen Staatsbürgerschaft und mit dem staatsgiltigen Lehrbefähigungszugnisse, sowie den Verwendungszugnissen instruierten, an den Wiener Stadtrath gerichteten Gesuche bis längstens 15. Mai 1894 beim Magistrate der Stadt Wien zu überreichen.

Auf verspätet eingelangte oder nicht gehörig belegte Gesuche kann keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 27. März 1894.

3-3

G. Z. 65777.

I.

Kundmachung.

(Heirats-Ausstattungsstiftung.)

Aus der von der ehemaligen Gemeinde Ober-Döbling anlässlich der Allerhöchsten Vermählung Sr. k. und k. Apostolischen Majestät Franz Josef I., Kaisers von Österreich, errichteten „Elisabeth-Heirats-Ausstattungsstiftung“ kommen die Zinsen zur Ausstattung von zwei armen gesitteten, vormalig nach Ober-Döbling zuständigen Bräuten zur Verleihung.

Die in diesem Jahre zur Verleihung gelangenden Interessen betragen 93 fl. 70 kr., somit zur Hälfte 46 fl. 85 kr. ö. W.

Die Auszahlung erfolgt nach erbrachtem urkundlichen Beweise über die gesetzmäßig geschlossene Ehe.

Diejenigen, welche auf diese Stiftung Anspruch erheben wollen, haben ihre mit den nöthigen Behelfen versehenen Gesuche bis längstens Ende April 1894 im Einreichungsprotokolle des Magistrates zu überreichen, da auf später einlangende Gesuche keine Rücksicht genommen werden kann.

Vom Wiener Magistrate,

am 11. April 1894.

3-3

G. Z. 65778.

I.

Kundmachung.

(Heirats-Ausstattungsstiftung.)

Aus der von der ehemaligen Gemeinde Ober-Döbling anlässlich der Vermählung Ihrer k. und k. Hoheit der Frau Erzherzogin Gisela mit Sr. königl. Hoheit dem Prinzen Leopold von Baiern errichteten „Gisela-Heirats-Ausstattungsstiftung“ kommen die Zinsen zur Ausstattung einer unbemittelten, wohlgefiteten, vormalig nach Ober-Döbling zuständigen Braut ohne Rücksicht auf die Confession zur Verleihung.

Die in diesem Jahre zur Verleihung gelangenden Interessen betragen 125 fl. 80 kr. ö. W.

Die Auszahlung erfolgt nach erbrachtem urkundlichen Ausweise über die gesetzmäßig geschlossene Ehe.

Diejenigen, welche auf diese Stiftung Anspruch erheben wollen, haben ihre mit den nöthigen Behelfen versehenen Gesuche bis Ende April d. J. im Einreichungsprotokolle des Magistrates zu überreichen, da auf später einlangende Gesuche keine Rücksicht genommen werden kann.

Vom Wiener Magistrate,

am 11. April 1894.

3-3

Inserate.

Asphalt-Unternehmung Karl Günther,

Wien, I., Bauernmarkt Nr. 3

übernimmt unter Garantie für reinen Naturasphalt und solide Arbeit in loco sowohl wie auswärtig

Asphaltierungen jeder Art

mit bestem Sicilianischen Natur-Asphalt
(bituminöser Kalkstein in Pulverform).

Kosten-Voranschläge gratis und franco.

Lichtpaus-Anstalt

H. RIEHL

Wien, Währing, Johannesgasse 35

empfiehlt sich zur Vervielfältigung von Plänen (schwarze Linien auf weissem Grunde). — Lieferung von Cianotippapier zur Selbstanfertigung von Plänen (weisse Linien auf blauem Grunde).

Preise mässig, Arbeit schnell und billig.

Zur coulanten Besorgung aller
im Cursblatte notirten
Effecten und Valuten
bestens empfohlen:

Wechselstube des Bankhauses
SCHELHAMMER & SCHATTERA

WIEN, I.,
Kärntnerstrasse
Nr. 20.

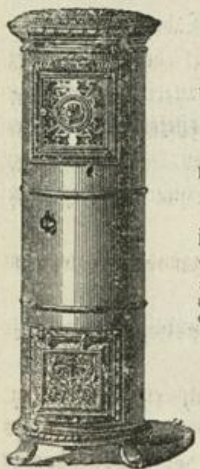
PATENTE Muster- u. Markenschutz in allen Ländern
 im In- und Auslande besorgt das
H. Palm (Michalecki & Co.) Erste beh. autorisierte Privilegien-
 Bureau Wien, I., Stefansplatz 8,
 Brandstätte 1.

Durch dieses Bureau wird fast der vierte Theil aller in Österreich-Ungarn ertheilten Patente erwirkt und wurden durch dasselbe bisnun gegen **17.000 Patentbesorgungen** durchgeführt. — Herausgabe und Redaction des „Illustrirten österreichisch-ungarischen Patentblattes“. — Besorgung von Copien in- und ausländischer Patentschriften. — Telegramm-Adresse: „Patent“ Wien. — Telephon Nr. 387. — Preis-Courante und Probenummern gratis und franco. 117

Vom Erfinder Prof. Dr. Meidinger aussch. autoris. Fabrik für

MEIDINGER-OEFEN
H. HEIM, WIEN,

k. u. k. Hoflieferant



I., Kohlmarkt 7, früher I., Michaelerplatz 5.
 Patente in allen Staaten.
 Mit ersten Preisen prämiirt auf allen Ausstellungen.
Vorzüglichste Regulir-, Füll- u. Ventilations-Oefen.
Ueber 40.000 Oefen in Verwendung.
 In Oesterreich-Ungarn werden von **449 Unterrichtsanstalten**
3747 unserer Oefen verwendet, darunter
 in 121 Schulen der Commune Wien 988 Oefen,
 in 95 Schulen der Commune Budapest 599 Oefen.

Wir warnen vor Nachahmung unter Hinweis auf nebenstehende, auf der Innenseite der Ofenthüren eingegossene Schutzmarke.



Schutzmarke.

„HESTIA“-OEFEN.
 Rauchverzehrende Kamine und Caloriferes.

Central-Heizungen aller Systeme
 mit rauchfreier Feuerung für jedes Brennmaterial.

KORKBRAND-ZEICHEN

zum
 Schutze
 gegen
 Fälschung



von
MATTONI'S
 Giesshübler
 Sauerbrunn.

Dessin-Tafeln

jeder Art für **Stiegenhäuser, Windfänge, Oberlichten, Auslage-Fenster** nach eigenen Mustern und jeder eingesandten Zeichnung. weiss und bunt geätzt und geschliffen.

Matt- und Mouslinglas
Spiegelgläser

für Schaufenster und Portale.

Musterbuch und Preisüberschläge gratis.

Herb & Schwab

Wien, XVIII., Hauptstrasse Nr. 82—84.

Verhütung von Brandunglück.



In letzter Zeit häuften sich Unglücksfälle durch Zugiessen von Petroleum ins Feuer.

Um aber ein rasches Feuer gefahrlos in Küchenherden und Oefen zu erzielen, bediene man sich der „**Vulkan-Kohlenunte-zünder**“, mit welchen ein Kind ohne weiteres umgehen kann, und welche Holz, Späne etc. vollständig überflüssig machen.

Stk. 500 für Holz oder kleine Kohlenfeuer fl. 2.—
 „ 250 „ grössere Kohlenfeuer . . . 2.—
 Communal-Beamten wird als kleinste Bestellung auch für fl. 1.—, u. zw. zum Communal-Preise franco zugestellt.

Zur Bestellung genügt Correspondenzkarte. Spesenfreie Zustellung in alle Bezirke Wiens.

K. k. a. priv. „Vulkan“-Fabrik

Josef Weihs, Wien, III. Bez., Hauptstrasse Nr. 122.
 Lieferant der Commune Wien. 130

Lédeczer Portland-Cement-Fabrik

des **Adolf von Schenk-Lédecz**

Lédecz, Comitát Trencsin, Ungarn,

Eisenbahnstation:

Illava oder Bellus (der königl. ungar. Staatsbahnen) empfiehlt ihren

Prima - Portland - Cement.

Auskünfte und Atteste ertheilt das

Centrabureau **Adolf von Schenk-Lédecz** in Wien, I., Elisabethstrasse 14.

Gegründet 1816.

ANTON PAULY

Pettwaren-Fabrikant

== WIEN ==

nur VIII., Lerchenfelderstr. 36.



Lager aller Gattungen Bettwaren, und zwar: Eisenbetten, Bettelinsätze, Matratzen, abgenähte Bettdecken, Bettwäsche etc., sowie eine grosse Auswahl von Bettfedern, Flaumen, Dunen und gesottenem Rosshaar.

Preis - Courante sammt Zeichnungen gratis und franco. 2

Frants Djörup

Bauunternehmer und Stadtzimmermeister

Wien, II., Jägerstrasse 5.

Telephon Nr. 1503. 32



WILH. PITTNER
 I. DAMPFPRÄGENSTALT
 METALLWAÄREN-FABRIK
 PRESS- ZUG u. DREHARBEITEN.
 GEGRÜNDET WIEN 1858
 W. HUNDSTHURMERSTRASSE 13.

Aufzüge

aus der k. u. k.

Hof-Maschinen- u. Aufzüge-Fabrik

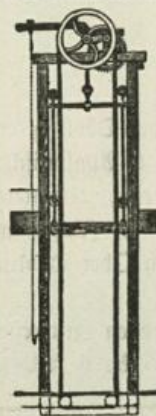
A. FREISSLER

Ingenieur.

Wien, X., Erlachplatz 4.

Budapest, VI., Hunyadiplatz 9.

Befasst sich seit 25 Jahren ausschliesslich mit der Erzeugung aller Arten von Aufzügen nach eigener bewährter Construction für **Lagerhäuser, Bahnhöfe, Zuckerfabriken, Brauereien und Brennereien, Hôtels und Privathäuser.**



Laufen-Aufzug für Seils-trieb.